

Proletarierinnen/
Proletarier aller
Länder, vereinigt
euch!

Zeitschrift für den wissenschaftlichen Kommunismus

Theoretisches Organ von GEGEN DIE STRÖMUNG - Organisation für
den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 38
2021

Rot Front

Der Kampf der entstehenden Sozialdemokratie gegen die Judenfeindschaft bis zur Bebel Rede 1893

(1848 bis 1893)

ISSN 1616-315X

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:

W. Schulze, Osnabrücker Str. 26, 10589 Berlin

<https://gegendiestroemung.net>

Die Nutzung unserer Homepage sollte gut überlegt erfolgen, da jeder Zugriff staatlich registriert wird

Inhaltsübersicht

- I. Zur ökonomischen und politischen Lage und der Entstehung und Entwicklung der organisierten proletarischen Bewegung 1848 bis 1895
- II. Judenfeindschaft 1848 bis 1893 und der Kampf jüdischer Aktivisten und nichtjüdischer bürgerlich-demokratischer Kräfte
- III. Der theoretische und politische Kampf der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft – Stärken und Schwächen
- IV. Die Praxis: Handfeste Gegenwehr, klare praktische Statements
- V. Schlussfolgerungen

Beiträge zur Vertiefung

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung	15
1. Problemaufriss	15
2. Herausforderung durch offen antikomunistische und revisionistische Studien und die Benutzung von bürgerlicher Literatur	20
3. Fakten zur jüdischen Bevölkerung und Fallen der Statistik	22
4. Zum Aufbau	25
I. Zur ökonomischen und politischen Lage und der Entstehung und Entwicklung der organisierten proletarischen Bewegung 1848 bis 1895	33
Vorbemerkung	33
A. Zur Lage von 1848 bis 1871 auf den späteren Gebieten des „Deutschen Reiches“	35
1. Die feudalen Verhältnisse, die bürgerlich-demokratische Revolution und die kapitalistische Entwicklung bis 1871	35
a) Die bürgerlich-demokratische 1848er Revolution und deren Niederlage	35
b) Entwicklung des Kapitalismus, die Kriege gegen Dänemark 1864 und zwischen Preußen und Österreich 1866 und die Gründung des Norddeutschen Bundes 1866	38
2. Die ersten Schritte der organisierten proletarischen Bewegung	40
a) Gründung Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein (ADAV) 1863	41
b) Gründung der I. Internationale 1864	42
c) Streiks und zunehmende Organisierung der proletarischen Klasse 1865 bis 1870. Das Erscheinen von Marx' Hauptwerk „Das Kapital“ 1867	44
d) Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) 1869	45
e) Judenfeindliche Tendenzen und Äußerungen in der entstehenden organisierten Bewegung der Arbeiterinnen und Arbeiter	47

B. Zur Lage von 1870 bis kurz vor Ende des 19. Jahrhunderts auf dem Gebiet des „Deutschen Reiches“	52
1. Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71, die Niederschlagung der Pariser Kommune 1871 und das Erstarken des „Deutschen Reiches“ zur Kolonialmacht im Kampf mit den anderen europäischen Großmächten	52
a) Gründung des „Deutschen Reiches“ und Niederschlagung der Pariser Kommune 1871	52
b) Entwicklung des Kapitalismus, Verschärfung der Widersprüche zwischen kapitalistischen Ländern im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts und die Eroberung von Kolonien in Afrika durch das „Deutsche Reich“	55
2. Die Fortentwicklung der deutschen Sozialdemokratie trotz massiver staatlicher Unterdrückung („Sozialistengesetze“)	58
a) Zunehmende Kämpfe der proletarischen Klasse in Deutschland 1871 bis 1875	59
b) Vereinigung der in zwei Parteien gespaltenen Sozialdemokratie 1875	60
c) Verhängung eines Ausnahmegesetzes zur Unterdrückung und Verfolgung der Sozialdemokratie 1878 („Sozialistengesetz“ 1878–1890)	63
d) Legaler und illegaler Kampf unter dem „Sozialistengesetz“	66
e) Sozialpolitische Korrumpierungstaktik Bismarcks ab 1881 und die Phase der „milden Praxis“ des Sozialistengesetzes bis 1885	67
f) Hohe Streikaktivitäten, erneut verstärkte Repression von 1885 bis zum Ende des „Sozialistengesetzes“ 1890, Gründung der II. Internationale 1889	70
g) Judenfeindliche Positionen innerhalb der organisierten proletarischen Bewegung bis 1891	73
h) Weitere Entwicklung von 1890 bis zum Tod von Engels 1895	77
II. Judenfeindschaft 1848 bis 1893 und der Kampf jüdischer Aktivisten und nichtjüdischer bürgerlich-demokratischer Kräfte	83
Vorbemerkung	85
A. Bandbreite der Judenfeindschaft	91
1. Zur Fülle von lokalen Angriffen auf die jüdische Bevölkerung	91

a) Judenfeindliche Angriffe während und unmittelbar nach der 1848er Revolution	91
b) Angriffe auf der Straße gegen die jüdische Bevölkerung 1879–1882	96
c) „Kauft nicht bei Juden“ – Boykottaufrufe ab Mitte der 1880er Jahre	99
d) Versuche der Judenfeinde, Veranstaltungen demokratischer bzw. jüdischer Kräfte zu stören und zu verhindern (1881/1892)	100
e) Schüren einer Lynchmordatmosphäre durch Ritualmordhetze 1891	101
f) Schmierereien und Verwüstungen an Synagogen und Friedhöfen zu Beginn der 1890er Jahre	103
g) Angriffe auf der Straße gegen die jüdische Bevölkerung 1892/1893	103
2. Hetzkampagnen gegen die jüdische Bevölkerung	105
a) Judenfeindliche Hetze und Mobilisierung nach der Niederlage der 1848er-Revolution bis 1871	105
b) Schüren von Judenfeindlichkeit unter der Flagge des „Kulturkampfes“ ab 1871	108
c) Verstärktes Schüren von Judenfeindschaft ab der Wirtschaftskrise 1873	111
d) Mobilisierung für die „Antisemiten-Petition“ von 1880	114
e) Judenfeindliche Hetze an den Universitäten ab 1880	115
f) Judenfeindliche Hetze im Reichstag	117
g) Schaffung einer umfassenden antijüdischen Atmosphäre bis 1893	122
3. Staatliche Judenfeindschaft	131
a) Rollback durch staatliche Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung nach der Niederlage der Revolution von 1848	131
b) Staatliche Ausgrenzungen und Unterdrückung der jüdischen Bevölkerung auch nach 1871	133
c) Duldung und Förderung der Judenfeinde durch die Justiz – Beispiele 1882 und 1891/92	135
d) Staatliche Massenausweisungen von sogenannten „Ostjuden“ 1884–1886	137
4. Entstehung und Entwicklung explizit judenfeindlicher Parteien, Organisationen und Medien	142
Vorbemerkung	142
a) Stoeckers „Christlich-Soziale Arbeiterpartei“ von 1878: „Die Juden“ beherrschen Presse, Banken und Handel und beuten „die Arbeit“ aus	145

b) Wilhelm Marrs „Antisemiten-Liga“ von 1879: Rettung des „deutschen Vaterlands vor der vollständigen Verjudung“	147
c) Henricis und Sonnenbergs „Deutsch-Soziale Partei“ ab 1889: „Die Judenfrage ist vornehmlich eine Racenfrage“	153
d) Antisemitenkongresse 1882–1889	155
e) Otto Böckels „Antisemitische Volkspartei“ von 1886: „Deutschland den Deutschen, das ist die Parole des Antisemitismus“	156
f) Schaffung „judenfreier“ Vereine und Berufsverbände sowie Hochschulorganisationen: „gegen die Umsturzbestrebungen der Sozialdemokratie und des Judentums ein festes Bollwerk schaffen“	163
g) Theodor Fritschs judenfeindliches Publikationsimperium als Drehscheibe der Judenfeinde ab 1881: „Ausscheidung der jüdischen Rasse aus dem Völkerleben“	166
5. Zentrale judenfeindliche Machwerke	169
Vorbemerkung	169
a) Richard Wagner 1850: Nur der „Untergang“ würde „die Juden erlösen“	172
b) Paul de Lagarde 1878: Juden seien „wie Bazillen“ und müssen „so gründlich wie möglich vernichtet“ werden	177
c) Professor Treitschke 1879: „Die Juden sind unser Unglück“	179
d) Eugen Dühring 1881: „Judenfrage“ nur durch „Ertötung und Ausrottung“ zu lösen	186
e) August Julius Langbehn 1890: „Juden sind Gift für uns und müssen als solche behandelt werden“	191
f) Hermann Ahlwardt: „Ausschneidung des Krebsgeschwürs“ (1890)	195
g) Theodor Fritsch, „Antisemiten-Katechismus“ (1887)	198
Zusammenfassung der judenfeindlichen Positionen	202
B. Der Kampf jüdischer Aktivisten gegen Judenfeindschaft und der Kampf von Heinrich Heine (1848–1893)	208
1. Der Kampf für Emanzipation in der Paulskirche (1848)	208
2. Heinrich Heines Kampf gegen Judenfeindschaft nach 1848	212
a) Zum Zusammenhang zwischen demokratischem Kampf und Emanzipation der jüdischen Bevölkerung	212

b) Heinrich Heines Kampf gegen christliche Judenfeindschaft und seine Position gegenüber der herrschenden christlichen Religion und gegenüber der unterdrückten jüdischen Religion	213
c) Das Gedicht „Die Wahl-Esel“ – gegen nationalistisch-rassistische Judenfeindschaft	216
3. Praktischer Abwehrkampf der jüdischen Bevölkerung	218
4. Zum theoretischen und politischen Kampf der Vertreter der jüdischen Gemeinde	222
a) Die jüdischen Aktivisten Joël, Graetz, Breßlau und Bamberger gegen die judenfeindliche Hetze von Treitschke	223
b) Weitere Schriften und Artikel gegen Judenfeindschaft	236
c) Josef Popper-Lynkeus: Bismarck hat die Judenfeindschaft „staats- und salonfähig“ gemacht“ (1886)	258
5. Zusammenfassung der Positionen des Kampfs gegen Judenfeindschaft	267
C. Nichtjüdische bürgerlich-demokratische Kräfte gegen Judenfeindschaft	271
1. Das „Manifest der Notablen“ vom November 1880	271
2. Theodor Mommsens Stellungnahmen	272
3. Die sogenannte „Antisemiten-Resolution“ der „Wahlmänner von Berlin“ vom Januar 1881	274
4. Die Gründung des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus 1891	278
5. „Antisemiten-Spiegel – Die Antisemiten im Lichte des Christentums, des Rechtes und der Moral“ (1892)	280
III. Der theoretische und politische Kampf der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft – Stärken und Schwächen	289
Vorbemerkung	291
1. Engels greift von London aus ein – ein Überblick (1878–1893)	297
a) Engels’ „Anti-Dühring“ von 1878 gegen die Judenfeindschaft des reaktionären Privatdozenten Dühring	297
b) Engels’ Briefwechsel 1881	299
c) Engels’ Artikel „Wie der Pindter flunkert“ von 1882	302

d) Engels' Interviews und Briefwechsel 1891–1893	302
e) Engels' wichtige und weit verbreitete Stellungnahme „Über den Antisemitismus“ von 1890: Antisemitismus dient „nur reaktionären Zwecken“	306
2. Theoretische Auseinandersetzung der Sozialdemokratie mit der Judenfeindschaft	313
Zum Aufbau und Fragestellungen	313
a) Die erste Stellungnahme von Wilhelm Liebknecht (1874)	318
b) August Bebel's Flugblatt zur Reichstagswahl vom September 1881	325
c) Kautskys Artikel „Der Antisemitismus“ von 1885: Antisemitismus ist „reaktionär durch und durch“	327
d) Kautskys Artikel „Das Judentum“ von 1890	337
e) Gerhard Krause 1890: „Nationalitätsüberschwänglichkeit und Antisemitismus“ gehören zusammen	343
f) Zehn Stellungnahmen von Franz Mehring zu „Antisemitismus und Philosemitismus“ (1891 –1893)	353
g) Kurt Falk (Bruno Geiser) 1892: „Über die Leiche des Antisemitismus“ zum Sieg der Sozialdemokratie	375
h) Wilhelm Liebknecht's Rede in Bielefeld über den Kölner Parteitag der Sozialdemokratie von 1893	384
i) Bernsteins Artikel „Das Schlagwort und der Antisemitismus“ von 1893/94	391
j) Judenfeindliche Tendenzen innerhalb der II. Internationale	399
k) Wie die Marx'sche Frühschrift von 1844 in der Auseinandersetzung über Judenfeindschaft benutzt wurde	400
3. Zum Kampf gegen Judenfeindschaft im Zentralorgan der Sozialdemokratie	409
a) Debatte über die jiddische Sprache im Zentralorgan der Sozialdemokratie	411
b) Schwächen und grundlegende Fehler im Zentralorgan	416
c) Stärken im Zentralorgan	423
4. Zum Kampf gegen Judenfeindschaft im Reichstag	433
a) Über die Arbeit im Reichstag und über Wahlaufäufe zu Reichstagswahlen	433
b) Die Wortprotokolle der Reichstagsdebatten	434
5. Widerspiegelung der Judenfeindschaft in der populären Zeitschrift „Der wahre Jacob“	446
a) Zu Rothschild: „die ganze Welt regieren“	451
b) Lächerlichmachen durch Karikieren der Sprache	451

c) Wie das Vorurteil bedient wird, bei jüdischen Männern gehe es vor allem um das Geld	452
d) Der Rabbiner als angeblicher Schnorrer, dem es auch nur um das Geld gehe	454
e) Auch gegen „den Juden“ als Spekulant	455
f) Das Schnorren schon in die Wiege gelegt	455
6. Die zentrale Rolle der Rede Bebels auf dem Kölner Parteitag der Sozialdemokratie 1893	457
a) Vor der Rede	462
b) Kritische Analyse der Bebel-Rede	464
Zur Einleitung	464
Zum Abschnitt Geschichte	465
Der Versuch, den Erfolg der Judenfeindschaft bei den einzelnen Klassen und Schichten ökonomisch zu erklären	471
Zum Abschnitt Analyse der judenfeindlichen Parteien	478
Stärken und Schwächen der Bebel Rede (Zusammenfassung)	490
c) Nach der Rede	492
IV. Die Praxis: Handfeste Gegenwehr, klare praktische Statements	495
1. Militante Gegenwehr der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die Judenfeinde in Berlin 1880 und 1881	497
3. Erneute handfeste Gegenwehr sozialdemokratischer Aktivistinnen und Aktivisten ab 1890	501
3. Aufstellung Paul Singers als Kandidat für den Reichstag	508
4. Probleme der jüdischen Kader der Sozialdemokratie	515
V. Schlussfolgerungen	519
1. Schwächen und Stärken des theoretischen und politischen Kampfs der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft	521
a) Welche aktuellen und tiefergehenden Ursachen der Judenfeindschaft gibt es?	521
b) Welche Grundfunktion hat die Judenfeindschaft?	522
c) Welche Wirkung hat die Judenfeindschaft?	522
d) Welche Gesamteinschätzung der aktuellen Judenfeindschaft gab es?	523
e) Wie die Judenfeindschaft bekämpfen?	524
2. Zur Vertiefung der Problematik sozialdemokratischer Stellungnahmen zur Judenfeindschaft	526

a) Grundlegender Zusammenhang zwischen Basis, Überbau, Klassenkampf und Ideologie	526
b) Zum Zusammenhang zwischen dem Kampf gegen Nationalismus, Judenfeindschaft und gegen antidemokratische Grundtendenzen	529
c) Die Rolle des Drucks der Ideologie der herrschenden Klasse und die Gefahr der Zugeständnisse	530
d) Judenfeindschaft als wesentliches Kampfmittel der herrschenden Klasse im Kapitalismus und die Solidarität mit der jüdischen Bevölkerung als unabdingbare Aufgabe	533
3. Positive und vorbildliche Gesichtspunkte im Kampf gegen die Judenfeindschaft	535
a) Gesamteinschätzung, Ursache und Funktion der Judenfeindschaft	535
b) Politische und ideologiekritische Aufgaben im Kampf gegen Judenfeindschaft	536
Knappe Fazit und Ausblick	540
Dokumente der Sozialdemokratie	543
Dokument 1: Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag zum Antisemitismus (1893)	545
Dokument 2: Resolution gegen den Antisemitismus (1893)	549
Dokument 3: Die Rede Bebels von 1893	551
Beiträge zur Vertiefung	569
Zu den problematischen und falschen Bemerkungen von Marx und Engels in ihren Werken, journalistischen Arbeiten und Briefen	571
1. Zu den problematischen und falschen Bemerkungen von Marx und Engels in ihren Hauptwerken	573
2. Zu den problematischen und falschen Bemerkungen von Marx und Engels in ihren journalistischen Arbeiten und Briefen	582
a) Falsche und problematische Formulierungen von Marx und Engels über die Aufstandsbewegung in Posen (Preußen) 1848	582

b) Bemerkungen zu falschen und unerträglichen Äußerungen in journalistischen Arbeiten und Privatbriefen von Marx und Engels	592
Juden als „Schacherer“, „Betrüger“ und „Wucherer“	592
Problematische und falsche Bemerkungen zu Rothschild	595
„Geldmarkt“-Klischees und verächtliche Äußerungen über körperliche Merkmale und sprachliche Eigenarten	598
Verwendung von „jüdisch“ oder „Jude“ als Beschimpfung	599
Bezüge zur alten Geschichte des Judentums und der jüdischen Religion	600
3) Zur Frage nach den Ursachen der Fehler von Marx und Engels im Kampf gegen Judenfeindschaft	601
Analyse der judenfeindlichen Passagen in Heinrich von Treitschkes Artikel „Unsere Aussichten“ (1879)	603
Zur Einschätzung der Judenfeindschaft 1848–1893 durch Paul Merker (1945) und Siegbert Kahn (1948)	615
Kurzer Literaturbericht: wichtige Quellen und Publikationen	624
Chronologie	641
Anhang:	
Zum Rahmen der Reihe „Analyse des Kampfs der kommunistischen Kräfte gegen Judenfeindschaft“	649
Endnoten	663
Literaturverzeichnis	723

Einleitung

1. Problemaufriss

Der übergreifende Titel der auf mehrere Bände angelegten Studie lautet „Analyse des Kampfs der kommunistischen Kräfte gegen Judenfeindschaft“.* Im Band 2 mit dem Titel „Der Kampf der entstehenden Sozialdemokratie gegen die Judenfeindschaft bis zur Bebel Rede 1893 (1848-1893“), der aus 3 Teilen besteht, taucht der Begriff „kommunistisch“ im Grunde nicht auf, da – anders als 1848, als Marx und Engels den Bund der Kommunisten gründeten – sich nun der eher schwammige und falsche Begriff „Sozialdemokratie“ festsetzte. In der Tradition der kommunistischen Weltbewegung seit dem „Manifest der Kommunistischen Partei“ von Marx und Engels 1848 gehörten trotz der merkwürdigen Bezeichnung die sozialdemokratischen Organisationen vor dem Verrat 1914 eindeutig dazu. Eine selbstkritische kommunistische Aufarbeitung heute kann und darf daher nicht auf die Analyse der Sozialdemokratie verzichten.

Der Band 2** behandelt die Zeitspanne von der Revolution 1848 bis Mitte der 90er Jahre des 19. Jahrhunderts. In diesem Zeitraum entwickelten sich der wissenschaftliche Kommunismus und die proletarische Bewegung in Deutschland*** auf dem Boden des sich herausbildenden Kapitalismus und der Etappen der verschiedenen Klassenkämpfe. Der sich entwickelnde Kapitalismus und die in bestimmten

* Wir sehen das Problem des Begriffs „Judenfeindschaft“ und werden im Text öfters auch von der Feindschaft gegen Jüdinnen und Juden oder gegen die jüdische Bevölkerung sprechen. Den Begriff „Antisemitismus“ verwenden wir dagegen in der Regel gar nicht, da es unserer Meinung nach ein sprachlich ungenauer, ja im Grunde irreführender Begriff ist (siehe dazu genauer im Anhang: Zum Rahmen der Reihe „Analyse des Kampfs der kommunistischen Kräfte gegen Judenfeindschaft“).

** Band 1 dieser Reihe behandelt ausführlich die Schrift von Marx von 1844 gegen Bruno Bauer. Die Bedeutung dieser Schrift für die Sozialdemokratie wird auch in der vorliegenden Studie erneut aufgegriffen. Siehe dazu in diesem Buch in II, B. den Abschnitt „Wie die Marx’sche Frühschrift ‚Zur Judenfrage‘ von 1844 in der Auseinandersetzung über Judenfeindschaft benutzt wurde“.

*** Im engen Sinne kann von Deutschland erst ab 1871 gesprochen werden.

Bereichen noch weitgehend feudalen Verhältnisse in Deutschland bildeten den Boden, auf dem nicht nur die sozialistischen Forderungen der proletarischen Klasse entstanden, sondern auch die notwendigen demokratischen Kämpfe für demokratische Freiheiten, für die demokratische Gleichberechtigung der Menschen.

Bei diesen demokratischen Fragen gab es ganz offensichtlich drei antidemokratische Realitäten. Es gab kein gleiches Stimmrecht, die jüdische Bevölkerung war nicht gleichberechtigt und die Gleichberechtigung der Frauen bestand ebenfalls nicht einmal auf dem Papier. Frauen durften noch nicht einmal Mitglied in einer politischen Partei werden.

Hinzu kam ab den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts die Eroberung von Kolonien durch das „Deutsche Reich“ und die Misshandlung, Unterdrückung und Ausbeutung der dortigen Bevölkerung entgegen allen humanistischen und demokratischen Grundpositionen, die zumindest seit der Französischen Revolution 1789 als Forderung einer revolutionären Bewegung formuliert worden waren.

In der vorliegenden Studie geht es auch um die Verknüpfung des Kampfes gegen Judenfeindschaft mit den sozialistischen Forderungen der proletarischen Klasse.

Theoretisch gesehen spiegelt sich in den folgenden Auseinandersetzungen das Problem wider, welche Rolle für die Judenfeindschaft die ökonomischen Faktoren, reaktionäre Traditionen und politische Faktoren spielen. Es soll gezeigt werden, dass mit den sich zunehmend verschärfenden Klassenkämpfen die Judenfeindschaft als politisches Instrument eingesetzt wurde. Die aus dem Mittelalter stammenden reaktionären Traditionen der Judenfeindschaft, die in den Hochzeiten des Feudalismus auch als Instrument der politischen Herrschaftssicherung eingesetzt worden waren, existierten ganz offensichtlich nicht nur unter den ökonomischen Bedingungen des Mittelalters. Entscheidend hierfür ist, dass die ökonomischen Verhältnisse des Kapitalismus nicht mechanisch aufgefasst werden dürfen, sondern es muss die Tatsache berücksichtigt werden, dass reaktionäre Ideologien, sei es die Religion, sei es das Patriarchat, unter neuen ökonomischen Bedingun-

gen nicht einfach friedlich absterben, sondern sich unter den Bedingungen des sich entwickelnden Kapitalismus mit den neuen Phänomenen des Rassismus und Nationalismus verbunden haben.

Gerade in der Frage der Judenfeindschaft spielt der Rückgriff auf die Judenfeindschaft und die geschichtliche Realität der Verfolgung der jüdischen Bevölkerung zum Verständnis aktueller Judenfeindschaft eine große Rolle. Das gilt für die damalige Zeit, aber auch für heute. Bei solchen Rückgriffen muss klar sein, dass es keine Zwangsläufigkeit der Fortsetzung geschichtlicher Traditionen gibt, dass sie durchbrochen werden können und müssen und eben keine „ewigen Gesetze“ sind.

Die Sozialdemokratie war durch die Judenfeindschaft überhaupt und insbesondere in der Zeit des „Sozialistengesetzes“ von 1878 und danach herausgefordert, diese Frage theoretisch zu durchdringen. Die vorliegende Studie zeigt, mit welchen richtigen und mit welchen falschen Ansätzen versucht wurde, Judenfeindschaft zu erklären und zu bekämpfen.

Die Gründung judenfeindlicher „Antisemitenparteien“ (sie nannten sich selbst so) war ein Novum ab Ende der 1870er Jahre. Sie richteten sich gegen die jüdische Bevölkerung und waren auch bewusst ein direktes Kampfmittel, um die proletarische Bewegung zu desorientieren und zu schwächen.

Es geriet ganz offensichtlich weitgehend aus dem Blickfeld, dass in der Realität die Judenfeindschaft in erster Linie die jüdischen Teile der Bevölkerung direkt betroffen hat und daher die Solidarität mit der diskriminierten und verfolgten jüdischen Bevölkerung eine erstrangige Aufgabe der Sozialdemokratie sein musste.

Unsere Studie versucht zu zeigen, dass diese Aufgabenstellung nur sehr selten wirklich verstanden und als Teil des Kampfes der Sozialdemokratie begriffen wurde. Anders gesagt: Der Kampf gegen judenfeindliche Hetze und judenfeindliche Parteien durfte ganz gewiss nicht allein darum gehen, dass der Sozialdemokratie bei Wahlen Stimmen abhanden kommen. Dies war zwar unzweifelhaft ein durchaus wichtiger Aspekt, aber es ging vor allem darum, sich mit allen Unterdrückten und Verfolgten solidarisch zu erklären und den gemeinsamen Kampf

zu organisieren. Hier muss sicherlich sowohl zwischen den einzelnen führenden Köpfen der Sozialdemokratie als auch den wichtigen Aktionen an der Basis unterschieden werden.

Hinter diesen Überlegungen steht die grundlegende Frage, wie ein Kampf für die proletarische Revolution verbunden werden musste mit der großen Aufgabe des demokratischen Kampfes auf allen Gebieten, mit dem Bündnis mit allen Diskriminierten und Entrechteten, Ausgebeuteten und Unterdrückten, auch wenn sie nicht der proletarischen Klasse angehören.

Dieses Problem wurde überschattet durch die Frage „Reform oder Revolution?“, die genutzt wurde, um eine falsche Alternative zu festigen. Die neu entstandene proletarische Bewegung und die Sozialdemokratie waren nicht von vornherein zielklar und es gab sehr starke Kräfte, die auf Reformen setzten. Der Kampf für Veränderungen im Rahmen des Kapitalismus, für demokratische Rechte oder auch für Lohnforderungen war ja nicht prinzipiell falsch. Er wurde und wird dann falsch, wenn Illusionen über die Reformierbarkeit des Kapitalismus geschürt werden und sich dieser Kampf ausschließlich oder vorrangig in diesem Rahmen bewegen soll. Innerhalb der Sozialdemokratie gab es zudem die Position, die sich in der Kurzform zusammenfassen lässt, dass es angeblich nicht nötig sei, sich mit solchen Tageskämpfen, wenn sie nicht die proletarische Klasse betreffen, überhaupt auseinanderzusetzen oder zu solidarisieren, da dies bürgerlich sei und vom Kampf für den Sozialismus ablenke.

Es blieb insbesondere einer Person wie Lenin vorbehalten, klar und deutlich für demokratische Kämpfe gegen Judenfeindschaft einzutreten und dies als Teil der Hauptaufgabe der Vorbereitung und Durchführung der sozialistischen Revolution zu begreifen. Diese Grundproblematik zieht sich durch die gesamte Geschichte der deutschen Sozialdemokratie und der II. Internationale. Es war vor allem Lenin, der 1902 in seiner Schrift „Was tun?“ die Kritik formulierte, dass ohne das geringste Zugeständnis an den Revisionismus und Reformismus als Prinzip des wissenschaftlichen Kommunismus gefordert werden muss, sich an die Spitze aller demokratischen Kämpfe der ausgebeuteten und unterdrückten Massen zu stellen und diese Kämpfe in die Vorbereitung und Durchführung der Revolution einzubeziehen, dass

hier kein Millimeter zurückgewichen werden darf und dennoch die Vorbereitung der Revolution als die Hauptsache anzusehen ist.

Es ist auch klar, dass die Sozialdemokratie spätestens seit 1914 ein „stinkender Leichnam“ war und der Begriff sozialdemokratisch gleichbedeutend mit konterrevolutionärer Aktivität wurde. Im Gegensatz dazu ist die von uns behandelte Sozialdemokratie trotz aller Schwächen und Fehler als Organisation der revolutionären Arbeiterinnen und Arbeiter und der am wissenschaftlichen Kommunismus orientierten Kräfte, als Ausgangspunkt für die Planung und Vorbereitung der sozialistischen Revolution anzusehen.

Lenin hat später im Kampf gegen Kautsky nachdrücklich gefordert, dass die kommunistischen Kräfte in Deutschland die Vorgeschichte des sozialdemokratischen Verrats der Unterstützung des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg und bei der Niedermetzelung der revolutionären Bewegung in Deutschland 1918 theoretisch fundiert aufarbeiten sollen. Es ist eine Tatsache, dass diese große grundlegende Aufgabe weder von der KPD noch von der SED wirklich geleistet wurde und daher eben noch geleistet werden muss.

Im Hintergrund der in dieser Studie vorgenommenen Analyse des Kampfs gegen Judenfeindschaft steht sicherlich auch die Geschichte der Sozialdemokratie, die Darstellung der Rolle von Bebel, Wilhelm Liebknecht, Kautsky, Mehring und Bernstein innerhalb der Sozialdemokratie, die Ratschläge von Engels an die deutsche Sozialdemokratie und der Einfluss von Marx' Schriften auf die Sozialdemokratie sowie die Auseinandersetzung mit tiefsitzendem Reformismus und Revisionismus in der deutschen Sozialdemokratie und auch in der II. Internationale.

Schaut man nur auf die hier behandelte Zeitspanne und nur auf die Thematik des Kampfs gegen Judenfeindschaft wird ein schiefes Bild entstehen, da die weitere Entwicklung der einzelnen Akteure sehr unterschiedlich ist. Kautsky und Bernstein wurden extrem feindliche Reformisten, während Mehring später an der Seite von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht die KPD mit gründete.

Dies ist durchaus bewusst, wird aber durch die Konzentration auf die Frage der Judenfeindschaft und ihre Bekämpfung und angesichts des

Umfangs des Buchs nicht ausführlich behandelt. Für weitere Studien gilt es folgende Hauptpunkte abzuklären:

1. Der Kampf gegen die reformistische Vorstellung des Hinüberwaschens des Kapitalismus in den Sozialismus ohne Revolution
2. Der Kampf gegen die Theorie vom „sozialistischen Kolonialismus“, der Kampf gegen die Einverleibung von Elsass-Lothringen und Fragen des proletarischen Internationalismus
3. Die eindeutige Ablehnung des Militarismus („Kein Mann, kein Groschen für dieses System“)
4. Unklarheiten über die Definition der deutschen Nation im Kampf gegen das reaktionäre Preußentum und die Ideologie der reaktionären k. u. k. Monarchie

Diese Themen werden an anderer Stelle behandelt werden müssen.

2. Herausforderung durch offen antikommunistische und revisionistische Studien und die Benutzung von bürgerlicher Literatur

Von kommunistischer Seite her gab es von Paul Merker (1944 im Exil in Mexiko verfasst) und von Siegbert Kahn von 1948 fundierte erste Stellungnahmen zur Judenfeindschaft. Darin war durchaus auch erste Kritik an der „alten Sozialdemokratie“ enthalten. Dieser Ansatz wurde jedoch nicht weiter verfolgt.*

So ist der Band 2 in gewisser Hinsicht eine Antwort auf eine grundlegende Arbeit des bürgerlichen Wissenschaftlers Edmund Silberner, der ab 1951 als Professor an der Hebräischen Universität in Jerusalem zum Problem der westeuropäischen Sozialisten und ihrer Haltung zur Judenfeindschaft arbeitete. 1955 erschien zunächst eine Bibliografie, 1962 erschien dann das erste umfangreiche Buch zu dieser Frage mit dem Titel „Sozialisten zur Judenfrage“ in deutscher Sprache (Berlin 1962). Silberner war auch Spezialist für die Biografie von Moses Heß und Johann Jacobi.

* Siehe dazu in „Beiträge zur Vertiefung“, den Abschnitt „Zur Einschätzung der Judenfeindschaft 1848–1893 durch Paul Merker (1945) und Siegbert Kahn (1948)“.

Nach dem Erscheinen der Werke von Marx und Engels wurden eine Reihe von Quellen in Silberners nachfolgendem Buch „Kommunisten zur Judenfrage. Zur Geschichte von Theorie und Praxis des Kommunismus“ (Opladen 1983) nachgetragen. Silberner hat unzweifelhaft die entscheidenden Schwachstellen und zum Teil auch fürchterlichen Passagen aus der Geschichte der Sozialdemokratie und auch bei Marx und Engels zusammengetragen. Insbesondere im Band „Kommunisten zur Judenfrage“ wurde aber deutlich, dass er von einem strikt antikommunistischen Standpunkt aus Schwachstellen oder auch vermeintliche Schwachstellen herauskristallisiert, um ein vernichtendes Urteil über Marx, aber auch über Lenin und Rosa Luxemburg zu fällen. Nichtsdestotrotz war dies eine fundierte Herausforderung der kommunistischen Bewegung, auf die seitens der kommunistischen Kräfte nie seriös geantwortet wurde.

Nach diesen Studien von Silberner entstanden eine Reihe weiterer Untersuchungen zu diesem Themenkomplex, die sich von Silberner abgrenzten und durchaus im bürgerlichen Rahmen seriös an die zu behandelnden Problemkomplexe herangingen.

Die SED-Revisionisten haben keine umfassende Arbeit zum Kampf der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft bis 1893 verfasst. Nur am Rande wird dieser Zeitabschnitt behandelt, wenn überhaupt.

In der revisionistischen „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Band 1, Berlin 1966, wird auf die Frage des Kampfs der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft bis 1893 gar nicht eingegangen und noch nicht einmal die Rede August Bebel's auf dem Kölner Parteitag 1893 erwähnt.

Von den wenigen Arbeiten und Artikeln, die zur Frage der Judenfeindschaft von SED-Revisionisten verfasst wurden, soll an dieser Stelle nur kurz auf die kritiklose Verherrlichung von Franz Mehrings falschen Positionen verwiesen werden.*

* Siehe dazu in „Beiträge zur Vertiefung“ den Abschnitt „Forschungsbericht: Wichtige Quellen und Publikationen“.

In der von uns hier vorgelegten Studie wurde vor allem auf Originaldokumente zurückgegriffen. Aber es wurden auch eine Reihe wissenschaftlicher Analysen ausgewertet und es wurde in manchen Fällen auf in bürgerlich-wissenschaftlichen Arbeiten zitierte Passagen zurückgegriffen. Sollten beim Rückgriff auf sekundäre Quellen Fehler entstanden sein, werden wir diese in späteren Auflagen korrigieren.

3. Fakten zur jüdischen Bevölkerung und Fallen der Statistik

Statistiken und Volkszählungen zur sozialen Lage werfen von vornerein die Frage auf, welche Relevanz die Religionszugehörigkeit für eine Einschätzung der sozialen Lage überhaupt hat. Lediglich bei katholischen Priestern, evangelischen Pfarrern oder jüdischen Rabbinern ist diese Kategorie zum einen relevant und zum anderen selbstverständlich. Man könnte hier noch die fast durchgehend männlichen Religionslehrer in den Schulen hinzunehmen. Die Vorstellung, im gesamten Wirtschaftsleben herausfinden zu wollen, wie viel jüdische Menschen hier, da, dort und noch woanders arbeiten, ist von vornerein eine Domäne der Judenfeinde gewesen, wie sich insbesondere zu Beginn des 20. Jahrhunderts zeigte. Indem für Sozialanalysen die Kategorie „jüdisch“ akzeptiert wurde, ergab sich aber auch ein Problem für die fortschrittlich gesinnten Historiker, die nun in einem Art Zahlenkrieg die Angaben der Judenfeinde widerlegen wollten. Es wurde jongliert mit Begriffen wie „Selbstständigen“, „Handel“, „Gewerbe“ und „Banken“ usw. Was soll die Kategorie „Handel“? Darunter fielen Großhändler ebenso wie der „Hausierer“. Was soll die Kategorie „selbstständig“? Auch darunter fallen der Fabrikbesitzer, der Bankier und der Schuster. Kurz gesagt: Es sind unbrauchbare Kategorien. Klar war auch, dass es durch die feudalen Verhältnisse so gut wie keine jüdischen Bauern gab und auch die christlichen handwerklichen Zünfte jüdische Handwerker ausgeschlossen hatten. Aber das gehört in die Kategorie „Folgen der Judenfeindschaft“ ebenso wie die Schikanen gegen jüdische Wissenschaftler oder Rechtsanwälte.

Sicherlich konnte hier und da diese oder jene Übertreibung der Judenfeinde widerlegt werden, aber die für die Sozialanalyse irrelevante Kategorie „jüdisch“ wurde weitgehend akzeptiert. Hatte es nicht doch eine gewisse Relevanz? Gewiss war es für die Sozialdemokratie von

Bedeutung im Kampf gegen die Judenfeindschaft, wenigstens grob zu wissen, dass die jüdische Bevölkerung in Deutschland, genauer: die Mitglieder der jüdischen Gemeinden rund ein Prozent der Bevölkerung ausmachten. Und für die Sozialdemokratie war es sicherlich auch wichtig zu wissen, dass die jüdische Einwanderung aus Osteuropa gerade auch Arbeiterinnen und Arbeiter umfasste, die oft Merkmale einer nationalen Minderheit hatten und nicht nur eine Religionszugehörigkeit aufwiesen. Trotz dieser grundlegenden Skepsis gegenüber den vorhandenen Statistiken und dem vorliegenden Zahlenmaterial soll so knapp wie möglich auf wenige Eckdaten eingegangen werden: zur Bevölkerungszahl insgesamt und die Anzahl jüdischer Arbeiterinnen und Arbeiter.

Um 1848 lebten in den Gebieten, die später Deutschland bildeten, ca. 400.000 Jüdinnen und Juden. Diese machten rund ein Prozent der Gesamtbevölkerung aus.¹ Annähernd die Hälfte der jüdischen Bevölkerung lebte auf dem Gebiet des damaligen Preußen. Von den rund 50 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern waren nach der Zählung vom Dezember 1885 rund 568.000 Jüdinnen und Juden. Der Anteil der jüdischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung machte wiederum rund ein Prozent der Bevölkerung aus.²

Die mit der kapitalistischen Entwicklung verbundene soziale Verelendung erfasste auch die jüdische Bevölkerung. Immer mehr Jüdinnen und Juden zogen dabei auch vom Land in die Städte.

Knapp die Hälfte lebte etwa 1871 in Großstädten, vor allem in Berlin, Frankfurt am Main, Breslau, Köln.³ Vor 1871 war zunächst Frankfurt die Großstadt mit dem höchsten jüdischen Bevölkerungsanteil⁴ und wurde von den Judenfeinden „Neu-Jerusalem“ genannt. Nach der Reichsgründung 1871 entwickelte sich Berlin – insbesondere durch innerdeutsche Zuwanderung – zur Stadt mit der größten jüdischen Bevölkerung.⁵ Dennoch blieben die Berliner Jüdinnen und Juden zahlenmäßig mit nicht einmal 5 Prozent der Stadtbevölkerung eine kleine Minderheit.⁶ Nach 1880 spielte die Auswanderung jüdischer Menschen nur noch eine untergeordnete Rolle. Die Einwanderung von Jüdinnen und Juden, insbesondere aus Russland, Polen und Österreich, gewann mehr und mehr an Bedeutung.⁷ Die jüdische Bevölkerung entfloh Hunger, Elend, Diskriminierung und nicht zuletzt Pogromen vor

allem in Russland (Pogrome von 1881, Vertreibungen aus Moskau 1891).*

Offensichtlich bestand auch in der Zeitspanne ab 1871 die übergroße Mehrheit der jüdischen Bevölkerung keinesfalls aus Bankiers und die Bankiers waren keinesfalls alle Juden.⁸

In der Industrie waren 1895 ca. 50.000 jüdische Menschen tätig.⁹ Aus Angst vor Judenfeindschaft oder weil sie lieber neben anderen Jüdinnen und Juden arbeiteten, waren jüdische Arbeiterinnen und Arbeiter vor allem in drei Branchen tätig: Bekleidung, Nahrungsmittel und Textilien. Man geht für 1895 von ca. 16.000 Arbeiterinnen und Arbeitern in diesen Bereichen aus.¹⁰

Der Anteil jüdischer Arbeiterinnen und Arbeiter am Industrieproletariat der Fabriken erhöhte sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts und danach insbesondere auch durch die aus Osteuropa zugezogenen Jüdinnen und Juden. Manche waren auf „Anforderung“ von Industriellen als Facharbeiterinnen und Facharbeiter für neue Industriezweige gekommen, einige auch als Bergwerks- und Eisenhüttenarbeiter. Von den in einer ersten Einwanderungswelle nach den Pogromen in Russland 1881/82 eingewanderten jüdischen Menschen wurden viele Facharbeiterinnen und Facharbeiter in der Offenbacher Lederindustrie, der Tabak- und Zigarettenindustrie in Berlin, Dresden und München sowie der Leipziger Pelzindustrie.¹¹

* Der Anteil jüdischer Einwanderer an der jüdischen Gesamtbevölkerung stieg von knapp 3 Prozent im Jahr 1880 auf 12 Prozent im Jahr 1910 (siehe Adler-Rudel, Salomon: Ostjuden in Deutschland 1880–1940, Tübingen 1959, S. 164, in: Pötzsch, Hansjörg: Antisemitismus in der Region – Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914, Wiesbaden 2000, S. 54). Die Einwanderung jüdischer Menschen wurde zu einem bevorzugten Thema der jüdenfeindlichen Hetze. „Wenn man die Antisemiten hört, so müsste man glauben, das Deutsche Reich, ja ganz Europa wäre in Gefahr, von den Juden überschwemmt und zerdrückt zu werden“, schrieben die Herausgeber des Antisemiten-Spiegels 1892 (Verein zur Abwehr des Antisemitismus (Hrsg.), Antisemiten-Spiegel, Danzig 1892, S. 6)

4. Zum Aufbau

Chronologische und inhaltliche Gliederungen haben jeweils Vor- und Nachteile. Der vorliegende Band wurde nicht chronologisch gegliedert. Auch wenn im Großen und Ganzen die aufeinanderfolgenden Bände der Reihe chronologisch von Zeitabschnitten ausgehen, kann innerhalb des behandelten Zeitabschnittes von 1848 bis 1893 nicht einfach chronologisch vorgegangen werden. Es wären noch mehr Wiederholungen und zeitliche Durchläufe nötig, als dies ohnehin schon der Fall ist. Daher wurde eine knappe, tabellarische Chronologie des vorliegenden Bandes erstellt, da ein Gesamtblick auf die Abfolge der Ereignisse und Publikationen durchaus die Erkenntnis der Stärken und Schwächen im Kampf gegen Judenfeindschaft vertieft.

Zu I und II

Aus der Sicht des wissenschaftlichen Kommunismus ist es grundlegend erforderlich, zunächst als Rahmen auf einen geschichtlichen und gesellschaftspolitischen Hintergrund einzugehen, wenn spezielle Fragen behandelt werden sollen. Im Teil I geht es zunächst um die Lage. Denn die Entwicklung der Judenfeindschaft und des Kampfs der Sozialdemokratie in Deutschland geschah verständlicherweise im 19. Jahrhundert unter anderen Bedingungen als im Mittelalter oder heute.

Im Teil II geht es um die Judenfeindschaft von 1848 bis 1893 und den Kampf gegen diese Judenfeindschaft aus den Reihen der jüdischen Aktivisten und von Heinrich Heine. Hier wird zunächst im ersten Abschnitt die Entwicklung der Judenfeindschaft zwischen 1848 und 1893 auf den verschiedenen Ebenen (auf der Straße, durch den Staat, durch Publikationen und Organisationen und durch theoretische Pamphlete) zusammenhängend dargestellt. Dabei wird auf der vorangegangenen Studie zum Kampf gegen Judenfeindschaft vor 1848 aufgebaut und hier und da auf Zusammenhänge zwischen der Judenfeindschaft vor 1848 und danach verwiesen. Es geht darum, die reaktionäre Gesamterscheinung der Judenfeindschaft deutlich zu machen. Wichtig erschien uns, die sich wiederholenden judenfeindlichen Denkfiguren in einer abschließenden Zusammenfassung kompakt darzustellen, um den Überblick zu erleichtern. Es geht in diesem Abschnitt vor allem darum, die Vielfalt und die Wucht der judenfeindlichen Aktivitäten der damaligen Zeit möglichst konzentriert und plastisch vorzustellen.

Denn das ist wiederum Voraussetzung, um zu verdeutlichen, welche Herausforderungen sich der Sozialdemokratie im Kampf gegen Judenfeindschaft gestellt hatten. In diesem Abschnitt wird der Kampf gegen Judenfeindschaft vorgestellt, der sich direkt gegen die judenfeindlichen Angriffe richtete. Der Kampf aus den Reihen der jüdischen Aktivisten und von Heinrich Heine sowie auch aus den Reihen der nicht-jüdischen bürgerlich-demokratischen Kräfte war eine mögliche Quelle für die Sozialdemokratie (die offensichtlich aber kaum oder gar nicht genutzt wurde). Es ging darum, den Kampf mit seinen Stärken und Schwächen zu studieren und auszuwerten. Hier hätte gelernt und diskutiert werden können. Die Auswertung der Dokumente zeigt aber, dass dies zumindest publizistisch nicht geschehen ist.

Zu III bis V

In diesen Teilen wird dann der Kampf der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft auf theoretischer und politischer Ebene und auf der Straße gegen die Judenfeinde analysiert.

Für eine Einschätzung der Sozialdemokratie ist es unserer Meinung nach zwingend nötig, zunächst auf Positionen von Marx und Engels einzugehen, insofern sie von Einfluss auf die Sozialdemokratie waren.

Auf Grundlage all dieser Einschätzungen geht es dann darum, möglichst genau die Stärken und Schwächen des theoretischen und politischen Kampfs der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft auf den verschiedensten Ebenen (im Reichstag, im Zentralorgan und in der theoretischen Arbeit) darzustellen. Diese Analysen sind unserer Meinung nach notwendig, um die Stärken und Schwächen des wohl bekanntesten Dokuments der Sozialdemokratie in Deutschland gegen Judenfeindschaft, die Parteitage Rede Bebels von 1893, einschätzen zu können.

Am Ende vom Teil III werden drei wichtige Dokumente der Sozialdemokratie abgedruckt, u.a. auch die komplette Parteitage Rede von August Bebel von 1893.

Im Teil IV wird der praktische Kampf der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft auf der Straße analysiert.

Im Teil V wird die bisherige Analyse zusammengefasst und vertieft. Dabei wird durch die Verbindung der einzelnen richtigen Positionen aus den Reihen der jüdischen Aktivisten und der Sozialdemokratie mit einer gewissen Systematik die Möglichkeit einer richtigen Linie der damaligen Sozialdemokratie verdeutlicht. Diesem Ziel dienen auch die gesonderten Hervorhebungen einzelner richtiger Positionen im Text.

In Teil „Beiträge zur Vertiefung“ sind recht unterschiedliche Beiträge zur Vertiefung zusammengestellt, wobei ein Schwerpunkt die teilweise in gedrängter Form vorgenommene Analyse problematischer und falscher Bemerkungen von Marx und Engels in ihren Werken, journalistischen Arbeiten und Briefen bildet.

Es mag verwundern, dass gerade als „Stalinisten“, „Orthodoxe“ und „Dogmatiker“ verschiene Kräfte wie das AutorInnenkollektiv sich derart kritisch mit Marx und Engels und der Sozialdemokratie auseinandersetzt. Das ist in Wirklichkeit ein Ausdruck der festen Beziehung zu Marx und Engels, die eine solche Kritik nicht nur ausgehalten, sondern sicher auch begrüßt hätten. Es geht um eine Selbstkritik, die die „rücksichtslose“ Enthüllung der eigenen Mängel zum Ziel hat. Selbstverständlich liefert Selbstkritik den pseudolinken Antikommunisten und dem Klassenfeind Material, doch längerfristig gewinnen kommunistische Kräfte durch offene Selbstkritik.

Abschließend wird ein Forschungsbericht über die bisherigen Analysen anderer Autorinnen und Autoren über den Kampf der Sozialdemokratie gegen die Judenfeindschaft sowie eine Chronologie und das Literaturverzeichnis angefügt.

Im Anhang wird der Rahmen der Reihe „Analyse des Kampfes der kommunistischen Kräfte gegen die Judenfeindschaft“ erneut dokumentiert.

Um es deutlich zu unterstreichen: Es geht bei dieser Analyse in erster Linie um das Lernen, das Lernen aus den Stärken und Schwächen für den Kampf heute. Dabei bleibt es nicht aus, dass unverzeihliche Fehler

auch entsprechend bewertet werden, insbesondere wenn schon klarere und bessere Positionen im Kampf gegen Judenfeindschaft entwickelt worden waren, es sich also deutlich um Rückschritte handelt.

Gewiss ist man im Nachhinein immer schlauer. Ein Argument, das möglicherweise bei der persönlichen Bewertung der Kader der Sozialdemokratie eine Rolle spielen kann, aber für die selbstkritische Analyse einer Bewegung, in deren Tradition insgesamt gesehen die kommunistische Bewegung stand und die kommunistische Bewegung heute steht, ist das kein erstrangiger Gesichtspunkt. Vorrangig ist die rücksichtslose Kritik mit dem Ziel der Aufklärung, mit dem Ziel der Beseitigung der Fehler und Schwächen und der Nutzung der Stärken.

Im Großen und Ganzen stehen wir zu der These, dass auch die schwerwiegendsten Fehler jedoch Fehler im Kontext eines ausgesprochen wichtigen Kampfs gegen die Judenfeindschaft waren.

Das Kollektiv von Autorinnen und Autoren bedankt sich bei allen, die durch Kritik und Recherche mitgeholfen haben. Der vorgelegte Text wurde – der unterschiedliche Stil zeigt es – von verschiedenen Personen geschrieben, aber inhaltlich durchdiskutiert.

Das Spannungsfeld, auch bedingt durch die Teilnahme junger und alter Genossinnen und Genossen und der großen Anzahl der Beteiligten, lag oft bei unterschiedlichen Punkten in der Frage der Schärfe, der „Rücksichtslosigkeit“ der Kritik an der Sozialdemokratie vor 1914 einerseits und der Notwendigkeit einer Kritik an der Sozialdemokratie andererseits, die eine Art Selbstkritik ist, weil wir heute trotz alledem auf den Schultern ihres Kampfs stehen.

Um sehr deutlich zu machen, dass die Sozialdemokratie trotz erheblicher Schwächen und Fehler auch sehr richtige Positionen vertreten hat, die auch für den heutigen Kampf gegen Judenfeindschaft wichtig sind, haben wir diese richtigen Positionen in kleinen Kästchen hervorgehoben.

Außerdem werden zur Erleichterung des Quellenstudiums und der Überprüfung unserer Kritiken an der Sozialdemokratie Materialienbände mit Faksimiles der besprochenen sozialdemokratischen Publikationen erstellt.*

Kollektiv von Autorinnen und Autoren gegen
Judenfeindschaft und Antikommunismus, November 2019

* Hervorhebungen in Zitaten sind im Original kursiv, alle anderen Hervorhebungen sind von uns. Eckige Klammern in Zitaten markieren Auslassungen, die durch die Redaktion vorgenommen wurden. Die Rechtschreibung in Zitaten wurde der heutigen Rechtschreibung moderat angepasst. Die Marx Engels Werke werden im gesamten Text mit MEW abgekürzt.

**I. Zur ökonomischen und politischen Lage
und der Entstehung und Entwicklung
der organisierten proletarischen Bewegung
1848 bis 1895**

I. Zur ökonomischen und politischen Lage und der Entstehung und Entwicklung der organisierten proletarischen Bewegung 1848 bis 1895

Vorbemerkung

In diesem Teil geht es darum, den geschichtlichen und gesellschaftspolitischen Rahmen für die Entwicklung der Judenfeindschaft und für den Kampf der Sozialdemokratie in Deutschland gegen die Judenfeindschaft vorzustellen.

Dieser Teil wurde insgesamt zweigeteilt in einen Teil A, der den Zeitraum von 1848 bis 1870/71 umfasst, und einen Teil B, der den Zeitraum von 1871 bis vor das Ende des 19. Jahrhunderts behandelt. In jedem dieser beiden Teile wird als Erstes ein Überblick über die Lage und die Entwicklung der Verhältnisse gegeben und als Zweites ein Überblick über die Entwicklung der organisierten Bewegung der proletarischen Klasse bzw. der Sozialdemokratie. Dabei haben wir uns jeweils auf die zentralen Punkte konzentriert, die unserer Meinung nach für die nachfolgenden Teile von besonderer Bedeutung sind.

Im Teil A wird zunächst die bürgerlich-demokratische Revolution 1848 mit ihrer Niederlage und ihren Folgen sowie die Entwicklung hin zur Gründung des „Deutschen Reiches“ mit dem Krieg gegen Dänemark 1864 und gegen Österreich 1866 skizziert. Dann werden die ersten Keime, die Entstehung der proletarischen Bewegung und der Vorgängerorganisation der Sozialdemokratie dargestellt. Im Teil B geht es zunächst wiederum um die Entwicklung der Lage. Sicherlich ein großer Einschnitt war die Gründung des „Deutschen Reiches“ nach dem Sieg im dynastischen Krieg gegen Frankreich 1871 mit dem nachfolgenden Raub von 5 Milliarden Francs und der Annexion Elsass-Lothringens und die Niederschlagung der Pariser Kommune im selben Jahr. Dies beeinflusste wesentlich die Entwicklung des Kapitalismus in Deutschland und dadurch verschärften sich auch die Widersprüche mit den anderen, sich entwickelnden kapitalistischen Staaten

und Russland. Dann wird gezeigt, wie auf der Basis dieser Gesamtentwicklung die gewerkschaftliche Bewegung und die Sozialdemokratie erstarkten, wobei die Sozialistengesetze (1878–1890) durchaus als ein wesentlicher Einschnitt angesehen werden müssen. Es wird deutlich werden, dass diese Skizze von uns ganz bewusst kurz gehalten wurde und nicht im Detail die Entwicklung hin zum „Deutschen Reich“ und nach seinem Entstehen wiedergibt. Diese Einschränkung wurde bewusst in Kauf genommen.

A. Zur Lage von 1848 bis 1871 auf den späteren Gebieten des „Deutschen Reiches“

1. Die feudalen Verhältnisse, die bürgerlich-demokratische Revolution und die kapitalistische Entwicklung bis 1871

a) Die bürgerlich-demokratische 1848er Revolution und deren Niederlage

Auf dem Gebiet des späteren Deutschlands entwickelte sich über 300 Jahre nach der Niederlage der revolutionären Bauernkriege eine gegen die feudalistische Reaktion gerichtete Bewegung. Die bürgerlich-demokratische Revolution reifte heran, die das Land von den Überresten des Feudalismus befreien, die reaktionäre Herrschaft vor allem Preußens stürzen und Deutschland zu einem Nationalstaat vereinigen sollte.

1848 kam es zu einer politischen Krise. Den Anstoß zum Aufbegehren breiter Massen gab die Februarrevolution in Frankreich. Es begann mit antifeudalen Aktionen der Bauern in den süddeutschen Staaten, die Frankreich benachbart waren. Diese Aktionen wurden niedergeschlagen. Am 18. März 1848 gelang es proletarischen Barrikadenkämpfer/innen nach zweitägigen Kämpfen in Berlin, die feudalen Garderegimenter aus der preußischen Hauptstadt hinauszutreiben.¹²

Die revolutionäre Bewegung 1848 war seit den Bauernkriegen 1525 der erste große bewaffnete Kampf gegen die herrschende Klasse in Deutschland. An der bürgerlich-demokratischen Revolution beteiligten sich vor allem in den Großstädten Arbeiterinnen und Arbeiter, Werktätige aus dem Handwerk und Handel, darunter auch zahlreiche jüdische Menschen.¹³ Doch die preußische Bourgeoisie betrieb eine Politik, die auf das Abwürgen der Revolution gerichtet war.

Am 18. Mai 1848 trat die „gesamtdeutsche“ Nationalversammlung in Frankfurt am Main zusammen. Sie sollte die Verfassung des künftigen deutschen Einheitsstaates ausarbeiten. Aber die Frankfurter Nationalversammlung hatte ebenso wie die von ihr Ende Juni 1848 geschaffene provisorische „Zentralregierung“ keinerlei wirkliche

Macht. Der Grundrechtsbeschluss der Frankfurter Nationalversammlung vom 20. Dezember 1848, der – auch erst nach erheblichem Druck jüdischer Politiker wie Gabriel Riesser – für die jüdische Bevölkerung die rechtliche Gleichstellung und die Glaubensfreiheit proklamierte, blieb auf dem Papier stehen.* Nach anfänglichen Erfolgen der kämpfenden, ausgebeuteten Massen endete die 1848er Revolution in einer blutigen Konterrevolution.

Während in Frankreich seit 1789 die bürgerlich-demokratische Umwälzung bis zur bürgerlichen Republik und zu bürgerlichen Freiheitsrechten ging, machte sie in Deutschland halt, ohne die Monarchie und die Reaktion gebrochen, ohne die feudalen Überreste angetastet und die Vereinigung der deutschen Kleinstaaten erreicht zu haben; sie endete mit der Unterdrückung der revolutionären Kräfte.

Die deutsche Bourgeoisie hatte aus ihren Klasseninteressen heraus die revolutionär-demokratische Bewegung im Stich gelassen. Die deutsche Bourgeoisie handelte so konterrevolutionär vor allem deshalb, weil sie ihre Blüte in einer Periode hatte, in der, wie Engels feststellte, die „Bourgeoisie der anderen westeuropäischen Länder politisch schon im Niedergang begriffen“¹⁴ war. Daher erkannte die Bour-

* Bezeichnend sind in diesem Zusammenhang zuvor schon die Ausführungen des noch jungen Abgeordneten Otto von Bismarck, der 1871 bei der „Einigung Deutschlands“ an führender Stelle stand. Er gab in seiner Rede vor dem Preußischen Landtag am 15.6.1847 die folgende jüdenfeindliche Erklärung ab: „... Ich gönne ihnen (den Juden, A. d. V.) auch alle Rechte, nur nicht das, in einem christlichen Staate ein obrigkeitliches Amt zu bekleiden. [...] In den Landesteilen, wo das Edikt von 1812 gilt, fehlen den Juden, soweit ich mich erinnere, keine anderen Rechte als dasjenige, obrigkeitliche Ämter zu bekleiden. Dieses nehmen sie nun in Anspruch; sie verlangen, Landräte, Generäle, Minister, ja unter Umständen auch Kulturminister zu werden. Ich gestehe ein, dass ich voller Vorurteile stecke, ich habe sie mit der Muttermilch eingesogen, und es will mir nicht gelingen, sie wegzudisputieren; denn wenn ich mir als Repräsentanten der geheiligten Majestät des Königs gegenüber einen Juden denke, dem ich gehorchen soll, so muss ich bekennen, dass ich mich tief niedergedrückt und gebeugt fühlen würde, dass mich die Freudigkeit und das aufrechte Ehrgefühl verlassen würden, mit welchem ich jetzt meine Pflichten gegen den Staat zu erfüllen bemüht bin. Ich teile diese Empfindung mit der Masse der niederen Schichten des Volkes und schäme mich dieser Gesellschaft nicht.“ (Bismarck, Otto von: Rede vom 17.6.1847, Die Judenemanzipation und der christliche Staat, zitiert nach: Kohl, Horst (Hrsg.): Bismarckreden 1847–1895, Leipzig 1899, S. 2 f.)

geoisie schon die ihre Existenz bedrohende potenzielle Macht des Proletariats. Die deutsche Bourgeoisie erschrak jedoch nicht so sehr vor dem deutschen Proletariat wie vor dem wesentlich weiter entwickelten Klassenkampf des französischen Proletariats, das ihr mit dem Pariser Juniaufstand von 1848 deutlich zeigte, was sie künftig zu erwarten hatte. Vom 22. bis zum 26. Juni 1848 kam es zum Pariser Juniaufstand von mehreren Zehntausend Arbeiterinnen und Arbeitern gegen die konterrevolutionäre Bourgeoisie, der jedoch von der reaktionären französischen Armee niedergeschlagen wurde. Bei den Kämpfen fielen etwa 3.000 Arbeiterinnen und Arbeiter, nach den Kämpfen wurden ca. 10.000 von der Konterrevolution ermordet. 25.000 wurden ins Gefängnis geworfen, über 3.500 deportiert.¹⁵

Anders als die Bourgeoisie Englands und vor allem Frankreichs, die im Kampf gegen den Feudalismus Jahrzehnte zuvor durchaus revolutionäre Potenzen unter Beweis gestellt hatte, war die Geschichte Deutschlands davon mitbestimmt, dass die deutsche Bourgeoisie niemals wirklich revolutionär handelte. Engels schrieb 1870:

„Nur eins kann sie: gegen die Arbeiter wüten, sobald diese sich regen.“¹⁶

Engels konstatierte, dass sie „aus Furcht vor dem Volk, d. h. vor den Arbeitern und der demokratischen Bürgerschaft, ein Schutz- und Trutzbündnis mit der Reaktion“ schloss.¹⁷

Die Zentralregierung und die Nationalversammlung sanktionierten im Wesentlichen nur die konterrevolutionäre Politik der Regierungen Österreichs, Preußens und der anderen deutschen Staaten. Dies zeigte sich gerade auch in der Haltung der deutschen Bourgeoisie gegenüber der von Deutschland unterjochten Bevölkerung anderer Länder. Die Nationalversammlung trat gegen jegliche Befreiungsbewegung der unterdrückten Nationalitäten auf. Marx und Engels wiesen im Juli 1848 auf das folgende „geschichtliche Paradoxon“ der bürgerlichen Revolution 1848 in Deutschland hin:

„In demselben Augenblick, wo die Deutschen um die innere Freiheit mit ihren Regierungen ringen, [unternehmen] sie unter dem Kommando derselben Regierungen einen Kreuzzug gegen die Freiheit Polens, Böhmens, Italiens“.¹⁸

Jede Bestrebung der Polen zur nationalen Freiheit wurde von preußischen Truppen unterdrückt und in Blut ertränkt. In Böhmen, wo die slawische Bevölkerung bereits Jahrhunderte lang durch Eroberungskriege dezimiert und die deutsche Bevölkerung durch Invasion und Ansiedelung vermehrt worden war, hat die deutsch-österreichische Soldateska den Prager Aufstand 1848 brutal niedergeschlagen. In Italien wurde mithilfe deutschen Geldes und deutscher Soldaten jede Freiheitsbewegung durch Bajonett, Galgen, Kerker und Galeeren vernichtet. Engels stellte im Juni 1848 mit Bitterkeit fest, dass das „revolutionäre Deutschland“, sozusagen in der Außenpolitik, die Unterdrückung der Bevölkerung in anderen Ländern (Italien, Polen, Böhmen) „vollständig ratifiziert“¹⁹ habe. Anders als zum Beispiel in Österreich: Als am 6. Oktober 1848 Bataillone aus Wien zur Niederschlagung des Aufstands in Ungarn in Gang gesetzt werden sollten, erhoben sich die revolutionären Arbeiterinnen und Arbeiter, verhinderten den Abmarsch der Truppen, die teilweise überliefen, und erschlugen den Kriegsminister Latour.²⁰

In diesem Prozess zugespitzter Klassenkämpfe war also ein entscheidendes Phänomen, dass die vorher noch großmäulige Bourgeoisie sich angesichts der kämpfenden proletarischen Bewegung in Frankreich, aber auch der Kämpfe auf dem Gebiet des späteren Deutschlands in einer beispiellosen Weise der preußisch-feudalen Konterrevolution anschloss, aus Angst vor der Revolution bürgerlich-demokratische Prinzipien verriet und eigene politische Interessen zeitweilig zurückstellte. Sie beteiligte sich zunehmend am Staatsapparat in den einzelnen deutschen Staaten.

b) Entwicklung des Kapitalismus, die Kriege gegen Dänemark 1864 und zwischen Preußen und Österreich 1866 und die Gründung des Norddeutschen Bundes 1866

Nach der Niederlage der Revolution von 1848 blieb „Deutschland“ weiterhin über Jahre hinaus ein politisch zersplittertes Land. Jedoch war kein Hindernis imstande, das starke Wachstum der kapitalistischen Produktion aufzuhalten, das Anfang der 50er Jahre einsetzte und zunehmend die Grundlagen für die kapitalistische Großindustrie

schuf. Durch die Entwicklung des Kapitalismus in Deutschland wurden die Handwerksbetriebe und Manufakturen zunehmend von Fabriken abgelöst. Gerade die Zahl der Industriearbeiterinnen und -arbeiter wuchs besonders schnell, erheblich schneller als die Gesamtbevölkerung. Zum Beispiel verdoppelte sie sich zwischen 1849 und 1861 in der Eisenmetallurgie und verdreifachte sich im selben Zeitraum im Maschinen- und Waggonbau sowie im Kohlenbergbau.²¹

Die Bourgeoisie war daran interessiert, die Voraussetzungen für die „freie Entwicklung“ von Handel und Industrie zu schaffen, und strebte daher die politische und wirtschaftliche Einigung des Landes an. Politisch ordnete sich die deutsche Bourgeoisie aufgrund ihres eigenen ausbeuterischen Klasseninteresses der feudal-absolutistischen Reaktion unter, vor allem dem reaktionären Preußentum. Dessen Militarismus bot ihr die Aussicht, die nationale Einheit und damit die Aufhebung der feudalen Zersplitterung, eine wesentliche Bedingung für das weitere Erstarken des Kapitalismus und der industriellen Bourgeoisie, ohne Revolution und gegen die breite Masse der Bevölkerung – vor allem ohne und gegen das Proletariat – von oben zu erlangen.

Die „Vereinigung Deutschlands“ erfolgte auf dem Weg diplomatischer Intrigen und dynastischer Kriege unter Führung des reaktionären Preußentums mit dem Junker Bismarck an der Spitze. Der erste Krieg um die Einigung Deutschlands auf antidemokratischem Weg war der Krieg Preußens und Österreichs gegen Dänemark 1864 um die Herzogtümer Schleswig und Holstein. Nach dem Sieg über Dänemark ließ Preußen dann 1866 seine Truppen gegen Österreich und gegen die Kleinstaaten marschieren, die sich im Bündnis mit Österreich befanden. Die Gründung des Norddeutschen Bundes 1866 unter Vorherrschaft der reaktionären preußisch-militaristischen Monarchie war ein entscheidender Schritt zur Vereinigung Deutschlands von oben ohne Österreich, die dann 1871 erfolgte.

2. Die ersten Schritte der organisierten proletarischen Bewegung

Im 19. Jahrhundert war die proletarische Klasse immer häufiger in Aktion getreten. In Frankreich insbesondere bei der sogenannten Julirevolution 1830, als Arbeiterinnen und Arbeiter Barrikadenkämpfe gegen die Monarchie organisierten, sowie bei den Kämpfen der Weber und Weberinnen in Lyon 1831 und 1834. Auf dem Gebiet des späteren „Deutschen Reiches“ regte sich das Proletariat erstmals 1844 bei den Aufständen der schlesischen Weberinnen und Weber.

Im November 1847 gründete sich in London, maßgeblich von Marx und Engels geleitet, mit dem Bund der Kommunisten die geschichtlich erste internationale kommunistische Organisation. Der Bund proklamierte als Aufgabe und Ziel bereits klar den proletarischen Internationalismus, den Sturz der Bourgeoisie durch die gewaltsame Revolution, die Errichtung der Herrschaft des Proletariats nach dem Sturz der Bourgeoisie und den Aufbau einer kommunistischen Gesellschaft. Marx und Engels arbeiteten das 1848 erschienene „Manifest der Kommunistischen Partei“ aus, das Geburtsdokument des wissenschaftlichen Kommunismus.

In Deutschland begannen sich Teile der proletarischen Klasse im Zusammenhang mit der 1848er Revolution verstärkt zu organisieren. Der Kölner Arbeiterverein etwa hatte 1848 rund 8.000 Mitglieder.²²

Offiziell war die Mitgliedschaft von Frauen in politischen Parteien erst durch das Reichsvereinsgesetz vom 15. Mai 1908 legal.²³ Bis dahin hatte die Sozialdemokratie weibliche Mitglieder in Bildungsvereinen organisiert. Seit 1851 herrschte das Preußische Vereinsgesetz, dessen § 8 lautete: „Für Vereine, welche bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, gelten [...] nachstehende Beschränkungen: Sie dürfen keine Frauenspersonen [...] aufnehmen. Frauenspersonen dürfen den Versammlungen und Sitzungen politischer Vereine nicht beiwohnen.“²⁴ Führende Mitglieder wurden verhaftet und wegen Teilnahme an politischen Aktivitäten und der Zugehörigkeit zur SPD vor Gericht gestellt.²⁵

Auf dem Gebiet des späteren Deutschlands folgte nach der Niederlage in der 1848er Revolution eine Phase verstärkter Reaktion und des

Stillstands in der proletarischen Bewegung. Die preußische Regierung ging dazu über, radikale demokratische und revolutionäre Kräfte juristisch zu verfolgen und eine entstehende proletarische Bewegung bereits im Keime zu zerschlagen. Marx lebte seit 1849 in London. Etlichen Mitgliedern und Sympathisanten des Bundes der Kommunisten wurde 1852 in Köln mit großer Signalwirkung der Prozess gemacht (Kölner Kommunistenprozess).

Erst Ende der 1850er Jahren erholte sich die proletarische Klasse davon. Durch den schnellen Fortschritt der kapitalistischen Entwicklung auf dem Gebiet des späteren Deutschlands begann dort ein modernes Industrieproletariat zu entstehen, dessen fortgeschrittene Teile immer mehr zur Organisierung drängten. Dies kam zunächst durch starken Zulauf zu den sogenannten „Arbeiterbildungsvereinen“ und die Schaffung von gewerkschaftsähnlichen Verbänden zum Ausdruck. Die politische Organisierung wurde durch die seit 1851 geltenden reaktionären Vereinsgesetze in den nächsten Jahrzehnten immer wieder erschwert, denn politische Vereine durften nicht mit anderen Vereinen zu gemeinsamen Zwecken in Verbindung treten und Frauen war die Mitgliedschaft in politischen Vereinen und die Teilnahme an deren Versammlungen untersagt.²⁶

a) Gründung Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein (ADAV) 1863

Im Jahr 1862 initiierten sächsische Arbeiterinnen und Arbeiter die Bildung eines Zentralkomitees zur Einberufung eines Arbeiterkongresses und wandten sich an Ferdinand Lassalle mit der Bitte um eine programmatische Stellungnahme. In seinem damals bekannten „Offenen Antwortschreiben“²⁷ propagierte Lassalle 1863 die politische Lösung von Parteien der liberalen Bourgeoisie und die Notwendigkeit der Bildung einer politisch eigenständigen Organisation. Daraus entstand 1863 in Leipzig die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV), der erste Vorläufer der späteren Partei der Sozialdemokratie in Deutschland. Lassalle wurde zum Präsidenten des ADAV gewählt, starb jedoch bereits 1864. Das Statut gab dem Präsidenten sehr viele Befugnisse und widersprach einer demokratisch aufgebauten Organisation. Die Mitgliederzahl betrug 1864 höchstwahrscheinlich mindestens 3.000.²⁸

Lassalles Verdienst war es, dass er mit dem ADAV einen maßgeblichen Beitrag zu einer politisch eigenständigen Organisierung des Proletariats in Deutschland geleistet hatte und dass er Lehren von Marx zum Teil im deutschen Proletariat in populärer Form bekannter machte, allerdings ohne deren Urheberschaft offenzulegen. Doch diese positive Seite wurde überlagert durch Lassalles Reformismus, seine Staatsgläubigkeit, seinen engen nationalen Standpunkt und seine Geringschätzung des ausgebeuteten Teils der Bauernschaft als Bündnispartner der proletarischen Klasse. Lassalle sah die entscheidende Taktik gegen die preußischen Junker und gegen das Kapital nicht in der bewaffneten Aktion der Arbeiterinnen und Arbeiter im Bündnis mit der armen Bauernschaft, sondern im allgemeinen Wahlrecht und im Bündnis mit den Feudalen gegen die Bourgeoisie. Er propagierte eine Art friedlichen Weg in Form von Produktivgenossenschaften mit preußischer „Staatshilfe“. Diese Haltung führte ihn dazu, dass er in geheime Verhandlungen mit Bismarck trat, um ihm Zugeständnisse für das Proletariat abzurufen, worüber es Zeit seines Lebens nur Gerüchte gab.²⁹ Von diesem opportunistischen Erbe befreite sich auch die spätere deutsche Sozialdemokratie nie vollständig, obwohl Marx und Engels mehrfach dagegen Stellung bezogen hatten.³⁰

Das Zentralorgan des ADAV war „Der Social-Demokrat“ und erschien seit Ende 1864 unter Leitung von Johann Baptist von Schweitzer.³¹ Marx und Engels schrieben zu Beginn Artikel für das Organ, bis sie schon wenige Monate später ihre Mitarbeit einstellten, da ihre Kritik an der preußenfreundlichen Ausrichtung des ADAV und seines Organs keine Beachtung fand. Wilhelm Liebknecht, der in der Redaktion mitgearbeitet hatte, trat zeitgleich aus der Redaktion aus. Nach Lassalles Tod übernahm Schweitzer die Führungsrolle im ADAV und wurde 1867 auch zum Präsidenten gewählt. Er führte die Politik Lassalles fort.

b) Gründung der I. Internationale 1864

International von großer Bedeutung war 1864 die Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation (I. Internationale). Aus 13 europäischen Ländern und den USA waren knapp 2.000 Personen zur Gründungskonferenz am 28. September 1864 in London zusammengekommen. Als führendes Gremium fungierte der Generalrat, dem Karl

Marx, später auch Engels angehörte. Die I. Internationale umfasste unterschiedlichste ideologische Strömungen und gegensätzliche Anschauungen in der proletarischen Bewegung der beteiligten Länder. Kommunistische Kräfte waren dort in der Minderheit. Entsprechend schwierig war für Marx der an ihn erteilte Auftrag, Entwürfe für ein Programm und die Statuten zu verfassen. Es gelang ihm ein Programm (Inauguraladresse) und Statuten vorzulegen, die für alle vertretenen Richtungen weitgehend annehmbar waren und sowohl ideologisch als auch organisatorisch eine revolutionäre Grundlage darstellten, um für die politische Mobilisierung und Vereinigung der proletarischen Kräfte aller fortgeschrittenen Länder mit dem Ziel der Befreiung des Proletariats weltweit zu arbeiten.

Spätestens ab 1867 gewann die I. Internationale unter den fortgeschrittenen Teilen der proletarischen Massen immer mehr an Einfluss, insbesondere in der Schweiz, Italien, Deutschland, Frankreich und Belgien hatte sie eine hohe Popularität. In Deutschland nahm der ADAV keine engeren Verbindungen zur Internationale auf. Die kommunistischen Kräfte mit Marx an der Spitze führten innerhalb der I. Internationale einen Kampf zunächst gegen den kleinbürgerlichen Proudhonismus und dann vor allem sehr heftig gegen den Anarchisten Michael Bakunin* und seine Anhänger.³²

Gegen den Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 nahm die Internationale in mehreren Protestaufrufen mustergültig eine internationalistische Haltung ein. Die Internationale verteidigte die Pariser Kommune 1871 uneingeschränkt und zeigte die daraus zu ziehenden Lehren für das internationale Proletariat auf.

Nach der Niederschlagung der Pariser Kommune verlor die Internationale aber deutlich an Einfluss und zerfiel in den nächsten Jahren, auch bedingt durch den erbitterten Kampf zwischen dem unter Führung von Marx stehenden Generalrat und den Bakunisten, die mit einer gezielten Spaltungskampagne gegen die Internationale vorgingen.³³ Die letzten zwei Kongresse der I. Internationale³⁴ konnten diese Entwicklung nicht mehr aufhalten. 1876 wurde auf einer Konferenz

* Zur Judenfeindschaft von Bakunin siehe im Abschnitt I B, 2, g: „Zur Judenfeindschaft Bakunins“.

die offizielle Auflösung der I. Internationale beschlossen. Als erste internationale revolutionäre proletarische Organisation hatte sie jedoch in den wenigen Jahren ihrer Existenz wirklich viel dazu beigetragen, im Kampf gegen opportunistische Vorstellungen die Ausbreitung des wissenschaftlichen Kommunismus unter den revolutionären Kräften international zu forcieren.

c) Streiks und zunehmende Organisierung der proletarischen Klasse 1865 bis 1870. Das Erscheinen von Marx' Hauptwerk „Das Kapital“ 1867

In den deutschen Ländern erreichte im Jahr 1865 die Zahl der Streiks eine Rekordhöhe. Über 150 Streiks fanden in diesem Jahr statt. An manchen Streikaktionen waren über 1.000 Streikende beteiligt. 1867 begann die Streikbewegung erneut anzusteigen. So streikten im September/Oktober 1867 1.300 Bergarbeiter in Essen. Infolge der noch ungenügenden gewerkschaftlichen Organisation sind die Erfolge der ökonomischen Kämpfe gering. Die Arbeiterinnen und Arbeiter begannen, sich zunehmend in lokalen Gewerkschaften zu organisieren, und drängten zu gewerkschaftlichem Zusammenschluss im gesamtstaatlichen Rahmen. Anfang Mai 1869 begannen große Streikkämpfe in verschiedenen Städten. 1869 kam es zu 130 Streiks. Ein Drittel der Streikenden waren Industriearbeiterinnen und -arbeiter der Berg- und Hüttenwerke, der Metall- und Textilfabriken.

Vom 1. Dezember bis 24. Januar 1870 kämpften dann im bisher größten Streik auf dem Gebiet des späteren deutschen Staates rund 8.000 Waldenburger Bergarbeiter für die Anerkennung ihrer Gewerkschaft als Vertreterin ihrer Interessen, für Kürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne sowie Zurücknahme von Maßregelungen. Die 1869 gegründete Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) unterstützte den Kampf und organisierte eine breite Solidaritätsbewegung, an der sich auch die Mitglieder der I. Internationale in Belgien, Italien, Österreich, in der Schweiz, in Spanien, Ungarn, den USA und anderen Ländern beteiligten. Der Streik musste dann zwar wegen der noch zu schwachen gewerkschaftlichen Organisation der Waldenburger Bergarbeiter abgebrochen werden, förderte allerdings den Einfluss der SDAP unter den Bergarbeitern.³⁵

Als Zugeständnis an die erstarkende proletarische Bewegung wurde im Norddeutschen Reichstag das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für Männer über 25 Jahre eingeführt. 1867 konnte der ADAV zwei Mandate gewinnen, eines davon ihr Präsident Schweitzer. Auch August Bebel und Wilhelm Liebknecht, deren Kampf gegen das reaktionäre Preußentum und für eine demokratische deutsche Republik landesweit Beachtung fand und ihren Einfluss unter den werktätigen Massen erhöhte, errangen dort Mandate als Vertreter der von ihnen ein Jahr zuvor gegründeten Sächsischen Volkspartei.³⁶ Ab diesem Zeitpunkt entwickelte Bebel die ausgeprägte Fähigkeit, die parlamentarische Tribüne auszunutzen, um demokratische und sozialistische Ideen zu propagieren und den reaktionären Staat und politische Gegner zu entlarven.

Ein für das internationale Proletariat einschneidendes Ereignis war 1867 die Veröffentlichung des ersten Bandes von Marx' fundamentalem Hauptwerk „Das Kapital – Kritik der politischen Ökonomie“. Im Rahmen seiner wissenschaftlichen Analyse der grundlegenden Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus untersuchte Marx in diesem ersten Band den kapitalistischen Produktionsprozess und lüftete unter anderem das Geheimnis der Mehrwertproduktion, die Quelle des Profits. Dieses Buch gab dem Proletariat eine tiefgehende theoretische Grundlage für die Aufgaben und Perspektive seines Klassenkampfes. Es widerlegte gleichzeitig reformistische Illusionen, wie sie etwa die Lassalleaner hatten. Die theoretische Aneignung des „Kapitals“ durch fortgeschrittene Kräfte der proletarischen Bewegung trieb die Schaffung einer am wissenschaftlichen Kommunismus orientierten proletarischen Partei voran.

d) Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) 1869

Innerhalb des ADAV bildete sich, auch unter dem wachsenden Einfluss der I. Internationale, eine revolutionäre Opposition, die im Widerspruch zum Reformismus der Lassalle-Anhänger stand. Diese Opposition von etwa 1.000 Mitgliedern³⁷ trat schließlich aus dem ADAV aus und beteiligte sich 1869 in Eisenach an der Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP), deren Mitglieder in der Folgezeit auch „Eisenacher“ genannt wurden. Die meisten Delegierten

auf dem Gründungskongress kamen aus dem von Bebel und Liebknecht geleiteten Verband deutscher Arbeitervereine,³⁸ der sich daraufhin auflöste und in der SDAP aufging.

Die SDAP war eng mit der I. Internationale verknüpft, auch wenn sie nicht offiziell als deren Sektion auftrat. Besonders die Beteiligung und Unterstützung der Internationale an Streikkämpfen, auch länderübergreifend, trug ihr viele Sympathien unter den proletarischen Massen ein.

Die Entwürfe zu Programm und Statut der SDAP hatte Bebel verfasst. Zentralorgan wurde „Der Volksstaat“ mit bis zu 3.000 Abonnenten im ersten Jahr.³⁹ Unter der Redaktion Wilhelm Liebknechts wurden darin systematisch auch Beschlüsse der I. Internationale sowie aktuelle oder frühere Texte von Marx und Engels abgedruckt. Nach eigenen Angaben hatte die SDAP 1870 rund 10.000 Mitglieder.⁴⁰ Bei der Ausgestaltungsform der Parteiorganisation mussten die reaktionären Vereinsgesetze umgangen werden, woraus ein System von Vertrauensleuten entstand, das die Verbindung zwischen Mitgliedern und Parteileitung sicherstellte; offiziell bezeichneten sich die lokalen Parteieinheiten als Vereine, oftmals getarnt als Wahl- oder Bildungsvereine.⁴¹ Der organisatorische Parteaufbau wurde immer wieder durch Repressalien von Polizei und staatlichen Behörden behindert. Die Auffassungen der Eisenacher waren nicht frei vom opportunistischen Einfluss des Lassalleanismus, standen dem wissenschaftlichen Kommunismus jedoch deutlich näher. Neben Bebel und Liebknecht waren auch weitere führende Kräfte in der SDAP überzeugte Anhänger der proletarisch-revolutionären Linie von Marx, doch diese Kräfte waren noch in der Minderheit. Dementsprechend standen im Programm der SDAP so unklare Aussagen wie die lassalleanische Phrase vom „vollen Arbeitsertrag für jeden Arbeiter“ und die Forderung nach dem „freien Volksstaat“. Das Programm enthielt auch noch nicht die demokratische Forderung des Wahlrechts für Frauen.⁴²

Die Entstehung dieser beiden proletarischen Parteien manifestierte die Spaltung der proletarischen Bewegung. Zwischen dem ADAV (Lassalleaner) und der SDAP (Eisenacher) existierten grundlegende Widersprüche. Ein großer Streitpunkt war die auf der Tagesordnung

stehende Frage, wie die nationalstaatliche Einheit Deutschlands erreicht werden sollte: auf dem revolutionären Weg zur demokratischen Republik, was Marx und Engels sowie die Eisenacher vertraten, oder auf dem reaktionären Weg mit der preußisch-militaristischen Monarchie, was die Lassalleaner unterstützten.

e) Judenfeindliche Tendenzen und Äußerungen in der entstehenden organisierten Bewegung der Arbeiterinnen und Arbeiter

Der erste massiv judenfeindliche Angriff auf Karl Marx 1850 (Telling)

Zu Recht wurde von einer Reihe von Autoren darauf verwiesen, dass in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ (NRZ), deren Chefredakteur Marx war, auch judenfeindliche Artikel, etwa von einem Schriftsteller namens Telling (später unter dem Namen Eduard von Müller-Telling) erschienen waren.*

Schon seit August 1848 habe die NRZ judenfeindliche Verleumdungen ihres Wiener Korrespondenzen anstandslos abgedruckt. Laut Müller-Telling war Jellinek einer jener jüdischen „Schacher-Pflanzen“, die man irrtümlich Demokraten nenne. „Das Judentum“, behauptete er in der NRZ, habe sich der „demokratischen Leitung bemächtigt“ und sei „noch zehnmal niederträchtiger als das westeuropäische Bour-

* 1848 veröffentlichte Müller-Telling in Wien auch eine Schrift „Freiheit und Juden“, die er „allen Volksfreunden“ widmete und die von der Existenz einer jüdischen Weltverschwörung gefaselt hatte. Walter Grab gibt die folgenden Kostproben: „Israels satanische List‘ schände ‚mit notzüchtiger Gewalt die Freiheit zur Dirne‘. Es gebe keinen Unterschied zwischen Juden wie Rothschild, die ‚an den Spitzen des Geldes und der Industrie‘ stünden, und Literaten wie Heine und Börne, die den Deckmantel der Demokratie benutzten, denn das Judentum kenne ‚keinen andern Fortschritt und keine andere Gottheit [...] als den gemeinen Materialismus des Kalküls, des goldenen Kalbes‘. Wolle Deutschland wirklich seine Freiheit erringen, so müsse man nicht nur die 34 Throne, sondern auch das Judentum stürzen, denn ‚die Tyrannei steckt im Gelde, und das Geld gehört den Juden [...] Nicht die Könige, nicht die Soldaten, nicht die Beamten sind unsere wahren Quäler, denn sie sind bloß Werkzeuge unserer Quäler, der Juden.‘, (Zitiert nach: Grab, Walter: Der deutsche Weg der Judenemanzipation 1789–1938, München 1991, S. 118)

geoistum, weil es die Völker unter der erheuchelten, börsengestempelten Maske der Demokratie betrügt, um sie direkt in den Despotismus des Schachers zu führen. [...] Wenn wir siegen, werden wiederum nur gemeine Juden, deren feiges Spekulantentum der Demokratie im Volk alles Ansehen beraubt, den Gewinn davontragen. [...] Man glaubt, die Judenemanzipation werde die Nichtjuden erst zu rechten Knechten machen, indem sie durch die Industrie der Juden neben dem Genuss der standrechtlichen Zustände obendrein noch Bettler, Proletarier würden.“⁴³

Marx hat später selbst kritisch eingeräumt, dass er zu lange mit einem Menschen wie dem Schriftsteller Telling zusammen gearbeitet hat.⁴⁴

1850 erschien eine Broschüre von diesem Telling, der aus dem Londoner Arbeiterverein ausgeschlossen wurde, unter dem Titel „Vorgeschmack in die künftige deutsche Diktatur von Marx und Engels“ (Köln 1850). Neben ununterbrochenen direkten judenfeindlichen Angriffen gegen Marx als Jude ist vor allem ein Abschnitt aufschlussreich, der hier zitiert werden soll:

„Es ist bekannt, dass die Rache des Juden am weitesten geht, und am unversöhnlichsten ist. Der große Shakespeare hat uns dies in seinem Shylok meisterhaft gezeigt. Marx, der künftige deutsche Diktator, ist ein Jude; ich habe ihn 1848 gezwungen, in seinem Blatt die Juden anzugreifen. Er biss sich auf die Lippen und tat's, weil auch seine anderen Mitarbeiter die Juden anpackten. Jetzt beginnt die Rache seines Herzens eine Reaktion wider mich. Indes hoffe ich, mich bald noch einmal und zwar spitzkugelmäßiger über die jüdische Rasse und über ihren verderblichen Einfluss auf die Bildungsgänge der Menschheit aussprechen zu können als es schon geschehen ist.“ (S. 19)

Fest steht also, dass Marx' Bemühen, gegen die Zensur die „Neue Rheinische Zeitung“ möglichst breit zu gestalten, in der Tat judenfeindlichen Redakteuren Raum ließ, judenfeindliche Artikel durchzusetzen. Klar ist auch, dass diese Judenfeinde schon damals Marx argwöhnisch als Jude beobachtet haben und versucht haben, ihn mit ihren Artikeln zu provozieren. Marx ist darauf nicht eingestiegen. Nochmals, Marx hat sich später geärgert, dass er mit solchen Leuten noch solange zusammengearbeitet hat.

Vorgeschmack

in die

künftige deutsche Diktatur

von

Marx und Engels.

Von

Tellerling.

Cöln, 1850.

Gedruckt auf Kosten und im Selbstverlage des Verfassers.

Titelseite der judenfeindlichen Broschüre von Tellerling, 1850

Die Besonderheit dieser judenfeindlichen Broschüre, die völlig inhaltsleer irgendwelche Details über den Hinauswurf von Tellerling aus dem Londoner Arbeiterverein und angeblichen Gesprächen usw. enthält, besteht darin, dass auf den knapp 30 Seiten ein judenfeindlicher Angriff nach dem anderen abrollt. Marx' Arbeit stand also von Anfang an unter dem Vorzeichen, dass jederzeit die Herkunft seiner Großeltern und Eltern für persönliche judenfeindliche Angriffe genutzt wurden und genutzt werden konnten. Hier nur eine knappe Auswahl, wie die Beschimpfungen in Tellerings Broschüre aussahen: „der Judenjunge“ (S. 5), „die Unverschämtheit aufgeblasener Juden“ (S. 5), „geistesgestörter Juden“ (S. 6), „demokratischer Knoblauch, den er ausdünstet“ (S. 6), „welch hohe Sittlichkeit die jüdischen Adern des Herrn Marx durchrieselt“ (S. 11), „deutsches Proletariat, dein Oberrabbi“ (S. 11), „dieser nichts würdige Jude“ (S. 11), „nun in London paradiesenden Ischariot“ (S. 12), „seine Rache durstig ist, von der verworfensten Malice durchnadelt es Judenherz“ (S. 14), „der Jude, vor dessen Seele [...] noch nie ein anderes Ideal erschienen sein kann als beschnittene Münzen und detaillierter Kleiderhandel“ (S. 16), „der Jude [...] mit seinem feige Blausäure knirschenden Herzen“ (S. 21).

Der judenfeindliche Angriff mit „Oberrabbi“ wiederholt sich noch öfter, ähnlich der Hinweis, dass Marx Jude sei. Im letzten Absatz fasst Tellerling dann zusammen, es liege ihm „gar nichts daran, dass ich auf den Kabinettsbefehl des Juden aus dem kommunistischen Tempel gestoßen worden bin“ (S. 31).

Seit 1850 also war Marx völlig klar, dass er nicht nur als Kommunist, sondern auch als Jude solch ekelhaften persönlichen Angriffen ausgesetzt ist und sein wird.*

* 1976 erschien in einem explizit pronazistischen Verlag mit dem Namen „Verlag Hohe Warte“ das Buch von Siegfried Weigel „Der negative Marx“, in dem eine Fülle von Zeitgenossen von Karl Marx zitiert werden, unter anderem Michael Bakunin, Eugen Dühring und auch Karl Heinzen, der in seinen gesammelten Schriften seiner Judenfeindschaft freien Lauf lässt. Karl Heinzen schreibt: „Karl Marx stammt von jüdischen Eltern aus Trier her, und der orientalische Typus ist seiner originellen Erscheinung auf eine ganz frappante Weise ausgeprägt. Sein liederlich verworrenes Haar ist Gold schwarz und sein Talent schmutzig gelb.“ (Heinzen, Karl: Gesammelte Schriften, Selbstverlag des Verfassers, Boston 1874, Bd. IV, S. 423, zitiert nach: Weigel, Siegfried: Der negative Marx, Pöhl, 1976, S. 52).

Judenfeindschaft der Lassalleaner

In der entstehenden organisierten proletarischen Bewegung wurde seitens der Lassalleaner sowohl bei der Agitation gegen den Kapitalismus als auch in der Auseinandersetzung zwischen Lassalleanern und Eisenachern auf judenfeindliche Stereotype zurückgegriffen.

In vorderster Reihe der Lassalle-Anhänger verwendete Jean-Baptiste Schweitzer, der nach Lassalles Tod 1864 den Vorsitz des ADAV übernommen hatte, judenfeindliche Anschuldigungen. In seinen Romanen „Lucinde oder Capital und Arbeit“ (1863) gab er den negativ charakterisierten Vertretern der Bourgeoisie jüdische Namen.⁴⁵ Eduard Bernstein schreibt darüber:

„In seinem sozialistischen Roman ‚Lucinde‘ [...] ist der jüdische Bankier Itzinger die Verkörperung des exploiteurischen Instinkt- und Volksbetruges und in seinem dramatischen Werk ‚Der Schlingel‘, das zur Agitation bestimmt war, ist auch dort der Fabrikant, auf verächtliche und lächerliche Weise dargestellt, der ungebildete Ignorant Peller – ein Jude.“⁴⁶

Schweitzer widmete „Lucinde oder Capital und Arbeit“ Lassalle,* der in einem Brief vom 2. Oktober 1863 völlig unkritisch schrieb:

„Der Roman muss die vortrefflichste Wirkung haben! In dieser lebendigen und treuen Darstellung begreifen die Arbeiter die Sache noch besser und leichter als bei der kritischen Behandlung!“⁴⁷

* Lassalle selbst jüdischer Herkunft äußerte sich mit einer gewissen Selbstironie privat gegenüber einer seiner „Angebeteten“, dass er zwei Dinge hasse, „Literaten und Juden“. (Zitiert nach: Silberner, Edmund, Sozialisten zur Judenfrage, Berlin 1962, S. 178)

B. Zur Lage von 1870 bis kurz vor Ende des 19. Jahrhunderts auf dem Gebiet des „Deutschen Reiches“

1. Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71, die Niederschlagung der Pariser Kommune 1871 und das Erstarken des „Deutschen Reiches“ zur Kolonialmacht im Kampf mit den anderen europäischen Großmächten

a) Gründung des „Deutschen Reiches“ und Niederschlagung der Pariser Kommune 1871

Deutschland existierte bis 1871 nicht als einheitlicher Staat. Grenzpfosten, Zollschranken, verschiedene Währungen, Verwaltungen der zig deutschen Klein- und Mittelstaaten hemmten die kapitalistische Entwicklung. Es gab zwar den „Deutschen Bund“, doch Preußen und Österreich waren die zentralen Mächte, die um die Vorherrschaft innerhalb des Bundes kämpften. 1850 war im Olmützer Vertrag noch die Führungsrolle Österreichs bestätigt und Preußen in die Schranken gewiesen worden. Im Deutsch-Dänischen Krieg von 1864 waren gegen Dänemark noch preußische und österreichische Truppen zusammen aufmarschiert. Im Juli 1866 schließlich führten die alliierten Armeen des Habsburgischen Österreichs, Bayerns, Hannovers sowie Truppen Hessens, Württembergs und Badens Krieg gegen Preußen (sogenannter Deutsch-Österreichischer Krieg). Preußen siegte und annectierte alle gegnerischen deutschen Staaten nördlich des Mains und zwang den süddeutschen Staaten sogenannte „Schutzbündnisse“ auf. Die österreichische Nation begann sich heraus zu bilden.

Preußen war ein reaktionärer Militärstaat, dessen Militärorganisation dem ganzen Staatsleben seinen Stempel aufdrückte. Der Adel mit seiner führenden Rolle in der Armee war die politisch herrschende Klasse, in deren Händen sich zugleich fast der ganze Grundbesitz befand (Junker). In der Tradition des „Deutschen Ordens“ führte Preußen eine besonders brutale und grausame Germanisierungspolitik gegen die Bevölkerung Osteuropas durch. Die polnische Bevölkerung

bekam dieses brutale Raub- und Gewaltssystem bereits Ende des 18. Jahrhunderts zu spüren.

Die preußischen Junker strebten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Bündnis mit der Bourgeoisie, der ökonomisch herrschenden Klasse, mittels des preußischen Staatsapparats danach, alle Gebiete des späteren Deutschlands zu beherrschen und in eine Kaserne zu verwandeln. Unter der Führung Bismarcks, des Leiters der preußischen Regierung, verfolgten die preußischen Junker die Sache der nationalen Einigung Deutschlands, wobei sie auch die Interessen des Adels und der Dynastie der Hohenzollern schützen wollten.

Im reaktionären Krieg gegen Frankreich verstand es die preußische Regierung, die Tatsache der anfänglichen Bedrohung deutscher Gebiete durch den Despoten Napoleon III., dessen Sieg die nationale Vereinigung Deutschlands verhindert hätte, geschickt auszunutzen, um in der Rolle des „Verteidigers deutscher Interessen“ aufzutreten.

Der Deutsch-Französische Krieg 1870/1871 endete mit der Niederlage Frankreichs. Am 18. Januar 1871 wurde während der deutschen Belagerung von Paris als aggressiver provokativer Akt mitten in Frankreich, im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles, das „Deutsche Reich“ gegründet. Elsass und Lothringen wurden annektiert. Doch nur kurze Zeit später, im März 1871, verbündeten sich die siegreiche deutsche und die besiegte französische Armee in einer Frage: Die französische Konterrevolution massakrierte die Revolutionäre der Pariser Kommune mit Unterstützung und unter dem Schutz der preußischen Armee.

Die bewussten – wenn auch zahlenmäßig nicht starken – revolutionären Arbeiterinnen und Arbeiter ließen sich nicht vom deutschen Nationalismus vereinnahmen, erklärten ihre internationale proletarische Solidarität mit dem französischen Proletariat und protestierten gegen die Kriegspolitik sowie gegen die Annexion Elsass-Lothringens. Dennoch gelang es den führenden Kräften der revolutionären proletarischen Bewegung nicht, die Masse der proletarischen Klasse zu Aktionen gegen den reaktionären Krieg zu mobilisieren.

Am 18. März 1871 erhoben sich die Arbeiterinnen und Arbeiter in Paris bewaffnet zur Revolution gegen die Bourgeoisie, zerschlugen

deren Staatsmacht gewaltsam, wobei sie die Flucht großer Teile der französischen Bourgeoisie nach Versailles ausnutzten. Sie errichteten – erstmals in der Geschichte – ihre eigene revolutionäre Staatsmacht: die Pariser Kommune. Das war eine Kriegserklärung an die gesamte alte Welt der Ausbeutung. Die Pariser Kommune zeigte durch ihre Existenz und ihre Maßnahmen – auch wenn diese teilweise unvollkommen und inkonsequent waren – vor den Augen der ganzen Welt den Weg und das Ziel, um sich aus kapitalistischer Ausbeutung zu befreien. Dagegen hetzten die Herren der alten Welt, dagegen setzten sie ihre bewaffnete Konterrevolution. Die heldenhaften Kämpferinnen und Kämpfer der Kommune wurden von der französischen Bourgeoisie und ihrer bewaffneten Konterrevolution in Kollaboration mit preußischem Militär gejagt, eingekerkert und ermordet: 30.000 wurden ermordet, 45.000 verhaftet, viele später hingerichtet, 20.000 zu Gefängnis und 8.000 zur Verbannung verurteilt. Bei der Niederschlagung und Massakrierung der Pariser Kommunardinnen und Kommunarden zeigte die herrschende Klasse Frankreichs der ganzen Welt, mit welcher gigantischer Brutalität und mit welchen Methoden sie revolutionäre Kräfte fast bis zur Vernichtung bekämpfte.

Für die deutsche Bourgeoisie war klar, dass sie mit allen Mitteln und reaktionärer Hetze verhindern würde, dass es auch in Deutschland so weit kommt. Die blutige Niederschlagung der Pariser Kommune wurde von den bewussten Teilen der proletarischen Klasse und auch im Zentralorgan der Sozialdemokratie „Der Volksstaat“ klar verurteilt. Aber es kam nicht zu größeren Solidaritätsdemonstrationen oder größeren Aktionen. Die Solidarität wurde polizeistaatlich verfolgt, Bebel und Liebknecht wurden verhaftet und verurteilt.

Durch die Gründung des „Deutschen Reiches“ als einheitlicher Staat war die Herausbildung der deutschen Nation entschieden. Die Einigung Deutschlands war „von oben“ herbeigeführt worden. Das durch die Annexion fremder Gebiete und die gewaltsame Einverleibung deutscher Kleinstaaten unter der Oberherrschaft des reaktionär-monarchistischen Preußens entstandene „Deutsche Reich“ kennzeichnete Marx in seiner 1875 erschienenen „Kritik des Gothaer Programms“ als ein mit parlamentarischen Formen verbrämten, mit feudalem Bei-

satz vermischten und zugleich schon „von der Bourgeoisie beeinflussten, bürokratisch gezimmerten und polizeilich gehüteten Militärdespotismus“ (MEW 19, S. 29).

Die deutsche Bourgeoisie stärkte sich nach dem Sieg über Frankreich und der auch mit ihrer Hilfe von der französischen Reaktion durchgeführten Niedermetzelung der Kommunarden unter anderem auch durch 5 Milliarden Francs „Reparationszahlung“ von Frankreich sowie die Annexion von Gebieten Frankreichs. Die 5 Milliarden Francs wurden für staatliche Investitionen genutzt, die den sogenannten „Gründerzeitboom“ auslösten. Durch verstärkte systematische Unterdrückung und Ausbeutung der werktätigen Massen entwickelte sich der industrielle Kapitalismus, aber auch der Kapitalismus in der Landwirtschaft sprunghaft vorwärts. Das Bündnis zwischen industrieller Bourgeoisie und Feudalherren, insbesondere den preußischen Junkern, führte schließlich zur Verschmelzung beider zu einer herrschenden Klasse in Deutschland: die einen in der Hauptsache als industrielle, die anderen in der Hauptsache als landwirtschaftliche Kapitalisten.

Gegenüber den im „Deutschen Reich“ lebenden nationalen Minderheiten verfolgte die herrschende Klasse eine brutale Unterdrückungs- und Germanisierungspolitik. Besonders stark davon betroffen war die in den von Preußen eroberten Gebieten lebende polnische Bevölkerung. Auch die Bevölkerung im annektierten Elsass-Lothringen bekam die völkisch-nationalistische Überheblichkeit der preußischen Beamten und Offiziere zu spüren. Die Hetze gegen jüdische Menschen verstärkte sich. Die weitere Entwicklung zeigte auf, dass Verfolgung von revolutionären proletarischen Kräften und ihrer Organisationen, Deutschtümelei und Volksgemeinschaft sowie Hetze gegen vermeintlich „Fremde“ im Zusammenhang betrachtet werden müssen.

b) Entwicklung des Kapitalismus, Verschärfung der Widersprüche zwischen kapitalistischen Ländern im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts und die Eroberung von Kolonien in Afrika durch das „Deutsche Reich“

In den kapitalistischen Ländern erreichte der vormonopolistische Kapitalismus in den 60er und 70er Jahren des 19. Jahrhunderts seinen

Höhepunkt. Danach vollzog sich der allmähliche Übergang zum Imperialismus, dem höchsten Stadium des Kapitalismus.

Ökonomisch stand das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts im Zeichen großer Fortschritte in der Technik sowie des Wachstums und der Konzentration der Industrie. Noch um die Mitte des 19. Jahrhunderts stand in der Industrie der kapitalistischen Länder die Leichtindustrie an erster Stelle. Die Wirtschaftskrise von 1873 gab der Konzentration und Zentralisation des Kapitals einen starken Anstoß. Der Anteil der Produktion in Großbetrieben und in der für die meisten Wirtschaftszweige entscheidenden Schlüsselindustrie nahm stetig zu. In der Industrie der wichtigsten kapitalistischen Länder begann die Schwerindustrie die vorherrschende Rolle zu spielen (vor allem Hüttenindustrie und Maschinenbau, aber auch Bergbau), zu deren Entwicklung es riesiger Kapitalien bedurfte. Der Umfang der Industrieproduktion der Welt hat sich in der Zeit von 1870 bis 1900 verdreifacht, insbesondere die Stahlerzeugung der Welt stieg von 0,5 Mio. Tonnen im Jahr 1870 auf 28 Mio. Tonnen im Jahr 1900 sowie die Roheisenerzeugung von 12 auf 40 Mio. Tonnen.⁴⁸

In der Außenpolitik rissen die europäischen Großmächte sowie die USA immer mehr Gebiete als Kolonialbesitz an sich.

Die Kräfteverhältnisse zwischen den kapitalistischen Ländern verschoben sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts erheblich. Noch Anfang der 1870er Jahre produzierte England als das älteste kapitalistische Land mehr Textilien, Roheisen und Kohle als die USA, Deutschland, Frankreich, Italien, Russland und Japan zusammen. England hatte in der Industrieproduktion der Welt den ersten Platz inne und besaß das uneingeschränkte Monopol auf dem Weltmarkt. Das sollte sich nun ändern. In den „jungen“ kapitalistischen Ländern entstand eine eigene kapitalistische Großindustrie.

Vom Umfang der Industrieproduktion her gesehen, übernahmen die USA, wo die Produktion besonders schnell wuchs, den ersten Platz in der Welt. In Europa trat Deutschland an die erste Stelle. Das war insbesondere zurückzuführen auf die 1871 erfolgte nationale Einigung und auf die Stärkung der deutschen Bourgeoisie durch die Überwindung der feudalen Zersplitterung sowie auf den siegreichen Krieg gegen Frankreich 1871 mit der Einverleibung französischer Gebiete und

den 5 Milliarden Francs Reparationen. Die Produktion von Kohle, Roheisen und Stahl steigerte sich im Zeitraum 1850 bis 1890 ungefähr auf das Zehnfache.⁴⁹

Deutschland erhob ab Mitte der 1880er Jahre seine Ansprüche auf Kolonien und begann in Afrika und im Pazifik, später auch in China, seine Kolonialmacht aufzubauen.

In den deutschen Kolonien in Afrika errichteten die deutschen „Herrenmenschen“ ein Kolonialregime, das vor allem auch auf brutalster Unterdrückung, Massakern und sogenannten „Strafexpeditionen“ gegen den immer wieder aufflammenden Widerstand der kolonialisierten Bevölkerungsgruppen beruhte.

1884 wurde „Deutsch-Südwestafrika“ (heute: Namibia) deutsche Kolonie. Im selben Jahr hissten deutsche Kriegsschiffe in Kamerun und in Togo die deutsche Flagge. 1885 folgten „Deutsch-Ostafrika“ (heute: Tansania, Burundi und Ruanda) und Gebiete im heutigen Kenia. Im Pazifik wurden 1885 Teile von Neuguinea besetzt sowie weitere Inseln. Auf der sogenannten Berliner Konferenz wurde im November des gleichen Jahres die Aufteilung von ganz Afrika zwischen den damaligen Großmächten Europas, den USA und dem Osmanischen Reich geplant und festgelegt. Nach dieser Konferenz verschärfte sich der Kampf der europäischen Großmächte um die koloniale Aufteilung ganz Afrikas.*

1888/89 schlugen die deutschen Besatzer und ihre angeheuerten Söldner in der deutschen Kolonie „Deutsch-Ostafrika“ einen Aufstand verschiedener lokaler Bevölkerungsgruppen brutal nieder. 1891 kam es dort zu bewaffnetem Widerstand der Bevölkerungsgruppe der Wahehe gegen das Vordringen der deutschen Kolonialisten. Wo die deutsche Soldateska bei ihren „Strafexpeditionen“ durchzog, wurde schonungslos alles niedergeschossen und niedergebrannt. Die Zahl der erschossenen, erhängten und wegen der zerstörten Ernte verhun-

* Wie die Sozialdemokratie mit falschen und richtigen Argumenten gegen den Kolonialrassismus und die Kolonialverbrechen gekämpft hat, ist ein eigenständiges Thema, das im Rahmen der vorliegenden Studie nicht behandelt werden kann.

gerten Wahehe wird auf mehrere Tausend geschätzt. Die Wahehe bekämpften die deutschen Kolonialtruppen sieben Jahre lang.* All dies kulminierte dann im Genozid gegen die Herero und Nama 1904 bis 1908 in der deutschen Kolonie „Deutsch-Südwestafrika“ (heute: Namibia).

In der zunehmenden Konkurrenz mit anderen kapitalistischen Ländern setzten Teile der deutschen Großbourgeoisie und das preußische Junkertum ab 1878 eine Schutzzollpolitik durch, um die Preise auf dem Innenmarkt ungehindert beherrschen zu können und gleichzeitig ihre wachsende Exportwirtschaft zu stärken. Zur Finanzierung der militärischen Aufrüstung wurden zudem die Steuern erhöht. Durch hohe Lebensmittelpreise und Steuerabgaben stieg die materielle Belastung der werktätigen Massen.⁵⁰

2. Die Fortentwicklung der deutschen Sozialdemokratie trotz massiver staatlicher Unterdrückung („Sozialistengesetze“)

International kam es nach der Pariser Kommune immer wieder zu Massenprotesten und Massenkämpfen der proletarischen Klasse um ökonomische Forderungen, insbesondere in den USA und England. Um nur einige herausragende Beispiele zu nennen:

- Beim großen Eisenbahnerstreik 1877 in den USA kämpften Hunderttausende in über 20 Bundesstaaten über 40 Tage für höhere Löhne, mindestens 100 Streikende wurden erschossen.
- 1886 fanden in England riesige Demonstrationen von Arbeiterinnen und Arbeiter für ihre Rechte statt, unter anderem der sogenannte „Mad Monday“ am Londoner Trafalgar Square am 8. Februar.
- In den USA kam es am 1. Mai 1886 zu landesweiten Streikkämpfen für die Einführung des Achtsturentags, an dem sich etwa

* In der deutschen Kolonie „Togo“ (das heutige Togo sowie der Ostteil von Ghana) wurden 1894 und 1895 blutige Unterdrückungsfeldzüge gegen die widerständigen Atakpame-, die Konkoba- und Dagomba-Bevölkerung im Norden des Landes unternommen.

eine halbe Million Streikende beteiligte. Besonders heftig waren die Kämpfe in Chicago mit 90.000 Beteiligten. Als am 4. Mai 1886 in den Haymarket eine Bombe geworfen wurde und 12 Menschen starben, nahmen die Herrschenden dies zum Vorwand, gegen die Aktivistinnen und Aktivisten vorzugehen. Vier von ihnen – Georg Engel, Adolph Fischer, Albert Richard Parsons und August Spies – wurden verhaftet und im November 1887 hingerichtet.*

- Einige Jahre später erlebte England 1889 einen massenhaften Dockarbeiterstreik.

a) Zunehmende Kämpfe der proletarischen Klasse in Deutschland 1871 bis 1875

Mit der ab 1871 beschleunigten kapitalistischen Entwicklung in Deutschland wuchs auch die proletarische Klasse, insbesondere in den Großstädten. In Industrie und Handwerk waren 1875 nach der Berufs- und Gewerbestatistik bei etwa 42 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern etwa drei Mio. Arbeiterinnen und Arbeiter tätig, insbesondere in der Textilindustrie.⁵¹ 1882, als in Deutschland ca. 45 Mio. Menschen lebten, gab es laut Berufs- und Gewerbestatistik etwa vier Mio. Arbeiterinnen und Arbeiter, vor allem im Bergbau und Hüttenwesen, in der Metallverarbeitung, Textilindustrie sowie im Baugewerbe.⁵² 1895 waren bei einer Gesamtbevölkerung von 52 Mio. bereits 5,9 Mio. Arbeiterinnen und Arbeiter. Dabei konzentrierte sich das Industrieproletariat zunehmend in Großbetrieben mit über 1.000 oder weit über 1.000 Beschäftigten.⁵³ Die materielle und soziale Lage der proletarischen Klasse war insbesondere durch Hungerlöhne, Arbeitstage von durchschnittlich 11 Stunden bei sechs Arbeitstagen pro Woche, Kinderarbeit, Arbeitslosigkeit, aufgrund der Importzölle verteuerte Grundnahrungsmittel und häufige Krankheiten gekennzeichnet.

Der 1871 einsetzende Schub der verstärkten kapitalistischen Entwicklung verschärfte den Klassengegensatz zwischen Proletariat und

* In Gedenken an den Haymarket Riot in Chicago wurde der 1. Mai zum Kampftag der proletarischen Klasse erklärt.

Bourgeoisie und führte zu einer Verstärkung des ökonomischen und politischen Kampfs der proletarischen Klasse.

1872 gab es über 250 Streiks gegen die ständige Erhöhung der Lebenshaltungskosten in den „Gründerjahren“, für höhere Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit. So streikten im Juli und Juni 1872 im Ruhrgebiet ca. 20.000 Bergarbeiter über fünf Wochen lang für höhere Löhne und den Achtstundentag. Die Herrschenden unterdrückten den Streik mit Polizeiterrord, Verbot von Versammlungen und schürten konfessionelle Gegensätze. Nach erbittertem Kampf musste der Streik abgebrochen werden, da die Bergarbeiter keine gewerkschaftliche Organisation hatten und die Solidaritätsbewegung nicht in der Lage war, die Streikenden längere Zeit zu unterstützen.

Im Juni 1872 fand in Erfurt ein erster gebietsübergreifender Gewerkschaftskongress statt, um durch die Bildung einer Gewerkschaftsunion die Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung zu überwinden, was zunächst scheiterte. Beim Gewerkschaftskongress im Juni 1874 in Magdeburg wurde zwar eine Gewerkschaftsunion gegründet, doch blieben die einzelnen Berufsverbände vorerst lediglich durch Kartellverträge verbunden und behielten ihre organisatorische Selbstständigkeit.

b) Vereinigung der in zwei Parteien gespaltenen Sozialdemokratie 1875

Die führenden revolutionären Kräfte standen vor der Aufgabe, im nationalstaatlich vereinigten Deutschland eine einheitliche und schlagkräftige Partei der Arbeiterinnen und Arbeiter zu schaffen. Die Spaltung der proletarischen Bewegung in den ADAV (Lassalleaner) und die SDAP (Eisenacher) sollte überwunden werden, doch große ideologisch-politische Differenzen standen zwischen ihnen. Ein wichtiger taktischer Meinungsstreit bestand inhaltlich zwar noch, hatte jedoch durch die Entstehung des „Deutschen Reiches“ keine unmittelbare praktische Relevanz mehr. Auch die bei Beginn des Deutsch-Französischen Krieges noch bestehenden Differenzen bei der Abstimmung zu den Kriegskrediten im Norddeutschen Reichstag (die Lassalleaner Schweitzer und Hasenclever stimmten zu, die Eisenacher Bebel und Liebknecht enthielten sich) traten praktisch in den Hintergrund,

als sich der Charakter des Krieges eindeutig als deutscher Eroberungskrieg erwiesen hatte.

Bebel und Liebknecht wurden wegen ihrer Agitation gegen den Deutsch-Französischen Krieg und für die Pariser Kommune staatlich verfolgt: Sie saßen im Winter 1870/71 wegen des Vorwurfs des Hochverrats für über drei Monate in Untersuchungshaft. Auch die Mitglieder der Parteileitung der SDAP (sog. „Braunschweiger Ausschuss“) waren ab Herbst 1870 für viele Monate inhaftiert worden.⁵⁴ Im Mai 1871 solidarisierte sich Bebel in einer Rede im Reichstag mit der gerade niedergeschlagenen Pariser Kommune:

„Meine Herren, und wenn auch im Augenblick Paris unterdrückt ist, dann erinnere ich Sie daran, dass der Kampf in Paris nur ein kleines Vorpostengefecht ist, dass die Hauptsache in Europa uns noch bevorsteht und dass, ehe wenige Jahrzehnte vergehen, der Schlachtruf des Pariser Proletariats ‚Krieg den Palästen, Friede den Hütten, Tod der Not und dem Müßiggange‘ der Schlachtruf des gesamten europäischen Proletariats werden wird.“⁵⁵

Im „Leipziger Hochverratsprozess“ wurden Bebel und Liebknecht 1872 dann zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Die Mitgliederzahl der SDAP war von 1870 bis 1874 auf rund 14.000 gestiegen. Die Zahl ihrer lokalen Organisationen hatte sich in dieser Zeit verdoppelt auf landesweit 226 Ortsvereine.⁵⁶ Der ADAV hatte 1874 mindestens 17.500 Mitglieder in rund 180 Orten.⁵⁷ Schweitzer hatte 1871 als Präsident des ADAV zurücktreten müssen, als seine geheimen Absprachen mit der preußischen Regierung ans Licht gekommen waren. Sein Nachfolger wurde Wilhelm Hasenclever.⁵⁸

Im Reichstag bildeten bereits 1874 drei Lassalleaner und sieben Eisenacher eine parlamentarische Fraktion.⁵⁹ Nach dem Wahlerfolg der beiden Parteien 1874 setzte eine Repressionswelle gegen sie ein, zahlreiche Mitglieder wurden mit Prozessen überzogen. Selbst der ADAV war trotz seiner staatsfreundlichen politischen Haltung vor Verfolgung und Schikanen durch den Staatsapparat nicht sicher. In diesem Jahr wurden innerhalb von sieben Monaten allein in Preußen 87 Mitglieder des ADAV und der von ihm beeinflussten Gewerkschaften zu

insgesamt fast 212 Monaten Gefängnis verurteilt. Auch ADAV-Präsident Hasenclever saß drei Monate in Haft. In mehreren Städten wurden 1874 Parteiorganisationen der SDAP und des ADAV verboten und aufgelöst, wodurch der ADAV seine Parteizentrale in Berlin verlor.⁶⁰ Es zeigte sich, dass die elastisch aufgebaute Parteiorganisation der SDAP diesen staatlichen Angriffen wesentlich besser standhalten konnte als die des ADAV.

Der Wunsch nach Vereinigung beider Parteien wurde durch diese Repressionswelle forciert. Auf dem Vereinigungsparteitag 1875 in Gotha schlossen sie sich zur Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP, ab 1890: Sozialdemokratische Partei Deutschlands) zusammen. Die gemeinsame programmatische Grundlage, das hauptsächlich von Wilhelm Liebknecht verfasste Gothaer Programm, enthielt allerdings opportunistische Zugeständnisse an die Lassalleaner in wesentlichen Punkten. An dem Entwurf hatte Marx in seiner theoretisch wichtigen Schrift von 1875 „Kritik des Gothaer Programms“ (MEW 19, S. 13–32) insbesondere den Reformismus und Nationalismus, die Preisgabe kommunistischer Grundsätze heftig kritisiert. Diese Kritik wurde jedoch nicht veröffentlicht und im verabschiedeten Programm auch kaum berücksichtigt. Es sollte eine schnelle Einigung herbeigeführt werden.⁶¹ Obwohl das Gothaer Programm seinem Wesen nach opportunistisch war, habe, so Engels in einem Brief an Wilhelm Bracke vom Oktober 1875, der fortschrittliche Teil der proletarischen Klasse es im revolutionären Sinne auslegt.⁶²

Die sozialdemokratische Partei entwickelte eine enorme Publikationstätigkeit. Neben dem Zentralorgan „Vorwärts“* gab es bis 1878, bis zum Verbot der Partei aufgrund des sogenannten „Sozialistengesetzes“, 47 Zeitungen und Zeitschriften, von denen rund ein Viertel sechsmal pro Woche erschien.⁶³ Auf dem Parteitag 1876 vertraten 98 Delegierte rund 38.000 Mitglieder aus 291 Ortsvereinen.⁶⁴

Die Zahl sozialdemokratischer Wähler wuchs vor allem in den Großstädten.⁶⁵ Bei den Reichstagswahlen 1877 wurde erneut eine Steigerung der Wählerstimmen auf damals fast eine halbe Millionen erreicht,

* Das neue Zentralorgan „Vorwärts“ ersetzte ab 1876 die Zentralorgane „Der Volksstaat“ der SDAP sowie den „Neuen Social-Demokrat“ des ADAV.

was gut neun Prozent bedeutete. Im Reichstag erhielt die Sozialdemokratie zwölf (Bebel, Liebknecht und sechs weitere aus der ehemaligen SDAP, vier aus dem ehemaligen ADAV) der insgesamt fast 400 Mandatssitze.

Die Nationalliberale Partei bekam mit gut 27 Prozent letztmalig den höchsten Stimmenanteil (danach verlor sie Stimmen und Mandate zunächst an die Konservativen). Die Zentrumsparlei, die vor allem die konservative katholische Bevölkerung an sich band, war mit fast 25 Prozent zweitstärkste Kraft im Parlament (sie blieb auch in der Folgezeit zweit- oder drittstärkste Partei mit stabilen 19 bis 23 Prozent und 90 bis 100 Mandaten). Die Konservativen, bestehend aus Deutschkonservativer und Deutscher Reichspartei, hatten rund 18 Prozent Stimmenanteil (sie wurden danach die stimmenstärkste Kraft, bis die Sozialdemokratie diese Rolle übernahm, ihre Anzahl Mandate schwankte zwischen 80 und 120). Die Linksliberalen, zunächst vor allem unter dem Namen Deutsche Fortschrittspartei auftretend, bekamen 8,5 Prozent (sie steigerten in der Folgezeit ihre Stimmen deutlich, jedoch mit stark schwankenden Wahlergebnissen im Bereich von 11 bis 23 Prozent Stimmenanteil sowie von 30 bis über 60 Mandaten).⁶⁶

c) Verhängung eines Ausnahmegesetzes zur Unterdrückung und Verfolgung der Sozialdemokratie 1878 („Sozialistengesetz“ 1878–1890)

Durch das Erstarken der Bewegung der proletarischen Klasse sah sich der junkerlich-bourgeoise preußische Militärstaat veranlasst, mit der Waffe eines Ausnahmegesetzes gegen die revolutionären Kräfte im Proletariat und gegen sozialistische Propaganda vorzugehen. Bismarck benutzte als Vorwand ein erfolgloses Attentat auf Kaiser Wilhelm I. im Mai 1878. Doch zunächst fand sein Antrag im Reichstag für ein solches Gesetz keine Mehrheit. Nachdem der Kaiser kurz darauf bei einem erneuten Attentat verletzt worden war, wurde massiv Stimmung gemacht gegen die Sozialdemokraten. Bismarck löste den Reichstag auf und es kam zu Neuwahlen.⁶⁷ Der neu gewählte Reichstag stimmte im Oktober 1878 dem „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“, kurz „Sozialistengesetz“, zu.

Innerhalb der ersten Tage wurden die wichtigsten Parteiorgane („Vorwärts“, „Berliner Freie Presse“ und „Hamburg-Altonaer Volksblatt“), die zusammen rund 45.000 Abonnentinnen und Abonnenten hatten, verboten. Nach wenigen Monaten waren nahezu alle sozialdemokratischen bzw. ihr nahestehenden Zeitungen und Zeitschriften verboten.⁶⁸ Insgesamt waren in den Jahren 1878 bis 1888 rund 1.300 periodische und nichtperiodische Druckschriften der Sozialdemokratie von dem Ausnahmegesetz betroffen.⁶⁹

Die Geheimpolizei überwachte insbesondere die führenden Genossinnen und Genossen. Hausdurchsuchungen der Polizei waren an der Tagesordnung. Sozialdemokratische Vereine und Gewerkschaften wurden verboten und geschlossen, Gelder beschlagnahmt. Kämpferische Arbeiterinnen und Arbeiter wurden am Arbeitsplatz verfolgt, häufig auch entlassen. Wegen „umstürzlerischer Tendenzen“ konnte die Polizei jeden Verein unterdrücken, jede Versammlung auflösen. Eigentümer von Sälen wurden unter Druck gesetzt, keine Räume für Versammlungen zur Verfügung zu stellen. Bis 1888 wurden insgesamt 95 Gewerkschaftsorganisationen und 237 Vereine aufgelöst, drei Viertel davon schon in den ersten Wochen.⁷⁰ Binnen kurzer Zeit waren die legale Organisation der Sozialdemokratischen Partei und ihr Verbindungsapparat fast völlig zerstört.

Städte und Bezirke konnten den sogenannten „kleinen Belagerungszustand“ verhängen und politisch unerwünschte Personen ausweisen. Die ersten Ausweisungen erfolgten im November 1878 in Berlin, ab 1880 auch in Hamburg und ab 1881 in Leipzig; im Winter 1886/87 kamen die Städte Frankfurt/Main, Offenbach und Hanau dazu – um nur die sozialdemokratischen Hochburgen zu nennen. Insgesamt wurden während der zwölf Jahre des „Sozialistengesetzes“ fast 900 Personen aus ihren Wohnorten ausgewiesen, wodurch zusammen mit ihren Angehörigen Tausende von Menschen in materielle Not gestürzt wurden.⁷¹ Viele sahen sich zur Emigration gezwungen und gingen vor allem nach England, Frankreich oder in die Schweiz.

In einem Leitartikel im „Labour Standard“ vom 23. Juli 1881 mit dem Titel „Bismarck und die deutsche Arbeiterpartei“ schrieb Engels über die polizeiliche und juristische Willkür sowie die große Zahl po-

litisch motivierter Inhaftierungen bei der Unterdrückung der Sozialdemokratie in Deutschland aufgrund der ihm damals vorliegenden Dokumente:

„Nachdem die Arbeiterpartei erst einmal in aller Form außerhalb des Gesetzes gestellt und all der politischen Rechte beraubt ist, deren sich die übrigen Deutschen angeblich erfreuen, kann die Polizei mit den einzelnen Mitgliedern dieser Partei nach Willkür verfahren. Unter dem Vorwand der Haussuchung nach verbotenen Schriften unterwirft sie deren Ehefrauen und Töchter der unanständigsten und brutalsten Behandlung. Sie selbst werden ganz nach Belieben von der Polizei verhaftet, wochenlang in Untersuchungshaft gehalten und erst freigelassen, nachdem sie monatelang im Gefängnis gesessen. Neue, dem Strafgesetzbuch unbekannte Vergehen werden von der Polizei erfunden und die Bestimmungen dieses Gesetzbuches selbst über die Grenzen des Möglichen hinaus gedehnt. Und oft genug findet die Polizei Justizbeamte und Richter, die korrumpiert oder fanatisch genug sind, ihr zu helfen und Vorschub zu leisten; hängt doch davon die Karriere ab!“ (MEW 19, S. 281 f.)

Engels geht davon aus, dass allein in Preußen von Oktober 1879 bis Oktober 1880 ca. 1.000 Personen eingekerkert worden sind.

Es war keinesfalls zufällig, dass im Kampf gegen die erstarkende Bewegung der proletarischen Klasse und ihrer fortschrittlichen Organisationen einerseits das „Sozialistengesetz“ verabschiedet wurde und sich andererseits judenfeindliche politische Parteien gründeten und Judenfeinde eine ideologisch-theoretische Offensive mit judenfeindlichen Massenpublikationen starteten. Das war ein doppelter Angriff sowohl auf die proletarische Klasse als auch auf die jüdische Bevölkerung, der auch im Zusammenhang verstanden werden muss. Der „Sozialdemokrat“ (Nr. 6 vom 6.2.1881) schrieb im Februar 1881:

„Belagerungszustand und Judenhetze [...] gedeihen und wachsen zu Nutz und Frommen der ‚nationalen‘ Größe und des ‚nationalen‘ Glanzes.“

d) Legal und illegaler Kampf unter dem „Sozialistengesetz“

Im ersten Jahr des Ausnahmegesetzes zeigte sich, dass die illegal gewordene Partei theoretisch, taktisch und organisatorisch auf diese schwierigen neuen Kampfbedingungen nicht ausreichend vorbereitet war. Unter dem Druck der enormen polizeistaatlichen Verfolgung traten zwei opportunistische Tendenzen in der Sozialdemokratie auf: Zum einen vor allem verstärkt rechtsoportunistische Strömungen, die sich kapitulantenhaft der Politik der herrschenden Klasse reformistisch anpassen wollten. Zum anderen wurden anarchistische Auffassungen propagiert, wonach jegliche proletarische Organisation und parlamentarische Tätigkeit durch individuellen Terror ersetzt werden sollte. Dagegen musste ein Zweifrontenkampf geführt werden.

Die Sozialdemokratie verlegte im Oktober 1878 ihre Parteizentrale von Hamburg nach Leipzig. Dort lebten August Bebel, Wilhelm Liebknecht und Wilhelm Hasenclever, die inoffiziell als Parteiführung fungierten. Zur materiellen Unterstützung der Ausgewiesenen und deren Familien organisierten sie eine breite Solidaritätsbewegung und konnten beträchtliche Geldspenden sammeln.⁷² Es gelang, die opportunistischen Einflüsse wieder zurückzudrängen, nach und nach eine elastische illegale Organisation aufzubauen und die illegale Arbeit mit den legalen Möglichkeiten des Kampfes zu verbinden. Sportvereine, Gesangsvereine, Naturfreundegruppen u. ä. sowie berufliche Fachvereine wurden als legale Tarnung der verbotenen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen neu gebildet.

Wie das ab Oktober 1879 in Zürich und von 1888 bis 1890 in London legal erscheinende und nach Deutschland geschmuggelte neue wöchentliche Zentralorgan „Sozialdemokrat“ verbreitet wurde, war damals eine einmalige Leistung. Dieses höchst erfolgreiche Beispiel illegaler Verteilungsstrukturen diente später anderen illegalen sozialistischen Parteien als Vorbild. Mit ungebrochener Unterstützung Hunderter, ja Tausender Aktivistinnen und Aktivisten, der sogenannten „Roten Feldpost“, trug dies viel zum Aufbau und zur Stärkung der flächendeckenden lokalen Parteistrukturen bei.⁷³ Nachdem opportunistische Einflüsse aus der Redaktion des „Sozialdemokrat“ (auch durch massive Intervention von Marx und Engels) weitgehend verdrängt

worden waren, wurde das Zentralorgan ab 1881 auch politisch-theoretisch zu einem revolutionären Instrument zur Verbreitung sozialistischer Ideen.⁷⁴ Letztlich gelang es der Parteiführung, die Verbindung zu den Mitgliedern und Sympathisierenden aufrechtzuerhalten und weiterhin Masseneinfluss auszuüben.

Da der Versuch Bismarcks, den Sozialdemokraten auch das aktive und passive Wahlrecht zu entziehen, gescheitert war, konnten Sozialdemokraten als Einzelpersonen nach wie vor für Landtage oder den Reichstag kandidieren, wie dies etwa August Bebel, Wilhelm Liebknecht und Paul Singer taten. Die sozialdemokratischen Abgeordneten konnten im Parlament eine Fraktion bilden und die Parlamentstrübene zur Verbreitung sozialistischer Ideen oder zur öffentlichen Entlarvung der Machenschaften des reaktionären Staatsapparats ausnutzen. Der Nachdruck ihrer Reden war formal nicht verboten, doch außerhalb der Parlamente wurden ihre öffentlichen Auftritte massiv verfolgt. Auf dem ersten geheimen Parteitag im August 1880 in Wyden (Schweiz) wurde der legal auftretenden Reichstagsfraktion die offizielle Parteileitung übertragen.⁷⁵ Faktisch lag die Leitung der Partei in erster Linie bei Bebel, der engsten Kontakt zu Engels in London sowie zur Redaktion des „Sozialdemokrat“ hatte. An seiner Seite gehörten zum engeren Führungskreis der Partei Wilhelm Liebknecht sowie Paul Singer, der sich zum anerkannten Führer des revolutionären Proletariats in Berlin entwickelte.

e) Sozialpolitische Korrumptierungstaktik Bismarcks ab 1881 und die Phase der „milden Praxis“ des Sozialistengesetzes bis 1885

Nachdem deutlich wurde, dass die Sozialdemokratie allein mit staatlichem Unterdrückungsterror nicht besiegt werden konnte, versuchte Bismarck mit seinem sogenannten „Staatssozialismus“ die proletarische Klasse an den reaktionären Staat zu binden und der Sozialdemokratie abspenstig zu machen. Bereits im Mai 1881 hatte er erklärt:

„Meiner Meinung nach liegt der Sieg über die lügenhaften Versprechungen und schwindelhaften Ideen, mit welchen die Führer der Sozialdemokratie die Arbeitermassen ködern, namentlich in dem tatkräftigen Beweise, dass der Staat oder wie bei uns der

König sich der wirtschaftlich Schwachen und Bedrängten annimmt.“⁷⁶

Zur Eröffnung des neuen Reichstags im November 1881 verlas Bismarck eine kaiserliche Botschaft mit der Ankündigung von Sozialreformen. Wilhelm I. ließ verlauten, „dass die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde“. Damit solle „dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens“ gegeben werden.⁷⁷ Erst im Laufe der nächsten zehn Jahre wurden dann wirklich Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherungen eingeführt.

Bebel beschrieb dies rückblickend 1892:

„Später wurde dann das Wort Kathedersozialismus in Staatsozialismus umgewandelt. Darunter verstand man namentlich die Maßregeln, die Fürst Bismarck nach den Attentaten von 1878 und nach Erlass des Ausnahmegesetzes als staatssozialistische Reformen durchsetzte, um mit ihrer Hilfe die Partei tot zu machen. In der bekannten kaiserlichen Erklärung, welche die neue Sozialreform inaugurirt, wurde klar ausgesprochen, dass man damit bezweckte, die Arbeiter der Sozialdemokratie abwendig zu machen, und dieser Gedanke liegt den staatssozialistischen Maßregeln bis zum heutigen Tag zugrunde.“⁷⁸

Gleichzeitig milderte die Regierung die Repression gegen die proletarische Klasse ab, so dass es ihr wieder erlaubt wurde, zumindest zu ökonomischen Fragen Versammlungen durchzuführen, Zeitungen herauszugeben und sich gewerkschaftlich zu organisieren. Diese Phase der sogenannten „milden Praxis“, die bis 1886 andauerte, in Verbindung mit der sozialpolitischen Korrumpierungstaktik Bismarcks gab den Reformisten innerhalb der Sozialdemokratie wieder Aufwind.

Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang der Hinweis Bebels über die für die sozialdemokratischen Kräfte „deprimierende“ bzw. demoralisierende Wirkung, wenn die herrschende Klasse das „Sozialistengesetz“ nach und nach, scheibchenweise verlängerte, um so von

der Sozialdemokratie „Rücksichtnahme“ zu erhalten. Bebel schrieb im März 1885 an Kautsky, als eine erneute Verlängerung des Sozialistengesetzes im Gespräch war. Die Versuche der reformistischen Mehrheit der Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie, bei der „Dampfersubventionsdebatte“⁷⁹ Bismarck zu unterstützen, setzte er in Zusammenhang mit der bewusst am Leben gehaltenen Hoffnung, bei entsprechender „Rücksichtnahme“ würde das Sozialistengesetz nicht verlängert:

„Da das Sozialistengesetz schwerlich fällt, so wünschte ich, es würde ohne Endtermin verlängert, also zu einer dauernden Institution, damit wir klare Bahn vor uns hätten und jede Hoffnung aufhört, es auf gewöhnlichem Wege los zu werden. Nichts wirkt depressiver als ein Zustand der absolutesten Unsicherheit, der immer zu Rücksichtnahme zwingt.“⁸⁰

Die innerparteiliche Auseinandersetzung auf ideologisch-theoretischer und politischer Ebene zwischen den revolutionären und reformistischen Kräften erreichte in den Jahren zwischen den Parteitag 1883 in Kopenhagen und 1887 in St. Gallen einen weiteren Höhepunkt. Engels versuchte in dieser Zeit, theoretische Klarheit zu schaffen durch etliche Veröffentlichungen neuer Schriften oder Neuauflagen alter Schriften von Marx und ihm selbst – darunter auch die erstmalige Herausgabe des zweiten Bandes des „Kapital“ von Marx, der 1883 gestorben war. Vieles davon erschien komplett oder in Auszügen im Zentralorgan „Der Sozialdemokrat“⁸¹, dessen Auflage sich Mitte der 80er Jahre auf bis zu 12.000 Exemplare steigerte, oder im „Volksstaat“⁸² sowie im ab 1883 von Kautsky monatlich neu herausgegebenen theoretischen Organ „Neue Zeit“, und wurde somit Zehntausenden von Arbeiterinnen und Arbeitern zugänglich gemacht, denn die Zeitung gingen von Hand zu Hand.⁸³

Doch der Kern der sozialdemokratischen Arbeiterinnen und Arbeiter ließ sich von „Bismarcks Zuckerbrot“ nicht täuschen und entfaltete zunehmend eine legale wie illegale Massenaktivität. Bei den Reichstagswahlen waren ab 1884 trotz der staatlichen Verfolgung und sozialpolitischer Manöver der Bismarck-Regierung die Wählerstimmen für die sozialdemokratischen Abgeordneten auf 9,4 Mio. angestiegen. Mit sogenannten Freien Hilfskassen, deren Mitgliederzahl sich von

60.000 im Jahr 1880 auf 730.000 im Jahr 1885 erhöhte,⁸⁴ organisierten sie ihre eigene unabhängige Verwaltung von solidarischer materieller Unterstützung. Der Eintritt vieler fortschrittlicher Kräfte aus dem Industrieproletariat in die sozialdemokratische Partei stärkte deren soziale Basis.

f) Hohe Streikaktivitäten, erneut verstärkte Repression von 1885 bis zum Ende des „Sozialistengesetzes“ 1890, Gründung der II. Internationale 1889

Nachdem 1885 die Streikbewegung der proletarischen Massen im Berliner Maurerstreik mit 12.000 Beteiligten einen Höhepunkt erlebt hatte, leitete die Regierung 1886 mit einem Anti-Streik-Erlass eine verschärfte Phase der Repression gegen revolutionäre Akteure ein. Stärker als bisher wurde gegen führende Mitglieder der Sozialdemokratie Klassenjustizbetrieben. Waren von 1878 bis 1886 nur 24 Gerichtsprozesse gegen Sozialdemokraten initiiert worden, waren es von Mitte 1886 bis Januar 1889 schon 55 Prozesse, die mit 236 Verurteilungen endeten.⁸⁵ Im Freiburger Prozess wurden 1886 9 führende Sozialdemokraten, darunter Bebel und Ignaz Auer, zu Gefängnisstrafen zwischen 6 und 9 Monaten verurteilt.⁸⁶ Verbote der sozialdemokratischen Presse und Ausweisungen von Personen, darunter Paul Singer aus Berlin, nahmen ab 1886 wieder stark zu. Eine 1888 geplante Verschärfung des „Sozialistengesetzes“ sah vor, Sozialdemokraten aus Deutschland ausweisen und ihnen die deutsche Staatsangehörigkeit entziehen zu können. Sie fand jedoch im Reichstag selbst bei bürgerlichen Parteien keine Zustimmung.

Insgesamt verfehlte diese erneut verschärfte staatliche Verfolgung ihre beabsichtigte Wirkung. Die proletarische Streik- und Gewerkschaftsbewegung nahm an Umfang und Wirkungskraft weiter zu. Es begann 1888 die bis dahin größte Streikwelle in Deutschland. Die Gewerkschaften steigerten ihre Mitgliederzahlen bis 1889 auf über 120.000 Mitglieder. Von Januar 1889 bis April 1890 streikten in Deutschland rund 400.000 Arbeiterinnen und Arbeiter in über Tausend Kämpfen, wobei sich zunächst lokale Aktionen auf ganz Deutschland ausdehnten. Im Jahr 1889 war der Höhepunkt der proletarischen Streikaktivitäten im 19. Jahrhundert in Deutschland. Die

größte Aktion war der landesweite Streik von 150.000 Steinkohlebergarbeitern im Mai 1889, unter anderem für Lohnerhöhungen und den Achtstundentag, dessen Zentrum mit rund 90.000 Streikenden im Ruhrgebiet lag. Die Regierung setzte dagegen im Ruhrgebiet Militär ein und tötete sieben Streikende.⁸⁷

Dem ab 1886 verstärkt betriebenen militaristischen und chauvinistischen Kurs in der deutschen Innen- und Außenpolitik setzte die Sozialdemokratie unter anderem in ihrem Wahlkampf zu den Reichstagswahlen 1887 die Prinzipien des proletarischen Internationalismus entgegen. Die deutsche Sozialdemokratie hatte sich unter dem Ausnahmegesetz in eine am wissenschaftlichen Kommunismus orientierte Richtung vorwärtsentwickelt bei gleichzeitig wachsendem Masseneinfluss. Ihr erfolgreicher Kampf gegen das Sozialistengesetz führte auch zu hohem Ansehen in der internationalen sozialistischen Bewegung.

Da die I. Internationale 1876 aufgelöst worden war und der Aufschwung der proletarischen Bewegung in vielen Ländern in den 1880er Jahren das Bedürfnis nach einer neuen internationalen Vereinigung hervorrief, wurde 1889 die II. Internationale unter führender Beteiligung von Engels gegründet. Auf dem Gründungskongress ab dem 14. Juli 1889 in Paris versammelten sich rund 400 Delegierte aus über 20 Ländern. Fehlte der I. Internationale noch der Einfluss in den werktätigen Massen, in der breiten Arbeiterbewegung, so entwickelten sich die Parteien unter der II. Internationale in verschiedenen Ländern in den folgenden Jahren zu Massenorganisationen mit breiter Basis. Die deutsche Sozialdemokratie nahm in der Internationale eine gewichtige Stellung ein; Wilhelm Liebknecht war neben dem Kommunisten Édouard Vaillant zum Vorsitzenden gewählt worden.

Unter dem Druck der proletarischen Massen und aufgrund der Uneinigkeit der herrschenden Klassen über wirkungsvolle Mittel zur Bekämpfung der immer machtvoller werdenden proletarischen Bewegung wurde das „Sozialistengesetz“, dessen Gültigkeitsdauer im Reichstag mehrmals verlängert worden war, im Januar 1890 nicht weiter verlängert und trat am 30. September desselben Jahres außer Kraft.

Aus den Wahlen im Februar 1890 ging die Sozialdemokratie dann mit fast 20 Prozent (1,4 Mio. Stimmen) als Partei mit den meisten Wählerstimmen hervor.⁸⁸ Aufgrund der Stimmengewichtung nach Wahlbezirken wurde sie allerdings nicht stärkste Fraktion im Reichstag, sondern bekam nur 35 von 397 Mandatssitzen im Parlament.⁸⁹ Reichskanzler Bismarck musste einen Monat nach dieser Wahl zurücktreten.

Wählerstimmen für sozialdemokratische Kandidaten bei den Reichstagswahlen von 1871 bis 1893

Die unter reaktionärer Herrschaft abgegebenen Stimmen sind ein Gradmesser für den zwischen 1871 und 1893 gestiegenen Einfluss der Sozialdemokratie, wie aus folgender Auflistung hervorgeht⁹⁰:

	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung		Stimmen*	Anteil*	Mandate
1871	7,7 Mio.	51 %	SDAP u.	102.000*	3,2 %	2
1874	8,5 Mio.	61 %	ADAV	352.000*	6,8 %	9
1877	8,9 Mio.	60 %	SAP	493.000	9,1 %	12
1878	9,1 Mio.	63 %	SAP	437.000	7,6 %	9
1881	9,1 Mio.	56 %	SAP	312.000	6,1 %	12
1884	9,4 Mio.	60 %	SAP	550.000	9,7 %	24
1887	9,8 Mio.	77 %	SAP	763.000	10,1 %	11
1890	10,1 Mio.	71 %	SAP	1,4 Mio.	19,7 %	35
1893	10,6 Mio.	72 %	SPD	1,8 Mio.	23,2 %	44

* Stimmen: beim ersten Wahlgang (vor ggf. nötiger Stichwahl)

Anteil: an den gültigen abgegeben Stimmen

1871: rund 39.000 für die SDAP und 63.000 für den ADAV

1874: rund 171.000 für die SDAP und 180.000 für den ADAV

Bei der historischen Betrachtung der damaligen Wahlergebnisse muss berücksichtigt werden, dass es sich um ein Männerwahlrecht handelte, genauer: Wahlberechtigt waren Männer ab 25 Jahren, die nicht als Soldaten Militärdienst leisteten, nicht als „behindert“ eingestuft waren, keine sogenannte „Armenunterstützung“ erhielten und denen die sogenannten „Ehrenrechte“ nicht aberkannt worden waren.⁹¹ Dies bedeutete, dass bei den Reichstagswahlen letztlich nur rund 20 Prozent der Gesamtbevölkerung wahlberechtigt waren. Außerdem verhinderte

die aus dem Wahlgesetz des Norddeutschen Bundes unverändert übernommene Wahlkreiseinteilung, dass die Sozialdemokratie keine ihrem prozentualen Anteil entsprechende Anzahl von Mandaten erhielt. Wahlkreise auf dem Land mit einer geringen Einwohnerzahl wurden gleichgestellt mit dicht bevölkerten Wahlkreisen in der Stadt. Das bevorzugte Parteien, deren Wähler regional verteilt waren und auf dem Lande lebten – wie die Konservativen, das Zentrum und die Nationalliberalen –, und benachteiligte Parteien mit hauptsächlich städtischer Wählerschaft wie die Sozialdemokratie. 1871 benötigten daher sozialdemokratische Kandidaten für die Erringung eines Mandats im Reichstag bis zu sechsmal mehr Stimmen als die Konservativen.⁹² Mit wachsender Bevölkerung in den Großstädten und Industriezentren wirkte sich dieses Missverhältnis immer stärker aus. Auch das absolute Mehrheitswahlssystem benachteiligte die Sozialdemokratie, da ihre Kandidaten trotz höchster Stimmenzahl im ersten Wahlgang bei den häufig nötigen Stichwahlen dann aufgrund der gegen sie gerichteten Bündnisse der anderen Parteien verloren.

g) Judenfeindliche Positionen innerhalb der organisierten proletarischen Bewegung bis 1891

Judenfeindschaft der Lassalleaner

In der Polemik gegen die Eisenacher wurde seitens der Lassalleaner mit judenfeindlichen Anschuldigungen operiert. Versammlungen der Eisenacher wurden mit dem Ruf „Judenjungen!“ gesprengt.

Besonders übel wurden die Eisenacher im Organ der Lassalleaner, dem „Neuen Social-Demokrat“, attackiert. Dessen Redakteur Hasselmann⁹³ hetzte in Leitartikeln gegen die Vertreter der SDAP, die er als „Judenjüngelchen“ beschimpfte.⁹⁴ In wirtschaftspolitischen Artikeln schürte er Judenfeindschaft mit der Gleichsetzung von Ausbeutern und Juden.⁹⁵

Im Januar 1873 bezeichnete der Lassalleaner Carl Wilhelm Tölcke Eduard Bernstein im „Neuen Social-Demokrat“ als „Jüdchen“.⁹⁶ Auf Versammlungen wurde Bernstein judenfeindlich angepöbelt, so etwa in Bernau, wo ihn der Lassalleaner Hasselmann mit dem Hinweis auf Bernsteins jüdische Herkunft zu diskreditieren versuchte.*

* Bernstein schildert, wie Hasselmann sich in einer Rede auf einer Veranstaltung über sogenannte „Zwischenhändler“ ausließ: „immer mit scharfer Betonung des Wortes: der Jude, der Jude, der Jude. Und nachdem er so mit Geschick eine antijüdische Stimmung geschaffen hatte, ging er nun auf den Streit in der Sozialdemokratie über und schilderte die Sozialdemokratie des von uns vertretenen Eisenacher Programms in gehässiger Weise als eine Mache jüdischer Hintermänner. Es gab in dieser Partei

Der Lassalleaner August Kapell polemisierte in einem Bericht über eine Berliner Arbeiterversammlung 1872, die von den Eisenachern einberufen worden war, indem er diese unter anderem als „Ladenschwengel vom Mühlendamm“ und „Mühlendammer Schacherjuden“ beschimpfte.⁹⁷ Seine dreiste „Warnung“ an die Eisenacher, keine Versammlung mehr abzuhalten, formulierte er mit den damals eindeutigen Assoziationen an angebliche Praktiken „jüdischer Hausierer“:

„Zwar ist es ihre Sitte, wenn sie (die Eisenacher, A. d. V.) zehnmal vorn hinausgeworfen sind, doch hinten wieder hereinkommen und zu fragen: ‚Nischt zu handeln, nischt zu schachern.‘ Aber es könnten die Berliner Arbeiter doch mal dies satt bekommen.“⁹⁸

Hasselmann und Kapell hatten sich nicht nur in judenfeindlichen Hasstiraden ausgelassen, sondern taten sich häufig – vor allem in Berlin – darin hervor, Arbeiterversammlungen durch Provokationen zu sprengen oder aufzulösen.

Als Hasselmann wegen judenfeindlicher Schmähungen der Eisenacher kritisiert worden war, ließ er 1872 die letzten 6 Seiten von Marxens „Zur Judenfrage“ von 1847 abdrucken.⁹⁹ Im Vorwort erklärte Hasselmann, dass der abgedruckte Teil angeblich eine „Definition des Judentums“ durch Marx sei. Damit wollte er sich vermeintlich hinter der Autorität von Marx verstecken. Hasselmann schrieb im „Neuen Social-Demokrat“:

„In der ‚Demokratischen Zeitung‘* hat ein fanatischer Hebräer die Naivität begangen, den Redakteur des ‚Neuen Social-Demo-

nichts, was er nicht auch sonst in herabwürdigendster Weise zu verdächtigen wusste. Ihr Organ, der ‚Volksstaat‘, sei ‚von den Welfen bezahlt‘, ebenso habe Bebel, den er nun beim besten Willen nicht als Juden hinstellen konnte, von den Welfen ‚Geld genommen‘. Und so ins Endlose fort.“ Bernstein berichtet, dass er dieser Demagogie nicht gewachsen war und die große Mehrheit der Versammlung hinter Hasselmann stand. (Bernstein: Sozialdemokratische Lehrjahre (1928). Zitiert nach: Heid, Ludger (Hrsg.), Eduard Bernstein: „Ich bin der Letzte, der dazu schweigt“. Texte in jüdischen Angelegenheiten, Potsdam 2004, S. 96 f.)

* Die „Demokratische Zeitung“ war ein Vorläuferorgan des „Volksstaats“ der Eisenacher.

krat' einen ‚Judenfresser‘ zu schimpfen. Obschon Schreiber dieses nun durchaus keinen Geschmack daran findet, ‚Juden anzubeißen‘, so wollen wir zur Aufklärung gewisser sich so oft gekränkt fühlender Persönlichkeiten nachstehend die Definition des Judentums geben, wie sie ein Mann gibt, den der betreffende Antijudenfresser wohl als Autorität anerkennt, nämlich Herr Karl Marx.¹⁰⁰

Auf diese Methode, Marx als „Vater der Judenfeindschaft“ in der proletarischen Bewegung hinzustellen, sollte später noch öfters zurückgegriffen werden.

Judenfeindschaft Bakunins

Bakunin (1814–1876) bildete mit seinen Anhängern hauptsächlich in Italien und Spanien innerhalb der I. Internationale eine eigene Fraktion und führte Intrigen gegen den Generalrat. Anstatt einer von der Mehrheit gewählten einheitlichen Leitung forderte er autonome Sektionen. Laut Bakunin war das Hauptübel nicht das Kapital und der Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat, sondern der Staat an sich, den man sofort abschaffen müsse. Jegliche politische Aktivität des Proletariats lehnte er daher ab.¹⁰¹

In seinen Polemiken gegen politische Gegner jüdischer Herkunft, vor allem gegen Karl Marx und Moses Heß, äußerte sich Bakunin auch in judenfeindlicher Weise.

In Briefen an Freunde hetzte Bakunin 1871 nicht nur gegen Marx und Hess, sogar Wilhelm Liebknecht wurde zum „Juden“. In einem Brief an Albert Richard heißt es:

„alle diese Marktschreier sind Juden: Marx, Hess, Borkheim, Liebknecht, Jacoby, Weiß. Utin und viele andere, sie alle sind Juden. Aus Tradition und Instinkt gehören sie alle zu dieser rastlosen, intrigierenden, ausbeuterischen Bourgeois-Nationalität.“¹⁰²

Doch auch in öffentlichen Stellungnahmen kam die Judenfeindschaft Bakunins zum Ausdruck.

In einem „Bulletin der Juraföderation“ von 1872 beschimpfte Bakunin den Generalrat der I. Internationale, dem auch Marx angehörte.

Er nannte den Generalrat eine „tobsüchtige Synagoge“ und beschimpfte ein Rundschreiben des Generalrats vom 5.3.1872 als eine Sammlung von absurden und schmutzigen Geschichten von „deutschen und russischen Juden“. ¹⁰³

In seiner Schrift „Staatswesen und Anarchie“ von 1873 hetzte er gegen die „judaisierten Rädelsführer“ der deutschen Sozialdemokratie, die angeblich die Arbeiter und Arbeiterinnen irreführen würden. ¹⁰⁴

In einem erst nach seinem Tod veröffentlichten Manuskript von Ende 1871 kommt die generelle Judenfeindlichkeit von Bakunin sehr deutlich zum Ausdruck:

„Nun, diese ganze jüdische Welt, die eine ausbeuterische Sekte, ein Blutegevolk, einen einzigen fressenden Parasiten bildet, eng und intim nicht nur über Staatsgrenzen hin, sondern auch über alle Verschiedenheit der politischen Meinungen hinweg – diese jüdische Welt steht heute zum großen Teil einerseits Marx, anderseits Rothschild zur Verfügung.“ ¹⁰⁵

Damit verwendete Bakunin die gängigen biologistischen judenfeindlichen Lügen von „den Juden“ als „Blutege“ oder „Parasiten“ und bedient sich auch schon eines Motivs der späteren Judenfeinde, wonach angeblich „die Juden“ sowohl für den Kommunismus als auch für den Kapitalismus verantwortlich seien.

Dührings judenfeindliche Angriffe gegen Karl Marx (1879)

1879 ging Dühring zum judenfeindlichen Angriff auf Marx über. In seinem 600-seitigen Buch „Kritische Geschichte der Nationalökonomie und der Sozialismus“, die 1879 in der 3. Auflage erschien, ¹⁰⁶ beschäftigt sich Dühring auf ca. 40 Seiten näher mit Marx und seiner Theorie. Mehrere Seiten davon bestehen aus nichts anderem als aus judenfeindlichen Lügen und Beschimpfungen.

Dühring behauptete: „Marx hat auch nichts aus der Praxis gelernt, sondern alles, was er brauchte, aus der mosaischen Theorie entnommen.“ (S. 514) Marx' Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus wird von Dühring als „jüdisch“ hingestellt. Die marxistischen Kommunisten würden „... allen zu essen und zu trinken geben, wenn sie ihnen im neuen Arbeiterkasernenreich des Oberheiligen Marx die von

letzterem und seiner Clerisei vorgeschriebenen Frohndienste gehorsamst verrichten“. (S. 491) Marx' Vorstellung vom Kommunismus wird als feudal und unterdrückerisch („Frondienste“) verleumdet, Marx wird als „Oberheiliger“ beschimpft. Und Marx würde die Kader seiner „internationalen Sippschaft wesentlich aus den Abkömmlingen des Judas“ formieren und eine Art „Alliance Israelite“ schaffen. (S. 515 bzw. 566)

h) Weitere Entwicklung von 1890 bis zum Tod von Engels 1895

Die sozialdemokratische Partei war aus den 12 Jahren staatlicher Repression insgesamt gestärkt hervorgegangen und zählte mittlerweile rund 75.000 Mitglieder.¹⁰⁷ Ihr Einfluss im Industrieproletariat und darüber hinaus hatte weiter zugenommen.

Im Oktober 1890, kurz nach Ablauf des Sozialistengesetzes, fand in Halle der erste Parteitag im wieder bürgerlich-legalen Rahmen statt. Dort wurde die Partei in „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ (später kurz: SPD) umbenannt und aufgrund der veränderten organisatorischen Bedingungen des Klassenkampfes ein neues Parteistatut verabschiedet. Ein wichtiger Streitpunkt zum neuen Statut war, dass die Opportunisten in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ein Kontrollrecht über den Parteivorstand forderten, was von der Mehrheit des Parteitags jedoch abgelehnt wurde. Die Organisationsformen der Grundeinheiten der Partei waren stark von dem noch immer sehr restriktiven Vereins- und Versammlungsrecht geprägt und firmierten offiziell meistens als Wahlvereine. Als Zentralorgan wurde das „Berliner Volksblatt“ bestimmt, das kurze Zeit später, mit Beginn des Jahres 1891, unter dem Namen „Vorwärts“ erschien.

Die politisch-ideologische Entwicklung, welche die organisierte proletarische Bewegung während des „Sozialistengesetzes“ vollzogen hatte, erforderte vor allem auch ein neues Parteiprogramm, dessen Erstellung der Parteitag in Halle beauftragte. In der intensiven und breiten Diskussion zu diesem Programm, die in Hunderten öffentlichen Versammlungen auch alle Parteimitglieder und mit der Partei Sympathisierende einbezog, versuchte Engels insbesondere durch zwei Maßnahmen Einfluss zu nehmen: Er veröffentlichte nachträglich die den

Parteimitgliedern bis dahin unbekannte „Kritik des Gothaer Programms“ von Marx. Und er schrieb eine neue Einleitung zu Marx' Schrift „Bürgerkrieg in Frankreich“, die als Lehre aus der Pariser Kommune die Notwendigkeit der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats und die Errichtung der Diktatur des Proletariats klarstellte; sie wurde im theoretischen Parteiorgan „Neue Zeit“ abgedruckt. Den ersten vom Parteivorstand verfassten Programmentwurf unterzog er einer gründlichen Kritik. Den letztlich dem Parteitag in Erfurt im Oktober 1891 vorgelegten Programmentwurf schrieb Kautsky und dieser wurde als „Erfurter Programm“ ohne wesentliche Änderungen verabschiedet.

Das „Erfurter Programm“ war bis zum Ersten Weltkrieg die offizielle programmatische Grundlage der Partei. Es stellte einen großen Fortschritt gegenüber dem „Gothaer Programm“ dar, denn es forderte klar sozialistische Produktionsverhältnisse als Kampfziel und brachte eine proletarisch-internationalistische Grundhaltung zum Ausdruck.

Als einzige Partei im damaligen Deutschland stellte die SPD mit ihrem Programm konsequent unmittelbare Einzelforderungen nach demokratischen Rechten und sozialem Fortschritt, wie zum Beispiel das wirklich allgemeine gleiche Wahlrecht, die Gleichberechtigung der Frau, den Achtsturentag und das Verbot von Kinderarbeit. Allerdings: Bezüglich des Weges zum Ziel sprach das Programm angesichts eines drohenden Verbots der Partei nur schwammig vom notwendigen „Besitz der politischen Macht“ des Proletariats, was letztlich keine klare Abgrenzung des gewaltsamen revolutionären Weges von friedlich-reformistischen Bestrebungen schaffte. Die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats fehlt ebenfalls aus Rücksicht auf ein mögliches Verbot der Partei ebenso wie die Forderung nach der bürgerlichen Republik. Denn beides waren staatlich verbotene Forderungen.¹⁰⁸

Die Rechtsopportunisten in der Partei, die sich damals zunächst der vom Parteitag beschlossenen Linie formal fügten, nutzten diesen Schwachpunkt des Programms später ganz offen und sehr weitreichend aus.

Auf den Kongressen der II. Internationale in den 1890er Jahren wurde die Frage nach der richtigen Politik und Taktik gegen den Militarismus und das Wettrüsten in Europa zu einem der Hauptthemen, denn die Gefahr eines drohenden Weltkrieges war erkannt und 1891 auch erstmals von der II. Internationale explizit benannt worden. Der Kongress 1893 beschloss die Ablehnung aller Militär- und Kriegskredite durch die proletarischen Vertreter in den nationalen Parlamenten sowie Protestaktionen gegen die Aufrüstung („Diesem System keinen Mann und keinen Groschen“).

Die SPD verstand es, die proletarische Bewegung auf vielfältigsten Ebenen noch mehr in die Breite zu entwickeln durch eine große Zahl von Massenorganisationen. Sie initiierte zahlreiche und große Protestaktionen, etwa die Protestkampagne gegen die Getreidezölle 1891 oder antimilitaristische Proteste gegen eine geplante Heeresaufrüstung in bisher nicht dagewesenem Ausmaß 1892/1893. Die Partei verband geschickt entlarvende Agitation im Parlament gegen das nach innen antidemokratische und nach außen aggressive politische System und gegen die militaristische preußisch-deutsche Regierungspolitik mit außerparlamentarischen Massenaktionen. Insbesondere mit ihrem antimilitaristischen Kampf mobilisierte die SPD auch nichtproletarische Bevölkerungsschichten.

Die Gewerkschaftsbewegung war durch die großen Streiks Ende der 1880er Jahre gestärkt worden. Auch Anfang der 1890er Jahre fanden wieder große Streikaktionen statt wie der erneute Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet im April 1891 mit 20.000 Beteiligten und der Streik von 22.000 Arbeitern im saarländischen Bergbau im Winter 1892/93.¹⁰⁹ Diese Kämpfe waren nicht nur gegen die materiellen und sozialen Missstände gerichtet, sondern auch gegen die Versuche der Kapitalisten, das geltende Koalitionsrecht durch Aussperrungen oder Entlassungen faktisch aufzuheben.

Die bisher organisatorisch weitgehend zersplitterten lokalen oder branchenspezifischen Gewerkschaften schlossen sich 1890 unter einem zentralen Dachverband für ganz Deutschland zusammen. Auf dem ersten gemeinsamen nationalen Gewerkschaftskongress 1892 in Halberstadt vertraten über 208 Delegierte rund 300.000 Gewerkschaftsmitglieder.¹¹⁰

Das Verhältnis von Sozialdemokratischer Partei und Gewerkschaften bzw. die Frage, ob die Gewerkschaften eine revolutionäre oder reformistische Kampfstrategie verfolgen sollten, wurde zu einem bedeutsamen Streitpunkt innerhalb der SPD, insbesondere mit dem SPD-Mitglied und nun Vorsitzenden des neuen Gewerkschaftsdachverbandes, Carl Legien, der für eine rein ökonomistische Orientierung der Gewerkschaftsbewegung eintrat. Diese Frage wurde nicht ausreichend geklärt. Das verhinderte zwar aufgrund einer fortschrittlichen Basis nicht, dass sich die Gewerkschaften in der Folgezeit zu kampfstarken Massenorganisationen entwickelten. Doch gleichzeitig leitete das eine Entwicklung ein, die dazu führte, dass die bis dahin eng mit der Sozialdemokratie verwobenen sozialistisch orientierten Gewerkschaften sich vom bestimmenden Einfluss des revolutionären Parteiflügels lösten und die Gewerkschaftsführung mit Unterstützung des reformistischen Parteiflügels ihre Mitglieder zunehmend auf einen reformistischen Kurs ausrichteten. Dadurch wurde die Herausbildung von politischem Klassenbewusstsein gehemmt.

Die zunehmend von der industriellen Großbourgeoisie gesteuerte Regierung versuchte mehrfach neue gesetzliche Repressionsmittel zur Unterdrückung der propagandistischen Erfolge der Sozialdemokratie einzuführen. Diese Erfolge wurden maßgeblich auch durch die sozialdemokratischen Presseorgane wie die Zentralorgane „Vorwärts“ und „Der Sozialdemokrat“ sowie populäre Organe wie „Der wahre Jacob“ erzielt. Zu diesen Versuchen zählt auch die Ende 1894 im Reichstag eingebrachte sogenannte „Umsturzvorlage“, die das Pressegesetz und Strafgesetze massiv verschärfen sollte, wie es nicht einmal das „Sozialistengesetz“ vorgesehen hatte. Auch wenn diese Gesetzesvorlage nach breiten Protesten nicht nur im proletarischen Lager letztlich vom Reichstag abgelehnte wurde, folgte 1895 dennoch eine Repressionswelle gegen die SPD und die Gewerkschaften. In Berlin wurden lokale Organisationen von der Polizei aufgelöst, Versammlungen verboten, Zeitungen beschlagnahmt, Redakteure verhaftet und verurteilt. Im November 1895 wurde der Parteivorstand der SPD mit Durchsuchungen seines Büros wie auch der Privatwohnungen seiner Mitglieder traktiert und kurz darauf per Verfügung des Berliner Polizeipräsidenten aufgelöst. Erneut bekam vorübergehend die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, mit Bebel an der Spitze, die Parteileitung übertragen.

Eine breite, auch internationale Protestbewegung gegen diesen reaktionären Vorstoß zwang den preußischen Innenminister zum Rücktritt.

Friedrich Engels, der 1894 noch den dritten Band des „Kapital“ nach mühevoller Ausarbeitung der von Marx hinterlassenen Manuskripte eines Rohentwurfs erstmalig herausgegeben hatte (den 2. Band hatte er 1885 veröffentlicht), starb 1895 in London. Damit verlor die revolutionäre proletarische Bewegung auch ihre zweite große theoretische Führungspersönlichkeit. Nur ein Jahr nach seinem Tod begann Eduard Bernstein mit einer Artikelserie in der „Neuen Zeit“ erstmals offen Kritiken an Grundlagen des wissenschaftlichen Kommunismus zu veröffentlichen. Darin negierte er die Notwendigkeit der proletarischen Revolution und propagierte stattdessen eine bürgerlich-demokratische Reformpolitik. Die opportunistische Tendenz in der proletarischen Bewegung, die beim Übergang zum Imperialismus deutlich zunahm, kam hierbei mit einer neuen Methode zum Ausdruck. Bernstein trat nämlich nicht wie die Opportunisten vor ihm offen gegen den wissenschaftlichen Kommunismus an sich auf, sondern versuchte ihn unter marxistischem Deckmantel theoretisch zu revidieren. Das löste in der SPD in den folgenden Jahren zwischen dem revolutionären und reformistischen Flügel eine heftige Auseinandersetzung, die sogenannte Revisionismusdebatte aus.

All das war das Vorspiel zum Verrat der SPD 1914, der Unterstützung des imperialistischen Kriegs.

II. Judenfeindschaft 1848 bis 1893 und der Kampf jüdischer Aktivisten und nichtjüdischer bürgerlich demokratischer Kräfte

II. Judenfeindschaft 1848 bis 1893 und der Kampf jüdischer Aktivisten und nichtjüdischer bürgerlich demokratischer Kräfte

Vorbemerkung

Im Kontext der gesamten politischen Entwicklung, die kurz skizziert wurde, soll nachfolgend nun die Entwicklung der Judenfeindschaft seit 1848 in den verschiedenen Etappen bis 1893 dargestellt werden sowie der Kampf gegen diese Judenfeindschaft, der von Aktivisten aus den Reihen der jüdischen Gemeinden geführt wurde.

Die politische Entwicklung einerseits und die Judenfeindschaft in verschiedensten Formen und Ausprägungen in ihrer Wechselwirkung umreißen die Herausforderungen, vor denen die sich entwickelnde Bewegung der proletarischen Klasse und der Sozialdemokratie stand.

Im Teil A wird zunächst die Bandbreite der Judenfeindschaft behandelt. Die Schwierigkeit bei der Darstellung der Entwicklung der Judenfeindschaft liegt darin, dass es sich nicht um ein klares, logisch zusammenhängendes Phänomen handelt, sondern dass sehr unterschiedliche Kräfte, teils mit gegensätzlichen politischen Interessen und inhaltlich teilweise gegensätzlichen Positionen, in unterschiedlichen Etappen unterschiedliche Kombinationen eingingen.

Die nationalistische Verhetzung und auch die Judenfeindschaft ist, wie Lenin sagte, ein Stock mit zwei Enden oder ein „zweischneidiges Schwert“:¹¹¹ einerseits schlägt sie die jüdische Bevölkerung und andere nationale Minderheiten, andererseits dient sie im alten Spiel des „Teile und Herrsche“ der herrschenden Klasse dazu, werktätige Teile der Bevölkerung zu demoralisieren und aufzuhetzen.

Dabei lassen sich strukturell die judenfeindlichen Aktionen auf der Straße gegen die jüdische Bevölkerung und die staatlichen judenfeindlichen Maßnahmen unterscheiden von der neuen Form der Judenfeindschaft, die sich in politischen Parteien organisierte. Auch hier wurden die Rollen verteilt. Es gab am Christentum organisierte Judenfeinde

wie Adolf Stoeckers „Christlich-Soziale Arbeiterpartei“, aber auch die „Antisemiten-Liga“ von Wilhelm Marr und Judenfeinde wie Otto Böckel, die sich die Bauern als besondere Zielgruppe herausgesucht hatten. Hier sind der Vollständigkeit halber sicherlich noch eine Reihe anderer Namen zu nennen. Aber insbesondere geht es auch um den Ausbau eines Publikationsimperiums verschiedener Kategorien, um judenfeindliche Karikaturenzeitschriften, Kalender und Ähnliches. Dazu gehören auch Broschüren und Bücher von Personen aus dem genannten Parteienspektrum.

Zu nennen sind hier auch andere wichtige Publizisten wie Richard Wagner oder August Julius Langbehn. Im Hintergrund standen zudem nun auch Publikationen aus dem Wissenschaftsbereich und die Verankerung an den Universitäten unter den Dozenten und Studierenden. Es wurden nun auch „wissenschaftlich“ verbrämte Statistiken genutzt und judenfeindlich interpretiert. Wissenschaftler wie Paul der Lagarde bezeichneten die Juden als „Parasiten“, die vernichtet werden müssten. Insbesondere spielte aber auch der eine Weile in der deutschen Sozialdemokratie verankerte Eugen Dühring eine Rolle, um der Judenfeindschaft auf der Straße und in den Medien einen wissenschaftlichen Anstrich zu geben.

Eine ganz besondere Bedeutung hatten die Traktate des Geschichtsprofessors Heinrich von Treitschke, die – wie zu zeigen sein wird – von der deutschen Sozialdemokratie gar nicht als Herausforderung verstanden und beantwortet wurden. Treitschke repräsentierte den Versuch, seriös zu wirken, indem er sich von einigen Extremen scheinbar abgrenzte, um dann doch mit oder ohne rhetorische Schnörkel zu verallgemeinern und wortwörtlich die Losung zu präsentieren und zu prägen: „Die Juden sind unser Unglück“. Hier wurde die Grundlage gelegt für die weitgehende Übernahme von judenfeindlichen Stereotypen durch die mächtigen und wichtigen großen konservativen Parteien, die auch nach dem Niedergang der judenfeindlichen kleineren Parteien des „Radau-Antisemitismus“ im großen Maßstab dafür sorgten, dass die judenfeindliche Gesamtstimmung weiterbestand.

Bei der nachfolgenden thematisch orientierten Darstellung der Entwicklung der Judenfeindschaft kann und soll aber auch die Chronologie nicht ganz aus dem Auge verloren werden. Das kann zunächst kurz an der unterschiedlichen Wirkung des Begriffs „Judenfrage“ erklärt werden. Dieser Begriff wurde bis 1871 weitgehend sowohl von Judenfeinden als auch von Befürwortern der Emanzipation der jüdischen Bevölkerung verwendet, um die Gleichberechtigung aller deutscher Staatsbürger auf allen Gebieten durchzusetzen (Es ging allerdings nach wie vor nur um die männlichen Staatsangehörigen). Der Begriff „Judenfrage“ wurde also mit einer doppelten Bedeutung verwendet.

Nach der Gründung des „Deutschen Reiches“ 1871 wurde dieser Begriff zunehmend eindeutig von judenfeindlichen Bestrebungen monopolisiert, die teils die Zurücknahme der Emanzipation, teils die Vertreibung, ja teilweise schließlich gar die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung forderten.

Konkrete Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung fanden im 19. Jahrhundert sporadisch in Deutschland seit den judenfeindlichen Hep-Hep-Ausschreitungen 1818 immer wieder statt, als konkrete Angriffe auf jüdische Menschen und jüdische Einrichtungen, als physische Attacken und konkrete Beleidigungen. Diese gab es auch während der Revolution 1848, dann wiederum (sicherlich nicht ohne Zusammenhang mit dem Verbot der sozialdemokratischen Partei 1878) 1880/81 sowie 1892/93.

Es ist besonders schwierig, zwischen der gesamten politischen Entwicklung, der Entwicklung der unterschiedlichsten Facetten der Judenfeindschaft und den Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung chronologisch jeweils einen kausalen Zusammenhang herzuleiten. Entscheidend ist das Gesamtbild, das Verständnis dafür, wie auf den verschiedensten Ebenen parallel eine Gesamtatmosphäre entstand, welche an die deutsche Sozialdemokratie die nachdrückliche Anforderung stellte, den Kampf gegen die Judenfeindschaft zu führen.

Aus diesen Überlegungen heraus wird der nachfolgende Teil über die Judenfeindschaft, wie kurz begründet werden soll, wie folgt gegliedert:

■ In einem ersten Teil soll zunächst klargemacht werden, dass es sich nicht nur um eine ideologische Auseinandersetzung handelte, die lediglich auf dem Papier ausgetragen wurde, sondern dass die jüdische Bevölkerung handgreiflich angegriffen und unter Druck gesetzt wurde. Schwerpunkte waren judenfeindliche Aktionen 1848, dann vor allem die pogromartigen Angriffe 1882, aber eben auch die Ritualmord-Hetze, Verwüstung von Synagogen und Friedhöfen und direkte Angriffe auf jüdische Menschen Anfang der neunziger Jahre. Einbezogen werden hier auch der Boykottaufruf Mitte der achtziger Jahre und die Angriffe auf Veranstaltungen, die sich gegen Judenfeindschaft richteten, zu Beginn der neunziger Jahre. Das waren gewalttätige Angriffe, physische Aktionen auf der Straße, die zeigten, dass der Schutz der jüdischen Bevölkerung eine konkrete praktische Aufgabe war.

■ Umso wichtiger ist aber dann auch, dass es regelmäßig und systematisch judenfeindliche Kampagnen gab, die verschiedene politische Situationen zum Anlass nahmen und in gewisser Weise wellenartig durchaus im Zusammenhang mit den physischen Angriffen die Gesamtatmosphäre wesentlich beeinflussten.

■ Dabei ist es unserer Ansicht nach besonders wichtig, zu erkennen, dass der Staat mit seinen Maßnahmen die judenfeindliche Gesamtatmosphäre wesentlich beeinflusste. So wurden in einigen Einzelstaaten nach 1848 Jüdinnen und Juden die Staatsbürgerrechte zeitweilig wieder entzogen oder eingeschränkt. Das Unterlaufen der formalen Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung durch Ausgrenzung von Positionen im Staatsdienst und die Förderung der Judenfeinde durch die Justiz war Gang und Gäbe. Vor allem hatte dann aber 1884 bis 1886 die staatliche Massenausweisung von sogenannten „Ostjuden“ einen großen Einfluss auf die allgemeine judenfeindliche Atmosphäre.

■ Durchaus etwas Neues war, dass im Kontext der Entwicklung des Parlamentarismus in Deutschland sich nun auch in einer bisher nicht bekannten Art und Weise unterschiedliche judenfeindliche Parteien, Organisationen und Publikationsimperien bildeten. Diese bewegten sich vorrangig auf der politischen und medialen Bühne, konzentrierten ihre Angriffe auf die jüdische Bevölkerung und schufen so eine Atmosphäre, die dazu führte, dass nach den Zerwürfnissen, Streitereien

und dem Scheitern verschiedener judenfeindlicher Organisationen das judenfeindliche Programm im Kern von den großen bürgerlichen Parteien, insbesondere der konservativen Partei übernommen wurde.

■ Das Bild der judenfeindlichen Attacken wäre nicht vollständig, wenn nicht auch besonders wichtige Ideologen mit ihren unterschiedlichen judenfeindlichen Argumentationssträngen vorgestellt würden, deren einzelne Publikationen zwar nicht von der Auflagenhöhe mit anderen antisemitischen, genauer: judenfeindlichen Publikationen mithalten konnten, aber die durch ihre Autorität als Verfasser und ihre Bekanntheit als Publizisten die verschiedenen judenfeindlichen Aktivitäten untermauerten und verstärkten.

Dieser Teil über die Judenfeindschaft wurde also in Themenblöcke gegliedert und innerhalb der einzelnen Blöcke wurde dann chronologisch vorgegangen.

Dieses Vorgehen hat den Nachteil, dass nicht in kleinen Zeitabschnitten der Zusammenhang zwischen den verschiedenen judenfeindlichen Aktivitäten dargestellt wird. Aber das Ziel des gesamten Abschnitts ist es vor allem, die Wucht der Angriffe auf den verschiedenen Gebieten als Herausforderung der Sozialdemokratie herauszuarbeiten und klarzumachen, dass es sich nicht nur um dieses oder jenes einzelne Ereignis, um diese oder jene zeitweilige Kampagne handelt oder um diese oder jene judenfeindliche Organisation, sondern dass ein Gesamtkomplex von großer Breite und Tiefe entstanden ist. Das war eine wirkliche Herausforderung auf sehr vielen großen und unterschiedlichen Gebieten, der sich die Sozialdemokratie zu stellen hatte.

Der Teil B analysiert den Kampf der jüdischen Gemeinden und einer Persönlichkeit wie Heinrich Heine gegen die Judenfeindschaft. Dieser Kampf hat ein eigenes Gewicht und fand zum Teil vor dem Eingreifen der Sozialdemokratie statt. Er war in seinem Umfang und mit der Vielfalt seiner Publikationen in hoher Auflage für die Gesamtatmosphäre durchaus von großer Bedeutung. Dies hätte ein Ansporn für die Sozialdemokratie sein können und steht im Hintergrund für die Anforderungen an die Sozialdemokratie, sich selbst klar gegen die Judenfeindschaft zu positionieren. In diesem Kampf, vor allem von wichtigen Vertretern der jüdischen Gemeinden und Heinrich Heine, ist eine

ganze Fülle wichtiger Gedanken für den Kampf gegen Judenfeindschaft enthalten. Aber es zeigte sich auch, dass eine Reihe von Schwächen (die ähnlich von der Sozialdemokratie später übernommen wurden) in diesem Kampf vorhanden waren. Abgesehen davon konnte logischerweise die Analyse der Funktion der Judenfeindschaft im Rahmen einer Klassengesellschaft und eines sich entfaltenden Klassenkampfes von diesen weit von der Sozialdemokratie entfernt stehenden Akteuren des Kampfs gegen Judenfeindschaft, die sich teilweise als ausgesprochene Gegner der Sozialdemokratie verstanden, gar nicht erwartet werden.

Aber der Kampf gegen den Judenfeind Treitschke wurde von diesen Akteuren und in keinem einzigen Fall von Vertretern der Sozialdemokratie geführt. Das ist eine Tatsache, die unterstreicht, warum der Kampf von Vertretern der jüdischen Gemeinde ein großes eigenes Gewicht hat. Daher wird dieser von uns ausführlich dokumentiert als ein Teil des Kampfs gegen die Judenfeindschaft, der zweifelsohne einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Gesamtatmosphäre der Judenfeindschaft dieser Zeit hatte und damit eben auch als eine weitere, im Hintergrund wirkende Voraussetzung für die Positionierung der Sozialdemokratie wahrgenommen werden muss.

Im Teil C wird dann der Kampf nichtjüdischer bürgerlich-demokratischer Kräfte ausgewertet.

A. Bandbreite der Judenfeindschaft

1. Zur Fülle von lokalen Angriffen auf die jüdische Bevölkerung

a) Judenfeindliche Angriffe während und unmittelbar nach der 1848er Revolution

Ein Phänomen war auch bei den 1848er Kämpfen, dass es, wenn auch nicht vorherrschend, vereinzelte, teilweise auch erfolgreiche Versuche der Reaktion gab, die Empörung der Massen auf „die Juden“ zu lenken, einen Kampf gegen „die Juden“ zu entfachen.

Bereits im Vorfeld der 1848er Revolution wurde bei den sogenannten „Hungerunruhen“ 1847 in Berlin, Sachsen, Westfalen und im Rheinland gegen Gutsbesitzer und Staatsbeamte gleichzeitig Judenfeindschaft geschürt, um von den wirklichen Verursachern von Armut und Elend abzulenken. So hieß es etwa in einer „Revolutionsproklamation“ vom April 1847 im Taubergrund:

„Brüder und badische Mitbürger! Die Zeit ist da, wo Gott durch seine Hand uns winkt, dass wir unsere Körperkräfte gebrauchen zu unserer Freiheit, die er von Anfang der Welt uns gegeben hat und sie uns wiedergeben will, wenn wir ihm folgen. Darum hat Gott den Hunger unter die Menschen geschickt, damit das Volk aufwache und sich einander liebe wie Brüder miteinander und einer für den anderen streite; wir wollen auch nur sagen, weswegen die Revolution entstehen soll: 1. Der Adel muss vernichtet werden. 2. Die Juden müssen aus Deutschland vertrieben werden. 3. Müssen alle Könige, Herzöge und Fürsten weg, und Deutschland ein Freistaat wie Amerika werden. 4. Müssen alle Beamte gemordet werden. Dann wird es wieder gut in Deutschland.“¹¹²

Hier wird die Mischung deutlich. Vernichtung des Adels, gar ein „Freistaat wie Amerika“ – das klingt demokratisch und revolutionär. Dann kommt mittendrin: „Die Juden müssen aus Deutschland vertrieben werden.“

In Wien wurde etwa 1848 während der Revolutionskämpfe eine Flugschrift verbreitet, dass Juden Kinder stehlen würden, um sie zu schlachten oder zu beschneiden.¹¹³

Judenfeindlich aufgehetzte Bauern und Handwerker sahen in ihren jüdischen Nachbarinnen und Nachbarn oder Kolleginnen und Kollegen keine Kampfgenossen, sondern vielmehr Urheber ihres sozialen und ökonomischen Elends. So traten die Mitglieder des Frankfurter Schneiderkongresses und des Handwerker- und Gewerbekongresses 1848 gegen die Fabrikkonkurrenz, gegen den Freihandel, gegen den Parlamentarismus und die damit identifizierte „jüdische und Rothschild'sche Geldaristokratie“ auf. Judenfeindliche „Petitionen“, „offene Briefe“, „Sendschreiben“ von Handwerker- oder Handlungsgehilfenvereinen waren weit verbreitet.¹¹⁴ Der Magdeburger Rabbiner Ludwig Philippson kommentierte in der von ihm herausgegebenen „Allgemeinen Zeitung des Judentums“ am 17. April 1848 treffend:

„Da nun die Besitzlosen nicht, wie sie wohl gewollt, gegen die Besitzenden überhaupt losbrechen konnten, suchten sie sich die immer noch ausnahmsweise dastehenden und mindest* beschützten Juden aus.“¹¹⁵

In Dutzenden, zumeist ländlichen und kleinstädtischen Orten kam es zu gewalttätigen Angriffen gegen Juden bzw. deren Wohnungen und Häuser.¹¹⁶ Geld wurde erpresst, Läden wurden geplündert. In Baden, Bayern, Hessen, Württemberg, Schlesien, Westpreußen, Posen, Böhmen und dem Elsass sind judenfeindliche Angriffe dokumentiert. An zahlreichen Orten wurden Jüdinnen und Juden bedroht, kam es zu judenfeindlichen Aufmärschen und Versammlungen. So etwa im März 1848 im Kraichgau, im Odenwald und in Franken, wo bewaffnete Bauern in Ortschaften zogen, die auch von Jüdinnen und Juden bewohnt waren, um zu plündern.¹¹⁷ Noch unter dem unmittelbar frischen Eindruck der antijüdischen Überfälle im württembergischen Baisingen vom März und April 1848, hielt ein unbekannter jüdischer Verfasser die Ereignisse in einer Megillat** fest. Etwa 230 Jüdinnen und Juden lebten in Baisingen. Am 10. März wurden zunächst in der

* „Mindest beschützt“ hier zu verstehen als am wenigsten geschützt.

** Eine Art von Schriftstück.

Nacht in zehn Häusern die Fensterscheiben eingeschmissen. Am nächsten Tag kamen mit Beilen und Messern bewaffnete Männer und drohten mit weiteren Überfällen, sodass ein Wachschatz organisiert wurde. In der Nacht vom 25. April überfielen rund 40 bewaffnete Schläger jüdische Häuser, schlugen die Bewohner und beraubten sie. Auch die Fenster der Synagoge wurden eingeworfen. Einige jüdische Familien flohen aus dem Dorf.¹¹⁸

In Windecken wurden jüdische Häuser demoliert, nachdem die jüdischen Einwohner unter Berufung auf ein Gesetz von 1833 für sich Holzsammelrecht gefordert hatten. Weitere Protestaktionen gegen die Gewährung der Gleichberechtigung sind aus Langsdorf und Steinbach (Kreis Gießen) bekannt. 1848 forderten die jüdischen Einwohner der hessischen Gemeinde Langsdorf die ihnen rechtlich nach der Verfassung zustehende Gleichberechtigung. Die Gemeinde verweigerte es, diese Statusänderung vorzunehmen. 1850 kam es dort zu dem berühmten „Langsdorfer Judenkravall“. Fast sämtliche männlichen nicht-jüdischen Bewohner griffen die jüdischen Bewohner an. Als im Nachbarort Steinbach die jüdische Bevölkerung kurz darauf forderte, an bestehenden Stiftungen für Gemeindeglieder beteiligt zu werden, kam es auch dort zu gewalttätigen Angriffen.¹¹⁹

Wenn auch vereinzelt und viel zu selten mit Unterstützung ihrer nichtjüdischen Nachbarn oder Kollegen, gab es gegen diese judenfeindlichen Angriffe Widerstand. Häufig sahen die Verfolgten die einzige Möglichkeit in der (vorübergehenden) Flucht in die nächste Großstadt oder in die benachbarte Schweiz.

Die Judenfeindschaft wurde auch klar dafür benutzt, Juden für demokratische und revolutionäre Bestrebungen verantwortlich zu machen. Die Jüdinnen und Juden wurden als „rote jüdische Wühler“ beschimpft, sie stünden „an der Spitze aller politischen Umsturzparteien“, wie die „Kreuzzeitung“ schäumte.¹²⁰

Mit dem Kampf für die Emanzipation der jüdischen Bevölkerung 1848 entwickelte sich parallel dazu eine reaktionäre Gegenbewegung, die zunächst weitgehend unorganisiert und zersplittert auftrat. Sie richtete sich gegen einzelne konkrete Maßnahmen zur Gleichstellung der Jüdinnen und Juden vor Ort, wie etwa deren Aufnahme in den Gemeindeverband oder den Anspruch auf Holzeinschlag. In den Städten

ging es gegen die Zulassung von Jüdinnen und Juden zu Rechtsanwälten und Notaren, gegen die Approbation jüdischer Ärzte usw. Teilweise lehnten sie die Gleichstellung der jüdischen Bevölkerung pauschal ab. So hieß es in einer Petition aus Karlstadt (Unterfranken) an die Frankfurter Nationalversammlung:

„Wird zur Anzeige gebracht die Juden betreffend

An die Sitzung zu Frankfurt.

Da demnach kein Reich mehr bestehen kann, wenn nicht die Juden aus dem Deutschland getrieben werden, denn diese sind nur zum Untergang des Volkes, sie verderben allen Handel, sie stellen falsche Hypotheken-Scheine gegeneinander aus, um nur den Christen um das seinige zu bringen. Machen Bankrott, kurz sind nur zum Untergang der Christen, wenn diese nicht in ein anderes Land verwiesen werden, so sind wir genötigt, sie mit Gewalt hinaus zu treiben, wir hoffen aber, der Volksverein in Frankfurt werde diesem Übel abhelfen, denn sonst wird das Deutsche Reich nicht einig werden oder bleiben, denn der Jude ist keinem Christen gut.“¹²¹

Als in Bayern im Dezember 1849 ein Gesetz zur juristischen Gleichstellung der Juden verabschiedet wurde, entfachte die reaktionäre Presse ein antijüdisches Wutgeschrei. Es war ein Zeichen des sich verschärfenden gesellschaftlichen Klimas, dass ursprünglich demokratische Instrumente, wie etwa Petitionen, nun von der Reaktion genutzt wurden.¹²²

Innerhalb von nur 2 Monaten wurden Unterschriften gegen die rechtliche Gleichstellung der jüdischen Bevölkerung gesammelt. Von Ende Dezember 1849 bis Anfang Februar 1850 wurden circa 68.500 Unterschriften gesammelt und an den Bayerischen Landtag übergeben. Insgesamt gab es mehr als 1.700 Petitionen. Teilweise schrieben die Gemeinden eigene Petitionen, teilweise schlossen sie sich anderen Gemeinden an. Zum Teil wurde der Petitionstext in örtlichen Zeitungen abgedruckt; im Falle der „Augsburger Post“ war es der Herausgeber, der Petitionstexte druckte und verbreitete. Dabei ging es bei den Petitionen nicht nur um die Unterschrift unter ein Schriftstück, sehr häufig

wurden sie in „Volksversammlungen“ mit bis zu mehreren Tausend Teilnehmern verabschiedet.¹²³

Dabei ist es nicht uninteressant, sich die Erläuterungen der Petitionen aus Bayern etwas genauer anzuschauen.

Zunächst einmal: Es gab auch einige, allerdings sehr wenige Petitionen für die jüdische Emanzipation. Neben drei Mitgliedern der jüdischen Gemeinde, die ihre eigenen Petitionen einreichten, waren es die Gemeinden Fürth, Hürben und Erlangen, die für die jüdische Emanzipation stimmten.¹²⁴

26 Gemeinden in Dorfen und Haag waren gegen die Emanzipation, weil sie „Spannungen“ hervorrufen könne, die „den Juden nicht helfen“. In Schnackenwerth hieß es, die Emanzipation könne zu „Aufruhr und Gewalt“ führen, eine weitere Petition aus Niederbayern sagte schlicht Pogrome voraus und erklärte, die Gemeinden würden sich gegen die Juden bewaffnen.¹²⁵ Mehr als die Hälfte aller Petitionen führten „jüdische“ Geschäftspraktiken oder „jüdische“ Geschäfte als Grund für die Ablehnung der Emanzipation an.¹²⁶ „Schacher“ – ebenso „Wucher“ – war ein immer wieder auftauchender Begriff, der manchmal benutzt wurde für „betrügerisches Geschäft“, manchmal als Gegenstück zu Handwerk und Landwirtschaft.

In Bischofsheim wurde in der Petition vor „jüdischem Kapital“, in Hammelburg „vor jüdischer Geldmacht“, in Lohr vor der „finanziellen Stellung der Juden“ gewarnt.¹²⁷

In keiner Petition gegen die Emanzipation wurde davon ausgegangen, dass die Jüdinnen und Juden als Handwerker oder als Bauern auf dem Land leben würden, wenn sie denn dürften. „Wir sehen keinen Juden auf seinen Feldern“, wurde in einer Petition zynisch erklärt, „denn sie arbeiten nicht mit ihren Händen.“¹²⁸

Der Staat war für viele der „christliche Staat“ und in einer erheblichen Anzahl von Petitionen wurde vermerkt, dass Jüdinnen und Juden in einem „christlichen Staat“ eben nicht gleichberechtigt sein können.¹²⁹ In zahlreichen Petitionen (20 Prozent) wurde deutlich, dass Jüdinnen und Juden als „Fremde“ gesehen wurden. Eine Petition in Augsburg nannte Jüdinnen und Juden „Orientalen“, in Unterfranken wurden sie als „asiatische Cholera“ bezeichnet. Einige benutzten den

Begriff „Handelsvolk“ oder „Schachervolk“, wiederum andere nannten sie „Volk im Volk“.¹³⁰

b) Angriffe auf der Straße gegen die jüdische Bevölkerung 1879–1882

Auch wenn antijüdische Gewalt der damaligen Zeit nicht mit den antijüdischen Mordpogromen etwa in Russland auf die gleiche Stufe gestellt werden können, ist es dennoch wichtig, bewusst zu machen, dass es auch in Deutschland zu Beginn der 1880er Jahre gewalttätige jüdenfeindliche Angriffe gegeben hat, so vor allem in Pommern, Westpreußen und in Berlin. Es kam zu Angriffen gegen vermeintliche oder wirkliche Jüdinnen und Juden, auf Geschäfte, deren Besitzer vermeintlich oder wirklich jüdisch waren. Auf offener Straße, in Restaurants und Kaffeehäusern wurden vermeintliche oder wirkliche Jüdinnen und Juden beleidigt und attackiert.¹³¹

Der damalige Sozialdemokrat Bernstein schildert die Lage in Berlin rückblickend in einem Brief an Engels vom Juli 1881:

„In Berlin allein erscheinen jetzt – abgesehen von den konservativen und ultramontanen Blättern, sieben dieser Zeitungen und in der Provinz mehrt sich ihre Zahl mit jedem Tage. Ich glaube auch nicht, dass die Bewegung mit den Wahlen ihr Ende erreicht haben wird. Das ganze Beamtentum (inkl. Richter), die höhere Lehrerschaft, die Kleinbürger und die Bauern sympathisieren mit ihr“.¹³²

Am 30. Dezember 1880 fand in der Berliner Bockbrauerei eine große Versammlung von Judenfeinden statt, in der die Judenfeinde Förster, Henrici, Liebermann von Sonnenberg und andere die Zuhörer aufhetzten. In dieser jüdenfeindlich aufgehetzten Atmosphäre kam es zur pogromartigen Eskalation. Am Morgen des 31. Dezember wurde im Café Bauer, das in der Straße Unter den Linden lag und bei den Jüdinnen und Juden Berlins sehr beliebt war, ein Gast als „Judenbengel“ beschimpft und ein Dutzend jüdenfeindliche Studenten skandierten „Juden raus!“. Wenig später versammelten sich vor dem Lokal rund 500 Judenfeinde. Sie riefen jüdenfeindliche Parolen, skandierten immer wieder „Juden raus!“ und hielten verhetzende Reden. Vermeintlichen

oder wirklichen Jüdinnen und Juden wurde der Einlass verwehrt. Jüdische Gäste im Lokal wurden aufgefordert, das Lokal zu verlassen. Schließlich wurden Fensterscheiben des Lokals zertrümmert und Gäste verprügelt.¹³³ In Zeitungsberichten wird auf die große Beteiligung von Studenten an dem Überfall hingewiesen und auf die Hochrufe auf Treitschke.¹³⁴

Allerdings blieben diese pogromartigen judenfeindlichen Attacken damals seitens der revolutionären Arbeiterinnen und Arbeiter nicht unwidersprochen. Diese sprengten zumindest teilweise Versammlungen der Judenfeinde und organisierten selbst Protestversammlungen. Damit wurden den Judenfeinden in Berlin einige kräftige Dämpfer verpasst.*

Schwieriger noch war die Lage auf dem Land, wo ebenfalls von judenfeindlichen Überfällen berichtet wird. So in Burghaun, wo seit 1879 über mehrere Jahre jüdischen Dorfbewohnern Fensterscheiben eingeschlagen wurden. Dem ansässigen jüdischen Schuhwarenhändler Mendel Nußbaum wurde von einem „Burghauner Fensterkomitee“ anonym seine Hinrichtung für den 26. Mai 1879 angekündigt.¹³⁵

Besonders auch im Osten Brandenburgs sowie in Pommern und Westpreußen kam es zu judenfeindlichen Pogromen. Am 13. Februar 1881 hatte Ernst Henrici, der sich selbst als „geistiger Brandstifter“ bezeichnete, in Neustettin für die Antisemiten-Petition geworben. Kurz darauf, am 18. Februar 1881, wurde die Synagoge in Neustettin in Brand gesteckt.¹³⁶

In Nieder-Olm wurde am Fastnachtsdienstag 1881 ein judenfeindlicher Maskenzug durchgeführt. In dem judenfeindlichen Blatt „Deutsche Reform“ wird im Juni 1881 süffisant über die mörderische Propaganda gegen die im Ort lebenden jüdischen Menschen berichtet:

„Die Juden wurden bei dieser Gelegenheit (dem Maskenzug, A. d. V.) arg verhöhnt, besonders eine Familie; einer der Wagen in dem Maskenzuge trug eine Guillotine, von welcher die Juden hingerichtet wurden, einer der Hinzurichtenden trug die getreue

* Siehe dazu genauer III, D, 1.: „Militante Gegenwehr der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die Judenfeinde in Berlin 1880 und 1881“.

Maske eines Handelsmannes aus Nieder-Olm, und als das Fallbeil hier seine Schuldigkeit tun sollte, wurde ein Maurer, welcher den Juden darstellte, wieder unter die Guillotine mit der Bemerkung: ‚Lasst ihn nur leben, er hat nur fünf Prozent genommen‘, hervorgezogen; Alles dies wurde von einer großen Volksmenge und stets vor den Häusern der Israeliten vorgenommen. Ferner trug ein Wagen, welcher angeblich nach Palästina fahren sollte, die Worte: Hepp, hepp.“¹³⁷

Im Sommer 1881 terrorisierten Judenfeinde sechs Wochen lang Jüdinnen und Juden in Kleinstädten und Dörfern Hinterpommerns und Westpreußens. Henrici trat erneut in der Region als Redner auf. Ein mutiger jüdischer Herausgeber einer Lokalzeitung hatte einem Anführer der örtlichen Judenfeinde kontra gegeben. Judenfeindliche Gerüchte wurden lanciert. Am 17./18. Juli 1881 marschierten rund 500 Judenfeinde in Neustettin auf, um „die Juden totzuschlagen“. In Häusern und Geschäften wurden Scheiben eingeworfen, Fassaden und Möbel zerstört, Ladenkassen geplündert. Die judenfeindliche Gewalt breitete sich auf andere Orte Pommerns und Westpreußens aus. Im Ort Hammerstein wurde die Synagoge dreimal beschädigt. Und das war beileibe kein Einzelfall. Ähnliches wurde berichtet über Bublitz, Jastrow, Konitz, Falkenburg, Rummelsburg, Lauenburg, Polzim, Pollnow, Baldenburg, Schivelbein. In Stolp marschierten am 1. September 1881 2.000 Judenfeinde auf und griffen Häuser an, in denen vermeintliche Juden lebten. Nach diesen judenfeindlichen Angriffen flüchteten viele jüdische Familien insbesondere aus Pommern.¹³⁸

Mitglieder der jüdischen Gemeinde Neustettins wurden danach noch jahrelang durch einen Prozess schikaniert, der sie der Brandstiftung ihrer eigenen Synagoge bezichtigte. Nach der Aufhebung des erstinstanzlichen Urteils im März 1884 kam es erneut zu judenfeindlichen Angriffen. Die Angeklagten sowie Zeugen, die zu ihren Gunsten ausgesagt hatten, entgingen nur knapp dem Lynchmord.¹³⁹ Nach dem Freispruch wurden die Freigesprochenen von Judenfeinden misshandelt, ihre Häuser mit Steinen attackiert und geplündert.¹⁴⁰

In Berlin verwüsteten und plünderten im Februar 1889 rund 500 Judenfeinde unter dem Ruf „Juden raus“ Geschäftslokale im Südosten der Stadt.¹⁴¹

c) „Kauft nicht bei Juden“ – Boykottaufrufe ab Mitte der 1880er Jahre

Judenfeindliche Boykottaufrufe gab es zum Beispiel auch schon 1867.¹⁴² Das judenfeindliche Stereotyp vom lasterhaften, unehrlichen, unproduktiven Juden, dem der angeblich tugendhafte, ehrliche produktive „Deutsche“ entgegenstand¹⁴³, wurde publizistisch immer wieder aufgegriffen, so etwa von der Zeitung „Germania“ der Zentrums-
partei. Diese hatte schon 1867 judenfeindliche Schlagworte wie „Kauft bei keinem Juden!“ und „Leiht beim Juden kein Geld!“ populär gemacht.¹⁴⁴

Judenfeindliche Boykottaufrufe tauchten zunehmend ab Mitte der 1880er Jahre wieder auf.* So richtete sich ein Flugblatt des Marburger „Reichs-Herold“ vom Dezember 1887 an die „Deutschen Frauen“:

„Deutsche Frauen!’ Es ist ein Unrecht, Geschenke zu den heiligen, christlichen Festen bei den Juden zu kaufen und dem deutschen Geschäftsmann, der die dreisten und zudringlichen Reklamen verschmätzt, den Verdienst zu entziehen. Es ist ein Unrecht, den Juden zu unterstützen, dessen Konkurrenz den deutschen Geschäftsmann schwer schädigt“.¹⁴⁵

Solche judenfeindlichen Boykottkampagnen wurden in den Folgejahren immer häufiger.

1890 veröffentlichte Theodor Fritsch unter anderem ein Weihnachtsflugblatt „Kauft nur bei christlichen Deutschen!“.¹⁴⁶ 1892 waren in Berlin Wände, Tische, Servietten in Lokalen und Wände an öffentlichen Plätzen und Eisenbahnabteilen mit dem Stempel „Kauft nicht bei Juden“ übersät.¹⁴⁷ In den Bahnen wurden Aufkleber „Kauft bei keinem Juden“ angebracht und Anzeigenplakate von Geschäften mit jüdisch klingenden Namen zerstört.¹⁴⁸

* Judenfeinde traten auch unter der Flagge des „Tierschutzes“ auf den Plan. 1885 wurde Jüdinnen und Juden in Gera das Schächten verboten. Im Februar 1886 wandte sich der Verband der deutschen Tierschutzvereine mit einer Petition an den Reichstag, der die Tötung von Tieren nur nach vorheriger Betäubung erlauben sollte. Diese Petition blieb aber einstweilen noch erfolglos. In Sachsen galt ab Oktober 1892 wieder ein Schächtverbot.

Judenfeindliche Geschäftsleute warben in judenhetzerischer Weise für ihre Produkte. So etwa eine Käsefabrik in Trebut, die ihren Kunden 1892 „reine antisemitische Bauern-Ware“¹⁴⁹ versprach.

Das lukrative Vorweihnachtsgeschäft war Anlass für fünf Berliner Kaufleute, im November 1892 eine judenfeindliche öffentliche Veranstaltung zu organisieren. Dabei trat ein judenfeindlicher Redner auf und es wurde gefordert: „Kauft nicht für unser heiliges christlich-deutsches Weihnachtsfest bei Juden!“¹⁵⁰

Ähnlich berichten die Mitteilungen des „Abwehrvereins“ von einem Prediger namens Stage, der im „Berliner Sonntagsboten“ forderte:

„Gerade jetzt zu Weihnachten, dem christlichen Feste, solle man nicht für teure Preise bei den Juden schlechte Ware erwerben, sondern sich ausschließlich an den christlich-deutschen Bazar wenden.“¹⁵¹

Am 1. Dezember 1893 erschien etwa in Braunschweig ein in 6.500 Exemplaren gedruckter „Wegweiser durch Braunschweigs christlich-deutsche Geschäfte“, in dem 85 Geschäfte inserierten.¹⁵²

d) Versuche der Judenfeinde, Veranstaltungen demokratischer bzw. jüdischer Kräfte zu stören und zu verhindern (1881/1892)

Judenfeinde versuchten immer wieder, Veranstaltungen der Gegner der Judenfeinde zu stören und zu verhindern.

So organisierte der judenfeindliche Verband Deutscher Studenten (VDSt) Störungen von Vorlesungen demokratischer oder jüdischer Dozenten. Als etwa Theodor Mommsen am 18. Januar 1881, dem „Tag der Reichsgründung“, auf dem Allgemeinen Studentenkommers* anlässlich des zehnten Jahrestags der Reichsgründung sprechen wollte, wurde er von judenfeindlichen Studenten niedergeschrien und musste seine Rede abbrechen.¹⁵³

* Kommers ist eine Art Umtrunk zu feierlichen Anlässen, der von Studentenverbindungen begangen wird.

1891 störten judenfeindliche Studenten vom „Verein deutscher Studenten“ in Berlin die Feier des 70. Geburtstags von Rudolf Virchow*, der sich für die Gleichberechtigung der Jüdinnen und Juden einsetzte.¹⁵⁴

Im Dezember 1891 versuchte der Judenfeind Liebermann von Sonnenberg in Hildesheim eine gut besuchte Versammlung gegen die Judenfeindschaft zu stören, was ihm aber nicht gelang.¹⁵⁵

Im Frühjahr 1892 versuchten Judenfeinde in Darmstadt eine Versammlung des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus zu stören. Sie machten rund ein Drittel der ca. 700 bis 800 Anwesenden aus, ein Drittel waren Sozialdemokraten und ein Drittel Vereinsmitglieder.¹⁵⁶

Im Teil über den Kampf sozialdemokratischer Kräfte gegen Judenfeindschaft wird allerdings auch gezeigt werden, dass sozialdemokratische Arbeiterinnen und Arbeiter diesen judenfeindlichen Machenschaften entschieden entgegengetreten sind.

e) Schüren einer Lynchmordatmosphäre durch Ritualmordhetze 1891

Auch Ende des 19. Jahrhunderts wurden noch die aus dem Mittelalter bekannten Talmudfälschungen benutzt, um Ritualmordlügen zu verbreiten und eine Lynchmordatmosphäre zu schüren.

In Xanten am Unterrhein wurde am 29. Juni 1891 die Leiche eines fünfjährigen Jungen mit durchschnittener Kehle gefunden. Die Judenhetzer drehten völlig durch, schrien „Schächtschnitt“. Das Stoecker-Blatt „Das Volk“ schrieb von „Ritualmord“. Ein Xantener Jude, der das Kind zu rituellen Zwecken abgeschlachtet haben soll, sei der Mordtat „dringend verdächtig“. Weiter heißt es, eine Lynchmordatmosphäre befeuernd: „Wenn das Volk den Juden erwischt, wird der Jude gelyncht.“¹⁵⁷

Bald wurde der jüdische Metzger Adolf Buschoff von den Judenfeinden als Täter präsentiert. Die Staatsanwaltschaft erhob Anklage gegen

* Rudolf Virchow (1821–1902) war Mediziner und Reichstagsabgeordneter 1880–1893 für die Fortschrittspartei. Er begründete die hygienische und sanitäre Wissenschaft.

Buschoff. Blätter wie die „Kreuzzeitung“ und die „Germania“ sowie lokale Blätter, judenfeindliche Abgeordnete und lokale Antisemitenvereine forcierten die Kampagne. Anfang 1892 veröffentlichte die „Allgemeine Zeitung des Judentums“ eine Presseschau zu den judenhetzerischen Artikeln in den bürgerlichen und explizit judenfeindlichen Blättern und stellte fest, dass trotz der Unsinnigkeit der Behauptung, „immer und immer wieder das Märchen vom rituellen Mord den gläubigen Lesern aufgetischt“ wird.¹⁵⁸

Adolf Buschoff wurde im Juli 1892 der Prozess gemacht. Die „Allgemeine Zeitung des Judentums“ druckte das vollständige Protokoll der Gerichtsverhandlung ab.¹⁵⁹ Der Prozess endete zwar mit einem Freispruch Buschoffs, aber zahlreiche Xantener Jüdinnen und Juden sahen sich gezwungen die Stadt zu verlassen.¹⁶⁰ In der Region zwischen Krefeld und Köln griffen Judenfeinde im Zusammenhang mit diesem Prozess jüdische Wohnhäuser, Geschäfte, Synagogen und Friedhöfe an.¹⁶¹ Die Herausgeber des „Antisemiten-Spiegels“* resümierten:

„Die Vorgänge und Erscheinungen, welche den Prozess Buschoff begleiteten, sind ein Hohn auf die Zivilisation und ‚Bildung‘ unserer Tage. Wenn das heute nach einer Kulturarbeit von tausenden von Jahren noch möglich ist – wenn ‚die Gebildeten‘ des deutschen Volkes es gleichmütig geschehen lassen, dass die Er rungenschaften dieser Kulturarbeit und die heiligsten Grundsätze der Religion und Moral dem wüsten Angriff eines rohen Racenhasses preisgegeben werden, welchen Wert hat dann die ganze mühsame Kulturarbeit noch?“¹⁶²

* Der „Antisemiten-Spiegel von 1892 ist ein über 300 Seiten umfassendes Buch und versucht systematisch insbesondere auf die judenfeindliche Broschüre „ABC des Antisemitismus“ und „Antisemitismuskatechismus“ von Fritsch einzugehen. Dieses Buch wurde herausgegeben vom „Verein zur Abwehr des Antisemitismus“, der Dezember 1890 von verschiedenen bürgerlichen Kräften – ausdrücklich mehrheitlich von christlichen Deutschen – gegründet wurde. Siehe dazu in Teil II den Abschnitt, „Antisemiten-Spiegel – Die Antisemiten im Lichte des Christentums, des Rechtes und der Moral, Danzig 1892“.

Auch in anderen Gebieten kam es in der Folgezeit immer wieder zu judenhetzerischen „Ritualmord“-Kampagnen. Allein noch 1894 in Kempen am Rhein¹⁶³, Ulm¹⁶⁴, Leer¹⁶⁵, Posen¹⁶⁶ und Kronach¹⁶⁷.

f) Schmierereien und Verwüstungen an Synagogen und Friedhöfen zu Beginn der 1890er Jahre

Zahlreiche Attacken auf Synagogen sind dokumentiert.

– So in Münster am 2. März 1891, als in der Synagoge Fenster eingeworfen wurden, angeblich ein „Straßenjungenstreich“.¹⁶⁸

– Die Synagoge in Grevenbroich wurde mehrfach überfallen. Zunächst wurden 1892 zwei Fenster zertrümmert,¹⁶⁹ dann wurde am 27. August 1892 versucht, die Synagoge in die Luft zu sprengen.¹⁷⁰

– In Nieder-Olm verwüsteten Judenfeinde die Synagoge, schichteten Thorarolle, Betmäntel etc. zusammen und steckten sie in Brand.¹⁷¹

Immer wieder wurde über Friedhofsschändungen berichtet, so aus Isarlohn und Östrich am 13. Februar 1890¹⁷², am 2. März 1891 in Münster¹⁷³, ebenso in Neuruppin.¹⁷⁴ In Grevenbroich wurden auf dem jüdischen Friedhof mehrere Grabsteine zertrümmert.¹⁷⁵ In Striegau wurden am 20. Oktober bereits zum zweiten Mal auf dem jüdischen Friedhof Grabmäler umgerissen und zerstört.¹⁷⁶

g) Angriffe auf der Straße gegen die jüdische Bevölkerung 1892/1893

1892/93 ereigneten sich erneut in Berlin und einer Reihe anderer Orte Angriffe gegen die jüdische Bevölkerung.

– In Berlin kam es im März 1892 zu den sogenannten „Krawallen Berliner Arbeitslosen“. Am 7. März hatten sich am Lietzow etwa 300 Erwerbslose eingefunden, die dort beim Tiefbauamt Arbeit zu finden hofften. Nur etwa 100 Mann konnten jedoch eingestellt werden, die übrigen marschierten in geschlossenem Zuge durch die Berliner und Spandauer Straße zum Wasserturm auf Westend. „... ,hier wohnt auch noch ein Jude!’ tönnte es aus der Kolonne, der hat eine Villa und ich habe keine, wir wollen ihn herausholen ...“¹⁷⁷

– Am 11. Mai 1892 kam es nach dem Verschwinden einer Frau zu „rohen Ausschreitungen“ gegen die jüdische Bevölkerung von Neustadt und gegen einen jüdischen Gastwirt, in dessen Gasthaus man die Verschwundene zuletzt gesehen haben will.¹⁷⁸

– Im Haus eines jüdischen Kaufmanns in Grevenbroich wurde mit einem Pflasterstein eine Spiegelscheibe eingeworfen.¹⁷⁹

– In einem Ort nahe Grevenbroich wurde am Haus einer jüdischen Witwe „eine eiserne, mit Sprengstoff gefüllte Röhre entzündet und dadurch das Eingangstor zertrümmert“.¹⁸⁰

– Einem jüdischen Einwohner wurde in Mönchengladbach am 27. August 1892 ein schwerer Pflasterstein in das Schlafzimmer geschleudert.¹⁸¹

– Berichtet wird von „mehrfachen Sachbeschädigungen in roher Weise“ bei einem jüdischen Kaufmann in Arnswalde im Januar 1893 (unter anderem Zerstörung der Schaufensterscheibe).¹⁸²

– Bei mehreren Juden in Lengsfeld wurden Fensterscheiben eingeworfen.¹⁸³

2. Hetzkampagnen gegen die jüdische Bevölkerung

a) Judenfeindliche Hetze und Mobilisierung nach der Niederlage der 1848er-Revolution bis 1871

In diesen mehr als zwei Jahrzehnten wurde vor allem publizistisch, aber auch mit diversen „Anträgen“ in einem fort Judenfeindschaft geschürt. Im Vordergrund stand zunächst vor allem die christliche Judenfeindschaft. Hinzu kamen später dann zunehmend deutschnationalistische Begründungen und auch rassistische Argumentationen.

Vonseiten der jüdischen Gemeinden war es der Magdeburger Rabbiner Ludwig Philippson, Chefredakteur der „Allgemeinen Zeitung des Judentums“, der bereits 1850 in seinen Leitartikeln und gerichtlich gegen die „schmähliche Blut- und Brandhetzerei“, gegen die faktischen Aufrufe zu pogromartigen Aktionen gegen Juden in der „Kreuzzeitung“ vorging.¹⁸⁴ Das Beispiel der judenfeindlichen „Kreuzzeitung“ vor Augen, schrieb er treffend, dass die judenfeindliche Hetze keineswegs bloß oder vor allem aus dem Affekt heraus, sondern mit Überlegung erfolgte – bekanntlich haben sich später dann auch die Nazis zur „Vernunft“-geleiteten Judenfeindschaft bekannt. Philippson stellte 1850 fest:

„Es ist kein Kitzel des Augenblicks, es ist kein Frönen der blinden Leidenschaft bei diesen. Sie wissen, was sie tun. Es ist ein wichtiges Glied ihres ganzen Systems.“¹⁸⁵

Im Unterschied zur Zeit ab Mitte/Ende der 1870er Jahre, als explizit judenfeindliche Parteien in Erscheinung traten und hochgezogen wurden, spielten in dem hier behandelten Zeitraum judenfeindliche publizistische Organe die erstrangige Rolle. Anhand von diesen sollen hier damals weit verbreitete judenfeindliche Denkfiguren zusammengefasst werden.

Bei der religiösen Judenfeindschaft¹⁸⁶ wurde angeknüpft an den Paderborner Bischof Konrad Martin (1812–1879) sowie an die judenfeindlichen Schriften des in Galizien geborenen katholischen Adligen Konstantin Ritter de Cholewa Pawlikowski: „Hundert Bogen aus mehr als fünfhundert alten und neuen Büchern über die Juden neben den Christen“ (Freiburg 1859), dessen Kernstück eine längere Passage aus

Eisenmengers „Entdecktes Judentum“* war, und „Der Talmud in der Theorie und Praxis“ (Regensburg 1866).¹⁸⁷ Weitere theologische jüdenfeindliche Publizisten waren etwa der Theologieprofessor Alban Stolz, der Präsident des Katholikentages in Würzburg Ernst von Moy de Sons, der Mainzer Generalvikar Ludwig Erler usw.¹⁸⁸

Unter den Zeitungen und Zeitschriften sind die katholische Zeitschrift „Deutsche Volkshalle“, die Vorgängerin der „Kölnischen Volkszeitung“, und vor allem die protestantische „Neue Preußische Zeitung“ (allgemein als „Kreuzzeitung“ bekannt) des Bismarck-Vertrauten Hermann Wagener zu nennen. Wagener war von 1848 bis 1853 Chefredakteur der „Kreuzzeitung“, veröffentlichte aber auch weitere jüdenfeindliche Hetzschriften.

Wagener behauptete etwa, „die Juden“ würden zwei Drittel der Presse beherrschen und einen boshaften erbitterten Vernichtungskampf gegen alles Christliche führen.¹⁸⁹ „Jüdische Wucherer und Preistreiber“ würden, so Wagener in einem anderen Artikel, einen boshaften Vernichtungskampf gegen „das Christentum“ führen. Das von ihnen ausgesaugte Proletariat würde dafür eines Tages aber Rache nehmen und ein schreckliches Strafgericht abhalten.¹⁹⁰

Wagener stellte im Januar 1856 im Preußischen Abgeordnetenhaus den Antrag, Artikel 12 der preußischen Verfassung (vom 31. Januar 1850) zu streichen, der die Religionsfreiheit verbürgte.¹⁹¹ Eine von der Jüdischen Gemeinde Preußens initiierte Protestbewegung konnte diesen Antrag allerdings zu Fall bringen.¹⁹²

1858 gab Wagener ein mehrbändiges „Staats- und Gesellschaftslexikon“ heraus. Darin trug er alte und neue Argumente gegen die angebliche „jüdische Reformierung Deutschlands“ zusammen und lieferte den Judenfeinden das ideologische Rüstzeug, um die „Urelemente des

* Zu Eisenmenger siehe genauer unsere Analyse in: Der Kampf gegen Judenfeindschaft von Johannes Reuchlin bis Heinrich Heine, Teil 1: Zum Kampf gegen die Judenfeindschaft während des Feudalismus im Kontext von Kreuzzügen, Reformation, Bauernkriegen und Dreißigjährigem Krieg, Kapitel II 2c. Eisenmengers „Entdecktes Judentum“ (1711) – Bis heute ein antijüdisches „Handbuch“ für Judenfeinde, Offenbach 2014, S. 94–102.

deutschen Lebens“ gegen angebliche fremde und feindliche Einflüsse zu verteidigen.¹⁹³

Wagener und seine judenfeindlichen Kumpane sind Beispiele dafür, dass für die beschworene Verteidigung des „Christentums“ gerade auch rassistische Denkmuster herangezogen und ausgebreitet wurden. Gemeinsam mit zwei anderen erzreaktionären und judenfeindlichen Autoren, dem Berliner Schriftsteller Johannes Nordmann und dem späteren Mitarbeiter Bismarcks, Lothar Bucher, publizierte Wagener 1859 unter dem Sammel-Pseudonym „Dr. Heinrich Naudh“ die Hetzschrift „Die Juden und der deutsche Staat“. ¹⁹⁴ Die Methode der Autoren, mit Begriffen aus dem Bereich der Biologie gesellschaftliche Zustände zu beschreiben, wurde später von der völkischen und nazistischen Judenhetze wieder aufgegriffen. Juden werden als Tiere (Bandwurm, Affe, Aasgeier, usw.) und als „fauler Apfel“ verunglimpft. ¹⁹⁵ Die sich hinter dem Pseudonym Naudh verbergenden Autoren sekundierten einige Jahre später dem Judenfeind Treitschke im sogenannten Berliner Antisemitismusstreit.

Einer von Wageners Mitarbeitern war übrigens Bruno Bauer, der sich zu einem offenen und extremen Judenfeind entwickelt hatte. In einem seiner Aufsätze in Wageners „Staatslexikon“ legte Bauer 1861 Grundgedanken der judenhassenden rassistischen „Lehre“ dar. Keine Taufe könne einen Juden zum „Germanen“ machen, erklärte er, da „jüdischer Sinn und jüdisches Blut“ angeblich Ausdruck einer unveränderlichen jüdischen „Rasseneigentümlichkeit“ seien. ¹⁹⁶ Auch wenn der Artikel nicht namentlich gekennzeichnet war, ist Bruno Bauer als Autor bekannt. ¹⁹⁷

Zunehmend wurde Judenfeindschaft auch von sogenannten volkstümlichen Literaten propagiert. In deren Romanen wurden judenfeindliche Stereotype benutzt, wie etwa in Gustav Freytags „Soll und Haben“ (1855) und Wilhelm Raabes „Der Hungerpastor“ (1865). ¹⁹⁸ Nationalistisch wird in diesen viel gelesenen Büchern eine deutsche Idylle beschworen, der das vermeintliche Streben „der Juden“ nach sozialem Aufstieg durch Wucher, Intrige und Betrug gegenübergestellt wird. Die Juden müssten ihre angeblichen, als negativ angesehenen Lebensformen ablegen als Voraussetzung, um als gleichwertige Bürger gelten zu können. ¹⁹⁹

Bei Freytag war es der Jude Veitel Itzig, der mit Niedertracht, Verschlagenheit und Verbrechen Karriere machen wollte und den naiven, weltfremden und ehrlichen Held und Nichtjuden Anton Wohlfahrt zum Gegner hat. Bei Raabe war es der Nichtjude Hans Unwirsch, der das Gute, Friedvolle, Ehrliche verkörpert. Sein Gegner war der Jude Moses Freudenstein, der nirgends zu Hause war und von seiner Gier nach Genuss, Erfolg und Macht getrieben ist. Die „Antisemitische Correspondenz“ lobte 1888 Raabes Roman, weil dieser darin „treffend [...] den jüdischen Kosmopolitismus und Egoismus im Gegensatz zur deutschen Vaterlands-Liebe und Aufopferung lange Jahre vor dem Auftauchen der Judenfrage und des Antisemitismus“ gezeichnet habe.²⁰⁰

Auch die sich als „christlich“ deklarierenden Judenfeinde nahmen schon zu dieser Zeit zunehmend rassistische Versatzstücke in ihre Tiraden auf. So erklärte etwa die „Germania“, die Judenfeindschaft sei der „Protest der germanischen Rasse gegen das Eindringen eines fremden Stammes“²⁰¹.

b) Schüren von Judenfeindlichkeit unter der Flagge des „Kulturkampfes“ ab 1871

Die sogenannte „Judenfrage“ spielte auch in den ersten Jahren nach 1871 zunächst in der Öffentlichkeit noch nicht die große politische Rolle, die sie dann in den Jahren ab 1878 und verstärkt dann nochmals mit den beginnenden 1890er Jahren bekam. Doch im Zusammenhang mit der 1871 hergestellten „Deutschen Einheit“, welche mit der Herstellung politischer Rechte für die – männliche – jüdische Bevölkerung verbunden war, formierten sich erneut die Judenfeinde. Der Sozialdemokrat Kurt Falk erklärt in seiner Broschüre „Antisemitismus und Sozialdemokratie“ 1892 zurückblickend:

„Kaum jedoch hatten die Juden Gleichberechtigung erlangt, so machte sich auch jene erbittert judenfeindliche Strömung bemerklich, die in Deutschland vom Jahre 1872 ab, in politischen Versammlungen, Vereinen, Broschüren, Flugschriften, Zeitungen und Witzblättern immer lauter und anspruchsvoller hervortrat.“²⁰²

Es entstand die sich „modern“ gebende Feindschaft gegen die jüdische Bevölkerung, die eng verknüpft war mit völkisch-deutschem Nationalismus und sich gegen das „jüdische Wesen“ richtete – und das war je nach Opportunität der Inbegriff von „Wucher“ und „Börse“ oder auch Umsturz und Sozialismus. Der deutsche Nationalismus als Ideologie der Klassenversöhnung und des nationalen Auftrumpfens nach außen feierte Urstand und benötigte eine Projektionsfläche, ein Gegenüber derjenigen, die nicht dazugehören sollten.

Zunächst erfolgte dies im Kontext des sogenannten „Kulturkampfes“. Worum ging es?

Im neu gegründeten „Deutschen Reich“ mit seinen 24 Bundestaaten (das annektierte Elsass-Lothringen kam noch dazu), von denen Preußen bei Weitem der größte Bundesstaat war, setzte Bismarcks Preußen auf einen scheinbaren Antiklerikalismus.²⁰³ Formal ging es teilweise darum, bestimmte feudale Rechte der Kirchen (etwa Zivilstandsregister, Zivilehe usw.) an den Staat zu geben, wodurch die Kirchen Macht und Einkünfte verloren. Zu diesem Zweck erließ Bismarck von 1872 bis 1875 eine Reihe von Gesetzen, die sich gegen den katholischen Klerus mit dem Vatikan als Machtzentrum sowie gegen die politische Hauptstütze des Katholizismus, die Zentrumspartei, richteten. Rund 1.800 katholische Pfarrer wurden verhaftet oder ausgewiesen, Kirchengrundbesitz wurde beschlagnahmt.

Die katholische Zentrumspartei stellte den sogenannten „Kulturkampf“ demagogisch als Krieg des Judentums gegen das Christentum und der Verstärkung des jüdischen Einflusses dar. Die „Kölnische Volkszeitung“ tonte, wie Martin Philippon berichtete, dass „das Deutsche Reich leider ganz verjudet“ sei. Ähnlich hetzten, wie Philippon weiter berichtet, zahlreiche Regionalblätter wie die „Deutsche Reichszeitung“ aus Bonn oder das „Fränkische Volksblatt“ aus Würzburg. Vor allem wurde aber die katholische „Germania“, die der Zentrumspartei nahestand, zum Einpeitscher gegen alles vermeintlich Jüdische.²⁰⁴

In dieser Atmosphäre erlebte der religiöse Judenhass eine Renaissance. Ein prominenter Vertreter des katholischen Anti-Talmudismus war der Professor für Exegese des Alten und Neuen Testaments an der Akademie in Münster, August Rohling (1839–1931), mit seiner

Schrift „Der Talmudjude“ von 1871.²⁰⁵ Die Schrift enthielt aus dem Zusammenhang gerissene Talmud-Zitate und stützte sich im Wesentlichen auf das Werk des Judenfeindes Eisenmenger „Entdecktes Judentum“ von 1711, das 1893 sogar neu aufgelegt werden sollte. Die Schrift sollte den scheinbaren Beweis liefern, dass das jüdische Schrifttum Meineid, Diebstahl, Vergewaltigung und Mord an Nichtjuden fordere.²⁰⁶

Rabbiner Kroner sowie Jakob Emanuel Fränkel widerlegten Rohlings „Talmudjuden“.²⁰⁷ Der Wiener Rabbiner Joseph Samuel Bloch, der eine umfangreiche Literatur zur Widerlegung und Entlarvung der Judenfeinde verfasst hatte, machte auf die große Verbreitung der jüdenfeindlichen Schrift Rohlings aufmerksam, von der zum Beispiel Zehntausende Exemplare durch den katholischen Bonifatius-Verein gratis verteilt wurden.²⁰⁸

In Paderborn publizierte 1876 der katholische Theologe und Professor Josef Rebbert (1837–1897) für den Bonifatius-Verein das antijüdische Hetzblatt „Nicht Judenhatz, aber Christenschutz“. Es wurde im Rheinland und Westfalen massenhaft verbreitet²⁰⁹ und übertraf, so die „Allgemeine Zeitung des Judentums“, „in seinen Invektiven gegen den Talmud und die Juden alles bisherige Maß“.²¹⁰

Es ist ausreichend belegt, dass dieser Anti-Talmudismus über aufkommende Massenmedien wie Zeitungsberichte, Volkskalender, Flugschriften weite Verbreitung fand und es sich keinesfalls um einen Streit einer Handvoll Theologen handelte.²¹¹

Da sich auch der protestantische Klerus durch die Bismarck'schen Gesetze (etwa durch die Einführung der Zivilehe) in seinem Einfluss geschmälert sah, war „das Judentum“ bei den Protestanten aktuell verstärkt als Feind ausgemacht. In der Berliner „Kreuzzeitung“, dem Sprachrohr der preußischen Konservativen und des preußischen Protestantismus, wurden Bismarck und sein Finanzberater Bleichröder, der jüdischer Herkunft war, und dessen „von und für Juden betriebene Politik und Gesetzgebung“ angegriffen.²¹² Bleichröder beherrschte angeblich die deutsche Wirtschaftspolitik, die drei jüdischen Abgeordneten (Lasker, Bamberger und Oppenheim) den deutschen Reichstag und überhaupt sei deutsche Politik heutzutage „Judenpolitik.“²¹³ Mit „den Juden“ als angebliche Strippenzieher in Politik und Wirtschaft

des „Deutschen Reiches“ war somit die Grundlage einer jüdenfeindlichen Verschwörungstheorie gelegt.

In diesem Sinne machte auch der evangelische Publizist Konstantin Frantz (1817–1891) mit antijüdischen Schriften von sich reden. Bezeichnend sind schon Titel wie „Die Religion des Nationalliberalismus“ (1872) und „Der Nationalliberalismus und die Judenherrschaft“ (1874). Liberalismus war für ihn „Sache der Juden und Judenknechte“.²¹⁴ Frantz, zeitweilig Beamter des Preußischen Ministeriums des Auswärtigen, propagierte christlichen Monarchismus, Ständestaat und Christentum als Grundlage des Staates. Vehement lehnte er ab, dass „für den Rechtsstaat weder Juden noch Christen, sondern bloß Staatsbürger existieren“.²¹⁵

c) Verstärktes Schüren von Judenfeindschaft ab der Wirtschaftskrise 1873

Deutschland erlebte 1873 eine schwere Wirtschaftskrise („Gründerkrach“), die das Ende des zweijährigen stürmischen industriellen Wirtschaftsaufschwungs der sogenannten „Gründerjahre“ einleitete.* Der Ruf nach „Vater Staat“ wurde laut, der die Handwerker (Schneider, Schuhmacher, etc.) und Kleinhändler vor der billigeren industriellen Produktion und vor Warenhäusern und Konsumvereinen schützen sollte. Sie betrachteten sich als die „Abgehängten“ der industriellen Modernisierung. Der neben Beamten und Angestellten neue „Mittelstand“ sah seinen Traum von der Selbstständigkeit ruiniert. Landwirtschaft und Industrie sollten „vor ausländischer Konkurrenz“ geschützt werden. Seit 1876 herrschte auf dem Land eine Agrarkrise, die Anfang der 90er Jahre ihren Höhepunkt erreichen sollte. Durch den Ausbau moderner Transportwege (Eisenbahnnetz und Dampfschiffverkehr) wurde der massenhafte Import von Getreide aus Russland und Übersee möglich und die Preise für landwirtschaftliche Produkte in Deutschland fielen.

* „Gründer“ wurden die Kapitalisten genannt, die vor allem auch mithilfe der von Frankreich ausgepressten Milliarden-Kontributionen an Preußen nach dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 emporgekommen waren.

Reaktionäre Demagogen, Pfaffen und Politiker machten nach altem Sündenbock-Schema „die Juden“ für die Wirtschaftskrise verantwortlich. Reihenweise traten judenfeindliche Publizisten auf den Plan, die ihre Judenhetze weniger religiös verkleideten, sondern ökonomisch („Wucher“) und sozial („schuld am Elend“) und dabei völkisch-rassistisch („jüdisches Wesen“ „jüdische Race“) argumentierten.

Eine ganze Armada auch angesehener und als glaubwürdig geltender Institutionen, Publizisten, Literaten, Professoren blies in das gleiche judenfeindliche Horn.

Rudolf Meyer (1839–1899) war ein Judenfeind und gegen Bismarck eingestellt. In seinem Buch „Politische Gründer und die Korruption in Deutschland“ von 1877 klagte er die Korruption im Deutschland der Gründerzeit nach 1871 an. Er stellte Bismarck als „von den Juden gekauft“ dar: „und der Kanzler – gehört den Juden“.²¹⁶

Der Journalist und Schriftsteller Otto Glagau (1834–1892) veröffentlichte ab Dezember 1874 in der „Gartenlaube“, der damals auflagenstärksten und einflussreichsten „illustrierten Familienzeitschrift“,²¹⁷ ein ganzes Jahr lang eine dreizehnteilige Artikelserie zur damaligen Wirtschaftskrise und zu den Finanzskandalen, für die er „die Juden“ verantwortlich machte. Die „Gartenlaube“ hatte im Jahr 1875 382.000 Abonnenten.²¹⁸ Das Judentum kenne „nur den Handel, und auch davon nur noch den Schacher und Wucher“.²¹⁹ Börsenkrach und „Manchestertum“ präsentierte er in zahlreichen Artikeln als Instrumente jüdischer Verschwörung, die der wirtschaftlichen Ausplünderung des „deutschen Volkes“ dienten. 90 Prozent der Gründer, so Glagau, seien Juden gewesen.²²⁰ 1876 veröffentlichte er die Artikelserie als Buch unter dem Titel „Der Börsen- und Gründungsschwindel in Berlin“. Dieses begann mit dem Satz: „Die soziale Frage ist wesentlich Gründer- und Judenfrage, alles übrige ist Schwindel.“²²¹ Glagau malt ein Bild, dass „die Juden“, die er rassistisch als „degenerierte Race“ bezeichnet, über „die Deutschen“ herrschen und ihnen „die Luft zum Atmen“ nehmen würden. „Die Juden“, hetzt Glagau, seien eine „Rasse“, die weltweit mit „Wucher und Schacher“ agiert und dadurch die Erde beherrscht.²²² Das war eine gewisse Zusammenfassung judenfeindlicher Denkfiguren. Glagau war als reaktionärer Stichwortgeber und

medialer Multiplikator von beträchtlichem Einfluss für die zunehmende judenfeindliche Bewegung.

Die bereits genannten judenfeindlichen Blätter „Germania“ (der katholischen Zentrumspartei nahestehend) und „Kreuzzeitung“ (der Konservativen Partei nahestehend) folgten mit der Judenhetze dem Beispiel des Erfolgs der „Gartenlaube“.

1875 erschienen in der „Kreuzzeitung“ die sogenannten „Ära-Artikel“ des Hauptmanns a. D. Franz Perrot. Bleichröder sei der „spiritus familiaris“ Bismarcks und „regierender Bankier“, der selbstverständlich Jude sei. Durch Politiker wie Lasker oder Bamberger der Nationalliberalen würden die „Mitbürger semitischer Rasse“ die Gesetzgebung beherrschen usw. usf.²²³

In einer Artikelserie, die von August bis Dezember 1875 erschien, stellte die „Germania“ antijüdische Äußerungen sogenannter „großer Deutscher“ – Goethe, Herder, Kant, Fichte und anderer – zusammen, in denen der angeblich zu hohe Anteil von Jüdinnen und Juden an höheren Schulen beklagt wurde. In Geschäften jüdischer Besitzer sollte nicht eingekauft werden. Die jüdische Bevölkerung wurde als Verursacher der Armut und des „Gründerkrachs“ 1873 dargestellt. Diese Zusammenstellung war die Steilvorlage für den „Antisemiten-Katechismus“, den einige Jahre später der Judenfeind Theodor Fritsch aufgreifen sollte. Die „Germania“ legte außerdem etwa Bismarcks berühmte „Judenrede“ (aus der wir schon zitiert haben) im Landtag von 1847 wieder auf.²²⁴

Neben der „Germania“ war die katholische „Schlesische Volkszeitung“ eines der führenden Zentrumsblätter und avancierte zum Einpeitscher antijüdischer Hetze. Diese Zeitung lag in jedem Breslauer Lokal aus, aber auch in kleinen Ortschaften wurde sie ausgelegt, im Schulhaus oder im Wohnort des Pfaffen. Das Anwachsen der organisierten Bewegung der Arbeiterinnen und Arbeiter in den oberschlesischen Industriegebieten sollte gegen „die Juden“ gelenkt werden. Aufgerufen wurde zum Boykott jüdischer Geschäfte. Im Juli 1878 veröffentlichte die „Schlesische Volkszeitung“ eine auch als Flugblatt veröffentlichte Artikelserie, die sich dafür aussprach, die Errungenschaften der Emanzipation der Jüdinnen und Juden zurückzudrehen.²²⁵

In „Der jüdische Referendarius“, in Tausenden Exemplaren unter nichtjüdischen Justizbeamten in Umlauf gebracht, wurde gefordert, Jüdinnen und Juden aus der Richterlaufbahn zu verdrängen.²²⁶ Rassistisch wurde etwa gegen „jüdische Referendare mit schmutzigen Händen und orientalischem Gesicht“ gehetzt und wurden antijüdische Gesetze verlangt.²²⁷

Die nun auch immer stärker werdende rassistische Hetze gegen das Judentum, gegen Jüdinnen und Juden durchdrang zunehmend alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Es ging nicht nur darum, die Er rungenschaften der Judenemanzipation rückgängig zu machen, Jüdinnen und Juden wieder unter „Fremdenrecht“ zu stellen, sie staatlich und gesellschaftlich auszugrenzen und zu drangsalieren. Die Judenfeindschaft sollte angesichts zu erwartender Proteste und Kämpfe vor allem auch die Arbeiterinnen und Arbeiter fest an die Herrschenden binden. Es zeigte sich, dass die herrschende Klasse immer systematischer die Karte der verschiedenen Varianten der Judenfeindlichkeit zog, um die proletarische Bewegung zu bekämpfen und reaktionäre Massenbewegungen zu initiieren, und dies gerade in der Situation nach dem Verbot und der Unterdrückung der sozialdemokratischen Partei ab 1878.

d) Mobilisierung für die „Antisemiten-Petition“ von 1880

Der Gymnasiallehrer Bernhard Förster, ein Schwager Friedrich Nietzsches, der Gymnasiallehrer Ernst Henrici, der Physikprofessor Friedrich Zöllner und Oberstleutnant Max Liebermann von Sonnenberg, der im gleichen Jahr mit Förster 1881 den Deutschen Volksverein gründete, waren Judenfeinde, die zeitgleich mit dem von Treitschke initiierten sogenannten Berliner Antisemitismusstreit schon im Sommer 1880 die berühmte Bewegung für die sogenannte „Antisemiten-Petition“ organisiert hatten. Diese Petition forderte unter anderem den Ausschluss der Juden von öffentlichen Ämtern, vor allem vom Richteramt, den Ausschluss jüdischer Lehrer von Volksschulen, die Verhinderung jüdischer Einwanderung sowie die Wiederaufnahme einer jüdischen Bevölkerungsstatistik (sogenannte „Judenstatistik“).²²⁸

Rund 100.000 Flugschriften wurden zur Unterschriftswerbung gedruckt. Die Petition war in aller Munde. Auf Initiative der die Judenfeindschaft in Frage stellenden Fortschrittspartei fand im November 1880 im Preußischen Abgeordnetenhaus eine Aussprache über den Text der Petition statt. Die protestantische „Deutschkonservative Partei“ und das katholische Zentrum unterstützten weitgehend den judenfeindlichen Inhalt der Petition.

Im April 1881 wurde die „Antisemiten-Petition“ mit 269.000 Unterschriften an Bismarck übergeben (wahlberechtigt waren 10 Mio. Wähler). Die meisten Unterschriften kamen aus dem nördlichen und östlichen Preußen, allein in Berlin waren es 30.000.²²⁹ In Bayern gab es 9.000, in Baden und Württemberg 7.000 Unterzeichner.²³⁰

e) Judenfeindliche Hetze an den Universitäten ab 1880

Für die Verbreitung der Judenfeindschaft unter Studierenden, Akademikern und Beamten im Wissenschafts- und Staatsapparat spielte die Judenhetze an den Universitäten eine wichtige Rolle.*

Ein spezielles „Komitee zur Verbreitung der Antisemiten-Petition unter der Studentenschaft“, also der sogenannten „Antisemiten-Petition“ von 1880, wurde im Oktober 1880 in Leipzig ins Leben gerufen. Dieses wurde von dem Studenten Paul Dulon angeführt. Es beschränkte sich nicht auf Leipzig, sondern verschickte Rundschreiben, um für die „Antisemiten-Petition“ bzw. die Bildung von Komitees in anderen Städten zu werben.

Eine wichtige Rolle zur Verbreitung und Verankerung der Judenfeindschaft, gerade auch im Hochschulbereich, spielte der bekannte Professor Heinrich von Treitschke (1834–1896), auf dessen Rolle an anderer Stelle ausführlich eingegangen wird. Dulon traf sich im Okto-

* „Der Antisemitismus“, so stellte der Verein zur Abwehr des Antisemitismus 1892 fest, „empfängt seine Hauptnahrung keineswegs aus den Kreisen der breiten Massen des Volkes. Unter den Arbeitern z. B. findet derselbe verhältnismäßig wenig Förderer, viel mehr in den sogenannten ‚gebildeten‘ Gesellschaftsklassen. Man erkundige sich nur, wie es in dieser Beziehung an einigen unserer Universitäten steht.“ (Verein zur Abwehr des Antisemitismus (Hrsg.): Antisemiten-Spiegel, Danzig 1892, S. 4).

ber 1880 mit Treitschke, um zu besprechen, wie die „Antisemiten-Petition“ Försters, Liebermann von Sonnenbergs und Henricis angepasst werden müsse, um Zustimmung von der Studentenschaft zu erhalten. In dem Begleitschreiben zur Petition, das sich direkt an die Studentenschaft richtete, ließ Dulon das Gespräch mit Treitschke einfließen und erklärte, dass man sich gegen alle Kritik durch den Rat „eines unsrer Herrn Professoren in Berlin“ bestärkt fühle, der in „in seiner Eigenschaft als akademischer Lehrer, Staatsmann und Volksvertreter sicher in dieser Frage Autorität besitzt wie kein Zweiter“.²³¹ Petition und Begleitschreiben wurden noch im Oktober 1880 in Hunderttausenden Flugschriften an deutschen Universitäten verteilt.

Auf separaten Listen wurden ca. 4.000 Unterschriften von Studenten zusammengetragen, was bei 21.000 Studierenden ungefähr 19 Prozent der gesamten Studentenschaft umfasste. Von Berlins insgesamt 3.600 Studenten unterschrieben 1.700 die Petition, also ungefähr jeder Zweite.²³²

Der aus dem „Komitee zur Verbreitung der Antisemiten-Petition unter der Studentenschaft“ hervorgegangene Berliner „Verein Deutscher Studenten“ (VDSt) organisierte am 17. Juni 1881 in Leipzig eine Versammlung mit Stoecker als Redner, an dem über 1.000 Studierende teilnahmen. Auf dem anschließenden Kommers sprach Stoecker dann zur „Judenfrage“.²³³

Am 18. Januar 1886 veranstaltete der VDSt in Berlin einen Festkommers. Als Redner trat neben Stoecker auch Treitschke auf, der zur aktuellen Reichtagsdebatte um die Massenausweisung sogenannter „polnischer Überläufer“ Stellung nahm. Der deutsche Reichstag, so hetzte der deutschtümeln- den judenfeindliche Professor Treitschke, habe sich in einen „polnischen Reichstag“ verwandelt.²³⁴

Judenfeindschaft war nicht nur beim VDSt, sondern war in allen bürgerlichen Studentenorganisationen Gang und Gäbe, vor allem auch bei den zahlreichen entstehenden Burschenschaften. Die akademischen und studentischen Vereine schlossen jüdische Kommilitoninnen und Kommilitonen mehr und mehr aus oder nahmen sie überhaupt nicht erst auf.

Gerhard Krause wies 1890 in seiner Arbeit über die judenfeindliche Bewegung in Deutschland darauf hin, dass die akademische Jugend, zudem auch noch mit oppositioneller Attitude, ohne jedes echte Risiko für die eigene Karriere im Staatsdienst „Radau“ machen konnte.*

Darüber hinaus war es ganz im Sinne des Loswerdens lästiger Konkurrenz, wenn etwa in Universitäten Sachsens, zum Beispiel in Leipzig, kein Jude als wissenschaftlicher Angestellter eingestellt wurde. Die Universitäten waren überfüllt und die schwierige Situation auf dem Arbeitsmarkt tat ein Übriges. Die Ausgrenzung jüdischer oder auch weiblicher Studierender mit reaktionären judenfeindlichen und frauenfeindlichen „Argumenten“ fiel somit auch aus diesem Grund auf großen Zuspruch.

Jedenfalls hat sich in kaum einem anderen gesellschaftlichen Bereich die Ausgrenzung von Jüdinnen und Juden so tief manifestiert wie bei der organisierten Studentenschaft. Ganze akademische Generationen wurden in ihrer Studienzeit judenfeindlich verhetzt. Als Lehrer, Ärzte, Richter, Wissenschaftler, Offiziere, Pfaffen trugen sie ihr reaktionäres Gedankengut in die Gesellschaft.²³⁵

f) Judenfeindliche Hetze im Reichstag

Im Folgenden soll anhand von Beispielen aus der Zeit von 1891 bis 1893 aufgezeigt werden, wie die Judenfeinde ihre Auftritte im Reichstag für die Verbreitung ihrer judenfeindlichen Hetze nutzten.²³⁶ Der Kampf der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten dagegen, die Stärken, aber auch Schwächen und Fehler ihrer dort gegen Judenfeinde und Judenfeindschaft vorgetragenen Positionen wird in einem eigenen Abschnitt in III dieses Bandes behandelt.

* „Die ‚gesittete‘ Jugend, welche die Hochschulen bevölkert, schenkt dem Antisemitismus ihren trampelnden und schreienden Beifall; er hat ja etwas ‚Revolutionäres‘ an sich, das dem jugendlichen Naturell besser behagt, und zugleich etwas Ungefährliches, dem sie unbesorgt folgen kann, ohne Schaden an ihrer späteren Einstellung im Staatsdienst zu nehmen.“ (Krause, Gerhard: Zur Naturgeschichte der antisemitischen Bewegung in Deutschland, Berlin 1890, S. 29).

Judenfeindliche Hetze in der Verhandlung des Reichstags am 30. April 1891

In dieser Reichstagssitzung tat sich besonders der Judenfeind Liebermann von Sonnenberg mit seiner Hetze über die angebliche Identität von Wucher und Juden hervor.

Er begann mit einer Unmenge von Einzelbeispielen aus der Praxis der Judenfeinde auf dem Land und den Kleinstädten zu berichten, wer dort angeblich alles als Jude und Wucherer tätig sei, hier neun Leute, da viele Leute usw. und sofort. In Trier sei es etwa die nackte Wahrheit „dass der Begriff Wucherer und Jude sich dort deckt“. Aber durch sein Auftreten dagegen sähen nun „den armen Wucherjuden in der Trierer Landen in furchtbarer Weise ihren Erwerb“ geschmälert, sodass sie schon anfangen würden „auszuwandern. (Heiterkeit) Ich empfehle sie der Obhut des Judenschutzvereins.“ (Ebenda, S. 2647)

Liebermann von Sonnenberg geht nun eine Reihe von Berichten aus den verschiedenen Teilen des Landes durch und erklärt auch die Methode der Berichterstatte, die zwar hier und da den Begriff „Jude“ vermeiden, aber dann die angeblichen oder wirklichen Wucherer dadurch als Juden kennzeichneten, indem sie sich über ihren jüdischen Dialekt – angeblich nur berichtend – lustig machen. So lässt der Berichterstatte aus Thüringen die Wucherer, so Liebermann von Sonnenberg, „mauscheln“. Oder aber er lässt sie

„Gott, der Gerechte‘ sagen, gebraucht jüdische Satzstellung; kurz und gut, wer zu lesen versteht, sieht auch aus diesem Bericht, dass Jude und Wucherer meist identisch sind.“ (S. 2647)

Der Berichterstatte aus Württemberg brachte, wie zitiert wird, seine Hetze zusammenfassend wie folgt vor:

„Der Jäger ist der Jude, die Treiber sind die Judenschaft, das Wild ist der Bauer.“ (Ebenda, S. 2648)

Dieser judenfeindliche Hetzer im Reichstag schlug vom Rednerpult des Reichstags faktisch auch die Deportation der jüdischen Bevölkerung vor, zumal „unsere australischen Kolonien sich besonders gut als Judenkolonien eignen würden.“ (Ebenda, S. 2649)

Und ganz offen erklärte er, dass die die jüdische Bevölkerung wie ein „Krebsschaden“ beseitigt werden müsse:

„Schneiden Sie den Krebsschaden aus unserem Volksleibe, sonst stirbt unser Volk an der Blutvergiftung!“ (Ebenda, S. 2650)

Zum Abschluss seiner Rede bat er den Präsidenten, als eine Art Warnung einen Ausspruch von Dr. Martin Luther vorlesen zu dürfen, der da lautet:

„Dazu sitzen die Fürsten und Obrigkeit, schnarchen und haben das Maul offen, lassen die Juden aus ihrem offenen Beutel und Kasten nehmen, stehlen und rauben, was sie wollen, das ist, sie lassen sich selbst und ihre Untertanen durch den Juden Wucher schinden und aussaugen, und mit ihrem eigenen Gelde sich zu Bettlern machen. (Bravo! Rechts.)“ (Ebenda, S. 2650)

Bemerkenswert ist, dass der bürgerliche Abgeordnete Rickert, der zuvor noch von Liebermann von Sonnenberg „als Kommandeur der jüdischen Schutztruppe“ (ebenda, S. 2650) bezeichnet worden war, den Hetzern gegen Juden als „Wucherer“ deutlich entgegen trat. Er stellte zunächst fest, dass mit solchen Leuten „eine sachliche Diskussion unmöglich“ ist und weist es als Märchen zurück, „als ob die Moral der Juden gewissermaßen den Wucher mit sich brächte ...“ (Ebenda, S. 2652) Rickert belegt dies mit zwei Hinweisen:

Zum einen führt er die geschichtliche Tatsache an, dass etwa Kaiser Karl V. feststellte, dass die Juden in viel höherem Maße zu Abgabe und Steuern herangezogen wurden und deswegen einen höheren Zinssatz nehmen durften. (Brief von Karl V. vom 3. April 1541, ebenda, S. 2652) Der Mechanismus war damit klargestellt: Juden erheben, sofern sie Geldverleiher waren, höhere Zinsen, der Kaiser nimmt ihnen diese Einkünfte durch höhere Steuern wieder ab. (Ebenda, S. 2652).

Zum anderen verweist Rickert darauf, dass es absurd sei, jüdische Eigenschaften zu konstruieren, die angeblich wucherisch seien, und bezieht sich auf das Beispiel Spanien, aus dem die jüdische Bevölkerung vertrieben wurde und wo das wucherische Geldverleihgeschäft vollständig in christlicher Hand ist. (Ebenda, S. 2653)

Die durchaus emotional vorgetragene und engagierte Rede Rickerts gegen die Judenfeinde endet mit folgendem Statement:

„Es wird die Zeit kommen, wo in jedem Dorfe auch der kleinste Bauer wissen wird, um was es sich handelt, mit welchen Waffen von den Antisemiten gekämpft wird, und wo er mit Abscheu die Hetze rein gegen unsere jüdischen Mitbürger zurückweisen wird.“ (Ebenda, S. 2653)

Klar ist, dass die Rede von einem liberal-humanistischen Standpunkt aus gehalten wurde und auch die Terminologie „jüdische Mitbürger“ kann kritisiert werden. Insgesamt wird jedoch deutlich, dass es zu dieser Zeit auch bürgerliche Abgeordnete gab, die sich recht energisch den Judenfeinden entgegenstellten.

Judenfeindliche Hetze in der Verhandlung des Reichstags am 28. April 1893

Am 27. April 1893 kam es zu einer Beratung über eine Ergänzung der Bestimmung über den Wucher, die dann am 28. April 1893 fortgesetzt wurde.

In der Sitzung am 27. April 1893 pöbelt der Abgeordnete Liebermann von Sonnenberg den sozialdemokratischen Abgeordneten Stadthagen wegen seiner jüdischen Herkunft an:

„Ist er denn ein solcher Fremdling in Israel und in der Geschichte seines Volkes, dass er nicht weiß, dass dieser Vorwurf seit uralter Zeit durch eine lange Reihe von Jahrhunderten immer wieder gegen seine Stammesgenossen erhoben wird? Das scheint mir doch den Beweis zu liefern, dass etwas dran sein muss.“ (Stenografischer Bericht über die Verhandlungen des Reichstages in der VIII. Legislaturperiode, Dritter Band, Berlin 1893, S. 2042)

In diesem Stil ging es weiter mit rhetorischen Fragen an Stadthagen:

„Aber ich muss den Herrn Abgeordneten Stadthagen zum zweiten Mal fragen: sind Sie Fremdling Israel, und wissen Sie nichts davon, wie ihr Volk emanzipiert worden ist und wie ihr Volk zu den deutschen Familiennamen gekommen ist?“ (Ebenda, S. 2043)

Juden hätten angeblich deutsche Familiennamen geklaut, aber dadurch würden Namen wie sein eigener keinesfalls jüdisch werden. Seine Vorfahren hätten Auszeichnungen vor dem Feind erhalten und das sei ja „im allgemeinen auch nicht jüdisch. Sie werden mir also gestatten müssen, dass ich meinen Namen vor der Insinuation in Schutz nehme, dass er jüdisch sei.“ (Ebenda, S. 2043)

Nach der Wiedergabe zweier judenfeindlicher Passagen des Historikers Mommsen fasst Liebermann von Sonnenberg diese wie folgt zusammen:

„Der Jude umhüllt sich mit der fremden Nationalität, soweit es ihm passt, und schmiegt sich an die fremde Volkseigentümlichkeit, soweit es im gut scheint.“ (Ebenda S. 2043)

Auf welchem abwegigen Niveau die Debatte im Reichstag von judenfeindlicher Seite etwa gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten Stadthagen geführt wurde, zeigt die Schlussbemerkung Liebermann von Sonnenbergs:

„Ich will auf die sonstigen Unterscheidungszeichen zwischen Juden und anderen Völkern nicht eingehen, sondern Herrn Stadthagen nur sagen: wenn er diese Unterschiede genau kennenlernen will, dann mag er in ein römisches Bad gehen und sich vor den Spiegel stellen!“ (Ebenda, S. 2043)

Judenfeindliche Hetze in der Verhandlung des Reichtags am 30. November 1893

In einer Debatte, in dem es eigentlich um den Haushalt ging, ergriffen Judenfeinde wie der Abgeordnete Oswald Zimmermann das Wort, um ihre Hetzparolen gegen die „Verjudung“ der Wirtschaft zu verbreiten.

Der judenfeindliche Abgeordnete Zimmermann hielt dabei eine Lobrede auf den Antisemitismus als angeblicher „Kulturbewegung“:

„Meine Herren, was ist denn der Antisemitismus eigentlich? Er ist eine Kulturbewegung, die heute durch alle Nationen der ganzen Welt zittert, durch alle zivilisierten Staaten. Der Antisemitismus ist der berechtigte Ausdruck eines berechtigten nationalen

Gefühls. Der Antisemitismus ist der Ausdruck davon, dass mitten unter uns Leute sind, die in sittlicher, geistiger und nationaler Hinsicht mit uns nicht eine Art sind, die deshalb eine hohe Gefahr für den Eigensinn für den einzelnen wie für die Gesamtheit bedeuten, und die deshalb entsprechend dem nationalen Staat eingeschränkt werden müssen.“ (Ebenda, S. 178)

In dieser Selbstdarstellung ist die Verknüpfung von Judenfeindschaft, Nationalismus und Rassismus („nicht eine Art“) recht deutlich.

Der Abgeordnete Zimmermann, Vertreter der deutschen Reformpartei, berief sich dann weiter auf die ‚großen Geister‘ Deutschlands, auf Arthur Schopenhauer, Immanuel Kant und Richard Wagner. Dann kam er auf das Judentum zu sprechen „das wir gutmütig in unserer Mitte aufgenommen haben, ohne zu prüfen, ob es dessen voll und ganz wert ist“ (Ebenda, S. 179). Dem folgte sogleich die Warnung: „wir steuern auf den reinen Judenstaat zu.“ (Ebenda, S. 179). Von überraschender Unlogik ist auch seine Zurückweisung des Vorwurfes, dass er und seinesgleichen Judenhetze betreiben würden:

„Es ist eine verwerfliche Behauptung, dass wir den einzelnen Juden angreifen und verfolgen, gegen den einzelnen Juden hetzen. Was wir bekämpfen, ist die üble Gesamterscheinung der Verjudung in unserem Wirtschaftsleben.“ (Ebenda, S. 179)

g) Schaffung einer umfassenden antijüdischen Atmosphäre bis 1893

Um das in Deutschland im Ergebnis der Entwicklung bis 1893 erreichte Ausmaß und die Fülle der Formen der judenfeindlichen Verhetzung zu erfassen, ist es nötig, hier über das bisher Gesagte hinaus noch drei weitere Aspekte herauszustellen.

■ Erstens die Fülle der medialen Verbreitungswege und Verbreitungsformen der Judenfeindschaft.

Durch die Industrialisierung des Drucks stiegen die Möglichkeiten massenhaft verbreiteter Judenhetze. Nicht nur in Form von Flugschriften, Zeitungen und Zeitschriften wurde Judenhetze betrieben, auch in Postkarten, Karikaturen, Kalendermotiven oder Gesellschaftsspielen

wurde Judenhass in den Köpfen derjenigen verankert, die nicht bzw. noch nicht lesen konnten.

Zunächst zu nennen sind hier als regionale und überregionale judenfeindliche Parteipresse die Dresdner „Deutsche Reform“ (1879–1887), das Kasseler „Reichsgeldmonopol“ (1882–1892), der Marburger „Reichs-Herold“ (1887–1894), die Dresdner „Deutsche Wacht“ (1887–1906), die „Deutsch-Sozialen Blätter“ (1890–1914), die aus der „Antisemitischen Correspondenz“ hervorging, sowie die Offenbacher „Deutsche Volkswacht“ (1894–1901).²³⁷

Spezielle judenfeindliche Publikationen wie „Die Wahrheit“, „Der Kulturkämpfer“ oder „Die Wucherpille“ wurden zum massenhaft verbreiteten publizistischen Medium der sich formierenden judenfeindlichen Bewegung.

„Die Wahrheit“ erschien von 1880 bis 1885 in Berlin. Ihre publizistischen Aktivitäten wurden durch regionale Publikationen wie etwa „Die Wucherpille“ ergänzt. Letztere erschien seit 1882 in Mainz. Sie enthielt monatlich eine illustrierte Beilage namens „Der Jux“, die „auf vier kleinformatigen Seiten vorwiegend Bildsatiren und Witze veröffentlichte“. Neben kurzen belletristischen Texten und Kurzmeldungen mit eher regionalem Bezug erschienen „Berichte über antijüdische Versammlungen, über Gerichtsverfahren gegen Juden“ und gegen Judenfeinde.²³⁸ In der „Wucherpille“ erschienen Artikel wie „Juden als Sklavenhändler“, „Einfluss des Judentums auf das Handwerk“, „Ausbeutung der christlichen Arbeiter durch die Juden“.²³⁹ Die „Wucherpille“ richtete sich vor allem an die nach 1870 zunehmend in Berufsverbänden organisierten Handwerker und Bauern, aber auch an „christliche Arbeiter“ und hetzte gegen jüdischen Wucher und „die Manchestermänner“.

Von 1880 bis 1888 erschien „Der Kulturkämpfer“, der von dem Judenfeind Otto Glagau herausgegeben wurde. Seine früher hauptsächlich wirtschaftlich motivierte Judenfeindschaft entwickelte er darin mehr und mehr zu einer völkischen Ideologie mit rassistischen Versatzstücken.

Die theoretisch-publizistische Auseinandersetzung über die sogenannte „Judenfrage“ (insbesondere der sogenannte „Berliner Antisemitismusstreit“) wurde von den Judenfeinden und ihren Gegnern in dem seit 1871 zunehmend populärer gewordenen Medium der „Flugschrift“ ausgetragen.

Eine Analyse der zwischen 1871 und 1890 erschienenen ca. 430 Flugschriften zum Thema ergab, dass die Mehrzahl einen Umfang von weniger als 40 Seiten, ein Großteil von weniger als 16 Seiten hatte.²⁴⁰ Flugschriften konnten schnell, im Bedarfsfall sogar innerhalb einiger weniger Tage veröffentlicht werden. Der Inhalt musste von keinem Herausgeber oder Redakteur gegengelesen werden. Zeitschriften und Zeitungen waren zu dieser Zeit ausschließlich im Abonnement zu erhalten. Somit bot die Publikation als gesonderte Flugschrift die Möglichkeit, einen breiteren Kreis von Leserinnen und Lesern zu erreichen. Ein nicht geringer Anteil der Flugschriften wurde zuerst in einem anderen Medium veröffentlicht, fast die Hälfte in einer Zeitschrift oder Zeitung. Meist erschienen die Flugschriften in nur einer Auflage, doch in den meisten Fällen ist unklar, wie hoch die einzelnen Auflagen tatsächlich waren. Denn klar ist, dass die Judenfeinde auch gerne mit hohen Auflagen prahlten. So erklärte Stoecker, seine Rede „Unsere Forderungen an das moderne Judentum“ sei in einer Auflage von 14.000 Exemplaren erschienen.²⁴¹ Treitschkes „Ein Wort über unser Judentum“ erschien in erster Auflage mit 2.000 Stück und hatte insgesamt mindestens vier Auflagen.²⁴²

Zur Wirkung der judenfeindlichen Hetze trugen in den meisten dieser Medien die darin enthaltenen antijüdischen Karikaturen bei.* Die judenfeindlichen Karikaturen konstruieren eine angebliche jüdische Identität mit negativen Zuschreibungen, mit judenfeindlichen und rassistischen Stereotypen wie etwa „der jüdische Kapitalist“ mit dickem Bauch, wirrem Haar, dicken Lippen, Hakennase und Zylinder, Frack

* Häufig dokumentieren rassistische Darstellungen von Afrikanerinnen und Afrikanern in Text und Bild dabei zugleich die Präsenz des kolonialen Rassismus. (Siehe Schleicher, Regina: Antisemitismus in der Karikatur: Zur Bildpublizistik in der französischen Dritten Republik und im deutschen Kaiserreich (1871–1914), Frankfurt 2009, S. 67)

und Zwicker. „Der hässliche Jude“ – krummbeinig, gedrunken, Backenbart und Hakennase –, manchmal noch durch Melone und Frack als Bourgeois gekennzeichnet, ist eine häufig transportierte Darstellung zur Erniedrigung und Entmenschlichung der Juden. Häufig kommt noch eine sexistische Komponente hinzu, wenn die weibliche „Germania“ von einem jüdisch gezeichneten Mann bedrängt wird. In der Opferposition der Germania konnten sich diejenigen wiederfinden, die sich als Opfer „jüdischer Ausbeutung“ sahen.

Für die Verbreitung des Stereotyps vom körperlich hässlichen Juden hat in diesem Zeitraum – und darüber hinaus – der deutsche Zeichner und Dichter Wilhelm Busch (1832–1908) sicher einen großen negativen Beitrag geleistet. Seine Bücher gehörten zu den am meisten verbreiteten in allen Bevölkerungsschichten.^{*} Busch war möglicherweise kein expliziter Judenhasser, Judenhass war nicht das zentrale Thema seiner Gedichte. Aber er teilte und verfestigte die antijüdischen Vorurteile seiner nichtjüdischen Mitbürger.

Neben der Produktion von Broschüren und Zeitungen öffnete sich zunächst zur Weihnachtszeit auch ein Markt für judenfeindliche Spielkarten, Medaillen oder Gesellschaftsspiele, wie etwa „Itzigs Fahrten“. Zu den unter anderem in der „Wucherpille“ angepriesenen Produkten unter der Parole „Kauft nur bei Christen“ zählte auch der „antisemitische Volkskalender Kehraus“.²⁴³ Neben einem Informationsteil, der aus Monatskalendern und praktischen Hinweisen für die Landwirtschaft bestand, wurden nach dem Modell von Bauernweisheiten judenfeindliche Sprüche transportiert. Sprichwörter, die zum Boykott jüdischer Geschäfte aufriefen, standen neben judenfeindlichen Horoskopen und Erzählungen.

^{*} Aus „Die fromme Helene“ von 1872: „Und der Jude mit krummer Ferse / Krummer Nas und krummer Hos’ / Schlängelt sich zur hohen Börse / Tief verderbt und seelenlos“. / In „Plisch und Plum“ von 1882 heißt es: „Kurz die Hose, lang der Rock / Krumm die Nase und der Stock, / Augen schwarz und Seele grau, / Hut nach hinten, Miene schlau – / So ist Schmulchen Schiefelbeiner. / (Schöner ist doch unsereiner!)“

■ **Zweitens der Trick mit Statistiken, um mit falschen Kategorien und Fragestellungen judenfeindliche Hetze zu betreiben**

Schon ab den 1860er Jahren waren insbesondere von Preußen Statistische Jahrbücher zusammengestellt worden. Alle möglichen Bereiche des sozialen Lebens wurden unter anderem entsprechend der Religion in vier Kategorien gelistet (evangelische, katholische, andere Christen und Juden). Die neu entstandenen modernen statistischen Methoden wurden etwa angewendet, um aufzulisten, in welchen Städten Deutschlands mehr als 2.000 jüdische Einwohnerinnen und Einwohner lebten.

Vonseiten der Judenfeinde war Treitschke einer der ersten, der seiner Judenhetze durch das Jonglieren mit Statistiken einen wissenschaftlichen Anstrich geben wollte; die Verwendung von Statistiken wurde zum beliebten Mittel der Judenfeinde. Es war in der Tat alles andere als einfach für die Gegner der Judenfeinde, die ausgelegten Fallstricke bei der Zurückweisung dieser pseudowissenschaftlich verbrämten Lügen zu umgehen.

■ **Drittens die Allgegenwärtigkeit der judenfeindlichen Hetze und Bedrohungen von früh bis spät und von Kindesbeinen an**

An öffentlichen Orten, in Restaurants, Eisenbahnabteilen, Badeanstalten oder Geschäften vermeintlich jüdischer Besitzer wurden judenfeindliche Stempelaufdrucke oder Zettel angebracht. Judenfeindliche Ansichtskarten oder Skat-Spiele wurden vertrieben. Fingierte Eisenbahnfahrtscheine mit dem Aufdruck „Freifahrkarte nach Jerusalem hin und nicht mehr zurück“ wurden in Umlauf gebracht. Judenfeindliche Flugschriften wurden öffentlich in den Straßen ausgerufen. In Anschlägen auf Litfaßsäulen wurden Jüdinnen und Juden geschmäht. Ganz modern waren antijüdische Motive auf Schmuck an Uhrketten.²⁴⁴

Bereits im Kindergarten – egal ob protestantisch oder katholisch – wurden Kinder antijüdisch erzogen. In Hattlers Kinderlesebuch „Katholischer Kindergarten“²⁴⁵ etwa, das bestimmt war für Kinder unter

zehn Jahren, wurden blutrünstige Ritualmordlegenden an „Christenkindern“ geschildert.*

In den Schulen sahen sich demokratische Kräfte und insbesondere die jüdischen Gemeinden immer wieder gezwungen, dagegen vorzugehen, dass judenhetzerische Lehrerinnen und Lehrer Schülerinnen und Schüler mit Judenhass indoktrinierten. In Schulbüchereien und Klassenbibliotheken befanden sich verdeckt oder offen judenfeindliche Schriften. 1891 wurde bekannt, dass ein Lehrer im Kreis Kassel den Text eines judenhetzerischen Bilderbogens, in dem Juden als „Viehwucherer“ dargestellt wurden, im Unterricht verwendete und auswendig lernen ließ.²⁴⁶

Jüdische Schülerinnen und Schüler waren dabei nicht nur der Ausgrenzung und Schmähung durch judenfeindliche Lehrerinnen und Lehrer ausgesetzt, sondern auch seitens ihrer nichtjüdischen Mitschüler. Die Bandbreite reichte von Aus-dem-Weg-Gehen über Schmährufe („Itzig“) und Hetzlieder bis zu offenen gewalttätigen Angriffen.

Judenhetzer brachten in Schulen und anderswo zum Beispiel auch antijüdische Münzen in Umlauf. So berichtet Paulus Cassel 1881: „In Berlin haben die Antisemiten eine Münze schlagen lassen, die auf der einen Seite die Namen ‚Stoecker, Förster, Henrici‘ und auf der Kehrseite das ‚Hepp, Hepp‘ trägt. Erst in den letzten Tagen sind in einem hiesigen Gymnasium in Obertertia und Secunda eine Anzahl solcher in den Händen der Schüler gefunden und konfisziert worden.“²⁴⁷

Es ist Fakt, dass Schmähungen und Hetze gegen Jüdinnen und Juden in Publikationen und Karikaturen von Polizei und Staatsanwaltschaft geduldet, ja im Grunde geschützt wurden – darum geht es im folgenden Kapitel über die staatliche Judenfeindschaft noch genauer.

Die Dauerpräsenz der „Judenfrage“ in den bürgerlichen Medien, die Mobilisierungserfolge der „Antisemiten-Petition“, der Einzug explizit judenfeindlicher Parteien in die Parlamente, das Ausbleiben jeglicher

* Das Lesebuch erschien 1911 bereits in der siebten Auflage. Die ersten vier Auflagen umfassten 13.000 Exemplare. Übersetzungen ins Englische, Französische, Italienische und Ungarische wurden angefertigt. (Siehe: Lehr, Stefan: Antisemitismus – religiöse Motive im sozialen Vorurteil. Aus der Frühgeschichte des Antisemitismus in Deutschland 1870–1914, München 1974, S. 176 ff.).

juristischer Konsequenzen, ja gar Lob und Bewunderung von prominenter Seite, alles das ermutigte die Judenfeinde immer weiter.

Zugleich waren seit 1879 öffentliche Versammlungen mit mehreren Hunderten bis Tausenden Teilnehmenden eines der wichtigsten Mittel der Judenfeinde im Kaiserreich, um judenfeindliche Hetze zu verbreiten und zu judenfeindlichen Aktionen zu mobilisieren.* Die „Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ berichteten im Februar 1893 nochmals über eine Zunahme derartiger judenfeindlicher Hetzveranstaltungen und damit verbunden über das Entstehen neuer judenfeindlicher Vereine.**

Nach und nach entwickelte sich eine Atmosphäre, in der keine der größeren Zeitungen und keine Provinzzeitung mehr gegen die zunehmende Flut antijüdischer Hetze ankämpfte. Nur noch selten wurden von sogenannten liberalen und demokratischen Parteien jüdische Kandidaten zu den Wahlen aufgestellt, man wollte sich dem Vorwurf nicht aussetzen, „Judengenossen“ zu sein.

Anfang 1893 erzwangen judenfeindliche Ahlwardt-Anhänger der „Antisemitischen Vereinigung“ in Berlin gar die Absetzung eines Theaterstücks, das Szenen über die „Verwerflichkeit des Antisemitismus“ enthielt.²⁴⁸

Martin Philippson beschrieb 1910 rückblickend diese judenfeindliche Gesamtatmosphäre:

„Kleine, giftige Witzblätter im Lande und in der Hauptstadt schürten den Judenhass an vielen Orten bis zum Wahnwitz. Die sonst so gesetzlich gesinnte Bevölkerung beging die schlimmsten

* Häufig verlangten die Judenfeinde Eintrittsgeld, nicht nur zur Kostendeckung, sondern vor allem, um Proteste und das Sprengen dieser judenfeindlichen Veranstaltungen durch Gegner der Judenfeinde zu verhindern. (Siehe Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus, 3. Jahrgang, Nr. 6, 12. Februar 1893, S. 1).

** „Die antisemitische Bewegung wird von den Führern und Agitatoren mit verstärktem Eifer gefördert. In Schlesien, in Hannover, in der Mark ... folgt Versammlung auf Versammlung, die Gründung eines antisemitischen Vereins nach dem anderen“. (Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus, 3. Jahrgang, Nr. 6, 12. Februar 1893, S. 1).

Ausschreitungen gegen die Juden. Besonders im linksrheinischen Hessen hetzten des kläglichen, später im Elende verkommenen Windeckers ‚Wucherpillen‘ die Landleute zu förmlichem Aufruhr zu tätlichen Misshandlungen der Juden; man deckte ihre Häuser ab, durchsägte ihre Fruchtbäume, verheerte ihre Weinberge und Saatfelder. Ähnliches kam in anderen Gegenden Deutschlands vor. In den kleineren Orten sahen die Israeliten gesellschaftlich, oft auch geschäftlich in Bann getan. Offiziere und Beamte trugen antisemitische Blätter offen zur Schau, die Studenten verhöhnten und verprügelten ihre jüdischen Kommilitonen [...]; in Turn- und Kriegervereinen, in Ressourcen- und Honoratiorengesellschaften ertönte der Ruf: ‚Juden raus‘. Wirts- und Gasthäuser suchten das antisemitische Publikum anzulocken, indem sie sich als ‚judenrein‘ auftraten. Manche Bäder und Sommerfrischen machten den Israeliten den Aufenthalt unmöglich.“²⁴⁹

Er schrieb weiter über den zunehmenden „wüsten Krieg gegen die Juden“:

„Dergleichen war seit den Hepp-Hepp-Krawallen siebzig Jahre früher nicht dagewesen. In der Weihnachtszeit 1892 wurden allerorten Zettel verteilt und Marken angeheftet ‚Kauft nicht bei Juden!‘. Die persönliche Verhöhnung und Misshandlung einzelner Juden durch antisemitische Raufbolde, unter denen sich oft sogenannte Gebildete befanden, war an der Tagesordnung. Ebenso die Ausschließung von Israeliten aus geselligen und sportlichen Vereinen, ja von öffentlichen und privaten Anstellungen. Viele Badeorte, besonders an der Ost- und Nordsee, wiesen den Besuch jüdischer Gäste geradezu zurück [...] Jüdische Leichenbegräbnisse wurden verspottet, jüdische Friedhöfe von Bubenhand geschändet. Jüdische Häuser wurden mit Unflat beschmutzt, schmutzige Postkarten – natürlich anonym – an Juden abgesandt. Die Schaufenster vieler Buchhandlungen und Papierläden strotzten vor Karikaturen und Schmähschriften gegen die Juden.“²⁵⁰

Ähnlich wird im sozialdemokratischen Zentralorgan „Vorwärts“ (Nr. 145 vom 24. Juni 1892) berichtet, in der Friedrichstraße müsse man Spießrutenlaufen durch Ausrufer, die „unflätige und grotesk-ekelhafte“ Photographien und Broschüren anbieten, „jede Broschüre und jedes Bild eine unflätige, ekelhafte Beschimpfung der Juden“.²⁵¹

3. Staatliche Judenfeindschaft

Und der Staat? Nachfolgend soll gezeigt werden, dass der Staat auf seine Weise einen wesentlichen Anteil an jüdenfeindlichen Handlungen hatte, indem er diese selbst anordnete und durchführte. Neben der zeitweiligen Zurücknahme der Emanzipation, der faktischen staatlichen Diskriminierung und dem jüdenfeindlichen Verhalten der Justiz waren es vor allem staatliche Massenausweisungen sogenannter „Ostjuden“, die als jüdenfeindliche Maßnahme für die jüdische Bevölkerung die weitgehendsten und schlimmsten Auswirkungen hatten. Sie sollen daher besonders hervorgehoben werden.

a) Rollback durch staatliche Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung nach der Niederlage der Revolution von 1848

Nach der Niederlage der Revolution von 1848 gab es auf staatlicher Seite kaum einen Einzelstaat, in dem nicht Fürsten oder Minister die vollständige oder teilweise Rücknahme der 1848 erstrittenen Emanzipationsgesetzgebung forderten. Während etwa in Sachsen die Gesetze der Judenemanzipation von 1848 erhalten blieben, wurden Jüdinnen und Juden in Württemberg ihrer Rechte wieder beraubt, die sie erst 1861 wiedererlangten. Auch in Hannover wurden Jüdinnen und Juden ihre Staatsbürgerrechte wieder aberkannt. Im Kurfürstentum Hessen verloren Jüdinnen und Juden erneut ihre Rechte. In Mecklenburg-Schwerin wurde die Gesetzgebung vor 1848 wiederhergestellt.²⁵²

In Preußen ermöglichte das berüchtigte „Dreiklassenwahlrecht“ („oktroiiertes Wahlgesetz“) vom 30. Mai 1849 die Umarbeitung der preußischen sogenannten „oktroiierten Verfassung“ vom Dezember 1848. Es sollte wieder ein „christlicher Staat“ in der Verfassung verankert werden. Die revidierte preußische Verfassung vom 31. Januar 1850 enthielt neben dem Artikel 12 („Der Genuss der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig von dem religiösen Bekenntnisse“) nun auch den Artikel 14 („Die christliche Religion wird bei denjenigen Einrichtungen des Staats, welche mit der Religionsausübung in Zusammenhang stehen, unbeschadet der im Art. 12 gewährleisteten Religionsfreiheit, zugrunde gelegt.“).²⁵³

Ab 1851 mehrten sich die Ministerialerlasse, die besagten, dass „den Bekennern der jüdischen Religion“ zwar nicht verboten werden könne, sich die „Qualifikation zu Staatsämtern jeder Art zu erwerben“, dass aber die Erlangung dieser Qualifikation noch „kein Recht auf Verleihung eines bestimmten Staatsamts begründet“.²⁵⁴

Im August 1851 schließlich hob der Frankfurter Bundestag die beschlossenen Grundrechte wieder auf. Die Auswirkungen auf die einzelnen deutschen Länder waren unterschiedlich.

Die preußischen Behörden ließen jüdische Bewerber – jüdische Bewerberinnen waren sowieso nicht zugelassen – zu den meisten akademischen Berufen und Ämtern nicht zu. Erst ab 1858 waren jüdische Rechtsanwälte zugelassen. Erst 1860 wurde mit Gabriel Riesser ein deutscher Jude erstmals zum Richter an einem Obergericht ernannt. Noch 1871 waren von 4.100 Richtern im preußischen Staatsdienst nur 9 Juden.²⁵⁵ Juden könnten keine Richter sein, so ein Justizminister 1871, weil sie den Parteien vor Gericht den christlichen Eid nicht abnehmen könnten. Ähnlich ein Kulturminister 1871, der Jüdinnen und Juden nicht als Lehrer an Volksschulen und Gymnasien zulassen wollte, da dies dem „christlich-konfessionellen Charakter der Staatsschule“²⁵⁶ zuwiderlaufe. Jüdische Akademiker wurden an Hochschulen nur spärlich und wenn überhaupt, dann als Privatdozenten zugelassen. Jüdische Professoren gab es fast keine. Auf einen Lehrstuhl für deutsche Sprache und Literatur oder klassische Altertumswissenschaft wurde nie ein jüdischer Professor berufen.²⁵⁷

Die 1860er Jahre galten als relativ „liberale Ära“. Schritt für Schritt wurden Beschränkungen für Jüdinnen und Juden in den Einzelstaaten teilweise aufgehoben, gegen die die jüdischen Gemeinden in den Jahren davor den Kampf aufgenommen hatten.

1859 wurden in Preußen drei jüdische Abgeordnete in den Landtag gewählt. Ludwig Philippson organisierte einen Kampf um Emanzipation mithilfe von Petitionen.

1859 gingen 226 Petitionen von jüdischen Gemeinden im Preussischen Landtag ein, die alle die Verwirklichung der rechtlichen Gleichstellung forderten.²⁵⁸

In Bayern kämpften die jüdischen Gemeinden ab 1859 mit Petitionen und Protestschriften für die Aufhebung judenfeindlicher Gesetzgebung. Sie konnten einen Sieg davontragen und im November 1861 wurden diese judenfeindlichen Gesetze aufgehoben, was jedoch noch nicht die rechtliche Gleichstellung bedeutete.²⁵⁹

In Baden wurde 1862 das „Gesetz über die bürgerliche Gleichstellung der Juden“ unterzeichnet. Es folgte 1864 Württemberg, wo die Jüdischen Gemeinden ebenfalls einen jahrelangen Kampf geführt hatten²⁶⁰, und Frankfurt, wo die Rechtsstellung der Jüdinnen und Juden verbessert wurde.

Im Hintergrund stand, dass Kanzler Bismarck²⁶¹ für die Forcierung der Einheit der deutschen Staaten auf die Zusammenarbeit mit den sogenannten Liberalen angewiesen war und deshalb bereit war, diesen in bestimmten Fragen, unter anderem auch bei der Emanzipation der jüdischen Bevölkerung, entgegenzukommen. Im November 1867 nahm das Abgeordnetenhaus des Norddeutschen Bundes eine Resolution an, in der die Diskriminierung aus religiösen Gründen verurteilt wurde. Das Gesetz vom 3. Juli 1869 legte die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der männlichen jüdischen Bevölkerung im Norddeutschen Bund fest.²⁶² Es hieß in diesem Gesetz: „Alle noch bestehenden, aus der Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses hergeleiteten Beschränkungen der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte werden hierdurch aufgehoben.“²⁶³ Am 16. April 1871 wurde das Gesetz in die Verfassung des Deutschen Reiches übernommen und galt damit für das neu gegründete „Deutsche Reich“ insgesamt.

b) Staatliche Ausgrenzungen und Unterdrückung der jüdischen Bevölkerung auch nach 1871

Faktisch unterliefen Preußen und die meisten anderen 24 Bundesstaaten die formale Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung und schlossen weiterhin Jüdinnen und Juden von bestimmten Positionen im Staat aus.

1879 war Robert von Puttkamer zum Kultusminister ernannt worden (ab 1881 Innenminister). Er wollte wieder konfessionelle Schulen errichten, rechtfertigte Judenfeindschaft in Schulbüchern, verweigerte

die Anstellung jüdischer Gymnasiallehrer und brachte das im öffentlichen Diskurs eher seltener gewordene Schlagwort vom „christlichen Staat“ wieder in Umlauf.

Der Zugang zu Positionen in Wissenschaft, Behörden und Politik wurde jüdischen Bewerberinnen und Bewerbern auf vielerlei Art vergrault oder verwehrt. Bei der Ernennung von Richtern und Staatsanwälten wurden jüdische Bewerber übergangen und ausgegrenzt. So verfügte Anfang 1890 der Präsident des Oberlandesgerichts von Breslau, dass es zu vermeiden sei, Juden zu Geschworenen zu bestimmen.²⁶⁴ Die Formulierung war dabei geschickt gewählt. Es hieß im Erlass, im Interesse der Justizverwaltung sei darauf zu achten:

„selbstverständlich ohne grundsätzliche Ausschließung der Israeliten, ungeeignete jüdische Elemente von dem Hineingelangen in die Geschworenen-Vorschlagsliste auszuschließen.“²⁶⁵

Im Mai 1891 verfügte der Präsident des Oberlandesgerichts der Provinz Schlesien, dass jüdische Bewerber „nicht die Entschlossenheit und Festigkeit“ bei der Ausübung des Geschworenenamtes gezeigt hätten; „ungeeignete“ Juden (Frauen waren sowieso nicht zugelassen) seien deshalb als Geschworene auszuschließen.²⁶⁶ Ministerämter oder der diplomatische Dienst waren in der Regel unerreichbar. Jüdischen Geistlichen wurden nicht dieselben Rechte wie protestantischen oder katholischen Geistlichen bei der Ableistung des Kriegsdienstes eingeräumt.²⁶⁷

Obwohl viele Juden als Einjährig-Freiwillige Kriegsdienst absolvierten, wurde ihnen in Preußen eine Offizierslaufbahn verwehrt. Bis zum Ersten Weltkrieg blieb das preußische Offizierskorps „judenfrei“. Die „prestigeträchtige“ Ernennung zum Reserveoffizier wurde ihnen verweigert.

Jüdische Studierende, so stellte die „Allgemeine Zeitung des Judentums“ 1892 fest, belegten häufig die Fächer Jura und Medizin. Das Militär, die Post sowie die Beamtenlaufbahn überhaupt waren jüdischen Studierenden verwehrt.

„Aber wer da weiß, welche Schwierigkeiten ein jüdischer Kandidat zu überwinden hat, ehe er eine Gymnasiallehrerstelle oder eine Anstellung im Ingenieur-, Techniker-, Berg- und Hüttenfach

erlangen kann, der wird dem Mut der jungen Leute seine Bewunderung nicht versagen, die sich trotzdem diesen Studien zuwenden.“²⁶⁸

Nichtdeutsche jüdische Studenten konnten jederzeit ausgewiesen werden. So berichtete die „Allgemeine Zeitung des Judentums“ im Januar 1890, dass mehrere ausländische jüdische Studenten an der Technischen Hochschule Berlin ausgewiesen worden waren.²⁶⁹

Von der Universitätslaufbahn waren jüdische Akademiker zwar nicht offiziell ausgeschlossen, wurden aber fast nie zum Ordinarius berufen. Zu Verwaltung, Staatsanwaltschaft und leitenden Stellungen in der Justiz hatten jüdische Bewerber in Preußen keinen Zutritt. An Volksschulen fanden jüdische Lehrer nur selten eine Anstellung. Jüdische Junglehrer mussten eine dreijährige Militärzeit absolvieren, nichtjüdische Junglehrer nur eine verkürzte einjährige Militärzeit.²⁷⁰ Jüdische Rechtsanwälte mussten bei Gesuchen um Erteilung eines Notariats jahrelange Verzögerungen in Kauf nehmen. Den Bereich XY „judenfrei“ zu machen, war eine Forderung, mit der die Judenfeinde mobilisierten.²⁷¹ Die Reichsregierung bzw. auch die Bundesstaaten setzten Forderungen der Judenfeinde um, ja die Judenfeinde waren vielfach selbst Teil des Staatsapparats – eine deutliche Parallele zu den Nazis im Staatsapparat heute.

So geht aus dem Beamten-Erlass des Hessischen Staatsministers Finger vom 20. Oktober 1892 hervor, dass „eine größere Anzahl von Beamten, insbesondere der mittleren und unteren Dienstklassen, sich durch Wort und Schrift, durch Mitgliedschaft an Vereinen und Besuchen von Versammlungen an den sogenannten antisemitischen Bestrebungen beteiligten“. Vor der Reichstagswahl 1893 wurde bekannt, dass Eisenbahnbeamte, Streckenarbeiter sowie Postbeamte bei Marburg für die judenfeindlichen Kräfte um Böckel Wahlwerbung machten.²⁷²

c) Duldung und Förderung der Judenfeinde durch die Justiz – Beispiele 1882 und 1891/92

Die Judenfeindschaft staatlicher Organe zeigte sich auch in der Duldung und Inschutznahme von Judenhetze. In den meisten Fällen wur-

den Judenhetzer freigesprochen. Wenn es überhaupt zu Verurteilungen von Judenhetzern kam, waren die Strafen lächerlich gering und die Judenfeinde konnten dies als Ermunterung für weitere judenfeindliche Verbrechen auffassen. Hier nur einige Beispiele:

– Als die Jüdische Gemeinde Kassel sich im Oktober 1882 bei der Polizeidirektion wegen des Aushangs des judenhetzerischen „Mauschel-Lieds“* in einem Kasseler Geschäft und des Vertriebs des Liedes im Straßenverkauf beschwerte, hieß es von der Polizeibehörde, es gebe keinen Beleg dafür, dass das Lied zu „Gewalttätigkeiten anreize“.²⁷³

– In Görlitz wurden 1891 zwei Judenhetzer freigesprochen, die im September 1891 wegen Verbreitung judenfeindlicher Flugblätter angeklagt worden waren. Der Staatsanwalt hatte Freispruch gefordert.²⁷⁴

– In Ulm wurde der Redakteur der „Ulmer Schnellpost“ freigesprochen, der im Oktober 1892 wegen Beleidigung der jüdischen Religionsgemeinschaft angeklagt worden war.²⁷⁵

Auch bekannte Judenhetzer wie Theodor Fritsch²⁷⁶ oder Hermann Ahlwardt wurden von den Gerichten in Schutz genommen. Falls es doch einmal zur Verurteilung kam, wurde „die allgemein herrschende (antisemitische) Gesinnung“ als mildernder Umstand akzeptiert.²⁷⁷ Insbesondere kam es zu Freisprüchen mit dem Konstrukt, die Hetze richte sich „gegen die Juden als Rasse und nicht als Religion“.

Die Milde, die Richter und Staatsanwälte gegen judenfeindliche Schmähungen und Hetze an den Tag legten, so Martin Philippson, war genau das Gegenteil der „Strenge bei Majestätsbeleidigungen und sozialistischen Meinungsäußerungen“²⁷⁸ – auch dies eine unverkennbare Parallele zu heute.

* Der Text des ekelhaften und zu Mord aufrufenden „Mauschel-Liedes“ lautet: „Von allen Jüden, die ich meine / Stinkt jeder auf 6 Schritt / Als wie 3 Schw..., / Denk ich an diese stink'ge Bande / Kocht's in mir, wird sauer's Bier / Schmeißt sie naus. / Ja diese vielen Jüden / Die werden wir nicht los, / und wenn wir auch mit Knüppeln, / Darauf prügeln Klein und Groß; / Nicht lange wird's mehr dauern / Wird Baruch Kaiser sein, ...“ (Separatabdruck aus Nr. 22 des „Geldmonopols“. Zitiert in: Pötzsch, Hansjörg: Antisemitismus in der Region – Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914, Wiesbaden 2000, S. 285 f.)

d) Staatliche Massenausweisungen von sogenannten „Ostjuden“ 1884–1886

Schon einige Jahre vor den großen Massenausweisungen Mitte der 1880er Jahre wurde 1871 in den 4 Ostprovinzen (Schlesien, Ostpreußen, Westpreußen und Posen) das Aufenthaltsrecht sogenannter „russischer Polen“ erschwert. Eine besondere Erlaubnis des Oberpräsidenten sollte nun dafür erforderlich sein.²⁷⁹ Nicht zuletzt der reaktionäre Professor Treitschke hatte bereits 1879 das Stichwort gegeben mit seiner verächtlichmachenden Bemerkung über die „hosenverkaufenden Jüngelchen“ aus Osteuropa, die angeblich in Massen nach Deutschland einwandern.

Die „Osteinwanderung“ wurde zum Top-Thema hochstilisiert. Die Rede war von sogenannten „polnischen Überläufern“* (ein aus der Zeit des Wiener Kongresses 1815 stammender Begriff). Bei einer Sitzung des Staatsministeriums vom 22. Mai 1881 forderte Bismarck, der von einem „Bevölkerungszuwachs von unerwünschten Elementen“ sprach, Gegenmaßnahmen gegen die jüdische Einwanderung. Innenminister Puttkamer sprach von einer „wahren Landplage“.²⁸⁰

Auch in der Presse wurde gehetzt. So heißt es etwa in der „Kreuzzeitung“, die Einwanderung von Jüdinnen und Juden vollziehe sich „sprungweise“. Sie blieben nicht lange im Grenzgebiet, sondern zögen gleich weiter, um „unsere großen Städte Berlin, Leipzig, Frankfurt/Main usw. mit ihrer liebenswerten Anwesenheit zu erfüllen“.²⁸¹

In den sogenannten „Ostprovinzen“, die Preußen von Polen Ende des 18. Jahrhunderts annektiert hatte, war die Judenfeindschaft virulent.**

* Beim Begriff „polnische Überläufer“ handelt es sich um einen Begriff, der Polen und Juden russischer Staatsangehörigkeit umfasste, die entweder von der zaristischen Armee desertiert sind oder als Teilnehmer des polnischen Aufstands 1863 nach Preußen geflohen waren. Nach 1871 kam es in Oberschlesien zur vermehrten Einwanderung von Polen, auch polnischen Juden, die in den oberschlesischen Bergwerken und Industriegebieten Arbeit suchten. Zunehmend ab 1881 flohen Jüdinnen und Juden aus Polen und Russland vor dortigen Pogromen. Judenfeinde stellten das Attentat auf Zar Alexander III. als „Verbrechen der Juden dar“. (Siehe Neubach, Helmut: Die Ausweisungen von Polen und Juden aus Preußen 1885/86, Wiesbaden 1967, S. 1 f.)

** Der Schriftsteller Ernst Toller wurde 1893 in Samotschin (Posen) geboren. In seiner Autobiographie „Eine Jugend in Deutschland“ schildert er, wie Judenfeindschaft und

Die verstärkte Hetze zeigte Wirkung. Die Einwohner von Lautenburg, einer Kleinstadt an der russischen Grenze, schrieben 1874 in einer „Bittschrift“ an Bismarck:

„Wir müssen Soldat werden [...]Wochen, ja Jahre von Weib und Kindern fortbleiben, wogegen diese Überläufer, die hier ohne Papiere herüberkommen, zu Hause liegen und uns auslachen.“²⁸²

Das in der „Bittschrift“ beklagte Lohndumping wird nicht den Kapitalisten zum Vorwurf gemacht, sondern den geflohenen Einwanderern zur Last gelegt, die „die Preise der Arbeiten heruntersetzen“. Schließlich wurde von Bismarck gefordert, dass die Einbürgerung abgelehnt und die sogenannten „polnischen Überläufer“ ausgewiesen werden.

Am 28. Mai 1881 ordnete Innenminister Puttkamer an, dass die Oberpräsidenten der „Ostprovinzen“ russische oder polnische Einwanderer nur noch in Ausnahmefällen dulden sollten.²⁸³ Wer keine gültigen Papiere besaß oder sich als „lästig“ erwiesen hatte, sollte abgeschoben werden.²⁸⁴ Als Begründung diente das 1842 in Preußen eingeführte (und in Deutschland bis in die 90er Jahre des 20. Jahrhunderts geltende) Blutrecht („ius sanguinis“). Die Ausgewiesenen konnten die preußische oder deutsche Staatsbürgerschaft nicht erhalten, sondern waren unter Sonderrecht stehende Ausländer. Mit über 677 Abschiebungen von Oktober 1883 bis Oktober 1884 übertraf zunächst die Stadt Berlin alle vier „Ostprovinzen“ zusammen, die im gleichen Zeitraum 662 Abschiebungen vermeldeten.²⁸⁵ Im September 1884 wurde der Zuzug von Rabbinern und Synagogenbeamten von Puttkamer beschränkt. Kurz darauf erließ er eine Anweisung, dass jüdische Einwanderer aus „Russisch Polen und aus Galizien“ grundsätzlich nicht eingebürgert werden sollten.²⁸⁶

Polenhass verankert waren: „Ich bin erst am ersten Dezember 1893 geboren. Suche ich nach Kindheits Erinnerungen, werden mir diese Episoden bewusst: ... Auf der Straße schreien die Kinder: ‚Jude, hep, hep!‘ Ich habe es früher nie gehört. Nur Stanislaus schreit es nicht. Ich frage Stanislaus, warum die anderen so schreien? ‚Die Juden haben in Konitz einen Christenjungen geschlachtet und das Blut in die Mazzen gebacken‘ [...]. Lehrer Senger geht über den Marktplatz. Ein Junge läuft hinter ihm her und singt: ‚Jiddchen, Jiddchen, schillemachei, Reißt dem Juden sein Rock entzwei, Der Rock ist zerrissen, der Jud hat geschissen‘. Lehrer Senger geht, ohne sich umzudrehen, weiter.“ (Toller, Ernst: Eine Jugend in Deutschland, Erstausgabe 1933, Hamburg 1963, S. 11 f.)

Im Juli 1885 wurden die Ausweisungsbestimmungen auch auf österreichische Staatsbürger ausgeweitet.²⁸⁷ Im Fahrwasser der Ausweisungen aus Berlin und den „Ostprovinzen“ zogen weitere deutsche Großstädte nach (etwa Potsdam, Frankfurt und Leipzig).²⁸⁸

Von den insgesamt 32.000 Ausgewiesenen waren ein Drittel Jüdinnen und Juden.²⁸⁹ Aus einigen ostdeutschen Großstädten wurde fast die ganze jüdische Gemeinde ausgewiesen: Aus Breslau 75 Prozent, aus Königsberg und Danzig 100 Prozent.²⁹⁰

Bis Herbst 1886 zogen sich die Massenabschiebungen hin, in geringerem Umfang wurden sie noch bis in die 1890er Jahre fortgeführt. Im April 1892 beschreibt die „Kölnische Zeitung“ diese Praxis:

„Jeder aus Österreich von Oświęcim [Auschwitz] hier eintreffende Zug wird polizeilich nach Auswanderern durchsucht. Bekennen sie sich als jüdisch, so wird ihnen die Weiterfahrt nicht gestattet und sie werden im nächsten Zug nach Oświęcim zurückbefördert.“²⁹¹

In der fortschrittlichen Presse wurden die Ausweisungen als jüdenfeindliche Maßnahme gebrandmarkt und es wurde vor Illusionen in Bismarck gewarnt:

„In den Ausweisungen haben wir [...] die ersten greifbaren Erfolge der unheilvollen Antisemitenpetition zu verzeichnen. Das Frohlocken darüber, dass der Reichskanzler diese Petition nicht beantwortet hatte, war verfrüht, das Aktenstück ist nicht in den Papierkorb auf der Wilhelmstraße gelandet, sondern hat die regste Beachtung gefunden.“²⁹²

Protestversammlungen demokratischer Kräfte wurden vor allem in Großstädten organisiert, etwa in Frankfurt am Main, Fürth, Berlin und Posen. In Frankfurt sprach auf einer Veranstaltung des „Demokratischen Vereins“ am 8. Februar 1886 vor 500 Zuhörerinnen und Zuhörern unter anderem Leopold Sonnenmann, der Gründer der „Frankfurter Zeitung“.²⁹³

Aus Deutschland emigrierte sozialdemokratische Aktivistinnen und Aktivisten organisierten in Paris, London und der Schweiz Protestver-

anstaltungen. Besondere Aufmerksamkeit erreichte eine Protestveranstaltung am 15. Februar 1886 in Zürich, an der rund 500 Personen teilnahmen. Einer der Redner war Eduard Bernstein, der die Abschiebung der „50.000 bis jetzt Ausgewiesenen“²⁹⁴ anprangerte.

Polnische sozialistische Aktivistinnen und Aktivisten veröffentlichten den Aufruf „An das arbeitende Volk“, der im September 1885 in Genf in der Zeitschrift „Przedświt“ (Morgenröte) erschien. Der Aufruf wurde zum Jahreswechsel 1885/1886 in Berlin sowie in den „Ostprovinzen“ unter polnischen Arbeiterinnen und Arbeitern als Flugblatt verteilt. In Posen streuten Aktivistinnen und Aktivisten große Mengen des Aufrufs am 24. Dezember 1885 auf dem Domplatz und klebten ihn an Türen, Wände und Zäune.²⁹⁵ Es heißt darin:

„Zu dem Druck, der unausgesetzt auf der Klasse der Arbeitenden lastet, hat die Regierung Bismarcks heute eine neue Gewalttat hinzugefügt. Tausende Familien, die bisher im Schweiße ihres Angesichts für das notwendige Stück Brot gearbeitet haben, werden mit einem Male des Aufenthaltsrechts in dem Lande beraubt, in dem sie Arbeit und Lebensmöglichkeit gefunden haben [...]. Bismarck führt Krieg gegen wehrlose Einwohner; er vertreibt die Polen, weil sie nicht ‚Die Wacht am Rhein‘ singen können, die Juden deshalb, weil sie für liberale Abgeordnete ihre Stimme abgeben“.²⁹⁶

Auch nach 1886 wurden jüdische Einwanderer weiter abgeschoben, etwa unter dem Deckmantel des Kampfs gegen die Einschleppung von Krankheiten. So suchte der Münchener Deutsch-Soziale Verein beim bayerischen Innenministerium wegen „der Gefahr der Einschleppung der Cholera“ um „dauernde Absperrung der bayerischen Grenze gegen die russischen Juden, um Verbot der dauernden Niederlassung derselben in Bayern“²⁹⁷ nach.

Die Hetze gegen Einwanderung sogenannter „Ostjuden“ war damit keinesfalls erledigt und blieb eine Forderung aller reaktionären Parteien.* Seitens der Sozialdemokratie blieb diese Hetze nicht unwidersprochen.

* So schrieb die „Allgemeine Zeitung des Judentums“ Ende 1894: „Im Reichstag haben die Antisemiten unter anderem einen Initiativantrag ‚Verbot der Einwanderung

Im Reichstag erklärte August Bebel im Dezember, dass die Sozialdemokratie die von polnischen Reichstagsfraktion eingebrachten Großen Anfrage gegen die Massenabschiebungen unterstützen werde.²⁹⁸ Über sechs Wochen zog sich die Debatte dieser Anfrage im Reichstag hin. Im Verlauf der Debatte erklärte Wilhelm Liebknecht, daß die „Massenausweisung ein Akt der Barbarei ist, der im Namen der Kultur begangen wird“. ²⁹⁹ Paul Singer sprach das Schlußwort zu einem Antrag der Sozialdemokratie gegen die Massenabschiebungen. Er machte klar, dass mit den Massenabschiebungen „namenloses Elend und Unglück über viele Tausende friedlicher Menschen verhängt worden ist.“ Er erklärte weiter, dass es darum geht „alles mögliche aufzuwenden, um diesen unerträglichen... Zustand ein Ende zu bereiten.“³⁰⁰

ausländischer Juden‘ eingebracht.“ Der Inhalt dieses Antrags wird wie folgt wiedergegeben: „Die Antisemiten fordern das Verbot der Einwanderung von Juden, die nicht in Deutschland staatsangehörig sind, die Ausweisung der Juden, welche Ausländer sind und nicht vor dem 1. August 1893 ein selbständiges Gewerbe oder Geschäft in Deutschland betrieben haben, und ein Verbot der Gewährung der Staatsangehörigkeit in einem deutschen Bundesland an ausländische Juden.“ (Allgemeine Zeitung des Judentums, Nr. 50/1894, S. 590)

4. Entstehung und Entwicklung explizit jüdenfeindlicher Parteien, Organisationen und Medien

Vorbemerkung

In der nachfolgenden Darstellung der unterschiedlichen jüdenfeindlichen Parteien und Organisationen, die sich nun Antisemiten nannten, ist deutlich sichtbar, dass versucht wurde, an einzelne Elemente der Bewegung der proletarischen Klasse anzuknüpfen,

sich sozial zu geben, auch wenn die christliche und die rassistische Schiene oft noch mit unterschiedlichen Schwerpunkten, teils auch getrennt bedient wurden. Es gelang der Sozialdemokratie, neben den Querelen und persönlichen Angriffen der Antisemitenparteien untereinander, die auch eine Rolle spielten, dass diese jüdenfeindlichen Parteien und Organisationen weitgehend verschwanden und sich auflösten. Aber auf zwei Punkte soll besonders aufmerksam gemacht werden.

„In früheren Jahrhunderten hießen solche Leute ‚Judenfeinde‘, heute heißen die *Judenfeinde* wegen des anthropologischen Mäntelchens, dass sie sich umhängen, *Antisemiten*.“ (Popper-Lynkeus, Josef: Fürst Bismarck und der Antisemitismus, Wien 1886, S. 9)

1. Nachdem die Antisemitenparteien verschwunden oder bedeutungslos geworden waren, hatte sich die Judenfeindschaft nicht von selbst erledigt. Im Gegenteil: Das Programm der Judenfeindschaft wurde weitgehend von der konservativen Partei übernommen.

2. Das Publikationsimperium von Theodor Fritsch, das bis 1933 bestand, war von besonderer Wichtigkeit. Es hatte eine große Wirkung und stellte eine Kontinuität bis in die Zeit des Nazifaschismus dar.

Ein Novum dieser Zeit war also, dass Judenfeinde Ende der 1870er Jahre begannen, sich in eigenständigen politischen Parteien zu organisieren. Der Zeitpunkt für das Aufkommen, ja das Hochziehen dieser Parteien war kein Zufall, sondern stand eindeutig im Zusammenhang mit dem 1878 verhängten Verbot der sozialdemokratischen Partei („Sozialistengesetz“).

Bisher hatten sich einzelne Judenfeinde entweder bei den Konservativen organisiert oder hatten gar keine parteipolitischen Ambitionen. Das änderte sich nun. Als reaktionäres Angebot an verhetzte Werktätige und als Kampfgruppe gegen die Sozialdemokratie wurden politische Organisationen gebildet, die Judenfeindschaft in „moderner“ Form verbreiteten, die nur noch im Hintergrund religiös-mittelalterliche Versatzstücke einfließen ließen und sich vor allem mit wirtschaftlich-„antikapitalistischer“, deutsch-völkischer und rassistischer Phraselogie verkleideten.

Parteipolitische Organisation der Judenfeinde bedeutete, ein Netz lokaler Organisationen aufzubauen (je nach Parteizugehörigkeit hießen sie „Reformvereine“, „Deutsch-Soziale Vereine“ usw.), die vor Ort agierten, Mitglieder warben, Versammlungen organisierten, lokale Kundgebungen bekannter Judenhetzer als Redner organisierten, judenhetzerische Flugschriften und Broschüren verteilten, judenfeindliche Vereinsabende abhielten, judenfeindliche Jugendbünde gründeten usw., wie der Judenfeind Paul Förster erklärte.³⁰¹

Stoeckers „Christlich-Soziale Arbeiterpartei“, Marrs „Antisemiten-Liga“, Henricis „Soziale Reichspartei“, Försters „Deutscher Volksverein“, „Deutsche Antisemitische Vereinigung“, „Antisemitische Deutsch-Soziale Partei“, „Antisemitische Volkspartei“, „Deutsche Reformpartei“ – das waren die Namen der Parteien der Judenfeinde.

Untersuchungen über die Mitgliederstruktur der Antisemitenparteien zeigen, dass eine übergroße Mehrheit aus kleinbürgerlichen Schichten (Handwerker, Klein- und Mittelbauern, Kaufleute und andere „Selbstständige“, „Handlungsgehilfen“, Gastwirte aber auch Pfaffen, Beamte, Lehrer, Ärzte) rekrutiert wurde.³⁰²

Ab Mitte der 1880er wurden zunehmend judenfeindliche politische Organisationen erfolgreich, die häufig vom Land aus agierten und sich „volkstümlich“ gaben. Assimilierte oder nicht assimilierte Juden, getaufte oder ungetaufte Juden – all das interessierte nicht. Entscheidend war für sie die angebliche „Rassenzugehörigkeit“. Jüdinnen und Juden sollten unter Fremdenrecht gestellt werden und nur eingeschränkte Bürgerrechte erhalten. Sie griffen die Forderungen der Antisemiten-Petition auf – Ausschluss der Jüdinnen und Juden von Staatsämtern,

Wiedereinführung der statistischen Erfassung der Konfessionen, Verbot der Einwanderung von Jüdinnen und Juden aus Osteuropa – und ergänzten sie mit weiteren antijüdischen Forderungen („Anti-Wucher-Gesetzgebung“, Ausschluss von Juden vom Kriegsdienst, Schächtverbot usw.).

Das Gesamtbild der politischen Organisationen der Judenfeinde war ein verwirrendes Wechselspiel von Zusammenarbeit, Zusammenschluss, Abspaltung, Neugründung. Sie agierten teilweise koalierend, teilweise konkurrierend, sich gegenseitig unterstützend, dann wieder beschimpfend und bekriegend.

„Mancher meint“, so die Herausgeber des „Antisemiten-Spiegel“ von 1892, „dass die mitunter zu Tage getretene Spaltung unter den Antisemiten ihren Zerfall bedeute. Das bezweifeln wir. Eine ernsthaft geführte Gegenarbeit wird sie unschädlich machen, die Spaltung nicht.“³⁰³ Weiter heißt es über die verschiedenen Antisemitenparteien:

„Die drei Richtungen haben nur eine verschiedene Taktik, ihr Ziel ist dasselbe: Beseitigung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung unserer jüdischen Mitbürger.

Die erste und älteste der antisemitischen Gruppen ist die Christlich-Soziale, deren Hauptrepräsentant der Hofprediger Stoecker ist. Sie hängt mit den Konservativen zusammen. Die zweite nennt sich die ‚Deutsch-Soziale‘. Ihr gehört Dr. Förster, Dr. König, Abg. Liebermann von Sonnenberg, Dr. Hänschel und Fritsch-Leipzig an. Die dritte, die antisemitische Volkspartei, hat ihren Hauptsitz in Hessen. Ihr Führer ist Dr. Böckel. [...]

In der Agitation scheint die ‚Deutsch-Soziale Partei‘ die Stärkste zu sein. Ihr Hauptorgan ist die antisemitische Korrespondenz. Von ihr wird auch der ‚Antisemiten-Katechismus‘ herausgegeben und das ‚ABC der Antisemiten‘ (Auszug aus dem Ant.-Katechismus). Der Antisemiten-Katechismus erhielt schnell 20 Auflagen hintereinander. Im November 1888 wurde er konfisziert. [...] Die antisemitische Korrespondenz vom 27. Juli 1890 prahlte damit, dass von Leipzig aus täglich 3 bis 4000 (also jährlich gegen eine Million) Flugblätter und andere Schriften in die

Welt gehen und den Ideen der Antisemiten in aller Stille täglich neue Kreise erobern. [...]

Die Böckelsche Richtung ist ebenfalls nicht untätig. Dr. Böckel verlegt und redigiert in Marburg das Hauptorgan: ‚Den Reichs-Herold‘ und den ‚Kehrauskalender‘“.³⁰⁴

a) Stoeckers „Christlich-Soziale Arbeiterpartei“ von 1878: „Die Juden“ beherrschen Presse, Banken und Handel und beuten „die Arbeit“ aus

In Berlin gründete Anfang 1878 der protestantische Hofprediger Adolf Stoecker* die „Christlich-Soziale Arbeiterpartei“ (ab 1881: „Christlich-Soziale Partei“) und initiierte die judenfeindliche „Berliner Bewegung“. Es war das erklärte Ziel Stoeckers, der Sozialdemokratie Arbeiterinnen und Arbeiter abspenstig zu machen. Stoecker kritisierte das „Establishment“, war aber durch vielerlei Fäden und Kontakte mit den Herrschenden bis hin zu Bismarck verknüpft.

Nachdem die Gründungsversammlung in „Eiskeller“ in Berlin von sozialdemokratischen Kräften gesprengt worden war, erfolgte die Parteigründung im kleinen Kreis unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Der Schwerpunkt von Stoeckers Partei war Berlin. Außerhalb gab es lediglich in einigen wenigen Großstädten weitere Ortsvereine (u. a. Hamburg, Kassel, Dresden). Der Kasseler christlich-soziale „Volks-Verein“ etwa wurde 1884 wieder aufgelöst, nachdem sozialdemokratische Aktivistinnen und Aktivisten unter den Bedingungen des „Sozialistengesetzes“ die Zusammenkünfte des Vereins zu sozialdemokratischen Diskussionszirkeln umfunktioniert hatten.³⁰⁵

Zunächst erhielt Stoeckers Partei bei den Reichstagswahlen 1878 lediglich 1.422 Stimmen.³⁰⁶

Erst als er ab September 1879 die Judenfeindschaft in den Mittelpunkt seiner Hetze stellte, gewann die Partei nennenswert Anhänger.

* Adolf Stoecker (1835–1909) war Pfaffe. Nach der Annexion Elsass-Lothringens 1871 agierte er in Metz als Militärgeistlicher. Von 1874 bis 1890 war er Hof- und Domprediger des Kaisers. Von 1881 bis 1893 sowie von 1898 bis 1908 war er Abgeordneter des Reichstags.

Er benutzte demagogisch scheinbar soziale Themen und verband seine Judenhetze mit Forderungen nach Sozialreformen (wie etwa die Einführung eines „Normalarbeitstages“, Rentenkassen, Arbeitsschutzbestimmungen usw.).

Am 19. September 1879 hielt Stoecker seine berüchtigte antijüdische Rede „Unsere Forderungen an die Juden“, die in gedrängter Form seine wesentlichen judenfeindlichen Denkfiguren enthielt.* Sie begann mit den Worten:

„Die Judenfrage ist schon lange eine brennende Frage; seit einigen Monaten steht sie bei uns in hellen Flammen.“³⁰⁷

Nichtjuden – oder in der Stoecker’schen Darstellung: die Deutschen – müssten sich gegen „Verjudung“ wehren:

„In ihrem Besitz sind die Geldadern, Bank und Handel; in ihren Händen ist die Presse und unverhältnismäßig drängen sie sich zu den höheren Bildungsanstalten [...] Wir sind auf dem Wege, dass die öffentliche Meinung von den Juden völlig beherrscht, die Arbeit von ihnen völlig ausgebeutet wird“.³⁰⁸

„Die Juden“ würden angeblich Presse, Banken und Handel beherrschen, sie würden „die Arbeit“ ausbeuten. Abschließend forderte Stoecker, dass „die Juden“ sich an der „gesamten deutschen Arbeit, auch an harten und sauren Arbeit des deutschen Handwerks, der Fabrik und des Landbauers“ beteiligen.³⁰⁹ Er deutete bereits die Trennung eines angeblich „schaffenden deutschen Kapitals“ und eines angeblich „raffenden jüdischen Kapitals“ an, wie es später von den Nazis propagiert wurde. Stoeckers Judenfeindschaft war christlich, enthielt aber auch rassistische Elemente. So sprach er von der jüdischen Bevölkerung als „ein Volk im Volke, ein Staat im Staat, ein Stamm für sich unter einer fremden Rasse“.³¹⁰ Judenfeindschaft blieb eine Konstante in Stoeckers reaktionärer Hetze. Er erklärte im November 1891 in einer Rede in Kreuznach:

* Die Rede wurde zunächst als Flugblatt gedruckt und nach eigenen Angaben Stoeckers in 14.000 Exemplaren verbreitet. Fast zeitgleich erschien die Rede zusammen mit einer zweiten Rede, „Notwehr gegen das moderne Judentum“, als kleines Buch. (Siehe Holz, Klaus: Nationaler Antisemitismus, Hamburg 2001, Fußnote 4, S. 252)

„Auf die beiden Pulsadern des irdischen und geistigen Verkehrs, das Geld und die Presse, haben sie ihre Hand gelegt und weite Kreise unseres Vaterlandes geradezu unterjocht. An der Börse sind sie die Könige, im Handel die Herren.“³¹¹

Bei den Wahlen 1881 (den ersten Wahlen unter den Bedingungen des „Sozialistengesetzes“) konnte Stoecker rund 47.000 Stimmen erzielen.³¹²

Seine größten Erfolge hatte Stoecker bis 1884.* 1896 spaltete sich die Christlich-Soziale Partei von der Deutschkonservativen Partei ab, innerhalb derer sie einige Jahre als eigenständige Gruppe organisiert war. Stoecker blieb weiter als Judenfeind aktiv.

Stoecker brachte nichts Neues, was nicht schon in der „Gartenlaube“ oder in der „Germania“ gestanden hätte, was nicht schon vorher propagiert worden wäre. Dennoch hatte er als „wirkungsvolle Persönlichkeit“ und „gewandter Volksredner“ einen gewissen Erfolg und erzielte Wirkung bei weiten Teilen der Bevölkerung. Auf Versammlungen mit bis zu 3.000 Zuhörern ließ er sich als „Volkstribun“ feiern, der auch Jugendliche und den „akademischen Nachwuchs“ mobilisierte.

b) Wilhelm Marrs „Antisemiten-Liga“ von 1879: Rettung des „deutschen Vaterlands vor der vollständigen Verjudung“

Wilhelm Marr (1819–1904) popularisierte den Begriff „Antisemitismus“, der eine Neuschöpfung war und nun von den Judenfeinden als Eigenbezeichnung eine neue Bedeutung bekam.

Der aus Braunschweig stammende Marr lebte in den 1840er Jahren in der Schweiz. 1843 sollte er sogar wegen „kommunistischer Umtriebe“ aus der Schweiz ausgewiesen werden. Er zog nach Lausanne, wo er sich Anarchisten anschloss und den „Schweizerischen Arbeiterbund“ gründete. 1845 zog er nach Hamburg und wurde schließlich

* Von 1881 bis 1908 hatte Stoecker ein Mandat im Reichstag, mit Ausnahme der Wahlperiode 1893 bis 1898, von 1879 bis 1898 auch im preußischen Abgeordnetenhaus (Siehe Massing, Paul W.: Vorgeschichte des politischen Antisemitismus, Frankfurt/M. 1986, S. 49 f.)

1848 als Deputierter der Radikal-Demokratischen Partei ins Paulskirchen-Parlament entsandt.

Marr gehörte nicht zum konservativen Establishment, sondern war aufgrund seines Werdegangs eher Außenseiter, der sich – ähnlich wie Eugen Dühring – als „Rebell“ verstand. Als Atheist bediente er sich auch nicht der religiösen Judenhetze.

Erstmals trat Marr 1862 als Judenfeind in der Öffentlichkeit in Erscheinung, als er Gabriel Riesser vorwarf, die Emanzipation der Jüdinnen und Juden sei nur ein Vorwand zur Sicherung der wirtschaftlichen und politischen Machtpositionen der Juden. 1863 veröffentlichte Marr seine erste judenfeindliche Schrift mit dem Titel „Der Judenspiegel“. 1873 machte er mit Artikeln in der Zeitschrift „Die Gartenlaube“, in denen er „die Juden“ für den sogenannten „Gründerkrach“ verantwortlich machte, als Judenhetzer von sich reden.

1879 gründete er die „Antisemiten-Liga“. Diese gilt als die erste dezidiert antireligiöse judenfeindliche politische Organisation in Deutschland. Zum Zeitpunkt ihrer Gründung hatte sie 6.000 Mitglieder.³¹³ Sie verstand sich als antireligiöse Gegenkraft zu Stoeckers „Christlich-Sozialer Arbeiterpartei“. ³¹⁴ In den Statuten der „Antisemiten-Liga“ wurde als Ziel formuliert, „unser deutsches Vaterland vor der vollständigen Verjudung zu retten“ (§ 1) und „das Germanentum von dem auf ihm lastenden Druck des jüdischen Einflusses in sozialer, politischer und kirchlicher Richtung“ (§ 2) zu befreien.³¹⁵ Gefordert wurde auch laut Dieter Fricke die „Vernichtung jüdischen Wesens mittels Aufrichtung des deutschen Volksbewusstseins“. ³¹⁶ Marr war Herausgeber der ab Oktober 1879 erscheinenden Halbmonatszeitschrift der „Antisemiten-Liga“ namens „Deutsche Wacht“.

Mit der Entstehung der „Antisemiten-Liga“ wurde der Begriff „Antisemit“ Teil der öffentlichen Auseinandersetzung.³¹⁷ Es war ein in Deutschland geprägter Begriff, der sich dann in Europa ausbreitete. Seinen endgültigen Durchbruch erreichte er schließlich im Zusammenhang mit der judenfeindlichen Kampagne um die sogenannte „Antisemitismus-Petition“, in deren Vorbereitung Marr ab 1880 involviert war.

Der
Sieg des Judenthums
über das
Germanenthum.

Vom
**nicht confessionellen Standpunkt aus
betrachtet**

von
W. Marr.

Vae Victis!

Sechste Auflage.

Bern,
Rudolph Costenoble.
1879.

Titelseite einer judenfeindlichen Schrift von Marr von 1879

Die sich „Antisemiten“ nennenden Judenfeinde wollten sich modern geben, sich von der religiösen mittelalterlichen Judenfeindschaft abgrenzen und der Judenhetze durch das Suffix „-ismus“ in einer wissenschaftseuphorischen Epoche einen scheinbar theoretisch begründeten und wissenschaftlichen Anstrich geben. Jüdinnen und Juden wurden nicht mehr primär wegen ihrer Religion angefeindet, wenngleich die moderne Judenfeindschaft auch auf religiöser Judenfeindschaft aufbaute, sondern als Angehörige einer „fremden Rasse“ oder „fremden Nation“, die dem „Deutschtum“/„Ariertum“/„Germanentum“ diametral entgegengesetzt sei. Damit wurde die jüdische Bevölkerung zu einem nicht dazugehörenden und nicht zu integrierenden Teil in Staat, Gesellschaft und Kultur erklärt, von dem eine schädliche Wirkung auf die nichtjüdische Umwelt ausgehe. „Jude“, „Judentum“, „jüdisch“ wurden in diesem Rahmen zum Inbegriff für alle in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft als negativ empfundenen Entwicklungen.

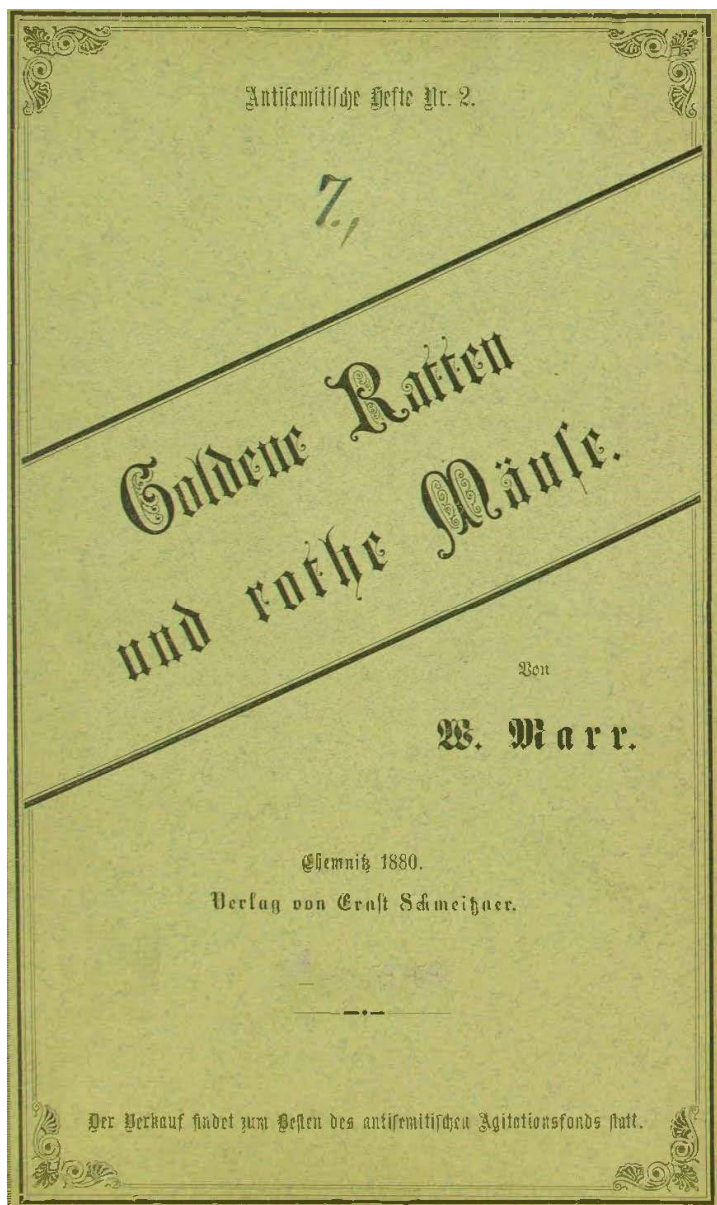
1879 erschien Marrs 48 Seiten umfassende Schrift „Der Sieg des Judentums über das Germanentum“³¹⁸ in Bern. Knapp 20 Jahre später hatte diese Schrift bereits die 12. Auflage erlebt und war ein jüdenfeindlicher Bestseller seiner Zeit.³¹⁹

Als Atheist hielt Marr religiöse Judenfeindschaft für „blödsinnig“ (S. 7). Stattdessen hetzt er rassistisch und germanisch-völkisch gegen Jüdinnen und Juden. Er charakterisierte „die Juden“ nicht als zahlenmäßig geringe Minderheit, sondern als „Weltmacht“ (S. 3), als ein Volk, das die „Welt erobert“ (S. 15) habe.

Die „semitische Race“ (S. 22) sei „stärker und zäher“ als das sogenannte Germanentum. Gegen die Juden müsse ein „Kampf ums Dasein“ (S. 38) geführt werden.

Die Judenemanzipation habe „eine faktisch bereits bestehende Fremdherrschaft gesetzlich anerkannt“ (S. 21). Dadurch sei das Judentum „der sozialpolitische Diktator Deutschlands geworden“ (S. 22).

Diese von ihm behauptete Entwicklung bezeichnet Marr als „dämonische Erscheinung“, die man nicht „mit einem wohlfeilen ‚Hepp, Hepp‘“ (S. 15) stoppen könne. Marr drohte mit einer jüdenfeindlichen unkontrollierbaren „Explosion“:



Titelseite einer judenfeindlichen Schrift von Marr von 1880

„Inzwischen frisst das soziale Krebsgeschwür des Wuchers immer weiter um sich. – Die innere Gefühlserbitterung ,gegen die Juden‘ steigt von Stunde zu Stunde (genau wie im Mittelalter unter ähnlichen aber weniger großartigen Verhältnissen), und eine Explosion ist unausbleiblich.“ (S. 42)

1880 legte Marr mit einer Schrift mit dem Titel „Goldene Ratten und rote Mäuse“ nach, in der er Judentum und Sozialdemokratie als Feinde Deutschlands auserkor. Verschwörungstheoretisch setzte er Judentum, Kapitalismus und Kommunismus gleich:

„Von zwei Seiten wird also die Zerstörung der Gesellschaft betrieben: Von Seiten der goldenen und roten Internationale. Dort vom Standpunkt des krassesten Individualismus aus, hier vom mehr oder weniger bewussten kommunistischen Standpunkt.

Das Judentum hat die Führerschaft der goldenen Internationale übernommen ... Die ,liberale‘ Gesetzgebung hat uns dem Kapitalismus gegenüber nahezu wehrlos gemacht ...

Ein Volk von geborenen Kaufleuten unter uns, die Juden, hat eine Aristokratie, die des Geldes, geschaffen, welche alles zermalmt von oben her, aber zugleich auch eine kaufmännische Pöbelherrschaft, welche durch Schacher und Wucher von unten herauf die Gesellschaft zerfrisst und zersetzt.“³²⁰

„Die Juden“ waren bei Marr demnach beides, sowohl „rote Mäuse“, die die bestehende Gesellschaft kommunistisch unterwühlten, als auch „goldene Ratten“, welche als Geldaristokratie sogar führend dabei seien, von oben her alles zu zermalmen und „uns“ mittels liberaler Gesetzgebung dem Kapitalismus gegenüber wehrlos zu machen. Antikommunismus als Grundlage wurde von Marr also demagogisch mit „Antikapitalismus“ kombiniert. Diese demagogische Kombination war auch ein Muster, das die Nazifaschisten aufgegriffen und perfektioniert haben.

c) Henricis und Sonnenbergs „Deutsch-Soziale Partei“ ab 1889: „Die Judenfrage ist vornehmlich eine Racenfrage“

Zu den führenden Köpfen dieser 1889 gegründeten Partei gehörten die bereits länger aktiven Judenfeinde Henrici und Liebermann von Sonnenberg. Auch Fritsch, auf den noch eingegangen wird, spielte eine führende Rolle.*

Henrici war schon 1881 mit der offen judenfeindlichen und rassistischen „Sozialen Reichspartei“ in den Wahlkampf gezogen und hatte zweimal wöchentlich von Mai bis Oktober 1881 ein eigenes Organ, den „Reichs-Herold“, herausgegeben. Liebermann von Sonnenberg gründete mit dem Judenfeind Förster im März 1881 den „Deutschen Volksverein“ und konnte angeblich bei der ersten öffentlichen Versammlung 6.000 Teilnehmer zählen.³²¹

Henrici war ein versierter Redner und Demagoge. Henricis Brandreden, so Martin Philippon, konnten ein nach Tausenden zählendes Auditorium versammeln, von denen „viele nur aus Lust am Skandal kamen, aber doch antisemitisch beeinflusst wieder fortgingen“.³²²

Henrici stand unmissverständlich für rassistische Judenfeindschaft. In einer Versammlung mit mehreren Tausend Zuhörern hatte Henrici in seiner Rede „Was ist der Kern der Juden-Frage?“ (Berlin 1881), die er am 13. Januar 1880 gehalten hatte, erklärt: Die Judenfrage

„ist vornehmlich eine Racenfrage.“ (S. 5)

Der Kern sei keine religiöse Frage:

„Läge hier der Kern der Judenfrage, dann käme es nur darauf an, die Juden zum Christentum zu bekehren. Das wird aber [...] nie möglich sein [...] Der Jude bleibt Jude, auch wenn er getauft ist.“ (S. 4)

* Max Liebermann von Sonnenberg hatte sich bereits Mitte der 80er Jahre mit Theodor Fritsch zusammen getan und gab mit diesem ab Oktober 1885 die „Antisemitische Correspondenz“ heraus. Dieses judenfeindliche Organ wurde dann ab 1889 das Organ der „Deutsch-Sozialen Partei“.

Henrici verhöhnte Jüdinnen und Juden aufgrund vermeintlicher körperlicher Merkmale und verkündete den Stolz auf die angeblich „edlere Körperbildung“ der Nichtjuden. Man sehe sich einmal ein preußisches Garde-Landwehrbataillon an und denke sich ein „Rudel Judenjungen“ (S. 5) daneben. „Deutsche Mädchen sollten sich schämen, sich zu Trägerinnen von halbjüdischen Geburten zu machen“ (S. 6), hetzte Henrici ganz im Stile der späteren Nazifaschisten.

Liebermann von Sonnenberg gründete die judenfeindliche „Deutsch-Soziale Partei“ und prägte die später von den Nazis aufgegriffene Unterscheidung zwischen „schädlichem“ und „nützlichem“, zwischen „raffendem“ und „schaffendem“ Kapital“, wie es die Nazis dann nannten. Das vermeintlich „redliche“ Kapital, so Sonnenberg 1893 im Reichstag, sei in Landwirtschaft und Industrie eingesetzt, das vermeintlich „schädliche“ Kapital vermehre sich durch „Lug und Trug und Schwindelei“.³²³ Er erklärte im Januar 1885 auf einer Rede in Leipzig:

„Nur das Kapital ist gefährlich, welches ohne alle Arbeit sich vermehrt, welches ins Schrankenlose wächst, durch Börsenspiele und Finanzoperationen [...] Nur Börsenkapital, wucherisches Kapital [...] muss man bekämpfen.“³²⁴

„Dieses Kapital finden wir an der Börse und dass dieses Kapital meist ein jüdisches ist“, ergänzte er bei späterer Gelegenheit demagogisch, „dafür können wir doch nichts.“³²⁵

Im 18-Punkte-Programm der „Deutsch-Sozialen Partei“ vom Juni 1889 ging es um die „Bedeutung der christlichen Welt-Anschauung“, aber auch um die Sicherung der Machtstellung Deutschlands“ und um die „Erwerbung von gesunden Landstrichen“. In den Mittelpunkt wurde allerdings explizit die sogenannte „Judenfrage“ gestellt:

„Die antisemitische deutsch-soziale Partei stellt in den Vordergrund ihrer Bestrebungen die Juden-Frage. Sie sieht in der Juden-Frage nicht nur eine Racen- oder Religions-Frage, sondern eine Frage internationalen, nationalen, sozial-politischen und sittlich-religiösen Charakters [...]

Die antisemitische deutsch-soziale Partei erachtet es daher für ihre Pflicht, den volksschädlichen und staatsgefährdenden Einfluss des internationalen Judentums auf allen Gebieten des öffentlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens mit gesetzlichen Mitteln zu bekämpfen“.³²⁶

Als Ziel wurde formuliert: Aufhebung der Gleichberechtigung und Stellung der Juden unter Fremdenrecht, Ausschluss von Jüdinnen und Juden von der Ausübung von Berufen wie Richter, Lehrer, Beamte, Anwälte, Ärzte usw., Entzug des Wahlrechts, Ausschluss von „Ehrenämtern“ wie Geschworene oder Schöffen, Ausweisung „nicht-naturalisierter Juden, Verbot der Judeneinwanderung aus dem Osten“³²⁷

d) Antisemitenkongresse 1882–1889

Auf europäischer Ebene entwickelte sich Deutschland zum Zentrum der politisch organisierten Judenfeinde, die eine „modernisierte“ Form des Judenhasses verbreiteten. Sie lieferten die ideologischen Stichworte und die Infrastruktur für die Judenfeinde in Frankreich, Polen, Russland und anderswo. Im Vergleich etwa zu Stoecker weniger bedeutend in Deutschland, aber wichtig wegen seiner internationalen Verbindungen, agierte der Dresdner Fabrikant Alexander Pinkert, der 1879 in Sachsen die „Deutsche Reformpartei“ gegründet hatte. In einem „Appell an die Deutsche Nation“ rief Pinkert zum Kampf gegen die „semitischen Bedrücker aller Orte im Deutschen Reiche“ auf. Seine Partei stellte sich die Aufgabe, „der ‚goldenen Internationale‘ und deren auf Weltherrschaft gerichteten Umsturzpläne entgegenzutreten“.³²⁸ Pinkert wollte eine „Centralstelle aller antijüdischen Bestrebungen“ bilden und die sogenannte „Judenfrage“ im „deutschnationalen, nicht im konfessionellen Sinne lösen“.³²⁹ Am 1. November wurde in Dresden der erste Deutsche Reformverein gegründet. 1885 war die Zahl dieser Vereine bereits auf 55 angewachsen.

Die Organisierung judenfeindlicher Kongresse diente der Vernetzung und Vereinigung der Judenfeinde und ihrer Organisationen. Im September 1882 organisierte Pinkert in Dresden den „Ersten Internationalen Antijüdischen Kongress“ mit 300 bis 400 Teilnehmern aus Deutschland (Anhänger Stoeckers, Liebermann von Sonnenberg, Henrici usw.), Österreich und Ungarn. Der Kongress spaltete sich in

einen Flügel, der die Judenfeindschaft religiös begründete, und einen Flügel, der rassistisch argumentierte. Eine Kongressmehrheit verabschiedete ein „Manifest an die Regierungen und Völker der durch das Judentum gefährdeten christlichen Staaten“, in dem „die jüdische Race“ bzw. „semitische Judenrace“ als „fremde“ bzw. als „kulturwidrige Race“ bezeichnet wurde, die als „Parasitenvolk“ die „europäisch-arische Race“ bedrohe.³³⁰ Das Christentum sei zu einer „spezifischen Racen-Religion der europäisch-arischen Völker“³³¹ geworden.

1883 fand in Chemnitz der „Zweite Internationale Antijüdische Kongress“ mit nur mehr knapp 40 Teilnehmern (unter anderem auch aus Österreich, Ungarn, Russland, Rumänien, Serbien und Frankreich) statt.

Maßgeblich organisiert von Theodor Fritsch und Liebermann von Sonnenberg wurde einige Jahre später im Juni 1886 in Kassel ein weiterer Antisemiten-Kongress veranstaltet. Im Juni 1889 gab es dann in Bochum noch einen Kongress, an dem rund 250 Teilnehmer aus etwa 100 deutschen Städten teilnahmen.

e) Otto Böckels „Antisemitische Volkspartei“ von 1886: „Deutschland den Deutschen, das ist die Parole des Antisemitismus“

In Hessen entstand Ende der 1880er Jahre die judenfeindliche Bewegung des Marburger Bibliotheksbeamten Otto Böckel (1859–1923).

Böckel war „Volkskundeforscher“ und „Volksliedsammler“. Seine deutsch-völkischen Ansichten basierten auf sogenannten germanischen Mythen, auf einem sogenanntem germanischen Volksgeist und Volkstum. Er erklärte die bäuerlich-dörfliche Lebensweise, deren angeblicher Gegner „der Jude“ war, der mit seinem Handel und Wucher angeblich die Bauern ausbeutete und beherrschte. Der „Verfall der bäuerlichen Wirtschaft und des deutschen Volkstums“ sei verursacht durch demokratische und liberale Anschauungen und durch die kapitalistische Fabrikproduktion.

Böckel schloss sich Fritschs „Deutscher Antisemitischen Vereinigung“ an. Er veröffentlichte zunächst unter dem Pseudonym Dr.

Capistrano Artikel in Fritschs „Antisemitischer Correspondenz“ und anderen antijüdischen Zeitschriften.

Ende 1885 trat Böckel in Berlin auf antijüdischen Versammlungen als Redner auf. Dort knüpfte er auch Kontakt mit den Judenfeinden Glagau, Dühning und Stoecker.

In dem 1886 in Marburg gegründeten Reformverein, der hauptsächlich aus Studenten und Handwerkern bestand, übernahm Böckel bald eine führende Rolle. Marburg galt damals als Hochburg der Judenfeinde in Hessen. Böckel gründete im Oktober 1886 in Kassel die „Antisemitische Volkspartei“, die der „Deutschen Antisemitischen Vereinigung“ Fritschs angehörte. Er richtete sich an die Landbevölkerung. Ende 1886 gelang es Böckel, sich als parteiloser Kandidat für die Reichstagswahl 1887 für den Wahlkreis Marburg-Kirchhain-Frankenberg-Vöhl aufzustellen und er erreichte tatsächlich einen Wahlsieg. Mit Liebermann von Sonnenberg und Stoecker gehörte er zu den drei Judenfeinden, die im Februar 1887 direkt in den Reichstag gewählt wurden, was seine Autorität noch steigerte.

Auf Versammlungen, mit Flugschriften und mit der 1887 gegründeten, zweimal wöchentlich erscheinenden Parteizeitung „Reichs-Herold“ organisierte Böckel den Wahlkampf. Der „Reichs-Herold“ erreichte die vierthöchste Auflage aller hessischen Zeitungen. 1892 soll sie mit 11.000 Abonnenten eine Auflage von 30.000 erreicht haben.³³²

Flugblätter und Plakate von Böckel wurden massenhaft verbreitet. Böckels zentrale judenfeindliche Publikation war eine Rede mit dem Titel „Die Juden, die Könige unserer Zeit“, die er im Oktober 1886 in Berlin gehalten hatte und die danach als 17-seitige Broschüre³³³ veröffentlicht wurde. Bereits 1887 hatte die Rede 25 Auflagen erreicht. Laut Böckels eigenen Angaben sollen bis 1892 1,5 Millionen Exemplare der Rede verbreitet worden sein.³³⁴

Böckels rassistisch-völkische Judenfeindschaft verband sich mit dem deutschen Nationalismus: „Deutschland den Deutschen, das ist die Parole des Antisemitismus.“ (S. 4) Er stellte die judenfeindliche Lüge auf, dass „die Juden“ auf dem Land „unser Landvolk ausschachten“ (S. 4) durch „Verschuldung unseres Bauernstandes“ (S. 5), durch

„Verjudung des Grund und Bodens in Deutschland“ (S. 6), durch „jüdischen Wucher“ (S. 7).

„Die Judenfrage“ war für Böckel „Racenfrage“ (S. 7): „Die Judenfrage hat nichts mit der Religion des Juden zu tun, was der Jude glaubt, das ist völlig einerlei, ob Reformjude, orthodoxer oder gar getaufter Jude, das ist ganz einerlei für uns Antisemiten.“ (S. 7).

Die „jüdische Rasse“ sei eine „fremde Rasse“, die man am „Körperbau“ erkennen würde, der ein ganz anderer sei als der des „Deutschen“ (S. 9). Die „jüdische Rasse“ sei besonders gefährlich, denn sie beherrsche „die Weltgeschichte“ und habe „das Schicksal ganzer Völker bereits in der Hand“ (S. 13). Die Juden sollten lediglich „Gastrecht“ erhalten, niemals das gleiche Recht wie „Deutsche“ (S. 3). Böckel fordert also ein „Judengesetz“ und die Zurücknahme der rechtlichen Gleichstellung der Juden.

Im Anschluss an solche Reden kam es regelmäßig zu Angriffen auf die örtliche jüdische Bevölkerung. 1890 ist dies dokumentiert in den Gebieten Fürth, Groß-Umstadt und Reichelsheim mit Schmährufen, Beleidigungen, „Hep-Hep“-Gegröle bis hin zu gewaltsamen Überfällen und Sachbeschädigungen.³³⁵

Vom „reinen Antisemitismus“ – also von publizistischer und parteipolitischer Hetze – ging Böckel dann zum „positiv-praktischen Antisemitismus“ über. Er gründete auf dem Land Organisationen (sogenannte Bauern-, Konsum und Darlehnsvereine) mit judenfeindlichem Programm, deren Aktivitäten ihm Rückhalt in der Wählerschaft gaben. Er ließ sich als „Hessischer Bauernkönig“ feiern und warb mit dem Slogan: „Gegen Juden, Junker und Pfaffen!“. Er schuf den „Mitteldeutschen Handwerkerverein“ und 1890 den „Mitteldeutschen Bauernverein“, dessen Vorsitzender er wurde und der in seinen Hochzeiten rund 15.000 Mitglieder hatte. Rechtsschutzbüros gaben den Vereinsmitgliedern unentgeltlich Rat in juristischen Fragen. Mit einer Entourage von Unterstützern zog er „von Ort zu Ort, von Haus zu Haus“³³⁶ und hielt in Dörfern judenfeindliche Versammlungen ab. Es wurden sogenannte „judenfreie Märkte“ organisiert, die als Volksfeste inszeniert wurden. Der „judenfreie Markt“ in Lang-Göns am 4. November 1890 war mit 15.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern die größte Kundgebung der antisemitischen Bewegung Böckels.³³⁷

Bitte zu verbreiten!
Die
Juden, die Könige unserer Zeit.

R e d e
des
Herrn Dr. Otto Böckel
aus Marburg

gehalten in der öffentlichen Versammlung des
Deutschen Antisemiten-Bundes
auf der
Bockbrauerei zu Berlin
am 4. Oktober 1886.

Preis 5 Pf., 100 Stück 3 Mk.

DE Fünfundzwanzigste Auflage, 79^{tes} Tausend. DI

Marburg (Hessen).
Selbstverlag von Dr. Otto Böckel, Röthstraße 1, II.
1887.

Titelseite von Böckels judenfeindlicher Schrift „Die Juden, die Könige unserer Zeit“ von 1887

Böckels Plan der Schaffung einer vereinigten „Antisemitischen Partei“ für die Reichstagswahl 1889 scheiterte. Auf dem „Antisemiten-tag“ 1889 in Bochum einigten sich die wichtigsten judenfeindlichen Strömungen auf ein gemeinsames Programm als „Antisemitische Deutsch-Soziale Partei“ (Förster, Liebermann von Sonnenberg, Fritsch). In diesen programmatischen „Grundsätzen und Forderungen“ hieß es:

„Auch in einem deutschsozialistisch eingerichteten Staate würde das Judentum, dessen jahrtausendalte Geschichte die Unmöglichkeit des Aufgehens in den Völkern beweist, der Pfahl in unserem Fleische sein und durch seine bösen Triebe und Einflüsse unser Volk zerfressen und verschlechtern, unsere Gesetze und Ordnungen durchlöchern. Die Antisemitische Deutschsoziale Partei erachtet es daher für ihre Pflicht, den volksschädlichen und staatsgefährlichen Einfluss des internationalen Judentums auf allen Gebieten des öffentlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens mit gesetzlichen Mitteln zu bekämpfen, das deutsche Volk über die Judenfrage aufzuklären und die Regierung zum Abschluss internationaler Vereinbarungen, insbesondere gegen die gefährdende Anhäufung des jüdischen Kapitals zu drängen.“³³⁸

Böckel verließ mit seinen Anhängern den Kongress und trat mit der konkurrierenden „Antisemitischen Volkspartei“ zur Reichstagswahl an.

Beide Parteien hatten in Bezug auf die Judenfeindschaft nahezu identische Forderungen: Aufhebung der Emanzipation, Ausschluss der Jüdinnen und Juden von allen Verwaltungsämtern, Richter- und Lehrerstellen und aus der Armee gegen Entrichtung einer Kopfsteuer, Ausschluss vom aktiven und passiven Wahlrecht.* Im Programm der „Deutsch-Sozialen Reformpartei“ von 1895 hieß es:

* Einige Jahre später konkretisierten die Judenfeinde der Deutsch-Sozialen Reformpartei ihre Vernichtungsabsichten. Wilhelm Giese, der Leiter der Hauptgeschäftsstelle, unterschied auf dem Hamburger Parteitag zwischen „Religionsjuden“, „Dissidenten, Getauften und Halbblutjuden“ (Deutsch-Soziale Blätter Nr. 579 vom 21.9.1899, S. 241 f. Zitiert in: Pötzsch, Hansjörg: Antisemitismus in der Region – An-

„Träger der Zerstörung ist das stammfremde Judentum, das in unserem wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Leben in der Rechtspflege und in der Presse unserem Volkstum seinen zersetzenden Geist aufdrängt und damit den Anlass zu der antisemitischen Strömung gegeben hat. Deutschen Geist und deutsche Eigenart wollen wir bewahren vor jedem schädlichen Fremdstoff, deutsche Arbeit schützen gegen Ausnützung und Ausbeutung. Darum erscheint uns der Kampf gegen den jüdischen Geist, gegen die wachsende Verjudung auf allen Gebieten des Lebens als eine wirtschaftliche, politische und sittliche Notwendigkeit.“³³⁹

Böckels „Antisemitische Volkspartei“ (zunächst nur „Antisemitische Partei“, ab 1891 „Antisemitische Volkspartei“, ab 1892 „Deutsche Reformpartei“) errang bei den Reichstagswahlen 1890 in Hessen 5 Mandate, die „Deutsch-Soziale Partei“ Liebermanns und Försters nur ein Mandat.³⁴⁰ Auf ihrem Höhepunkt zog die „Antisemitische Volkspartei“ 1893 mit sieben Abgeordneten in den Reichstag ein.³⁴¹

Böckels Bedeutung lag darin, dass er mit einer antikapitalistischen Phraseologie und sozusagen als angebliche Kopie der sozialdemokratischen Aktivitäten Bauern-Vereinigungen, aber auch Hilfsorganisationen wie Einkaufs- und Absatzgenossenschaften, Darlehnskassen und Konsumvereine mit jüdenfeindlichem Programm ins Leben rief.

antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914, Wiesbaden 2000, S. 130). Er schlug als (angenommene) Ergänzung des Parteiprogramms zur sogenannten „Judenfrage“ 1899 die Vernichtung der Juden vor: „Dank der Entwicklung unserer modernen Verkehrsmittel dürfte die Judenfrage im Laufe des 20. Jahrhunderts zur Weltfrage werden und als solche von den anderen Völkern gemeinsam und endgültig durch völlige Absonderung und (wenn die Notwehr es gebietet) schließliche Vernichtung des Judentums gelöst werden. Der wahre Friedenskongress wird derjenige sein, der sich mit der Stellung der erdbewohnenden Menschheit zum Hebräer beschäftigt. – Bis dahin wird es Sache jeder einzelnen Nation sein, sich der Judenplage zu erwehren, so gut sie es den Umständen nach kann.“ (Giese, W.: Die Judenfrage am Ende des XIX. Jahrhunderts. Nach den Verhandlungen des V. allgemeinen Parteitages der Deutsch-sozialen Reformpartei zu Hamburg am 11. September 1899, Berlin 1899, S. 5 f. Zitiert in: ebenda)

Die Antisemitenparteien konnten zunächst steigende Wahlerfolge verbuchen: Hatten sie bei den Reichstagswahlen 1887 mit 11.663 Stimmen (0,2 Prozent = 1 Mandat) erreicht, so waren es 1890 47.536 Stimmen (0,7 Prozent = 5 Mandate) und 1893 waren es 263.861 Stimmen (3,5 Prozent = 16 Mandate).³⁴² Erstmals konnten die Judenfeinde eine eigene Fraktion bilden.* Insgesamt erhielten die Judenfeinde 1893 ca. 400.000 Stimmen.**

Ab 1896 verloren die Antisemitenparteien an Einfluss, aber die Judenfeindschaft hatte sich längst etabliert und war fester Bestandteil der Ideologie der bürgerlichen Parteien geworden. Der Niedergang der Antisemitenparteien war kein Anzeichen für einen Rückgang der Judenfeindschaft. Spezielle judenfeindliche Parteien hatten vorerst ihre Aufgabe erfüllt. Es gab nun etwa bei den Konservativen – Bismarcks wichtigste parlamentarische Stütze – offen judenfeindliche Kandidaten, die den Wahlkampf unter der Parole „Kampf den Juden“ führten. Stoecker etwa war inzwischen der konservativen Partei beigetreten, die 1892 auf dem „Tivoli-Parteitag“ explizit judenfeindliche Forderungen in ihr Parteiprogramm aufgenommen hatte. Es hieß darin:

„Wir bekämpfen den vielfach sich vordrängenden und zersetzenden jüdischen Einfluss auf unser Volksleben. Wir verlangen für das christliche Volk eine christliche Obrigkeit und christliche Lehrer für christliche Schüler.“³⁴³

Die „Allgemeine Zeitung des Judentums“ kommentierte Ende 1892 richtig:

„Die konservative Partei verwirft nur die ‚Ausschreitungen‘ des Antisemitismus, nicht diesen selbst.“³⁴⁴

* Zum Vergleich Stimmen der Sozialdemokraten bei den Reichstagswahlen: 1878: 437.000, 1890: 1.427.000 und 1893 ca. 3.000.000. Siehe: Pulzer, Peter G. J.: Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1967 bis 1914, Göttingen 2004, S. 161

** Ebenda, S. 160. Zu den Stimmen der Antisemitenparteien muss man unter anderem auch noch die Stimmen für den judenfeindlichen „Bund der Landwirte“ zählen, die 0,9 Prozent erhielten.

Der sozialdemokratische Aktivist Gerhard Krause stellt 1890 in seiner Arbeit „Zur Naturgeschichte der antisemitischen Bewegung“ zu Recht fest:

„In den letzten Jahren haben sie (die konservative Partei, A. d. V.) stets mit den Antisemiten geliebäugelt. In mehreren nationalliberalen Versammlungen in Berlin ist der berechtigte Kern in der antisemitischen Bewegung von Führern der nationalliberalen Partei anerkannt worden; in Siegen verdankt der ‚Heros‘ Stoecker seine dreimalige Wahl in den Reichstag dem energischen Eintreten der nationalliberalen Wähler; in das Kartell ist der antisemitische Flügel mit Freuden aufgenommen worden und wird auch ferner unter der konservativ-nationalliberalen Fahne kämpfen.“ (S. 13)

Die fortschreitende Judenhetze verbreiterte sich in allen gesellschaftlichen Bereichen. Die „Allgemeine Zeitung des Judentums“ kommentierte diese Entwicklung rückblickend 1895:

„Der Radau-Antisemitismus hat seine Rolle wohl ziemlich ausgespielt, dafür haben jetzt die konservative Partei und der Bund der Landwirte den Antisemitismus in ihr Programm aufgenommen. Das ist aber natürlich viel gefährlicher als das Treiben der Radau-Antisemiten.“³⁴⁵

In der Tat war es so, dass im Ergebnis dieser Entwicklung auch nach dem Bedeutungsverlust oder überhaupt dem Verschwinden explizit judenfeindlicher Parteien aus der Parteienlandschaft die Judenfeindschaft in der Gesellschaft, in Parteien und Organisationen breiter und tiefer verankert war.³⁴⁶

**f) Schaffung „judenfreier“ Vereine und
Berufsverbände sowie Hochschulorganisationen:
„gegen die Umsturzbestrebungen der Sozialdemokratie
und des Judentums ein festes Bollwerk schaffen“**

Jüdinnen und Juden wurden in dieser deutschtümelnd-chauvinistischen-judenhasserischen Atmosphäre zunehmend aus allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ausgegrenzt – von Berufsverbänden bis

hin zu „nationalen“ Turnvereinen. Judenfeindschaft prägte zunehmend zahlreiche Vereine und Berufsverbände, insbesondere auf dem Land.

Gerade bei den Zunft- und Berufsverbänden traten die politischen Judenfeinde als Verteidiger der mittelständisch-kleinbürgerlich-handwerklichen Interessen der wahlweise „Christen“, „Arier“, „Germanen“, „Deutschen“ gegenüber ihren vermeintlichen jüdischen Konkurrenten auf. So etwa, wenn – wie bereits erwähnt – die Mittelstandsvereinigungen pünktlich zum Weihnachtsgeschäft zum Boykott jüdischer Geschäfte aufriefen.

Auf dem Land hatten sich infolge der Agrarkrise Mitte der 1870er Jahre an vielen Orten sogenannte Bauernvereine gegründet. Als „christliche“ Vereine nahmen sie meist keine jüdischen Mitglieder auf (Nassauischer Bauernverein, Westfälischer Bauernverein usw.)³⁴⁷ Vereine mit dezidiert judenfeindlichem Programm waren etwa der „Mitteldeutsche Bauernverein“, der „Bund der Landwirte“ und der „Deutschnationale Handlungsgehilfenverband“. Sie stellten die „Judenfrage“ zwar nicht in den Mittelpunkt, schlossen aber Jüdinnen und Juden von der Mitgliedschaft aus und betrieben Hetze gegen Jüdinnen und Juden in Versammlungen und in ihrer Presse.

Der „Mitteldeutsche Bauernverein“ (ab 1895: „Mitteldeutscher Bauernbund“) stand organisatorisch Böckels „Antisemitischer Volkspartei“ nahe. Er charakterisierte sich selbst als Organisation der „bäuerlichen Grundbesitzer“ und setzte sich in § 2 seiner Statuten als Ziel, „gegen die Umsturzbestrebungen der Sozialdemokratie und des Judentums ein festes Bollwerk (zu) schaffen“. ³⁴⁸ Laut eigenen Angaben der Judenfeinde soll der „Mitteldeutsche Bauernverein“ 1892 rund 400 Ortsgruppen und 15.000 Mitglieder gehabt haben.³⁴⁹

Der 1893 gegründete „Bund der Landwirte“ war im Vergleich dazu eine Massenorganisation. Schon im Mai 1893 zählte er 162.000 Mitglieder. In seinem Programm erklärte er sich für „die Erhaltung und den Ausbau unserer heutigen Staatsordnung auf christlich-monarchischer Grundlage“:

„Aus diesem Grunde ist er auch Gegner des bei uns geradezu übermächtig gewordenen Judentums, welches in der Presse, im

Handel und an der Börse das entscheidende Wort zu sagen hat.“³⁵⁰

Der „Deutschnationale Handlungsgehilfenverband“ (DHV)³⁵¹ in Hamburg bezeichnete sich beim ersten Verbandstag 1893 als „aus dem Antisemitismus heraus geboren“. Rückblickend erklärte der Verbandssekretär 1903 in einer Festtagsrede, der DHV sei der „Kampfverein der Handlungsgehilfen gegen die Sozialdemokratie“.³⁵² Der DHV-Vorstand erklärte, „von dieser Flutwelle (des Antisemitismus, A. d. V) kommen wir nicht los“ und „tun gut, uns von ihr forttragen zu lassen.“³⁵³ Juden waren per Satzung von der Mitgliedschaft ausgeschlossen:

„Juden und in einem bewussten Gegensatz zum Deutschtum stehende Angehörige anderer Nationen und Rassen können keinerlei Mitgliedsrechte erwerben.“³⁵⁴

Unter den Studierenden war es nicht anders. Die 1880/1881 aus dem „Komitee zur Verbreitung der Petition unter der Studentenschaft“ entstandenen „Vereine deutscher Studenten“ (VDSt) mit Gruppen in Berlin, Breslau, Greifswald, Halle-Wittenberg, Leipzig und anderswo hatten ein offen judenfeindliches Programm.³⁵⁵ In ihren Statuten wurden nur „christliche Studenten deutscher Nationalität“ als aufnahmeberechtigt definiert. „Nicht-germanische Ausländer“ sowie Studenten mit „getauften oder ungetauften Juden als Eltern“³⁵⁶ waren ausgeschlossen.

Lehrervereine verweigerten jüdischen Kolleginnen und Kollegen den Zutritt. So schloss etwa der 1881 in Frankfurt gebildete „Verein akademisch gebildeter Lehrer“ Jüdinnen und Juden satzungsgemäß von der Mitgliedschaft aus.³⁵⁷

Auch unter Jugendlichen wurde Judenfeindschaft verankert. Ab Ende der 1880er gründeten die parteipolitisch organisierten Judenfeinde die „Deutschen Jugendbünde“, die Schüler, Lehrlinge, Handlungsgehilfen und Gesellen organisierten. Vielfach gaben sie sich nach außen parteiunabhängig und unpolitisch. 1891 rief Förster die „Deutsch-Sozialen Vereine“ auf, Jugendbünde „für die Heranwachsenden, etwa vom 16. bis zum 24. Jahre“ einzurichten, aus denen „ge-

schulte und rüstige Kämpfer für späterhin“ hervorgehen sollten.³⁵⁸ Böckel tat Ähnliches mit der Gründung eines „Mitteldeutschen Jugendbundes.“

Ab 1890 bildeten sich nicht zuletzt auch die ersten „national gesinnten“ Turnvereine, die „Angehörige jener fremden Rasse, jenes über die ganze Erde zerstreuten Volkes“³⁵⁹ von einer Mitgliedschaft ausschlossen.

g) Theodor Fritschs judenfeindliches Publikationsimperium als Drehscheibe der Judenfeinde ab 1881: „Ausscheidung der jüdischen Rasse aus dem Völkerleben“

Theodor Fritsch (1851–1933) war ein Bewunderer Marrs und unterstützte zunächst dessen „Antisemiten-Liga“, später Liebermann von Sonnenbergs und Försters „Deutsch-Soziale Partei“. Er gehörte zu den völkisch-judenfeindlichen Hetzern.

Seine erste eigene Schrift brachte Fritsch 1881 pseudonym unter dem Titel „Altdeutsche Antisemitische Kernsprüche“ heraus, die 1882 unter dem Titel „Leuchtkugeln“ veröffentlicht wurde. Ab 1883 publizierte er seine Serie von 40 Flugschriften „Brennende Fragen“.³⁶⁰ Im „Flugblatt Nr. 22“ listet er darin beispielsweise Zeitungen auf, deren vermeintliche oder wirkliche Besitzer und Mitarbeiter Jüdinnen und Juden waren.³⁶¹

1884 vereinigten sich Fritsch-Anhänger mit der Gruppe um Böckel zur „Deutschen Antisemitischen Vereinigung“. Es war ein Versuch, die politischen Organisationen der Judenfeinde zu vereinigen. 1886 war Fritsch (zusammen mit Liebermann von Sonnenberg) maßgeblich an der Organisation des Antisemitenkongresses in Kassel beteiligt.*

* Für den organisatorisch-geschäftsführenden Bereich war Theodor Fritsch zuständig. Beschlossen wurde die Gründung eines antisemitischen Auskunftsbüros, eines Rechtsschutzvereins, einer Verbandskasse und eines Zentralorgans. Auf der abschließenden „Volksversammlung“ sprachen als Redner unter anderen die Judenfeinde Förster, Böckel und Liebermann von Sonnenberg.

1885 übernahm Fritsch von einem insolventen Verleger die Herausgabe der „Antisemitischen Correspondenz“ (später: „Deutsch-Soziale Blätter“), die eine Art Forum für Judenfeinde verschiedener politischer Richtungen war und sich zu einer der einflussreichsten und kontinuierlichsten judenhetzerischen Publikation des Kaiserreiches entwickelte.³⁶² Das Blatt wurde zunächst nur an „zuverlässige Partei-Genossen“ abgegeben.³⁶³ Es sollte ein „Sprechsaal für innere Partei-Angelegenheiten“ sein und „zur Beratung der nächsten Maßnahmen der Bewegung dienen“.³⁶⁴

Ab 1886 publizierte er eine neue Flugblattreihe „Wie lösen wir die Judenfrage?“. Fritsch forderte darin:

„Das letzte Ziel unsrer Bewegung [...] heißt summa summarum: Ausscheidung der jüdischen Rasse aus dem Völkerleben [...]

In welcher Form diese Ausscheidung oder Ausschließung der Judenschaft geschehen soll, ob durch bloße Einschränkung mittelst Ausnahme-Gesetzen, ob durch Internierung und Abschließung innerhalb des Staates (Ghetto's), ob durch völlige Ausweisung – darüber heute schon zu debattieren, hieße leeres – oder unreifes Stroh dreschen“.³⁶⁵

Auf Anregung von Liebermann von Sonnenberg veröffentlichte Fritsch ab 1887 in seinem eigenen Verlag den „Antisemiten-Katechismus“³⁶⁶ und dessen Kurzfassung, das „ABC der Antisemiten“.*

Neben der Verbreitung von Flugschriften verschickte Fritsch auf dem Postweg auch Zeitungsausschnitte. Jeder Judenfeind sollte eine Adressen-Liste führen und den darin aufgeführten politisch und gesellschaftlich möglichst einflussreichen Persönlichkeiten unaufgefordert judenfeindliche Hetzpublikationen schicken. Nach eigenen Angaben sollen zwischen 1884 und 1889 von Leipzig aus rund 40.000 Adressen in Deutschland und dem angrenzen Ausland angeschrieben worden sein. Er empfahl auch, judenfeindliche Flugblätter im „Eisen-

* Zum „Antisemiten-Katechismus“ siehe in diesem Teil: 5. Zentrale judenfeindliche Machwerke, g) Theodor Fritsch, „Antisemiten-Katechismus“ (1887).

bahn-Coupé, Dampfboot oder Postwagen ... in Droschken, Omnibussen, Pferdebahn-Wagen“ liegen zu lassen. Fritsch schrieb im Dezember 1887:

„Man lege sie (die Flugblätter, A. d. V.) im Café-Hause, Bierhause oder Restaurant entweder offen hin oder in Zeitungen, welche man gelesen hat; beim Nachhausegehen des Nachts schiebe man sie unter den Haustüren hinein, lege sie auf Bänken in öffentlichen Anlagen, lasse sie durch schnellfüßige Knaben in Läden, Wirtschaften und Biergärten hineinwerfen.“³⁶⁷

Dabei ging es nicht nur um Hetze, sondern auch um die Ausübung von Druck auf „judenfreundliche Volksgenossen“. 1892 wurde bekannt, dass Fritsch rund 150 Hotelbesitzern in Sachsen ein judenfeindliches anonymes und erpresserisches „Circular“ hatte zukommen lassen, in dem Hotelboykott angedroht wurde.³⁶⁸

Als Fritsch 1933 starb, wurde sein Sarg mit Hakenkreuzflagge bedeckt, SA-Mörder standen Spalier.*

* In der „Leipziger Tageszeitung“ vom 11.9.1933 hieß es in „Ein Kämpfer und Warner ist nicht mehr. Theodor Fritsch zum Gedenken“ zu seinem Tod, dass „Deutschlands Altmeister des völkischen Kampfes“ gestorben sei. Fritsch sei ein „leidenschaftlicher Anhänger Hitlers“ gewesen. Fritsch habe „die geheimen Fäden des Judentums schon frühzeitig erkannt“ und sei „der Wegbereiter des Nationalsozialismus“ gewesen. (Zitiert in: Noack, Hannelore: Unbelehrbar? Antijüdische Agitation mit entstellten Tal mudzitatzen, Paderborn 2001, S. 495). In Berlin-Zehlendorf setzten die Nazis Fritsch 1935 ein Denkmal.

5. Zentrale judenfeindliche Machwerke

Vorbemerkung

Die nachfolgende Analyse zentraler judenfeindlicher Machwerke umfasst sehr unterschiedliche Autoren, die ihre judenfeindlichen Angriffe aus unterschiedlichen Richtungen starteten. Es waren Persönlichkeiten (vielleicht mit Ausnahme von Hermann Ahlwardt), die im öffentlichen intellektuellen und kulturellen Leben dieser Zeit bestimmte herausstechende Positionen erreicht hatten, große Autorität besaßen und deren judenfeindliche Publikationen daher von besonderer Wirkung waren.

Richard Wagner galt als bedeutender Musiker und Komponist und war im Kern alles andere als ein Politiker. Das gilt auch für die Hochschullehrer. Professor Heinrich von Treitschke, obwohl Reichstagsabgeordneter, war in erster Linie als Historiker angesehen, ja fast eine unantastbare Autorität auf seinem Gebiet der historischen Wissenschaft. Eugen Dühring hatte durch seine kurze Episode in der Sozialdemokratie, durch staatliche Maßregelung gegen ihn und indirekt durch die vernichtende Kritik durch Friedrich Engels einen bekannten Namen und als Persönlichkeit ein gewisses Ansehen. Das war auch so mit den Schriften von Paul de Lagarde und August Julius Langbehn, die durch eine Fülle wissenschaftlicher Werke, wenn man genauer hinschaut pseudowissenschaftliche Machwerke, zumindest in der damaligen Zeit eine beträchtliche Autorität aufgebaut hatten.

Abschließend wird außerhalb der Chronologie noch einmal auf Theodor Fritsch eingegangen, der mit seinem Publikationsimperium in immer neuen Auflagen bis zu seinem Tod 1933 (bei den Nazis bis 1944 erneut aufgelegt) ein Art Handbuch der Judenfeindschaft in sehr großer Auflage verbreitete. Dieses Buch wirkte nicht nur in der damaligen Zeitspanne, sondern auch in den nachfolgenden Jahrzehnten und wird deswegen besonders hervorgehoben.

Auch wenn religiöse, soziale und deutsch-nationalistische Judenfeindschaft keineswegs verschwunden waren, bekam die wissenschaftlich verkleidete rassistische judenfeindliche Hetze ein großes

Gewicht. Im Hintergrund stand die Entstehung eines pseudowissenschaftlichen Rassismus, der von den Judenfeinden genutzt wurde.

■ **Biologismus und Rassismus**

Die Ideologie einer „Rassen-Hierarchie“, mit der sogenannten „weißen Rasse“ an der Spitze, diente schon seit Beginn des Kolonialismus den Kolonialisten und der kolonial betriebenen Sklaverei als Legimitation.

Die Übertragung von Phänomenen aus den Naturwissenschaften, insbesondere der Biologie, auf die Menschen und damit verbunden die Konstruktion einer sich wissenschaftlich gebenden Theorie des Rassismus war eine Erscheinung, die erst im 18. Jahrhundert anzutreffen ist.

Der Begriff der „Rasse“, wie er seinen festen Platz in der Biologie und Zoologie hat, wurde biologisch auf den Menschen übertragen, um Rassismus zu konstruieren. Äußerliche angeborene körperliche Merkmale sollten als Grundlage zur Kategorisierung und zur Rechtfertigung der angeblichen Überlegenheit bzw. Minderwertigkeit von Menschengruppen dienen.

Die immensen Fortschritte in der Naturwissenschaft, insbesondere durch Charles Darwin in der Biologie ab Mitte des 19. Jahrhunderts, wurden von Marx und Engels ausgewertet. Sie bewiesen, dass es in der Natur wie in der menschlichen Gesellschaft dialektisch und materialistisch „zugeht“. Die Fortschritte in der Wissenschaft wurden jedoch von reaktionären Kräften benutzt, um dem Rassismus einen wissenschaftlich-objektiven Touch zu geben.

Sehr richtig arbeitete diesen Gesichtspunkt der jüdische Rechtsgelehrte Ludwig Fulda 1899 heraus:

„Als der Kampf in der großen transozeanischen Republik zwischen den Anhängern und den Feinden der Sklaven-Emanzipation wogte, gab es im Dienste der Südstaaten stehende Gelehrte, welche aus der Körperbildung der Schwarzen den Schluss zogen, dass dieselben eine zwischen dem Tier und dem Menschen stehende Zwischenbildung darstellten, die schon dieserhalb der Freiheit nicht würdig sei [...] Wir haben es also bei der analogen

Erscheinung auf antisemitischem Gebiet mit dem Vorgang zu tun, der sich überall wiederholt, wo man einer unterdrückten Minderheit die ihr zukommende Gleichberechtigung versagt oder wieder entziehen will. Die Wissenschaft wird eben in den Dienst der Parteiungen gestellt und den politischen und wirtschaftlichen Interessenkämpfen botmäßig gemacht.“³⁶⁹

In einem „Mann der Wissenschaft“, so Fuld, würden „weiteste Kreise den unbeeinflussten und unbefangenen Forscher erblicken“.³⁷⁰

■ Sozialdarwinismus

Gearbeitet wird dabei auch mit der Autorität Darwins. Methodisch war der Kernpunkt des sogenannten Sozialdarwinismus, bestimmte biologische Gesetzmäßigkeiten, die Darwin entdeckt hatte und die nur in der Biologie Gültigkeit haben, auf die menschliche Gesellschaft zu übertragen. Aus der These des „survival of the fittest“³⁷¹, also das Überleben des Bestangepassten einer Art der Tier- oder Pflanzenwelt im evolutionären Kontext (also nicht im Hinblick auf ein individuelles Tier oder eine konkrete einzelne Pflanze, sondern im Hinblick auf die Vererbung besser angepasster Eigenschaftsansammlungen), wurde das „Recht des Stärkeren“ gemacht. Konkurrenzverhalten, soziale Ungerechtigkeiten, gesellschaftliche Klassen und selbst Kriege wurden damit gerechtfertigt. In einem „Kampf der Rassen“ würde sich der Stärkere, also die vermeintlich „höhere Rasse“ gegen die „niedere Rasse“ durchsetzen.

Die große Wirkung solch reaktionärer Auffassungen wurde unter anderem dadurch erleichtert, dass es an der Oberfläche tatsächlich scheinbare Ähnlichkeiten zwischen der kapitalistischen Gesellschaft und insbesondere der Tierwelt gibt, die derartige falsche Gleichsetzungen begünstigen: Der Kampf ums Überleben, das Durchsetzen des Stärkeren, die Technik der maximalen Anpassung an die geänderte Lage sind ja Phänomene, die dem Kapitalismus nicht fremd sind. Die Konkurrenz der Kapitalisten untereinander oder der Überlebenskampf der verelendeten Massen gegen das Verhungern. Die von Marx entdeckten Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung, die grundlegende Bedeutung der Ökonomie und die entscheidende Bedeutung der Klassenkämpfe wurden gelehnet und bekämpft. Die

oberflächliche Gleichsetzung operiert sozusagen mit einem Federstrich diese wesentlichen Aspekte weg.

Sozialdarwinistische, biologistische und rassistische Versatzstücke wurden ein weiterer, zusätzlicher Bestandteil der Judenhetze. Die Judenfeindschaft gab sich nun modern, gab sich als moderne wissenschaftliche Theorie aus.

■ „Wissenschaftlicher Antisemitismus“ langfristig gefährlicher als der Radau- und Straßenantisemitismus der 1880er Jahre

Die judenfeindliche Bewegung in Deutschland bediente sich zunehmend dieses pseudowissenschaftlichen Rassismus, der die jüdische Bevölkerung als „niedere Rasse“ beschimpfte, deren Ziel es sei, die „höheren Rassen“ zu bekämpfen und zu vernichten. Rassistische Judenfeinde lehnten Übertritt zur christlichen Religion oder Assimilation ab, denn „die Juden“ als Rasse seien unverbesserlich.³⁷² Einher mit dieser Entwicklung wurde ein biologistisch-rassistisches Vokabular geprägt. Diese „Biologisierung“ der Sprache bedeutete zunächst, dass Begriffe aus den Naturwissenschaften als Vergleich gebraucht wurden – allerdings folgte die Gleichsetzung auf dem Fuß.

Ludwig Fuld stellte 1899 in seiner Schrift „Antisemitismus in der Wissenschaft“ zu Recht heraus:

„Dieser wissenschaftliche Antisemitismus hat die antisemitische Bewegung erst salonfähig gemacht, und es ist mir nicht zweifelhaft, dass er weit gefährlicher ist, als der Radau- und der Straßenantisemitismus der achtziger Jahre.“³⁷³

a) Richard Wagner 1850: Nur der „Untergang“ würde „die Juden erlösen“

Es war Richard Wagner (1813–1883), der 1881 in Deutschland Gobineaus rassistisches Machwerk „Essai sur l'inégalité des races humaines“ („Der Versuch über die Ungleichheit der Menschenrassen“) in den „Bayreuther Blättern“ als das Werk eines „schärfstblickendsten

Ethnologen“* lobte. Dass Wagner dies tat, war auf längere Sicht von einiger Bedeutung.

Wagner war eine Person, die in der Musikwelt durch seine Kompositionen und Opern einen großen Bekanntheitsgrad erworben hatte. Durch seine Teilnahme an den Kämpfen von 1848 heftete ihm auch noch der Ruf eines „Revolutionärs“ an. Diese Autorität aus den Märztagen erleichterte es, judenfeindliche Gedanken bei sich als fortschrittlich verstehenden Kräften zu verbreiten und sie dort salonfähig zu machen, auch wenn seine weitere Entwicklung eine deutliche Abkehr und Distanzierung von dieser Phase seine Lebens beinhaltete.**

1850 veröffentlichte Wagner unter einem Pseudonym einen 24-seitigen judenfeindlichen Artikel mit dem Titel „Das Judentum in der Musik“ in einer unter anderem von Robert Schumann herausgegebenen Musikzeitschrift namens „Neue Zeitschrift für Musik“. Die Leserschaft dieser Musikzeitschrift war vermutlich klein mit einem Kreis von ca. 800 Abonnenten. Laut bürgerlichen Historikern hatte die Schrift bei Erscheinen keine große Wirkung.³⁷⁴ Allerdings kehrte

* Bein, Alexander: Die Judenfrage, Stuttgart 1980, Bd. 2, S. 180 f.. Die Schrift Gobineaus spielte durchaus eine Rolle, allerdings nicht für die Debatten in der Sozialdemokratie. Die Schrift Gobineaus war schon relativ früh auf Französisch veröffentlicht worden. Marx hatte sie gelesen und in einem Brief an Laura und Paul Lafargue vom 5. März 1870 Gobineaus Rassismus auf den Punkt gebracht. Nach Gobineau sei „la race blanche („die weiße Rasse“, A. d. V.) eine Art Gott unter den anderen Menschenrassen [...] und natürlich sind die vornehmen Familien der ‚race blanche‘ wiederum la crème de la crème.“ (MEW 32, S. 655) Auf Deutsch wurde Gobineaus Machwerk erst nach dem hier behandelten Zeitraum übersetzt. Insofern werden wir im nächsten Band der Studie darauf eingehen.

** Wagner verkehrte in der Zeit 1848 in linken Kreisen, war zum Beispiel mit dem Anarchisten Bakunin befreundet. Auch wenn nicht belegt ist, dass er aktiv an den Barrikadenkämpfen teilgenommen hat, so ist doch nachgewiesen, dass er Flugblätter hat drucken lassen und auch auf Veranstaltungen des sogenannten „Dresdner Vaterlandsvereins“ in Dresden Reden gehalten hat, in denen er sich durchaus für die „Revolution“ und die „Republik“ aussprach. Vieles blieb auch damals im Dunkeln, etwa was er sich unter „Abschaffung der Monarchie“ vorstellte und was seine Forderung bedeutete, dass es einen König geben sollte, der der „erste und allerrechtteste Republikaner“ sein sollte. Nach dem Scheitern der Revolution wurde Wagner per Haftbefehl gesucht und floh in die Schweiz, wo er sich bald von seinen Dresdner Aktivitäten distanzierte und an die Herrschenden anbot, um seine Stellung als Kapellmeister in Dresden wieder zurückzubekommen.

Wagner 1864 auf Initiative von Ludwig II. nach München zurück und ließ kurz darauf, 1869, „Das Judentum in der Musik“ als eigenständige Schrift neu und unter seinem Namen auflegen. Dass Wagner die Schrift nun neu und unter seinem inzwischen weithin bekannten Namen erscheinen ließ, ist ein Zeichen dafür, dass er an Inhalt und Formulierung seiner Schrift festhielt und die Zeit für gekommen hielt, seinen Judenhass offen und in weiteren Kreisen zu propagieren.

Er griff das judenfeindliche Bild auf, wonach „der Jude“ angeblich Fäulnis und Verwesung bringe, und übertrug es auf die Kultur:

„So lange die musikalische Sonderkunst ein wirklich organisches Lebensbedürfnis in sich hatte [...], fand sich nirgends ein jüdischer Komponist: unmöglich konnte ein diesem Lebensorganismus gänzlich fremdes Element an den Bildungen dieses Lebens teilnehmen. Erst wenn der innere Tod des Körpers offenbar ist, gewinnen die außerhalb liegenden Elemente die Kraft, sich seiner zu bemächtigen, aber nur um ihn zu zersetzen. Dann löst sich wohl das Fleisch dieses Körpers in wimmelnde Vielleibigkeit von Würmern auf.“³⁷⁵

Er schmähte und beschimpfte Jüdinnen und Juden und erklärte, er fühle sich „bei wirklicher, tätiger Berührung mit Juden von diesen stets unwillkürlich abgestoßen.“³⁷⁶

„Der Jude“, so Wagner, sei unfähig, sich „uns künstlerisch kundzugeben.“³⁷⁷ Das Jiddische verunglimpfte er als „unserem Ohre durchaus fremdartig und unangenehm“ und als „zischender, schrillender, summsender und murksender Lautausdruck“³⁷⁸ und warnte vor einer vermeintlichen „Verjüdung der modernen Kunst“.³⁷⁹

Das
Judenthum in der Musik.

Von
Richard Wagner.

Leipzig
Verlagsbuchhandlung von F. F. Weber
1869

Titelseite von Wagners judenfeindlicher Schrift von 1869

Er stachelte Verachtung und Hass gegen Jüdinnen und Juden an und stellte sie als „unangenehm fremdartig“ dar.* Wagners Judenfeindschaft war rassistisch. Ein Jude könne sich mit „den ihm fremdartigsten Rassen“ vermischen, es käme doch immer „ein Jude zutage“.** Die Jüdinnen und Juden seien verflucht, und nur ihr „Untergang“ mache sie zu Menschen – wobei Wagner hier offen lässt, mit welchen judenfeindlichen Maßnahmen dieser Untergang erreicht werden soll.***

Der Judenfeind Wagner wurde 1876 „Staatskomponist“ und gründete im selben Jahr die „Bayreuther Festspiele“. Im Eröffnungsjahr lernte Wagner Gobineau persönlich kennen. Er veröffentlichte zwei weitere judenfeindliche Aufsätze „Was ist deutsch?“ (1878) und „Erkenne dich selbst!“ (1881).

* Bei Wagner heißt es: „Der Jude, der bekanntlich einen Gott ganz für sich hat, fällt uns im gemeinen Leben zunächst durch seine äußere Erscheinung auf, die, gleichviel welcher europäischen Nationalität wir angehören, etwas dieser Nationalität unangenehm Fremdartiges hat: wir wünschen unwillkürlich, mit einem so aussehenden Menschen nichts gemein zu haben.“ (Wagner, Richard: Das Judentum in der Musik, 1850, Nachdruck Bremen 1998, S. 15)

** „Dagegen ist denn allerdings der Jude das erstaunlichste Beispiel von Rassenkonsistenz, welches die Weltgeschichte noch je geliefert hat. Ohne Vaterland, ohne Muttersprache wird er, durch aller Völker, Länder und Sprachen hindurch, vermöge des sicheren Instinktes seiner absoluten und unverwischbaren Eigenartigkeit zum unfehlbaren Sich-immer-Wiederfinden hingeführt: selbst die Vermischung schadet ihm nicht; er vermische sich männlich oder weiblich mit den ihm fremdartigsten Rassen, immer kommt ein Jude wieder zutage. Ihn bringt keine noch so ferne Berührung mit der Religion irgendeines der gesitteten Völker in Beziehung; denn in Wahrheit hat er gar keine Religion, sondern nur den Glauben an gewisse Verheißungen seines Gottes, die sich keineswegs wie in jeder wahren Religion auf ein außerzeitliches Leben über dieses rein reale Leben hinaus, sondern auf eben dieses gegenwärtige Leben auf der Erde einzig erstrecken, auf welcher seinem Stamme allerdings die Herrschaft über alles Lebende und Leblose zugesichert bleibt.“ (Ebenda, S. 127)

*** „Gemeinschaftlich mit uns Mensch werden, heißt für den Juden aber zu allernächst so viel als: aufhören Jude zu sein [...] Aber bedenkt, dass nur Eines eure Erlösung von dem auf euch lastenden Fluche sein kann: Die Erlösung Ashavers – der Untergang!“ (Ebenda, S. 31)

b) Paul de Lagarde 1878: Juden seien „wie Bazillen“ und müssen „so gründlich wie möglich vernichtet“ werden

Paul de Lagarde (1827–1891) war einer der populärsten judenfeindlichen und völkisch-deutschnationalen Publizisten seiner Zeit.

Seit 1869 hatte er eine Professur in Göttingen. Von Beruf Orientalist, propagierte er massiv deutschen Nationalismus, den er mit imperialistisch-expansionistischen Forderungen zur Erweiterung des „Deutschen Reiches“ verband. Fester Bestandteil seines völkischen Nationalismus war eine aggressive Judenfeindschaft, die allerdings religiöse „Begründungen“ ablehnte. Lagardes „deutsche Nation“ konnte nur im Kampf gegen diejenigen Kräfte erreicht werden, die seiner Meinung nach Urheber der Zwietracht seien: Juden und Liberale.

Seine Artikel publizierte er ab 1878 in dem Sammelband „Deutsche Schriften“, der in mehreren Auflagen erschien und ein Bestseller wurde. Er propagierte darin die Rückkehr zum ursprünglichen „Germanentum“ und forderte eine „rein deutsche Kultur“, gereinigt von den „krankhaften“ kulturellen und politischen Erscheinungen der kapitalistischen Gesellschaft.

Sein Kampf für eine germanisch-deutsche Leitkultur war ebenso ein Kampf gegen „das jüdisch-kapitalistische Gewinnstreben“:³⁸⁰

„Den Cloak der Börsenspekulation und des Börseneinflusses dankt die Erde der Judenschaft!“³⁸¹

In zahlreichen Artikeln beschimpfte er Judentum und Juden aufs übelste. Er bezeichnete Jüdinnen und Juden als „eine uns widerwärtige, für die Geschichte unnütze Last“.³⁸² An anderer Stelle schrieb er:

„Jeder uns lästige Jude ist ein schwerer Vorwurf gegen die Echtheit und Wahrhaftigkeit unseres Deutschtums. Allerdings kann die Nation nicht energisch und ernst genug sich selbst leben, [...] wenn die Regierungen ihr nicht den Ballast vom Halse und von der Seele nehmen“.³⁸³

Im Artikel „Juden und Indogermanen“ (1887) beschimpfte und entmenslichte Lagarde Jüdinnen und Juden als „Bazillen“ und „Träger

der Verwesung“; die „jede nationale Kultur“ infizieren, „das menschliche und materielle Potential ihrer Gastländer ausbeuten“.³⁸⁴ Er forderte ihre Vernichtung:

„Es gehört ein Herz von der Härte der Krokodilhaut dazu, um mit den armen ausgesogenen Deutschen nicht Mitleid zu empfinden – und was dasselbe ist – um die Juden nicht zu hassen, um diejenigen nicht zu hassen und zu verachten, die – aus Humanität! – diesen Juden das Wort reden, oder die zu feige sind, dies wuchernde Ungeziefer zu zertreten. Mit Trichinen und Bazillen wird nicht verhandelt. Trichinen und Bazillen werden auch nicht erzogen, sie werden so rasch und so gründlich wie möglich vernichtet.“³⁸⁵

Der Judenfeind Houston Chamberlain lobte Lagarde als einen „echt germanischen Mann“.³⁸⁶ An „seiner“ Universität Göttingen wird Paul de Lagarde noch heute gewürdigt.*

* Im offenen Brief des Asta der Göttinger Universität „Keine Huldigung für Antisemiten an der Universität Göttingen“ vom 25. Juli 2017 heißt es in einer Protesterklärung von Studierenden: „Dieser (Lagarde A. d. V.) war Ende des 19. Jahrhunderts Professor für Orientalische Philologie an der Universität Göttingen. Das Seminar für Ägyptologie und Koptologie erwähnt ihn heute auf der eigenen Homepage ‚als wohl besten Koptologen der Zeit‘ und vermerkt, er sei ‚außerhalb seines Fachgebiets vor allem durch seine zivilisationskritischen politischen Schriften‘ bekannt geworden. Doch kann dies getrost als Verharmlosung seines eigentlichen Gedankenguts gelten [...] Das Seminar für Arabistik/Islamwissenschaften konnte sich immerhin dazu durchringen, seinen Antisemitismus zu erwähnen, entschuldigt diesen jedoch umgehend dadurch, Lagarde, sei eine ‚komplexe, durch trübe Kindheitserfahrung belastete, unglückliche Persönlichkeit‘ gewesen. Die Göttinger Akademie der Wissenschaften verzichtet da lieber gleich vollständig auf Einlassungen zu seiner Person und beschränkt sich auf die Fortführung von Lagardes Lebenswerk [...] Diese Arbeiten werden zu allem Überfluss auch noch im ‚Lagarde-Haus‘ im Friedländer Weg 11 durchgeführt, an dessen Fassade eine Tafel in Gedenken an diesen ‚Orientalisten und politischen Schriftsteller‘ angebracht ist“. (Asta der Uni Göttingen: Offener Brief „Keine Huldigung für Antisemiten an der Universität Göttingen“, <https://asta.uni-goettingen.de/offener-brief-keine-huldigung-fuer-antisemiten-an-der-universitaet-goettingen/>)

c) Professor Treitschke 1879: „Die Juden sind unser Unglück“

Heinrich von Treitschke (1834–1896) war ein hochangesehener reaktionärer Historiker und Publizist, Mitglied des Reichstags von 1871 bis 1884 (bis 1878 bei den Nationalliberalen, dann parteilos).

Es war ein wichtiger Umstand, dass gerade ein Geschichtsprofessor die Judenfeindschaft salonfähig machte. Als Nationalist verkörperte Treitschke wie kein anderer die Verschmelzung von Judenfeindschaft und völkischem Nationalismus. Der religiöse Aberglaube vergangener Zeiten war inzwischen weitaus weniger „identitätsstiftend“ als eine „gemeinsame ruhmreiche deutsche Geschichte“. Der völkische Nationalismus sollte die geografisch und historisch unverbundenen und klassenmäßig gespaltenen Elemente des „Deutschen Reiches“ zusammenkitten. Dafür wurden „Feinde im Inneren“ geschaffen, insbesondere das Feindbild „des Juden“.*

Treitschke gehörte zum rechten Rand der „Nationalliberalen“, deren Fraktion er als Reichstagsabgeordneter 1878 verlassen hatte. Er war ein entschiedener Verfechter des reaktionären Preußentums und Bismarcks.³⁸⁷

In den 1870er und 1880er Jahren dozierte Treitschke an der Berliner Universität. Von 1879 bis 1894 verfasste er die fünfbändige „Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert“**, ein bildungsbürgerliches Werk, das

* Der jüdische Rechtsgelehrte Ludwig Fuld schrieb 1899 rückblickend richtig über Treitschke (auch wenn die Wortwahl der „deutschen Volksseele“ seltsam anmutet): „Treitschke hat sowohl als bedeutender Historiker wie als gefeierter Universitätslehrer und als glänzender Publizist die Lehren des Antisemitismus verbreitet und darum zum guten Teil die Verantwortung von der Vergiftung der deutschen Volksseele zu tragen.“ (Fuld, Ludwig: Antisemitismus in der Wissenschaft, in: Im deutschen Reich, Heft 8, 1899, S. 405)

** Alex Bein schreibt zur Bedeutung von Treitschkes „Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert“: „Ein umfassendes, in weitesten Kreisen [...] mit Bewunderung gelesenes Geschichtswerk wie Heinrich von Treitschkes ‚Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert‘ [...] hat wahrscheinlich mehr zur Verbreitung antijüdischer Tendenzen beigetragen als die radikal-antisemitische Literatur und hat auf diese Weise mit dazu geholfen, dass die radikaleren Lehren auf fruchtbaren Boden fielen.“ (Bein, Alex: Die Judenfrage, Biographie eines Weltproblems, Band 1, Stuttgart 1980, S. 238)

in keinem akademischen Haushalt fehlen durfte und zum „Gründungsmythos“ von 1871 maßgeblich beitrug.

Treitschke hetzte gegen die Sozialdemokratie und die revolutionäre Bewegung der proletarischen Klasse, aber unter anderem auch gegen Heinrich Heine. Er beschwerte sich wiederholt darüber, dass eine vermeintlich „verjudete“ Presse seine „Deutsche Geschichte“ tendenziös bespreche oder totschweige.³⁸⁸

Die Bildung des deutschen Nationalstaats stellte er deutschtümelnd sozusagen als gottgewollte Vollendung der deutschen Geschichte dar. „Es wird nicht mehr allzu lange dauern“, spottete der Basler Historiker Jakob Burckhardt Ende 1872, „bis die ganze Weltgeschichte von Adam an siegesdeutsch angestrichen und auf 1870/71 orientiert sein wird“.³⁸⁹

Als Treitschke bei den Vorbereitungen auf einen weiteren Band seiner „Deutschen Geschichte“ auf den 11. Band der „Geschichte der Juden“ des jüdischen Historikers Heinrich Graetz stieß, erklärte er, er habe „den 11. Band von Grätz Gesch. der Juden gelesen und finde kaum Worte um meinen Ekel auszusprechen“.³⁹⁰ Das hatte nicht nur damit zu tun, dass Graetz als selbstbewusster und gelehrter Historiker gerade nicht dem Bild entsprach, das Treitschke einem Juden zugestehen wollte. Auch wühlte Graetz in Treitschkes Augen in der angeblich so edlen deutschen Geschichte und prangerte Antihumanismus und Judenfeindschaft gerade auch bei den sogenannten „Großen Deutschen“ an.

In Treitschkes Umfeld war bereits seit Jahresbeginn 1879 intensiv über die sogenannte „Judenfrage“ diskutiert worden.* „Können diese Juden überhaupt einen Beitrag zur hochstehenden deutschen Kultur beitragen?“, fragten die deutsch-spießigen Bildungsbürger, die vorgaben, sich von den verpönten „Radau-Antisemiten“ à la Marr und

* Schon vor der Veröffentlichung seines berüchtigten judenfeindlichen Essays „Unsere Aussichten“ war publik geworden, dass Treitschke in seinen Vorlesungen Judenhetze betrieb. Im Februar 1879 meldete die „Israelitische Wochenschrift“, dass der „berühmte Publizist und Geschichtsforscher die geweihten Hallen der Wissenschaft“ zu einem „Ausfalle gegen das gesamte Judentum“ benutzt habe (Israelitisches Wochenblatt vom 19.2.1879, zitiert in: Jensen, Uffa: Gebildete Doppelgänger. Bürgerliche Juden und Protestanten im 19. Jahrhundert, Göttingen 2005, S. 206).

Stoecker abzugrenzen. Das wird man ja wohl noch fragen dürfen! Die Judenfeinde behaupteten, die political correctness würde es verbieten, die Meinung über die Juden offen auszusprechen. Der tatsächliche „Gegenstand“ der eigenen judenhetzerischen Meinung – die Jüdinnen und Juden in Deutschland – wurden als Verursacher dieser Einschränkung präsentiert.

Treitschke hatte seine judenfeindlichen Artikel* nicht schnell heruntergeschrieben. Er hatte jedes Wort sorgsam gewählt und eingesetzt, wie aus einer Korrespondenz mit seinem Verleger Georg Reimer vom 17. November 1879 hervorgeht. Gerade bei der „heillosen Judensache“, so Treitschke, müsse man jedes Wort abwägen. Treitschkes judenfeindlicher Angriff war also eine lange vorher als „Tabubruch“ geplante Provokation. Im gleichen Brief teilte er Reimer auch seine Absichten mit:

„Und doch muss man den Kerlen („den Juden“, A. d. V.) auch sagen, dass nicht wir, sondern sie selber an der jetzt losbrechenden furia tedesca schuld sind.“³⁹¹

Im Novemberheft 1879 der angesehenen „Preußischen Jahrbücher“, deren Mitherausgeber und Redakteur Treitschke war, erschien als eine Art Leitartikel von 17 Seiten Umfang Treitschkes judenfeindlicher Essay „Unsere Aussichten“ am Schluss des Heftes.

Auf den ersten 12 Seiten analysiert Treitschke darin die Lage im Kaiserreich, seine politischen und ideologischen Grundlagen.³⁹² Er forderte eine „innere Reichsgründung“ (S. XX), ein „gekräftigtes Nationalgefühl“ (S. XX), also die Entfaltung des deutschen Nationalismus. Vor allem die letzten fünf Seiten hatten es in sich. Treitschkes Judenfeindschaft war nicht religiös oder rassistisch motiviert. Er forderte auch nicht die Zurücknahme der bürgerlich-demokratischen Emanzipation. Geschickt stellte er sich vor als jemand, der „lediglich“ an die

* Es handelt sich dabei um drei Artikel: „Unsere Aussichten“, „Herr Graetz und sein Judentum“ sowie „Noch einige Bemerkungen zur Judenfrage“. Alle drei Artikel erschienen im Januar 1880 als Separatdruck mit dem Titel „Ein Wort über unser Judentum“, das einem viel größeren Lesepublikum zugänglich war als den 1.500 Abonnenten der „Preußischen Jahrbücher“.

Jüdinnen und Juden appellierte, sie sollten sich „rückhaltlos entschließen, Deutsche zu sein“ (S. 15). Die Spitze seiner Kritik richtete sich nicht gegen gläubige Jüdinnen und Juden, sondern gegen die aufklärerisch-liberalen Jüdinnen und Juden, denen er „heimatloses Weltbürgertum“ vorwarf. Seine gesamte Argumentation mündete in dem unverblümt judenfeindlichen Satz „Die Juden sind unser Unglück“ (S. 14), den er als Wiedergabe der „öffentlichen Meinung“ ausgab.* Dieser Satz wurde dann von den Nazis als zentrales Schlagwort aufgenommen und prangte auf jeder Titelseite des Nazi-Organs „Der Stürmer“.

Treitschke versuchte den Eindruck von Objektivität zu erwecken, so, als ob er gegenüber der judenfeindlichen Bewegung einen objektiven Standpunkt einnehmen würde.** Tatsächlich brachte er das „Kunststück“ fertig, der Judenhetze Munition zu liefern und Judenfeindschaft zu fördern und zugleich den oberflächlichen Eindruck zu erwecken, dass er gerade dies nicht täte. Seinem Text verlieh dies eine scheinbare Objektivität und zeichnete ein vermeintlich differenziertes Bild zu den „Radau-Antisemiten“. Zugleich gelang es Treitschke aber gerade mit dieser Methode, für die gebildete nichtjüdische Elite das vermeintliche Tabu zu durchbrechen.***

Zum anderen versuchte Treitschke Vorwürfe zu entkräften, er sei Judenhasser, in dem er als Beweis – wer kennt das nicht auch heute – einen Juden als Freund präsentierte. Er schrieb mit Blick auf seinen

* Bei Treitschke heißt es: „Bis in die Kreise der höchsten Bildung hinauf, unter Männern, die jeden Gedanken kirchlicher Unduldsamkeit oder nationalen Hochmuths mit Abscheu von sich weisen würden, ertönt es heute wie aus einem Munde: die Juden sind unser Unglück!“ (S. 14)

** So sagt er etwa über die judenfeindliche Bewegung: „Es ist des Schmutzes und der Rohheit nur allzu viel in diesem Treiben“ (S. 10). An anderer Stelle benutzt er Formulierungen wie „es ertönt“ (S. 14) usw. und nimmt damit vermeintlich nur die Position des Beobachters ein.

*** Der Vertraute und Kollege Treitschkes, Herman Grimm, zeichnete in seinem Tagebuch den Erfolg der Judenhetze: „Das Resultat der Antisemitenbewegung ist, dass Juden und Judentum überall heute mit einer rohen Unbefangenheit besprochen werden, die geradezu erstaunlich ist. Die Scham, die man früher hatte, die Frage auszuüben, scheint selbst den Semiten abhanden gekommen zu sein.“ (Tagebucheintrag vom 25.4.1881, zitiert nach: Jensen, Uffa: Gebildete Doppelgänger. Bürgerliche Juden und Protestanten im 19. Jahrhundert, Göttingen 2005, S. 215, Fußnote 65)

verstorbenen Bekannten Alphons Oppenheim demagogisch zwecks Täuschung:

„Als ich jenen Aufsatz schrieb, musste ich unwillkürlich an einen verstorbenen Jugendfreund denken, einen guten Deutschen jüdischer Abstammung, einen der treuesten, liebevollsten und uneigennützigsten Menschen, die ich je gekannt; ich richte meine Worte so ein, als ob ich mit ihm spräche, und hoffe auf die Zustimmung jener Juden, die sich ohne Vorbehalt als Deutsche fühlen.“ (S. 279)

Der Berliner Psychologe jüdischer Herkunft Moritz Lazarus durchschaute dieses Manöver. In seiner Replik gegen Treitschke schrieb er im Dezember 1879:

„Das allgemeine Gefängnis des Gesamturteils, in welches man Alle sperrt, obgleich nur einige schuldig sind, pflegt wohl eine kleine Hintertür zu haben, durch welche diese logischen Gefangenenwärter, bestochen von den Vorzügen derselben, Einzelne herausschlüpfen zu lassen. Man gibt zu, dass es Ausnahmen gibt, die man sogar als ‚Freunde‘ anerkennt.“ (S. 67)

Keine andere judenfeindliche Schrift hatte damals solches Aufsehen erregt und solche publizistischen Folgen wie die Schrift von Treitschke. Treitschkes Artikel „Unsere Aussichten“ erfuhr eine breite Unterstützung.³⁹³ Dieser Aufsatz gehörte gleichzeitig zu den judenfeindlichen Schriften, die auf entschiedenen Protest von jüdischen Aktivisten stieß, allerdings leider nicht vonseiten sozialdemokratischer Kräfte kritisiert und verurteilt wurde.

Gegen Treitschkes judenfeindliche Provokation positionierten sich fast ausschließlich Vertreter der jüdischen Gemeinden zur Verteidigung der Rechte der Jüdinnen und Juden.³⁹⁴ Nichtjuden, die das Wort ergriffen, waren fast ausnahmslos Judenfeinde, die Treitschke sekundierten.

Am 23.12.1879 resümierte die „Allgemeine Zeitung des Judentums“:

„Mit einer Heftigkeit, wie man sie seit Jahrhunderten nicht erlebt, mit einer unsittlichen Verachtung der Wahrheit führte man die-

sen Anprall gegen die Juden wieder auf. Diese Erscheinung, betrübend für jeden wahren Freund der Humanität und der Kultur, markiert das ablaufende Jahr.“³⁹⁵

Heinrich Graetz war als Einziger von Treitschke namentlich angegriffen worden und hatte am 7. Dezember 1879 seine „Erwiderung an Herrn von Treitschke“ veröffentlicht. Dies konnte Treitschke nicht auf sich sitzen lassen. Im Dezemberheft der „Preußischen Jahrbücher“ erschien Treitschkes erste Replik auf die bisherigen von Mitgliedern der Jüdischen Gemeinde veröffentlichten Verteidigungsschriften. Darin wiederholte er in „Herr Graetz und sein Judentum“³⁹⁶ seine Anschuldigungen. Er behauptete „die Haltung des Judentums selber“ habe „eine Mitschuld an dem Unfrieden des Augenblicks“. (S. 115) Das „ganze Füllhorn deutscher Entrüstungssuperlative“ sei über ihn herabgeschüttet worden (ebenda), erklärte der Provokateur und stellte sich als „Opfer“ dar.

Nochmals wiederholte Treitschke seine infame These, dass die jüdische Verfolgungsgeschichte die Juden in Deutschland böse gemacht habe, dass nämlich „eine vielhundertjährige Knechtung bei leidlichem wirtschaftlichen Wohlbefinden den Charakter eines Volkes notwendig schwerer schädigt als eine Geschichte voll großer Leiden und Kämpfe“ (S. 118).

Immer wieder wiederholt Treitschke, dass Graetz angeblich eine „herausfordernde Verachtung gegen das deutsche Volk“ habe. Er diffamiert ihn als „Fremdling“ und „Orientalen“:

„Nun frage ich: kann ein Mann, der also denkt und schreibt, selber für einen Deutschen gelten? Nein, Herr Graetz ist ein Fremdling auf dem Boden ‚seines zufälligen Geburtslandes‘, ein Oriental, der unser Volk weder versteht noch verstehen will.“ (S. 125)

Am Schluss behauptet Treitschke, Graetz habe die Anerkennung der Juden als Minderheit in Deutschland gefordert. Das stimmt zwar wortwörtlich nicht, ist aber für Treitschkes deutschen Nationalismus und Chauvinismus nicht zu verkraften:

„Niemals! [...] Auf deutschem Boden ist für eine Doppel-Nationalität kein Raum.“ (S. 125 f.)

An der „tausendjährigen Arbeit deutscher Staatenbildung“ hätten die Juden keinen Anteil genommen, es dürfe nicht zugelassen werden, dass sie „die Fundamente germanischer Gesittung“ (S. 126) beeinträchtigten. Die öffentliche Meinung beginne endlich wachsam zu werden. Nur noch wenige Jahre, dann werde diese Meinung so weit erstarkt sein, dass „Schimpfreden wider den ‚germanischen Ur-Mob‘ „(Ebenda) in Deutschland nicht mehr möglich sein würden.

Im Januar-Heft 1880 der „Preußischen Jahrbücher“ nahm Treitschke mit dem Artikel „Noch einige Bemerkungen zur Judenfrage“ nochmals Stellung gegen Breßlau und Graetz, die Treitschke mit ihren Stellungnahmen entgegengetreten waren. Gegen Henry Breßlau betont Treitschke, dass die judenfeindliche Bewegung nicht von 1875 datiere, sondern „viel älteren Ursprungs“ sei, sie sei seit mehr als einem Jahrzehnt „in der Stille“ angewachsen, immer leidenschaftlicher sei die Frage erörtert worden, „wie wir unsere alte deutsche Art gegen die wachsende Macht und den wachsenden Übermut des Judentums beschützen sollen.“ (S. 280)

Treitschke hetzte gegen einen „Schwarm von heimatlosen internationalen Journalisten“, gegen „große, kosmopolitische Geldmächte“ usw. (S. 281)

Die jüdische Emanzipation habe „insofern günstig gewirkt, als sie den Juden jeden Grund berechtigter Beschwerden entzog“. (S. 282) Zudem seien die Juden „dem neuen Deutschland Dank schuldig für das Werk der Befreiung“. (Ebenda)

Gegen Lazarus erklärte Treitschke, „ganz unzweifelhaft sind wir Deutschen ein christliches Volk“ (S. 288). Nachdem er die Geschichte des angeblichen Verschmelzens von Christentum und Deutschtum beschwor, folgerte er:

„Wer angesichts dieser offenkundigen Tatsachen behauptet, das Judentum sei genau in demselben Sinne deutsch wie das Christentum, der versündigt sich an der Herrlichkeit der deutschen Geschichte.“ (S. 289)

Dem Judentum aber gebühre nur eine „bescheidene Ausnahmestellung“ innerhalb „der christlichen Kulturwelt“. (S. 289)*

d) Eugen Dühring 1881: „Judenfrage“ nur durch „Ertötung und Ausrottung“ zu lösen

Ein prominenter akademischer rassistischer Judenhetzer war der Privatdozent Eugen Dühring (1833–1921), auch wenn er auf den ersten Blick vielleicht nicht in die Reihe ausgewiesener Judenfeinde „passt“, denn er galt zunächst als „links“, war Atheist und entwickelte sich vom zeitweise in der deutschen Sozialdemokratie einflussreichen theoretischen Hochstapler hin zum offenen Judenfeind.

Dühring unterrichtete Nationalökonomie und Philosophie an der Berliner Universität und wirkte in verschiedenen damals entstehenden „Reformvereinen“ und einem ihrer Hauptorgane, der „Westfälischen Reform“**, mit.

Zur Autorität Dührings in der linken Bewegung trug sein zeitweise oppositionelles Auftreten bei, auch schon mal reaktionäre Universitätsprofessoren und die Universitätsordnung anzugreifen. Nachdem er 1877 in seinem Buch „Der Weg der höheren Berufsbildung bei Frauen und die Lehrweise der Universität“ die damalige Universität in Frage gestellt hatte, verlor er seine Lehrbefugnis. Breite demokratische Kreise schlossen sich einer Protestkampagne zu seiner Wiedereinstellung an.

Dühring konnte zunächst nahezu ungehindert seine Positionen bis hinein in die Sozialdemokratie vertreten. Seine pseudosozialistische „neue Theorie“ gewann erheblichen Einfluss, ja wurde sogar von führenden Kadern der Sozialdemokratie wie Bebel und Liebknecht als angeblich wertvolle Bereicherung neben die des wissenschaftlichen Kommunismus von Marx und Engels gestellt.

* Genauer zu Treitschke siehe „Beiträge zur Vertiefung“: Analyse der jüdenfeindlichen Textstellen in Heinrich von Treitschkes Artikel „Unsere Ansichten“ (1879).

** Die „Westfälische Reform – Wochenblatt zur Pflege des Deutschtums und des ehrlichen Geschäftsverkehrs – Älteste jüdengegnerische Zeitschrift“ erschien in Dortmund ab 1880 fast 20 Jahre lang. Das Blatt richtete sich insbesondere an das Kleinbürgertum des Ruhrgebiets.

Um nachzuvollziehen, wie stark Dührings Einfluss zeitweilig innerhalb der deutschen Sozialdemokratie war, sind die Bemerkungen von Bebel und Mehring aufschlussreich. Bebel berichtete darüber später in seiner Biographie von 1910:

„Dühring war es gelungen, fast die gesamten Führer der Berliner Bewegung für seine Theorien einzunehmen. Auch ich war der Ansicht, dass jede schriftstellerische Leistung, die, wie die Dühringschen Arbeiten, dem bestehenden Sozialzustand scharf zu Leibe ging und sich für den Kommunismus erklärte, aus agitatorischen Gründen unterstützt und für uns ausgenutzt werden müsse. Von diesem Standpunkt aus hatte ich schon 1874 von der Festung aus zwei Artikel unter der Überschrift ‚Ein neuer Kommunist‘ im ‚Volksstaat‘ veröffentlicht, in denen ich Dührings Arbeiten besprach.* Die betreffenden Bücher hatte mir Eduard Bernstein zugesandt, der damals mit Most, Fritzsche und anderen zu Dührings begeisterten Anhängern gehörte. Dass Dühring bald darauf wegen seiner Lehren mit den Staats- und Universitätsbehörden in Konflikt kam, ein Konflikt, der im Juni 1877 zu seiner Maßregelung an der Berliner Universität führte, erhöhte noch sein Ansehen in den Augen seiner Anhänger.“³⁹⁷

Mehring schrieb:

„Ein Universitätslehrer nun gar, der sich mit dem Sozialismus, in dieser oder jener Schattierung des vieldeutigen Begriffs, anfreundete oder anzufreunden schien, brauchte keine allzu strenge Kritik seiner geistigen Habe zu befürchten.

* Bebel veröffentlichte im „Volksstaat“ über Dührings Werk „Cursus der National- und Sozialökonomie“ (Berlin 1873) einen Artikel mit dem Titel „Ein neuer Kommunist“. Darin hieß es, „dass nach Marx‘ ‚Kapital‘ Dührings neuestes Werk zu dem Besten gehört, was auf ökonomischem Gebiete die neueste Zeit hervorgebracht hat“. (Volksstaat, 2. März 1874, Nr. 33, Zitiert nach: Greive, Hermann: Geschichte des modernen Antisemitismus in Deutschland, Darmstadt 1983, S. 92)

Vor allem war Dühring vor solcher Kritik gesichert, da vieles an dem Manne, Persönliches und Sachliches, die geistig regen Elemente der Berliner Sozialdemokratie anziehen musste. Er besaß ohne Zweifel große Fähigkeiten und Gaben, und die Art, wie er, arm und frühzeitig völlig erblindet, sich lange Jahre in der schwierigen Stellung eines Privatdozenten zu behaupten wusste, ohne jedes Zugeständnis an die herrschenden Klassen, auch auf dem Katheder seinen politischen Radikalismus bekennend, der nicht davon zurückscheute, Marat, Babeuf und die Männer der Kommune zu feiern, konnte den Arbeitern nur sympathisch sein. Seine Schattenseiten, die Anmaßung, womit er ein halbes Dutzend wissenschaftlicher Gebiete souverän zu beherrschen behauptete, auf deren keinem er schon wegen seines körperlichen Leidens wirklich heimisch war, und der immer wachsende Größenwahn, womit er seine Vorläufer niedersäbelte, auf philosophischen Gebiete die Fichte und Hegel ebenso wie auf ökonomischem Gebiete die Marx und Lassalle, blieben im Hintergrund oder wurden als Entgleisung entschuldigt, die bei der geistigen Vereinsamung und den schweren Lebenskämpfen des Mannes begreiflich wären.

Marx hat die ‚hundskommunen‘ Angriffe Dührings gar nicht beachtet, und inhaltlich waren sie auch nicht dazu geeignet, ihn herauszufordern. Auch die beginnende Schwärmerei der Parteigenossen für Dühring ließ ihn noch lange kalt, obgleich Dühring mit seinem Unfehlbarkeitsbewusstsein und seinem System von ‚Wahrheiten letzter Instanz‘ alle Anlagen eines geborenen Sektenstifters besaß.“³⁹⁸

Es bedurfte großer Anstrengungen von Engels und Marx, den reaktionären Ansichten Dührings umfassend entgegenzutreten. 1878 veröffentlichte Engels seine Kampfschrift gegen Dühring mit dem ironischen Titel „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“ („Anti-Dühring“). Engels entlarvte Dührings „System“ auf dem Gebiet der Philosophie, der politischen Ökonomie und der Theorie des Sozialismus als idealistisch und reformistisch und entwickelte dabei positiv die Grundlagen des wissenschaftlichen Kommunismus.

Es sollte sich später zeigen, dass Dühring seine zunächst eher „en passant“ fallen gelassenen judenfeindlichen Positionen zu einem rassistischen und judenfeindlichen Programm ausbaute und als ideologische Waffe der herrschenden Klasse zur Verfügung stellte.

Dühring trat zuerst öffentlich als Judenfeind Ende 1879 mit drei Vorträgen auf, der letzte am 8. Dezember mit dem Thema „Die Entstehung der Judenfrage in Europa“. Zwei weitere Vorträge mit den Titeln „Die Unfähigkeit der Juden zu Wissenschaft und Literatur“ und „Die Überschätzung Lessings und dessen Anwaltschaft für die Juden“ hielt er im November 1880.

1881 erschien Dührings „Die Judenfrage als Racen-, Sitten- und Culturfrage“, die bis 1930 in sechs Auflagen erscheinen sollte. Darin führte er Grundlagen seiner rassistischen Judenfeindschaft aus.

Das Problem des „Racejudentums“ sei durch Taufe nicht zu lösen. Juden seien „minderwertig“ als Rasse, aber gleichzeitig sehr „machtvoll“ und zielen auf eine „Zerstörung“ der „sittlichen und materiellen Grundlagen“ der Völker ab.³⁹⁹

Als Forderungen im „Kampf gegen das Judentum“ fordert Dühring zunächst „Einpferchung und Abschließung“ der Juden sowie Deportation.⁴⁰⁰ Es gehe langfristig darum, die „Untermischung“ mit dieser „verderblichen Race“⁴⁰¹ zu verhindern und die „dauernde Unschädlichmachung“ der Juden durchzusetzen.

Judenhetzer wie Theodor Fritsch, Houston Stewart Chamberlain* und Georg von Schönerer waren von Dührings Hetzschrift begeistert. So berief sich etwa Fritsch in seinem „Antisemiten-Katechismus“ von 1887, später unter dem Titel „Handbuch der Judenfrage“, ausdrücklich auf Dühring.⁴⁰²

* In der Reihe der rassistischen Judenfeinde darf der Publizist Houston Stewart Chamberlain (1855–1927) und dessen rassistisches Machwerk „Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts“ von 1899 nicht fehlen. Das 1.200 Seiten umfassende Buch ist eines der Standardwerke für die Verbindung von Judenfeindschaft und völkisch-rassistischer Ideologie, für die feste Verankerung der Judenfeindschaft im deutschnationalen Umfeld. Chamberlains völkische Ideologie hatte zwei alles bestimmende Grundlagen: die rassische Überlegenheit der Germanen und die Feindschaft gegen die Juden „auf Leben und Tod“. Eine genauere Analyse dieses Machwerks werden wir im Band 3 dieser Reihe vornehmen.

Die Judenfrage

als

Racen-, Sitten- und Culturfrage.

Mit

einer weltgeschichtlichen Antwort.

Von

Dr. E. Dühring.



Karlsruhe und Leipzig.

Verlag von H. Reuther.

1881.

Titelseite von Dührings judenfeindlicher Schrift von 1881

In seiner Schrift, „Der Wert des Lebens“ von 1894 wurde Dühring noch deutlicher und erklärte, dass die „Judenfrage“ nur durch Vernichtung der Juden, „nur durch Ertötung und Ausrottung“⁴⁰³ gelöst werden könne.

Bis zu seinem Tod veröffentlichte er zahlreiche judenfeindliche Schriften.⁴⁰⁴ Er spielte auch eine aktive Rolle in der politischen Bewegung der Judenfeinde. Er nahm etwa 1882, 1883 und 1886 an Kongressen der Judenfeinde teil. Er gründete kleinere eigene judenfeindliche Organisationen, die bis einige Jahre nach seinem Tod 1921 noch weiterbestanden, etwa den „Sozialitären Bund“ mit seinem antijüdischen Organ „Der moderne Völkergeist“.

e) August Julius Langbehn 1890: „Juden sind Gift für uns und müssen als solche behandelt werden“

August Julius Langbehn (1851–1907) hatte Kunstgeschichte und Archäologie studiert. Er wurde vor allem durch sein Buch „Rembrandt als Erzieher“⁴⁰⁵ bekannt, das er 1890, kurz vor dem Tod seines von ihm verehrten Paul de Lagarde, anonym veröffentlichte und als Autor „Von einem Deutschen“ angab.

Es wurde sehr schnell zum Bestseller. Innerhalb der ersten zwei Jahre nach Erscheinen erlebte es 40 Auflagen und soll bis 1945 eine Gesamtauflage von 250.000 erreicht haben.⁴⁰⁶ Von Auflage zu Auflage nahm Langbehn Korrekturen und Ergänzungen vor. Es wurde zum Kultbuch in nationalistischen und völkischen Kreisen, geprägt von Deutschtümelei und Judenfeindschaft. Langbehn war damit einer der populärsten völkischen Judenhetzer Ende des 19. Jahrhunderts.

„Rembrandt als Erzieher“ ist eigentlich kein Buch über Rembrandt. Es geht mit keinem Wort auf einzelne Gemälde Rembrandts ein und enthält auch keine Abbildungen. Der Kern des Buches ist, dass Langbehn auf eine „völkische Wiedergeburt durch Kunst“ setzt, wofür der Maler Rembrandt stehen sollte, den er als „Deutschen“ ansieht.

Rembrandt als Erzieher.

Von einem Deutschen.



Vierte Auflage.

Leipzig,
Verlag von C. F. Hirschfeld.
1890.

Titelseite von Langbehns jüdenfeindlicher Schrift, 1890

Langbehns „völkische Wiedergeburt“ steht auf biologistischer, ja rassistischer Grundlage. Für ihn ist die „Macht des Blutes“ entscheidend:

„Die Macht des Blutes erstreckt sich weit [...] sie ist stärker als alles.“ (S. 130)

Und er behauptet weiter: „Alles Aristokratische ist angeboren.“ (S. 40) Langbehn bezieht sich auf Darwin als sein Vorbild, denn „das Naturreich selbst ist aristokratisch aufgebaut; es gliedert sich ... von niederen zu höheren Wesen.“ (S. 40)

Auch Langbehn vertritt den „Arier-Mythos“ und faselt von „arischem Blut“, das am wertvollsten sein soll (S. 328), davon, dass „Ariertum“ und „Deutschtum“ sich „deckende Begriffe“ seien (S. 328) und sich das „arische Blut“ gegen das „fremde Blut“ durch „Kunst und Krieg“ durchsetzen wird (S. 329).

Für Langbehn sind die „Deutschen“ zur Weltherrschaft bestimmt, denn sie sind der „Adel der Welt“. In dem Abschnitt „Die deutsche Weltherrschaft“ schreibt Langbehn:

„Die Deutschen sind bestimmt, den Adel der Welt darzustellen (S. 231). „Der Deutsche beherrscht [...] bereits Europa; [...] es wird vielleicht nicht lange dauern, bis er [...] die Welt beherrscht.“ (S. 230)

Langbehns Ziel der „völkischen Erneuerung“ impliziert also auch den Kampf um die Weltherrschaft durch das „Deutsche Reich“. In diesem Kampf sind „die Juden“ für Langbehn „Feinde der Deutschen“.

Langbehn geht in seinem Buch an einigen Stellen direkt auf „Judentum“ oder „Juden“ ein. Dabei unterscheidet er demagogisch zuerst „zweierlei Juden“, um dann gegen die „heutigen Juden“ seine Hetze zu starten:

„Rembrandts Juden waren echte Juden, die nichts anderes sein wollten als Juden; und die also Charakter hatten. Von fast allen heutigen Juden gilt das Gegenteil; sie wollen Deutsche Engländer Franzosen u. s. w. sein; und werden dadurch nur charakterlos.

Nichts ist schlimmer als Charakterlosigkeit; sie ist das Verbrechen aller Verbrechen; sie ist die Sünde gegen den Heiligen Geist – des Individualismus – die nicht vergeben wird.“ (S. 42)

Langbehns völkischer Nationalismus, der den Jüdinnen und Jude das Recht abspricht, Deutsche, Engländer oder Franzosen zu sein, verbindet sich in seinem Buch „Der Rembrandtdeutsche. Von einem Wahrheitsfreund“ von 1892 mit seiner biologistischen Auffassung:

„Dem Streben der heutigen Juden nach geistiger wie materieller Herrschaft lässt sich ein einfaches Wort entgegenhalten: Deutschland für die Deutschen. Ein Jude kann ebenso wenig zu einem Deutschen werden wie eine Pflaume zu einem Apfel werden kann.“⁴⁰⁷

Die Juden werden als „machtgierig“ hingestellt, denn sie wollten „Herrschaft“ erlangen. Die deutsch-nationalistische Parole „Deutschland für die Deutschen“ wird verknüpft damit, dass „ein Jude“ – heute würden Rassisten sagen: genetisch bedingt – nicht zu einem „Deutschen“ werden kann.⁴⁰⁸

Langbehn beschimpfte in seinem Buch „Rembrandt als Erzieher“ die Juden und forderte indirekt ihre Vernichtung, man solle sie „als Gift behandeln“:

„Deutschland wird sich ihrer (der Juden, A. d. V.) also nach Kräften zu erwehren haben; sie sind ein Gift für uns; und müssen als solches behandelt werden. [...] Ihre Ausbeutungsgier ist grenzenlos [...] Sie sind demokratisch gesinnt, es zieht sie gern zum Pöbel; sie sympathisieren überall mit der Fäulnis.“ (S. 284)

Ähnlich wie die Jesuiten vor der Aufnahme in den Orden Novizen fünf Generationen zurück nach jüdischen Vorfahren überprüften, forderte Langbehn auch eine solche „Ahnenprobe“ für die Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft. (S. 130)

f) Hermann Ahlwardt: „Ausschneidung des Krebsgeschwürs“ (1890)

Ein weiterer äußerst demagogischer judenfeindlicher Hetzer, der sich antikapitalistisch und junkerfeindlich gab, war der Berliner Volksschulrektor Hermann Ahlwardt (1846–1914). Wenngleich er später Mitglied der „Deutsch-Sozialen Reformpartei“ war, ist er nicht vor allem wegen seines „Partei-Antisemitismus“ bekannt, sondern wegen seiner Schriften. 1889 war er aus dem Schuldienst entlassen worden, nachdem er für eine Weihnachtsfeier gesammelte Gelder unterschlagen hatte.⁴⁰⁹ Seine rassistische Judenfeindschaft dokumentierte Ahlwardt in seinem ersten Buch „Der Verzweiflungskampf der arischen Völker mit dem Judentum“ (1890). Ahlwardt propagiert hier einen angeblich schon ewig währenden und bis heute andauernden Kampf der „Juden“, Teil der „semitischen Völker“, gegen die „Arier“, den „die Juden“ auf „heimtückische Weise“ und mit „bedeutendem Verstand“ fast gewonnen hätten (S. VI).⁴¹⁰

In den folgenden Kapiteln versucht Ahlwardt diese judenfeindliche Lüge mit „Fakten“ zu belegen, das heißt, er reiht eine judenfeindliche Lüge an die nächste. Wir wollen hier nur die drei wichtigsten näher betrachten.

Erstens behauptet Ahlwardt, dass sich die Juden für diesen „Kampf“ politische Parteien geschaffen hätten:

„Die Juden operieren dabei ungemein geschickt. Sie haben sich eine Partei für den Arbeiter, eine andere für den unzufriedenen Mittelstand, eine dritte für die besser situierten Leute geschaffen, d. h. die sozialdemokratische, freisinnige und nationalliberale Partei.“ (S. 201)

Dann heißt es weiter: „Sämtliche Revolutionen der Neuzeit sind von Juden ins Werk gesetzt ...“ (S. 201) Als Beispiele nennt Ahlwardt die Französische Revolution von 1789, die Revolution von 1848 sowie die Pariser Kommune von 1871. (ebenda)

Die sozialdemokratische Partei und Revolutionen werden von Ahlwardt als „jüdische Werkzeuge“ hingestellt im Kampf gegen „die Arier“.

Zweitens. Die später von den Nazifaschisten propagierte Hetze, dass dasjenige Volk mit dem „reinsten arischen Blut“ zur Weltherrschaft befähigt sei, findet sich bereits bei Ahlwardt. Er ruft auch bereits in Nazimanager dazu auf, sich „der Juden zu entledigen“:

„Dasjenige Volk, welches sich zuerst und am gründlichsten seiner Juden entledigt und dadurch die Bahn für seine naturgemäße Kulturentwicklung freimacht, ist zum Kulturträger und folgerichtig auch zum Beherrscher der Welt berufen.“ (S. 239)

Drittens. Aufsehen erregten seine judenfeindlichen Beschimpfungen. So hetzte er gegen das „parasitische kulturzerstörende jüdische Volk“ (S. 243), über den „jüdischen Volksstamm“, welcher die Völker zu „willenlosen Sklaven“ machen wolle und sein „Ziel, die volle Unterjochung der Völker“, schon „fast erreicht“ habe (S. VI). Ahlwardt fordert offen den „deutschen Mann“ dazu auf, das „jüdische Volk“ zu bekämpfen und „unschädlich zu machen suchen“ (S. 243).

Der zweite Teil des Buches, „Der Eid eines Juden“, besteht fast ausschließlich aus privaten Dokumenten, Polizeiakten, Gerichtsentscheidungen und Zeitungsberichten als angebliche „Beweisstücke“ über irgendwelche „jüdische Verschwörung“ bis in höchste Regierungskreise, unter anderem eine angeblich korrupte Abmachung des Bismarck-Beraters Bleichröder mit der Polizei in einem Alimentenfall. Vor Gericht konnte sich Ahlwardt aufplustern und wurde zu vier Monaten Gefängnis wegen Beleidigung und übler Nachrede verurteilt.

In den folgenden Jahren veröffentlichte Ahlwardt weitere als Skandal und Enthüllung aufgemachte judenfeindliche Schriften („Wie es der Jude treibt“, 1891; „Otterngezücht“, 1892, „Judenbordelle“, 1892). Große Bekanntheit erwarb er sich mit der Broschüre „Judenflinten“ von 1892. Er behauptete darin, ein Waffenfabrikant (jüdischer Herkunft) namens Löwe habe die deutsche Armee mit Gewehren beliefert, die aufgrund eines „franko-jüdischen“ Komplotts bewusst defekt und mangelhaft ausgeliefert worden seien. Dies zeige, dass die Juden, die „geheimen Oberen“, daran arbeiten, das „germanisch-christliche Volkstum“ zu zerstören.

↗ 50 Pfg. ↖

Neue Enthüllungen

Judenflinten

Von

Hermann Ahlwardt

Rektor in Berlin

—≡≡≡ Neunzehnte Auflage ≡≡≡—

Dresden

Verlag der Druckerei Gieß

1892

Titelseite von Ahlwardts judenfeindlicher Broschüre von 1892

Ahlwardts These vom angeblichen jüdischen Kriegskomplot gegen Deutschland war durchaus eine Vorwegnahme der entsprechenden späteren Nazihetze. Er schrieb:

„Die gewitterschwüle Lage verdankt Europa hauptsächlich dem Judentum. Deutschland soll im nächsten Kriege *nach geheimem Ratschlüsse der jüdischen Oberen* fallen, das zeigt uns der Fall Löwe klar und deutlich, das zeigt uns auch deutlich die planmäßige Zerstörung des germanisch-christlichen Volkstums.“⁴¹¹

Wie der Sozialdemokrat Kurt Falk in seiner Broschüre „Antisemitismus und Sozialdemokratie“ 1892 entlarvte, sollten gemäß der Ahlwardt-Hetze „die Juden daran schuld sein, dass Europa unaufhörlich mit Kriegsgefahr bedroht ist“.⁴¹²

Ahlwardt behauptet weiter, dass „die Juden“ sich auf den „Ruinen des deutschen Wohlstands“ einen „Tempel der Weltherrschaft“ bauen würden⁴¹³ und dass das „Judentum“ über „alle Völker“ herrschen würde.⁴¹⁴

Als Forderung stellt er die „Beseitigung der Juden“ auf. Was das heißt, erläutert Ahlwardt dann näher: Es gehe um das „Ausschneiden des Krebsgeschwürs“.⁴¹⁵ Das muss als klare mörderische Drohung gegen die jüdische Bevölkerung verstanden werden. Innerhalb weniger Wochen wurde die Broschüre in 20 Auflagen verbreitet.⁴¹⁶

Auf Versammlungen wurde Ahlwardt als „Retter des Vaterlandes“ gefeiert und mit Lorbeerkränzen geschmückt.⁴¹⁷ Schließlich wurde die Broschüre beschlagnahmt und Ahlwardt zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Da er aber bei Nachwahlen 1892 in einem Wahlkreis in den Reichstag gewählt worden war, brauchte er wegen parlamentarischer Immunität die Strafe nicht anzutreten. Er erhielt im ersten Wahlgang 6.901 Stimmen (SPD: 942 Stimmen), im zweiten Wahlgang wurde er von den Konservativen unterstützt und erhielt 11.206 Stimmen.⁴¹⁸ Ahlwardt blieb Reichstagsabgeordneter bis 1902.

g) Theodor Fritsch, „Antisemiten-Katechismus“ (1887)

Theodor Fritsch veröffentlichte, wie bereits erwähnt, auf Anregung Liebermann von Sonnenbergs ab 1887 in seinem eigenen Verlag den

„Antisemiten-Katechismus“⁴¹⁹ und dessen Kurzfassung, das „ABC der Antisemiten“.*

Diese judenfeindliche Schrift setzte sich zum Ziel, eine Zusammenfassung der wichtigsten judenfeindlichen Denkfiguren „in gedrängter Form“ (S. III) zu leisten. Der erste Teil des Buches ist in Form von „Fragen und Antworten“ aufgebaut. Hier werden wichtige judenfeindliche Denkfiguren propagiert. Gleich zu Beginn werden die Juden zur „semitischen Rasse“ gezählt, die in Europa fast nur aus Juden bestehe. (S. 1) Die Juden als „Rasse“ werden als „Nomaden“ beschimpft, die dahin ziehen, „wo die beste Beute winkt“. (S. 19) „Dem Juden“ werden die „Arier“ entgegengestellt, „die eigentlichen Kulturvölker“. (S. 19 f.)

Die Juden werden als „besondere Nationalität“ bezeichnet und die alte judenfeindliche Lüge, dass sie sich als „auserwähltes Volk“ verstehen, wird wiederholt (S. 6). Die Juden aller Länder würden auf die Ausbeutung und Unterjochung aller nichtjüdischen Völker hinarbeiten (S. 11). Die Juden werden als Wucherer, Betrüger beschimpft, die mit List und Verrat die Nichtjuden bekämpfen würden (siehe S. 12 f).

Hetze gegen den Talmud (S. 181 ff.) sowie gegen das „Alte Testament“ (S. 373 ff.) sind bei Fritsch auch zu finden. In den sog. „Zehn deutschen Geboten“, die sich gegen „den Juden“ richten, propagiert Fritsch die Parolen „stolz, dass du ein Deutscher bist“ sowie „Du sollst dein Blut reinhalten“ (S. 358 f.), beides Parolen, die die Nazis aufgegriffen haben.

Die Forderungen von Fritsch gehen dahin, dass er die Aufhebung der politischen Emanzipation der jüdischen Bevölkerung und ein besonderes „Fremden-Gesetz (Judenrecht)“ sowie generelle „Abschließung und Absonderung“ fordert. (S. 24)

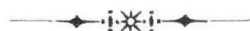
* Im Folgenden wird zitiert nach: Fritsch, Theodor, Antisemiten-Katechismus, Leipzig 1893. Die weiteren Auflagen wurden ständig erweitert. Hatte die erste Auflage noch rund 280 Seiten, so hatte die 49. Auflage von 1944 den doppelten Umfang mit 604 Seiten (Noack, Hannelore: Unbelehrbar? Antijüdische Agitation mit entstellten Talmudzitaten, Paderborn 2001, S. 327), 1888 erschien die 5. Auflage, 1891 die 14. Auflage, 1893 die 25. Auflage (ebenda S. 324). Ab der 27. Auflage (1907) trug das Machwerk dann den Titel „Handbuch der Judenfrage“ und erreichte bis 1944 49 Auflagen mit insgesamt 330.000 Exemplaren.

Antisemiten-Katechismus.

Eine
Zusammenstellung des wichtigsten Materials
zum
Verständniß der Judenfrage.

Von
Theodor Fritsch.
(Thomas Frey.)

Fünfundzwanzigste vermehrte Auflage.
(26—35tes Tausend.)



Leipzig.
Verlag von Herm. Beyer.
1893.

Titelseite des „Antisemiten-Katechismus“ von Theodor Fritsch, 1893

Fritsch setzte sich auch intensiv über die Art der Judenhetze auseinander, die, so sein Credo, nach Art und Inhalt sich nach Beruf, Bildungsgrad, Alter und Geschlecht der „Zielgruppe“ richten müsse. So sollte „der Jude“ dem Kleinbauern gegenüber als „Wucherer“, dem Handwerker und dem Kaufmann gegenüber als verschlagener „Konkurrent“ dargestellt werden. Frauen gegenüber sei auf „den unschönen, unedlen und abstoßenden Rassen-Typus“ zu verweisen und zudem müsse bei ihnen „eine Abscheu gegen Misch-Ehen mit Semiten“ erregt werden.⁴²⁰

Zusammenfassung der judenfeindlichen Positionen

Eine Zusammenfassung der judenfeindlichen Positionen der Zeitspanne von 1848 bis 1893 ergibt als Gesamtbild – trotz aller historischen Unterschiede – in vielen Punkten das Programm der Judenfeindschaft der Nazifaschisten.

Es zeigte sich, dass in sehr verschiedenen Sphären der Gesellschaft die Judenfeindschaft eine bedeutende Rolle spielte. Es gab die Attacken auf der Straße, gewalttätige Angriffe, die mit wellenartigen Kampagnen in unterschiedlichem Ausmaß verbunden waren, und die staatlichen judenfeindlichen Maßnahmen mit erheblichen Auswirkungen auf die jüdische Bevölkerung. Vor diesem Hintergrund konnten sich judenfeindliche Parteien und Organisationen zumindest für über ein Jahrzehnt doch recht massiv organisieren und erstarken. Auch wenn explizit judenfeindliche Parteien im weiteren Verlauf von der politischen Bühne verschwanden – sicherlich auch aufgrund des Kampfs der Sozialdemokratie –, bedeutete dies noch nicht, dass allein dadurch die judenfeindliche Hetze abgeschwächt worden wäre. Vielmehr war es so, dass die konservativen Parteien weitgehend das judenfeindliche Programm übernommen hatten. Hinzu kam, dass mehr oder minder bedeutende Persönlichkeiten und Buchautoren nun zusätzlich Öl ins Feuer gegossen und auch andere Teile der Gesellschaft und unterschiedliche Teile der Bevölkerung mit ihren judenfeindlichen Strömungen durch intellektuelle und populäre Bücher unterstützten.

So entstand eben zusammenhängend jene Atmosphäre, mit der die Bewegung der proletarischen Klasse, die deutsche Sozialdemokratie, zu unterschiedlichen Zeitpunkten konfrontiert war.

Religiöse Judenfeindschaft

Es wurde auch in dieser Zeitspanne christlich-religiös gegen den Talmud gehetzt und die jüdische Religion verleumdet. Nach wie vor wurde auf Talmudfälschungen zurückgegriffen, um Ritualmordlügen zu verbreiten und eine Lynchatmosphäre zu schüren. Auch die Nazis haben auf Ritualmordlügen nicht verzichtet.

Im Vordergrund stand jedoch jetzt, mehr noch als im vorhergehenden Zeitraum, die mit Rassismus kombinierte und auf ihm basierende soziale und deutsch-nationalistische Hetze gegen Jüdinnen und Juden.

Soziale Hetze

Die jüdische Bevölkerung wurde als Ursache für die vorherrschende Armut und für die Krise 1873 hingestellt. Es wurde auch die Hetze gegen „die reichen Juden“ verstärkt. „Die Juden“ werden weiterhin als „Wucherer“ und „Betrüger“ verleumdet, die angeblich Handel und Börse beherrschen. Jetzt aber wird die judenfeindliche Denkfigur eines „schaffenden deutschen Kapitals“ und eines angeblich „raffenden jüdischen Kapitals“ konstruiert. Danach seien „jüdische Ausbeuter“ das eigentliche Übel, da sie das „deutsche Volk“ ausbeuten und das „gute“ Kapital, das „schaffende deutsche Kapital“, zerstören würden. Das war auch während der Nazizeit eine wichtige judenfeindliche Denkfigur.

Die Falle mit Statistiken

Vonseiten der Judenfeinde wurde das Jonglieren mit Statistiken dazu benutzt, ihrer Judenfeindschaft einen wissenschaftlichen Anstrich zu geben, und die Verwendung von Statistiken wurde zu einem beliebten Mittel. Es war in der Tat alles andere als einfach für die Gegner der Judenfeinde, die ausgelegten Fallstricke bei der Zurückweisung dieser pseudowissenschaftlich verbrämten Lügen zu umgehen. Immanente Widerlegungen haben ihren Wert und ihre Relevanz dadurch, dass die Autorität der lügnerischen Judenfeinde gebrochen werden kann. Gleichzeitig haben sie aber den negativen Effekt, die grundfalschen Kategorien ernst zu nehmen und sich auf die vorgegebene Ebene einzulassen. Es kann der Eindruck entstehen, dass es sich etwa bei der Frage nach der Religionszugehörigkeit oder nach dem Umfang der Masseneinwanderung überhaupt um ein relevantes Thema handelt. Selbst wenn es eine Einwanderung in einem größeren Umfang gegeben hätte, würde das die Judenfeindschaft akzeptabel machen? Eben nicht.

Die „Macht der Juden“ und die „jüdische Weltmacht“

Die jüdische Bevölkerung bzw. „das Judentum“ wurde als „ein Staat im Staat“ bezeichnet. Diese jüdenfeindliche Lüge hatte Johann Gottlieb Fichte in die Welt gesetzt.* Dazu passte, dass „die Juden“ als mächtige Unterdrücker von „Deutschland“ hingestellt wurden, die angeblich auch die Presse beherrschen würden.

Beim Schüren der Feindschaft gegen die jüdische Bevölkerung spielte das Feindbild der „Macht der Juden“ eine wichtige Rolle. Dieses wurde auch noch gesteigert zur „Weltmacht“, da es sich bei der jüdischen Bevölkerung um ein Volk handle, das angeblich die „Welt erobert“ habe. Auch das war in der ein oder anderen Form während der Nazizeit eine wichtige jüdenfeindliche Denkfigur.

„Die Juden sind selbst schuld“ an ihrer Unterdrückung

Eine weitere jüdenfeindliche Lüge, die direkt im Zusammenhang mit der Lüge über die angebliche „Macht der Juden“ steht, ist, dass diese „mächtigen Juden“, diese angeblichen „Unterdrücker“, ja dann auch „selbst schuld“ sind, wenn die jüdische Bevölkerung verfolgt und diskriminiert wird.

„Juden als rote Wähler“ der 1848er-Revolution und der Sozialdemokratie“

Die Feinde der Revolution und der Sozialdemokratie fanden mit „den Juden“, den „roten Wählern“ die Schuldigen an der Revolution von 1848 und am Entstehen der Sozialdemokratie. Das war ein neues Feindbild im Arsenal der Judenfeinde.

In dieser Zeitspanne führen die Judenfeinde den Kampf gegen die Sozialdemokratie nicht nur damit, dass „die Juden“ für die Entstehung der Sozialdemokratie verantwortlich gemacht werden, sondern sie werden auch als Drahtzieher im Hintergrund dargestellt, die angeblich der Sozialdemokratie „die Befehle“ erteilen würden, weil sie auch hier die Fäden in der Hand hielten. Diese jüdenfeindliche Denkfigur haben

* Siehe dazu: Kollektiv von Autorinnen und Autoren: Der Kampf gegen Judenfeindschaft von Lessing bis Wilhelm von Humboldt (Mitte des 18. Jahrhunderts bis 1812), Offenbach 2018

die Nazis dann aufgegriffen und ausgebaut zur „jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung“, wonach es sich beim „Bolschewismus“, also dem Kommunismus, um ein Werkzeug „des Weltjudentums“ handle.

Judenfeindliche bildliche Darstellungen

Beschimpfungen gegen Juden wurden alltäglich in der Presse, in der Karikatur und in der Literatur. Juden wurden als schmutzig und schmierig, mit Hakennase, dickem Bauch und schwulstigen Lippen dargestellt und so weiter entmenslicht. In Karikaturen und Zeichnungen wurden rassistische Darstellungen „des Juden“ vorweggenommen, wie sie später auch im Nazi-Hetzblatt „Der Stürmer“ verbreitet wurden.

Die Verbindung von deutschem Nationalismus und Rassismus

Die jüdische Bevölkerung wurde als „fremdartig“ verleumdet, als „hinterlistig“ und „gefährlich“. Verknüpft mit der Propagierung des deutschen Nationalismus wurde das Gegenbild des „ehrlichen Deutschen“ entworfen.

Die judenfeindliche Bewegung in Deutschland bediente sich in dieser Zeitspanne vor allem eines pseudowissenschaftlichen Rassismus.

Die ganze menschliche Geschichte wird als Geschichte von Rassenkämpfen hingestellt. „Das Recht des Stärkeren“ sei das „Recht“ der „Herrenmenschen“, der „höchsten Rasse“, die „niederen Rassen“ zu versklaven. Dazu gehöre die Züchtung einer „höchsten Rasse“, was die Vernichtung der Kranken und Schwachen mit einschloss. Die „blonde Bestie“, das ist die „germanische Rasse“, sollte die Welt als deutsche „Herrenmenschen“ beherrschen – das waren Kernpunkte, die rassistische Judenfeinde propagierten.

Rassistische Judenfeinde lehnten Konversion oder Assimilation von jüdischen Menschen ab, denn die „jüdische Rasse“ sei unveränderbar. „Rasse“ wurde an körperlichen Merkmalen festgemacht (Blut, äußerliche Merkmale). Zusätzlich wurden teilweise auch ohne Rückgriff auf angebliche körperliche Merkmale Menschen rassistisch als „Juden“ eingestuft.

In diesem rassistischen Weltbild wurden die Juden als „minderwertige Rasse“ bezeichnet, aber zugleich als eine „Weltmacht“, als starke und zähe „Rasse“, die die Welt beherrschen und die Menschheit versklaven wolle, um den Kampf gegen „die Juden“ als eine Frage von „Leben und Tod“ hinzustellen. Judenfeindschaft bekam eine rassistische Grundlage, die verknüpft wurde mit dem Kampf des deutschen „Herrenmenschen“ um die Weltherrschaft: Der Kampf um die Weltherrschaft müsse von der „germanischen Rasse“ vor allem gegen „die Juden“ geführt werden.

Dieser Rassismus wurde mit einem deutsch-völkischen Nationalismus verbunden. Das Konstrukt eines „deutschen Volkes“ mit seinen angeblich „edlen germanischen Wurzeln“, die es gegenüber anderen Völkern zu einem angeblich höherwertigen Wesen machen, wurde ergänzt durch eine rassistische Komponente, wonach eben dieses „Volk“ vor „Andersartigkeit“ und „Überfremdung“ zu schützen sei. Dies war die Abgrenzung von allem „Nichtdeutschen“ und insbesondere auch von „den Juden“.

Zudem wurde ein biologistisch-rassistisches Vokabular geprägt, um die jüdische Bevölkerung zu entmenslichen. Es gab Darstellungen eines „jüdischen Oktopus“, der seine Fangarme über „Deutschland“ ausbreitet, „die Juden“ wurden zum Beispiel als Bazillen, Parasiten, Schmarotzer, Schädlinge und als Gift verleumdet.

Diese rassistische Judenfeindschaft verknüpft mit deutschem Nationalismus wurde eine der wichtigsten ideologischen Waffen der Nazis.

Forderungen der Judenfeinde von Diskriminierung bis zur Vernichtung

Auf dem Boden der rassistisch-nationalistischen Judenfeindschaft wurden schon bekannte judenfeindliche Forderungen wiederholt, aber vor allem auch weitere Forderungen hinzugefügt, welche von den Nazis übernommen werden konnten.

Es wurde zum Boykott jüdischer Geschäfte aufgerufen. Neben Forderungen nach Rücknahme der Bürgerrechte und einer Fremdenengesetzgebung gegen Juden gab es auch solche nach Ausweisung und Vertreibung. Kennzeichnend waren auch rassistische Aufrufe zum Verbot von sogenannten „Mischehen mit Semiten“. Und vor allem

war von Gewicht, dass nun unverhohlen die Vernichtung und Ermordung der Juden propagiert wurde, dass es darum gehe, einen „Kampf auf Leben und Tod“ gegen „die Juden“ zu führen.

* * *

Der Teil III dieser Studie soll zeigen, ob und wie es der Sozialdemokratie gelang – mit welchen Stärken und welchen Schwächen –, auf diesen vielseitigen Gebieten der Angriffe gegen die jüdische Bevölkerung und der Demoralisierung nicht geringer Teile der werktätigen Bevölkerung, die nicht jüdisch waren, wirkungsvoll zu begegnen.

Die Frage ist nicht nur, auf welchen Gebieten sich die Sozialdemokratie der Judenfeindschaft entgegengestellt hat, sondern ob es ihr gelang, die verschiedenen Mechanismen der judenfeindlichen Denkfiguren auseinanderzunehmen, sie zu widerlegen und wirksam gegen die Judenfeindschaft vorzugehen.

Hierzu ist es hilfreich und wichtig, zunächst den Kampf der jüdischen Aktivisten aus den Reihen der jüdischen Gemeinden zu analysieren. Der Kampf der jüdischen Aktivisten war eine mögliche Quelle, eine Anregung und in manchem auch ein Vorbild für die Auseinandersetzung der Sozialdemokratie mit der Judenfeindschaft. Es wäre also darum gegangen, diesen Kampf mit seinen Stärken und Schwächen zu studieren und auszuwerten. Hier hätte gelernt und diskutiert werden können. Und dies gilt auch für den Kampf gegen heutige judenfeindliche Strömungen.

B. Der Kampf jüdischer Aktivisten gegen Judenfeindschaft und der Kampf von Heinrich Heine (1848–1893)

1. Der Kampf für Emanzipation in der Paulskirche (1848)

Die Konstituierung der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche am 18. Mai 1848 war eine wenn auch fade Errungenschaft der 48er-Kämpfe. Sieg oder Niederlage wurde und wird auf den Barrikaden, in Kämpfen mit Gewalt ausgefochten, nicht im Parlament. Die Konterrevolution mit der Übermacht ihrer Soldateska siegte und die Paulskirche erwies sich als „bloßer Debattierclub“, der sich „als parlamentarische Marionette missbrauchen ließ“, wie Engels erläuterte.⁴²¹

„Auf jede Lüge die Wahrheit, auf jede Übertreibung und Verallgemeinerung die Klar- und Richtigstellung, auf jeden Klotz ein größerer Keil! Eine harte und unangenehme Arbeit, welche Geist, Gewandtheit und Takt, zuweilen auch ein recht dickes Fell erfordert. [...] Darum ist die äußere Abwehr, welche durch Redner, durch die Presse und durch Flugblätter erfolgt, unumgänglich notwendig.“ („Vorschläge zur Abwehr“, in: Allgemeine Zeitung des Judentums, Nr. 5/1894, S. 51 f.)

Dennoch: Diese Debatten über jüdische Emanzipation waren öffentlich dokumentiert und entfalteten Wirkung. Dabei ist verblüffend, dass die Debatte später in der kommunistischen Bewegung – aus welchen Gründen auch immer – mit keinem Wort angesprochen wurde und nach unserer Kenntnis zumindest keine Rolle gespielt hat. Bei der Rekonstruktion der verschiedenartigen Polemiken gegen die Judenfeindschaft mit ihren unterschiedlichen Vertretern ist für ein Gesamtbild allerdings auch die Debatte in der Paulskirche, trotz ihrer politischen Wirkungslosigkeit, von Interesse, um Kontinuitäten und Brüche herauszuarbeiten und zu verstehen.

Im Dezember 1848 verabschiedete die real machtlose Frankfurter Nationalversammlung die „Grundrechte des deutschen Volkes“.^{*} Dort heißt es:

„Durch das religiöse Bekenntnis wird der Genuss der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte weder bedingt noch beschränkt“.⁴²²

Auch in den einzelnen Landesparlamenten gab es teilweise positive emanzipatorische Schritte zur Gleichstellung.^{**} Im Aufruf von Badischen Abgeordneten gegen die Judenverfolgungen vom 8. März 1848 heißt es unter anderem:

„Nur Diener der Reaktion oder von ihnen Irregeleitete vermögen zu Judenverfolgungen die Hand zu bieten, wie sie nie ein freies Land, wohl aber der Despotismus könnte.“⁴²³

In der Debatte über das Gesetz über die allgemeine Gleichberechtigung (§ 13) forderte der als „liberal“ geltende judenfeindliche Stuttgarter Abgeordnete Moritz Mohl einen Zusatzantrag für eine Sondergesetzgebung für Jüdinnen und Juden. Sie sollten zwar Wahlrecht erhalten, aber von anderen Rechten – etwa Gewerbe- und Berufsfreiheit, Wahrnehmung staatlicher Ämter, freies Wohnrecht – ausgeschlossen bleiben. Mohl brachte nicht christlich-religiöse Vorwürfe vor, das widersprach dem „liberalen Zeitgeist“, sondern berief sich auf die angeblich völkisch-rassistisch begründete „Fremdstämmigkeit der Juden und ihrer allgemeinen Schädlichkeit“.⁴²⁴

^{*} Der 1848 zum Präsident der Frankfurter Nationalversammlung gewählte Eduard Simson war einer von sieben preußischen Juden im Frankfurter Parlament. Er forderte die Gleichberechtigung in Staat und Gesellschaft, berief sich aber ausdrücklich auch auf den Beitrag der im März 1848 Gefallenen (Stern, Frank, Dann bin ich um den Schlaf gebracht, Berlin 2002, S. 110)

^{**} Die Revolution von 1848 war für die jüdische Bevölkerung zunächst von großer Bedeutung. Das beschreibt auch Dubnow in seiner „Weltgeschichte des jüdischen Volkes“: „Die in den Märztagen hell strahlende Sonne spendete auch den Juden ihre Wärme. Bisher Bürger niedrigsten Ranges, traten sie nun in die vordersten Reihen der Kämpfer für Freiheit und Gleichheit.“ (Dubnow, Simon: Weltgeschichte des Judentums, Band IX, Berlin 1929, S. 319) Er berichtet auch, dass am 22. März 1848 die Gefallenen der Revolution aller Konfessionen zu Grabe getragen wurden und dass neben protestantischen und katholischen Geistlichen auch der jüdische Prediger Michael Sachs ein besonderes Trauergebet sprach. (Ebenda, S. 319 f-)

Dagegen richtete Gabriel Riesser,* ein Vorkämpfer der jüdischen Gemeinden, seine erste große Rede in der Frankfurter Paulskirche. Riesser war zum Vorsitzenden des Geschäftsordnungsausschusses der Paulskirche gewählt worden und war von Oktober bis Dezember 1848 zweiter Vizepräsident der Nationalversammlung. Er stellte klar, welche Auswirkung eine solche Regelung haben würde:

„Es ist ihnen vorgeschlagen, einen Teil des deutschen Volkes der Intoleranz, dem Hasse als Opfer hinzuwerfen ...“⁴²⁵

Mohls judenfeindlicher Antrag konnte durch das massive Auftreten Riessers verhindert werden.⁴²⁶ Angenommen wurde zunächst der ursprüngliche Entwurf des § 13 ohne Einschränkung.

Von der Bühne des Paulskirchen-Parlaments wurde die endgültige und vollständige bürgerlich-demokratische Gleichstellung der Juden

* Gabriel Riesser (1806–1863) stammt aus einer jüdischen Familie. Riessers Großvater und der seiner Frau waren beide Rabbiner. Riesser studierte Jura, konnte jedoch aufgrund von judenfeindlichen Diskriminierungen in Heidelberg nicht habilitieren. In Hamburg wurde ihm 1829 die Ausübung des Berufs als Rechtsanwalt verboten. Riesser lebte lange Zeit in Hamburg, wo er verschiedene berufliche Tätigkeiten im Justizbereich ausübte. Er war dabei aber immer wieder als Jude Diskriminierungen ausgesetzt. Riesser kämpfte sein Leben lang für die Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung. Riesser ging 1830 für zwei Monate nach Paris. Nach seiner Rückkehr begann er, den Kampf für die Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung und gegen Judenfeindschaft systematisch zu führen, indem er Artikel und Schriften publizierte. Er war der Herausgeber der in Altona erscheinenden Zeitschrift „Der Jude“. Riesser war 1848 der Vertreter der Interessen der jüdischen Bevölkerung in der Frankfurter Paulskirche. Nach 1848 war Gabriel Riesser als Obergerichtsrat der erste jüdische Richter auf dem Gebiet des späteren Deutschlands. (Ausführlicher zu Gabriel Riesser, in: Kollektiv von AutorInnen: Der Kampf gegen Judenfeindschaft von Saul Ascher bis Heinrich Heine, Offenbach 2018, dort den Abschnitt: Der Kampf von Gabriel Riesser für die Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung gegen Judenfeindschaft 1831–1843). Riessers Haltung zur jüdischen Emanzipation war klar und unterschieden. In der sozialen Frage schloss er sich im März 1849 der rechtsstehenden Erbkaiserpartei an und stimmte – im Widerspruch zu seinen früheren Forderungen – gegen das gleiche und geheime Wahlrecht und für die Festlegung eines Vermögenszensus. Der jüdische Abgeordnete Moritz Hartmann, der der äußersten Linken der Paulskirche angehörte und in seiner „Reimchronik des Pfaffen Maurizius“ die Arbeit der Nationalversammlung einer sarkastischen Kritik unterzog, warf Riesser deshalb vor, seine einstigen Überzeugungen verraten zu haben. (Siehe: Grab, Walter: Der deutsche Weg der Judenemanzipation 1789–1938, München 1991, S. 116).

verkündet. Das war ein propagandistischer Akt ohne reale politische Konsequenzen, da das Paulskirche-Parlament aufgelöst wurde. Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses wurde nicht zur Reichsverfassung erhoben. Es bestand keine Einigkeit unter den deutschen Staaten und Fürstentümern. Vielmehr sollten in den Folgejahren in einem Flickenteppich juristischer Bestimmungen der verschiedenen Fürstentümer und Städte erkämpfte Rechte der jüdischen Bevölkerung wieder rückgängig gemacht werden.

2. Heinrich Heines Kampf gegen Judenfeindschaft nach 1848

Heinrich Heine (1797–1856), der aus einer jüdischen Familie stammte, konvertierte unter dem Druck der damaligen Verhältnisse. Er war einer der bekanntesten Schriftsteller und Dichter seiner Zeit, der immer wieder die „deutschen Zustände“, oftmals in satirischer Form, scharf kritisierte. Insbesondere führte Heine einen Kampf gegen die „Deutschtümler“, deren deutsch-nationalistische Grundhaltung er entlarvte. Am bekanntesten ist das 1844 veröffentlichte Gedicht „Deutschland. Ein Wintermärchen“, das eine sehr gelungene, von demokratischem Standpunkt aus radikale Kritik der damaligen „deutschen Zustände“ enthielt.

Heine hat mit Beginn seiner schriftstellerischen Arbeit auch den Kampf für die Emanzipation der jüdischen Bevölkerung und gegen die Judenfeindschaft aufgenommen. Seine Positionen sind verstreut in Gedichten, Artikeln, Schriften und auch Briefen.* Zum Teil hat Heine damit auch in aktuelle Debatten eingegriffen.

a) Zum Zusammenhang zwischen demokratischem Kampf und Emanzipation der jüdischen Bevölkerung

Den Kampf gegen die Judenfeindschaft und für die jüdische Emanzipation, die Emanzipation der jüdischen Bevölkerung, stellte Heine schon in seinem 1830 veröffentlichten Buch „Reisebilder. Dritter Teil“ in den großen Zusammenhang des weltweiten „Befreiungskriegs der Menschheit“ gegen die feudale Reaktion, gegen Kolonialismus und Sklaverei.⁴²⁷

Diesen Gedanken hat Heine auf Deutschland bezogen 1854 ähnlich wiederholt. Heine analysierte sehr richtig die Lage nach der Revolution von 1848:

* Zu Heinrich Heines Kampf gegen Judenfeindschaft bis 1844 siehe Kollektiv von Autorinnen und Autoren: Der Kampf gegen Judenfeindschaft von Saul Ascher bis Heinrich Heine, Offenbach 2018, S. 124–162. Dort sind auch genauere biografische Daten zu finden.

„Seit jener Zeit hat sich vieles in Deutschland verändert, und auch die Frage von der bürgerlichen Gleichstellung der Bekenner des mosaischen Glaubens, die gelegentlich in obigen Blättern besprochen ward, hat seitdem sonderbare Schicksale erlitten. Im Frühling des Jahres 1848 schien sie auf immer erledigt, aber wie mit so vielen andern Errungenschaften aus jener Blütezeit deutscher Hoffnung, mag es jetzt in unsrer Heimat auch mit besagter Frage sehr rückgängig aussehen, und an manchen Orten soll sie sich wieder, wie man mir sagt, im schmachvollsten Status quo befinden. Die Juden dürften endlich zur Einsicht gelangen, dass sie erst dann wahrhaft emanzipiert werden können, wenn auch die Emanzipation der Christen vollständig erkämpft und sichergestellt worden.“⁴²⁸

Nach der Niederlage der Revolution 1848 wurden nach und nach die allermeisten erkämpften demokratischen Rechte wieder beseitigt, so auch die wenigen erkämpften Rechte für Jüdinnen und Juden. Heine stellte heraus, dass der Kampf für jüdische Emanzipation ein Teil des Kampfes für demokratische Rechte überhaupt ist, der möglichst nicht isoliert von diesem Kampf geführt werden soll.

b) Heinrich Heines Kampf gegen christliche Judenfeindschaft und seine Position gegenüber der herrschenden christlichen Religion und gegenüber der unterdrückten jüdischen Religion

Bei aller Begeisterung für eine Religionskritik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt, auf der Erde und nicht im Himmel das Glück sucht, wurde insbesondere seit der Französischen Revolution von 1789, seit der Aufklärung hie und da der Unterschied zwischen der herrschenden christlichen Religion und der unterdrückten jüdischen Religion eher verwischt als klargestellt – aus unterschiedlichen Gründen. Zu dieser Problematik hat auch Heine wiederholt Stellung bezogen.

In seinem 1851 veröffentlichten Gedichtband „Romanzero“ geht Heine dann auf beide, auf die christliche und die jüdische Religion ein.

Er schildert dort in einem Gedicht einen Streit zwischen jüdischen Rabbis und christlichen Mönchen. Es geht darum, welches die bessere Religion sei, die jüdische oder die christliche. Heines Schilderung des Streits macht klar, dass die christlichen Mönche vor allem die Juden und die jüdische Religion beschimpfen und nahezu alle judenfeindlichen Vorurteile des Christentums mobilisieren, um die jüdische Religion und die Juden zu diffamieren (die Juden seien die Mörder Jesu, die Juden seien ein „Volk der Rachsucht“, die Juden seien mit dem Teufel. Die Juden werden als „Schakale“, „Säue“, „Wölfe“ und „Vampire“ beschimpft etc.).

Zunächst antworten die jüdischen Rabbiner ruhig und geduldig. Sie widerlegen alle Anschuldigungen in witzig-satirischer Form und nehmen dabei auch christliche Mythen aufs Korn. Sie argumentieren und versuchen mit ihren religiösen Geschichten und Märchen zu überzeugen. Erst als die judenfeindlichen Angriffe einen bestimmten Punkt erreichen, werden die christlichen Judenfeinde von den Rabbinern verflucht und ihnen wird der Tod angedroht. Die christlichen Judenfeinde antworten mit der Drohung des Scheiterhaufens für die Juden.

Heine positioniert sich bis hierhin ziemlich klar auf der Seite der Juden und der jüdischen Religion und gegen die christlichen Judenfeinde. Dieser Teil ist ein gelungener Beitrag im Kampf gegen die christliche Judenfeindschaft.

Dann schreibt Heine als letzten Vers:

„Welcher Recht hat, weiß ich nicht.
Doch es will mich schier bedünken,
Dass der Rabbi und der Mönch,
Dass sie alle beide stinken.“⁴²⁹

Es wird jetzt deutlich, dass Heine großen Wert darauf legte, nicht als jüdisch-religiös zu gelten. Aus einer atheistisch, aufklärerischen Grundposition heraus machte er in durchaus treffender Weise klar, dass die theologischen Streitigkeiten der Mönche mit den Rabbis absurd sind und beide hinsichtlich ihrer „Argumente“ für ihre Religion unrecht haben. Und dennoch ist hier ein Problem, das Heine, an anderer Stelle selbst erkannt hat.

Heine hatte 1840 festgestellt, dass die Judenfeindschaft in Frankreich nicht allein oder vorrangig aus dem Christentum erklärt werden konnte, sondern dass es gerade in Frankreich auch einen Zusammenhang zwischen Atheismus und Judenfeindschaft gibt. Die Kritik an allen Religionen, ja die Überbetonung der Kritik an Religion, wie Heine es ausdrückte, der „blinde Zorn“, verband sich mit Judenfeindschaft, die unter dem Deckmantel des „Kampfs gegen alle Religionen“ daherkam.*

Religionskritik an allen Religionen ist eine wichtige Aufgabe im Kampf für die Aufklärung, gegen „Gott, Kaiser und Tribun“. Auch die geschichtlich bedingte Frage nach der inneren Entwicklung von Kultur und Religion, ihren Zusammenhängen und Unterschieden ist durchaus von großer Bedeutung, um Geschichte überhaupt, die Geschichte der Kulturen international sowie in Ländern und Regionen zu verstehen und Religionen als geschichtlich entstandenen Teil von Kultur und Kulturen einzuordnen.

Aber es ist ein sehr großer Unterschied, ob auf theoretisch-wissenschaftlichem Gebiet dieser Frage nachgegangen wird – wobei die Quellenlage umso schwieriger wird, je länger die zu betrachtenden religionsgeschichtlichen und kulturellen Phänomene zurückliegen – oder ob mit politischem Anspruch Religionskritik auf eine bestimmte herrschende Religion oder auf die Religion einer unterdrückten Minderheit konzentriert wird.

Wir wollen damit deutlich machen, welche Probleme sich bei der Kritik an der jüdischen Religion in weitgehend christlich geprägten Gesellschaften ergeben. Ausgangspunkt ist, dass eine politische Einschätzung die Voraussetzung dafür bildet, wann und wo und in welcher Form es sinnvoll ist, speziell eine Kritik der jüdischen Religion zu veröffentlichen. Die abstrakte Forderung, alle Religionen gleichermaßen zu kritisieren, übergeht die Analyse der Menschengruppen, die diesen Religionsgemeinschaften jeweils angehören, und insbesondere die Frage, ob sie unterdrückte Minderheiten sind oder nicht.

* Siehe Der Kampf gegen Judenfeindschaft von Saul Ascher bis Heinrich Heine, Offenbach 2018, I., 5. Abschnitt „Blinder Zorn gegen Religion kann auch zu Judenfeindschaft führen“. S. 158

Diese Problematik, eine Religionskritik sozusagen gleichgewichtig gegen die jüdische und die christliche Religion in einer Atmosphäre der Judenfeindlichkeit vorzubringen – auch wenn diese Judenfeindlichkeit zuvor angegriffen wurde –, war Heine hier offenbar nicht bewusst. Der springende Punkt war, dass das Christentum seit 1.500 Jahren unterdrückerische Staatsreligion geworden war, während die jüdische Religion nun wahrlich mehr der „Seufzer der bedrängten Kreatur“, die Religion einer verfolgten Minderheit war. Wenn also rein theoretisch die Kritik an der Religion selbstverständlich alle Religionen umfasst und umfassen muss, so ist praktisch und politisch eine Differenzierung nötig. Dabei ist die Frage entscheidend, ob und inwiefern eine bestimmte Religion staatstragend ist und in welchem Umfang sie zur Unterdrückung der Menschen beiträgt.

c) Das Gedicht „Die Wahl-Esel“ – gegen nationalistisch-rassistische Judenfeindschaft

Das treffendste Gedicht von Heinrich Heine gegen die nationalistische und rassistische Judenfeindschaft ist das Gedicht „Die Wahl-Esel“. Es wurde 1855 fertiggestellt, aber erst 1869 veröffentlicht. Dort heißt es:

„Das Komitee der Esel ward
Von Alt-Langohren regieret;
Sie hatten die Köpfe mit einer Kokard,
Die schwarz-rot-gold, verzieret.
[...]
Als einer jedoch die Kandidatur
Des Rosses empfahl, mit Zeter
Ein Alt-Langohr in die Rede ihm fuhr,
Und schrie: Du bist ein Verräter!

Du bist ein Verräter, es fließt in dir
kein Tropfen vom Eselsblute;
Du bist kein Esel, ich glaube schier,
Dich warf eine welsche Stute.
Du stammst vom Zebra vielleicht, die
Haut Sie ist gestreift zebräisch;
Auch deiner Stimme näselnder Laut

Klingt ziemlich ägyptisch-hebräisch.
[...]
Wir alle sind Esel; I – A! I – A!
Wir sind keine Pferdeknechte.
Fort mit den Rossen! Es lebe, hurrah!
Der König vom Eselsgeschlechte!

So sprach der Patriot. Im Saal
Die Esel Beifall rufen.
Sie waren alle national,
Und stampften mit den Hufen.

Sie haben des Redners Haupt
geschmückt
Mit einem Eichenkranze.
Er dankte stumm, und hochbeglückt
Wedelt' er mit dem Schwanze.“⁴³⁰

In diesem Gedicht wird die Stärke von Heine im Kampf gegen die Judenfeindschaft deutlich.

Heine scheut sich nicht im Geringsten, mit aller Schärfe die Judenfeinde in ihrem eigenen biologistischen Weltbild als „rassebewusste Esel“ zu kennzeichnen.

Es mag so manche Einwände gegen Vergleiche von Menschen mit Tieren geben, obgleich die Geschichte der Fabeln als Vorlage sich doch wesentlich von den Tiervergleichen der Nazis unterscheidet. Und es versteht sich eigentlich von selbst, dass die Tiervergleiche in einer Fabel zwecks Aufklärung nicht mit den Tiervergleichen der Nazis in einen Topf geworfen werden können.

Doch die Pointe bei dem Gedicht von Heine ist nicht nur, dass er an die alte Geschichte der Fabeln anknüpft, sondern dass er das biologistische, rassistische Selbstverständnis der deutsch-nationalen Esel, die sich schwarz-rot-gold verzieren, scheinbar ernst nimmt und als Kerninhalt seiner Charakterisierung der Judenfeinde nutzt.

Heine hatte genau beobachtet, mit welcher Attitüde die deutschnationalen Judenfeinde hetzten: Die Herkunft wird in Frage gestellt, rassistisch in Frage gestellt, genetisch in Frage gestellt, würde man heute sagen. Das wird vor allem am „Blut“ und an der Hautfarbe festgemacht, was Rassisten bis heute für ihre rassistische Einteilung von angeblichen „höheren und niederen Rassen“ benutzen.

Der Verdacht ist auch, „undeutsch zu sein“, wenn schon nicht von den Franzosen abstammend („welsche Stute“), dann doch aus dem Orient, „ägyptisch-hebräisch“.

Hier wird von Heine mit Weitblick deutlich gemacht, dass in dieser Judenfeindschaft noch mehr steckt, eben auch ein europäisch-chauvinistischer Aspekt, bei dem der Orient, die Ägypter, gleich so nebenbei in die Feindschaft mit einbezogen wird.

Bei der Charakteristik der damaligen Deutschnationalen wird zudem von Heine klargestellt, dass es sich keinesfalls um Demokraten handelt, sondern um Reaktionäre, im Grunde um Monarchisten.

3. Praktischer Abwehrkampf der jüdischen Bevölkerung

Mitglieder aus den Reihen der jüdischen Gemeinden bekämpften inhaltlich in Form von Publikationen und Pressearbeit die Judenhetze.

Während des Wahlkampfes 1890 brachten Jüdinnen und Juden ein anonymes Flugblatt mit dem Titel „Worte und Taten des Antisemiten-Häuptlings Dr. Otto Böckel“ heraus.

Eine Reihe von Presseorganen waren entstanden: die „Allgemeine Zeitung des Judentums“ und die „Jüdische Presse“.

Die „Allgemeine Zeitung des Judentums“ wurde 1837 vom Rabbiner und Publizisten Ludwig Philippson (1811–1889) gegründet, der bis zu seinem Tod 1899 Herausgeber der Wochenzeitung mit rund 1.600 Abonnenten war.⁴³¹ Zum Selbstverständnis der Zeitung im Kampf gegen die Judenfeindschaft hieß es 1894:

„Auf jede Lüge die Wahrheit, auf jede Übertreibung und Verallgemeinerung die Klar- und Richtigstellung, auf jeden Klotz ein größerer Keil! Eine harte und unangenehme Arbeit, welche

Geist, Gewandtheit und Takt, zuweilen auch ein recht dickes Fell erfordert. [...] Darum ist die äußere Abwehr, welche durch Redner, durch die Presse und durch Flugblätter erfolgt, unumgänglich notwendig.“⁴³²

„Die jüdische Presse. Organ für die Gesamtinteressen des Judentums“ war eine Wochenzeitung, die mit einer Auflage von 3.000 Exemplaren erschien.⁴³³

Doch nicht auf diesen publizistisch-theoretischen Kampf allein ließ sich die „Allgemeine Zeitung des Judentums“ einschränken. Vielmehr, so heißt es im Artikel „Abwehr“ von 1893, über die Abwehrmittel gegen die sich verstärkende „verderbliche Judenhetze“, die deutschen Juden sollten ihre Verteidigung nicht mehr nur den Anwälten überlassen, sondern „die große Sache der allgemeinen Gerechtigkeit selber in die Hand nehmen“.⁴³⁴

Neben dem publizistischen Kampf entstand bereits 1869 der „Deutsch-Israelitische Gemeindebund“ als Vertretung der Interessen der deutschen Jüdinnen und Juden in Leipzig. Erste Maßnahmen der Abwehr der Judenhetze waren eine – erfolgreiche – Strafanzeige gegen den Paderborner Pfaffen Joseph Rebbert. Neben juristischen Klagen wirkte der Gemeindebund durch die Publikation von Aufklärungsschriften den falschen und stereotypen Vorstellungen vom Judentum und von Jüdinnen und Juden entgegen. Im Juni 1879, noch vor Treitschkes judenfeindlichem Fanal zum sogenannten „Berliner Antisemitismusstreit“ veröffentlichte der Bund eine Schrift, die den weit verbreiteten Vorstellungen vom angeblichen Wucher der Juden entgegentrat: „Hat das Judentum dem Wucherunwesen Vorschub geleistet?“ (Leipzig 1879).

Eine weitere Organisation war das „Jüdische Comitee“. Am 1. Dezember 1880 unterbreitete Moritz Lazarus einer Versammlung von mehreren Hundert Jüdinnen und Juden in Berlin den Vorschlag einer organisierten und offensiven Abwehr gegen judenfeindliche Hetze und Angriffe der Judenfeinde. Das Comitee stellte sich die Aufgabe, die judenfeindliche Hetze zu bekämpfen. Auch wenn das Comitee nicht lange aktiv war, ist die Begründung für die Schaffung einer Abwehrorganisation doch bemerkenswert. Es sei zwar richtig, argumentierte Lazarus 1887, dass die judenfeindliche Bewegung zahlenmäßig

klein sei. Aber die „Zahl derer, welche uns offen und energisch verteidigen“⁴³⁵, sei noch kleiner.

1886 schließlich organisierten sich auch die Studierenden. In Breslau gründete sich die erste eigene Korporation jüdischer Studentinnen und Studenten „Viadrina“.

Die Gründung des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (C. V.) 1893 erfolgte als Antwort auf die sich verstärkende Judenfeindlichkeit. Der Gründungsauftrag fordert die Jüdinnen und Juden auf, zu dem „großen Werke der Selbstverteidigung beizutragen“.⁴³⁶

Für die Gründung des C. V. hatten zwei Broschüren den Anstoß gegeben. Das war zum einen die Schrift von F. Simon „Wehrt Euch! Ein Mahnwort an die Juden“ und zum anderen die anonym erschienene, von dem aus Posen stammenden Raphael Löwenfeld verfasste Schrift „Schutzjuden oder Staatsbürger?“ (Berlin 1893). Löwenfeld, der spätere Direktor des Berliner Schiller-Theaters, vertrat die Ansicht, dass es Zeit für die Jüdinnen und Juden sei, den Schutz ihrer Rechte selbst in die Hand zu nehmen. Im Oktober 1893 gründete der C. V. ein „Rechtsschutzbureau“, das Jüdinnen und Juden Rechtshilfe anbot.⁴³⁷ Die Abwehrarbeit des C. V. bestand bei seiner Gründung vor allem in rechtlichem Beistand. Nach und nach gewann auch die Öffentlichkeitsarbeit immer mehr an Bedeutung. Ab 1895 gab der C. V. ein Organ mit dem Titel „Im deutschen Reich“ heraus.

Der C. V. wurde bald zur größten Vereinigung der deutschen Jüdinnen und Juden. Er hatte bald mehrere Zehntausend Mitglieder und eine große Zahl jüdischer Verbände und Gemeinden, die kollektiv beitraten.⁴³⁸

Eine weitere Organisation ist die 1892 gegründete und nur wenige Jahre aktive Vereinigung zur Bekämpfung der Rassenhetze (VBR). Sie hatte sich ebenfalls die Bekämpfung der Judenfeindschaft auf die Fahnen geschrieben. Einer ihrer Gründer war Edmund Lichtenstein⁴³⁹. Die Mitglieder des VBR waren Juden und Nichtjuden, auch aus dem „linken“ Spektrum. Über diese Organisation ist wenig bekannt. Sie organisierte Veranstaltungen und Vorträge, die dann als Broschüren publiziert wurden, unter anderem in der Reihe „Berliner Fanfaren“,

deren Herausgeber Lichtenstein war.⁴⁴⁰ Bei ihren Veranstaltungen kam es häufig zu militanter Gegenwehr gegen angreifende Judenfeinde.⁴⁴¹

4. Zum theoretischen und politischen Kampf der Vertreter der jüdischen Gemeinde

Wie auf die Judenfeinde richtig reagieren? Wie ihre teilweisen absurden Lügen und auch ihre subtilen, mit rassistischen und nationalistischen Versatzstücken erweiterten Behauptungen behandeln? Werden sie dadurch nicht „aufgewertet“? Wo ist die Grenze des theoretischen Kampfes? Einen wichtigen Hinweis gab 1899 der jüdische Jurist Ludwig Fuld aus Mainz. Wichtig ist, wer etwas sagt und mit welchem Medium es verbreitet wird:

„Ich stehe im Allgemeinen nicht auf dem Standpunkt, dass es notwendig ist, jede antisemitische Äußerung stets einer Erwiderung und Zurückweisung zu würdigen. Wenn irgendein obskurer Ignorant in einem unter Ausschluss der Öffentlichkeit erscheinenden Winkelblättchen eine Behauptung aufstellt, die nur bei denjenigen Glauben findet, die nicht alle werden, so haben wir keinen Anlass, dem Verfasser durch eine Entgegnung zu einer unverdienten Berühmtheit zu verhelfen, es sei denn, dass die Kriterien einer strafbaren Handlung vorliegen, in welchem Falle natürlich einzuschreiten ist.“⁴⁴²

Das ist eine gewichtige Warnung, die einschloss, jedem größeren und bedeutenden Vorstoß der Judenfeinde entgegenzutreten!

Zahlreiche Jüdinnen und Juden ergriffen insbesondere seit Treitschkes Angriff 1879 in der Öffentlichkeit mit Artikeln und Flugschriften das Wort, um Judenfeinde zu entlarven und zu bekämpfen und zu ergründen, welche Wurzeln die Judenfeindschaft hat.

Die Verbreitung dieser Artikel und Flugschriften war sehr unterschiedlich. Die Replik des Rabbiners Manuel Joël gegen Treitschke soll im Januar 1880 die Stückzahl von 20.000 erreicht haben. Unterstützer haben Flugschriften aus Solidarität und zur Verbreitung gekauft. So hat der Deutsch-Israelitische Gemeindebund (DIGB) etwa Flugschriften der Treitschke-Gegner zur Verbreitung gekauft. Im Falle der Replik von Manuel Joël kaufte der DIGB rund 2.500 Stück. Von anderen Flugschriften, etwa „Zur Judenfrage“ von Henry Breßlau oder von Moritz Larazus „Was ist national“ kaufte der DIGB jeweils einige hundert Exemplare. Von dem Zeitschriftenaufsatz „Stoecker

und Treitschke“, den Heinrich Bernhard Oppenheim 1880 in der „Gegenwart“ veröffentlicht hatte, ließ der DIGB 5.000 Stück als separate Flugschrift drucken.⁴⁴³

a) Die jüdischen Aktivisten Joël, Graetz, Breßlau und Bamberger gegen die judenfeindliche Hetze von Treitschke

Gegen Treitschke und seine reaktionären Sekundanten wurde also umgehend Stellung bezogen. Über Stoecker und Marr gab es auch Empörung, aber die große Zahl von Flugschriften zur Widerlegung Treitschkes war neu. Berufskollegen, Parteikollegen Treitschkes meldeten sich zu Wort, weil sie ganz genau den judenfeindlichen „Dammbruch“ spürten, wenn nun auch ein „notabler“ Geschichtsprofessor und angesehener Politiker Judenhass schürte.⁴⁴⁴

Zu erwarten wäre gewesen, dass nun beherzt und solidarisch Nichtjuden zur Verteidigung der angegriffenen Juden das Wort ergriffen hätten. Allerdings, und das ist der negative Teil, der für die deutsche Misere so bezeichnend ist, waren es nahezu ausschließlich Vertreter der jüdischen Gemeinden, die nun Stellung bezogen.* Moritz Lazarus brachte es 1880 in seinem Beitrag „Was heißt national?“ auf den Punkt: „Im Grunde genommen, sollten wir schweigen; sollten wir schweigen dürfen und die Heilung erwarten ... Die Frage der Humanität ist in diesem Falle, da wir das Objekt derselben sind, da wir die Humanität erwarten und zu fordern haben, nicht die unsrige“ (S. 40), sondern, so Lazarus, eigentlich Sache der nichtjüdischen Deutschen.

* Auch einzelne nichtjüdische bürgerliche Persönlichkeiten wandten sich gegen den Judenfeind Treitschke. Bürgerliche Gelehrte wie Theodor Mommsen wandten sich zwar gegen Treitschke, hatten aber selbst mit judenfeindlichen Bemerkungen Juden als Zersetzer der Nation bezeichnet und mit einem merkwürdigen Gestus auch die Juden aufgefordert, die Schranken zu den Nichtjuden niederzuwerfen. In den Publikationen des vor allem von nichtjüdischen Persönlichkeiten gegründeten Vereins zur Abwehr des Antisemitismus wird unter ausdrücklichem Ausschluss strafrechtlicher Verfolgung an die Vernunft der antisemitischen Anhänger appelliert. Auf judenfeindliche Äußerungen der „großen Deutschen“ von Luther über Friedrich II. bis Bismarck wird dort so reagiert, dass, was irgend möglich ist, zusammengekratzt wurde, um bei ihnen dies oder jenes Positive über Juden zu finden. Dem Vorwurf, dass Judenfeinde Sozialisten und Revolutionäre sind, wird so entgegnet: Der Vater des Sozialismus, Marx, habe angeblich selbst gegen Juden gehetzt. Siehe hierzu genauer im Teil II den Abschnitt „Nichtjüdische bürgerlich-demokratische Kräfte gegen Judenfeindschaft“.

Die Auseinandersetzung um Treitschkes „Unsere Aussichten“ verlief in zwei Phasen. In der ersten Phase, die von November 1879 bis Februar 1880 dauerte, traten insbesondere Manuel Joël, Heinrich Graetz, Harry Breßlau, Ludwig Bamberger, Herman Cohen und Moritz Lazarus gegen Treitschke und seine Anhänger auf. Dabei hatten sie nahezu keine Unterstützung von Nichtjuden. Nichtjuden meldeten sich kaum zu Wort. Die „Allgemeine Zeitung des Judentums“ fragte am 9. Dezember 1879:

„Wo bleiben denn die echten und rechten Kämpen, die sich der Geschmähten annehmen und die Gegner mit Erfolg zurückwerfen.“⁴⁴⁵

Die Argumente der jüdischen Gegner Treitschkes sind durchaus von Gewicht und haben auch die Argumentation der demokratischen Kräfte und der revolutionären Kräfte der Sozialdemokratie beeinflusst. Im Folgenden werden die Verteidiger der Judenemanzipation und ihre Argumente chronologisch entlang des Verlaufs der Debatte vorgestellt, da ihre Argumente und Zurückweisungen sich aufeinander beziehen.

Bereits am 28. November 1879 veröffentlichte der von Judenhetzern als „Judenblatt“ diffamierte „Berliner Börsen Courier“ als erste Reaktion eine klare Einschätzung:

„Die Judenhetze hat einen Bundesgenossen gewonnen, der uns gefährlicher erscheint, als die Stoecker und Marr, als die ‚Germania‘ und die ‚Kreuzzeitung‘, als die Antisemitenliga und was drum und dran hängt. Herr *Professor Treitschke*, der Schönredner unseres Reichstags, der Professor unserer Universität, der Held der Phrase“ (S. 21).

Die Zeitungen der jüdischen Gemeinden informierten ihre Leserinnen und Leser ständig über die Debatten. Die „Allgemeine Zeitung des Judentums“ gab in einer Serie fünf Artikelsammlungen unter dem Titel „Streitschriften“ heraus“.

Methode der angeblichen „Ausnahme“

Am 9. Dezember 1879 eröffnete Ludwig Philippson, der Herausgeber der „Allgemeinen Zeitung des Judentums“, in einem Leitartikel

mit dem Titel „Antwort an Professor Dr. v. Treitschke“ den Kampf gegen Treitschkes jüdenfeindliche Provokation.

Philipsson entlarvte Treitschkes Methode, nicht alle Jüdinnen und Juden pauschal anzugreifen:

„Seine Methode ist daher, von seinen Anklagen gegen die Juden immer eine Anzahl der letzteren auszunehmen, dann aber die Beschuldigungen desto stärker auszudrücken und sie auf die gesamte Judenheit auszudehnen.“ (S. 103)

Er stellte Treitschkes Diffamierungen über jüdische Börsenjobber, Zeitungsmagnaten und Hosenverkäufer in eine Linie mit der jahrhundertealten Judenhetze „in neuer Gestalt“, um die jüdische Bevölkerung „verächtlich und verhasst zu machen“ (S. 107).

Gegen Treitschkes Statistiktricks

Mit falschen Fragestellungen und tendenziös-reaktionären statistischen Schlussfolgerungen * setzte sich Moritz Lazarus 1879 in seiner Replik gegen Treitschke auseinander. Er stellte treffend fest, dass die jüdische Bevölkerung im damaligen Deutschland in der Landwirtschaft unterrepräsentiert sei.

* Der jüdische Rechtsgelehrte Ludwig Fuld erklärte 1899 grundlegend, dass insbesondere die Statistik durch falsche Behauptung über Kausalzusammenhänge jüdenfeindlich verwendet wird. Er erklärt, dass „die Vertretung des Antisemitismus in den volkswirtschaftlichen Disziplinen von unberechenbaren Folgen; es hängt dies mit dem eminent praktischen Charakter derselben zusammen, welcher auf weiteste Verbreitung hinweist. Hier ist es ganz besonders die Statistik, welche in jüdenfeindlicher Weise verwertet wird. Ein Mann wie A. von Oettingen hat kein Bedenken getragen, in seinem Buche über die Moralstatistik, einem ‚Standard Wort‘, die antisemitische Bewegung als eine berechtigte Reaktion der Deutschen gegen die jüdische Kriminalität zu bezeichnen ... Ein deutscher Staatsanwalt führt in einem Aufsatz in der Liszt'schen Zeitschrift für Strafrechtswissenschaft die übrigens nur vorübergehenden Erfolge der Antisemiten bei den früheren Reichstagswahlen im Reg. Bez. Kassel auf die jüdischen Wucherer und Güterschlächter zurück. Ähnlich verhält es sich mit der Behauptung über die fortschreitende Konzentration des Volksvermögens in den Händen der Juden und ihre Schuld an der Verschuldung des Grund und Bodens von der Schmarotzertätigkeit des jüdischen Stammes u. dgl. m.“ (Fuld, Ludwig: Antisemitismus in der Wissenschaft, in: Im deutschen Reich, Heft 8, 1899, S. 407) Ludwig Fuld (1859–1957) war ein in Mainz geborener Rechtsanwalt. Bekannt wurde er durch verschiedene Gutachten, etwa 1890, als er in einem Gutachten die Verlängerung des „Sozialistengesetzes“ aus Gründen der „Rechtsstaatlichkeit“ ablehnte.

„Will man sie billig beurteilen, da wird die statistische Frage nicht lauten dürfen: wie groß ist die Anzahl der Ackerbauer bei Juden und Nichtjuden im Verhältnis zur Bevölkerung überhaupt? Vielmehr wird man fragen müssen, wie groß ist die Anzahl der Söhne von Städtebewohnern, von Handwerkern, von Gelehrten und Kaufleuten, welche sich aufs Land und zum Ackerbau gewendet haben?“⁴⁴⁶

Einer der ersten, der sich an eine ausführliche immanente Widerlegung wagte, war im Sommer 1880 Salomon Neumann, der gegen Treitschke Stellung nahm. Er veröffentlichte eine demografische Studie mit dem Titel „Die Fabel von der jüdischen Masseneinwanderung“ und widerlegte Treitschkes Lüge von der massenhaften jüdischen Einwanderung aus Osteuropa. Anhand der offiziellen preußischen Statistiken wies er nach, dass es in großem Umfang eine Binnenwanderung gab, aber eben keine nennenswerte Einwanderung.⁴⁴⁷

Der „Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ setzte sich in dem Artikel „Der Juden Antheil am Verbrechen“, in der Schrift „Antisemiten-Spiegel“ von 1892 mit dem Thema auseinander.⁴⁴⁸ Es heißt darin – allgemein gesehen – richtig:

„Mit nichts kann man mehr Missbrauch und Unfug treiben, als mit Zahlen. Wer sie nicht vollständig mitteilt und nicht richtig erläutert, kann das Gegenteil von dem herausbringen, was sie beweisen.“⁴⁴⁹

Mehr noch:

„Die hetzerische Art, in welcher die Antisemiten vorgehen ..., ist umso verwerflicher, als in diesem Falle die Ziffern der amtlichen Statistik, die an sich überhaupt zu weitgehenden Schlüssen nach dieser Richtung hin nicht berechtigen, nicht zu Ungunsten der Juden sprechen, sondern im Gegenteil zu ihren Gunsten.“⁴⁵⁰

Joël: „Abrichtung der Volksmassen durch den Giftstoff Judenfeindschaft“

Manuel Joël (1826–1890) verfasste bereits im November 1879 in der „Schlesischen Presse“ einen 12-seitigen „Offenen Brief an Herrn Pro-

fessor Heinrich von Treitschke“, der dann noch in drei weiteren Auflagen erschien. Joël war Rabbiner in Breslau, der sich mit der Geschichte der Philosophie und insbesondere mit Spinoza beschäftigte. Joël war ein durchaus preußisch eingestellter, hochgelehrter Rabbiner, der in vielen Punkten gar nicht so weit von Treitschke entfernt war, im Vorbeigehen die religionsfeindlichen Schriften der Junghegelianer anprangert und auch an Hegel kein gutes Haar lässt, ja sich sogar von einer Schrift von Heinrich Graetz, wenn auch vorsichtig, als zu emotional distanziert.

Joël brachte auf den Punkt, dass es Treitschke darum ging, in den Jüdinnen und Juden einen Sündenbock (siehe S. 25) zu schaffen und dass er nicht als seriöser Historiker, den er ja vorgab zu sein, schrieb, sondern als „ein Pamphletist“ (ebenda). Treitschke habe sich gegen Lessing und für Marr entschieden (siehe S. 26). Joël entlarvte, dass der Unterschied in der Sprache zwischen der des Professors Treitschke und der eines Marr keinen wesentlichen Unterschied macht:

„Denn das glauben Sie doch wohl selbst nicht, dass Ihre Verwahrung gegen die Rohheit der Judenhetzer uns beruhigen kann, dass es uns etwa bloß darum zu tun ist, statt im Rotwelsch der Pöbelsprache, in elegantem Professorendeutsch abgetan zu werden.“ (Ebenda)

Joël weist das demagogische Manöver zurück, als dürfe man über alle Völker der Welt etwas Kritisches sagen, nur über die Juden nicht. Joël erklärt, dass es sowieso absurd sei, die jüdische Bevölkerung mit Nationen wie Frankreich oder Deutschland zu vergleichen.

Joël weist der Reihe nach die verschiedenen judenfeindlichen Beschuldigungen Treitschkes zurück. Er prangert Treitschkes demagogische Methode der Übertreibung an:

„Also weil in ein paar Orten die jüdischen Gemeinden ihre besonderen Schulen zu Gunsten einer Gemeinschaftlichen aufgaben und dabei mit den städtischen Behörden eine gewisse Rücksicht in der Stundenlegung für jüdische Lehrer und Schüler vereinbarten, ohne dass dem Schul-Unterricht am Sabbat irgendwie Abbruch geschah, sprechen Sie von einem Erlebnis, als handelte es sich um die Judaisierung von Europa.“ (S. 29)

Zu der von Treitschke behaupteten „Masseneinwanderung“ von Jüdinnen und Juden aus Osteuropa erklärt Joël zum einen, dass Treitschke quantitativ die Zahlen übertreibt. Zum anderen weist er Treitschkes Verunglimpfung der osteuropäischen, vor allem der polnischen Juden zurück. (S. 30)

Zu Treitschkes Behauptung, dass sozusagen das „gesunde Volksempfinden“ gegen die Juden berechtigt sei, macht Joël folgende sehr wichtige Bemerkung über die Ursachen der Judenhetze und die Mitschuld: Die Bevölkerung sei zunächst unschuldig

„an der Judenhetze, muss vielmehr, wie zu alten Zeiten, zum Hasse erst abgerichtet werden. Der Judenhasse war stets ein Giftstoff, der *absichtsvoll* von den Fanatikern sei es der Religion, sei es einer Doktrin, und von denen, die sich um des Vorteils willen ihnen zu Diensten stellten, eingepflegt wurde. [...] Was Sie vom ‚Instinkt der Massen‘ sagen, ist rhetorischer Schnickschnack. Die Masse hat, wenn man sie nicht verführt, den Instinkt, dass der Jude an Humanität seinem christlichen Mitbürger nicht nachsteht.“ (S. 32 f.)

Joëls Verweis auf die staatliche Forcierung und Duldung der Judenhetze, des „Giftstoffs“ zur Verhetzung der Massen, ist ein sehr wichtiges und vom Ursprung her betrachtet auch richtiges Argument. Die Volksmassen sind nicht Ursache des Judenhasses und insofern im Sinne Joëls zunächst „unschuldig“. Das schließt jedoch nicht aus, dass sie sich an konkreten judenfeindlichen Angriffen beteiligen und sich dann durchaus schuldig machen.

Joël weist auch polemisch auf den rassistischen Nationalismus Treitschkes hin. Joël fragt rhetorisch:

„Wollen Sie jedem Deutschen das Bürgerrecht versagen, dessen Backenknochen bezeugen, dass er von Mongolen stammt?“ (S. 31)

Sehr treffend ist die Widerlegung Joëls von Treitschkes Äußerung, dass die Juden nach der politischen Gleichstellung demutsvoller sein sollten:

„Die Juden hätten, wenn es nach Ihnen gegangen wäre, sagen müssen: Wir wollten das Ghetto nur im Prinzip zerstört wissen, im Übrigen bleibt Alles beim Alten, das öffentliche Leben geht uns nichts an, wir behalten die Ghettodemut, eingedenk der historisch ja wohl unanfechtbaren Tatsache, dass Titus* uns für so und so viel Groschen als Kammerknechte verkauft hat.“ (S. 34)

Abschließend fragt Joël, worum es Treitschke eigentlich gehe. Richtig bemerkt er, dass der „elegante Schriftsteller“ nicht Schlussfolgerungen ausspricht wie Vertreibung oder Beseitigung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung, sondern hier eine Art Arbeitsteilung wirkt und gewollt ist, „diese gröbere Arbeit überlässt man größeren Leuten“.⁴⁵¹ (S. 36)

Graetz: „Kein kräftiges Wort der Humanität“ von den angeblich großen deutschen Denkern

Heinrich Graetz (1817–1891) war der einzige von Treitschke namentlich angegriffene jüdische Theoretiker.⁴⁵² Graetz veröffentlichte am 7. Dezember 1879 seine sechsseitige „Erwiderung an Herrn von Treitschke“. Darin weist er die jüdenfeindlichen Anwürfe Treitschkes entschieden zurück. Er kommt gleich auf den jüdenhetzerischen Kernsatz Treitschkes zu sprechen, dass „die Juden unser Unglück“ seien:

„Wie? 40 Millionen Deutsche sollen in Gefahr sein, von einer Handvoll Juden korrumpiert und entsittlicht zu werden?“ (S. 97)

Graetz nutzt die Gelegenheit, auch die Autorität des Historikers Treitschke infrage zu stellen, indem er ihm einleitend kurz einige Tatsachen über die Geschichte der jüdischen Bevölkerung in verschiedenen Ländern vorhält, die Treitschke offensichtlich verfälscht hat.

Möglicherweise doch nicht sehr geglückt ist im Schlussteil dann der Versuch, den Vorwurf der jüdischen Überheblichkeit dadurch zurückzuweisen, dass der englische Ministerpräsident sich doch so positiv über die Juden geäußert habe und Treitschke dann doch lieber diesen englischen Ministerpräsident kritisieren solle.⁴⁵³

* Die Anspielung mit Titus bezieht sich auf die Behandlung der Überlebenden nach der Eroberung Jerusalems durch die Römer im Jahre 70 n. u. Z.

Die statistischen Behauptungen Treitschkes über jüdische Masseneinwanderung weist Graetz zurück.⁴⁵⁴

Die Umkehrung Treitschkes, dass Graetz einen „Todhass“ gegen Christen und Christentum habe, weist Graetz ebenfalls zurück:

„ich hatte die tausendfachen, blutigen, unbarmherzigen Verfolgungen gegen meine Stamm- und Religionsgenossen zu erzählen und wollte sie der Wahrheit gemäß erzählen.“ (S. 99)

Zu dieser Wahrheit gehöre nun einmal, dass ein Luther, ein Goethe und Fichte sich judenfeindlich geäußert hatten. (S. 100)

„Hätte man nicht von den deutschen Kraftgeistern ein kräftiges Wort der Humanität erwarten sollen?“ (S. 101)

Am 28. Dezember 1879 veröffentlichte Graetz den 6-seitigen Artikel „Mein letztes Wort an Professor von Treitschke“⁴⁵⁵. Einleitend stellt er klar, dass es nicht darum gehe, Leute wie Treitschke zu überzeugen:

„Für eine von Chauvinismus und Verbitterung getrübbte Logik ist die Wahrheit unzugänglich.“ (S. 186)

Graetz stellt fest, dass die unwahre „Logik“ von Treitschke auf den Punkt gebracht so ist:

„Diese Logik urteilt: Weil die Juden seit fünfzehnhundert Jahren ungerecht, grausam ‚diabolisch‘ verfolgt wurden – darum müssen sie noch weiter verfolgt werden.“ (S. 186)

Graetz weist schließlich konkret nach, dass Treitschke ihn direkt verfälscht hat mit seiner Behauptung, dass Graetz die Anerkennung einer jüdischen Nationalität in Deutschland gefordert habe. Er stellt klar, dass mit der Anerkennung des Judentums die Anerkennung der jüdischen Religion, die immer noch nicht als gleichberechtigt angesehen wurde, eindeutig gemeint war und bekräftigt diesen Punkt (siehe S. 191).⁴⁵⁶

Graetz äußert abschließend sehr deutlich, in welcher „Gesellschaft“ er Treitschke sieht, wenn er sich auf den Kampf der Dominikaner gegen den Verteidiger der jüdischen Rechte, Johannes Reuchlin, bezieht:

„Sie, Herr Professor, hätten es damals mit den Dunkelmännern gegen die Humanisten und Juden gehalten.“ (S. 192)

Breßlau: „Planmäßige und geflissentliche Verhetzung“

Harry Breßlau (1848–1927) war ein Parteikollege Treitschkes vor dessen Austritt aus der Nationalliberalen Partei und lehrte wie Treitschke an der Berliner Universität. Als Jude wurde ihm jedoch in Preußen eine ordentliche Professur verwehrt. So hatte Breßlau, der später einer der prominentesten Vertreter der Mittelalterforschung werden sollte, im Gegensatz zu Treitschke oder auch Mommsen alles andere als eine gesicherte Existenz, als er sich mit seinem 23-seitigen Beitrag „Zur Judenfrage“⁴⁵⁷ von 1880 zu Wort meldete. Das Nachwort zur 2. Auflage von 1880 umfasste knapp sechs Seiten.

Kurz zum Aufbau des Beitrags. Zunächst wird klargestellt, dass die aktuelle judenfeindliche Bewegung, wie ausführlich mit Fakten belegt wurde, nach der Gründung des Deutschen Reiches bereits 1875 erfolgte.⁴⁵⁸ Im zweiten Teil wird dem Historiker Treitschke eine Art Nachhilfe gegeben, indem auf die Entwicklung der jüdischen Bevölkerung in den verschiedenen Ländern Europas eingegangen wird. In einem dritten Teil geht es um die Frage des Verhältnisses von Juden und Deutschen, deutschen Juden und jüdischen Menschen, die sich nicht als Deutsche verstehen.* Im vierten Teil wird der Vorwurf von der angeblichen Masse der jüdischen Wucherer widerlegt, um dann in einem weiteren Teil die Behauptung von der Vorherrschaft der Juden in der Presse bis ins Detail zu widerlegen. Insgesamt ist der Artikel bei allen ausgesprochen wichtigen und richtigen Bemerkungen dennoch von einer noch nicht gebrochenen Hochachtung gegenüber dem Kollegen Heinrich von Treitschke gekennzeichnet, von dem Versuch, insbesondere durch konkrete Fakten die Glaubwürdigkeit der Position von Treitschke zu untergraben. Auch wenn die Gefahr existiert, hierbei lediglich immanent zu argumentieren, so wird insgesamt durch den Artikel doch klar, dass die Grundpositionen von Treitschke und nicht einzelne Fakten das Problem sind.

* Breßlau wendet sich auch gegen eine kleine Gruppe in Deutschland lebender jüdischer Rabbiner, die von einer Auswanderung nach Palästina ausgingen, und distanziert sich deutlich. Sein doch sehr deutsch-nationaler Standpunkt wird auch klar, wenn er die jüdische Sprache als „widerwärtigen Jargon der Ghetti“ (S. 206) bezeichnet.

Einleitend wirft Breßlau Treitschke richtigerweise vor, dass dieser für die Judenfeinde „fortan als unanfechtbare Autorität“ (S. 196) gelten würde.

Er führt aus, dass „die Judenfrage“, wie sie von den Judenfeinden aufgeworfen wurde, keine religiöse Frage sei, sondern zur Frage der Nationalität, ja zu einer der „Race“ gemacht wurde (ebenda). Bei Treitschke selbst werde das deutlich, wenn dieser von getauften und ungetauften Juden wie Felix Mendelssohn oder Ludwig Börne spreche. (Ebenda)

Breßlau widerspricht Treitschke, dass die Judenhetze eine erst seit einigen Monaten existierende Erscheinung sei: Die „Judenhetze des neuen deutschen Reichs“ sei vielmehr auf die Zeit nach der Deutschen Reichsgründung, genauer auf das Jahr 1875 zu datieren. (S. 198)

Zahlreiche judenfeindliche Artikel seien in jüngster Zeit in der „Kreuzzeitung“ und in der „Germania“ erschienen. Stoecker & Co. hätten diese antijüdische Hetze von der reaktionären Presse in die Volksversammlungen getragen und durch „die Macht des lebendigen Wortes“ noch weiteren Kreisen zugänglich gemacht. (S. 200)

Breßlau setzt sich differenziert – und besonders wichtig für die spätere Entwicklung der jüdischen Minderheit in Deutschland – mit der Frage auseinander, ob Jüdinnen und Juden in Deutschland denn nicht auch eine Nationalität sein könnten. Zwar widersetze sich ein Großteil der deutschen Juden nicht dem „Aufgehen innerhalb der deutschen Nation“, (S. 205), so gebe es doch auch welche, die „noch nicht völlig die deutsche Kultur in sich aufgenommen haben“ (ebenda), hauptsächlich im Osten Preußens. Schließlich verweist Breßlau auf die Sorben in der Lausitz, die in einer Zahl von ungefähr 100.000 Menschen „trotzdem ihre Sprache und Nationalität bewahrt“ haben, „ohne sich in der deutschen zu verlieren“ (ebenda). Das ist ein seltener Hinweis in den Schriften gegen die Judenfeindschaft, der aber umso wichtiger ist.

Als Kern der judenfeindlichen Botschaft Treitschkes macht Breßlau dessen Hetzaufruf „Die Juden sind unser Unglück“ aus. Dazu schreibt er Folgendes:

„Man muss diesen Satz in seinen einzelnen Bestandteilen prüfen, um seine Tragweite völlig zu ermessen. Nicht auf die althergebrachten, von den Vätern ererbten und auf die Kinder verpflanzten Vorurteile gegen die Juden, die in weiten Kreisen unseres Volkes herrschen, beziehen Sie sich, sondern auf die wohlerrungene Überzeugung von Männern, die an der Spitze der geistigen Bewegung der deutschen Nation stehen. Nicht vereinzelt, meinen Sie, herrsche in diesen Kreisen eine Antipathie gegen die Juden, sondern dieselbe verschaffe sich einen einmütigen und einstimmigen Ausdruck. Nicht gegen einen einzelnen oder mehrere Fehler und Schwächen des deutschen Judentums richte sich dieselbe, sondern gegen die Gesamtheit, die man kurzweg als unser Unglück, als das Unglück des deutschen Volkes bezeichne.“ (S. 213)

Wichtig ist abschließend noch die Aufforderung an die nichtjüdische Bevölkerung, endlich ihre Ignoranz gegenüber der städtischen jüdischen Durchschnittsbevölkerung aufzugeben:

„Mit der großen Masse der jüdischen städtischen Durchschnittsbevölkerung, die ohne den vordringlichen Luxus der Geldaristokratie und ohne den verkommenen Schmutz des Wucher und Trödlertums in stiller bürgerlicher Achtsamkeit lebt, ist man in christlichen Kreisen doch nur sehr wenig bekannt.“ (S. 216)

Breßlau betont in seinem „Nachwort zur zweiten Auflage“⁴⁵⁹ von Ende Januar 1880, dass in den letzten Jahren von einer „planmäßigen und geflissentlichen Verhetzung“ auszugehen ist, welche fast die gesamte Presse mehrerer großer und einflussreicher Parteien in ganz Deutschland „sich zur Aufgabe gemacht hat“ (S. 362). Weiter führt er aus:

„Immer lauter wird das Geschrei derer, die dem deutschen Volke zurufen, mit keinem Juden geschäftliche Beziehungen anzuknüpfen, mit keinem geselligen Verkehr zu unterhalten, keinen Juden zu einem kommunalen oder staatlichen Ehrenamte zu wählen; sie möchten nachdem das Staatsgesetz uns die Gleichberechtigung verliehen hat, nunmehr eine soziale Exkommunikation nicht bloß über die schlechten Elemente, sondern über die Gesamtheit des deutschen Judentums verhängen.“ (S. 365)

Bamberger: „Wo der Nationalhass nach außen seine Schranke findet, wird der Feldzug nach innen eröffnet.“

Ludwig Bamberger (1823–1899) war Bankier und Politiker. Als Teilnehmer der 48er Revolution war er 1852 in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden. 1868 kehrte er nach Preußen zurück. In den 70er Jahren war er Mitbegründer der Deutschen Bank und trat der Nationalliberalen Partei bei, war also Parteikollege Treitschkes. Er reagierte sofort auf Treitschkes antijüdische Hetzschrift und veröffentlichte „Deutschtum und Judentum“⁴⁶⁰ 1880 in der Revue „Unsere Zeit“. Es handelt sich um einen 26-seitigen Artikel, der später auch als Broschüre erschienen. Es war fast die einzige Stellungnahme Bambergers, in der er sich zum Judentum äußerte.

Bamberger klärt zunächst, dass selbstredend berechnete oder unberechtigte Kritik an einem Juden nicht auf alle Juden übertragen werden kann.⁴⁶¹

Bamberger zeigt geschickt auf, dass Treitschkes ganzer Tonfall einen darauf stößt, dass er eben die Gleichberechtigung der Juden nicht anerkennt und so tut, als seien sie lediglich „Geduldete, die das Gastrecht verletzen“ (S. 223). Er streift dann die Geschichte des deutschen Liberalismus und dass die Mehrheit der jüdischen Abgeordneten im Parlament auf den „Bänken der Linken gesessen“ (S. 224 f.) haben, um dann die Frage der Religion und einer angeblichen „jüdischen Rasse“ mit Blick auch auf Amerika zu behandeln.

Klar wertet er Treitschkes Schrift als „wahre Brandschrift“ (S. 219). Die „Rassenunterscheidung“

„ward erst zu Hülfe gerufen, als es nicht mehr anging, die Ungleichheit des Rechts auf das religiöse Bekenntnis zu stützen.“ (S. 226)

Weiter wird recht ausführlich auf eine Fülle großer Namen verwiesen und wie sie sich jeweils in ihrer Zeit positioniert haben. Ganz besonders wird dabei Heinrich Heine genannt und die Alltagserfahrung benannt, dass für die jüdischen Deutschen gilt: „Ihr seid nur Deutsche zweiter Klasse.“ (S. 234)

Im abschließenden Teil wendet Bamberger sich nachdrücklich gegen den im Grunde rassistischen Spruch von der „reinen Kultur“ (S. 236). Ähnlich wie andere Autoren weist er darauf hin, dass Religionskritik in Deutschland nun wahrlich nicht in erster Linie von jüdischen Autoren betrieben wurde, um abschließend auf die großen Gefahren in vier Punkten hinzuweisen:

1. Treitschke tut so, als wolle er nicht massiv gegen die jüdische Bevölkerung vorgehen, aber so, wie er die Juden als Unglück schildert, liegt es nur nahe, dass die so als Sündenbock Abgestempelten wieder massiv verfolgt werden.⁴⁶²

2. Hervorzuheben ist auch, dass Bamberger betont, dass die Judenfeindschaft bei den sogenannten gebildeten Leuten vorkommt, bei den sogenannten Ungebildeten aber weniger greift. So schreibt er:

„Viel weniger scharf ist der Gegensatz unter den Ungebildeten und am wenigsten auf dem Lande, wo im Ganzen der christliche Bauer mit seinem jüdischen Nachbar, der sich beklagt und darbt wie er, auf traulichem, harmlosen Fuße verkehrt.“ (S. 240)

Mag diese Darstellung im Einzelnen stimmen oder nicht – sie steht jedenfalls im krassen Gegensatz zu den Beobachtungen, die wir später in der Einschätzung des Verhältnisses der christlichen Bauern zu der jüdischen Bevölkerung auf dem Land bei einer Reihe von Sozialdemokraten finden.

3. Der dritte Punkt betrifft die „Rückwirkung auf die Schule“ (S. 242). Bamberger warnt davor, dass „Lehrer den Unfrieden unter ihre Schüler aussäen. Das Kindesalter ist nicht zur Barmherzigkeit geneigt, ist zur Verfolgung nur allzu leicht anzureizen. Was aber den kindlichen Gemütern in der Schule eingepflanzt wird, genügt, um den verderblichen Rasse - und Glaubenshass für Generationen unausrottbar zu machen.“ (S. 242)

Bamberger schreibt über den Zusammenhang von Judenfeindschaft und deutschem Nationalismus:

„Es gab immer und überall und es gibt zur Zeit in Deutschland besonders viele Schwärmer, die den Feureifer für ihr eigenes Ideal nicht wirksamer schüren zu können vermeinen, als indem

sie alles andere geringschätzen oder hassen. Gerade der Kultus der Nationalität trägt diese Versuchung mehr als jeder andere in sich und artet leicht dahin aus, den Hass gegen andere Nationen zum Kennzeichen echter Gesinnung zu machen. Von diesem Hass gegen das Fremdartige jenseits der Grenze bis zum Hass gegen das, was sich etwa noch als fremdartig in der eigenen Heimat ausfindig machen lässt, ist nur ein Schritt. Je mehr Hass, desto mehr Tugend! Wo der Nationalhass nach außen seine Schranke findet, wird der Feldzug nach innen eröffnet.“ (S. 224)

Bamberger erkannte sehr richtig, dass der „Kultus der Nationalität“, in Deutschland der deutsche Nationalismus, sich verstärkt hatte und sich nicht nur „nach außen“, gegen andere Nationen richtete, sondern gerade auch in Deutschland gegen alles, was als „fremdartig“ angesehen wurde. Und hier war es vor allem die jüdische Bevölkerung, gegen die der „Feldzug“ eröffnet wurde. Auf diese Weise verband sich deutscher Nationalismus mit der Judenfeindschaft.

Trotz einiger sehr konkreter, manchmal auch langatmiger und für uns heute schwer zu verstehender Passagen bietet auch diese Entgegnung auf Treitschke eine Fülle von sehr wichtigen und richtigen Überlegungen, die hier daher ganz bewusst herausgestellt wurden.

b) Weitere Schriften und Artikel gegen Judenfeindschaft

Riesser, „Die Rechte der Juden in Preußen“ (1860)

Der Jurist Gabriel Riesser hat auch nach 1848 – oft bis ins Detail – für die Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung auf allen Gebieten und in allen Berufen mit seinen juristischen Spezialkenntnissen gekämpft und dazu mehrere Schriften verfasst.

In seiner 80-seitigen Schrift „Die Rechte der Juden in Preußen“⁴⁶³ von 1860 ist ein Punkt von grundsätzlicher Bedeutung. Das betrifft Riessers Einschätzung der Kräfte um die „Kreuzzeitung“, die sich gegen die Gleichstellung der jüdischen Bevölkerung wandten. Riesser fragt nach dem Grund dieser Ablehnung und erklärt:

„Der Grund dieser Parteistellung ist klar genug. Was für einen Preis kann man dem Volke bieten, für den Druck, unter dem man es halten will, für all die Vorrechte, unter denen es leidet,

als das traurige Vorrecht, eine geringe Anzahl von Mitbürgern seinerseits unter noch schwächlicherem Drucke zu halten, und diesen durch das System, das auf ihm selbst lastet, getragen und erhalten zu sehen? Es muss daher der Klasse, die durch Privilegien herrschen will, alles daran liegen, eine an Rechten noch tief unter dem Volke stehende Klasse im Drucke festzuhalten, zugleich aber im Volke die unedle Lust an diesem Druck, das unwürdige Gefühl, das in demselben eine Entschädigung findet, für das eigene Leid wach zu halten.“ (S. 576)

Riesser gelingt es, mit dem etwas kompliziert aufgebauten Gedanken dennoch ein wichtiges Problem herauszuarbeiten. Wie kann es gelingen, einen Großteil der unterdrückten Bevölkerung dazu zu bringen, diese Schmach zu ertragen? Die herrschende Klasse bietet ihnen an, Spaß daran zu finden, jemanden zu unterdrücken und zu quälen, der noch unter ihnen angesiedelt ist: die Juden. So werden die Unterdrückten selbst zu Unterdrückern bzw. an der Unterdrückung Teilhabenden – zur Freude der Herrschenden.

Ein Flugblatt des deutsch-israelitischen Gemeindebunds gegen die Lüge vom „jüdischen Wucher“ (1879)

1879 erschien ein 16-seitiges Flugblatt des Deutsch-Israelitischen Gemeindebunds mit dem Titel „Hat das Judentum dem Wucherunwesen Vorschub geleistet?“ (Leipzig 1879). Die Broschüre weist durch genaue Kenntnis sowohl der 5 Bücher Mose (Thora) als auch der Talmud-Schriften nach, dass die jüdische Religion vor Christentum und Islam das Zinsnehmen und den Wucher eindeutig verboten hat:

„Und zwar früher, entschiedener und ausdauernder, als alle übrigen Religions- und Rechtssysteme.“ (S. 4)

Das Zinsverbot von Christentum und Islam habe seine Quellen und Muster im mosaischen Recht gehabt, das ausführlich zitiert wird. In einem zweiten Schritt wird nachgewiesen, dass und warum sich die Sache im Mittelalter geändert habe. Auch hier sei eindeutig und ohne

Wenn und Aber der Wucherzins* verboten gewesen. Tatsächlich hätten aber christliche Fürsten und Kirchenfürsten zum Übertreten dieses Gebotes angehalten oder auch dazu gezwungen und sich dann den Gewinn durch Besteuerung jüdischer Wucherer einverleibt, wobei sie oft auch vor Raub nicht zurückschreckten.

Für die neue Zeit wird hervorgehoben, dass es wie bei den Christen auch bei den Juden Wucherer gibt, die genau genommen aber sehr unchristlich und sehr unjüdisch seien. Kern des Flugblatts ist es, herauszustellen, dass es historisches Unrecht sei, der jüdischen Religion und der jüdischen Tradition den Wucher zuzuschreiben.

So informativ die Broschüre insgesamt ist, so problematisch wird es dann doch, wenn sich auf historische Feinheiten eingelassen wird, ob nun als Ausnahme Zinsen von Angehörigen anderen Völkern genommen werden dürfen oder nicht und warum. Hier wird deutlich, dass bei einem tieferen Eingehen auf das Thema dann doch auch dieser oder jener Fallstrick noch vorhanden ist, weil eine differenzierte von historischen Ausnahmen mit geprägte Geschichte des Zinsverbotes in der jüdischen Religion keine ganz einfache Textauslegung ist. Andererseits wird angesichts der Fülle von Talmudverfälschung eine Argumentationslinie, die durchaus nachvollziehbar ist, vorgestellt.

„Unserer Standpunkt - Zwei Reden an seine Religionsgenossen“ von Moritz Lazarus (1881)**

Schon aus dem Titel der Broschüre „Unserer Standpunkt - Zwei Reden an seine Religionsgenossen“ (Berlin 1881) geht hervor, dass beide

* Der Autor weist darauf hin, dass ursprünglich das Zinsnehmen überhaupt in der jüdischen Religion verboten war, während der Begriff Wucherzinsen später ja bedeutet, das überhöhte Zinsen genommen werden.

** Professor Moritz Lazarus (1824-1903) war ein bekannter Repräsentant der Jüdischen Gemeinden, Professor der Psychologie und Philosophie zunächst in Bern, ab 1874 auch in Berlin. Die beiden Reden erschienen als Broschüre im Dezember 1880 in Berlin. Wissenswert ist, dass Professor Lazarus bereits 1869 eine erste israelitische Synode in Leipzig mit Vertretern von 60 Gemeinden, Wissenschaftlern und Schriftstellern zusammengerufen hat, um über Fragen der Reform der jüdischen Religionsausübung zu diskutieren. Von 1882-1894 war er dann Vizepräsident der Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes.

Reden (insgesamt 40 Seiten) sich an seine jüdischen Religionsgenossen richten, aber es sind keine „geheimen“ Reden, wie der Verfasser gleich einleitend erklärt. (S. 3) Der Autor macht darauf aufmerksam, dass die Zahl der Judenfeinde vielleicht nicht groß ist. Aber die Zahl derer, „welche uns offen und energisch verteidigen, ist noch minder groß“ (S. 6). Der Autor warnt vor der Ausbreitung des Antisemitismus auch in den Reihen derjenigen, die im Augenblick noch nicht davon erfasst sind. In der Broschüre wird ausgeführt, dass die jüdische Bevölkerung eigentlich ja die gleichen Rechte habe wie alle anderen Teile der Bevölkerung in Deutschland. Eigentlich, denn so wird ausgeführt: „dass die Judenfrage existiert, ist ein schweres Leid für die Judenschaft in Deutschland, ein schwereres für die deutsche Nation.“ (S. 7)

Die ganze Rede appelliert an die Mitglieder der Jüdischen Gemeinde etwas zu tun, denn wenn „nichts von Seiten der Juden geschieht“, entstehe der größte Schaden, zumal dann einigen der Kragen platzt und „die Galle überläuft“ und es zu unbesonnen Reaktionen kommen könnte. (S. 8) Der Autor appelliert dafür, sich endlich zu verteidigen und sich dafür Instrumente zu schaffen.

Er hebt zwei Punkte hervor „1. Abwehr der Agitation, welche gegen uns und gegen Toleranz und Humanität geführt wird. 2. Hebung des Judentums in fremden und in den eigenen Augen.“ (S. 11)

Auch an jene gerichtet, die meinen, sie seien ja eigentlich gar keine Juden mehr, hebt Professor Lazarus hervor, dass sie sich mal nicht täuschen sollten: Sie wären eben alle Juden vor Stöckers Gnaden und alle müssten lernen sich zu wehren, auch wenn das bedeutet, bestimmte Dinge immer und immer wieder zu wiederholen.*

* „aber die selbstverständliche Verteidigung muss so lange wiederholt werden, wie die ungerechte Klage immer wieder erhoben wird. So oft eine Broschüre mit falschen Anklagen kommt, muss dagegen eine andere mit wahrhafter Verteidigung erscheinen.“ (S. 14)

Unser Standpunkt.

Zwei Reden
an seine Religionsgenossen

am

1. und 16. December 1880

gehalten

von

Prof. Dr. M. Lazarus.



Berlin.

Verlag der Stühr'schen Buchhandlung.
Unter den Linden 61.

1881.

Titelseite der Broschüre „Unser Standpunkt“ von Moritz Lazarus, 1881

Auch in der zweiten hier abgedruckten Rede wird deutlich, dass Professor Lazarus die Verteidigung gegen Judenfeinde als Jude und Deutscher vornimmt, wenn auch nur im Ansatz angezweifelt wird, dass jüdische Menschen deutsch sein können. Er baut hier eine massive Verteidigung dagegen auf:

„So sicher wie Herr Professor Mommsen also und jeder andere germanische Deutsche, so sicher sind auch wir Deutsche; aber wir sind jüdische Deutsche, oder deutsche Juden,* wie sie wollen.“ (S. 19)

Die zweite Rede setzt sich auch mit dem Historiker Mommsen auseinander, der etwa jüdische Unterstützungsvereine ablehnte, aber auch mit Treitschke, der behauptete, dass die jüdische Bevölkerung in Deutschland jüdische Journalisten im Ausland gegen Deutschland aufhetzen würde. Dabei verweist Lazarus auch auf den Trick, dass Treitschke pauschal über das Judentum spricht, obgleich er doch speziell jüdische Menschen meint. (Siehe S. 23)

Professor Lazarus kommt in dieser Broschüre in vielerlei Hinsicht deutschnationalem Gedankengut weitgehend entgegen, etwa wenn er betont, dass Juden „Blut auf dem Felde der Ehre für deutsche Sache vergossen“ (S. 20) haben und Juden auch ein herzliches Gebet „für Kaiser und Reich“ eingelegt hätten. Die Rede ist auch von der „Hoheit des deutschen Genius“ (S. 20).

Die Broschüre endet mit der auf der Versammlung verabschiedeten Erklärung,

„dass sie unerschüttert in Treue gegen das deutsche Vaterland ausharret und es als eine unwandelbare Aufgabe erkennt, in Erfüllung aller Bürgerpflichten für das Wohl und Gedeihen desselben mit ganzer Kraft zu wirken.“ (S. 40)

Sehr deutlich wird also, dass diese Position innerhalb der Jüdischen Gemeinden nicht die Gefahr des deutschen Nationalismus sieht, sondern im Gegenteil durch eine Betonung des Deutschseins meint, gegen

* Zu diesem Zeitpunkt wurden beide Formulierungen offensichtlich akzeptiert. Wir werden sehen, dass später darauf gedrungen wurde, von jüdischen Deutschen zu sprechen und nicht von deutschen Juden.

die Judenfeinde erfolgreich ankämpfen zu können. Unstrittig ist, dass diese Broschüre eine wichtige Position unter den verschiedenen Positionen in der Debatte über den richtigen Weg des Kampfes gegen Judenfeinde der damaligen Zeit, gegen die antisemitischen Parteien und Organisationen, widerspiegelt.

Kaufmanns Zurückweisung von Paul de Lagardes Judenfeindschaft (1887)

Der Budapester Religionsphilosoph und Rabbiner David Kaufmann (1852–1899) entlarvte die Judenhetze Lagardes mit seiner Schrift „Paul de Lagardes jüdische Gelehrsamkeit. Eine Erwiderung“ (Leipzig 1887). Die Auseinandersetzung entbrannte nicht an einer Schrift Lagardes, sondern zunächst an einer handwerklich schlechten und den jüdischen Gelehrten Leopold Zunz abfällig behandelnden Dissertation eines der Studenten von Lagarde.⁴⁶⁴ Schließlich trat Lagarde mit einer umfangreichen Schrift „Lipman Zunz und seine Verehrer“ (1886) auf, in der er Leopold Zunz und auch andere jüdische Gelehrte verhöhnte.

David Kaufmanns Schrift wurde als 53-seitige Broschüre veröffentlicht, um sie auch einer breiteren, außerakademischen Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Kaufmann hebt zunächst die Verdienste von Lagarde als Geschichtsprofessor hervor, um dann klarzumachen, dass er als Fälscher und Hetzer daherkommt, wenn es um jüdische Schriften und das Judentum geht.

Kaufmann entlarvt zum Teil mit beißender Ironie Lagardes Hetze und Entstellungen sehr konkret anhand Lagardes „Kritik“ an Leopold Zunz und Lagardes Verfälschungen jüdischer Schriften. Zwei Punkte aus Kaufmanns Schrift sind hervorzuheben:

Erstens verurteilte Kaufmann den abschätzigen Gebrauch der Bezeichnung „Jude“ durch Lagarde (S. 25).

Zweitens bezeichnet Kaufmann als Fazit Lagarde als jemanden, der vom Judenhasse zerfressen sei (S. 44).

Auf Lagardes Schmähschrift „Juden und Indogermanen“ von 1887 reagierte Kaufmann nicht mehr. Es war Ludwig Philippson, der in der „Allgemeinen Zeitung des Judentums“ im November 1887 in einer

zweiteiligen Artikelserie unter dem Titel „Juden und Indogermanen“ einen größeren Leserkreis mit der Auseinandersetzung bekanntmachte.⁴⁶⁵

„Ahlwardt im Kampf mit dem Gesetz“ von Ed. Mund (1892)

Diese 32-seitige Broschüre mit dem Titel „Ahlwardt im Kampf mit dem Gesetz“ (Berlin 1892) enthält einen Vortrag, gehalten am 5. August 1892 in einer Versammlung der Vereinigung zur Bekämpfung der Rassenhetze (eine Vereinigung, die wohl nur kurz existierte). Die Besonderheit dieser Broschüre ist, dass sie sich vor allem darauf konzentriert, die Autorität von Ahlwardt als angeblich ehrlichen Mann mit Belegen und Beweisen zu untergraben und zu zerbrechen. Selbst die Aussagen anderer Judenfeinde wie Marr werden genutzt, um die Charakterlosigkeit des Judenhetzers Ahlwardt deutlich zu machen.

Inhaltlich konzentriert sich die Broschüre auf den Adel, der hier als entscheidende Feind der Juden dargestellt wird:

„Der Adel, welcher niemals ein Herz für das Volk hatte, wird den Juden niemals das Dreigestirn Lassalle, Marx und Singer verzeihen, der Adel, welcher, zum größten Teil, natürlich durch eigene Schuld, finanziell immer mehr zurückgeht, wird den Juden niemals die Namen Rothschild und Bleichenröder vergessen! Die politischen Machthaber hassen uns um der sozialistischen, von Juden geschaffenen Bewegung willen, die geistlichen Machthaber verabscheuen uns wegen der so überaus erfolgreichen Tätigkeit Heines und Börnes und werden nie außer Acht lassen, dass die gesamte Philosophie der Aufklärung auf den Schultern des Juden Spinoza steht.“ (S. 6)

Ganz auf der Linie des antifeudalen Kampfes schreibt der Verfasser weiter:

„Die Juden haben allzeit für das Volk mit dem Volk, die Herren vom Adel haben stets gegen das Volk durch das Volk gekämpft!“ (S. 7)

Es geht dem Verfasser darum, mit eine Fülle von Dokumenten zu zeigen, dass die Judenfeindschaft von Ahlwardt vor allem seiner Liebe zu seinem Geldbeutel entspringt. (Siehe S. 24). Das entsprach dem

Schlagwort der damaligen Zeit innerhalb der jüdischen Gemeinden von den sogenannten „Geschäfts-Antisemiten“. Der verschriftliche Vortrag ist in einer Agitatorensprache gehalten und hat den Anspruch auch jüdische Leute zu ermuntern, als Agitatoren vorzugehen:

„Die Zeit, da wir Juden schweigend duldeten, ist vorüber und was die Verkünder der Lüge, die Antisemiten, vermögen, nämlich vor das Volk zu treten und die Massen zu entfesseln, nun, das können auch wir, wenn es unser Heiligstes, unsere in langen Jahren qualvoller Unterdrückung mühsam eroberten Menschenrechte gilt, - aber mit uns ist die Wahrheit, mit uns ist das Recht, mit uns ist die Kultur des 19. Jahrhunderts!“ (S. 9-10)

Bei der Enttarnung der Lügen und Meineide von Ahlwardt nimmt der Verfasser judenfeindliche Redewendungen auf und wendet sie gegen den Judenfeind, spricht von seiner „arischen Findigkeit“ und von seinen Manipulationen, die „jedem polnisch-jüdischen Schnorrer zur Ehre gereichen könnte.“ (S. 12), - wobei er dann doch möglicherweise zu leichtfertig diese judenfeindlichen Schimpfwörter (sicherlich mit ironischem Unterton) auf Ahlwardt zuspitzt.*

Auerbach: Der Judenhetze „erfolgreich und in würdiger Weise entgegentreten“ (1893)

1893, im Jahr der Parteitagsrede August Bebels, veröffentlichte Leopold Auerbach** die 20-seitige Flugschrift „Wie ist die Judenhetze mit Erfolg zu bekämpfen?“, die in Berlin erschien.⁴⁶⁶ Leopold Auerbach wendet sich einleitend direkt gegen „die judenfeindliche Bewegung in Preußen und auch in den anderen Bundesstaaten“. Es ist eine Entgegnung auf die „Forderung der Judenfeinde, dass „die staatsbürgerlichen Rechte der jüdischen Reichsangehörigen verkürzt werden sollen“. (S. 3)

* Unverständlich bleibt auch folgende - entweder ernst oder ironisch gemeinte - Passage: „Unbestritten soll die erzieherische Wirkung eines gemäßigten und verständigen Antisemitismus bleiben ...“ (S. 5)

** Leopold Auerbach (1828–1897) war ein Arzt aus Breslau, der ab 1863 zunächst als Privatdozent, ab 1872 als außerordentlicher Professor für Neuropathologie lehrte. 1881 wurde er zum Mitglied der Akademie für Naturforscher Leopoldiana gewählt.

Sehr wichtig ist seine Einschätzung, dass sich die judenfeindliche Bewegung der vergangenen 15 Jahre eher im Morast gewälzt habe, nun aber „von dem Konservatismus aufgenommen und zu praktischen Zielen benutzt“ (ebenda), also salonfähig geworden war und die Judenfeindschaft nun eine besonders gefährliche Entwicklung nahm.

Auerbach hatte beobachtet, dass gerade bei den Parlamentswahlen die Konservativen dort, wo sie keine eigenen Erfolgsaussichten hatten, Judenfeinde als Kandidaten unterstützten – und umgekehrt.

Die Sozialdemokratie zählt er zu den klaren Gegnern der Judenfeinde:

„Die Sozialdemokraten im Reichstag werden zweifellos gegen eine Verkürzung der Rechte der jüdischen Bevölkerung stimmen. (S. 4)

Auerbach stellt fest, dass die judenfeindlichen Tendenzen des Konservatismus keineswegs neu waren. Sie waren aber zeitweilig als „nicht so opportunistisch“ in den Hintergrund gedrängt worden. Nun aber gab es eine von anderen Judenfeinden aufgeheizte Volksmasse, so dass es zu einer „Betonung ihrer judenfeindlichen Ziele“ komme. (Ebenda)

Der wesentliche Unterschied zu den eher „sozial“ kaschierten Judenfeinden war laut Auerbach, dass die Grundlage dieser Variante der Judenfeindschaft die Betonung des Christentums als Grundlage des Staates sei. Und daraus werde gefolgert, dass die jüdische Bevölkerung keine Staatsbürgerrechte erhalten könne. Auerbach äußert sich auch in Bezug auf den Abwehrkampf gegen die Judenhetze:

„Die Abwehr durch Verbreitung von Flugschriften, Zeitungen und durch mündliche Vorträge, in welchen die antisemitischen Verleumdungen gegen das Judentum und gegen die Juden widerlegt werden, ist bisher erfolglos geblieben und wird erfolglos bleiben, weil die antisemitischen Volkshaufen gar nicht geneigt sind, sich über den richtigen Sachverhalt aufzuklären, da ihnen dadurch das Vergnügen an der Hetze verleitet werden kann.“ (S. 6)

In Bezug auf die aktive Anhängerschaft wird von Auerbach angesichts so mancher Illusionen in das Allheilmittel Aufklärung ein sehr plausibler Gedanke vorgetragen. Sein Vorschlag ist, das Problem durch Strafverfolgung der antisemitischen Hetzer anzupacken. Er vertrat die Position, dass der judenfeindlichen Hetze dadurch „erfolgreich und in würdiger Weise entgegengetreten“ werden könne,

„...dass ihren beschimpfenden Äußerungen in ihren Reden und Schriften gegen das Judentum und gegen die Juden ein *Strafschutz* entgegengesetzt wird wie solcher der Beschimpfung der christlichen Kirchen und ihrer Bekenner gegenüber besteht, und dass dieser Schutz in wirksamer Weise zur Anwendung gelangt.“
(S. 6 f.)

Der ausgesprochen wichtige und entscheidende Gedanke Auerbachs ist, dass judenfeindliche Beschimpfungen nicht als Gegenstand der Diskussionen akzeptiert werden können, gar noch „auf gleicher Augenhöhe“. Solche verbrecherische Hetze müsste eigentlich von Polizei und Staatsanwaltschaft verfolgt werden. Solche Hetze ist unter dem Niveau der Kritik.

Wenn dies klargestellt wurde, dann gilt der Zusatz von Marx, dass sie dennoch Gegenstand von Kritik, von vernichtender Kritik sein muss. Unklar ist, ob Auerbach die Illusion hatte, dass der reaktionäre Staatsapparat diesen Schutz durchsetzen könnte. Er ist sich jedenfalls bewusst, dass dadurch allerdings judenfeindliche Hetze nicht aufhören werde. Aber bei einer Bestrafung der aggressiven Hetze, so seine Einschätzung, werden sich „skandallüsterne Volkshaufen“ gelangweilt abwenden. Allerdings, so Auerbach, gab es im Strafgesetzbuch keinen Schutz vor Beschimpfungen der Jüdinnen und Juden, sondern nur einen Schutz der Religion. Der Kern der judenfeindlichen Hetze war jedoch gerade, dass diese nicht religiös motiviert war, sondern völkisch-rassistisch oder sozial verpackt vorgebracht wurde (siehe ebenda).

Auerbach fordert in der zweiten Hälfte der Broschüre eine Zentralisierung der jüdischen Religionsgemeinschaften, um größerer staatlicher Anerkennung zu erlangen, auch um Strafverfolgung im Rahmen der damaligen Gesetze gegen Judenfeinde besser in die Wege leiten zu können, vor allem aber, um die Akzeptanz der jüdischen Religion

und die Möglichkeit eines Übertritts zur jüdischen Religion durch diese und weitere Maßnahmen zu erleichtern.

„Schutzjuden oder Staatsbürger - von einem jüdischen Staatsbürger“ (1893)

Die Broschüre „Schutzjuden oder Staatsbürger - von einem jüdischen Staatsbürger“ (Berlin 1893), der sich zunächst anonym äußerte und sich erst später als Raphael Löwenfeld zu erkennen gab (Direktor des Schiller-Theaters in Berlin), stellt einleitend fest, dass der Antisemitismus „parlamentsfähig“ geworden sei. (S. 3)

Bemerkenswert ist, dass Löwenfeld einleitend gegen den deutschen Nationalismus schreibt:

„Der Antisemitismus ist aus dem gesteigerten Nationalgefühl hervorgegangen, das die siegreichen Kriege der sechziger und siebziger Jahre, nicht zum Heile unseres Vaterlandes gezeitigt haben.“ (S. 3)

Durch diesen Nationalismus sei die falsche Auffassung entstanden, dass es auf die Abstammung ankäme. Als zweiten Punkt benennt er wirtschaftliche Fragen, die von Hochschullehrern wie Adolf Wagner antisemitisch interpretiert würden:

„Vom Katheder der Hochschule, die das Heiligtum der Wissenschaft sein sollte, von allen Rednerbühnen Berlins predigt er den Kreuzzug gegen das Volk der Fremdlinge, Arm in Arm mit jenem Hofprediger, der im Namen der Religion der Liebe die blutigste Verhetzung trieb.“ (S. 4)

Der Verfasser unterscheidet den verschämten und unverschämten Antisemitismus, wobei er die verschämte Erscheinung der Partei der Konservativen zurechnet (S. 5).

Löwenfeld wendet sich gegen unberufene Verteidiger der jüdischen Sache, die das „blöde Zeug, das sonst nur wenige tausende lasen, zehn- und hunderttausendfach vervielfältigten“ (S. 6). Das habe geholfen, die Popularität der Judenfeinde zu steigern. Hier gibt es also die Meinung, dass die Gefahr übersehen wurde, im Grunde durch Widerlegungen oder Empörung indirekt Reklame für die Judenfeinde zu machen.

In einem nächsten Schritt werden die Vorstandsmitglieder der Jüdischen Gemeinde in Berlin kritisiert, die beschlossen hatten, „eine Abordnung an seine Majestät den Kaiser zu schicken und den Monarchen um Schutz und Schirm gegen den Antisemitismus anzuflehen.“ (S. 6)

Diese Idee wird abgelehnt, denn schon lange seien ja die jüdische Bevölkerung Deutschland keine Schutzjuden mehr, sondern Staatsbürger mit Rechten und Pflichten.

Die nächste Kritik richtet sich darauf, dass im Kampf gegen die Judenfeindschaft auf die Moral des Talmuds zurückgegriffen würde. Das sei nutzlos, denn wer kenne denn schon den Talmud, fragt der Verfasser. Er wendet sich damit gegen die Minderheit der orthodoxen Juden, „die weder den Geist der Zeit noch unsere Stellung im Staate begriffen“ (S. 10) hätten.

Der Verfasser wendet sich dagegen, dass die große Majorität der deutschen Juden in Gleichgültigkeit machen würde. Nun wäre es an der Zeit, diese Gleichgültigkeit aufzugeben und zwar „damit in Zukunft weder das Geschrei der Geschäfts-Antisemiten und Geschäfts-Philosemiten,* noch das gut gemeinte, aber falsche Verteidigungssystem der orthodoxen Minderheit oder der sensationslüsternen Presse für den Ausdruck der Majorität der deutschen Juden gelte.“ (S. 10)

Nun, die Position ist klar. Der Verfasser wendet sich nicht nur gegen die orthodoxen Juden mit der Formel „Im kommenden Jahr in Jerusalem“, sondern er war auch gegen bestimmte sogenannten Judenfreunde, die ihm auch nicht ganz geheuer waren, da er davon ausgeht, dass auch diese mit einer doch geheuchelten Freundschaft zu jüdischen Leuten ihrerseits nun Geschäfte machen wollen.

Der entscheidende Punkt dieser Stellungnahme ist, dass für eine Gleichberechtigung der Religionen eingetreten wird, wobei allerdings über dieser religiösen Einstellung „das teure Vaterland“ (S. 11) stehe.

* Auch wenn uns wegen der Äußerungen Franz Mehrings später der Begriff Philosemiten ganz und gar nicht geheuer ist, da er ja im Grunde absurd und falsch ist, kann doch nachvollzogen werden, dass es Menschen gibt, die aus rein taktischen Erwägungen oder eben auch aus Geschäftsinteressen sich heuchlerisch zu Freunden der jüdischen Menschen erklären, ohne es wirklich zu sein oder ernst zu meinen.

Da die Zahl der Freunde gering sei, weit geringer als die der Feinde, gelte es die große Masse der Gleichgültigen anzusprechen. Und hier nun gelte es, ein hochstehendes, gesittetes und anständiges, an das Vaterland orientiertes Judentum zu repräsentieren; und da schade eben „die geschmacklose Putzsucht ungebildeter Judenfrauen und die laute Vordringlichkeit des Ladenjünglings an öffentlichen Orten.“ (S. 14)

Die falsche gedankliche Vorstellung war hier neben den obskuren Formulierungen, dass das Fehlverhalten einzelner jüdischer Personen, wie auch immer es hier nun beschrieben wird, angeblich aus gleichgültigen Bürgern Judenfeinde machen würde. Teile der Juden und Jüdinnen seien also zumindest Mitverursacher der Judenfeindschaft – eine Position, die sicherlich nicht richtig ist.

Der Verfasser versteht sich in der Tradition von Moses Mendelssohn, der die jüdische Bevölkerung in Deutschland auf „den Weg der deutschen Kultur geführt“ (S. 16) habe. Deutlich wird erklärt: „Nicht deutsche Juden sind wir, sondern jüdische *Deutsche*.“ (S. 15).

Und im letzten Absatz wird klargestellt: „Wir müssen unseren Feinden beweisen, dass die *Mehrheit* der Juden in Deutschland *national* denkt, und dass sie an Vaterlandsliebe nicht zurücksteht hinter ihren protestantischen und katholischen Mitbürgern.“ (S. 24)

Auch diese Broschüre betont den Ansatz, unter Betonung der deutschen Nationalität gegen die Judenfeinde anzukämpfen.

„Wehrt Euch!! - Ein Mahnwort an die Juden“ (Berlin 1893)

Ebenfalls im Jahre 1893 entstand die Broschüre „Wehrt Euch!! - Ein Mahnwort an die Juden“ (Berlin 1893). Sie wurde von F. Simon verfasst und enthielt einen offenen Brief von Bertha von Suttner an den Verfasser. Auch diese Broschüre war im Grunde Teil einer innerjüdischen Debatte, die sich aber auch an die Öffentlichkeit überhaupt richtete.

In dem kurzen offenen Brief von Bertha von Suttner* an den Verfasser erklärt sie, dass sie im Kontext der Abwehr des „antisemitischen Krieges“ gerne in das „endlich erhobene ‚Wehrt Euch‘ einzustimmen“ (S. III) bereit ist. Schon vor Jahren, berichtet sie, habe sie und gleich gesinnte gegen Stöcker und ähnliche Leute Proteste und Artikel verfasst, die aber alle nicht veröffentlicht worden seien.

Sie betont, die damalige weit verbreitete Annahme, dass sich die Judenfeindschaft „durch Verachtung werde totschweigen lassen - hat sich als falsch erwiesen.“ (S. III)

Bertha von Suttner lobte die Abwehrvereine gegen den Antisemitismus und appelliert, dass auch hochstehende jüdische Persönlichkeiten sich massiver in den Kampf einschalten sollten, da „nun der Antisemitismus ganz salon-, zeitungsfähig, parlamentsfähig geworden“ (S. IV) sei.

Für Bertha von Suttner geht es tiefer betrachtet nicht um Juden und Christen, sondern um zwei Richtungen „die fortschreitende freiheitliche, und die reaktionäre oder doch mindestens starr konservative.“ (S. V)

Dort, wo nur Gefühle Anschuldigungen hervorbringen, da sei auch „alles Widerlegen der antisemitischen Beweisführung überflüssig.“ (S. V)

Bertha von Suttner wählte die Nicht-Antisemiten in der Überzahl, jedenfalls in der „Überkraft“, aber es sei auch nötig, dass die Angegriffenen und Beleidigten, dass die Misshandelten eine gleichgültige Miene aufgeben und sich wehren. Die Hoffnung war, dass sich eine Unzahl von Menschen von der antisemitischen Bewegung zurückziehen würden. Die Einschätzung war:

* Bertha von Suttner (1843-1914) war vor allem eine Aktivistin der bürgerlichen pazifistischen Friedensbewegung. Bekannt wurde mit ihrem 1889 veröffentlichten pazifistischen Roman „Die Waffen nieder“, der in 37 Auflagen erschien und in zwölf Sprachen übersetzt wurde. 1904 gehörte sie zu den wichtigsten Teilnehmerinnen der „Internationalen Frauenkonferenz“ des Internationalen Frauenrates in Berlin. 1905 erhielt Bertha von Suttner den Friedensnobelpreis. Bis zu ihrem Tod kurz vor Beginn des Ersten Weltkriegs nahm sie weiter an Aktivitäten gegen zunehmende Aufrüstungen und Kriegsvorbereitungen teil, so 1907 am Weltfriedenskongress in München.

„Denn gar Wenige werden sich mit dem Endziel der antisemitischen Agitation – der Vernichtung aller Juden – offen einverstanden erklären. Tausende von gütig gesinnten und geistvollen Menschen, die heute dem Antisemitismus hinneigen, weil sie in demselben nur eine Verteidigung des Konservatismus gegen unbestimmte Umsturzgefahren sehen, würden sich von dieser Bewegung schaudernd lossagen, wenn sie erkannt hätten, dass ihr einziger Enderfolg weiter nichts ergeben könnte, als die Niederwerfung und Ausrottung – nicht von sozialen Schäden oder verpönten Doktrinen, denn diese wurzeln außerhalb – sondern von einer Gruppe unglücklicher Nebenmenschen.“ (S. VI)

Es ist das Prinzip Hoffnung, was hier deutlich wird, obgleich die Verfasserin möglicherweise durch ihren abschließenden Bericht über eine widerwärtige judenfeindliche Episode gegen ein jüdisches Kind in der Schule selbst an ihrer allzu positiven Einschätzung zweifelt. Abschließend schreibt sie:

Die „Feinde sind schlimmer als je. Aber nicht länger unpariert sollen ihre Schläge bleiben, denn die Losung ist nun ausgegeben: ‚Wehrt euch!‘.“(S. VII)

Im nachfolgenden Text von F. Simon gibt es einige Besonderheiten, die gleich einleitend von uns hervorgehoben werden sollen. Der Verfasser benutzt die Metapher der Krankheit, um bestimmte Phänomene der Judenfeindschaft der damaligen Antisemiten herauszuarbeiten. Er richtet sich dabei nicht allgemein an die Bevölkerung, sondern in erster Linie ist es ein Mahnwort an die Juden, wie es im Titel heißt. Durch die Metapher der Krankheit, des Krankhaften, auch des Wahnhaften, will der Verfasser nachzeichnen, dass es eine Ebene der Emotion gibt, mit der es die Logik nicht aufnehmen kann, weil Logik eben an Wahnvorstellungen und festgefahrene Emotionen nicht herankommt. Heinrich Heine hat es so formuliert: Ist es Wahnsinn, so hat es doch Methode. Sicherlich hat das Bild der Krankheit und der pathologischen Judenfeinde mehr Nachteile als Vorteile. Dennoch soll die teilweise Berechtigung einer solchen Metapher innerhalb dieser Broschüre durchaus gewürdigt werden. Der Verfasser weiß durchaus, dass von verschiedenen Standpunkten aus der Antisemitismus bereits untersucht wurde: „Nur als pathologischer Erscheinung hat man ihn noch

nicht genügend gewürdigt. Und diese Lücke möchte ich ausfüllen.“
(S. 1)

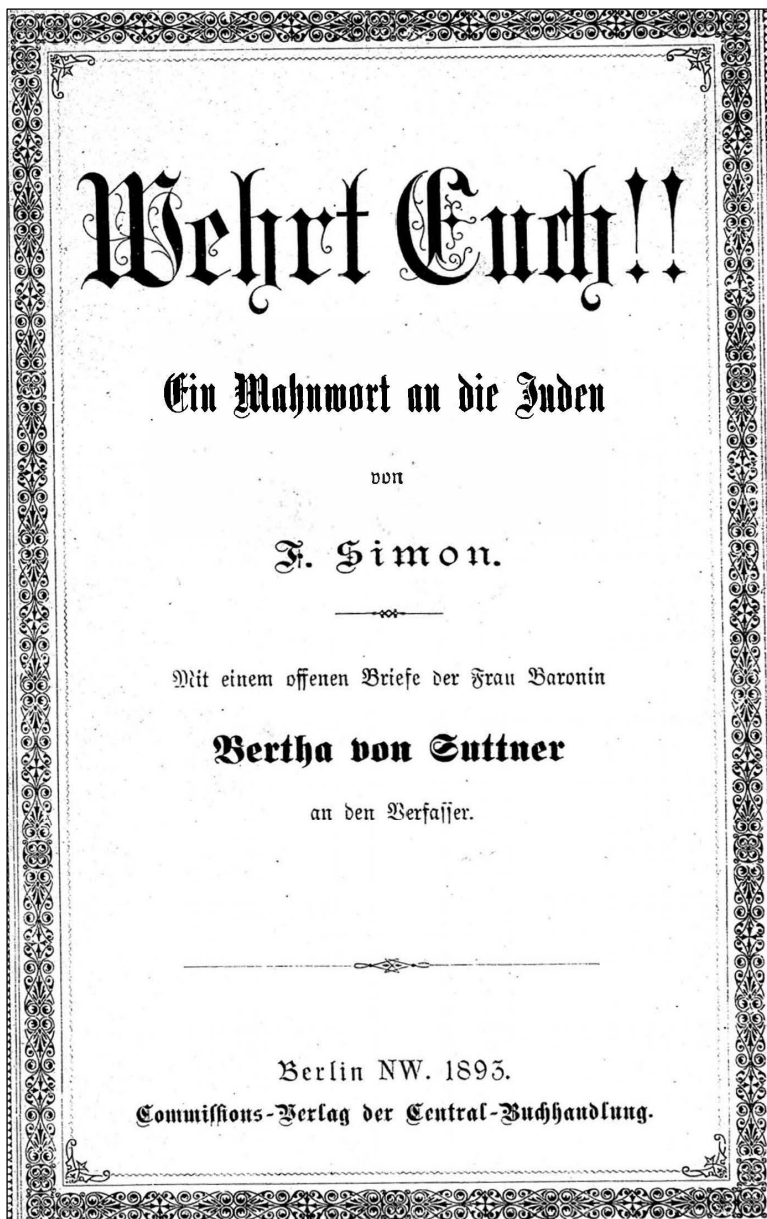
Der Verfasser stellt voran:

„ich glaube nicht daran, dass geistig gesunde und normal anständige Menschen bewusste Antisemiten sind mit dem Programm: ‚Du Nebenmensch bist ein Jude, Du glaubst an Jehova und bist ein ‚Semit‘, folglich muss ich, ein ‚Arier‘ und Christ, Dich unschädlich machen, Dich vernichten, Dich rechtlos machen oder Dich aus dem Lande jagen, ja vielleicht Dich totschiagen.‘ Eine solche politische Überzeugung halte ich einfach für unmöglich.“
(S. 1-2)

Und weiter schreibt er:

„Krankheit ist alles am Antisemitismus. Schon mit dem Namen fing die Krankheit an. Diese aus drei Sprachen zusammengeweihte Benennung - ‚anti‘ griechisch, ‚Sem‘ hebräisch und die Endung ‚ismus‘ latinisiert – soll ein Panier für die Nationalisten der Nationalen sein, für die Hassler alles Fremdländischen, für die Chauvinisten, für die urteutonischen Sprachereinigler?“ (S. 2)

Der Verfasser legt nun seine Ansicht in vier plus eins Kapiteln dar. Im ersten Kapitel zeigt er, wie unlogisch es ist, dass angeblich ein Prozent der Bevölkerung in Deutschland die Herrschaft über 99 Prozent haben soll und er bekräftigt, dass der Antisemitismus „vor der Logik vernünftig denkender Menschen nicht bestehen“ (S. 3) könne. Der Verfasser führt noch weitere Beispiele für pathologisches Verhalten aktiver Reichstagsabgeordnete der Judenfeinde an, die wahnwitzige Beschuldigungen von sich geben. An dieser Stelle sei eingefügt, dass diese Broschüre ausgesprochen grandios geschrieben ist, mit Sprachwitz und treffenden Beispielen keine Sekunde Langeweile aufkommen lässt.



Titelseite der Broschüre „Wehrt Euch!!“ von F. Simon von 1893

Der Verfasser klärt auch über die ursprüngliche Arbeitstätigkeit der jüdischen Bevölkerung auf und erklärt, dass erst mit dem zwölften Jahrhundert die Judenfeindschaft sich eigentlich in deutschen Gebieten entwickelt habe.

Am Schluss des ersten Kapitels betont der Verfasser noch einmal, wie unlogisch es sei, dass gerade das Christentum Hass gegen das Judentum gepredigt habe, und damit gegen Jesu Christi:

„Allein, das ist ein Schluss und ein Schluss erfordert logisches Denken. Was aber gilt der Gedanke in der Ära der antisemitischen Geistesverwirrung, in der Ära Ahlwardt, in der allein der Mund geschätzt wird, der große, der nimmermüde, der lügende-wandte Mund?“ (S. 6)

Im zweiten Kapitel unterscheidet er die verschiedenen Arten des Antisemitismus. Er nimmt die verschiedenen Arten ernst, macht sich gleichzeitig über sie lustig und versucht die Fassade der verschiedenen Abteilungen der Judenfeinde zu demontieren.

Die Bezeichnung Radau-Antisemiten erklärte sich im Grunde von selbst, es geht um den extremsten und lautesten Judenfeind mit der Losung „Der Jude wird verbrannt“, denn dies, so der Verfasser „ist das A und das O dieser Fanatiker“. (S. 7). Zur Pathologie dieser Radau-Antisemiten gehört folgendes:

„Hinter Allem, was sich auch ereignen möge und wo es sich auch ereignen möge, wittern sie Juden oder jüdischen Einfluss und haben sich für den Fall, dass eine unmittelbare Einwirkung von Juden nicht stattgefunden haben kann, den sehr bequemen Begriff von ‘Judengenossen’ zurechtgelegt, der immer passt. Es ist in der Tat nichts so ungeheuerlich, so entsetzlich, was diese Menschen mit dem krankhaft erregten Hirn und die ihnen nachfolgenden und nachbetenden ‘Radau-Brüder’ den Juden nicht zu trauen.“ (S. 7)

Es folgt die Aufzählung einer Reihe von Geschichten, die von Judenfeinden ersonnen wurden: von der Brunnenvergiftung über die planmäßige Einschleppung der Cholera nach Hamburg und Ähnliches.

Eine andere vom Verfasser beobachtete Abart sind die Quassel-Antisemiten, die ununterbrochen judenfeindliche Dinge von sich geben, um sich interessant zu machen. Es ist für sie eine Art Sport über Dinge, über die sie keine Ahnung haben, mit hochgelehrten Wörtern zu quasseln. Mit hoher Qualität und treffend beobachtet werden einige solcher Figuren literarisch gezeichnet.

Die nächste Kategorie sind die verschämten Antisemiten. Ihr Code-wort ist das: „Ja, aber“. Vom allzu krassen Radau-Antisemitismus wird sich abgegrenzt mit dem „Ja, aber“. Ja aber, diese oder jene Fehler hätten Juden doch wirklich und so weiter und sofort.

Auch dies wird literarisch treffend erläutert, um dann zu dem Typus der besonders verachtungswürdigen Geschäfts-Antisemiten überzugehen. Dies seien oft genug verkrachte Existenzen außer Dienst, Kriminelle, die nun in Antisemitismus machen, um Geschäfte zu machen (Siehe S. 12). So oder so, im dritten Kapitel geht es darum, warum es so wichtig ist, sich gegen alle Varianten der Judenfeindschaft zu wehren.

Der Verfasser rät den Juden, sich gründlich mit der Geschichte des jüdischen Volkes zu beschäftigen. Sie sollten die Thora als das Geschichtsbuch der Juden, als einer der herrlichsten literaturgeschichtlichen Dokumente über wirkliche Menschen, ihre Fehler, ihre Schwächen und ihre großartigen Kämpfe lesen, über Kämpfe wie die gegen die Römer, bei den 100.000 Juden niedergemetzelt wurden – Kämpfe von großer Tapferkeit im Kampf für die Gerechtigkeit.

Die Kenntnis der Geschichte des jüdischen Volkes schließt eben auch ein, dass es ein arbeitsames, Ackerbau und Handwerk treibendes Volk gewesen ist, ganz anders als die hoch angesehenen Griechen und Römer, die produktive Arbeit Sklaven verrichten ließen und diese im Grunde verachteten, während es im jüdischen Volk so war, dass insbesondere auch das Handwerk hochgeachtet und geschützt wurde (siehe S. 14-15). Das widerlegt die historische Lüge vom sogenannten Handelsvolk oder sogar die Lüge vom angeblichen „Schachervolk“.

„Jüdische Hände haben die Pyramiden aufgerichtet, jüdische Hände das Kolosseum in Rom aufgebaut für Steinarbeiten waren im Altertum

jüdische Arbeitskräfte gesucht“ (S. 16), durch alle Verfolgungen hindurch habe die jüdische Bevölkerung ihre moralische Kraft bewahrt.*

Eine komplexe Wendung enthält die Passage, in der darauf verwiesen wird, dass die Geschichte der jüdischen Bevölkerung keinesfalls anti-monarchisch war, sondern immer ein König der Juden als bewundernswert geschildert habe. Der Verfasser schlussfolgert: „Die jüdische Abstammung und die antimonarchische politische Überzeugung in Zusammenhang zu bringen oder auch nur als regelmäßig zusammentreffende Eigenschaften zu bezeichnen ist hiernach – antisemitisch, d. h. absurd!“ (S. 17)**

Im vierten Kapitel, in dem der Verfasser auch noch einmal die Hoffnung betont, diesen oder jenen von der Judenfeindschaft abzubringen, formuliert er als anstehende Aufgabe Folgendes:

„Vor Allem aber – und das soll der Kern meiner Ausführung sein – würde es sich für alle Juden darum handeln, die Würde der Persönlichkeit zu wahren und nichts, was ihre Ehre anzutasten geeignet ist, ungeahndet zu lassen. Schlagfertig, d. h. zu schneidiger Abwehr jedes Angriffes bereit, das soll und muss unsere Parole sein.“ (S. 18).

Simon proklamiert die Notwendigkeit der „Notwehr“ und stellt fest: „Haust du meinen Juden, hau ich deine Antisemiten“. (S. 20)

In einem Schlusskapitel betont der Verfasser noch einmal, dass Irre und Antisemiten nicht immer durch Liebe und Nachgiebigkeit geheilt

* An dieser Stelle muss leider festgehalten werden, dass der Verfasser sich nicht enthalten konnte diskriminierend zu schreiben „dass die Juden unter solchen Umständen nicht zum Zigeunervolk hinabgesunken sind“ (S. 16).

** Daraus zweifelhaft ist hier das Beispiel für Deutschland, das der Verfasser anfügt. Er schreibt: „In Deutschland genügt es, auf Friedrich Julius Stahl zu verweisen, der die ‚Heiligkeit‘ des Königtums proklamierte und als die vollkommene Gestaltung des Staates die Monarchie forderte. – Julius Stahl, den getauften Juden und Begründer der deutsch-konservativen Partei, die am 9. Dezember 1892 zum Rassenantisemitismus, als der neuesten Offenbarung, sich bekehrte.“ (S. 17) Es sei infrage gestellt, ob dieses Beispiel wirklich etwas erklärt oder nicht eher komplexe Probleme aufwirft. Denn dieser Mann hatte ja nun wirklich nichts mit der jüdischen Haltung zu Monarchie in der frühen Geschichte des jüdischen Volkes zu tun.

werden, sondern dass es Fälle gibt, bei denen auch mit Gewalt zur Realität der Dinge zurückgeführt werden muss.

Er empfiehlt abschließend, unbedingt gegen alle Schmähungen den Rechtsweg zu beschreiten, sowie selbstkritisch nichts zu verbergen, wenn jüdische Menschen Fehler begehen, auch wenn die Gefahr der Verallgemeinerung existiert.

Der Verfasser fordert „immer und überall da, wo das Menschenrecht eines Individuums bedroht ist, zur Stelle zu sein“ (S. 23), wie es eben jüdische Ethik gebiete.

Der Verfasser stellt sich gegen die Kampagne „Kauft nicht bei Juden“ und betont, dass in einer Hinsicht von den Feinden zu lernen sei, nämlich sich auf allen Ebenen zu organisieren.

Allerdings sei abschließend nicht verschwiegen, dass am Ende wieder das Vaterland und der Kaiser im Mittelpunkt stehen, indem die Juden aufgefordert werden, nicht zu verbittern und „nicht die Treue ertönen gegen Kaiser und Reich, für dessen Errichtung auch jüdisches Blut geflossen ist, jüdische Herzen geschlagen haben. Deutschtum und Judentum sollen sich in uns harmonisch verschmelzen: Wir wollen Deutsche sein und Juden bleiben, des neuen Reiches treue Bürger, des alten Gottes ehrfürchtige Bekenner.“ (S. 24)

c) Josef Popper-Lynkeus: Bismarck hat die Judenfeindschaft „staats- und salonfähig“ gemacht“ (1886)

Abschließend soll – außerhalb strenger Chronologie – eine außergewöhnliche und besondere Publikation vorgestellt werden.

1886 veröffentlichte der österreichische Philosoph und Schriftsteller Josef Popper-Lynkeus* in Wien die rund 150 Seiten umfassende Schrift „Fürst Bismarck und der Antisemitismus“.⁴⁶⁷ Das ist mit Abstand die beste und wirkungsvollste Schrift der hier behandelten Textgattungen.

Es geht Popper vor allem darum, gegen eine bestimmte Formulierung Bismarcks vorzugehen. Dieser hatte 1881 behauptet, dass das Gemeinwesen auf den „sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens steht“ (S. 1) Damit, so der Ausgangspunkt der Broschüre, würde gegen den „segensreichen Fortschritt“ der „Sonderung des Weltlichen vom Religiösen“ verstoßen (ebenda).

Von der Position eines bürgerlichen Humanisten und Bewunderers von Friedrich II. ausgehend, der sich den Gleichheitsidealen der bürgerlichen Aufklärung und der Französischen Revolution verpflichtet sieht, legte Popper-Lynkeus eine bemerkenswerte Kampfschrift gegen die damalige Judenfeindschaft vor.

Zur Sozialdemokratie in Deutschland

Popper äußert sich zur Sozialdemokratie in Deutschland wie folgt:

„Obwohl der Verfasser ihren sozialen Projekten durchaus nicht beistimmt, muss er sie dennoch gemäß der Kenntnis ihrer Literatur und ihrer Reden geradezu für die gesittetste und vorurteilsloseste Menschengruppe Europas überhaupt erklären, und es scheint, dass durch sie, und zwar nur durch sie, diese notwendige Befreiung der großen Volksmassen von Vorurteilen und deren Heilung von Rohheit und von dem Mangel an Rechtssinn, an

* Josef Popper-Lynkeus (1838–1921) war ein österreichischer Sozialphilosoph, Erfinder und Schriftsteller. Sein Geburtsname war Josef Popper. Seine sozialphilosophischen Arbeiten erschienen zunächst unter dem Pseudonym Lynkeus. Später bürgerte sich sein Doppelname ein. Popper-Lynkeus war ein Onkel des bürgerlichen Wiener Philosophen Karl Popper.

dem selbst intelligenteste Menschen heute leiden, mit Zuversicht erwartet werden kann.“ (S. 43)

Ausdrücklich verweist er bei seiner Kritik an Dühring auf Engels' Schrift „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“ (siehe S. 46). Sehr ausführlich und gut argumentierend geht Popper dann auch auf die Schriften Dührings ein (siehe insbesondere S. 46 bis S. 73).

Es gibt keine Judenfrage

Sehr wichtig ist seine Feststellung, die bei vielen Kräften leider nicht selbstverständlich war:

„*Es gibt überhaupt keine ‚Judenfrage‘, so wenig wie eine Polen-, Elsässer- oder Masuren- oder Kassubenfrage. Wohl aber gibt es eine Antisemitenfrage: nämlich die Frage nach der Methode, den Verlust allen Gerechtigkeitssinnes und die Verrohung der (mitteleuropäischen) Gesellschaft zu verhindern.*“ (S. 100)

Die Judenfeinde tarnen sich und hängen sich das Mäntelchen „Antisemiten“ um

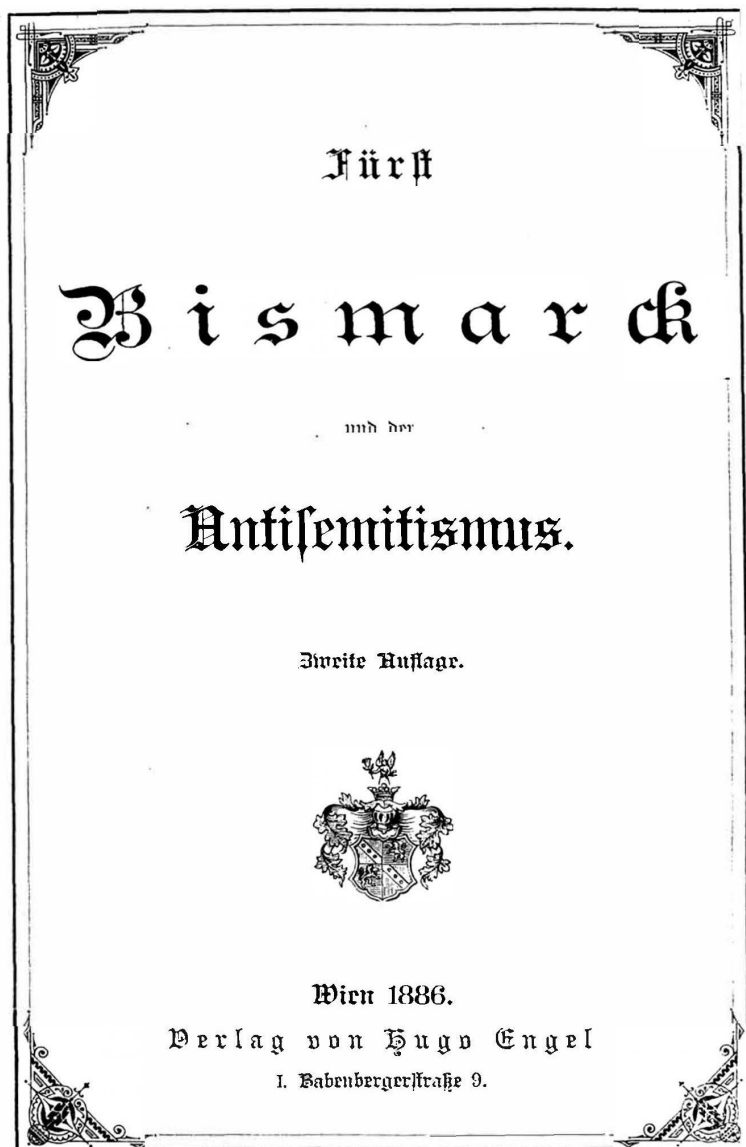
Zu den Stärken dieser Schrift gehört auch, dass Popper den Begriff „Antisemitismus“ enttarnt, auch wenn er sich gezwungen sieht, selbst diesen Begriff zu nutzen. Er schreibt völlig richtig:

„In früheren Jahrhunderten hießen solche Leute ‚Judenfeinde‘, heute heißen die *Judenfeinde* wegen des anthropologischen Mäntelchens, das sie sich umhängen, *Antisemiten*.“ (S. 9)

Deutschland als „Hauptbrutstätte“ der Judenfeindschaft

Klar und eindringlich ist die Einschätzung von Popper zu Deutschland als „Hauptbrutstätte“ der Judenfeindschaft: *

* An anderer Stelle weist Popper auf Folgendes hin: „Also, vielleicht mit Ausnahme des französischen Pamphletisten Rochefort, sind es die allerbissigsten Literaten, die der antisemitischen Bewegung den Impuls und die Kampfweise geliefert haben; es sind dies: der Künstler Richard Wagner, der Physiker Zöllner, der Philosoph und Nationalökonom Dühring und der protestantische Geistliche Stöcker, alle sind Deutsche.“ (S. 43)



Titelblatt von Josef Popper-Lynkeus Schrift von 1886

„In Deutschland entstand die Bezeichnung ‚Antisemitismus‘, in Deutschland begann die große praktische und die theoretische Ausgestaltung dieses Prinzips; für alle Zeiten wird Deutschland, namentlich Preußen, den Ruf behalten, die Hauptbrutstätte der antisemitischen Bewegung gewesen zu sein.“ (S. 41)

Bismarck machte Judenfeinde salonfähig

In Abschnitt III ab Seite 115 geht Popper noch einmal auf eine frühere Äußerung Bismarcks aus dem Jahr 1847 gegen Juden ein. Bismarck sah es als Demütigung an, sich einen Juden vorzustellen, dem er gehorchen solle. Popper kontert, dass sich Bismarck ja dann wohl auch dem jüdischen Jesus gegenüber nicht gebeugt hätte. (S. 115)

Popper ist in gewisser Weise – sei es aus Überzeugung, sei es aus taktischen Gründen – jemand, der Bismarck und seine Verdienste versucht herauszustreichen, um den Kontrast zu seinen judenfeindlichen Positionen hervorzuheben. Die für seine Schrift entscheidende Frage aber ist, welche Bedeutung Bismarck für die Judenfeinde hat. Popper fasst dies wie folgt zusammen:

„Und man muss es sagen, der Antisemitismus, der sonst nur literarisch und vereinzelt geblieben wäre, wurde durch ihn sozusagen staats- und salonfähig gemacht.“ (S. 144)

Zur Methode der Umkehrung

Beeindruckend ist, wie Popper-Lynkeus angebliche „Argumente“ der Judenfeinde benutzt und sie „umkehrt“, also auf Nichtjuden anwendet, um drastisch vor Augen zu führen, wie lächerlich und unhaltbar diese Argumente sind:

„Man denke sich nur, es würde in jüdischen Reden und Büchern und Zeitschriften konsequent und systematisch bei jedem Verbrechen, das ein Arier begeht, gesagt: ‚Wieder ein Mord (oder dgl.) – –, begangen von einem Arier – diese Arier!‘ [...]

Gewiss, nicht lange brauchte man so vorzugehen, und die Arier würden [...] es endlich als ein Glück preisen, dass nicht in Europa eine in Majorität befindliche Race wohnt, die auf Grund die-

ser anti-arischen Empfindungen sämtliche Arier aus Europa vertreiben oder sie Ausnahmemaßregeln und täglich sich wiederholenden Beleidigungen unterwerfen könnte.“ (S. 37 f.)

Sich nicht auf Grundfalsches einlassen

Popper hebt hervor, dass auf Gerechtigkeit achtende Menschen sich „gar nicht erst in unerschöpfliche anthropologische und statistische Untersuchungen“ (S. 40) einlassen, da hier die Ungerechtigkeit in Richtung einer Verallgemeinerung schon angelegt ist. Jeder Mensch oder jede Partei, die sich mit solchen verallgemeinernden und auf Verallgemeinerung hinauslaufenden Untersuchungen befasst, müsste, so Popper, als „menschenfeindlich“ sofort verurteilt werden. (Siehe ebenda)

Dort wo Popper Zugeständnisse an Behauptungen der Judenfeinde über die Rolle jüdischer Wucherer in Osteuropa macht – eigentlich entgegen seinen bisherigen Positionen –, betont er dennoch, wie irrelevant all diese Detailfragen seien, da es nur darum gehe, „alle Juden mit einem Schein von Begründung anzugreifen und sozusagen für vorgefremd anzusehen“ (S. 106).

Zur Methode „Angenommen, es wäre so ...“

Popper beherrscht auch die Methode „Angenommen, dass es so wäre“ (S. 10). Er beschäftigt sich auf diese Weise auch mit absurden Hypothesen wie der Behauptung, dass Juden nicht körperlich arbeiten würden.

Er schreibt – angenommen, dass es so wäre –, dass ja nun die nicht-jüdischen Großgrundbesitzer, der Adel und reichen Kirchenfürsten selbst körperlich nicht arbeiten und „Knechte und Mägde, ihre Tagelöhner, Arbeiter und Gesellen“ arbeiten lassen und dann den Gewinn einstecken. (S. 10). Auch die „alten Germanen“ hätten ja nun deutlich jede Arbeit verachtet und immer Krieg und Raub vorgezogen, eben die harte körperliche Arbeit von Sklaven und Hörigen verrichten lassen (siehe S. 11). Der Abschnitt über das heuchlerische Lob der produktiven Arbeit und den Vorwurf, dass jüdische Menschen nicht hart arbeiten würden, gehört zu den inhaltlichen und literarischen Glanzstücken dieser Broschüre, da Popper nachweist, dass auch aktuell die

hart arbeitenden Menschen dies ja nun nicht aus völlig freien Stücken, sondern der Not gehorchend tun (siehe S. 13).

Gegen Talmudverfälschungen

Souverän geht er auch auf die Verleumdungen ein, die bösartig mit Zitaten aus dem Talmud spielen. Für Popper ist es völlig unerheblich, ob dort oder in der christlichen Bibel Dinge stehen, die ihm gefallen oder nicht gefallen. Denn dafür könne ja nun wahrlich nicht jeder Jude oder jeder Christ verantwortlich gemacht werden. So vermerkt er zwar, dass die Gegner des Talmud mit Lügen arbeiten, lässt sich aber im Haupttext nicht auf Details ein, sondern verweist auf Widerlegungen anhand ein, zwei besonders krasser Verfälschungen des Talmud – etwa über das Christenblut oder die angebliche Bezeichnung der Nichtjuden als Hunde (siehe S. 17).

Ganz verzichtet Popper jedoch nicht darauf, die krassesten Lügen der Judenfeinde aufzuführen. Aber er setzt sie in eine ausführliche Fußnote, um den Leserinnen und Lesern einige Proben der Lügenhaftigkeit der Talmudverfälschung zu präsentieren. Dies tut er mit der klaren Absicht, die Autorität bestimmter Personen, die judenfeindliche Propaganda betreiben, zu brechen. Auf den Versuch, alle jüdischen Menschen über einen Kamm zu scheren und an Einzelbeispielen schmutzige Wäsche zu waschen, antwortet Popper mit der „Spiegelmethode“: Knapp wird durchexerziert, einmal gegen Nichtjuden mit derselben Methode vorzugehen, um zu verdeutlichen, dass dies dazu führen würde, ebenfalls nur schmutzige Wäsche zu waschen und von einigen auf alle zu schließen. Das aber sei sowohl gegenüber Juden als auch gegenüber Nichtjuden methodisch gleichermaßen unzulässig (siehe S. 24). Es ist ein besonderes Merkmal dieser Schrift, mit welchem literarischen Geschick und welcher Sachkenntnis Popper sich erfolgreich bemüht, den aufgestellten Fallen und Tricks der Judenfeinde aus dem Weg zu gehen und sie zu enttarnen.

Zur Bedeutung eines eigenen jüdischen Staats

Im nächsten Abschnitt erklärt Popper mit einem Seitenblick auf die Psychologie, eins der Grundprobleme sei, dass die jüdische Bevölkerung keinen eigenen Staat habe. So wie supermännliche Männer einen „Hagestolz“ (also einen Mann, der sich dem Geschlechtlichen ganz

entzieht) nicht als richtigen Mann akzeptieren, so würde auch die lediglich an Stärke orientierte Grundstimmung dazu führen, Menschen ohne Staat nicht zu akzeptieren. Auch wenn Popper sich dazu versteigt, sei es mit einer gewissen Ironie, sei es mit einem gewissen realistischen Seitenblick auf die monarchische Grundstimmung großer Teile der Bevölkerung, dass ein monarchischer Staat besser als ein republikanischer wäre, wenn es nur ein jüdischer Staat sei, der auch nicht größer als ein Schweizer Kanton sein müsse, so berührt Popper damit dennoch einen sehr gewichtigen Punkt: dass nämlich ein bestimmter Menschentyp Respekt nicht vor Menschen, sondern nur vor staatlicher Gewalt hat (siehe S. 122). Ausdrücklich betont Popper, dass ein solcher jüdischer Staat aktuell nicht denkbar ist, aber die Überlegung, was wäre, wenn es einen solchen Staat gäbe, könne durchaus zur Aufklärung über die Mentalität der Judenfeinde beitragen.

Zur Funktion der Judenfeindschaft für die Herrschenden und den Anhängern der Judenfeinde

Wichtig sind auch die Ausführungen zur Judenfeindschaft und deren Funktion. „Würde die Bewegung eine solche Ausdauer haben, wenn sie sich auf Wohl-tun und nicht auf Weh-tun richtete?“, fragt er und bringt einen wichtigen Gedanken ein:

„Das Gefühl, der Stärkere zu sein, in gedeckter, ja von den Behörden unbeirrter und oft in direkt nicht nachweisbarer Art geförderter Stellung sich das Vergnügen einer permanenten Hetz-jagd auf Menschen gönnen zu dürfen – das ist es ja, was im tiefsten Grund die Freude an dieser Bewegung aufrechterhält. [...]

Dieses Gefühl, der Stärkere zu sein, einer Majorität anzugehören, seine Stärke *ohne Gefahr stetig* fühlen lassen zu können, ein Gefühl, ganz analog jenem brutaler Ehemänner, die ihre schwächeren Frauen so gerne schlagen – hält die antisemitische Strömung lebendig, erweckt zum Erstaunen aller Menschenkenner mit einem Male so viele (arische) Schwärmer für Tugend und Ehrlichkeit, für die alten Germanen oder für die alten Gefolgschaften Arpad's u. s. w., für ‚unverfälschtes Volkstum‘, für ‚produktive Arbeit‘ u. dgl.“ (S. 21 f.)

Wie auch Riesser geht Popper sehr zu Recht davon aus, dass es darum geht, dass der Staat der judenfeindlichen Bewegung anbietet, Spaß daran zu finden, jemanden zu unterdrücken und zu quälen, was das Gefühl „der Stärkere zu sein“ erzeugt. Poppers Vergleich mit Ehemännern, die ihre Frauen prügeln, ist insofern zutreffend, als beide, die Judenfeinde und die prügelnden Männer, das tun können, ohne Gefahr zu laufen, vom Staat belangt zu werden, und sie tun es mit „Freude“, so Popper.

Die Judenfeindschaft führt hier also direkt zur Demoralisierung und Verrohung ihrer Anhänger und zur Bindung an den herrschenden Staat, der ihnen ja ihr „Freude“, das heißt Hetzjagden erlaubt und diese fördert. Popper nannte das „fortschreitende Bestialisierung“ (S. 101).

Gegen die Unterschätzung der Judenfeindschaft

Popper sieht eine gefährliche Unterschätzung der Judenfeindschaft auch in den jüdischen Gemeinden. Er schreibt:

„Die Juden scheinen die Gefahren, die die antisemitische Bewegung für sie birgt, zu unterschätzen. Bevor jene, oben angedeutete gründliche und wahre Sozialreform durchgeführt sein wird*, wird der Antisemitismus noch viel Unheil anrichten. Mögen sich die Juden beeilen, sich so gut als möglich davor zu bewahren.“ (S. 105)

Und wenig später heißt es:

„Sehen die Juden denn nicht, wie die Bestie bereits die Zähne fletscht?“ (S. 106)

Gefahr der Ausplünderung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung durch die Judenfeinde

Der Weitblick Poppers wird auch klar, wenn er schreibt, dass die judenfeindlichen Parteien und Organisationen im Grunde keine politischen Parteien seien, sondern im Kern eine Art Club, der auf „Mord und Plünderung hin arbeitet“. (S. 29)

* Popper geht dann doch im Einklang mit der Sozialdemokratie zumindest davon aus, dass vor allem die soziale Not abgeschafft werden muss.

Popper weist nach, wie viele schon verurteilte Verbrecher, darunter der Hofprediger Stoecker, eine wichtige Rolle in den antisemitischen Organisationen spielen und mit welcher unverzeihlichen Milde die Staatsorgane gegen solche Verbrecher vorgehen. (S. 34)

Es gehört zu den Besonderheiten dieser Schrift, dass Popper sich ausdrücklich auch an die jüdische Bevölkerung wendet und ganz in der Tradition von Heinrich Heine auf die bevorstehenden Gefahren verweist. Popper schreibt:

„In Zeiten des Antisemitismus befinden sich die Juden im Zustand der *Notwehr*, und wenn die hunderttausende harmloser und unbescholtener Juden dies nur beklagen, darüber wehmütige Betrachtung anstellen oder gar nicht recht daran glauben und die Hände in den Schoß legen wollen, so kann man ihren sicheren Untergang prophezeien.“ (S. 127)

Und weiter heißt es bei Popper:

„Ermordung oder Vertreibung, oder systematische Beraubung, mindestens eine Ausnahmestellung, eine Degradierung zu Parias innerhalb der menschlichen Gesellschaft ist das, was ihnen bevorsteht.“ (S. 127)

Das schrieb Popper im Jahre 1886, knapp 50 Jahre vor der Nazidiktatur und der Shoah.

5. Zusammenfassung der Positionen des Kampfs gegen Judenfeindschaft

Sicherlich gab es auch bei dem berechtigten Kampf von Vertretern der jüdischen Gemeinden gegen die Judenfeindschaft Schwächen und Probleme.

Deutlich wurde sicherlich, dass jüdische Persönlichkeiten im Kampf gegen Judenfeindschaft eine Position einnahmen, sich als besonders Vaterlands und kaisertreu^{*} darzustellen, um den Angriffen, dass sie nicht zum deutschen Volk gehören, entgegenzutreten. Die Problematik dieser Position war schon damals bei Teilen der jüdischen Persönlichkeiten bewusst und spitzte sich später wie zu zeigen sein wird in Zeiten des Ersten Weltkrieges 1914 und nach 1914 bei den deutsch-nationalen Vertretern jüdischer Gemeinden noch weiter zu.^{**} Aber es soll hier nicht in erster Linie um Schwächen gehen, sondern um die Frage wie weit im Kampf gegen die damaligen antisemitischen Parteien und die Judenfeindschaft nicht auch wichtige Argumentationsstränge entwickelt und wichtige Positionen entfaltet wurden.

Nimmt man alle hier vorgestellten Stellungnahmen zusammen, ergibt sich in etwa folgendes Bild:

Beim Umgang mit den von den Judenfeinden anklagend vorgebrachten Äußerungen zur Masseneinwanderung aus Osteuropa wird des Öfteren auf falsche Zahlenangaben hingewiesen. Aber es bleibt, dass

* Die innerjüdische Opposition gegen diese Haltung war in Deutschland und insbesondere in Berlin (anders als wohl in Wien) minimal und mit den ersten Anfängen einer zionistischen Bewegung verbunden. Daher werden wir auf diese Strömung und ihre Vorläufer bei Moses Heß, Leon Pinsker und Nathan Birnbaum in der nächsten Studie, die den Zeitraum von 1895 bis 1918 umfasst, genauer eingehen. In der Zeitspanne bis 1895 hatte diese Strömung auch für den Kampf der Sozialdemokratie in Deutschland keine gravierende Bedeutung.

** Im Mai 1893 wurde in einer Beilage der Allgemeinen Zeitung des Judentums (26. Mai 1893) der Aufruf zur Gründung des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens veröffentlicht. Dort heißt es: „Wir haben an allen Kriegstaten und geistigen Kämpfen teilgenommen, die das zersplitterte Reich geeinigt und ihm unter der Oberhoheit eines Kaisers neuen Glanz verliehen haben. Stets ist die staatsbürgerliche Befreiung der Juden Hand in Hand gegangen mit den bedeutungsvollen Fortschritten unseres Vaterlandes.“

Treitschke mit seiner Hetze gegen die Einwanderung von Jüdinnen und Juden auch bei richtigen Zahlenabgaben Unrecht hätte.

Im berechtigten Bemühen, auf die eigentlichen Judenhetzer aufmerksam zu machen, wird allerdings teilweise „das Volk“ zu positiv und unschuldig dargestellt.

Wenn es um die Stärken dieses Kampfs geht, müssen als erstes die Publikation von Heinrich Heine genannt werden, der eindeutig den Kampf gegen Judenfeindschaft in den Kontext des weltweiten Kampfes gegen feudale Reaktion, Kolonialismus und Sklaverei gestellt hat. Sein Gedicht über die „Wahl-Esel“ enthält ein ganzes Programm der Anklage gegen die rassistische Judenfeindschaft, das auch seine Anhänger mit einbezieht und den schwarz-rot-goldenen Nationalismus anprangert.

Auch Vertreter und Aktivisten der jüdischen Gemeinden nahmen diesen Kampf auf.

Bewusst wurde herausgestellt, dass es falsch ist und würdelos werden kann, auf jede judenfeindliche Behauptung einzugehen. Das gilt insbesondere für obskure Statistiken, obwohl Verbrechen mit der Konfession nichts zu tun haben. Bei der Antwort auf judenfeindliche Beschimpfungen muss von vornherein der Anschein vermieden werden, als würden solche Fragen Gegenstand ernsthafter Diskussionen sein, die auf gleicher Augenhöhe diskutiert werden könnten.

Deutlich wurde auch hervorgehoben, dass es sich oft genug nicht um einen Meinungsstreit handelt, sondern um verbrecherische Hetze, um strafbare Handlungen.

Es wurde zu Recht betont, dass die jüdischen Gemeinden das Recht und die Pflicht haben, sich zu wehren, dass aber der Kampf gegen die Judenfeindschaft eigentlich die Sache der nichtjüdischen Deutschen sein müsste.

Sehr klar wurde auch der Trick entlarvt, Ausnahmen zuzugeben, um dann dennoch zu verallgemeinern.

Wirklich entlarvend wurde auch auf die Arbeitsteilung zwischen elegantem Professorendeutsch und roher Judenhetze und ihr jeweiliges Zusammenspiel verwiesen.

Der Hauptakzent wurde insbesondere auch darauf gelegt, dass die Judenfeindschaft bei den einfachen Leuten nicht instinktmäßig angelegt ist, wie behauptet wurde, sondern dass von oben der „Giftstoff“ Judenfeindschaft absichtsvoll eingesetzt wird.

Oft wurde auch die Schwierigkeit gemeistert, die Hetze der Judenfeinde ernst zu nehmen und dennoch die Lächerlichkeit ihrer Behauptungen deutlich zu machen, etwa wenn angeblich die wenigen Juden in Deutschland die Macht innehaben würden.

Sehr deutlich wurde auch, dass man nicht im Sinne Kants durch Vernunft und Argumente die Judenfeindschaft bei allen Menschen beseitigen kann.

Klar wurde auch schon gesehen, dass insbesondere aufgrund der Zuwanderung eine Minderheit sich verständlicherweise noch nicht als deutsche Juden sahen, was genauso legitim sei wie die Eigenständigkeit der Sorben.

Fast schon trivial, aber dennoch von Bedeutung ist der Nachweis und Hinweis auf die große Masse der arbeitenden jüdischen Durchschnittsbevölkerung.

Von besonderer Wichtigkeit war auch, dass der Zusammenhang von Nationalismus und Judenfeindschaft hergestellt und deren prinzipielle Gemeinsamkeit herausgestellt wurde. Klar wurde auch gesehen, dass die Judenfeinde nicht mehr rein religiös, sondern vor allem nationalistisch und rassistisch argumentieren.

Wirkungsvoll ist sicherlich auch die Methode der hypothetische Umkehrung, also bei jedem Verbrecher oder Mörder festzustellen, „schon wieder ein Arier, schon wieder ein Deutscher“, um so also den Judenfeinden einen Spiegel vorzuhalten.

Es wurde aufgezeigt, dass die Judenfeinde sich mit dem Mäntelchen „Antisemitismus“ tarnen, um nicht sofort als Fortsetzer der seit dem Mittelalter betriebenen Judenfeindschaft erkannt zu werden.

Zu den Pointen gehört auch, dass mit großer Eindeutigkeit festgehalten wurde, dass es keine Judenfrage gibt, sondern nur eine Frage der Judenfeinde. Zu Recht wurde angeprangert, dass die Bezeichnung „Jude“ per se abschätzig und als Schimpfwort gebraucht wird.

Auch eine psychologische Beobachtung, die formuliert wurde, trifft die Mentalität der Judenfeinde: Aus einer Position der Stärke heraus, weil man einer Mehrheit angehört, ähnlich dem seine Frau schlagenden Ehemann, gegen Minderheiten und Schwächere Brutalität walten zu lassen. Die Schwierigkeit, Menschen zu erreichen, die offensichtlich Vergnügen an der Hetze gegen Minderheiten und der Unterdrückung von Schwächeren haben, wurde klar benannt.

Zu den Stärken der Beiträge zum Kampf gegen die Judenfeindschaft gehört auch die klar geäußerte Einschätzung, dass die Hauptträger der Judenfeindschaft langfristig eher nicht die antisemitischen Parteien und Organisationen sein werden, sondern dass diese schon damals und auch in der Zukunft von den Konservativen vertreten und genutzt wird.

Durchaus von Bedeutung war auch, dass wichtige Autoren der jüdischen Gemeinden den Kampf der Sozialdemokratie gegen die Judenfeindschaft positiv einschätzten.

Es wird zu prüfen sein, ob und inwieweit in der Sozialdemokratie diese Aspekte berücksichtigt und aufgenommen wurden. Es wird sich zeigen, dass dies weitgehend nicht der Fall war. Und es wurde auch nicht wirklich die Aufgabe angepackt, die jüdischen Gemeinden und ihre Aktivisten in ihrem Kampf gegen die Judenfeindschaft zu unterstützen. Hier wurde nicht Karl Marx zum Vorbild genommen, der sich in seiner Schrift „Die heilige Familie“ ausdrücklich für die Vertreter der jüdischen Gemeinden und ihren Kampf gegen den Judenfeind Bruno Bauer einsetzte.*

* Siehe hierzu: Kollektiv von Autorinnen und Autoren gegen Antikommunismus und Judenfeindschaft: Zum Kampf von Karl Marx gegen Judenfeindschaft – Stärken und Probleme des Kampfs von Karl Marx für jüdische Emanzipation und gegen den Judenfeind Bruno Bauer (1844/45), Offenbach 2013, S. 74 ff.

C. Nichtjüdische bürgerlich-demokratische Kräfte gegen Judenfeindschaft

Im sogenannten „Berliner Antisemitismusstreit“, angeführt von Heinrich von Treitschke, schwiegen nichtjüdische Kritiker Treitschkes fast ein Jahr. Erst dann meldete sich das nichtjüdische Bildungsbürgertum zu Wort. Bei genauerem Hinsehen waren es allerdings nur sehr wenige, die sich ohne Wenn und Aber mit den Jüdinnen und Juden solidarisierten und für sie Stellung bezogen. Nur vordergründig ging es dabei um die Verteidigung der jüdischen Bevölkerung in Deutschland und deren Rechte. Vielmehr ging es um den Bruch Treitschkes mit liberalen Grundpositionen, die er durch seine Deutschtümelei und Judenfeindschaft vollzogen hatte.

Auf die Stellungnahmen der jüdischen Gegner Treitschkes aus der ersten Phase der Auseinandersetzung ging keiner der Kontrahenten der zweiten Phase ein. Es war, als hätte diese erste Phase nie stattgefunden.

1. Das „Manifest der Notablen“ vom November 1880

Mit einer dreiseitigen Erklärung vom 12. November 1880 positionierten sich 75 nichtjüdische Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gegen Treitschkes judenfeindliche Provokation (sogenanntes „Manifest der Notablen“, darunter der Berliner Bürgermeister und ehemalige Reichspräsident Max von Forckenbeck, die Historiker Theodor Mommsen und Heinrich von Sybel, der Staatsrechtslehrer Rudolf von Gneist, der Kapitalist Werner von Siemens, der Mediziner Rudolf Virchow, der Soziologe Max Weber und der Historiker Johann Gustav Droysen. Es heißt darin:

„In unerwarteter und tief beschämender Weise wird jetzt an verschiedenen Orten, zumal den größten Städten des Reichs, der Rassenhass und der Fanatismus des Mittelalters wieder ins Leben gerufen und gegen unsere jüdischen Mitbürger gerichtet.“⁴⁶⁸

Die Erklärung wurde an mehrere Tageszeitungen verschickt, wo sie am 14. November 1880 den Aufmacher bildeten. Jüdinnen und Juden befanden sich nicht unter den Unterzeichnern. Eventuell in Frage kommende Unterzeichner wurden nicht gefragt, wenn sie vermeintlich

jüdischer Herkunft waren. Damit wollte man sich wohl defensiv dem „Vorwurf“ entziehen, dass die Erklärung „von Juden lanciert“ sei.⁴⁶⁹

An dem Tag, als Treitschke in der „Post“ die Bezugnahme auf seine Person in der Erklärung als Verleumdung zurückgewiesen hatte, kam es in seiner Vorlesung zu einem judenfeindlichen Triumphzug im mit 600 Zuhörern überfüllten Hörsaal, die Treitschke mit Huldigungsbezeugungen empfangen.⁴⁷⁰

2. Theodor Mommsens Stellungnahmen

Als prominenter Nichtjude meldete sich als Einzelperson Treitschkes Professorenkollege, der Historiker Theodor Mommsen (1817–1903) zu Wort. Mommsen war ein höchst angesehener Historiker. Für sein Hauptwerk „Römische Geschichte“ sollte er 1902 den Nobelpreis für Literatur erhalten. Gegen Treitschke veröffentlichte er am 20. November 1880 einen einseitigen „Brief an den Redakteur der Nationalzeitung“. Inhaltlich trug Mommsen nicht viel zur Debatte bei, warf Treitschke aber vor, dass dieser „an dem Vermächtnis Lessings“ rüttelt.⁴⁷¹

In seiner Erwiderung auf Mommsen, ebenfalls in der „Nationalzeitung“ einen Tag später (21. November 1880), griff Treitschke geschickt Mommsens judenfeindliche These aus seiner „Römischen Geschichte“ auf, dass das Judentum „ein wirksames Ferment des Kosmopolitismus und der nationalen Dekomposition“ darstelle.

Mommsen bot sozusagen eine Steilvorlage für Treitschkes Forderung nach bedingungsloser und totaler Assimilation. Treitschke ging auf Mommsen wie folgt ein:

„Ich teile nicht die pessimistische Ansicht meines Kollegen Mommsen, dass überall in der Welt ‚das Judentum ein wirksames Ferment des Kosmopolitismus und der nationalen Dekomposition‘ bilde (Römische Geschichte III. 550), sondern ich lebe der Hoffnung, es werde der vollzogenen Emanzipation im Laufe der Jahre auch die innere Verschmelzung und Versöhnung folgen.“⁴⁷²

In einer weiteren, nun längeren Erklärung von 14 Seiten mit dem Titel „Auch ein Wort über unser Judentum“⁴⁷³ (10.12.1880) nahm Mommsen erneut Stellung. Für ihn war der „Feldzug der Antisemiten“

nicht Ausdruck, sondern „die Missgeburt des nationalen Gefühls“ (S. 697), und er erklärte:

„Wir, die eben erst geeinigte Nation, betreten mit dem Judenkrieg eine gefährliche Bahn.“ (S. 700)

Mommsen hat die von Treitschke behauptete „jüdische Masseneinwanderung über die Ostgrenze“ zurückgewiesen und als „reine Erfindung“ (S. 699) bezeichnet.

Mommsen ging auf die Forderung Treitschkes ein, die Juden müssten Deutsche werden, und stellte die Frage: „Und wenn nicht, was dann?“ (S. 705). Dann charakterisierte er Treitschkes Artikel wie folgt:

„Nur so viel ist klar: jeder Jude deutscher Nationalität hat den Artikel in dem Sinne aufgefasst und auffassen müssen, dass er sie als Mitbürger zweiter Klasse betrachtet, gleichsam als eine allenfalls besserungsfähige Strafcompagnie. Das heißt den Bürgerkrieg predigen.“ (S. 705)

Mommsens Intervention war politisch zwar ein Signal, aber der Sache nach nur halbherzig, auf faule Zugeständnisse bauend oder schlichtweg falsch. Der „jüdische Wucher ist keine Fabel“ (S. 706), erklärte er beispielsweise. Notwendige Gesetze gegen den Wucher sollten sich allerdings nicht nur gegen „jüdische Wucherer“ richten, sondern auch gegen den „christlichen Blutsauger“ (S. 706). Nicht beeindruckt davon, dass Treitschke ihn für seine judenfeindliche Propaganda vereinnahmen konnte, wiederholte Mommsen unbeirrt die Formulierung, dass „die Juden wie einst im Römischen Staat ein Element der nationalen Dekomposition“ seien (S. 702).

Am Schluss forderte Mommsen von „den Juden“, es sei ihre

„Pflicht, soweit sie es können ohne gegen ihr Gewissen zu handeln, auch ihrerseits die Sonderart nach bestem Vermögen von sich zu tun und alle Schranken zwischen sich und den übrigen deutschen Mitbürgern mit entschlossener Hand niederzuwerfen.“ (S. 709)

Von Mitgliedern der jüdischen Gemeinde wurde Mommsen zu Recht kritisiert. Die Weigerung, das Christentum als Zeichen der internationalen Zivilisation anzuerkennen, so der Historiker Martin Philipsson, scheine Mommsen als „eine Art verwerflicher Partikularismus“⁴⁷⁴.

Ludwig Philipsson beschrieb die Konsequenzen der Forderungen von Treitschke und Mommsen in der „Allgemeinen Zeitung des Judentums“ wie folgt:

„Treitschke sagt: Die Juden können Juden bleiben, müssen aber Deutsche werden. Mommsen sagt: Die Juden sind Deutsche, aber um des Deutschtums willen müssen sie Christen werden. Es fragt sich, wer in diesen Schlussätzen der Freisinnigere ist.“⁴⁷⁵

3. Die sogenannte „Antisemiten-Resolution“ der „Wahlmänner von Berlin“ vom Januar 1881

Auf einer Veranstaltung gegen die Judenfeindschaft in Berlin nahmen rund 2.500 bürgerlich-liberale und bürgerlich-konservative „Wahlmänner“ teil. Es wurden zahlreiche Reden gehalten, darunter auch von dem Mediziner Rudolf Virchow (Fortschrittspartei). Virchow brachte die folgende Resolution zur Abstimmung, die wohl den Minimalkonsens ausdrückte, unter dem Titel „Die Verurteilung der antisemitischen Bewegung durch die Wahlmänner von Berlin am 12.1.1881“ (Berlin 1881):

„Die heutige 2.500 Personen zählende allgemeine Versammlung der Wahlmänner aus den vier Landtagswahlkreisen Berlins gibt dem Bedauern und der Entrüstung darüber Ausdruck, dass unsere Stadt seit einiger Zeit zum Schauplatz von Versammlungen, Kundgebungen und selbst gewalttätigen Ausschreitungen gemacht wird, welche darauf ausgehen, durch Aufstachelung der verwerflichsten Leidenschaften die Mitglieder der verschiedenen Bekenntnisse mit Hass und Verachtung gegen einander zu erfüllen, und geeignet sind, den Ruf der Reichshauptstadt und die Ehre des deutschen Namens zu beflecken.

Die Wahlmänner Berlins verwahren sich und die von ihnen vertretene Bürgerschaft gegen die Antastung der Rechtsgleichheit der religiösen Bekenntnisse; sie sind einig in der Überzeugung,

dass nur in dem friedlichen und einträchtigen Zusammenwirken aller Kräfte des nationalen Lebens, vor dem kein Unterschied des Bekenntnisses Berechtigung hat, die Wohlfahrt des Deutschen Reiches und seiner einzelnen Bürger gedeihen kann.“ (S. 8)⁴⁷⁶

„Versammlungen, Kundgebungen und selbst gewalttätige Ausschreitungen“ wurden abgelehnt, die darauf abzielen, „durch Aufstachelung der verwerflichsten Leidenschaften“ den „Hass der Religionen“ schüren. „Kein Unterschied des Bekenntnisses“ sollte eine Berechtigung haben.

In der Resolution und vor allem in der Debatte wurden einige richtige, aber auch viele falsche bzw. immanente Argumente angeführt, die nicht geeignet sind, die Judenfeindschaft zu bekämpfen.

Bemerkungen Rudolf Virchows

So argumentierte Virchow nationalistisch gegen die Judenhetze, weil sie den „Ruf der Reichshauptstadt“ schädige und die „Ehre des deutschen Namens“ beflecke (S. 8). Gegen die Lüge von der angeblich drohenden „jüdischen Überschwemmung“ Deutschlands durch Einwanderung entgegnete Virchow, dass nach offizieller Statistik „die Auswanderung der Juden größer war als die Einwanderung“ (S. 4). Bei der Widerlegung der reaktionären Verweise auf die Kriminalstatistik ließ sich Virchow insofern darauf ein, als er erklärte, dass nicht nur Juden Fehler machen würden, sondern ebenso auch Christen (S. 6). Untauglich und falsch waren Virchows Ausführungen zum unterstellten „jüdischen Wucher“ (S. 6). Dieser sei keine Folge der jüdischen Gleichberechtigung, denn den „Wucher“ habe es schon vorher gegeben. Von der Gleichberechtigung könne jedoch eine Besserung erwartet werden.

Zu Recht warnte Virchow jedoch davor, wohin derartige judenfeindliche Aufhetzung in der Geschichte immer wieder geführt hat: „zu Mord und Raub und Vernichtung“ (S. 4 f.).

In einer Art geschichtlichem Exkurs zurück bis 1812 ging Virchow auf den von den Judenfeinden propagierten „christlichen Staat“ ein und stellte dem den „Rechtsstaat“ entgegen (S. 5). Interessant ist Virchows Bemerkung, dass in Deutschland an den Grundlagen von

Gleichberechtigung und überhaupt von Rechten immer wieder gerüttelt werde, da diese nicht wirklich erkämpft wurden, wie etwa in den Niederlanden. (S. 6)

Die Bemerkungen Virchows über den „Gott der Rache aus dem alten Testament“ und dem „Gott der Liebe“ im neuen Testament sind verfehlt (S. 7 f.).

Rede Albrecht Webers

Albrecht Weber, ein deutscher Historiker, behauptete in seiner Rede, „dass in der Tat die Symptome dieser Krankheit der Zeit bei den Juden hauptsächlich hervortreten. Denn sie sind wirklich die eigentlichen Geldmacher.“ (S. 9) Damit war nahezu die ganze Argumentation verdorben, und noch mehr, da er im Anschluss daran noch die Frage stellte: „wer trägt die Schuld hieran?“ (S. 9) – und diese wie folgt beantwortete. Die jüdische Bevölkerung sei seit langer Zeit in diese Rolle gedrängt worden. Und Weber fand zur Rechtfertigung des von ihm verkündeten Stereotyps die folgende darwinistisch geprägte „Erklärung“:

„Nach Darwin'scher Theorie ist die Folge hiervon sehr natürlich. Eine durch Jahrhunderte hindurch ausschließlich geübte Spezialität ist bei den Betreffenden einfach in Fleisch und Blut übergegangen. Sie verstehen es besser, als wir, Geld zu erwerben.“ (S. 9/10)

Weber machte dann als Gefahr der jüdenfeindlichen Hetze aus, dass die Sozialdemokratie von ihr profitieren würde, die dabei „im Rohre“ sitze und ihre Pfeifen schneiden würde. Denn, wie Weber meinte:

„Die Deklamationen gegen den Reichtum der Juden sind schließlich doch nur Deklamationen gegen den Reichtum überhaupt.“ (S. 10).

Im Grunde folgte Weber hier der gleichen „Logik“ wie jene sozialdemokratischen Kräfte, die Glauben machen wollten, dass das Wirken der Judenfeinde schlussendlich der Sozialdemokratie zugutekommen würde.

Rede Eugen Richters*

Die Rede Richters unterscheidet sich von den beiden anderen gerade auch durch den Versuch, durch kleine Späßchen und billige Agitation Zustimmung zu erhalten.**

Pathetisch führte Richter langatmig aus, dass die jüdische Bevölkerung und die nichtjüdische Bevölkerung durch „Blut und Eisen“ im Krieg 1870/71 gegen Frankreich „zusammengekettet“ worden seien (S. 13). Hoffmann von Fallersleben würde sich angesichts des von Richter behaupteten Missbrauchs seiner Liedzeile „Deutschland, Deutschland über Alles!“ sozusagen im Grabe umdrehen (S. 13). „Unser“ ruhmreicher Heldenkaiser wäre zutiefst betrübt nicht nur angesichts der „sozialdemokratischen Ausschreitungen“ und der „noch viel hässlichere(n) Antisemitenbewegung“ (S. 14).

Richter, der sich in seiner Rede als „energischer Gegner der Sozialdemokratie“ bezeichnete, hielt aber dennoch fest, dass der letzte Sozialdemokrat für ihn doch „ein edler Charakter im Vergleich zu den Führern dieser neuesten Bewegung“ sei. Der Sozialdemokratie gehe es um die Veränderung gewisser Verhältnisse. Diese judenfeindliche Bewegung gehe aber auf Menschen los aufgrund ihrer Abstammung (siehe S. 14).

Die Resolution der „Wahlmänner von Berlin“ von 1881 war Ausdruck des Willens der versammelten bürgerlich-liberalen und bürgerlich-konservativen Kräfte, die Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung nicht zurückzunehmen. In den konkreten Argumentationen wurden wesentliche judenfeindliche Grundpositionen allerdings nicht abgelehnt, sondern geteilt (jüdische Menschen als angeblich dominierende Kräfte der Geldvermehrung, schlechter Charakter von Juden,

* Eugen Richter war der führende Politiker der sogenannten „Freisinnigen“, die sich in verschiedenen Parteien organisierten und auch im Reichstag vertreten waren. Siehe dazu näher III: Zehn Stellungnahmen von Franz Mehring zu „Antisemitismus und Philosemitismus“ (1891-1893).

** So streute Richter als Witzchen ein, die Judenfeinde, die ausrufen „Kauf nicht bei Juden“, sollten doch als Parole nehmen „Verkauft an keinen Juden!“ (S. 14).

der sich nur langsam ändere, Gegenüberstellung von „Deutschen“ und jüdischen Menschen).

4. Die Gründung des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus 1891

Im Januar 1891 unterzeichneten rund 500 Persönlichkeiten aus dem bürgerlich-demokratischen Spektrum einen Aufruf zur Bildung eines „Vereins zur Abwehr des Antisemitismus“. Mitglieder des Abwehrvereins waren mehrheitlich Nichtjuden. Prominente jüdische Mitglieder waren Paul Nathan, der Mitherausgeber der Zeitung „Nation“, und der Frankfurter Bankier Charles Hallgarten. Die Gründer waren bekannte liberale Politiker (hauptsächlich der Fortschrittspartei) und Professoren. Vorsitzender wurde der Staatsrechtler Rudolf von Gneist. Aufgrund der Verstärkung der judenfeindlichen Hetze stand die Öffentlichkeitsarbeit an erster Stelle. In Berlin und Frankfurt wurden Büros errichtet, in vielen Städten gab es Ortsgruppen.⁴⁷⁷

Der Verein publizierte Flugschriften zur Widerlegung der Lügen der Judenfeinde. Ab Oktober 1891 erschienen wöchentlich (ab 1911 zweimal wöchentlich) „Mitteilungen“, in denen über judenfeindliche Hetze und Überfälle vor allem in Deutschland berichtet wurde.⁴⁷⁸ Mit Artikeln zum gesellschaftspolitischen Klima und Berichten aus dem jüdischen Leben in Deutschland, Abhandlungen über jüdische Fragen und einer Fülle von Informationen über judenfeindliche Gerichtsurteile, Äußerungen von Personen des öffentlichen Lebens usw. waren die „Mitteilungen“ eine umfangreiche Quelle für die Berichterstattung der demokratisch-kritischen Presse in Deutschland.

Im Oktober 1891 erschien die erste Ausgabe des „Antisemiten-Spiegels“, das als gegnerisches „Parallelorgan“ zu Theodor Fritschs „Antisemiten-Katechismus“ gedacht war und nach eigener Darstellung „das gesamte polemische, politische, historische und statistische Material“ zusammenfasste, das notwendig war, um zum modernen Judenhass Stellung zu beziehen.⁴⁷⁹

Im Jahresbericht 1891 heißt es im Tätigkeitsbericht des Abwehrvereins, dass der Verein nunmehr über 12.000 Mitglieder verfüge, vom „Antisemiten-Spiegel“ drei Ausgaben mit je 50.000 Exemplaren verbreitet worden seien. Das Berliner Büro habe 240.000 Flugschriften

(sieben Ausgaben) und das Frankfurter Büro 1,5 Millionen Flugschriften (neun Ausgaben und Zeitungsbeilagen) veröffentlicht.⁴⁸⁰

Im Dezember 1893 fand die Generalversammlung, die erste öffentliche Versammlung des Vereins statt. In seiner Rede hob der Abgeordnete Heinrich Rickert hervor, mit wenigen Ausnahmen stehe „unsere Arbeiterbevölkerung der antisemitischen Bewegung feindlich gegenüber“. Der Verein habe an 963 Orten etwa 13.000 Mitglieder und habe im Jahr 1893 eine Viertelmillion Flugblätter verteilt.⁴⁸¹

Redner wurden ausgebildet, die auf öffentlichen Veranstaltungen der Judenhetze entgegentraten. So traten sie etwa in Versammlungen des „Mitteldeutschen Bauernvereins“ auf, wo es auch zu handgreiflichen Auseinandersetzungen mit den Judenfeinden kam.

Im November 1892 hielt der Judenfeind Max Liebermann von Sonnenberg als Redner über das Thema „Verträgt sich die Talmudmoral mit dem deutschen Staatsbürgerrecht“ verschiedene Versammlungen. In Hannover wurde seine Judenhetze heftiger Kritik ausgesetzt, sodass zu einer weiteren Versammlung in Braunschweig am 2. Dezember Jüdinnen und Juden keinen Zutritt mehr hatten.⁴⁸²

Dokumentiert ist auch, dass sich Mitglieder der jüdischen Gemeinde auf Veranstaltungen von Judenfeinden zu Wort meldeten, so etwa der Göttinger Rabbi Benno Jacob, der im Dezember 1892 auf einer jüdenfeindlichen Veranstaltung mit Liebermann von Sonnenberg als Redner dessen Talmudverfälschungen aufdeckte.⁴⁸³

Neben dieser Öffentlichkeitsarbeit regte der Verein Eingaben und parlamentarische Anfragen in den Landesparlamenten und im Reichstag an. Er ging nicht nur gegen die Judenhetze in der Öffentlichkeit vor, sondern auch gegen diskriminierende Praktiken im öffentlichen Dienst.

5. „Antisemiten-Spiegel – Die Antisemiten im Lichte des Christentums, des Rechtes und der Moral“ (1892)

Das vom Verein zur Abwehr des Antisemitismus herausgegebene Buch „Antisemiten-Spiegel – Die Antisemiten im Lichte des Christentums, des Rechtes und der Moral“ (Berlin 1892) umfasst 384 Seiten und versucht systematisch vor allem auf die judenfeindliche Broschüre „ABC des Antisemitismus“ und den „Antisemiten-Katechismus“ von Theodor Fritsch einzugehen.

Der Anspruch ist, sozusagen auf jeden Angriff der Judenfeinde oder zumindest auf fast alle Anwürfe mit Tatsachen und Fakten zu reagieren. Die Publikation richtet sich vor allem an das deutsche Bürgertum, das dem judenfeindlichen Treiben mit aller Kraft entgegentreten solle. Als grundlegende Aufgabe wird dabei im Vorwort formuliert,

„an der Hand der Tatsachen die gehässigen Verdächtigungen und Verleumdungen, mit denen unsere jüdischen Mitbürger, nur weil sie Juden sind, verfolgt werden, zu beleuchten.“ (S. 2)

Anschließend wird wohl zu Recht hervorgehoben:

„Der Antisemitismus empfängt seine Hauptnahrung keineswegs aus den Kreisen der breiten Masse des Volkes. Unter den Arbeitern zum Beispiel findet derselbe verhältnismäßig wenig Förderer, vielmehr in den sogenannten ‚gebildeten‘ Gesellschaftsklassen. Man erkundige sich nur, wie es in dieser Beziehung auf einigen unseren Universitäten steht.“ (S. 4)

Die Grundposition war, wie es im Vorwort vom September 1892 heißt:

„Die deutschen Juden sind Deutsche mit allen Rechten und Pflichten, die wir deutsche Christen haben.“ (S. 5)

Im Schlusswort wird deutlich, dass es die Grundidee des „Antisemiten-Spiegels“ ist, sich „an den Gerechtigkeitssinn und an die Vernunft“ (S. 368) zu wenden und ausdrücklich darauf zu verzichten, auf Persönliches bei den Judenfeinden einzugehen, um sich nicht in Nebensächlichkeiten zu verlieren.

Sozusagen programmatisch wird dann dieses Anliegen näher bestimmt:

„Nicht mit besonderen Verwaltungs- oder gesetzlichen Maßregeln wollen wir die Antisemiten bekämpfen, sondern wir wollen unsere Mitbürger davon überzeugen, dass der Antisemitismus dahin führt, unser öffentliches Leben zu vergiften, dass er die niedrigsten Leidenschaften aufwühlt, dass er nicht nur unsere Landesgesetze verletzt, sondern auch die Gebote der Religion und Moral.“ (S. 367 f.)

Ausdrücklich wird es abgelehnt, gegen die Judenfeinde mit der Polizei vorzugehen, obwohl durchaus auch gesehen wurde, dass sie bestehende Gesetze verletzen:

„Wir wünschen auch bei dem Kampf gegen die antisemitische Bewegung nicht außerordentliche polizeiliche Maßregeln.“ (S. 367)

Weiter heißt es:

„Man warte nicht auf ein Eingreifen von oben. Mit besonderen Zwangs- und Polizeimaßregeln besiegt man die Antisemiten und den Antisemitismus nicht. Verbote von antisemitischen Versammlungen, wie sie nach Zeitungsberichten in Hamburg aufgrund einer alten Verordnung vorgekommen sein sollen, – Androhung von Entlassung der Arbeiter, die antisemitischen Vereinen beitreten – solche und ähnliche Maßregeln verwerfen wir nicht nur aus prinzipiellen Gründen, sondern auch, weil sie das Gegenteil von dem bewirken, was man beabsichtigt.“ (S. 367)

So richtig es sicherlich ist, nicht auf Hilfe von oben zu warten und nicht in erster Linie auf polizeiliche Maßnahmen zu hoffen, so ist hier doch das Problem enthalten, dass die kriminelle Seite der antisemitischen Bewegung in ihrer Gefährlichkeit unterschätzt wird, wenn auf solche Maßnahmen aus prinzipiellen Gründen verzichtet werden soll.

In einem ersten Teil (Seite 6 bis 30) wird mit Zahlenangaben auf den geringen Prozentsatz der Juden in Deutschland hingewiesen. Es wird

ein Überblick über Gründe, Ziele und die Entwicklung des sogenannten Antisemitismus in Deutschland und die judenfeindlichen Stimmen bei den Reichstagswahlen gegeben.

In dem folgenden Teil (Seite 31 bis 50) wird unter der Überschrift: „Die Juden im Heere“ auf die Verleumdung eingegangen, dass jüdische Männer für den Soldatenberuf nicht geeignet seien. Auf diese Angriffe wird nicht nur unter Verweis auf jüdische Militärs in anderen Ländern geantwortet, sondern auch mit Berichten und Zahlen über den Anteil der jüdischen Soldaten in den sogenannten „Befreiungskriegen“ 1813 und im Krieg 1870/71. Außerdem werden Kaiser Friedrich III. und Graf Moltke mit positiven Äußerungen zu jüdischen Soldaten zitiert.

Hier wird ein Grundproblem sichtbar, das das ganze Buch durchzieht. Durch das Eingehen auf obskure Vorwürfe wird gegen den Willen der Verfasser dem Thema eine gewisse Bedeutung verliehen. Verständlich ist, dass absurde Lügen aufgedeckt werden. Aber das Problem ist, welcher Raum einem solchen Fragenkomplex gegeben wird, der bei der sogenannten Judenzählung im Ersten Weltkrieg erneut eine Rolle spielen wird.

Umso wichtiger ist der Abschnitt über die „Kampfesweise der Antisemiten“ (Seite 51 bis 66). Hier wird an zwei Beispielen sehr grundsätzlich klargemacht, dass im Argumentationsschema der Judenfeinde die Lüge einen festen Platz hat. Von den Judenfeinden werden Behauptungen in die Welt gesetzt, deren Wahrheitsgehalt leicht zu überprüfen ist. So etwa über eine angebliche Rede eines Oberrabbiners, die einem Roman entnommen wurde. Wird dies aufgedeckt, antworten die Judenfeinde dreist, dass es egal sei, ob es sich um eine reale Rede handelt, entscheidend sei, dass der Text die Realität widerspiegeln würde. Fritsch veröffentlichte solche eindeutig gefälschten Statements unter der Rubrik „Schriftstücke, deren Echtheit von den Juden bestritten wird“ (S. 65). Nach solchen Enthüllungen des „Antisemiten-Spiegels“ konnte es keine Zweifel daran geben, dass an die Einsicht, Moral und Vernunft von Judenfeinden nicht appelliert werden kann, da für sie die bewusste Fälschung ein legitimes Mittel ist.

In den nächsten fünf Abschnitten wird dann auf vielen Gebieten den Unwahrheiten der Judenfeinde entgegengetreten, zum Beispiel auch

der Lüge von der angeblich „verjudeten“ Reichsbank. Hier wird darauf verwiesen, wie viele Juden, getauft oder umgetauft, dort wirklich eine führende Stellung haben. Weiter geht es um den Verkauf von Gütern und Bauernhöfen, wo bis ins Detail nachgewiesen wird, dass darüber unwahre Behauptungen aufgestellt werden. Es geht aber auch um das Phänomen, dass Statistiken über katholische, protestantische und jüdische Anteile an Verbrechen veröffentlicht und von den Judenfeinden so zurechtgebogen wurden, um angeblich einen besonders signifikanten Anteil jüdischer Menschen zu belegen. Auch hier ist auffällig, wie genau auf derlei Statistiken eingegangen wird. Dadurch wird dieser Frage aber eine Bedeutung gegeben, die sie aber eigentlich gar nicht hat, wie auch klar erkannt wird, wenn völlig zu Recht gesagt wird:

„Verbrechen haben mit der Konfession überhaupt nichts zu tun.“
(S. 98)

Die unglaublichen Lügen und Verfälschungen der Judenfeinde provozierten jedoch die Autoren des „Antisemiten-Spiegels“ derart, dass sie sich gezwungen sahen, doch genauer auf den Umgang mit Statistiken einzugehen. Die Begründung dafür lautet wie folgt:

„Die Ziffern der amtlichen Statistik, die an sich überhaupt zu weitgehenden Schlüssen nach dieser Richtung hin nicht berechtigen, nicht zu Ungunsten der Juden sprechen, sondern im Gegenteil zu ihren Gunsten.“ (S. 84)

Nun soll einem solchen Verfahren in Ausnahmefällen nicht völlig widersprochen werden. Aber es ist damit die Gefahr verbunden, dass manchen Fragen eine Relevanz eingeräumt wird, die sie nicht haben.

Auch wenn es durchaus verlockend ist, darauf hinzuweisen, dass nach den angeführten Statistiken der Anteil der jüdischen Bevölkerung bei Mord und Raub überproportional gering ist. Das hält die Judenfeinde aber nicht davon ab, solche ihnen widersprechenden Fakten eben dahingehend zu kommentieren, wonach solche Verbrechen „Mut und Tatkraft erfordern“ würden und die wären bei Juden nun einmal nicht zu finden. Hierauf nicht einzugehen, kann sicherlich schwerfal-

len, aber eine Art wissenschaftliches Eingehen auf eine Kette von lügenerischen Behauptungen beim Umgang mit an und für sich irrelevanten Statistiken ist dennoch ein Problem.

Wenn etwa über die Zahl der Verdächtigten, die Zahl der Verurteilten sowie die Zahl der Freigesprochenen diskutiert wird, so argumentieren die Judenfeinde jeweils, wie es ihnen passt. Einmal mit der Schlaueit der Juden, die ihre Freisprüche erschwindeln würden, während die Widerlegung dann damit argumentiert, dass die jüdischen Angeklagten eben unschuldig waren und denunziert wurden. Beides konkret zu beweisen, ist im Grunde unmöglich und zeigt nur, dass auf dem Gebiet solcher Spekulationen kaum eine aufklärerische Wirkung zu erzielen ist. Die faule Grundmethode muss enttarnt werden.

In den nachfolgenden Teilen, auf die hier nicht mehr im Einzelnen eingegangen werden soll, ist eine Fülle von klaren Argumenten gegen die Judenfeinde enthalten. Aber gleichzeitig zeigt, dass es wirklich ein Problem ist, auf absurde Anwürfe im Detail einzugehen, sei es nun über Juden als Handwerker und Ackerbauern, über die angeblichen „jüdischen Wucherer“, über das Verhältnis von Judenfeinden und Christentum oder die Haltung der Judenfeinde zur Schule, zu Fragen des Talmud, der Sittenlehre des Judentums, zu Judentum und Tiererschutz, Juden und Börse und ähnliche Themen.

Die Grundthese ist, dass die Judenfeinde nach der Methode verfahren, aus Einzelfällen zu verallgemeinern. Nachgewiesen werden Beschränkungen für Jüdinnen und Juden bei der Berufswahl und ausdrücklich wird hervorgehoben, dass Judenfeindschaft und Christentum sich nicht widersprechen, sondern übereinstimmen können.

Zunächst wird zwar zu Recht festgestellt, dass es für Judenfeindschaft keinerlei Berechtigung gibt, auch wenn eingeräumt werden muss, dass bedeutende Männer in der Geschichte Deutschlands judenfeindliche Vorurteile gehabt haben. Dann aber wird doch der Versuch unternommen, die Judenfeindschaft einiger „großer Männer“ zu relativieren oder gar zu bestreiten, etwa bei Friedrich II., bei Kaiser Wilhelm und bei Kaiser Friedrich III.

Bei Bismarck fällt dies schon schwerer. Seine judenfeindlichen Kommentare von 1847 werden mit der Realität der gleichberechtigten

jüdischen Bevölkerung im „Deutschen Reich von 1871“ relativiert. Deutlich wird die Absicht, dass man Bismarck nicht dem Hofprediger Stoecker und anderen Judenfeinden „schenken“ will. Wirklich gelungen ist gerade dieser Abschnitt nicht. Ähnlich ist auch das Vorgehen bei Graf Moltke und Martin Luther. Die judenfeindlichen Schriften des älteren Martin Luther werden nicht bestritten, aber mit einer sehr positiven Passage zu den Juden aus den frühen Jahren relativiert. Ähnlich ist der Umgang mit Treitschke. Seine judenfeindlichen Schriften werden zwar angesprochen, aber mit andersgearteten Äußerungen aus anderen Zeitabschnitten seines Lebens konfrontiert. So problematisch diese Methode auch ist, so wird doch zumindest klar, dass die Judenfeinde sich nur solche Passagen herauspicken, die in ihr Konzept passen. Aber im Grunde funktioniert und überzeugt der Versuch nicht, die Judenfeindschaft bei wichtigen Personen der Geschichte und der Zeitgeschichte zu relativieren.

Von besonderem Interesse ist der Abschnitt über die deutsche Sozialdemokratie (Seite 276 bis 281). Da ist ein doch eklektisches Hin und Her festzustellen. Eindeutig heißt es zunächst:

„Die Sozialdemokratie bekämpft den Antisemitismus.“ (S. 276)

Dann wird aber auch nicht zu Unrecht kritisch auf Äußerungen hingewiesen, in denen Sozialdemokraten davon ausgehen, dass die „Antisemiten“ Vorarbeit für die Sozialdemokratie leisten würden und die Sozialdemokraten zu „Erben der Antisemiten“ werden, da Letztere sich zu Sozialdemokraten wandeln könnten. (S. 276)

Aber schon eine Seite später wird anhand von Zitaten Stoeckers behauptet, dass dieser doch eigentlich „sozialistisch“ sei (siehe S. 277). Der Gedankengang geht in etwa so: Nicht die Juden könnten als verachtungswürdige Sozialisten angesehen werden, denn die eigentlichen Sozialisten seien doch Stoecker und die Judenfeinde. Dieser Gedankengang entbehrt jeder Logik und zeigt eigentlich nur, in welcher Gedankenwelt die Verfasser sich bewegen.

Im Abschnitt „Juden und Sozialdemokraten“ (Seite 279 bis 281) wird der Behauptung entgegengetreten, dass die Sozialdemokratie von Juden gefördert würde und eigentlich jüdisch sei, weil es sich bei Marx und Lassalle um Juden handle. Dies wird damit „widerlegt“, indem

Marx mit einem Zitat aus seiner Schrift von 1844 gegen den Judenfeind Bruno Bauer*, wonach der „weltliche Kultus der Juden ... der Schacher“ (S. 279) sei, so dargestellt wird, als gehöre Marx in die Ecke der Judenfeinde, ohne zu realisieren, dass Marx hier ein jüdenfeindliches Stereotyp wiedergibt, ohne es sich jedoch zu eigen zu machen.**

Der Verweis der Judenfeinde auf jüdische Mitglieder der Sozialdemokratie wird als abwegig zurückgewiesen, da jüdische Leute in allen politischen Parteien zu finden sind. Nicht ohne Sympathie wird die Sozialdemokratie wegen ihrer Ablehnung der Judenfeindschaft beurteilt:

„Dass die Sozialdemokraten keine Judenfeinde sind, ist natürlich. Dem Sozialdemokraten kann es gleich sein, ob der Mann, der große Reichtümer besitzt, Christ oder Jude ist ... Und dann wissen Sozialdemokraten ganz gut, dass Juden im Laufe der Zeit am meisten unterdrückt und bedrängt worden sind. [...] Natürlich ist es auch, dass der Sozialdemokrat, der selbst unter einem Ausnahmegesetz zu leiden hatte, überhaupt alle Menschen gleich behandelt wissen will.“ (S. 279 f.)

Hervorgehoben wird auch, dass im sogenannten Alten Testament „starke sozialistische Anklänge“ (S. 280) zu finden seien:

„Es entspricht jüdischer Anschauung damaliger Zeit, wenn es in den Evangelien heißt, dass ein Kamel eher durch ein Nadelöhr geht, ehe ein Reicher in das Himmelreich kommt. Die Sozialdemokratie sollte bekanntlich vor etwa zehn Jahren ,auf den anti-

* Siehe in diesem Teil 3 den Abschnitt: Zu Marx' Schrift „Zur Judenfrage“ von 1844 sowie: Kollektiv von Autorinnen und Autoren: Zum Kampf von Karl Marx gegen Judenfeindschaft – Stärken und Probleme des Kampfs von Karl Marx für jüdische Emanzipation und gegen den Judenfeind Bruno Bauer (1844/45), Offenbach 2013.

** Marx in die Ecke der Judenfeinde zu stellen, ist der verquere Versuch der Verfasser des „Antisemiten-Spiegels“, sich von Marx und der Sozialdemokratie zu distanzieren, dessen Bedeutung für die Entstehung und Entwicklung der Sozialdemokratie allgemein bekannt war, aber gleichzeitig davon abzusehen, dass Marx auch als Jude angefeindet wurde, was eigentlich eine solidarische Geste erfordert hätte.

semitischen Draht' gelenkt werden. Dieser Plan war sehr gescheit, hätte zugleich die Sozialdemokratie Partei und viele Juden geschädigt.“ (S. 280)

Dieser Plan sei jedoch gescheitert, wie korrekt festgehalten wird.

Was die absurden Anschuldigungen angeht, dass jüdische Leute vor allem auch Anarchisten seien, wird zum Beispiel mit Angaben zu Attentaten entgegengetreten, etwa dass bei dem an dem Attentat in Paris 1890 Beteiligten von den sechs Personen nur einer Jude war usw. und usf.

Deutlich wird insgesamt, dass trotz einer gehörigen Portion Abneigung gegen Marx und den Sozialismus mit sehr großem Aufwand und viel Mühe versucht wurde, vom bürgerlichen Standpunkt aus und nicht ohne jede Sympathie für die Sozialdemokratie den damaligen judenfeindlichen Beschuldigungen, Beschimpfungen und Lügen entgegenzutreten. Insofern ist dieses Buch mit all seinen Schwächen, immanant auf Details einzugehend, durchaus ein beeindruckendes kompaktes Dokument des Kampfes demokratisch-bürgerlicher Personen gegen judenfeindliche Hetze.

Es war von Bedeutung, dass nicht-jüdische Persönlichkeiten eine Reihe von Publikationen und gar eine Organisation mit dem Namen „Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ gründeten.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass weitgehend eindeutig die Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung gefordert und vertreten wurde, aber im Kampf gegen die judenfeindliche Ideologie falsche Positionen übernommen und auch massive Zugeständnisse gemacht wurden, auch wenn an manchen Stellen richtige Argumente jüdischer Autoren übernommen wurden, ohne darüber hinauszugehen.

Diese Materialien blieben jedoch nach unserer Einschätzung oft weit hinter der Qualität der Publikationen der jüdischen Autoren zurück.

Die Frage bleibt, wie sich die Sozialdemokratie damals dazu verhalten hat, welche Möglichkeiten es gab bzw. welche genutzt werden mussten, um im demokratischen Kampf Widersprüche auszunutzen,

auch mit höchst schwankenden Kräften zusammenzuarbeiten, um eine Trennungslinie zwischen reaktionären Positionen und Kräften einerseits und halbwegs demokratisch agierenden Kräften andererseits zu ziehen oder voranzutreiben.

III. Der theoretische und politische Kampf der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft – Stärken und Schwächen

III. Der theoretische und politische Kampf der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft – Stärken und Schwächen

Vorbemerkung

Vor der Analyse der Auseinandersetzung der Sozialdemokratie mit der Judenfeindschaft sollen hier noch knapp einige Ausgangspunkte zu Marx und Engels festgehalten und ein knapper Überblick über den nachfolgenden Abschnitt gegeben werden.

Die praktische Solidarität als Wesensmerkmal der Position von Marx und Engels

Klar ist, dass Marx und Engels mit ihrer Schrift „Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik. Gegen Bruno Bauer und Konsorten“ von 1845 politisch an die Seite der Repräsentanten der jüdischen Gemeinde traten, die für die politische Emanzipation der Juden und gegen die Judenfeindschaft kämpften, und diese gegen Angriffe des Judenfeinds Bruno Bauer verteidigten.*

* Zur genaueren Einschätzung dieser Schrift siehe Autorenkollektiv, Zum Kampf von Karl Marx gegen Judenfeindschaft, Offenbach 2013, S. 74 ff. sowie den Beitrag „Zur Marx-Schrift von 1844 gegen Bruno Bauer“ im Band: Kollektiv von Autorinnen und Autoren gegen Judenfeindschaft und Antikommunismus, Der Kampf der entstehenden Sozialdemokratie gegen die Judenfeindschaft bis zur Bebel Rede 1893 (1848-1893). Außerdem hatte Engels schon 1839 in einem Brief an Wilhelm Graeber erklärt, dass „die Emanzipation der Juden und Sklaven“ ein Bestandteil der „Ideen unseres Jahrhunderts“ ist: „Dass mein Geist dem Jungen Deutschland zuneigt, wird der Freiheit nicht schaden; diese nämlich ist keine Schriftstellergruppe wie die romantische, demagogische usw. Schule, keine geschlossene Gesellschaft, sondern sie wollen und versuchen, dass die Ideen unseres Jahrhunderts, die Emanzipation der Juden und der Sklaven, der allgemeine Konstitutionalismus und andere gute Ideen in Fleisch und Blut des deutschen Volkes übergehen. Da diese Ideen von der Richtung meines Geistes nicht fern sind, warum soll ich mich von ihnen trennen?“ (Engels, Friedrich: Brief an Wilhelm Graeber, 28.–30.4.1839, MEW 41, S. 389) Marx hat sich in einem Brief an Arnold Ruge vom 13. März 1843 für eine Petition der jüdischen Gemeinde eingesetzt: „Soeben kommt der Vorsteher der hiesigen Israeliten zu mir und ersucht mich um eine Petition für die Juden an den Landtag, und ich will's tun.“ (Marx, Karl: Brief an Arnold Ruge, 13. März 1843, Marx Engels Werke, MEW 27, S. 418).

Marx und Engels haben eindeutig gegen Verfolgung und Diskriminierung von Jüdinnen und Juden politisch Stellung genommen.

Engels prangert zu Recht in zwei Artikeln die „schmachvolle Lage“ und Verfolgung der jüdischen Bevölkerung in Russland und Polen an, die auch Vorteile für die christliche Bevölkerung mit sich brachte, weil Konkurrenten ausgeschaltet wurden.

In dem Artikel „Die Bewegungen von 1847“ in der „Deutsch-Brüsseler-Zeitung“ Nr. 7 vom 23. Januar 1848 heißt es:

„Die Leibeigenschaft wird in Russland und Polen beschränkt und dadurch im Interesse der Bourgeois der Adel geschwächt und eine freie Bauernklasse hergestellt, deren die Bourgeoisie überall bedarf. Die Juden werden verfolgt – ganz im Interesse der ansässigen christlichen Bürger, denen die Hausierer das Geschäft verdarben.“ (MEW 4, S. 501)

In den „Reden auf der Gedenkfeier“ in Brüssel am 22. Februar 1848 zum 2. Jahrestag des Krakauer Aufstandes von 1846 heißt es:

„Was wollte die polnische Aristokratie im Jahre 1830? Die Rechte, die sie sich errungen hatte, gegen den Zaren behaupten. Sie beschränkte den Aufstand auf das kleine Gebiet, das der Wiener Kongress Königreich Polen zu nennen beliebt hatte; sie zügelte den Drang der übrigen polnischen Provinzen; sie tastete die vertierende Leibeigenschaft der Bauern, die schmachvolle Lage der Juden nicht an.“ (MEW 4, S. 522/523)*

* Später stellte Engels in seinem Artikel „Was hat die Arbeiterklasse mit Polen zu tun?“, die Rolle Polens für die in Europa verfolgten Juden heraus: „Religiöse Toleranz – hier war das fehlende Wort, womit man Polen den Garaus machen konnte. Polen ist in religiösen Dingen stets äußerst liberal gewesen; davon zeugt, dass die Juden dort Asyl fanden, als sie in allen anderen Teilen Europas verfolgt wurden.“ (Engels, Friedrich: Was hat die Arbeiterklasse mit Polen zu tun?, Artikel in: „The Commonwealth“ Nr. 159 vom 24.3.1866, MEW 16, S. 161.) In einem Brief von an Joseph Weydemeyer, 19.6.1851, erwähnt Engels die Verfolgung der Juden in Deutschland: „Voilà, ein ganzer Haufen Fragen. Im übrigen hoffe ich, dass die jetzige deutsche Judenverfolgung sich nicht weitererstrecken wird“. (Engels, Friedrich: Brief an Joseph Weydemeyer, 19.6.1851, MEW 27, S. 556).

Im Artikel „Die Kriegserklärung – Zur Geschichte der orientalischen Frage“ in der „New-York Daily Tribune“ Nr. 4054 vom 15. April 1854 prangert Marx mit großer Solidarität und Teilnahme realistisch das Elend, die Unterdrückung und Verfolgung der jüdischen Bevölkerung in Jerusalem an:

„Nichts gleicht aber dem Elend und den Leiden der Juden in Jerusalem, die den schmutzigsten Flecken der Stadt bewohnen, genannt Hareth-el-Yahud, im Viertel des Schmutzes zwischen Zion und Moria, wo ihre Synagogen liegen; sie sind unausgesetzt Gegenstand muselmanischer Unterdrückung und Unduldsamkeit, von den Griechisch-Orthodoxen beschimpft, von den Katholiken verfolgt und nur von den spärlichen Almosen lebend, die ihnen von ihren europäischen Brüdern zufließen.“ (MEW 10, S. 176)

Im Artikel „Hochbedeutendes aus Wien“ in der „New-York Daily Tribune“ Nr. 5655 vom 6. Juni 1859 klagte Marx die Verfolgung der Jüdinnen und Juden in Wien an und stellt sich solidarisch auf deren Seite:

„Eine der Heldentaten dieser ‚freien und fröhlichen‘ Männer nahm eine recht ernsthafte Wendung und wurde von der Presse mit Recht getadelt. Die Kasernen unserer Freunde liegen am Salzgies, einem Platz, der, ebenso wie die zu ihm führenden Straßen, hauptsächlich von Israeliten bewohnt wird. Die Juden aus Galizien, die in Wien Geschäfte abzuwickeln haben, pflegen sich auch in diese ziemlich schmutzigen Regionen zu begeben. Als nun unsere heroischen Kerle eines Abends vom ‚Sperl‘, wo man sie öffentlich gefeiert und ihnen zu ihrem etwaigen Heldenumut gratuliert hatte, in ihre Kasernen zurückkehrten, gaben sie in ihrer ziemlich erregten Gemütsverfassung einen Vorgeschmack von ihren zukünftigen Taten, indem sie unvermittelt über die unglücklichen Israeliten herfielen. Sie schlugen einigen die Fenster ein, trampelten andere nieder, schnitten vielen die Bärte ab und warfen sogar ein unglückliches Opfer in eine Teertonne. Ruhig vorbeigehende Leute wurden mit der Frage ‚Bist du ein Jude?‘ angesprochen, und wenn die Antwort bejahend ausfiel, unter lauten Ausrufen wie ‚Macht nichts, der Jud wird geprügelt!‘ unbarmherzig geschlagen.“ (MEW 13, S. 335)

Die Bedeutung des „Manifests der Kommunistischen Partei“ (1848) und des Hauptwerks von Marx, „Das Kapital – Kritik der politischen Ökonomie“

Klar ist, dass das Hauptwerk von Karl Marx, „Das Kapital“, zumindest einen Strang der Judenfeindschaft deutlich widerlegt. Jene Kräfte, insbesondere in der Bewegung der Arbeiterinnen und Arbeiter, die den Kapitalismus nicht verstanden oder verstehen wollten, sahen den Ort der Ausbeutung in der Zirkulation und spekulierten mit der lügnerischen Behauptung, dass die Zirkulation fest in der Hand der Juden sei. Der Kern des Werks von Marx ist jedoch, dass das Wesen der kapitalistischen Ausbeutung sich nur mit der Analyse der Sphäre der Produktion verstehen und erklären lässt. Somit wird theoretisch der doppelten Absurdität der Boden entzogen, dass die Ausbeutung in der Zirkulation stattfindet und hier vor allem durch Juden durchgeführt werde.

In seinem Hauptwerk, „Das Kapital“, Band I, verweist Marx ausdrücklich darauf, dass für den Kapitalismus, die Warenproduktion in seiner bürgerlichen Entwicklung, eine Religion wie der Protestantismus die „entsprechende Religionsform“ (MEW 23, S. 93) sei. Es ist also im „Kapital“ in keiner Weise davon die Rede, dass die jüdische Religion die für den Kapitalismus typische Religionsform sei, sondern ausdrücklich wird festgehalten, dass dies für den Kapitalismus in Europa bzw. Westeuropa das moderne Christentum, der Protestantismus ist.

Klar ist auch, dass Marx und Engels im „Manifest der Kommunistischen Partei“ von 1848 bei ihrer Analyse des sogenannten „deutschen Sozialismus“ Punkte herausgearbeitet haben, die auch bei der Analyse der Judenfeinde eine gewichtige Rolle spielen:

„Er (der ‚deutsche Sozialismus‘, A. d .V.) proklamierte die deutsche Nation als die normale Nation und den deutschen Spießbürger als den Normalmenschen. Er gab jeder Niedertracht desselben einen verborgenen, höheren, sozialistischen Sinn, worin sie ihr Gegenteil bedeutete. Er zog die letzte Konsequenz, indem er direkt gegen die ‚rohdestruktive‘ Richtung des Kommunismus auftrat und seine unparteiische Erhabenheit über alle Klassenkämpfe verkündete.“ (MEW 4, S. 488)

Deutscher Nationalismus und „deutsche Volksgemeinschaft“ anstatt Klassenkampf sowie „sozialistische“ Demagogie – das diente dem Kampf gegen die vor 1848 existierenden frühkommunistischen Richtungen. Das waren auch Kennzeichen der Judenfeinde im „Deutschen Reich“, die ihre Waffen aus dem Arsenal des deutschen Nationalismus, der „deutschen Volksgemeinschaft und der „sozialistischen“ Demagogie gegen die Sozialdemokratie einsetzten.

Notwendige Kritiken an Marx und Engels

Die Konzentration auf die Hauptwerke „Das Kapital“ und „Das Manifest der Kommunistischen Partei“ von Marx und Engels ergibt sich aus der Überlegung, dass diese nicht nur den führenden Köpfen der Sozialdemokratie bekannt waren, sondern auch in weiteren Kreisen der Sozialdemokratie wahrgenommen wurden.

Allerdings gab es eine Schrift, auf die sich in ausgesprochen negativer Weise immer wieder berufen wurde. Es sind dies die problematischen letzten 6 Seiten der Stellungnahme von Marx gegen den Judenfeind Bruno Bauer in den „Deutsch-Französischen Jahrbüchern“ von 1844, weshalb hierzu ein eigener Abschnitt über die Berufung auf diese Schrift in der Presse und seitens führender Vertreter der Sozialdemokratie aufgenommen wurde. Die Schrift selbst wurde im vorangegangenen Band 1 der Gesamtanalyse bereits ausführlich analysiert.*

Es zeigt sich allerdings, dass in den Publikationen der theoretischen Arbeiten der Sozialdemokratie auf die hier benannten Stellungnahmen von Marx und Engels nicht zurückgegriffen wurde.

In der Tat haben Marx und Engels nach der Veröffentlichung der Schrift gegen Bruno Bauers jüdenfeindliches Pamphlet „Zur Judenfrage“ in den „Deutsch-Französischen Jahrbüchern“ 1844 und einer kurzen Passage 1845 in der „Heiligen Familie“ Fragen der Judenfeindschaft bis auf Engels wichtige Stellungnahmen von 1890 nicht mehr

* Autorenkollektiv, Zum Kampf von Karl Marx gegen Judenfeindschaft. Stärken und Probleme des Kampfs von Marx für jüdische Emanzipation und gegen den Judenfeind Bruno Bauer (1844/45), Offenbach 2013. Siehe hierzu Teil III, B.: Wie die Marx'sche Schrift von 1844 in der Auseinandersetzung über Judenfeindschaft benutzt wurde.

theoretisch erörtert. Dennoch stehen ihre vereinzelten, teils ausgezeichneten Passagen über die Ablehnung der Judenfeindschaft, aber auch ihre Schwächen und Fehler vor allem in journalistischen Arbeiten und in Briefen im Hintergrund der Fragestellung, was eigentlich von der deutschen Sozialdemokratie hätte verlangt werden können. Darum geht es in unseren Ausführungen in „Beiträge zur Vertiefung“: Zu den problematischen und falschen Bemerkungen von Marx und Engels in ihren Werken, journalistischen Arbeiten und Briefen.

Texte der Sozialdemokratie und die Rede Bebels

Es wird in der folgenden Analyse dargelegt, wie von 1874 an, der ersten Äußerung von Wilhelm Liebknecht (im Rahmen einer Broschüre zur Agrarfrage), bis 1893 führende Köpfe der Sozialdemokratie in sehr unterschiedlicher Weise die Fragen des Kampfs gegen die Judenfeindschaft und die aktuellen jüdenfeindlichen Parteien und Organisationen in verschiedenen Zeitschriftenartikeln behandelt haben.

Langfristig waren die Stärken und Schwächen dieser Artikel, die sich in der Regel nicht aufeinander bezogen haben und insbesondere in der Zeitschrift „Die Neue Zeit“ veröffentlicht wurden, von größerer Bedeutung als aktuelle politische Stellungnahmen im Zentralorgan der Sozialdemokratie. Für die damalige unmittelbare Wirkung sind verständlicherweise Stellungnahmen im Zentralorgan der Sozialdemokratie (aber auch in dieser oder jenen anderen Massenzeitung der Sozialdemokratie) von durchaus großer Bedeutung. Es wird sich zeigen, dass Stärken und Fehler in den theoretischen Überlegungen sich auch im politischen Zentralorgan der Sozialdemokratie niedergeschlagen haben.

All dies sind Voraussetzungen für die Auseinandersetzung mit der Rede August Bebels auf dem Kölner Parteitag im Jahre 1893, die Punkt für Punkt analysiert wird. Diese Rede zeigt in konzentrierter Form Stärken, Schwächen und Fehler der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen die Judenfeindschaft.

Wir beginnen jedoch mit den wichtigen Stellungnahmen von Engels zur Bewegung der Judenfeinde ab 1878.

1. Engels greift von London aus ein – ein Überblick (1878–1893)

Insbesondere nach dem Tod von Karl Marx intensivierte sich der Briefwechsel und die persönliche Begegnung von Friedrich Engels mit Karl Liebknecht, Karl Kautsky, August Bebel, Eduard Bernstein und anderen.

Anders als Marx, der 1883 gestorben ist, hat Engels angesichts zunehmender Judenfeindschaft direkt zur Lage in Deutschland Stellung bezogen und insbesondere mit seiner Stellungnahme von 1890 in die Auseinandersetzung über die Haltung zur Judenfeindschaft eingegriffen. Diese Stellungnahme hatte eine weite Verbreitung gefunden und musste auch für die führenden Köpfe der Sozialdemokratie von großer Bedeutung sein. Andere von uns wiedergegebene diesbezügliche Äußerungen und Positionen von Engels waren keinesfalls in der ganzen Sozialdemokratie umfassend bekannt.

Inwieweit Engels auch an der frühen Schrift Kautskys über die Bedeutung des Feudalismus für die Judenfeindschaft beteiligt war und ob die Positionen von Engels die im Weiteren analysierten Artikel im theoretischen Organ „Die Neue Zeit“ beeinflusst haben, lässt sich im Einzelnen nicht beweisen.

Den entscheidenden Einfluss auf die gesamte Entwicklung der proletarischen Bewegung hatten jedoch die grundlegenden Werke von Marx und Engels, die von der deutschen Sozialdemokratie verbreitet wurden.

a) Engels' „Anti-Dühring“ von 1878 gegen die Judenfeindschaft des reaktionären Privatdozenten Dühring

1878 veröffentlichte Engels seine Kampfschrift gegen den reaktionären Privatdozenten Dühring mit dem ironischen Titel „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“ („Anti-Dühring“). Engels entlarvte mit Unterstützung von Marx Dührings „System“ auf dem Gebiet der Philosophie, der politischen Ökonomie und der Theorie des Sozialismus als idealistisch und reformistisch und entwickelte dabei positiv die Grundlagen des wissenschaftlichen Kommunismus.

Engels ging es also keineswegs einfach nur um die Widerlegung und Entlarvung von Dühring, sondern vielmehr vor allem auch um maßgebliche Führungskader der Sozialdemokratie, die Dühring sozusagen „puschten“ und salonfähig machten.*

Schon damals brandmarkte Engels auch Dührings judenfeindliche Seitenhiebe, dass das Böse in der Welt „die Katzen und die Juden“ seien:

„und selbst der bis ins Lächerliche übertriebne Judenhas, den Herr Dühring bei jeder Gelegenheit zur Schau trägt, ist eine, wo nicht spezifisch preußische, so doch spezifisch ostelbische Eigenschaft. Derselbe Wirklichkeitsphilosoph, der auf alle Vorurteile und Superstitionen souverän herabsieht, steckt selbst so tief in persönlichen Marotten, dass er das aus der Bigotterie des Mittelalters überkommne Volksvorurteil gegen die Juden ein auf „Naturgründen“ beruhendes ‚Natururteil‘ nennt und sich bis zu der pyramidalen Behauptung versteigt: ‚der Sozialismus ist die einzige Macht, welche Bevölkerungszuständen mit stärkerer jüdischer Untermischung‘ (Zustände mit jüdischer Untermischung! welches Naturdeutsch!) die Spitze bieten kann.“ (MEW 20, S. 104)

„Er kann die Wirklichkeitsphilosophie nicht fertigbringen, ohne seinen Widerwillen gegen Tabak, Katzen und Juden als allgemeingültiges Gesetz der ganzen übrigen Menschheit, die Juden eingeschlossen, aufzudrängen.“ (MEW 20, S. 134).

Engels stellte in dieser knappen Polemik zu Recht fest, dass die Judenfeindschaft („Volksvorurteil gegen die Juden“) bis ins Mittelalter zurückgeht und in Europa ihre Wurzeln im Christentum hat. Richtig war auch die Feststellung, dass die Judenfeindschaft im Mittelalter in der Bevölkerung tief verwurzelt war und deshalb mit Recht von einem „Volksvorurteil“ gesprochen werden kann. Sehr wichtig war auch Engels' Einschätzung der Judenfeindschaft als ein „Vorurteil“, woraus logisch folgt, dass die Judenfeindschaft insgesamt bekämpft werden muss. Richtig war auch die Beobachtung, dass im Kapitalismus die

* Siehe dazu im Teil II: Privatdozent Eugen Dühring 1881: „Judenfrage“ nur durch „Ertötung und Ausrottung“ zu lösen.

christliche Judenfeindschaft in europäischen Ländern (als „überkommnes Volksvorurteil“) weiterlebte und keineswegs verschwunden war.

Deutlich wird aber auch, dass Engels in London die Judenfeindschaft nicht so sehr als aktuelle Gefahr, sondern eher als „Bigotterie des Mittelalters“ oder als „ostelbische“ Besonderheit einschätzt. Darauf wird noch zurückzukommen sein.

Jedenfalls hat Engels bereits 1878 ein klares Zeichen gegen die Judenfeindschaft einer Figur wie Dühring gesetzt, der sich erst in den Folgejahren als extrem rassistischer, ja fanatischer Judenhasser outen sollte.

b) Engels' Briefwechsel 1881

In den Folgejahren war für Engels spürbar, dass sich die zunehmende Judenfeindschaft zu einem ernststen Problem entwickelte. Davon zeugen auch Engels' Briefe. 1881 korrespondierte er mit Bernstein und es wird – wie auch in späteren Korrespondenzen – deutlich, wie schwierig es für Engels war, von London aus zu einer richtigen Einschätzung zu kommen.

Nach den Stoecker'schen Wahlerfolgen, Treitschkes Judenhetze, der Mobilisierung für die Antisemiten-Petition und schließlich den gewalttätigen judenfeindlichen Angriffen an Silvester 1880/1881 wollte sich Engels ein Bild über den Vormarsch der Judenfeinde im doch entfernten Deutschland machen. Er bat Bernstein um Material. Dieser schrieb am 23. Juli 1881 an Engels:

„Ich sandte Ihnen die Antisemitika, damit Sie diese Bewegung, die man nicht unterschätzen darf, wenigstens nicht im praktischen Kampfe, etwas näher kennenlernen. Wenn Sie es wünschen, lasse ich Ihnen öfter etwas von dem Zeug zukommen. In Berlin allein erscheinen jetzt – abgesehen von den konservativen und ultramontanen Blättern – sieben dieser Zeitungen, und in der Provinz mehrt sich ihre Zahl mit jedem Tage.“⁴⁸⁴

Engels wollte wissen, wo die Judenfeinde ihre größte Anhänger-schaft hatten, was in der Sozialdemokratie umstritten war. Bernstein antwortete:

„Ich glaube auch nicht, dass die Bewegung mit den Wahlen ihr Ende erreicht haben wird. Das ganze Beamtentum (inkl. Richter), die höhere Lehrerschaft, die Kleinbürger und die Bauern sympathisieren mit ihr, die ersteren mala, die letzteren bona fide.“⁴⁸⁵

Ob Bernsteins Einschätzung des „mala fide“ und „bona fide“ stimmt, sei dahingestellt.⁴⁸⁶ Bernstein bat dann Kautsky, Engels judenfeindliche Schriften zukommen zu lassen. Engels antwortete einen Monat später und hatte inzwischen von dem in Paris lebenden Carl Hirsch* eine Lagebeschreibung erhalten, die Bernsteins Darstellung als übertrieben scheinen ließ. Engels schrieb im August 1881 in einem Brief an Bernstein:

„Die Antijudenschriften haben Sie wohl richtig zurückerhalten, ich sandte sie an K[autsky], da Sie keine nähere Adresse gaben. Ich habe nie etwas so Dummes und Kindisches gelesen. Diese Bewegung hat nur die Wichtigkeit, die in Deutschland, bei der Feigheit der Bourgeoisie, jede von oben her eingeleitete Bewegung hat: Wahlmanöver, um konservative Wahlen zu erzielen. Sobald die Wahlen vorbei oder schon früher die Bewegung über das höheren Orts gesteckte Ziel hinausschießt (wie jetzt in Pommern), fällt sie auf höheren Befehl zusammen wie eine angestochene Schweinsblase ‚und ward nicht mehr gesehn‘. Solche Bewegungen kann man nicht verächtlich genug behandeln, und ich freue mich, dass der ‚Sozialdemokrat‘ dies getan. Übrigens schreibt mir C.H[irsch], der den plötzlichen Sparren einer Spritztour nach Berlin bekommen und ausgeführt hat, von dort: ‚Die antisemitische Bewegung ist rein von oben arrangiert, ja fast kommandiert. Ich bin in die ärmlichsten Lokale gegangen, und niemand hat sich an meiner Nase gestoßen; in dem Omnibus, auf der Eisenbahn, nirgends hab‘ ich ein Wort gegen die Juden zu

* Carl Hirsch (1841–1900 in Paris), Journalist, war Eisenacher und zunächst in Berlin für die Sozialdemokratie aktiv. Ab 1868 redigierte er mit Wilhelm Liebknecht die Leipziger Wochenschrift „Demokratisches Wochenblatt“. Den Vorschlag von Marx, die Leitung der Zeitung „Der Sozialdemokrat“ in Zürich zu übernehmen, lehnte er ab und zog 1874 nach Paris, wo er die Wochenschrift „Die Laterne“ (1878–1879) herausgab, die erste illegal erscheinende Wochenzeitung der Sozialdemokratie.

hören bekommen. Die offiziösen Zeitungen, die den Artikel Judenhetze vertreiben, haben sehr wenig Leser. Die Deutschen haben eine natürliche Abneigung gegen die Juden, aber der Hass, den ich bei den Arbeitern wie bei den fortschrittlichen Kleinbürgern und Philistern gegen die Regierung konstatiert habe, ist weit energischer.’“ (MEW 35, S. 214)

Engels kommentiert die merkwürdige Auffassung von Hirsch nicht weiter. Aber unmissverständlich bringt Engels seine Verachtung der Judenfeinde und ihrer Hetze zum Ausdruck.* Wichtig ist seine Einschätzung, dass die Judenfeindschaft von den Herrschenden geschürt wird und die damals aktuelle judenfeindliche Bewegung mit den neu entstandenen judenfeindlichen Parteien und Organisationen „von oben initiiert“ wird. Sehr wichtig ist auch die Feststellung, dass die ideologisch-politischen judenfeindlichen Kampagnen neu gegründeter judenfeindlicher Organisationen von oben zuerst forciert und „auf höheren Befehl“ wieder fallengelassen werden können. Dabei ist hervorzuheben, dass es Engels nicht um judenfeindliche Vorstellungen überhaupt ging, die er möglicherweise unterschätzt, sondern um die neu aufkommenden judenfeindlichen Parteien und Organisationen. In der Tat konnten diese Organisationen weitgehend durch den demokratischen Kampf der Sozialdemokratie, und weil sich ihre Demagogie stückweise erschöpft hatte, zerstört werden, aber die judenfeindlichen Positionen wurden nun in viel größerem Rahmen von den reaktionären großen Parteien weitgehend oder ganz übernommen.**

* Unklar bleibt – aber tendenziell geschichtlich gesehen nicht so falsch –, warum, wie Hirsch in seinem Brief schreibt, „die Deutschen“ eine „natürliche Abneigung“ gegen „die Juden“ haben.

** Bernstein antwortete Engels am 9. September 1881: „Mit Hirschs Aufhebung der Antisemitenbewegung stimme ich nicht überein. Die Berichte, die ich aus Berlin etc. empfangen, und zwar von guten Germanen, lauten ganz anders, und auch Liebknecht sowie Bebel haben auf ihren letzten Reisen ganz andere Eindrücke empfangen. Dass die Judenhetze von oben her befördert wurde und noch wird, ist richtig, aber sie fällt bei Bauern, Handwerkern, Beamten, Lehrern etc. auf sehr dankbaren Boden, und ich meine, es wäre ein großer Fehler, wenn wir die antisemitische Bewegung nur als eine politisch-religiöse behandeln würden. In Dresden wenigstens hat sich das als wenig zuträglich erwiesen. Wir hatten übrigens auch keinen Grund dazu, denn gerade in sozialer Beziehung können wir mit Genugtuung auf den Sozialismus als den einzigen Ausweg aus den Konflikten der heutigen Gesellschaft hinweisen. Fällt die Bewegung

c) Engels' Artikel „Wie der Pindter flunkert“ von 1882

Im Artikel „Wie der Pindter flunkert“, abgedruckt im Zentralorgan „Der Sozialdemokrat“ Nr. 45 vom 2. November 1882, macht Engels öffentlich deutlich, dass die revolutionäre Sozialdemokratie der entschiedenste Gegner der judenfeindlichen Bewegung ist:

„Als vor 14 Tagen eine österreichische Staatsanwaltschaft die kretinhafte Unverschämtheit beging, die ungarischen Judenkravalle auf geheime Machinationen der Sozialdemokratie zurückzuführen, war die ‚Norddeutsche Allgemeine‘ das einzige Blatt, welches diesem ebenso dummen als gemeinen Streich zujubelte und dem Idioten von Staatsanwalt sekundierte, obgleich sie ganz genau weiß – aus ihrer nächsten Nähe und durch ihre eigene persönliche Erfahrung weiß –, dass die sogenannte ‚antisemitische Bewegung‘ in den Sozialdemokraten ihre entschiedensten Gegner hat und in Deutschland, speziell in Berlin, trotz eifrigster Unterstützung seitens des Patrons (gemeint ist Bismarck, A. d. V.) der ‚Norddeutschen Allgemeinen‘, an der Haltung der Sozialdemokraten gescheitert ist.“ (MEW 19, S. 313)

d) Engels' Interviews und Briefwechsel 1891–1893

Jüdische Kommunistinnen und Kommunisten aus den USA baten Engels 1891, für die Herausgabe des „Manifests der Kommunistischen Partei“ in jiddischer Sprache ein Vorwort zu schreiben, das dann auch ins Jiddische übersetzt werden sollte. Abraham Cahan machte

nach den Wahlen zusammen, so müssen wir ihr Erbe antreten, d. h. alles, was davon nicht offiziös ist, muss zu uns übergehen. Hirsch hat den großen Fehler, dass er in der Regel nur sieht, was er will.“ (Eduard Bernstein an Friedrich Engels am 9. September 1881. Zitiert nach: Helmut Hirsch (Hrsg.), „Eduard Bernsteins Briefwechsel mit Friedrich Engels“, Assen 1970, S. 37) Abgesehen von der ironischen Formulierung „von guten Germanen“ ist wichtig, dass Bernstein hier betont, dass die Judenfeindschaft keine Angelegenheit der Antisemiten-Parteien allein ist, sondern dass deren Judenhetze aufgegriffen wird „bei Bauern, Handwerkern, Beamten, Lehrern etc.“. Auch wenn die Ablehnung der Bagatellisierung des Judenhasses durch Bernstein richtig ist, so ist doch zu spüren, dass auch bei ihm – wie zu zeigen sein wird – die innerhalb der Sozialdemokratie verbreitete Auffassung ihren Niederschlag gefunden hat, wenn er davon ausgeht, dass die Sozialdemokratie das „Erbe“ antreten und die „nicht offiziösen“ Anhänger gewinnen könne.

1891 auf seiner Reise nach Brüssel, wo er am Kongress der II. Internationale teilnahm, noch einen Stopp in Liverpool und London, wo er unter anderem Eleanor Marx traf.

Der damals 31-jährige Cahan arbeitete als Journalist der jüdischen „Arbeiter-Zeitung“. Er erläuterte Eleanor Marx sein Vorhaben, für die jiddischsprachigen Arbeiterinnen und Arbeiter das „Manifest der Kommunistischen Partei“ ins Jiddische zu übersetzen. Nachdem er Eleanor Marx davon berichtet hatte, stellte sie Cahan Engels vor. Engels unterstützte die Idee und versprach, für das jiddischsprachige „Manifest“ ein Vorwort zu schreiben und es Cahan zuzuschicken. Dieses Vorwort gilt als verschollen oder wurde nicht geschrieben.^{487 *}

In einem Brief an Adolph Sorge vom 9. August 1891 drückt Engels seine Ablehnung darüber aus, dass die Docker in England gegen die „Einwanderung von foreign paupers (russischen Juden)“ (MEW 38, S. 142) schreien.[†]

In einem Interview mit einem Korrespondenten der Zeitung „L’Ecclair“, das am 6. April 1892 abgedruckt wurde, geht Engels auf Machenschaften der Judenfeinde in Deutschland ein, die sich an die

* Erstmals erwähnt wird das verschollene Vorwort bei Edmund Silberner 1980 („Friedrich Engels’ Geschenk an eine jüdische Bibliothek in London“, Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte (Tel Aviv), IX, 1980, S. 493–496.): „Jüdische Genossen in New York, die das Kommunistische Manifest in ihre Muttersprache zu übersetzen planten, sandte er 1890 ein kurzes Vorwort, das leider abhandengekommen ist. Es ist aber bekannt, dass er darin den Gedanken ausdrückte, eine solche Ausgabe wäre eine gute Antwort auf die antisemitische Beschuldigung, wonach die Juden immer nur Ausbeuter und nie Arbeiter seien.“ Das verschollene oder nicht geschriebene jiddische Vorwort erwähnt auch Jack Jacobs in seiner Arbeit „Friedrich Engels and ‚the Jewish Question‘ Reconsidered“, MEGA-Studien, 1998/2, Internationale Marx-Engels-Stiftung (Hrsg.), S.18 f. Engels hatte wohl entgegen dieser Behauptung keine Gelegenheit mehr gehabt, sein Versprechen einzulösen. Das alles erfahren wir aus Cahans Einleitung zu seiner eigenen jiddischen Übersetzung des „Manifests“, die er 1897 in der New Yorker Monatsschrift „Tsukunft“ drucken ließ. (Cahan, Abraham: Einleitung zum Kommunistischen Manifest, in: Di Tsukunft, 6. Jahrgang, Nr. 5, Mai 1897, S. 14 f., Jiddisch). Vgl. auch: Cahan, Abraham, Bleter fun mein leben, New York 1926, 3 Bde., Jiddisch, III, S. 265.

† Einige Monate später schreibt Engels an Bebel am 1.10. 1891 über die Funktion der judenfeindlichen Hetze der russischen Bourgeoisie. (MEW 38, S. 160)

Spitze von Protesten von Erwerbslosen gesetzt hatten, die vom 25. bis 27. Februar in Berlin stattfanden:

„Sicherlich konnten am ersten Tage dieser angeblich sozialistischen Demonstrationen einige der Unsrigen in die Bewegung hineingeraten sein, aber unsere irreführten Freunde haben den wahren Charakter der Demonstration rasch erkannt und sich sofort zurückge-

zogen. Der Beweis dafür ist, dass mehrere Läden, die bekannten Sozialisten gehören, geplündert wurden. Der Prozess gegen die verhafteten Aufrührer zeigte, dass die Anstifter Antisemiten waren, die den Hunger einiger armer Teufel auszunutzen suchten, um sie ‚Nieder mit den Juden!‘ schreien zu lassen.“ (MEW 22, S. 533)

„Und Eure Bourgeoisie versteht es noch viel besser als die österreichische Regierung, eine Nationalität gegen die andre auszuspielen, Juden, Italiener, Böhmen etc. gegen Deutsche und Irländer und jeden gegen den andern, so dass, glaube ich, in New York Unterschiede der Lebenshaltung zwischen Arbeitern bestehen, wie sie sonstwo unerhört sind. Und dazu kommt die totale Gleichgültigkeit einer ohne allen gemütliche [n] Feudalhintergrund, auf rein kapitalistischer Basis erwachsenen Gesellschaft gegen die dem Konkurrenzkampf erliegenden Menschenleben“.

Im Brief an den in den USA lebenden Hermann Schlüter vom 30. März 1892 macht Engels deutlich, dass die Judenfeindschaft ein Instrument der Bourgeoisie zur Spaltung der Ausgebeuteten, der Arbeiter und Arbeiterinnen ist, wobei Engels erstmalig Juden als Nationalität bezeichnet.

„Und Eure Bourgeoisie* versteht es noch viel besser als die österreichische Regierung, eine Nationalität gegen die andre auszuspielen, Juden, Italiener, Böhmen etc. gegen Deutsche und Irländer und jeden gegen den andern, so dass, glaube ich, in New York Unterschiede der Lebenshaltung zwischen Arbeitern bestehen, wie sie sonstwo unerhört sind. Und dazu kommt die totale Gleichgültigkeit einer ohne allen gemütliche [n] Feudalhintergrund, auf rein kapitalistischer Basis erwachsenen Gesellschaft

* Engels meint hier die Bourgeoisie der USA.

gegen die dem Konkurrenzkampf erliegenden Menschenleben ...“ (MEW 38, S. 314)

Das ist eine völlig klare Einschätzung der Judenfeindschaft als Waffe der Bourgeoisie, der herrschenden Klasse in einem kapitalistischen Land ohne jegliche feudale Verhältnisse, um die Arbeiterinnen und Arbeiter gegeneinander aufzuhetzen. Diese Position von Engels war damals wohl leider nicht bekannt, enthält aber eine entscheidende marxistische Position.

In dem Artikel „Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland“ für die Zeitschrift „Neue Zeit“ (Nummer 10, 13. Jahrgang, 1894–1895) geht es nur am Rand um die Frage der Judenfeinde. Thema ist vor allem eine klassendifferenzierte Analyse des Programms der sozialistischen Bewegung auf dem Land in Frankreich und Deutschland. Engels betont darin, dass der Hauptakzent auf die Gewinnung der Landarbeiterinnen und Landarbeiter gelegt werden müsse. Man dürfe keinesfalls den reaktionären Forderungen der Bauernschaft insgesamt und der Demagogie der Großbauern nachgeben und glauben, dass die Masse der Bauern von heute auf morgen gewonnen werden könnte, denn: „Diese Leute gehören zu den Antisemiten.“ (MEW 22, S. 499) Engels geht davon aus, dass es möglich ist, dass die bäuerlichen Anhänger der Judenfeinde doch mitbekommen, „was es mit diesen glänzenden Phrasen auf sich hat und welche Melodien die Geigen spielen, von denen der antisemitische Himmel voll hängt“ (MEW 22, S. 499), und im wachsenden Maße einsehen, „dass wir, die wir weniger versprechen und die Rettung in einer ganz anderen Richtung suchen, dass wir doch die sicheren Leute sind“ (MEW 22, S. 499).

e) Engels' wichtige und weit verbreitete Stellungnahme „Über den Antisemitismus“ von 1890: Antisemitismus dient „nur reaktionären Zwecken“

Im März 1890 hatte Engels von dem österreichischen Bankangestellten Isidor Ehrenfreund einen Brief erhalten, in dem dieser beschrieb, dass unter den Mitgliedern des Klubs der Beamten der Wiener Bank- und Kreditinstitute, dem er angehörte, aber auch in bestimmten Teilen der Wiener Bevölkerung die Judenfeindschaft neuerdings weit verbreitet sei und zunehmend mit antikapitalistischem Anstrich „gegen das jüdische Kapital“ daherkomme.

Engels willigte in den folgenden Wochen und Monaten ein, dass Auszüge aus seinem Brief in verschiedenen sozialdemokratischen Publikationen⁴⁸⁸ abgedruckt wurde. Der Erstabdruck erfolgte auszugsweise in der „Wiener Arbeiter-Zeitung“.⁴⁸⁹

Engels' Stellungnahme war in erster Linie ein wichtiges und in wesentlichen Teilen richtiges Dokument, in dem die Klarstellung vorgenommen wird, dass die Judenfeindschaft „nur reaktionären Zwecken dient“. Das war angesichts der falschen Ansichten innerhalb der deutschen Sozialdemokratie von außerordentlicher Wichtigkeit und keinesfalls selbstverständlich. Das ist auch die Hauptsache dieser Stellungnahme von Engels, die große Beachtung fand. In den Details stecken jedoch Probleme.

In seinem Antwortbrief an Isidor Ehrenfreund nimmt Engels in sieben Absätzen zur Judenfeindschaft gedrängt Stellung. Diese Stellungnahme hatte ein sehr großes Gewicht, so dass sie Absatz für Absatz vorgestellt und eingeschätzt werden soll.

Der erste Absatz lautet:

„Der Antisemitismus ist das Merkzeichen einer zurückgebliebenen Kultur und findet sich deshalb auch nur in Preußen und Österreich resp. Russland. Wenn man hier in England oder in Amerika Antisemitismus treiben wollte, so würde man einfach ausgelacht, und Herr Drumont erregt in Paris mit seinen Schriften – die an Geist denen der deutschen Antisemiten unendlich überlegen

sind – doch nur ein bisschen wirkungslose Eintagssensation.“
(MEW 42, S. 49 ff.)

Engels stellt zunächst zu Recht fest, dass die Judenfeindschaft Kennzeichen einer „zurückgebliebenen Kultur“ ist. Seine aktuelle Beobachtung, dass in England und Amerika Judenfeinde keinen Zulauf hatten im Vergleich zu „Preußen, Österreich, Russland“, wird sicherlich zutreffen. Seine Einschätzung zu Frankreich erscheint dagegen fragwürdig, ja falsch angesichts der Judenfeindschaft Fouriers und Proudhons einerseits und der einige Jahre später einsetzenden Judenhetze andererseits, wie sich an der sogenannten Dreyfusaffäre (1894–1906) zeigen sollte. Aber Engels schätzt ja die aktuelle Lage 1890 ein, und insoweit kann es wohl eine realistische Einschätzung sein. Es folgt eine aktuelle Einschätzung:

„Zudem muss er ja jetzt, da er als Stadtratskandidat auftritt, selbst sagen, er sei gegen das christliche Kapital ebenso sehr wie gegen das jüdische! Und Herrn Drumont würde man lesen, wenn er auch die gegenteilige Meinung verträte.“ (MEW 42, S. 49 ff.)

Die Feststellung, dass ein französischer Politiker namens Drumont gezwungen sei, gegen das „jüdische“ wie gegen das „christliche“ Kapital vorzugehen, schafft dabei mehr Probleme als Klarheit, denn es wird zumindest nicht klargestellt, dass diese ganz falsche Einteilung („jüdisches“/„christliches“ Kapital) keine relevante Kategorie ist. Allerdings ist es schon wichtig, darauf hinzuweisen, dass diese Begriffe von Drumont benutzt werden und Engels sie als dessen Position wiedergibt. Um es klar zu sagen: Es gibt kein „christliches Kapital“ und kein „jüdisches Kapital“ ebenso wenig wie es ein „atheistisches Kapital“ gibt.

Weiter heißt es im 2. Absatz:

„Es ist in Preußen der Kleinadel, das Junkertum, das 10000 Mark einnimmt und 20000 Mark ausgibt und daher den Wucherern verfällt, das in Antisemitismus macht, und in Preußen und Österreich ist es der dem Untergang durch die großkapitalistische Konkurrenz verfallene Kleinbürger, Zunfthandwerker und Kleinkrämer, der den Chor dabei bildet und mitschreit. Wenn aber das Kapital *diese* Klassen der Gesellschaft vernichtet, die

durch und durch reaktionär sind,* so tut es, was seines Amtes ist, und tut ein gutes Werk, einerlei, ob es nun semitisch oder arisch, beschnitten oder getauft ist; es hilft den zurückgebliebenen Preußen und Österreichern vorwärts, dass sie endlich auf den modernen Standpunkt kommen, wo alle alten gesellschaftlichen Unterschiede aufgehen in den einen großen Gegensatz von Kapitalisten und Lohnarbeitern.“ (Ebenda)

Ob die ironische Übernahme der Formulierungen der Judenfeinde, „einerlei, ob es nun semitisch oder arisch, beschnitten oder getauft ist“, nicht auch Nachteile hat, sei dahingestellt. Klar ist aber, dass sich Engels über diese rassistisch-religiös-reaktionären Ansichten lustig macht.

Im 3. Absatz fährt Engels fort:

„Nur da, wo dies noch nicht der Fall, wo noch keine starke Kapitalistenklasse existiert, also auch noch keine starke Lohnarbeiterklasse, wo das Kapital noch zu schwach ist, sich der gesamten nationalen Produktion zu bemächtigen, und daher die Effektenbörse zum Hauptschauplatz seiner Tätigkeit hat, wo also die Produktion noch in den Händen von Bauern, Gutsherren, Handwerkern und ähnlichen aus dem Mittelalter überkommenen Klassen sich befindet – nur da ist das Kapital vorzugsweise jüdisch, und nur da gibt's Antisemitismus.“ (Ebenda)

Hier sind mehrere Aspekte sehr problematisch, ja falsch: Es wird erneut von der falschen Kategorie eines angeblichen „jüdischen“ oder gar „vorzugsweise jüdischen“ Kapitals gesprochen und ein Zusammenhang nahegelegt, dass dies Judenfeindschaft hervorrufen würde. Wenn die Ursache der Judenfeindschaft nur in den rückständigen ökonomischen Verhältnissen gesucht wird, sind Fallen für weitere Fehleinschätzungen gestellt: Eine Modernisierung der ökonomischen

* Um Missverständnissen vorzubeugen: Marx und Engels ging es immer darum, dass diese Klassen als Klassen reaktionär sind, was nicht ausschließt, dass durch Aufklärung und eine richtige Politik Teile dieser Klassen neutralisiert oder zu Verbündeten werden können. (Siehe dazu: Marx, Karl: Kritik am Gothaer Programm, 1875, MEW 19, S. 22 f.).

Verhältnisse würde eine quasi „automatische“ Überwindung der Judenfeindschaft bedeuten. Hier wird im Grunde ausgeblendet, dass die Judenfeindschaft in rückständigen und gerade auch in entwickelten kapitalistischen Ländern als Mittel der Verhetzung und der Konterrevolution eingesetzt wird. Es wird darüber hinaus das Argument nicht zurückgewiesen, das „die Juden“ oder „die jüdischen Kapitalisten“ die Judenfeindschaft selbst verursachen würden durch ihre Existenz bzw. durch ihr Verhalten.

„Der Antisemitismus [...] dient daher nur reaktionären Zwecken unter scheinbar sozialistischem Deckmantel.“

Der 4. Absatz lautet:

„In ganz Nordamerika, wo es Millionäre gibt, deren Reichtum sich in unseren lumpigen Mark, Gulden oder Franken kaum ausdrücken lässt, ist unter diesen Millionären *nicht ein einziger Jude*, und die Rothschilds sind wahre Bettler gegen diese Amerikaner. Und selbst hier in England ist Rothschild ein Mann von bescheidenen Mitteln z. B. gegenüber dem Herzog von Westminster. Selbst bei uns am Rhein, die wir mit Hilfe der Franzosen den Adel vor 95 Jahren zum Land hinausgejagt und uns eine moderne Industrie geschaffen haben, wo sind da die Juden?“ (Ebenda)

Dieser Absatz ist sicherlich angesichts aufkommender Thesen von einer angeblichen „jüdischen Weltverschwörung“ von großer Bedeutung und eine realistische Darstellung, die die Absurdität der Judenfeindschaft brandmarkt.

Im 5. Absatz heißt es dann:

„Der Antisemitismus ist also nichts anderes als eine Reaktion mittelalterlicher, untergehender Gesellschaftsschichten gegen die moderne Gesellschaft, die wesentlich aus Kapitalisten und Lohnarbeitern besteht, und dient daher nur reaktionären Zwe-

cken unter scheinbar sozialistischem Deckmantel; er ist eine Abart des feudalen Sozialismus* und damit können wir nichts zu schaffen haben. Ist er in einem Lande möglich, so ist das ein Beweis, dass dort noch nicht genug Kapital existiert. Kapital und Lohnarbeit sind heute untrennbar. Je stärker das Kapital, desto stärker auch die Lohnarbeiterklasse, desto näher also das Ende der Kapitalistenherrschaft.“ (Ebenda)⁴⁹⁰

Sehr, sehr wichtig gegen alle bagatellisierenden und beschönigenden Behauptungen ist, dass Engels hier klipp und klar erklärt, dass die Judenfeindschaft „nur reaktionären Zwecken unter scheinbar sozialistischem Deckmantel“ dient. „Damit können wir nichts zu schaffen haben!“

Offensichtlich falsch ist jedoch die allgemein gehaltene Behauptung, „ist der Antisemitismus in einem Lande möglich, so ist das ein Beweis, dass dort noch nicht genug Kapital existiert“. Kritisch muss vermerkt werden, dass die lediglich ökonomische und historische Erklärung der Judenfeindschaft als „nichts anderes als eine Reaktion mittelalterlicher, untergehender Gesellschaftsschichten gegen die moderne Gesellschaft“ wichtige Ursachen der Judenhetze ausklammert.[†]

Weiter heißt es im 6. Absatz:

„Dazu kommt, dass der Antisemitismus die ganze Sachlage verfälscht. Er kennt nicht einmal die Juden, die er niederschreit. Sonst würde er wissen, dass hier in England und in Amerika, dank den osteuropäischen Antisemiten, und in der Türkei, dank der spanischen Inquisition, es Tausende und aber Tausende *jüdischer Proletarier* gibt; und zwar sind diese jüdischen Arbeiter die am schlimmsten ausgebeuteten und die allerelendesten. Wir haben hier in England in den letzten zwölf Monaten *drei* Streiks

* Im „Manifest der Kommunistischen Partei“ gibt es einen eigenen Teil im 4. Abschnitt „Feudaler Sozialismus“, auf den Engels hier hinweist.

† Wir haben schon gezeigt, dass Engels in internen Briefen (1892, MEW 38, S. 314) sehr deutlich betont, dass die Judenfeindschaft ein Instrument der herrschenden Klasse ist. Aus unserer Sicht ist das eine der Sache nach wichtige und richtige Ergänzung, auch im Hinblick auf die 1890 veröffentlichte Stellungnahme.

jüdischer Arbeiter gehabt, und da sollen wir Antisemitismus treiben als Kampf gegen das Kapital?“ (Ebenda)

Engels betont hier einen sehr wichtigen Punkt, nämlich dass die Judenfeinde „die ganze Sachlage verfälschen“, wenn sie so tun, als wäre „die große Majorität der Juden Ausbeuter“.

Er verweist mit großer Sympathie auf die elende Lage und Streikbereitschaft der jüdischen Arbeiterinnen und Arbeiter etwa in England oder den USA. Mit dieser Sympathie für die Klassenbrüder und Klassenschwestern wird klar, dass die Judenhetze vor allem ein Mittel ist, die proletarische Klasse zu spalten, nichtjüdische Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die jüdischen aufzuhetzen. Dagegen stellt Engels die proletarische Solidarität.

Der 7. Absatz lautet:

„Außerdem verdanken wir den Juden viel zu viel. Von Heine und Börne zu schweigen, war Marx von stockjüdischem Blut; Lassalle war Jude. Viele unserer besten Leute sind Juden. Mein Freund Victor Adler, der jetzt seine Hingebung für die Sache des Proletariats im Gefängnis in Wien abbüßt, Eduard Bernstein, der Redakteur des Londoner ‚Sozialdemokrat‘, Paul Singer, einer unserer besten Reichstagsmänner – Leute, auf deren Freundschaft ich stolz bin, und alles Juden! Bin ich doch selbst von der ‚Gartenlaube‘ zum Juden gemacht worden, und allerdings, wenn ich wählen müsste, dann lieber Jude als ‚Herr von‘!“ (Ebenda)

Hier zeigt Engels sehr emotional und beeindruckend eine weitere Funktion der Judenhetze auf: Sie ist auch ein Mittel zur Unterdrückung fortschrittlicher Ideen und deren Vorkämpferinnen und Vorkämpfer. Engels erwähnt Heinrich Heine und Karl Marx, die er ironisch als vom „stockjüdischem Blut“ bezeichnet. Sie werden als Person und Träger ihrer fortschrittlichen revolutionären Ideen von den Judenfeinden bekämpft und es wird klar: Engels steht mit Herz und Verstand auf ihrer Seite.

Zu Engels insgesamt kann hier festgehalten werden, dass das wichtigste Dokument seine Erklärung „Über den Antisemitismus“ von 1890 ist. Engels hat in ihr festgeschrieben:

- dass die Judenfeindschaft nur reaktionär ist;
- dass die Judenfeindschaft sich auch gegen die jüdischen Arbeiterinnen und Arbeiter richtet;
- dass die Judenfeindschaft auch ein Kampfmittel gegen die jüdischen Vorkämpfer des Proletariats darstellt.

Durch den Briefwechsel wird deutlich, dass Engels sich von London aus bemühte, sich ein realistisches Bild zu verschaffen. So kommt er 1892 in seinem Brief in die USA dazu, die ursprüngliche Einschätzung, wonach die Judenfeindschaft nur in „rückständigen Ländern“ vorkomme, zu revidieren. Angesichts der Entwicklung des „Spalte und Herrsche“ in den USA stellt er fest, dass die Feindschaft gegen Jüdinnen und Juden auch vor einem Land ohne Feudalismus, wie es die USA eines sind, keinesfalls haltmacht. Insofern relativiert sich auch die Kritik, dass Engels, zunächst von der Realität ausgehend, die Entstehung der Judenfeindschaft doch allzu stark an die „Rückständigkeit“ eines Landes gebunden hatte, obschon dieser Brief von 1892 von Engels in der damaligen Zeit nicht bekannt war.

Was Engels' Einschätzung angeht, dass in rückständigen Ländern das Kapital „vorzugsweise jüdisch“ sei, so ist diese nicht nur sachlich falsch, sondern diese hilft auch nicht bei der notwendigen Kritik an der grundlegenden falschen Position, überhaupt von einem „jüdischem Kapital“ zu sprechen und daraus gar die Entstehung und Existenz der Judenfeindschaft abzuleiten. Dies ist schlicht in jeder Hinsicht falsch.

2. Theoretische Auseinandersetzung der Sozialdemokratie mit der Judenfeindschaft

Zum Aufbau und Fragestellungen

1.

Die Fülle der teilweise pseudowissenschaftlich verklausulierten judenfeindlichen Angriffe war eine große Herausforderung für die Sozialdemokratie.

Die Judenfeindschaft war ja keine wirklich neue Erscheinung. Die antijüdischen und antimuslimischen Massaker der Kreuzzüge waren bekannt. Judenfeindliche Gewalt hatte es auch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts („Hep-Hep“-Pogrome) gegeben. Auch früher schon war die jüdische Bevölkerung als „Wucherer“ oder „Schacherer“ diffamiert, bei Pogromen ausgeraubt, verjagt und oft genug auch ermordet worden.

Das „Neue“ war zum einen die Akzentsetzung bei der Verwendung rassistischer Bestandteile und zum anderen die verstärkte Verbindung mit dem deutschen Nationalismus. Tatsächlich gaben sich die Judenfeinde fast antikapitalistisch, als ob die gesellschaftlichen Missstände, die von der Sozialdemokratie aufgezeigt wurden, ihre Wurzel nicht im Kapitalismus hätten, sondern durch „die Juden“ hervorgerufen worden wären.

Gegenüber der judenfeindlichen Gewalt auf der Straße war die Haltung der Sozialdemokratie weitgehend unstrittig: Es galt, den judenfeindlichen Hetzern in Versammlungen und bei Überfällen handfest entgegenzutreten und das geschah auch.

2.

Anders verhält es sich mit theoretischen und politischen Publikationen. Hier gab es keinesfalls einheitliche, glasklare Antworten. Oft wurde Richtiges und Falsches in ein und demselben Dokument von ein und demselben Autor nebeneinandergestellt. Teilweise gab es auch erstaunliche Unterschiede und gegensätzliche Positionen. Allerdings – und das ist wahrscheinlich eines der Hauptprobleme – ein Mei-

nungsstreit, ein Kampf um eine richtige Positionierung im Kampf gegen die Judenfeindschaft hat nicht stattgefunden. Vielmehr existierte Richtiges und Falsches in Koexistenz, nur selten wurde direkt und fast nie namentlich kritisiert.

3.

Sicher besteht eine Gefahr darin, die spätere Entwicklung der Autoren der nachfolgend analysierten Artikel, Karl Kautsky und Eduard Bernstein einerseits und Franz Mehring und August Bebel andererseits, zu sehr in die Analyse der einzelnen Artikel einfließen zu lassen. Bernstein zeigte sich später als wesentlicher Motor des Reformismus innerhalb der Sozialdemokratie, Kautsky verwandelte sich zu einem wüst hetzenden Konterrevolutionär, Mehring, er hatte die wohl negativste Vergangenheit, kämpfte mit Bebel gegen die reformistischen Tendenzen und beteiligte sich dann mit Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht an der Gründung der KPD.

Die damalige Position und Autorität in der Partei der nachfolgend analysierten sozialdemokratischen Persönlichkeiten war auch recht unterschiedlich. Ohne Frage war Bebel, der auch die Parteitagssrede 1893 hielt, die überragende Persönlichkeit, während Kautsky und Mehring eher als die etwas akademisch auftretenden Theoretiker galten. Bernsteins Rolle vor seinem Eintreten für den Reformismus ist schwer einzuschätzen, er war vor allem politischer Publizist. Da die Biografie nicht ganz unwichtig ist, werden jeder der nachfolgenden Besprechungen von Artikeln zur Judenfeindschaft knapp biografische Daten der Verfasser vorangestellt.

4.

Wir betonen aber – das versuchen wir in der Zusammenfassung deutlich zu machen –, dass für uns heute eine zusammenfassende Einschätzung der einzelnen Artikel zweitrangig und die Einschätzung der einzelnen Verfasser drittrangig ist. Es geht uns erstrangig darum, Lehren zu ziehen, bewusst an die richtigen Einschätzungen und Argumentationen des damaligen Kampfes anzuknüpfen und wachsam zu sein, dass falsche Denkfiguren nicht übernommen werden.

Wir haben dennoch in diesem Rahmen ganz bewusst die Stellungnahmen nicht thematisch, also zu den verschiedenen Angriffsfeldern

der Judenfeindschaft, zusammengestellt, sondern Stellungnahme für Stellungnahme analysiert und eingeschätzt. Dabei ist klar, dass dieses etwas umständliche Verfahren dazu führt, dass bestimmte richtige Positionen, aber auch bestimmte Fehler im Kampf gegen Judenfeindschaft wiederholt auftauchen. Das ist unvermeidlich. Der Vorteil aber ist, dass so verdeutlicht werden kann, wie verschiedene Autoren unterschiedliche Positionen entwickeln und in ein und demselben Artikel richtige und falsche Ansichten auftauchen.

Wir haben uns nach einer Reihe von Diskussionen entschlossen, nachfolgend in einer eigenen Einführung die aus der Analyse dieser Stellungnahmen gewonnenen Erkenntnisse in Form von Fragen zu formulieren, um für die weitere Analyse und den heutigen Kampf wichtige Gedankengänge herauszukristallisieren und so das Verständnis und die Einschätzung der einzeln behandelten Stellungnahmen und Publikationen zu erleichtern.

5.

Die entscheidenden Fragestellungen sind unserer Meinung nach:

1. Welche aktuellen und tiefergehenden Ursachen der Judenfeindschaft gibt es?

Genauer: Welchen Zusammenhang gab es zwischen der Gründung sich antisemitisch nennender Organisationen und dem „Sozialistengesetz“? Inwiefern konnte Judenfeindschaft aus dem Mittelalter, dem Feudalismus, erklärt werden? Wie hängen Kapitalismus und Judenfeindschaft zusammen und welche Rolle spielt der Untergang der Mittelschichten? Dahinter steht die große grundlegende Frage, welche Ursachen die Judenfeindschaft im Zusammenhang mit den Klassenkämpfen hat. Es verknüpfen sich also grundlegende Fragen nach Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Judenfeindschaft.

2. Welche Grundfunktion hat die Judenfeindschaft?

Zu untersuchen wird sein, was als Grundfunktion der Judenfeindschaft angesehen wird. Wird sie als eine Art Blitzableiter dargestellt, um von der herrschenden Klasse abzulenken und als ein Mittel, um den Kampf der Ausgebeuteten durch Spaltung und Hetze zu schwächen und zu verhindern?

3. Welche Wirkung hat die Judenfeindschaft?

Welchen Stellenwert hatte über die Funktion der Judenfeindschaft hinaus die reale Bedrohung der jüdischen Bevölkerung und damit einhergehend die Brutalisierung, Demoralisierung und Verdummung der Anhängerschaft?

4. Welche Gesamteinschätzung der aktuellen Judenfeindschaft gab es?

Verständlicherweise stellt sich die Frage, warum und inwieweit eine Gesamteinschätzung der jeweils aktuellen Judenfeindschaft nötig ist. War sie antikapitalistisch oder hatte sie antikapitalistische Elemente, war sie nur reaktionär, war sie eine „Vorstufe zum Sozialismus“? Bei der Klärung dieser und ähnlicher Fragen spielte die Frage hinein, welche Funktion die Unterscheidung von Hauptverursachern und Anhängern hatte. Aus all dem ergibt sich die abschließende Frage:

5. Wie die Judenfeindschaft bekämpfen?

Welche Rolle spielte im Kampf gegen die Judenfeinde die Solidarität mit der verfolgten jüdischen Bevölkerung? Inwiefern wurden die Ideologie der Judenfeindschaft und nicht nur die damaligen Judenfeinde als politischer Faktor bekämpft? Inwieweit gab es unzulässige Zugeständnisse im Stil von „Ja, aber ...“ und wurde verhindert, dass auch sprachlich reaktionäre Kategorien wie „jüdisches Kapital“ oder „der Jude“ übernommen wurden? Inwieweit gab es Klarheit oder Unklarheit, wie wurde einerseits mit Verleumdungen umgegangen, die eben nicht diskutiert werden durften, und wie wurde andererseits mit dem Problem umgegangen, dass absurde und irrelevante Behauptungen provokativ zum Thema gemacht werden sollten? Wie reagieren, um die Autorität der Judenfeinde zu brechen, aber eben auch nicht mit ihnen irrelevante Fragen zu „diskutieren“?

Es wird sich zeigen, wie kompliziert auch die Antwort auf einfache Fragen sein kann und insbesondere, dass nicht einzelnen Autoren eindeutige Positionen zuzuordnen sind. Es handelt sich um einen komplexen Klärungsprozess innerhalb der Sozialdemokratie, der mehr Windungen aufweist als Geradlinigkeit.

Es mag trivial klingen, ist aber dennoch wahr: Es ist sehr leicht im Nachhinein Fehler und Schwächen zu benennen, nachdem sich die Dinge zugespitzt entwickelt haben. Die judenfeindlichen Verbrechen des Nazifaschismus geben einen anderen Ausgangspunkt für die Beurteilung der Schwächen der Sozialdemokratie. Insofern kann unserer Meinung nach nicht „überschlau“ jede einzelne falsche Formulierung, jeder einzelne falsche Gedanke der damaligen Zeit mit der gleichen Schärfe verurteilt werden, die zwingend notwendig wäre, wenn dieser Gedanke heute genutzt würde. Die im Kern solidarische Analyse der Stärken und Schwächen mit der dafür notwendigen wissenschaftlichen Rücksichtslosigkeit bleibt aber das Wichtigste, gerade wenn es um die Analyse der Traditionen einer Bewegung geht, auf deren Schultern, bei allen gravierenden Schwächen, auch der heutige Kampf gegen die Judenfeindschaft steht.

a) Die erste Stellungnahme von Wilhelm Liebknecht (1874)

Eine erste sozialdemokratische Broschüre, die die Judenfeindschaft mehr am Rande behandelt, erschien 1874. Wilhelm Liebknecht hielt am 12. März 1870 in Meerane eine Rede zur Grund- und Bodenfrage, die 1874 erstmals als eigenständige Broschüre erschien (120 Seiten). Die zweite Auflage, nach der wir nachfolgend zitieren, erschien 1876.⁴⁹¹ In dieser Broschüre wird auf einigen Seiten die Judenfeindschaft in einer Art und Weise behandelt, die Richtiges und Falsches vermischt, aber auch stereotype Vorwürfe aufgreift und widerlegt.

Zunächst betont Liebknecht die große positive Rolle der Juden neben den Römern und Griechen für die moderne Weltanschauung (S. 11/12) und verweist darauf, dass ursprünglich die Juden „ackerbautreibende Kommunisten“ (S. 12) waren, da Äcker und Boden nicht verkauft werden durften und es kein Privateigentum gab. Neben dem Ausflug in die Geschichte der Haltung der Päpste zum Eigentum ist die eigentliche Pointe, dass die Juden „heutzutage die fanatischsten Vertreter des Privateigentums“ (S. 12) seien. Die erklärende Fußnote dazu erinnert in ihrer Absurdität an Eugen Dühring. Dort heißt es:

„An den Juden hat sich das umgekehrte ‚Wunder‘ vollstreckt wie an den Katzen. Wie diese im Laufe der ‚historischen Entwicklung‘ aus kurzdärmigen fleischfressenden Raubtieren in langdärmige Pflanzenkost und fleischfressende Haustiere verwandelt worden sind, so die Juden aus ackerbautreibenden Kommunisten in raubgierigste Privateigentumswütige.“ (S. 12)

Außer den skurrilen Wortschöpfungen und Katzenvergleichen* wird hier schlicht und einfach ein judenfeindliches Vorurteil festgeschrieben: „Die Juden“ werden als angeblich „raubgierigste“ und „besessene“ (das ist die Bedeutung von „wütig“) Vertreter des Privateigentums hingestellt.

* Leider taucht dieser absurde Katzenvergleich mit Berufung auf Liebknecht später wieder auf. Siehe im Teil III, B. 4 b: Die Wortprotokolle der Reichstagsdebatten.

Einige Aspekte zur Biografie von Wilhelm Liebknecht (1826 Gießen – 1900 Berlin)

Liebknecht führte über Jahrzehnte zusammen mit dem 14 Jahre jüngeren Bebel die Sozialdemokratie. Zusammen mit Engels gehörte er zu den „Alten“, die an der 1848er Revolution teilgenommen hatten. Nach seiner Teilnahme am süddeutschen Aufstand 1849 floh er in die Schweiz, wo er zum ersten Mal den sechs Jahre älteren Engels traf. Nach der Ausweisung aus der Schweiz floh er über Frankreich nach London. 1861 kehrte er ins spätere Deutsche Reich zurück. Er arbeitete zunächst an der Zeitung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) „Der Social-Demokrat“ mit, geriet aber bald in Widerspruch zu der propreußischen und probismarckschen Ausrichtung des Blatts und wurde 1865 aus dem ADAV ausgeschlossen. Im gleichen Jahr lernte er Bebel kennen. 1869 gründete er in Eisenach zusammen mit Bebel die Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei, deren Zentralorgan „Volksstaat“ von 1869 bis 1875 unter Liebknechts Redaktion erscheint.

Wie Bebel lehnte er im nationalistisch-deutschtümelnden Taumel 1870 die Kriegskredite für die Finanzierung des Deutsch-Französischen Kriegs und die Annexion Elsass-Lothringens ab. Deshalb wurde er 1870 für drei Monate im Gefängnis inhaftiert. Er verteidigte im „Volksstaat“ die Pariser Kommune als erste proletarische Erhebung der Weltgeschichte. Als Kommune-Unterstützer war Liebknecht, der sieben Sprachen beherrschte, als Internationalist angesehen. 1872 stand er zusammen mit Bebel wegen „Hochverrats“ erneut vor Gericht und wurde zu zwei Jahren Festungshaft verurteilt. Nach der Haft reiste er viele Male mit Bebel nach London, um sich mit Marx und Engels zu beraten. „Nicht als ob er ein so absolut grundsatzfester Marxist gewesen wäre“, schrieb Hermann Dunker in der „Roten Fahne“ 1925 anlässlich seines 25. Todestags. „Marx und Engels haben manches liebe Mal ihre Not mit dem alten revolutionären Freischärler und so leicht enthusiastierten ideologischen Brausekopf gehabt.“⁴⁹² Dies wird insbesondere aus dem Briefwechsel mit Engels deutlich, der Liebknecht einige Male wegen dessen Pragmatismus kritisierte, sei es im Zusammenhang mit seiner Haltung zu den Lasalleanern oder zum „Gothaer Parteitag“. Lenin nannte Liebknecht in seiner Schrift „Was tun?“ von 1902 als Vorbild für einen kommunistischen „Volkstribun“, der alle Ungerechtigkeiten als Anklage gegen das kapitalistische System und für die Erkämpfung des Kommunismus nutzt.*

* Lenin erläuterte die Anforderungen an einen „Volkstribun“, der es „ versteht, auf alle Erscheinungen der Willkür und Unterdrückung zu reagieren, wo sie auch auftreten mögen, welche Schicht oder Klasse sie auch betreffen mögen, der es versteht, an allen diesen Erscheinungen das Gesamtbild der Polizeiwillkür und der kapitalistischen Ausbeutung zu zeigen, der es versteht, jede Kleinigkeit zu benutzen, um *vor aller Welt* seine sozialistischen Überzeugungen und seine demokratischen Forderungen darzulegen, um *allen* und jedermann die welthistorische Bedeutung des Befreiungskampfes des Proletariats klarzumachen.“ (Lenin, Was tun, 1902, Werke Band 5, S. 437)

Er prägte die Formel: „Studieren, Propagieren, Organisieren!“ für die sozialdemokratischen Aktivistinnen und Aktivisten, um den theoretischen und den praktischen Kampf zu vereinen.

Nach dem „Gothaer Parteitag“ 1875 war Liebknecht bis 1878 (und erneut von 1891 bis 1890) Redakteur des „Vorwärts“. Während des „Sozialistengesetzes“ hatte er die Gesamtleitung des „Sozialdemokrat“ inne. Mehrmals wurde er ausgewiesen (1878 aus Berlin, 1881 aus Leipzig, 1884 erneut aus Berlin, 1887 aus Frankfurt) und inhaftiert (1877 zwei Monate, 1878 drei Monate, 1884 einen Monat). Noch als 70-Jähriger wurde er 1896 vier Monate wegen Majestätsbeleidigung inhaftiert. Insgesamt war er fünf Jahre seines Lebens inhaftiert.

In seinem Aufsatz „Aus meiner Schulmeisterzeit“, der anlässlich seines Todes auch von dem Zentralorgan der Zionistischen Bewegung in Deutschland, „Die Welt“, nachgedruckt worden war, hebt er die reaktionäre Rolle des Christentums hervor: „Der Judengott und die Judenhelden, voran die Makkabäer, sind es gewesen, die einen Cromwell zum Befreiungskampfe anstachelten – wohingegen im Namen des Christentums nie ein Freiheitskampf der Völker geführt worden, wohl aber unzählige Kämpfe zur Unterdrückung der Völker.“⁴⁹³ Rückblickend auf seine eigene Geschichte schrieb er: „Als Fürst Bismarck vor 1878 [...] den Antisemitismus aus der modrigen Rüstkammer des Mittelalters hervorholte und Stoecker, den biedersten Scheiterhaufenmann, auf die Juden losließ, da tauchten die frühesten Jugenderinnerungen in mir auf, und neben den politischen Erwägungen kamen auch meine persönlichen Sympathien für die Juden zur Geltung.“⁴⁹⁴

Tatsächlich war seine Rede zur Grund- und Bodenfrage von 1874 eine der ersten eines führenden Sozialdemokraten, die auf die Judenfeindschaft zu sprechen kam und die im Folgenden ausführlicher besprochen wird. In Reichstagsreden, in Artikeln, auf Versammlungen und Demonstrationen wandte sich Liebknecht gegen Judenfeindschaft. Der Verein zur Abwehr des Antisemitismus berichtete 1893, dass Liebknecht auf einer sozialdemokratischen Versammlung einen Vortrag über „Sozialismus und Antisemitismus“ gehalten und „sich in den schärfsten Ausdrücken gegen den Antisemitismus“ gewendet habe.⁴⁹⁵

Kurz vor seinem Tod nahm Wilhelm Liebknecht – leider auf ganz falsche Art – zu der judenfeindlichen Kampagne in Frankreich, der „Dreyfussaffäre“, Stellung, die 1894 gegen den französischen Offizier Dreyfus entfacht wurde, der aus einer jüdischen Familie stammte.⁴⁹⁶

Wilhelm Liebknecht starb in Berlin im Alter von 74 Jahren.

Im hinteren Teil der Broschüre kommt er noch mal auf Judenfeindschaft und „Juden“ zu sprechen. (S. 117 ff.)

Zunächst schreibt er:

„Als Sozialist, Materialist und Mitglied der Internationalen Arbeiterassoziation habe ich nicht nötig zu versichern, dass Rassen- und Religionshatz mir fremd sind.“ (S. 117)

Er fährt fort:

„Ich kenne keine Franzosen, Engländer, Deutsche, Juden, ich kenne nur Menschen; und jeder Mensch, ob Franzose, Engländer, Deutscher, Jude, der mit an der Befreiung der Menschheit arbeitet, ist mein Bruder, jeder Mensch, ob Franzose, Engländer, Deutscher, Jude, der an der Knechtung der Menschheit arbeitet, ist mein Feind.“ (S. 117)

Diese Ausführungen sind grundsätzlich richtig und durchaus von besonderer Bedeutung im Kampf gegen die Judenfeindschaft.*

Gleich darauf jedoch betont Liebknecht, was er unter „jüdischen Ausbeutern versteht“:

„Wenn ich die Bezeichnung ‚jüdische‘ Ausbeuter, ohne dagegen zu protestieren, wiedergeben habe, so geschah es einfach, weil es sich um eine nicht wegzuleugnende Tatsache handelt. Den ganzen Rhein entlang von Basel bis Köln sind es, mit seltenen Ausnahmen, Juden, welche die ökonomische Abschlachtung der Kleinbauern vollziehen, und dieselben dem Großkapital zur Aufspeisung überliefern.“ (S. 117f.)

Hier wiederholt Liebknecht die gängige Formel des angeblichen jüdischen Ausbeuters auch mit einer drastischen Wortwahl („Abschlachtung“) und akzeptiert dies als wahr, statt dagegen zu protestieren.

* In der Aufzählung bleibt das theoretische Problem, dass nicht reflektiert wird, dass die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung in Deutschland sich als Deutsche fühlten und waren, so dass unabhängig von dem im Kern richtigen Gedanken Liebknechts hier Deutsche und Juden so aufgezählt werden wie Deutsche und Engländer.

Die
Grund- und Bodenfrage.

V o r t r a g

gehalten im Saale des Schützenhauses zu Meerane
am 12. März 1870

von

W. Liebknecht.

Ergänzt durch Aufzeichnungen für mehrere in Leipzig über denselben
Gegenstand gehaltenen Vorträge; nebst einem Anhang.

Leipzig 1874.

Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.

Titelseite der Broschüre „Die Grund- und Bodenfrage“ von
Wilhelm Liebknecht, 1874

Häufig wird insbesondere seit Christian Dohm* als Erklärung vorgebracht, dass die Christen die Juden unterdrückt hätten:

„Dass dieses traurige Henkersamt den Juden zugefallen ist, hat in der jahrhundertelangen, erst in unserer Zeit aufgehobenen politischen Rechtlosigkeit der Juden seinen Grund. Von Staatsämtern und vom Landbesitz durch reaktionäre Gesetze ausgeschlossen, blieb den Juden kein anderer Erwerb, als der von ihren Unterdrückern verachtete Schacher, vermittelt dessen es ihnen im Lauf der Zeiten, nachdem der Schacher zum obersten Gesellschaftsprinzip erhoben worden, glücklich gelungen ist, den Spieß umzudrehen, und aus Unterdrückten Unterdrücker zu werden. Die Juden gehören jetzt der großen Mehrheit nach der besitzenden und folglich herrschenden Klasse an, sei es als Mitglieder, sei es als Handlanger, und durch den Klassenhass, der sich nicht ohne Grund gegen sie richtet, wird der alte Rassen- und Religionshass aufgefrischt.“ (S. 118)

* Das Buch „Über die bürgerliche Verbesserung der Juden“ (1781) von Christian Wilhelm Dohm enthält einen falschen Grundgedanken, der auch auf Widerstand in den jüdischen Gemeinden stieß. Dohms Verteidigung der jüdischen Menschen beinhaltet, durch Zugeständnisse die judenfeindlichen Angriffe auszuhebeln, wobei er Erklärungen für die angeblich negativen Eigenschaften der Juden anführte. Der Grund für gewisse negative Eigenschaften, so Dohm, sei nicht im Wesen der Juden zu suchen, sondern diese hätten ihre Ursache in der Verfolgung durch die Christen. Schaffe man die Verfolgung der Juden ab, so verschwänden auch die negativen Eigenschaften der Juden. Dohm geht davon aus, dass die den Juden von den Judenfeinden zugeschriebenen angeblichen Eigenschaften eben nicht angeboren sind oder in der Religion wurzeln, sondern ihre Ursachen allein in der Unterdrückung der Jüdinnen und Juden zu suchen seien. Der Fehler besteht darin, dass Dohm das für alle von den Judenfeinden behaupteten „jüdischen Eigenschaften“ akzeptiert, ohne zu differenzieren. Denn es ist klar, dass der angebliche „jüdische Wuchercharakter“ eine Erfindung der Judenfeinde ist. Es ist aber eine Tatsache, dass aufgrund von Diskriminierung Juden in der Geschichte nur selten Ackerbau betrieben haben und das hat nichts mit einer angeblichen „jüdischen Abneigung gegen körperliche Arbeit“ zu tun. Dohm hätte also differenzieren müssen und die judenfeindlichen Lügen als Lügen entlarven sowie die tatsächlich vorhandenen Besonderheiten der jüdischen Bevölkerung aufgrund ihrer jahrhundertelangen Unterdrückung und Verfolgung erklären müssen. Diese Denkfigur von Dohm findet sich – wie noch gezeigt werden wird – immer wieder in sozialdemokratischen Stellungnahmen. Siehe genauer zu Christian Wilhelm Dohm: AutorInnenkollektiv: Der Kampf gegen Judenfeindschaft von Lessing bis Wilhelm von Humboldt, Offenbach 2018, S. 46 f.

Nachgeschoben wird von Liebknecht aber, als wolle er selbst seine falsche Position relativieren:

„Der Großkapitalist selbst ist allerdings in den meisten Fällen ein guter National-Deutscher und guter Christ.“ (S. 118)

Es bleibt dennoch unter dem Strich die These, dass „die Juden ... der großen Mehrheit nach“ angeblich zur „herrschenden Klasse“ gehören. So wird der Hass gegen Juden als „Klassenhass“ bezeichnet, der „nicht ohne Grund“ sei und durch Rassen- und Religionshass aufgefrischt werde. Das ist grundfalsch.

Nachgeschoben wird nun der Hinweis auf jüdische Sozialdemokraten. Liebknecht schreibt:

„Auf der anderen Seite muss aber auch anerkannt werden: wenn die Juden im Verhältnis zu ihrer Zahl ein außerordentlich hohes Kontingent zur Bourgeoisie stellen, so stellen sie verhältnismäßig ein noch weit höheres Kontingent zu dem Heer der Sozialdemokratie, welches den Klassenstaat, den Bourgeoisiestaat bekämpft und ihn vernichten wird. Die Vernichtung des Klassenstaates aber bedeutet für den Juden, wie für jede andere ‚Nationalität‘ die Emanzipation. Gleich der Frauenemanzipation wird die Judenemanzipation erst durch den Sozialismus zur Wahrheit.“ (S. 118 f.)

Zunächst: Für die damalige Sozialdemokratie ist erstaunlich und ungewöhnlich die Forderung nach „Vernichtung des Klassenstaats“, eine richtige und sehr weitreichende Forderung.

So wichtig es auch war, einen Zusammenhang zwischen der Unterdrückung der Frauen und der Unterdrückung der jüdischen Bevölkerung herzustellen und so wichtig es ist, auf die Revolution zu orientieren, bleibt das Problem, nicht die Möglichkeit von Erfolgen in demokratischen Tageskämpfen im Kapitalismus anzusprechen. Dort kann es Teilerfolge geben, wie die Erkämpfung des Frauenwahlrechts zeigte. Übrigens: Auch im Sozialismus wird noch ein Kampf für Frauenemanzipation und gegen Judenfeindschaft nötig ist.

b) August Bebels Flugblatt zur Reichstagswahl vom September 1881

Am 25. September 1881 veröffentlichte die Sozialdemokratie ein achtseitiges Flugblatt zur bevorstehenden Reichstagswahl Ende Oktober 1881. Das von August Bebel* redigierte Flugblatt mit dem Titel „Gegen die zunehmende Macht des Großkapitals“ thematisierte unter anderem die reaktionären „Wunderkuren“ wie Innungsgesetz, Wuchergesetz und Zolltarif und nimmt dies zum Anlass, auch die Judenfeindschaft zu bekämpfen.

Bebel erklärt darin richtig, dass der sogenannte Wucher eine kapitalistische Praxis ist und stellt klar, dass es irrelevant ist, ob es sich dabei um christliche oder jüdische Wucherer handelt:

„Gewiss treiben den bedrängten Gewerbetreibenden Not und Elend in die Arme des christlichen und jüdischen Wucherers, aber davon rettet ihn kein Innungsgesetz, kein Wuchergesetz [...]“. ⁴⁹⁷

Im weiteren Verlauf geht Bebel auf die Judenhetze und ihre Funktion im Kapitalismus ein. „Die mittelalterliche Judenhatz im modernen Gewande“ diene dazu, „die Sinne zu benebeln“, „die wahren Sündenböcke zu verdecken und zu verstecken“. ⁴⁹⁸ Sehr klar wird hier die Hetze der herrschenden Klassen als Ursache der Judenfeindschaft dargestellt, ein Gedanke, der leider später in seiner Parteitagssrede 1893 in den Hintergrund geraten ist.

Hervorzuheben ist auch Bebels klare Haltung zur reaktionären Rolle der christlichen Kirche:

„Es ist ganz in Ordnung, dass ein ‚Diener der christlichen Kirche‘, sogar ein königlicher Hofprediger, an der Spitze dieser Hatz steht. Wo Intoleranz und Reaktion sich breitmachten, da war das

* Zur Biografie Bebels siehe in Teil II, 6. „Die zentrale Rolle der Rede Bebels auf dem Kölner Parteitag 1893“.

Pfaffentum jederzeit dabei und führte das große Wort. Keine wissenschaftliche Wahrheit, kein geistiger oder politischer Fortschritt hat sich seit achtzehnhundert Jahren in der Menschheit vollzogen, ohne dass

nicht diese ‚Diener des Christentums‘ [...] dagegen gewütet und [...] mit Feuer und Schwert verfolgt hätten [...].

Mir ist die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen verhasst, einerlei ob sie ein Christ oder ein Jude betreibt. Ermöglicht das bestehende kapitalistische Wirtschaftssystem diese Ausbeutung – und das ist allerdings der Fall –, so beseitige man dasselbe. Man schaffe eine soziale Organisation, welche die Unterdrückung und Ausbeutung, einerlei ob sie ein Christ oder Jude betreibt, unmöglich macht.“⁴⁹⁹

„Ermöglicht das bestehende kapitalistische Wirtschaftssystem diese Ausbeutung – und das ist allerdings der Fall –, so beseitige man dasselbe. Man schaffe eine soziale Organisation, welche die Unterdrückung und Ausbeutung, einerlei ob sie ein Christ oder Jude betreibt, unmöglich macht.“

Allerdings enthält das Flugblatt ein faules Zugeständnis, das auch in der Parteitage von 1893 wieder auftaucht.

Die Kategorie der „Juden als andere Rasse“ wird akzeptiert und aufgrund der „Rasse“ werden ihnen negative Eigenschaften zugeschrieben, die „vielen“ nicht gefallen würden:

„Das die Juden einer anderen Rasse angehören und deshalb Eigenschaften besitzen, die vielen nicht gefallen, ist kein Grund, sie zu verfolgen. Verstehen sie den Handel und Schacher häufig besser, als ihre sogenannten ‚christlichen‘ Mitbürger, so vergesse man nicht, dass man die Juden weit über 1000 Jahre zum Schacher und Handel erzogen hat und ihnen kein anderes Gewerbe zu treiben gestattete.“⁵⁰⁰

Bebel versucht hier in der Tradition der falschen Zugeständnisse von Dohm Verständnis für die angeblich existierenden negativen Eigenschaften zu wecken. Unmissverständlich erklärt er jedoch, dass es keinen Grund gebe, jüdische Menschen zu verfolgen.

c) Kautskys Artikel „Der Antisemitismus“ von 1885: Antisemitismus ist „reaktionär durch und durch“⁵⁰¹

Mit einem eigenständigen Beitrag zur Judenfeindschaft meldete sich aus der österreichischen Sozialdemokratie Karl Kautsky zu Wort. Er veröffentlichte 1885 im „Österreichischen Arbeiter-Kalender“ den Artikel „Der Antisemitismus“ (6,5 Seiten).⁵⁰²

Bereits vorher hatte Kautsky sich kurz zum Thema Judenfeindschaft geäußert. Der namentlich nicht gekennzeichnete Kurzartikel „Österreich-Ungarn“ in „Der Sozialdemokrat“ (Nr. 41, 5. Oktober 1882) wird ihm zugeschrieben. 1883 veröffentlichte Kautsky in der „Züricher Post“ einen Artikel, in dem er auf die „bedrohliche Stärke“ der Judenhetze in Österreich-Ungarn aufmerksam machte.

Die Lage in Österreich, wie Kautsky sie schildert, war in vielerlei Hinsicht anders als in Deutschland, was Kautsky erleichterte, das reaktionäre Wesen nicht nur der Judenfeindschaft, sondern auch der Anhänger der Judenfeindschaft sehr deutlich herauszuarbeiten.

Schwächen des Artikels von Kautsky

Ökonomistische Erklärung der Judenfeindschaft – Bindung an feudale Verhältnisse

Kautsky geht weitgehend richtig aus vom Vorhandensein dreier Klassentypen, der ökonomisch herrschenden Klasse der Kapitalisten, der aufstrebenden Klasse des Proletariats und den untergehenden Klassen der feudalen Gesellschaft (Kleinbauern, kleine Handwerker, Händler, Junker) (S. 98 ff.).

Einige Aspekte zur Biografie von Karl Kautsky (1854 Prag – 1938 Amsterdam)

Kautsky war – insbesondere nach Engels' Tod 1895 – die theoretische Autorität innerhalb der deutschen Sozialdemokratie und der II. Internationale. Als langjähriger Weggefährte von Engels und Nachlassverwalter der Schriften von Marx und Engels genoss er hohes Ansehen und großen Einfluss innerhalb der Sozialdemokratie und auch in der internationalen kommunistischen Bewegung.

Kautsky war ein belesener Literat und Theoretiker und hat zahlreiche theoretische Schriften und historische Studien zu verschiedenartigen Themengebieten veröffentlicht. In Wien hatte er Philosophie, Geschichte und Volkswirtschaftslehre studiert und war 1874 in die Sozialdemokratische Partei Österreichs eingetreten. Als Engels durch Artikel auf Kautsky aufmerksam wurde, wies er in einem Brief an Bebel vom 15.10.1878 auf eine seiner Schwächen hin: „Aber es scheint unseren Leuten, wenigstens einer Anzahl darunter, unmöglich, sich in ihren Artikeln auf das zu beschränken, was sie wirklich begriffen haben. Beweis: die unendlichen Bandwürmer theoretisch-sozialistischen Inhalts von K. [Kautsky].“ (MEW 34, S. 162)

1880 übersiedelte Kautsky nach Zürich und lebte dort bis 1882, wo er Mitarbeiter des sozialdemokratischen rechtsopportunistischen Mäzens Hochberg wurde und den etwa gleichaltrigen Bernstein kennenlernte. Als ein Chefredakteur für das Zentralorgan gesucht wurde, schlugen Bebel und Liebknecht provisorisch Kautsky vor, Engels war nicht überzeugt. Am 14.4.1881 schrieb Engels an Bernstein, dass Kautsky sich in seinen Artikeln in „Nebengesichtspunkte“ verliere, man sehe „oft den Wald vor lauter Bäumen nicht“ (MEW 35, S. 182).

1881 reiste Kautsky nach London und wurde persönlich mit Marx und Engels bekannt.* Von 1885, drei Jahre vor Bernstein, bis 1890 lebte er in London, wo Kautsky und Bernstein im engen Austausch mit Engels standen, der insbesondere Kautskys Zersplitterung helfend kritisierte und ihn dazu ermahnte, theoretische Fragen gründlich zu studieren.⁵⁰³ Von 1883 bis 1917, also 34 Jahre lang, war er Herausgeber und Chefredakteur des theoretischen Organs „Die Neue Zeit“. 1890 nach Deutschland zurückgekehrt, war er führend an der Erarbeitung des Erfurter Programms der SPD von 1891 beteiligt.

* Marx' Einschätzung war nicht sehr positiv. Er schrieb an seine Tochter Jenny Longuet am 11.4.1881: Kautsky sei „eine Mittelmäßigkeit, von kleinen Gesichtspunkten, überweis (erst 26 alt), Besserwisser, in einer gewissen Art fleißig, macht sich viel mit Statistik zu schaffen, liest aber wenig Gescheites heraus, gehört von Natur zum Stamm der Philister, im Übrigen in seiner Art ein anständiger Mensch, ich wälze ihn möglichst auf Amigo Engels ab.“ (Marx an Jenny Longuet, 11.4.1881, MEW 25, S. 178)

Kautsky war aber nicht nur ein Theoretiker des wissenschaftlichen Kommunismus, er genoss auch Ansehen in der sogenannten „Judenfrage“.

Als Lenin um die Jahrhundertwende unter den Bedingungen des entstehenden Imperialismus die Theorie vom Imperialismus und der proletarischen Revolution präsidierte, stellte Kautsky die Theorie eines Ultraimperialismus auf, der imperialistische Kriege vermeidbar machen würde. 1914 sank Kautsky dann auf das Niveau der „Vaterlandsverteidigung“ herab. Zudem jonglierte er mit Zitaten von Marx und Engels, um die Notwendigkeit der bewaffneten Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats und der Errichtung der Diktatur des Proletariats als überholt darzustellen. Er hetzte gegen die Oktoberrevolution in Russland 1917 und avancierte zum antikomunistischen Vorreiter der angeblich „linken Kritiker“ der sozialistischen Sowjetunion, was Lenin in seiner Schrift „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“ einer scharfen Kritik unterzog. 1922 kehrte er in die SPD, die Partei der Mörder Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, zurück.

Nach 1933 musste Kautsky mit seiner Frau in die Niederlande fliehen. Seine geschiedene Ex-Frau Louise Kautsky, eine enge Kampfgefährtin von Friedrich Engels und Rosa Luxemburg, wurde 1944 vom KZ Westerbork in den Niederlanden nach Auschwitz deportiert und dort im selben Jahr ermordet.

Die Judenfeindschaft entwickelt sich laut Kautsky in kapitalistischen Ländern, wo es noch „untergehende Klassen“ wie Bauern und Handwerker gebe, etwa in Österreich und Russland oder auch im östlichen Preußen. Denn der Bauer und auch der Handwerker „gibt einzelnen Personen die Schuld“ an ihrem Elend, so Kautsky, nämlich zum Beispiel dem „Wucherer, zu dem er seine Zuflucht nehmen muss“, und nicht dem Kapitalismus. (S. 99)

Deutlich wird der Fehler Kautskys auch durch die im letzten Absatz des Artikels platzierte Feststellung, der Antisemitismus sei „eine der letzten krampfhaften Zuckungen einer überlebten Produktionsweise“ (S. 104). Mit „überlebter Produktionsweise“ ist eindeutig der Feudalismus gemeint.

Kautsky versucht dann zu erklären, wie Judenfeindschaft in diesen Ländern entstanden ist:

„Dieser (der Antisemitismus, A. d. V.) erklärt sich durch die eigentümliche Stellung, welche das Judentum in den letztgenannten drei Ländern spielt. Nur dort konnte das Unbehagen, ja die

Verzweiflung der untergehenden Klassen den Juden als Prügelungen hinstellen, wo dieser noch national von der übrigen Bevölkerung getrennt ist.“ (S. 100)

Die Beschreibung der damaligen Lage mag richtig sein, aber das Wörtchen „nur“ enthält das entscheidende Problem. So richtig es ist, dass die Judenfeindschaft unter feudalen Verhältnissen und unter Bedingungen, wo die jüdische Bevölkerung deutliche Merkmale einer nationalen Minderheit hat, in der damaligen Zeit besonders heftig war, so grundfalsch wäre die weitergehende Behauptung, die im Grunde unnötige Schlussfolgerung, dass die Judenfeindschaft „nur“ in solchen Ländern existieren kann. Denn die Erkenntnis des Zusammenhangs zwischen Kapitalismus und Judenfeindschaft und der Judenfeindschaft als Instrument der herrschenden Kapitalistenklasse, die aus der feudalen Judenfeindschaft gelernt hat, wird damit versperrt.

Übernahme des Unsinnns von Juden als „spezieller Rasse“ mit „Rasseneigentümlichkeiten“

Das zeigt sich auch im Folgenden:

„Wo er, wie in Westeuropa, in die andere Bevölkerung aufgegangen ist, konnte es niemandem einfallen, einen Klassenkampf gegen eine Rasse zu eröffnen. Die Vorbedingung dazu war, dass die Juden als spezielle Rasse überhaupt noch existieren, und das ist in Osteuropa allerdings noch der Fall.“ (S. 100)

Kautsky übernimmt aus dem Arsenal der Rassisten die Behauptung, dass es angeblich so etwas gibt wie „die Juden als spezielle Rasse“.

Weiter heißt es bei Kautsky, dass

„Handel und Geldverleihen auch zu Rasseneigentümlichkeiten des osteuropäischen Juden geworden sind, dieser also in Osteuropa tatsächlich den Exekutor der modernen Produktionsweise darstellt, welcher die von ihr gebotene Austilgung des rückständigen Kleinbetriebs getreulich befolgt.

Es ist ein eigentümliches Verhängnis, welches dem Judentum Osteuropas die Rolle auferlegt, die Ausrottung der untergehenden Klassen zu besorgen. Dem Kleinbauer und dem Kleinhand-

werker tritt der Jude als Wucherer, als Händler, als Hausierer entgegen, also gerade als Vertreter derjenigen Klassen, in welchen die kleinen Leute die Ursache ihres Ruins sehen.“ (S. 100 f.)

Hier geht es nicht nur um die unakzeptable Formulierung von „der Jude als Wucherer“. Es geht um mehr. „Handel und Geldverleihen“ werden nach der Akzeptanz einer angeblichen „jüdischen Rasse“ jetzt auch noch als „Rasseneigentümlichkeiten“ der jüdischen Bevölkerung in Osteuropa ausgegeben. Diese Bemerkung und auch die weiteren Ausführungen zeigen, wie Kautsky sich damals noch im Gestrüpp der Rassentheorien verfangen hatte.

Kautsky geht doch tatsächlich davon aus, dass „der osteuropäische Jude“ durch „Ausrottung“ der „untergehenden Klassen“ (Bauern, Handwerker etc.), also ganz real durch seine angebliche ökonomische Rolle (Wucher, Geldverleih, Handel etc.), den „Exekutor der modernen Produktionsweise“, das heißt des Kapitalismus in Osteuropa darstelle. Kautsky bedient damit ein damals gängiges judenfeindliches Klischee.* Mit einer umfassenden realistischen Analyse der Lage in Osteuropa hat diese Beschreibung nichts zu tun.

Kautsky legt dann dar, so als hätte er bemerkt, dass diese Vorwürfe so nicht ganz zu halten sind, dass es nicht die Absicht „der Juden“ sei, diese von Kautsky behaupteten „Handlungen“ durchzuführen, sondern dass sie durch die Umstände gezwungen würden, um der eigenen Not zu entkommen: „Sie tun es, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Trieb!“ (S. 101)

Kautsky nimmt die Juden sozusagen in Schutz im Hinblick auf die Ursachen für ihre angeblichen „Handlungen“. Das ist wieder das „Dohm-Syndrom“.

* Kautsky betont auch, dass in Ländern wie Frankreich auch das „Kleinhandwerk“ und der „Bauernstand“ untergehen würden, es dort aber nicht die Schuld jüdischer Wucherer oder Händler sei, sondern die Schuld des Kapitalismus. (Kautsky, Karl: Der Antisemitismus, in: Österreichischer Arbeiter-Kalender für das Jahr 1885, hrsg. von Eduard Zacharias, Brunn 1885, S. 101)

Die falsche These von der Judenfeindschaft als „historische Notwendigkeit“

Kautsky zieht aus der von ihm aufgezeigten angeblichen Rolle „des Juden“ folgende Schlussfolgerung:

„So stellt die historische Notwendigkeit den Untergehenden überall den Juden als Gegner hin, und lässt als das Werk des Juden erscheinen, was in Wirklichkeit das Werk der Produktionsweise ist.“ (S. 101)

Sicherlich ist es nicht falsch, darauf zu verweisen, dass judenfeindlich verhetzten Bauern und auch Handwerkern (die „Untergehenden“) jüdische Gewerbetreibende als „Gegner“, als Konkurrenten angeboten werden. Aber von wem? Darum geht es.

Die Entstehung der Judenfeindschaft bei den „untergehenden Klassen“ wird bei Kautsky falsch aus der „historischen Notwendigkeit“ erklärt. Mit „historischer Notwendigkeit“ meint Kautsky den angeblichen Wucher und Handel „der Juden“, den er zuvor beschrieben hat. Kautsky lässt als Möglichkeit offen, ja legt nahe, dass die jüdische Bevölkerung durch ihre „historisch“ notwendigen Handlungen Verursacher der Judenfeindschaft sei, statt die Judenfeindschaft auch als Ergebnis historischer und aktueller systematischer Verhetzung einzuschätzen. Das ist ökonomistisch, vulgär-marxistisch und falsch.

Verabsolutierende Bindung der Judenfeindschaft an „das kleine Kapital“

Von dem Motiv der Diskreditierung der Judenfeindschaft ausgehend, entwickelt Kautsky aus seiner ökonomistischen Denkweise heraus eine Anklage gegen die Judenfeinde, die durch ihre Verabsolutierung falsch wird:

„Der Antisemitismus ist aber nicht nur reaktionär, er ist auch ausbeuterisch. Wohl schreit er über die Ausbeutung durch das Judentum, aber er strebt nichts an, als an Stelle der großkapitalistischen Ausbeutung die Ausbeutung durch das kleine Kapital zu setzen.“ (S. 102)

Der Ökonomismus Kautskys kommt hier noch mal sehr deutlich zum Ausdruck, denn die Judenfeindschaft dient laut Kautsky eben lediglich

ökonomischen Interessen, die durch „das kleine Kapital“ vertreten werden. Gleichzeitig wird im Kern nahegelegt, dass die „großkapitalistische Ausbeutung“ jüdisch sei.

Die Funktion der Judenfeindschaft als reaktionäre Ideologie der gesamten herrschenden Klasse, die in Stadt und Land durch diese verbreitet und propagiert wird, um die werktätigen Massen zu verhetzen und die Sozialdemokratie zu schwächen, wird durch Kautskys Ökonomismus zugedeckt.

Stärken des Artikels von Kautsky

Richtige Fragestellung

Anlass für diesen Artikel war, wie Kautsky eingangs vermerkt, das „überraschend schnelle Anwachsen des Antisemitismus“ in Österreich (S. 98). Kautsky stellte klar, dass die antisemitische Bewegung „eine Macht geworden ist, mit der man rechnen muss“ (S. 98). Kautsky schlussfolgert richtig, dass deshalb der Antisemitismus „ein Problem ist, welches studiert sein will“. Kautsky fordert, „seine Wurzeln bloßzulegen“, um daraus zu folgern „welche Haltung die Sozialdemokratie ihm gegenüber einzunehmen hat“. (S. 98) Diese einleitende Aufgabenstellung ist richtig. Die Frage ist nun, wie Kautsky in diesem Artikel diese Aufgabenstellung anpackt und welche Lösungen er herausarbeitet.

Zunächst stellt Kautsky fest, dass die Judenfeindschaft nicht vorwiegend eine religiöse Bewegung ist und dass selbst der Rassismus „in zweiter Linie“ steht. Kautsky geht davon aus, dass die Judenfeindschaft von seinen Anhängern als „eine soziale Bewegung“ betrachtet wird. (S. 98) Diese Einschätzung ist im Kern richtig, denn die sogenannte „soziale Frage“, die angebliche „jüdische Ausbeutung“, spielte eine zentrale Rolle in der judenfeindlichen Ideologie dieser Zeit, wobei der Rassismus sich zunehmend mit der sozialen Hetze verknüpfte, aber auch religiöse Judenfeindschaft nicht verschwunden war, jedoch nicht im Vordergrund stand.

Der Antisemitismus ist „reaktionär durch und durch“

Dieser frühe Artikel von Kautsky ist wichtig, weil er die Vorstellung vollständig ablehnt, dass die Judenfeinde für die Sozialdemokratie im Endeffekt irgendwie nützlich sein könnten. Kautsky schreibt:

„Die Haltung der Sozialdemokratie gegenüber dem Antisemitismus ist nach dem Gesagten klar: hat auch dieser dem Sozialismus seine Schlagworte entlehnt, donnert er auch gegen das ‚Kapital‘, so ist er doch reaktionär durch und durch.“ (S. 101)

„Die Haltung der Sozialdemokratie gegenüber dem Antisemitismus ist nach dem Gesagten klar: hat auch dieser dem Sozialismus seine Schlagworte entlehnt, donnert er auch gegen das ‚Kapital‘, so ist er doch reaktionär durch und durch.“

„Man sieht, es gibt nichts der Sozialdemokratie Feindlicheres, als den Antisemitismus.“

Kautsky macht klar, dass der Antisemitismus die Sozialdemokratie mithilfe antikapitalistischer Demagogie imitiert und dass dies nichts mit „Sozialismus“ zu tun hat. „Reaktionär durch und durch“, das ist die richtige Einschätzung, die auch Engels in seinem Brief von 1890 ähnlich formuliert.

Kautskys richtiges Fazit lautet:

„Man sieht, es gibt nichts der Sozialdemokratie Feindlicheres, als den Antisemitismus.“ (S. 102)

Der Antisemitismus bildet nicht die „Vorarbeit für den Sozialismus“, sondern es muss ein „Krieg auf Leben und Tod“ gegen den Antisemitismus geführt werden

Kautsky wendet sich auch gegen die Position, dass die Judenfeinde schlussendlich doch „Vorarbeit für den Sozialismus“ leisten würden:

„Ein schwerer Irrtum aber wäre es, zu glauben, der Antisemitismus bilde die Vorarbeit für den Sozialismus. Nein, er ist jetzt unser nächster, unser gefährlichster Gegner; nicht Förderung, sondern einen Krieg auf Tod und Leben hat die Sozialdemokratie von ihm zu erwarten [...]. Er hat nichts zu tun mit den Geburtswunden einer neuen Zeit.“ (S. 103 f.)

„Unser gefährlichster Gegner“, „Krieg auf Tod und Leben“ – das richtet sich direkt gegen Positionen, wie sie in den kommenden Jahren von Mehring und teilweise auch von Bebel formuliert werden sollten, die von einem indirekten Nutzen der Judenfeindschaft für die Sozialdemokratie ausgingen.

Solidarität mit den jüdischen Arbeitern und Studenten

Kautsky führt aus, dass jüdische Arbeiter und jüdische Studenten unter dem Antisemitismus „leiden“ und von ihm real „bedroht“ werden:

„Wer aber leidet unter dem Antisemitismus? Der arbeitende Jude, der Hausierer, der im Schweiß seines Angesichts sein schweres Bündel von Ort zu Ort schleppt, allem Unwetter ausgesetzt, der Sonnenglut wie dem schneidenden Frost, und der dabei nur ein kümmerliches Dasein fristet; der jüdische Student, der oft unter den größten Entbehrungen, mit übermenschlicher Ausdauer neben seinem Studium noch durch Arbeit sein Brot verdient, nur um zu studieren, um dereinst nicht als Wucherer und Halsabschneider, sondern als Lehrer, als Arzt wirken zu können: das sind die Elemente, welche der Antisemitismus bedroht. Von kleinen Ausbeutern geht der Antisemitismus aus und wendet sich zum großen Teil gegen Arbeiter.“ (S. 102)

Kautsky verteidigt die werktätige jüdische Bevölkerung sowie auch die jüdischen Studenten und verweist auf deren elende Lage (S. 102). Er bringt damit den wichtigen Gedanken der Solidarität mit der bedrohten jüdischen Bevölkerung im Kampf gegen die Judenfeinde in die Diskussion.*

* Wie schon erwähnt: Die These, dass vom „kleinen Ausbeuter“ die Judenfeindschaft ausgehe, übertreibt die Bedeutung dieses Faktors und übersieht, dass es im Wesentlichen die herrschende Klasse ist, von der die Judenfeindschaft ausgeht.

Deutscher Nationalismus Hand in Hand mit dem Antisemitismus – Gefahren für die „Denkweise der Arbeiter“

Kautsky analysiert dann die Rolle des deutschen Nationalismus für die Judenfeinde. Er führt aus, dass „dieser blödsinnige Chauvinismus Hand in Hand mit dem Antisemitismus“ gehe (S. 103). Kautsky macht klar, dass die „nationale Idee“ im „Deutschen Reich“ reaktionär und „die Stütze der Herrschenden geworden ist“. Kautsky stellt weiter heraus, dass unter der Flagge des deutschen Nationalismus die jüdische Bevölkerung als „undeutsch“ diffamiert wird und die „Ausscheidung der Juden aus der Nation auf der Tagesordnung steht“ (S. 103). Abschließend bemerkt Kautsky:

„Kleinbürgerlich* und national bildet der Antisemitismus den geraden Gegensatz zur proletarischen, internationalen Sozialdemokratie“ (S. 103).

Kautsky weist auch deutlich darauf hin, dass der Antisemitismus „eine Gefahr für die Arbeiterbewegung“ darstellt und die „Denkweise der Arbeiter“ beeinflussen könnte, wobei er diese Gefahr in Österreich für größer ansah als in Deutschland (S. 103).

Unseres Wissens ist das innerhalb der Sozialdemokratie eine der klarsten Formulierungen zum Zusammenhang zwischen deutschem Nationalismus und Judenfeindschaft.

In dem frühen Artikel „Der Antisemitismus“ spiegelt sich recht deutlich die Grundproblematik der Stellungnahmen der Sozialdemokratie von 1885 bis 1893 wider: Ausgesprochen wichtigen und richtigen Gedanken, die von anderen Autoren offensichtlich nicht aufgenommen werden, stehen grundfalsche Positionen gegenüber, die in Variationen in nachfolgenden Artikeln und Stellungnahmen mal mehr, mal weniger aufgegriffen werden.

* Der Begriff „kleinbürgerlich“ ist sicherlich als Kennzeichnung für die Anhänger-schaft der antisemitischen Parteien nicht falsch. Das Problem beginnt, wenn die herrschende Klasse, die Bourgeoisie, nicht als die hauptsächliche Kraft gesehen wird, die Judenfeindschaft zur Verhetzung der Ausgebeuteten nutzt!

d) Kautskys Artikel „Das Judentum“ von 1890

1890 verfasste Kautsky den siebenseitigen Artikel „Das Judentum“, der im theoretischen Organ „Neue Zeit“, VIII. Jg. 1890, Nr. 1, abgedruckt wurde.

Auch in diesem Artikel, der einige neue Gedanken enthält, wechseln sich richtige und wichtige Gedanken mit obskuren und auch falschen Behauptungen ab.

Schwächen des Artikels von Kautsky

Verabsolutierung des Gegensatzes von Stadt und Land im Kontext von Judenfeindschaft

Zu den Besonderheiten dieses Artikels gehört ein Gedanke, der später nicht mehr aufgegriffen wurde. Kautsky erklärt die Judenfeindschaft mit richtiger Polemik gegen Rassentheoretiker nun vorrangig durch den Gegensatz zwischen Stadt und Land:

„Was uns als der unüberbrückbare Rassegegensatz zwischen dem ‚Arier‘ und dem ‚Semiten‘ erscheint, ist in Wahrheit nur der durch besondere Verhältnisse ins Extrem getriebene Gegensatz zwischen dem Bauern und dem Städter.“ (S. 27)

Sicherlich kann dieser Gedanke nicht vollständig von der Hand gewiesen werden, aber Kautsky verstrickt sich bei der weiteren Verfolgung dieses Gedankens in Absurditäten. Er behauptet, der Städter entwickle „Nervosität“ und dies sei laut Kautsky „vor allem dem Juden eigen“ (S. 28). Der Landmensch, von Kautsky ironisch als „Arier“ bezeichnet, „neigt zu Indolenz und Trägheit, der Jude zu Rastlosigkeit und Unternehmenslust“ (S. 28). So wird ein Klischee an das andere gereiht („Die Masse der Juden besteht aus extremen Charakteren“, S. 28), sowohl in positiver als auch in negativer Hinsicht. Das Ganze gipfelt in der Übernahme der judenfeindlichen Behauptung, dass „Juden seit ihrer Emanzipation zusehends in allen städtischen Berufen die Oberhand, nicht bloß im Handel, sondern auch in der Industrie, in den Wissenschaften und deren praktischen Anwendungen und in vielen Künsten“ (S. 28) gewonnen hätten. Die Oberhand?

An dieser Stelle trifft sich Kautsky mit den lügnerischen Behauptungen der Judenfeinde, auch wenn Kautsky diese falsche Behauptung völlig anders begründet als die rassistischen Judenfeinde.

„Jude sein, hieß Wucherer sein“ – ein richtiger Ansatz mit falschen Schlussfolgerungen

Kautsky referiert scheinbar neutral, dass es im Mittelalter hieß:

„Jude sein, hieß Wucherer sein und umgekehrt; der jüdische Charakter wurde der Charakter des Wucherers, der Charakter des Wucherers wurde zum jüdischen Charakter.“ (S. 28)

Hier wird ein Gedanke sichtbar, der von Kautsky leider nicht ausgeführt wird, obwohl er von entscheidender Bedeutung ist, um die Debatte über das Mittelalter und auch die Schrift von Marx „Zur Judenfrage“ gegen Bruno Bauer von 1844 richtig einordnen zu können. Das Schlüsselwort ist hier „hieß“, also eine Zuordnung, eben eine gängige, aber grundfalsche ideologische Konstruktion. In der Tat „hieß“ das so im Mittelalter, aber es war eben nicht richtig, sondern falsch.

Kautsky jedoch verleiht diesem mittelalterlichen Fehlurteil eine gewisse Berechtigung, auch wenn er konstatiert, dass dies heute nun Unsinn sei. Er schreibt, „in dem Maße indem die Juden in andere Berufe eindringen, hört der Wuchergeist auf, der spezifisch jüdische Geist zu sein“ (S. 29). Dieser Gedanke hat zwei Seiten. Die Idee ist offensichtlich, dass durch die enge Berufsmöglichkeit der jüdischen Bevölkerung im Mittelalter es doch irgendwie einleuchtend gewesen sei von einem „Wuchergeist“ der jüdischen Bevölkerung zu sprechen. Nun aber, wo es jüdische Ärzte, Schriftsteller usw. gebe, würde dieses Vorurteil oder auch Urteil, das lässt Kautsky offen, kraft der objektiven Berufsvielfalt „in dem Maße“ verschwinden, wie von der jüdischen Bevölkerung andere Berufe ergriffen werden.

Die positive Darstellung des Judentums in der Geschichte betrifft offensichtlich nicht das Mittelalter, hier werden massive Zugeständnisse an die Judenfeindschaft gemacht.

Kautsky: „Die größten und rücksichtslosesten Ausbeuter sind Juden“

Was den Kapitalismus angeht, stellt Kautsky zu Recht fest, dass es auch in der jüdischen Bevölkerung eine Klassenteilung gibt. Aber er fasst das in einer Art und Weise zusammen, wodurch wiederum ein faules Zugeständnis an die Judenfeinde herauskommt. Er stellt zwar fest, dass aus den Reihen des Judentums „die ausgebeuteten, hilflosesten Proletarier“ stammen, um dann hinzuzufügen:

„Die größten und rücksichtslosesten Ausbeuter sind Juden.“
(S. 30)

Das entsprach genau den falschen Behauptungen von der „Vorherrschaft der Juden“ der judenfeindlichen Parteien. Ein solches Wechselbad von Richtigem und Falschen zeigt sich auch im folgenden Punkt.

Die richtige Betonung der Entstehung des jüdischen Proletariats und die falsche These vom spontanen proletarischen Klassenbewusstsein

Es war durchaus nicht selbstverständlich, sondern gewiss ein wichtiger Gesichtspunkt, dass Kautsky betonte: „Die Zahl der jüdischen Proletarier wächst von Tag zu Tag.“ (S. 29) Und zwar auch „unter den industriellen Proletariern“ (S. 29). Als Tendenz durchaus richtig, als Beschreibung des aktuellen Zustands aber problematisch, ist eine das Proletariat verherrlichende Darstellung:

„Der Proletarier hat keine Privilegien zu wahren, jeder Klassen-genosse ist ihm willkommen, wenn dieser nicht zum Verräter an seiner Klasse wird. Innerhalb des Proletariats finden wir den Gegensatz zwischen verschiedensprachigen, ja mitunter schon verschiedenfarbigen Elementen überwunden, wie sollte der Gegensatz zwischen Juden und Nichtjuden, die die gleiche Sprache sprechen, irgendwelche Bedeutung für das Proletariat haben, ein Gegensatz, der ja vielfach nur noch ein rein historischer ist, auf der Tradition, nicht auf einem bestehenden Interessengegensatz beruht. Der ‚ererbte‘ ‚unvertilgbare‘ ‚Rassengegensatz‘ zwischen Ariern und Semiten ist heute bereits bei uns für weite Volksschichten ebenso überwunden, wie in England der zwischen Kelten und Anglosachsen.“ (S. 30)

Dass Kautsky sicher doch allzu optimistisch von einem Klassenbewusstsein des Proletariats ausgeht, ist eine Sache. Dass er aber auch „weiten Volksschichten“ attestiert, dort sei Judenfeindschaft „überwunden“, muss auch als eine im Ökonomismus wurzelnde Übertreibung charakterisiert werden.

Dass in der Tat in der proletarischen Klasse die Möglichkeit existiert, Judenfeindschaft zu überwinden, gründet auf der Klassenlage. Dass aber diese Möglichkeit zur Wirklichkeit wird und in welchem Umfang dies geschieht, das kann nur das Ergebnis von Kämpfen und Aufklärung durch die erstarkende Sozialdemokratie sein. Die Annahme einer automatischen Aufklärung im Proletariat allein durch die ökonomische Lage ist ein Grundfehler, der von Kautsky zwar nicht direkt behauptet, aber eher nahegelegt und schon gar nicht bekämpft wird.

Die jüdische Konkurrenz und der „überlegene Jude“

Bereits einleitend charakterisiert Kautsky die Judenfeinde als Leute, denen es keinesfalls um ideelle Ziele geht, sondern schlicht und einfach ums Geld, um die Ausschaltung jüdischer Konkurrenten (S. 23). Dass dieser nicht in jeder Hinsicht falsche Gedanke von Kautsky mit ganz falschen Überlegungen fortgesetzt wird, zeigt sich am katastrophal falschen letzten Absatz dieses Artikels:

„Mit dem Judentum wird man aber nicht die Juden los. Diese werden fortfahren, den Nichtjuden Konkurrenz zu machen und sie vermöge ihrer besseren Anpassung an das städtische Leben aus einer vorteilhaften Position nach der anderen zu verdrängen. Wer das ändern will, muss unsere ganzen gesellschaftlichen Zustände ändern wollen. Die jüdische Konkurrenz hört erst auf mit der Konkurrenz überhaupt; die Überlegenheit des städtischen Judentums über das bauerliche Arierium wird erst ein Ende nehmen nach Aufhebung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land.“ (S. 30)

Sprache und Inhalt dieser Passage sind grundfalsch. Die Diktion, dass zwar das Judentum durch den Kapitalismus verschwinde, „man aber nicht die Juden los“ werde, geht sprachlich und sachlich ja davon

aus, dass Kautsky und die Sozialdemokratie überhaupt die Juden loswerden wollen, was anderen Aussagen in diesem Artikel diametral entgegensteht. Die Begründung ist ebenso unhaltbar. Das „städtische Judentum“ sei, da am besten dem städtischen Leben angepasst, den nichtjüdischen Konkurrenten überlegen, sozusagen auf dem Vormarsch, um die „anderen zu verdrängen“, wie es wörtlich heißt. All das wird dann so zusammengefasst, dass nur der Sozialismus, hier reduziert auf die Aufhebung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land, all diese „Probleme“ lösen könne. Keinesfalls besser wird diese falsche Position dadurch, dass Kautsky seine eigene abstruse Begrifflichkeit vom „städtischen Judentum“ und „bäuerlichen Ariertum“ auch noch in den Schlusssatz seines Artikels einbauen muss.

Stärken des Artikels von Kautsky

Zurückweisung der Theorie von den angeblichen „jüdischen Rasseeigenschaften“

Der positivste Aspekt dieses Artikels ist, dass im Gegensatz zur Position im Artikel von 1885 klar und deutlich betont wird, dass die Theorie der „jüdischen Rasseeigentümlichkeiten“ grundfalsch ist und dass Besonderheiten eines bestimmten Teils der Bevölkerung, seien es Iren, Schotten oder Juden, sich aus der geschichtlichen Entwicklung ergeben. Dass die Judenfeinde so rasch an Einfluss gewinnen, liege daran, „dass ein tiefgehender Gegensatz gegen das Judentum in breiten Volksschichten wirklich vorhanden ist und schon vor der Judenfeindschaft bestand“ (S. 24). Dieser Gegensatz erkläre sich nicht aus „Rasseneigentümlichkeiten“, wohl aber aus „Eigentümlichkeiten von Bewohnern bestimmter Lokalitäten unter bestimmten Produktionsbedingungen“ (S. 25).

Kautsky stellt zu Recht fest, dass die Judenfeindschaft auf einem Konstrukt beruht, dass es den Judenfeinden darum geht, „sich einen mystischen, von der Natur gegebenen, keiner weiteren Erklärung bedürftigen ‚Rassengegensatz‘ zu konstruieren, der den Antisemitismus als eine Naturnotwendigkeit erscheinen lässt“ (S. 24).

Diesen Gedanken entwickelt Kautsky entlang einer recht ausführlichen Darstellung der Geschichte der jüdischen Bevölkerung seit der Antike, der Zeit der Griechen und Römer.

Lob der jüdischen Bevölkerung im Altertum

Ausgesprochen positiv ist auch die Darstellung der Geschichte der „jüdischen Nation“, wie Kautsky schreibt. Er hält fest, dass die Juden die „Tradition des Urkommunismus am treuesten bewahrten“ (S. 26), betont deren „trotziges Freiheitsgefühl“ (S. 26) und dass das Judentum das Hellenentum „moralisch“ überragte (S. 26). Weiter schreibt Kautsky: „Immer und immer wieder erhob dies kleine Völkchen sich gegen die Herren der Welt und wehrte sich auf das Äußerste. Die Feigheit soll angeblich im jüdischen Rassecharakter liegen und doch können diejenigen, die Jerusalem gegen die Söldner“ verteidigten „den heroischsten Kämpfern“ an die Seite gestellt werden (S. 26 f.)

Kautsky betont auch, dass die jüdische Bevölkerung Ackerbau betrieben hat und erst durch die Vertreibung in erster Linie zu Städten geworden ist. (S. 26)

Ein negatives Charakteristikum beider Artikel von Kautsky ist, dass im zweiten Artikel das Gegenteil vom ersten Artikel hinsichtlich angeblicher „Rasseeigentümlichkeiten“ der jüdischen Bevölkerung vertreten wird, ohne auch nur mit einem Wort auf die grundfalsche Position des ersten Artikels hinzuweisen.

In dieser Hinsicht war der Sache nach der zweite Artikel wesentlich besser. Aber bei den Schwächen überwiegt die falsche Positionierung im zweiten Artikel. Formulierungen wie „die größten und rücksichtslosesten Ausbeuter sind Juden“ und die falsche Vorstellung von den „überlegenen Juden“ im zweiten Artikel pointieren wie schon im ersten Artikel ökonomistische Erklärungen der Judenfeindschaft.

Andererseits enthalten beide Artikel auch Positionen, die durchaus richtungsweisend für die Sozialdemokratie hätten sein können. Es wird kein Zugeständnis an die falsche Vorstellung gemacht, wonach die „Antisemiten säen, wir ernten“, sondern explizit die Formulierung verwendet, dass der Antisemitismus „reaktionär durch und durch“ ist.⁵⁰⁴ Besonders wichtig sind auch die Forderung der direkten Solidarität mit den verfolgten jüdischen Arbeitern und Studenten und die Verdeutlichung des Zusammenhangs zwischen dem deutschen Nationalismus und dem Antisemitismus.

Besonders auch wegen der weiteren Entwicklung Kautskys sei hervorgehoben, dass er im Artikel von 1890 klar die rassistische Judenfeindschaft bekämpft hat.⁵⁰⁵

e) Gerhard Krause 1890: „Nationalitätsüberschwänglichkeit und Antisemitismus“ gehören zusammen

Diese Broschüre von Krause* mit dem etwas merkwürdigen Titel „Zur Naturgeschichte der antisemitischen Bewegung in Deutschland“** erschien 1890, also drei Jahre vor der Rede Bebels. Um es gleich vorweg zu sagen: Diese Broschüre enthält einige durchaus gravierende Fehler, die sich durch die Geschichte der sozialdemokratischen Kämpfer gegen Judenfeindschaft hindurchziehen.

* Von Gerhard Krause, dem Herausgeber der Broschüre „Zur Naturgeschichte der antisemitischen Bewegung in Deutschland“ (II. Serie, Heft 2 der Berliner Arbeiterbibliothek, 1890), sind keine biografischen Daten bekannt. Er hat zwei weitere Broschüren in der von Max Schippel herausgegebenen „Berliner Arbeiterbibliothek“ publiziert: „Die Entwicklung der Geschichtsauffassung bis auf Karl Marx“ (Heft 12, Berlin 1891) und „Die Arbeiterbewegung im Lichte der materialistischen Geschichtsauffassung“ (Heft 13, Berlin 1891).

** Die „Allgemeine Zeitung des Judentums“ bespricht in ihrer Ausgabe von 1892 (Nr. 34, S. 1) Krauses Schrift. Den revolutionären Schlussfolgerungen Krauses stimmt die „Allgemeine Zeitung des Judentums“ wenig überraschend nicht zu. Aber: „Man muss das Gute eben nehmen, woher es kommt.“ Es heißt weiter: „Es ist natürlich, dass der Autor unserer Schrift das einzige Heil in dem sozialdemokratischen Gesellschaftsgedanken sieht. [...] Seine Ausführungen zur Entstehungsgeschichte des Antisemitismus erscheinen uns zum Teil vortrefflich und wahr, mit seinen Hoffnungen für die Zukunft können wir uns jedoch nicht einverstanden erklären. Hier scheiden sich unsere Wege. Wir hoffen vielmehr auf das gesunde Empfinden des deutschen Volkes, von dem ja nur ein kleiner Bruchteil der antisemitischen Bewegung verfallen ist, und auch dieser wird sicher, wenn er die Ursachen und Ziele der Bewegung erkannt, sich mit Entrüstung von derselben abwenden. Aber wie weit wir auch von den Auffassungen der sozialdemokratischen Partei entfernt sind, wir begrüßen es doch mit Genugtuung, dass die Arbeiterklasse den Menschheitsgedanken auf ihre Fahnen geschrieben hat und als Ziel ihrer Kämpfe die Erlösung bezeichnet: Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt.“

Herausragend aber sind Aspekte, auf die nachfolgend ganz besonders hingewiesen werden soll, weil sie leider nach 1890 nicht umfangreich wiederaufgenommen wurden, obwohl sie gut begründet eine wichtige Rolle hätten spielen können und müssen.

Die Broschüre umfasst 30 Seiten und ist in mehrere große Abschnitte gegliedert.

Im Abschnitt I wird nach einer Einleitung auf dreieinhalb Seiten vor allem auf die Frühgeschichte der Judenfeindschaft fundiert eingegangen.

In Abschnitt II wird auf fünf Seiten auf die Entwicklungszeit der Gründung des „Deutschen Reiches“ zurückgeschaut, um dann in Abschnitt III insbesondere auf die Anhänger der aktuellen Judenfeinde mit dem Hauptakzent auf die Handwerker einzugehen. In diesen fünf Seiten wird auch theoretisch dargelegt, dass in einer Personalisierung des Kapitalismus angelegt ist, Judenfeindschaft zu betreiben.

Im wichtigsten Abschnitt IV wird recht systematisch der enge Zusammenhang zwischen reaktionärer, nationalistischer und antisemitischer Entwicklung dargestellt. In dieser Form, das kann vorwegnehmend gesagt werden, ist die Darstellung in Abschnitt IV zu diesen Fragen das Beste, was in der Sozialdemokratie publiziert wurde. Auf diese fünf Seiten soll nachfolgend das Hauptaugenmerk gelegt werden, da diese Gedanken ansonsten in der Geschichte des Kampfes der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft eher zu wenig beleuchtet werden.

In den Abschnitten V bis VII wird eine Art Gesamteinschätzung der aktuellen politischen Situation und die Rolle der judenfeindlichen Parteien in dem Kartell reaktionärer politischer Kräfte gegen die Sozialdemokratie noch einmal zusammengefasst und pointiert.

Berliner Arbeiterbibliothek.

Herausgegeben von Max Schippel.

II. Serie — 2. Heft.

Zur Naturgeschichte
der
antisemitischen Bewegung
in Deutschland.

Von

Gerhard Krause.

Preis 15 Pfennige.

Verlag der „Berliner Volksstimmung“
Berlin S.O., Oranienstraße 23.
1890.

Titelseite der Broschüre von Gerhard Krause, 1890

Schwächen der Broschüre von Krause

Auch in Krauses Artikel passiert, was oft bei einer Analyse der Stellungnahmen gegen Judenfeindschaft durch die Sozialdemokratie konstatiert werden muss: Es ist klar, dass es ein Dokument gegen Judenfeindschaft ist mit herausragenden, wirklich klaren und heute noch wichtigen Ausführungen. Aber auch hier bleibt das Wechselbad der Gefühle nicht aus. Es werden Passagen eingestreut, im Grunde ohne plausiblen Zusammenhang zum übrigen Text, die offensichtlich Gemeingut in der damaligen Sozialdemokratie waren, aber nicht zu akzeptieren sind. Die negativen Aspekte dieses Artikels sollen im Folgenden kurz festgehalten werden.

Fichte als „großer Sozialist“

Es ist unerfindlich, warum dieser kenntnisreich geschriebene Artikel nun ausdrücklich mit der Berufung auf den Philosophen Fichte endet, der auch noch als „großer Sozialist“ (S. 32) bezeichnet wird. Der Gedanke Fichtes geht in Richtung eines abstrakten Humanismus, der die Klassenfrage, die der Autor ansonsten hervorhebt, ja nun gerade ausklammert. Das Zitat Fichtes lautet: „Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt“ (zitiert nach Krause, S. 32).

Das war von Fichte selbst in Hinblick auf die jüdische Bevölkerung – und darum geht es in Krauses Artikel – ganz bewusst nicht angewandt worden, wie an anderer Stelle gezeigt wurde.*

„Jüdisches Kapital“

Es gibt eine Position, die dem ansonsten durchaus vorhandenen Gedanken, dass die Judenfeindschaft bewusst geschürt wird, im Grunde widerspricht. Krause sagt über Handwerker:

„Er hält Umschau und bemerkt, dass der Jude häufig das Großkapital, seinen größten Feind, repräsentiert.“ (S. 18)

Hier wird ein Zugeständnis gemacht, auch wenn der Begriff „häufig“ sehr schwammig ist. Kern ist doch, ob nun viele oder nur wenige

* Zu Fichtes Judenfeindschaft siehe Kollektiv von Autorinnen und Autoren, Der Kampf gegen Judenfeindschaft von Lessing bis Wilhelm Humboldt (Mitte des 18. Jahrhunderts bis 1812), Offenbach 2018, S. 78 f.

jüdische Menschen vorhanden sind, die als Vertreter des „Groß-Kapitals“ gelten könnten, dass es die Judenfeinde sind, die mit dem Finger darauf zeigen, um zu personalisieren und Judenfeindschaft zu schüren. Die grundfalsche Vorstellung, dass es die Anzahl jüdischer Menschen ist, ja dass es überhaupt jüdische Menschen sind, die in bestimmten Bereichen Judenfeindschaft hervorrufen, wird also – wie sonst auch in der Sozialdemokratie – nicht tiefgehend widerlegt, sondern zumindest als ein zu berücksichtigender Faktor angesehen.

Dazu passt auch die Formulierung vom „jüdischen Kapital“, etwas, was es nun wirklich nicht gibt. Die Rede ist von der „erblühenden Industrie, mit jüdischem Kapital befruchtet“ (S. 18) – auch dies ein fauler Versuch, eine ökonomische Erklärung für Judenfeindschaft mit dem falschen Begriff vom „jüdischen Kapital“ zu untermauern. Das geschieht ausdrücklich nicht in judenfeindlicher Absicht, wie dies in der Regel auch bei den nachfolgend analysierten Stellungnahmen aus den Reihen der Sozialdemokratie nicht der Fall ist. Aber es zeigt, welche falschen Thesen in den Köpfen der Theoretiker der Sozialdemokratie fest verwurzelt waren.

„Jüdische Physiognomie“ und „Inzucht“?

Die folgende Passage offenbart ein nicht akzeptables Zugeständnis an rassistische Judenfeindschaft, was sich auch an der Methode „Das stimmt ja zum Teil, aber ...“ zeigt. In der Broschüre heißt es:

„Der Jude unterscheidet sich im Allgemeinen in seiner körperlichen und geistigen Physiognomie und in seiner Religion von dem christlichen Germanen.“ (S. 20)

Unstrittig ist der Unterschied in der Religion, aber warum hier ausdrücklich „körperliche Physiognomie“ mit einbezogen wird, kann nur als ein Zurückweichen vor dem Druck der Judenfeinde charakterisiert werden. Es passiert, was immer wieder in der Sozialdemokratie passiert: Man macht Zugeständnisse an die Judenfeinde, in welcher Hinsicht „der Jude“ doch bestimmte Eigenschaften habe, um dann mit der Wendung zu kommen, dass diese Eigenschaften durch die jahrhundertlange Unterdrückung zu erklären seien. Man ist sich hinsichtlich der Charakterisierung „des Juden“ teilweise einig, wehrt sich lediglich gegen die Schlussfolgerung, dass dies angeboren und unveränderbar sei

und verweist auf die Geschichte der Unterdrückung, die zu diesen angeblichen Eigenschaften geführt habe.

Dieser Argumentationsgang ist seit Christian Dohm (1781) bekannt und setzt sich im Kern auch bei sozialdemokratischen Publizisten der 90er Jahre des 19. Jahrhunderts fort. Auch Krause spricht bei „Juden“ von „nicht wegzuleugnenden Unterschieden durch ein über die vielen Jahrhunderte ausgedehntes System von Unterdrückung und Ausnahme-gesetzgebung“ und behauptet, dass diese Unterschiede zwar künstlich erzeugt, aber „auf dem Weg der Vererbung verstärkt worden“ seien. (S. 20)

Dieser Gedanke wird noch auf die Spitze getrieben, wenn es heißt: „Hat eine gewaltsame Unterdrückung der Juden diese zur Inzucht gezwungen“ (S. 20), so müsse eine freie Entwicklung der Juden diese „von den Kainszeichen der Unterdrückung befreien“ (S. 20). Der Begriff „Inzucht“ ist auf enge Familienangehörige angewandt üblich, aber auf größere Bevölkerungsgruppen bezogen völlig absurd. Es käme auch niemand auf die Idee, die in der katholischen Bevölkerung vorgeschriebene Heirat untereinander als „Inzucht“ zu bezeichnen.

Ökonomistische Darstellung

Auch Krause geht davon aus, dass „die Juden“ im Mittelalter durch die Verfolgung und Unterdrückung „zu Schacher- und Wuchergeschäften“ (S. 9) „mit Gewalt“ gedrängt wurden, was – wie an anderer Stelle aufgezeigt –, ja in einzelnen Fällen nicht völlig falsch ist, aber eben pauschal verallgemeinernd nicht stimmt.

Krause erklärt aus der angeblich sehr großen Bedeutung der „Juden und ihrer Kapitalien“ (S. 10) die „profanen Gründe für die Jude-nemanzipation“ (S. 10). Emanzipation der jüdischen Bevölkerung wegen ihres Reichtums? Mit dieser doch ökonomistischen Darstellung fallen die demokratisch-revolutionären Kämpfe im Allgemeinen und der Kampf für die jüdische Emanzipation in Deutschland im Besonderen als wesentliche Faktoren weg.

Trotz der Zugeständnisse an das, was man so unklar „Zeitgeist“ nennt, also trotz der Zugeständnisse an weitverbreitete und wohl nie

wirklich tief hinterfragte jüdenfeindliche Behauptungen und Vorurteile, enthält diese Broschüre auch positiv herausragende Passagen, die nachfolgend besonders herausgestellt werden sollen.

Stärken der Broschüre von Krause

Ablenkung der Arbeiterinnen und Arbeiter vom Kapitalismus

Mit großer Deutlichkeit stellt Krause, anders als viele sozialdemokratische Theoretiker, als Ziel der Judenfeindschaft dar, Arbeiterinnen und Arbeiter von der Erkenntnis über den Kapitalismus abzubringen, sie zu desorientieren. Er schreibt:

„In dem Antisemitismus, welcher der Unzufrieden-

heit mit ihrer Klassenlage eine gewisse Anerkennung zu Teil werden ließ, sah man ein vorzügliches Mittel, den Arbeiter allmählich von seiner für den Kapitalismus so unbequemen Klassenerkenntnis abzubringen und den gefährlichen sachlichen Kampf der Arbeiter in einen ungefährlichen Personenkampf umzuwandeln.“ (S. 27 f.)*

„In dem Antisemitismus, welcher der Unzufriedenheit mit ihrer Klassenlage eine gewisse Anerkennung zu Teil werden ließ, sah man ein vorzügliches Mittel, den Arbeiter allmählich von seiner für den Kapitalismus so unbequemen Klassenerkenntnis abzubringen und den gefährlichen sachlichen Kampf der Arbeiter in einen ungefährlichen Personenkampf umzuwandeln.“

Zusammenhang zwischen Nationalismus und Judenfeindschaft

Umso bemerkenswerter sind die im Grunde an Heinrich Heine und Saul Ascher anknüpfenden Passagen, die sich gegen den deutschen Nationalismus richten. Sie seien deshalb ausführlich zitiert.

Richtig schreibt Krause:

„Die Bourgeoisie bedarf für ihre Interessen auf wirtschaftlichem Gebiete des Internationalismus, auf politischem der Nationalität.“ (S. 22)

* Bei der sich anschließenden Passage ist allerdings der Wunsch der Vater des Gedankens: „Aber nicht ein einziger sozialdemokratischer Arbeiter fühlte das Verlangen, überhaupt“ den antisemitischen „Trank zu kosten“ (S. 28).

Das ist ein ausgesprochen wichtiger Gedanke, auch wenn er nur kurz angerissen wird. In der Tat benötigt die Bourgeoisie den Weltmarkt und ist insofern international. Und im Hinblick auf die Ausbeutung von Arbeitskräften legt der Kapitalismus auf die maximale Ausbeutung wert und nicht auf Nationalität oder Hautfarbe oder Ähnliches. Aber es gibt eben nicht nur diese rein ökonomische Seite. Aus politischen Gründen ist im Zusammenhang mit dem Klassenkampf der proletarischen Klasse das mit dem Nationalismus verbundene „Teile und Herrsche“ für die Bourgeoisie von existenzieller Bedeutung. Und sie setzt den Nationalismus ein, um die Ausgebeuteten und Unterdrückten im Konkurrenzkampf mit der Bourgeoisie anderer Länder ruhig zu halten oder sogar auf die Seite der herrschenden Klasse zu ziehen. Krause ist klar, dass der Nationalismus ursprünglich an der Wiege der Französischen Revolution von 1789 stand, dass diese Zeiten aber längst vorbei sind, insbesondere in Deutschland und Frankreich.

Krause entwickelt, dass

„der nationale Gedanke, welcher dem Haupte der Demokratie entsprungen ist, zu einem *Hemmungsmittel der demokratischen Entwicklung* wurde, dass er die rote Jakobinermütze abgeworfen und die Pickelhaube auf sein Haupt gelegt hat“. (S. 23)

Gerade in Deutschland, fährt Krause in Anlehnung an Marx' Formulierung in der „Deutschen Ideologie“* fort, habe sich „der nationale Gedanke zur denkbar größten Borniertheit entwickelt“ (S. 23). Und weiter heißt es:

„Der nationale Dünkel der deutschen Bourgeoisie hat in seiner lächerlichen Aufgeblasenheit im letzten Jahrzehnt gegenüber anderen Kulturvölkern wahre Orgien gefeiert. Kaum eine einzige Nation ist von den Rempelen und Rüpeleien der banausisch lärmenden kapitalistischen Presse Deutschlands verschont geblieben. Was aber gegenüber den Franzosen, Engländern, Schweizern recht ist, muss auch gegenüber dem *Judentum* billig sein.

* „Wenn die nationale Borniertheit überall widerlich ist, so wird sie namentlich in Deutschland ekelhaft ...“ (Marx, Karl, Die deutsche Ideologie, 1845/46, MEW 3, S. 458)

Es ist nur eine logische Konsequenz des übertriebenen Nationalitätsgedankens, wenn die auf ihre christlich-germanische Stammesreinheit stolzen Klassen auch dem Judentum gegenüber ein pathetisch-feindselige Pose einnehmen.“ (S. 24)

Weiter wird ausgeführt:

„Dieser Zusammenhang zwischen Nationalitätsüberschwänglichkeit und Antisemitismus ist ein so logischer, dass er von vorurteilsfreien Männern bereits vorausgesagt wurde zu einer Zeit, da der Antisemitismus noch als Embryo im Schoße des Nationalitätsgedankens ruhte.“ (S. 25)

Es ist nur eine logische Konsequenz des übertriebenen Nationalitätsgedankens, wenn die auf ihre christlich-germanische Stammesreinheit stolzen Klassen auch dem Judentum gegenüber ein pathetisch-feindselige Pose einnehmen.“

„Dieser Zusammenhang zwischen Nationalitätsüberschwänglichkeit und Antisemitismus ist ein so logischer, dass er von vorurteilsfreien Männern bereits vorausgesagt wurde zu einer Zeit, da der Antisemitismus noch als Embryo im Schoße des Nationalitätsgedankens ruhte.“

Gerade dieses Anknüpfen an Saul Ascher und Heinrich Heine, auch wenn Krause sie nicht namentlich erwähnt, ist von besonderer Bedeutung nicht nur für die damalige Zeit, sondern auch wesentlich für die weitere Entwicklung des Kampfs gegen die Judenfeindschaft in den folgenden Jahrzehnten.

Die Unmöglichkeit einer positiven Entwicklung der judenfeindlichen Bewegung

Im letzten Abschnitt geht Krause auf die Sympathie der Beamten-schaft für die Judenfeindschaft ein und stellt fest, dass sich diese davon möglicherweise auch Beförderung verspricht. In diesem Zusammenhang entwickelt Krause einen wichtigen Gedanken, der im direkten Gegensatz zu damals in Teilen der Sozialdemokratie vertretenen Auffassungen steht. Völlig zu Recht heißt es:

„Eine energische, in positives Schaffen umschlagende Entwicklung der antisemitischen Bewegung ist bei den widerspruchsvollen Elementen, aus denen sie sich zusammensetzt, zwar ein Ding

der Unmöglichkeit. Aber ihre Existenz schon wirkt wie der Gifttau auf den Charakter und die Denkkraft der mit ihr in Berührung tretenden Volkskreise.“ (S. 31)

Diese Einschätzung von Krause steht in diametralem Gegensatz zu falschen Vorstellungen, dass die judenfeindliche, antisemitische Bewegung einen letztlich halbrevolutionären, „antikapitalistischen“ Inhalt habe und sich schließlich in fortschrittliche oder gar sozialdemokratische Bahnen bewegen könne.

Neben der ökonomistischen Darstellung der Entstehung der Judenfeindschaft ist die ganz und gar falsch geratene Darstellung einer angeblichen jüdischen „Inzucht“ und einer angeblichen jüdischen „Physiognomie“ vollständig abzulehnen, auch wenn Krause beides als Folge der mittelalterlichen Unterdrückung zu erklären versucht. Den Zusammenhang zwischen Nationalismus und Judenfeindschaft herstellt sowie allen falschen Theorien über ein irgendwie denkbares Umschlagen der antisemitischen Bewegung in irgendetwas Positives eine klare Absage erteilt zu haben, das sind die beiden herausragenden positiven Gesichtspunkte dieser Broschüre von Gerhard Krause.

f) Zehn Stellungnahmen von Franz Mehring zu „Antisemitismus und Philosemitismus“ (1891 –1893)

Beim Studium der Artikel Mehrings überkommt einen immer dann ein ungutes Gefühl, wenn er in einem bestimmten Stil doch ein gewisses Verständnis für die Antisemiten selbst, insbesondere aber für die Anhänger der Antisemiten zeigt. Aus unserer Sicht steht unzweifelhaft fest, dass Mehring keinesfalls dafür war, die jüdische Emanzipation zurückzudrehen, und somit in diesem politischen Sinne nicht als Unterstützer der antisemitischen Parteien angesehen werden kann. Das Problem beginnt an anderer Stelle. Mehring ist das beste Beispiel dafür, wie in der Sozialdemokratie Marx' Schrift „Zur Judenfrage“ von 1844 missverstanden und falsch genutzt wurde. Mehring identifizierte Juden und Kapitalismus in unterschiedlichen Varianten, dass ist der eigentliche Kern der Fülle seiner Fehleinschätzungen. Der durchaus belesene und historisch bewanderte Mehring schuf die theoretische Denkfigur eines angeblich gleichwichtigen Kampfs gegen Antisemitismus und Philosemitismus und goss das in die populäre Formel – Heinrich Heine verfälschend und missbrauchend – „Weder Mönch noch Rabbi“, wobei der Mönch für die Antisemiten, der Rabbi für die Philosemiten steht. Um dieses grundfalsche Argumentationsmuster theoretisch und politisch-praktisch auseinandernehmen zu können, ist es nötig, sich zumindest ansatzweise die damalige politische Situation zu vergegenwärtigen.

Mehring, der auch historisch sehr interessante und wichtige Arbeiten über das reaktionäre Preußentum geschrieben hat, sah durchaus nicht zu Unrecht die Gefahr, dass damals eine bestimmte politische Kraft, die sich um den Politiker Eugen Richter gruppierte (die sogenannten „Freisinnigen“ in verschiedenen Konstellationen), eine andere Abteilung im Kampf gegen die Sozialdemokratie darstellte. Die Feststellung von Mehring, dass sowohl die Antisemiten als auch die „Freisinnigen“ zum Kampf gegen die Sozialdemokratie angetreten waren, ist völlig richtig. Der springende Punkt ist nun, wie die Analyse seiner Artikel in der „Neuen Zeit“ zeigen wird, dass er die offenen Verteidiger des Kapitalismus entgegen jeder beweiskräftigen Logik als „Rabbi“, als „Geldjuden“, kurz: im Kern als „jüdisch“ bezeichnet hat.

Es ist eine Mischung aus Andeutungen, unbewiesenen Behauptungen und Halbwahrheiten, womit es Mehring einem schwermacht. Aber gerade deshalb ist es umso nötiger, gerade bei Mehring ins Detail zu gehen und sehr genau den Punkt zu treffen, auf den es ankommt, um zu zeigen, dass Mehring judenfeindlichen Denkmustern Platz verschafft und selbst vertritt, und er macht dies als Sozialdemokrat.

Mehring befasste sich mehr als jeder andere führende Sozialdemokrat in zahlreichen Artikeln, vor allem im Organ „Neue Zeit“, mit dem Judentum.* Seine Ausführungen zum sogenannten „Philosemitismus“ spielen dabei eine große Rolle.

Nachfolgend werden zehn Stellungnahmen von Mehring vorgestellt.

Einige Aspekte zur Biografie von Franz Mehring (1846 Pommern – 1919 Berlin)

Mehring war langfristig – ähnlich wie Kautsky – sicherlich die theoretisch einflussreichste Persönlichkeit der damaligen Sozialdemokratie, der als Leitartikelschreiber der „Neuen Zeit“ ganz erheblich zur Ausrichtung der Sozialdemokratie beigetragen hat. Seine klare Ablehnung des Ersten Weltkriegs, seine Zusammenarbeit mit Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg im Spartakusbund und bei der Gründung der KPD haben seine Autorität, insbesondere angesichts des Verrats von Bernstein und Kautsky an der revolutionären Bewegung der proletarischen Klasse, massiv gesteigert.

Mehrings politischer Werdegang war ein Zickzack. Seit den 1870er Jahren arbeitete er als Journalist. Zunächst arbeitete er in der demokratischen Tageszeitung „Die Zukunft“, deren Herausgeber Johann Jacoby war.

Während des nationalistischen Taumels 1871 unterstützte er die Nationalliberalen. Gleichzeitig protestierte er mit dem Weggenossen Jacobys, Guido Weiß und Paul Singer, gegen die Annexion Elsass-Lothringens durch Preußen.⁵⁰⁶ Anonym veröffentlichte er 1875 die gegen Treitschke gerichtete Schrift „Herr von Treitschke, der Sozialistentöter und die Endziele des Liberalismus – eine sozialistische Replik“. In den Jahren danach trat er dann wieder als publizistischer Gegner der Sozialdemokratie auf.

* In der „Neuen Zeit“ sind diese Artikel nicht namentlich gekennzeichnet. Wir gehen jedoch davon aus, dass sie von Mehring stammen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung, die diese Artikel online zur Verfügung stellt, hat diese Artikel Franz Mehring zugeordnet, dessen Artikel mit dem Sternzeichen des Schützen gekennzeichnet sind (<http://library.fes.de/nz/index.html>). Auch der Herausgeber der Werke von Franz Mehring geht davon aus, dass Mehring zumindest die „Spitzenartikel“ in der „Neuen Zeit“ verfasst hat.

Er verfasste in dieser Zeit auch reaktionäre Publikationen wie etwa „Die deutsche Sozialdemokratie, ihre Geschichte und ihre Lehre“ (1877), die 1879/80 in der reaktionären „Gartenlaube“ als Auszug erschienen ist. Er gehörte bei der Verhängung des „Sozialistengesetzes“ zu einem Befürworter. 1879/80 schrieb er für Treitschkes „Preußische Jahrbücher“ eine Artikelserie über die Pariser Kommune. Im sogenannten „Berliner Antisemitismusstreit“ hofierte Mehring 1882 den reaktionären Judenfeind Treitschke, weil dieser angeblich die negativen Seiten der Judenfeindschaft beim Namen genannt habe.⁵⁰⁷

Erst Mitte der 1880er Jahre gab es wieder eine Annäherung an die Sozialdemokratie. Mehring wurde 1891 Mitglied der Sozialdemokratie. Klar ist, dass all jene, die Mehring wegen seiner späteren revolutionären Einstellung gegen den Burgfrieden der konterrevolutionär gewordenen Sozialdemokratie mit der „eigenen“, der deutschen Bourgeoisie und sein Eintreten für die KPD kritisieren, diesen üblen Hintergrund als Munition für eine falsche Kritik an Mehring benutzen. Es ist jedoch auch problematisch, dass Mehring seine falschen Positionen nie wirklich selbstkritisch aufgeklärt hat.⁵⁰⁸

Eine durchaus wichtige Schrift von Mehring war die 1893 erschienenen „Lesing-Legende“, die auch auf die Frage der Judenfeindschaft einging.

Mehring publizierte ab 1896 vier Artikel über Treitschke: Heinrich v. Treitschke (6. Mai 1893), Treitschkes „Deutsche Geschichte“ (Januar 1895), Treitschkes Vorlesungen (1. Februar 1899) und Treitschkes Briefe (31. Januar 1913). Statt sich mit seiner kolossalen Fehleinschätzung Anfang der 1880er auseinanderzusetzen, ist Mehrings Ehrfurcht vor Treitschke spürbar. Er kritisiert ihn mit keinem Wort als Judenfeind und zollt ihm vielmehr Respekt („ein Mann, der herbe Schicksale männlich zu tragen wusste“⁵⁰⁹).

So blieb auch bei seinen Genossinnen und Genossen immer ein gewisses Misstrauen bestehen. Bebel schrieb am 20. März 1893 in einem Brief an Engels, „man befürchtet immer wieder, er bekäme einen Rückfall“⁵¹⁰.

1.

Zu Mehrings Broschüre „Kapital und Presse – Ein Nachspiel zum Fall Lindau“ von 1891

Im Rahmen einer Auseinandersetzung zwischen Mehring und einem heute unwichtigen Herrn Lindau geht es in der gut 130-seitigen Broschüre⁵¹¹ im Kapitel 6 auch um Judenfeindschaft. Seine Gegner warfen Mehring vor, er habe als Korrespondent einer kleinen Zeitung „stark antisemitische Artikel geschrieben“ und sei so gleichzeitig für und gegen den Antisemitismus gewesen. (S. 80)

Mehring zitiert nun aus seinem Artikel in der Nummer 128 der „Saale-Zeitung“ vom 30. September 1881. Mehring verurteilt dort jüdenfeindliche Hetze und Überfälle als unentschuldig, „aber sie sind durchaus nur lokaler und sporadischer Natur gewesen“ (S. 83). Mehring geht davon aus, dass „zwischen der christlichen und jüdischen Bevölkerung das vollkommenste Einvernehmen herrscht und nicht die leiseste Reibung vorgekommen war“ (S. 83). Weiter argumentiert Mehring:

„Die philosemitische Hetze der hiesigen Blätter trägt übrigens ein gerüttelt und geschüttelt Teil der Schuld an den wirklich vorgekommenen Ausschreitungen.“ (S. 84)

Franz Mehring schreibt weiter:

„Die ‚Saale-Zeitung‘ hat, gemäß ihrer ernsten und sachlichen, den gewissenlosen Hetzern auf beiden Seiten rücksichtslos entgegen tretenden Haltung schon vor Jahr und Tag darauf hingewiesen, dass, wenn diese hässliche Frage nicht eine unbefangene und wissenschaftliche Erörterung fände, sondern durch wüsten Lärmen und Toben zu beseitigen versucht würde, die allertraurigsten Folgen entstehen müssten.“ (S. 84)

Gegen Ende des Auszugs heißt es dann, das Banner der Zeitschrift sei,

„jeden ehrlichen und sauberen Menschen zu achten, gleichviel ob er Christ, Jude, Türke oder was sonst ist, aber auch jede Lüge, Schwindel, jeden Wucher zu brandmarken, nicht nur wenn sie von deutscher oder türkischer, sondern auch wenn sie von jüdischer Seite betrieben werden. Weder Judenhetze, noch Judenherrschaft: die gleiche Berechtigung aller Staatsbürger ist das einfache und klare, mit dem Liberalismus selbst zusammenfallende Bekenntnis, welches ebenso die philo- wie die antisemitischen Hetzereien verurteilt.“ (S. 84)

So endet also dieser Auszug. So liberal das hier auch klingt, die Gleichsetzung von Judenhetze und einer angeblich möglichen „Judenherrschaft“ zeigt, dass Mehring bereits 1881 durch die Gleichsetzung von „philo- wie antisemitischen Hetzereien“ jede Akzentuierung nicht

nur vermeidet, sondern das Problem verniedlicht und das völlig absurde Phantom einer „Judenherrschaft“ an die Wand malt.

Aus seiner eigenen Schrift gegen Stoecker (erschieden in Bremen 1882, S. 67) zitiert Mehring eine weitere Passage über judenfeindliche Aktionen. Er hat damals geschrieben, sie seien teils völlig erlogen und behauptete weiter, „dass in mehr als einem Städtchen der Unfug erst dadurch entstand, dass so viel Lärm von der Sache gemacht wurde“ (S. 84).

Mehring berichtet noch von einem Artikel der „Volkszeitung“ vom 9. November 1890, in dem er über die Maßregelung des Hofpredigers Stoeckers schreibt und der liberalen Presse eine „blinde und verwerfliche Rachsucht“ (S. 85) vorwirft. Die Maßnahmen gegen Stoecker seien reaktionär und man dürfe „unter keinen Umständen seine Eier an einem Feuer kochen wollen, das auf einem reaktionären Herde brennt“ (S. 86).

Mehring wendet sich dagegen, die Maßnahmen des Staates gegen Stoecker als „einen Erfolg der Volkssache“ darzustellen. Damit würde man das Volk in Illusionen wiegen, „von denen jede den Interessen der Massen zehnmal gefährlicher ist und sein muss, als zehn Stoecker zusammengenommen nur immer sein können“ (S. 86).

Mehring streicht heraus, dass er immer denselben Faden spinne, wenn es um Antisemitismus gehe. Er stellt sozusagen prinzipiell klar:

„Nach meiner Erkenntnis der Dinge ist der Antisemitismus seinem inneren Wesen nach der erbitterte Verzweigungskampf des Kleinbesitzes gegen die ihm erfolgende und immer gewaltiger anschwellende Macht des Groß-Kapitals.“ (S. 86)

Mehring konstatiert, dass die Juden jahrhundertlang Unterdrückung erlitten haben und von anderen Berufen ausgeschlossen worden seien, aber nun sei es so, behauptet er die Realität verkennend, dass „die Juden in ganz unverhältnismäßiger Überzahl Besitzer des Kapitals sind“ (S. 87). Er bezeichnet ausdrücklich den Antisemitismus als den „Sozialismus des dummen Kerls“ (S. 88), aber das sei allzu grob gesagt: „Denn ‚Kerle‘ sind die sehr ehrenwerten Bevölkerungsschichten, welche diesen tragischen Verzweigungskampf führen.“ (S. 88)

Mehring charakterisiert die Auseinandersetzung mit der Judenfeindschaft verharmlosend als einen „tragikomischen Froschmäusekrieg“, als „den Kampf des Kapitalismus, sei er nun ‚freisinnlich‘ frisiert oder nicht, gegen den Antisemitismus“ (S. 89).

Das Ganze zusammenfassend schreibt er: „Das Ergebnis des zehnjährigen Froschmäusekrieges ist denn auch kein anderes gewesen, als ein unaufhörliches Erstarken des Antisemitismus.“ (S. 89)

An dieser Stelle muss nicht noch einmal ausgeführt werden, wie grundfalsch all diese Positionen und Einschätzungen Mehrings sind.

Hinzu kommt noch, dass er auf den Artikel von Wilhelm Liebknecht von 1876 „Über die Grund und Bodenfrage“ eingeht und zustimmend zitiert, dass sich an den Juden das umgekehrte Wunder vollstreckt habe wie bei den Katzen:

„Wie diese im Laufe der ‚historischen Entwicklung‘ aus kurzdärmmigen fleischfressenden Raubtieren in langdärmmige, Pflanzenkost und fleischfressende Haustiere verwandelt worden sind, so die Juden aus Ackerbau treibenden Kommunisten in raubgierigste Privateigentumswüteriche.“ (S. 88)

Hier zeigt sich auch die Wirkung dieser völlig verquerten Argumentation von Wilhelm Liebknecht, die wohl lustig sein sollte, aber im Grunde nichts anderes ist als ein Aufgreifen jüdenfeindlicher Hetzparolen. Dass Liebknecht und Mehring Ausnahmen einräumen, macht die Sache im Grunde nur noch schlimmer, weil die Einschätzung der „Juden“ als „raubgierigste Eigentumswüteriche“ als Regel dadurch bestätigt wird.

2.

Der gefährliche Begriff „Philosemitismus“

Der vierseitige Artikel **„Antisemitismus und Philosemitismus“**⁵¹² von 1891 war der erste einer Reihe von Artikeln von Mehring, der den Begriff „Philosemitismus“ innerhalb der Sozialdemokratie einführte. Der Begriff war ursprünglich von den Judenfeinden verwendet worden

Für Mehring ist der „Philosemitismus“ im Grunde genauso gefährlich wie der Antisemitismus, wobei er die Begriffe jeweils an konkrete politische Personen bindet, die im Deutschen Reichstag vertreten waren. Der Inbegriff des Antisemiten ist Hermann Ahlwardt, der Inbegriff des Philosemiten ist für ihn Eugen Richter, der führende Politiker der sogenannten „Freisinnigen“, auf die hier zunächst kurz eingegangen werden muss.

Es besteht kein Zweifel, dass auch diese politische Richtung (mit wechselndem Parteinamen) ausdrücklich und nachdrücklich als Kampfinstrument gegen die Sozialdemokratie ins Leben gerufen wurde. Die angebliche Entlarvung der Sozialdemokratie in eigenständigen Broschüren in Massenaufgabe strotzten vor Verleumdungen und primitiven Unterstellungen, Lügen und Tatsachenverfälschungen. Dass Mehring mit aller Kraft gegen diese Figuren vorging, ist daher nur allzu verständlich. Hinzu kam, dass aus dieser ursprünglich nur bürgerlich-demokratischen Richtung auch eine Reihe von Sozialdemokraten kamen, die möglicherweise dann doch noch eine Fülle von Illusionen in diese Richtung hatten. Richter und die „Freisinnigen“ haben sich, zwar mit absurden Begründungen, aber immerhin, zunächst klar gegen das „Sozialistengesetz“ gewandt und gegen seine Verabschiedung gestimmt und waren auch bereit, sich real dafür einzusetzen, dass Bebel vorzeitig aus dem Gefängnis entlassen wird. Die Begründung war: Nur so könne man die Sozialdemokratie wirklich bekämpfen. Durch Verbot und Gefängnis werde der Kampf gegen die Sozialdemokratie nur erschwert. Dies waren also konterrevolutionäre Motive. Aber in ihren praktischen Handlungen richteten sie sich in manchen Fällen durchaus gegen die Unterdrückung der Sozialdemokratie.

Welche Rolle spielte nun der Philosemitismus bei Mehring bei seiner Entlarvung der „Freisinnigen“? Er warf ihnen ausdrücklich vor, dass sie gegen die Judenhetze Stellung bezogen haben und bezeichnete die Verteidigung der jüdischen Bevölkerung als Verteidigung des Kapitalismus, als Philosemitismus. „Philosemitismus“ war nach Mehrings Verständnis also, wenn unter dem Vorwand des Schutzes der jüdischen Bevölkerung der Kapitalismus verteidigt wird.

Den Antisemitismus verstehen?

Zunächst Mehrings Stellungnahme zum Antisemitismus. Doch recht verharmlosend heißt es:

„Man darf diesen praktischen Antisemitismus zwar nicht billigen, aber man kann ihn verstehen; dagegen ein Rätsel, gleich geheimnisvoll für Weise und für Toren, ist der theoretische Antisemitismus.“ (S. 585)

Mehr als merkwürdig ist die folgende Einschätzung Mehrings:

„Einzelne seiner Vertreter sind oder waren zweifellos nicht unbefähigt, so die beiden Förster, so Henrici, so auch Stoecker.“ (S. 585)

Was soll das? Ein Klassenhass gegen die Judenfeinde ist an dieser Stelle jedenfalls nicht zu spüren.

Jüdisches Kapital?

Klar ist, dass Mehring den „theoretischen Antisemitismus“ für absurd und unsinnig hält, mit dem eine Auseinandersetzung im Grunde nicht lohnt, da einfach behauptet wird, dass die Juden das „Unglück“ seien. Die Antisemiten stützen sich dabei auf Zitate von Luther und Bismarck. Festgestellt wird auch ohne theoretischen Hintergrund, dass „nur das jüdische Kapital“ angegriffen werde (S. 585). Ganz offensichtlich ist für Mehring das entscheidende Problem der „praktische Antisemitismus“, hier wird er weich und greift zur Phrase: man könne ihn verstehen. Und er übernimmt den Begriff der Judenfeinde: „jüdisches Kapital“.

Richtig stellt Mehring fest, dass die primitiven Einzelbeispiele der Antisemiten zwar möglicherweise ein Körnchen Wahrheit enthalten, aber nur dazu dienen, die Schuld des Kapitalismus als Schuld des Judentums darzustellen (S. 586). In der Folge macht sich Mehring über die Inkonsistenz der Antisemiten lustig. Im Kern werden die Antisemiten als Verwirrte dargestellt (S. 586).

Die falsche These, dass die „Freisinnigen“ die Juden schützen, um den Kapitalismus zu verteidigen

Im zweiten Teil des Artikels geht es dann um die für die Sozialdemokratie neue Wortschöpfung „Philosemitismus“:

„Auf der anderen Seite aber ist der Philosemitismus um kein Haar besser als der Antisemitismus. Wenn dieser den Kapitalismus zu bekämpfen behauptet, indem er die Juden verfolgt, so behauptet dieser, die Juden zu schützen, indem er den Kapitalismus durch dick und dünn verteidigt.“ (S. 586)

Der Charakterisierung des Antisemitismus kann man zustimmen. Der These, dass die „Freisinnigen“ sich in die „Schlachtordnung gegen die klassenbewussten Arbeiter“ (S. 587) einreihen, wie er wenig später formuliert, ist völlig korrekt. Aber der Begriff „Philosemitismus“ passt nicht, ebenso wenig wie die nicht belegte Behauptung, die „Freisinnigen“ würden „die Juden“ dadurch schützen, indem sie den „Kapitalismus durch dick und dünn“ (S. 586) verteidigen. Damit wird die Verteidigung der jüdischen Menschen gegen Diskriminierung und Unterdrückung mit der Verteidigung des Kapitalismus gleichgesetzt, was offen lässt, ob Juden und Kapitalismus nicht doch im Kern als identisch anzusehen wären.

Im Verlauf des Artikels wird klar, dass Mehrings Hass eigentlich den fälschlicherweise so benannten „Philosemiten“ gilt. Wie das? Indem er an einem Einzelbeispiel (Entlassung eines jüdischen Redakteurs) zeigt, wie die „Freisinnigen“ gegen einen jüdischen Menschen vorgegangen sind, und dann behauptet, dass „nie ein Antisemitenführer einen einzelnen Juden so erbarmungslos zu vernichten versucht“ (S. 586) habe. Es ist ja erfreulich und richtig, wenn judenfeindliche Handlungen von Richter und den „Freisinnigen“ entlarvt werden. Aber die Darstellung selbst wirkt wie eine trickreiche Verharmlosung der Antisemiten, die auf einmal nicht mehr „genauso schlimm“ sind wie die sogenannten Philosemiten.

So heißt es bei Mehring dann doch recht direkt:

„Über den Brutalitäten, welche der Antisemitismus mehr in Worten als in Taten gegen die Juden begeht, darf man die Brutalitäten nicht übersehen, welche der Philosemitismus mehr in Taten als

in Worten, gegen jeden begeht, der, sei er nun Jude oder Türke, Christ oder Heide, dem Kapitalismus widerstrebt.“ (S. 587)

Nochmals: Dass die „Freisinnigen“ gegen jeden vorgehen, der den Kapitalismus bekämpft, ist zweifellos richtig. Die Darstellung der Judenfeinde jedoch, die mehr als Maulhelden denn als Verbrecher dargestellt werden, ist grundfalsch und kann nur zu einer Abschwächung des Kampfs gegen die Judenfeindschaft führen.

Zu den Besonderheiten von Mehring gehört auch sein ausladender Stil, der mit merkwürdigen Metaphern einerseits populär sein will, andererseits mit historischen Beispielen seine Gelehrsamkeit unterstreichen soll. Es ist so gut wie unmöglich, in die dadurch entstandenen verqueren Gedankengänge wirklich einzudringen und sie zu kritisieren. Nehmen wir als Beispiel folgende Position: „Aber Herr Stoecker ist keine grellere Satire auf Karl Marx, als Herr Eugen eine grelle Satire auf Lessing ist.“ (S. 587) Das soll witzig sein, stellt aber Bezüge her, die wirklich nicht zur Aufklärung beitragen.

Andererseits berichtet Mehring aus den Bauernkriegen über die Auseinandersetzung zwischen einem Herrn Tetzl und Martin Luther und fügt noch ein, was ein Hutten geschrieben hat. Er richtet sich jetzt also an den sozusagen gebildeten Leser und es macht aus unserer Sicht keinen Sinn, nun diesen Vergleich im Einzelnen zu überprüfen. Immerhin kann angemerkt werden, dass es positiv ist, dass Mehring als Historiker darauf hinweist, dass Luther „gegen die Juden gewütet hatte“ (S. 588), was durchaus nicht Allgemeingut der Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei war, wie andere Artikel zeigen. Die hier in diesem Artikel angeschnittenen Gesichtspunkte spielen auch in der Analyse der folgenden Artikel eine Rolle.

3.

Der Kapitalismus und sein antisemitischer „Schatten“?

In dem sechsseitigen Artikel „**Berliner Geschichten**“⁵¹³ von 1892 stellt Mehring eindeutig klar, dass der Angriff des Antisemiten Ahlwardt auf als „Juden“ bezeichnete Waffenlieferanten falsch und unsinnig ist. Auch für Mehring ist die Anschuldigung völliger Blödsinn, dass bestellte Gewehre im untauglichen Zustand abgeliefert worden seien und dass dies ein Anschlag des „internationalen Judentums“ sei

mit dem Ziel, „das deutsche Heer in dem nächsten Kriege der Vernichtung zu überliefern“ (S. 227). Und Mehring ergänzt angesichts dieser „Verschwörungstheorie“, wie man heute sagen würde, „dass man an der geistigen Zurechnungsfähigkeit des Verfassers zu zweifeln gezwungen ist“ (S. 228).

Aber das Problem beginnt, wenn er anderen Kritikern Ahlwardts, nämlich den „Freisinnigen“, fehlende „sachliche“ Argumente vorwirft: „Ein sachliches und überzeugendes Wort gegen Ahlwardt“ (S. 229) würde bei ihnen fehlen. Der Gedanke Mehrings ist folgender: Unabhängig von der Absurdität der Vorwürfe geht es den Antisemiten um Korruption und genau davor habe „die kapitalistische Clique“ um die „Freisinnigen“ Angst und nur daher wüteten sie gegen Ahlwardt. (S. 229) Dieser zumindest teilweise noch nachvollziehbare Gedankenschritt führt nun zu einer Verharmlosung der Anhängerschaft der Judenfeinde, die angeblich für Ahlwardt sind, weil er gegen Korruption wettet, und denen Mehring zugibt, dass ihre Schultern „täglich durch ein unsichtbares Joch wund gescheuert werden und die den unsichtbaren Urheber dieses Jochs“ (S. 229) sowieso alles und noch mehr zutrauen. Mehring behauptet, „das ist die Erklärung für den tobenden Beifall, den Ahlwardts Anschuldigungen umso mehr finden, je ungeheuerlicher sie sind“ (S. 229).

Im Letzten Absatz wird auch klar, dass Mehring damit spekuliert, dass doch das eigentliche Problem der Kapitalismus sei, genauer die kapitalistische Korruption. (S. 229) Daraus folgert Mehring: „Ahlwardt ist unsterblich, solange die kapitalistische Korruption lebt.“ (S. 229) Der Kampf zwischen dem Kapitalismus und seinem „Schatten“ (Ahlwardt) bezeichnet er als „Katzbalgerei“ (S. 229). Diese Formulierung trägt aber in sich den Gedanken, eigentlich müsse man doch den Kapitalismus bekämpfen und nicht seinen „Schatten“. Es wird zu prüfen sein, ob dieser im allgemeinen richtige Gedanke nicht doch nur das Codewort ist, um den Kampf gegen die Ahlwardts als zweitrangig einzustufen und die „Freisinnigen“ als Partei „der Juden“ und als Partei des Kapitalismus einzustufen, die das eigentliche Problem seien.

4.

Judenfeinde nicht polizeilich verfolgen?

Der vierseitige Artikel „**Kapitalistische Agonie**“⁵¹⁴ von 1892 nimmt einen Prozess gegen einen judenfeindlichen Angriff unter dem Vorwand eines Ritualmords zum Anlass, um in klaren Worten die Judenfeindschaft zu verurteilen. Allerdings wird schon im ersten Absatz klar, dass Mehring sich eher lustig macht über die Antisemiten und von einem „blöden Fanatismus“ (S. 545) spricht. Dann vertritt Mehring die Meinung, es wäre ein ebenso blödsinniger Fanatismus, „gar dem sorgenden Vaterauge der Polizei und Staatsanwaltschaft“ solche judenfeindlichen Ausschreitungen „zu empfehlen“ (S. 545). Dahinter steht ein Problem, das die damalige Sozialdemokratie zu bewältigen hatte. Da sie selbst von der Polizei verfolgt wurde, war sie in der kniffligen Situation, nun nicht gerade ihrerseits dieselbe Polizei aufzufordern, gegen Judenfeinde vorzugehen. Dies sollte aber auch nicht dazu führen, dass man das nötige Vorgehen von Polizei und Gericht gegen Judenfeinde an den Pranger stellt. Die Aufgabe der Sozialdemokratie wäre es gewesen, das halbherzige Vorgehen der Polizei und der Gerichte gegen verbrecherische Judenfeinde zu kritisieren. Genau das Gegenteil aber macht Mehring.

Im Grunde geht es in diesem Artikel hauptsächlich wieder gegen die „Freisinnigen“. Mehring kritisiert, dass eine Reihe von Persönlichkeiten sich mit dem Opfer der judenfeindlichen Ausschreitungen in der Stadt Kleve solidarisieren, weil er das als Heuchelei ansieht. Er verweist auf den Fall des jüdischen Journalisten Paul Marx, der offensichtlich von einem dieser „Freisinnigen“ mit dem Hinweis entlassen wurde, dass er Jude sei. Für uns ist es so gut wie unmöglich, solche Geschichten zu überprüfen, aber der Ansatz, Leute zu entlarven, die so tun, als würden sie gegen Judenfeinde vorgehen, dies aber nur aus Prestigegründen machen, ist selbstverständlich richtig. Aber die Art und Weise, wie Mehring dabei vorgeht, nämlich indem er die in groben Worten zu Recht verurteilten Antisemiten als eigentlich kein großes Problem hinstellt, charakterisiert auch diesen Artikel. Dass er die Judenfeinde eher unterschätzt, zeigt sich auch daran, dass er sie eigentlich nur als „Demagogen oder Idioten“ (S. 547) darstellt.

Verfälschung von Marx: Der Antisemitismus als „antikapitalistische Bewegung“

Zwei weitere Punkte sind für diesen Artikel kennzeichnend. Erstens, die Berufung auf die Schrift von 1844, die von Marx damals gegen Bruno Bauers Schrift „Zur Judenfrage“ verfasst wurde. Mehrings absurde Zusammenfassung dieser Schrift lautet, dass die bürgerlichen Gegner der Judenfeindschaft „die Emanzipation der Juden nur verlangen, weil und insoweit dadurch die Emanzipation des Proletariats verhindert wird“ (S. 546). Wie an anderer Stelle gezeigt, war das ganz und gar nicht der Standpunkt von Marx.* Marx war für die Emanzipation der jüdischen Bevölkerung in Deutschland und machte klar, dass diese überhaupt nicht der Emanzipation der proletarischen Klasse im Wege steht oder sie verhindert. Einen solch konstruierten Zusammenhang gibt es nicht, auch wenn Mehrings Wiedergabe der Position von Bauer seitens Marx so zitiert, als wäre das die eigene Ansicht von Marx, als ging es tatsächlich darum, „den Juden unmöglich“ (S. 546) zu machen. Der zentrale Satz des Artikels und der Position Mehrings, der falsch ist, lautet:

„Der Antisemitismus ist eine antikapitalistische Bewegung, nichts weiter.“ (S. 546)

Mehring erweckt den Anschein einer gewissen Berechtigung für diese These dadurch, dass er das kleinbürgerliche Festhalten an feudalen Strukturen, das sich gegen den Kapitalismus richtet, ins Spiel bringt, was eben nicht einfach eine antikapitalistische Bewegung ist, sondern eine reaktionär-feudale antikapitalistische Bewegung. Dadurch dass Mehring diesen Aspekt unterschlägt und er so die Unterschiede verwischt, klingt es eigentlich ganz fortschrittlich, was da die Judenfeinde machen, die gegen das „jüdische Kapital“ kämpfen, und die einfach nur einen Schritt weitergehen müssten, um das ganze Kapital zu bekämpfen.

* Siehe Autorenkollektiv, Zum Kampf von Karl Marx gegen Judenfeindschaft, Stärken und Probleme des Kampfs von Karl Marx für jüdische Emanzipation und gegen den Judenfeind Bruno Bauer (1844/45), Offenbach 2014.

Eine Wendung erhält der Artikel auch dadurch, wenn Mehring behauptet, dieser Streit zwischen den „Freisinnigen“ und den Antisemiten wäre „ein mächtiges Hilfsmittel, die Geburt einer neuen Gesellschaft zu beschleunigen“, da damit deutlich werde, dass im Kapitalismus „eine Lösung der Judenfrage unmöglich ist“ (S. 547). Hier referiert Mehring wieder in falscher Weise aus der Schrift von Marx „Zur Judenfrage“. Dort geht es unter anderem darum, dass die Gleichberechtigung der jüdischen Religion im Kapitalismus durchgesetzt und erkämpft werden kann. Marx belegt dies am Beispiel der USA.

Mit Zitaten aus der Marx-Schrift lässt Mehring den Artikel ausklingen, sodass der Leser mit dem folgenden aus dem Kontext gerissenen hochgefährlichen und problematischen Satz von Marx alleingelassen wird: „Die gesellschaftliche Emanzipation der Juden ist die Emanzipation der Gesellschaft vom Judentum.“ (S. 548)

Ein Blick, so Mehring, auf den Streit zwischen Judenfeinden und den „Freisinnigen“ würde genügen, „um diese Sätze in ihrer ganzen Tiefe zu verstehen“ (S. 548). Mehring tut so, als hätte Marx den zitierten Satz wortwörtlich gemeint. Marx nahm im Kampf gegen die Judenfeindschaft von Bauer diesen beim Wort und versuchte immanent, zum Teil mit problematischen Formulierungen und kaum verständlichen Wendungen, Bauers Judenfeindschaft zu bekämpfen. In Kurzfassung: Bauer sagt, alle Juden sind Wucherer, Marx sagt mit einer gewissen Ironie und einem gewissen Zynismus, na, dann sind die Christen heute die Juden. Was Bauer als „jüdisch“ bezeichnet, so Marx' Gedankengang weiter, ist nicht jüdisch, sondern kapitalistisch. Bei einer genaueren Analyse des Marx-Textes wird klar, dass es Marx um die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen geht.

Das Markenzeichen von Mehring ist es, von einem angeblich gleichermäßen notwendigen Kampf gegen Judenfeinde wie gegen „Freisinnige“ zu sprechen, wobei er klar den Hauptakzent auf den Kampf gegen die „Freisinnigen“ legt. Es kennzeichnet die Position von Mehring, dass er den Begriff Philosemitismus in der Sozialdemokratie geprägt hat, der ja nicht nur heuchlerische Kämpfer gegen die Judenfeindschaft bloßstellt, sondern auch bürgerlich demokratische Kräfte diffamiert, die ehrlichen Gewissens aus positiven Motiven gegen die

Judenfeindschaft ankämpfen und sich in dieser Frage mit der Sozialdemokratie verbünden. Das zeigt sich auch in dem folgenden Artikel.

5.

Die Judenfeindschaft als „soziale Revolutionierung“?

In dem fünfseitigen Artikel **„Treffliche Minirer“**⁵¹⁵ von 1892 wendet sich Mehring dagegen, dass von den „Freisinnigen“ „die Untersuchungshaft für Ahlwardt in einer Pressbeleidigungssache verlangt“ (S. 395) wird und findet es angebracht, diese bürgerliche Partei zu attackieren, weil sie das zu niedrige Strafmaß von 5 Monaten für Ahlwardt anprangert.

Es kann darüber spekuliert werden, ob Mehring befürchtet, dass mit denselben Anklagepunkten und Strafen demnächst auch Personen der Sozialdemokratie angeklagt werden könnten – aber dann hätte er dies deutlich sagen müssen und nicht stattdessen das Vorgehen gegen Ahlwardt, diesen extremen Judenfeind, beklagen dürfen.

Mehring begründet seine Position mit der Anhängerschaft Ahlwardts. Die Anhänger Ahlwardts sind für ihn „die kleinbürgerlichen Elemente, deren erste soziale Revolutionierung der Antisemitismus darstellt“ (S. 396).

Mehrings Einschätzung ist, dass durch all diese Auseinandersetzungen zwischen Antisemiten und einzelnen bürgerlichen Parteien und Personen, auch durch die Verteidigung einzelner Kapitalisten, die zu Unrecht angegriffen wurden, Folgendes eintritt: „umso gründlicher öffnen sie den kleinbürgerlichen Elementen die Augen und verhelfen ihnen zum sozialistischen Verständnis der Dinge“ (S. 396). Hier erweitert Mehring die spontaneistische Vorstellung, dass die antisemitische Bewegung ein Vorläufer der sozialistischen sei, um die Variante, dass auch der Streit zwischen „Anti- und Philosemiten“, wie er dies nennt, „zum sozialistischen Verständnis der Dinge“ ver helfe. In beiden Fällen handelt es sich um einen Automatismus, um eine Anbetung der Vorstellung, dass die Verhältnisse des Kapitalismus selbst mit all ihren Querelen schon automatisch zu sozialistischem Bewusstsein führen werden.

6.

Verfälschung von Heines Religionskritik

In dem fünfseitigen Artikel „**Mönch und Rabbi**“⁵¹⁶ von 1893 geht Mehring wie folgt vor. Zunächst bezeichnet er das Niveau der Judenfeinde um „Herrn Ahlwardt“ als „gegen null“ gehend, fügt aber hinzu, dass auch die Positionen der „Freisinnigen“ sich auf den Nullpunkt zubewegen. Hier werden also zunächst noch Antisemitismus und „Philosemitismus“ als im Grunde gleichermaßen indiskutable Strömungen behandelt. Mehring zeigt aber dann anhand einer Auseinandersetzung im Reichstag über einen Gerichtsprozess auf, wie ungeschickt sich der Judenfeind Ahlwardt verhält und gibt ihm Ratschläge, wie er, etwa was Korruption angeht, besser den Kapitalismus entlarven könnte. Nachdem er ihm sozusagen eine Lektion erteilt hat, fasst Mehring zusammen: „Stattdessen tappte er mit plumpen Ungeschick in die ihm gelegte Falle.“ (S. 843) Der in ironischem Stil gehaltene Artikel vermerkt, dass der Judenfeind auf der Straße gefeiert werde, also durch die Reichtagsdebatte offensichtlich noch nicht erledigt sei (S. 844).

Der Clou dieses Artikels ist eigentlich nur der Rückgriff auf Heinrich Heine. Mehring fordert nicht, was angesichts der Auseinandersetzung im Reichstag naheliegend gewesen wäre, den gleichen unerbittlichen Kampf gegen alle Reaktionäre und alle Parteien des Kapitalismus, seien es Judenfeinde, seien es die „Freisinnigen“, seien es die Konservativen, seien es die Bismarckanhänger oder die Monarchisten. Mehring formuliert stattdessen, dass eine „gleich unerbittliche Kritik sowohl des Mönchs wie des Rabbis“ (S. 844) nötig sei. Wie kommt Mehring auf „Mönch und Rabbi“? Offensichtlich hat Mehring Heine gelesen, aber nicht richtig verstanden. Bei Heine geht es in seinem Gedicht „Disputation“ darum, dass in einem religiösen Streit, ob nun die jüdische oder die christliche Religion besser sei, Heine zu dem Schluss kommt, „dass sie alle beide stinken“.* Diese Pointe, bei der es um Religionskritik geht und nicht um Judenfeindschaft, wird von Mehring dazu benutzt, mit der Autorität Heines seine falsche Position zu zementieren.

* Siehe dazu im Teil II den Beitrag: Heinrich Heines Kampf gegen Judenfeindschaft.

7.

Auch in dem fünfseitigen Artikel **„Im Wechsel der Zeiten“**⁵¹⁷ von 1893 geht es Mehring um die aus seiner Sicht vorhandenen Hintergründe des Streits zwischen den Antisemiten und den „Freisinnigen“. Die Antisemiten firmieren bei ihm als „Mönch“. Die aus seiner Sicht den Kapitalismus vertretenden „Freisinnigen“ bezeichnet er als „Rabbi“. Diese Kennzeichnung und Zuordnung zieht sich durch alle Artikel, die sich mit der Auseinandersetzung zwischen „Freisinnigen“ und Antisemiten befassen. Es ist dies eine grundfalsche Gegenüberstellung, da dahinter die Bemühung steckt, einerseits die Antisemiten als „antikapitalistisch“ und andererseits lediglich die „Freisinnigen“ als kapitalistisch, dazu noch als jüdisch (Rabbi) zu kennzeichnen. Mehring ist so verliebt in seinen Einfall, diese beiden politischen Kräfte mit den Zuordnungen „Mönch“ und „Rabbi“ zu belegen, dass er dafür auch August Bebel in Beschlag nimmt. Der Sache nach wird von Mehring richtig berichtet, dass Bebel sowohl gegen den Antisemiten Hermann Ahlwardt als auch gegen den „Freisinnigen“ Eugen Richter bei der Debatte im Reichstag heftig ausgeteilt hat. Mehring findet dafür das Bild:

„Und es versteht sich, dass Bebel den Mönch so unerbittlich kritisiert hat wie den Rabbi.“ (S. 1)

Verharmlosung der Antisemiten und ihrer Anhänger

Es folgt ein Versuch, die Anhänger der antisemitischen Parteien, insbesondere diejenigen Ahlwardts, zu verstehen. Mehring fühlt sich sozusagen in ihre Gedankenwelt ein und gibt deren angebliche „Überlegungen“ wie folgt wieder:

„Der Mann (Ahlwardt, A. d. V) glaubt wenigstens an seine Sache, und so glauben wir ihm zehnmal mehr als euch, die ihr im Dienste des ausbeuterischen Kapitalismus uns seit Jahrzehnten die Haut über die Ohren gezogen habt und auch ferner noch zu ziehen trachtet.“ (S. 2)

Dahinter steht die Vorstellung, dass diese Ahlwardt-Anhänger im Grunde doch „antikapitalistisch“ seien und dass dies das Motiv abgebe, warum sie den Antisemiten gutgläubig folgen. Daraus ergibt sich eigentlich auch Mehrings falscher Kampfansatz: Es gehe in dieser

Auseinandersetzung nicht darum, die Juden zu verteidigen, sondern es gehe darum, besser und kräftiger als die Judenfeinde den Kapitalismus glaubwürdig anzugreifen. So gewinne man laut Mehring angeblich die Anhänger der antisemitischen Parteien.

Interessant ist auch die nicht sehr subtil vorgetragene Gewichtung zugunsten der Antisemiten. Den Vertreter der Antisemiten bezeichnet Mehring als nicht wirklich ernst zu nehmenden „Hanswurst“ (S. 3), während der Chef der „Freisinnigen“ ein „gewiefter Hausknecht des Kapitalismus“ (S. 3) sei.

Mehring spricht dann von der „großherzigen Abscheu der Arbeiterklasse vor der antisemitischen Rassenhetze“ (S. 4). Der Begriff „großherzig“ ist in diesem Zusammenhang auch zu hinterfragen, denn er suggeriert, dass es sozusagen eine Art Gnade ist, dass die Arbeiterklasse gegen die rassistische Judenhetze vorgeht und nicht eine Notwendigkeit aus einer ganzen Fülle von Gründen.

Und es genüge angeblich, so Mehring, „ein summarischer Fußtritt der Arbeiter, die ganze Ahlwardterei auf den Kehrlicht zu schleudern. Aber gerade deshalb dürfen wir über dem antisemitischen Mönch den kapitalistischen Rabbi nicht vergessen.“ (S. 4)

Auch hier wird klar, dass Mehring der Position kräftig zuarbeitet, dass der Kampf gegen die Judenfeinde eigentlich nebenbei, mit einem „Fußtritt“ erledigt werden könne, da es sich um „Sterbende“ handle, die sich nur noch am „Strohalm“ des Antisemitismus festhalten (S. 4), während es eigentlich um den Kampf gegen die „Freisinnigen“ gehe, gegen den „kapitalistischen Rabbi“.

Es ist diese Gleichsetzung von „Rabbi“ und Kapitalismus, die den Kern einer tiefsitzenden, wesentliche Elemente der judenfeindlichen Ideologie enthaltenden Ansicht bei Mehring ausmacht. In praktisch-politischer Hinsicht geht es Mehring nicht darum, die judenfeindlichen Parteien mit ihren Ansichten gut oder richtig zu finden oder gar die Emanzipation der jüdischen Bevölkerung rückgängig machen zu wollen. Mehring beharrt aber hartnäckig auf dem falschen Einfall, dass Kapitalismus und „Rabbi“ eigentlich dasselbe sei und er damit ein treffendes Bild für den Kapitalismus gefunden habe, obwohl mit

der Metapher des „Rabbi“ für den Kapitalismus der jüdenfeindlichen Agitation zugearbeitet wird.

8.

Selbst der Judenfeind Stoecker wird verharmlost

Was sich Mehring bei dem fünfseitigen Artikel **„Das Ende eines Demagogen“**⁵¹⁸ von 1893 gedacht hat, der eine Art Ehrenrettung des Hofpredigers Adolf Stoecker darstellt, wird sein Geheimnis bleiben. Zwar wendet sich Mehring auch gegen Stoecker. Aber vor allem betreibt Mehring angesichts der Verunglimpfung Stoeckers seitens der, so wörtlich, „Soldschreiber des Geldjudentums“ (S. 545) eine Art Ehrenrettung dieses Antisemiten.*

Mehring findet für Stoecker tatsächlich die folgenden lobenden Worte:

„Er war keineswegs jener verlogene Charakter, den die liberale Presse aus ihm machen wollte. Verlogenheit in dem feigen und verächtlichen Sinne des Wortes war ihm ganz fremd.“ (S. 545).

Und weiter:

„Denn ein Kriecher und Streber im gemeinen Sinne des Wortes ist Stoecker nie gewesen; dies Zeugnis darf man dem Manne, dessen Ausweisung aus Berlin unter dem kleinen Belagerungszustand einmal ernstlich erwogen worden ist, nicht versagen.“ (S. 546 f.)

Mehring konstatiert, dass Stoecker sich auf die antisemitische Agitation geworfen hat, und fügt hinzu:

* In Mehrings Artikel „Die Börsensteuer und die Sozialdemokratie“ vom 6.12.1893 werden falsch verallgemeinernd „die Juden“ im gleichen Atemzug mit den Junkern genannt, wenn es um die „Spielwut“ an der Börse geht. Es heißt bei Mehring: „Seitdem der Kapitalismus die Spielwut entfesselt hat, ist sie unter den Junkern reichlich so feurig angebetet worden wie unter den Juden.“ (Die Neue Zeit, 12. Jg., 1893/94, Erster Band, 1894, S. 323) Einige Absätze weiter wird dann richtig aufgezeigt, dass Marx und Lassalle als „Juden“ von dem Judenfeind Stoecker denunziert wurden: „Der Hofprediger Stoecker reiste damals im Lande herum mit der geistreichen Behauptung, die ‚Juden‘ Lassalle und Marx hätten den lieben Gott und den König angegriffen ...“ (Ebenda).

„Heute fürchten wir nicht, missverstanden zu werden, wenn wir sagen, dass er auch darin einen gewissen proletarischen Instinkt bewahrte.“ (S. 547)

Die Rede ist im Weiteren davon, dass es eine „partielle Opposition gegen das semitische Kapital“ (S. 548) durch Stoecker gegeben und womit er am heiligen Prinzip der Ausbeutung überhaupt gerüttelt habe. Stoecker sei ganz im Recht, heißt es abschließend, wenn er den kapitalistischen Teil seiner Gegner verachte:

„Sein proletarischer Ursprung blitzt noch einmal in ihm auf, wenn er die Sozialdemokratie als die wahre Erbin der antisemitischen Agitation proklamiert. Die ‚Kölnische Volkszeitung‘ sieht darin eine ‚merkwürdige Übereinstimmung‘ zwischen Herrn Stoecker und der ‚Neuen Zeit‘. Ja, weshalb denn merkwürdig? Das böse Gewissen ist eine sehr scharfe Brille, durch die Herr Stoecker wohl auch sehen mag, was wir im Lichte der sozialistischen Erkenntnis längst gesehen haben.“ (S. 548)

Mehring, der zu jenen gehört, die behaupten, dass die Judenfeinde schließlich bei der Sozialdemokratie landen werden, fühlt sich nun offensichtlich bestätigt und attestiert Stoecker die angeblich richtige Einsicht, wonach die Sozialdemokratie „die wahre Erbin“ der Antisemiten sein werde oder bereits ist.

Mehring versucht hier eine peinliche Anbiederei an einen der führenden Köpfe der Antisemiten – und das ist unerträglich.

9.

Auch ein anderer führender Judenfeind mit dem Namen Paul Förster wird von Mehring in einer Art und Weise hofiert, die ebenfalls unverzeihlich ist. Zu Förster heißt es in dem hier kurz analysierten fünfseitigen Artikel **„Zu den preußischen Landtagswahlen“**⁵¹⁹ von 1893, er sei

„ein geistig befähigter und persönlich ehrenwerter Mann, der in der Tat nur durch die ideologischen Schrullen des gelehrten Schulmeisters vom Sozialismus getrennt ist, und hinter ihm steht eine Schar von kleinen Leuten, die, geprellt von den tönenden Versprechungen des Freisinns, enteignet durch die ökonomische

Entwicklung, aber noch krampfhaft am Strohalm des bürgerlichen Eigentums sich festklammernd, eben in der antisemitischen Schule einen sehr lehrreichen Vorkursus zur Sozialdemokratie durchschmarutzen.“ (S. 803)

Abgesehen von der falschen Wertschätzung dieser Person wird eben auch deutlich, dass Mehring an der falschen Auffassung festhält, dass die jüdenfeindliche Bewegung nur einen Schritt weitergehen müsse, um die Trennung von der sozialistischen Bewegung zu überwinden. Für Mehring wird die Judenfeindschaft, den Kern der Judenfeindschaft völlig verkennend, zu einem „sehr lehrreichen Vorkursus zur Sozialdemokratie“. Es ist einer der grundlegenden Fehler innerhalb der Sozialdemokratie im Kampf gegen die Judenfeindschaft, im Antisemitismus eine „Vorstufe“ zur Sozialdemokratie und zum Sozialismus sehen zu wollen.

10.

Lessing nicht mehr aktuell?

Zunächst im Feuilleton der „Neuen Zeit“ in 21 Nummern des Jahrgangs 1891/92 und 1893 dann als Buch (über 300 Seiten) veröffentlichte Mehring seine Schrift **„Lessing-Legende“**⁵²⁰, in der es ihm vor allem darum ging, die Legende vom angeblich „preußischen Patrioten“ Gotthold Ephraim Lessing zu bekämpfen. Das war in der Hauptsache keine Schrift gegen die Judenfeindschaft, aber das Thema wird behandelt, wenn auch nur kurz.

Völlig zu Recht, aber nach unserer Ansicht durchaus nicht historisch erledigt, schreibt Mehring: „Lessing schützte die Juden, wie er alle Unterdrückten und Verfolgten [schützte], mochten sie sonst sein wie sie wollten“ (S. 32). Mehring behauptet, Lessing habe mit „derselben Verachtung“ über die „jüdische Unduldsamkeit“ wie über die pfäffische geredet (S. 346). Aber hier ist der springende Punkt, was Mehring übergeht. Wie Heine ging es Lessing in manchen Passagen um Religionskritik und eben nicht um eine Aufweichung des Kampfs gegen die Judenfeindschaft.

Entscheidend ist, was Mehring nun über Lessing festhält, aber weder auf sich selbst noch auf die Sozialdemokratie anzuwenden versteht:

„Aber mit dem politischen Takt eines rechten Kämpfers wusste er, dass man die Unterdrückten nicht striegeln darf, solange man die Unterdrücker bekämpfen muss.“ (S. 346)

Gerade dieser Gedanke von Lessing wird von ihm nicht als vorbildlich für die aktuelle Zeit angesehen. Mehring lobt den Kampf Lessings gegen die Judenfeindschaft, verwahrt sich aber dagegen, diesen Kampf auf die aktuelle Situation zu übertragen. Da angeblich „die damalige Judenfrage eine ganz andere als die heutige Judenfrage“ (S. 12) sei.⁵²¹

Eine Besonderheit der Analyse der zehn Stellungnahmen von Franz Mehring im Zusammenhang mit der Judenfeindschaft ist, dass der Versuch, zunächst in einem ersten Teil die Schwächen, dann in einem zweiten die Stärken darzulegen, nicht gelingen kann. Aus unserer Sicht wird deutlich, dass die Schwächen dominieren und dort, wo sich eigentlich eine gewisse Stärke zeigt, wie etwa bei der Verteidigung von Lessing, sofort, meist noch im selben Satz, ein gravierender Fehler zutage tritt. Sicher kann als Stärke konstatiert werden, dass er die Judenfeindschaft Luthers thematisiert hat. Ansonsten ist zwar klar geworden, dass er den Antisemitismus, seine Führer und Anhänger verharmlost und sie offensichtlich zu gewinnen hofft („soziale Revolutionierung“), kurz: eine ganz falsche Einschätzung hat. Aber eins steht auch fest: Direkte politische judenfeindliche Positionen im Sinne der Unterstützung der Forderungen der judenfeindlichen Parteien, die er krass verharmlost, finden sich bei Mehring nicht. Aber auch hier müssen wir einschränken. Der berechtigte Kampf gegen die „Freisinnigen“ von Eugen Richter als Kapitalistenpartei kippt dann doch um in die judenfeindliche Gleichsetzung von Kapitalismus und Judentum, wenn der Pol der Partei der Antisemiten ein „antikapitalistisches“ Mäntelchen erhält und der Pol der kapitalistischen „Freisinnigen“ mit dem Bild des „Rabbi“ belegt und damit als „jüdisch“ gekennzeichnet wird.

Negativ vermerkt werden muss nicht nur die Verfälschung von Heines Religionskritik, sondern Mehring steht mit seinen Artikeln auch an der Spitze jener Kräfte in der Sozialdemokratie, die die Marx'schen Positionen der Schrift von 1844 eindeutig verdrehen.

g) Kurt Falk (Bruno Geiser) 1892: „Über die Leiche des Antisemitismus“ zum Sieg der Sozialdemokratie

Vor allem von der Basis sozialdemokratischer Aktivistinnen und Aktivisten war Anfang der 90er Jahre die Forderung an die Parteiführung gestellt worden, gut verständliches und überzeugendes Agitpropmaterial für den Kampf gegen die Judenfeindschaft bereitzustellen und den Genossinnen und Genossen an die Hand zu geben, die „vor Ort“ gegen die Judenfeinde kämpften. Falks Broschüre ist ein Beispiel, wie auf Initiative einer regionalen Gliederung der damaligen Sozialdemokratie im Rheinland eine solche Broschüre entstand.⁵²²

Der Sozialdemokrat Kurt Falk (Pseudonym von Bruno Geiser)* veröffentlichte die äußerst wichtige und weitgehend richtige Stellungnahme mit dem Titel „Antisemitismus und Sozialdemokratie“, die 1892 in Elberfeld vom Rheinischen Agitationskomitee in 2. Auflage

* Bruno Geiser (1846 Breslau – 1898 Breslau) veröffentlichte unter dem Pseudonym „Kurt Falk“ die Broschüre „Sozialdemokratie und Antisemitismus“. Von 1871 bis 1877 war Geiser Reichstagsabgeordneter der Sozialdemokratie. Seiner positiven Stellungnahme zur Judenfeindschaft im demokratischen Tageskampf stehen allerdings seine reformistischen Thesen gegenüber. Engels schrieb in einem Brief am 6. Juni 1884 an Bebel in Bezug auf das Auftreten Geisers und seiner Anhänger im Reichstag: „dass wenigstens ich nicht im Entferntesten mit ihnen auf gleichem Boden stehe und nichts mit ihnen gemein habe“ (MEW 36, S. 160). Engels hat sich dabei vor allem auf Geisers Reichstagsrede vom 10. Mai 1884 bezogen, in der Geiser sich gegen die gewaltsame Revolution ausgesprochen hatte. „Geiserei“ wurde unter den Bedingungen des „Sozialistengesetzes“ ein geflügeltes Wort für opportunistische Anpassung.“ (Siehe MEW 36, S. 59) Geisers reformistische Thesen sind unter anderem dargelegt in seinen Broschüren „Unter welchen Bedingungen kann die Sozialdemokratie zum Siege gelangen?“ (Leipzig 1880) sowie „Die Überwindung des Kriegs durch Entwicklung eines Volksheeres“ (Stuttgart 1886). 1887 wurden ihm alle Parteiamter entzogen. Dieser Beschluss wurde 1891 wieder rückgängig gemacht, Geiser wurde – entgegen dem Protest Engels’ – wieder Redakteur des „Vorwärts“. Engels schrieb im Brief an Bebel vom 29. September bis 1. Oktober 1891: „Den Geiser müsst Ihr unter allen Umständen vom Vorwärts fernhalten. Der Mann hat ja in St. Gallen ein solennes Misstrauensvotum bekommen, der darf doch nicht redigieren!“ (MEW 38, S. 164) Geiser, Schwiegersohn Wilhelm Liebknechts, hatte in einem von Liebknecht verantworteten Verlag eine antimarxistische Schrift veröffentlicht, was die reaktionäre „Kreuzzeitung“ genüsslich kommentierte. Die harte Kritik von Engels in der Korrespondenz mit Wilhelm Liebknecht ist nachzulesen in: Eckhardt, Georg (Hrsg.): Wilhelm Liebknecht. Briefwechsel mit Karl Marx und Friedrich Engels, The Hague 1963, S. 333 bis 352.

als 34-seitige Broschüre veröffentlicht wurde. Sie war offensichtlich für die Agitation gegen die Judenfeindschaft gedacht.*

Das erste Drittel der Broschüre dient vor allem der Widerlegung und dem Angriff auf den „Antisemitismus, seine Ketzereien“. Die restlichen zwei Drittel der Broschüre werden zur Anklage des Kapitalismus und zur Darstellung des sozialdemokratischen Programms genutzt. Das Ziel dabei ist, den riesigen Unterschied „zwischen der Sozialdemokratie und dem Antisemitismus für jeden denkfähigen Menschen klar zu Tage“ (S. 33) treten zu lassen.

Schwächen der Broschüre von Falk

Trotz der von uns im Weiteren herausgestellten positiven Seiten enthält diese Broschüre auch einige der in der Sozialdemokratie verbreiteten Schwachpunkte im Kampf gegen die Judenfeindschaft.

Unverständliche Zugeständnisse

Auch Falk bemüht den Gedanken, dass behauptete negative Eigenschaften der jüdischen Bevölkerung durch Verfolgung und Unterdrückung entstanden seien. Er betont, dass das heutigen Juden nicht zum Vorwurf gemacht werden könne. Aber Falk erklärt aus der Verfolgung nicht nur, „dass viele von ihnen in ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit sich als sittlich entartet erweisen“, wie die Christen auch, sondern geht noch einen Schritt weiter (S. 11). Er behauptet, dass „die Juden des Mittelalters Christenhasser sein mussten“ (S. 10), ja „vielleicht“, so Falk weiter, „sogar zu dem infamen Gedanken hinuntersinken konnten, Christenkinder umzubringen“ (S. 11).

* Die „Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ (2. Jahrgang, Nr. 31, 31. Juli 1892, S. 7) berichten: „Der ‚Vorwärts‘ schreibt: Gegen die Antisemiterei, die jetzt drüben am Rhein treibhausmäßig kultiviert wird, hat das Agitationskomitee der rheinischen Sozialdemokratie eine Broschüre herauszugeben beschlossen, in welcher die Stellung klargelegt ist, welche unsere Partei zur Judenfrage einnimmt.“

Antisemitismus

und

Sozialdemokratie.

Von

Kurt Falk

Herausgegeben vom rheinischen Agitationskomitee.

— ♦ — *Zweite Auflage.* — ♦ —

Elberfeld 1892.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Gr i m p e.

Titelseite der Broschüre „Antisemitismus und Sozialdemokratie“
(1892) von Kurt Falk

Hier ist nun deutlich eine Grenze überschritten, wenn judenfeindliche Verleumdungen wie die Ritualmordlüge zur Gegenstand einer „ernsthaften“ Erörterung gemacht und „vielleicht“ für „wahr“ gehalten werden.

Hier zeigt sich, zu welchen Absurditäten eine vermeintlich taktische Überlegung führt, Judenfeinden Zugeständnisse auch bei den absurdesten Beschuldigungen zu machen, um mit der „Es stimmt zwar, aber ...“-Methode ein offenes Ohr bei den Anhängern der Antisemiten zu finden.

Ähnlich wird auch von dem durch Verfolgung erzeugten jüdischen „Schachergeist“ geredet. (S. 14)

Keine Zurückweisung des Jonglierens mit Kriminalstatistiken

Falk reagiert auf die Berufung auf Zahlen der Kriminalstatistik über eine angeblich größere Neigung zum Verbrechen bei der jüdischen Bevölkerung mit durchaus berechtigtem Spott. Doch der Hinweis auf wirkliche oder vermeintliche methodische Fehler dieser Statistiken im Einzelnen und gar die Äußerung, nichts gegen ordentlich geführte Statistiken in dieser Hinsicht zu haben, trifft nicht das Wesentliche. Es hätte klargestellt werden müssen, dass es von vornherein grundfalsch ist, Kriminalstatistiken nach religiöser Zugehörigkeit, nach der Haarfarbe und Ähnlichem anzulegen. Falk schreibt:

„Gegen statistische Ermittlungen, die beweisen würden, in welchen Beziehungen das Verbrechen zum christlichen oder jüdischen Religionsbekenntnis steht, haben wir Sozialdemokraten, in unserer Eigenschaft als verächtlich lächelnde Dritte, nicht das mindeste einzuwenden. So lange die christlichen Staaten sich aber nicht dazu bewegen lassen, zuverlässige Nachweise hierüber zu erbringen, bezeichnen wir die religiöse Frömmigkeit überhaupt als der Moral keineswegs förderlich und die verschiedenen Sorten derselben als im Allgemeinen gleichwertig.“ (S. 11)

Der gesamte Gedankengang ist unlogisch, eine immanente Gedankenspielerlei, wodurch im Kern der falsche Ansatz derartiger Statistiken nicht ausgehebelt wird.

Solche Positionen sind dem Anliegen des Kampfs gegen die Judenfeindschaft durchaus nicht förderlich, auch wenn als Hauptmerkmal der Broschüre von Falk die nachfolgenden positiven Gedanken zu diesem Kampf hervorgehoben werden sollen.

Stärken der Broschüre von Falk

„Über die Leiche des Antisemitismus“ zum Sieg der Sozialdemokratie

Sehr positiv ist Falks einleitende Feststellung, dass die Sozialdemokratie der Judenfeindschaft gegenüber keine abwartend-neutrale Position einnehmen dürfe:

„Über die Leiche des Antisemitismus, über die zuckenden Kadaver der alten Parteien geht der Weg zum Siege.“

„Das wäre fürwahr ein gar zu schmachvolles, unsäglich trostloses Schauspiel, wenn wir, die Sozialdemokraten, nicht auf der Szene erscheinen wollten.

Unser ist die große Aufgabe, die Massen zu vertreten, die sich selbst der Geistesknechtschaft erwehrt, und allen Geknechteten und Bedrückten den Weg zu zeigen und die Waffen in die Hand zu drücken, mit Hilfe deren alle sich von geistiger Unmündigkeit endlich befreien und von wirtschaftlichem Elend erlösen können.

Über die Leiche des Antisemitismus, über die zuckenden Kadaver der alten Parteien geht der Weg zum Siege.“ (S. 3)

Damit hebt sich die Broschüre positiv von anderen Positionen in der damaligen Sozialdemokratie ab, welche die Notwendigkeit eines solchen aktiven Kampfes gegen die Judenfeinde nicht herausstellten oder sogar für unnötig erklärten.

Aspekte zur Geschichte der Judenfeindschaft

Was das Mittelalter angeht, wird auf die große Rolle der Fugger hingewiesen. Angesichts der Polemiken gegen „die Rothschilds“ zeigt Falk auf, dass die Fugger „noch mehr verbrochen“ (S. 13) und zudem vor allem auch die „furchtbare Armee“ der Jesuiten aufgebaut und bezahlt hätten (S. 14). Mit der Französischen Revolution 1789 brach laut Falk für die jüdische Bevölkerung „das Morgenrot der Freiheit“ an, „nach anderthalb Jahrtausende langer schmachvoller, unmenschlicher

Bedrückung“ (S. 4). In Frankreich war die weitere Entwicklung widersprüchlich, war die Gleichberechtigung der Juden „nicht gänzlich unbeeinträchtigt“ (S. 4), während die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Juden in Deutschland erst 1869 erreicht wurde (S. 4)⁵²³. In Deutschland trat dann ab 1872 in politischen Versammlungen, Vereinen, Broschüren, Zeitungen und Witzblättern jene aktuelle „erbittert judenfeindliche Strömung“ zutage, die „immer lauter und anspruchsvoller hervortrat“ (S. 4).

Falk schildert eine breite Palette der Judenhetze. Er lässt nicht unerwähnt, dass in den Chor der Judenfeinde auch „auf dem Boden der modernen Wissenschaft stehende Richter“ und „vermeintlich hochgebildete Mediziner“ einstimmten, die in damaligen antisemitischen Religionsprozessen „mit ihrem gewissenlosen Gefasel erst die rechte Nahrung präparierten“ (S. 2).

Zurückweisung des Begriffs „verjudet“

Einige Besonderheiten in der Methodik der Wiederlegung der Judenfeinde, wie sie sonst selten in der damaligen Sozialdemokratie zu finden sind, sollen hier besonders hervorgehoben werden: Begrifflich lehnt Falk es ab, von „verjudet“ zu reden (etwa von „verjudetem“ Kapitalismus oder „verjudeter“ Gesetzgebung) und formuliert distanzierend seine Ablehnung von dem Gerede von der „*angeblich* verjudeten Gesetzgebung“ (S. 13, H. d. V.).

Nicht über jedes Stöckchen der Antisemiten hüpfen

Es ist eine bekannte Falle der Judenfeinde, immer und immer wieder mit neuen kleinen, größeren und ganz großen Lügen ihre Judenfeindschaft zu verbreiten und die Kämpfer und Kämpferinnen gegen Judenfeindschaft in eine immanente Debatte zu verwickeln, ob dies oder jenes nun wahr, halb wahr oder ganz falsch sei. Sich darauf einzulassen, ist eher problematisch. Allerdings kann es aber auch große und offensichtliche Lügen der Judenfeinde geben, die man entlarven muss, um damit deren Autorität zu untergraben.

Falk geht auf dieses Problem ein in Bezug auf einzelne Vorwürfe der Judenfeinde gegen „jüdische“ Kapitalisten:

„Auch hier fällt es uns gar nicht ein, zu untersuchen oder irgendwelchen Wert darauf zu legen, ob der jüdische Schlotjunker Löwe oder der jüdische Finanzbaron Bleichröder sich jener ihnen zur Last gelegten Verbrechen schuldig gemacht haben.“ (S. 10)

Falk hat hier richtig erkannt, dass es nicht darum gehen kann, über jedes Stöckchen der Judenfeinde zu hüpfen, aber in Bezug auf bestimmte Lügen, etwa über den Fabrikanten Löwe („Judenflinten“) oder später bei der jüdenfeindlichen Kampagne gegen Dreyfus in Frankreich, erscheint es uns dann doch richtig, die jüdenfeindlichen Lügen zu entlarven. Das gilt es in jedem Einzelfall zu prüfen.

Gegen den Mythos von den „reichen Juden“

Die Entlarvung der konkreten Judenhetze nimmt bei Falk einen großen Raum ein. Als „Hauptanklage“ (S. 4) der Judenfeinde sieht Falk die Behauptung, die Juden seien an der allgemeinen Verschuldung schuld. Den Juden würde es darum gehen, „die Völker, unter denen sie wohnen, auszusaugen“ (S. 8). Der Hetze gegen die angeblich „reichen Juden“ begegnet Falk mit der Realität und stellt heraus, dass ein Großteil der jüdischen Menschen auf der Welt sehr arm sind, wobei er auch darauf hinweist, dass dies auf die überwiegende Mehrheit der jüdischen Bevölkerung zutrifft. (S. 7 f.) Das jüdenfeindliche Stereotyp von den angeblich „reichen Juden“ entlarvt Falk auch mit dem Hinweis, dass die weit überwiegende Mehrheit der Juden in Russland nicht etwa reiche oder auch nur wohlhabende Juden seien, sondern arme, meistens sogar bettelarme Menschen. (S. 8)

Zurückweisung der Berufung der Judenfeinde auf den Talmud

Jüdenfeindlichen „anklagenden“ Veröffentlichungen von „Talmud-Auszügen“, wonach Juden angeblich aus rituellen Gründen Nichtjuden ermorden, stellt Falk zum einen die Tatsache entgegen, dass es sich bei diesen angeblichen „Talmud“-Auszügen größtenteils um „Fälschungen gröblichster Art“ (S. 9) handelt. Zum anderen verweist Falk auf die Absurdität, dass man 3.000 Jahre alte Schriften zur Beurteilung von heutigen Menschen heranzieht:

„Zur Beurteilung sowohl der Christen wie der Juden von heute können die Bibel und der Talmud nur von Böswilligen oder Blödsinnigen herangezogen werden.“ (S. 10)

Der Talmud, so die jüdenfeindlichen Anschuldigungen, schreibe den Juden angeblich ein barbarisches Verhalten vor. Falk argumentiert wie folgt: Zur Zeit der Entstehung des Talmuds herrschten allgemein noch barbarische Zustände, bei Juden wie bei Nichtjuden. Doch die Christen haben die Juden unterdrückt, nicht umgekehrt. Es herrschte „christliche“ Barbarei:

„An den Juden haben die Christen sich noch sehr viele Jahrhunderte hindurch auf das allerunmenschlichste tausend- und millionenfach bewährt, – durch frechste wirtschaftliche Ausbeutung, durch politische Knechtung aller Art, durch denkbar schlimmste Rechtsbeeinträchtigung, durch immer neue Orts- und Landesverweisungen und Verjagungen, durch Totschlag, Folterquälereien, Weiberschändung, Mord und Massenschlächtereien.“

„An den Juden haben die Christen sich noch sehr viele Jahrhunderte hindurch auf das allerunmenschlichste tausend- und millionenfach bewährt, – durch frechste wirtschaftliche Ausbeutung, durch politische Knechtung aller Art, durch denkbar schlimmste Rechtsbeeinträchtigung, durch immer neue Orts- und Landesverweisungen und Verjagungen, durch *Totschlag, Folterquälereien, Weiberschändung, Mord und Massenschlächtereien*.“ (S. 9 f.)

Die reaktionäre ideologische Verhetzungs- und Spaltungsfunktion

Bei der Frage der Ursachen der Judenfeindschaft ist positiv hervorzuheben, dass Falk nicht in erster Linie ökonomische Erklärungen bemüht. Falk geht es vor allem um die reaktionäre ideologische Verhetzungsfunktion und um die Spaltungsfunktion der Judenfeindschaft für die Herrschenden:

„Die Antisemiten möchten sich bei den herrschenden Gewalten dadurch einschmeicheln, dass sie für die Sünden des Kapitalismus einen Blitzableiter schaffen, und sie halten das Volk für dumm genug, um ihm einzureden, dass die paar hunderttausend Juden in Deutschland an allem wirtschaftlichen Elend schuld sind. Behauptet doch Otto Glagau z. B. schlankweg: ‚Die soziale Frage ist wesentlich Judenfrage, alles Übrige ist Schwindel.‘

Um die Aufmerksamkeit der zu immer besserer Einsicht in die wirtschaftlichen Verhältnisse erwachenden Volksmassen abzulenken, um die einzelnen Teile des Volkes gegen einander zu verhetzen und so die Volkskräfte zu zersplittern, *darum* wird der antisemitische Spektakel gemacht. Das Volk hat sich ja alle die Jahrhunderte der christlichen Zeitrechnung hindurch Alles, das Menschenmögliche und das Menschenunmögliche, einreden lassen, warum sollte es nicht auch auf den Antisemitenschwindel hineinfallen?“ (S. 14)

Partei des internationalen Sozialismus

Falk schließt seine Stellungnahme mit dem Aufruf zur proletarisch-internationalistischen Klassensolidarität:

„Und unter den Füßen dieser sozialdemokratischen Weltpartei werden beide, der Antisemitismus und der Kapitalismus – *par nobile fratrum!* [Ein edles Brüderpaar] – spurlos verschwinden.“

„Die Sozialdemokratie vollzieht indes mit stolzer

Ruhe das Werk der Einigung der Völker. Heute schon gibt es eine *Partei des internationalen Sozialismus*, die sich über die ganze Kulturwelt* erstreckt und zu der die armen, aufs schmachvollste ausgebeuteten Juden Galiziens, Englands und Amerikas als begeisterte Genossen gehören. Und unter den Füßen dieser sozialdemokratischen Weltpartei werden beide, der Antisemitismus und der Kapitalismus – *par nobile fratrum!* (Ein edles Brüderpaar) – spurlos verschwinden.“ (S. 34)

Diese Grundposition kann nur unterstrichen werden.

Zusammenfassend müssen zwar die Schwächen, die Zugeständnisse konstatiert werden, aber herausstechend sind die klaren Positionen, dass nur „über die Leiche des Antisemitismus“ die Sozialdemokratie zum Sieg gelangen kann, vor allem aber, dass neben der Zurückweisung der Verleumdungen der Juden als „reiche Juden“ die reaktionäre

* „Kulturwelt“ bezieht sich wohl auf Westeuropa und ist ein eigentlich abzulehnender Begriff – als wären auch Teile der Welt „unkultiviert“.

Verhetzungs- und Spaltungsfunktion der Judenfeindschaft aufgezeigt und die internationale proletarische Solidarität hervorgehoben wird.

h) Wilhelm Liebknechts Rede in Bielefeld über den Kölner Parteitag der Sozialdemokratie von 1893

Wilhelm Liebknecht hielt einen Tag nach dem Ende des Kölner Parteitags der Sozialdemokratie (22.10.–28.10.1893) am 29.10.1893 in Bielefeld vor Arbeiterinnen und Arbeitern eine wichtige Rede, in der er versuchte, eine Art Resümee des Parteitags zu ziehen. Diese Rede wurde noch im selben Jahr als 40-seitige Broschüre veröffentlicht.⁵²⁴

Liebknecht nimmt in seiner Rede zunächst eindeutig gegen den Militarismus Stellung und stellt richtig fest, dass der einzige Ausweg für die unterdrückten Massen weltweit die Errichtung des Sozialismus ist. (S. 6)

Positiv ist auch Liebknechts Haltung zum innerparteilichen Kampf, den er gegen Angriffe aus dem bürgerlichen Lager verteidigt, das aus dem Vorhandensein solcher Kämpfe auf einen grundlegenden „Zwiespalt“ innerhalb der Sozialdemokratie hofft. Liebknecht macht klar, dass Polemik zum innerparteilichen Kampf, zum Kampf der Meinungen dazugehört, dass es dabei um Ehrlichkeit und um die Wahrheit geht und nicht um Vertuschung, wie es bei den bürgerlichen Parteien gang und gäbe ist. (S. 10–12)

Danach behandelt Liebknecht auf den nächsten 15 Seiten Fragen der Gewerkschaftsbewegung, die für die heutige Debatte nicht wirklich interessant sind.

Auf 10 Seiten geht Liebknecht dann anknüpfend an die Rede Bebels auf dem Kölner Parteitag auf die Frage der Judenfeindschaft und den Kampf gegen die Judenfeindschaft ein.

Schwächen und Fehler der Rede Liebknechts

Die Judenfeinde „ackern und säen“, die Sozialdemokraten „ernten“

Liebknecht schlussfolgert aus der Tatsache, dass die Bauern und Handwerker eben nicht von „den Juden“ ausgebeutet werden, sondern von den Kapitalisten, dass die Judenfeinde dadurch „gezwungen“ werden würden, „mehr und mehr“ gegen den Kapitalismus insgesamt

Front zu machen „und so für uns Sozialdemokraten zu arbeiten“ (S. 28). Liebknecht schreibt dann weiter:

„Ja, die Herren Antisemiten ackern und säen und wir Sozialdemokraten werden ernten. Ihre Erfolge sind uns also keineswegs unwillkommen.“ (Ebenda)

Liebknecht formuliert an dieser Stelle so, als ob Judenfeindschaft doch „positiv“ wäre für den Kampf der Sozialdemokratie und stellt sich damit gegen die richtige Position innerhalb der Sozialdemokratie, dass Judenfeindschaft „durch und durch reaktionär“ ist.

Zugeständnisse an anti-jüdische Vorurteile

Liebknecht behandelt an einer Stelle Vorurteile gegen die jüdische Bevölkerung, unter anderem auch das Vorurteil, dass Wucher „den Juden hauptsächlich als Nationallaster vorgeworfen wird“ (S. 31). Liebknecht leitet seine Ausführungen mit einem Zugeständnis ein: „Gewiss, es gibt viele Juden, die Wucher trieben und treiben – jahrhundertelange Unterdrückung hat sie dazu gezüchtet ...“ (Ebenda) Liebknecht erklärt dann, zunächst richtig, dass der sogenannte „Kornzoll-Wucher“, der vom reaktionären Staat betrieben wurde, alles übertrifft, was „die Juden jemals auf diesem Gebiete verübt haben“ (Ebenda). In demselben Satz, in dem etwas Richtiges gesagt wird, wird dann falsch verallgemeinernd über „die Juden“ gesprochen. Waren es im Satz davor noch „viele Juden“, spricht Liebknecht jetzt über „die Juden“, wenn es um Wucher geht.

An anderer Stelle führt Liebknecht ähnlich aus, dass „infolge der tausendjährigen Sklaverei und Unterdrückung, welche die Juden von ihren christlichen Mitbewohnern zu erleiden hatten“, in der jüdischen Bevölkerung „alle Fehler und Laster der Knechtschaft ausgebeutet und ausgebildet“ (S. 33) seien. Und weiter heißt es: „Sie (die Juden, A. d. V.) sind, soweit sie sich nicht emporgearbeitet haben, vielfach listig, kriechend, verschlagen – Eigenschaften, die der Kampf ums Dasein entwickelte.“ (Ebenda) Schließlich versteigt sich Liebknecht zu der Behauptung, dass bei der jüdischen Bevölkerung „die Habsucht und niedriger Schachergeist mehr vertreten“ sei als bei der nichtjüdischen Bevölkerung. (Ebenda)

Lieb knecht greift hier also auf das seit hundert Jahren verbreitete falsche Dohm'sche Konstrukt zurück, dass die angeblichen schlechten Eigenschaften „der Juden“ in ihrer Verfolgung und Unterdrückung ihre Ursache hätten und damit erklärt werden müssten. Aber konstatiert werden so fälschlicherweise diese angeblichen schlechten Eigenschaften.

Verfehlter Kampf gegen Rassismus

Lieb knecht positioniert sich klar gegen Rassismus, Religionshass und Nationalismus, wenn er betont, „dass es unwürdig ist, einen Menschen wegen seiner Race oder seines Glaubens, oder weil er ein Fremdling ist, zu hassen oder zu verachten. Das ist Barbarei.“ (S. 31) Aber hier wird auch klar, dass Lieb knecht fälschlicherweise von der Existenz menschlicher Rassen ausgeht.

Dann versucht Lieb knecht den Rassismus dergestalt zu bekämpfen, indem er behauptet, es gäbe ja gar keine „reine Race mehr“ (S. 31), auch keine „rein germanische Race“, wie die Judenfeinde behaupten. (S. 32) Und weiter heißt es: „Alle europäischen Völker, überhaupt alle Kulturvölker sind eine Mischung mehrerer Racen.“ (S. 32) Und: „Die Racenmischung ist der Weg, auf dem jeder Kulturfortschritt sich vollzieht.“ (S. 31)

Abgesehen davon, dass diese These von der sogenannten „Rassenmischung“ und der Zusammenhang mit einem irgendwie gearteten „Kulturfortschritt“ wissenschaftlich sicherlich nicht zu halten ist, ist es das Anliegen Lieb knechts, immanent die Lüge über eine angeblich „reine germanische Rasse“ zu widerlegen. Er übersieht, dass die geschickteren Judenfeinde ja gerade nicht behaupten, dass es zur damaligen Zeit noch eine „reine germanische Rasse“ gibt, sondern dass sie gerade die „Rassenmischung“ als die Ursache dafür ansehen, dass die „germanische Rasse“ so schwach geworden sei und die „jüdische Rasse“ immer mächtiger werde.

Lieb knecht behauptet dann weiter, dass es lediglich in Afrika, in den afrikanischen Kolonien noch „reine Rassen“ gebe und benutzt dabei auch die von den Rassisten bemühte vulgärbiologische Formel, dass „Blut sich gemischt hat“ (S. 32). Die Formulierung, wenn die Judenfeinde „reine Rassen“ suchen, sollten sie nach Afrika gehen, zeigt

dann, dass Liebknecht zu kolonialistisch-rassistischem Vokabular greift. Er spricht von afrikanischen Bewohnern als von Menschen, die angeblich „auf der Grenzlinie zwischen Tier und Mensch“ stehen und „dem Affen die Hand“ reichen (S. 33) würden. Alle Menschen dieser „reinen Rasse“ hätten angeblich „dieselben Gesichtszüge, dieselbe Körperbildung, dieselbe Stumpfheit“ (Ebenda).

Das Anliegen von Liebknecht, gegen den Rassismus anzukämpfen, ist berechtigt. Seine Argumente gegen die Ideologie des Rassismus sind jedoch weitgehend verfehlt und er bedient mit seinen Äußerungen über Menschen aus Afrika selbst rassistische Vorurteile.

Stärken der Rede Liebknechts

Judenfeindschaft als „reaktionär-kapitalistische Sozialdemagogie“

Liebknecht charakterisiert die ihm begegnende Judenfeindschaft im Kern richtig als eine Form der „reaktionär-kapitalistischen Sozialdemagogie“. In diesem Sinne bezeichnet Liebknecht dann den Antisemitismus als „Sozialismus der Dummen“ (S. 26). Um zu erläutern, was er damit meint, beschreibt Liebknecht die judenfeindliche Agitation und ihre Parolen, die er zu Recht als sehr simpel und einprägsam schildert. Und deshalb würde das auch der „Dümmste“ verstehen, „freilich nur Dumme können es glauben“. (Ebenda) *

Judenfeinde lügen: „Nicht der Jude, sondern der Kapitalist“ ist der Feind

Liebknecht macht klar, dass Judenfeinde Versprechungen machen, die sie nicht halten können. Das führe dazu, dass der Zeitfaktor für die Sozialdemokratie wirke, weil es dadurch immer einfacher werde, zu erkennen, dass die Judenfeinde lügen. **

* Die Formulierung Liebknechts, dass die Antisemiten den Sozialdemokraten „nirgends Terrain“ abgenommen hätten, geht aber eher in die falsche Richtung (S. 26). Die Gefahr, dass dies passieren könnte, wird ja auch aus Reihen der Sozialdemokratie geschildert. Hier schwingt doch eine Unterschätzung der Judenfeindschaft mit.

** Jedoch versteigt sich Liebknecht zu dann einer merkwürdigen, ganz verqueren Idee. Er schreibt: „Wäre es in meiner Hand, ich würde das ganze Programm der Antisemiten vom Reichstag annehmen lassen – und in einem Jahr wäre der Antisemitismus abgetan. Die Praxis ist der sichere Tod falscher Theorien.“ (S. 27) Es ist absurd, sich dafür einzusetzen, dass die Judenfeinde ihre verbrecherische Ideologie verbreiten und

Liebknecht formuliert drastisch, aber als Gedankengang, als Hypothese nachvollziehbar: „Man schlage alle Juden tot oder schaffe sie aus dem Land, und nichts ist gebessert.“ (S. 27) Stattdessen sagen die Sozialdemokraten den Bauern und Handwerkern, „dass nicht der Jude, sondern der Kapitalist ihr Feind ist“ (Ebenda). Das ist eine grundlegend richtige Position.

Judenfeinde gehören ins Gefängnis

Liebknecht tritt vehement dafür ein, Judenfeinde ins Gefängnis zu werfen, und stellt dazu fest, dass es nie eine judenfeindliche Bewegung gegeben hätte, wenn das von Anfang an passiert wäre:

„wenn Stoecker und die ersten Mit-Stoecker am Kragen gepackt und ins Gefängnis gesteckt worden wären, statt von oben gehätschelt und ermutigt zu werden, dann hätten wir nie etwas von einer antisemitischen *Bewegung* gehört.“

„wenn Stoecker und die ersten Mit-Stoecker am Kragen gepackt und ins Gefängnis gesteckt worden wären, statt von oben gehätschelt und ermutigt zu werden, dann hätten wir nie etwas von einer antisemitischen *Bewegung* gehört.“ (S. 31)

Offensichtlich richtet sich diese Stellungnahme gegen Mehring, der meinte, propagieren zu müssen, dass Judenfeinde nicht polizeilich verfolgt werden sollten.

Es gibt weder „christliches“ noch „jüdisches Kapital“

In Bezug auf England heißt es bei Liebknecht folgendermaßen:

„Das christliche Kapital ist dort der Vernichter aller kleinen selbständigen Existenzen gewesen.“ (S. 28)

ihre Forderungen umsetzen können, denn das widerspricht ja gerade dem Anliegen des Kampfs gegen die Judenfeindschaft. Dahinter steht die falsche Vorstellung, dass Judenfeindschaft und Judenfeinde sich automatisch von selbst entlarven würden, ohne Kampf der Sozialdemokratie gegen die Judenfeindschaft, ohne Aufklärung durch die Sozialdemokratie.

Dann formuliert Liebknecht auch rhetorisch geschickt weiter:

„Was sage ich? Christliches Kapital? Das Kapital ist nicht christlich und es ist nicht jüdisch. Das Kapital hat keine Religion, als seine eigene und die ist: die Arbeiter auszubeuten ...“

„Was sage ich? Christliches Kapital? Das Kapital ist nicht christlich und es

ist nicht jüdisch. Das Kapital hat keine Religion, als seine eigene und die ist: die Arbeiter auszubeuten ...“ (Ebenda)

Liebknecht entlarvt hier sehr gut, dass die Rede vom „jüdischen Kapital“ nichts als eine Lüge ist und dass es jedem Kapital vor allem um eines geht: das Proletariat auszubeuten, um den Mehrwert zu produzieren.

Das Judentum hat einen „revolutionären Geist“ hervorgebracht

Liebknecht führt aus, dass unter der jüdischen Bevölkerung aufgrund von Verfolgung und Unterdrückung ein „revolutionärer Geist“ entstanden sei und „dass das Judentum einen verhältnismäßig großen Prozentsatz zu der Schar großer und hervorragender Männer gestellt hat“ (S. 33). Liebknecht zählt dazu auch Marx, den er namentlich erwähnt (S. 34).

Judenfeindschaft als Instrument der Herrschenden

Liebknecht geht auch auf die Frage ein, wie die Entstehung der aktuellen judenfeindlichen Bewegung zu erklären sei. Er benennt als „ökonomische Ursachen“ das „*soziale Elend*“ der ausgebeuteten Massen. (S. 29) Als eine ideologische Ursache erwähnt er zu Recht, dass das „*Vorurteil gegen die Juden*“ in den Reihen der werktätigen Massen schon vorhanden war, als reaktionäre Tradition bereits existierte. (Ebenda). Aber beides hätte nicht gereicht, so Liebknecht, dass die judenfeindliche Bewegung entstanden wäre. Dazu bedarf es eines „Funkens“, der „künstlich und absichtlich“ geworfen wurde. (Ebenda)

Dann schildert Liebknecht, dass die Herrschenden unter Führung Bismarcks einen „Sündenbock“ brauchten, um die Ausgebeuteten vom Kapitalismus abzulenken, und „dazu war dem Bismarck der *Jude* gerade recht“ (S. 30). Den werktätigen Massen warf man „den Juden als Sündenbock hin, und man ließ den Stoecker los, entfachte durch

ihn die Judenhetze! Der Jude musste für die Sünde des Kapitalismus und des raubritterlichen Junkertums büßen.“ (Ebenda)

Lieb knecht stellt also unmissverständlich klar, dass Judenfeindschaft als Mittel der Herrschenden im Klassenkampf eingesetzt wird.

Gegen religiöse Judenfeindschaft und für Religion als Privatsache

Lieb knecht betont, dass religiöse Judenfeindschaft nichts anderes als „verächtlich“ (S. 34) sei, um dann prinzipiell dazu Stellung zu beziehen, welche Haltung die Sozialdemokratie zur Religion hat.

„Religion ist Privatsache“ – so Lieb knecht, das ist im Programm der Sozialdemokratie verankert und dies gilt es zu verteidigen. (Ebenda) Die Bedeutung dieser Losung zu erklären, ist Lieb knecht auch deshalb wichtig, weil es auf dem Kölner Parteitag wohl Anträge gab, diesen Satz aus dem Programm zu streichen oder zu ändern.

Grundsätzlich führt Lieb knecht zur Frage der Religion aus, dass diese sich auflösen und durch Wissenschaft ersetzt werden wird und dass ersteres erst mit der Beseitigung des Kapitalismus möglich werde. Aber bis dahin gelte das Recht auf Religionsausübung jeder Religion und deshalb trete die Sozialdemokratie für die Religionsfreiheit ein. Es sei deshalb auch falsch, gegen Religion mit Gewalt vorzugehen, denn das stärke nur die Religion und die Kirche.

Wenn die Sozialdemokratie „die Staatsgewalt“ in ihre Hände bekommt, also nach der sozialistischen Revolution, gelte das Programm, „den Religionsgläubigen jeder Art die gleichen politischen und sozialen Rechte zu gewähren wie den Nichtgläubigen, und ihnen die absolute Freiheit ihrer Anschauungen zu sichern“ (S. 34 f.).

Das sind grundlegende kommunistische Positionen zur Frage der Religion.

Bei Lieb knecht finden sich zentrale Fehler im Kampf gegen die Judenfeindschaft. Das gilt insbesondere für seine Position, die Judenfeinde „ackern und säen“, die Sozialdemokraten „ernten“, die sich direkt gegen die richtige Position in der Sozialdemokratie richtete, dass Judenfeindschaft „durch und durch“ reaktionär ist. Lieb knecht macht

Zugeständnisse an judenfeindliche Vorurteile wie die vom angeblichen „jüdischen Wucher“ und er antwortet mit dem Verweis auf die Unterdrückung der jüdischen Bevölkerung als Ursache für „schlechte Eigenschaften“ der Jüdinnen und Juden eine weitere wichtige Frage falsch. Sein Kampf gegen den Rassismus der Judenfeinde ist verfehlt und er verwendet selbst rassistische Vorurteile in Bezug auf Menschen in Afrika.

Liebknachts Stärken sind, dass er es grundlegend ablehnt, von „christlichem“ und „jüdischem Kapital“ zu sprechen, was innerhalb der Sozialdemokratie eher selten vorkam, dass er sich klar gegen Rassismus, Nationalismus und religiöser Diskriminierung positioniert. Sehr positiv einzuschätzen ist Liebknachts Stellungnahme gegen religiöse Judenfeindschaft und im Zusammenhang damit die Haltung zur Religion. Hervorzuheben ist auch seine Position, dass Judenfeinde ins Gefängnis gehören. Er schätzt die Judenfeindschaft als reaktionäre Sozialdemagogie ein und erkennt, dass sie von den Herrschenden als Instrument im Klassenkampf genutzt wird. Für Wilhelm Liebknacht ist klar, dass nicht „der Jude“ der Feind ist, sondern der Kapitalist.

i) Bernsteins Artikel „Das Schlagwort und der Antisemitismus“ von 1893/94

Bernstein setzte sich in dem 9seitigen Artikel in der „Neuen Zeit“⁵²⁵ von 1893/94 mit zwei judenfeindlichen Schriften sowie einer sogenannten „philosemitischen“ Schrift auseinander.

Zunächst sollen die problematischen und falschen Punkte und dann die positiven Positionen Bernsteins dargestellt werden.

Schwächen des Artikels von Bernstein

Judenfeindschaft lediglich als von den aus dem Feudalismus kommenden Schichten und den Kleinbürgern ausgehend

Die Judenfeindschaft, so Bernstein, sei „der Rettungsstrick des bedrohten Privilegiums“ (S. 234). Bernstein schildert dann, für wen die Judenfeindschaft ein „Rettungsstrick“ ist. Der Antisemitismus gehe von den Junkern (feudalistische Großgrundbesitzer), Kleinbauern, Handwerkern und reaktionär orientierten Teilen der Zwischenschich-

ten wie Lehrer, Beamten usw. aus, um ihre „bedrohte“ Position zu sichern. (S. 234) Diese Darstellung ist sicherlich teilweise zutreffend, denn die Junker wollten ihre Ausbeutungsprivilegien schützen, und die anderen Schichten ihre jeweiligen Standesprivilegien gegen die angebliche oder auch tatsächlich vorhandene „jüdische Konkurrenz“.

Einige Aspekte zur Biografie von Eduard Bernstein (1850 Berlin – 1932 Berlin)

Bernstein wuchs in einer jüdischen Familie in Berlin auf. Anfang der 70er Jahre schloss er sich den Eisenachern an. Zunächst ein Anhänger Eugen Dührings, näherte er sich der kommunistischen Theorie durch das Studium von Engels' „Anti-Dühring“. Nach der Verhängung des sogenannten „Sozialistengesetzes“ 1878 emigrierte Bernstein in die Schweiz, wo er Mitarbeiter des sozialdemokratischen rechtsopportunistischen Mäzens Höchberg wurde und den etwa gleichaltrigen Kautsky kennenlernte.⁵²⁶ Von 1880 bis 1890 war Bernstein leitender Redakteur des „Sozialdemokrat“, des Zentralorgans der deutschen Sozialdemokratie. 1880 lernte er Marx und Engels in London kennen und es begann vor allem mit Engels eine rege Briefkorrespondenz, auch zu tagespolitischen Einschätzungen der anwachsenden judenfeindlichen Bewegung und der Haltung der proletarischen Klasse zur Judenfeindschaft. Nach seiner Ausweisung aus der Schweiz 1888 ging Bernstein nach London, wodurch seine Zusammenarbeit mit Engels durch den regelmäßigen persönlichen Kontakt noch enger wurde. Er war als Korrespondent des „Vorwärts“ tätig und schrieb auch Artikel für das theoretische Organ „Neue Zeit“. Auch nach Aufhebung des „Sozialistengesetzes“ blieb Bernstein in Deutschland steckbrieflich gesucht und kehrte erst 1901 zurück.

Aus heutiger Sicht ist Bernstein in erster Linie von Bedeutung, weil er nach dem Tod von Engels 1895 antrat, um offen Grundlagen des wissenschaftlichen Kommunismus anzugreifen und zu revidieren. „Die Bewegung ist alles, das Ziel ist nichts“ war das reformistische Leitmotiv, mit dem er der gewaltsamen proletarischen Revolution eine Absage erteilte.⁵²⁷ Sein revisionistisches Hauptwerk „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“ erschien 1899. Er trat aus dem Mitarbeiterstab der „Neuen Zeit“ aus und nutzte 1900 die „Sozialistischen Monatshefte“⁵²⁸, in denen auch zahlreiche sozialdemokratische Autorinnen und Autoren aus Russland veröffentlichten, als publizistische Plattform rechtsopportunistischer Kräfte innerhalb der SPD. Während der Novemberrevolution in Deutschland 1918/19 nahm Bernstein ganz offen eine konterrevolutionäre Haltung ein und trat 1919 – nach einem kurzen Intermezzo in der USPD – wie später auch Karl Kautsky in die Partei der Mörder Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts ein.

Nach 1918 publizierte er zu Themen Judentum, Zionismus unter anderem in den „Sozialistischen Monatsheften“, aber auch in der in New York erscheinenden jiddischsprachigen sozialdemokratischen Zeitung „Tsukunft“ und in den „Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“.

In einigen demokratischen Fragen nahm Bernstein auch nach seinem revisionistischen Verrat durchaus richtig Stellung (gegen die deutsche Kriegshetze gegen England vor Beginn des Ersten Weltkriegs, Protest gegen den Völkermord an den Armenierinnen und Armeniern 1916, für die Anerkennung der deutschen Kriegsschuld, gegen die Diskriminierung gleichgeschlechtlich orientierter Männer), es sticht aber negativ hervor, dass er die deutsche Kolonialpolitik mit dem Argument der nötigen „Zivilisierung“ rechtfertigte.⁵²⁹

Aber Bernstein sieht hier jedoch nicht, dass Judenfeindschaft vor allem auch ein Mittel der kapitalistischen Klasse ist, um gegen die Sozialdemokratie vorzugehen und den sich entwickelnden Klassenkampf von sich selbst abzulenken.

Keine grundsätzliche Zurückweisung des judenfeindlichen Instruments, mit Kriminalstatistiken zu jonglieren

Bei der Besprechung der zweiten judenfeindlichen Schrift versucht Bernstein, Kriminalstatistiken eines Judenfeindes immanent zu widerlegen, indem er nachweist, dass dieser übertreibt, da insbesondere seine Schlussfolgerungen aus den statistischen Daten „ausschließlich die für die Juden ungünstigste Lesart enthalten“ (S. 232). Bernstein geht offenbar davon aus, dass eine „wirklich auf die Ermittlung der Wahrheit gerichtete statistische Untersuchung“ sinnvoll wäre und die Judenfeinde damit der Lüge überführt werden könnten. (S. 232)

Angesichts des judenfeindlichen Instruments, mithilfe von Kriminalstatistiken einen angeblich größeren Anteil der jüdischen Bevölkerung am „Verbrechertum“ nachzuweisen, wird also versucht, auf immanente Weise nachzuweisen, dass die Statistik eigentlich die Judenfeinde widerlegen würde, ohne den Grundfehler des Hantierens mit Kriminalstatistiken zu bekämpfen.

Unzulässige Zugeständnisse an die judenfeindliche Denkfigur von den angeblichen „unangenehmen Eigenschaften der Juden“

Bernstein akzeptiert mit einer unwesentlichen Einschränkung, „dass in der Tat sich gewisse unangenehme Eigenschaften bei den Juden häufiger vorfinden, als bei Nichtjuden, wenn auch nicht in dem von

den Antisemiten angegebenen Verhältnis“ (S. 236). Er spricht verallgemeinernd von „den Juden“ und ist damit in die Falle der Judenfeinde getappt.

Als „unangenehme Eigenschaft“ benennt Bernstein dann, dass „die Juden“ zu „Agenten des entwickelteren Handels, der Geldwirtschaft“ wurden (im östlichen Europa seien sie das, laut Bernstein, „heute vielfach noch“, S. 236) und dass „die Juden ihre ökonomische Überlegenheit häufig genug zum Schaden der Personen ausübten, mit denen sie zu tun hatten“ (S. 236). Das zweite Zitat bezieht sich bei Bernstein zwar auf die Vergangenheit, ist aber mit seiner Verallgemeinerung genauso wie die pauschale Diffamierung der jüdischen Bevölkerung als „Agenten“ der Geldwirtschaft keine Beschreibung der Wirklichkeit, auch wenn durch das Wörtchen „häufig“ eine kosmetische Einschränkung eingefügt wird.

Bernstein versucht dies durch historische Umstände zu erklären, angelehnt an die Argumentation von Dohm, und erklärt, dass es dazu kam, liege nicht an „moralischer Verderbtheit“ der jüdischen Bevölkerung, sondern an dem „Einfluss von Verhältnissen“, über die die jüdische Bevölkerung „keine Macht besaß“ (S. 236), vor allem an der Ausgrenzung aus anderen Berufszweigen (S. 236).

Judenfeindschaft als angebliche „Vorstufe“ für den Sozialismus

Bernstein behauptet dann, dass der Antisemitismus zu Recht auch als „Sozialismus der dummen Kerls“ bezeichnet wurde. (S. 234)

Warum das richtig sei, erklärt er wie folgt: Die Judenfeindschaft sei angeblich

„das Zwischenglied, das sich zwischen den Sozialismus und die reaktionären Parteien schiebt – scheinbar als Damm gegen die Ersteren, tatsächlich als Vorstufe für denselben.“ (S. 234)

Die These von der Judenfeindschaft als „Vorstufe“ für den Sozialismus bedeutet, dass der Judenfeindschaft doch „positive Seiten“ abzugewinnen seien und sie eben nicht als „durch und durch reaktionär“ zu bekämpfen ist, wie Bernstein selbst zu Recht an anderer Stelle schreibt.

Aus ökonomischen Kämpfen gegen einzelne Fabrikbesitzer mit begrenzten Zielen kann die Erkenntnis wachsen, dass man die gesamte herrschende Klasse stürzen muss, dass die Errichtung des Sozialismus nötig ist. Aber aus Judenfeindschaft, aus dem Kampf gegen die jüdische Bevölkerung, lassen sich ein solcher Zusammenhang und eine solcher Prozess in keiner Weise entwickeln. Denn die Judenfeindschaft dient der Demoralisierung, der Spaltung und der Ablenkung vom eigentlichen Ziel des Klassenkampfes.

Illusionen über antisemitische Führer

Zu der Vorstellung von der Judenfeindschaft als „Vorstufe“ für den Sozialismus passt auch die Vorstellung Bernsteins, dass eine reale Chance bestehe, dass sogar führende antisemitische Agitatoren faktisch auf die Seite der Sozialdemokratie übergehen würden. Bernstein geht davon aus, dass „die antisemitischen Agitatoren immer mehr aus der scheinbaren in die tatsächliche Opposition gedrängt, und wo sie anfangs nur verleugnet wurden, schließlich wirklich verfolgt“ (S. 235) werden und sich so die Möglichkeit eröffne, dass sie „die Solidarität der Ausbeuter *aller* Konfessionen anerkennen, und dann direkt für die Sozialdemokratie arbeiten“ (S. 235).

Anstatt die antisemitischen Agitatoren mit wirklichem Klassenhass als verbrecherische Demagogen zu entlarven, schürt Bernstein hier Illusionen, dass diese Judenfeinde wegen des Drucks der Verfolgung, die es durchaus hier und da gegeben hat, eines Tages zu Kämpfen gegen den Kapitalismus werden könnten.

Stärken des Artikels von Bernstein

Entlarvung von Methoden und Denkfiguren der Judenfeinde

Bernstein weist in seinem Artikel nach, dass der Autor der ersten von ihm besprochenen judenfeindlichen Schrift, alles, was „er irgendwo an judenfeindlichen Behauptungen und Erzählungen gefunden“ hat, benutzt, um den „Beweis“ zu führen, dass „die Juden und der Liberalismus die Urheber allen Übels sind, das heut in der Welt besteht“ (S. 229). Hier wird deutlich, dass die Judenfeinde mit der Denkfigur einer sogenannten jüdischen Weltverschwörung arbeiten.

Bernstein deckt auch auf, dass dieser Judenfeind nicht nur ein Fälscher ist, sondern auch mit der Methode der Übertreibungen und einseitigen Schilderungen gegen „die Juden“ arbeitet, um der jüdischen Bevölkerung sowohl die Rolle des „Übeltäters“ als auch die „Rolle des Verführers“ anzudichten, um ihr wirklich „alle Übel“ in die Schuhe zu schieben. (S. 230)

Entlarvt wird auch die antikapitalistische Demagogie der Antisemiten, indem Bernstein klarstellt, dass der Antisemitismus sich „antikapitalistisch gebärden muss“ (S. 235).

Judenfeindschaft dient der Ablenkung vom Kampf gegen die Herrschenden

Bernstein setzt dann seine Entlarvung und Widerlegung des Judenfeinds wie folgt fort:

„jede Zeile verrät die Hand des Fälschers und den Zweck der Fälschung: die Ablenkung der gegen die Privilegien des feudalen Großgrundbesitzes gerichteten Angriffe.“ (S. 229)

Verdeutlicht wird hier eine wesentliche Funktion der Judenfeindschaft: sie dient der Ablenkung vom Kampf gegen die herrschenden Klassen (hier dem feudalen Großgrundbesitz).

Judenfeindschaft ist „dem Wesen nach durch und durch reaktionär“ und richtet sich gegen die jüdische Gleichberechtigung

Bernstein charakterisiert den Antisemitismus richtig als „dem Wesen nach durch und durch reaktionär, denn sein Ziel ist unter allen Umständen die Aufhebung des Prinzips der zivilen Gleichberechtigung.“ (S. 234 f.) Und dies bedeutet, dass die Judenfeindschaft sich gegen alle Jüdinnen und Juden richtet, da er die jüdische Gleichberechtigung beseitigen und das „Prinzip der zivilen Gleichberechtigung“ aufheben will.

Aufruf zum Kampf gegen den Antisemitismus

Bernstein formuliert auch einen Aufruf zum Kampf gegen den Antisemitismus. Es gehe darum, dass sich „die Sozialdemokratie den Schlagworten der Antisemiten gegenüberstellt“ und „das reaktionäre Wesen des Antisemitismus bloßlegt“ (S. 235).

Die richtige Kritik an der Verwendung des Begriffs „Philosemitismus“ als indirekte Polemik gegen Mehring

Bernstein befasst sich im Zusammenhang mit seiner Kritik an dem Buch eines Autors, den er selbst zunächst als „philosemitisch“ kennzeichnet, mit dem Begriff „Philosemitismus“. Zu Beginn fragt Bernstein: „Was heißt philosemitisch?“ Seine Antwort lautet, dass „philosemitisch mit judenfreundlich zu übersetzen“ (S. 233) sei.

Weiter heißt es dann zum „Philosemitismus“:

„Das ist aber ein sehr vieldeutiges Wort. Es kann etwas sehr Legitimes bezeichnen, lediglich eine gewisse Sympathie mit den Juden, die weder eine Verurteilung notorischer Fehler, noch Zurückweisung etwaiger Überhebungen derselben ausschließt. Es kann aber auch heißen: Liebedienerei vor dem kapitalistischen Geldjudentum, Unterstützung eines jüdischen Chauvinismus, Beschönigung von Juden begangenen Unrechts, von Juden entwickelter hässlicher Eigenschaften. In diesem letzteren Sinne wird es denn auch gelegentlich als Schlagwort in der sozialistischen Presse gebraucht, und an sich wäre gewiss nichts dagegen einzuwenden. Aber es ist mehr noch ein Schlagwort der Antisemiten, die es gegen Jedermann anwenden, der nicht in ihre unbedingte Verdonnerung der Juden und in ihre Forderung auf Entrechtung der Juden einstimmt, und dies lässt es mir fraglich erscheinen, ob es wohlgetan ist, ihm durch die obige Anwendung eine gewisse Legitimierung auf den Weg zu geben.“ (S. 233)

Auch hier schreibt Bernstein im ersten Teil des Zitats wieder pauschalisierend von „den Juden“ und differenziert nicht, sondern formuliert so, als würden angebliche „notorische Fehler“ und „Überhebungen“ auf alle Juden zutreffen. Zusätzlich benutzt er den Begriff „kapitalistisches Geldjudentum“, der unzweifelhaft aus dem Arsenal der Judenfeinde stammt. Doch das ist so weit nichts Neues.

Neu und wichtig ist hingegen der Hinweis, dass der Begriff „Philosemitismus“ eigentlich ein „Schlagwort der Antisemiten“ ist und deshalb von der Sozialdemokratie nicht benutzt werden sollte.

Die Bezeichnung „Philosemit“ wurde schon 1880 vom Judenfeind Treitschke als Beschimpfung verwendet und von den Judenfeinden synonym mit „Judenfreund“, „Judengenossen“ oder „Judenknecht“ eingesetzt, um Kämpfer und Kämpferinnen gegen die Judenfeindschaft zu diffamieren.

Aus internen Briefwechseln ist bekannt, dass Bernstein hier in erster Linie gegen Mehring polemisiert, aber dabei besonders behutsam vorgehen wollte, wie es damals leider in der deutschen Sozialdemokratie üblich war. Aber es ist immerhin eine Gegenposition, wobei klar wird, dass Bernstein ganz anders gewichtet. Der Akzent bei Bernstein liegt klar auf dem Kampf gegen den Antisemitismus.*

Zu den Schwächen des Artikels von Bernstein gehört zweifelsfrei die falsche These von der Judenfeindschaft als „Vorstufe“ für den Sozialismus und die Bindung des Antisemitismus an die aus dem Feudalismus hervorgegangenen und die kleinbürgerlichen Schichten. Es gibt auch Zugeständnisse hinsichtlich der angeblich bei Juden häufiger vorkommenden „unangenehmen Eigenschaften“. Dem entgegen steht Bernsteins richtige Erklärung, dass die Judenfeindschaft der Ablenkung vom Kampf gegen die Herrschenden diene und dem „Wesen nach durch und durch reaktionär“ sei. Wobei dann eigentlich die These von der „Vorstufe“ unlogisch und unverständlich wird. Die eigentliche Pointe des Artikels und der bleibende Wert ist jedoch in der – sicherlich noch allzu vorsichtigen – Zurückweisung des faulen Meh-

* Bernstein schreibt in einem Brief an Karl Kautsky vom 2.5.1893, dass er gegen die „bis zu einem gewissen Grade auch von Mehring beliebte Behandlung der ‚Judenfrage‘ zu polemisieren gedenke – natürlich ohne jede Gehässigkeit. Aber ich glaube, es ist an der Zeit, die Falschheit der Gegenüberstellung: Antisemitismus – jüdisches Kapital in *unserer* Presse nachzuweisen [...]. Ferner finde ich, dass das Wort Philosemitismus, das an sich schon ein sehr schielendes Wort ist, von unseren Journalisten in einem sehr irreleitenden Sinn gebraucht wird [...]. Und darum ist es notwendig, dass wir, statt mit seinen Schlagworten (des Antisemitismus, A. d. V.) zu operieren, die Falschheit derselben bloßlegen.“ (Eduard Bernsteins Briefwechsel mit Karl Kautsky, eingeleitet und herausgegeben von Till Schelz-Brandenburg, Frankfurt/New York 2011, S. 190 f.)

ring'schen Konstrukts vom „Philosemitismus“ zu sehen, womit zumindest einen Ansatz zur Auseinandersetzung innerhalb der Sozialdemokratie gegeben war.

j) Judenfeindliche Tendenzen innerhalb der II. Internationale

Auch innerhalb der II. Internationale gab es judenfeindliche Tendenzen. Abraham Cahan* schlug auf dem Kongress der II. Internationale 1891 in Brüssel vor, die Frage der Judenfeindschaft auf dem Kongress zu behandeln. Cahan ließ sich von seinem Vorhaben nicht abbringen und das Thema Judenfeindschaft wurde auf dem Kongress diskutiert. Cahans Begründung zielte vor allem darauf ab, ein Zeichen gegen Judenfeindschaft zu setzen, die, wie Cahan ausführte, in mehreren Ländern einen „Bürgerkrieg“ verursacht habe, wobei er wohl vor allem das zaristische Russland im Blick hatte. Dagegen müsse Stellung genommen, die angegriffenen Juden und Jüdinnen müssten verteidigt und man müsse sich mit ihnen solidarisch erklären. Cahan führt dazu aus:

„Man verlangt von euch, zu erklären, dass das nicht wahr ist, dass ihr Feinde aller Ausbeuter, ob Juden oder Christen, seid und dass ihr ebenso viel Sympathie für die jüdischen Arbeiter wie für die christlichen habt.“⁵³⁰

Cahan brachte einen entsprechenden Antrag ein, der jedoch im offensichtlich unzureichend geführten Protokoll des Kongresses nicht veröffentlicht wurde.

Gegen Cahan sprach der belgische Sozialist Jean Volders. Eine Solidaritätserklärung für die verfolgte jüdische Bevölkerung sei nicht nötig, denn die Sozialdemokratie sei ja überall gegen Ausbeutung und

* Abraham Cahan (1860–1951) war aus dem zaristischen Russland in die USA geflüchtet. Er vertrat die Jiddisch sprechenden Arbeiterinnen und Arbeiter der Socialist Workers Party der USA als Delegierter auf dem Kongress der II. Internationale. Ab 1897 war Cahan in den USA Herausgeber des jiddischen „Forverts“ („Vorwärts“). Der „Forverts“ sollte eine der weltweit meistverbreiteten jiddischsprachigen Zeitungen mit rund 250.000 Leserinnen und Lesern in den frühen 1920er Jahren werden. (Alle Angaben aus: Stillmann, Yankl: Ab. Cahan Meets Friedrich Engels, 7.12.2008, <https://jewishcurrents.org/ab-cahan-meets-friedrich-engels/>)

für die Ausgebeuteten, so sein Hauptargument. Volders schlug dann vor, lediglich „antisemitische Aufhetzung zu verdammen“.⁵³¹

Besonders judenfeindlich traten danach die Blanquisten Regnard und Agyriades auf. Sie verwiesen auf „jüdische Banken“, die „uns alle“ ruinieren und darauf, dass es auch „philosemitische“ Agitation geben würde.

Gegen diese judenfeindlichen Positionen trat Cahan zu Recht auf. Er fragte rhetorisch, woher denn der Ausdruck „Philosemitismus“ stammen würde? Wo haben Juden Christen verfolgt? Wo es jüdische Pogrome gegen Christen gegeben hätte? Warum jüdische Bankiers herausgegriffen würden? Ein Bankier, so Cahan, sei ein Bankier, ob Jude oder nicht.⁵³² Danach folgte wohl noch eine Debatte zwischen den erwähnten Blanquisten und Cahan, die jedoch im Protokoll nicht dokumentiert ist.

Der Kongress verabschiedete dann eine völlig verfehlte Erklärung entgegen den Ausführungen von Cahan gegen „antisemitische und philosemitische Hetzereien“.⁵³³

k) Wie die Marx'sche Frühschrift von 1844 in der Auseinandersetzung über Judenfeindschaft benutzt wurde

Die Marx'sche Schrift aus dem Jahr 1844, in der Marx gegen Bruno Bauers⁵³⁴ judenfeindliche Schrift „Zur Judenfrage“ polemisiert, spielte in der Zeitspanne bis 1894 nur sporadisch eine Rolle⁵³⁵. Dies änderte sich in der Zeitspanne danach, in der häufiger auf diese Schrift zurückgegriffen wurde.

Zunächst soll hier kurz Inhalt und Problematik der Schrift von Marx vorgestellt werden.*

Diese Schrift von Marx ist eine kritische Besprechung zweier Texte des Judenfeindes Bruno Bauer: „Die Judenfrage“ und „Die Fähigkeit der heutigen Juden und Christen, frei zu werden“. Als Titel dieser von

* Eine ausführliche Einschätzung der Marx-Schrift ist zu finden in: Autorenkollektiv, Zum Kampf von Karl Marx gegen Judenfeindschaft. Stärken und Probleme des Kampfs von Karl Marx für jüdische Emanzipation und gegen den Judenfeind Bruno Bauer (1844/45), Offenbach 2014

Marx verfassten Besprechungen wurde von der Redaktion der Deutsch-Französischen Jahrbücher faktisch der Titel der Bauer-Schrift übernommen: „Zur Judenfrage“. Die Analyse des Texts der Marx-Schrift arbeitet Stärken, Schwächen und Probleme der Schrift heraus.

In einem längeren, grundlegenden ersten Teil seiner Schrift verliert Marx als revolutionärer Demokrat mit kommunistischer Perspektive das Verhältnis von Tageskampf und dem Kampf für die Abschaffung von Ausbeutung und Unterdrückung nicht aus dem Auge. Er klärt das richtige Verhältnis von notwendigen Tageskämpfen zu dem noch notwendigeren Kampf um die sozialistische Revolution auf dem Weg zum Kommunismus, wenn auch noch in sehr allgemeinen Formulierungen.

Bei einer Beurteilung dieses ersten Teils muss ohne Einschränkung klargestellt werden: Marx ist – auch aus tagespolitischer Sicht – eindeutig, unversöhnlich und ohne die geringste Schwankung für die Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung eingetreten, gegen alle pseudoradikalen Argumente Bauers. In dieser politischen Hinsicht ist der radikal-demokratische Standpunkt von Marx sowohl in der damaligen Zeit als auch im Hinblick auf die zukünftige Politik der Bewegung der proletarischen Klasse vorbildlich. Er widerlegt schlagend theoretische Winkelzüge, welche die politische Emanzipation der jüdischen Bevölkerung an irgendwelche späteren Bedingungen zu knüpfen versuchen. Er steht auf dem Standpunkt, dass diese Emanzipation ohne Einschränkungen „jetzt und sofort“ erkämpft werden muss.

Die eigentliche Problematik des Textes von Marx besteht nicht in diesem ersten Teil, sondern in den ca. sechs Seiten des zweiten Teils. Durch die Übernahme von Formulierungen althergebrachter antijüdischer Klischees können diese sechs Seiten keinesfalls als vorbildlich gelten oder gar in Zitaten oder durch Formulierungsübernahme im aktuellen Kampf gegen judenfeindliche Ideologie verwendet werden. Dies wird nicht zuletzt auch an der Verwendung dieser Passagen in der proletarischen Bewegung durch judenfeindliche Demagogen bis hin zur Nutzung durch die Nazi-Propaganda oder auch durch aktuelle judenfeindliche Strömungen deutlich.

Marx nahm Bruno Bauer beim Wort und versuchte immanent nachzuweisen, dass Bauers scharfe Kritik am angeblichen jüdischen Egoismus nun wahrlich auch und gerade gegen den christlichen Egoismus, gegen die Kernideologie des Kapitalismus, gerichtet werden muss. Marx streitet mit Bauer nicht darüber – obwohl es nötig gewesen wäre –, ob nun im Mittelalter tatsächlich die Juden die Träger des Wuchers und des Kapitalismus waren oder nicht. Er verweist nicht auf Kreuzzüge und judenfeindliche Pogrome. Er widerspricht nicht der Gleichsetzung von Juden als angeblichen Ausbeutern durch Bruno Bauer für die Vergangenheit und teilweise für die Gegenwart. Er diskutiert die Frage nicht, ob dies damals wirklich so war. Aber eines ist unbestreitbar bei den Ausführungen von Marx: Das, was den Juden zu Recht oder zu Unrecht zugeschrieben wird, das kennzeichnet unzweifelhaft den christlichen Staat und die kapitalistische Gesellschaft. Die Juden werden als Ausbeuter titulierte oder beschimpft, aber alles, was den Juden vorgeworfen wird, charakterisiert doch letztlich den christlich-kapitalistischen Staat und jene, die diese Anklagen erheben, um von den kapitalistischen Ausbeutungsverhältnissen abzulenken.

Vorteil und Nachteil dieses Verfahrens müssen gesondert betrachtet werden: Dass Marx dem Streit über die real existierende jüdische Bevölkerung und der Geschichte der Judenfeindschaft aus dem Weg geht, hat den Vorteil, dass der Logik nach ganz deutlich wird: Aktuell geht es nicht um Juden oder Christen, sondern um Kapitalismus. Dieser Streit ist ein Manöver, das von der Notwendigkeit einer allgemein menschlichen Emanzipation, von der Notwendigkeit des Kommunismus ablenkt.

Der Nachteil dieses Verfahrens ist allerdings auch erheblich. Dadurch, dass er die Klischees über „Alltagsjuden“ für die Vergangenheit und teilweise für die Gegenwart nicht widerlegt, sondern nur als Ablenkungsmanöver charakterisiert, ist diese Schrift keine Schrift gegen die Fälschung der Geschichte der jüdischen Bevölkerung. Die letzten sechs Seiten der Schrift sind also auch keine Hilfe in der Widerlegung der judenfeindlichen Verdrehungen und Vertuschungen der realen Verfolgungsgeschichte und antijüdischen Diffamierungen, wie sie insbesondere seit den Kreuzzügen und seit Martin Luther für das Verständnis der deutschen Geschichte wesentlich sind.

Es war die Aufgabe der Marxisten in der deutschen Sozialdemokratie, auf den Kampf für die Aufklärung über Judenfeindschaft, über die reale Geschichte der Verfolgung der jüdischen Bevölkerung zu bestehen, möglichst alle Lücken und Mängel in dieser Hinsicht selbstkritisch zu bekämpfen und zu überwinden und im Sinne von Marx auch an die Schrift „Zur Judenfrage“ kritisch heranzugehen.

Die Schrift wurde erstmals 1844 in den „Deutsch-Französischen Jahrbüchern“⁵³⁶ veröffentlicht. Der Verbreitungsgrad war jedoch sehr gering. Ein großer Teil der Exemplare fiel in die Hände der preußischen Polizei.

Einen größeren Wirkungskreis erhielt die Schrift erst ab den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts. 1872, also fast drei Jahrzehnte nach der Erstveröffentlichung, gab es teilweise oder vollständige Abdrucke durch die deutsche Sozialdemokratie. Eduard Bernstein, Wilhelm Liebknecht, Franz Mehring und August Bebel rezipierten die Marx-Schrift und versuchten häufig, gerade die letzten sechs Seiten der Schrift, die äußerst problematisch sind und nur im Kontext richtig eingeschätzt werden können, zu benutzen, um den damaligen Judenfeinden entgegenzutreten.

Ein erster, nur teilweiser Nachdruck von „Zur Judenfrage“ erfolgte 1872 im „Neuen Social-Demokrat“, dem unter Leitung von Wilhelm Hasselmann* stehenden Zentralorgan der Lassalleaner. Nachdem Hasselmann wegen judenfeindlicher Schmähungen seiner politischen Konkurrenten, der Eisenacher, kritisiert worden war, ließ er den zweiten Teil, das heißt die letzten sechs Seiten der Marx-Schrift abdrucken. (Neuer Social-Demokrat. Nr. 109, 20.9.1872) Im Vorwort erklärte Hasselmann, dass der abgedruckte Teil angeblich eine „Definition des Judentums“ durch Marx sei. Der Kern der Aussage von Marx, dass die

* Wilhelm Hasselmann (1844–1916) war Redakteur des Lassall'schen „Der Neue Sozialdemokrat“. Ende der 70er Jahre gründete er sein Organ „Die Rote Fahne“. Er emigrierte 1880 nach Belgien und England, wo er mit Johann Mosts „Freiheit“ zusammenarbeitete und ging schließlich in die USA. Johann Most war ebenso wie der Lassalleaner Hasselmann ein Anhänger dieser Position. 1878 emigrierte er nach England. Weil er die Ermordung von Zar Alexander II. öffentlich begrüßt hatte, wurde er zu 16 Monaten Zwangsarbeit verurteilt und 1882 ausgewiesen. Most wurde 1890 aus der SPD wegen Befürwortung der Politik des „Terrorismus“ ausgeschlossen.

Christen, dass die kapitalistische Gesellschaft eben genau das repräsentiert, was man den Juden vorwirft, wird so direkt verfälscht.

Eduard Bernstein war Chefredakteur des Zentralorgans „Der Sozialdemokrat“, das wegen des „Sozialistengesetzes“ in der Schweiz in kleiner Auflage erschien.⁵³⁷ Die Judenfeindschaft nahm wieder zu und es stand die Frage: Hat Marx nicht etwas dazu geschrieben? Ja, das hatte er. Warum nun in der Zeitschrift ausgerechnet nur der missverständliche zweite Teil der Schrift von Karl Marx abgedruckt wurde und damit popularisiert wurde, ob es auch darum ging, den Abdruck nicht allein Hasselmann zu überlassen, sei dahingestellt. Dass es hier ein Problem gab, war der Redaktion wohl bewusst.

Denn: In den Nummern 27 und 28 des „Sozialdemokrat“⁵³⁸ wurde 1881 nur der zweite Teil der Schrift mit einer Vorbemerkung abgedruckt.* In der Vorbemerkung heißt es, der Abdruck erfolge „angesichts der aktuellen Bedeutung, welche die Judenfrage heute wiedererlangt hat“. Es sei deshalb von großem Interesse, auf die Marx-Schrift hinzuweisen, „dessen Inhalt durch die fast vierzigjährige Entwicklung, die seiner Abfassung folgte, nur bestätigt wurde“. Allerdings sei der Artikel für einen kompletten Abdruck zu lang. Man beschränke sich daher nur auf die „unseres Erachtens nach wichtigste Stelle, welche die *soziale Bedeutung des Judentums behandelt*“ (ebenda). Die folgende Warnung wird dem nachgeschoben:

„Indem wir das tun, glauben wir indes unsere Leser davor warnen zu müssen, einzelne leichtverständliche Stellen aus dem Zusam-

* Auch dieser Abdruck erfolgte also noch zu Lebzeiten von Marx. Eine Äußerung von Marx oder auch Engels zum teilweisen Abdruck der Marx-Schrift ist uns nicht bekannt. Dass Marx und Engels von der Veröffentlichung dieser Auszüge in der sozialdemokratischen Presse gewusst hatten – sie lebten ja in London und hatten sicherlich nicht die gesamte sozialdemokratische Tagespresse tagtäglich verfolgt –, ist zwar möglich, aber es gibt keinen Hinweis oder Beleg dafür. Marx und Engels haben am versuchten Abdruck ihrer Frühschriften immer wieder Kritik geübt und darauf hingewiesen, dass diese Schriften lediglich noch „historische Aktenstücke“ seien. Siehe hierzu genauer: Autorenkollektiv, *Zum Kampf von Karl Marx gegen Judenfeindschaft. Stärken und Probleme des Kampfs von Karl Marx für jüdische Emanzipation und gegen den Judenfeind Bruno Bauer (1844/45)*, Offenbach 2014, S. 89 ff.

menhang herauszureißen, sie laufen sonst Gefahr, gerade das Gegenteil von dem anzunehmen, was Marx, unserer Ansicht nach, vortrefflich entwickelt.“ (Ebenda)

Diese Warnung ist mehr als berechtigt. Denn das, was Marx „vortrefflich entwickelt“, konnte sehr leicht ins Gegenteil verkehrt werden, weil es eben, was die Verständnismöglichkeit betrifft, nicht vortrefflich ist. Umso mehr muss unterstrichen werden, dass die große Gefahr existierte, „das Gegenteil von dem anzunehmen“, was Marx wirklich ausgeführt hat. Das zeigt sich auch darin, dass es keineswegs so war, wie der Verfasser der Vorbemerkung behauptet, dass Marx in diesem Teil die „soziale Bedeutung des Judentums“ behandelt.

Die Fortsetzung der Vorbemerkung verwirrt dann mehr, als sie erklärt. Es heißt weiter:

„dass nämlich der so genannte jüdische Geist ein Produkt der bürgerlichen, auf der kapitalistischen Produktionsweise basierten Gesellschaft ist, die, wo sie keine orientalischen Juden vorfindet, christliche Juden, in Amerika z. B. christlich-germanische Juden, erzeugt. Vielleicht nehmen wir später Gelegenheit, an Verhältnissen der Gegenwart die Marxschen Ausführungen zu illustrieren.“ (Ebenda)

Es lohnt sich der Versuch, diese Zeilen zu entwirren. In der Tat, die üble Gleichsetzung von Ausbeutung, Wucherei und Kapitalismus mit „jüdischem Geist“ muss angeprangert werden, es ist eben ein sogenannter „jüdischer Geist“, eine Konstruktion, eine Diffamierung. Wenn nachweislich, sarkastisch ausgedrückt, christliche Germanen, etwa in Amerika, Ausbeutung und Kapitalismus repräsentieren, könnte man sie dann nicht als „christlich-germanische Juden“ bezeichnen? Diese Pointe lässt einen eher erschauern, zumal die Abgrenzung von den „orientalischen Juden“ völlig unverständlich bleiben muss. So wichtig die Warnung vor der Entstellung von Marx ist, so undurchsichtig und verwirrend sind diese Ausführungen, die nur beweisen, dass eine wirkliche Auseinandersetzung mit der Schrift von Marx nicht stattgefunden hat.

Ein dritter Abdruck des Textes von Marx, diesmal nicht in Auszügen, sondern vollständig, erfolgte im zentralen Blatt der Sozialdemokratie

ab 10. Oktober 1890 als Fortsetzungsfolge im „Berliner Volksblatt“, dessen Chefredakteur Wilhelm Liebknecht war.⁵³⁹ Als Grund für den Abdruck wird in der kurzen, hier vollständig zitierten Vorbemerkung angeführt:

„In den ‚Deutsch-französischen Jahrbüchern‘, herausgegeben von Arnold Ruge und Karl Marx, Paris 1844, findet sich Seite 182 bis 214 der berühmte, und gerade in neuester Zeit seines aktuellen Interesses halber häufig erwähnte Aufsatz von Marx über die Judenfrage. Da die ‚Deutsch-Französischen Jahrbücher‘ im Buchhandel nicht mehr zu haben und überhaupt nur noch in wenigen Exemplaren vorhanden sind, und die Herausgabe der gesammelten Schriften von Marx, welche eine Ehrenpflicht für das Proletariat ist, sich noch längere Zeit hinausziehen dürfte, so wollen wir die geniale Arbeit des werdenden Meisters, die bisher nur einer kleinen Minderheit bekannt war, dem deutschen Volke zugänglich machen, indem wir sie in den Spalten unseres Blattes veröffentlichen.“

Zunächst sei dahingestellt, ob dieser Artikel wirklich häufig erwähnt wurde, aber das eigentliche Problem ist, dass auch der geringste Hinweis darauf fehlt, ob bestimmte Passagen dieser Schrift sich nicht gerade dazu eignen, aus dem Zusammenhang gerissen und ins Gegenteil verkehrt zu werden, wie es ja bereits nachweislich geschehen war.

Durch die Kennzeichnung als „geniale Arbeit“ wird ein kritisches Herangehen an diese gesamte Schrift nicht gerade gefördert. Im Gegenteil. Nach dem Abdruck selbst nutzte dann Mehring in dem besprochenen Artikel „Kapitalistische Agonie“^{*} den Marx-Text, wie er

^{*} In dem Artikel „Drillinge“ (1894) geht Mehring erneut auf die Schrift von Marx ein. Mehring schreibt am Schluss einer Zusammenfassung der Marx-Schrift Folgendes: „Beseitigt den Schacher und ihr seid den Juden los. So der Standpunkt von Marx.“ (Mehring, Franz: Drillinge, Neue Zeit, XII. Jg. 1893/94, Bd. II, August 1894, Nr. 45, S. 581) Dieser Satz zeugt von dem völligen Unverständnis dessen, was Marx sagen wollte und gesagt hat. Die Schlusspointe „und ihr seid den Juden los“ ist jene in der Sozialdemokratie offensichtlich geduldete Verfälschung der Marx-Schrift. Marx ging es nicht darum, „den Juden loszuwerden“, sondern er hat in oft schwierigen sprachlichen Wendungen damit gespielt, dass das, was die Judenfeinde „jüdischen Geist“ nennen, eigentlich Kapitalismus ist und nicht „der Jude“, sondern der Kapitalismus beseitigt werden muss.

gerade nicht verwendet werden durfte. Die Ansichten von Bauer wurden auch in der Folge in der Geschichte der Sozialdemokratie immer wieder verantwortungslos als angebliche Ansichten von Marx verwendet. Auf diese Frage wird im nächsten Band noch einmal einzugehen sein.

Auch Bebel als Vorsitzender der Partei stand nun offensichtlich unter dem Druck, sich zu der Schrift von Marx äußern zu müssen.

Dies geschah jedoch noch nicht in der Rede auf dem Parteitag 1893, aber dann in der als Broschüre herausgegebenen Rede 1894.⁵⁴⁰

In der Version von 1894 ist vor allem hervorzuheben, dass Bebel nun aus Marx' „Zur Judenfrage“ Passagen zitiert, die Marx 1844 gegen den Judenfeind Bruno Bauer geschrieben hat. Die Marx'sche Schrift enthält einen sechs Seiten langen zweiten Teil, der – wie gesagt – sehr schwer zu verstehen und teilweise sehr problematisch ist.

Bebel zitiert ausgerechnet daraus eine Passage, in der Marx Bauer paraphrasiert, ohne in den Gedankengang von Marx wirklich einzusteigen, und kommt dann zu seiner eigenen Auslegung:

„Marx sagt also: Unsere ganze Gesellschaft ist Schacher und Streben nach Geld und damit eine jüdische Gesellschaft; das, was man dem Juden, weil er Jude ist, zuschreibt, ist in Wahrheit die Natur unserer bürgerlichen Gesellschaft.“ (S. 13)

Der Widerspruch liegt auf der Hand. Der erste Teil des Satzes, losgelöst vom zweiten Teil, wäre völlig falsch. Der zweite Teil des Satzes klärt dann, dass es sich um eine Konstruktion, eine Zuschreibung handelt, die die Wahrheit verfälscht. Die kapitalistische Gesellschaft ist eben keine jüdische Gesellschaft. Das ist eine judenfeindliche Diffamierung. Das hat Bebel wohl erkannt und das ist eine sehr wichtige Bemerkung. Aber schon im nächsten Satz wird diese Erkenntnis zu Schall und Rauch. Bebel fährt wie folgt fort:

„Wollen wir also den Juden von diesen eigentümlichen Charaktereigenschaften befreien, so kann das nur geschehen, indem wir die Gesellschaft davon befreien. *Mit der bürgerlichen Gesellschaft fällt auch das dem Juden eigentümliche Wesen.*“ (S. 13)

Jetzt ist auf einmal nicht mehr von einer Zuschreibung die Rede, sondern von „eigentümlichen Charaktereigenschaften“ die „den Juden“ eigen seien, so als wären sie Realität. Hier wird sichtbar, wie schwer sich nicht nur Bebel, sondern die Sozialdemokratie überhaupt mit diesen Fragen tat, wo oft innerhalb eines Satzes oder Absatzes das Gegenteil dessen gesagt wird, was gerade vorher geschrieben wurde.

Also auch die Rede Bebels in der gedruckten Fassung von 1894 liefert zwar den Ansatz für eine richtige Interpretation, verbleibt aber insgesamt in der üblichen falschen Deutung der Schrift von Marx.

3. Zum Kampf gegen Judenfeindschaft im Zentralorgan der Sozialdemokratie

Das Zentralorgan der Partei war ein wichtiges Instrument für die politische Propaganda der Sozialdemokratie. Die Auflagen des Zentralorgans variierten stark und waren während des „Sozialistengesetzes“ am niedrigsten, weil es illegal verbreitet und im Ausland hergestellt werden musste. Die Auflage allein spiegelt nicht wider, wie viele Menschen sich tatsächlich mit dem Zentralorgan beschäftigt haben. Exemplare wurden vor allem während des „Sozialistengesetzes“ weitergegeben und eine Ausgabe erreichte so eine Vielzahl von Leserinnen und Lesern.

Vier Etappen des Erscheinens des Zentralorgans müssen unterschieden werden:

Erstens. **„Der Volksstaat“** erschien vom 1869 bis 1876 dreimal wöchentlich. Verantwortlicher Redakteur war zuerst Wilhelm Liebknecht, dann Adolf Hepner. 1873 betrug die Auflage 7.000.⁵⁴¹ Im „Volksstaat“ erschienen auch Artikel von Marx und Engels.

Zweitens. Der **„Vorwärts“** erschien in Leipzig von 1876 bis 1878 dreimal wöchentlich und war das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie in dieser Zeitspanne unter der Redaktion von Wilhelm Liebknecht und Wilhelm Hasenclever* nach dem Vereinigungsparteitag von Gotha 1875. Die Kritik von Engels an Dühring wurde in Teilen im „Vorwärts“ abgedruckt. Während der Zeit des „Sozialistengesetzes“ wurde das Erscheinen des „Vorwärts“ eingestellt. 1876 betrug die Auflage 12.000.⁵⁴²

Drittens. Ab 1879 wurde **„Der Sozialdemokrat“** zum Zentralorgan der Sozialdemokratie. Er erschien in der Zeit von 1879 bis 1888 zu-

* Wilhelm Hasenclever (1837–1889) war der letzte Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV). 1881 veröffentlichte Hasenclever unter dem Pseudonym Wilhelm Revel die jüdenhetzerische Schrift: „Der Wahrheit die Ehre. Ein Beitrag zur Judenfrage in Deutschland“ (Nürnberg 1881). Hasenclevers Autorenschaft wurde jedoch erst nach seinem Tod 1889 bekannt. Siehe Heid, Ludger/Vinchen, Klaus-Dieter/Heid, Elisabeth (Hrsg.), Wilhelm Hasenclever. Reden und Schriften, Bonn 1989, S. 12

nächst in Zürich und von 1888 bis 1890 in London mehrmals die Woche. 1884 belief sich die Auflage auf 9.000.⁵⁴³ Die Zeitung wurde zunächst kurze Zeit von Georg von Vollmar, ab 1881 von Eduard Bernstein redigiert und von Paul Singer herausgegeben. Marx und Engels gaben in Briefen wichtige Hinweise, um die Linie der Zeitung revolutionär auszurichten. Ab 1882 druckte „Der Sozialdemokrat“ Artikel von Engels ab.⁵⁴⁴

Viertens. Nach der Aufhebung des „Sozialistengesetzes“ 1890 wurde „Der Sozialdemokrat“ eingestellt. Ab 1884 erschien in Berlin die Zeitung „**Berliner Volksblatt**“. Sie hatte große Bedeutung, war auflagenstärker als „Der Sozialdemokrat“ und wurde ab 1891 zum neuen Zentralorgan unter dem Titel „**Vorwärts – Berliner Volksblatt**“⁵⁴⁵ mit 25.000 Abonnenten. Das neue Zentralorgan erschien täglich, außer Montag. Der erste Chefredakteur war Wilhelm Liebknecht.

Im Folgenden soll ein Überblick über Schwächen und Stärken des Kampfs gegen Judenfeindschaft im Zentralorgan der Sozialdemokratie gegeben werden.* Die Schwächen dieses Kampfes werden nur kurz skizziert, wenn sie im Kern die Fehler aus den Artikeln der „Neuen Zeit“ wiederholen. Sind es neue Fehler, wird ausführlicher darauf eingegangen.

Die Stärken werden ausführlicher dargestellt, und zwar dann, wenn es sich um besonders treffende oder in den Artikeln der „Neuen Zeit“ nicht vorkommende Positionen handelt.** In den hier besprochenen Artikeln aus dem jeweiligen Zentralorgan der Sozialdemokratie*** sowie aus dem „Berliner Volksblatt“ steht – wie auch in den Artikeln

* Für diese Analyse haben wir insbesondere das Buch von Leuschen-Seppel, Rosemarie, Sozialdemokratie und Antisemitismus im Kaiserreich. Die Auseinandersetzung der Partei mit den konservativen und völkischen Strömungen des Antisemitismus von 1871–1914, Bonn 1978, ausgewertet, die sehr ausführlich den Kampf der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft im Zentralorgan der Sozialdemokratie untersucht. Die Ausgaben des Zentralorgans wurden zudem nach Stichworten durchsucht und stichpunktartig durchgesehen. (Online zu finden unter: <http://fes.image-ware.de/fes/web/>)

** Die Artikel im Zentralorgan der Sozialdemokratie können bis auf wenige Ausnahmen nicht namentlich zugeordnet werden.

*** Im „Volksstaat“ haben wir keine Stellungnahmen gegen Judenfeindschaft gefunden.

der „Neuen Zeit“ – teilweise im selben Artikel, teilweise im selben Absatz Richtiges und Falsches nebeneinander.

Wir werden nun bei unserer Analyse vor allem um Wiederholungen zu vermeiden thematisch gliedern.

a) Debatte über die jiddische Sprache im Zentralorgan der Sozialdemokratie

Es ist zu genüge festgestellt worden, dass es schwierig ist, positive und negative Seiten des Kampfs der Sozialdemokratie gegen die Judenfeindschaft säuberlich zu trennen. Das geht zwar argumentativ, aber oft ist es in einem Artikel oder auch in einem Satz so, dass wichtige und richtige Gedanken unversehens mit einem verqueren Argument kombiniert werden.

Um dieses Phänomen zu beleuchten, stellen wir eine Debatte voran, die für die Sozialdemokratie international von Bedeutung war und die im „Sozialdemokrat“ ausgetragen wurde. In ihr ging es darum, wie man Arbeiterinnen und Arbeiter (gesprochen wurde damals nur von Arbeitern), die nicht Englisch, Deutsch, Französisch oder Russisch sprachen, sondern deren Sprache das Jiddische war, überzeugen, mobilisieren und organisieren kann.

In zwei Beiträgen im Zentralorgan „Der Sozialdemokrat“ vom Januar und Februar 1890 wird eine Debatte in den USA geschildert und dazu Stellung bezogen. In den USA sprach sich das „St. Louis Tageblatt“, das von Adolf Hepner redigiert wurde, dem ehemaligen Redakteur des „Volksstaats“ und während des „Sozialistengesetzes“ Emigrant in den USA, explizit gegen eine Zeitung in jiddischer Sprache aus, mit ausgesprochen jüdenfeindlichen Argumenten. Ihm entgegnete der in diesen Fragen bewanderte S. Rubinstein, der für die jüdische Kultur und jiddische Sprache eintritt und deutlich negative Äußerungen in dieser Hinsicht zurückweist.

In den beiden kurzen Artikeln ist argumentativ und von der Konsequenz her Richtiges und Falsches vermischt. Genau das soll nachfolgend im Grunde exemplarisch gezeigt werden, um klarzumachen, dass unsere Einteilung in Falsches und Richtiges zwar analytisch möglich

und für die weitere Arbeit wichtig ist, aber nicht wirklich immer der Gesamteinschätzung und Realität der jeweiligen Artikel gerecht wird.

Der Artikel im „Sozialdemokrat“ vom 18. Januar 1890 zu Hepner und dem „St. Louis Tageblatt“

Der Artikel im „Sozialdemokrat“ vom 18.1.1890 berichtet über ein Treffen jüdischer Arbeitervereine in New York und ihre Bestrebungen, in den USA ein „Arbeiterblatt“ in jiddischer Sprache herauszugeben. Zitiert wird darin ein Artikel aus dem von Hepner redigierten „St. Louis Tageblatt“, der sich „mit großer Schärfe“ gegen die Idee einer Zeitung in jiddischer Sprache wendet und dabei diese Sprache als „ein Scheusal an Gestalt und ein Entsetzen an Ton“, als „Monstrum“ und „Heimstätte der Unkultur“ verunglimpft. (Der Sozialdemokrat, Nr. 3, 18.1.1890)

Außerdem behauptet Hepners „St. Louis Tageblatt“, dass ein „russisch-polnisch-galizisch-jüdischer Arbeiter“, der für die Sozialdemokratie gewonnen werden soll, doch eigentlich gescheit genug sein müsse, Deutsch oder Englisch zu erlernen, um die sozialistischen Schriften in einer dieser Sprachen zu lesen.

„Ist es nicht möglich, ihm das deutsche oder englische Alphabet beizubringen, so beweist dies, dass er *denkfaul* ist, und dann nützt uns seine Beteiligung an der Arbeiterbewegung nichts [...].“
(Ebenda)

An diese deutlich arrogante Bemerkung schließt sich eine völlig unqualifizierte Behauptung über den erwähnten jüdischen Arbeiter an, deren Herkunft aus dem Arsenal der Judenfeinde nicht zu übersehen ist:

„sobald er die ersten 100 Dollar in der Bank hat, wird er Ausbeuter und Bourgeois und bricht mit der Vergangenheit.“ (Ebenda)*

* An anderer Stelle des Artikels aus dem „St. Louis Tageblatt“ heißt es: „Der einfache Hinweis auf Moses Mendelssohns Leistung sollte genügen, diesen Einwand zu vernichten. Was Luther 250 Jahre zuvor für die Deutschen und für die deutsche Sprache im allgemeinen durch Herstellung einer Bibelübersetzung im allerbesten Deutsch seiner Zeit getan, dieselbe Arbeit führte Moses Mendelssohn im Interesse der deutschen Juden aus, die zu Ende des vorigen Jahrhunderts der deutschen Schriftsprache noch völlig fern standen. Das schöne Deutsch der Mendelssohn'schen Bibelübersetzung

Der Verfasser des Berichts im „Sozialdemokrat“ gibt nun Hepners „St. Louis Tageblatt“ recht und behauptet, dass das Jiddische „keine urwüchsige Volkssprache sei, sondern eine verdorbene Mundart, die kein Element enthält, das der Erhaltung wert wäre“ (Ebenda).

Abschließend aber gibt es eine überraschende Wendung im „Sozialdemokrat“ und es wird Folgendes erklärt:

„Nichts spricht aber nach unserer Meinung dagegen, *Bildungsvereine* für jüdische Arbeiter ins Leben zu rufen, in denen sie zu Rekruten für die Arbeiterbewegung erzogen werden sowie *Broschüren in ihrer Mundart* herauszugeben, in denen sie über die Grundsätze der Arbeiterbewegung aufgeklärt und zur Beteiligung an derselben angefeuert werden. Das ist unersetzlich, um sie überhaupt dahin zu bringen, dass sie die Notwendigkeit ihren Jargon aufzugeben begreifen.“ (Ebenda)

Der „Sozialdemokrat“ tritt also dafür ein, zwar keine Zeitung, aber doch Broschüren in jiddischer Sprache herauszugeben, die aber einen doppelten Zweck verfolgen sollen: einerseits sollen sie der Aufklärung und Gewinnung der jüdischen Arbeiter dienen, andererseits sollen sie als Hebel eingesetzt werden, um sie dazu zu bewegen, sich von ihrer Sprache abzuwenden.

Hier zeigt sich, wie Richtiges und Falsches vermischt wird. Einerseits: für Broschüren im jiddischer Sprache – ein sehr guter Ansatz der Aufklärung und Gewinnung der jüdischen Arbeiter. Andererseits: Broschüren in jiddischer Sprache, um die Arbeiter von ihrer Sprache abzubringen – ein schlechter Hintergedanke, denn das Jiddische wird als „Jargon“ missachtet.

gewann seine Glaubensgenossen in Deutschland für die deutsche Sprache und Literatur; mithilfe deutscher Sprache und Bildung überwandene sie das Ghetto.“ Neben der mehr als fragwürdigen Gleichsetzung von Luther mit Mendelssohn wird hier der verquere Unsinn vertreten, dass der Kampf für die Emanzipation der jüdischen Bevölkerung in Deutschland eigentlich der Bibelübersetzung Mendelssohns zu verdanken sei. Offensichtlich will der Verfasser deutlich machen, dass er kein Judenfeind ist, Mendelssohn sehr respektiert, aber eben wegen der Verbreitung der deutschen Sprache. Die negative Wirkung des deutschen Nationalismus wird in dieser Passage deutlich.

Im Grunde drückt sich hier auch die Missachtung der jüdischen Arbeiter überhaupt aus, die aber unübersehbar ist, wenn ihnen mit judenfeindlichem Unterton unterstellt wird, dass bereits 100 Dollar auf ihrem Bankkonto genügen, um sie auf die Seite der Ausbeuter treten zu lassen.

Die Entgegnung Rubinsteins im „Sozialdemokrat“ vom 1. Februar 1890

In einer Zuschrift aus Paris, die unter dem Titel: „Zur Agitation unter den jüdisch redenden Arbeitern“ am 1. Februar 1890 im „Sozialdemokrat“ veröffentlicht wurde, wehrt sich der Verfasser S. Rubinstein vehement gegen die judenfeindliche Äußerung, dass die jüdische Kultur eine „Heimstätte der Unkultur“ sei.

Einleitend macht er klar, dass es zur damaligen Zeit noch ca. 4 bis 5 Millionen Jüdinnen und Juden gab, die nur Jiddisch sprechen und verstehen. Er weist die Vorstellung, dass die Jiddisch sprechenden Arbeiterinnen und Arbeiter doch einfach Deutsch oder Englisch lernen sollten, vor allem mit dem berechtigten Argument zurück, dass Jiddisch ihre Sprache ist, mit der sie leben, in der sie denken und mit der sehr wohl sozialdemokratische Agitation und Propaganda betrieben werden kann.

Rubinstein verwendet zwar selbst den Begriff „Jargonsprach“, betont aber, dass diese Sprache „sogar eine sehr schöne Literatur aufzuweisen“ (Der Sozialdemokrat, Nr. 5, 1.2.1890) habe. Rubinstein räumt ein, dass Jiddisch eine im Untergang begriffene Sprache sei, besteht aber zu Recht darauf, dass eine solche Sprache dennoch „nicht mit Gewalt“ beseitigt werden kann.

Rubinsteins Schlussfolgerung lautet:

„Ein im wahren Sinne des Wortes gut redigiertes, sozialdemokratisches, jüdisches Jargonblatt können wir als ein fruchtbringendes Werkzeug für alle Juden, die eine fremde Sprache nicht verstehen, nur mit Freuden begrüßen.“ (Ebenda)

Die Herausgabe jiddischsprachiger Zeitschriften und Zeitungen der proletarischen Bewegung in Osteuropa, in Russland und auch in den

USA in der Folgezeit hat bestätigt, dass Rubinstein mit dieser Auffassung ganz richtig lag.

Nach den richtigen Argumenten und berechtigten Entgegnung verlässt den Verfasser dann doch etwas der Mut und er nimmt im Grunde in einem Satz zurück, was er im vorangegangenen noch verteidigt hat. Rubinstein sagt zum Beispiel, ein Vortrag oder ein Gedicht, in jiddischer Sprache vorgetragen,

„ist ebenso sinnreich und fast ebenso schön klingend wie im Deutschen. Indes will ich keineswegs etwa diese Sprache verteidigen. Ich sehe ihrem Untergang vielleicht mit ebensolcher Sehnsucht entgegen, wie der Artikelschreiber selbst.“ (Ebenda).

Ein ähnliches Problem wird auch im letzten Satz des Artikels deutlich. Nach der vehementen Begrüßung eines sozialdemokratischen Blattes in Jiddisch für alle Juden, die eine andere Sprache nicht verstehen, heißt es abschließend:

„Wir fürchten deshalb keineswegs, dass die Juden dadurch von der Fortbildung in einer lebenden Sprache ferngehalten werden.“ (Ebenda)

Obwohl auch diese Bemerkung von der Stoßrichtung her in die richtige Richtung geht, wird dennoch das Zugeständnis sichtbar, dass dann doch nicht mit allem Nachdruck die Realität der lebendigen Sprache der jüdischen Bevölkerung anerkannt wird, sondern indirekt angedeutet wird, dass es sich nicht um eine „lebende“ Sprache, sondern um eine tote, zumindest aber um eine sterbende Sprache handelt.*

An der hier nachvollzogenen Debatte kann beispielhaft Folgendes deutlich werden: Auch wenn die Stoßrichtung eines Artikels insgesamt sehr positiv ist, können gleichzeitig doch durch Zugeständnisse oder vielleicht auch durch Fehler in der eigenen Anschauung Auffas-

* Diese Debatte ist unseres Wissens im Zentralorgan der Sozialdemokratie bis 1893 nicht mehr weitergeführt worden.

sungen transportiert werden, die in der Sozialdemokratie mit dazu beigetragen haben, falsche Positionen im Kampf gegen die Judenfeindschaft einzunehmen.*

b) Schwächen und grundlegende Fehler im Zentralorgan

Übernahme judenfeindlicher Begriffe und Figuren

Im Zentralorgan der Sozialdemokratie gibt es nicht wenige Artikel, in denen judenfeindliche Formulierungen und Begriffe verwendet werden, anstatt sie zu bekämpfen.

1881 erschien im „Sozialdemokrat“ ein Artikel mit dem Titel „Die Verjudung des deutschen Reiches“. Es heißt dort:

„Im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte klagt man jetzt über die immer mehr um sich greifende ‚Verjudung‘.

In der Tat ist das Schachern zum Grundprinzip des deutschen Reiches geworden und wir könnten es als ein Zeichen allmählicher Besserung betrachten, dass sich der Widerwille gegen den Schachergeist Luft macht, wenn das nur nicht bloß gegen den *kleinen* Schacher geschähe. So aber bekämpft man nur die *beschnittenen* Juden, während man das am Ruder sitzende *unbeschnittene* Judentum verherrlicht und ihm in tiefster Devotion huldigt.

Das Deutsche Reich ist ‚verjudet‘ – das ist eine Tatsache.“ (Der Sozialdemokrat, Nr. 2, 9.1.1881)

Der Begriff „verjudet“ soll ausdrücken, dass im „Deutschen Reich“ alles käuflich ist. Denn es heißt weiter:

„Unter solchem Beginne ist es kein Wunder, dass alles käuflich geworden, alles ‚verjudet‘ ist.“ (Ebenda)

* Rubinstein hat noch ein weiteres Argument vorgebracht, das kurz wiedergegeben werden soll, ohne hier auf den Gedanken genauer einzugehen. Rubinstein schreibt: „Der den jüdischen Jargon Sprechende, denkt auch Hebräisch. Die ganze Jüdischjargonliteratur atmet den hebräischen Geist. Der orientalisch Denkende muss eine jahrelange Übung haben, bis er im Stande ist, auch nur die leichteste Lektüre einer europäischen Sprache zu verstehen.“ (Der Sozialdemokrat, 1.2.1890)

Das Anliegen des Artikels war es also, aufzuzeigen, dass Politik, Presse und auch die Monarchie im „Deutschen Reich“ käuflich sind und dass es nichts als Heuchelei ist, wenn die Herrschenden gegen den „jüdischen Schacher“ hetzen. Denn sie machen ja genau dasselbe und noch viel Schlimmeres. Dazu wird im gesamten Artikel immer wieder der Begriff „verjudet“ benutzt, manchmal mit, manchmal ohne Anführungszeichen – so, als hätte der Verfasser zwischendurch kurz gemerkt, dass an seinem Artikel etwas grundsätzlich nicht stimmt. Es ist die Rede von der „Verjudung der Monarchie“, von der „verjudeten Gesinnung des Reichskanzlers“ (Ebenda) usw.

Das Wortspiel mit den „beschnittenen Juden“ und dem „unbeschnittenen Judentum“ soll witzig sein, jedoch wird damit „Judentum“ und „Jude“ als Synonym für „Schacher“ benutzt.

Hinzukommt, dass der Bankier Bleichröder, ein enger Vertrauter Bismarcks, als „der Jude Bleichröder“ bezeichnet wird. Das Anliegen ist hier offenbar, zu entlarven, dass Bismarck, der sonst Judenhetze betreibt, sich selbst mit einem „Juden“ zusammentut.

Anstatt die Tatsache, dass Bestechung und Korruption im „Deutschen Reich“ weit verbreitet sind, anhand von Fakten anzuprangern, was durchaus der Aufklärung hätte dienen können, wird schon im Titel und dann auch im ganzen Artikel judenfeindliches Vokabular übernommen und benutzt.

Angesichts des Freispruchs eines jüdischen Menschen vom Vorwurf des „Ritualmords“ im Juli 1892 erschien im „Vorwärts“ am 17.7.1892 ein Leitartikel mit dem Titel „Buschoff“. Dort ist die Rede vom „Geldjudentum“ und vom „Geldjuden“. Ebenso ist die Rede davon, dass „der Jude“ angeblich bei den Bauern auf dem Land mit seinem Wucher „eine sehr bedeutsame Rolle“ spiele.

In einem kleinen Artikel im „Vorwärts“ vom 11.4.1893 auf Seite 2 ist die Rede von „hebräischem Kapital“. Es heißt dort: „Österreich, wo das hebräische Kapital in der Tat in erster Reihe steht“.

In einem Artikel des „Vorwärts“ wird offensichtlich versucht, Marx' Artikel von 1844 gegen den Judenfeind Bauer und dessen Schrift „Zur

Judenfrage“ zu verwenden, ohne explizit auf diesen Artikel zu verweisen. Es werden dort Formulierungen aus Marx' Artikel benutzt, ohne zu verstehen, was Marx eigentlich hatte sagen wollen:

„An dieser unserer Lösung [der Lösung der ‚Judenfrage‘ durch die Sozialdemokratie], die darin besteht, dass der sogenannte jüdische Geist der Geist des Kapitalismus ist, dass zwar nicht jeder Jude ein Kapitalist, aber jeder Kapitalist ein Jude ist, dass die Emanzipation der Juden und der übrigen Menschen zusammenfällt mit der Emanzipation der menschlichen Gesellschaft von dem jüdischen und sonstigen Kapitalismus.“ (Vorwärts, 9.1.1893).

Zuerst wird noch von einem sogenannten „jüdischen Geist“ gesprochen und offensichtlich nicht die Kategorie der Judenfeinde übernommen. Richtig ist auch noch die Bemerkung, dass nicht jeder Jude Kapitalist ist.

Doch dann heißt es: „Jeder Kapitalist ist ein Jude“. Diese judenfeindliche Denkfigur, die im Alltagssprachgebrauch der damaligen Zeit verankert war, wo „Jude“ als Synonym für „Kapitalist“ benutzt wurde, wird übernommen und nicht kritisiert. Dann ist auch noch die Rede vom „jüdischen“ Kapitalismus und von dem „sonstigen“ Kapitalismus.

Im „Berliner Volksblatt“ vom 30.3.1890 wird im Leitartikel „Schulddebatte und kein Ende“ ähnlich formuliert. Dort ist die Rede vom „Drucke des christlichen und des jüdischen Kapitalismus“ und vom „Judentum als der höchsten Potenz, der Quintessenz des Privateigentums“.

Wie schon mehrfach klargestellt: Es gibt weder ein „jüdisches“ noch ein „hebräisches“ Kapital oder ein „Geldjudentum“, wie es auch kein „christliches“ Kapital gibt. Das sind alles Erfindungen der Judenfeinde. Hier werden wiederum Kategorien der Judenfeinde akzeptiert und benutzt, etwa wenn dann auch noch davon die Rede ist, dass das „Judentum“ die „höchste Potenz“ des Kapitalismus darstelle.

Diese Formulierungen sind ähnlich in den schon analysierten Artikeln der „Neuen Zeit“ zu finden und wurden dort bereits genauer analysiert.

„Jüdische Rasse“ wird zur „herrschenden Klasse“!

Im ganzseitigen Leitartikel „Auf falscher Fährte“ im „Sozialdemokrat“ vom 26.10.1882 wird Folgendes vertreten:

„Durch halbtausendjährige Unterdrückung hat man sie (die Juden, A. d. V.) dem Ackerbau und der Produktionsarbeit gewalt-
sam entfremdet, und *systematisch zu Wuchern gezüchtet*. Nun
haben wir die Folgen. Durch einen grausamen Witz der Weltge-
schichte ist *die unterdrückte Rasse zur herrschenden Klasse ge-
worden*. Ja, zur herrschenden Klasse.“ (Der Sozialdemokrat,
26.10.1882)

Dies gelte laut dem Verfasser nicht für alle Länder, sondern nur für
die Länder mit geringer kapitalistischer Entwicklung:

„In wirtschaftlich zurückgebliebenen Ländern wie Russland, Po-
len, Ungarn usw. vertritt und ersetzt das Judentum die Bourgeoi-
sie ...“ (Ebenda)

Die völlig falsche Position, dass das Judentum in bestimmten Län-
dern zur „herrschenden Klasse“ geworden sei – diese Position erhält
in einem Artikel aus dem „Vorwärts“ noch eine Steigerung.

In einem Leitartikel mit dem Titel „Cherchez le juif!“ wird die Mei-
nung vertreten, dass „die Juden“ aufgrund von Unterdrückung, Ver-
folgung und Diskriminierung im Mittelalter aus einer elenden Lage
aufgestiegen und aus „Unterdrückten“ zu „Bahnbrechern und Vorläu-
fern der modernen Bourgeoisie“ geworden seien. Und es heißt dort
weiter: Die „Unterdrückten sind Weltherrscher geworden, ein gewich-
tiger Teil der weltherrschenden Bourgeoisie“. (Vorwärts, 9.12.1892)

In den beiden Artikeln wird ein Bild von „den Juden“ gezeichnet, das
dem Bild der Judenfeinde von der angeblichen „Herrschaft der Juden“
und der angeblichen „jüdischen Weltherrschaft“ sehr nahe kommt –
auch wenn im Sinne des „Dohm-Syndroms“ „erklärend“ hinzugefügt
wird, dass „die Juden“ so geworden seien, weil sie von der christlichen
Gesellschaft unterdrückt wurden.

Aktive Anhänger der Judenfeinde auf dem Land werden verharmlost

Angesichts der Judenfeindschaft auf dem Land, insbesondere auch im Zusammenhang mit der 1891 verstärkt verbreiteten „Ritualmordlüge“, wird in dem schon erwähnten Leitartikel „Buschoff“ im „Vorwärts“ vom 17.7.1892 behauptet, dass „der kleine Mann“ „kein Verbrechen“ begehe, „wenn er Ursache und Wirkung verwechselt und vermeint, der Kampf gegen Geldjuden sei seine Rettung, anstatt die herrschende Kapitalwirtschaft als die Wurzel des Übels auszudeuten“. Der offensichtlich nur als jüdenfeindlich zu verstehende „Kampf gegen Geldjuden“ wird dann bagatellisierend lediglich als „Irrtum“ bezeichnet.

Ähnlich verharmlosend war schon in einem kleinen Artikel auf der Seite 3 im „Sozialdemokrat“ vom 28.7.1881, der antijüdische Aktionen auf dem Land schildert, die Rede davon, dass „die Arbeiter, die lediglich ihrem Gefühle folgen und im Juden den Betrüger und Ausbeuter, nicht aber den Konkurrenten hassen“, nicht zum „aufgehetzten Pöbel“ gezählt werden könnten. (Der Sozialdemokrat, 28.7.1881)

In dem bereits erwähnten Artikel „Auf falscher Fährte“ wird der „Hass gegen Juden“ auf dem Land wie folgt „erklärt“:

„Sie (die Juden, A. d. V.) unterstützen den Bauer, dem es an Geld fehlt, benützen seine Verlegenheit und schlachten ihn schließlich ab und aus.

Das ist wahr und erklärt zur Genüge den Hass, der in jenen Gegenden bei den Gedankenlosen und Unwissenden gegen Juden herrscht.“ (Der Sozialdemokrat, 26. Oktober 1882)

Im ersten Satz werden jüdenfeindliches Vokabular und eine jüdenfeindliche Position übernommen, wenn gesagt wird, die Juden „schlachten“ den Bauer „ab und aus“, wobei dies im zweiten Satz ausdrücklich als „wahr“ bezeichnet wird.

Die Behauptung, dass aus einzelnen Handlungen jüdischer Menschen allgemeiner jüdenfeindlicher Hass bei Bauern entstehen würde, unterstellt, dass an der Judenfeindschaft „die Juden“ selbst Schuld hätten. Dabei wird die jüdenfeindliche Propaganda als Ursache für die

Entstehung dieses Hasses übersehen und zudem werden die Anhänger der Judenfeinde verharmlost, wenn sie lediglich als „gedankenlos“ und „unwissend“ bezeichnet werden.*

Judenfeindschaft „war reaktionär und ist revolutionär geworden“

Die Auffassung, dass Judenfeindschaft angeblich „revolutionär“ sei oder irgendwie „positiv“ zur Entwicklung der Sozialdemokratie beitrage, ist in ihrem jeweiligen Zentralorgan in etlichen Artikeln in verschiedenen Varianten zu finden.

Die Formulierung des „Antisemitismus als Sozialismus der dummen Kerls“⁵⁴⁶ wurde innerhalb der Sozialdemokratie zum „geflügelten Wort“⁵⁴⁷ und oftmals auch mit der falschen Vorstellung verknüpft: Die Judenfeinde „säen“, die Sozialdemokraten „ernten“. So heißt es im „Vorwärts“ aus dem Jahr 1892:

„Unter unseren Gegnern der bürgerlichen Parteien bilden die Antisemiten die Clowns, der Antisemitismus ist wirklich und wahrhaftig der ‚Sozialismus der Dummköpfe‘ [...]. Sie mögen nur fleißig säen,– die Ernte heimsen wir dann ein.“⁵⁴⁸

Im „Sozialdemokrat“ vom 9. Januar 1881 heißt es in einem kleinen Artikel auf Seite 3, dass die Judenfeindschaft angeblich „doch einen hohen Grad sozialer Unzufriedenheit“ dokumentiere, der „heute zwar in falsche Bahnen geleitet ist, aber den ganzen Antisemitenschwindel überdauern und schließlich uns zu Gute kommen wird“. (Der Sozialdemokrat, Nr. 2, 9.1.1881)

Selbst Bismarck wird in einem anderen kleinen Artikel auf der Seite 2 im „Sozialdemokrat“ vom 18.8.1881 als „Revolutionär wider Willen“ bezeichnet:

„Auch in dieser Beziehung bewährt sich der Herr Reichskanzler (im Zusammenhang mit der Judenhetze in Pommern, A. d. V.) als Revolutionär wider Willen. Auf der Bahn, in welche er die

* In diesem Artikel ist aber auch die richtige Position zu finden, dass die Juden am „Untergang der Bauern“ nicht schuld sind, sondern dass dieser durch die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus verursacht wird.

Massen hineinhetzt, werden heute die Juden totgeschlagen und kommen logischerweise morgen die Hofprediger, Reichskanzler, Könige, Kaiser an die Reihe, samt dem ganzen ‚unproduktiven‘ Tross.“ (Der Sozialdemokrat, 18.8.1881)

Inhalt und Stil sind unerträglich. Mit dem Mittel der angeblichen Ironie wird hier versucht, den judenfeindlichen Hetzer Bismarck als „Revolutionär wider Willen“ lächerlich zu machen. Aber dies kann so nicht funktionieren. Denn damit wird im Grunde lediglich die dahinterliegende grundfalsche Auffassung verschleiert, dass aus einer judenfeindlichen Bewegung eine Bewegung gegen die Herrschenden entstehen könnte.

In dem schon erwähnten Leitartikel mit dem Titel „Cherchez le juif!“ heißt es, der Antisemitismus „war reaktionär und ist revolutionär geworden. Gegründet von Reaktionären zu Zwecken der Reaktion, verichtet er jetzt die Geschäfte der Revolution“. (Vorwärts, 9.12.1892)

Eine andere Variante wird in einem Leitartikel mit dem Titel „Die Stichwahlen“ propagiert. Dort wird gesagt, dass der „Fäulnis- und Auflösungsprozess“ der kapitalistischen Gesellschaft sich „rasch vollzieht“. Dann heißt es weiter:

„Der Antisemitismus selbst muss dabei helfen. So kulturwidrig er ist, so ist er doch ein Kulturdünger wider Willen – im wahrsten Sinne des Wortes Kulturdünger für die Saat der Sozialdemokratie.

Und so freuen wir uns der Erfolge des Antisemitismus [...] fast ebenso sehr wie unserer eigenen.“ (Vorwärts, 26.6.1893)

Das sind grundfalsche Auffassungen, denn die Judenfeindschaft war und ist durch und durch reaktionär – wie insbesondere auch Engels betont hat. Doch dieser in der Sozialdemokratie durchaus auch vorhandenen richtigen Position stand eben auch die nicht wenig verbreitete falsche Position gegenüber, dass die Judenfeindschaft angeblich sogar „revolutionär“ geworden sei oder zumindest – wenn auch „wider Willen“ – die Sache der Sozialdemokratie befördere.

c) Stärken im Zentralorgan

Klare Aussage, dass die Judenfeindschaft sich gegen alle Juden richtet und die jüdische Bevölkerung bedroht

In einem kleinen Artikel im „Sozialdemokrat“ vom 5.10.1882 mit dem Titel „Österreich-Ungarn“ auf Seite 3 wird klar ausgesprochen, dass die Judenfeindschaft in Österreich-Ungarn alle Juden bedroht. Es heißt dort, dass sich die judenfeindliche Bewegung „gegen alle Juden ohne Unterschied des Berufs“ richtet. Diese richtige Feststellung wird dann jedoch auf besonders reaktionäre Staaten wie Russland oder Österreich-Ungarn eingeschränkt. Dennoch war dies ein richtiger Ansatz, der ausbaufähig gewesen wäre. (Der Sozialdemokrat, 5. 10.1882)

Im „Berliner Volksblatt“ vom 3.10.1884 wird auf der letzten Seite ein Bericht über eine Rede Franz Tutzauers, eines sozialdemokratischen Kandidaten für den Reichstag in Berlin, wiedergegeben, die er vor Arbeiterinnen und Arbeiter gehalten hat. Tutzauer stellt in dieser Rede zu Recht heraus, dass die Judenfeinde eine Bedrohung für die jüdische Bevölkerung sind:

„Herr Stoecker ist speziell aber nicht bloß konservativ, sondern auch der Führer der Antisemiten, die jüngst in ganz ungeschminkter Weise die Austreibung der Juden forderten.“ (Berliner Volksblatt, 3.10.1884)

Die Forderung der Judenfeinde nach „Austreibung der Juden“ herauszustellen war aus zweierlei Gründen wichtig. Erstens, weil damit klar gemacht wird, dass sich Judenfeindschaft im „Deutschen Reich“ gegen alle Juden richtete. Und zweitens, weil deutlich wird, dass die Judenfeinde nicht nur hetzten, sondern auch konkrete Pläne hatten, die jüdische Bevölkerung mit Austreibung zu bedrohen und zu verfolgen.

Verurteilung der Judenfeinde sowie der konservativen Kräfte, die Judenfeindschaft fördern

In einem kleinen Artikel auf Seite 2 des „Vorwärts“ vom 29.10.1892 mit dem Titel „Eine antisemitische Internationale“ heißt es:

„Die ‚Kreuz-Zeitung‘ hat eine semitische Internationale entdeckt. Die ‚Kreuz-Zeitung‘ hat recht; seit die Juden in alle Welt

zerstreut wurden, besteht eine solche Internationale, und wird bestehen, solange es Judenverfolger und Judenhetze gibt. Aber warum spricht die ‚Kreuz-Zeitung‘ nicht von der antisemitischen Internationale, der sie selbst angehört? Diese Internationale hat ihren Sitz in Berlin, gar nicht weit von dem Redaktionslokal der ‚Kreuz-Zeitung‘, und von dieser Zentrale aus wird der Ahlwardt/Stoeckersche Schmutz vermitteltst internationaler Berieselungsrohre nach Belgien, Frankreich, England, Italien, Amerika geleitet. Warum die ‚Kreuz-Zeitung‘ von dieser antisemitischen Internationale nicht spricht? Schämt sie sich etwa? Das können wir doch nicht glauben.“ (Vorwärts, 29.10.1892)

Mit klaren Worten wird hier die Vereinigung der jüdischen Menschen weltweit verteidigt. Dadurch wird auch unterstrichen, dass es sich dabei keineswegs um eine „jüdische Weltverschwörung“ handelt, wie die Judenfeinde behaupten, sondern um einen berechtigten und notwendigen Zusammenschluss gegen „Judenverfolger und Judenhetze“.

Die Judenfeinde Stoecker und Ahlwardt werden beim Namen genannt und es wird herausgestellt, dass ihre judenfeindliche Hetze auch international verbreitet wird und in anderen Ländern wirkt, wodurch erst recht die Notwendigkeit der internationalen Vereinigung im Kampf gegen die „Judenhetze“ ihre Bedeutung erhält. Wichtig ist hier auch, dass die „Kreuz-Zeitung“ als Sprachrohr der Konservativen und Reaktionäre mit treffender Polemik als Teil der judenfeindlichen Bewegung entlarvt wird.

Bereits 10 Jahre zuvor wurde im „Sozialdemokrat“ die „Antisemitenbewegung“ sehr zu Recht als „die von Bismarck veranstaltete Judenhatz“ (Der Sozialdemokrat, 18.8.1881) verurteilt und diese damit auch als Instrument der Herrschenden entlarvt.*

Über die judenfeindliche Atmosphäre im Berlin des Jahres 1892 berichtet der „Vorwärts“ am 24. Juni 1892 wie folgt:

* Im selben Artikel wird jedoch, wie schon im Abschnitt über die „Schwächen“ erläutert, Bismarck mit seiner judenfeindlichen Hetze fälschlicherweise als „Revolutionär wider Willen“ bezeichnet.

„in der Friedrichstraße müsse man Spießrutenlaufen durch Ausrufer, die ‚unflätige und grotesk-ekelhafte‘ Photographien und Broschüren anbieten, jede Broschüre und jedes Bild eine unflätige, ekelhafte Beschimpfung der Juden.“ (Vorwärts, 24.6.1892)

Kampf gegen die Ritualmordlüge

Angesichts des Freispruchs eines jüdischen Menschen vom Vorwurf des „Ritualmords“ im Juli 1892 erschien im „Vorwärts“ am 17.7.1892 der schon erwähnte Leitartikel mit dem Titel „Buschoff“. In ihm wird zutreffend dargestellt, dass die Entwicklung des „Deutschen Reichs“ durch den Zusammenschluss der Bourgeoisie mit den feudalen Junkern geprägt wurde und dass deshalb besonders reaktionäre Ideologien aus dem Mittelalter überleben und in bestimmten ländlichen Teilen noch ihre Wirkung entfalten konnten. Ausführlich wird dies anhand der Ritualmordlüge und der judenfeindlichen Lüge vom „Brunnenvergiften“ erläutert.

Dann wird resümierend die Funktion dieser reaktionären Ideologien gut zusammengefasst:

„Vorurteile und Wahnglauben sind Waffen in der Rüstkammer der Mächtigen, sind Schutz und Schirm gegen den Ansturm der modernen Ideen. Darum ist auch der Ritualmord ein wertvolles Stück des Hausrats unserer Feudalherren und Klerikalen.“ (Vorwärts, 17.7.1892)

Dieses „wertvolle Stück“ der Judenhetze war auch nach 1892 keinesfalls erledigt. Selbst die Nazis verbreiteten noch die Ritualmordlüge, auch wenn diese nicht im Mittelpunkt ihrer judenfeindlichen Hetze stand.

Kampf gegen die Lüge vom „jüdischen Wucher“ und von der angeblichen Schuld „der Juden“ am Elend der Bauern

Gegen die Hetze der Judenfeinde, wonach „die Juden“ mit ihrem „Wucher“ an der Not der armen Bevölkerungsschichten schuld seien, weil dieser ursächlich verantwortlich für den Preisanstieg beim Getreide sei, weist ein Artikel im „Sozialdemokrat“ konkret nach, dass es die staatlichen Zölle sind, die zur Verteuerung geführt haben. Und

der Artikel macht auch deutlich, dass es nicht „die Juden“ waren, die den Gewinn aus diesen Preiserhöhungen „eingeheimst“ haben:

„Wer also hat [...] die Zölle, die Preiserhöhungen eingeheimst? Bismarck, d. h. der Militarismus und seine Kumpane, die Junker vom Lande und die Junker von der Börse. Und wenn sie, um sich populär zu machen, noch so sehr aufeinander schimpfen.“ (Der Sozialdemokrat, 28.7.1881)

Der Artikel „Auf falscher Fährte“ im „Sozialdemokrat“ vom 26.10.1882, der im Abschnitt über die „Schwächen“ des Zentralorgans bereits Gegenstand der Kritik war, muss hier aber auch im Positiven erwähnt werden.

Er befasst sich auch mit der Lage der werktätigen Bauern und der weit verbreiteten judenfeindlichen Lüge, dass „die Juden“ für die elende Lage der armen bäuerlichen Schichten verantwortlich gemacht werden müssten. Und hierzu wird in dem betreffenden Artikel ein richtiger Standpunkt eingenommen:

„Unser Bauerntum geht nicht durch die Juden zu Grunde, sondern durch unabänderliche ökonomische Gesetze.“

„Unser Bauerntum geht nicht durch die Juden zu Grunde, sondern durch unabänderliche ökonomische Gesetze“. (Der Sozialdemokrat, 26.10.1882)

Zusätzlich wird auf Frankreich und Belgien verwiesen, wo kaum Juden auf dem Land anzutreffen sind und es dennoch Bauern gibt, die zugrunde gehen. Zu Recht kommt der Artikel zu dem Schluss: Diese Bauern seien „*nur zu retten durch eine soziale Revolution*“, welche die bestehenden Produktionsverhältnisse umstürzt“ (ebenda).

Zwei Artikel zur Lage der jüdischen Bevölkerung und zu den Aufgaben der revolutionären Kräfte in Russland

In zwei Leitartikeln im „Sozialdemokrat“ vom 30.3.1881 und 6.4.1881 wird ausführlich die Lage der jüdischen Bevölkerung im zaristischen Russland beschrieben. Im Folgenden sollen knapp einige wichtige Punkte dargestellt werden.

Mit Empathie wird die Lage der jüdischen Bevölkerung in Russland beschrieben und deutlich hervorgehoben, dass die übergroße Mehrheit

ihrer Tätigkeit als Händler, Handwerker oder als Arbeiter bzw. Arbeiterin nachgeht und in tiefstem Elend lebt. Hinzu komme, dass die jüdische Bevölkerung diskriminiert, verfolgt und unterdrückt werde und Dutzende jüdische Menschen in Pogromen ermordet wurden. Dabei setze der Zarismus die Judenfeindschaft ein, um von sich abzulenken und „die Juden“ als Sündenböcke abzustempeln.

An der Gruppe „Narodnaja Wolja“, der damals stärksten Organisation, die gegen den Zarismus kämpfte, wird klar als falsch verurteilt, wenn von ihr die antijüdischen Pogrome als „Anfang der sozialen Revolution betrachtet“ (Der Sozialdemokrat, 6.4.1881) werden.

Wegen der antijüdischen Pogrome sei eine Bewegung entstanden, die sich die Auswanderung und Neuansiedlung als Ziele gesetzt habe, um in Amerika oder Palästina, worüber diskutiert werde, ein besseres Leben zu finden. Diese Beweggründe werden mit großer Sympathie geschildert. Gleichzeitig wird aber klar gesagt, dass es auch darum gehen müsse, die jüdische Bevölkerung in Russland vor Pogromen zu schützen. Propagiert wird auch die Aufgabe, die jüdischen Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Studenten und Studentinnen für die Sozialdemokratie zu gewinnen. Dabei seien insbesondere unter den Studierenden bereits erste Erfolge erzielt worden. Dazu sei es nötig, dass die sozialdemokratischen Kräfte in Russland besondere Aufgaben anpacken, insbesondere die Schaffung einer Zeitschrift oder Zeitung. Dazu heißt es:

„Ein spezielles Organ wird geschaffen, eine Literatur gebildet und eine vielversprechende fruchtbare Agitation ins Werk gesetzt werden müssen. Diese Partei wird auf die Sympathien und Teilnahme der internationalen Sozialisten allerorts rechnen können.“ (Der Sozialdemokrat, 6.4.1881)

Ob es dabei um die Schaffung von Publikationen in jiddischer Sprache geht, bleibt unklar. Jedenfalls wird den sozialdemokratischen Kräften in Russland die proletarisch-internationalistische Unterstützung der internationalen Sozialdemokratie zugesichert.

Judenfeindschaft als Mittel der Herrschenden zur Ablenkung vom Kapitalismus und als Instrument gegen die Sozialdemokratie

Judenfeindschaft als ein Mittel der Herrschenden im Klassenkampf wird in einigen Artikeln des Zentralorgans angesprochen.

„Belagerungszustand und Judenhetze [...] gedeihen und wachsen zu Nutz und Frommen der ‚nationalen‘ Größe und des ‚nationalen‘ Kampfes.“

In dem bereits mehrfach erwähnten Leitartikel „Auf falscher Fährte“^{*} wird richtig bemerkt, dass Judenfeindschaft dazu benutzt wird, um vom Ruin bedrohte Bauern vom Kampf gegen den Kapitalismus abzulenken und sie gegen die jüdische Bevölkerung aufzuhetzen:

„Dass die heutige Gesellschaft es ist, welche den Bauer ruiniert, das soll das Volk aber nicht wissen, darum bedient die biedere Leipziger Zeitung sich der famosen Spitzbubentaktik und sucht die Massen auf falsche Fährte zu locken, indem sie, unter frommen Augenverdrehen und heuchlerischer Beteuerung, dass sie alles Judenhetzerische verabscheue, auf den Juden hindeutet: der Jude ist der Übeltäter.“ (Der Sozialdemokrat, 26.10.1882)

In einem Artikel mit dem Titel „Belagerungszustand und Judenhetze“ wird der Zusammenhang zwischen der Verfolgung der Sozialdemokratie und der Judenfeindschaft mit Blick auf den deutschen Nationalismus thematisiert:

„Belagerungszustand und Judenhetze [...] gedeihen und wachsen zu Nutz und Frommen der ‚nationalen‘ Größe und des ‚nationalen‘ Kampfes.“ (Der Sozialdemokrat, 6.2.1881)

^{*} An diesem Artikel zeigt sich in besonderer Weise das bereits erwähnte Grundproblem bei der Analyse des Zentralorgans der Sozialdemokratie, nämlich dass in einem Artikel, manchmal im selben Absatz, Richtiges zu finden ist, aber auch Schwächen und Fehler kritisiert werden müssen.

Weiter wird dort zu den Gemeinsamkeiten von „Sozialistenhatz und Judenhatz“ etwas sehr Richtiges ausgeführt:

„Die Toren sehen nicht ein, dass Sozialistenhatz und Judenhatz dieselben Wurzeln haben“.

„Die Toren sehen nicht ein, dass Sozialistenhatz und Judenhatz dieselben Wurzeln haben, dass sie einerseits demselben Streben entspringen, die allgemeine Unzufriedenheit auf gewisse Objekte abzulenken, gegen welche die Vorurteile besonders stark sind, und andererseits derselben Brutalität, Gemeinheit und Gewissenlosigkeit, wie sie im Hohenzollernreiche seit jeher gepflegt wurden.“ (Der Sozialdemokrat, 6.2.881)

„Sozialistenhatz“ sowie Judenfeindschaft haben dieselbe Funktion: sie dienen den Herrschenden zur Ablenkung der unzufriedenen werktätigen Massen vom Kapitalismus und sollen damit zur Stärkung der Herrschenden in ihrer „nationalen Größe“ führen, so der „Sozialdemokrat“. Sehr wichtig ist auch, dass deutlich gesagt wird, dass bestehende Vorurteile gegen die jüdische Bevölkerung besonders stark sind. Zudem wird darauf hingewiesen, dass auch bei der Judenfeindschaft Brutalität und Bössartigkeit vorzufinden sind, weil beides Teil der Tradition des reaktionären Preußentums, der „Hohenzollern“ ist.

In dem wegen seiner Fehler und Schwächen bereits erwähnten Leitartikel „Cherchez le juif!“ vom 9.12.1892 wird aber auch festgestellt, dass es jetzt wieder wie schon im Mittelalter heißt: Hepp-Hepp und „Der Jude ist schuld an allem“. Es wird hervorgehoben, dass Bismarck das Signal für diese jüdenfeindliche Hetze gegeben hat:

„Wieder hallt es in allen Ecken und Enden Hepp! Hepp! Sucht den Juden, Der Jude ist schuld an allem!

Fürst Bismarck [...] gab das Signal. Dem ausgebeuteten, ausgeplünderten kleinen Manne musste ein

„Wieder hallt es in allen Ecken und Enden Hepp! Hepp! Sucht den Juden, Der Jude ist schuld an allem!

Fürst Bismarck [...] gab das Signal. Dem ausgebeuteten, ausgeplünderten kleinen Manne musste ein Opfer hingeworfen werden, an dem er seinen Zorn ausließ, so dass der Schuldige frei ausgehen konnte. Der Jude wurde hingeworfen! Der Antisemitismus sollte eine Stütze sein der kapitalistischen Gesellschaft und des Junker-, Pfaffen-, Polizei-, und Soldatenstaats“.

Opfer hingeworfen werden, an dem er seinen Zorn ausließ, so dass der Schuldige frei ausgehen konnte. Der Jude wurde hingeworfen! Der Antisemitismus sollte eine Stütze sein der kapitalistischen Gesellschaft und des Junker-, Pfaffen-, Polizei-, und Soldatenstaats“. (Vorwärts, 9.12.1892)

Judenfeindschaft dient der Ablenkung der Ausgebeuteten vom Kapitalismus und ist eine Stütze des Kapitalismus und seines reaktionären Staats – das wurde hier treffend auf den Punkt gebracht.

Zusammen kämpfen mit dem jüdischen Proletariat gegen alle Kapitalisten

In Leitartikel „Schulddebatte und kein Ende“ im „Berliner Volksblatt“ vom 30.3.1890 wird Folgendes proklamiert:

„Wir bekämpfen mit der gleichen Rücksichtslosigkeit die Rothschild, wie die Krupp, die Stumm, wie die Bleichröder, die Börsenkönige, wie die Grubenbarone, aber der jüdische Proletarier wird in unsere Scharen eingereiht, so gut wie der christliche, wir kennen keinen Unterschied der Rasse oder der Konfession.“ (Berliner Volksblatt, 30.3.1890)

Hier wird der gemeinsame Kampf mit den jüdischen Arbeiterinnen und Arbeitern gegen alle Kapitalisten propagiert. Und es wird betont, dass es darum gehe, unabhängig von Religion und „Rasse“ alle Arbeiterinnen und Arbeiter zum gemeinsamen Kampf gegen die Kapitalisten zusammenzuschließen. Auch wenn hier die falsche Kategorie „Rasse“ akzeptiert wird, ist es doch ein proletarisch-internationalistischer Aufruf zum gemeinsamen Kampf der proletarischen Klasse.

Nationalistische und rassistische Hetze hat im Proletariat keinen Platz

In einem Leitartikel des „Vorwärts“ mit dem Titel „Ein belgischer Antisemit“, in dem das Buch eines belgischen rassistischen Judenfeindes analysiert wird, heißt es:

„So wie die Proletarier aller Länder sich eins fühlen, hat bei ihnen weder chauvinistische noch konfessionelle, noch rassenfeindliche Verhetzung Platz.“ (Vorwärts, 13.4.1892)

Im Proletariat hat Nationalismus, Rassismus und Hetze gegen Religion, was Judenfeindschaft mit einschließt, keinen Platz – das ist eine klare Position, auch gegen die falsche Vorstellung, dass Judenfeindschaft auf irgendeine Art und Weise „revolutionär“ wirken könnte, denn damit verbunden ist eine Aufforderung zum Kampf gegen diese reaktionären Ideologien.

Zusammenfassend kann zu den verschiedenen hier analysierten Zeitungen, die der Sozialdemokratie als Zentralorgan dienten, zunächst festgehalten werden, dass eine interessante Diskussion über Publikationen in jiddischer Sprache stattgefunden hat. Deutlich wurde aber auch, welche Vorurteile es gegen diese Sprache gab, aber dass sie auch verteidigt, ja ihr eine wichtige Funktion bei der Arbeit unter jiddischsprachigen Werktätigen zugesprochen wurde.

Die festgestellten grundlegenden Schwächen und Fehler der in den verschiedenen Zeitungen veröffentlichten Artikel gehen im Wesentlichen nicht über die in anderen Publikationen der Sozialdemokratie hinaus.

Da ist die Rede von „verjudet“ und „Geldjuden“. „Juden“ überhaupt werden als synonyme Begriffe für Kapitalisten benutzt. Auch das Klischee, „die Juden“ würden Bauern „ausschlachten“, taucht hier auf. Möglicherweise noch ein Stück brutaler wirkt die Behauptung, die früher „unterdrückte jüdische Rasse (!)“ wäre nun zur „herrschenden Klasse“ geworden, oder auch die Verwendung des judenfeindlichen Stereotyps, die „Unterdrückten sind Weltherrscher geworden“. Leider muss auch konstatiert werden, dass arg viel Verständnis für Judenfeinde auf dem Land geäußert und die grundfalsche Position wiederholt wird, dass die judenfeindlichen Bewegungen der Sozialdemokratie zugutekommen und schließlich „revolutionär“ würden.

Demgegenüber stehen die Stärken. Sehr klar wird zum Ausdruck gebracht, dass sich die Judenfeindschaft gegen alle Juden richtet und die Judenfeindschaft weit über die judenfeindlichen Parteien hinaus im gesamten reaktionären Lager verankert ist. Sehr deutlich wird verteidigt, dass die jüdische Bevölkerung in allen Ländern solidarisch Verbindung hält. Auch ganz konkret wird etwa das Spießrutenlaufen der

Jüdinnen und Juden in einer judenfeindlichen Atmosphäre in Berlin angeprangert.

Die Ritualmordlüge wird als Gefahr insbesondere in ländlichen Gebieten erkannt und bekämpft. Es wird auch die Lüge entlarvt, dass die Verelendung und der Untergang von Bauern die Schuld „der Juden“ seien.

Die Pogrome in Russland werden mit deutlichen Worten verurteilt und der revolutionären Bewegung dort wird die solidarische Unterstützung seitens der Sozialdemokratie versichert. Es gibt auch ein Bewusstsein dafür, dass die Judenfeindschaft der Ablenkung vom Klassenkampf dient und sich im Kern auch gegen die Sozialdemokratie selbst richtet.

Propagiert wird nicht nur der Zusammenschluss mit dem jüdischen Proletariat, sondern es wird auch deutlich gesagt, dass Nationalismus, Rassismus und Judenfeindschaft im Proletariat aller Länder keinen Platz hat.

Angesichts der Verquickung von richtigen und falschen Positionen – oft in ein und demselben Artikel – fällt es schwer, ein Gesamturteil zu fällen. Entscheidend ist aber, sich sowohl die Stärken als auch die Schwächen im Einzelnen bewusst zu machen.

4. Zum Kampf gegen Judenfeindschaft im Reichstag

Um einen Überblick über die Arbeit der Sozialdemokratie im Deutschen Reichstag zu erhalten, hat die deutsche Sozialdemokratie Sammelbände mit Tätigkeitsberichten und Wahlaufufen herausgegeben. Die hier uns interessierende Zeitspanne umfasst den Sammelband: „Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstag – Tätigkeitsberichte und Wahlaufufe aus den Jahren 1871–1893“, Berlin 1909. Was die neun Reichstagswahlen in dieser Zeitspanne betrifft, wird nur in einem Wahlaufuf dieser Dokumentation auf die Judenfeindschaft eingegangen.

a) Über die Arbeit im Reichstag und über Wahlaufufe zu Reichstagswahlen

Im abgedruckten „Aufuf der sozialdemokratischen Fraktion zur ersten Reichstagswahl unter dem Sozialistengesetz (27. Oktober 1881)“ heißt es in Hinblick auf Debatten über ein sogenanntes „Wuchergesetz“, dass das eigentliche Problem tiefer liegt, wenn es Armut auf der einen Seite und Wucher auf der anderen Seite gibt:

„Ebenso wenig ist dem einfachen kleinen Mann durch Wuchergesetze genützt. Der Wucher ist nicht eine Ursache, sondern eine Wirkung unserer ungesunden Wirtschaftsverhältnisse. Wir wollen gewiss den Wucher nicht in Schutz nehmen, allein so viel steht fest, wenn allgemeiner Wohlstand herrschte, gäbe es keinen Wucher und keine Wucherer.“⁵⁴⁹

Diese Argumentation zielt darauf ab, dass eine Debatte über Wuchergesetze zwar für aktuelle Fragen nicht völlig uninteressant ist, aber im Kern eine Ablenkung ist von der eigentlichen Ursache, dem Kapitalismus, der durch den Sozialismus ersetzt werden muss.

Im selben Dokument wird auch auf die „Krawalle, Tumulte, Exzesse“ durch die sich antisemitisch nennenden Judenfeinde verwiesen und betont, dass so etwas „stets in Gegenden, wo es keine Sozialdemokraten gab“ (S. 209):

„Der Skandal des Antisemitenunfugs war erst nach dem Sozialistengesetz möglich: dass er nicht die Ausdehnung einer allgemeinen Judenhetze annahm, ist einzig das Verdienst der Sozialdemokratie, welche die Arbeiterklasse vor diesem schmachvollen, den niedrigsten Motiven entsprungenen Treiben warnte, während ihm notorisch in denjenigen Kreisen Vorschub geleistet ward, welche über die zu reaktionären Zwecken uns angelogenen ‚Ausschreitungen‘ und ‚Exzesse‘ der Sozialdemokratie die lauteste Entrüstung geäußert hatten. Genug – erst die Ära des Sozialistengesetzes hat die Ausschreitungen der Stoeckerschen Clique gezeitigt.“⁵⁵⁰

Mag zunächst der Begriff „Antisemitenunfug“ als doch arg verharmlosend unangenehm aufstoßen, so wird doch im Verlauf des Textes deutlich, dass es sich um ein schmachvolles, den niedrigsten Motiven entsprungenes Treiben handelt.

In den Aufrufen der sozialdemokratischen Fraktion zur zweiten und dritten Reichstagswahl finden sich keine Bemerkungen, die diese Frage betreffen.

Im Tätigkeitsbericht über die Arbeit der sozialdemokratischen Fraktion des deutschen Reichstages von 1890 bis 1893 wird dann noch einmal, wenn auch knapp, indirekt auf die Agitation der Judenfeinde eingegangen.

Hingewiesen wird auf die Notlage der Handwerker, Händler und Krämer als Folge der kapitalistischen Entwicklung, hervorgerufen durch „kapitalkräftige Händler, ob Jude oder Christ“ (S. 426). Mit dieser knappen Bemerkung wird der Judenhetze in indirekter Form entgegengetreten. Zudem wird im Verlauf des Textes dann deutlich gesagt, dass die kleinen Bauernhöfe gerade durch adelige Grundherrn aufgesaugt würden, die sich in lügnerischer Weise als Vertreter der Bauern ausgeben.

b) Die Wortprotokolle der Reichstagsdebatten

Einen besseren Eindruck als die Wahlaufrufe geben die Wortprotokolle der Reichstagsdebatten, in denen sowohl die judenfeindlichen Abgeordneten, die bürgerlichen Gegner der judenfeindlichen Parteien

und die Redner der Sozialdemokratie zu Wort kommen. Hier sind im Grunde auch alle ausgezeichneten Stellungnahmen der Sozialdemokratie gegen die Judenfeinde zu finden, es werden aber auch die bereits bekannten Schwächen und Probleme deutlich.

Ein Teil dieser Debatten wird auch seitens der Sozialdemokratie sehr persönlich geführt. Da geht es dann darum, ob der Abgeordnete X oder Y in der Sitzung A oder B dies oder jenes gesagt habe oder auch, in welche üblen Machenschaften dieser oder jene Abgeordnete doch verwickelt sei. Das alles wird von den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten nicht ausgespart, so dass oft auch ein etwas unübersichtliches Klein-Klein entsteht.

Für die Einschätzung der Sozialdemokratie insgesamt ergeben sich mit einer Ausnahme keine wesentlichen neuen Aspekte. Die Ausnahme betrifft die prinzipielle Ablehnung von Kriminalstatistiken, die einen Zusammenhang zwischen bestimmten Verbrechen und Religionszugehörigkeit herstellen und damit unterstellen, dass ein solcher Zusammenhang existiert.

Näher betrachtet werden im Folgenden das Auftreten sozialdemokratischer Abgeordneter in den Reichstagsdebatten vom 30. April 1891 sowie vom 20. April, 28. April und 30. November 1893.

Zur Verhandlung des Reichtags am 30. April 1891

Es ging in dieser Debatte um den Antrag bürgerlicher Abgeordneter, das bestehende Gesetz gegen Wucher klarer zu fassen und zu verschärfen. Dies war ein Vorhaben, das wegen der wahrscheinlichen Wirkungslosigkeit von der Sozialdemokratie mit großer Skepsis angesehen, aber nicht direkt abgelehnt oder bekämpft wurde.

Der springende Punkt war, dass in dieser Debatte der Abgeordnete Max Liebermann von Sonnenberg seine judenfeindlichen Auffassungen über die Identität von Wucher und Juden von sich gab. Dabei wurden auch sozialdemokratische Abgeordnete mit üblen antijüdischen Beschimpfungen überzogen – wovon im nachfolgenden lediglich einige Kostproben gegeben werden.

Der Judenfeind Liebermann von Sonnenberg warnte vor der „Sturmflut einer sozialen Revolution, die uns näher ist, als die meisten denken“, und fährt wie folgt fort:

„Meine Herren, ich brauche nur an das Wort des Herrn Singer zu erinnern: ‚Wir wollen die Revolution, aber nicht mit der Heugabel.‘ Ich glaube es Herrn Singer sehr gern, dass er im Zeitalter des Dynamits nicht mit Heugabeln Revolution machen will; indessen kann ich nicht verhehlen, dass ich sehr bedaure, den Anblick Herrn Singers und seiner Stammesgenossen mit Heugabel oder sonstigen landwirtschaftlichen Instrumenten in der Hand nicht genießen zu können.“ (S. 2646)⁵⁵¹

Damit spielte Liebermann auf die jüdenfeindliche Behauptung an, dass Paul Singer ebenso wie die Jüdinnen und Juden überhaupt angeblich landwirtschaftliche Arbeit scheuen würden. Derart unter Niveau wurde gegen Paul Singer gehetzt.

Das Wort hatte dann der sozialdemokratische Abgeordnete Arthur Stadthagen.* Dieser führte zunächst aus, dass er zwar nichts dagegen habe, Wucherer auch dem Gesetz entsprechend zu bestrafen, wenn dies klar definiert werde, aber doch den grundlegenden Einwand formuliert:

„Es wäre meines Erachtens richtig, den Wucher unmöglich zu machen; dies kann nur durch die Beseitigung der Ursache des Wuchers ermöglicht werden.“ (S. 2654)

Seine rhetorische Pointe war, dass der Kampf gegen jüdische Wucherer von christlich-jüdenfeindlichen Wucherern logischerweise gefördert werde, da eben nicht gegen die Wucherer überhaupt, sondern nur gegen jüdische Wucherer als Konkurrenz vorgegangen wird. Stadthagen betont, dass es möglich sein kann, dass es Wucherer gibt, die „zufälligerweise Juden sind“ (S. 2655). Das eigentliche Problem aber, das angepackt werden müsse, sei die Verarmung, gegen diese

* Arthur Stadthagen wurde 1857 in einer jüdischen Familie in Berlin geboren und trat wohl 1887 der Sozialdemokratie bei. 1890 wurde der Jurist in den Reichstag gewählt. Ab Dezember 1915 stimmte er im Reichstag gegen die Kriegskredite und wurde aus der Fraktion ausgeschlossen. Er starb am 5. Dezember 1917.

müsse man vorgehen, denn diese ermögliche erst den Wucher. Hinzu-
komme noch der Wucher in der Gestalt einer Fülle neuer Steuern, wel-
che die armen Leute bedrängen und in Not bringen.

Eine weitere rhetorische Pointe Stadthagens war, dass er den Juden-
feinden empfiehlt, das „Alte Testamen“t zu lesen, da Moses es gewe-
sen sei, der als Erster massiv gegen den Wucher Stellung genommen
habe. (S. 2655)

Am Schluss seiner Rede betonte Stadthagen noch einmal, dass der
Wucher nur „durch Erfüllung der sozialdemokratischen Forderung der
Vergesellschaftung der Produktionsmittel“ (Ebenda, S. 2656) besei-
tigt werden kann.“ (Ebenda, S. 2656)

Zur Verhandlung des Reichtags am 20. April 1893

Thema der Reichstagssitzung am 20. April 1893 (79. Sitzung) war
die zweite Lesung eines Gesetzes über die Revision des geltenden Wu-
chergesetzes. Der Abgeordnete Böckel erklärte in einer Rede, dass
ihm Menschen in Oldenburg und Hannover gesagt hätten, sie könnten
das Problem überhaupt nicht verstehen, bei ihnen wäre alles in Ord-
nung. Böckel findet dazu dann die folgende Deutung:

„Ich kann mir wohl denken, weshalb man bei euch diese Betrü-
gereien nicht kennt, während sie bei uns in so krasser Weise flo-
rieren: wir haben eben eine Unmasse Juden bei uns, ihr aber
nicht, daran liegt die Quintessenz der Sache. Das muss ehrlich
ausgesprochen werden.“ (Ebenda, S. 1943)

Der sozialdemokratische Abgeordnete Stadthagen erwiderte darauf
sehr richtig:

„Die Religion hat absolut nichts mit der Wucherfrage zu tun.“
(Ebenda, S. 1943)

Stadthagen macht klar, dass die Frage von „Strafbestimmungen ge-
gen Wucher“ nichts damit zu tun hat, ob einer Jude ist oder nicht, und
stellt die Ausführungen Böckels wie folgt in Frage:

„Wie kommen Sie dazu, zu behaupten, es läge bei der Erwägung,
ob Strafbestimmungen oder andere gegen Wucher zu treffen
sind, daran, ob einer, ob der Wucherer Jude ist oder nicht? Was

verstehen Sie darunter? Verstehen Sie darunter, wer einen jüdischen Namen trägt, etwa Liebermann oder Sonnenberg oder beide Namen zusammen? Oder was verstehen Sie darunter? Meinen Sie, dass die Religion damit zusammenhängt? Bitte erklären Sie sich darüber! Wenn sie eben hier leichthin mit der Behauptung auftreten, es liege daran, wir hätten Juden, andere hätten keine, und deshalb hätten wir Wucher, die anderen keinen, so müssen wir verlangen, dass Sie erklären in welcher Beziehung die Dinge miteinander stehen.“ (Ebenda, S. 1943)

Zur Verhandlung des Reichtags am 28. April 1893

Am 27. April 1893 kam es zu einer Beratung über eine Ergänzung der Bestimmung über den Wucher, die dann am 28. April 1893 fortgesetzt wurde.⁵⁵²

Als Erster erhielt der sozialdemokratische Abgeordnete Arthur Stadthagen das Wort. Zunächst wirft er das Problem auf, ob man über den judenfeindlichen Schmutz überhaupt debattieren sollte. Er kommt aber zu dem Schluss, dass dies zuweilen nicht zu vermeiden sei und verdeutlicht dies mit folgendem Vergleich: Wenn Kot auf der Straße liegt, sei es manchmal beim Durchqueren der Straße unvermeidlich, sich mit diesem Kot zu beschmutzen (siehe S. 2054).

Recht geschickt treibt Stadthagen den judenfeindlichen Abgeordneten Liebermann von Sonnenberg in die Enge. Er tut dies mit Zitaten aus dessen Reden, aus denen hervorgeht, dass er den Wucher nur bekämpft, wenn er von Juden ausgeht. Stadthagen wirft Liebermann von Sonnenberg weiter vor, auch mit Statistiken und Berichten über Statistiken Judenhetze betrieben zu haben mit dem Ziel, christliche Wucherer aus der Schusslinie zu nehmen. Neben einer Reihe recht detailliert-persönlich gehaltener Angriffe auf Liebermann von Sonnenberg, seine Verfehlungen und seine Familienherkunft, sozusagen aus einem Stall christlicher Wucherer, zitiert er dann einen bayerischen Pfarrer, der in seiner Untersuchung darauf hingewiesen habe „dass er gerade gefunden habe: diejenigen, die am meisten über jüdische Wucher schreien, seien oft selbst Wucherer“ (Ebenda, S. 2056). Der Sozialdemokrat wehrt sich auch gegen die Anspielung auf seine jüdische Herkunft durch Liebermann von Sonnenberg, der provokativ die Frage

gestellt hatte, ob Stadthagen denn nicht wisse „dass ein gewisser Zusammenhang zwischen den Juden und dem Wucher besteht, ob ich ein solcher Fremdling im Stamme Israels sei“. Rhetorisch fragte nun Stadthagen:

„Die Kriminalstatistik, die sich auf Konfession und auf Religion erstreckt, dürfte eine überflüssige, zu Trugschlüssen und Gehässigkeit führende Arbeit sein. Man wird die Frage nach der Religion der Verbrecher am besten unterlassen.“

„Wo ist der Stamm Israels? Was versteht er darunter? Und was hat das mit dem Wuchergesetz tun?“ (Ebenda, S. 2056)

Besonders wichtig ist, dass Stadthagen den grundlegenden Fehler nachweist, in einer Kriminalstatistik bestimmte Verbrechen mit Fragen der Religion zu verknüpfen. Er zitiert aus der Arbeit eines bekannten Statistikers, der Folgendes festhält:

„Die Kriminalstatistik, die sich auf Konfession und auf Religion erstreckt, dürfte eine überflüssige, zu Trugschlüssen und Gehässigkeit führende Arbeit sein. Man wird die Frage nach der Religion der Verbrecher am besten unterlassen.“ (S. 2056).

Diese prinzipielle Absage an solche Kriminalstatistiken ist ein wichtiger Gedanke in der Argumentation gegen die Judenfeinde, da in Publikationen der Sozialdemokratie eher immanent auf Details eingegangen wurde, aber nicht prinzipiell zurückgewiesen wurde, zwischen Religion und Kriminalität überhaupt einen Zusammenhang herzustellen.*

* Allerdings muss auch festgehalten werden, dass Stadthagen beim Zurückweisen der Verallgemeinerung, mit der Liebermann von Sonnenberg negative Eigenschaften „bei allen der Rasse Angehörigen“ (Ebenda, S. 2056) behauptet, in der Tat zwar die Verallgemeinerung zurückweist, dass er aber den rassistischen Ansatz nicht als solchen kennzeichnet, sondern selbst von den Juden als „Rasse“ spricht. Im weiteren Verlauf seiner Rede wiederholt Stadthagen den grundlegenden Gedanken, dass es in erster Linie um die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und um die Beseitigung der Armut geht, um Wucher wirklich abschaffen zu können.

Auch der sozialdemokratische Abgeordnete Kunert griff am 28. April 1893 in die Debatte ein.* An dieser Stelle wurde deutlich, dass die Judenfeinde in ihrer Demagogie auch Schwächen und Inkonsistenzen von sozialdemokratischen Positionen ausnutzten.

Am 27. April 1893 hatte der judenfeindliche Abgeordnete Böckel das Wort ergriffen. Zunächst beteuerte er verlogen, dass alle Antisemiten angeblich auch christliche Wucherer zutiefst verabscheuten, um dann folgenden Gegenangriff zu starten, dass es „eben nicht nur antisemitische Parteien, sondern auch Antisemitismus in jeder Partei“ (ebenda, S. 2045) gebe.

„Es gibt Leute, die über die Juden ungünstig denken, bei allen Parteien des Reichstages, selbst in der sozialdemokratischen Partei. Ich erinnere Sie an den schönen Vers ihres Kollegen Kunert von dem jüdischen Kapitalisten, der in den Poren des Proletariats sitzt und sagt: ‚Lasst mich saugen, saugen, saugen!‘ Ich erinnere Sie ferner an den Ausspruch ihres Fraktionsgenossen Liebknecht in der 1. Auflage seiner ‚Grund- und Bodenfrage‘, wo er die Juden als kapitalistische Wüteriche bezeichnet. Wie können Sie da in solch abfälligen Sinn über den Antisemitismus ein Urteil fällen wollen? Sie schlagen ja einem Teil ihrer eigenen Fraktionsgenossen direkt ins Gesicht!“ (Ebenda S. 2045)

Kunert weist nun Böckels Zitiermethode zurück und erklärt, dass er gegen alle Ausbeuter polemisiert habe, ob sie nun christlich oder jüdisch seien, und dass er auf den Klassencharakter auch der jüdischen Bevölkerung verwiesen habe. Kunert formuliert nun deutlich:

„Ich betrachte den Antisemitismus als eine schlimmste Art moralischer Pest in unserem Volk.“ (Ebenda, S. 2060)

Kunert fügt hinzu:

* Kunert geht in seiner Rede auch darauf ein, dass der Judenfeind Ahlwardt selber darauf hingewiesen habe, dass die Wucherer, die ihn ruiniert hätten, nur zum kleinsten Teil Juden gewesen seien. (Siehe S. 2060)

„Ich glaube behaupten zu dürfen, dass der größte Teil der antisemitischen Wortführer hier im Hause nicht in den Reichstag, sondern in ein Korrekthaus für sittlich Verwahrloste gehört.“ (Ebenda, S. 2060)

Offensichtlich doch getroffen vom Vorwurf, dass er selbst Judenfeindliches geschrieben habe, verweist Kunert ausführlich auf seine gegen die Judenfeinde gerichteten Schriften und beendet den Gedankengang dann mit dem folgenden Satz:

„Ich will hinzufügen: ich bin bei allem ebenso wenig Philosemit wie Antisemit.“ (Ebenda, S. 2061)

Wozu diese Bemerkung notwendig war, sei dahingestellt. Doch zeigt sich in ihr zweifelsohne der Einfluss von Franz Mehring.

Stadthagen geht auch auf den Vorwurf Böckels ein, wonach Wilhelm Liebknecht in seiner Broschüre über die „Grund- und Bodenfrage“ vor Jahren selbst Antisemitisches geschrieben und „die Juden als kapitalistische Wüteriche“ bezeichnet habe. Stadthagen bestätigt im Kern das Liebknecht-Zitat, in dem es tatsächlich heißt:

„Die Juden, heutzutage die fanatischen Vertreter des Privateigentums, hatten zur Zeit ihrer nationalen Selbstständigkeit kein Privateigentum.“ (S. 2066).

Stadthagen fährt fort, dass Böckel aber die Fußnote vergessen habe, und es folgt in der Tat der an anderer Stelle schon zitierte Fußnotentext Liebknechts über die Katzen und die Juden. In dieser versteigt sich Liebknecht auch zu der Äußerung, dass aber nun nicht alle Juden „raubgierigste Privateigentumswüteriche“ seien. Es gebe auch zahlreiche Ausnahmen. Stadthagen zitiert nun weiter Liebknecht, um Böckels Belege für den „Antisemitismus“ bei Wilhelm Liebknecht zu entkräften:

„und während wir für die Sünden der modernen Juden die christlichen Unterdrücker verantwortlich machen müssen, wollen wir mit Freuden dem jüdischen Stamm das Verdienst lassen, zu dem Heer der Menschheitsvorkämpfer des 17., 18. und 19. Jahrhunderts relativ das bedeutendste Kontingent gestellt zu haben.“ (S. 2066).

Das war in der Tat eine komplizierte Situation. Denn auch wenn Wilhelm Liebknecht zahlreiche Ausnahmen zulässt und sehr liebevoll über die jüdischen Kämpfer für die Menschlichkeit spricht, so bleibt doch, dass er „heutzutage“ als Regel jüdische Leute als fanatische Vertreter des Privateigentums und als raubgierig usw. bezeichnet hat.

Ohne eine Kritik an Wilhelm Liebknecht, ohne eine selbstkritische Haltung der Sozialdemokratie, konnte es nicht wirklich gelingen, die nicht ungeschickten Spaltungsversuche des judenfeindlichen Abgeordneten Böckel auszuhebeln. Im Verlauf der weiteren Debatte spielte diese Frage allerdings keine Rolle mehr.*

Soweit die Eindrücke vom Auftreten sozialdemokratischer Abgeordneter gegen Judenfeindlichkeit aus dieser Debatte im Reichstag, deren Protokoll immerhin 25 DIN-A4-Seiten umfasst.

Zur Verhandlung des Reichtags am 30. November 1893

Zunächst hatten Judenfeinde wie der Abgeordnete Oswald Zimmermann das Wort und verbreiteten ihre Hetzparolen gegen die „Verjudung“ der Wirtschaft.⁵⁵³

Wilhelm Liebknecht betont dann in der darauf folgenden Rede, dass die Judenfeindschaft in Frankreich untergegangen sei und dass sie in England und Amerika ebenso wenig wie in Italien Fuß fassen könne:

„Die Bewegung beschränkt sich auf Deutschland und hier ist sie bloß möglich geworden in Folge der ungesunden politischen Verhältnisse, die bei uns bestehen, obgleich ich die ökonomische

* Hingewiesen sei aber noch darauf, dass Stadthagen gegenüber dem dümmlichen Vorwurf, dass jüdische Leute nicht so tapfer wären, ein merkwürdiges Gegenargument ins Spiel bringt. Dabei ist hier nicht recht klar, inwieweit es ironisch oder als Satire gemeint ist. Stadthagen führt aus: „Der Herr Abgeordnete Liebermann von Sonnenberg mag sich doch die Statistik ansehen; da wird er finden – das wird für ihn besonders beweisend sein –, dass unter den Duellanten prozentual acht-, zehnmal so viele Juden sich befinden als andere. Im Übrigen halte ich für abgeschmackt, irgendwie die Rasse oder das Religionsbekenntnis mit einem persönlichen Verdienst oder Nichtverdienst verknüpfen zu wollen.“ (Ebenda, S. 2067) Dies kann durchaus als ein Beispiel gelten, dass man sich eben nicht auf jede Ebene der Debatte mit Judenfeinden einlassen sollte, um nicht erneut eine Debatte über die Rolle von Duellen zu provozieren, zumal auch die Übernahme des Begriffs „Rasse“ – wie schon öfter angemerkt – ein unzulässiges Zugeständnis an rassistische Judenfeinde ist.

Grundlage des Antisemitismus durchaus nicht bestreite.“
(S. 180)

Das ist in allgemeiner Form die Position, die August Bebel in seiner Rede auf dem Kölner Parteitag der SPD im Oktober 1893 formuliert hatte.

Liebknecht referiert dann die Behauptung, dass das „jüdische Kapital“ an der Notlage der Handwerker und der Bauern schuld sei. Er widerlegt diese Lüge mit einem Blick auf England und Amerika, wo die kapitalistischen Großbetriebe in den Händen der Christen seien. Er führt dazu aus:

„Die Kapitalisten, die in England den Bauern aufgefressen haben und ihn in Amerika jetzt auffressen, sind christliche Germanen, mindestens ebenso germanisch, wie die Herren Antisemiten selber es sind, und mindestens ebenso christlich, denn der englische und amerikanische Kapitalist geht jeden Sonntag gewissenhaft zweimal zur Kirche.

Also, Sie sehen, meine Herren, das Judentum hat mit dem Nieder- oder Untergang des Bauernstandes nichts zu tun. Das wissen wir Sozialdemokraten, deshalb reden wir den Bauern nicht vor: es ist der Jude, der euch zugrunde richtet.“ (S. 181)*

Deutlich wird, dass Wilhelm Liebknecht grundlegend auf den Kapitalismus und seine Mechanismen verweist und dass dort, wo jüdische Leute über eine größere Kapitalkraft verfügen, sie aufgrund der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus handeln, wie alle anderen Kapitalisten auch, und nicht wegen irgendwelcher besonderer „jüdischen Eigenschaften“. Diesen Punkt klar darzulegen, gelingt Wilhelm Liebknecht schon. (Siehe S. 181 ff.)

Insgesamt ist die Rede von Wilhelm Liebknecht trotz vorhandener Schwächen sehr klar und kraftvoll, ohne sich in unwesentliche Details zu verlieren.

* Etwas später schiebt Wilhelm Liebknecht dann doch zu „der Jude“ nach: „Der Junker hat mehr Bauerngüter verschlungen als der Jude.“ (Ebenda, S. 181) Weiter betont er, dass beide es nicht tun, weil sie Junker oder Jude sind, sondern weil sie eine größere Kapitalkraft haben.

Im Übrigen macht sich Wilhelm Liebknecht auch über die These lustig, dass die Sozialdemokratie und auch Engels in London von den Juden gekauft seien (siehe S. 180 und S. 185), um dann zu anderen Themen zu kommen, die an anderer Stelle kritisch diskutiert werden müssen, wie seine Vorschläge, das Schweizer Militärmodell zu übernehmen und das klassische deutsche Militär abzuschaffen. Deutlich sagt er, dass der Reichstag den deutsch-preußischen Militarismus abschaffen müsse, und wenn das nicht gehe,

„dann kommt’s auf anderem Weg – so, wie es vor mehr als 100 Jahren in Frankreich gekommen ist. Regierungen und Parteien, die nicht lernen, müssen fühlen.“ (S. 191)

Wilhelm Liebknecht beendet dann seine Rede mit „unserem alten Spruch: diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“ (S. 191)

Im Wesentlichen bewegen sich die in lebendiger Form nachzulesenden Polemiken der Abgeordneten der Sozialdemokratie mit jüdenfeindlichen Abgeordneten im Rahmen der nun schon bekannten Grundpositionen der Sozialdemokratie einschließlich ihrer Schwächen. Es wiederholen sich die Grundthesen, dass die Sozialdemokratie gegen die christlichen und jüdischen Wucherer sei und nicht nur gegen jüdische Wucherer, dass jüdische Wucherer nicht wuchern, weil sie Juden sind und besondere Eigenschaften haben, sondern weil sie dazu aufgrund ihrer größeren Kapitalkraft in der Lage sind, und es wird der verallgemeinernde Schluss von einigen auf alle als jüdenfeindliches Stereotyp angeprangert.

Es gibt einen über die sonstigen Publikationen der Sozialdemokratie hinausgehenden und deshalb ausdrücklich festzuhaltenden Punkt: Es wird prinzipiell bestritten, dass ein Zusammenhang zwischen Kriminalstatistik und Religionszugehörigkeit besteht. Das ist von Bedeutung angesichts der Aufnahme dieses falschen Argumentationszusammenhangs in die 2. Auflage der Kölner Parteitage Bebel, die 1906 überarbeitet herausgegeben wurde.

Als größte Schwäche der sozialdemokratischen Beiträge in den Reichtagsdebatten ist der Versuch einzuschätzen, in der Debatte im

April 1893 die falsche Position Wilhelm Liebknechts aus seiner Broschüre über die „Grund- und Bodenfrage“ Mitte der 1870er Jahre, die der judenfeindliche Abgeordnete Böckel herausgefunden hat, zu verteidigen und diese mit dem Verweis auf eine Fußnote sogar noch zu rechtfertigen, da ja gesagt worden sei, dass nicht alle Juden als „raubgierigste Privateigentumswüteriche“ einzuschätzen seien.

Hier wäre auch angesichts des unsäglichen Katzenvergleichs Wilhelm Liebknechts Gelegenheit für eine selbstkritische Analyse gewesen, da insbesondere Böckel offensichtlich akribisch sozialdemokratische Texte gelesen und judenfeindliche Passagen zusammengestellt hatte, die es durchaus in der sozialdemokratischen Öffentlichkeit gegeben hat und die eben deshalb von der Sozialdemokratie hätten selbstkritisch verworfen werden müssen.

Die Reichstagsreden, deren wesentliche Auszüge hier analysiert wurden, zeigen jedoch eins: Den tiefen Antagonismus zu den judenfeindlichen Abgeordneten und ihrer Parteien und die Kraft der grundlegenden Argumentation der Sozialdemokratie, dass es sich bei der judenfeindlichen Propaganda um Appelle an die niedrigsten Instinkte und um eine Propaganda der Verdummung handelt.

5. Widerspiegelung der Judenfeindschaft in der populären Zeitschrift „Der wahre Jacob“

Zu Recht wurde in einer Reihe bisheriger Untersuchungen über die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie darauf hingewiesen, dass die populär gehaltene Zeitschrift „Der wahre Jacob“ ein großes Gewicht in der Publikationstätigkeit der Sozialdemokratie hatte. Während des „Sozialistengesetzes“ bis 1890 überstand die Zeitung durch ihren relativ gemäßigten Ton Zensur und Verbot.*

Es soll im Folgenden nach einer kompletten Durchsicht aller Zeitschriftenbeilagen mit dem Titel „Der wahre Jacob“ anhand der Jahrgänge von 1879 bis 1893 die Haltung zur Judenfeindschaft analysiert werden. Um es vorwegzunehmen: Artikel über die Judenfeindschaft, über judenfeindliche Parteien und Karikaturen und Witze über Juden waren eindeutig nicht das Hauptanliegen dieser Zeitschrift. Die Besonderheit liegt in der Art und Weise, wie mit diesen schwierigen Themen umgegangen wurde.

Die Zeitung richtete sich klar vor allem gegen Bismarck, die Militarisierung, das Preußentum, aber auch gegen die Politik des Kolonialismus. Es gab zudem eine Sondernummer zu 20 Jahre „Pariser Kommune 1871“ auf hohem Niveau (Nummer 126, 1891).⁵⁵⁴

Auf zwei Probleme soll vorab hingewiesen werden. Erstens bedeutet eine möglichst populäre Zeitschrift herauszugeben, dass gewisse Zugeständnisse an das Niveau und die Mentalität des Lesepublikums gemacht werden, also auch über nicht so direkt politische Fragen geschrieben wird und aktuelle Probleme auf leichte, humoristische Weise angepackt werden. Dass dies eine Gratwanderung ist, die oft nicht gelingt, und auch mit guten Absichten oft nur der „Weg zur Hölle gepflastert“ ist, zeigt sich in dieser Zeitschrift etwa auch, wenn gegen die Politik des Kolonialismus klar Stellung bezogen wird, aber in Ka-

* Die Zeitschriftenbeilage erschien zuerst 1879 bis 1923, dann von 1927 bis 1933. Es war eine achtseitige Beilage, die in hoher Auflage erschien, mit großen Grafiken, Gedichten, kleinen Artikeln und vor allem auch Karikaturen. Die Auflage betrug 1890 ca. 100.000 Exemplare. „Der wahre Jakob“ war also durchaus, da Zeitschriften von Hand zu Hand gingen, einem sehr großen Lesepublikum bekannt.

rikaturen dann der Hautfarben-Rassismus mit einem sehr merkwürdigen Witz angepackt wird. Wenn etwa ein deutscher Lehrer vor afrikanischen Kindern in einer Schule in Kamerun sagt, wenn ein Kind „faul ist“, dann lässt er dieses Kind nachsitzen bis es „weiß wird“. (Nummer 135, 1891) Indirekte Kritik an der Formulierung der Rassisten durch Umkehrung der üblichen Floskel, dass sich jemand ärgert bis er schwarz wird? Oder doch ohne viel Nachdenken ein Anknüpfen an rassistische Vorteile? Allein über diesen Witz der einerseits Hautfarben-Rassismus anprangern will, andererseits auf existierende Vorurteile anspielt, könnte und müsste man einige Seiten schreiben, denn es bleibt immer die Frage, wer lacht da über wen und was. Der Punkt kann und soll hier nicht vertieft werden. Es sollte das Problem aufgezeigt werden.

Zweitens aber ist es eine besondere Schwierigkeit bei politischen Karikaturen, durch Übertreibung treffend so zu zeichnen, dass speziell Personen des öffentlichen Lebens sofort als solche erkannt werden. Nun gibt es etwa über Menschen aus Afrika und über jüdische Menschen schon eine Fülle von Vorlagen, rassistische und jüdenfeindliche Vorlagen, Karikaturen mit Übertreibung, die verletzen sollen, die lächerlich machen sollen und beleidigen. Es entspricht ja dem Kern des Rassismus, auf körperliche Eigenschaften abzu zielen und sie als wesentlich zu betrachten. Der Karikaturist, selbst wenn er wohlwollende Absichten hat, tappt durch das besondere Metier und die bekannte zeichnerische Vorgeschichte relativ leicht und im großen Umfang in die aufgestellten Vorurteilsfallen, wie sich auch bei der Analyse der Zeitschrift „Der wahre Jacob“ zeigen wird.

Zum Thema Judenfeindschaft soll zunächst herausgestellt werden, dass in einer Reihe von Nummern der Beilage insbesondere der Judenfeind Stoecker in Karikaturen aufgespießt und zu Recht lächerlich gemacht wird.⁵⁵⁵

In der Nummer 99 von 1890 findet sich zudem auch (S. 788) ein ausgezeichneter Sechszweiler über Stoecker unter dem Titel „Stoecker über Berlin“. Es soll hier kurz zitiert werden:

„Berlin ist Gomorrha, Berlin ist Sodom,
So lautet Herrn Stoeckers Redestrom;
Doch was uns dabei verwundern tut:

Warum gefällt es ihm denn dort so gut?
Wohl Wenigen würd' es Schmerzen bereiten,
Wenn er dies böse Stadt wollt' meiden.“

Die Ablehnung der offen judenfeindlichen Parteien war also eine deutliche Position der Zeitschriftenbeilage.⁵⁵⁶

Aber selbst bei einer eindeutigen politischen Ablehnung der Judenfeindschaft gibt es das Problem des Zugeständnisses an das judenfeindliche Bild in der Gesellschaft, indem der Karikaturist durch seine Darstellung der unterdrückten jüdischen Bevölkerung das Lächerlichmachen „des Juden“ verstärkt.

In der Nummer 99 aus dem Jahre 1890 werden die fünf judenfeindlichen Reichstagsabgeordneten auf Seite 792 karikiert und zu Recht mit einem sieben Strophen umfassenden Gedicht verspottet. Gleichzeitig gibt es auch in dieser Karikatur ein Problem. In der Karikatur selbst ist ein Notenpult abgebildet, das offensichtlich einen an den Händen gefesselten und durch den Druck des Notenbuchs unterdrückten Menschen zeigt, der vom Karikaturist mit einer lächerlich machen den gekrümmten Nase als Jude gekennzeichnet wird (siehe Faksimile auf den folgenden Seiten). Tatsache ist, dass auch diese politisch eine richtige Stoßrichtung vertretende Karikatur nicht ohne eine judenfeindliche Zeichnung auskommt.

Ähnlich funktioniert das auch beim nachfolgenden Problemfeld. Ein unzulässiges Zugeständnis an das allgemeine, aber eben reaktionäre Bild vom Juden in der Gesellschaft ist es, wenn der reaktionäre Politiker und Kapitalist Bleichröder, ein Verbündeter von Fürst Bismarck, in im Kern judenfeindlichen Karikaturen mit Untertiteln des Öfteren aufs Korn genommen wird. Völlig inakzeptabel ist, dass ganz offensichtlich durch die Darstellung seiner gebogenen Nase darauf abgezielt wird, dass er Jude sei. Sein jüdisches Aussehen wird also zum Ziel der herabsetzenden Karikatur gemacht und nicht das, was er getan hat oder tut (siehe Faksimile auf den folgenden Seiten).⁵⁵⁷



Auszug: Judenfeindliche Karikatur unter dem Notenpult.
Aus „Der wahre Jacob“, Nr. 99, 1890, S. 792



Auszug: Antijüdische Darstellung von Bleichröder. Aus
„Der wahre Jacob“, Nr. 135, 1891, Titelseite

Dennoch: Die politische Ablehnung der Judenfeinde und der judenfeindlichen Parteien dieser Zeitspanne durch die Sozialdemokratie muss zunächst festgehalten werden, wenn nachfolgend genauer – hier analytisch getrennt, aber in der Realität ideologisch nicht abtrennbar – auf die judenfeindlichen Tendenzen in diesem Witzblatt hingewiesen wird. Wer auch nur kurz darüber nachdenkt, wird verstehen, dass eine gefährlichere Wirkung davon ausgeht, wenn politische Gegner der Judenfeindschaft judenfeindliche Bilder verwenden, als wenn offene Judenfeinde eben Judenfeindliches von sich geben.

In dem Versuch populär zu sein, wurde öfters auf klassische Vorurteile gegenüber Jüdinnen und Juden zurückgegriffen, ihr Aussehen, ihre Sprache, ihre angebliche vorrangige Geldorientierung und Ähnliches.

a) Zu Rothschild: „die ganze Welt regieren“

In der Nummer 19 von 1885 wird ein zwölfzeiliges Gedicht unter der Überschrift „Nathaniel Rothschild“ veröffentlicht, der im englischen Oberhaus saß und über den es in einem Reim heißt: „Er möchte die ganze Welt regieren / Und hoch sein goldenes Szepter führen.“ (S. 147). Das ist schlicht und einfach die Wiederholung eines judenfeindlichen Stereotyps, festgemacht an einer einzigen jüdischen Person mit dem bekannten Namen Rothschild. Der Unsinn von der Welt Herrschaft wird also mit einem Gedicht transportiert, verbrämt mit einer Kritik an den oberen Zehntausend.

b) Lächerlichmachen durch Karikieren der Sprache

In derselben Nummer 19/1885 wird auf der nächsten Seite (S. 148) unter einer Karikatur mit einer eleganten Dame und einem vornehmen Herrn ein Dialog zwischen einem Abraham und einer Sarah in einer verstümmelten Sprache wiedergegeben, was witzig sein soll. Diese Methode, sich durch einen befremdlichen Sprachgebrauch mit Anklängen an das Jiddische über Jüdinnen und Juden lustig zu machen – meist beginnend mit der Floskel „Gott, du Gerechter“ –, zieht sich durch die vielen Jahrgänge des „Wahren Jacob“.

In dem genannten Dialog zwischen Abraham und Sarah wird in einem Wortspiel die gegenseitige Liebe angezweifelt. Eigentlich wäre

das harmlos, wenn auch nicht sehr witzig. Deutlich wird aber, dass es sich um ein – reiches – jüdisches Ehepaar handelt, dem im Grunde die Fähigkeit zur gegenseitigen Liebe abgesprochen wird. Abgesehen von der Verstärkung eines Klischees, ist hier das Entscheidende, dass die Sprache zum Vehikel wird, die Jüdinnen und Juden zu verspotten, ohne dass auch nur im Ansatz ein politischer Sinn zu erkennen wäre.

c) Wie das Vorurteil bedient wird, bei jüdischen Männern gehe es vor allem um das Geld

Auf ähnlich dürftigem Niveau wird in der Nummer 30 aus dem Jahr 1886 das Gespräch zwischen zwei jüdischen Herrn über die Heirat in einem nachgeahmten Jiddisch vorgetragen. Auch hier wird der Ausruf „Gott, der Gerechte“ karikierend ins Spiel gebracht. Entgegen dem Rat der Mutter, der Sohn solle sich doch auf sein Herz verlassen, wird ihm die Empfehlung mitgegeben: „Wenn du Bekanntschaften mit Mädchen machen willst, so mach sie mit solchen, die nicht mittellos sind; – kommt dann die Liebe, so bist Du gesichert auf alle Fälle.“ (S. 238) Nun erscheint hier immerhin die jüdische Mutter in einem positiven Licht, aber jüdische Männer werden im Grunde als berechnend und geldgierig gezeichnet. Warum bei einer durchaus berechtigten Kritik an einer Heirat aus finanziellen Gründen ausgerechnet der karikierte „Jude“ herhalten muss, bleibt das Geheimnis der Redaktion. Es ist offenbar ein Zugeständnis an die Vorstellungswelt der Lesenden, eine Vorstellungswelt, die nicht ohne Vorurteile ist.

In der Nummer 46 von 1887 wird im Grunde noch einmal dasselbe Schema in abgewandelter Form verwendet – diesmal als eine Karikatur zweier typisch überzeichneter reicher jüdischer Menschen, die als Abraham und Moses bezeichnet werden. Nun geht es um die Frage des Schutzes der Kinder im Falle eines neuen Krieges, wiedergegeben in einem karikierten Jiddisch. Und der „Witz“ dabei soll sein, dass ihnen nicht so sehr der mögliche Tod ihrer Kinder Angst macht, sondern sie den Verlust ihres Geldes befürchten. Dazu passend lautet die Überschrift über die Karikatur: „Immer auf den Profit.“ (S. 366).

~ Schlechte Erinnerung. ~



Frau Cohn: Sieh mal, Isidor, das Steigen und Fallen der — — —

Herr Cohn: Laß mer mit dem Steigen und Fallen in Ruh, — das
hab' ich jeden Tag an der Börs'

Antijüdische Karikatur. Aus: „Der wahre Jacob“, Nummer 144, 1892,
S. 1183

In der Nummer 144, 1892, S. 1183 ist eine Karikatur eines Ehepaars am Strand abgedruckt. Frau Cohn sagt: „Sieh mal Isidor, das Steigen und Fallen der ...“ Und Herr Cohn antwortet: „Lass mer mit dem Steigen und Fallen in Ruh, – das hab’ ich jeden Tag an der Börs’!“ Ein Wortwitz, der deutlich in die Richtung geht, dass das berufliche Interesse jüdischer Männer der Börse und damit dem Geld gilt. (Siehe Faksimile auf der vorherigen Seite)

In der Nummer 157, 1892, S. 1285 wird wiederum auf Juden und die Börse angespielt – die Überschrift über dem Witz lautet „Levi auf der Jagd“. Der Oberförster: „Hier hat der Hirsch seinen Wechsel.“ Und Levi antwortet „Was heißt, wird er doch gut diskontiert sein, der Wechsel? Sonst lass ich mich nicht damit ein.“ Im Grunde nichts Neues, wieder der Mann mit einem jüdischen Namen, dessen Wahrnehmung stereotyp von der Gewinnerwartung gelenkt ist.

d) Der Rabbiner als angeblicher Schnorrer, dem es auch nur um das Geld gehe

Ein kleiner Artikel im „Wahren Jacob“ unter dem Titel „Zum Sonntagsschutzgesetz. (Eine wahre Anekdote)“ in der Nummer 122, 1891, S. 979 handelt davon, dass in früheren Jahrzehnten ein „Schnorrer-Rabbiner“ die Einhaltung des Sabbats gepredigt habe, aber ein Händler dem nicht nachgekommen sei. Deshalb besucht der Rabbi diesen Mann. Der empfängt ihn sehr freundlich und überreicht ihm ein Goldstück. Nun sprach der Rabbiner in seiner nächsten Predigt darüber, dass man in Ausnahmefällen am Sabbat die Geschäfte doch öffnen dürfe. Erneut ging er zu dem zuletzt Besuchten in Erwartung eines Lobes und eines weiteren Goldstücks. Doch dieses wurde ihm diesmal verweigert. Es haben nun doch eine Reihe von Händlern ihre Geschäfte am Sabbat aufgemacht und ihm dadurch das Geschäft verdorben, so die Begründung. Die Karikatur zeigt einen Rabbiner und einen karikierten jüdischen Geschäftsmann vor seiner Ladentür, sodass beide Klischees hier zusammentreffen. Der reiche Jude, dem Religion egal ist – es geht ihm angeblich nur ums Geld –, und ein Rabbiner, dem im Grunde auch die Religion egal ist –, auch ihm geht es angeblich nur um das Geld. Auch hier wird das judenfeindliche Bild gezeichnet: Ob Rabbiner oder Händler, Juden werden als geldgierig karikiert.

e) Auch gegen „den Juden“ als Spekulant

Auf der Titelseite der Nummer 137/1891 wird unter der Überschrift „Keiner hat Schuld“ eine offensichtlich deutsche Frau dargestellt, die einen Leo Freiherr von Ausbeutungshausen verprügelt, weil er die Roggenpreise erhöht hat. Der aber brüllt und zeigt auf den Levi Cohn, der schuld sei. Dazu die Hausfrau: „Der Cohn kommt auch noch dran!“ Nun, das Bild soll wohl zeigen, dass als erstes der ausbeuterische Adel verprügelt werden soll, dann aber auch die jüdischen Spekulanten drankommen sollen, die ebenfalls am Anstieg des Roggenpreises wohl ihre Schuld haben – und beide so tun, als sei keiner schuld.

Der Sache nach wird in dieser Karikatur beiden, dem ausbeuterischen Adligen und dem typischen Juden mit dem Namen Levi Cohn, die Schuld an den hohen Roggenpreisen gegeben. So den judenfeindlichen Parteien und der judenfeindlichen Propaganda entgegenzutreten heißt ihnen eigentlich zur Hälfte recht geben. Dies ist ein krasses Beispiel dafür, dass im Grunde mit dieser Karikatur der Parole der sogenannten Antisemiten-Parteien gefolgt wird: „Gegen Fürsten und Juden“.

f) Das Schnorren schon in die Wiege gelegt

In der Nummer 138/1891 des „Wahren Jacob“ wird ein kurzer Witz wie folgt wiedergegeben (S. 1127): „Cohn: Sag, Moses, weshalb singst du deinem Kleinen in der Wiege immer vor: Jakob, du musst schnorren gehen? Moses: Damit er später, wenn er mal in Dalles [Armut, Not, A. d. V.] gerät, nicht sagen kann, das sei ihm nicht an der Wiege vorgesungen worden.“ Hier wird sich nicht nur über die mögliche Armut lustig gemacht, sondern auch das Klischee bedient, dass Juden das Schnorren in die Wiege gelegt werde, also quasi angeboren sei. Dieser Witz kann eigentlich nur als judenfeindlich eingestuft werden.

Das alles zeugt nun wirklich nicht davon, dass in dieser Zeitschrift die Judenfeindschaft mit den Mitteln der Karikatur und des Witzes be-

kämpft worden wäre. Dass es auch anders gehen kann, zeigt ein Beispiel in der Nummer 191, 1893, S. 1590. Hier gibt es eine Karikatur, in der ein Wucherer im Krankenstuhl dargestellt wird, der offensichtlich nicht nach den üblichen Gepflogenheiten als Jude gezeichnet wird. Unter der Überschrift „Der kranke Wucherer“ fragt ein Kranker, was das für ein Trank ist, den ihm eine Helferin reicht. Diese antwortet: „Das sind 3 Prozent Elixier in Wasser aufgelöst. Der Kranke antwortet: 3 Prozent? Was tue ich mit 3 %? Geben Sie mir 6 %!“ Es geht also auch hier darum, Wucher anzuprangern, aber diesmal, ohne auf typische judenfeindliche Stereotypen zurückzugreifen. Leider eine Ausnahme im „Wahren Jacob“.*

* Hier sollen kurz noch einige Hinweise zu weiteren 5 Artikel gegeben werden. In der Nr. 34/1886 (S. 1) wird eine Abrechnung mit dem reaktionären Deutschland mit dem absurden und unvermittelten Titel „Der ewige Jude“ überschrieben. In der Nr. 127/1891 (S. 1029) wird mit Klischees über Rothschild und zaristischen Kreditgebern gespielt. In der Nr. 135/1891 (S. 1095) wird über einen jüdischen Trödelhändler gewitzelt und in der Nr. 144/1892 (S. 1184) gibt es einen verquerten Witz über jüdisches Fasten an Feiertagen. Löhnen würde sich auch die Analyse merkwürdiger Witze über Frauen und die sogenannten Dienstmädchen, wie z.B. in der Nr. 35/1891, S. 1098.

6. Die zentrale Rolle der Rede Bebels auf dem Kölner Parteitag der Sozialdemokratie 1893

Die nachfolgend analysierte Rede Bebels galt nicht zu Unrecht als eine offizielle Kampferklärung gegen die Judenfeindschaft durch die Sozialdemokratie und hat im Großen und Ganzen, unabhängig von den noch zu analysierenden Fehlern, als klare politische Ablehnung der Judenfeindschaft gewirkt. Sicherlich, es gab vor der Rede bereits eine formal höher angesetzte Resolution des Hallenser Parteitags ein Jahr zuvor und es gab eine Stellungnahme der Fraktion der Sozialdemokratie im Reichstag. Die besondere Bedeutung der Rede Bebels liegt in ihrer Wirkung, ihrem Umfang, aber auch ganz besonders in der überragenden Rolle August Bebels als Persönlichkeit der Sozialdemokratie, vor allem in Deutschland, aber auch international. Es war sehr wichtig, dass die Bedeutung dieser Frage durch eine programmatische Rede hervorgehoben wurde.

Bei aller notwendigen Kritik in einer Fülle von Fragen: August Bebel war ein Kämpfer gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen den Kapitalismus und gegen die Reaktion. Gerade auch durch seine Arbeit im Reichstag, seine Unnachgiebigkeit trotz Gefängnishaft und seine Fähigkeit, auf aktuelle Probleme richtig zu reagieren (Ablehnung des Deutsch-Französischen Krieges 1870, Ablehnung des deutschen Kolonialsystems, Ablehnung des Militarismus mit der Parole „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen“, klares Bekenntnis zu Marx und Engels), konnte er eine überragende Position innerhalb der Sozialdemokratie und in den fortschrittlichen Teilen der proletarischen Klasse erlangen.

Die Rede Bebels ist (leider) auch ein gewisser Abschluss einer nicht wirklich geführten Debatte innerhalb der Sozialdemokratie darüber, wie man den judenfeindlichen Parteien entgegentreten soll. Entsprechend der damaligen Auffassung nach der durchaus schwierigen Einigung zwischen Lasalleanern und Eisenachern, „den Laden zusammenzuhalten“, spiegeln sich in dieser Rede Bebels weitgehend die in den bisherigen Dokumenten analysierten richtigen und falschen Argumente wider. Es wird zu zeigen sein, dass er manchmal auch hinter bereits formulierte sozialdemokratische Positionen zurückfällt, die

sich anscheinend bei Bebel und in der Partei nicht durchsetzen konnten.

Dass Bebel keinen ganz so leichten Stand hatte, wird auch dadurch deutlich, dass die bereits 1892 dem Parteitag in Halle vorgelegte und dort verabschiedete Resolution gegen Antisemitismus nicht diskutiert wurde. Auch 1893 musste erst durchgesetzt werden, dass das Thema Antisemitismus, die Resolution von 1892 und die Rede Bebels überhaupt auf die Tagesordnung kamen, da, wie das Protokoll vermerkt, es den Antrag gab, den Tagesordnungspunkt ganz zu streichen. Die Begründung spiegelt das Problem der Sozialdemokratie wider: Die Sozialdemokratie, so der Antragsteller, habe gar keine Veranlassung

„... sich in einen ausgesprochenen Gegensatz gerade zu der antisemitischen Partei zu setzen. Der Antisemitismus enthalte eine ganze Menge revolutionärer Elemente, und man solle sich daher nicht durch bestimmte Erklärungen ihm gegenüber binden, sondern sich freie Hand behalten.“⁵⁵⁸

In der Tat gab es der Sache nach keine Diskussion im Anschluss an die Rede Bebels. Über unterschiedliche Positionen wurde nicht debattiert. Und dann wurde die Resolution ohne Für und Wider einstimmig verabschiedet.⁵⁵⁹

Angesichts der bisher analysierten Broschüren und Artikeln ergibt die Analyse der Rede Bebels nicht viele neue Aspekte, sondern enthält komprimiert Richtiges und Falsches aus den bisherigen Stellungnahmen. Wir unterstreichen, dass es das zentrale Dokument der Sozialdemokratie überhaupt war und nach dem Vorbild der Kritik von Marx am Gothaer Programm nachfolgend Punkt für Punkt analysiert werden soll.

Der Text der ursprünglichen Rede Bebels bietet den großen Vorteil, dass in ihr die Stärken der Argumentation herausgearbeitet werden können, aber auch die erheblichen Schwächen in teils sehr direkten Formulierungen, teils in eher vagen Andeutungen sichtbar werden.

Wissenschaftliche Kritik muss „rücksichtslos“ sein. Die nachfolgende Kritik an Bebel bemüht sich so vor zu gehen. Ebenso ist sie eine selbstkritisch-solidarische Kritik, denn es geht um Klärung.

Einige Aspekte zur Biografie von August Bebel (1840 Köln – 1913 Passugg, Schweiz)

Bebel stand – zusammen mit dem älteren Wilhelm Liebknecht – an der Spitze der Sozialdemokratie. Er genoss unter den Arbeiterinnen und Arbeitern eine außerordentliche Popularität, war insbesondere von seiner Herkunft her „einer von ihnen“. „Selbst ein Arbeiter“, schrieb Lenin 1913 anlässlich seines Todes, „vermochte er sich den Weg zu festen sozialistischen Überzeugungen zu bahnen, vermochte er zum Vorbild eines Arbeiterführers zu werden, eines Repräsentanten und Mitkämpfers der Lohnsklaven des Kapitals ...“⁵⁶⁰

Nach Beendigung seiner Lehre als Drechsler ging er als Geselle auf Wanderschaft und ließ sich in Leipzig nieder. Er war im dortigen Gewerblichen Bildungsverein aktiv und zunächst Anhänger Lassalles. Ab Mitte der 60er Jahre las Bebel begeistert Marxens Inauguraladresse zur Gründung der I. Internationale 1864 und begann, sich mit dem Marxismus auseinanderzusetzen. Im gleichen Jahr begegnete er auch erstmals Wilhelm Liebknecht, mit dem ihn fortan eine intensive Zusammenarbeit verband.

Seine erste Rede hielt Bebel im April 1867 im Norddeutschen Reichstag als frisch gewählter Abgeordneter. 1868 wurden Liebknecht und Bebel zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt wegen der Propagierung einer „sozialdemokratischen Republik“ in Spanien.

Große Anerkennung, auch gerade bei den französischen Arbeiterinnen und Arbeitern, genossen Bebel und Liebknecht wegen ihrer Haltung während des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71. Beide kämpften gegen die nationalistisch-deutschtümelnde Strömung und lehnten die Kriegskredite für die Finanzierung des Deutsch-Französischen Krieges und die Annexion Elsass-Lothringens ab. Berühmt wurde Bebels Rede vom 26. November 1870 im Norddeutschen Reichstag mit der Forderung: „Frieden mit der französischen Nation, unter Verichtsleistung auf jede Annexion“. Deshalb kam er 1870 für drei Monate ins Gefängnis, erhielt Einzelhaft und wurde von den Mitgefangenen Wilhelm Liebknecht und Adolf Hepner isoliert. Am 25. Mai 1871 solidarierte sich Bebel in einer vielbeachteten Rede im Reichstag mit der niedergeschlagenen Pariser Kommune: „Auch wenn im Augenblick Paris unterdrückt ist, dann erinnere ich Sie daran, dass der Kampf in Paris nur ein kleines Vorpostengefecht ist, dass die Hauptsache in Europa uns noch bevorsteht, und dass, ehe wenige Jahrzehnte vergehen, der Schlachtruf des Pariser Proletariats ‚Krieg den Palästen, Friede den Hütten, Tod der Not und dem Müßiggange!‘ der Schlachtruf des gesamten europäischen Proletariats werden wird.“⁵⁶¹

Bebel trieb vor allem mit Liebknecht maßgeblich die Vereinigung mit den Lasalleanern voran.

In den Folgejahren wurde Bebel mehrmals zu mehrmonatigen Gefängnisstrafen verurteilt (1873–1875 zwei Jahre Festungshaft wegen „Hochverrat“, 1878 neun Monate wegen „Beleidigung Bismarcks“, 1882 für insgesamt vier Monate wegen „Beleidigung des Bundesrats“, 1886 für neun Monate im sogenannten „Freiberger Prozess“). 1880 reiste Bebel zusammen mit Paul Singer und Eduard Bernstein zu Marx und Engels nach London. Bebel korrespondierte und beriet sich danach intensiv brieflich mit Engels.

1881 wurde Bebel aus Leipzig ausgewiesen. Während seiner Haftzeit, die er mit gewissem Sarkasmus als „Haft-Universität“ bezeichnete, begann er sich mit der klassischen Philosophie, mit der bürgerlichen Ökonomie und vor allem mit der kommunistischen Theorie zu beschäftigen. Sein mitgefangener Genosse Liebknecht gab ihm Englisch- und Französischunterricht. Er arbeitete sich in Themen ein, die bisher von der kommunistischen Bewegung noch nicht tiefergehend behandelt worden waren. Insbesondere ging es dabei um die Verteidigung der Rechte von den Teilen der Bevölkerung, denen die Gleichberechtigung noch immer vorenthalten wurde: Frauen, Jüdinnen und Juden, Muslime, Kolonialunterdrückte. Seine bemerkenswerte Schrift „Die Frau und der Sozialismus“ entstand während der Inhaftierung (erstmalig veröffentlicht 1879, erreichte sie noch zu Bebels Lebzeiten 50 Auflagen) und war eine machtvolle Anklage gegen die Unterdrückung der Frauen in der damaligen Zeit. Insbesondere Bebels Kritik an der bürgerlichen Ehe, am Spießbürgertum, am „Herrenstandpunkt“ sowie der christlichen Heuchelei und Doppelmoral war eine Stärke dieser Schrift – trotz aller teilweise auch gravierender Schwächen, auf die an anderer Stelle ausführlicher eingegangen werden muss. Ebenfalls während seiner Haftzeit verfasste Bebel die Schrift „Die mohammedanisch-arabische Kulturperiode“⁵⁶², einen wichtigen ersten Beitrag zum Kampf gegen antimuslimische Hetze und gegen den christlich-deutschen Überlegenheitsanspruch. „Was ich mit der Schrift bezweckte“, schrieb Bebel im Januar 1884 in einem Brief an Kautsky, „ist, [...] nachzuweisen, dass es Schwindel ist, mit der christlichen Kultur zu prahlen. Dem Christentum und dem Heuchlertum, das eben sich recht breit macht, eins auszuwischen, ist der eigentliche Zweck der Schrift“.⁵⁶³

1902 brachte er innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion einen Antrag zur Abschaffung des § 175 ein, der gleichgeschlechtlich orientierte Menschen kriminalisierte (der Antrag wurde jedoch von der eigenen Fraktion abgelehnt).⁵⁶⁴

Bebel eröffnete 1887 den Kampf gegen die Rechtsopportunisten: „Wer freilich glaube, dass auf dem heutigen parlamentarisch-konstitutionellen Weg die letzten Ziele des Sozialismus erreicht werden könnten, kenne entweder dieselben nicht oder aber er sei ein Betrüger.“⁵⁶⁵

Bebel gab 1889 seine berufliche Tätigkeit zugunsten seiner politischen Aktivität auf und zog 1890 nach Berlin.

Mit dem französischen Frühsozialisten Fourier, der Anfang des 18. Jahrhunderts lebte und als einer der ersten Kommunisten galt, setzte sich Bebel in seinem Buch „Charles Fourier. Sein Leben und seine Theorien“ auseinander und kritisierte darin auch antijüdische Positionen Fouriers. „Man sieht“, schrieb Bebel abschließend, „Fouriers Angriffe gegen die Juden, in welchen er sich noch weiter ergeht, decken sich fast wortgetreu mit den Angriffen unserer heutigen Antisemiten.“⁵⁶⁶

1892 wurde Bebel zum Vorsitzenden der SPD gewählt. Er machte es sich zur Aufgabe, die gesamte Partei für den Kampf gegen die Judenfeinde auszurichten. Aus seiner Feder stammte sowohl die Resolution gegen den Antisemitismus von 1892 als auch die Rede „Sozialdemokratie und Antisemitismus“ auf dem Kölner Parteitag 1893.

Bebel brachte 1904 auf dem Kongress der II. Internationale in Amsterdam eine Resolution gegen die Ausnahmegesetzgebung und Verfolgung der Juden in Russland ein. Bei anderen demokratischen Fragen, so gegen Militarismus und die deutschen Kolonialverbrechen, bezog Bebel in den Folgejahren teilweise noch sehr klar Position. Er hielt im Reichstag mehrere national und international beachtete Reden, die den deutschen Imperialismus und dessen Verbrechen mit richtiger Stoßrichtung anklagten: gegen das mörderische Kolonialsystem Deutschlands,⁵⁶⁷ gegen den rassistischen Kolonialmörder Carl Peters,⁵⁶⁸ gegen die gewaltsame Annexion Kiautschous,⁵⁶⁹ gegen die verbrecherische Niederschlagung des Boxer-Aufstands in China.⁵⁷⁰

Im Kampf gegen den Opportunismus griff Bebel nach Engels' Tod 1895 (Revisionismusdebatte) zwar in den Kampf gegen reformistische Positionen ein, lehnte aber organisatorische Maßnahmen in der Partei ab. Er wurde von Rosa Luxemburg und anderen wegen Überschätzung des Parlamentarismus kritisiert. 1913 starb Bebel in der Schweiz.

Wir unterscheiden dabei sehr klare Aussagen, die als richtig oder falsch eingeschätzt werden können, von Aussagen, die so formuliert sind, dass sie richtig oder falsch ausgelegt werden können, aber eben nicht eindeutig sind. Gerade solche eher wolkigen Formulierungen machen es erforderlich, dass an manchen Stellen weiter ausgeholt werden muss.

Erst abschließend werden wir dann Stärken und Schwächen der Rede Bebels zusammenfassen und in den Kontext der sehr unterschiedlichen Positionen in der damaligen revolutionären Sozialdemokratie stellen.

Vor der Analyse der Kölner Parteitage Rede soll kurz auf die Resolution des Hallenser Parteitage 1892 sowie auf die Resolution der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom Juli 1893 eingegangen.

a) Vor der Rede

Bebels Resolution „Der Antisemitismus und die Sozialdemokratie“ (1893)

Bebels Parteitage Rede 1893 sollte begründen, warum die 1892 vorgelegte und verabschiedete Resolution richtig ist.⁵⁷¹

Die aus fünf knappen Absätzen bestehende Resolution formulierte die Haltung der Sozialdemokratie zur Judenfeindschaft.

Zu Beginn der Resolution wird klar gemacht, dass die Bewegung der proletarischen Klasse mit der Judenfeindschaft nichts gemein hat, die Forderungen der Judenfeinde werden als „fortschrittsfeindlich“ charakterisiert. Die Judenfeindschaft, so die Resolution, hat einen „reaktionären Charakter“ und erhält Unterstützung bei den Feinden der organisierten proletarischen Bewegung „vorzugsweise bei Junkern und Pfaffen“ (2. und 5. Absatz).

Insofern trifft das Urteil von Engels zu, dass diese Resolution „den Nagel auf den Kopf (trifft)“.⁵⁷² Ganz gewiss hat diese Resolution durch ihre weite Verbreitung dazu beigetragen, dass die sozialdemokratisch geführte organisierte proletarische Bewegung die Judenfeindschaft bekämpfen konnte.

Die Resolution hat allerdings auch sehr deutliche Mängel und enthält Positionen, die durchaus nicht den Nagel auf den Kopf treffen.

Zunächst in aller Kürze, da auf die Fehler genauer bei der Analyse von Bebels Parteitage Rede einzugehen sein wird, da diese sich dort wiederholen:

1. Als Ursache der Judenfeindschaft wird nicht die Hetze der herrschenden Klasse bestimmt. Sie entspringe „der Missstimmung gewisser bürgerlicher Schichten“ und habe die Ursache im „Konkurrenzkampf“. (1. Absatz)

2. Es wird die Kategorie eines „jüdischen Ausbeutertums“ akzeptiert und der Kampf der Judenfeinde als zum Teil richtig, aber unzulänglich beschrieben („der einseitige Kampf des Antisemitismus gegen das jüdische Ausbeutertum“) (1. und 3. Absatz)
3. Das führt zu der Fehleinschätzung, dass die judenfeindliche Bewegung „trotz ihres reaktionären Charakters und wider ihren Willen schließlich revolutionär wirkt“. (5. Absatz)
4. In demselben Absatz wird der Kampf gegen die Judenfeindschaft schließlich ganz verworfen. Die Begründung lautet, dass es die Sozialdemokratie ablehne, „ihre Kräfte im Kampf gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung durch falsche und darum wirkungslos werdende Kämpfe gegen eine Erscheinung zu zersplittern, die mit der bürgerlichen Gesellschaft steht und fällt“. (5. Absatz)

Mit der genannten „Erscheinung“ ist die Judenfeindschaft gemeint. Damit wird nicht nur der Kampf gegen die Judenfeindschaft abgelehnt, sondern eigentlich alle Kämpfe gegen Ausbeutung und Unterdrückung im Kapitalismus mit der Begründung, dass dies alles ja mit der sozialistischen Revolution ohnehin beseitigt werde. Hier wird die Geringschätzung, ja Ablehnung demokratischer Kämpfe im Kapitalismus als unbedingt notwendiger Teil des Kampfs zur Vorbereitung der sozialistischen Revolution sehr deutlich.

Die eigentlich eindeutige Frontstellung, dass die Sozialdemokratie die Judenfeindschaft bedingungslos wegen ihres reaktionären Charakters bekämpft, wird so unterhöhlt, ja aufgehoben.

Stellungnahme der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zum Antisemitismus (1893)

Kurz soll auch noch auf die Stellungnahme der Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie vom Juli 1893 eingegangen werden.⁵⁷³ In weiten Teilen stellt diese Resolution einen Vorabdruck der späteren Rede Bebel mit seinen Stärken und Schwächen dar, betont allerdings darüber hinausgehend, dass der Antisemitismus nicht nur in antisemitischen Parteien und Organisationen existiert, sondern auch „für die konservativen Parteien“ als Aushängeschild dient. (Letzter Absatz)

Positiv ist auch, dass die Stellungnahme die Judenfeindschaft als ihrem Wesen nach reaktionär einschätzt („Der Antisemitismus ist daher seiner Natur nach reaktionär“, 10. Absatz) und sich damit gegen die Position richtet, dass die Judenfeindschaft auch angebliche „positive“, ja angebliche „revolutionäre“ Seiten habe.

b) Kritische Analyse der Bebel-Rede

Die Rede Bebels umfasst in der Version von 1893 12 Seiten. Der Text gliedert sich in 17 Absätze und baut sich wie folgt auf:

Einleitend begründen die Absätze 1 und 2 die Bedeutung des Themas für die Sozialdemokratie angesichts der anwachsenden jüdenfeindlichen politischen Bewegung.

Im ersten Teil schildern die Absätze 3 bis 7 die Geschichte der Judenfeindschaft in Deutschland: Anfängen von der Antike (Absatz 3), über das Mittelalter, die Zeit nach der Französischen Revolution bis zur Neuzeit (Absatz 4 und 5) und ab 1871 (Absatz 6).

Es folgt ein zweiter Teil, in dem Bebel das Erstarken der politischen jüdenfeindlichen Bewegung und die Zunahme ihrer Anhänger bei den verschiedenen nichtproletarischen Schichten zu erklären versucht, indem ökonomische Begründungen geliefert werden für antisemitische Vorwürfe: Nach einer Einleitung (Absatz 7) werden zunächst die Bauern (Absatz 8 und 9) und Händler und Kleingewerbetreibenden (Absatz 10) behandelt, dann die Beamten, Offiziere und Studenten (Absatz 11).

Den Abschluss bildet ein dritter Teil (Absätze 12 bis 16), in dem das politische Programm der Judenfeinde Punkt für Punkt analysiert und eine Gesamteinschätzung der jüdenfeindlichen Bewegung der damaligen Zeit vorgenommen wird.

Wir werden so vorgehen, dass wir wesentliche Auszüge der Rede Bebels Abschnitt für Abschnitt vorstellen und einschätzen, wobei in längeren Zitaten – gewiss ein wenig unüblich – durch Hervorhebungen darauf hingewiesen wird, welche Gesichtspunkte eine besondere Aufmerksamkeit verdienen.*

* Fette Hervorhebungen sind von uns, kursive im Originaltext.

Protokoll
über die
Verhandlungen des Parteitages
der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abgehalten zu Köln a. Rh.
vom 22. bis 28. Oktober 1893.

Berlin 1893.
Verlag der Expedition des „Vormärts“ Berliner Volksblatt
(Th. Giese).

Titelblatt des Protokolls des Parteitags der SPD, Berlin 1893

Zur Einleitung

In den ersten zwei Absätzen seiner Rede⁵⁷⁴ handelt es sich um eine kurze Einleitung mit der Begründung, warum das Thema behandelt wird. Würde man die Judenfeinde damit nicht aufwerten? Bebel verneint dies und stellt fest, dass die judenfeindliche Bewegung so ein Gewicht erhalten habe, dass die Sozialdemokratie nicht „vor solchen Erscheinungen die Augen“ verschließen

dürfe. Bebel berichtet, dass es nicht wenige Mitglieder der Partei gebe, die die Judenfeinde als bloße Phrasendrescher ohne Massenanhang ansehen. Und entgegnet ihnen zu Recht: „Über Erscheinungen, die Wiederhall in den Massen finden, über die kann man nicht hinweggehen.“

Einleitend begründet Bebel, dass die Judenfeindschaft eine neue Erscheinung ist, aber eine mit sehr alten Wurzeln:

„Versteht man unter Antisemitismus die **Feindschaft gegen die Juden mit dem Ziel ihrer Vernichtung oder wenigstens ihrer Vertreibung**, dann ist der Antisemitismus mehr als anderthalbtausend Jahre alt. Was wir aber heute unter Antisemitismus und antisemitischer Partei verstehen, ist eine **neue Erscheinung** insofern, als sich die gegen das Judentum gerichteten feindseligen Bestrebungen in einer **politischen Partei** zusammenfassen, welche am öffentlichen Leben sich beteiligt.“ (S. 224)

Die Einleitung endet programmatisch:

„Wir können erklären, dass die Übel, die den Antisemitismus erzeugten, verschwinden werden, aber nicht dadurch, dass der Antisemitismus siegt, sondern dadurch, dass die Übel und mit den Übeln der Antisemitismus selbst hinfällig wird und beide verschwinden.“ (S. 225)

„Versteht man unter Antisemitismus die Feindschaft gegen die Juden mit dem Ziel ihrer Vernichtung oder wenigstens ihrer Vertreibung, dann ist der Antisemitismus mehr als anderthalbtausend Jahre alt. Was wir aber heute unter Antisemitismus und antisemitischer Partei verstehen, ist eine neue Erscheinung insofern, als sich die gegen das Judentum gerichteten feindseligen Bestrebungen in einer politischen Partei zusammenfassen, welche am öffentlichen Leben sich beteiligt.“

Das ist einerseits eine deutliche Kampfansage und die richtet sich immerhin klar gegen die Bagatellisierung der Judenfeindschaft in den eigenen Reihen. Diese Einleitung ist so wichtig, weil die Tradition der Judenfeindschaft betont wird, und in großer Klarheit die Ziele der Judenfeinde beschrieben werden: „Vernichtung oder wenigstens... Vertreibung“! Das trifft den Nagel auf den Kopf.

Zum Abschnitt Geschichte

Zur Geschichte der Judenfeindschaft in der Antike

Vier Absätze beschäftigen sich mit der Judenfeindschaft von der Antike (3. Absatz) über das Mittelalter (4. und 5. Absatz) bis in die Zeit nach der Gründung des „Deutschen Reichs“ (6. Absatz).

Es war wichtig in der Sozialdemokratie über die Geschichte der Judenfeindschaft aufzuklären und dazu leistete Bebel hier einen großen Beitrag.

Bebel berichtet von der Judenfeindschaft seit Tacitus, von der Verfolgung und der Zerstreuung der jüdischen Bevölkerung. Dann versucht er zu zeigen, dass aufgrund der Verfolgung und Vertreibung der Handel angeblich „die einzig mögliche Beschäftigung“ war. Allerdings schränkt Bebel ein, dass in einer Reihe von Ländern die jüdische Bevölkerung sich auch dem „Landbau zugewandt“ habe. Bebel unternimmt dann einen riesigen Sprung zur damals aktuellen Lage und behauptet, dass die 500.000 Jüdinnen und Juden im „Deutschen Reich“ als „Hauptbeschäftigung“ den Handel hätten. Dabei wird noch ein weiteres Grundproblem deutlich: Immer wenn bei der Darstellung der Geschichte die Frage der Beschäftigung der jüdischen Bevölkerung auftritt, werden durch den Begriff „Handel“ Hausierer und Bankbesitzer in eine Kategorie zusammengefasst. Außerdem: Ob die Behauptung Bebels überhaupt relevant ist und faktisch stimmt, sei dahingestellt.

Als weiteren Punkt nennt Bebel den Kampf zwischen Christentum und Judentum. Bebel stellt zu Recht fest, dass der christliche Judenhass vom Mittelalter bis heute ein wesentlicher Faktor ist. In die falsche Richtung weist jedoch die in keiner Weise belegte Behauptung, dass dies sozusagen gleichberechtigt ein Problem sowohl der Juden als auch der Christen sei. Bebel schreibt:

„Andrerseits waren die Juden von tiefem Hasse gegen die Christen erfüllt.“ (S. 226)

Unserer Meinung nach ist klar, dass eine solche Art von Gleichberechtigung im geschichtlichen Maßstab in keiner Weise aufrechterhalten ist und als ein faules Zugeständnis charakterisiert werden muss.

Gravierender aber, und angesichts der positiven Wirkung dieser Rede oft übersehen, ist die Charakterisierung der Juden als „Rasse“. Hierzu ist bei Bebel zu lesen:

„Es handelt sich eben um zwei in ihrem Charakter und **ihrem ganzen Wesen grundverschiedene Rassen**, deren Grundverschiedenheit durch 2.000 Jahre hindurch bis heute aufrechterhalten worden ist. Hat dann gar der unter einem anderen Volke lebende Jude das Malheur, durch sein Äußeres aufzufallen, so dass man ihm gewissermaßen schon an der Nase ansieht, dass er ein Jude ist (Heiterkeit), also im bösen Sinne des Wortes als ein Kennzeichneter angesehen wird, so begünstigt dies noch die Rassenfeindseligkeit.“ (S. 226/227)

Diese Passage ist ein theoretischer Tiefschlag, der zeigt, wie sehr sich Bebel noch im Sog der Rassentheoretiker der damaligen Zeit bewegt und wie massiv er auch der alltäglichen Judendiskriminierung mit den judenfeindlichen „Nasenwitzen“ nachgibt. Die Heiterkeit von Delegierten zeigt einerseits, dass Bebel sein Publikum kannte, andererseits, dass es sich nicht nur um ein Problem von Bebel handelte. Allerdings weiß man nicht, wie viele Delegierte wirklich gelacht haben.

Besonders absurd ist die Behauptung, dass die angebliche „Grundverschiedenheit bis heute aufrechterhalten worden ist“. Bebel treibt den falschen Gedanken noch weiter, wenn er Folgendes behauptet:

„Dazu kommt **die Abneigung, die zwischen Menschen verschiedener Rasse**, namentlich bei Menschen auf niedriger Kulturstufe, **allgemein vorhanden ist**. Und eine Verschiedenheit der Rasse besteht zwischen den Juden und der übrigen Bevölkerung. Wir sehen ja, wie noch heute der Nationalhass, der milder als der Rassenhass ist, von der Bourgeoisie geschürt, tief eingewurzelt ist, da begreift sich umso leichter das Vorhandensein des Rassenhasses.“ (S. 226)

Bebel geht hier von einer sozusagen anthropologischen Konstante bei allen Menschen aus, die völlig aus der Luft gegriffen ist. Rassismus ist nicht angeboren, sondern wurde dort, wo er existiert, anerzogen. Den behaupteten Rassenhass an „niedrige Kulturstufen“ anzubinden, ist erstens unbegründet und das könnte, zweitens, im Kontext des Sklavenhandels den Eindruck erwecken, als wären vor allem die Sklaven und nicht die Sklavenhändler die Rassisten.

Bebel hat zwar recht, wenn er darauf abzielt, dass National- und Rassenhass geschichtlich tief verwurzelt sind, und erst recht, wenn er betont, dass diese „von der Bourgeoisie geschürt“ werden. Aber die Wurzel des Rassenhasses liegt nicht in einer angeblichen Natur der Menschen, sondern in der Geschichte, in der Geschichte der Klassenkämpfe, einschließlich der Unterdrückung und Verfolgung von Minderheiten.

Den Ansatz, dass etwas angeboren sei, verfolgt Bebel auch, wenn er nicht nur die Verfolgung als Ursache für die Beschäftigung von Juden im Handel sieht, sondern auch „natürliche Anlagen“ dafür verantwortlich macht:

„Der Handel war so die einzig mögliche Beschäftigung, für den überdies die semitische Rasse unzweifelhaft stets eine große natürliche Anlage besessen hat.“ (S. 226)

Abgesehen von dem Unsinn einer „semitischen Rasse“, werden hier bereits in der Zeit Bebels widerlegte Vorstellungen über eine derartige „natürliche Anlage“ propagiert.

Zur Geschichte der Judenfeindschaft vom Mittelalter bis zur Neuzeit

Bebel geht einleitend auf die üble Verleumdung der Judenfeinde ein, dass sich die Juden von der übrigen Gesellschaft abgesondert hätten, und erklärt vor den Delegierten des Parteitags völlig zu Recht, dass es der „1000-jährige Druck“ war, der den „außerordentlich engen Zusammenschluss“ der jüdischen Bevölkerung gefördert habe. Bebel erinnert an die Kreuzzüge und Pogrome des Mittelalters und betont:

„Und es waren nicht Verfolgungen, wie wir sie z. B. unter dem Ausnahmegesetz gegen uns kennengelernt haben. Die Juden

wurden wegen ihres Glaubens, wegen ihrer Rasse und namentlich wegen ihres Vermögens von Haus und Hof vertrieben, beraubt, ausgeplündert, grausam misshandelt und sehr oft ermordet. In manchen dieser Judenverfolgungen betrug die Zahl der Opfer bis zu zehntausend. Ich gestehe, ich kann eine gewisse Bewunderung nicht unterdrücken für eine Rasse, die trotz all dieser furchtbaren Verfolgungen sich dennoch in ihrer Art weiterentwickelt und selbständig aufrechterhalten hat; eine Erscheinung, die **außer bei den Juden nur noch bei einem Volke in der Geschichte, den Zigeunern, sich zeigte.** (Heiterkeit.)“ (S. 227)

Ohne Frage wird in diesem Absatz mit großer Empathie die Unterdrückung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung insbesondere zur Zeit der Kreuzzüge geschildert. Es ist keinesfalls zu unterschätzen, dass Bebel seinen Respekt, ja seine Bewunderung für die unterdrückten Jüdinnen und Juden klar und deutlich ausspricht.

Der falsche Gedanke von den Juden als einer „Rasse“ findet sich leider auch hier wieder. Umso wichtiger aber ist es, dass Bebel vor einem offensichtlich vorurteilsbeladenen Publikum auf den Zusammenhang der Geschichte der Unterdrückung und Verfolgung der jüdischen Bevölkerung mit der Geschichte der Verfolgung der, wie es damals hieß, „Zigeuner“, also der Sinti und Roma hinwies. Das hat unseres Wissens in der Sozialdemokratie bis dahin niemand getan, und vor seiner Zeit haben lediglich Wilhelm Dohm und Heinrich Heine diesen Zusammenhang im Kampf gegen die Judenfeindschaft hergestellt.* Dass Bebel damit beim Parteitagspublikum Heiterkeit ausgelöst haben soll

* Siehe hierzu: Kollektiv von AutorInnen, Der Kampf gegen Judenfeindschaft von Saul Ascher bis Heinrich Heine (1812 bis 1843), Offenbach 2018, S. 158 sowie Kollektiv von AutorInnen, Der Kampf gegen Judenfeindschaft von Lessing bis Wilhelm von Humboldt (Mitte des 18. Jahrhunderts bis 1812), Offenbach 2018, S. 58

(wobei man nicht weiß, wie viele Delegierte wirklich gelacht haben), spricht ganz und gar nicht gegen ihn, sondern nur gegen die Lacher.

Im nächsten Absatz berichtet Bebel ausführlich über die Politik der Kaiser und Päpste gegenüber der jüdischen Bevölkerung, versucht die Frage der teilweise verbotenen Zinseinnahmen für Christen und der Möglichkeit des Geldverleihs für Juden mehr oder minder treffend zu erläutern. Er schildert aber vor allem die Fülle der diskriminierenden Einschränkungen der jüdischen Bevölkerung:

„Durch das ganze Mittelalter hindurch galten für die Stellung der Juden in Deutschland folgende Hauptbeschränkungen: Sie durften keinen Grundbesitz erwerben oder besitzen; sie durften kein Handwerk betreiben; sie waren unfähig erklärt zur Ausübung politischer Rechte; sie waren belastet mit besonderen Abgaben; sie wurden gezwungen, in bestimmten Stadtteilen oder besonderen Dörfern zu wohnen – das bekannte Ghetto, wie es noch bis vor wenigen Jahrzehnten in Rom bestand“.

„Durch das ganze Mittelalter hindurch galten für die Stellung der Juden in Deutschland folgende Hauptbeschränkungen: Sie durften keinen Grundbesitz erwerben oder besitzen; sie durften kein Handwerk betreiben; sie waren unfähig erklärt zur Ausübung politischer Rechte; sie waren belastet mit besonderen Abgaben; sie wurden gezwungen, in bestimmten Stadtteilen oder besonderen Dörfern zu wohnen – das bekannte Ghetto, wie es noch bis vor wenigen Jahrzehnten in Rom bestand“ (S. 228).

Und weiter führt Bebel aus:

„Christen durften bei Strafe keinen jüdischen Arzt nehmen; christliche Hebammen durften jüdischen Wöchnerinnen keinen Beistand leisten. So war den Juden also von Staats wegen von allen Seiten das Stigma als Verhetzte und Geächtete aufgedrückt. Diese Beschränkungen bestanden z. B. in Preußen im Wesentlichen bis 1812.“ (Ebenda)

Bebel, der vorher pauschal vom Wucher der Juden gesprochen hat, zeigt der Sache nach nun auf, dass es offensichtlich andere Berufe für Juden gab, etwa den Arztberuf. Er prangert auch das Eheverbot zwischen christlichen und jüdischen Teilen der Bevölkerung an sowie das

Gesetz zur äußerlichen Kennzeichnung der Letzteren. Seine Argumentation ist eigentlich durchaus treffend: Jüdinnen und Juden kann man nicht an Äußerlichkeiten erkennen, sonst könnte man gar nicht auf eine so abwegige Idee wie die Einführung einer Kennzeichnungspflicht kommen. Aber auch hier führt Bebel's demütigende Anspielung auf die „charakteristische Nase“ wieder zur Belustigung beim Publikum:

„sie mussten äußere Kennzeichen tragen, die charakteristische Nase als Kennzeichen genügte nicht (Heiterkeit).“ (S. 228)

Im Weiteren schildert Bebel dann die Phase von 1806 bis 1870, in der die Diskriminierung der jüdischen Bevölkerung trotz der Revolution von 1848 keinesfalls aufgehoben war. Bebel hebt hervor, dass Juden sich auch an der Revolution von 1848 „hervorragend beteiligt“ haben.

Der Vollständigkeit halber sei vermerkt, dass Bebel auch in diesem Absatz davon ausgeht, dass Juden eine – wenn auch unterdrückte – „Rasse“ seien.

Zum Abschnitt über die Zeitspanne nach 1871

Über die Zeit nach 1871 führt Bebel in seiner Rede Folgendes aus:

„In den ersten Jahren des Deutschen Reichs war charakteristischer Weise von einer antisemitischen Strömung in größerem Umfange nirgends etwas bemerkbar. Erst 1877 trat diese Bewegung als politische Erscheinung öffentlich auf, als in Berlin Stoecker sich zu ihrem Wortführer aufwarf und sie zuerst organisierte, worauf er noch heute besonders stolz ist. Diese Erscheinung aber war **die natürliche Wirkung und Folge der ökonomischen Zustände**, in welche Deutschland durch den großen Krach von 1873 gelangt war. (Sehr richtig!) Dieser hatte eine allgemeine Depression herbeigeführt. Die ins Leben gerufenen industriellen Riesenunternehmungen machten durch ihre Produktion auch dem Handwerker furchtbare Konkurrenz; jetzt zum ersten Male fing innerhalb des kleinen und mittleren Gewerbestandes allgemein das Gefühl sich zu regen an, dass es mit ihm abwärts gehe.“ (S. 229/230)

Die Schilderung der Situation nach der Gründung des „Deutschen Reiches“ 1871 bis 1877 mag im Detail zutreffend sein oder nicht. Das entscheidende Problem in diesem Absatz ist, dass das Entstehen der politischen judenfeindlichen Strömung als „natürliche Wirkung und Folge der ökonomischen Zustände“ dargestellt wird.

Das klingt nach Marx, ist es aber nicht. Denn Marx hatte gerade erklärt, dass die Geschichte eine Geschichte der Klassenkämpfe ist, dass also die notwendige Analyse ökonomischer Zustände für die Erklärung geschichtlicher Ereignisse ohne Berücksichtigung der Klassenkämpfe nicht ausreicht. Gerade an dieser Stelle der Rede hätte also als wesentlicher Grund für das Erstarken der konterrevolutionären politischen Antisemiten-Parteien das für die herrschenden Klassen bedrohliche Anwachsen der organisierten proletarischen Bewegung unbedingt in die Analyse miteingeschlossen werden müssen.

Dahinter steht ein Grundproblem, das einem in den folgenden Absätzen immer wieder begegnet. Es geht um den unzulänglichen Versuch, den Erfolg der Judenfeinde aus der ökonomischen Lage bestimmter Klassen, Schichten und Gruppen sozusagen als zwangsläufige Folge abzuleiten und so zu erklären. Die Judenfeindschaft wird damit als direkte Folge der ökonomischen Entwicklung oder genauer: der ökonomischen Konkurrenz und Notlage der Judenfeinde aufgefasst.

Der Versuch, den Erfolg der Judenfeindschaft bei den einzelnen Klassen und Schichten ökonomisch zu erklären

In den nachfolgenden Absätzen (7 bis 11) dreht sich alles um den Versuch, die Judenfeindschaft ökonomisch zu erklären, da offenbar die Vorstellung vorherrschte, dass nicht nur im jeweiligen geschichtlichen Rahmen die Ökonomie dominiert, sondern auch tagespolitische Fragen von der Sozialdemokratie ökonomisch erklärt werden müssten.

Zur Einschätzung der jüdischen Bevölkerung

Auch wenn Bebel in der nachfolgenden Darstellung anscheinend bemerkt, dass er pauschalisierend über „die Juden“ spricht, ist seine Einschränkung: „Ich spreche hier immer nur von der großen Majorität derselben“, keinesfalls wirklich entlastend. Bebel führt über die jüdische Bevölkerung im „Deutschen Reich“ nach 1871 Folgendes aus:

„Als die Mittelschichten nun in diese bedenkliche ökonomische Lage gekommen und sich ihrer bewusst geworden waren, fingen sie natürlich auch an, nach dem Warum zu forschen. Nun ist ja ganz unbestreitbar, dass die Juden – ich spreche hier immer nur von der großen Majorität derselben – nach Erlangung der vollen Gleichberechtigung und in Folge der neuen wirtschaftlichen und sozialen Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reichs, die der kapitalistischen Entwicklung ungeahnte neue Bahnen eröffnete, als handeltreibende und kapitalkräftige Leute bei dieser Entwicklung im Vordergrunde standen. Dazu kam, dass der Jude in der Art, wie er zu handeln versteht, dem Christen meistens überlegen ist. Unzweifelhaft zeichnet das, was man Schacher nennt, einen Teil der Juden besonders aus. **Der Jude versteht zu rechnen, er begnügt sich auch, wenn es sein muss, mit dem kleinsten Gewinn**, er handelt ferner mit einer Unzahl von Dingen, die anderen wertlos oder unscheinbar, vielleicht gar verächtlich erscheinen. Viele jüdische Kapitalmagnaten haben entweder persönlich oder durch ihre letzten Vorfahren durch diese Art Schacher die Grundlage für ihre heutige Stellung geschaffen. Alle diese Umstände in Verbindung mit den erwähnten Stammeseigentümlichkeiten der Juden bewirkten, dass der Antisemitismus zuerst in den handeltreibenden Kreisen Boden fand; **der Hass richtete sich gegen den Juden als Konkurrenten.**“ (S. 230)

In diesem ganzen Absatz gibt es leider nur einen Gedanken, der, wenn man ihn entsprechend relativiert, Bestand hat. Alles andere ist grundfalsch. Dieser einzige, wenigstens einigermaßen richtige Gedanke ist, dass die Judenfeinde „Juden als Konkurrenten“ hassen. Es muss nicht falsch sein, auf diesen Aspekt hinzuweisen, wenn er als einer von mehreren Gesichtspunkten benannt wird. Es ist aber grundfalsch, diesen Aspekt als die eigentliche Ursache der Judenfeindschaft im Kapitalismus anzusehen.

Mag die Feststellung, dass die Mittelschichten „natürlich auch anfangen, nach dem Warum zu forschen“, noch hingenommen werden (auch wenn zweifelhaft bleibt, ob diese Mittelschichten wirklich nach

den Ursachen forschen). Die nachfolgenden Sätze sind jedoch keinesfalls zu akzeptieren. Ähnliches findet sich Jahre später in den gänzlich falschen und jüdenfeindlichen Analysen eines Sombart*.

Bebel weiß, dass seine negative Darstellung „der Juden“ nicht auf alle Juden zutrifft. Deshalb erhärtet seine Einschränkung, er spreche „immer nur von der großen Majorität derselben“, eigentlich nur seine extremen Zugeständnisse an die jüdenfeindlichen Klischees seiner Zeit. Und selbst wenn Bebel erklärt hätte, dass es sich nur um eine kleine Minderheit und keineswegs um die große Majorität handelt, hätte dies zwar faktisch eher der Realität entsprochen, aber Bebel wäre dennoch jüdenfeindlichen Gedankengängen verhaftet geblieben.

Denn überhaupt die Frage zu diskutieren, ob „Kapitalmagnaten“ protestantisch, katholisch oder jüdisch sind, ist nicht marxistisch und bewegt sich – da in diesem Zusammenhang niemand nach Protestanten und Katholiken fragt – in einem jüdenfeindlichen Grundmuster. Wenn es einen Juden gibt, der „Kapitalmagnat“ ist, dann ist er es ja nicht, weil er Jude ist, sondern weil er „Kapitalmagnat“ ist.

Bebel aber behauptet nun ernsthaft, die „große Majorität“ der Juden „als handeltreibende und kapitalkräftige Leute“ hätte im „Deutschen Reich“ bei der Entwicklung des Kapitalismus „im Vordergrund“ gestanden. Er stellt sich gar nicht die Frage, wer „die Juden“ ideologisch, nicht real in den Vordergrund gestellt hat und inwieweit gerade diese Behauptung eindeutig aus dem Arsenal der Judenfeinde stammen könnte. Im Grunde bedient Bebel damit das Ressentiment von der angeblichen „Vorherrschaft der Juden“.

Bebel kommt hier aus einem Klischeedenken nicht mehr heraus und reiht ein Stereotyp ans andere. „Dazu kam, dass der Jude in der Art, wie er zu handeln versteht, dem Christen meistens überlegen ist“, behauptet Bebel. Hier reihen sich auch die Äußerungen über den „Schacher“ ein, der angeblich „einen Teil der Juden besonders auszeichnet“, oder die Bemerkung: „Der Jude versteht zu rechnen, er begnügt sich auch, wenn es sein muss, mit dem kleinsten Gewinn.“ All dies sind

* Werner Sombart (1863–1941) war einer der Hauptvertreter der „wissenschaftlichen“ Begründung der Feindschaft gegen die jüdische Bevölkerung und trat 1933 in die Naziartei ein. Auf Sombart werden wir im nächsten Band dieser Reihe zurückkommen.

absolut unzulässige Zugeständnisse an die Ideologie der Judenfeinde. Schon die Diktion („der Jude“) widerspricht grundlegend Bebels eigentlichem Anliegen, Position gegen die Judenfeindschaft zu beziehen.

Mag sein, dass Bebel selbst spürt, dass seine pauschalen Redensarten in die falsche Richtung gehen, so dass er schließlich von „vielen jüdischen Kapitalmagnaten“ spricht. Allerdings in einer Art und Weise, die nur unterstreicht, wie berechtigt eine Kritik hieran ist.

Nach der Aufzählung der negativen Eigenschaften der „großen Majorität“ der Juden, eines „Teils der Juden“ und „vieler jüdischer Kapitalmagnaten“ endet Bebel seine Ausführung mit der Behauptung, dass „alle diese Umstände“ bewirkt hätten, „in Verbindung mit den erwähnten Stammeseigentümlichkeiten der Juden“, dass die Judenfeindschaft „zuerst in den handeltreibenden Kreisen Boden fand“.

Alle diese „Umstände“ werden als Grund für die Judenfeindschaft genannt und gemeint ist damit offenbar das vorher klischeehaft geschilderte Verhalten der Juden selbst. Im Weiteren geht es dann um Bauern, Händler und Kleingewerbetreibende, Beamte, Offiziere und Studenten.

Zu den Bauern

Bebel schildert durchaus treffend, wie die judenfeindlichen Demagogen arbeiten:

„Da nun die ganze ökonomische Entwicklung den Bauernstand immer mehr zurück und zu der Einsicht gebracht hat, dass trotz aller schönen Versprechungen, welche ihm die politischen Parteien Jahrzehnte lang gemacht haben, seine materielle Lage immer schlechter wird, dass er unrettbar verloren ist, wenn ihm nicht bald Hilfe gebracht wird, so hat er sich bereitwilligst denen in die Arme geworfen, die ihm zurufen: Schafft den Juden aus der Welt, dann wird für Euch die Periode des Wohlseins wieder anbrechen! Mit diesem einfachen Rezept arbeiten die antisemitischen Demagogen.“ (S. 230)

Hier trifft Bebel den springenden Punkt: Nicht spontan wird der Bauer zum Judenfeinde, sondern weil es ihm die Judenfeinde zurufen!

Problematisch wird es aber, wenn Bebel das Zugeständnis macht, dass „tatsächlich“, also real eine Lage auf dem Land entstanden sei, in der für die Bauern „Kapitalist und Jude identische Begriffe“ seien. Die Passage lautet:

„Tatsächlich ist **das Judentum in einer großen Anzahl von Handelszweigen der entscheidende Faktor geworden**. Es ist maßgebend für den Handel mit Manufakturwaren im weitesten Sinne, es beherrscht vollkommen in weiten Gegenden Deutschlands den Handel mit Agrarprodukten aller Art, so in Hessen-Nassau, Baden, Württemberg, Nordbayern, Elsass-Lothringen, Thüringen usw. Im ‚Vorwärts‘ bemerkte jüngst ein Genosse ganz richtig in einem Artikel über die Ursachen des Antisemitismus, für den Bauern seien Kapitalist und Jude identische Begriffe.“ (S. 230)

Die Tatsachenbehauptung in den ersten beiden Sätzen ist schlichtweg falsch. Schon die Formulierung, dass „das Judentum in einer großen Anzahl von Handelszweigen der entscheidende Faktor geworden“ sei, zeigt, dass die Begrifflichkeiten der Judenfeinde Einzug gefunden haben. Bebel geht davon aus, dass der Handel mit Agrarprodukten in weiten Gegenden Deutschlands „vollkommen“ vom Judentum beherrscht wird.

Sicherlich lässt sich empirisch belegen, dass Bebel hier Unrecht hat. Aber auch ein solcher Beweis bliebe an der Oberfläche einer Widerlegung, da damit nicht aufgezeigt würde, dass es völlig irrelevant ist, ob nun Juden, Protestanten oder Christen im Handel tätig sind. Das ist der springende Punkt. Hinzu kommt, dass durch die rein ökonomische Betrachtungsweise es für Bebel gar nicht denkbar scheint, dass Bauern auch dann zu Judenfeinden werden können, wenn sie es sowohl mit christlichen als auch mit jüdischen Händlern von Agrarprodukten zu tun haben. Dann wäre er gezwungen, auf die Bedeutung von Lügen und Demagogie der Judenfeinde tiefer einzugehen und das Phänomen der Judenfeindschaft als Ausdruck der Ideologie der herrschenden Klassen und ihrer Helfer wirklich zu erklären, auch da, wo es wenige oder gar keine Juden gibt. Diese Kritik muss auch auf die folgenden Absätze bezogen werden.

Zu Händlern und Kleingewerbetreibenden

Dieser Teil beginnt mit folgender Behauptung:

„Wenn heute der Bauer seine Produkte verkauft, Kartoffeln, Getreide, Hopfen, Tabak, Wein, wer sind die Käufer? Juden. Wer leiht ihm die Kapitalien, wer kauft und verkauft sein Vieh? Juden. Da **müssen** denn antisemitische Erscheinungen zutage treten.“ (S. 231)

In diesen Zeilen ist nach der faulen und falsch beantworteten rhetorischen Frage das entscheidende Wörtchen „müssen“. Die Rhetorik Bebels ähnelt nun fast schon den judenfeindlichen Agitatoren.

Ebenso einige Zeilen weiter:

„Der Jude, der als Großhandeltreibender eine Menge kleiner Handwerker beschäftigt, der als Kapitalist en gros, als Ausbeuter auch auf diesem Gebiete auftritt, **muss** natürlich auch unter seinen Konkurrenten den Antisemitismus hervorrufen.“ (Ebenda)

Auch auf die Gefahr hin, es bereits gesagt zu haben: Bebels rhetorische Fragen sind falsch und irreführend. Sie entsprechen der Vorstellung, dass die Judenfeindschaft von Bäuerinnen und Bauern durch die Jüdinnen und Juden selbst hervorgerufen würde und Judenfeinde diese Situation lediglich ausnützen.

Die nachfolgenden Ausführungen sind nur eine Wiederholung der vermeintlichen Erklärung, warum Bauern judenfeindlich werden, bezogen auf Händler und Kleingewerbetreibende. Es sind dieselben rhetorischen Formeln („oft genug Juden“, „mehr oder weniger in den Händen von Juden“). Das wird erneut als entscheidende Erklärung für den Erfolg der judenfeindlichen Agitation angeführt.

Der entscheidende Punkt ist hier, dass Bebels Versuch einer Erklärung auch eine gewisse Tendenz der Entschuldigung enthält, vor allem aber hat er die eigenständige Bedeutung der ideologischen Verhetzung durch die herrschende Klasse nicht wirklich verstanden. Judenfeindschaft ohne Juden konnte sich Bebel nicht vorstellen, da er hier wie große Teile der Sozialdemokratie überhaupt die Bedeutung von reaktionärer Ideologie massiv unterschätzte.

Zu Beamten, Offizieren und Studenten

Auch bei der Beschäftigung mit Beamten, Offizieren, dem Adel und mit den Studenten (11. Absatz) legt Bebel im Grunde erneut nahe, dass die Judenfeindschaft dieser Schichten von den Juden selbst hervorgerufen worden sei. Die Beamten seien verschuldet. Die „Wucherer“, die „Halsabschneider“ seien „wieder zum großen Teile Juden“. „Begrifflicherweise“ seien deshalb die verschuldeten Beamten Judenfeinde. Mit dieser Verkehrung werden mit falscher Rhetorik Opfer zu Tätern gemacht.

Vollkommen nach hinten los geht in diesem Zusammenhang Bebels Versuch, dem Klischee von der jüdischen Feigheit oder Verschlagenheit entgegenzutreten. Bebel konstatiert zunächst:

„Mit Unrecht sagt man den Juden nach, sie seien feig.“ (S. 232)

Und bekräftigt dies mit der scheinbar als Bewunderung daher kommenden Feststellung:

„Kein Mensch riskiert mehr als der Jude; in der Hoffnung auf höheren Gewinn betreibt er mit Vorliebe diese Geschäfte.“
(S. 232)

Es ist also die aus der angeblichen jüdischen Geldgier resultierende Risikobereitschaft, aufgrund derer man „dem Juden“ eben keinesfalls Feigheit nachsagen könne.

Auch in Bezug auf die Studenten verwendet Bebel eher judenfeindliche Stereotype, anstatt diese in Frage zu stellen und aufzudecken, wenn er etwa über die „fleißig lernenden“ jüdischen Studenten spricht, ihre „große Ausdauer, Zähigkeit und auch Nüchternheit“ lobt und sie den lernfaulen „germanischen Studenten“ gegenüberstellt. Ebenfalls im gleichen Absatz akzeptiert und verwendet Bebels das judenfeindliche Klischee von „den reichen Juden“, wenn er von „der Wohlhabenheit und dem Reichtum der Juden“ (S. 233) spricht.

Schließlich sei noch angemerkt, dass Bebels dümmlicher (mit Heiterkeit im Publikum quittierter) Herrenwitz vom heruntergekommenen Adeligen, der „oft nach einem jüdischen Goldfisch angelt“ (S. 233), ein erneuter verquerer Versuch ist, bei den Judenfeinden (in

diesem Fall die judenfeindlichen Adeligen) einen Gegensatz zwischen ihren Worten und ihren Taten festzustellen.

Ein Gedanke soll aber positiv hervorgehoben werden. Bebel geht auf Staatsloyalität und die Obrigkeitshörigkeit, besonders der Beamten, ein und charakterisiert die judenfeindlich-politische Strömung als „staatlich erlaubte Opposition“, mit deren „Radau“ und handfester antijüdischer Agitation die obrigkeitstreuen Beamten an den Jüdinnen und Juden ihr Mütchen kühlen können.

Insgesamt bestätigt gerade dieser Absatz aber auch, dass Bebel, bei allen Zugeständnissen und Fehlern, die konterrevolutionären Judenfeinde unter Beamten, Offizieren und Studenten recht treffend schildert und den Antagonismus zur Sozialdemokratie zu Recht hervorhebt.

Auffallend ist, dass der ganze Abschnitt keinen Teil über Judenfeindschaft in der proletarischen Klasse enthält. Nach der Logik Bebels müssten ja angeblich Teile der proletarischen Klasse judenfeindlich werden, wenn sie es mit einem Fabrikbesitzer zu tun haben, der nicht christlich, sondern jüdisch ist. Offensichtlich war es ein Tabuthema in der Sozialdemokratie, die ja durchaus erheblichen Einfluss in der proletarischen Klasse hatte, aber dennoch eine Minderheit war, auf den Einfluss reaktionärer Ideologie auf Teile der proletarischen Klasse einzugehen. Hier mag die falsche Vorstellung Pate gestanden haben, dass die proletarische Klassenlage gegen reaktionäre Ideologie immunisiert.

Zum Abschnitt Analyse der judenfeindlichen Parteien

Im dritten Teil seiner Rede (Absatz 12 bis 16) nimmt sich Bebel eine Analyse der judenfeindlichen Parteien und eine Einschätzung ihres Programms vor.

Über die judenfeindlichen Parteien

In einem Überblick über die judenfeindlichen Parteien mit zusätzlichen Bemerkungen über die sächsischen Konservativen und die Bedeutung des Liberalismus behandelt Bebel die Frage der Perspektive der judenfeindlichen Parteien.

Zunächst beschäftigt ihn folgendes Phänomen:

„Es ist aufgefallen, wie der Antisemitismus gerade in Sachsen, wo verhältnismäßig wenig Juden leben, einen solchen Aufschwung hat nehmen können. Nun, es kommt nicht darauf an, ob der Jude am Orte ist“ (S. 234 f.).

„Es ist aufgefallen, wie der Antisemitismus gerade in Sachsen, wo verhältnismäßig wenig Juden leben, einen solchen Aufschwung hat nehmen können. Nun, es kommt nicht darauf an, ob der Jude am Orte ist“.

Bebels Feststellung, dass es „nicht darauf ankommt, ob der Jude am Orte ist“, verblüfft nach dem zuvor in seiner Rede Ausgeführten etwas, denn sie würde eigentlich die Einsicht beinhalten, dass es „Judenfeindschaft ohne Juden“ gibt, und diese bedarf keinem direkt aus Ökonomie und Konkurrenz abgeleiteten vermeintlichen Erklärungsmuster. Das Beispiel Sachsens hätte die Gelegenheit geboten, deutlich zu machen, dass Judenfeindschaft eben nicht aus eigenen Erfahrungen mit Jüdinnen und Juden entsteht, sondern in erster Linie Produkt ideologischer Verhetzung ist, die von den reaktionären Kräften betrieben wird.

Allerdings schiebt Bebel noch ein Argument nach, das gänzlich in die falsche Richtung führt:

„Nun, es kommt nicht darauf an, ob der Jude am Orte ist, sondern ob er sich als unangenehmer Konkurrent bemerkbar macht.“ (S. 235)

Hier wird nahegelegt, dass Judenfeindschaft entstehe, wenn sich eine bestimmte Gruppe, hier „der Jude“, als „unangenehmer Konkurrent bemerkbar macht“. Erneut nimmt Bebel nicht zur Kenntnis, dass Judenfeindschaft von den Herrschenden geschürt wird.

Bebel hätte hier eine gute Gelegenheit gehabt, seine ökonomistische Denkweise wenigstens in Frage zu stellen oder auf die besondere Bedeutung reaktionärer Ideologie hinzuweisen.

Zur weiteren Entwicklung des Kapitalismus erklärt Bebel, dass diese mit sich bringe, dass Bauern, Kleingewerbetreibende und Händler weiter verarmen, Beamte, Offiziere, Studenten sich weiter verschulden werden. Und Bebel schlussfolgert:

„Je schwieriger im Laufe der nächsten Jahre der Existenzkampf für die Mittelschichten unserer Gesellschaft sich gestaltet, je rapider sie sich dem Untergange entgegentreiben sehen, und das wird geschehen, desto mehr werden sie sich, darüber täuschen wir uns nicht, der antisemitischen Bewegung noch zuwenden.“ (S. 235)

Bebel geht also von einem vorübergehenden Erstarken der Judenfeinde aus. Die revolutionäre Sozialdemokratie befindet sich derweil sozusagen in der Warteschleife:

„Wir kommen bei diesen Schichten erst an die Reihe, wenn der Antisemitismus sich bei ihnen abgewirtschaftet hat, wenn sie durch die Erfahrung, durch das Verhalten ihrer antisemitischen Vertreter im Reichstage und anderwärts erkennen, dass sie getäuscht wurden.“ (S. 235)

Erst dann, so Bebel, komme „die Stunde unserer Ernte, früher nicht.“ (S. 235) Hier ist einiges verquer und grundfalsch.

Bebel beruft sich hierbei auf die eigenen Erfahrungen. Er lässt aber außen vor, was gerade die Aufgabe der marxistischen Kräfte wäre: Sie dürfen eben nicht warten, bis sie an der Reihe sind, bis sich die Judenfeinde angeblich von selbst „abgewirtschaftet“ haben, sondern müssen einen politischen und ideologischen Kampf gegen die Judenfeinde führen. Sie müssen die eigenen Erfahrungen der Massen für deren Bewusstmachung aufgreifen und einen praktisch-solidarischen Kampf mit den verfolgten Jüdinnen und Juden gegen ihre Feinde organisieren.

Wenn die Judenfeindschaft als unmittelbare Reaktion auf wirtschaftliche Konkurrenz und Ruinierung von Klassen und Schichten betrachtet wird, die durch die Entwicklung des Kapitalismus verarmen werden, so liegt nahe, dass sie im Grunde als vorübergehendes Phänomen betrachtet wird, das sich mit der Ruinierung dieser Klassen und Schichten von selbst erledigen wird. Das gefährliche Potenzial der Judenfeindschaft als reaktionäre Ideologie, gerade auch des sich entwickelnden und erstarkenden Kapitalismus, wird damit nicht erkannt.

Und was soll schließlich die „Stunde unserer Ernte“ nach der jüdenhetzerischen Aussaat bedeuten? Ging Bebel tatsächlich davon aus,

dass die von den uneingelösten Wahlversprechen der Judenfeinde „enttäuschten“ Anhänger sozusagen als „Großgruppe“ für die revolutionäre Sozialdemokratie gewonnen werden sollten?

Schließlich bringt Bebel ein Argument, das er am Schluss seiner Rede erneut aufgreifen wird und das auch schon in Bebels Parteitage-resolution von 1892 enthalten war:

„In seinem Kampfe um die Herrschaft wird **der Antisemitismus** genötigt werden, **wider Willen über sein eigenes Ziel hinaus-zuschießen**, wie es sich schon jetzt bei Herrn Ahlwardt bewiesen hat, der erst Arm in Arm mit dem Junkertum in den Kampf trat und allmählich durch die Stimmung seiner Wähler genötigt wurde, die Parole auszugeben: Wider Juden und Junker! Auch für die hessische Bewegung ist es nicht mehr ausreichend, gegen die Juden allein loszugehen, sie muss sich bereits gegen das Kapital überhaupt wenden.“ (S. 235)

Hier ist Folgendes festzuhalten: Zunächst stellt Bebel die judenfeindlichen Parteien so dar, als ob sie sozusagen unabhängig von und sogar im Interessensgegensatz zu den herrschenden Klassen existieren. Bebels ist hier einer bereits veralteten Ansicht verhaftet, dass die verschiedenen bürgerlichen Parteien tatsächlich die Interessen des Mittelstands, der Bauern usw. vertreten. Aber mit der Entwicklung des Kapitalismus und dem Übergang zum Imperialismus erhielten die bürgerlichen Parteien im Parteiensystem die arbeitsteilige Funktion, verschiedene Gruppen der Bevölkerung unter der falschen Flagge einer eigenständigen Partei im Sinne der herrschenden Klasse an das kapitalistische System zu binden.

Die lediglich ökonomische Erklärung der Judenfeindschaft als Reaktion mittelalterlicher, untergehender Gesellschaftsschichten lässt Bebel nicht erkennen, dass inzwischen ein Bündnis zwischen der deutsch-preußischen Bourgeoisie mit den junkerlich-feudalen Überresten entstanden war, die als herrschende Klassen auch Hilfstrupps organisiert und die Judenfeindschaft planmäßig gegen die Bewegung der proletarischen Klasse einsetzten.

Bebels Einschätzung, durch den Druck ihrer ökonomisch ruinierten Klientel würden die judenfeindlichen Parteien gezwungen, „wider

Willen über ihr eigenes Ziel hinauszuschießen“ in Richtung „Wider Juden und Junker!“, „gegen das Kapital überhaupt“ ist falsch. Er berücksichtigt dabei den Faktor der Demagogie in dieser Frage durch die herrschende Klasse nicht und sieht auch nicht, dass diese Parteien keinesfalls eins zu eins die Interessen der Mittelschichten vertreten.

Auch wenn es bereits wiederholt gesagt wurde: Der Kampf „wider Juden“ und „gegen die Juden“ ist durch und durch reaktionär und keinesfalls der erste Schritt im Kampf gegen den Kapitalismus.

Über das Programm der jüdenfeindlichen Parteien

Am Schluss seiner Rede geht Bebel auf die Programme der Judenfeinde ein. Einleitend heißt es:

„Die **widerspruchsvolle Natur des Antisemitismus** kommt in den widerspruchsvollen, teils ultrareaktionären und konservativen, teils demokratischen und manchen mit unserem Programm übereinstimmenden Forderungen ihres Programms zum Ausdruck.“ (S. 235)

Mit seiner Feststellung einer angeblich „widerspruchsvollen Natur des Antisemitismus“, also der Judenfeindschaft – Bebel meint hier: die jüdenfeindlichen Parteien, aber das rettet die Passage nicht –, fällt Bebel hinter die klare Position zurück, die Engels bereits 1890 in seinem Brief an Isidor Ehrenfreund unmissverständlich formuliert hat: Die Judenfeindschaft ist nicht widerspruchsvoll, sie hat nicht eine reaktionäre und eine vermeintlich fortschrittliche Seite. Vielmehr, so Engels, dient sie „nur reaktionären Zwecken unter scheinbar sozialistischem Deckmantel“. Engels' Fazit: „Und damit können wir nichts zu schaffen haben!“*

Bebel erwähnt auch „teils demokratische und mit unserem Programm übereinstimmende Forderungen“ der jüdenfeindlichen Parteien. Es folgt ein längerer Absatz, in dem Bebel sozusagen im Reißverschlussverfahren Reaktionäres und Demokratisches auflistet, ohne dass er wirklich die einzelnen Punkte kritisch unter die Lupe nimmt.

* Siehe in Teil III: „Engels' wichtige und weit verbreitete Stellungnahme ‚Über den Antisemitismus‘ von 1890: Antisemitismus dient „nur reaktionären Zwecken“

Das Ziel ist augenscheinlich, durch das Aufzeigen der Widersprüchlichkeit in den Programmen, die Judenfeinde zu diskreditieren, was ein durchaus berechtigtes Anliegen wäre. In Wirklichkeit aber adelt er insofern die judenfeindlichen Parteien, als er angeblich demokratische Gesichtspunkte nicht als Demagogie entlarvt, sondern sie lediglich als Widerspruch zu anderen Programmpunkten darstellt. Das Entscheidende ist jedoch, dass die judenfeindlichen Parteien ein Ganzes darstellen und als Ganzes reaktionär sind. Eine analytische Zergliederung ihrer Position in gute und schlechte Seiten geht an der Realität vorbei, beruht auf einem falschen Gedankenkonstrukt, wenn die angeblich guten Seiten nicht als bewusste Lügen und als Demagogie gekennzeichnet werden.

Eine längere Passage, in der Bebel solche widersprüchlichen Forderungen judenfeindlicher Parteien analysiert, lautet wie folgt:

„Sie verlangen z. B. Zusammensetzung der Volksvertretung aus Berufsständen, eine ganz reaktionäre, ins Mittelalter zurückgreifende Forderung; solange das aber nicht erreicht ist, sind sie mit dem allgemeinen Stimmrecht einverstanden und sie wünschen natürlich auch Diäten. Einen Antrag auf Aufhebung des allgemeinen Stimmrechts würden sie also zurzeit aufs entschiedenste **mit uns gemeinsam bekämpfen**, weil dieses ihnen allein die Existenz im Reichstage möglich macht.“ (S. 235)

Die Formulierung „mit uns gemeinsam bekämpfen“ mag ja zunächst vage klingen, ist aber durchaus problematisch, da es als Bündnisangebot verstanden werden könnte. Zudem hätte ja mindestens erwähnt werden müssen, dass das allgemeine Wahlrecht ja so allgemein gar nicht war, da ein Teil der armen Bevölkerung und die Frauen davon ausgeschlossen waren. Zudem waren ja die Judenfeinde im Kern gerade gegen das Stimmrecht für die jüdische Bevölkerung, also auch Feinde des aktuell geltenden Wahlrechts.

Bebel geht nun aufzählend die Programmpunkte weiter durch:

„Sie wünschen ferner Beschneidung der unsittlichen Auswüchse in Presse, Literatur und Kunst, womit der schlimmsten Reaktion Tür und Tor geöffnet wird, wie die Lex Heinze bewiesen hat; Wahrung des christlichen, nationalen Charakters der Schule, also

eine durchaus konservative Forderung. Daneben aber verlangen sie wieder Ausbildung unbemittelter, hervorragend befähigter Schüler auf Staatskosten, was auch wir ähnlich im Programm haben. Eine starke Heeresmacht zur Erhaltung des Friedens nach außen und nach innen. Gegen wen diese nach innen nötig sein soll, brauche ich Ihnen wohl nicht erst zu sagen. (Heiterkeit.) Sie verlangen ferner durchaus demokratisch eine progressive Einkommen- und Erbschaftssteuer, daneben aber eine Wehrsteuer und die Beibehaltung der Getreidezölle, womit die Bauern gefangen werden sollen. Des Weiteren wird gefordert soziale Neuordnung der Berufs- und Erwerbsstände – also wieder eine rein mittelalterliche Forderung! Beschränkung der Gewerbefreiheit, Handwerkerkammern mit ehrengerichtlichen Befugnissen.“ (S. 235/236)

Die Art und Weise, wie Bebel sich an den Forderungen der jüdenfeindlichen Parteien abarbeitet, erweckt den Eindruck, als ob die Programme der jüdenfeindlichen Parteien ein Nebeneinander von reaktionären und einigen demokratischen Forderungen enthalten. Bestimmte demokratische Forderungen seien, so Bebel, sogar ähnlich wie im Programm der Sozialdemokratie.

Was hat es nun mit den angeblich demokratischen Forderungen im Einzelnen auf sich. Zunächst wäre da die Förderung „unbemittelter, hervorragend befähigter Schüler auf Staatskosten“ und „eine progressive Einkommen- und Erbschaftssteuer“.

In der Tat ist es zunächst verblüffend, dass die jüdenfeindlichen Parteien diese Forderungen aufgreifen. Doch genauer betrachtet, imitieren sie in demagogischer Weise diese demokratischen Forderungen. Sollen wirklich Schülerinnen und Schüler aus unbemittelten Familien gefördert werden oder geht es bei den jüdenfeindlichen Parteien nicht ausschließlich um nichtjüdische Schülerinnen und Schüler? Aus unserer Sicht ergibt es keinen Sinn, bis ins Detail auf demagogische Programmpunkte reaktionärer Parteien einzugehen und mit diesen etwa über Feinheiten „einer progressiven Einkommen- und Erbschaftssteuer“ zu streiten.

Bebel zitiert auch die Forderung nach Verstaatlichung der Grundschulden. Er erläutert, dass dies mit den Tagesforderungen im „Manifest der Kommunistischen Partei“ nichts gemeinsam habe, um dann in einer Spezialdebatte auch innerhalb der Sozialdemokratie über Zinssatz für Hypothekenschulden weit vom eigentlichen Thema abzukommen.

Es ist ganz unangebracht in einer grundlegenden Stellungnahme zur Judenfeindschaft sehr detailliert auf ein Spezialthema einzugehen. Eine solche Fachdebatte würde man bei einer Parteitagsdebatte über die Agrarfrage erwarten, aber nicht im Rahmen einer Stellungnahme zur Judenfeindschaft.

In einem weiteren Absatz stellt Bebel klar, dass es sich seiner Ansicht nach nicht lohnt, weiter auf Programmforderungen einzugehen, sondern dass die weiteren Forderungen der Lächerlichkeit preisgegeben werden sollen, da sie eh nicht durchführbar seien. Wie Bebel das allerdings anpackt, ist bei genauem Hinsehen trotz aller guten Absichten weder vorbildlich noch überhaupt nachahmenswert. Der Absatz lautet:

„Die weiteren Forderungen des antisemitischen Programms: Beschränkung des Hausierhandels, Verbot der Bazare, der Geschäftsreklame usw. sind nur ein interessanter Beweis für die Demagogie der Antisemiten. Da donnert z. B. einer der ihrigen bei den Landtagswahlen in Sachsen gegen die jüdischen Ausbeuter, kein Christ dürfe bei einem Juden kaufen; als er aber in der Versammlung seinen Überzieher auszieht, entdeckt einer unserer Genossen an demselben eine jüdische Firma! (Große Heiterkeit.) Mir wurde gesagt, der Betreffende sei so verschuldet, dass keiner seiner christlichen Mitbürger ihm noch etwas borge. (Heiterkeit.)“ (S. 237)

Zunächst einmal fällt auf, dass in diesem Absatz an drei Stellen „Heiterkeit“ des Publikums vermerkt wird. Jedoch handelt es sich nicht um Äußerungen, bei denen sich das Publikum entgegen Bebels Absichten an einer unpassenden Stelle amüsiert, Bebel sozusagen falsch verstanden wurde. Nein, hier geht es um eine Rhetorik, die eine solche fragwürdige Heiterkeit mit einem Gag geradezu provoziert.

Da sollen Judenfeinde als Heuchler und Doppelzüngler entlarvt werden, die sozusagen nach außen antijüdisch auftreten, aber hinterherum, wenn es den eigenen Interessen dient, doch bei Juden kaufen und mit ihnen Geschäfte machen. Das trifft jedoch nur einzelne Judenfeinde. Das kann für den Augenblick einen Lacher hervorrufen, wird aber konsequente Judenfeinde, die wirklich nicht bei Juden kaufen, keinesfalls treffen. Dies ist also extrem oberflächlich oder anders gesagt: Die Inkonsequenz von Judenfeinden zu entlarven, ist nun wahrlich nicht das Ziel des Kampfs gegen die Judenfeindschaft.

Der letzte, im Grunde entscheidende Programmpunkt der judenfeindlichen Parteien, die Aufhebung der Judenemanzipation, wird von Bebel in einer ähnlich unseriösen Weise behandelt:

„Endlich wird gefordert Aufhebung der Judenemanzipation und Stellung der Juden unter ein Fremdenrecht. Damit wird man nach den im Mittelalter gemachten Erfahrungen nicht weit kommen; denn in dem Punkte der Mahnung: **Seid fruchtbar und mehret Euch wie Sand am Meer! haben die Juden das Gebot ihrer Väter streng befolgt und befolgen es noch. (Heiterkeit.)**“ (S. 237)

Diese Art von Polemik ist keine Kleinigkeit. Die zentrale judenfeindliche programmatische Forderung wird mit dem Pseudoargument konfrontiert, dass man mit „im Mittelalter gemachten Erfahrungen“ angeblich nicht weit komme. Ganz im Gegenteil haben die Erfahrungen im Mittelalter ja nun aber gezeigt, dass eine solche Ausgrenzung von Juden Realität wurde. Vor allem aber ist das Argument, dass die Geschichte gezeigt habe, dass dies nicht funktioniere, grundfalsch. Denn die Ablehnung der Judenfeindschaft beruht auf demokratischen und humanistischen Grundauffassungen und erfolgt nicht nach dem Kriterium, ob etwas funktioniert oder nicht. Was dann die Heiterkeit auslösende Schlussbemerkung angeht, fällt es schwer, treffende Worte dafür zu finden. Es ist völlig unangebracht, mit dem Rückgriff auf ein Zitat aus der Thora, dem sogenannten Alten Testament, das Vorurteil zu bedienen, dass sich die jüdische Bevölkerung „wie Sand am Meer“ vermehre, eine Metapher, die dem verbreiteten judenfeindlichen Klischees von der angeblichen „uneingeschränkten Vermehrung der Juden“ im Grunde entspricht.

Kommen wir zum letzten Absatz der Rede Bebels, in der sich eine grundfalsche Einschätzung der Sozialdemokratie wiederfindet. Dieser lautet, die Einschätzung des Programms der judenfeindlichen Parteien resümierend:

„Kurz, dieses mixtum compositum von einem Programm entspricht ganz der widerspruchsvollen Natur des **Antisemitismus**. Was ich Ihnen über die Wahrscheinlichkeit seiner weiteren Ausbreitung, ja über die Notwendigkeit derselben gesagt habe, führt dazu, dass er schließlich **wider Willen revolutionär werden muss**, hier haben alsdann wir, die Sozialdemokratie, einzusetzen. Dieser Gedankengang ist in der Resolution, wie ich glaube, genügend zum Ausdruck gekommen. Ich kann nur bitten, dass Sie möglichst einstimmig derselben ihre Zustimmung geben. (Andauernder lebhafter Beifall.)“ (S. 237)

Der springende Punkt ist hier die schon in mehreren Zusammenhängen kritisierte grundfalsche Position, dass die Judenfeindschaft revolutionäres Potenzial enthalte, und „schließlich wider Willen revolutionär werden“ müsse.

Abschließend kann zwar festgehalten werden, dass die Rede Bebels auf dem Kölner Parteitag in ihrer Wirkung zwar durchaus als Kampf-ansage gegen die Judenfeindschaft verstanden wurde, aber gleichzeitig muss doch herausgestellt werden, dass sie gravierende Fehler enthält und erhebliche Schwächen und Fehler im Kampf gegen die Judenfeindschaft deutlich geworden sind.

Stärken und Schwächen der Bebel Rede (Zusammenfassung)

Bebels Parteitage Rede war ein gewisser Einschnitt im Kampf der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft. Deshalb sollen knapp Schwächen und Stärken dieser Rede zusammengefasst werden.

Bebel geht irrtümlich davon aus, dass es eine „jüdische Rasse“ geben würde und spricht in biologistischer Weise von angeblichen „natürlichen Anlagen“ bei der jüdischen Bevölkerung zum „Handel“.

Die Judenfeindschaft wird von Bebel ökonomistisch erklärt, denn er sieht sie als direkte Folge der ökonomischen Entwicklung oder als Folge der ökonomischen Konkurrenz oder der Notlage bestimmter Klassen, Schichten und Gruppen.

Bebel übernimmt zudem Diktion und Vorurteile der Judenfeinde, wenn er immer wieder von „dem Juden“ spricht und zum Beispiel behauptet, dass die „große Majorität“ der Juden „als handeltreibende und kapitalkräftige Leute“ bei der Entwicklung des Kapitalismus im „Deutschen Reich“ „im Vordergrund“ gestanden hätte.

Manche Formulierungen Bebels über die Rolle der jüdischen Bevölkerung auf dem Land entsprechen der Vorstellung, dass die Judenfeindschaft der Bäuerinnen und Bauern durch die Jüdinnen und Juden selbst hervorgerufen würde und Judenfeinde diese Situation lediglich ausnützen würden.

Für Bebel ist die Judenfeindschaft nicht durch und durch reaktionär, sondern er folgt der grundfalschen Vorstellung, dass sie sich angeblich im Laufe ihrer Entwicklung „gegen das Kapital überhaupt“ richten würde, ja „wider Willen revolutionär werden“ müsse.

Beim Versuch, das Programm der Judenfeinde zu bekämpfen und zu entlarven, weist Bebel vor allem einen entscheidenden Programmpunkt, die Aufhebung der Judenemanzipation, nicht aufgrund von demokratischen und humanistischen Grundpositionen zurück, sondern weil die Realisierung dieser Forderung nicht funktionieren würde. Zudem bedient Bebel das klassische jüdenfeindliche Vorurteil, dass sich die jüdische Bevölkerung „wie Sand am Meer“ vermehren würde.

Bei aller notwendigen Kritik soll abschließend auf die Stärken der Rede Bebels eingegangen werden.

1. Der Hauptpunkt ist, wir wiederholen es, die positive Signalwirkung, die von dieser Rede trotz aller Schwächen ausging.
2. Sehr klar und unmissverständlich hat Bebel das Ziel der nun als „antisemitische Parteien“ auftretenden Judenfeinde formuliert: „Vernichtung oder wenigstens Vertreibung“ der jüdischen Bevölkerung. Genau das geschah dann in der Nazi-Zeit ab 1933.
3. Bebel klärt über die mörderische Geschichte der Judenfeindschaft auf, die nicht zu vergleichen sei, wie er darlegt, mit den „Sozialistengesetzen“. Denn die jüdische Bevölkerung wurde im Mittelalter „vertrieben, beraubt, ausgeplündert, grausam misshandelt und sehr oft ermordet.“ Genau schildert Bebel die Diskriminierung der jüdischen Bevölkerung auch durch die Ghettos. Bebel stellt klar, dass Zehntausende Juden und Jüdinnen ermordet wurden.
4. Bebel betont, wie bewundernswert es sei, dass die jüdische Bevölkerung „trotz all dieser furchtbaren Verfolgungen sich dennoch in ihrer Art weiterentwickelt und selbständig aufrechterhalten hat.“
5. Es ist von großer historischer Bedeutung, dass Bebel als erster im Kampf der proletarischen Klasse eine Lanze der Bewunderung für die „Zigeuner“ bricht. Er bringt ihnen genauso wie der jüdischen Bevölkerung Bewunderung entgegen und stellt heraus, dass sie ähnlich wie die jüdische Bevölkerung verfolgt wurden.
6. Bebel stellt am Beispiel von Sachsen klar, dass für die Stärke der Judenfeindschaft nicht entscheidend ist, ob eine jüdische Bevölkerung vor Ort existiert oder nicht.

Daher wird trotz aller gravierenden Fehler dieser Rede von Bebel ein großer positiver Einschnitt im Kampf der proletarischen Klasse gegen die Judenfeindschaft bleiben, wenn alle Fehler „rücksichtslos“ kritisiert, bekämpft und überwunden werden.

c) Nach der Rede

Der „Vorwärts“ druckte die Resolution des Parteitags zum Antisemitismus sowie eine komprimierte Fassung der Rede Bebels (teils Auszüge, teils als Zusammenfassung) im Vorwärts vom 26.10.1893 und vom 28.10.1893 ab.

Dass auch damals diese Rede in erster Linie als Kampfansage gegen die Judenfeindschaft angesehen wurde, zeigt sich auch daran, dass in den „Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ am 5. November 1893 unter dem Titel „Über Antisemitismus und Sozialdemokratie“ die Zusammenfassung aus dem „Vorwärts“ als Aufmacher auf der Titelseite abgedruckt wird, ebenso die Resolution, die der Parteitag angenommen hatte.⁵⁷⁵ In der „Allgemeinen Zeitung des Judentums“ wird eine längere Passage aus der Resolution zitiert, wonach „die Sozialdemokratie der entschiedene Feind des Kapitalismus ist, einerlei ob Juden oder Christen seine Träger sind.“⁵⁷⁶

In den Nachdrucken der Rede Bebels von 1894 und 1906 wurden mehrere negative Veränderungen beziehungsweise Ergänzungen vorgenommen, auf die wir hier in aller Kürze eingehen.⁵⁷⁷

Erstens. Es wird nun ausgerechnet, wie schon erwähnt, jene Passage von Marx aus seiner Schrift „Zur Judenfrage“ von 1844, wo der „weltliche Kultus der Juden“ als „Schacher“ bezeichnet wird, ohne wirkliche Erläuterung 1894 und 1906 zitiert und interpretiert. Wobei Bebel immerhin betont, ohne es genauer auszuführen, dass etliche solcher Stellen nicht die Ansichten von Marx zum Ausdruck bringen, sondern „was man dem Juden, weil er Jude ist, zuschreibt“ (1906, S. 13).^{*} „Zuschreibt“ – das ist der entscheidende Punkt. Es ist eben eine Zuschreibung und nicht das, was „den Juden“, „den jüdischen Geist“ oder „das Judentum“ ausmacht. Diese muss durchaus als positiv hervorgehoben werden, denn Bebel hat recht; es war eine falsche Zuschreibung.

Zweitens. Angesichts des judenfeindlichen Vorgehens, mithilfe von Statistiken einen angeblich größeren Anteil der jüdischen Bevölkerung am „Verbrechertum“ nachzuweisen, wird in ausgesprochen immanenter Weise versucht, im Detail nachzuweisen, dass die Statistik

* 1894 hieß es statt „zuschreibt“: „imputiert“ (S. 11).

eigentlich die Judenfeinde widerlegt (1906, S. 33 f., 1894, S. 30 f.), ohne den Grundfehler des Hantierens mit Kriminalstatistiken aufzudecken und zu bekämpfen.

Drittens. Einige Fehler der Parteitage Rede Bebels wurden noch verstärkt. Etwa wenn versucht wird, die Kategorie „Rasse“ mit den „Darwinschen Anpassungs- und Vererbungsgesetzen“ zu begründen und damit zu belegen, dass es „nur natürlich“ sei, „dass die eigentümlichen Charaktereigenschaften dieser Rasse sich im Laufe der Zeit immer mehr entwickeln und vervollkommen müssen“ (1894, S. 6, 1906, S. 8). Zur Vergrößerung der Fehler gehört auch, dass in der Rede von „einem Teil der Juden“ behauptet wird, dass sie Schacher betreiben würden, während in der Broschüre von 1894 und von 1906 eingefügt wurde, dass es sich um eine „großen Teil“ (1894, S. 15, 1906, S. 17) handle.⁵⁷⁸ Ähnliche Verschlimmbesserungen gibt es auch an anderen Stellen.⁵⁷⁹

Viertens. Aus welchen Gründen auch immer ist in den Broschüren nicht mehr von christlichen Mitkonkurrenten die Rede, sondern von „arischen“ (1894, S. 12, 1906, S. 14). Und es wurde noch ergänzt: Juden seien „in ihrer Gesamtheit [...] der germanischen oder arischen Bewohnerzahl gegenüber gering an Zahl“ (ebenda).

Die Abschwächung guter Aspekte und die weitere Verschlechterung negativer Positionen der ursprünglichen Rede Bebels deuten an, dass sich die Tendenz in der Sozialdemokratie verstärkte, der Judenfeindschaft unzulässige Zugeständnisse zu machen.

Sozialdemokratie :: und Antisemitismus ::

Von August Bebel

Rede auf dem sozialdemokratischen Parteitage
in Berlin

Mit zwei Nachträgen

—
Zweite durchgesehene Auflage



Berlin 1906

Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68
(Hans Weber, Berlin)

Titelblatt vom Nachdruck der Bebel Rede, 1906

IV. Die Praxis: Handfeste Gegenwehr, klare praktische Statements

IV. Die Praxis: Handfeste Gegenwehr, klare praktische Statements

1. Militante Gegenwehr der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die Judenfeinde in Berlin 1880 und 1881

In der Zeit des „Sozialistengesetzes“ ab 1878 führte die vom Polizeiterror bedrohte Sozialdemokratie – und hier vor allem fortschrittliche Arbeiterinnen und Arbeiter – einen praktischen Kampf gegen die erstarkende judenfeindliche Bewegung. Die Parteiführung hatte sich bis dahin noch nicht grundlegend geäußert, wie sie die Judenfeindschaft einschätzte und wie die Judenfeindschaft bekämpft werden sollte.

Zunächst richtete sich ihr Kampf gegen die neu entstandenen politischen judenfeindlichen Parteien. Sozialdemokratische Rednerinnen und Redner traten in Versammlungen der Judenfeinde auf (da wegen des „Sozialistengesetzes“ keinen sozialdemokratischen Veranstaltungen legal durchgeführt werden konnten), um die eigenen Argumente vorzubringen, die Veranstaltung zu übernehmen oder zu stören.

Die Gründungsveranstaltung von Stoeckers Christlich-Sozialer Arbeiterpartei in Eiskeller in Berlin Anfang 1878 („Eiskeller-Versammlung“) scheiterte zunächst kläglich. Fortschrittliche Arbeiterinnen und Arbeiter sprengten die Versammlung.

Einen aufschlussreichen „Stimmungsbericht“ der sogenannten „Reichshallenversammlung“ des Judenfeinds Henrici gibt die liberale „Tribüne“ (Nr. 298, 19. Dezember 1880)⁵⁸⁰ Eine „große Anzahl Israeliten, Sozialdemokraten, etc.“ war unter den 3.000 Besuchern der Veranstaltung⁵⁸¹, die von Tumulten und Schlägereien unterbrochen wurde.

Nach antijüdischen Überfällen in der Silvesternacht 1880, vor allem in Berlin, wurde gegen die Judenfeinde mobilisiert. Es wurden in Berlin Flugblätter verbreitet und Versammlungen gegen die Judenfeinde organisiert. Entscheidend war, so Martin Philippsen, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter gegen Stoecker Stellung bezogen.⁵⁸²

Für den 11. Januar 1880 mobilisierten fortschrittliche sozialdemokratische Arbeiterinnen und Arbeiter in den Berliner Reichshallen zu einer Versammlung zum Thema „Die Stellung der Arbeiterschaft zur Judenfrage“, an der 3.500 Arbeiterinnen und Arbeiter teilnahmen.⁵⁸³

Bebel unterrichtete am 14. Januar 1881 Engels über die Aktion und schrieb:

„Dass die Berliner Arbeiter gegen die Berliner Bourgeoisie Bildung und Kultur vertreten mussten, das ist prächtig“.⁵⁸⁴

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung verabschiedeten mit großer Mehrheit eine Resolution gegen die Judenfeinde. Die Arbeiterinnen und Arbeiter wurden aufgerufen, solidarisch zu sein, „sich entsprechend ihrem Gerechtigkeitssinn und ihrem demokratischen Geist der Schmälerei der den Juden verfassungsmäßig garantierten staatsbürgerlichen Gleichstellung zu widersetzen“.⁵⁸⁵ Im Versammlungsprotokoll, so Bernstein, wurde „stürmischer, nicht endend wollender Beifall“ verzeichnet, als der Zigarrenmacher Stahl auf seine jüdische Herkunft hinwies.⁵⁸⁶

Wichtig ist festzuhalten, dass die sozialdemokratischen Aktivistinnen und Aktivisten die Judenfeinde und die Schädlichkeit ihrer Hetze Ernst und auch zum Anlass nahmen, konkret gegen die Judenfeinde vorzugehen, bevor die Parteiführung sich offiziell und grundlegend mit der Frage der Judenfeindschaft beschäftigt hatte.

Auch in den Folgejahren, insbesondere seit der erneuten Verschärfung der Judenfeindschaft ab 1890, wurde diese Praxis fortgesetzt.

Am 11. Januar 1881 fand in Berlin eine Veranstaltung besonderer Art statt.⁵⁸⁷ Mit großen Plakaten wurde in ganz Berlin die Veranstaltung angekündigt. Es waren nur Arbeiter und Arbeiterinnen eingeladen. Um 20 Uhr waren ca. 4000 Arbeiter und Arbeiterinnen in der Veranstaltungshalle. Die Veranstaltung ging bis ca. 23.00 Uhr.

Die Veranstaltung richtete sich gegen den Judenfeind Stöcker, aber es waren auch Stöcker Anhänger anwesend.

Die Veranstaltung beginnt mit dem Referat von Ewald. Er fordert „Gleiches Recht für alle“ und geht auf die Repression der jüdischen Bevölkerung in Deutschland ein und weist auf ihre Leiden hin. (S. 4)

Weiter führt er aus, dass Stoecker nicht Nächstenliebe, sondern Hass gegen die Juden und Jüdinnen predigt. (S. 4) Schließlich legt Ewald, nach einigen rhetorischen Ausflügen, eine Resolution vor, in der zu Recht „alte Vorurteile“, wie der „Rassenhass“ benannt sowie die Unvereinbarkeit der Judenfeinde mit demokratischen Positionen und den Interessen der Lohnabhängigen herausgestellt werden. (S. 5/6) Abschließend erklärt die Resolution deutlich:

„Wir warnen alle städtischen und ländlichen Lohnarbeiter Deutschlands vor den Betörungsversuchen gewisser angeblicher Volksfreunde der verschiedensten Art, sich zu einer Beteiligung an jener haltlosen und widersinnigen Bewegung verleiten und als Werkzeug zu ihren selbstsüchtigen Zwecken gebrauchen zu lassen. Ebenso warnen wir die Arbeiter vor irgendwelcher Beteiligung an dieser sie nicht direkt berührenden Bewegung.“ (S. 6/7)

In der nachfolgenden Debatte, in der auch Anhänger Stoeckers ihre primitiven judenfeindlichen Positionen darlegten,^{*} gab es nicht unberechtigte Kritik an der zu langen und umständlichen Resolution. Es gab im Einleitungsreferat auch arge immanente Begründungen wie, dass die Judenfeinde das sogenannte Ansehen Deutschlands im Ausland schädigen würden oder ähnliches. (S. 5) Aber vorherrschend war die prinzipielle Ablehnung von Stoecker. Der Tischler Wegfraß betonte:

„Die ganze Judenfrage ist nichts weiter als ein Kunststückchen der Reaktion. Wer nicht die volle Gleichheit will, der hat kein Anrecht auf den Ehrentitel eines demokratischen Arbeiters [...]

Herr Stoecker sucht die Arbeiter zu verführen, er erregt Hass und Leidenschaft und wenn wir nicht mannhaft gegen ihn auftreten, dann wird seine Agitation noch zu Mord und Totschlag führen.“ (S. 11/12)

Es wurde vom Fabrikarbeiter Mayer auch eine kurze und knackige Resolution gegen die zu lange und umständliche Resolution vorgeschlagen:

^{*} Zum Beispiel behauptet ein Stöcker-Anhänger, dass „der Jude, der Geld hat“ angeblich „arme Mädchen, die keine Arbeit haben“ verführen würde. (S. 12/13)

„In Anbetracht, dass die Deutschen Arbeiter den Grundsatz: .Gleiches Recht für Alle! festhalten, spricht die heutige Versammlung Berliner Arbeiter ihr Bedauern darüber aus, dass auf Veranlassung des Herrn Hofprediger Stöcker gegen eine einzelne Religionsklasse ohne jeden stichhaltigen Grund eine Agitation ins Leben gerufen ist, welche für die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdend wirken kann, sieht sich zu der Erklärung genötigt, sich der Bewegung der sogenannten .Germanen' (Antisemiten) fernhalten zu wollen und fordert alle Deutschen Arbeiter auf, diese Erklärung beizutreten.“ (S. 7)

Schließlich wurde um ca. 23.00 gegen ca. 10 Gegenstimmen die ursprünglich vorgeschlagene Resolution angenommen.

3. Erneute handfeste Gegenwehr sozialdemokratischer Aktivistinnen und Aktivisten ab 1890

a) In den Städten

Ab 1890 gingen sozialdemokratische Aktivistinnen und Aktivisten zunehmend gegen Judenfeinde vor. Mutige Aktivistinnen und Aktivisten störten und sprengten Versammlungen der Judenfeinde, die meist keine Redner aus den Reihen der Gegner der Judenfeinde zuließen.

Teilweise gelang es auch, auf Veranstaltungen der Judenfeinde eigene Rednerinnen und Redner einzuschleusen bzw. Gegenreden zu halten und sogar Resolutionen zur Abstimmung zu bringen.

In Lörrach wurde am 1. Mai 1890 eine Veranstaltung von Judenfeinden von den anwesenden „etwa 200 Arbeitern und Freisinnigen“ übernommen und ein eigener Versammlungsleiter gewählt, da man verhindern wollte, dass ein „Judenhetzer“ sein „schändliches Treiben fortsetze“. Von der Mehrheit der Versammlung wurde unterbunden, dass der judenfeindliche Anmelder der Veranstaltung zu Wort kam. Die Versammlung wurde auf Veranlassung der Judenfeinde polizeilich unter Berufung auf das „Sozialistengesetz“ aufgelöst.⁵⁸⁸

In Erfurt störten sozialdemokratische Aktivistinnen und Aktivisten den „Antisemitentag“ im Juli 1890. Ein judenfeindlicher Redner erklärte, dass die Sozialdemokratie „einen jüdischen Rechtsanwalt im Reichstag“ habe, worauf der Sozialdemokrat Noack brüllte: „Da sind wir stolz darauf!“ Er referierte Engels mit den Worten: „Wir verdanken den Juden zu viel, als dass wir antisemitisch sein dürften.“⁵⁸⁹

Im August 1890 „besuchten“ in Berlin sozialdemokratische Aktivistinnen und Aktivisten eine Versammlung von Judenfeinden, um eine Resolution zur Abstimmung zu bringen, in der die „Schändlichkeiten des Antisemitismus in immer weiteren Kreisen“ bekannt gemacht werden sollte. Die Resolution wurde von der Mehrheit der anwesenden Judenfeinde letztlich abgelehnt.⁵⁹⁰

Im April 1891 störten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine Versammlung des „Antisemitischen Vereins“ in Berlin, auf der

sich der judenfeindliche Reichstagsabgeordnete Rickenbach über „Judentum und Sozialdemokratie“ ausließ.⁵⁹¹ Im gleichen Monat störten sozialdemokratische Aktivistinnen und Aktivisten eine Versammlung der Deutsch-sozialen-antisemitischen Partei Böckels. Sie machten fast die Hälfte des Publikums aus und hielten zahlreiche Gegenreden.⁵⁹² Im Oktober 1891 wurde eine Versammlung des judenfeindlichen Deutschnationalen Reformvereins in Lahr massiv gestört.⁵⁹³ Im Dezember 1891 sprengten sozialdemokratische Aktivistinnen und Aktivisten in Darmstadt eine Versammlung der Judenfeinde.⁵⁹⁴

Anfang Mai 1892 sprach auf einer Versammlung in Chemnitz der judenhetzerische Wanderprediger Dr. Danneil aus Bielefeld. Gegner der Judenfeinde störten die Versammlung, die am Ende gegen fünf Stimmen eine Resolution annahm, die „sich mit größter Entschiedenheit *gegen den Antisemitismus* ausspricht“.⁵⁹⁵ Im „Mitteilungsblatt des Abwehrvereins“ vom März 1892 wird berichtet, dass in Oranienburg eine Versammlung der Judenfeinde durch eine Mehrheit sozialdemokratischer Aktivistinnen und Aktivisten gestört wurde und der judenhetzerische Redner seinen Beitrag nicht halten konnte.⁵⁹⁶ Im Februar 1893 berichtet die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“, dass bei einer Veranstaltung der Judenfeinde in Possendorf zwei Aktivisten der Sozialdemokratie als Gegenredner auftraten.⁵⁹⁷ Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ gab die Gegenrede des Aktivisten Breslauer wieder:

„Hierauf sprach Genosse Breslauer, welcher u. a. erklärte, da der (antisemitische) Referent behauptet habe, es gebe keine arbeitenden Juden, dass er Jude und Arbeiter sei und er dem Referenten viele jüdische Arbeiter nachweisen könnte, es sei nicht eine Religion und eine Rasse an dem heutigen Elend schuld, sondern die Übermacht des Kapitals.“⁵⁹⁸

Im gleichen Monat störten Aktivisten der Sozialdemokratie zusammen mit Linksliberalen in Zittau eine Veranstaltung von Judenfeinden.⁵⁹⁹

Im April 1893 ist eine gemeinsame Aktion von Mitgliedern der Jüdischen Gemeinde und sozialdemokratischen Aktivisten in Wolfenbüttel dokumentiert. Mitglieder der Jüdischen Gemeinde hatten Eintrittskarten für eine Veranstaltung von Judenfeinden aufgekauft und an Sozialdemokraten verteilt.⁶⁰⁰

Im „Mitteilungsblatt des Abwehrvereins“ vom März 1893 wird positiv von einer Rede Wilhelm Liebknechts berichtet, die dieser gegen die Judenfeindschaft gehalten hatte:

„Leipzig, 5. März. In einer heute Vormittag abgehaltenen Sozialdemokratischen Versammlung sprach der Reichstagsabgeordnete Liebknecht über Sozialismus und Antisemitismus. Der Redner wendete sich in den schärfsten Ausbrüchen gegen den Antisemitismus. Die Sozialdemokratie würde nie die Sippe der Antisemiten unterstützen. Redner schloss mit den Worten:

„Das Narrenschiff des Antisemitismus wird zerschellen an der Kultur unserer Zeit und an der heutigen Sozialdemokratie.’

Die Versammlung erklärte sich durch die Annahme einer Resolution mit den Ausführungen des Redners einverstanden.“⁶⁰¹

b) Auf dem Land

Ab 1890 gingen sozialdemokratische Aktivistinnen und Aktivisten vor allem auf dem Land aktiv und teilweise ohne konkrete Anleitung durch die Zentrale gegen die Judenfeinde vor. Bereits 1889 hatten sie von der sozialdemokratischen Führung eine deutliche Stellungnahme, konkrete Handlungsanweisungen und eine Unterstützung im Kampf gegen die sich ausbreitende Judenfeindschaft gefordert. Der Marburger Delegierte Zappay forderte auf dem Parteitag der Sozialdemokratie 1890 geradezu verzweifelt Unterstützung für „kräftige Gegenreaktionen“ gegen die Judenhetzer:

„Die Genossen von Marburg beantragen, dass in Anbetracht des Vordringens der antisemitischen Bewegung auf immer weitere Kreise und der verwerflichen Kampfweise, welche sich die Antisemiten speziell gegen die Sozialdemokraten bedienen, die Partei, die Parteigenossen Marburgs in irgendeiner Weise unterstützt, damit am Herde der antisemitischen Agitation eine kräftige Gegenreaktion entwickelt werden kann.“⁶⁰²

Der Antrag wurde an den Parteivorstand überwiesen. Ein weiterer, nicht behandelter Antrag lautete:

„Die Genossen des Wahlkreises Friedberg-Büdingen beantragen, der Parteitag wolle beschließen, in den ländlichen Wahlkreisen von Zeit zu Zeit, auf Kosten der Partei, ein Flugblatt erscheinen zu lassen, welches geeignet ist, die Agitation, den antisemitischen wie den anderen reaktionären Bestrebungen gegenüber, zu fördern. H. Westphal, H. Prinz, Friedberg-Büdingen“⁶⁰³

Gefordert wurde auch ein Wochenblatt für die ländliche Bevölkerung. Solche richtigen Forderungen wurden auf dem Parteitag und danach aber wohl weitgehend ignoriert, teilweise auch abgelehnt.⁶⁰⁴ So wiegelte das Zentralorgan 1893 die wiederholten Aufforderungen, eine solche Literatur zu schaffen, mit dem ökonomistischen Selbstlauf-Argument ab, dass

„die Verhältnisse [...] unsere besten Agitatoren (sind)“. „Die Verhältnisse [...] werden uns [...] die Masse der deutschen Bauern zuführen.“⁶⁰⁵

Die Agitationskomitees agierten im Kampf gegen die Judenfeinde – positiv ausgedrückt – relativ selbstständig in Ermangelung einer Anleitung durch das Parteizentrum.⁶⁰⁶ Sie schätzten die Judenhetze als weit gefährlicher und bedrohlicher ein als manch führender Kader in der Zentrale. Neben dem Verteilen von Flugblättern, Broschüren und Zeitungen und mündlicher Agitation führten sie eigene Veranstaltungen durch oder störten bzw. sprengten Veranstaltungen der Judenfeinde.⁶⁰⁷ Im Gegensatz zum Zentralorgan der Partei berichteten regionale Blätter und Broschüren der Agitationskomitees über die Aufklärungsarbeit anderer Ortsvereine gegen die völkische Ideologie, stellten die praktischen Konsequenzen der Judenhetze an Beispielen aus dem Alltagsleben vor und griffen einzelne judenfeindliche Broschüren heraus, um sie zu widerlegen. Vorträge und Reden gegen die Judenfeindschaft (so etwa die Rede Wilhelm Liebknechts 1893 in Leipzig) wurden nachgedruckt.⁶⁰⁸ Damit gingen sie von der berechtigten Vermutung aus, dass derartige Publikationen durchaus auch von Aktivis-

tinnen und Aktivisten verwendet werden konnten, die der Sozialdemokratie nahestanden, und fühlten sich für deren Verbreitung verantwortlich.*

In Marburg gaben Paul Baader und Kurt Eisner mit gewissem Erfolg die „Hessische Landeszeitung“ heraus.⁶⁰⁹ Das „Volksblatt für Hessen und Waldeck“ verwertete selbst Quellen der liberalen Presse im Kampf gegen die Judenfeindschaft.⁶¹⁰ Auch in Westfalen und Hamburg sollen sozialdemokratische Aktivistinnen und Aktivisten den Judenfeinden „am schärfsten zugesetzt“ haben.⁶¹¹

Für fast alle Landagitatoren bedeutete dies insbesondere, dass sie der judenfeindlichen Bewegung unter den Bäuerinnen und Bauern sowie vor allem auch der vordringenden rassistisch-völkischen Judenfeindschaft den Kampf ansagen mussten.

In Hessen sprengten Aktivistinnen und Aktivisten Versammlungen von Judenfeinden und lieferten sich Straßenschlachten mit den Böckel-Anhängern.⁶¹² Anfang 1891 sprengten sozialdemokratische Aktivistinnen und Aktivisten eine judenfeindliche Versammlung in Windecken und drängten in einer regelrechten Straßenschlacht die Böckel-Anhänger aus dem Ort hinaus. Gegen die Sozialdemokraten wurden Militäreinheiten eingesetzt.⁶¹³

Ein Aktivist aus Frankfurt berichtet von einem „Landsonntag“ im Februar 1892: „In ... gewesen. Versammlung niedergeschrien. Großer Tumult. Wir geprügelt. Versammlung aufgelöst. Zurückgefahren für 5.- Mark auf Leiterwagen. Dabei halb erfroren. Von frühmorgens bis abends 10 Uhr nichts gegessen. Hosen zerrissen. Eine Menge Geld verbraucht. ‚Glücklich‘ in Fr. angekommen. Die verflossene Nacht von nichts als von Stöcken, Gendarmen und Stuhlbeinen geträumt.“⁶¹⁴

* Nun mag es sein und wahrscheinlich war es in vielen Fällen auch so, dass es bei der Wiederlegung der Judenfeinde Fehler gab, verkürzt oder „immanent“ argumentiert wurde. Die Hauptverantwortung lag aber in den Versäumnissen und dem Versagen der Parteileitung, die dazu keine klaren Stellungnahmen, keine Richtlinien ausgegeben hatte.

Man verweigerte den Aktivistinnen und Aktivisten Räume für Veranstaltungen oder Übernachtungsmöglichkeiten und die Judenfeinde gingen nicht selten mit Gewalt gegen ihre Gegner vor. So wird im „Vorwärts“ berichtet, dass am 1. März 1890 verhetzte Bewohner des Dorfs Blumberg bei Berlin Arbeiterinnen und Arbeiter aus Berlin überfielen:

„Mächtige Feldsteine wurden von allen Seiten in den durch eine Plane gedeckten Kremser geschleudert, mit Messern stachen die Angreifer in den Wagen hinein und fielen mit dicken, armstarken Knüppeln, aus welchen z. T. Nägel hervorragten, über die Berliner Arbeiter her.“⁶¹⁵

In Jöllenbeck bei Herford verletzten verhetzte und mit Messern, Knüppeln und Steinen bewaffnete Dorfbewohner unter Duldung der Gendarmerie sieben Aktivistinnen und Aktivisten schwer. Aus der hässlichen Berichterstattung der reaktionären Presse geht explizit hervor, dass sich an den Aktionen gegen die Judenfeinde auch sozialdemokratische Aktivistinnen beteiligt hatten.

Im Februar 1893 berichten die „Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ über eine Versammlung, in dem Aktivisten das Wort ergriffen.

Mit richtigen Argumenten ergriff in dieser Versammlung der Schlosser Rom das Wort:

„Ich frage Herrn Zenter, weshalb hat die christliche Religion, die schon fast 2000 Jahre die Weltherrschaft hat, dass Elend und die Nöth noch nicht aus der Welt geschafft? Plötzlich sollen an allem die Juden schuld sein [...]. Der Jude wird den ländlichen Arbeitern als Köder hingeworfen und wenn die Sozialdemokraten aufs Land kommen [...], dann werden sie aus dem Dorfe hinausgeknüppelt. Das ist die Freiheit der Antisemiten.“⁶¹⁶

Ein anderer Arbeiter ging auf antijüdische Verleumdungen („christliche Ausbeutung“, „Rasse“ usw.) ein:

„Der Metallarbeiter Litsin führte des Längeren aus, dass es für die Sozialisten keine Judenfrage, sondern nur eine soziale Frage gebe. [...] ⁶¹⁷ Allerdings sei es Aufgabe der Sozialisten, die Arbeiter über die wahren Ursachen des Elends aufzuklären und

sie davor zu warnen, den Antisemiten Heeresfolge zu leisten, denn es sei für jeden Klarsehenden kein Zweifel, dass der Antisemitismus nur ein reaktionärer Vorspann sei, den die Regierung benutze, einmal gegen den Liberalismus und das andere Mal gegen das revolutionäre Proletariat auszuspielen.“⁶¹⁸

„Der Metallarbeiter Litsin führte des Längeren aus, dass es für die Sozialisten keine Judenfrage, sondern nur eine soziale Frage gebe. [...] Allerdings sei es Aufgabe der Sozialisten, die Arbeiter über die wahren Ursachen des Elends aufzuklären und sie davor zu warnen, den Antisemiten Heeresfolge zu leisten, denn es sei für jeden Klarsehenden kein Zweifel, dass der Antisemitismus nur ein reaktionärer Vorspann sei, den die Regierung benutze, einmal gegen den Liberalismus und das andere Mal gegen das revolutionäre Proletariat auszuspielen.“

3. Aufstellung Paul Singers als Kandidat für den Reichstag

Paul Singer (1844 Berlin – 1911 Berlin) übernahm nach einer kaufmännischen Lehre die elterliche Textilfabrik. In den 60er Jahren bewegte er sich im Umfeld radikaler bürgerlicher Demokraten um Johann Jacoby. Während des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71 schloss er sich dem von der Sozialdemokratie angeführten Protest gegen die Bismarcksche Raubpolitik nach außen (Annexion Elsass-Lothringens) und der Unterdrückungspolitik nach innen an. Er war einer jener 101 Berliner radikaldemokratischen Unterzeichner einer Resolution Johann Jacobys, die gegen den chauvinistischen Taumel im konterrevolutionären Raubkrieg gegen Frankreich auftraten. Singer blieb von 1890 bis zu seinem Tod am 31. Januar 1911 Vorstandsmitglied der Sozialdemokratie und Abgeordneter im Reichstag. In seiner politischen Tätigkeit nahm der Kampf gegen den erstarkenden deutschen Militarismus einen wichtigen Platz ein. In einer Rede auf dem Parteitag der Sozialdemokratie 1892 in Berlin prägte er die später von Karl Liebknecht aufgegriffene Parole: „Dem Militarismus, dem herrschenden Militärsystem keinen Mann und keinen Groschen!“⁶¹⁹ In den Folgejahren setzte er sich gegen die imperialistischen Raubzüge des deutschen Imperialismus in China und Afrika ein.

Während die sogenannten liberalen Parteien angesichts des Vormarsches der Judenfeinde immer seltener jüdische Kandidaten aufstellten⁶²⁰, verhielt sich die Sozialdemokratie gerade anders. 1871 wurden mit Gabriel Löwenstein in Fürth und dem Lehrer Samuel Spier in Sachsen für die Landtagswahlen erstmals jüdische Abgeordnete der Sozialdemokratie aufgestellt. 1874 gelang es erstmals einem sozialdemokratischen Kandidaten – Johann Jacoby –, ein Mandat zu gewinnen.⁶²¹

Angesichts der zunehmenden Judenfeindschaft stellte die Sozialdemokratie 1883 unter den Bedingungen des „Sozialistengesetzes“ bewusst und demonstrativ Paul Singer als Kandidaten für die Berliner Stadtverordnetenwahl auf.

Seit 1868 verband Singer mit Bebel und Liebknecht eine enge Freundschaft. Berufliche Reisen ins Ausland waren eine gute Tarnung, um mit Genossinnen und Genossen im Exil Verbindung zu halten, Gelder zu sammeln usw. Ende November 1878 besuchte Singer Marx und Engels in London, um sie über die Lage in der Partei zu unterrichten und ihren Rat einzuholen.⁶²² Im Juni 1879 fuhr er erneut nach London, um mit Marx und Engels die Herausgabe eines neuen

Parteiorgans nach dem Verbot des „Vorwärts“ zu besprechen.⁶²³ Wenige Wochen später erschien dann in Zürich die erste Nummer des „Sozialdemokrat“.

Seine Aufstellung als Kandidat zur Berliner Stadtverordnetenwahl 1883 war ein bewusstes und demonstratives Statement der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft.* Die Berliner Arbeiterinnen und Arbeiter unterstützten dieses Statement, indem sie Singer im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit wählten. 1884 wurde Singer erstmals in den Reichstag gewählt. Er gewann das Mandat mit absoluter Mehrheit und sollte es 27 Jahre lang bis zu seinem Tod verteidigen.

Dies war nicht nur eine Demonstration der Sozialdemokratie gegen die Judenfeindschaft, es wurde zunehmend eine machtvolle Demonstration der Arbeiterinnen und Arbeiter in Berlin, die gegen die reaktionäre Judenhetze ihren Paul Singer feierten. Ein vor den Nazis geflohener Augenzeuge berichtete viele Jahrzehnte später 1944:

„Und da geschah das, weswegen ich hier davon erzähle. Vom obersten Rang herab nämlich klang es plötzlich in den Raum, mit einer unendlich zärtlichen Stimme ‚Judenpaule! Judenpaule!‘ Die Massen horchten auf. ‚Bravo Judenpaule! Hoch, Judenpaule!‘ tönte es noch von oben. Und wie eine Flamme sauste der Ruf durch den Saal. Einzelne nahmen ihn auf. Jetzt mehrere. Jetzt ganze Scharen. Und bald schwoll es zu einem Orkan. Das Wort war völlig aus der Art der Berliner Arbeitersprache geboren. So würde man auch sonst etwa einen Berufsgenossen jüdischen Glaubens angeredet haben, mit einer spielenden Charakteristik

* Innerhalb der Führung der Sozialdemokratie war die Aufstellung Singers keineswegs unumstritten. Bernstein schrieb etwa an Engels und hatte Zweifel am Erfolg der Kandidatur aufgrund der jüdenfeindlichen Vorurteile der Wähler: „Singer ist ein ganz guter Kerl, aber sehr unzuverlässig in taktischen Fragen. Da er Jud’ ist, ist seine Wahl auch zweifelhaft, denn wir müssen im vierten Wahlkreis mit den Kleinbürgern rechnen, die bei der Stichwahl den Ausschlag geben.“ (Eduard Bernstein an Friedrich Engels am 15. April 1884, zitiert in: Hirsch, Helmut (Hrsg.): Eduard Bernsteins Briefwechsel mit Friedrich Engels, Assen 1970, S. 260) Bernstein hatte doppelt Unrecht mit seiner Bemerkung. Einen guten Kandidaten nicht aufzustellen, weil er Jude ist, geht gar nicht! Zudem wurde Singer entgegen der Einschätzung Bernsteins auch gewählt.

seiner Besonderheit, ohne eine Spur von unerfreulichem Nebengeräusch. Auch hier benutzte man diese Titulierung völlig harmlos. Sie war lediglich ein Ausdruck noch gesteigerter Vertrautheit. Das verstanden alle. Hunderte, Tausende wiederholten: ‚Judenpaule! Judenpaule!’ Es umbrauste die mächtige Gestalt des Gefeierten, der noch am Rednerpult stand und, zuerst erstaunt und sprachlos, dann bis ins Innerste ergriffen, die eigenartige Huldigung entgegennahm. Diese Arbeiter konnten sich gar nicht beruhigen. Sie stürmten auf das Podium und holten Singer herunter. Sie hoben ihn hoch und trugen ihn im Triumph aus dem Gebäude auf die Straße [...]. So etwas begab sich einmal in Deutschland. Es ist freilich fast zwei Menschenalter her ...⁶²⁴

„Und da geschah das, weswegen ich hier davon erzähle. Vom obersten Rang herab nämlich klang es plötzlich in den Raum, mit einer unendlich zärtlichen Stimme ‚Judenpaule! Judenpaule!’ Die Massen horchten auf. ‚Bravo Judenpaule! Hoch, Judenpaule!’ tönte es noch von oben. Und wie eine Flamme sauste der Ruf durch den Saal. Einzelne nahmen ihn auf. Jetzt mehrere. Jetzt ganze Scharen. Und bald schwoll es zu einem Orkan. Das Wort war völlig aus der Art der Berliner Arbeitersprache geboren. So würde man auch sonst etwa einen Berufsgenossen jüdischen Glaubens angeredet haben, mit einer spielenden Charakteristik seiner Besonderheit, ohne eine Spur von unerfreulichem Nebengeräusch. Auch hier benutzte man diese Titulierung völlig harmlos. Sie war lediglich ein Ausdruck noch gesteigerter Vertrautheit. Das verstanden alle. Hunderte, Tausende wiederholten: ‚Judenpaule! Judenpaule!’ Es umbrauste die mächtige Gestalt des Gefeierten, der noch am Rednerpult stand und, zuerst erstaunt und sprachlos, dann bis ins Innerste ergriffen, die eigenartige Huldigung entgegennahm. Diese Arbeiter konnten sich gar nicht beruhigen. Sie stürmten auf das Podium und holten Singer herunter. Sie hoben ihn hoch und trugen ihn im Triumph aus dem Gebäude auf die Straße [...]. So etwas begab sich einmal in Deutschland. Es ist freilich fast zwei Menschenalter her ...“

Als Singer im Juli 1886 unter dem „Sozialistengesetz“ wegen seiner revolutionären Tätigkeit aus Berlin ausgewiesen wurde, gelang es rund 50 sozialdemokratischen Genossinnen und Genossen und Vertretern der Jüdischen Gemeinde trotz massivem Polizeiaufgebot, Singer am Bahnhof zu verabschieden.⁶²⁵ Tausende Arbeiterinnen und Arbeiter solidarisierten sich und besetzten die Stadtbahnzüge, um Singers Verabschiedung gegen die Polizei durchzusetzen.⁶²⁶ Sein Abschiedsgruß an die Berliner Arbeiterinnen und Arbeiter wurde in 20.000 Exemplaren in Berlin verteilt.

Für Singer selbst hat das religiöse Judentum keine wichtige Rolle gespielt. Seit seiner Jugend war er aber Mitglied der Berliner jüdischen Gemeinde und blieb es auch zumindest bis Ende der 1880er Jahre.⁶²⁷ Ein Austritt wäre für ihn ein Akt der Feigheit gewesen, der Entsolidarisierung mit denjenigen, die mit ihm als Juden verleumdet, entrechtet und selbst verfolgt wurden⁶²⁸, wie Richard Fischer⁶²⁹ in seiner Grabrede bei der Beerdigung von Singer mitteilte.⁶³⁰ Mehrmals, so wird in der Literatur berichtet, sei Singer in den 1880er Jahren von Sozialdemokraten wegen seiner Mitgliedschaft in der jüdischen Gemeinde als inkonsequent kritisiert worden. Über die Motive solcher Kritiken ist nichts bekannt, wobei dies aber nichts Gutes vermuten lässt.⁶³¹

Von den Reaktionären wurde Singer als Jude angegriffen. Nachdem er 1887 erneut in den Reichstag gewählt worden war, starteten sie im Berliner Stadtverordnetenparlament, im Reichstag, aber auch in der Presse und in Flugblättern eine jüdenfeindliche Kampagne gegen Singer den „Juden“ und „blutsaugerischen Ausbeuter“. Eduard Bernstein schildert dies rückblickend 1907 wie folgt:

„Wir haben gesehen, dass im November 1887 die Wahlbeteiligung der Sozialisten im 37. Kommunal-Wahlbezirk den Durchfall des antisemitisch-konservativen Häuptlings Dopp zur Folge hatte. In der Wut darüber gaben die Antisemiten zwei Flugblätter heraus, worin behauptet wurde, der ‚Jude‘ und ‚blutsaugerische Ausbeuter‘ Singer habe im Gegensatz zu den Beschlüssen von St. Gallen durch den Einfluss seines Geldes, ebenso, wie seinerzeit das Eintreten Virchows gegen Stoecker, so auch diesmal den hinters Licht geführten Berliner Arbeitern die Wahlbeteiligung aufnötigen lassen. Singer trat dieser durchaus unwahren oder

vielmehr grundverlogenen Verdächtigung in einer scharfgefassten längeren Erklärung entgegen, die im ‚Volksblatt‘ und in der ‚Volkstribüne‘ vom 26. November 1887 abgedruckt ist. Es wurde ihm ein Leichtes, an der Hand der Tatsachen die verschiedenen Behauptungen der Antisemiten über sein angebliches Eintreten für Unterstützung der Freisinnigen zurückzuweisen; faktisch war Singer 1884 ursprünglich für Wahlenthaltung zwischen Virchow und Stoecker gewesen. Erst auf Drängen von Bebel, Hasenclever und Liebknecht hatte er in die Stichwahl zwischen den genannten eingegriffen, wobei er jedoch Sorge trug, seinen eigenen Standpunkt dadurch zu kennzeichnen, dass er die Parole so formulierte: ‚Nicht für *Virchow*, sondern gegen *Stoecker*!‘ Desgleichen hatte er im Herbst 1887 zwar, solange die Debatte im Vorstadium ruhiger Erörterung stand, sich für Beteiligung an den Kommunalwahlen ausgesprochen, dann aber, als der Streit sich zuspitzte, jede Einmischung entschieden abgelehnt, während Bebel, Hasenclever und Liebknecht den Berlinern, die sie um ihre Meinung angingen, rückhaltlos anrieten, an der Wahlbeteiligung festzuhalten. All das wusste man in Berlin, und so fielen in dieser Hinsicht die Verleumdungen der Antisemiten platt zu Boden.

In einem anderen Punkt blieb indes der Verleumdungsfeldzug nicht ganz ohne Erfolg, in dem echt antisemitischen Manöver, aus einer von einem Geschäftsteilhaber der Firma Gebrüder Singer angeblich getanen Äußerung über Lohnerhöhung verlangende Arbeiterinnen gegen Singer Kapital zu schlagen, diesen bewog, aus der Firma, die er gegründet und zu hoher Blüte gebracht hatte, auszuschcheiden. Was die Wirkung auf die Partei anbetrifft, so bewiesen die Antisemiten sich freilich auch nur wieder als ein Stück von ‚jener Kraft, die wohl das Böse will, jedoch das Gute schafft‘. Denn wenn der Schritt Singers auch für ihn persönlich materielle Schädigung bedeutete, so hatte die Sozialdemokratie den Vorteil, dass Singer ihr von nun ab seine ganze Kraft widmen konnte. Ein Prozess gegen die ‚Staatsbürger-Zeitung‘, die alle jene Verleumdungen gebracht hatte, endete mit einer Verurteilung des Redakteurs Bachler und einem vollen Triumph Singers. Nicht eine der gegen diesen gerichteten Beschuldigungen hatte vor Gericht die Probe bestanden“.⁶³²

Singer selbst gab Ende November 1887 eine als Beilage des „Berliner Volksblatts“ vom 26. November 1887 abgedruckte Erklärung „Arbeiter Berlins! Parteigenossen“ ab, in der es hieß:

„Der ganze Kampf der Antisemiten ist im Wesentlichen nichts anderes als der Wunsch, die Juden, die sie totschiagen, zu beerben.“

„Zum zweiten Male seit wenigen Wochen ist Euch ein Flugblatt zugegangen, welches in bekannten ‚christlich-sozialen‘ Ausführungen sich mit meiner Person beschäftigt.

Wenn es mich auch mit Ekel erfüllt, mich mit diesem von frechen Lügen und elenden Verleumdungen strotzenden Machwerk abgeben zu müssen, so zwingt mir doch der Umstand, dass in mir meine Partei – die deutsche Sozialdemokratie – beschimpft wird, die Feder in die Hand [...]

Von mir im Verein mit einem Parteigenossen ging der Vorschlag aus, in allgemeiner öffentlicher Versammlung die Frage, ob Beteiligung [an den Kommunalwahlen] oder Nichtbeteiligung zu entscheiden und danach zu handeln.

Dieser Tatsache gegenüber wagt das neueste Produkt christlich-sozialen Hasses die Behauptung aufzustellen, ‚der Jude befiehlt, dass die Arbeiter für den Fortschritt [für die Fortschrittspartei] antreten, und sie müssen tanzen, wie der Jude pfeift‘. Wie paart sich hier Gemeinheit und Wahnsinn.“⁶³³

In einer Rede gegen die jüdenfeindlichen Aufmärsche angeblich „arbeitsloser Arbeiter“ im März 1892 erklärte Singer im Reichstag:

„Der ganze Kampf der Antisemiten ist im Wesentlichen nichts anderes als der Wunsch, die Juden, die sie totschiagen, zu beerben.“⁶³⁴

Bei seiner Beisetzung 1911 begleiteten eine Million Arbeiterinnen und Arbeiter auf einer siebenstündigen Demonstration den Sarg in einem Trauerzug. Das damals drei Millionen Einwohner zählende Berlin hatte noch nie zuvor eine solche Massendemonstration gesehen.⁶³⁵

Lenin berichtete wie folgt über Singers Beerdigung:

„Am 5. Februar dieses Jahres trug die deutsche Sozialdemokratie einen ihrer ältesten Führer, Paul Singer, zu Grabe. Die gesamte Arbeiterbevölkerung Berlins, viele Hunderttausende waren dem Ruf der Partei gefolgt und zur Trauerdemonstration erschienen, waren gekommen, um das Andenken eines Mannes zu ehren, der seine ganze Kraft, sein ganzes Leben in den Dienst der Befreiung der Arbeiterklasse gestellt hatte. Niemals hat die Dreimillionenstadt Berlin solche Massen gesehen: Nicht weniger als eine Million Menschen nahmen an dem Zug teil oder säumten die Straßen.“⁶³⁶

4. Probleme der jüdischen Kader der Sozialdemokratie

Es ist sicherlich ein schwieriges Thema, da es ja im Kern dem Ideal des Kommunismus völlig widerspricht, nach der Herkunft einzelner Personen – sofern sie es nicht selber thematisieren – auch nur zu fragen. Waren es jedoch die Judenfeinde und sogar andere Sozialdemokraten selbst, die auf die jüdische Herkunft von Kadern der sozialdemokratischen Partei anspielten, diese zum Thema machten oder für ihre Angriffe nutzten, wurde die Frage, wie damit umzugehen sei, kompliziert.

Karl Marx schwieg einfach dazu, wenn die Reaktionäre in den vierziger Jahren des 18. Jahrhunderts die jüdische Herkunft seiner Großeltern und seiner Eltern zum Thema machten. Es war klar, dass es nicht um die Religionszugehörigkeit oder die Zugehörigkeit von Marx zur jüdischen Gemeinde ging. Er war nicht Mitglied, und schon sein Vater war wie Heine zum Protestantismus übergetreten, um seinen Beruf ausüben zu können. Klar war, dass Marx in der Auseinandersetzung mit den Judenfeinden auch die Solidarität mit der jüdischen Gemeinde in seiner Umgebung suchte. Er hat das jedoch nie mit seiner jüdischen Herkunft, sondern nur mit seiner politischen Überzeugung begründet. Eine Fülle von mehr oder minder intelligenten Biografen bemühten sich in der Folge, teils angeblich positiv, dann auch klar mit negativer Betonung, die Herkunft von Marx, dessen Großvater Rabbiner war, pseudopsychologisch als Grund für seine Parteinahme für die Unterdrückten dieser Welt zu sehen oder ihn gar als „jüdischen Propheten der roten Welt“ zu bezeichnen und Ähnliches.

Marx ging auf diese Frage nicht ein, und es war Engels, der in seinem bekannten Brief gegen Judenfeindschaft* darauf hinwies, dass die im Grunde rassistisch argumentierenden Judenfeinde damit auch einen Mann wie Marx verleumdten würden.

Allgemeiner gesprochen, also nicht nur auf Marx bezogen, existiert in der Tat das Problem, dass ein jüdischer Sozialdemokrat und eine jüdische Sozialdemokratin – ein jüdischer Kommunist oder eine jüdi-

* Siehe hierzu Teil III, 1. Engels wichtige und weit verbreitete Stellungnahme „Über den Antisemitismus“ von 1890: Antisemitismus dient „nur reaktionären Zwecken“.

sche Kommunistin –, die aufgrund ihrer Großeltern oder Eltern jüdischer Herkunft sind, mit gewissem Recht gar keine Lust haben, gerade in dieser Hinsicht und nicht wegen ihrer Überzeugung angesprochen zu werden. Es handelt sich dabei im Grunde um eine von außen vorgenommene Definition, wer als Jude angesehen werden soll. Eine solche Zuordnung durch Anmaßung würde eben nicht der Realität entsprechen und wäre eine Verzerrung ihres Profils – sei es von feindlicher Seite, sei es durch falsche Erwartungen von Genossinnen und Genossen.

In der hier vorliegenden Untersuchung über den Kampf der deutschen Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft spielte es durchaus eine Rolle, dass Singer als „jüdischer Industrieller“ eine so hervorragende Rolle für die Sozialdemokratie in Deutschland spielte. Aber schon der Begriff „jüdischer Industrieller“ entstammt ja dem Klischee der Judenfeinde und der damaligen breit gefächerten judenfeindlichen Atmosphäre insgesamt. Singer war nicht aufgrund seiner religiösen Überzeugung, sondern von seiner Familie her auch in seinem Selbstverständnis ein jüdischer Mann, der eine kleine Fabrik besaß. Fertig.

Da Singer aber von den Feinden der Sozialdemokratie als Jude gebrandmarkt wurde, so wäre es ein Zurückweichen gewesen, wenn die Sozialdemokratie behauptet hätte, dass Singer gar nicht jüdisch wäre und es sich dabei um eine Verleumdung handeln würde. Denn durch solch eine verfehlte Abwehr wären die Judenfeinde in ihrer Hetze gegen alles „Jüdische“ geradezu bestätigt worden. Das ging logischerweise nicht. Also war es konsequent, obwohl, wie Bernstein vermutete, dadurch Stimmen für die Sozialdemokratie verloren gingen, Singer prominent als Kandidaten aufzustellen und klarzumachen, dass man sich von ihm nicht distanziert, weil er aus einer jüdischen Familie stammt. Das war wichtig, eine Frage der Haltung. Und wenn seine Anhänger ihn liebevoll, wie Massing berichtet, als „Judenpaule“ feierten, so war das ein Kampfaufruf gegen die Judenfeinde, die ihn diffamierten.

Die nächste Frage ist, wie Singer selbst mit dem Dilemma umging, dass er Sozialdemokrat war, was sein Profil bestimmte, und die Gegenseite, die Feinde eher seine jüdische Herkunft hervorstreichen

wollten. Es wurde die falsche Behauptung aufgestellt, er hätte dazu nicht Stellung bezogen. Aber das stimmt nicht.

Den Dokumenten ist zu entnehmen, dass Singer eindeutig auf die primitiven Angriffe gegen ihn reagiert hat – im Bewusstsein, dass die sozialdemokratische Partei insgesamt hinter ihm stand und er eine Zurückweisung solcher primitiven jüdenfeindlichen Aggressionen nicht als Einzelperson vornimmt. Es war seine Entscheidung und es wäre auch sicherlich akzeptabel gewesen, wenn er gesagt hätte, dass es nicht seine Sache ist, auf diese Dinge überhaupt einzugehen. Hier gibt es einen individuellen Spielraum für jeden sozialdemokratischen bzw. kommunistischen Kader, wie er mit diesem Thema umgehen möchte, wenn er von den Feinden als Jude diffamiert wird.

Schon schwieriger ist das Problem – oder auch die Unterstellung –, dass Kader wie Singer, wie Bernstein, der ebenfalls jüdischer Herkunft war, in einem Brief vermutete*, sich angesichts ihrer Diffamierung ganz besonders bemühen, „besonders“ zu sein, um aus taktischen Überlegungen heraus den Feinden nicht die Gelegenheit zu geben, die Sozialdemokratie als „Judenschutztruppe“ zu diffamieren.

Aber der Einwand ist sicher berechtigt, dass all diese psychologisierenden Überlegungen im Grunde nicht wirklich weiterhelfen, biografische Fragen einzelner Kader betreffen und doch allzu leicht zu unbewiesenen, hypothetisch ins Verleumderische gehenden Unterstellungen führen können – statt am Thema selbst zu bleiben, um das es jeweils geht. All das sei hier nur kurz angerissen.

Abschließend soll noch einmal der Gedanke festgehalten werden: Die Vorstellung, dass gerade Kommunistinnen und Kommunisten aus einer jüdischen Familie ganz besonders klar und engagiert gegen Ju-

* In einem Brief an Engels vom 18. August 1884 schreibt Bernstein über Singer: „Es liegt ein Konflikt mit seinem Gefühl vor, denn im Grunde unglaublich kränkt ihn, das habe ich bemerkt, der Antisemitismus und besonders der unter unseren ‚Gebildeten‘ sehr; aus übertriebener Gewissenhaftigkeit glaubt er, selbst den Antisemiten und Staatssozialisten spielen zu müssen.“ (Zitiert nach: Hirsch, Helmut (Hrsg.): Eduard Bernsteins Briefwechsel mit Friedrich Engels“, Assen 1970, S. 293) Bernstein schrieb an Engels am 24.9.1884, es gehe darum, die Partei vor jedem „Verdacht“ der „Begünstigung jüdischer Interessen frei zu halten.“ (Zitiert nach: Ebenda, S. 299)

denfeindschaft ankämpfen müssten, übersieht, dass es auch das legitime Recht gibt, sich nicht durch seine Biografie auf ein Kampfgebiet festlegen zu lassen. Es gibt auch den Versuch, sich gegen jene Atmosphäre zu wehren, die Albert Einstein sinngemäß so treffend beschrieben hat: „Die einen hassen mich, weil ich ein Jude bin, die anderen loben mich, weil ich ein Jude bin, aber es scheint für alle wesentlich, dass ich Jude bin.“

Keinesfalls im Einzelnen nachweisbar, aber eine durchaus mögliche Hypothese ist es auch, dass gerade Kommunistinnen und Kommunisten aus einer jüdischen Familie besonders scharf gegen einzelne jüdische Reaktionäre vorgehen, dabei übertreibend und sich zu judenfeindlichen Äußerungen versteigen, um so zu signalisieren, dass sie im Grunde ja längst keine jüdische Herkunft mehr haben. So oder so muss eine solche Haltung kritisiert werden.

All das war schon in der alten Sozialdemokratie, als sie noch in wesentlichen Teilen revolutionär war, ein Problem. In der Folgezeit wurde dies auch in der Geschichte der kommunistischen Bewegung in vielen Ländern der Welt zu einer Frage – favorisiert insbesondere auch von antikommunistischer Seite –, um in der Tat vorkommende Fehlentwicklungen in der kommunistischen Bewegung in diesen Fragen als ein Mittel zur Generalabrechnung mit ihr und mit den kommunistischen Parteien überhaupt zu nutzen. Auf dieses Problem wird zurückzukommen sein.

Diese sicherlich nicht vollständige Darstellung des praktischen Kampfs der Sozialdemokratie soll unterstreichen, warum wir – trotz alledem – mit der damaligen sozialdemokratischen Partei solidarisch sind und uns als in dieser Tradition stehend verstehen.

Es gilt auch aus diesem Blickwinkel die praktischen Kämpfe der nachfolgenden kommunistischen Bewegung einzuschätzen und zu analysieren und zu prüfen, inwieweit an dieser positiven Tradition festgehalten wurde.

V. Schlussfolgerungen

V. Schlussfolgerungen

1. Schwächen und Stärken des theoretischen und politischen Kampfs der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft

Vor der Analyse der sozialdemokratischen Publikationen waren fünf grundlegende Fragen aufgeworfen worden, die nun nach der Analyse der Publikationen mehr oder minder klar beantwortet werden können.

a) Welche aktuellen und tiefergehenden Ursachen der Judenfeindschaft gibt es?

Vorherrschend wurde die Frage nach den Ursachen so beantwortet, dass zwar der Zusammenhang zwischen den „Sozialistengesetzen“ und der Gründung sich antisemitisch nennender Organisationen hergestellt wurde, aber der Hauptakzent wurde auf das Mittelalter, auf den Feudalismus und den Übergang zum Kapitalismus gelegt. Die vom Untergang bedrohten Mittelschichten seien die Hauptträger der Judenfeindschaft. Damit verbunden war die ebenfalls weit verbreitete These, dass durch die Entwicklung des Kapitalismus feudale Strukturen und die Mittelschichten und damit auch die Judenfeindschaft verschwinden würden. In der Tat spielten die reaktionären Traditionen des Mittelalters auch im Kapitalismus eine große Rolle und darauf hinzuweisen war nicht falsch. Das Problem war die Überbetonung oder Verabsolutierung. So ist das Problem einer Unterschätzung der aus den Klassenkämpfen des Kapitalismus erwachsenen Kontinuität und Weiterentwicklung der Judenfeindschaft entstanden und damit eine Unterschätzung der Judenfeindschaft in der Gegenwart und für die Zukunft. Das war ein wirkliches Grundproblem der Sozialdemokratie.

Allerdings gab es auch gegenteilige Positionen bei der Antwort auf die Frage nach den Ursachen für die Judenfeindschaft. Gesehen wurde vor allem die Funktion der Judenfeindschaft als Mittel der herrschenden Klasse, sowohl im Feudalismus als auch im Kapitalismus. Es wurde auch verstanden, dass angesichts des Entstehens eines jüdischen Proletariats und seiner revolutionären Teile auch hier die Judenfeindschaft zum Einsatz kommt und weiterhin kommen wird.

So richtig die Feststellung war, dass jene die Hauptmasse der judenfeindlichen Organisationen bildeten, die von reaktionären Traditionen geleitet und von der Aussicht angetrieben waren, sich auf Kosten der jüdischen Konkurrenten zu bereichern, so gab es doch eine Überbetonung des rein ökonomischen Faktors und eine Verkenntung der Tatsache, dass ohne Judenhetze keinesfalls Judenfeindschaft in den Mittelschichten automatisch entstanden wäre.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass bei der Frage der Ursachen der Judenfeindschaft es zu einer falschen Einschätzung der Bedeutung der ökonomischen und objektiven Faktoren (der realen materiellen Verhältnisse) kam und die Bedeutung des Überbaus, der Ideologie und Politik für die Judenfeindschaft unterschätzt wurde.

b) Welche Grundfunktion hat die Judenfeindschaft?

Das Problem bei der Beantwortung dieser Frage war, dass nicht vorrangig als Grundfunktion herausgearbeitet wurde, dass Judenfeindschaft ein Mittel des Klassenkampfes von oben ist, das bewusst eingesetzt wurde. Basierend auf ökonomistischen Erklärungen, wurde die Funktion der Judenfeindschaft fälschlich vorrangig aus dem Abwehrkampf der Mittelschichten gegen ihren Untergang erklärt. Die Grundfunktionen waren jedoch, von der herrschenden Klasse abzulenken und den Kampf der Ausgebeuteten durch Spaltung und Aufhetzung zu schwächen und zu verhindern. Allerdings gab es auch gewichtige Stimmen, die gerade auch diese Funktion hervorgehoben haben.

c) Welche Wirkung hat die Judenfeindschaft?

Eher untergeordnet und vereinzelt wurde auf die reale Bedrohung der jüdischen Bevölkerung durch die Judenfeinde hingewiesen. Erst sehr spät, dann aber auch sehr deutlich, wurde die Bedeutung der Judenfeindschaft für die Brutalisierung, Demoralisierung und Verdummung der Anhängerschaft herausgearbeitet, wobei durchaus umstritten war, inwieweit Judenfeinde auch in der proletarischen Klasse Anhänger gewinnen können und inwieweit die proletarische Klasse immun dagegen sei.

An diesem Punkt wird deutlich, dass in den Reihen der Sozialdemokratie die doch gewichtigen Analysen von Heinrich Heine und von

Mitgliedern der jüdischen Gemeinde nicht aufgegriffen und ausgewertet wurden.

d) Welche Gesamteinschätzung der aktuellen Judenfeindschaft gab es?

Im Grunde wurde um diese Frage ein heftiger Kampf geführt, der aber nicht in einer direkten Auseinandersetzung ausgetragen wurde. Die Auffassungen von Vertretern der jüdischen Gemeinden waren hier unmissverständlich und richtungsweisend.

Unversöhnliche Positionen standen hier nebeneinander. Die richtige Ansicht, dass die Judenfeindschaft nur reaktionär sei, ein Kampf auf Leben und Tod geführt werden musste und man nur „über die Leiche des Antisemitismus“ hinweg vorwärtsschreiten konnte, hat sich nicht wirklich durchgesetzt. Gleichzeitig aber wurde die jüdenfeindliche Bewegung teilweise als antikapitalistisch eingeschätzt. Daraus wurde dann der falsche Schluss gezogen, dass es sich nur um „dumme Kerle“ handelte, dass die jüdenfeindlichen Organisationen säen, die Sozialdemokraten aber ernten würden, dass die jüdenfeindliche Bewegung schließlich wider Willen revolutionär wirken würde und in ihr gar eine angebliche Vorstufe des Sozialismus zu sehen sei.

In der Tat gab es auch Tendenzen, den Unterschied zwischen Hauptvertretern der Judenfeindschaft und ihren Anhänger überzubetonen und die Ansammlung charakterloser und reaktionärer Menschen bei der Anhängerschaft zu bagatellisieren, ja teilweise wurde sogar versucht, die Hauptvertreter in einem milden Licht erscheinen zu lassen.

Richtig und wichtig war auch, dass die Judenfeindschaft in mehreren Beiträgen keinesfalls nur auf die neuen, sich antisemitisch nennenden Organisationen beschränkt wurde, sondern die jüdenfeindlichen Grundpositionen der viel mächtigeren konservativen Parteien aufgedeckt wurde.

Vereinzelt wurde auch richtig der Zusammenhang zwischen deutschem Nationalismus und Judenfeindschaft erkannt.

Aus all dem ergaben sich auch unterschiedliche Antworten, wie die Judenfeindschaft zu bekämpfen ist.

e) Wie die Judenfeindschaft bekämpfen?

Eindeutig war, dass die judenfeindliche Bewegung sich direkt gegen die Sozialdemokratie richtete und daher auch bekämpft werden musste. Eher vereinzelt, aber deswegen dennoch von besonderem Gewicht, gab es Aufrufe zur Solidarität mit der jüdischen Bevölkerung. Außerordentlich positiv einzuschätzen – auch wenn es hierzu nur vereinzelt Äußerungen gab – ist die Haltung zur Religion, wo grundlegend richtig im Kampf gegen religiöse Judenfeindschaft das Recht auf Religionsausübung für alle Religionen, also auch der jüdischen Religion propagiert wurde.

Die Hauptfrage im ideologischen Kampf war aber, wann, auf welchen Gebieten und wie der judenfeindlichen Hetze entgegengetreten werden sollte.

Auch hier gab es recht unterschiedliche Einschätzungen und Antworten. Das Grundproblem war, inwieweit Zugeständnisse gemacht wurden. Es gab eine gut gemeinte, aber ganz falsche Denkfigur, die aus der Zeit der Aufklärung stammte und teilweise von der Sozialdemokratie übernommen wurde. Es wird den Judenfeinden zugestanden, dass die jüdische Bevölkerung im Mittelalter wucherisch, übel und verdorben gewesen sei (was teilweise auch mit dem Akzeptieren des Konstrukts einer „jüdischen Rasse“ einherging). Die Einschätzungen der Judenfeinde werden auf diese Weise bestätigt, anstatt sie zu widerlegen. Gestritten wird dann über die Ursache. Als Ursache müsse die Unterdrückung der jüdischen Bevölkerung durch die christlich-feudale Mehrheitsgesellschaft und das schändliche Wirken der Judenfeinde gesehen werden und keinesfalls können dafür angeborene Eigenschaften der jüdischen Bevölkerung angeführt werden. Diese Argumentationskette beinhaltet in Wirklichkeit ein weitgehendes Zugeständnis und ist grundfalsch.

So richtig eine direkte Polemik gegen rassistische Ansätze war, so grundfalsch war aber auch die Übernahme der Behauptung, sei es als Entgegenkommen oder aufgrund falscher eigener Ansichten, dass „die Juden“ Wucherer gewesen seien und diese „Eigenschaft“ gar bis in die Gegenwart behalten hätten.

Zugeständnisse gab es auch auf folgenden Gebieten: Verleumdungen und absurde Behauptungen wurden nicht deutlich als solche gekennzeichnet, sondern im Detail diskutiert. Am gravierendsten dabei war die „Ja, aber ...“-Methode, etwa wenn es um die Beschuldigung ging, dass alle Juden Wucherer seien oder auch wenn die Judenfeinde statistische Zusammenhänge zwischen Religionszugehörigkeit und Straftaten konstruierten. So legitim es ist (und auch das wurde getan), das Ansehen der Judenfeinde durch Aufdeckung extremer Absurditäten und Lügen zu diskreditieren, so falsch ist es, sie als Diskussionspartner ernst zu nehmen. Mit dem Streit über Details und die Interpretation von statistischem Material werden Judenfeinde immanent als relevante Diskussionspartner aufgewertet und unwichtigen Themen wird so ein Stellenwert gegeben, den sie nicht haben. Dieser Aspekt wurde gerade von Vertretern der jüdischen Gemeinden nachdrücklich klargestellt.

Auch die Irrelevanz von solchen Zahlenspielen wie die Anzahl jüdischer Mitglieder im Vorstand der Sozialdemokratie, die Anzahl jüdischer Viehhändler und städtischer Wucherer, die Anzahl von Juden bei verschiedenen Straftaten usw. wurde oft nicht prinzipiell aufgedeckt und als Argument abgelehnt.

Von ganz besonderem Gewicht war auch der oft fatale Umgang mit judenfeindlich geprägten Sprachbildern. Es wurde unerträglich oft der Sprachgebrauch „der Jude“, „jüdisches Kapital“ usw. übernommen, auch wenn durchaus Kritik an solchen Verallgemeinerungspraktiken gleichzeitig existierte. Es wurde jedoch auch grundlegend abgelehnt, von „christlichem“ und „jüdischem Kapital“ zu sprechen, was innerhalb der Sozialdemokratie eher selten vorkam.

Eher eine Ausnahme war dagegen, dass die aufgrund der Proteste gegen die Judenfeindschaft vereinzelt vorkommende strafrechtliche Verfolgung der Judenfeinde als zu hart und als unangemessen eingeschätzt wurde, obwohl genau das Gegenteil richtig gewesen wäre. Es wurden aber auch Gefängnisstrafen für Judenfeinde gefordert.

2. Zur Vertiefung der Problematik sozialdemokratischer Stellungnahmen zur Judenfeindschaft

Es handelt sich um grundlegende Probleme, die so zusammengefasst werden können: Leugnung oder Unterschätzung der Propaganda der herrschenden Klasse als der entscheidende Faktor bei dem bewussten Verbreiten und Schüren der Judenfeindschaft.

Hier stellen sich folgende Fragen: Welche Faktoren aus der grundlegenden Konstellation der Klassenverhältnisse und welche ökonomischen Faktoren sind für das Verständnis der Judenfeindschaft wirklich wichtig? Welche Bedeutung haben sie für den Kampf gegen Judenfeindschaft und wie kann sich eine Überbetonung dieser Faktoren für den Kampf gegen Judenfeindschaft negativ auswirken? Spielen sie überhaupt eine Rolle? Dahinter steht die große Frage nach der Rückwirkung des Überbaus und der Ideologie auf die gesellschaftlichen Verhältnisse, insbesondere bei einer Verschärfung der Klassenkämpfe und bei einer Zuspitzung der Widersprüche einer Gesellschaftsordnung überhaupt.

a) Grundlegender Zusammenhang zwischen Basis, Überbau, Klassenkampf und Ideologie

In unseren Studien über die Bedeutung der Judenfeindschaft in der Zeitspanne des Feudalismus haben wir schon ausführlicher dargelegt, dass bei einer Analyse der Geschichte auf lange Sicht die ökonomische Basis, die Produktionsverhältnisse von entscheidender Bedeutung sind. Aber der Überbau, der sich auf dieser Basis entwickelt, kann durchaus Elemente vorangegangener Gesellschaftsordnungen enthalten, da sich mit der Umwälzung von Produktionsverhältnissen der Überbau als Ganzes, zu dem auch die herrschende Ideologie und Politik zu rechnen sind, nicht automatisch, sozusagen eins zu eins verändert. Das wurde besonders deutlich an der Tradition der christlichen Judenfeindschaft vom Altertum bis in den Feudalismus. Es zeigte sich, trotz Wegfall der Sklavenhaltergesellschaft und der Grundlagen des Feudalismus, dass sich auch im Kapitalismus christliche Judenfeindschaft noch weitgehend halten kann, weil es eben auch eine bewusste

Bewahrung und Reanimierung diese Tendenzen durch die herrschende Klasse gibt. Das Totgeglaubte ist eben nicht tot, sondern wird durch die innere Verbindung der herrschenden Klassen über Jahrhunderte weiter tradiert. Solche generationsübergreifenden Vorstellungen und Vorurteile gibt es, wie gerade religiöse Traditionen und die Religion überhaupt zeigen, auch bei der großen Masse der Bevölkerung. Daraus ergibt sich, dass die Auffassung, dass die Judenfeindschaft aus dem Mittelalter stammt und sich daher im Kapitalismus nicht halten kann, theoretisch falsch und praktisch widerlegt ist.

Auch die Vorstellung, dass die ökonomischen Verhältnisse des Kapitalismus im Allgemeinen, insbesondere der Konkurrenzkampf innerhalb der herrschenden Klasse und der Konkurrenzkampf in den Mittelschichten, die ökonomische Ursache der Judenfeindschaft im Kapitalismus ist, muss als Kurzschluss charakterisiert werden.

In der Tat gibt es eine zunehmende Konkurrenz zwischen den Personen der herrschenden Klasse, in den Mittelschichten, ja selbst in der proletarischen Klasse. Und dieser Konkurrenzdruck ist ein wesentlicher Teil der kapitalistischen Gesellschaft. Auf dieser ökonomischen Grundlage entsteht nun durch die sich verschärfenden Klassenkämpfe die Notwendigkeit für die herrschende Klasse, diese Konkurrenz ideologisch für ein Programm des „Teile und herrsche“ zu nutzen.

Genau hier erhalten der Nationalismus und die Judenfeindschaft ihre Funktion. Beides sind bewusst eingesetzte Mittel im Klassenkampf der herrschenden Klasse und sie haben als reale Grundlage nicht einen Funken Wahrheit, wenn als Heilsversprechen verkündet wird, dass der Kampf der Ausgebeuteten und Unterdrückten gegeneinander ihnen Vorteile auf lange Sicht bieten würde. Aber, und das ist auch wahr, kurzfristig kann die ökonomische Lage einzelner Teile der Bevölkerung im Schlepptau der herrschenden Klasse durchaus verbessert werden, um so die Klassensolidarität und die Solidarität der Ausgebeuteten und Unterdrückten insgesamt zu untergraben. Das geschieht dadurch, dass mit der Judenfeindschaft und dem Nationalismus ökonomische Ressourcen zur Bestechung angeboten oder auch handfest genutzt werden, womit eine moralische Degenerierung des Gedankens der Solidarität erreicht wird. Es geht dabei im Kern um das Angebot

einer direkten Bestechung (durch Beteiligung an Raub) oder durch indirekte Bestechung (Privilegierung), um die charakterlich übelsten Elemente auf die Seite der Herrschenden zu ziehen. Diesen sogenannten ökonomischen Faktor verwendet die herrschende Klasse, wie Marx und Engels auch in zeitgeschichtlichen Studien zeigten,⁶³⁷ insbesondere dann, wenn es zu einer Zuspitzung der Klassenkonflikte und der Klassenkämpfe kommt.

Der grundlegende Fehler in den Publikationen der Sozialdemokratie bei der Behandlung solcher Fragen ist unserer Meinung nach, dass insbesondere bei den Versuchen, Judenfeindschaft in den Mittelschichten zu erklären, mechanisch-ökonomistisch die Judenfeindschaft in erster Linie aus einer ökonomischen Konkurrenz erklärt wurde. Judenfeindschaft entsteht keinesfalls zwangsläufig aus Konkurrenzverhältnissen, da ja auch durchaus nicht automatisch katholische und evangelische Bauern, Studenten oder Mittelständler aufeinander losgehen, auch wenn sie in mancherlei Hinsicht miteinander konkurrieren. Hier zeigt sich besonders deutlich in der Parteitage Rede Bebel's 1893, aber auch in einer Reihe von Broschüren, dass die entscheidende Rolle der Propaganda der herrschenden Klasse und ihrer politischen Abteilungen für die Judenfeindschaft nicht verstanden wurde. Dass die herrschende Klasse an realen Problemen anknüpft, um Menschen gegen die jüdische Bevölkerung aufzuhetzen, setzt nicht außer Kraft, dass es einer solchen Verhetzung bedarf, da die ökonomischen Faktoren allein keinesfalls zur Judenfeindschaft führen und diese auch ohne ökonomische Faktoren wirksam werden kann.

Daraus ergibt sich auch, dass nicht die geringste Berechtigung für Judenfeindschaft aufgrund ökonomischer Faktoren existiert. Es handelt sich dabei keinesfalls um erste Schritte in die richtige Richtung, sondern Judenfeindschaft bedeutet eindeutig und ohne Wenn und Aber, dass man sich im Schlepptau der Propaganda der herrschenden Klasse mit ihren verschiedenen Abteilungen befindet. Die Vorstellung, dass eine judenfeindliche Bewegung eigentlich in die richtige Richtung gehe, aber nur noch nicht weit genug, und insgesamt auf die herrschende Klasse ausgedehnt werden müsste, beruht ja schon auf der grundfalschen Voraussetzung, dass die jüdische Bevölkerung ein Teil der herrschenden Klasse wäre. Aus ökonomischen Kämpfen gegen einzelne Fabrikbesitzer mit begrenzten Zielen kann in Verbindung mit

Aufklärung im marxistischen Sinne die Erkenntnis wachsen, dass man die gesamte herrschende Klasse stürzen muss. Aber aus Judenfeindschaft, aus dem Kampf gegen die jüdische Bevölkerung, lassen sich ein solcher Gedanke und ein solcher Prozess in keiner Weise entwickeln. Denn die Judenfeindschaft dient der Demoralisierung, der Spaltung und der Ablenkung vom eigentlichen Ziel des Klassenkampfes.

Dies ist nicht nur als theoretischer Fehler innerhalb der damaligen Sozialdemokratie zu kritisieren, auch wenn dem manche Sozialdemokraten energisch entgegengetreten sind, sondern es muss auch als ein opportunistischer Kotau vor den falschen Ansichten innerhalb der Bevölkerung eingeschätzt werden, die für die Ziele der Sozialdemokratie gewonnen werden sollten. Es handelte sich um ein Zurückweichen der Sozialdemokratie vor dem ideologischen Druck der herrschenden Klasse.

b) Zum Zusammenhang zwischen dem Kampf gegen Nationalismus, Judenfeindschaft und gegen antidemokratische Grundtendenzen

Daraus resultiert die Frage nach dem wesentlichen Zusammenhang zwischen Judenfeindschaft, Nationalismus und antidemokratischen Grundtendenzen, um die Bandbreite des Problems wirklich zu erfassen.

Eine Geringschätzung dieser Fragestellung ergibt sich mit einer gewissen Logik aus der mechanisch-ökonomistischen Erklärung der Judenfeindschaft aus der Lebenslage verschiedener Teile der Bevölkerung. Im Kampf gegen die Judenfeindschaft geht es nicht nur darum, Judenfeinde zu bekämpfen, auch wenn das unerlässlich ist. Es muss gerade auch aufgezeigt werden, dass Diskriminierung, Benachteiligung und Verfolgung eines Teils der Bevölkerung aufgrund absurder Kriterien demokratischen Ideen und kommunistischen Prinzipien grundsätzlich widerspricht.

Dass prinzipiell alle Menschen unabhängig von Nationalität, geschichtlichen Besonderheiten, Hautfarbe, Religion usw. beurteilt werden können und müssen ist ein zentraler Punkt nicht nur der bürgerli-

chen Demokratie, sondern demokratisch-programmatischer Grundlagen der proletarischen Klasse überhaupt. Es kann nicht bestritten werden, dass sich hier und da Anklänge an diese Gedanken bei der Sozialdemokratie finden, aber ein durchgehender Zug im Kampf gegen Judenfeindschaft in dieser Hinsicht lässt sich nach der Analyse der verschiedenen Broschüren und Stellungnahmen nicht feststellen. Das ist unserer Ansicht nach ein gravierendes Versäumnis. Marx hatte bereits 1871 für die I. Internationale programmatisch die Forderung formuliert, es gelte die kämpfenden Menschen zusammenzuschließen, unabhängig von Hautfarbe, Religion oder Nationalität, „... ohne Rücksicht auf Farbe, Glaube oder Nationalität“ (MEW 17, S. 441), wie es in den Allgemeinen Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation heißt.

c) Die Rolle des Drucks der Ideologie der herrschenden Klasse und die Gefahr der Zugeständnisse

Auch die bewussten Teile der proletarischen Klasse stehen unter dem Druck der Ideologie der herrschenden Klasse. Es muss die Frage gestellt werden, an welchen Punkten aus den verschiedensten Gründen (wirkliche Übernahme einer Position, als Taktik, aus Unüberlegtheit) Denkfiguren der Judenfeindschaft ganz oder teilweise akzeptiert werden, um angeblich der Judenfeindschaft besser entgegenzutreten zu können. Ein solches Zurückweichen der Sozialdemokratie zeigt sich in verschiedener Hinsicht.

Ein deutliches Zugeständnis ist etwa die Behauptung, dass „die Juden“ im Mittelalter zwar Wucherer und Ausbeuter gewesen wären, um dann hinzuzufügen, dass dies aber heute nicht mehr der Fall sei. Das Bemühen, gegen Judenfeindschaft vorzugehen, wird deutlich, gleichzeitig wird aber Judenfeindschaft durchaus für verständlich und nachvollziehbar erklärt. Es stellt sich in diesem Zusammenhang auch die Frage, ob man sich auf bestimmte Themen überhaupt einlässt. Etwa ob „die Juden Christus umgebracht“ hätten oder nicht, ob im Mittelalter die ganze jüdische Bevölkerung aus Wucherern bestand, weil angeblich nur Juden Zins nehmen durften usw. Wer es im Sinne geschichtlicher Aufklärung unternimmt – ob berechtigt oder nicht –, sich

auf diese Fragen einzulassen, darf keinesfalls den Ansichten der herrschenden Klasse folgen, wie das in den genannten Beispielen nicht selten geschieht.

Eine weitere damit zusammenhängende Frage ist, inwieweit falsche Fragestellungen und falsche Kategorien bei dem Versuch der Widerlegung der Judenfeinde bewusst oder unbewusst akzeptiert werden, so dass im Kern auf deren Offensive nur defensiv und nicht mit einer Gegenoffensive reagiert wird.

Das gilt umso mehr, wenn mit einer gewissen Regelmäßigkeit in Stellungnahmen der Sozialdemokratie zu finden ist, dass es angeblich von Bedeutung sei, wer in der Kapitalistenklasse oder in bestimmten Teilbereichen der Wirtschaft „jüdisch“ sei. Dabei ist Folgendes aus unserer Sicht zu beachten: Wenn aufgrund von individuellen Erfahrungen oder Berichten, etwa von Bauern über Viehverkäufer, oder später auch aufgrund von statistischen Erhebungen „jüdisch“ als Kategorie akzeptiert wird, dann ist dies bereits der erste Schritt eines weitreichenden Zugeständnisses. Die Kategorie der Zugehörigkeit zur „jüdischen Bevölkerung“ muss in diesem Zusammenhang als irrelevant verworfen werden. Denn bezeichnenderweise werden auch keine statistischen Daten über katholische, protestantische oder sonstige Mitglieder der Kapitalistenklasse oder der Berufsgruppe der Viehhändler erhoben, um diese entsprechend dieser Kriterien zu unterscheiden und je nach Zugehörigkeit zu beurteilen oder zu verurteilen.

Es geht hierbei angesichts enormer Lügen und demagogischer Manöver der Herrschenden um eine Frage der Haltung und der Klarheit des Urteils hinsichtlich der angeblichen Relevanz der Kategorie „jüdisch“. Das deutlichste Beispiel war, dass der Sozialdemokratie vorgeworfen wurde, ihr Vorstand bestehe nur aus jüdischen Leuten, was schlicht die Unwahrheit war. Wie darauf reagieren? Lediglich bei der Widerlegung darauf zu verweisen, dass dem Vorstand Nichtjuden angehören oder dass diese gar die Mehrheit bilden, ist falsch und greift deutlich zu kurz. Denn die Irrelevanz der Fragestellung wird nicht entlarvt, sondern sie wird indirekt doch als irgendwie bedeutsam anerkannt. Man tappt also in die Falle, wenn man nur auf wirkliche oder vermeintliche Tatsachen eingeht und die dahinterstehenden falschen Ausgangspunkte übersieht.

Es mag auch Fälle geben, wo nach einer grundlegenden Entlarvung einer falschen Kategorie, sozusagen in einer Fußnote, die Absurdität judenfeindlicher Übertreibungen und Fälschungen gebrandmarkt werden kann. Das Wesentliche wird dabei aber nicht getroffen. Es ist eine gefährliche Gratwanderung, die manchmal eine gewisse Berechtigung hat, um das Ansehen einer judenfeindlichen Person in Frage zu stellen oder eine Position der Lächerlichkeit preiszugeben. Losgelöst von einer prinzipiellen Kritik bestärkt das aber gerade, was die Judenfeinde bezwecken: das Kriterium, „jüdisch“ als angeblich relevant in der Öffentlichkeit zu verankern. Genau das muss verhindert werden.

Ein in diesem Zusammenhang noch anzusprechender Punkt ist, wie sprachlich, manchmal auch bei Kleinigkeiten, die Ideologie der Judenfeindschaft, und sei es auch nur in Bruchstücken, übernommen wird, auch wenn mit denselben Worten manchmal nicht dasselbe gemeint ist. Besonders augenfällig wird dies, wenn die prinzipiell falsche Verallgemeinerung „der Jude“ im sozialdemokratischen Sprachgebrauch Verwendung findet. Ein weiteres Beispiel dafür ist die Bezeichnung der jüdischen Bevölkerung als „Rasse“. Selbst bei einer positiven Darstellung von irgendwelchen angeblich angeborenen und vererbten Eigenschaften ist der grundsätzlich falsche Begriff der „Rasse“ mit der Judenfeindschaft eng verbunden und deutliches Zeichen eines zunehmenden Rassismus. Ähnlich ist es mit der Behauptung irgendwelcher besonderen Eigenschaften, sei es das Aussehen oder das Verhalten, was angeblich die jüdische Bevölkerung insgesamt zukomme. Derartiges zu übernehmen, bis hin zu Bemerkungen über die Nase der Juden, die in der Sozialdemokratie offensichtlich noch für Heiterkeit sorgen konnten, ist sprachlich und inhaltlich als Zurückweichen vor dem Druck der Judenfeindschaft zu kritisieren. Man meinte, etwas nachgeben zu müssen, sei es bedingt durch die eigene falsche Position, sei es aus Taktik, um sich angeblich der Judenfeindschaft besser widersetzen zu können. Es gibt ein sehr tief sitzendes falsches Denkmuster, das zu einer Rhetorik des „Das stimmt zwar, aber“ führt, womit die Judenfeindschaft nicht prinzipienfest zu bekämpfen ist. Das ist anhand einer Fülle von Dokumenten der Sozialdemokratie deutlich geworden.

d) Judenfeindschaft als wesentliches Kampfmittel der herrschenden Klasse im Kapitalismus und die Solidarität mit der jüdischen Bevölkerung als unabdingbare Aufgabe

Bei der Herausbildung der Klassenposition der proletarischen Klasse, bei der Festlegung der Ziele ihres Kampfes muss die Bedeutung der demokratischen Kämpfe richtig verstanden werden, um die Frage der Solidarität richtig zu beantworten. Dies betrifft nicht nur die proletarische Klasse selbst, sondern auch die Solidarität mit der diskriminierten und unterdrückten jüdischen Bevölkerung als Bestandteil der Frage der Solidarität der proletarischen Klasse mit allen Ausgebeuteten und Unterdrückten. Dies zu erreichen ist eine wesentliche Aufgabe auf dem Weg zur proletarischen Revolution, wie dies von Marx und Engels auch für die Sozialdemokratie programmatisch entwickelt wurde.

Um es deutlich zu sagen: Die Solidarität mit der jüdischen Bevölkerung wurde von der Sozialdemokratie sehr selten gefordert, auch wenn im praktischen Kampf Teile der proletarischen Klasse handfest den Judenfeinden entgegengetreten sind. Dass hier die Bekämpfung der Judenfeinde erfolgte, ist unstrittig, vorbildlich und ausgezeichnet. Aber die Solidarität mit der diskriminierten und verfolgten jüdischen Bevölkerung wurde oft genug nicht ausdrücklich und vor allem nicht programmatisch als eigenständige Aufgabe herausgestellt.

Auch wie die Sozialdemokratie die Frage von kurzfristigen politischen Erfolgen und einer langfristigen Aufklärung der proletarischen Klasse sowie ihrer möglichen Verbündeten anpackte, muss auf den Prüfstand gestellt werden. Wurde beim notwendigen Kampf gegen die mehr oder minder bald erledigten kleinen judenfeindlichen Gruppen und Parteien, die bewusst zum Kampf gegen die Sozialdemokratie geschaffen wurden, in hinreichendem Maße gesehen, dass die judenfeindliche Grundstimmung innerhalb der Gesellschaft auch zunehmend ihren Niederschlag bei den etablierten reaktionären Parteien des Bismarck-Reichs fanden? Es war sicherlich ein wichtiger Erfolg, dass auch durch den Kampf der Sozialdemokratie extrem reaktionäre judenfeindliche Parteien zerschlagen werden konnten und verschwanden. Aber gleichzeitig musste auch deutlich geworden sein, dass die

großen politischen Parteien grundlegende Denkfiguren der Judenfeindschaft auf ihre Weise übernommen oder bei sich verfestigt haben, auch wenn dies nicht ihr alleiniges Merkmal war, mit dem sie politisch hervorgetreten sind. Die Judenfeindschaft war zu einem Bestandteil aller Parteien der herrschenden Klasse und der reaktionären Kräfte insgesamt in der hier behandelten Zeitspanne bis kurz vor Ende des 20. Jahrhunderts geworden (und danach sowieso).

Abschließend soll also das Problem aufgeworfen werden, inwieweit für die Tageskämpfe und für die Kämpfe auf lange Sicht Fragen der Judenfeindschaft als wesentliches Mittel der herrschenden Klasse und die Solidarität mit der jüdischen Bevölkerung als unabdingbare Aufgabe auch in der nachfolgenden Zeit von der Sozialdemokratie in Deutschland bearbeitet und programmatisch verankert oder doch erheblich vernachlässigt wurden. Dabei geht es einerseits um den jeweils aktuellen politischen Kampf gegen jüdenfeindliche Strömungen, jüdenfeindliche Aktionen und deutlich erkennbare Judenfeinde, andererseits geht es um die Aufklärung innerhalb der proletarischen Klasse über die Methoden der Judenfeindschaft als Teil der Methodik der herrschenden Klasse, mit der sie breite Teile der Bevölkerung demoralisiert, aufhetzt und in ihr Schlepptau nimmt, um sie hinter sich her-zuziehen.

3. Positive und vorbildliche Gesichtspunkte im Kampf gegen die Judenfeindschaft

Nachfolgend soll der Versuch unternommen werden, aus der Fülle der durchaus auch sehr positiven Stellungnahmen und vorbildlichen Gesichtspunkte (nicht nur in Publikationen der Sozialdemokratie, sondern auch in Stellungnahmen jüdischer Publizisten) mit einer gewissen Systematik durch die Verbindung der einzelnen Punkte eine mögliche Linie der damaligen Sozialdemokratie zum Kampf gegen die Judenfeindschaft zu erstellen. Die Analyse der diversen Stellungnahmen ergibt einerseits, dass es kein Dokument mit einer solchen Linie gab, zeigt aber auch, dass es durchaus möglich gewesen wäre, eine solche Synthese beim Studium aller Dokumente der damaligen Zeit zu dieser Frage zu erarbeiten.

a) Gesamteinschätzung, Ursache und Funktion der Judenfeindschaft

Es gilt, den Kapitalismus von den Wurzeln her anzugreifen, und die Wurzel der Ausbeutung liegt in der Produktion, im Privatbesitz von Produktionsmitteln, nicht in der Zirkulation. Nicht einzelne Menschen, auch nicht einzelne Kapitalisten, welcher Herkunft sie auch seien, sind das Problem, sondern es ist die Klasse, die das Kapital besitzt.

Es gibt kein jüdisches Kapital wie es auch kein christliches Kapital gibt. Das Kapital hat keine Nationalität und keine Religion, das Kapital ist das Kapital.

Die Judenfeindschaft strebt die Vertreibung, ja die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung an und stellt daher eine mörderische Gefahr für die jüdische Bevölkerung dar. Die Geschichte der Judenfeindschaft, die Qualen und Leiden der verfolgten und ermordeten jüdischen Bevölkerung zeigen dies überdeutlich.

Die Judenfeindschaft ist daher nur reaktionär. Die judenfeindliche Bewegung ist also keinesfalls ein Vorläufer des Sozialismus. Der Kampf gegen ein angebliches „jüdisches Kapital“ ist nur eine Variante der Judenfeindschaft. Nur über die Leiche der Judenfeindschaft geht der Weg zum Kommunismus.

Die eigentliche Ursache der Judenfeindschaft ist nicht die soziale Lage der Mittelschichten oder gar der Anhänger der Judenfeinde, sondern es sind die Lügenkampagnen der herrschenden Klassen, ihrer verschiedenen Abteilungen, die gezielt auf die verschiedenen Schichten ausgerichtet werden.

Die Judenfeinde finden ihre Anhänger nicht einfach bei den „dummen Kerlen“, sondern bei den charakterlosesten Elementen, auch in der arbeitenden Bevölkerung. Judenfeindschaft dient gerade auch der Verdummung, Brutalisierung und Demoralisierung ihrer Protagonisten samt ihren Anhängern.

Die Judenfeindschaft war und ist Mittel im Klassenkampf der herrschenden Klasse und wird mithilfe der verschiedenen Abteilungen des Staats der herrschenden Klasse und reaktionärer Massenorganisationen verbreitet. Judenfeindschaft wird insbesondere auch im Kampf gegen die proletarische Klasse und ihre Organisationen genutzt und dient der Demoralisierung, Aufhetzung und Spaltung der Masse der Bevölkerung.

Die Judenfeindschaft ist keinesfalls nur in rückständigen Ländern anzutreffen, wie es eine Weile schien, sondern ist gerade auch in hochentwickelten kapitalistischen Ländern aufgrund der Manöver der herrschenden Klasse eine ernste Gefahr.

b) Politische und ideologiekritische Aufgaben im Kampf gegen Judenfeindschaft

Grundlegende politische Aufgaben

Die grundlegende Frage ist, wie ein Kampf für die proletarische Revolution verbunden werden muss mit der großen Aufgabe des demokratischen Kampfes auf allen Gebieten, mit dem Bündnis mit allen Diskriminierten und Entrechteten, Ausgebeuteten und Unterdrückten, auch wenn sie nicht der proletarischen Klasse angehören. Es geht darum – und das war in den Reihen der Sozialdemokratie nicht wirklich klar –, sich an die Spitze aller demokratischen Kämpfe der ausgebeuteten und unterdrückten Massen zu stellen und diese Kämpfe in die Vorbereitung und Durchführung der sozialistischen Revolution einzubeziehen, hier keinen Millimeter zurückzuweichen und dennoch die

Vorbereitung der sozialistischen Revolution als die Hauptsache anzusehen. Demokratische Kämpfe, auch gegen Judenfeindschaft, müssen unterstützt, initiiert und durchgeführt werden. Dies alles ist zu realisieren ohne das geringste Zugeständnis an jeglichen Reformismus und Revisionismus.

Es gilt, die Judenfeinde rücksichtslos, konsequent und ohne Zugeständnisse anzugreifen und sich nicht von Phasen der Ruhe täuschen zu lassen.

Die Verharmlosung der Anhänger der Judenfeinde darf in keinem Fall akzeptiert und die handfeste Solidarität mit der angegriffenen gesamten jüdischen Bevölkerung muss propagiert und organisiert werden.

Jede Illusion über die Anführer und Wortführer der Judenfeindschaft ist unerträglich und muss bekämpft werden.

Wenn die herrschende Klasse als eines ihrer Manöver zeitweilig gegen Judenfeinde vorgeht, muss dies in erster Linie als Erfolg der gegen die Judenfeindschaft kämpfenden Kräfte begriffen werden, ohne darauf zu verzichten, die heuchlerischen Motive der herrschenden Klasse hinter solchen Maßnahmen aufzudecken.

Es ist durchaus von Gewicht, darauf hinzuweisen, dass es ein jüdisches Proletariat in vielen Ländern gibt und der Kampf gegen Judenfeindschaft auch eine Frage der Klassensolidarität der proletarischen Klasse der ganzen Welt ist.

Aufgaben im Kampf gegen die Ideologie der Judenfeindschaft

Erstens. Es ist grundlegend, die hauptsächlichen Lügen der Judenfeinde zurückzuweisen und zu widerlegen, ohne in alle Verästelungen der Lügen der Judenfeinde einzusteigen. Insbesondere ist es in der Regel gefährlich und nur ausnahmsweise sinnvoll, auf eine Fülle von judenfeindlichen Absurditäten einzugehen, insbesondere was den Umgang mit Zahlen und Statistiken angeht, um nicht indirekt die Berechtigung absurder Zusammenhänge und Kategorien zuzugestehen.

Zweitens: Die verallgemeinernde Aussage, dass die jüdische Bevölkerung schlechtere Eigenschaften habe als andere Teile der Bevölkerung, wobei dies aber auf die Judenverfolgung zurückzuführen sei, ist

ein zutiefst falscher Erklärungsversuch, der bekämpft werden muss, da er existierende Vorurteile und Angriffe im Kern nur zementiert.

Auch die aus der Geschichte stammenden judenfeindlichen Lügen und Vorurteile müssen bekämpft werden:

- Die Analyse der Geschichte zeigt, dass es ein judenfeindliches Märchen ist, dass die jüdische Bevölkerung im Mittelalter reich und mächtig war, dass alle Juden Wucherer und alle Wucherer Juden gewesen seien. Das sind Verleumdungen, die müssen aufgedeckt und gebrandmarkt werden.
- Die sogenannte Ritualmordlüge, die sich mit erstaunlicher Hartnäckigkeit auch im Kapitalismus gehalten hat, ist ebenso zu entlarven wie die Lüge, dass die Armut und die Verarmung der Bauern und des Mittelstandes angeblich durch „die Juden“ erzeugt wurden.
- Alle Versuche, durch verfälschende Zitate aus der Thora oder dem Talmud die jüdische Bevölkerung zu diskreditieren, sind zu verurteilen. Religionskritik darf nicht den Unterschied zwischen unterdrückenden und unterdrückten Religionen verkennen. Religionskritik muss sich jeder judenfeindlichen Argumentation enthalten und es muss bewusst sein, dass der blinde Zorn gegen die Religion auch zu Judenfeindschaft führen kann und geführt hat.
- Es ist durchaus richtig und wichtig, auf die judenfeindlichen Schriften von Martin Luther und die üble Rolle der katholischen Kirche hinzuweisen, um auch geschichtliche und ideologische Wurzeln der Judenfeindschaft offenzulegen, insbesondere auch der „deutschen Ideologie“ bei solchen „großen Deutschen“ wie Fichte.

Drittens. Aufgrund der Analyse des Kapitalismus ist nachdrücklich festzustellen, dass das Hauptproblem im Kapitalismus nicht der Handel ist, denn die Ausbeutung findet in der Produktion statt. Und das Hauptproblem im Handel ist nicht der Wucher. Und es ist eine Lüge ist, dass im Handel vor allem die jüdische Bevölkerung tätig sei. Diese falschen Gedanken, die kombiniert werden, müssen bekämpft werden.

Viertens. Alle Versuche „Rassen“ und eine angebliche „jüdische Rasse“ zu konstruieren, sind von Anfang bis Ende zu bekämpfen. Im rassistischen Weltbild der Judenfeinde, insbesondere in Deutschland, wurde die gesamte jüdische Bevölkerung als „minderwertige Rasse“ bezeichnet, aber zugleich als eine „Weltmacht“, als starke und zähe „Rasse“. Judenfeindschaft bekam in Deutschland eine rassistische Grundlage, die verknüpft wurde mit dem Kampf des deutschen „Herrenmenschen“ um die Weltherrschaft: Der Kampf um die Weltherrschaft müsse von der „germanischen Rasse“, dem „deutschen Volk“, vor allem auch gegen „die Juden“ geführt werden. Dieser jüdenfeindliche Rassismus, der sich mit einem deutsch-völkischen Nationalismus verbunden hat, muss bekämpft werden.

Fünftens. Es gilt zu erkennen, dass ein wichtiger emotionaler Faktor bei der Judenfeindschaft im Schüren verschiedenster irrationaler Gefühle besteht, wobei die Erniedrigung der jüdischen Bevölkerung der absurden Erhöhung des „Deutschen“ dient.

Es gibt im Kapitalismus und insbesondere in Deutschland einen untrennbaren Zusammenhang zwischen Judenfeindschaft und Nationalismus, der aufgedeckt werden muss, denn es geht um die vermeintliche Interessensgleichheit zwischen Kapital und proletarischer Klasse gegen einen gemeinsamen angeblichen Feind.

Der Kampf für den Sozialismus, die sozialistische Demokratie schließt ein, dass alle aktiven Reaktionäre, insbesondere auch alle aktiven Judenfeinde, unterdrückt werden. Das ist eine der demokratischen Funktionen der „Diktatur des Proletariats“ auf dem Weg zum Kommunismus!

Knappes Fazit und Ausblick

Die Studie zeigt, dass im Kontext sich verschärfender Klassenkämpfe die deutsche Sozialdemokratie im Kampf gegen Kapitalismus, Preußentum und deutschen Militarismus zusätzlich mit einer kaum zu überschätzenden Herausforderung konfrontiert wurde: die vor allem von der herrschenden Klasse gerade auch gegen die Sozialdemokratie eingesetzte judenfeindliche Bewegung, die sich gegen die jüdische Bevölkerung richtete.

Wir verzichten hier auf eine wertende Gesamtdarstellung der Sozialdemokratie und ihrer führenden Köpfe. Warum? Aus unserer Sicht hat sich zusammenfassend gezeigt, dass es in den Auseinandersetzungen über richtige Wege im Kampf gegen die Judenfeindschaft in erster Linie um einen Prozess der Suche ging, indem oft ein und dieselbe Person Richtiges und Falsches, manchmal im selben Absatz, manchmal gar im selben Satz von sich gegeben hat. Es war uns wichtiger, die einzelnen Schwächen und Stärken herauszuarbeiten, als ein Gesamturteil über die agierenden Personen der Sozialdemokratie oder gar über die Sozialdemokratie dieser Zeitspanne insgesamt abzugeben. Außerdem haben die einzelnen Akteure der Sozialdemokratie im weiteren Verlauf doch eine recht unterschiedliche Biografie aufzuweisen, was es zusätzlich erschwerte, eine Gesamteinschätzung dieser Personen abzugeben, zumal es uns darum nicht geht.

Es sollte und konnte gezeigt werden, dass die sich entwickelnde Bewegung der proletarischen Klasse in der behandelten Zeitspanne gerade in praktischer Hinsicht ausgesprochen positive Aktionen durchgeführt hat, dass aber die Sozialdemokratie auf theoretischem Gebiet in widersprüchlicher Weise Stellung bezogen hat. Im Grunde wurde klar, dass auch die zentrale Parteitage Rede Bebels 1893 mit ihren Stärken und ihren Schwächen zwar als ein positives Signal in der Öffentlichkeit wahrgenommen wurde, jedoch keine wirklich zielklare und inhaltliche Orientierung für die kommenden Herausforderungen im Kampf gegen die Judenfeindschaft geben konnte.

Die Schwächen der Sozialdemokratie in diesem Kampf waren gravierend, oft erschütternd und manchmal schwer zu begreifen. Dennoch war für Freund und Feind klar, dass der Judenfeindschaft und

judenfeindlichen Organisationen der Kampf angesagt wurde. In erster Linie wurde eine Unversöhnlichkeit zwischen Sozialdemokratie und Judenfeinden deutlich, wie auch von Vertretern der jüdischen Gemeinden gesehen und anerkannt wurde. Das war und bleibt die Hauptsache der politischen Linie der damaligen Sozialdemokratie, wie sich auch im konkreten Kampf ihrer Aktivistinnen und Aktivisten gegen Judenfeinde in Versammlungen und auf der Straße zeigte.

Es gilt vor allem an die vielen positiven Seiten des Kampfs der Sozialdemokratie gegen die Judenfeindschaft anzuknüpfen, daraus zu lernen und die falschen Denkfiguren und falschen Handlungen zu kritisieren und gerade nicht als vorbildlich einzustufen oder gar aus falsch verstandener Solidarität zu verharmlosen oder zu verteidigen. Das ist das Fazit.

Im nächsten, nachfolgenden Band geht es um die Zeitspanne des letzten Jahrzehnts des 19. Jahrhunderts bis zur Oktoberrevolution 1917 und die wichtige Rede Lenins gegen Judenfeindschaft von 1918, die auf Schallplatte aufgenommen wurde. Dabei wird unterschieden werden:

- Die Lage in Westeuropa. In Deutschland, Österreich und auch Frankreich (Dreyfusaffäre) entwickelte sich die Judenfeindschaft unter unterschiedlichen Bedingungen weiter.
- Die Lage in Osteuropa, besonders in Polen und Russland mit einer jeweils großen jüdischen nationalen Minderheit, unterschied sich hiervon in vielerlei Hinsicht.

Auch die Debatte in Deutschland wurde durch die Entwicklung in Russland in dieser Zeitspanne dominiert, während die Entwicklung der Judenfeindschaft innerhalb Deutschlands von der Sozialdemokratie, zumindest was theoretische Arbeiten betrifft, weitgehend ausgeklammert wurde.

In Osteuropa, in Polen und Russland gab es einen größeren Teil der jüdischen Bevölkerung, der an der jüdischen Sprache und Kultur festhielt und zweifelsohne die Merkmale einer nationalen Minderheit hatte. Im Kampf gegen die judenfeindliche und diktatorische Realität des zaristischen Russlands entstand nun eine selbstbewusste jüdische

Bewegung und eine Organisation der jüdischen Arbeiterinnen und Arbeiter, die bei der Entwicklung des revolutionären Kampfes der Sozialdemokratie in Russland eine bedeutende Rolle spielten. Angesichts von Verfolgung, Pogromen und wirtschaftlicher Not im zaristischen Russland flüchteten zunehmend Jüdinnen und Juden aus Osteuropa nach Deutschland. Dies veränderte auch die Zusammensetzung der jüdischen Bevölkerung in Deutschland und in anderen Ländern Westeuropas. Die Diskussionen in der Sozialdemokratie über die damit zusammenhängenden Fragen wurden nun ausführlicher geführt, aber in Russland wurde die Klärung dieser Fragen – anders als in Deutschland – vorangetrieben.

In weiteren Bänden unserer Studie wird die Zeitspanne von 1918 bis 1945 im Mittelpunkt stehen, um dann die spezielle Frage der Gründung des Staates Israel 1948 und die Haltung der kommunistischen Weltbewegung zu analysieren.

Abschließend wird in einem gesonderten Band die Entwicklung des Kampfs gegen die Judenfeindschaft in Deutschland nach 1945 analysiert werden.

Dokumente der Sozialdemokratie

Dokument 1:

Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag zum Antisemitismus (1893)

Die Judenverfolgungen des Mittelalters leben in anderer Gestalt wieder auf. Die Gegenwart büßt, was das Mittelalter gesündigt. Rassen- und Glaubenshaß sind altbekannte Erscheinungen in der Geschichte, mit ihnen verbindet sich heute der Neid des Konkurrenten, der Neid um den Besitz.“

Die Juden waren ehemals ein ackerbautreibendes Volk und unter ihnen gab es die Handwerke, die auf beginnender Kultur sich entwickeln: Spinner, Weber, Töpfer, Schmiede, Ziegler, Schreiner, Bauarbeiter etc. Erst mit ihrer Unterjochung und mit ihrer Zerstreuung in fremde Lande wandten sie sich in ausgedehnterem Maße den Gewerben und dem Handel, noch später auch den Wissenschaften zu. Frühzeitig wurden die Juden durch die Christen verfolgt. Vertreter einer älteren Kultur und ausgestattet mit einer höheren Intelligenz, verbot man ihnen den Betrieb des Landbaus und des Handwerks und trieb sie so dem Schacher und dem Handel in die Arme.

Die Verfolgungen, denen sie ausgesetzt waren - von 1198 bis 1331 gab es nicht weniger als 52 große Judenverfolgungen in Deutschland, durch die Zehntausende aufs grausamste gemartert und getötet, Hunderttausende ihrer Habe beraubt und aus ihren Wohnstätten vertrieben wurden - begünstigten den regen Zusammenschluß unter sich, dessen man sie heute anklagt. War neben dem Rassen- und Religionshaß besonders die Geld- und Goldgier der Grund zu Ihren Verfolgungen, so waren Geld und Gold auch wieder die einzigen Mittel, durch welche sie sich vor Verfolgungen und Unterdrückungen schützen konnten, ihr Streben war also erst recht darauf gerichtet, es zu erlangen. Der Rechtszustand der Juden war ein Ausnahmezustand. Es war ihnen verboten 1. Grundbesitz zu erwerben und Landbau zu betreiben, 2. Ein Gewerbe auszuüben, 3. Waren sie für unfähig erklärt zur Ausübung politischer Rechte, 4. Waren sie mit besonderen Abgaben (Juden-schutzgeld) belastet, 5. Zwang man sie in bestimmten Stadtteilen zu wohnen, 6. Gebot man ihnen äußere Kennzeichen an der Kleidung zu tragen, 7. Erließ man besonders strenge Eheverbote zwischen Christen

und Juden, man erzwang also ihre Abschließung. Die Judenverfolgungen stellten sich den Ketzerverfolgungen würdig zur Seite.

Mehr als ein Jahrtausend ausschließlich auf den Handel und das Geldgeschäft als einzig erlaubte Beschäftigung angewiesen, entwickelten sich ihre Fähigkeiten, unterstützt durch natürliche Anlagen, zu jener Höhe, die sie heute ihren christlichen Konkurrenten verhaßt und gefürchtet machen. Ihre Nüchternheit, Emsigkeit und Zähigkeit befähigen sie auch da Erfolge zu erringen, wo das Fehlen dieser Eigenschaften diese sonst unmöglich machen. Dadurch ist es gekommen, daß auf weiten Gebieten des Handels die Juden fast ausschließlich oder überwiegend das Geschäft in den Händen haben. So im Viehhandel, im Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen (Getreide, Hopfen, Wein), im Handel mit Manufakturserzeugnissen, in der Konfektion, im Kleider- und Schuhwarenhandel etc. Ferner beherrschten sie einen großen Teil des Bank- und Kreditgeschäfts. Endlich haben sie in den gelehrten Berufen, insbesondere in der Medizin, Jurisprudenz und in der Tagesschriftstellerei, in den künstlerischen Berufen namentlich in der Schauspielkunst, ein großes Tätigkeitsfeld sich erobert.

In dem Maße nun wie die allgemeinen Konkurrenzverhältnisse durch die Überfüllung aller Berufe immer ungünstiger und der Kampf ums Dasein immer schwieriger wird - und das ist die Signatur unserer Zeit - steigt die Feindseligkeit gegen diejenigen, die durchschnittlich durch größeres Geschick und größere Gewandtheit sich eher zu halten wissen oder emporkommen, und sich als die Angehörigen einer fremden Rasse und Religion darstellen. Nicht das Kapital, nicht der kapitalistische Entwicklungsprozeß erscheint den immer mehr in die Klemme kommenden Schichten unserer Gesellschaft als die Ursache ihrer Not, sondern es ist der Jude, der in der Regel als der glücklichere Konkurrent ihnen gegenübertritt.

Alle diese gegen die Juden aufgebrauchten Elemente erkennen nicht - denn ihr Klassenstandpunkt erhält sie in der Borniertheit - daß, wenn heute sämtliche Juden verschwinden würden, an ihrer Stelle sofort sogenannte Christen träten, die das Ausbeutungsgeschäft genau mit demselben Erfolg für die Mehrzahl ihrer Konkurrenten fortsetzten.

So sieht ein großer Teil unserer Kleinbauern im Juden den Feind, weil Juden es sind, die vorzugsweise die Geschäfte mit Ihnen machen.

Handwerker und Kaufleute sehen im Juden den Feind, weil der Handel mit Fabrikanten, die früher das Handwerk fertigte, wie Schuh- und Kleiderwaren etc., vielfach in den Händen von Juden ist, oder weil die Handelsgeschäfte der Juden den sog. christlichen Kaufleuten Konkurrenz machen. Der Student ist Antisemit, weil der jüdische Student in der Regel viel fleißiger ist, wie der ehrsame Germane, der bei Kneipgelagen, beim Kartenspiel und auf der Mensur die Zeit tots schlägt. Ähnliche Gründe sprechen gegen die Konkurrenz der jüdischen Ärzte und Rechtsanwälte. Der Beamte ist dem Juden Feind, weil die bei den Vorschuß- und Wechselgeschäften, die er macht, nicht selten der Jude der Vorschußleistende ist, und er vergißt, daß der christliche Wucherer weder ein Prozent weniger Zinsen noch einen Tag länger Nachsicht am Verfalltage haben würde. Ein großer Teil des Adels, der Offiziere wie der Grundherren sind Antisemiten, weil Juden ihre Gläubiger sind und die adligen Grundherren öfter ihre Söhne mit einer geldbegnaden Tochter Israels verehelichen müssen um ihre gesellschaftliche Verschwendungssucht befriedigen zu können, für welche die Renten des schlecht bewirtschafteten väterlichen Gutes nicht reichen.

Der konservative Grundherr reizt dabei den Bauern gegen den Juden auf, weil er den Bauern vergessen machen will, daß seine, des Grundherrn Vorfahren das Bauernlegen betrieben, wie je ein Jude es vermochte. Sind doch von 1648-1825 in Mecklenburg über 12000 Bauernhöfe widerrechtlich in den Taschen der adligen Feudalherren verschwunden und ebenso verschwanden Tausende von Bauernhöfen in Pommern, in Preußen, in Schlesien und der Mark. Der größte Teil des heutigen Adelgutes ist ehemaliges Bauerngut. Und von den Herrlichkeiten der Partimonialgerichtsbarkeit könnten die Türme auf den Gutshöfen und die alten Bauernrücken gar wunderbare Liedlein erzählen.

Brutalere Menschenschinder, Betrüger und Ausbeuter als der größte Teil der Vorfahren der heutigen Junker hat es nie gegeben. Und der Bauer hat ein kurzes Gedächtnis und er hat ganz und gar vergessen, wer seine Todfeinde waren und noch sind. Der Junker möchte gerne die alten guten Zeiten zurückrufen, - wenn er könnte.

Der Antisemitismus ist also ein natürliches Produkt unserer im Niedergang begriffenen Gesellschaft, der seinen Anhang innerhalb der

herrschenden Klassen gegen einen Teil dieser Klassen, den wohlhabenden Juden, besitzt. Der Antisemitismus ist daher seiner Natur nach reaktionär, insofern er die allgemeine Rechtsgleichheit der Bürger für den jüdischen Teil derselben aufheben will, obgleich die Juden nichts anderes tun, als was die bürgerlichen Gesetze und die bürgerlichen Einrichtungen ermöglichen und gestatten.

Die Sozialdemokratie, welche die allgemeine Rechtsgleichheit verteidigt, ist daher Gegnerin des Antisemitismus; sie bekämpft nicht nur die Ausbeutung von Seiten der Juden, sondern die Ausbeutung überhaupt. Christliche und Jüdische Ausbeuter sind nur möglich in einer Gesellschaft, in der der Kapitalismus herrscht.

Als Feind des Wuchers und der Ausbeutung begünstigt die Sozialdemokratie alle Maßregeln, die geeignet sein können, den Wucher und die Ausbeutung zu beschneiden. Sie weiß aber auch, daß nicht Gesetze gegen den Wucher und die Ausbeutung diese beseitigen, denn sie sind mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem unzertrennlich verbunden, sondern daß allein die Beseitigung dieses Wirtschaftssystems jedem Wucher und jeder Ausbeutung, sowohl durch den Juden wie durch den Christen, ein Ende macht.

Die reaktionäre Natur des Antisemitismus zeigt sich auch darin, daß ein großer Teil seiner Anhänger und ein Teil seiner Vertreter im Reichstag für die stehende Armee und die neue Militärvorlage eintreten, und so Lasten dem Handwerker- und Bauernstand auferlegen, die mehr als der Jude, seine soziale Existenz vernichten. Der Antisemitismus bildet für die konservativen Parteien nur ein Aushängeschild, hinter dem sie ihre wahre volksfeindliche Natur verstecken und durch das sie den Bauern und Handwerker noch länger als Stimmvieh glauben einfangen zu können. Sind Bauern und Handwerker beschränkt genug den Konservativen oder den Antisemiten zu folgen. Sie werden schließlich finden, daß sie die Geprellten sind.

Quelle: Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstag, Tätigkeitsberichte und Wahlaufrufe aus den Jahren 1871 bis 1893, Berlin 1909, S. 515 f

Dokument 2:

Resolution gegen den Antisemitismus (1893)

Der Antisemitismus entspringt der Mißstimmung gewisser bürgerlicher Schichten, die sich durch die kapitalistische Entwicklung bedrückt finden und zum Teil durch diese Entwicklung dem wirtschaftlichen Untergang geweiht sind, aber in Verkennung der eigentlichen Ursache ihrer Lage den Kampf nicht gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem, sondern gegen eine in demselben hervortretende Erscheinung richten, die ihnen im Konkurrenzkampfe unbequem wird: gegen das jüdische Ausbeutertum.

Dieser sein Ursprung zwingt den Antisemitismus zu Forderungen, die ebenso mit den wirtschaftlichen wie politischen Entwicklungsgesetzen der bürgerlichen Gesellschaft in Widerspruch stehen, also fortschrittsfeindlich sind. Daher auch die Unterstützung, die der Antisemitismus vorzugsweise bei Junkern und Pfaffen findet.

Der einseitige Kampf des Antisemitismus gegen das jüdische Ausbeutertum muß notwendig erfolglos sein, weil die Ausbeutung der Menschen durch den Menschen keine speziell jüdische, sondern eine der bürgerlichen Gesellschaft eigentümliche Erwerbsform ist, die erst mit dem Untergang der bürgerlichen Gesellschaft endigt.

Da nun die Sozialdemokratie der entschiedenste Feind des Kapitalismus ist, einerlei ob Juden oder Christen seine Träger sind, und da sie das Ziel hat, die bürgerliche Gesellschaft zu beseitigen, indem sie deren Umwandlung in die sozialistische Gesellschaft herbeiführt, wodurch aller Herrschaft des Menschen über den Menschen, wie aller Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende bereitet wird, lehnt es die Sozialdemokratie ab, ihre Kräfte im Kampfe gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung durch falsche und darum wirkungslos werdende Kämpfe gegen eine Erscheinung zu zersplittern, die mit der bürgerlichen Gesellschaft steht und fällt.

Die Sozialdemokratie bekämpft den Antisemitismus als eine gegen die natürliche Entwicklung der Gesellschaft gerichtete Bewegung, die jedoch trotz ihres reaktionären Charakters und wider ihren Willen schließlich revolutionär wirkt, weil die von dem Antisemitismus gegen die jüdischen Kapitalisten aufgezetzten kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Schich-

ten zu der Erkenntnis kommen müssen, daß nicht bloß der jüdische Kapitalist, sondern die Kapitalistenklasse überhaupt ihr Feind ist und daß nur die Verwirklichung des Sozialismus sie aus ihrem Elende befreien kann.

(Quelle: Resolution des Kölner Parteitags der Sozialdemokratie, in: Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Köln vom 22. bis 28. Oktober 1893, Berlin 1893, S. 223 f)

Dokument 3:

Die Rede Bebels von 1893

Als der Parteivorstand voriges Jahr den Punkt „Antisemitismus und Sozialdemokratie“ auf die Tagesordnung des Berliner Parteitages setzte, nahm besonders die antisemitische Presse mit Genugtuung Akt davon: sie wies darauf hin, dass die offizielle Behandlung dieser Frage auf unserem Parteitage beweise, welche Bedeutung der Antisemitismus in Deutschland erlangt habe. Gewiss hat die antisemitische Bewegung in Deutschland eine gewisse Bedeutung erlangen müssen, bevor wir uns entschließen konnten, dazu Stellung zu nehmen; aber dass dies geschieht, weil wir den Herren eine besonders große Bedeutung beilegen, darin dürften sie sich, und die heutige Verhandlung wird es hoffentlich zeigen, sehr geirrt haben. Wir haben dieser Frage gegenüber nur getan, was wir allen neu auftretenden und eine gewisse Bedeutung erlangenden Erscheinungen auf sozialpolitischem und ökonomischem Gebiet gegenüber als Partei tun müssen. Gerade unsere Partei hat weniger als irgendeine versucht, vor solchen Erscheinungen die Augen zu schließen, sondern sie hat es sich angelegen sein lassen, sie genau auf ihren Wert und ihre Bedeutung hin zu prüfen. **[1. Absatz]**

Spricht man vom Antisemitismus als einer neuen Erscheinung, so ist das richtig und nicht richtig. Versteht man unter Antisemitismus die Feindschaft gegen die Juden mit dem Ziel ihrer Vernichtung oder wenigstens ihrer Vertreibung, dann ist der Antisemitismus mehr als anderthalbtausend Jahre alt. Was wir aber heute unter Antisemitismus und antisemitischer Partei verstehen, ist eine neue Erscheinung insofern, als sich die gegen das Judentum gerichteten feindseligen Bestrebungen in einer politischen Partei zusammenfassen, welche am öffentlichen Leben sich beteiligt. Dazu kommt, dass über die Bedeutung dieser Bewegung in unseren eigenen Kreisen eine gewisse Unklarheit herrscht. Wenige Tage vor dem Parteitage hatte ich in Berlin im VI. Wahlkreise das Referat über den jetzt stattfindenden Parteitag und berührte kurz auch diesen Punkt. Da meinte ein Genosse, man lege der Sache eine viel zu große Bedeutung bei, der Antisemitismus sei nur ein Produkt von Schlagworten, und der Beifall, der diesem Ausspruch seitens eines Teiles der sehr stark besuchten Versammlung folgte, bewies mir, dass ein nicht unbeachtenswerter Teil der Genossen in dieser

Frage noch nicht klar sieht. Wäre der Antisemitismus nur ein Produkt von Schlagworten, so hätten wir uns mit ihm gar nicht zu beschäftigen. (Zustimmung.) Wenn man den Antisemitismus derart abfertigt, dann steht diese Behandlung auf derselben Stufe, von der uns die Gegner lange Zeit abzufertigen versucht haben. (Sehr richtig!) Auch da hieß es, die Sozialdemokratie ist bloß ein Produkt der Agitation gewisser Leute, mit deren Verschwinden oder Mundtotmachung auch die Sozialdemokratie von der Bildfläche verschwinden wird. Dass diese Auffassung total irrig ist, haben die erbittertsten Gegner an dem gewaltigen Wachstum unserer Bewegung und durch sonstige Erfahrungen durchweg erkannt. Über Erscheinungen, die Widerhall in den Massen finden, über die kann man nicht hinweggehen, man muss sie auf ihre Ursachen hin prüfen und wenn die Ursachen der Erscheinungen erkannt wurden, muss man nach den Mitteln suchen, durch welche die Übel, die jene Erscheinung erzeugten, beseitigt werden können. In letzterem Punkte stehen wir der antisemitischen Bewegung anders gegenüber als anderen Erscheinungen. Wir können erklären, dass die Übel, die den Antisemitismus erzeugten, verschwinden werden, aber nicht dadurch, dass der Antisemitismus siegt, sondern dadurch, dass die Übel und mit den Übeln der Antisemitismus selbst hinfällig wird und beide verschwinden. (Sehr richtig.) [2. Absatz]

Der Antisemitismus, im Sinne des Judenhasses aufgefasst, ist eine sehr alte Erscheinung. Von dem Augenblicke an, wo das alte jüdische Reich vernichtet, Jerusalem zerstört und die jüdische Bevölkerung auseinander gesprengt wurde und sich über alle Länder der damaligen Kulturwelt verbreitete, hat eine gewisse antisemitische Strömung Platz gegriffen. Schon Tacitus spricht sich in seinen „Annalen“ in der feindseligsten Weise gegen die Juden aus. Die Juden waren in ihrem Heimatlande bis zu ihrer Vertreibung ein wesentlich ackerbau- und daneben gewerbetreibendes Volk; als handeltreibendes Volk von größerer Bedeutung sind die Juden im Gegensatz zu ihren Stammesverwandten, den Phöniziern, Tyrern und Karthagern, in der alten Kulturwelt nicht aufgetreten, hauptsächlich wohl weil ihr Land nicht am Meere lag. Charakteristisch ist aber, dass sie sofort nach ihrer Zerstreuung und Verbreitung über die alte Kulturwelt sich größtenteils dem Handel zuwandten. Sie konnten allerdings auch in eine auf der

Sklavenarbeit beruhenden Gesellschaftsordnung, wie sie die alte Kulturwelt besaß, und da sie außerhalb dieser Gesellschaft standen, als Arbeiter nicht eindringen. Der Handel war so die einzig mögliche Beschäftigung, für den überdies die semitische Rasse unzweifelhaft stets eine große natürliche Anlage besessen hat. So treiben ja die Juden überwiegend überall Handel bis auf den heutigen Tag dort, wo sie als kleine Minorität wohnen; aber dort, wo sie massenhaft nebeneinander leben, wie in Ungarn, Polen, Galizien, Teilen von Russland, haben sie sich auch in der Mehrzahl dem Gewerbebetrieb und selbst dem Landbau zugewandt und zwar, weil sie mussten, denn alle können nicht handeln, und so liegt dort nur ein kleiner Teil von ihnen dem Handel ob. Dort wird die Masse der arbeitenden Juden von jüdischen Kapitalisten und Unternehmern ganz ebenso schamlos ausgebeutet, wie die christlichen Arbeiter im christlichen Europa von christlichen und jüdischen Ausbeutern ausgebeutet werden. Nur wo die Juden mehr in der Vereinzelung leben, wie in Deutschland, wo auf 50 Millionen Einwohner etwa 500.000 Juden kommen, ist ihre Hauptbeschäftigung der Handel. Diese Entwicklung ist nun durch die Umstände, im Laufe von fast 2.000 Jahren, im höchsten Maße begünstigt worden. Mit Ausnahme der Glanzperiode im mohammedanisch-arabischen Reich wurden die Juden bis in die neueste Zeit durch die Gesetzgebung geflissentlich von jeder anderen Beschäftigung ausgeschlossen. Judäa war bekanntlich die Wiege des Christentums; sehr bald aber trat das Christentum in Feindschaft zum Judentum. Andererseits waren die Juden von tiefem Hasse gegen die Christen erfüllt, weil ein Teil der ersten Christen Juden waren und die Juden jene als räudige Schafe, als Abtrünnige von ihrem Glauben betrachteten und sie verfolgten. Nimmt man hierzu die Darstellung der christlichen Kirche von den Verfolgungen und dem Kreuzestode Christi, den die Juden veranlassten, so ist es klar, dass dieses die Massen vom Mittelalter bis heute beherrschende religiöse Moment notwendig den Judenhass, wenn nicht hervorgerufen hat, so doch bedeutend verschärfen musste. Dazu kommt die Abneigung, die zwischen Menschen verschiedener Rasse, namentlich bei Menschen auf niedriger Kulturstufe, allgemein vorhanden ist. Und eine Verschiedenheit der Rasse besteht zwischen den Juden und der übrigen Bevölkerung. Wir sehen ja, wie noch heute der Nationalhass, der milder als der Rassenhaß ist, von der Bourgeoisie geschürt, tief eingewurzelt ist, da begreift sich um so leichter das Vorhandensein

des Rassenhasses. Es handelt sich eben um zwei in ihrem Charakter und ihrem ganzen Wesen grundverschiedene Rassen, deren Grundverschiedenheit durch 2.000 Jahre hindurch bis heute aufrechterhalten worden ist. Hat dann gar der unter einem anderen Volke lebende Jude das Malheur, durch sein Äußeres aufzufallen, so dass man ihm gewissermaßen schon an der Nase ansieht, dass er ein Jude ist (Heiterkeit), also im bösen Sinne des Wortes als ein Gekennzeichneter angesehen wird, so begünstigt dies noch die Rassenfeindseligkeit. **[3. Absatz]**

Scheinbar mit Recht werfen die Antisemiten den Juden vor, dass sie eine den Germanen besonders feindselige Rasse seien, mit besonders unangenehmen Rasseneigentümlichkeiten, wie sie sonst ihre Absonderung unter der christlich-germanischen Gesellschaft doch nicht fast zweitausend Jahre hätten aufrechthalten können. Hierbei aber wird vergessen, dass die Juden bis in die neueste Zeit gezwungen wurden, von der übrigen Bevölkerung getrennt zu leben, es sei denn sie gaben ihren Glauben auf. Durch das ganze Mittelalter bestand eine in ihren Einzelheiten wechselnde, aber im Ganzen dauernd feindselige Gesetzgebung gegen die Juden, die sie völlig unterdrückte und zur Vereinsamung geradezu zwang. Und dieser tausendjährige Druck hat außerordentlich den engen Zusammenschluss unter ihnen gefördert. Also die Gesetzgebung des Mittelalters hat von vornherein gegen die Juden schwer gesündigt und damit wider den Willen der Gesetzgeber die Erscheinungen begünstigt, die nach meiner Auffassung heute an den Juden, objektiv betrachtet, oft mit Unrecht getadelt werden. Außerdem haben häufig die heftigsten und gewalttätigsten Judenverfolgungen stattgefunden, so in der Zeit von 1198 bis 1331 nicht weniger als 52 größter Art. An diesen Verfolgungen haben sich alle bedeutenden Städte Deutschlands jener Zeit ohne Ausnahme beteiligt, so Köln, Mainz, Nürnberg, Augsburg, Frankfurt am Main usw. usw. Und es waren nicht Verfolgungen, wie wir sie z. B. unter dem Ausnahmegesetz gegen uns kennengelernt haben. Die Juden wurden wegen ihres Glaubens, wegen ihrer Rasse und namentlich wegen ihres Vermögens von Haus und Hof vertrieben, beraubt, ausgeplündert, grausam misshandelt und sehr oft ermordet. In manchen dieser Judenverfolgungen betrug die Zahl der Opfer bis zu zehntausend. Ich gestehe, ich kann eine gewisse Bewunderung nicht unterdrücken für eine Rasse, die trotz all dieser furchtbaren Verfolgungen sich dennoch in ihrer Art

weiterentwickelt und selbständig aufrechterhalten hat; eine Erscheinung, die außer bei den Juden nur noch bei einem Volke in der Geschichte, den Zigeunern, sich zeigte. (Heiterkeit.) **[4. Absatz]**

Gingen diese Hetzen und Gewalttaten oft unter Billigung und Unterstützung der geistlichen und weltlichen Obrigkeit vor sich, so war andererseits die weltliche Obrigkeit geneigt, den Juden gewisse Begünstigungen einzuräumen. Die Juden waren, weil keinem deutschen Stamme angehörig, der kaiserlichen Schutzherrschaft unterstellt, sie galten als „des heiligen römischen Reichs Kammerknechte“ und waren als solche zur Zahlung eines bestimmten jährlichen Schutzgeldes, des sogenannten Judenschutzgeldes, verpflichtet. Verschiedene Kaiser gestatteten den Juden, um das Schutzgeld erhöhen zu können, von dem von ihnen verliehenen Gelde doppelt so hohen Zins zu nehmen, als dies sonst nach den bestehenden Verordnungen über die Zinsbeschränkungen zulässig war. Wucher, d. h. Zinsnehmen war ursprünglich überhaupt von der katholischen Kirche verpönt und galt als unchristlich. Das Verbot des Zinsnehmens war aber, sobald Kapital sich zu bilden begann, undurchführbar. Und als die Kirche selbst in den Besitz von Kapital und liegenden Gründen kam, die letzteren sie zu verpachten anfang, d. h. als sie begann, selbst Wucher zu treiben, da war ihr eigenes Interesse gegen das Verbot des Zinsnehmens gerichtet. Jetzt wurden Maximalsätze für die Zinsnahme eingeführt, also Zinsbeschränkungen, wie sie bis in die neueste Zeit bestanden haben, und wie sie die Antisemiten jetzt wiedereinführen möchten. Mit dem erhöhten Zins, den die Juden nehmen durften, erhöhte sich aber auch das Schutzgeld, welches die Kaiser erhielten. Diese begünstigten also den Wucher der Juden, des eigenen Vorteils wegen. Durch das ganze Mittelalter hindurch galten für die Stellung der Juden in Deutschland folgende Hauptbeschränkungen: Sie durften keinen Grundbesitz erwerben oder besitzen; sie durften kein Handwerk betreiben; sie waren unfähig erklärt zur Ausübung politischer Rechte; sie waren belastet mit besonderen Abgaben; sie wurden gezwungen, in bestimmten Stadtteilen oder besonderen Dörfern zu wohnen – das bekannte Ghetto, wie es noch bis vor wenigen Jahrzehnten in Rom bestand –, sie mussten äußere Kennzeichen tragen, die charakteristische Nase als Kennzeichen genügte nicht (Heiterkeit); sie durften Christen nicht ehelichen, sie wurden also, wenigstens zur legitimen Fortpflanzung,

innerhalb ihrer eigenen Rasse gezwungen; Christen durften bei Strafe keinen jüdischen Arzt nehmen; christliche Hebammen durften jüdischen Wöchnerinnen keinen Beistand leisten. So war den Juden also von Staats wegen von allen Seiten das Stigma als Verhetzte und Geächtete aufgedrückt. Diese Beschränkungen bestanden z. B. in Preußen im Wesentlichen bis 1812. Da erging, unter der Nachwirkung der Niederlagen von 1806 und der diesen folgenden neuen Ära, eine Verordnung, durch welche die Juden zur Ausübung bürgerlicher Gewerbe, zum höheren Lehramt, zum Kriegsdienst mit dem Anspruch auf Beförderung, zum Landbau und zum Grunderwerb zugelassen werden sollten. Aber obgleich diese Verordnung Gesetzeskraft hatte, blieb in den nächsten Jahrzehnten der tatsächliche Zustand für die Juden der alte. Noch 1833 stimmten die Landstände der acht alten preußischen Provinzen, in den von ihnen über die Wirkung des Edikts von 1812 eingeforderten Gutachten, sämtlich darin überein, dass eine wesentliche Änderung in dem Verhältnis der Juden zur übrigen Bevölkerung nicht eingetreten sei, und sie sprachen sich gleichzeitig für Aufhebung dieser neuen Freiheiten und für Einführung alter Beschränkungen aus, insbesondere für das Verbot, Hausierhandel zu treiben, christliche Dienstboten zu halten, Grundbesitz zu erwerben und Ehrenämter zu bekleiden. Auch das Apothekergewerbe sollten sie nicht betreiben dürfen und das Gast- und Schankgewerbe nur für ihre eigenen Glaubensgenossen. In der Hauptstadt Berlin war von 1812 bis 1833 kein Jude in der Stadtvertretung oder im Stadtrat, ein Zustand, den die Antisemiten von heute bekanntlich als ihr Ideal ansehen. Erst das Jahr 1848 hatte für die Juden große Verbesserungen in sozialer und politischer Beziehung im Gefolge. Wenn die Juden sich an allen neuen Reformbestrebungen, wie an der Revolution hervorragend beteiligten, so erklärt sich dies vollkommen aus ihrer Stellung als geknechtete, unterdrückte Rasse in Staat und Gesellschaft. Als die Reaktion gesiegt hatte, ging man alsbald, und zwar 1851 im preußischen Herrenhause, wieder gegen die Juden vor. Man beantragte den Artikel 12 der Verfassung, Gewährleistung der Freiheit des religiösen Bekenntnisses und des Genusses der staatsbürgerlichen Rechte, für die Juden und alle Nichtchristen zu beseitigen. Sie sollten nicht Mitglieder des Landtags werden können und von richterlichen und allen mit exekutiver Gewalt bekleideten Ämtern ausgeschlossen sein. Diese sollten ausschließlich den Angehörigen der anerkannten christlichen Kirchen vorbehalten

bleiben. Dieser Antrag wurde gestellt und verhandelt zu einer Zeit, wo der anerkannte Führer des Herrenhauses, Stahl, selbst ein ehemaliger Jude war; er hatte sich taufen lassen! (Heiterkeit.) Der Antrag fiel jedoch, und durch die neuere Gesetzgebung nach Begründung des Norddeutschen Bundes, beziehentlich des Deutschen Reichs, sind auch die letzten staatsbürgerlichen Beschränkungen für die Juden aufgehoben worden. Hat nun die tausendjährige Gesetzgebung gegen die Juden und ihre beständige Maßregelung nicht erreicht, was sie erreichen sollte, so müsste dies für die Judenfeinde ein Beweis sein, dass ihre Bestrebungen nicht durchführbar sind, selbst wenn sie einmal zur Macht gelangen sollten, woran gar nicht zu denken ist. **[5. Absatz]**

In den ersten Jahren des Deutschen Reichs war charakteristischer Weise von einer antisemitischen Strömung in größerem Umfange nirgends etwas bemerkbar. Erst 1877 trat diese Bewegung als politische Erscheinung öffentlich auf, als in Berlin Stoecker sich zu ihrem Wortführer aufwarf und sie zuerst organisierte, worauf er noch heute besonders stolz ist. Diese Erscheinung aber war die natürliche Wirkung und Folge der ökonomischen Zustände, in welche Deutschland durch den großen Krach von 1873 gelangt war. (Sehr richtig!) Dieser hatte eine allgemeine Depression herbeigeführt. Die ins Leben gerufenen industriellen Riesenunternehmungen machten durch ihre Produktion auch dem Handwerker furchtbare Konkurrenz; jetzt zum ersten Male fing innerhalb des kleinen und mittleren Gewerbestandes allgemein das Gefühl sich zu regen an, dass es mit ihm abwärts gehe. Die große Prosperitätsepoche der ersten siebziger Jahre, die größte, die wir jemals gehabt haben, wird nie wiederkommen, weil alle Vorbedingungen dazu für immer vorüber sind. Als die Mittelschichten nun in diese bedenkliche ökonomische Lage gekommen und sich ihrer bewusst geworden waren, fingen sie natürlich auch an, nach dem Warum zu forschen. Nun ist ja ganz unbestreitbar, dass die Juden – ich spreche hier immer nur von der großen Majorität derselben – nach Erlangung der vollen Gleichberechtigung und in Folge der neuen wirtschaftlichen und sozialen Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reichs, die der kapitalistischen Entwicklung ungeahnte neue Bahnen eröffnete, als handeltreibende und kapitalkräftige Leute bei dieser Entwicklung im Vordergrund standen. Dazu kam, dass der Jude in der Art, wie er zu handeln versteht, dem Christen meistens

überlegen ist. Unzweifelhaft zeichnet das, was man Schacher nennt, einen Teil der Juden besonders aus. Der Jude versteht zu rechnen, er begnügt sich auch, wenn es sein muss, mit dem kleinsten Gewinn, er handelt ferner mit einer Unzahl von Dingen, die anderen wertlos oder unscheinbar, vielleicht gar verächtlich erscheinen. Viele jüdische Kapitalmagnaten haben entweder persönlich oder durch ihre letzten Vorfahren durch diese Art Schacher die Grundlage für ihre heutige Stellung geschaffen. Alle diese Umstände in Verbindung mit den erwähnten Stammeseigentümlichkeiten der Juden bewirkten, dass der Antisemitismus zuerst in den handeltreibenden Kreisen Boden fand; der Hasse richtete sich gegen den Juden als Konkurrenten. **[6. Absatz]**

Tatsächlich ist das Judentum in einer großen Anzahl von Handelszweigen der entscheidende Faktor geworden. Es ist maßgebend für den Handel mit Manufakturwaren im weitesten Sinne, es beherrscht vollkommen in weiten Gegenden Deutschlands den Handel mit Agrarprodukten aller Art, so in Hessen-Nassau, Baden, Württemberg, Nordbayern, Elsass-Lothringen, Thüringen usw. Im „Vorwärts“ bemerkte jüngst ein Genosse ganz richtig in einem Artikel über die Ursachen des Antisemitismus, für den Bauern seien Kapitalist und Jude identische Begriffe. Da nun die ganze ökonomische Entwicklung den Bauernstand immer mehr zurück und zu der Einsicht gebracht hat, dass trotz aller schönen Versprechungen, welche ihm die politischen Parteien Jahrzehnte lang gemacht haben, seine materielle Lage immer schlechter wird, dass er unrettbar verloren ist, wenn ihm nicht bald Hilfe gebracht wird, so hat er sich bereitwilligst denen in die Arme geworfen, die ihm zurufen: Schafft den Juden aus der Welt, dann wird für Euch die Periode des Wohlseins wieder anbrechen! Mit diesem einfachen Rezept arbeiten die antisemitischen Demagogen. Natürlich hat der Kleinbauer, der Kleingewerbe- und Handeltreibende nicht Lust in diesem Kampfe unterzugehen, er sieht in dem seinen Retter, der ihm in seiner Not einen Strohalm hinhält. Was uns in diesen Kreisen die Agitation so erschwert, ist, dass wir als ehrliche Leute ihnen sagen müssen: Wir haben keine Heilmittel innerhalb der heutigen Gesellschaft, Euch auf die Dauer zu retten. (Sehr richtig!) So wird denn unser Anhang in diesen Schichten zunächst ein schwacher sein, wenn auch Genosse Katzenstein mit seiner Behauptung Unrecht hat, dass wir keinen einzigen wirklichen Bauern in der Partei haben. Aber wir können

sie nicht mit Versprechungen locken, von denen wir wissen, dass sie unausführbar sind. Dies tun aber die Antisemiten. Wir würden, folgten wir ihnen, zu Demagogen gemeinster Art herabsinken. Das sind Hauptgründe, die dem Antisemitismus beim Bauernstande Boden verschafft haben. **[7. Absatz]**

Die Wahl Fusangels in einem rein bäuerlichen westfälischen Kreise, die Bestrebungen der Bauernbündler, das alles sind Wirkungen der Erkenntnis, dass nach Meinung dieser Abtrünnigen das Zentrum für sie auf ökonomischem Gebiete seine Schuldigkeit nicht getan hat. Das ist zugleich ein Beweis auch dafür, dass auch diese scheinbar religiöse Partei einen ökonomischen, einen materialistischen Untergrund hat. **[8. Absatz]**

Wenn heute der Bauer seine Produkte verkauft, Kartoffeln, Getreide, Hopfen, Tabak, Wein, wer sind die Käufer? Juden. Wer leiht ihm die Kapitalien, wer kauft und verkauft sein Vieh? Juden. Da müssen denn antisemitische Erscheinungen zutage treten. Wie der Bauer, so leidet der Kleingewerbstand unter der großartigen kapitalistischen Entwicklung, die in Deutschland seit 1871, höchstens vergleichbar mit der nordamerikanischen Entwicklung, Platz gegriffen hat. Diese Entwicklung ist ja längst soweit gediehen, dass das Kapital in Konkurrenz mit sich selbst tritt, dass der große Kapitalist den mittleren und kleinen totsclägt und auffrisst. Der Schutzzoll, der gerade zur Rettung von Handwerk und Bauernstand bestimmt sein sollte, hat in den letzten 15 Jahren die Entwicklung der Großindustrie außerordentlich begünstigt. Unsere Kapitalistenklasse, aus wenigen zehntausenden von Köpfen bestehend, behält jährlich sicher gegen 2.000 Millionen Mark übrig, die in neuen Unternehmungen angelegt werden. Und nun tritt auch auf dem Gebiete der Industrie der Jude in Konkurrenz. Die fabrikmäßige Schuhmacherei, die Schneiderei, der Handel mit Kleidern, neuen und alten, die Tuchfabriken usw. liegen mehr oder weniger in den Händen von Juden. Der Jude, der als Großhandeltreibender eine Menge kleiner Handwerker beschäftigt, der als Kapitalist en gros, als Ausbeuter auch auf diesem Gebiete auftritt, muss natürlich auch unter seinen Konkurrenten den Antisemitismus hervorrufen. Und kommt nun ein antisemitischer Agitator in die Handwerker-, in die Bauernkreise und ruft: Schafft den Juden weg, dann wird Eure Lage eine andere sein! So glaubt man ihm. Unsere Kleingewerbetreibenden, unsere Landleute,

deren Ideale in den Zuständen der Vergangenheit liegen, fallen auf solche Versprechungen hinein. Sie folgen in ihrem Drange, um jeden Preis gerettet zu werden, blindlings der Aufforderung der Antisemiten, die ihnen sagen: Tretet nur für uns ein, wählt uns, dann wird Euch sicher geholfen werden. In der Tat, wenn irgendwer mit Unverschämtheit und Unverfrorenheit sondergleichen den Wählern Versprechungen macht, so sind es die antisemitischen Agitatoren. Ein Sozialdemokrat dürfte dergleichen nicht wagen; er würde von seinen eigenen Parteigenossen mit dem Besen aus der Versammlung gefegt. (Lebhafte Zustimmung.) Wir sehen weiter, dass Staat und Kommunen große Lieferungen von Arbeiten aller Art vergeben. Wer kann allein billig, rasch und massenhaft liefern, wer vermag das Rohmaterial billig einzukaufen, weil er das Kapital in Masse zur Verfügung hat? Es sind oft genug nur Juden! Sie bekommen natürlich die Lieferungen übertragen. Drücken sie nun, wie auch natürlich ist, die Handwerker, so wird bei diesen das Gefühl des Hasses und der Feindschaft nicht gegen den Kapitalisten, sondern gegen den Juden auf den Höhepunkt getrieben.

[9. Absatz]

Wesentlich aus demselben Grunde, wie bei den Bauern und Klein-
gewerbetreibenden hat der Antisemitismus in den Kreisen des Handelsstandes Anhang gewonnen. Aber der Antisemitismus reicht noch viel weiter. Große Kreise unserer Beamtenwelt sind Antisemiten. Ein erheblicher Teil ist in Folge schlechter Bezahlung und in Folge der Ansprüche, die an sogenanntes standesgemäßes Auftreten gestellt werden, gezwungen, Schulden zu machen, und diese muss er beim Wucherer, beim Halsabschneider machen; er kann sichere Garantien nicht gewähren, weil er in der Regel keinen Besitz hat. Nach dem wirtschaftlichen Grundsatz, dass einem größeren Risiko auch ein größerer Gewinn gegenüberstehen muss, eine Theorie, die nicht ein Jude, sondern die bürgerlichen Ökonomen, und in Deutschland mit großem Nachdruck Schulze-Delitzsch gelehrt haben, sind die Zinsen hohe; es sind Wucherzinsen. Die Wucherer sind aber wieder zum großen Teile Juden. Mit Unrecht sagt man den Juden nach, sie seien feig. Kein Mensch riskiert mehr als der Jude; in der Hoffnung auf höheren Gewinn betreibt er mit Vorliebe diese Geschäfte. Wir sehen gerade jetzt wieder an den Spielerprozess in Hannover ein ähnliches Schauspiel; es sind Juden, allerdings Individuen der verkommensten Art, die die

Hauptrolle unter den Angeklagten spielen. In einer verschuldeten Beamtenschaft fasst begreiflicherweise auch der Antisemitismus Wurzel. Auch lässt sich unter der Fahne des Antisemitismus seitens der Beamten unter Umständen Opposition treiben. (Sehr richtig!) Es ist die staatlich erlaubte Opposition, die sonst den Beamten unmöglich ist. Er darf höchstens in konservativen oder antisemitischen Versammlungen auftreten, sonst nirgends. Und da es in ersteren in der Regel entsetzlich langweilig zugeht, bei den Antisemiten aber es Radau und Aufregung gibt, so zieht er die letzteren vor; es wird dort auch seiner Loyalität und Königstreue, die er zur Schau tragen muss, kein Zwang auferlegt. (Heiterkeit.) Aus ganz ähnlichen Ursachen ist der Antisemitismus in den Offizierskreisen und im Feudaladel vertreten. Unser Junkertum ist teilweise durch Verschwendungssucht, teilweise auch durch seine gesellschaftliche Stellung, die es zu Ausgaben über seine Mittel nötigt, gezwungen, dem Wucherer in die Hände zu fallen. Erst borgt der Jude, dann tritt er als Käufer der Rittergüter auf, oft wird er selbst Besitzer und vermehrt so die Gründe, dass der Feudaladel sich im antisemitischen Lager befindet. Das verhindert freilich nicht, dass der hochadelgeborene Adlige oft nach einem jüdischen Goldfisch angelt, um durch die Heirat mit ihm seine brüchige Existenz zu retten und das alte Adelswappen frisch zu vergolden. (Heiterkeit.) Wer die Memoiren von Moritz Busch gelesen hat, wird sich eines drastischen Wortes von Bismarck entsinnen, das ich aus Anstandsrücksichten hier nicht wiederhole. (Heiterkeit und Sehr gut!) Noch ein Element ist antisemitisch und sogar in der Bewegung einflussreich, das sind die Studenten. Diese sind heute zum größten Teil Antisemiten. Auch sie sind es aus materiellen Ursachen, obgleich das auf den ersten Anblick unwahrscheinlich erscheint. Sie sind sogar auf die Juden am meisten erbost. Der Konkurrenzkampf spielt heute auch innerhalb der Gelehrtenkreise, der Kreise mit höherer Bildung, eine einflussreiche Rolle. Schon in der ersten Auflage meines Buches „Die Frau“ habe ich darauf hingewiesen, dass wir, wie an einer Überproduktion an Waren, so auch an einer solchen an Intelligenzen leiden. Unsere kleineren Gewerbetreibenden, unsere mittleren Bauern fällt es sehr häufig nicht mehr ein, ihre Söhne Handwerker oder Bauern werden zu lassen. Sie wissen, dass dabei nichts mehr herauskommt, sie fühlen, dass sie Mühe haben, ihre eigene Existenz noch aufrechtzuerhalten. Mit dem Aufwand ihrer letzten Kräfte lassen sie ihre Söhne studieren, damit

diese nachher in die staatliche, in die Beamtenkarriere gelangen oder als Ärzte oder Juristen ihre Existenz haben, oder als Architekten, Chemiker, Ingenieure usw. bei öffentlichen oder industriellen Unternehmungen eine Lebensstellung finden. Aber auf allen diesen Gebieten ist in Folge des großen Zuflusses ein Überangebot von Kräften vorhanden, das mit der Nachfrage im schreiendsten Missverhältnis steht. Charakteristisch dafür ist, dass, während in der Kulturkampfzeit in Folge der Abneigung der Söhne der Bourgeoisie, Geistliche zu werden, ein fühlbarer Pfarrermangel vorhanden war, man sich jetzt wieder „der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe“, weil alle übrigen Fächer überfüllt sind, dem Studium der Theologie zugewandt hat, so dass heute alle Pfarrstellen wieder besetzt sind. Bei der Wohlhabenheit und dem Reichtum der Juden, bei ihrem unleugbar vorhandenen geistigen Streben nach höherer Bildung schicken sie ihre Söhne auch zahlreich auf die Universitäten, und sie studieren Jura, Medizin usw. Darin erblicken unsere „germanischen“ Studenten eine sehr unliebsame, unangenehme Konkurrenz. Die allgemein bekannte Tatsache, dass die Juden sich durch ungemeine Ausdauer, Zähigkeit und oft durch Nüchternheit auszeichnen (Schönlank: Oho!), ja, Genosse Schönlank (Heiterkeit), macht sie ihren Gegnern noch verhasster. Auch der christliche Kleinhandwerker und Kleinhändler glaubt in der Regel den Tag nicht ordentlich verlebt zu haben, an dem er nicht einen Frühschoppen von ein paar Stunden machte. Das fällt dem Juden nicht ein. Der Jude bleibt zu Hause im Geschäft. Bezüglich des Alkoholgenusses kann er durchschnittlich sogar als Ideal unserer Antialkoholisten gelten. Der jüdische Student studiert meist fleißig den größten Teil der Zeit, die er auf der Universität ist, der „germanische“ Student schlägt sich in den Kneipen, auf dem Fechtboden oder an anderen Orten, die ich nicht nennen will, umher. (Große Heiterkeit.) Graf Mirbach hat vor einigen Jahren in einem öffentlichen Blatte eine Warnung erlassen müssen, dass der große Luxus der Corps, namentlich der Verbindung „Borussia“ in Bonn, aufhören möge, weil viele Väter mehr als 15.000 Mark pro Jahr für den Sohn nicht leisten könnten. (Hört!) Die Juden sind fleißig, lernen und schlagen dann im Examen sehr oft ihre germanischen Kommilitonen. Würden diese ebenso arbeiten und studieren wie durchschnittlich die Juden, der jetzige preußische Kultusminister Bosse hätte keine Veranlassung gehabt, seinen Vortrag über das juris-

tische Studium und das Nichtwissen eines großen Teils der jungen Juristen zu halten, worin er ziemlich deutlich aussprach, dass die jungen Juristen vielfach Streber seien, die durch kriechende Gesinnung zu ersetzen suchen, was ihnen an Wissen und Charakter abgeht. [10. Absatz]

Damit habe ich in möglichster Kürze die Erscheinungen skizziert, die nach meiner Auffassung dazu beigetragen haben, den Antisemitismus zu dem zu machen, als was er sich jetzt darstellt. Es ist aufgefallen, wie der Antisemitismus gerade in Sachsen, wo verhältnismäßig wenig Juden leben, einen solchen Aufschwung hat nehmen können. Nun, es kommt nicht darauf an, ob der Jude am Orte ist, sondern ob er sich als unangenehmer Konkurrent bemerkbar macht. Das ist aber in Sachsen so gut der Fall wie anderswo. Weiter kommt hinzu, dass die meisten sächsischen Konservativen sich durch ein besonderes Maß von Charakterlosigkeit und Kriecherei nach Oben auszeichnen und durch ihre Haltung die Unzufriedenheit ihrer Wähler in dem Maße erregten, dass diese sich den Antisemiten, die sich als Helfer und Großsprecher aufspielten, in die Arme warfen. Auch kommen sie mit scheinbar radikalen Forderungen, die bei dem im Innern demokratisch gesinnten Kleinbürger Beifall finden müssen. Warum ist z. B. in Deutschland eine eigentliche demokratische Partei nicht mehr möglich? Weil der Handwerker- und Bauernstand, der die Hauptgrundlage für eine solche bildete, immer mehr an Macht verliert. An ihre Stelle trat der Liberalismus, der Repräsentant der Bourgeoisie, die einen größeren Teil der erwähnten Schichten in ihren Bann zwingt. Je schwieriger im Laufe der nächsten Jahre der Existenzkampf für die Mittelschichten unserer Gesellschaft sich gestaltet, je rapider sie sich dem Untergange entgegentreiben sehen, und das wird geschehen, desto mehr werden sie sich, darüber täuschen wir uns nicht, der antisemitischen Bewegung noch zuwenden. Wir kommen bei diesen Schichten erst an die Reihe, wenn der Antisemitismus sich bei ihnen abgewirtschaftet hat, wenn sie durch die Erfahrung, durch das Verhalten ihrer antisemitischen Vertreter im Reichstage und anderwärts erkennen,

dass sie getäuscht wurden. Dann kommt die Stunde unserer Ernte, früher nicht. (Sehr richtig.) In seinem Kampfe um die Herrschaft wird der Antisemitismus genötigt werden, wider Willen über sein eigenes Ziel hinauszuschießen, wie es sich schon jetzt bei Herrn Ahlwardt bewiesen hat, der erst Arm in Arm mit dem Junkertum in den Kampf trat und allmählich durch die Stimmung seiner Wähler genötigt wurde, die Parole auszugeben: Wider Juden und Junker! Auch für die hessische Bewegung ist es nicht mehr ausreichend, gegen die Juden allein loszugehen, sie muss sich bereits gegen das Kapital überhaupt wenden; ist erst dieser Moment da, dann kommt auch der Zeitpunkt, wo unsere Anschauungen auf fruchtbaren Boden fallen und wo wir den Anhang gewinnen werden, den wir augenblicklich noch vergebens erstreben.

[11. Absatz]

Die widerspruchsvolle Natur des Antisemitismus kommt in den widerspruchsvollen, teils ultrareaktionären und konservativen, teils demokratischen und manchen mit unserem Programm übereinstimmenden Forderungen ihres Programms zum Ausdruck. **[12. Absatz]**

Sie verlangen z. B. Zusammensetzung der Volksvertretung aus Berufsständen, eine ganz reaktionäre, ins Mittelalter zurückgreifende Forderung; solange das aber nicht erreicht ist, sind sie mit dem allgemeinen Stimmrecht einverstanden und sie wünschen natürlich auch Diäten. Einen Antrag auf Aufhebung des allgemeinen Stimmrechts würden sie also zur Zeit aufs entschiedenste mit uns gemeinsam bekämpfen, weil dieses ihnen allein die Existenz im Reichstage möglich macht. Sie wünschen ferner Beschneidung der unsittlichen Auswüchse in Presse, Literatur und Kunst, womit der schlimmsten Reaktion Tür und Tor geöffnet wird, wie die lex Heinze bewiesen hat; Wahrung des christlichen, nationalen Charakters der Schule, also eine durchaus konservative Forderung. Daneben aber verlangen sie wieder Ausbildung unbemittelter, hervorragend befähigter Schüler auf Staatskosten, was auch wir ähnlich im Programm haben. Eine starke Heeresmacht zur Erhaltung des Friedens nach außen und nach innen. Gegen wen diese nach innen nötig sein soll, brauche ich Ihnen wohl nicht erst zu sagen. (Heiterkeit.) Sie verlangen ferner durchaus demokratisch eine progressive Einkommen- und Erbschaftssteuer, daneben aber eine Wehrsteuer und die Beibehaltung der Getreidezölle, womit

die Bauern gefangen werden sollen. Des weiteren wird gefordert soziale Neuordnung der Berufs- und Erwerbsstände – also wieder eine rein mittelalterliche Forderung! Beschränkung der Gewerbefreiheit, Handwerkerkammern mit ehrengerichtlichen Befugnissen; Verstaatlichung der Grundschulden. **[13. Absatz]**

Diese letztere Forderung wird auch im Kommunistischen Manifest erhoben und sie ist ähnlich in einer deutschen Kammer gegenwärtig von unseren Genossen gefordert worden. Wunderbar, dass Antisemiten, Bauernbündler und wir scheinbar dieselbe Forderung aufstellen! Aber diese Forderungen haben im Grunde miteinander gar nichts gemein. Das Kommunistische Manifest fordert die Verstaatlichung der Hypotheken unter der Voraussetzung, dass eine sozialistische Staatsleitung bereits vorhanden ist. Wir fordern bekanntlich Verstaatlichung des gesamten Grund- und Bodeneigentums und nur als Übergangsstadium fordert das Kommunistische Manifest Verstaatlichung der Hypotheken. Das heißt also, können wir nicht ohne weiteres die Kapitalistenklasse expropriieren, so sind wir bereit, dem Hund den Schwanz stückweise abzuschneiden (Heiterkeit), indem wir das Kapital durch Reduzierung des Zinsfußes allmählich zu Grunde richten. Die Männer, die das Kommunistische Manifest verfassten, wussten sehr gut, dass diese Forderung im Grunde wenig Bedeutung habe, aber vielen Anklang finde und in der Übergangszeit vielleicht nötig sei. Wenn aber heute gegenüber einer bürgerlichen Regierung, gegenüber einem mächtigen Großgrundbesitz und Agrariertum diese Verstaatlichung des Hypothekenwesens angeregt wird, damit die Herren Agrarier niedrigere Zinsen bezahlen, so ist das eine durchaus konservative Maßregel, auch wenn Sozialdemokraten sie fordern; sie bedeutet die Bevorzugung einer Klasse auf Kosten der Gesamtheit, auf Kosten der Arbeiterklasse. (Sehr richtig.) Beschafft der Staat die Verzinsung der Grundschuld billiger, dann haben nicht bloß die Kleinbauern, sondern auch der Großgrundbesitz einen Vorteil davon. Würde die Verzinsung durch den Staat z. B. gar mit 3 pCt. Bewirkt, während der Staat, um Geld aufzunehmen, $3\frac{1}{2}$ pCt. Zahlen muss, so müsste das $\frac{1}{2}$ pCt. Zins für Milliarden Hypothekenschulden aus Steuerquellen aufgebracht werden; nicht die Kapitalisten, sondern die große Masse müsste diese Belastung auf sich nehmen. Es ist also bedenklich, aus Eifer für prak-

tische Tätigkeit ein so verkehrtes Mittel vorzuschlagen. Ich kann diejenigen Genossen, die in die Landtage kommen, nur davor warnen, in ihrem Eifer, in Kreisen propagandistisch zu wirken, die vorläufig doch nicht und teilweise gar nicht zu gewinnen sind, an der künstlichen Aufrechterhaltung von Gesellschaftszuständen mitzuarbeiten, an deren Aufrechterhaltung wir am allerwenigsten mitarbeiten dürfen. Das Wort der Unabhängigen von der Versumpfung unserer Partei halte ich nicht für berechtigt, aber wir müssen ein wachsames Auge haben. **[14. Absatz]**

Die weiteren Forderungen des antisemitischen Programms: Beschränkung des Hausierhandels, Verbot der Bazole, der Geschäftsreklame usw. sind nur ein interessanter Beweis für die Demagogie der Antisemiten. Da donnert z. B. einer der ihrigen bei den Landtagswahlen in Sachsen gegen die jüdischen Ausbeuter, kein Christ dürfe bei einem Juden kaufen; als er aber in der Versammlung seinen Überzieher auszieht, entdeckt einer unserer Genossen an demselben eine jüdische Firma! (Große Heiterkeit.) Mir wurde gesagt, der Betreffende sei so verschuldet, dass keiner seiner christlichen Mitbürger ihm noch etwas borge. (Heiterkeit.) Weiter wird im Programm die Beschränkung der Konsumvereine, die Errichtung überseeischer Strafkolonien, Beförderung der inneren Kolonisation gefordert. Wer am ersten zur Verschickung in die Strafkolonien verwendet werden soll, brauche ich wohl auch nicht auszuführen. (Heiterkeit.) Endlich wird gefordert Aufhebung der Judenemanzipation und Stellung der Juden unter ein Fremdenrecht. Damit wird man nach den im Mittelalter gemachten Erfahrungen nicht weit kommen; denn in dem Punkte der Mahnung: Seid fruchtbar und mehret Euch wie Sand am Meer! Haben die Juden das Gebot ihrer Väter streng befolgt und befolgen es noch. (Heiterkeit.) **[15. Absatz]**

Kurz, dieses mixtum compositum von einem Programm entspricht ganz der widerspruchsvollen Natur des Antisemitismus. Was ich Ihnen über die Wahrscheinlichkeit seiner weiteren Ausbreitung, ja über die Notwendigkeit derselben gesagt habe, führt dazu, dass er schließlich wider Willen revolutionär werden muss, hier haben also dann wir, die Sozialdemokratie, einzusetzen. Dieser Gedankengang ist

in der Resolution, wie ich glaube, genügend zum Ausdruck gekommen. Ich kann nur bitten, dass Sie möglichst einstimmig derselben ihre Zustimmung geben. (Andauernder lebhafter Beifall.) **[16. Absatz]**

Quelle: Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Köln vom 22. bis 28. Oktober 1893, Berlin 1893, S. 224 f

Beiträge zur Vertiefung

Zu den problematischen und falschen Bemerkungen von Marx und Engels in ihren Werken, journalistischen Arbeiten und Briefen

Wie schon in der Einleitung zu der gesamten Studie hervorgehoben, können eine Fülle von Passagen bei Marx und Engels durchaus nicht als vorbildlich eingeschätzt werden. Sie müssen im Gegenteil im Sinne einer Selbstkritik des wissenschaftlichen Kommunismus deutlich kritisiert und zurückgewiesen werden.

Ohne Frage wurden solche Passagen im Kampf gegen den Kommunismus als Angriffe auf das Werk von Marx und Engels genutzt. Die Sache ist jedoch klar: Es geht in erster Linie darum, was wer sagt und nicht wer was sagt. Wenn ein Antikommunist auf judenfeindliche Passagen bei Marx und Engels hinweist und Zitate nicht verfälscht, dann hat er in diesen speziellen Punkten einfach Recht.*

Manche Passagen sind zwiespältig oder auch schwierig zu interpretieren, wie wir in der Stellungnahme zu Marx' Kritik an Bruno Bauer unter anderem aufgezeigt haben.⁶³⁸

Marx (wie auch Engels) ist nach 1844 nur sporadisch und en passant auf einzelne Aspekte der Frage der Emanzipation der jüdischen Bevölkerung eingegangen. Der Kampf gegen die Judenfeindschaft war durchaus noch Thema, aber für sie nicht von erstrangiger Bedeutung. Wichtig aber ist: In großen Werken von Marx und Engels gibt es Passagen, an denen deutlich wird, dass beide sich nicht wirklich umfassend mit der Frage der Judenfeindschaft auseinandergesetzt haben. Es zeigt sich vielmehr, dass sie in einer offensichtlich judenfeindlichen Gesellschaft selbst judenfeindliches Vokabular, Metaphern und

* Einen Teil solcher Textstellen, wenn auch bei Weitem nicht alle, hat Edmund Silberner in seiner Schrift „Sozialisten zur Judenfrage“ bereits 1962 zusammengetragen – allerdings eher mit dem Ziel, die Autorität von Marx und Engels zu untergraben. In seiner Schrift „Kommunisten zur Judenfrage“ von 1983 hat Silberner dann weitere Passagen aus den Marx-Engels-Werken, die in der DDR veröffentlicht wurden, zusammengestellt. Siehe dazu die ausführliche Einschätzung zu Silberner in Punkt 9 in „Beiträge zur Vertiefung: Kurzer Literaturbericht: wichtige Quellen und Publikationen.“

judenfeindliche Bemerkungen benutzt haben, möglicherweise um populär zu schreiben, um sich verständlich zu machen. Die Motive sind sicher komplex und von uns im Nachhinein nicht wirklich zu klären.

Die unterschiedlichen Textgattungen sind dabei von Bedeutung. Daher gehen wir zuerst die Hauptschriften von Marx und Engels durch. Diese Schriften haben bis heute sicherlich die größte Verbreitung gefunden und die größte Wirkung entfaltet.

Marx und Engels haben auch als Journalisten gearbeitet, relativ rasch im Auftrag von Zeitungen zu tagespolitischen Ereignissen geschrieben, gestützt auf Artikel von anderen Zeitungen selber Artikel in englischer Sprache verfasst, die zum Teil jedenfalls (das ist nicht immer genau zu recherchieren) in der damaligen Zeit in Deutschland weitgehend oder ganz unbekannt waren. Das ist schon ein Unterschied zu jenen Artikeln, die damals in deutschsprachigen Zeitschriften veröffentlicht wurden.

Eine andere Textgattung sind Briefe von Marx und Engels, wobei hier sicherlich Briefe zwischen Marx und Engels unterschieden werden müssen von Briefen an dritte Personen.⁶³⁹

Nachfolgend geht es darum, die Hauptsache herauszuarbeiten. Deshalb werden gleichlautende Formulierungen mit Quellenangaben meist in Endnoten festgehalten.

1. Zu den problematischen und falschen Bemerkungen von Marx und Engels in ihren Hauptwerken

Fangen wir mit dem **Hauptwerk von Karl Marx** an. Im „**Kapital**“ Band I⁶⁴⁰, das 1867 erschien, gibt es einige Passagen, in denen Marx durch Bilder und Hinweise auf historische Literatur versucht, irgendetwas zu verdeutlichen, was aber durch diese Bilder im Kontext einer jüdenfeindlichen Atmosphäre zur Verdunklung des Sachverhalts geführt und von Judenfeinden genutzt werden konnte.

- Marx will verdeutlichen, dass „Handelsvölker“* in der Antike keinen festen Standort hatten und lässt neben den „Intermundien der alten Welt“ und den Göttern Epikurs dann die Behauptung fallen: „wie Juden in den Poren der polnischen Gesellschaft“ (MEW 23, S. 93). Mit dieser lockeren und scheinbar auf Bekanntes zurückgreifenden Bemerkung wird ausgesprochen oberflächlich und in der Pauschalität falsch auf die Lage der jüdischen Bevölkerung in Polen eingegangen.⁶⁴¹ Das Problem ist, dass in Deutschland das Vorurteil existierte, dass die jüdische Bevölkerung in Polen nicht wirklich arbeiten würde, was der sozialen Realität widersprach. Im Grunde nutzt Marx hier dieses Vorurteil, statt es zurückzuweisen, um seine Anspielung auf die „Handelsvölker“ in der Antike mit einem Hinweis auf die aktuelle Situation verständlich zu machen. Diese Randbemerkung war völlig unnötig, erklärt nichts wirklich, sondern stärkt eher indirekt oder auch direkt Vorurteile gegen die jüdische Bevölkerung in Polen. Pauschal wird von „Juden“ gesprochen und die Metapher von den „Poren“ ist zudem ganz und gar nicht hilfreich. Diese Metapher hätte gestrichen werden müssen. Eine Streichung hätte an der richtigen Kernaussage von Marx nichts, aber auch gar nichts geändert.⁶⁴²

* Wobei auf den Begriff „Handelsvölker“ hier nicht näher eingegangen werden soll. In seiner Pauschalität ist er eher nicht geeignet für eine Analyse der Lage bestimmter Bevölkerungsteile in der Geschichte. Schon bei Kant sind ähnliche Formulierungen zu finden. Er schreibt: „Nun kann dieses bei einer ganzen Nation von lauter Kaufleuten, als nicht-produzierenden Gliedern der Gesellschaft (z. B. der Juden in Polen), auch nicht anders sein“ (Kant, Immanuel, Anthropologische Didaktik, Vom Erkenntnisvermögen, Werkausgabe Band XII, Frankfurt 2000, S. 518).

- In einer weiteren Passage will Marx zeigen, dass der Mehrwert nicht durch gegenseitige Übervorteilung der Kapitalisten untereinander entstehen kann. Bei Marx heißt es:

„Die Summe der zirkulierenden Werte kann offenbar durch keinen Wechsel in ihrer Verteilung vermehrt werden, sowenig wie ein Jude die Masse der edlen Metalle in einem Lande dadurch vermehrt, dass er einen Farthing aus der Zeit der Königin Anna für eine Guinee verkauft. Die Gesamtheit der Kapitalistenklasse eines Landes kann sich nicht selbst übervorteilen.“ (MEW 23, S. 177)

Die Kernaussage ist völlig richtig, die Metapher völlig unnötig und schädlich und könnte ersatzlos gestrichen werden. Marx verwendet bei dem Beispiel für gegenseitige Übervorteilung und Betrug in der Zirkulationssphäre ausgerechnet die Formulierung „ein Jude“ und reproduziert damit ein klassisches Vorurteil. Dies kann der Sache nach auch als Klarstellung gelesen werden, dass eben nicht in der Zirkulation und eben nicht „der Jude“ das Problem und der Inbegriff des Kapitalismus ist, sondern, wie Marx ja unwiderlegbar nachweist, der Mehrwert in der Produktion erzeugt wird. Es bleibt aber das Zugeständnis, dass bei Betrug „ein Jude“ herhalten muss. Sicherlich wäre es ein Leichtes gewesen, „ob Jude oder Christ“ einzufügen, um nicht nur die Mehrwerttheorie zu erklären, sondern auch judenfeindlichen Klischees entgegenzutreten.

- Eine ausgesprochen seltsame Passage findet sich auch bei der Analyse der Ware, in der die Formulierung „innerlich beschnittenen Juden“ verwendet wird. Das Zitat lautet vollständig:

„Der Kapitalist weiß, dass alle Waren, wie lumpig sie immer aussehen oder wie schlecht sie immer riechen, im Glauben und in der Wahrheit Geld, innerlich beschnittene Juden sind und zudem wundertätige Mittel, um aus Geld mehr Geld zu machen.“ (MEW 23, S. 169)

Der Sinn dieser Metapher ist nicht eindeutig. Es wird ja die Sicht des Kapitalisten geschildert, dem alles egal ist, Hauptsache, mit der Ware kann Geld gemacht werden. Das Äußere spielt für den Kapitalisten keinerlei Rolle. Das ist der Kern der Sache. Und es sind schon einige

Abschweifungen nötig, um diese merkwürdige Metapher zu interpretieren. Für Marx war es wohl eine Pointe in einer Zeit, in der sich angesichts der judenfeindlichen Atmosphäre viele jüdische Familien ihre Söhne nicht mehr beschneiden ließen und zum Christentum übertraten. Sie änderten auch angeblich typische Namen, um der Judenfeindschaft möglichst wenig Angriffsfläche zu bieten, obwohl sie sich innerlich noch als Juden ansahen, wie Heinrich Heine zum Beispiel. Bei allen Äußerlichkeiten haben sie sich ihren „jüdischen Kern“ dann doch bewahrt. Das alles mag ja eine interessante Überlegung sein, aber es ist doch sehr weit hergeholt, an dieser Stelle eine solche Metapher einzuführen, um auszumalen, wie Kapitalisten zur Ware stehen. Das Problem ist, dass weitgehend die Assoziationskette hängen bleibt: Kapitalist – Ware – Geld – Jude. Zudem gibt es eine ganze Fülle judenfeindlicher Witze auch sexistischer Art, die sich um die Beschneidung drehen, um jüdische Menschen lächerlich zu machen. Auch an dieser Stelle hätte Marx diese Metapher ohne Schaden weglassen können.

- Im Zusammenhang damit, dass Marx verdeutlichen will, dass die Teilung der Arbeit dem Manufakturarbeiter einen Stempel aufdrückt, der ihn als Eigentum des Kapitals brandmarkt, verwendet er den Vergleich, „wie dem auserwählten Volk auf die Stirn geschrieben stand, dass es das Eigentum Jehovas“ sei (MEW 23, S. 382). Dies ist eine völlig unnötige Metapher. Die Begrifflichkeit vom „auserwählten Volk“ ist unabhängig von irgendwelchen theologischen Debatten in der Realität Bestandteil einer judenfeindlichen Diffamierung und Unterstellung, dass Juden sich als etwas Besseres fühlen würden. Dagegen stehen angeblich die christlichen allgemeingültigen Werte. Klar ist, dass die jüdische Bevölkerung selbstverständlich keinen Stempel auf der Stirn trug. Angeblich seien sie durch die Verhältnisse „Eigentum Jehovas“ gewesen, will Marx hier andeuten. Im Grunde handelt es sich um einen blöden Witz, der sicherlich im Kreise der jüdischen Bevölkerung selbst kein großes Problem wäre, aber es ist keinesfalls Überempfindlichkeit, wenn solche schlechten Witze als Erklärung für Sachverhalte als nutzlos und schädlich eingestuft werden. Nochmals, es war einfach nicht nötig und hätte ersatzlos gestrichen werden können.

- Eine weitere unsinnige Metapher ist die sehr häufige negative Verwendung des Begriffs „Pharisäer“ (wie zum Beispiel „kapitalistische

Pharisäer“)⁶⁴³. An recht vielen Stellen, nicht nur im „Kapital“, ist mit kleinen Unterschieden von „kapitalistischen Pharisäern“ oder „pharisaischer Unbestimmtheit“ oder Ähnlichem die Rede. Gemeint ist „heuchlerisch“ oder auch „betrügerisch“ im rhetorischen Sinn. Im damaligen, von der christlichen Kultur geprägten Sprachgebrauch wurden die Pharisäer jedoch als Feinde Jesu dargestellt, als Inbegriff des jüdischen Unverständnisses für den neuen Religionsstifter Jesus. Kurz, auch hier wurde mit einer völlig unnötigen Metapher an ein existierendes Vorurteil angeknüpft, ohne dass damit wirklich etwas erklärt oder begründet wurde, was nicht durch allgemeinverständliche und nichtbelastete Begriffe nicht auch hätte erklärt werden können.

- Ebenfalls keinesfalls nur im „Kapital“, aber dort an populärster Stelle, wird die Figur des „Shylock“ als Metapher genutzt („vornehmer Shylock“, siehe MEW 23, S. 713 bzw. auch S. 304). Shylock war, unabhängig von der Debatte über diese Figur im Stück „Der Kaufmann von Venedig“ von Shakespeare, unstrittig eine Metapher vor allem eines grausamen jüdischen Wucherers, der inhuman auf sein Recht pocht. Warum Marx ausgerechnet dieses Klischee von Shylock an sehr vielen Stellen nutzt, obwohl auch eine judenfeindliche Interpretation dieser Figur vorherrschend war, bleibt im Dunkeln. Marx setzt einfach nicht zu Unrecht voraus, dass jeder diese Figur als extrem negativ einschätzt. Marx hat die Frage der Judenfeindschaft hier einfach ausgeklammert.⁶⁴⁴

Trotz dieser sechs unnötigen und schädlichen Metaphern kann im „Kapital“ in keiner Weise von einer Systematik der Judenfeindschaft gesprochen werden. Es soll an dieser Stelle ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass das Hauptwerk von Marx für den Kampf der kommunistischen Kräfte zumindest einen Strang der Judenfeindschaft deutlich widerlegt. Jene Kräfte, insbesondere in der Bewegung der Arbeiterinnen und Arbeiter, die den Kapitalismus nicht verstanden oder verstehen wollten, verlegten den Ort der Ausbeutung in die Zirkulation. Sie speulierten dann mit der lügnerischen Behauptung, dass die Zirkulation ja fest in der Hand der Juden sei. Der Kern der Analyse von Marx jedoch ist, dass das Wesen der kapitalistischen Ausbeutung sich nur ausgehend von der Sphäre der Produktion erklären und verstehen lässt. Somit wird theoretisch der doppelten Absurdität, dass die

Ausbeutung in der Zirkulation erfolgt und hier vor allem durch Juden durchgeführt wird, der Boden entzogen.

1850 erschien die wichtige Schrift **„Der deutsche Bauernkrieg“**⁶⁴⁵ von Engels. In dieser Schrift wird an einer Stelle, die auch später in weiteren Veröffentlichungen nicht korrigiert wurde, das klassische jüdenfeindliche Märchen, die Bauern würden von den Juden ausgebeutet, unkritisch wiederholt und als unverändert gültig für die Situation des Jahres 1850 im Elsass beschrieben. Die Stelle lautet:

„Die Verschwornen verlangten Plünderung und Ausrottung der Juden, deren Wucher damals schon, so gut wie jetzt, die Elsässer Bauern aussog“ (MEW 7, S. 362).

Die Bedeutung der Judenfeindschaft zur Zeit des Bauernkriegs als Spaltungsmanöver der herrschenden Klasse wird nicht kritisiert, sondern den Juden wird pauschal die Rolle von Wucherern zugeschrieben. Damit nicht genug, wird mit dem Einschub „damals schon, so gut wie jetzt“ behauptet, dass die Juden als Wucherer die Bauern auch 1850 aussaugen würden. Spätestens für die Auflage 1875 hätte Engels diese Stelle, die der Judenfeindschaft Nahrung bietet, herausnehmen oder kommentieren müssen. Zudem ist nach unserem Stand der Recherche im Bauernkrieg nur sporadisch Judenfeindschaft anzutreffen und in den bekannten Aufrufen der Bauern ist von „Ausrottung der Juden“ nicht die Rede.⁶⁴⁶

In drei zeitgeschichtlichen Schriften von Marx und Engels sind ebenfalls unakzeptable Positionen vorhanden. Zwei Schriften bezogen sich auf die Lage in Frankreich.

In der Schrift **„Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“**⁶⁴⁷ von Marx von 1850 gibt es mehrere Stellen, wo es um die sogenannten „Börsenjuden“ und ihre Rolle in Frankreich geht:

„Die industrielle Bourgeoisie sah ihre Interessen gefährdet, die kleine Bourgeoisie war moralisch entrüstet, die Volksphantasie war empört, Paris war von Pamphlets überflutet – ‚La dynastie Rothschild‘ [Die Dynastie Rothschild], ‚Les juifs rois de l’époque‘ [Die Juden – Könige unserer Zeit] etc. –, worin die Herrschaft der Finanzaristokratie mit mehr oder weniger Geist denunziert und gebrandmarkt wurde.

Rien pour la gloire! [Nichts für den Ruhm!] Der Ruhm bringt nichts ein! La paix partout et toujours! [Friede überall und immer!] Der Krieg drückt den Kurs der drei- und vierprozentigen! – hatte das Frankreich der Börsenjuden auf seine Fahne geschrieben.“ (MEW 7, S. 15)

Marx übernimmt hier direkt die judenfeindliche Parole vom „Frankreich der Börsenjuden“.* An den hier erwähnten, wohl zum großen Teil judenfeindlichen Pamphleten kritisiert Marx lediglich, dass sie „mit mehr oder weniger Geist“ geschrieben wurden, aber nicht ihren judenfeindlichen Inhalt, den er ja in einem Fall direkt selbst wiedergibt („Die Juden – Könige unserer Zeit“).

Weiter behauptet Marx:

„Der öffentliche Kredit und der Privatkredit waren natürlich erschüttert. Der öffentliche Kredit beruht auf dem Vertrauen, dass

* Wie weit verbreitet diese Vorstellung von der „Macht der Börsenjuden“ war, zeigt sich auch an Formulierungen in dem Buch „Die neueste Geschichte des jüdischen Volks“ von Simon Dubnow. Dubnow hat als jüdischer Historiker eindeutig den Anspruch, die Judenfeinde und die Judenfeindschaft zu bekämpfen. Das ist ihm an vielen Punkten auch mehr oder weniger gut gelungen. Jedoch nicht wenn es um die Rolle der jüdischen Bankiersfamilie Rothschild geht. Nathan Rothschild und Jakob Rothschild, so Dubnow, sollen Mitte des 19. Jahrhunderts angeblich „die Rolle von souveränen Gebietern der europäischen Börsen spielen und in den entscheidendsten Momenten des internationalen politischen Lebens Staatsanleihen von allergrößtem Ausmaß realisieren.“ (Dubnow, Simon, „Die neueste Geschichte des jüdischen Volks“, II. Band, Berlin 1929, S. 82. Dieser Band ist identisch mit dem Buch „Weltgeschichte des jüdischen Volks“, Band 9) Diese Formulierungen können und wurden von Judenfeinden so ähnlich übernommen. Dass Dubnow und auch Heinrich Heine, der ähnliche Formulierungen zu den „Rothschilds“ verwendete, nun als ausgesprochene Judenfeinde dargestellt werden, ist uns nicht bekannt, und es ist mit Sicherheit auch von jenen, die mit Karl Marx für ähnliche Formulierungen ganz anders umspringen, nicht getan worden. Das ist aus unserer Sicht ein deutlicher Hinweis, ja eine sehr plausible Erklärung dafür, dass Marx unberechtigterweise für ähnliche durchaus judenfeindliche Darstellungen und Formulierungen als Judenfeind dargestellt wird, weil es gar nicht um den Kampf gegen Judenfeindschaft geht, sondern um die Diskreditierung des Theoretikers des wissenschaftlichen Kommunismus. Hier ist also der Antikommunismus die Ursache und nicht das energische Eintreten für den Kampf gegen die Judenfeindschaft. Aus unserer Sicht ist auch klar, dass unser Anspruch an Marx verständlicherweise sehr hoch ist.

sich der Staat durch die Juden der Finanz exploitierten lässt.“
(MEW 7, S. 22)

Danach ist vom „Börsenjuden Fould“ die Rede (siehe MEW 7, S. 25), der französischer Außenminister ist. Hier dient Marx die judenfeindliche Kennzeichnung „Börsenjude“ als Schimpfwort, um herauszustellen, wie schlimm dieser Fould ist. (Ähnlich heißt es: „Die Bourgeoisie aber wählte den jüdischen Wechsler und Orléanisten Fould.“, MEW 7, S. 39)⁶⁴⁸

Es ist dies eine ganz falsche Tradition, bei Vertretern der Reaktion darauf hinzuweisen, dass es sich angeblich oder wirklich um Juden handele. Das war gerade in Frankreich infolge grundfalscher Positionen Voltaires und des utopischen Sozialisten Fourier eine weit verbreitete Methode, die leider hier von Marx übernommen wurde. Weit-
aus schlimmer ist hier jedoch, dass die Schilderung der Entwicklung des Kapitalismus in Frankreich in historisch unhaltbarer Weise sich auf „Börsenjuden“ konzentriert und zudem mit Rothschild personalisiert wurde. Diese Passagen wurden auch in der Neuherausgabe 1875 nicht entfernt und sind bis heute in allen Ausgaben dieser Schrift enthalten.

Ein ähnliches Vorgehen ist auch in der zweiten zeitgeschichtlichen Schrift von Marx festzustellen.

In Marx' Schrift **„Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“**, geschrieben Dezember 1851 bis März 1852,⁶⁴⁹ heißt es:

„Das Ministerium d'Hautpoul besaß nur einen Mann von parlamentarischem Rufe, den Juden Fould, eins der berüchtigsten Glieder der hohen Finanz. Ihm fiel das Finanzministerium anheim.“ (MEW 8, S. 151)

Marx betont ausdrücklich, dass Fould Jude ist, und verbleibt auch hier bei der Beschreibung der Lage in Frankreich in einem judenfeindlichen Klischee.

In Engels' Schrift **„Revolution und Konterrevolution in Deutschland“**⁶⁵⁰, geschrieben August 1851 bis September 1852 und zuerst veröffentlicht in der Zeitung „New-York Daily Tribune“, 1896 das

erste Mal auf Deutsch erschienen, heißt es über die Rolle der jüdischen Bevölkerung im Handel in Polen:

„Die Slawen, namentlich die Westslawen (Polen und Tschechen), sind im Wesentlichen ein Volk von Ackerbauern; Handel und Industrie standen bei ihnen niemals in besonderem Ansehen. Daraus ergab sich, dass mit dem Anwachsen der Bevölkerung und dem Entstehen von Städten in diesen Gegenden die Herstellung aller Industrieartikel in die Hände deutscher Einwanderer fiel und dass der Austausch dieser Waren gegen landwirtschaftliche Erzeugnisse das ausschließliche Monopol der Juden wurde, die, wenn sie überhaupt zu einer Nationalität gehören, in diesen Ländern sicher eher Deutsche als Slawen sind. Das war, wenn auch im geringeren Grade, im ganzen Osten Europas der Fall. Der Handwerker, der kleine Krämer, der kleine Fabrikant ist in Petersburg, in Budapest, in Jassy und selbst in Konstantinopel bis auf den heutigen Tag ein Deutscher, während der Geldverleiher, der Schankwirt, der Hausierer – eine sehr wichtige Persönlichkeit in jenen dünn bevölkerten Gebieten – in den allermeisten Fällen ein Jude ist, dessen Muttersprache ein schauerhaft verdorbenes Deutsch ist.“ (MEW 8, S. 50)

Als Erstes ist hier festgehalten, dass es vorurteilsbeladen und falsch ist, Jiddisch als „ein schauerhaft verdorbenes Deutsch“ zu charakterisieren, wie insbesondere durch die spätere Veröffentlichung jiddischsprachiger Zeitschriften der proletarischen Bewegung in Osteuropa, Russland und dann in den USA deutlich wurde.* Die konkrete Einschätzung der sozialen Lage mag so oder ganz anders gewesen sein, empirische Daten hierzu fehlen bei Engels und waren ihm wohl auch nicht bekannt.**

* Siehe dazu auch Teil 2, Abschnitt B, 2 a: Debatte über die jiddische Sprache im Zentralorgan der Sozialdemokratie

** Heinrich Heine hat in seiner Schrift „Über Polen“ von 1823 herausgestellt, dass in Polen keineswegs alle Juden Wucherer seien. Hierzu führte Heine Folgendes aus: „Zwischen dem Bauer und dem Edelmann stehen in Polen die Juden. Diese betragen fast mehr als den vierten Teil der Bevölkerung, treiben alle Gewerbe, und können fuglich der dritte Stand Polens genannt werden [...] ich will [...] nichts Bestimmtes von polnischen Juden überhaupt sprechen, und verweise Sie lieber auf David Friedländer: ‚Über die Verbesserung der Israeliten (Juden) im Königreich Polen; Berlin

Ein weiteres unzulässiges Zugeständnis macht Engels, wenn er schreibt:

„Ungefähr um diese Zeit, um 1843 oder 1844, entfaltete sich in Deutschland ein besonderer Literaturzweig, der diesen Veränderungen entsprach. Einige österreichische Literaten, Romanschriftsteller, Literaturkritiker, schlechte Poeten, durchweg recht mäßig begabt, aber mit jener spezifischen Betriebsamkeit ausgestattet, die der jüdischen Rasse eigen ist, ließen sich in Leipzig und anderen deutschen Städten außerhalb Österreichs nieder und veröffentlichten hier, außer Reichweite Metternichs, eine Anzahl Bücher und Flugschriften über österreichische Fragen.“ (MEW 8, S. 33)

Dass Engels hier, unabhängig davon, dass es noch keine ausgearbeitete Rassentheorie gab, von „jüdischer Rasse“ spricht, die angeblich auch noch besondere Eigenschaften habe, ist in jeder Hinsicht inakzeptabel. Die Phrase von der „jüdischen Betriebsamkeit“, was immer darunter zu verstehen wäre, zeigt, wie sehr Engels noch der jüdenfeindlichen Atmosphäre dieser Zeit verhaftet war.

In der Schrift **„Zur Wohnungsfrage“** von 1872 benutzt Engels ebenfalls das Bild von den „geriebensten Börsenjuden“ (MEW 18, S. 259).⁶⁵¹

g) Im **„Anti-Dühring“** von Engels, geschrieben September 1876 bis Juni 1878, bezeichnet Engels einen Professor als den „Ewigen Juden der Hegelschen Schule“:

„Die ‚innerlich logische Ordnung‘ der Dühringschen Abfolge führt uns also ‚völlig ungezwungen‘ auf Hegels ‚Enzyklopädie‘ zurück, aus der sie mit einer Treue entnommen ist, die den Ewigen Juden der Hegelschen Schule, den Professor Michelet in Berlin, zu Tränen rühren wird.“ (MEW 20, S. 33)

1819“.“ (Heine, Heinrich: Historisch-kritische Gesamtausgabe der Werke. Düsseldorf Ausgabe. Band 6, Hamburg 1973, S. 59) Diese Schrift Friedländers analysiert sehr differenziert die Lage der polnischen Bevölkerung in Polen und stellt unter anderem fest, dass in Polen die jüdische Bevölkerung seit Jahrhunderten im Handwerk tätig war und ähnliche Gewerbe betrieben hat (siehe Friedländer, David: Über die Verbesserung der Israeliten im Königreich Polen, Berlin 1819, S. 6 f).

Das Bild des „Ewigen Juden“ entstammt einer christlichen Legende, die besagt, dass ein Jude Jesus verspottet und dieser ihn darauf zur ewigen Wanderschaft verdammt hätte. Judenfeinde benutzen den Begriff „Ewiger Jude“, um die jüdische Bevölkerung insgesamt als „fremd“, „umherziehend“ und „nicht integrierbar“ zu charakterisieren.

2. Zu den problematischen und falschen Bemerkungen von Marx und Engels in ihren journalistischen Arbeiten und Briefen

a) Falsche und problematische Formulierungen von Marx und Engels über die Aufstandsbewegung in Posen (Preußen) 1848

Bei der Durchsicht der Äußerungen von Marx und Engels zur Emanzipation der jüdischen Bevölkerung gibt es einen besonderen Fragenkomplex: das politische Verhalten der jüdischen Bevölkerung in der Provinz Posen.

Hier handelt es sich im Unterschied zu vielen anderen journalistischen Arbeiten von Marx und Engels um ein ausgesprochen schwieriges politisches Problem. Aus diesem Grund und wegen der Fülle an Stellungnahmen gehen wir auch auf Hintergründe der politischen Situation in Posen um 1848 ein.

Hier trat zum ersten Mal das Problem auf, dass Teile der jüdischen Bevölkerung sich in erster Linie als Deutsche fühlten, sich gegen die polnische Befreiungsbewegung stellten und als Anhänger Preußens auftraten. In der Zeitspanne vor dem und vor allem dann im Ersten Weltkrieg gab es bei Teilen der jüdischen Bevölkerung in Deutschland ein ähnliches Phänomen. Es gab durchaus eine deutsch-chauvinistische und reaktionäre Position von Teilen der jüdischen Bevölkerung, insbesondere ihrer offiziellen Vertreter in den jüdischen Verbänden. Im Hintergrund stand, angesichts der Anschuldigung, keine richtigen Deutschen zu sein, sich ganz besonders als deutsch auszuzeichnen und nach dem Ersten Weltkrieg dann das „Eiserne Kreuz“ als Beweis vorzuweisen. Auch hier wäre es völlig falsch, mit antijüdischen Beschimpfungen zu reagieren oder so zu verallgemeinern, als wären alle

Teile der jüdischen Bevölkerung deutsch-nationale Reaktionäre gewesen. Es galt 1848 wie 1914 und 1918 also, einerseits eine realistische Einschätzung der politischen Haltung der in den jüdischen Gemeinden organisierten Bevölkerung vorzunehmen und andererseits, was Marx und Engels eben nicht immer gelungen ist, sorgfältig Abstand zu Verallgemeinerungen zu halten und Beschimpfungen zu unterlassen. Um die nachfolgenden, teilweise doch erschreckenden Formulierungen von Marx und Engels genauer einordnen zu können, muss in diesem Abschnitt – anders als in den Ausführungen zu sonstigen journalistische Arbeiten oder zu den Briefen – ausführlicher auf die Situation in Posen eingegangen werden, um die Positionen von Marx und Engels besser verstehen zu können.

Posen war Ende des 18. Jahrhunderts – wie die übrigen sogenannten „Ostprovinzen“ Schlesien, Ost- und Westpreußen – von Preußen annektiert worden. Es war eine Provinz mit nichtdeutscher Bevölkerungsmehrheit. Von den rund 2,1 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern (Stand 1910) sprachen zwei Drittel Polnisch und ein Drittel Deutsch.

In den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts entstanden in den sogenannten polnischen Ostprovinzen Organisationen mit dem Ziel der Erneuerung eines polnischen Staates. Es kam zum sogenannten „großpolnischen Aufstand“ und zur Krakauer Aufstandsbewegung von 1846, die das Ziel hatten, Posen mit den anderen polnischen Gebieten zu vereinigen und einen eigenständigen polnischen Staat zu gründen. Und schließlich fand in der Provinz Posen 1848 ein Aufstand statt, der von der preußischen Soldateska niedergemetzelt wurde.

Durch die Revolution von 1848 auch in Preußen und die vom Paulskirchen-Parlament verkündete jüdische Emanzipation, die allerdings auf dem Papier blieb, gab es offensichtlich bei Jüdinnen und Juden in Posen die Illusion, dass sich ihre Lage durch den Verbleib im preußischen Staat verbessern würde. Gleichzeitig wurde die auch von den polnischen Aufständischen verkündete Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung aus einer Reihe von Gründen mit großer Skepsis aufgenommen.

Kurz zusammengefasst: Es gibt eben offensichtlich eine ziemlich pauschale, aber eben auch nicht völlig falsche Bewertung von Marx

und Engels, die Verantwortlichen der jüdischen Gemeinden, aber auch teilweise die jüdische Bevölkerung in Posen als antipolnische Unterstützer des Preußentums einzuschätzen und dies auch in der ihnen zur Verfügung stehenden Tagespresse zu publizieren.⁶⁵²

Im Folgenden sollen tagespolitische Einschätzungen von Marx und Engels genauer betrachtet und auf der Grundlage von heute zugänglichen Quellen über die Ereignisse in Posen 1848 analysiert werden. Dies geschieht relativ ausführlich. Aus den folgenden Gründen: Erstens handelt es sich dabei um eine Folge von tagesaktuellen Einschätzungen von Marx und Engels zur Entwicklung in einer preußischen – genauer: von Preußen annektierten Provinz und nicht um lediglich sporadische Bemerkungen zu Ereignissen in anderen Ländern, wie dies des Öfteren der Fall ist. Zweitens ist die Annektierung Posens und die Unterdrückung der jüdischen und auch der polnischen Bevölkerung in Posen ein Anklagepunkt gegen Preußen, ein Anklagepunkt deutscher Unterdrückungsgeschichte. Und schließlich ist es auch wichtig herauszuarbeiten, wie Marx und Engels sich in dieser Gemengelage orientiert haben.

Posen war eine von Preußen annektierte Provinz. Im Zuge diverser geschichtlicher Ereignisse (mehrfache Teilung Polens) ist auch Posen zu einem der Themen der polnischen Befreiungsbewegung geworden, die sich im Kampf gegen Zarismus und Preußentum befand (es gab Russisch-Polen, Preußisch-Polen und Österreichisch-Polen).

Gegen die Aufständischen der Erhebung von 1846 wurde in Berlin vom August bis November 1847 der Prozess gemacht. 117 Angeklagte wurden wegen „schweren Landesverrats“ verurteilt, darunter 8 zum Tode.

Die jüdische Bevölkerung in Posen war in verschiedenen Wellen sowohl vor den Pogromen in Russland als auch in den vorangegangenen Jahrhunderten und Jahrzehnten vor judenfeindlichen Aktionen im „Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation“ geflohen. In den polnischen Gebieten im zaristischen Reich sowie auch in Posen verbreitete sich eine reaktionäre judenfeindliche Strömung. Die jüdische Bevölkerung in Posen befand sich zumindest teilweise in dem Dilemma,

nicht genau einschätzen zu können, ob eine preußische Herrschaft in Posen nicht das kleinere Übel gegenüber einer sich konstituierenden polnischen Nation sei.*

Am 17.4.1848 erschien in der „Allgemeinen Zeitung des Judentums“ (12. Jahrgang, Nummer 17) von Ludwig Philippsohn, dem leitenden Redakteur, eine kurze Analyse der Lage in Posen. Ausgehend von der Volkszählung 1843 lebten nach seinen Analysen in der preußischen Provinz Posen 790.000 Polen und 420.000 Deutsche. Die jüdische Bevölkerung umfasste demgegenüber 80.000 Personen. Philippsohn geht davon aus, dass die Juden in Posen „sämtlich deutsch sprechen“ (ebenda). Er verweist darauf, dass Deutschland und Preußen aktuell „jede Beschränkung“ (ebenda) gegen die jüdische Bevölkerung aufheben (Paulskirche) und ihnen daher Deutschland lieber sei als „das erst zu erkämpfende Polen, von dem sie erst erwarten müssten“, was dann passiert (ebenda). Und Philippsohn fährt fort:

„Die Sympathien aller Fühlenden sind für die Wiedererstehung Polens. Ja, auch die allgemeine Politik wird dieselbe rechtfertigen, um eine starke Vorhut gegen Russland zu gewinnen. Wen-

* Aufschlussreich in diesem Zusammenhang ist eine 1909 erschienene Denkschrift „Die Abwanderung der Juden aus der Provinz Posen“ von Bernhard Breslauer (Berlin 1909). Darin geht es um die Gründe für die zunehmende Abwanderung der jüdischen Bevölkerung aus der Provinz Posen. Umfangreiches statistisches Material wird herangezogen und als entscheidender Grund wird herausgearbeitet, dass sowohl wirtschaftliche Not als auch Judenfeindschaft Gründe für die Abwanderung waren. Aufgezeigt wird, dass alle Schritte zu mehr Rechten für die jüdische Bevölkerung in Posen oft auf dem Papier blieben oder nur schleppend umgesetzt wurden. Außerdem wurde fortlaufend Druck gemacht, dass die jüdische Bevölkerung in den Städten konzentriert werden solle. Gegen den jüdenfeindlichen Vorwurf, dass die jüdische Bevölkerung nicht „bodenständig“ sei, wird auch immanent argumentiert, dass die deutsche Bevölkerung ja auch abwandere, oft so schnell wie möglich weg aus der Provinz Posen wolle, Beamte die Versetzung dorthin als Strafversetzung ansehen würden. Geschichtlich aufgezeigt wird, dass die Behandlung der jüdischen Bevölkerung nur dann besser war, wenn diese gegen die „polnische Gefahr“ gebraucht wurde. Breslauer betont immer wieder, dass die Juden ja sowieso Deutsche seien, dass „der Grundcharakter ihrer Sprache deutsch geblieben“ sei (S. 3) und dergleichen. Breslauer führt eingangs Angaben von 1793 an, wonach die jüdische Bevölkerung in der Provinz Posen allerlei Berufe hatte, Handwerker, Bauern, dass sie Tagelöhner waren usw. (S. 3)

den wir den Blick auf die unter russischem Zepter lebenden Juden, so muss es unser heißester Wunsch sein, dass sie vom russischen Joche befreit werden.“ (Ebenda)

Für Philippsohn ist auch klar, dass die deutsche Bevölkerung in Posen nicht gemeinsam mit den Polen für die Wiederherstellung Polens kämpfen werde. Er geht auch davon aus, dass Juden in Posen sich der deutschen Seite zuwenden werden und kommentiert. „Traurig, bedauernd, aber in der Natur der Dinge liegend!“ (Ebenda) Und Philippsohn fasst zusammen, wohl unter Auswertung deutscher und polnischer Blätter: „Alle stimmen darüber ein, die Deutschen und die Juden als auf einer Seite zu schildern. Die Folgen können nur traurig sein.“ (Ebenda). In diesem Punkt deckt sich die Einschätzung Philippsohns mit der Einschätzung von Marx.

Allerdings wissen wir nicht, ob Marx und Engels diese Einschätzung aus der fortschrittlichen jüdischen Presse kannten oder nicht.

Angesichts dieser Einschätzung soll jedoch auch hervorgehoben werden, dass namentlich bekannte neun jüdische Ärzte die polnische Unabhängigkeitsbewegung aus politischer Überzeugung unterstützten, neben einer Reihe jüdischer Buchhändler.⁶⁵³

In den von uns ausgewerteten bürgerlichen wissenschaftlichen Quellen zu den Ereignissen in Posen während und nach 1848 ergibt sich ein komplexes, nach Ort und Zeit genau zu unterscheidendes und daher vielfältiges Bild.

Danach war die Haltung der jüdischen Einwohner zur polnischen Aufstandsbewegung nie einheitlich, insbesondere dort, wo es noch enge Bindungen an die deutsche Sprache und Kultur gab. Fraglos hat die polnische nationale Bewegung in ihren Dokumenten und Proklamationen die Gleichberechtigung der jüdischen Einwohner gefordert. Und sie hat sich zunächst vehement gegen Gerüchte gewehrt, wonach Übergriffen auf die jüdische Bevölkerung beabsichtigt wären.

Aber die Sache war komplizierter, da es im Jahre 1847 unabhängig von der polnischen Freiheitsbewegung zu sogenannten Hungerunruhen kam, bei denen deutsche, polnische und jüdische Kauflleute und Getreidehändler geplündert wurden, wobei sich an diesen Plünderungen auch Juden beteiligten. Sowohl von der angegriffenen Zielgruppe

als auch von den Revoltierenden her kann nicht einfach von jüdenfeindlicher Gewalt gesprochen werden, auch wenn es sicherlich in verschiedenen Städten und Dörfern sehr unterschiedlich eingeschätzt werden muss, welchen Anteil an antijüdischen Motiven es auch bei Teilen der polnischen Bauern gegeben haben mag.

Am 20. März 1848 erreichte die Nachricht von der Revolution in Berlin auch Posen. Zwei Tage später veröffentlichte das polnische Nationalkomitee in der Nummer 1 ihrer neu gegründeten Tageszeitung eine Erklärung an die „Brüder Israeliten“, die auch in deutscher Sprache gedruckt und auch als Flugblatt verbreitet wurde. Darin wird das Gerücht zurückgewiesen, dass Gewalttaten gegen Juden geplant seien und es wird versichert, dass ihre Religion und Gebräuche geschützt würden. Abschließend heißt es:

„Das volle Bürgerrecht, das unsere Brüder in Krakau im Jahre 1846 Euch verliehen, garantieren wir auch unseren Brüdern Israeliten.“⁶⁵⁴

Berichtet wird auch von Versammlungen, auf der jüdische Vertreter die Verbrüderung ausdrücklich begrüßten. Aber wenige Tage später begannen die Probleme.

Das polnische Nationalkomitee lehnte es ab, in ihre Organisation Deutsche und Juden aufzunehmen, so dass die Deutschen ein eigenes Nationalkomitee gründeten, in dem auch Juden aufgenommen wurden. In bestimmten Teilen Posens unterstützte eine Minderheit von Juden nach den vorliegenden Quellen wohl die polnischen Aufständischen – auch indem sie Geld, Kleidung und Proviant spendeten. Unstrittig ist aber wohl auch, dass sich eine nicht geringe Anzahl der jüdischen Einwohner gegen den polnischen Aufstand aussprachen. In der Tat kam es nun in 12 bis 15 Orten in Posen zu Ausschreitungen gegen Juden, in deren Verlauf auch Juden getötet wurden. Es kam zu zum Teil heftigen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf auch in der polnischen Presse in pauschaler Weise mit klischeehaften Vorwürfen zu Attacken auf die jüdische Bevölkerung übergegangen wurde. Bezeichnenderweise richteten Krakauer Juden einen dringenden Appell an die Juden in Posen, sich an der polnischen Sache zu beteiligen, doch – so weit stimmen die Quellen überein – hat sich die Mehrheit der

jüdischen Bevölkerung in Posen dem polnischen Aufstand nicht angeschlossen, sondern sogar die preußische Herrschaft unterstützt. Dabei ist es sicherlich auch nicht unerheblich gewesen, dass die Paulskirchen-Versammlung in Frankfurt am Main sich ebenfalls ausdrücklich, trotz der Forderung nach Demokratie im Inneren, in reaktionärer Weise gegen den polnischen Aufstand ausgesprochen hat.

Für Marx und Engels war aufgrund ihrer Information und ihrer revolutionären Grundhaltung klar, dass die revolutionäre polnische Nationalbewegung auf jeden Fall unterstützt werden musste. Nach den ihnen vorliegenden Informationen bekämpften sie alle Erscheinungen innerhalb der jüdischen Bevölkerung und von einzelnen jüdischen Persönlichkeiten, sich auf die preußische Seite gegen die polnische Nation zu stellen.

Dabei haben Marx und Engels aber, wie gezeigt werden kann, Berichte über Ereignisse doch allzu rasch in Gesamteinschätzungen und zu pauschal zu negativen Urteilen zusammengefasst.

Gehen wir die Artikel in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ von Marx und Engels Posen betreffend der Reihe nach durch.

Engels prangert in der Nummer 9 vom 9.6.1848 unter der Überschrift „Neue Teilung Polens“ den preußischen Staat an, der sich einen Teil Polens einverleiben wollte. Dabei spricht er zunächst „Deutsche und Juden“ in Posen als eine einheitliche Gruppe an, die sich nach seiner Einschätzung bemühen, „sich zur Herrschaft emporzuschwingen“. Dabei schränkt er ein, dass es sich um die handeltreibende Bürgerschaft dreht und es gerade diese „Deutschen und Juden“ seien, die sich auf ihre Eigenschaft als Deutsche berufen, obwohl sie „ebenso wenig Deutsche wie die Deutschamerikaner“ seien (MEW 5, S. 56). Es drohe, so Engels, nach einem Anschluss an Preußen die Unterdrückung der polnischen Sprache und Nationalität. Trotz Einschränkung ist hier schon in der Tendenz eine Verallgemeinerung angelegt, die in zwei weiteren Artikeln deutlich wird.

Hier spricht Engels dann ohne Einschränkung von den „Barbareien der preußischen Soldateska, der Juden und Deutschpolen“ (Nr. 39 vom 9.7.1848, MEW 5, S. 186 f.). In der Nummer 41 vom 11.7.1848 prangert er die Grausamkeiten der deutschen Soldateska wieder an

und fügt hinzu, dass ihr „die Deutschpolen und Juden Beifall zugejubelt“ (MEW 5, S. 193) hätten.

In einem weiteren Artikel wird wieder undifferenziert von „profitwütigen jüdisch-preußischen Winkelmännern“ gesprochen, die gegen Polen kämpften und sich als Konterrevolutionäre erwiesen haben (siehe MEW 5, S. 337).

Auch Marx empörte sich in der Nummer 145 der „Neuen Rheinischen Zeitung“ vom 17.11.1848 einerseits pauschal, andererseits auch einschränkend über die paradoxe Situation, dass Juden auf der Seite der Konterrevolution stehen, die sie nach dem preußischen Sieg wieder in ihr Ghetto zurückwerfen werde.

Marx schreibt:

„Und nun gar die *Juden*, die seit der Emanzipation ihrer Sekte wenigstens in ihren vornehmen Vertretern überall an die Spitze der *Konterrevolution* getreten sind, was harrt ihrer? Man hat den Sieg nicht abgewartet, um sie in ihr Ghetto zurückzuschleudern.“ (MEW 6, S. 25)*

* Walter Grab fand heraus, dass die Leipziger Wochenschrift „Der Orient“ in der Neujahrsnummer 1849 gegen die „Neue Rheinische Zeitung“ polemisiert und diese Bemerkung von Marx entschieden zurückgewiesen habe. Unter Sekten verstehe man, so referiert Grab die Wochenschrift „Der Orient“, religiöse Gesellschaften mit irrigen und schädlichen Meinungen; das Judentum bilde jedoch keine Sekte, sondern wolle die ganze Menschheit bilden. Wen habe Marx mit den jüdischen vornehmen Vertretern gemeint? Die reichen Juden seien nicht repräsentativ, und jüdische Schriftsteller wie Berthold Auerbach stünden ebenso wenig auf Seite der Konterrevolution wie Juden, die vom Volk gewählt worden seien und in den Parlamenten von Berlin und Frankfurt saßen, also Männer wie Johann Jacoby, Gabriel Rießer und Moritz Hartmann. Marx, so die Zeitschrift „Der Orient“, sollte sich die Worte von Isaak Noa Mannheimer zu Herzen nehmen, die dieser bei der Leichenfeier der Märzgefallenen in Wien gesagt habe: „Unter den ersten, die das Wort ergriffen und geführt in den stürmischen Tagen, waren die Juden! [...] Jetzt nichts für uns! Kein Wort von ‚Judenemanzipation‘ [...] Wo die rohe Gewalt einbricht, bricht sie gegen uns ein; wo die Gewalt der Herrschaft regiert, regiert sie gegen uns.“ (Der Orient, 10. Jg., Nr. 1, 1. Januar 1849, S.4, zitiert in Grab, Walter: Der deutsche Weg der Judenemanzipation 1789–1938, München 1991, S. 120, eckige Klammer bei Grab).

Das ist im Kern für Posen korrekt, aber das Wörtchen „überall“ wird nicht belegt und ist doch arg pauschal. Jedenfalls ist das eine berechnete Warnung, nicht das reaktionäre Preußentum zu unterstützen.

Hier wird zunächst eines deutlich: Marx ist enttäuscht, dass jüdische Repräsentanten – er schränkt es ein auf „wenigstens in ihren vornehmen Vertretern“ – sich zur Konterevolution in Polen hin entwickeln und an ihre Spitze stellen, obwohl sie damit ihre Emanzipation rückgängig machen. Marx betont also unter Hinweis auf die Erneuerung der alten Beschränkungen, dass solche Juden sich sozusagen selbst an die Seite derjenigen stellen, die ihnen die Menschenrechte von 1789 rauben.

Denn bei Marx heißt es anschließend:

„Zu Bromberg erneuert die Regierung die alten Beschränkungen der Freizügigkeit und beraubt die Juden so eines der ersten Menschenrechte von 1789, sich frei von einem Orte an den andern zu begeben.“ (MEW 6, S. 26)

Marx prangert jedenfalls die antijüdischen Maßnahmen und die Gefahren für die jüdische Bevölkerung in Posen an. Seine differenzierende Position unterscheidet sich dann doch von Engels.

Im letzten Artikel der „Neuen Rheinischen Zeitung“ (Nr. 285 vom 29.4.1849) aller von uns durchgesehenen Artikel von Marx oder Engels zu Posen wendet sich Engels zu Recht gegen die großdeutsche chauvinistische Volkszählung, die aus expansionistischen Gründen „die polnischen Juden zu Deutschen gerechnet“ (MEW 6, S. 448) habe.

In diesem Artikel versteigt sich Engels im Jargon der französischen Frühsozialisten wie Fourier⁶⁵⁵ zu einer völlig unakzeptablen und unerträglichen Begründung,

„dass die deutschen Nationalgimpel und Geldmacher des Frankfurter Sumpfparlaments bei diesen Zählungen immer noch die polnischen Juden zu Deutschen gerechnet, obwohl diese schmutzigste aller Racen weder ihrem Jargon, noch ihrer Abstammung nach, sondern höchstens durch ihre Profitwütigkeit mit Frankfurt in Verwandtschaftsverhältnis stehen kann“ (ebenda).

Es kann wohl kaum bestritten werden, dass Engels hier auf ein jüdenfeindliches Agitationsvokabular zurückgreift und ohne jede Einschränkung „die polnischen Juden“ beschimpft. Engels schildert, zunächst wieder vollkommen zu Recht, die konterrevolutionären Racheaktionen gegen die polnischen Aufständischen, die entwaffnet und massakriert worden sind. Dann heißt es wieder pauschalierend, „im Verein mit den Juden“ seien die Kirchen geplündert, die Dörfer verbrannt und die Polen totgepeitscht worden (siehe MEW 6, S. 449). Die politische Stoßrichtung gegen die preußische Soldateska und gegen alle, die sich mit ihnen verbündeten, seien es Juden oder Nichtjuden, ist richtig und verständlich. Doch die darüber hinausgehende Verallgemeinerung, die agitatorische Übertreibung und gar der Rückgriff auf jüdenfeindliches Vokabular sind nicht akzeptabel.

Im Ergebnis lässt sich feststellen, dass die polnische Aufstandsbewegung in Posen keinen Erfolg hatte und die jüdische Bevölkerung bis zur Gründung des „Deutschen Reichs“ 1871 den unterschiedlichen gesetzlichen und realen Diskriminierungen des preußischen Staates ausgesetzt war.

Auch ohne alle geschichtlichen Details wirklich analysiert zu haben – hier gibt es sicher noch viele offene Fragen –, ist jedoch eins klar: Verschiedene Teile der jüdischen Bevölkerung in Posen haben sich zu unterschiedlichen Zeitpunkten und an unterschiedlichen Orten auch sehr verschieden, auch gegensätzlich verhalten. So wird bei der tagespolitischen Behandlung der Frage vor allem von Engels zwar ein reales Problem angesprochen. Aber es wurde von Engels doch allzu pauschal mit jüdenfeindlichem Vokabular und auch wirklich diskriminierend geurteilt.⁶⁵⁶

b) Bemerkungen zu falschen und unerträglichen Äußerungen in journalistischen Arbeiten und Privatbriefen von Marx und Engels

Die Ehrlichkeit erfordert es, bei der Durchsicht aller in den Marx-Engels-Werken veröffentlichten Passagen auch auf jene Formulierungen einzugehen, die zeigen, dass Marx und Engels zwar in entscheidenden Fragen weit aus dem Sumpf ihrer Zeit herausgetreten waren, aber im Hinblick auf die damals gängigen judenfeindlichen Klischees auch in einigen zeitgeschichtlichen Artikeln und noch mehr in einigen Briefen diesen aufsaßen.

Es soll knapp aufgezeigt werden, dass in einigen Passagen die judenfeindliche Kampagne in Frankreich und England gegen Rothschild nur sehr vorsichtig wegen der Personalisierung kritisiert wurde, sehr oft aber verblieben Marx und Engels selbst in den judenfeindlichen Polemiken gegen Rothschild.

Juden werden in einigen Äußerungen als Inbegriff von Wucher, Schacher, Börse und Betrug angesehen.

Ein ganz besonderes Problem ist die Darstellung der polnischen Juden in einigen Stellen, die – wie gezeigt bei Engels – im Zusammenhang mit Posen oder außerhalb mit besonderem Hohn, ja Verachtung charakterisiert werden.

Als Letztes ist unstrittig, dass Marx und Engels insbesondere in ihrem Briefwechsel, aber auch in Artikeln, Personen, die sie verachteten, mit dem Zusatz „Der Jude xy“ charakterisierten, was insbesondere gegenüber Lassalle zu unerträglichen Formulierungen führte.

Juden als „Schacherer“, „Betrüger“ und „Wucherer“

In seiner Schrift „Lage der arbeitenden Klasse in England“ von 1845 charakterisiert Engels an einer Stelle die englischen Bourgeois als „Schacherjuden“ (MEW 2, S. 487).

In der „Deutschen Ideologie“ von 1845/46, einer Frühschrift von Marx und Engels, kommt ein „andalusischer Schacherjude“ vor (MEW 3, S. 392).

1848 heißt es in einem Artikel von Engels, dass er von einem Sieg der Bourgeoisie über das österreichische Kaisertum ausgehe, um nachzuschieben: „Wir wünschen nur, dass es recht gemeine, recht schmutzige, recht jüdische Bourgeois sein mögen, die dies altehrwürdige Reich ankaufen.“ (MEW 4, S. 509). „Recht jüdisch“ ist gleichbedeutend mit besonders ausbeuterisch und charakterlos, eine deutlich judenfeindliche Diktion.

In der „Neuen Rheinische Zeitung“, Nr. 93 vom 3. September 1848, schreibt Engels im Artikel „Die Polendebatte in Frankfurt“ davon, dass „ein polnischer Jude deutsch kauderwelscht, auf Wucher leiht, Münz und Gewicht verfälscht“ (MEW 5, S. 353).

In einem Artikel der „Neuen Rheinischen Zeitung“ von 1850 wird von den schachernden „Finanzjuden der Pariser Börse“ geredet (MEW 7, S. 208).

In dem Artikel „Der italienische Aufstand – Britische Politik“, abgedruckt in der „New-York Daily Tribune“⁶⁵⁷, Nr. 3701 vom 25. Februar 1853, heißt es, dass Baron Rothschild, der in England lebte, ein „jüdischer Wucherer“ sei (MEW 8, S. 525).

In dem Artikel „Parlamentsdebatten – Der Klerus und der Kampf um den Zehnstundentag – Hungertod“ von Marx, abgedruckt in der „New-York Daily Tribune“, Nr. 3716 vom 15. März 1853, über Parlamentsdebatten in England heißt es:

„Der Ausschluss der Juden aus dem Unterhaus [in England] ist unzweifelhaft eine absurde Anomalie, da ja doch der Geist des Wuchers so lange schon im britischen Parlament den Vorsitz geführt hat und die Juden ohnehin schon die Wählbarkeit zu allen Ämtern des staatlichen Gemeinwesens erlangt haben“. (MEW 8, S. 535)

Marx bezieht hier den „Geist des Wuchers“ zunächst auf das englische Parlament. Indem er es aber dann als „Anomalie“ darstellt, dass „die Juden“ aus diesem Parlament ausgeschlossen werden, zieht er eine Verbindung zwischen dem „Geist des Wuchers“ und „den Juden“

und bedient indirekt damit das jüdenfeindliche Klischee von „den Juden“ als Wucherer.*

Im Artikel von Marx, „Österreichs Bankrott“, abgedruckt in der „New-York Daily Tribune“, Nr. 4033 vom 22. März 1854, ist die Rede von „den Juden der Wiener Bank“, von denen die Regierung Österreichs abhängig wird (MEW 10, S. 104).

Im Artikel „Über die Bauernbefreiung in Russland“, abgedruckt in „New-York Daily Tribune“, Nr. 5535 vom 17. Januar 1859, heißt es bei Marx,

„dass der russische Adel überdies in großem Maße an Privatpersonen, an Bankiers, Händler, Juden und Wucherer verschuldet ist“ (MEW 10, S. 677).

Hier hebt Marx als besondere Kategorie neben Bankiers, Händler, Wucherer die Kategorie der „Juden“ hervor. „Jude“ steht für Marx als Synonym für jemand, der Kredite vergibt und an den selbst der russische Adel verschuldet ist.

In einem möglicherweise damals auf Deutsch unveröffentlichten Artikel 1864 über „Die englische Armee“ räsoniert Engels, dass „die Wucherjuden“ in England „mit Wechseln“ ebenso viele junge Offiziere ins Unglück treiben wie anderswo (siehe MEW 15, S. 609).

Engels schreibt im Artikel „Über den Gründungsschwindel in England“ in der Zeitschrift „Der Volksstaat“, Nr. 91 vom 11. November 1871, an einer Stelle über Aktienschwindel im Zusammenhang mit neugegründeten Firmen. Dort heißt es:

„Und wenn dieser Gründungsschwindel in der letzten Zeit auch in Deutschland und Österreich in vollen Schwung gekommen ist, wenn Fürsten und Juden, Reichskanzler und Pfäfflein gemeinsam auf die Ersparnisse der kleinen Leute Jagd machen, so kann uns das nur willkommen sein.“ (MEW 17, S. 459)

* In einem Brief von Marx an Adolf Cluß, 17.4.1853, erwähnt er Personen von „jüdisch-ästhetischen Schachern“ (MEW 28, S. 585).

„Juden“ sind hier für Engels eine eigene Kategorie, die die „kleinen Leute“ betrügen, ihre Ersparnisse rauben und sich mit den Herrschenden zusammenschließen. Hier steht „Jude“ bei Engels synonym für „Betrüger“. Warum Engels diese „Jagd“ willkommen heißt, begründet er nicht.

In der Artikelserie von Engels „Wilhelm Wolff“, geschrieben zwischen Juni und Ende November 1876, in der Zeitschrift „Die Neue Welt“, Leipzig 1876, veröffentlicht, zitiert Engels einen Artikel von Wolff von 1849 über die Situation der Bauern in Polen. Wolff behauptet, dass der Bauer gezwungen war, „sich dem Juden in die Arme zu werfen und in den Schlingen des pfiffigen Wucherers ohnmächtig zapfelnd zu verenden“ (MEW 19, S. 79). Engels kritisiert diese judenfeindliche Schilderung mit keinem Wort.

Problematische und falsche Bemerkungen zu Rothschild

Im dem Artikel von Marx, „Der französische Crédit mobilier“, abgedruckt in der „New-York Daily Tribune“, Nr. 4737 vom 24. Juni 1856, geht Marx auch auf Formen des reaktionären „Sozialismus“ ein und schreibt:

„... und da gab es zwei portugiesische Juden, mit der Börsenspekulation und mit Rothschild praktisch verbunden.“ (MEW 12, S. 27)*

* Silberner hat noch drei weitere Artikel von Marx aus der „New-York Daily Tribune“ analysiert, die, aus welchen Gründen auch immer, nicht in die Marx-Engels-Werke aufgenommen wurden. Dass diese Artikel von Marx stammen, lässt sich laut Silberner anhand des Buchs „Karl Marx, Chronik seines Lebens“ (S. 155–156) nachweisen, das 1934 vom Marx-Engels-Lenin-Institut in der damals noch sozialistischen Sowjetunion herausgegeben wurde. Die Artikel enthalten nichts wesentlich Neues. Sie beschäftigen sich alle drei mit der Macht der Bankiersfamilie Rothschild und benutzen ähnliche Formulierungen wie oben schon dargestellt. Eine Bemerkung in dem Artikel „The Russian Loan“ vom 4.1.1856 soll hier jedoch wiedergegeben werden: „So finden wir, dass hinter jedem Tyrannen ein Jude, wie hinter jedem Papst ein Jesuit steht. Wahrlich, die Gelüste der Unterdrücker wären hoffnungslos, die Möglichkeit von Kriegen unvorstellbar, gäbe es nicht eine Armee von Jesuiten, das Denken zu drosseln, und eine Handvoll Juden, die Taschen zu plündern.“ (Zitiert nach: Silberner, Edmund: Sozialisten zur Judenfrage, Berlin 1962, S. 130) Hier wird klar das judenfeindliche Vorurteil von der angeblichen „Macht der Juden“ über Krieg und Frieden bedient sowie das Vorurteil, dass Juden überall, wo es „Tyrannen“ gibt, ihre Finger

Marx „brandmarkt“ hier die Begründer des reaktionären „bonapartistischen Sozialismus“ als „portugiesische Juden“ mit Verbindung zu Rothschild und zur „Börsenspekulation“.

Für die Wochenzeitung „Northern Star“, einer demokratischen Zeitung in England, die sich an den Chartisten orientierte und Masseneinfluss hatte (1839: 40.000er Auflage, aber wohl gelesen von 300.000, 1846 war die Auflage mehrere Tausend), schrieb Engels den Artikel „Regierung und Opposition in Frankreich“ für die Ausgabe vom 5. September 1846.

Dort heißt es an einer Stelle:

„Aber vor kurzer Zeit hat eine neue Art des Angriffs begonnen, die der Erwähnung wert ist. Ein Arbeiter hat eine Broschüre gegen das Oberhaupt des Systems geschrieben, nicht gegen Louis-Philippe, sondern gegen ‚Rothschild I., König der Juden‘. Der Erfolg dieser Broschüre (sie hatte bis jetzt etwa zwanzig Auflagen) zeigt, wie sehr dieser Angriff den Nagel auf den Kopf getroffen hat. König Rothschild sah sich gezwungen, zu seiner Verteidigung zweimal in der Presse aufzutreten gegen die Angriffe eines Mannes, den niemand kennt und dessen ganzes Eigentum aus den paar Kleidungsstücken besteht, die er trägt. Die Öffentlichkeit hat die Kontroverse mit größtem Interesse aufgenommen. Etwa dreißig Pamphlete dafür und dagegen sind veröffentlicht worden. Der Hass gegen Rothschild und gegen die money lords ist ungeheuer groß, und eine deutsche Zeitung schreibt, Rothschild möge dies als Warnung dienen, sein Hauptquartier besser woanders aufschlagen und nicht auf dem ständig brodelnden Vulkan von Paris.“ (MEW 4, S. 29)

Schon der Titel „König der Juden“ legt nahe, dass es sich bei dieser Broschüre um ein judenfeindliches Pamphlet handelt. Engels' Lob („Nagel auf den Kopf getroffen“) für diese Broschüre und die sich ent-

im Spiel hätten. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Redaktion der „New-York Daily Tribune“ hier Formulierungen von Marx geändert hat. Es bleibt die Frage, mit welchem Argument der Artikel nicht in der MEW aufgenommen wurde.

wickelnde Bewegung ignoriert ihren jüdenfeindlichen Inhalt, ja Engels selbst spricht im jüdenfeindlichen Jargon von „König Rothschild“.

Die Broschüre wurde auch ins Deutsche übersetzt und strotzt nur so von jüdenfeindlichen Widerlichkeiten.*

Im Artikel „Deutscher Sozialismus in Versen und Prosa“, erschienen in der „Deutsche-Brüsseler-Zeitung“, Nr. 73 vom 12. September 1847, kritisiert Engels Gedichte und Lieder eines gewissen Karl Beck, abgedruckt in „Lieder vom armen Mann, oder die Poesie des wahren Sozialismus“. Bei Engels heißt es dann:

„Nicht die Vernichtung der wirklichen Macht Rothschilds, der gesellschaftlichen Zustände, worauf sie beruht, droht der Dichter; er wünscht nur ihre menschenfreundliche Anwendung. Er jammert, dass die Bankiers keine sozialistischen Philanthropen sind, keine Schwärmer, keine Menschheitsbeglückter, sondern eben Bankiers ... Die Drohungen und Vorwürfe, womit Beck das Haus Rothschild überschüttet, wirken allem guten Willen zum Trotz noch burlesker auf den Leser als eine Kapuzinerpredigt. Sie beruhen auf der kindlichsten Illusion über die Macht der Rothschilde, auf einer gänzlichen Unkenntnis des Zusammenhangs dieser Macht mit den bestehenden Zuständen, auf einer vollkommenen Täuschung über die Mittel, welche die Rothschilde anwenden mussten, um eine Macht zu werden und um eine Macht zu bleiben.“ (MEW 4, S. 207 f.)

* Es geht um die Broschüre von George Dairnvaell, „Erbauliche und seltsame Historia von Rothschild I. König der Juden. Von Satan“, Berlin 1846. Dort wird auf S. 6 über Rothschild behauptet, „der Instinkt seiner Race war mächtiger in ihm, und so lernte er mit großem Erfolg die verschiedenen Handelsbranchen“. Rothschild wird als „Geier“ (S. 10), als „Blutegel auf der Ader des Menschen“ (S. 11), die Rothschilds werden als „Vampire des Handels und das Unglück der Nationen“ jüdenfeindlich beschimpft. Rothschild selbst sei der „König von Europa, Asien, Africa, America, Australien und anderen Ländern, und allenthalben Judenkönig“ (S. 15). Hier wird die Lüge von der „jüdischen Weltherrschaft“ angedeutet. Am Ende dieser Hetzschrift wird „den Juden“ dann unter anderem „Golddurst“ und „unersättlicher Heißhunger nach Gut und Macht“ unterstellt (S. 32).

Hier stellt Engels zunächst durchaus zu Recht klar, dass die Macht Rothschilds als Kapitalist eben auf „gesellschaftlichen Zuständen“, also dem Kapitalismus beruht, und keineswegs etwas damit zu tun hat, dass Rothschild Jude ist.

Weiter heißt es dann aber:

„Rothschild hätte also der Erlöser der Juden werden sollen. Und wie sollte Rothschild dies anfangen? Die Juden hatten ihn zum *König* gewählt, weil er das schwerste Gold besaß ... Er hätte die Eigenliebe, die List und den Wucher aus ihrem Gedächtnis streichen, mit einem Wort, er hätte als Moral- und Bußprediger im Sack und in der Asche auftreten sollen. Die brave Forderung unseres Poeten ist dieselbe, als wenn er von Louis-Philippe verlangte, er solle den Bourgeois der Julirevolution lehren, das Eigentum abzuschaffen. Wenn beide so verrückt wären, so würden sie alsbald ihre Macht verlieren, aber weder die Juden den Schacher, noch die Bourgeois das Eigentum sich aus dem Gedächtnis streichen.“ (MEW 4, S. 211 f., Hervorhebung im Original)

So richtig es ist, dass Engels es hier als Illusion entlarvt, wenn von Kapitalisten verlangt werde, dass sie auf ihr Eigentum verzichten und ihre Moral ändern. So falsch ist es von Engels, dass er hier wiederum Rothschild als „König der Juden“ tituliert und „die Juden“ insgesamt mit dem „Schacher“ identifiziert – beides sind judenfeindliche Stereotype.

„Geldmarkt“-Klischees und verächtliche Äußerungen über körperliche Merkmale und sprachliche Eigenarten

Im Artikel von Marx „Die Lage in Preußen“, abgedruckt in der „New-York Daily Tribune“, Nr. 5505 vom 13. Dezember 1858, heißt es:

„der andere Dr. Veit, ebenfalls ein Verleger und wegen seines jüdischen Glaubens vom Geldmarkt auserkoren, der hier wie überall stark mit semitischem Blut durchsetzt ist“ (MEW 12, S. 649).

Diese Passage ist grundlegend falsch. Zudem: Die Wörtchen „überall“ und „stark“ sind eine ganz falsche Übertreibungen, denn auch

1858 konnte weltweit keine Rede davon sein, dass Juden den „Geldmarkt“ in diesem Sinne beherrschen. Hier benutzt Marx den klar auch damals schon judenfeindlich-rassistisch besetzten Begriff vom „semitischen Blut“ und verfällt in die Diktion der damaligen judenfeindlichen Kräfte.⁶⁵⁸

In einem Brief von Marx an Engels vom 18.8.1853 ist die Rede von einer „jüdisch genäselten Bemerkung“ (MEW 28, S. 278), in einem anderen Brief vom 7.5.1861 von einem „jüdelnden Ton“ (MEW 30, S. 164). Marx spricht in einem Brief an Antoinette Philips vom 24.3.1861 von „einer garstigen jüdischen Physiognomie“ (MEW 30, S. 591) einer Frau. Marx erwähnt in einem Brief an seine Tochter Jenny vom 10.6.1869 einen „treu-jüdischen Typ“ (MEW 32, S. 614). Engels bezeichnet in einem Brief an Karl Kautsky vom 17.5.1892 jemanden als „Nasenjuden“ (MEW 38, S. 339).

Verwendung von „jüdisch“ oder „Jude“ als Beschimpfung

Engels beschimpft in dem Artikel „Deutscher Sozialismus in Versen und Prosa“, erschienen in der „Deutsche-Brüsseler-Zeitung“, Nr. 73 vom 12. September 1847, einen Schriftsteller als „Judensabbel“ (MEW 4, S. 215).

In dem Artikel „Das Manifest des Herrn de Lamartine“, abgedruckt im „The Northern Star“, Nr. 525 vom 13. November 1847, lobt Engels ein judenfeindliches Pamphlet als „kräftige Antwort“, wobei dieses die englische Regierung als „Juden“ beschimpft:

„Hier die kräftige Antwort der „*Réforme*“ auf sein saft- und kraftloses Manifest: „... Was bedeutet denn Frieden mit der aristokratischen, geldscheffelnden englischen Regierung, die die Meere tyrannisiert, die die Freiheit in Portugal erstickt, die selbst aus den Lumpen ihres Volkes Geld presst? Frieden mit diesen Juden, diesen Giftkräthern, wir wiederholen es, ist für ein Land, das sich in der Revolution befindet, Feigheit, Schande, Verbrechen, moralische Fahnenflucht und totaler Bankrott nicht allein der Sache, sondern auch des Rechts und der Ehre.““ (MEW 4, S. 389)

Im Artikel „Die Reorganisation der englischen Militäradministration – Die österreichische Sommaton – Die ökonomische Lage Englands – Saint-Arnaud, abgedruckt in der „New-York Daily Tribune“, Nr.

4114 vom 24. Juni 1854, geht Marx im letzten Teil auch auf die Lage in Frankreich ein und schildert eine eigentlich unwichtige Begebenheit:

„Die Herzogin von Berry, die von dem Juden Deutz an Herrn Thiers verkauft wurde, wurde in Nantes festgenommen, und Achille bekam den Auftrag, sie nach Blaye zu geleiten, wo er als einer ihrer Kerkermeister unter dem Kommando des Generals Bugeaud fungieren sollte.“ (MEW 10, S. 271)

Marx hebt hier hervor, dass derjenige, der die Herzogin von Berry verächtlicherweise an „Herrn“ Thiers „verkauft“ habe und sich als „ihr Kerkermeister“ verdingen ließ, „Jude“ war. Die Kennzeichnung „Jude“ trägt eigentlich nichts zur Charakterisierung des Deutz bei, es sei denn, diese dient per se schon als Beschimpfung für eine üble Person.⁶⁵⁹

In einigen Briefen, die Marx und Engels sich untereinander, aber auch an Freunde und Genossinnen und Genossen schrieben, sind Bemerkungen enthalten, bei denen „jüdisch“ oder „Jude“ benutzt wird, um vor allem ihren politischen Gegner Lassalle zu beschimpfen. Es geht um Formulierungen wie „Jüdel Braun“, „Jüdchen“ und noch schlimmere Beschimpfungen gegen Lassalle, Bernstein und andere Personen.⁶⁶⁰

Solche Beschimpfungen sind unerträglich, müssen kritisiert werden und sind mit nichts zu rechtfertigen oder zu entschuldigen.

Bezüge zur alten Geschichte des Judentums und der jüdischen Religion

Insbesondere Marx, aber auch Engels verwendeten an einigen Stellen auch Analogien zum ursprünglichen Volk Israel und zur jüdischen Religion. Engels befasste sich in seinen Schriften „Bruno Bauer und das Urchristentum“ und „Zur Geschichte des Urchristentums“ eher in historisch-theologischer Hinsicht mit dem Verhältnis von Judentum und Christentum.⁶⁶¹ Ansonsten handelt es sich weitgehend um Passagen, in denen Marx und Engels mit einer gewissen Ironie Berichte über die Zeit des Moses und die „Kinder Israels“ nutzen, um Positionen anderer Autoren zu entkräften oder deren Kompetenz in Frage zu stellen.⁶⁶²

Verstreute Passagen über das ursprüngliche „Volk Israel“ sollen an dieser Stelle nicht weiter verfolgt werden, wenn auch festgehalten werden kann, dass sie weitgehend eher eine negative Färbung haben.⁶⁶³

Von Interesse ist möglicherweise noch, dass Engels in einer frühen Polemik gegen den deutsch-nationalistischen Ideologen, den sogenannten „Turnvater Jahn“, darstellte, dass Jahn „die Deutschen zum auserwählten Volk Israel“ machen wollte (MEW 41, Ergänzungsband II, S. 122). Aber auch dieser Punkt soll hier nicht vertieft werden, auch wenn er genauer ausgeführt als Entlarvung der Projektion des Judenfeindes Jahn dienen kann, aber auch nicht muss! Möglich wäre auch, dass nun die Deutschen so schlimm werden sollen wie die Juden schon sind: sich als „auserwähltes Volk“ fühlen.

3) Zur Frage nach den Ursachen der Fehler von Marx und Engels im Kampf gegen Judenfeindschaft

In der Auseinandersetzung über jüdenfeindliche Äußerungen wichtiger Persönlichkeiten ist ein durchgehendes Problem, dass Erklärungen wie „Das muss man aus der Zeit heraus verstehen“ oder „Das war damals halt so“ den ersten Schritt zur Entschuldigung darstellen. Dabei ist die Sache eigentlich ganz einfach: Zweifelsohne gibt es den Druck des sogenannten „Zeitgeists“, aber niemand muss dessen Sklave sein. Die daraus sich ergebende Frage ist also im Grunde: Haben Persönlichkeiten wie Marx und Engels als Revolutionäre gegen den jüdenfeindlichen Druck in ihrer Zeit angekämpft? Die Antwort ist klar, das haben sie.

Marx wusste, dass er schon sehr früh von seinen Feinden als Jude denunziert wurde und dass auch Personen wie Bakunin ihn jüdenfeindlich attackierten. Seine Position war nachweislich: nicht darauf reagieren. Unzweifelhaft verstand er sich nicht in erster Linie als Jude, kritisierte und verachtete jede Religion und kämpfte selbstverständlich gegen Pogrome und für die Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung als Demokrat und Kommunist.

Haben Marx und Engels Fehler in diesem Kampf gemacht? Auch hier ist die Antwort klar: Es gab diese Fehler, und zwar in nicht geringer Anzahl.*

Die Ursachen können auf verschiedener Ebene diskutiert werden. Judenfeindliche Tendenzen in der Aufklärung, aber auch bei den sogenannten Frühsozialisten wie Fourier, bei Philosophen wie Fichte haben sicherlich ihre Spuren hinterlassen, in welchem Umfang, bleibt Spekulation. Dass auch die gesamte Alltagssituation in Deutschland judenfeindlich aufgeladen war, blieb offensichtlich auch nicht ohne Wirkung, ebenso wie die Tagespresse und eine Fülle von Begegnungen mit in dieser Frage unreflektierten Menschen.

Der entscheidende Punkt ist für uns, mit solchen Erklärungen keine Entschuldigungen vorzunehmen, sondern insbesondere für die aktuelle politische Arbeit deutlich zu machen, dass Marx und Engels, die in so vielen Punkten so weit über den damaligen Horizont hinausblickten, gerade in der Frage des Kampfs gegen die Judenfeindschaft manche Vorurteile und negative Vorgaben ihrer Zeit nicht hinter sich lassen konnten.⁶⁶⁴

* Es sei noch angemerkt, dass Persönlichkeiten wie Heinrich Heine und Ludwig Börne, ebenso wie Marx wirkliche Kämpfer gegen die Judenfeindschaft, selbst auch Äußerungen von sich gegeben haben, die durchaus mit den Äußerungen von Marx verglichen werden können. Dass diese Äußerungen, anders als bei Marx, eher mit Gleichgültigkeit aufgenommen werden, erklärt sich bei Autoren wie Silberner und anderen sicher auch durch einen großen Anteil Antikommunismus in ihrer Arbeit; die Autorität von Marx soll untergraben werden. Nach kurzem Nachdenken ist es aber schon richtig, sich mehr auf Marx als einen der Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus zu konzentrieren, auch auf seine Fehler. Die Fehler von Heine und Börne, so schlimm sie auch sind, sind Fehler von Dichtern und eben nicht die Fehler eines Karl Marx.

Analyse der judenfeindlichen Passagen in Heinrich von Treitschkes Artikel „Unsere Aussichten“ (1879)

Nachfolgend geben wir die kompletten neun Absätze wieder, in denen Treitschke sich in seinem Artikel „Unsere Aussichten“ 1879 mit der „Judenfrage“ befasst, den wir bereits im Teil 1 analysiert haben.* Vor jedem der neun Absätze haben wir jeweils knapp unsere Charakterisierung der judenfeindlichen Positionen und Argumentationen Treitschkes eingefügt.⁶⁶⁵

Einige judenfeindliche Flugschriften sind fast „Klassiker“ geworden: etwa Treitschkes „Ein Wort über unser Judenthum“ oder „Unsere Aussichten“. Nachdem Treitschke seinem Verleger Georg Riemer vorgeschlagen hatte, aus seinen judenfeindlichen Artikeln eine separate Flugschrift zu veröffentlichen, antwortete dieser ihm zustimmend: „So gut es war, dass der erste Judenartikel nur in den Jahrbüchern erschienen und damit unzweideutig erwiesen ist, dass es sich um einen Hetzartikel nicht handelt, so scheint es mir bei der Flut von Gegenartikeln jetzt allerdings notwendig, einen besonderen Abdruck zu veranstalten.“⁶⁶⁶

„Erwachen des Volksgewissens“

Ausgangspunkt Treitschkes in der zusammenhängenden Passage zur Judenfeindschaft in „Unsere Aussichten“ war die These, dass „in den Tiefen unseres Volkslebens eine wunderbare, mächtige Erregung“ arbeite. Im **ersten Absatz** zeichnet Treitschke ein bestimmtes Bild, das sich als „Deutschland, erwache!“ zusammenfassen lässt:

Unterdessen⁶⁶⁷ arbeitet in den Tiefen unseres Volkslebens eine wunderbare, mächtige Erregung. Es ist als ob die Nation sich auf sich selber besänne, unbarmherzig mit sich in's Gericht ginge. Wer, wie der Schreiber dieser Zeilen, die letzten Monate im Auslande verlebte und nun plötzlich wieder eintritt in die stürmische deutsche Welt, der erschrickt fast vor diesem Erwachen des Volksgewissens, vor diesen tausend Stimmen, die sich

* Im ersten, hier nicht abgedruckten Teil von „Unsere Aussichten“ lässt sich Treitschke aus deutsch-nationalistischer Sicht über verschiedene Aspekte der damaligen internationalen Lage aus.

unter einander entschuldigen oder verklagen. Der Hergang ist um so erstaunlicher, da er sich fast ganz unabhängig von der Presse vollzieht; denn noch nie sind unsere Zeitungen so wenig ein treues Spiegelbild der öffentlichen Meinung gewesen. Wenn man die Mehrzahl der deutschen Blätter durchmustert, so sollte man meinen, die liberalen Wunschzettel der sechziger Jahre und der naive Glaube an die unfehlbare sittliche Macht der „Bildung“ beherrschten noch immer unser Volk. In Wahrheit steht es anders. Die wirthschaftliche Noth, die Erinnerung an so viele getäuschte Hoffnungen und an die Sünden der Gründerzeiten, der Anblick der zunehmenden Verwilderung der Massen, die mit der Verbreitung der Geheimkünste des Lesens und Schreibens mindestens gleichen Schritt hält, und nicht zuletzt das Gedächtniß jener Gräueltage vom Frühjahr 1878⁶⁶⁸ – das Alles hat Tausende zum Nachdenken über den Werth unserer Humanität und Aufklärung gezwungen. Tausende fühlen, daß wir Gefahr laufen über unserem Bildungsdünkel den sittlichen Halt des Menschenlebens ganz zu vergessen. Während breite Schichten unseres Volks einem wüsten Unglauben verfallen, ist in anderen der religiöse Ernst, der kirchliche Sinn unverkennbar wieder erstarkt. Auf der evangelischen Generalsynode⁶⁶⁹ fiel manches häßliche zelotische Wort, die alte Theologensünde, die Gleichgiltigkeit gegen das positive Recht des weltlichen Staates, verrieth sich in einzelnen unerfreulichen Beschlüssen; der hoffentlich unausführbare Versuch, die theologischen Facultäten der kirchlichen Parteiherrschaft zu unterwerfen, erregte gerechtes Befremden; aber Eines haben diese Verhandlungen auch den Gegnern bewiesen: daß diese Kirche noch lebt, daß sie eine wirksame Macht ist, festgewurzelt im Volke, voll sittlichen Ernstes und keineswegs arm an geistigen Kräften. (S.8 f.)

„Verzärtelung der Verbrecher“

Im **zweiten Absatz** wird Treitschke konkreter:

Das erwachte Gewissen des Volks wendet sich vornehmlich gegen die weichliche Philanthropie unseres Zeitalters. Recht als ein Zeichen der Zeit erschien in den letzten Wochen die Schrift von O. Mittelstadt „Gegen die Freiheitsstrafen“ – ein kräftiger Protest wider jene Verhättschelung und Verzärtelung der Verbrecher, welche unsere Zuchthäuser übervölkert hat und zur Grausamkeit gegen die rechtschaffenen Leute wird. Warum ist diese streng sachlich gehaltene Schrift bereits durch Entrüstungsmeetings und grimmige Verachtungsresolutionen der radikalen Parteien beantwortet worden? Weil die Helden der philanthropischen Phrase im Stillen fühlen, daß der tapfere Verfasser, obwohl seine Sätze im Einzelnen sich vielfach bestreiten lassen, im Wesentlichen doch nur ausspricht was

Hunderttausende denken. Der ganze Zug der Zeit drängt dahin, daß die unerbittlich strenge Majestät des Rechts in unseren Gesetzen wie in ihrer Handhabung wieder zur vollen Anerkennung gelangen muß. (S. 9)

Das „erwachte Gewissen des Volks“ wende sich gegen das damals angeblich verbreitete Gedusel von „Humanität und Aufklärung“ und fordere, dass endlich Schluss sei mit der „Verzärtelung der Verbrecher“. Treitschke fordert also eine „starke Hand“, die „unerbittlich“ durchgreift.

„Brandschriften offenbar aus jüdischen Federn“

Im **dritten Absatz** lässt Treitschke die Katze aus dem Sack. Ausdruck der „tiefen Umstimmung“ im Volk sei nämlich „die leidenschaftliche Bewegung gegen das Judentum“. Bis vor Kurzem habe im Land eine Art antideutsche Stimmung geherrscht. Während über die „Nationalfehler“ der Deutschen, der Franzosen und aller anderen Völker das Härteste gesagt werden durfte, sei es unmöglich gewesen, über die „unleugbare Schwäche des jüdischen Charakters“ zu sprechen. Treitschke bringt damit indirekt die jüdische Bevölkerung gegen „alle anderen Völker“ in Stellung.

Als judenfeindliches Paradebeispiel für den Stimmungsumschwung verweist Treitschke auf die jüngsten Wahlen in Breslau⁶⁷⁰. Dort hätten es Wähler „mit ruhigem Vorbedacht“ abgelehnt, einen Juden in den Landtag zu wählen. Alle anderen parteipolitischen Kriterien wurden dadurch in den Hintergrund gerückt. Wichtig war also nur noch, ob Jude oder nicht. Als weiteren Ausdruck des Umschwungs erwähnt Treitschke die „erregten Versammlungen“ und die Masse von Publikationen, welche die „Judenfrage“ erörtern, sowie die Gründung vieler judenfeindlicher Vereine. Nach einer rhetorischen Distanzierung vom „Schmutz und der Rohheit“ des „Radau-Antisemitismus“, die nicht ohne Spitze gegen angebliche jüdische „Brandstifter“ auskommt, kommt Treitschke auf den Punkt. Das ist seine judenfeindliche These, dass hinter dem judenfeindlichen „lärmenden Treiben“ angeblich die berechtigte Empörung der nichtjüdischen Wutbürger, der „Instinkt der Massen“ stehe, die instinktiv erkannt hätten, dass es eine „deutsche Judenfrage“ gebe, um die es angeblich geht. Damit führt er die Denkfigur ein (die auch heute bei der AfD wieder auftaucht), dass

angeblich die kleinste Kritik an Juden nicht möglich sei und unterdrückt werden würde.

Der dritte Absatz lautet:

Unter den Symptomen der tiefen Umstimmung⁶⁷¹, welche durch unser Volk geht, erscheint keines so befremdend wie die leidenschaftliche Bewegung gegen das Judenthum. Vor wenigen Monaten herrschte in Deutschland noch das berufene „umgekehrte Hep Hep Geschrei.“⁶⁷² Über die Nationalfehler der Deutschen, der Franzosen und aller anderen Völker durfte Jedermann ungescheut das Härteste sagen; wer sich aber unterstand über irgend eine unleugbare Schwäche des jüdischen Charakters gerecht und maßvoll zu reden, ward sofort fast von der gesammten Presse als Barbar und Religionsverfolger gebrandmarkt. Heute sind wir bereits so weit, daß die Mehrheit der Breslauer Wähler – offenbar nicht in wilder Aufregung, sondern mit ruhigem Vorbedacht – sich verschwor unter keinen Umständen einen Juden in den Landtag zu wählen⁶⁷³; Antisemitenvereine treten zusammen, in erregten Versammlungen wird die „Judenfrage“ erörtert, eine Fluth von judenfeindlichen Libellen überschwemmt den Büchermarkt. Es ist des Schmutzes und der Roheit nur allzu viel in diesem Treiben, und man kann sich des Ekels nicht erwehren, wenn man bemerkt, daß manche jener Brandschriften offenbar aus jüdischen Federn stammen; bekanntlich sind seit Pfefferkorn und Eisenmenger die geborenen Juden unter den fanatischen Judenfressern⁶⁷⁴ immer stark vertreten gewesen. Aber verbirgt sich hinter diesem lärmenden Treiben wirklich nur Pöbelroheit und Geschäftsneid? Sind diese Ausbrüche eines tiefen, lang verhaltenen Zornes wirklich nur eine flüchtige Aufwallung, so hohl und grundlos wie einst die teutonische Judenhetze des Jahres 1819? Nein, der Instinkt der Massen hat in der That eine schwere Gefahr, einen hochbedenklichen Schaden des neuen deutschen Lebens richtig erkannt; es ist keine leere Redensart, wenn man heute von einer deutschen Judenfrage spricht. (S.10 f.)

„Hosenverkaufende Jünglinge“

Im **vierten Absatz** legt Treitschke dar, was die angebliche „deutsche Judenfrage“ sei. Kernpunkt ist hier seine Zweiteilung „böse Juden“ – „nicht ganz so böse Juden“. Engländer und Franzosen könnten die judenfeindliche Stimmung der Deutschen nicht verstehen, da die Zahl der Juden in Westeuropa zu gering sei, um einen „fühlbaren Einfluss auf die nationale Gesinnung“ ausüben zu können. In bössartigen und

offen diffamierenden Formulierungen behauptet und beschwört Treitschke für Deutschland die angebliche Gefahr einer nicht mehr abbreißenden Einwanderung einer großen Anzahl „strebsamer hosenverkaufender Jünglinge“ aus Polen. „Strebsam“, eine eigentlich positiv besetzte Eigenschaft, wird zum einen im Zusammenhang mit „hosenverkaufend“ lächerlich gemacht. Zum anderen wird das Bild des „jüdischen Hausierers“ beschworen, der auf bedrohliche Weise Höheres anstrebe, nämlich die Übernahme der Macht an den Börsen und in der Presse. Da stelle sich ganz anders die Frage, „wie wir dies fremde Volksthum mit dem unseren verschmelzen können“. Das sei viel schwieriger als in Frankreich oder England. Juden im Westen wird hier die Rolle der „guten Juden“ zugeschrieben, um die Probleme der „Deutschen“ mit „ihren“ Juden aus dem Osten zu profilieren. Die Juden im Westen seien gut, weil sie sich als „gute Franzosen“ assimiliert hätten. „Wir Deutschen“ hätten es aber mit dem „polnischen Judenstamme“ zu tun, der dem „europäischen und namentlich dem germanischen Wesen ungleich fremder“ gegenüberstehe. Infam ist die hier eingestreute Verdrehung, aus der Verfolgungsgeschichte der jüdischen Bevölkerung ein Argument gegen die jüdische Bevölkerung zu machen; möglicherweise auch eine Anspielung auf eine angebliche „jüdische Rachsucht“. Jedenfalls folgt aus dem Vergleich in diesem Absatz (Westeuropa/Deutschland, Westjuden/Ostjuden, Europa/Israeliten), dass es eine Identität der westeuropäischen Völker gebe, die sie allesamt vom „Volk Israel“ unterscheide.

Wenn Engländer und Franzosen mit einiger Geringschätzung von dem Vorurtheil der Deutschen gegen die Juden reden, so müssen wir antworten: Ihr kennt uns nicht; Ihr lebt in glücklicheren Verhältnissen, welche das Aufkommen solcher „Vorurtheile“ unmöglich machen. Die Zahl der Juden in Westeuropa ist so gering, daß sie einen fühlbaren Einfluß auf die nationale Gesittung nicht ausüben können; über unsere Ostgrenze aber dringt Jahr für Jahr aus der unerschöpflichen polnischen Wiege eine Schaar strebsamer hosenverkaufender Jünglinge herein, deren Kinder und Kindeskinde dereinst Deutschlands Börsen und Zeitungen beherrschen sollen; die Einwanderung wächst zusehends, und immer ernster wird die Frage, wie wir dies fremde Volksthum mit dem unseren verschmelzen können. Die Israeliten des Westens und des Südens gehören zumeist dem spanischen Judenstamme an, der auf eine vergleichsweise stolze Ge-

schichte zurückblickt und sich der abendländischen Weise immer ziemlich leicht eingefügt hat; sie sind in der That in ihrer großen Mehrzahl gute Franzosen, Engländer, Italiener geworden – soweit sich dies billigerweise erwarten läßt von einem Volke mit so reinem Blute und so ausgesprochener Eigenthümlichkeit. Wir Deutschen aber haben mit jenem polnischen Judenstamme zu thun, dem die Narben vielhundertjähriger christlicher Tyrannei sehr tief eingeprägt sind; er steht erfahrungsgemäß dem europäischen und namentlich dem germanischen Wesen ungleich fremder gegenüber. (S. 11)

„Verstockte Verachtung gegen die deutschen Gojim“

Im **fünften Absatz** formuliert Treitschke seine judenfeindliche Forderung, dass „unsere israelitischen Mitbürger“ „Deutsche“ werden sollen. Dies ist für den deutschen Nationalisten Treitschke unbedingt nötig, da Jahrtausenden „germanischer Gesittung“ keinesfalls „ein Zeitalter deutsch-jüdischer Mischkultur“ folgen dürfe. Dieser ausgeprägte deutsche Nationalismus von Treitschke richtet sich hier gegen das „Fremde“, das „Jüdische“.

Im selben Absatz lässt sich Treitschke darüber aus, was sich bei den Juden ändern müsse. Er mokiert sich, dass in neuester Zeit „ein gefährlicher Geist der Überhebung in jüdischen Kreisen erwacht“ sei. Als Beleg führt Treitschke „jüdische Freunde“ an. Hier wendet Treitschke seine Methode an, „Nicht alle Juden sind schlecht“ und bedient sich angeblicher „jüdischer Zeugen“ in dem Sinne: Na, wenn die das schon sagen, dann muss ja wohl was dran sein.

Als Beleg für die angebliche „Überhebung“ führt Treitschke die „Geschichte der Juden“ von Heinrich Graetz an. Graetz sei typisch für das „Semitentum“, das an der „Gier des Gründer-Unwesens“, dem „schnöden Materialismus“, angeblich „einen großen Anteil, eine schwere Mitschuld“ habe und „die alte gemüthliche Arbeitsfreudigkeit unseres Volkes zu ersticken“ drohe. Hier bedient Treitschke die judenfeindliche Lüge, dass vor allem „die Juden“ schuld seien an den Auswüchsen des Kapitalismus.

Als weiteren „Beleg“ behauptet Treitschke, in Tausenden deutscher Dörfer sitze „der Jude, der seine Nachbarn auswuchernd auskauft“ usw. Hier entwirft Treitschke ein Bild vom Kapitalismus, in dem unterschieden wird zwischen Zirkulation („Geschäft“) und Produktion

(„Arbeit“). Die ganze Anklage richtet sich gegen die Zirkulation, in der angeblich die Juden aktiv sind, gegenüber der „gemüthlichen Arbeitsfreudigkeit unseres Volkes“. Das angebliche Geschäftsgebaren der Juden erscheint als zersetzend und zerstörend, das Werk von „Wucherjuden“, die „wuchernd auskaufen“.

Der fünfte Absatz lautet:

Was wir von unseren israelitischen Mitbürgern zu fordern haben, ist einfach: sie sollen Deutsche werden, sich schlicht und recht als Deutsche fühlen – unbeschadet ihres Glaubens und ihrer alten heiligen Erinnerungen, die uns Allen ehrwürdig sind; denn wir wollen nicht, daß auf die Jahrtausende germanischer Gesittung ein Zeitalter deutsch-jüdischer Mischcultur folge. Es wäre sündlich zu vergessen, daß sehr viele Juden, getaufte und ungetaufte, Felix Mendelssohn, Veit⁶⁷⁵, Riesser u. A. – um der Lebenden zu geschweigen – deutsche Männer waren im besten Sinne, Männer, in denen wir die edlen und guten Züge deutschen Geistes verehren. Es bleibt aber ebenso unleugbar, daß zahlreiche und mächtige Kreise unseres Judenthums den guten Willen schlechtweg Deutsche zu werden durchaus nicht hegen. Peinlich genug, über diese Dinge zu reden; selbst das versöhnliche Wort wird hier leicht mißverstanden. Ich glaube jedoch, mancher meiner jüdischen Freunde wird mir mit tiefem Bedauern Recht geben, wenn ich behaupte, daß in neuester Zeit ein gefährlicher Geist der Ueberhebung in jüdischen Kreisen erwacht ist, daß die Einwirkung des Judenthums auf unser nationales Leben, die in früheren Tagen manches Gute schuf, sich neuerdings vielfach schädlich zeigt. Man lese die Geschichte der Juden von Graetz: welche fanatische Wuth gegen den „Erbfeind“, das Christenthum, welcher Todhaß grade wider die reinsten und mächtigsten Vertreter germanischen Wesens, von Luther bis herab auf Goethe und Fichte! Und welche hohle, beleidigende Selbstüberschätzung! Da wird unter beständigen hämischen Schimpfreden bewiesen, daß die Nation Kants eigentlich erst durch die Juden zur Humanität erzogen, daß die Sprache Lessings und Goethes erst durch Börne und Heine für Schönheit, Geist und Witz empfänglich geworden ist! Welcher englische Jude würde sich je unterstehen, in solcher Weise das Land, das ihn schützt und schirmt, zu verleumden? Und diese verstockte Verachtung gegen die deutschen Gojim ist keineswegs bloß die Gesinnung eines vereinzelt Fanatikers. Keine deutsche Handelsstadt, die nicht viele ehrenhafte, achtungswerthe jüdische Firmen zählte; aber unbestreitbar hat das Semitentum an dem Lug und Trug, an der frechen Gier des Gründer-Unwesens einen großen Antheil, eine schwere Mitschuld an jenem schnöden Materialismus unserer Tage, der jede Arbeit nur noch als Geschäft betrachtet

und die alte gemüthliche Arbeitsfreudigkeit unseres Volkes zu ersticken droht; in tausenden deutscher Dörfer sitzt der Jude, der seine Nachbarn wuchernd auskauft. Unter den führenden Männern der Kunst und Wissenschaft ist die Zahl der Juden nicht sehr groß; um so stärker die betrieb-same Schaar der semitischen Talente dritten Ranges. Und wie fest hängt dieser Literatenschwarm unter sich zusammen; wie sicher arbeitet die auf den erprobten Geschäftsgrundsatz der Gegenseitigkeit begründete Un-sterblichkeits-Versicherungsanstalt, also daß jeder jüdische Poetaster je-nen Eintagsruhm, welchen die Zeitungen spenden, blank und baar, ohne Verzugszinsen ausbezahlt erhält. (S.12 f.)

„... dass wir Deutschen denn doch ein christliches Volk sind.“

Im **sechsten Absatz** hetzt der Judenfeind Treitschke, am gefährlichst-ten sei „das unbillige Übergewicht des Judentums in der Tagespresse“, seine Dominanz bei der Beeinflussung der öffentlichen Meinung, die von „jüdischen Federn ‚gemacht‘“ werde. Der böse, angebliche jüdi-sche Stil sei von Ludwig Börne mit seinem „schamlosen Ton“ einge-führt worden. Am Ende des sechsten Absatzes erteilt Treitschke jedem Gedanken an Gleichberechtigung eine Absage und pocht auf das Christentum als – im heutigen Jargon – „christlich-deutsche Leitkul-tur“.

Am Gefährlichsten aber wirkt das unbillige Übergewicht des Judenthums in der Tagespresse – eine verhängnißvolle Folge unserer engherzigen alten Gesetze, die den Israeliten den Zutritt zu den meisten gelehrten Beru-fen versagten. Zehn Jahre lang wurde die öffentliche Meinung in vielen deutschen Städten zumeist durch jüdische Federn „gemacht“; es war ein Unglück für die liberale Partei und einer der Gründe ihres Verfalls, daß grade ihre Presse dem Judenthum einen viel zu großen Spielraum ge-währte. Der nothwendige Rückschlag gegen diesen unnatürlichen Zu-stand ist die gegenwärtige Ohnmacht der Presse; der kleine Mann läßt sich nicht mehr ausreden, daß die Juden die Zeitungen schreiben, darum will er ihnen nichts mehr glauben. Unser Zeitungswesen verdankt jüdischen Talenten sehr viel; grade auf diesem Gebiete fand die schlagfertige Ge-wandtheit und Schärfe des jüdischen Geistes von jeher ein dankbares Feld. Aber auch hier war die Wirkung zweischneidig. Börne führte zuerst in unsere Journalistik den eigenthümlich schamlosen Ton ein, der über das Vaterland so von außen her, ohne jede Ehrfurcht abspricht, als gehöre man selber gar nicht mit dazu, als schnitte der Hohn gegen Deutschland nicht jedem einzelnen Deutschen in's tiefste Herz. Dazu jene unglückli-che vielgeschäftige Vordringlichkeit, die überall mit dabei sein muß und

sich nicht scheut sogar über die inneren Angelegenheiten der christlichen Kirchen meisternd abzuurtheilen. Was jüdische Journalisten in Schmähungen und Witzeleien gegen das Christenthum leisten ist schlechthin empörend, und solche Lästereien werden unserem Volke in seiner Sprache als allerneueste Errungenschaften „deutscher“ Aufklärung feilgeboten! Kaum war die Emancipation errungen, so bestand man dreist auf seinem „Schein“; man forderte die buchstäbliche Parität in Allem und Jedem und wollte nicht mehr sehen, daß wir Deutschen denn doch ein christliches Volk sind und die Juden nur eine Minderheit unter uns; wir haben erlebt, daß die Beseitigung christlicher Bilder, ja die Einführung der Sabbathfeier in gemischten Schulen verlangt wurde. (S. 13 f.)

„Natürliche Reaktion des germanischen Volksgefühls gegen ein fremdes Element“

Der **siebte Absatz** propagiert die Judenfeindschaft als eine Art Befreiungsschlag nach dem Motto: Jetzt reicht's, jetzt darf man die Dinge endlich beim Namen nennen. Die Judenfeindschaft sei eine zwar „brutale und gehässige, aber natürliche Reaktion des germanischen Volksgefühls gegen ein fremdes Element, das in unserem Leben einen allzu breiten Raum eingenommen hat“. Daher ertöne es nunmehr völlig verständlich und legitim wie aus einem Munde: „die Juden sind unser Unglück!“ Hier gibt es nunmehr keine irgendwie geartete Einschränkung mehr, das ist der judenfeindliche Hetzruf, der dann auch auf jeder Nummer des „Stürmers“ prangte.

Ueberblickt man alle diese Verhältnisse – und wie Vieles ließe sich noch sagen! – so erscheint die laute Agitation des Augenblicks doch nur als eine brutale und gehässige, aber natürliche Reaction des germanischen Volksgefühls gegen ein fremdes Element, das in unserem Leben einen allzu breiten Raum eingenommen hat. Sie hat zum Mindesten das unfreiwillige Verdienst, den Bann einer stillen Unwahrheit von uns genommen zu haben; es ist schon ein Gewinn, daß ein Uebel, das Jeder fühlte und Niemand berühren wollte, jetzt offen besprochen wird. Täuschen wir uns nicht: die Bewegung ist sehr tief und stark; einige Scherze über die Weisheitssprüche christlich-socialer Stump-Redner⁶⁷⁶ genügen nicht sie zu bezwingen. Bis in die Kreise der höchsten Bildung hinauf, unter Männern, die jeden Gedanken kirchlicher Unduldsamkeit oder nationalen Hochmuths mit Abscheu von sich weisen würden, ertönt es heute wie aus einem Munde: die Juden sind unser Unglück! (S. 14)

„So bleibt nur übrig, dass unsere jüdischen Mitbürger sich rückhaltlos entschließen Deutsche zu sein.“

Im **achten Absatz** erklärt Treitschke nicht ungeschickt, dass von einer Zurücknahme oder auch nur Schmälerung der vollzogenen Emancipation „unter Verständigen“ aus zwei Gründen keine Rede sein könne. Erstens sei das „ein offenkundiges Unrecht“, ein „Abfall von den guten Traditionen unseres Staates“. Zweitens, argumentiert er jüdenfeindlich-pragmatisch, würde das „den nationalen Gegensatz, der uns peinigt, eher verschärfen als mildern“. Dann aber droht Treitschke sogleich, die Juden täten gut daran, rechtzeitig die Wandlungen im „deutschen Leben“ infolge der Entstehung des deutschen Staates zu erkennen und sich daran anzupassen und gefälligst „Deutsche“ zu werden. Geschickt hetzt Treitschke teilweise nicht gegen „die Juden“ insgesamt, sondern greift Einzelne heraus und lobt Jüdinnen und Juden, die selbst etwa gegen „jüdischen Wucher“ vorgehen würden. Mehr angedeutet als ausgeführt, aber doch unverkennbar lanciert Treitschke hier dann doch rassistisch unter Berufung auf Tacitus, dass „die Juden“ so oder so ein „Problem“ bleiben würden, dass angeblich ein harter Kern unbelehrbar und unveränderlich sei.

Von einer Zurücknahme oder auch nur einer Schmälerung der vollzogenen Emancipation kann unter Verständigen gar nicht die Rede sein; sie wäre ein offenkundiges Unrecht, ein Abfall von den guten Traditionen unseres Staates und würde den nationalen Gegensatz, der uns peinigt, eher verschärfen als mildern. Was die Juden in Frankreich und England zu einem unschädlichen und vielfach wohlthätigen Elemente der bürgerlichen Gesellschaft gemacht hat, das ist im Grunde doch die Energie des Nationalstolzes und die festgewurzelte nationale Sitte dieser beiden alten Culturvölker. Unsere Gesittung ist jung; uns fehlt noch in unserem ganzen Sein der nationale Stil, der instinctive Stolz, die durchgebildete Eigenart, darum waren wir so lange wehrlos gegen fremdes Wesen. Jedoch wir sind im Begriff uns jene Güter zu erwerben und wir können nur wünschen, daß unsere Juden die Wandlung, die sich im deutschen Leben als eine nothwendige Folge der Entstehung des deutschen Staates vollzieht, rechtzeitig erkennen. Da und dort bestehen jüdische Vereine gegen den Wucher, die im Stillen viel Gutes wirken; sie sind das Werk einsichtiger Israeliten, welche einsahen, daß ihre Stammgenossen sich den Sitten und Gedanken ihrer christlichen Mitbürger annähern müssen. Nach dieser Richtung ist noch viel zu thun. Die harten deutschen Köpfe jüdisch zu

machen ist doch unmöglich; so bleibt nur übrig, daß unsere jüdischen Mitbürger sich rückhaltslos entschließen Deutsche zu sein, wie es ihrer Viele zu ihrem und unserem Glück schon längst geworden sind. Die Aufgabe kann niemals ganz gelöst werden. Eine Kluft zwischen abendländischem und semitischem Wesen hat von jeher bestanden, seit Tacitus einst über das *odium generis humani*⁶⁷⁷ [Hass auf die Menschheit] klagte; es wird immer Juden geben, die nichts sind als deutsch redende Orientalen; auch eine specifisch jüdische Bildung wird immer blühen, sie hat als kosmopolitische Macht ihr gutes historisches Recht. Aber der Gegensatz läßt sich mildern, wenn die Juden, die so viel von Toleranz reden, wirklich tolerant werden und einige Pietät zeigen gegen den Glauben, die Sitten und Gefühle des deutschen Volks, das alte Unbill längst gesühnt und ihnen die Rechte des Menschen und des Bürgers geschenkt hat. Daß diese Pietät einem Theile unseres kaufmännischen und literarischen Judenthums vollständig fehlt, das ist der letzte Grund der leidenschaftlichen Erbitterung von heute. (S.14 f.)

„Gekräftigtes Nationalgefühl“

Abschließend betont Treitschke im **neunten und letzten Absatz**, die antijüdische Bewegung in Deutschland sei nötig, anders hätten sich „neue Ideen bei uns noch nie durchgesetzt“. Er verbindet damit die Hoffnung, dass daraus ein „gekräftigtes Nationalgefühl“ hervorgehe.

Ein erfreulicher Anblick ist es nicht, dies Toben und Zanken, dies Kochen und Aufbrodeln unfertiger Gedanken im neuen Deutschland. Aber wir sind nun einmal das leidenschaftlichste aller Völker, obgleich wir uns selbst so oft Phlegmatiker schalten; anders als unter krampfhaften Zuckungen haben sich neue Ideen bei uns noch nie durchgesetzt. Gebe Gott, daß wir aus der Gährung und dem Unmuth dieser ruhelosen Jahre eine strengere Auffassung vom Staate und seinen Pflichten, ein gekräftigtes Nationalgefühl davontragen. (S.15 f.)

Der Haupttrick bei Treitschke, um gängige judenfeindlich Lügen und Anfeindungen zu verbreiten, ist es, nicht „die Juden“, nicht die gesamte jüdische Bevölkerung anzugreifen, sondern „positive Ausnahmen“ zu konstruieren, um dann ganz brutal und offen zum Beispiel die sogenannten „Ostjuden“ judenfeindlich zu attackieren, da sie angeblich danach strebten, Börse und Presse in Deutschland zu beherrschen. Ein weiterer Trick ist es, die Parteien der Antisemiten, die

„Radau-Antisemiten“, scheinbar zu kritisieren und die antijüdische Bewegung „aus dem Volk“ zu verteidigen, um dann auch hier wieder judenfeindliche Vorstöße zu unternehmen.

Mithilfe dieser beiden Tricks versuchte Treitschke sein eigentliches Anliegen zu verbergen, die hauptsächlich judenfeindlichen Lügen zu verbreiten und die antijüdische Bewegung zu unterstützen.

Am 10. Dezember 1880 trat Treitschke mit dem Artikel „Zur inneren Lage am Jahresschluss“ noch einmal an die Öffentlichkeit und wandte sich gegen den „blinden philosemitischen Eifer der Fortschrittspartei“ (S. 225) in der Reichstagsdebatte. Er beklagte sich, dass ein Breslauer Gymnasiallehrer Schwierigkeiten bekommen hätte, nur weil er die „durchaus gesetzliche Petition“ der Antisemiten unterschrieben habe (S. 227). Treitschke verschärfte in diesem Schriftstück seinen drohenden Ton. Die Gegner der jüdischen Gleichberechtigung hätten immer vor einem jüdischen „Staat im Staat“ gewarnt. Da hätten sie wohl nicht so Unrecht gehabt:

„Schreitet das Judentum weiter auf der neuerdings betretenen Bahn, dann werden wir diesen jüdischen Staat im Staate noch erleben, und dann müsste sich unter den Christen unfehlbar der Ruf erheben: hinweg mit der Emanzipation! Wer unter unseren jüdischen Mitbürgern sich schlechtweg als ein guter Deutscher fühlt, sollte heute allen seinen Einfluss aufbieten um seine Glaubensgenossen vor einer gefährlichen Überhebung und Absonderung zu warnen. Sonst kann unser Boden vielleicht noch rohe Ausbrüche unheimlichen Hasses sehen“. (S. 227)

Hier formuliert Treitschke unverhüllt die Drohung, dass die jüdische Bevölkerung in Deutschland mit ihrer Entrechtung und Verfolgung rechnen müsse. Treitschke gehört mit der von ihm geprägten Parole „Die Juden sind unser Unglück“ und der Androhung „roher Ausbrüche unheimlichen Hasses“ zu den Wegbereitern der Nazis.

Zur Einschätzung der Judenfeindschaft 1848–1893 durch Paul Merker (1945) und Siegbert Kahn (1948)

Im Folgenden soll knapp auf zwei Schriften aus der KPD und der SED eingegangen werden, in denen die Judenfeindschaft in der Zeit von 1848 bis 1893 behandelt wird.

Es wird sich im Rahmen der Analyse des politischen und theoretischen Kampfs der Sozialdemokratie zeigen, dass dies richtige Kritiken waren, auch wenn sie noch nicht umfassend und tiefgehend genug waren.*

Paul Merker: Das Dritte Reich und sein Ende (Mexiko 1945)

Paul Merker** hat 1945/46 wichtige und richtige Grundlagen für den Kampf gegen die Nazi-Ideologie dargelegt. Er hat sich in seinem im

* Otto Hellers Buch „Der Untergang des Judentums“, Berlin 1930/31 ist die umfangreichste Publikation, die vor 1933 zum Thema jüdische Emanzipation und Antisemitismus von kommunistischen Kräften erstellt wurde. Wir werden in einer späteren Studie auf dieses Buch genauer eingehen. Auf 4 bis 5 Seiten wird in diesem Buch mit seinem grundfalschen Titel auch auf den Kampf der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft eingegangen. Der Kern von Hellers Ausführungen in der 1. wie in der 2. Auflage seines Buchs ist, dass er sowohl Bebels Rede auf dem Kölner Parteitag 1893 als auch der Resolution der Sozialdemokratie unkritisch folgt. Hinzu kommt, dass in der 1. Auflage als zentraler Fehler die völlig falsche Auffassung festgeschrieben wurde: „Der moderne Antisemitismus ist eine rein soziale Erscheinung, Ausdruck der wirtschaftlichen Krise ...“ (S. 128, 1. Auflage) Immerhin wurde dieser Absatz in der 2. Auflage ersatzlos gestrichen. Auf das Buch Otto Hellers (1. und 2. Auflage) und die darin enthaltenen Fehler wird in einer der folgenden Studien der Reihe „Analyse des Kampfs der kommunistischen Kräfte gegen Judenfeindschaft“ eingegangen werden.

** Paul Merker (1. Februar 1894 – 13. Mai 1969), wurde 1918 Mitglied der USPD und 1920 Mitglied der KPD. Ab 1926 war er Mitglied des ZK der KPD, 1929 des Politbüros. 1934 flüchtete er nach Frankreich, dort gelang ihm nach Internierung und erneuter Verhaftung 1942 die Flucht nach Mexiko. Seine Rückkehr nach Deutschland fand im Juli 1946 statt, im selben Jahr wurde er ins ZK der SED gewählt. Paul Merker wurde 1950 aus der SED ausgeschlossen, 1952 verhaftet und 1955 zu 8 Jahren Haft verurteilt. In öffentlichen Erklärungen des ZK der SED von 1952 werden dabei gegen

mexikanischen Exil verfassten und im August 1945 erschienenen Buch „Das Dritte Reich und sein Ende“⁶⁷⁸ angesichts der militärischen Niederlage der Nazis mit den Rassenideologien, insbesondere auch mit der Judenfeindschaft der Nazis beschäftigt. Die kritische Auswertung dieser Gedanken, die nicht ohne Schwächen und Fehleinschätzungen waren, wäre eine wichtige Voraussetzung für den Kampf der KPD und dann auch der SED nach 1945 gegen Rassismus und Judenfeindschaft gewesen.⁶⁷⁹

In einer ziemlich kurzen Passage in Band 2 „Das Dritte Reich und sein Ende“ seines zweibändigen Buches „Deutschland – Sein oder Nichtsein?“ geht Merker im Überblick auf Rassentheorien ein, die in diesem Zeitraum entwickelt wurden. Er nennt Gobineau und Chamberlain (siehe S. 30). Speziell den Einfluss Gobineaus hält er für bedeutsam für die Anfang der 90er Jahre entstandenen „Alldutschen“ sowie auch für Richard Wagner.

Im Abschnitt „Die Entwicklung des deutschen Antisemitismus im neunzehnten Jahrhundert“ behandelt Merker ausführlicher die Judenfeindschaft (siehe S. 31 bis 37).

Merker hält dazu fest, dass die Rechtlosigkeit der jüdischen Bevölkerung im Laufe des 19. Jahrhunderts bis 1871 weitgehend, wenn auch nicht restlos beseitigt wurde, auch wenn jüdischen Menschen der Zugang zur Offizierslaufbahn, zum diplomatischen Dienst und zu gewissen hohen Beamtenstellungen weiterhin verschlossen blieb. Kaum jemand habe noch an die Möglichkeit geglaubt, dass eines Tages eine wahrhaft mörderische Welle losbrechen könnte.

Merker auch judenfeindliche Positionen propagiert. So heißt es gegen Merkers richtige Forderung nach materieller Entschädigung für jüdische Opfer der Naziverbrechen: „Die Verschiebung von deutschem Volksvermögen fordert er [Paul Merker, A.d.V.] mit den Worten: ‚Die Entschädigung des jüdischen Staatsbürgern zugefügten Schadens erfolgt sowohl an die Rückkehrer wie an diejenigen, die im Ausland bleiben wollen‘. („Erklärung des ZK der SED vom 20.12.1952“, in: „Dokumente der SED, Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats“, Band IV, Berlin 1954, S. 206). 1956 wurde Merker aus der Haft entlassen und wieder in die SED aufgenommen. Er lebte bis zu seinem Tod als Schriftsteller.

Doch die Judenfeindschaft wurde, wie Merker zu Recht vor allem mit Blick auf die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts festhält, zunehmend als „eine Kampfmethode der nach mehr Macht und Expansion drängenden äußersten Reaktion“ (S. 34) mobilisiert, wogegen ein harter demokratischer Kampf hätte geführt werden müssen:

„Das hätten die fortschrittlichen Massen des deutschen Volkes tun können, eine Front von Liberalen, Bürgern und Bauern und sozialdemokratischen Arbeitern. Aber diese Kräfte versagten ... So wurde die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung der jüdischen Bevölkerung bald schweren Angriffen durch die Reaktion ausgesetzt.“ (S. 34)

Merker gibt im Folgenden einen Überblick über die judenfeindlichen Wellen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Er nennt den Judenfeind Wilhelm Marr und die von diesem gegründete „Antisemitische Liga“ sowie die judenfeindliche „Antisemiten-Resolution“ von 1881. Im Weiteren geht er auf den Judenfeind Adolf Stoecker ein und weist darauf hin, dass die Regierungen das judenfeindliche Treiben „mit stillem Wohlwollen“ (S. 34 f.) geschehen ließen mit der Absicht, die Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter zu lähmen und das Erstarken der Sozialdemokratie zu verhindern. Etwas ausführlicher geht Merker auf den Judenfeind Dühring ein (siehe S. 35), allerdings ohne dessen eliminatorische Judenfeindschaft zu benennen.

Auf gut einer Seite behandelt Merker die Rede Bebel's gegen die Judenfeindschaft auf dem Parteitag 1893, der er völlig zu Recht eine große Bedeutung beimisst. Er gibt auch ein relativ langes Zitat aus der Bebel-Rede wieder. Die zitierte Passage enthält aber auch – von Merker nicht kritisiert – den fatalen Denkfehler Bebel's und anderer, dass die Judenfeindschaft „trotz ihres reaktionären Charakters, selbst gegen ihren Willen, revolutionäre Folgen herbeiführt“ (Bebel-Zitat, bei Merker S. 36).

Merker bemerkt dann zur Bebel-Rede gegen die judenfeindliche Bewegung, dass diese zu einem Zeitpunkt gehalten wurde, an dem es noch nicht so klar gewesen sei, dass für die weitere reaktionär-imperialistische Entwicklung „die wirklichen Drahtzieher die Pan-Germanisten waren“ (S. 36).

Es wäre darum gegangen, so Merker, den Kampf gegen die Judenfeindschaft „zu einem untrennbaren Bestandteil des Kampfes um demokratische Volksrechte und zu deren Verteidigung zu machen.“ (S. 36) Weiter heißt es bei Merker:

„Bebel beschränkte sich auf die Erklärung, die Sozialdemokratie trete gegen den Antisemitismus im Rahmen des Kampfes gegen die kapitalistische Wirtschaftsform auf, um ihn zusammen mit dieser zu beseitigen. Aber in Wirklichkeit wäre es notwendig gewesen, die Hetze mit einer näheren Zielsetzung und zwar in Gemeinschaft mit allen liberalen Kräften zu bekämpfen, um sie bereits innerhalb der imperialistisch-kapitalistischen Ära zurückzudrängen...“ (S. 36)

Siegbert Kahn: Antisemitismus und Rassenhetze – eine Übersicht über ihre Entwicklung in Deutschland (Berlin 1948)

Siegbert Kahns* Buch „Antisemitismus und Rassenhetze – Eine Übersicht über ihre Entwicklung in Deutschland“ (Berlin 1948) ragt aus allen Veröffentlichungen der KPD bzw. der SED der damaligen Zeit weit heraus. Denn Kahn setzt sich wirklich grundlegend und auch konkret mit der Judenfeindschaft in der Geschichte Deutschlands und gerade auch im Zeitraum von 1848 bis 1893 auseinander. Und er for-

* Siegbert Kahn (23. September 1909 – 15. Oktober 1976) wurde in einer jüdischen Familie geboren. 1926 wurde er Mitglied des Kommunistischen Jugendverbands Deutschlands (KJVD) und 1928 der KPD. Ab 1929 war Kahn Mitarbeiter im Nachrichtendienst der KPD. Von 1930 bis 1932 war er leitender Kader des KJVD Berlin. Ab 1933 kämpfte er illegal in Nazi-Deutschland. Bereits 1933 wurde er mehrmals kurzzeitig verhaftet und im November 1933 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu 31 Monaten Haftstrafe verurteilt, die er von 1934 bis 1936 im Zuchthaus Brandenburg-Görden absaß. Kahn war Mitglied der jüdisch-kommunistischen Herbert-Baum-Gruppe. 1938 emigrierte Kahn in die Tschechoslowakei, nach Prag. Nach dem Einmarsch deutscher Truppen in die Tschechoslowakei 1939 floh er nach Großbritannien. Von 1939 bis 1946 war er Mitglied der Gesamtleitung der KPD-Auslandsorganisation in Großbritannien. Ab 1943 war er auch Mitglied der „Freien Deutschen Bewegung“ in Großbritannien. Im August 1946 kehrte er nach Deutschland zurück und wurde Mitglied der SED. 1952 wurde er Professor für Politische Ökonomie. Ab 1965 war Kahn als Publizist für die „Weltbühne“ tätig.

muliert auch deutlich Kritik an den Positionen der damaligen Sozialdemokratie. Immer wieder zeigt Kahn konkret Wurzeln der nazistischen Judenfeindschaft in der Zeit davor auf.*

Ausgangspunkt der Studie von Kahn⁶⁸⁰ ist es, ideologische Quellen des Nazifaschismus in der Geschichte aufzudecken. Hierbei konzentriert er sich auf die Judenfeindschaft. Zunächst zeigt er eher kursorisch die Entstehung und Entwicklung der Judenfeindschaft im Altertum und im Mittelalter (siehe S. 9 bis 15). Konkreter behandelt er dann schon die Judenfeindschaft ab dem Ende des 18. Jahrhunderts bis 1848. Er verweist hier etwa auf Judenfeinde wie J. F. Fries, Friedrich Rühs und Hartwig Hundt von Radowsky und andere. Auf der anderen Seite hebt er insbesondere die Rolle Heinrich Heines im Kampf gegen die Reaktion im Allgemeinen und gegen die Judenfeindschaft im Besonderen hervor (siehe S. 16 bis 27).

Für den Zeitraum von 1848 bis 1893 konzentriert sich Kahn vor allem auf die Zeit ab 1871. Er zeigt auf und bringt konkrete Beispiele dafür, wie nach der „Gründerkrise“ 1873 die Judenfeindschaft gezielt geschürt wurde (siehe S. 30). Er nennt Otto Glagau und die „Gartenlaube“, die „Kreuzzeitung“ und die „Germania“ (das Zentralorgan des

* In der Einleitung macht Kahn die Dimension der Auseinandersetzung mit der Judenfeindschaft in Deutschland deutlich, welche zur Vernichtung von 6 Millionen Jüdinnen und Juden in der Shoah geführt hat. Als hätte ein anderer Autor nun die Feder geführt, heißt es ganz falsch am Ende seines Buches über den Antisemitismus: „Er diente zur Ablenkung der Massen von den eigentlichen Missständen und die Juden waren nur scheinbar das Ziel der Angriffe reaktionärer Kräfte, die sich in Wirklichkeit gegen die fortschrittlichen Bewegungen und gegen den Fortschritt schlechthin richteten.“ (S. 92) Kahn will offenbar auf die „Sündenbock“-Funktion der judenfeindlichen Hetze verweisen. „Nur scheinbar“ trifft das aber nicht. „Nur scheinbar“ trifft die Realität angesichts von Auschwitz ganz und gar nicht. Noch mal: Es wirkt so, als hätte Siegbert Kahn dies nicht selbst geschrieben. Doch sein Gesamtansatz, die Vorgeschichte der Judenfeindschaft vor 1933 möglichst genau mit Fakten und Belegen aufzuzeigen, war völlig richtig und hätte Ausgangspunkt gerade auch für die selbstkritische Auseinandersetzung der kommunistisch orientierten Kräfte sein können, ja sein müssen. Die umfassende Einschätzung von Kahns Buch über „Antisemitismus und Rassenhetze“ ist eine noch anstehende wichtige Aufgabe im Rahmen der selbstkritischen Aufarbeitung des bisherigen Kampfs gegen die Judenfeindschaft.

Zentrums), verweist aber auch darauf, dass sogar die angeblich freisinnige „Staatsbürgerzeitung“ 1875 gegen die jüdische Bevölkerung hetzte: „Hinaus mit ihnen!“ (S. 33).

Kahn merkt an, dass es in keinem anderen Land eine so ausgedehnte Literatur über die Gobineau'sche Rassenlehre gab wie in Deutschland (siehe S. 36). Eingehend setzt sich Kahn mit dem Judenfeind Wilhelm Marr und dessen Rolle auseinander und verweist auf dessen öffentlich bekundetes Bedauern, „dass die ,modernen Nerven zu angekränkt' seien, die Juden zu verbrennen“ (S. 40). Im dem folgenden Kapitel mit der Überschrift „Christlich-sozial“ behandelt Kahn die Rolle des Judenfeinds Stoecker.

In einem eigenen Kapitel geht Kahn auf ca. 5 Seiten auf Eugen Dühring ein. Kahn stellt zu Recht fest, dass Dühring als „einer der wichtigsten Vorläufer des Nationalsozialismus“ bisher viel zu wenig beachtet worden sei, obwohl gerade die proletarische Bewegung allen Grund dafür gehabt hätte, weil Dühring zeitweilig dort einigen Einfluss gehabt hatte (siehe S. 47 f.). Seine judenfeindliche Hetze „war besonders gefährlich, nicht nur wegen ihres Inhalts, sondern auch, weil sie von einem Mann kam, der – wenn auch nur für kurze Zeit – mit der Arbeiterbewegung verbunden war“ (S. 52). Kahn verweist darauf, dass Engels die von Dühring ausgehende Gefahr erkannt und mit seinem Buch „Anti-Dühring – Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“ dessen Einfluss in der proletarischen Bewegung erfolgreich bekämpft hat.

Kahn behandelt in dem Kapitel etwas ausführlicher insbesondere Dührings Buch „Die Judenfrage als Rassen-, Sitten- und Kulturfrage“ (1881). Kahn kommt es darauf an, hier „Wurzeln für das ‚Ideengut' der Nazis freizulegen“ (S. 48). Kahn zeigt im Folgenden auf, dass Dühring in seiner judenfeindlichen Hetze „Juden“ für alles und jedes die Schuld gab, „am Kapitalismus ebenso wie am Sozialismus“ (S. 50) und an der „modernen Frauenbewegung“ (S. 51).

Am Schluss geht Kahn noch auf Dührings Ideen zur „Lösung der Judenfrage“ ein. Dühring sagte, so weist Kahn nach, dass das „Fort-schaffen ganzer Judengruppen aus Deutschland“ nur möglich sei, wenn ihnen „kollektiver Landesverrat“ nachgewiesen werden könne. Auch hier habe sich Dühring als Vorläufer und Wegbereiter der Nazis

erwiesen, die ebenfalls unter anderem mit der Verleumdung der Jüdinnen und Juden als „kollektive Landesverräter“ die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung in Deutschland zu rechtfertigen versuchten (S. 51). Dührings judenfeindliches Programm bestand darin, bis zur „radikalen Lösung der Judenfrage“ die jüdische Bevölkerung vollkommen zu entrechten und auszugrenzen. Kahn zitiert Dührings Äußerung, dass dies weit über die judenfeindlichen Maßnahmen im Mittelalter hinausgehen müsse: „Das Mittelalter hat in diesem Punkte keineswegs genug und nicht immer das Zweckmäßige getan.“ (Dühring, zitiert auf S. 52)

Das Vordringen judenfeindlicher Einflüsse verbindet Kahn zunächst in einem weiteren Kapitel mit dem judenfeindlichen Historiker Heinrich von Treitschke (siehe S. 52 bis 54). Ausführlich zeichnet er die Ausbreitung der Antisemitenparteien unter Führung von Wilhelm Marr nach (siehe S. 56 bis 59).

Kahn weist auf den wichtigen Punkt hin, dass keineswegs nur die mehr oder weniger plump und schreierisch auftretenden judenfeindlichen Kräfte gefährlich waren. Als „ebenso gefährlich“ wertet er die sich „vornehm“ und „philosophisch“ gebärdende Judenfeindschaft. Als einen führenden Vertreter dieser Spielart nennt er Paul de Lagarde, dessen judenfeindliche Ideologie und Hetze Kahn anhand mehrerer Lagarde-Zitate konkret entlarvt (siehe S. 59 bis 63).

Gerade auch im Hinblick auf die Wurzeln des Nazifaschismus ist Kahns Feststellung über die Judenfeinde in Deutschland von Bedeutung, dass diese immer versuchten, über die deutschen Grenzen hinaus zu wirken und sich Stützpunkte in anderen Ländern zu schaffen, indem sie zunächst bei „deutschen Volksgruppen“ anknüpfen. In dem Zusammenhang verweist Kahn auch auf die internationalen antijüdischen Kongresse, deren erster 1882 nach Dresden einberufen wurde (siehe S. 64).

Als gefährlich und mit weitreichender Wirkung stellt Kahn Theodor Fritsch heraus, der 1886 die „Antisemitische Correspondenz“ gegründet hatte. Daneben erwähnt er noch die Rolle Otto Böckels, der in Hessen als erster Reichstagsabgeordneter mit judenfeindlichem Pro-

gramm gewählt wurde, und das Wirken des üblen Hetzers und Schuldirektors Dr. Hermann Ahlwardt zu Beginn der 1890er Jahre (siehe S. 64 bis 67).

Von größter Bedeutung ist Siegbert Kahns berechtigte Kritik an der damaligen Sozialdemokratie von 1948.* Kahn war Mitglied der KPD und nach 1945 dann der SED. Kahn erwähnt eher am Rande, dass die Anhänger Lassalles gegen die Marxistinnen und Marxisten auch mit Judenfeindlichkeit vorgingen⁶⁸¹ und betont dann:

„Viel bedeutsamer [...] war die Tatsache, dass die fortschrittlichen Kreise in Deutschland und auch die deutsche Arbeiterbewegung nicht immer die wahre Bedeutung der antisemitischen Agitation und vor allem nicht die Gefahr erkannten, die der Antisemitismus für alle fortschrittlichen Bewegungen darstellt.“ (S. 55)

Als Beispiel führt Kahn ein Zitat aus Mehrings „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“ an, wo dieser den judenfeindlichen Begriff vom „Geldjudentum“ übernimmt. Kahn schreibt dazu:

„Die uns zur Genüge bekannte Verallgemeinerung vom ‚Geldjudentum‘ wurde hier von Mehring ohne jede Erklärung oder Differenzierung übernommen und damit unbewusst Tausenden von Arbeitern und Arbeiterlehrern eingepflicht ...“ (S. 55).

Die Rolle und der Charakter der Judenfeindschaft („Antisemitismus“) als durch und durch reaktionär sei von der Sozialdemokratie, zunächst jedenfalls, nicht oder nicht in voller Tiefe verstanden worden. Auf Lenins „Was tun?“ beziehend hält Kahn fest:

„Das Verhalten der deutschen Sozialdemokratie in der Frage des Antisemitismus war also nicht dazu angetan, ein wahrhaft politisches Bewusstsein in der deutschen Arbeiterklasse herzustellen. Die Stellungnahme der Sozialdemokratie war unzureichend, weil sie nicht dazu beitrug, die Herstellung eines breiten Abwehrbündnisses – wenigstens auf diesem wichtigen Teilgebiet – zu ermöglichen. Es war eine zünftlerische Politik, die nur nach

* Im Folgenden zitiert nach: Kahn, Siegbert: Antisemitismus und Rassenhetze – Eine Übersicht über ihre Entwicklung in Deutschland, Berlin 1948.

den engsten Sonderinteressen urteilte und nicht begriff, dass es die Aufgabe der Arbeiterbewegung in Deutschland mehr noch als in jedem anderen Lande sein musste, sich der Sache aller Unterdrückten anzunehmen, gegen jede Form von Reaktion zu kämpfen und das Unrecht auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens anzuprangern und auszumerzen.“ (S. 56)

Kurzer Literaturbericht: wichtige Quellen und Publikationen

Im Folgenden heben wir Quellen und Publikationen hervor, die für die vorliegende Arbeit von besonderer Bedeutung waren. Dabei ist es von Interesse, wann welche Erkenntnisse oder Vorwürfe vorgebracht wurden, um zu verstehen, wie diese Erkenntnisse verarbeitet und wie diese Vorwürfe zurückgewiesen wurden. Deshalb listen wir die folgenden Publikationen chronologisch auf:

„Allgemeine Zeitung des Judentums“ (AZJ). Erschien von 1837 bis 1922 zunächst in Leipzig, später in Berlin. Sie wurde von dem Rabbiner Ludwig Philippson (1811–1889) gegründet, der bis zu seinem Tod als Herausgeber fungierte. Die anfangs zweimal pro Woche erscheinende Zeitung trug den Untertitel „Unparteiisches Organ für alles jüdische Interesse in Betreff von Politik, Religion, Literatur, Geschichte, Sprachkunde und Belletristik“. Aus heutiger Sicht bieten die Ausgaben der AZJ äußerst wertvolles Material „aus erster Hand“, um die Hetze der Judenfeinde, die Verhetzung der Bevölkerung, aber auch die staatliche Diskriminierung und Ausgrenzung einschätzen zu können.

Philippson, Martin: Neueste Geschichte des jüdischen Volkes, Bände 1–3. Martin Philippson (1846–1916) war der Sohn Ludwig Philippsons. Als Jude wurde ihm die Berufung an eine deutsche Universität verwehrt, weshalb er in Brüssel als Geschichtsprofessor lehrte. Seine dreibändige Geschichte erschien von 1907 bis 1911 und beginnt im vorevolutionären Frankreich und endet 1910, wobei im Band 1 und Band 2 (Leipzig 1910) die Entwicklung der jüdischen Bevölkerung in Europa mit Ausnahme Polens und Russlands behandelt wird, denen Band 3 vorbehalten ist. Für die vorliegende Arbeit wurde Band 2 verwendet, der sehr wertvolles Material über die staatliche Diskriminierung und gesellschaftliche Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung in Deutschland liefert.

„Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“. Der 1890 gegründete Verein mit zweitweise 20.000 Mitgliedern – Juden und Nichtjuden – schuf sich von 1891 bis 1924 die „Abwehrblätter“ als Publikationsorgan. „Mit den Waffen der Wahrheit

und Tatsachen wollen wir unsere Gegner bekämpfen“, hieß es in der ersten Probenummer vom 1. Oktober 1891. Die „Mitteilungen“ liefern interessantes Material über jüdenfeindliche Hetze, die Politik der Antisemitenparteien, unter anderem auch Auszüge aus Reichstagsdebatten. Die Parteitage von 1893 sowie auch die Erklärung der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zum Antisemitismus von 1893 wurden vollständig abgedruckt. Politisch waren die „Mitteilungen“ formal unabhängig und richteten sich an das nichtjüdenfeindliche deutsche Bürgertum, aber der Verein war politisch der Fortschrittspartei verbunden.

Graetz, Heinrich: Geschichte des Jüdischen Volkes, Band 11. Graetz (1817 in Posen – 1891 in München) war ein deutscher Historiker. Seine 11-bändige „Geschichte der Juden von den ältesten Zeiten bis auf die Gegenwart“, die von 1853 bis 1875 erschien, wurde zum Standardwerk der Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts bis 1845 und zur bekanntesten Gesamtdarstellung der jüdischen Geschichte, die erstmals nicht als Religionsgeschichte abgehandelt wurde. Für die vorliegende Studie wurde seine Geschichtsschreibung zur Entwicklung der Judenfeindschaft auf dem Gebiet des späteren Deutschland in der Auseinandersetzung vor allem mit Treitschke, aber auch mit Dubnow, verwendet.

Dubnow, Simon: Weltgeschichte des jüdischen Volkes, Band IX (Berlin 1929) und Band X (Berlin 1929). Der für unsere Studie wesentlich Abschnitt in Band IX trägt den Titel „Das Zeitalter der zweiten Emanzipation (1848–1881)“, insbesondere Paragraph 34 bis 38. In Band X ist das erste Kapitel „Der Antisemitismus in Deutschland (1878–1900)“ relevant.

Dubnow (1860 in Mstislawl – 1941 in Riga) war ein zunächst in Rußland lebender Historiker und Theoretiker des Judentums. Er begrüßte den Sturz des Zarismus 1917 und die Februarrevolution, wandte sich aber nach der Oktoberrevolution 1917 von der revolutionären Entwicklung in Russland ab und zog nach Berlin. Von dort flüchtete er im Alter von 73 Jahren nach Riga, wo er 1941 von den Nazis in ein Ghetto gesperrt und wenige Wochen später erschossen wurde. Dubnow übersetzte zunächst Graetz' „Geschichte der Juden“ und hatte den Anspruch, die Arbeit von Graetz fortzusetzen.

Trotz Bewunderung für Graetz kritisierte er, dass Graetz das nationale Moment, insbesondere bei der jüdischen Bevölkerung in Osteuropa, aber auch in anderen Ländern nicht erkannte. Insofern kritisierte er auch heftig die auf Assimilation zielende Politik führender Vertreter der jüdischen Gemeinden in Deutschland.

Seine zehnbändige Weltgeschichte, die von 1915 bis 1929 erschien, ist sein Hauptwerk. In Band IX geht Dubnow auch auf Marx ein und kann in gewisser Weise als Vorläufer von Edmund Silberner gelten, da er die Schlusspassagen in der Kritik von Marx an Bruno Bauer von 1844 als „Zerrbild des jüdischen Volks“ (S. 132) bezeichnet, auch wenn er Marx zugestand, dass dieser sich später, wie Dubnow sich ausdrückt, von seinem „Judenhass“ freigemacht habe.

Dubnow stand der Revolution von 1848 positiv gegenüber und schreibt: „Die in den Märztagen hell strahlende Sonne spendete auch den Juden ihre Wärme. Bisher Bürger niedrigsten Ranges, traten sie nun in die vordersten Reihen der Kämpfer für Freiheit und Gleichheit.“ (S. 319) Es kann durchaus als ein unzulässiges Zugeständnis Dubnows gewertet werden, wenn er über die Gründerzeit behauptet, dass „jüdisches Kapital eine führende Rolle“ bei der sogenannten „Gründerwut“ (S. 342) eingenommen habe.

Wawrzinek, Kurt: Die Entstehung der deutschen Antisemitenparteien (1873–1890), Berlin 1927. Die Arbeit Wawrzineks aus den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts ist bis heute ein Standardwerk über die Entwicklung der politischen Organisationen der Judenfeinde in Deutschland. Wawrzinek, über den wenig bekannt ist, unternimmt in seiner 80seitigen Arbeit den ersten uns bekannten Versuch, die Entwicklungsgeschichte der Antisemitenparteien, aber auch judenfeindlicher Publizisten und Strömungen nach Gründung des „Deutschen Reiches“ sehr informativ nachzuzeichnen und mit Quellen zu belegen. Dabei verfällt er jedoch selbst zeitweise in judenfeindliche Stereotype und spricht von „Geldjuden“, vom „jüdischen Wucher“ (S. 64) und stellt „Juden“ dem „deutschen Volk“ gegenüber (S. 5).

Silberner, Edmund: Sozialisten zur Judenfrage, Berlin 1962. 1962 erschien von Edmund Silberner das umfangreiche Buch mit dem Titel „Sozialisten zur Judenfrage“. Im Vorwort der deutschen Über-

setzung (Teile des Buches waren vorher schon in Zeitschriften erschienen) heißt es leider zu Recht: „Eine Geschichtsstudie der Einstellung sozialistischer Denker zur Judenfrage hat noch niemand geschrieben.“ (S. 5) Tatsächlich war es die erste systematische Monografie, die äußerst akribisch und unter Verwendung vieler Quellen auf 300 Seiten zunächst ausführlich auf die französischen utopischen Sozialisten und die sozialistische Bewegung in Frankreich nach Proudhon mit einem Seitenblick auf die belgischen Sozialisten eingeht, um dann in dem 180 Seiten umfassenden größten Teil auf die deutschen Sozialisten mit einem Seitenblick auf die österreichischen Sozialisten einzugehen.

Silberner befasst sich zunächst mit Karl Marx und seiner Biografie, um sich dann auf die Polemik von Marx gegen Bruno Bauer 1844 zu konzentrieren und die problematischen und falschen Passagen von Marx über die Rothschilds in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts in Marx zugeschriebenen oder direkt von ihm gezeichneten Zeitschriftenartikeln zusammenzustellen. Silberner behauptet in diesem Zusammenhang ohne irgendeinen Beleg den folgenden Unsinn: „Hunderttausende, Millionen haben Zur Judenfrage mit dem gleichen Eifer und der gleichen Inbrunst gelesen wie das Kommunistische Manifest.“ (S. 142)

Kurz wird auch auf das Hauptwerk von Marx, „Das Kapital“, eingegangen und das Eintreten von Marx für die verfolgte jüdische Bevölkerung in Jerusalem als „Ausnahme“ abgetan. Ebenfalls auf zwei Seiten werden private Äußerungen von Marx in Briefen, insbesondere die Charakterisierung Lassalles, zitiert, um dann zusammenfassend zu behaupten, man „muss Marx geradezu als ausgesprochenen Antisemiten bezeichnen“ (S. 140). Und weiter: „Sein Leben lang war Karl Marx ein Antisemit, und das geht aus seinen Werken und Briefen klar hervor. Als Jude geboren, als Kind getauft, litt Marx an einem offensichtlich jüdischen Komplex.“ (S. 288)

In Hinblick auf die Ursachen behauptet Silberner (wie vor und nach ihm eine ganze Reihe von Autoren) Folgendes: „Niemand gehört gern einem minderwertigen Volke an, und es ist daher verständlich, dass Marx sich das drückende Bewusstsein seiner jüdischen Herkunft dadurch leichter zu machen suchte, dass er sich als Nichtjude gab. In

diesem, dem jüdischen Selbsthass eigenen Bemühen verfiel er auf den Angriff auf die Juden, die umso heftiger sind, je mehr er sich und andere davon überzeugen will, wie wenig Jude er trotz seiner rabbinischen Abstammung sei.“ (S. 114)*

Leider gerät der Autor Silberner in seinem Hass auf Marx bei seiner Interpretation von dessen Texten trotz seiner in großen Teilen durchaus wissenschaftlich durchgehaltenen Methodik außer Kontrolle und behauptet absurde Dinge, die kurz angeführt werden sollen.

Silberner schildert das Eintreten von Marx für die Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung auf dem Gebiet des späteren Deutschland durch die Unterstützung einer Petition der jüdischen Gemeinde und unterstellt dann, Marx habe das nur aus politischem Kalkül getan, ohne jede Sympathie: „ein Manöver“ (S. 117). Auch wenn sich Marx gegen die Unterdrückung der jüdischen Bevölkerung in Jerusalem ausspricht (in seinem späteren Werk mit dem Titel „Kommunisten zur Judenfrage“, Opladen 1983, erwähnt Silberner auch das Eintreten von Marx für die jüdische Bevölkerung in Wien gegen jüdenfeindliche Ausschreitungen), dann hat das für Silberner nichts zu bedeuten. Silberner behauptet einfach mit einer gewissen Schamlosigkeit, dass den Worten von Marx „keine tiefere Bedeutung beigemessen werden“ dürfe (S. 135). Derartige absurde, unwissenschaftliche Behauptungen in dieser krassen Form finden sich im Teil über Engels und die deutsche Sozialdemokratie nicht mehr. In diesen Teilen wird in Bezug auf Engels sein Kampf gegen Judenfeindschaft im letzten Abschnitt seines Lebens hervorgehoben und im Teil über die Sozialdemokratie werden in vielen Fällen durchaus zu Recht die Schwachstellen der Sozialdemokratie im Kampf gegen die Judenfeindschaft benannt.

* Der Begriff jüdischer Selbsthass, der immer wieder auftaucht, wenn es um Marx geht, bezieht sich auf eine Studie von Theodor Lessing, der 1933 in Marienbad im Exil von Nazis erschossen wurde, nachdem Goebbels 80.000 Mark als Belohnung für die Ermordung Theodor Lessings ausgesetzt hatte. Lessing hat in einer Studie mit dem Titel „Der jüdische Selbsthass“, Berlin 1930, sechs Biografien von relativ bekannten Persönlichkeiten vorgelegt, die, obwohl jüdischer Abstammung, sich in ganz besonderer Weise bemüht hatten, der deutschen Öffentlichkeit zu beweisen, dass ihnen keine jüdische Eigenschaften nachgesagt werden können.

Dieses Buch ist eine große Herausforderung, weil es eben wahr ist, dass aus den Reihen der sozialistischen oder kommunistischen Bewegung bis zu diesem Zeitpunkt und genau genommen bis heute niemand den Versuch unternommen hat, all diese Passagen zusammenzutragen und seriös einzuschätzen. So hat Silberners Werk trotz all seiner negativen Grundzüge die Funktion eines Eisbrechers zur Klärung dieser Fragen – eine Herausforderung, die besteht und sehr ernst genommen werden muss.

Massing, Paul Wilhelm: Vorgeschichte des politischen Antisemitismus, Frankfurt/M. 1959. Massing (1902 in Grumbach – 1979 in Tübingen) war Mitglied der KPD. 1933 wurde er verhaftet und gefoltert und fünf Monate im KZ Sachsenhausen eingesperrt. Nach seiner Freilassung kehrte er über Umwege illegal nach Nazi-Deutschland zurück, wo er sich Widerstandsstrukturen der KPD anschloss. Nach und nach entfernte er sich von den Positionen der KPD und emigrierte 1939 in die USA. Dort arbeitete er von 1942 bis 1948 am Institut für Sozialforschung der Columbia University und übernahm danach eine Professur an der Rutgers University in New York.

Seine bedeutendste Arbeit war die „Vorgeschichte des politischen Antisemitismus“, die 1949 in den USA erschienen ist und 10 Jahre später in deutscher Übersetzung mit einem Vorwort von Theodor W. Adorno und Max Horkheimer.

Massing war sozusagen der wissenschaftlich-publizistische Gegenentwurf zu Silberner. Trotz aller Schwächen, Fehler und Halbheiten konstatiert Massing im Gegensatz zu Silberner eine Ablehnung und Bekämpfung der Judenfeindschaft in Theorie und Praxis der Sozialdemokratie.

Massing ist unseres Wissens einer der ersten Autoren, der sich analytisch mit der Entwicklung der politischen Judenfeindschaft in Deutschland befasste. Im Kapitel I „Die Liberale Ära (1871–1878)“ geht es vor allem um die publizistischen Vertreter der Judenfeindschaft, die als „Wortführer der Unzufriedenheit vorkapitalistischer und kleinbürgerlicher Schichten mit der Wirtschaftskrise und dem Liberalismus“ auftraten. Kapitel II „Der christlich-konservative Gegenangriff (1879–1886)“ behandelt die politische Organisation der Judenfeinde mit Stoecker an der Spitze. Im Kapitel III „Konservativer

Staat und soziale Demagogie“ wird zunächst auf die jüdenfeindliche „Berliner Bewegung“ eingegangen. Hier liefert Massing wichtiges Quellenmaterial (etwa auch Bernsteins „Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung“ (S. 44). Kapitel IV „Stoeckers Niedergang (1886–1890)“ endet mit dem Bedeutungsverlust Stoeckers, was aber kein Rückgang der Judenfeindschaft nach sich zog. Vielmehr wird im Kapitel V „Die Ära Caprivi (1890–1894)“ erläutert, dass zwar die Antisemitenparteien zahlenmäßig keine große Rolle mehr spielten, aber 1892 mit der Deutschkonservativen Partei eine große bürgerliche Partei ein offen jüdenfeindliches Programm angenommen hatte. Im Kapitel VI „Die völkische Bewegung“ widmet sich Massing den rassistisch-völkischen Judenfeinden Ahlwardt und vor allem Böckel und geht im VII. Kapitel „Zur Charakteristik des völkischen Antisemitismus“ über. Im Kapitel VIII geht es um den „Niedergang des politischen Antisemitismus“ und schließlich im IX. Kapitel um „Nationale Sammlung und Antisemitismus“. Im Kapitel X „Der Standpunkt der Sozialisten“ geht Massing auf die Vertreter der proletarischen Klasse ein sowie im Kapitel XI auf „Marxistische Politik“. Bei den Schwächen und Halbheiten im Kampf gegen die Judenfeinde befasst sich Massing vor allem mit Franz Mehring und kritisiert zu Recht vehement die Gleichsetzung von Judenfeindschaft und Philosemitismus. Er sieht darin auch eine Ursache dafür, dass Teile der proletarischen Klasse der Verfolgung der Jüdinnen und Juden durch die Nazis gleichgültig gegenüberstanden: „Durch diese Stellungnahme trug Mehring dazu bei [...], dass die Gleichgültigkeit gegenüber der ‚Judenfrage‘ und der Judenfeindschaft unter den Sozialisten weiter um sich griff, dass in der Partei jene Indifferenz gepflegt wurde, die ihr später, angesichts der nationalsozialistischen Judenhetze eine passive und beklemmte Haltung aufzwang.“ (S. 202)

Leuschen-Seppel, Rosemarie: Sozialdemokratie und Antisemitismus im Kaiserreich – Die Auseinandersetzung der Partei mit den konservativen und völkischen Strömungen des Antisemitismus 1871–1914, Bonn 1978. Die rund 350 Seiten umfassende, zunächst als Dissertation vorgelegte Arbeit liefert eine beeindruckende Recherche und eine ausgezeichnete umfassende Quellensammlung, die bis heute teilweise unübertroffen ist. Leuschen-Seppel publizierte

danach weitere Arbeiten zur Sozialdemokratie bzw. zur SPD der Weimarer Zeit, unter anderem „Zwischen Staatsverantwortung und Klasseninteresse. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der SPD zur Zeit der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung der Mittelphase 1924–1928/29“, Bonn 1981.

Leuschen-Seppel wendet sich sowohl gegen die Versuche Silberners, einen „sozialistischen Antisemitismus“ zu konstruieren, als auch gegen Rürips Behauptung einer „weitgehenden Immunisierung“ der proletarischen Klasse. Dabei vermeidet die Autorin weitgehend pauschale Wertungen, sondern differenziert Etappen und innerhalb der Etappen auch nach verschiedenen Strömungen und Kräften in der damaligen Sozialdemokratie. Die Haltung der Sozialdemokratie wird jeweils in Bezug zur Entwicklung der Judenfeindschaft der jeweiligen Zeitetappe gesetzt.

Die Arbeit enthält sehr viele Quellen der damaligen Sozialdemokratie, denen von uns nachgegangen wurde. Ein großes Verdienst der Arbeit ist, dass nicht nur politische und theoretische Positionen der führenden Organe und Gremien der damaligen Sozialdemokratie analysiert werden, sondern dass auch nach der jeweiligen Breitenwirkung gefragt wird, wobei „populäre“ Massenblätter besonders unter die Lupe genommen werden. Als eine der ersten Autorinnen hebt Leuschen-Seppel sowohl die besondere Bedeutung der Rede Bebels von 1893 mit ihren richtigen Positionen hervor, konstatiert aber auch, dass mit vielen falschen Positionen und Richtlinien richtige Ansätze abgeschwächt wurden und diese teilweise auch zur Desorientierung beigetragen haben. Stärken und Schwachpunkte bzw. Versäumnisse der deutschen Sozialdemokratie zur Judenfeindlichkeit werden mit vielen Belegen nachgewiesen, solidarisch-kritisch bewertet. Folgende Kernpunkte lassen sich herausarbeiten:

Die innerparteilichen Auseinandersetzungen, so Leuschen-Seppel, führten zu keiner wirklichen Klärung und klaren Ausrichtung für die Partei im Kampf gegen die Judenfeindschaft. Sie werden noch überlagert von der Tatsache, dass die Publikationen der Sozialdemokratie mit den größten Auflagen vor allem ab der Jahrhundertwende jüdenfeindliche Klischees und Vorurteile selbst verbreiteten.

Leuschen-Seppel weist in ihrer Arbeit nach, dass die Sozialdemokratie, wenngleich mit teilweise großen Schwächen, einen Kampf gegen die Judenfeindschaft geführt hat. Dieser Kampf wurde insbesondere in der ideologischen Erziehung („Bildungsarbeit, S. 278) ab den 1890er Jahren, vor allem aber in den Jahren unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg nicht verstärkt und nach und nach eingestellt, so Leuschen-Seppel.

Pulzer, Peter G. J.: Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867 bis 1914, New York 1964. Pulzer (geb. 1929 in Wien) ist ein britischer Historiker und Politikwissenschaftler, der in Cambridge lehrte. Seine in erster Auflage 1964 auf Englisch und 1966 auf Deutsch erschienene Publikation wurde 2004 in einer 2. Auflage um einen Forschungsbericht über die Zeitspanne 1964 bis 2004 ergänzt und mit einem Nachwort von Dan Diner und Nicolas Berg versehen. Die 2. Auflage umfasst knapp 380 Seiten.

Die Studie ist in fünf Teile gegliedert: „Die Juden und ihr gesellschaftliches Umfeld“ (20 Seiten), „Die Ablehnung des Liberalismus“ (35 Seiten), „Deutschland 1867–1900“ (40 Seiten), „Österreich 1867–1900“ (50 Seiten), „Deutschland und Österreich 1900–1914“ (84 Seiten) und „Epilog 1914–1938“ (34 Seiten). Im Anhang sind sieben Originaldokumente abgedruckt, darunter: Das „Manifest der Notablen“ vom 13.11.1880 und das Erfurter Programm der Antisemitischen Volkspartei Böckels. Der ergänzende Forschungsbericht der 2. Auflage hebt unter anderem hervor, dass sich Pulzers Einschätzung von 1964 bestätigt hat, dass „der Nationalismus bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts zur Haupttriebfeder des Antisemitismus geworden war“ (S. 32).

In Anlehnung an Massing formuliert Pulzer: „Antisemiten und Sozialdemokraten stehen an den entgegengesetzten Polen der politischen Welt.“ (S. 271) Allerdings greift Pulzer bei der Entlarvung der Behauptungen der Judenfeinde selbst auf antijüdische Stereotype zurück, etwa wenn er „die jüdische Vorherrschaft im Finanzwesen“ als Tatsache (S. 76) akzeptiert mit Verweis auf „die Dynastie Rothschild“ und „Bleichröter“ (S. 76). Es ist zwar richtig, dass Lügen wirksamer sind, wenn sie eine vermeintlich wahre Erscheinung aufgreifen, aber die

Gratwanderung gelingt Pulzer nicht: „Wenn es“, so Pulzer, „keine internationalen jüdischen Bankiers gäbe, [...], dann würden die Mythen über sie jede Schlagkraft verlieren.“ (S. 80). Das ist eine Behauptung, die sich durch einen Blick auf Nazi-Deutschland und die dort verbreitete Judenfeindschaft leicht widerlegen lässt.

Nicht überzeugend ist Pulzers These, dass Judenfeindschaft nicht in erster Linie als Suche nach dem „Sündenbock“ für verhetzte Teile der werktätigen Bevölkerung zu verstehen sei, sondern als eine Reaktion auf den Liberalismus: „Die in jener Zeit herrschende Ideologie war [...] der Liberalismus.“ „Der Antisemitismus [stellte] in erster Linie eine Reaktion gegen diese Ideologie dar.“ (S. 91) Neben den religiösen, völkisch-rassistischen Judenfeinden, die politisch, publizistisch und universitär agierten, hebt Pulzer zu Recht auch die Gewinnung und Mobilisierung von Judenfeinden außerhalb der judenfeindlichen Parteien in Verbänden wie dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, dem Alldeutschen Verband, dem Deutschbund, aber auch die Burschenschaften hervor.

Görschler, Henry: Die revolutionäre Arbeiterbewegung und ihr Verhältnis zum Antisemitismus⁶⁸². 1965 wurde der Artikel „Die revolutionäre Arbeiterbewegung und ihr Verhältnis zum Antisemitismus“⁶⁸² des SED-Revisionisten Henry Görschler publiziert. Er geht auf ca. 2 Seiten auf die Zeit des Kampfs der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft bis 1893 ein. Völlig kritiklos lobhudelt er den theoretischen Kampf der Sozialdemokratie (S. 544) Görschler erwähnt die Rede von Bebel auf dem Kölner Parteitag 1893 ebenso mit keinem Wort. Er zitiert die auf dem Kölner Parteitag verabschiedete Resolution gegen den Antisemitismus, die Schwächen und auch schwere Fehler enthält wie z.B. die Position, dass die judenfeindliche Bewegung „wider ihren Willen schließlich revolutionär wirkt“. Bei Görschler ist zu dieser Resolution kein kritisches Wort zu finden. (S. 544) Insgesamt sind diese Passagen des SED-Revisionisten zum Kampf der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft eine einzige Lobhudelei.*

* Görschler bezieht auch Stellung zur Marx-Schrift gegen Bruno Bauer von 1844. Görschler schreibt völlig falsch, dass diese Schrift von Marx „noch heute Richtschnur aller kommunistischen Arbeiterparteien bei der Lösung dieses Problems (der sogenannten ‚Judenfrage‘, A.d.V.) ist.“ (S. 540) Band 1 dieser Reihe behandelt – wie schon

Ein negativer Höhepunkt im Artikel von Görschler ist, dass er judenfeindliche Forderungen des extremen Judenfeinds Paul der Lagarde, wie z.B. seinen „Assimilierungsvorschlag“, als „letztlich humanistisch“ darstellt. (S. 548) Görschler fordert die Assimilation der Juden in Westeuropa. Er fordert: „Die Assimilation ist die vollkommene soziale, politische und kulturelle Angleichung der Juden in dem jeweiligen Lande und im Rahmen ihrer Klasse.“ (S. 546) Dies sei „die einzige Lösung“ alles andere sei „reaktionär, da sie vom sozialen Wesen des Problems ablenke.“ (S. 546) Die Geschichte und Aktualität der Unterdrückung und Diffamierung der jüdischen Kultur wird einfach im Sinne des deutschen Nationalismus geleugnet.

Mohrmann, Walter: Antisemitismus – Ideologie und Geschichte im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Berlin 1972. Neben der Arbeit Henry Görschlers „Die revolutionäre Arbeiterbewegung und ihr Verhältnis zum Antisemitismus“ (in: Wissenschaftliche Reihe der Karl-Marx-Universität Leipzig, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, 1965, Nr. 3, S. 539–551) ist die Arbeit Mohrmanns hervorzuheben als Arbeit aus der Zeit der revisionistischen DDR. Die Aufgabe, Marx und die kommunistischen Kräfte gegen den Antikommunismus Silberners und Konsorten zu verteidigen, kann nicht überzeugen, wenn die Geschichte nicht selbstkritisch aufgearbeitet wird und „die Geschichte der Arbeiterbewegung als die [...] Geschichte des konsequentesten und erfolgreichsten [!?] Kampfes gegen den Antisemitismus“ (S. 63) bezeichnet wird. Insbesondere negativ fällt auf, dass Mohrmann Mehrings Beiträge in der Zeitschrift „Die Neue Zeit“ unkritisch lobt und Mehrings Konzept vom „Philosemitismus“ übernimmt: „In seinem publizistischen Kampf stritt er (Mehring, A. d. V) nicht nur wider den Antisemitismus, sondern kritisierte auch schonungslos den Philosemitismus, der den Kampf gegen den Antisemitismus nur zur Verteidigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung führte.“ (S. 70) Zustimmend macht Mohrmann sich Mehrings falsche Definition von Antisemitismus und Philosemitismus zu eigen: „Wenn dieser den Kapitalismus zu bekämpfen behauptet, indem er die

erwähnt – ausführlich die Schrift von Marx von 1844 gegen Bruno Bauer. Siehe dazu in Teil III den Abschnitt „Wie die Marx'sche Frühschrift ‚Zur Judenfrage‘ von 1844 in der Auseinandersetzung über Judenfeindschaft benutzt wurde“.

Juden verfolgt, so behauptet jener, die Juden zu schützen, indem er den Kapitalismus durch dick und dünn verteidigt.“ (S. 70. Aus: Franz Mehring, „Antisemitisches und Philosemitisches“, Die Neue Zeit, 1890/91, Band 9, Nr. 2, S. 586). Die Tatsache, dass dieser Artikel in den von den SED-Revisionisten herausgegebenen Gesammelten Werken Mehrings nicht enthalten ist, lässt Mohrmann unter den Tisch fallen. Ganz im Stile der SED-Revisionisten kritisiert Mohrmann Silberner als „Apologeten des Staates Israel“ (S. 70), greift ihn also nicht inhaltlich, sondern persönlich an, um ihn zu diskreditieren.

Grab, Walter (Hrsg.): Juden und jüdische Aspekte in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1848–1918. Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte, Beiheft 2, Tel Aviv 1977. Das Beiheft 2 zum Internationalen Symposium „Juden und jüdische Aspekte in der deutschen Arbeiterbewegung“, das im Dezember 1976 in Tel Aviv stattfand, wurde von Grab (geb. 1919 in Wien – gest. 2000 in Tel Aviv) herausgegeben. Grab, der bis 1956 Mitglied der KP Israels war, war ein Geschichtsprofessor, der sich mit der Erforschung demokratischer Strömungen auf dem Gebiet des späteren Deutschland von der Französischen Revolution ab beschäftigte und insbesondere mit dem jüdischen Emanzipationskampf

In dem Sammelband sind einige Beiträge verschiedener Autoren hervorzuheben. Im Beitrag von Shlomo Na’aman geht es um „Moses Heß: Zwischen Messianismus und Emanzipation“. Neben der Darstellung des Verhältnisses von Marx und Heß war für die vorliegende Arbeit ein Hinweis (S. 20) wichtig, der sich gegen Silberners Einschätzung der Marx-Schrift von 1844 gegen Bruno Bauer richtet. In diesem Artikel wird des Weiteren darauf hingewiesen, dass Heß einen Brief an Napoleon III. geschrieben habe und sich ähnlich wie Lassalle an Machtpolitikern orientiert habe. Ansonsten ist der Artikel vor allem für die Analyse von Heß von Bedeutung.

Sehr wichtig ist Reinhard Rürups Beitrag „Sozialismus und Antisemitismus in Deutschland vor 1914“, der wichtige Passagen von Engels und führenden Sozialdemokraten (Bebel, Liebknecht, Kautsky, Bernstein und Mehring) anführt und bespricht. Etwa der Brief von Bernstein an Engels, der davon ausgeht, dass die Judenhetze vor allem von oben gelenkt ist, was im Kern richtig ist, aber eben laut Bernstein bei

den Bauern und Handwerkern „auf sehr dankbaren Boden“ fällt, „es wäre ein großer Fehler, wenn wir die antisemitische Bewegung nur als eine politisch-religiöse behandeln würden ...“ (S. 208, Fußnote 18). Unserer Kenntnis nach wird in der gründlichen Arbeit von Rürup auch erstmals auf die Publikation von Gerhard Krause „Zur Naturgeschichte der antisemitischen Bewegung in Deutschland“ und Kurt Falk „Über Antisemitismus und Sozialdemokratie“ aufmerksam gemacht. Rürup konstatiert zusammenfassend zur sozialistische Bewegung von vor 1914: „Der sozialistischen Bewegung ist es in diesen Jahrzehnten gelungen, eine Theorie des Antisemitismus zu entwickeln, die andern zeitgenössischen Theorieansätzen weit überlegen war und in ihren Grundzügen auch heute noch Gültigkeit besitzt.“ (S. 217 f.) In seiner abschließenden Stellungnahme (S. 221 f.) betont Rürup, dass es auf jeden Fall falsch ist, im Stile Silberners von einem „sozialistischen Antisemitismus“ zu reden. Einzelne jüdenfeindliche Stereotype in den Äußerungen führender Sozialdemokraten gebe es, aber die Basis sei dennoch die politische und inhaltlich-theoretische Ablehnung der Judenfeindschaft.

Greive, Hermann: Geschichte des modernen Antisemitismus in Deutschland, Darmstadt 1983. Greive war Professor für Judaistik am Martin-Buber-Institut der Universität Köln. Sein Buch gibt einen Überblick über die Judenfeindschaft auf dem Gebiet des späteren Deutschlands, angefangen mit der Revolution von 1848 über die jüdenfeindlichen Publizisten und Ideologen der 1870er und 1880er Jahre bis zu den Antisemitenparteien.

Rürup, Reinhard: Emanzipation und Antisemitismus – Studien zur ‚Judenfrage‘ der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt 1987. Nach seinem Beitrag zum Internationalen Symposium „Juden und jüdische Aspekte in der deutschen Arbeiterbewegung“ vom Dezember 1976 erweitert Rürup seinen damaligen Beitrag erheblich und fasst den Stand der Forschung zusammen. Rürups sehr gründliche und umfassende Arbeit versteht sich auch als Stellungnahme gegen Silberners Behauptung eines „sozialistischen Antisemitismus“. Dabei erklärt Rürup zur proletarischen Klasse im Kaiserreich, mit durchaus richtiger Stoßrichtung, aber übertreibend, dass sie sich als „die einzige große Bevölkerungsschicht [erwies], die dem Antisemitismus gegenüber fast vollständig immun war“ (S. 111). Unabhängig davon, dass sich

gerade in den späteren Jahrzehnten gezeigt hat, dass auch Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland aufzuhetzen und zu korrumpieren sind, ist das Bild von der „Immunisierung“ nicht hilfreich, da bürgerliche Ideologien, wozu auch die Judenfeindschaft gehört, nur im ständigen Kampf und durch Überprüfung und Schärfung der eigenen Argumente zurückgewiesen werden können.

Pötzsch, Hansjörg: Antisemitismus in der Region – Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914, Wiesbaden 2000. Anders als der Titel vermuten lässt, ist die vorliegende Arbeit keine regional beschränkte Analyse. Pötzsch, Provenienzforscher an der TU Braunschweig, hat sich in seiner Studie Untersuchungsgebiete gewählt, in denen judenfeindliche Organisationen eine besondere Rolle spielten. Während in Sachsen und Braunschweig, die durch eine frühe Industrialisierung und eine starke Sozialdemokratie geprägt waren, die Antisemitenparteien vor allem auf die Kleinhändler und Mittelschichten abzielten, handelte es sich in Hessen-Nassau und Hessen um landwirtschaftliche Regionen und die judenfeindliche Hetze mit Böckel an der Spitze richtete sich an die dortige Bevölkerung. Pötzsch liefert eine materialreiche und sehr informative Quellenrecherche, insbesondere von Originalquellen der Publikationen der Judenfeinde, um die ganze Bandbreite judenfeindlicher Erscheinungsformen darzustellen, von der Übernahme judenfeindlicher Stereotype über soziale Ausgrenzung und staatliche Diskriminierung bis zu den Antisemitenparteien. Neben einem statistischen Anhang enthält das Buch auch ein umfangreiches Quellen- und Literaturverzeichnis sowie ein Personen- und Ortsregister.

Krieger, Karsten (Hrsg.): Der ‚Berliner Antisemitismusstreit‘ 1879–1881. Kommentierte Quellenedition. Im Auftrag des Zentrums für Antisemitismusforschung, München 2003, Teil 1 und Teil 2. Kriegers Verdienst ist es, erstmals die Veröffentlichungen des Judenfeinds Heinrich von Treitschke, seiner Unterstützer sowie seiner Gegner aus den Reihen der jüdischen Gemeinden und der bürgerlichen Demokraten in chronologischer Reihenfolge und ungekürzt, aber ergänzt um Quellenkommentare zur Verfügung gestellt zu haben.

Fischer, Lars: The Socialist Response to Antisemitism in Imperial Germany, New York 2007. Fischers Studie leistet eine hilfreiche Quellenarbeit und Analyse, insbesondere zu Eduard Bernstein, Karl Kautsky und Franz Mehring. Der Autor selbst bezieht sich auf die Frankfurter Schule, auf Jean Paul Sartre und Moshe Postone (S. 228). Ausgehend von einer Analyse von Marx' Schrift „Zur Judenfrage“ von 1844 und der Analyse, wie diese Schrift in der deutschen Sozialdemokratie herangezogen und verwendet wurde, untersucht Fischer einige Aspekte, die bisher in der deutschsprachigen Literatur nicht oder nur sehr am Rande behandelt wurden.

Fischer schreibt in Anlehnung an Jack Jacobs („Sozialisten und die ‚jüdische Frage‘ nach Marx“, Mainz 1994), dass etwa Bebel keineswegs den Kampf gegen „jüdische Ausbeutung“ verneinen würde, sondern nur die „Einseitigkeit“ ablehne, wenn nur diese und nicht der ganze Kapitalismus kritisiert werde (S. 71).

Eine im Kern richtige Grundthese des Autors ist, dass die führenden Sozialdemokraten – Bebel, Liebknecht, Bernstein, Kautsky, Mehring – bei allen Unterschieden doch im Kern dieselben fehlerhaften Positionen zur Judenfeindschaft vertreten hätten. Er verweist auf ein Stereotyp in der Propaganda der damaligen Sozialdemokratie: „Was all die antiantisemitischen Argumente gemeinsam haben ist, dass sie nur funktionieren, wenn man zunächst den Kern der antisemitischen Beschuldigungen anerkennt. Die Juden sind wirklich, wie die Antisemiten sagen, dass sie sind. Sie spielen wirklich die Rolle, welche die Antisemiten ihnen zuschreiben. Nicht die Analysen der Antisemiten sind falsch, sondern falsch sind die Schlussfolgerungen, welche die Antisemiten daraus ziehen. Noch dazu sieht Bebel den Antisemitismus als ein direktes Produkt der sozioökonomischen Bedingungen.“ (S. 74)

Ein weiteres Verdienst Fischers ist die Herausarbeitung der Unterschiede der verschiedenen Fassungen der Parteitagrede Bebels von 1893 (S. 80). Ursprünglich habe Bebel die heutige Gesellschaft als „jüdisch“ bezeichnet, in der Fassung von 1906 aber als „verjudet“ und habe so einen Begriff der Judenfeinde übernommen (S. 80). Fischer erinnert daran, dass 1881 im „Sozialdemokrat“ ausdrücklich davor gewarnt worden war, „leicht verständliche“ Bruchstücke von Marx' Schrift „Zur Judenfrage“ zu verwenden, da dies zur einer Verdrehung

des Sinns dieser Schrift führt. Bebel habe diesen Hinweis in den Überarbeitungen seiner Rede nicht berücksichtigt (S. 83).

Gräfe, Thomas: Antisemitismus in Deutschland 1815–1918. Rezensionen – Forschungsüberblick – Bibliographie, Norderstedt 2007. Gräfes Arbeit bietet die unseres Wissens umfassendste Bibliographie mit Kurzeinschätzungen zum Thema Judenfeindschaft in Deutschland.

Jürgens, Peer: Antisemitismus: Sozialismus des dummen Kerls? Sozialdemokratie und Antisemitismus im deutschen Kaiserreich, Hamburg 2013. Die Arbeit von Jürgens gibt eine kompakte Übersicht über den Forschungsstand zum Thema, ohne allerdings die neuesten Arbeiten, unter anderem die von Lars Fischer, zu berücksichtigen. Jürgens erfasst dabei insbesondere auch Reden und Beiträge sozialdemokratischer Abgeordneter, aber auch Stellungnahmen von Sozialdemokraten in Versammlungen. Außerdem ist es eine der ersten Arbeiten, die als Originalquellen die „Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ hinzuzieht.

Neben diesen allgemeinen Publikationen waren für die vorliegende Arbeit auch Untersuchungen zu besonderen Fragen und Teilaspekten sehr hilfreich und wichtig:

- Neubach, Helmut: Die Ausweisungen von Polen und Juden aus Preußen 1885/86, Wiesbaden 1967, zu den Massenausweisungen Mitte der 1880er Jahre.
- Fricke, Dieter: Fricke, Dieter (Hrsg.): Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessensorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945. Band I, Leipzig 1968, sowie: Fricke, Dieter: Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1987, Band 1 und 2
- Kemlein, Sophia: Die Posener Juden 1815–1848, Hamburg 1997, zur Frage der jüdischen Bevölkerung in Posen.
- Toury, Jacob: Soziale und politische Geschichte der Juden in Deutschland 1847–1871, Düsseldorf 1977, zur sozialen Lage der jüdischen Bevölkerung.

- Jensen, Uffa: Gebildete Doppelgänger. Bürgerliche Juden und Protestanten im 19. Jahrhundert, Göttingen 2005, insbesondere zur Auseinandersetzung mit dem judenfeindlichen Historiker Treitschke.
- Schleicher, Regina: Antisemitismus in der Karikatur: Zur Bildpublizistik in der französischen Dritten Republik und im deutschen Kaiserreich (1871–1914), Frankfurt 2009.

Chronologie

Die folgende unvollständige (und weiter zu ergänzende) Chronologie listet Ereignisse von 1848 bis 1895 auf, die für den Kampf gegen die Judenfeindschaft in Deutschland im weitesten Sinne relevant sind. Dies soll es erleichtern, Ereignisse im Vorfeld der Parteitagrede Bebel von 1893 in diesen größeren Kontext einzuordnen.

I.

- 1848 Bürgerlich-demokratische Revolutionen in zahlreichen europäischen Ländern, allen voran Frankreich, aber auch in Deutschland sowie in Österreich-Ungarn. Jüdische Aktivistinnen und Aktivisten sind an den Kämpfen führend beteiligt.
- Die von der Frankfurter Nationalversammlung verabschiedete Erklärung „Grundrechte des deutschen Volkes“ enthält die Bestimmung: „Durch das religiöse Bekenntnis wird der Genuss der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte weder bedingt noch beschränkt.“
- Wenn auch nicht vorherrschend, kommt es zu vereinzelt, teilweise auch realisierten Versuchen, die Empörung der Massen auf „die Juden“ zu lenken.
- 1850 Der erste massiv judenfeindliche Angriff auf Marx erfolgt mit der Broschüre „Vorgeschmack in die künftige deutsche Diktatur von Marx und Engels“ von Tellerling, der 1850 aus dem Londoner Arbeiterverein ausgeschlossen wurde. In diesem mit judenfeindlichen Beschimpfungen gegen Marx gespickten Machwerk heißt es: „Marx, der künftige deutsche Diktator, ist ein Jude“, ein „nichts würdiger Jude“ usw. usf.
- 1851 Nach der Niederlage der bürgerlichen Revolutionen von 1848 erfolgt die Zurücknahme der erkämpften Rechte in den verschiedenen Ländern. Eine Petition in Bayern gegen die rechtliche Gleichstellung der jüdischen Bevölkerung bekommt im Februar 1850 rund 80.000 Unterschriften. Im August 1851 hebt der Frankfurter Bundestag die 1848 beschlossenen Grundrechte wieder auf.
- 1855 Das später auch in Deutschland einflussreiche Machwerk „Versuch über die Ungleichheit der Menschenrassen“ des Rassisten Gobineau erscheint auf Französisch.
- 1863 Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) unter Führung Ferdinand Lassalles, der bis 1875 besteht. Das führende Mitglied Johann Baptist Schweitzer veröffentlicht den judenfeindlichen Roman „Lucinde oder Capital und Arbeit“. Im Zentralorgan „Neuer Social-Demokrat“ unter dem Chefredakteur Wilhelm

- Hasselmann und auf öffentlichen Veranstaltungen erfolgen jüdenfeindliche Attacken gegen Kader, die 1869 dann die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) gründeten, wie August Bebel und Wilhelm Liebknecht.
- 1864 Gründung der I. Internationale unter führender Beteiligung von Karl Marx und Friedrich Engels. Ziel ist die Befreiung der proletarischen Klasse „ohne Rücksicht auf Farbe, Glaube oder Nationalität“.
- Der Krieg Preußens und Österreichs gegen Dänemark endet mit der preußisch-österreichischen Annexion von Schleswig und Holstein.
- 1866 Der Österreichisch-Preußische Krieg endet mit der Niederlage Österreichs.
- 1867 „Das Kapital“, Band 1, erscheint. Darin enthüllt Marx wissenschaftlich die Wurzeln der kapitalistischen Ausbeutung in der Produktion.
- 1869 Unter Führung Bebels und Liebknechts gründet sich die SDAP (Eisenacher).
- Im Juli wird für den Bereich des Norddeutschen Bundes das Gesetz über die Gleichberechtigung der Konfessionen in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Beziehung erlassen, nachdem in den 1860er Jahren in verschiedenen anderen Gebieten zuvor schon ähnliche Gesetze in Kraft traten.
- 1870/71 Der Deutsch-Französische Krieg endet mit der Niederlage Frankreichs und der Annexion Elsass-Lothringens.
- Gründung des Deutschen Reiches „von oben“ unter Führung des reaktionären Preußentums.
- 1871 Am 18. März erheben sich in Paris die Arbeiterinnen und Arbeiter zur bewaffneten proletarischen Revolution gegen die Bourgeoisie und errichten ihre eigene revolutionäre Staatsmacht, die mit massiver deutscher Militärunterstützung niedergeschlagen wird.
- Mit der Verfassung des Deutschen Reiches von 1871 wird formell die Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung verkündet: „Alle noch bestehenden, aus der Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses hergeleiteten Beschränkungen der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte werden hierdurch aufgehoben.“
- 1872 Im Zusammenhang mit den von Bismarck 1872 bis 1875 erlassenen Gesetzen, die sich gegen die katholische Kirche und die Zentrums-partei richten, wird der sogenannte „Kulturkampf“ gegen die angeblich herrschende „Judenpolitik“ inszeniert, bei dem massiv Judenfeindschaft geschürt wird.

- 1873 Eine schwere Wirtschaftskrise („Gründerkrach“) beendet den zweijährigen industriellen Wirtschaftsaufschwung der „Gründerjahre“.
- 1874 Wilhelm Liebknechts Rede zur Grund- und Bodenfrage vom 12. März 1870 in Meerane, die 1874 als eigenständige Broschüre erscheint, behandelt auf einigen Seiten auch die Judenfeindschaft, indem stereotype Vorwürfe aufgegriffen und widerlegt werden, allerdings auch Richtiges und Falsches vermischt wird.
- 1875 Gothaer Vereinigungsparteitag endet mit dem Zusammenschluss des Lassalle'schen ADAV und der SDAP auf der Grundlage des Gothaer Programms. Marx und Engels kritisieren dieses Programm prinzipiell und warnen vor dem Zusammenschluss als einem faulen Kompromiss.
- 1876 In der katholischen Zeitschrift „Germania“ wird unter dem Motto „Kauft nicht von Juden!“ öffentlich zum Boykott jüdischer Läden aufgerufen.

II.

- 1878 Verbot und massive Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Sozialdemokratische Partei, ihre Kader und Organisationen durch das bis 1890 verhängte „Sozialistengesetz“. Das illegale Zentralorgan der SDAP „Der Sozialdemokrat“ erscheint in der Schweiz und wird mit der „roten Post“ in Deutschland verteilt.
- Engels' Buch „Anti-Dühring“ erscheint. Darin wird Dührings Judenfeindschaft aufgedeckt und angeprangert.
- 1879 Entstehung judenfeindlicher Parteien. Die „Antisemitenliga“ unter Führung von Wilhelm Marr ist die erste dezidiert judenfeindliche Partei. Der protestantische Hofprediger und Bismarck-Vertraute Adolf Stoecker gründet die judenfeindliche „Christlich-Soziale Arbeiterpartei“ (später „Christlich-Soziale Partei“).
- Der reaktionäre Historiker Heinrich von Treitschke tritt im sogenannten „Berliner Antisemitismusstreit“ mit seiner judenfeindlichen Hetzschrift „Unsere Aussichten“ auf den Plan. Gegen den Judenfeind Treitschke erscheinen zahlreiche Stellungnahmen von Juden und nur wenige von Nichtjuden.
- Der Publizist Otto Glagau, macht in seinem judenfeindlichen Machwerk „Der Bankrott des Nationalliberalismus und die Reaktion“ die Juden für den „Gründerkrach“ verantwortlich. Wilhelm Marrs judenfeindliche Hetzschrift „Der Sieg des Judentums über das Germanentum“ erscheint und hat im ersten Jahr 12 Auflagen.
- 1880/81 Massive judenfeindliche Hetze und antijüdische Angriffe auf der Straße in Pommern, Westpreußen und Berlin.

- Arbeiterinnen und Arbeiter in Berlin kämpfen gegen die Judenfeinde und verabschieden eine Resolution gegen die Judenfeindschaft.
- 1881 Dührings jüdenfeindliche Hetzschrift „Die Judenfrage als Rassen-, Sitten- und Kulturfrage“ erscheint.
- Der Lassalleaner Wilhelm Hasenclever veröffentlicht unter Pseudonym die jüdenfeindliche Schrift „Die Wahrheit der Ehre. Ein Beitrag zur Judenfrage in Deutschland“.
- Marr initiiert mit seiner gerade gegründeten „Sozialen Reichspartei“ die sogenannte „Antisemiten-Resolution“ zur Aufhebung der gesetzlichen Gleichstellung der jüdischen Bevölkerung und bekommt 250.000 Unterschriften.
- Der Judenfeind Theodor Fritsch beginnt ab 1881 jüdenfeindliche Hetzschriften zu veröffentlichen, gründet die „Deutsche Antisemitische Liga“ und ein jüdenfeindliches Verlagsimperium, in dem dann bis 1944 in zahlreichen Neuauflagen, auch nach seinem Tod, das „Handbuch der Judenfrage“ mit Hunderttausenden von Exemplaren erscheint.
- 1883 Bismarck'sche „Sozialgesetze“ (Renten-, Kranken-, Unfallversicherung) sollen in Verbindung mit der Repression aufgrund des „Sozialistengesetzes“ dem zunehmenden Einfluss der Sozialdemokratie entgegenwirken.
- Das jüdische SPD-Mitglied Paul Singer wird zur Berliner Stadtverordnetenwahl aufgestellt und gewählt.
- Am 14. März 1883 stirbt Karl Marx im Alter von 64 Jahren.
- 1884 Die Massenausweisungen von sogenannten Ostjuden beginnen und dauern bis 1886 an.
- Die Berliner Konferenz der Großmächte führt zu Beschlüssen zur kolonialen Aufteilung Afrikas.
- 1884 bis 1885 erfolgt die Errichtung des Protektorats Deutschlands über Südwestafrika, Togo, Kamerun, den Nordostteil von Neu-Guinea und Gebiete in Ostafrika.
- 1885 Der Judenfeind Otto Böckel veröffentlicht die Hetzschrift „Die Juden, die Könige unserer Zeit“ (bis 1909 werden 1,5 Millionen Exemplare verkauft).
- Paul Singer wird zur Reichstagswahl als Kandidat aufgestellt und gewählt.
- Mit einem eigenständigen Beitrag zur Judenfeindschaft meldet sich erstmals seit Marx' „Zur Judenfrage“ von 1844 aus der österreichischen Sozialdemokratie Karl Kautsky zu Wort. Er veröffentlicht

- 1885 im „Österreichischen Arbeiter-Kalender“ den Artikel „Der Antisemitismus“.
- 1887 Erstmals erscheint Theodor Frischs „Antisemiten-Katechismus“ (Ab 1896 hat dieser unter dem Titel „Handbuch der Judenfrage“ bis in die Zeit der Nazi-Herrschaft zahlreiche Neuauflagen.)
- 1889 Ein Streik von 90.000 Ruhrbergleuten führt zu blutigen Zusammenstößen der Streikenden mit der Polizei. Proletarische Streiks folgen im Saargebiet, in Sachsen und Schlesien.
- Gründung der II. Internationale unter führender Beteiligung von Engels, um die revolutionären Parteien des Proletariats möglichst vieler Länder zusammenzuschließen.

III.

- 1890 Aufhebung des „Sozialistengesetzes“. Die SPD erzielt bei den Reichstagswahlen im Oktober rund 20 Prozent aller Stimmen.
- Der Judenfeind Otto Böckel gründet die „Antisemitische Volkspartei“ (später „Deutsche Reformpartei“), die insbesondere in Hessen auf dem Land judenfeindliche Hetze betreibt.
- In Pommern beginnt der Volksschulrektor Hermann Ahlwardt seine judenfeindliche Hetze unter der Losung „Gegen Junker und Juden“. Ahlwardt verfasst sein judenfeindliches Machwerk „Der Verzweiflungskampf der arischen Völker gegen das Judentum“ und initiiert die sogenannte „Judenflinten“-Agitation.
- Julius Langbehn's völkisch-judenfeindlicher Bestseller „Rembrandt als Erzieher“ erscheint.
- Engels' Brief „Über den Antisemitismus“ (in dem er den Antisemitismus eindeutig als „nur reaktionär“ einschätzt) erscheint in der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ im April 1890 und wird danach vielfach in Organen der Sozialdemokratie nachgedruckt.
- Mutige sozialdemokratische Aktivistinnen und Aktivisten gehen im Mai 1890 und danach zunehmend gegen Judenfeinde vor, stören und sprengen Versammlungen der Judenfeinde.
- SPD-Parteitag im Oktober 1890 in Halle. Sozialdemokratische Aktive fordern zentral angeleitete Gegenaktionen gegen die Judenfeinde.
- 1890 verfasste Kautsky den Artikel „Das Judentum“, der im theoretischen Organ der SPD „Neue Zeit“, abgedruckt wurde.
- Mehring veröffentlicht von 1891 bis 1893 im theoretischen Organ der SPD „Neue Zeit“ mehrere Artikel mit der irreführenden und dem Kampf gegen die Judenfeindschaft schadenbringenden Ausrichtung „gegen Antisemitismus und Philosemitismus“.

Im SPD-Organ „Berliner Volksblatt“ wird – ohne die nötigen Klarstellungen – Marx’ „Zur Judenfrage“ von 1844 erstmals (in Fortsetzungsfolgen) im vollen Wort wiederaufgelegt.

Jüdische Kommunisten aus New York übersetzen das „Manifest der Kommunistischen Partei“ ins Jiddische. Engels bietet an, ein Vorwort zu schreiben.

- 1891 Jüdische Kräfte organisieren publizistisch, mit Veranstaltungen und anderen Aktionen den Kampf zur Abwehr der rasant zunehmenden Judenfeindschaft.

SPD-Arbeiterinnen und -Arbeiter auf dem Land gehen mit massiver Agitation gegen die Judenfeinde vor, sprengen mit propagandistischen und auch „handgreiflichen“ Gegenmaßnahmen, etwa in Hessen und Westfalen, Versammlungen von Judenfeinden und kämpfen in Straßenschlachten gegen Böckel-Anhänger.

Der II. Kongress der II. Internationale verabschiedet eine Resolution mit verfehlter Ausrichtung gegen „antisemitische und philosemitische Aufhetzung“, statt den Kampf eindeutig gegen die Judenfeindschaft zu richten.

Die Broschüre gegen Judenfeindschaft von Gerhard Krause „Zur Naturgeschichte der antisemitischen Bewegung in Deutschland“ erscheint.

Erfurter Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Annahme eines neuen Programms, das gegenüber dem Gothaer Programm von 1875 einen Fortschritt bedeutet, jedoch noch beträchtliche Zugeständnisse an den Opportunismus enthält.

Gründung des deutsch-chauvinistischen und judenfeindlichen „All-deutschen Verbandes“.

- 1892 Xantener Ritualmordprozess. Dieser endete zwar mit einem Freispruch für die Beschuldigten, die Xantener jüdische Bevölkerung sah sich jedoch gezwungen, die Stadt zu verlassen.

Die vom Rheinischen Agitationskomitee herausgegebene und von Kurt Falk verfasste Broschüre „Antisemitismus und Sozialdemokratie“ erscheint in 2. Auflage.

Auf dem Berliner Parteitag der Sozialdemokratie wird die von Bebel eingebrachte Resolution gegen den Antisemitismus verabschiedet. Diese enthält wichtige Fehler, setzt aber den Kampf gegen die Judenfeindschaft auf die Tagesordnung.

Im Februar wird ein Streik der Bergleute im Saargebiet durchgeführt.

- 1893 Auf dem Kölner Parteitag der Sozialdemokratie hält Bebel seine Rede „Sozialdemokratie und Antisemitismus“.

Wilhelm Liebknecht hält einen Tag nach dem Ende des Kölner Parteitags der Sozialdemokratie am 29.10.1893 in Bielefeld vor Arbeiterinnen und Arbeitern eine wichtige Rede, in der er auch gegen Judenfeindschaft Stellung nimmt. Diese Rede wird noch im selben Jahr als Broschüre veröffentlicht.

Wirtschaftliche Massenorganisationen wie der „Bund der Landwirte“ und der „Deutschnationale Handlungsgehilfenverband“ werden zunehmend zu Multiplikatoren der Judenfeindschaft.

Die deklariert judenfeindlichen Parteien erreichen bei den Wahlen 250.000 Stimmen.

Gründung des „Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ als Antwort auf die sich verstärkende Judenfeindschaft.

Bernsteins Artikel „Das Schlagwort und der Antisemitismus“ wendet sich gegen das Schlagwort vom Antisemitismus als „Sozialismus des dummen Kerls“ und gegen Mehrings These vom „Philosemitismus“.

1894 Die Parteitage von 1894 werden von der SPD als „Sozialdemokratie und Antisemitismus“ wird überarbeitet und mit einem allerdings weitere Fehler enthaltenden Nachtrag als Broschüre veröffentlicht.

1895 Am 5. August 1895 stirbt Friedrich Engels im Alter von 75 Jahren.

Anhang:

**Zum Rahmen der Reihe „Analyse des Kampfs der
kommunistischen Kräfte gegen Judenfeindschaft“**

Zum Rahmen der Reihe „Analyse des Kampfs der kommunistischen Kräfte gegen Judenfeindschaft“

1.

Der Kampf gegen Ideologie und Praxis der Judenfeindschaft in all seinen Formen ist keine akademische, sondern eine handfeste Notwendigkeit. Dies ist unser Ausgangspunkt. Das zeigt sich nicht nur tagtäglich in den letzten Monaten und Jahren, ja Jahrzehnten. Es ist ein Grundproblem in der Vorgeschichte und Geschichte Deutschlands seit den Kreuzzügen bis zum Völkermord an der jüdischen Bevölkerung durch das Nazi-Regime bis heute.

Die Judenfeindschaft muss in doppelter Hinsicht analysiert und bekämpft werden. Zunächst einmal betrifft und trifft die Judenfeindschaft die jüdische Bevölkerung, die diskriminiert, verfolgt, vertrieben und ermordet wird.

Zudem hat die Judenfeindschaft in unterschiedlichem Umfang auch eine Funktion im Klassenkampf: Möglichst große Teile der Bevölkerung sollen vom Klassenfeind abgelenkt werden und sich mit ihrer Empörung gegen die jüdische Bevölkerung richten, sie sollen desorientiert und demoralisiert werden, auch wenn es aktuell keine Zuspitzung von Klassenkämpfen gibt. Es geht um die Stärkung der Position der herrschenden Klasse, Forcierung des „Teile und Herrsche“, nationalistisch-rassistische Verhetzung („Volksgemeinschaft“ gegen die „jüdischen Feinde“), extreme Brutalisierung – um nur Stichworte einiger Funktionen zu benennen.

Dabei ist klar, dass in unterschiedlichen Etappen der Geschichte verschiedene Aspekte und Funktionen in den Vordergrund treten. Auch das Ausmaß der realen Verfolgung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung, das Ausmaß der antijüdischen Verhetzung innerhalb der Bevölkerung und die Qualität und das Ausmaß des Kampfs der kommunistischen Kräfte waren in verschiedenen Etappen sehr unterschiedlich.

2.

Die Judenfeindschaft in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in der Zeitspanne, als Marx seinen Kampf begann und eine organisierte

proletarische Bewegung entstand, war keine wirklich neue Erscheinung. Ganz im Gegenteil. Ein gründlicher Rückblick auf die Geschichte der Judenfeindschaft und die Geschichte der Verfolgung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung, die hier nur kurz angerissen werden kann, ist in vielerlei Hinsicht von Bedeutung. Es kann und soll klar werden, wie tief Traditionen der Verfolgung und Manöver der Hetze in der Geschichte verankert sind. Klarzumachen ist aber auch, dass es eine sehr lange Tradition des Kampfes gegen die Judenfeindschaft gibt. Diese gilt es bewusst auszuwerten.

In einem solchen Rückblick kann als Erstes klargestellt werden, dass seit dem 10. Jahrhundert eine zentrale Lüge mit der Vorstellung verbreitet wurde, dass „die“ Juden alle reich, Händler und Wucherer gewesen seien. Zweifellos lässt sich beweisen, dass die große Mehrheit der jüdischen Bevölkerung arm war und oft genug in elenden Verhältnissen gelebt hat und leben musste. Weiter kann gezeigt werden, in welcher Kombination staatliche Ausgrenzung und Verfolgung kombiniert wurden mit pogromartigen Überfällen und Massenmorden. Sowohl im ersten und zweiten Kreuzzug im 11. und 12. Jahrhundert als auch in den sogenannten Pest-Pogromen im 13. und 14. Jahrhundert wurden Zehntausende Jüdinnen und Juden bestialisch ermordet.

Vorherrschend in dieser Zeitspanne war die vor allem von christlichen Institutionen und den Feudalherren dieser Zeit betriebene Hetze unter dem Vorwand, dass die Juden Feinde des Christentums seien und zudem Ausbeuter und Wucherer. In dieser Zeitspanne gab es Gegenwehr der jüdischen Bevölkerung, ja auch vereinzelte Hilfestellung von nichtjüdischen Menschen. Aber die Isolierung angesichts der klerikalen Hetze von den Päpsten bis zu den Dorfpfarrern funktionierte weitgehend reibungslos. Umso bedeutender war es, dass auch in dieser Zeitspanne inhaltlich und politisch eine Gegenposition zur klerikalen Judenhetze und Judenverfolgung vorgebracht wurde. Der heute weitgehend unbekannte Johannes Reuchlin übernahm es, im Kampf gegen einen besonders üblen Judenhetzer (Pfefferkorn) das Recht der jüdischen Bevölkerung auf ihre religiösen Schriften zu verteidigen und gegen die Beschlagnahme und Verbrennung jüdischer Schriften anzugehen.

Der Blick auf die Geschichte der Judenverfolgung zeigt auch ein ständiges Auf und Ab, Neuaufbau jüdischer Gemeinden, Vertreibung

und Pogrome, Phasen eines gewissen Rückgangs von Pogromen und Mordaktionen, die dann wieder zunahmen.

Dies lässt sich auch recht anschaulich als ein Grundphänomen in der Zeitspanne der Reformation und Martin Luthers zeigen.

Der Kampf gegen den katholischen Klerus durch Luther ließ zunächst auch in der jüdischen Bevölkerung teilweise Hoffnung aufkeimen. Auch Martin Luther war zunächst, in der ersten Phase des Kampfes, aus missionarischen Gründen keinesfalls ein Judenhetzer, ja war auch zunächst, wie Reuchlin, gegen die Verbrennung der Schriften der Juden. Doch wie schnell änderte sich diese Grundposition. Martin Luther wurde zu einem der bedeutendsten, wenn nicht zu dem bedeutendsten Fahnenträger der Judenfeindschaft dieser Zeit mit Auswirkungen bis in die Gegenwart. Und seine Hetze hatte Wirkung. Es kam wieder zu Vertreibungen, Pogromen und Morden. Aus den Reihen der jüdischen Bevölkerung wurde von Josel von Rosheim, der heute so gut wie unbekannt ist, gegen die unmenschliche Hetze Luthers eine scharfe Kritik veröffentlicht.

Und so lässt sich in der Geschichte weiterverfolgen, wie die Idee der Gleichheit aller Menschen, die Idee der Aufklärung und der Französischen Revolution auch immer mit dem Kampf für die Gleichberechtigung der Juden verbunden war und welche befreiende Wirkung die Französische Revolution auch für die jüdische Bevölkerung hatte. In den 50 Jahren, bevor Karl Marx seinen Kampf begonnen hatte, entfaltete sich bereits ein heftiger Kampf zwischen den Judenfeinden in Theorie und Praxis einerseits und den Verteidigern der jüdischen Sache und der Sache der Aufklärung andererseits. In dieser Auseinandersetzung entstand eine ganze Palette unterschiedlicher Texte antijüdisch argumentierender Judenfeinde von Eisenmenger über Fichte bis „Turnvater“ Jahn.

Auch hier ist festzuhalten, in welchen Wellen reale Verfolgungen durchgeführt wurden, wie angesichts der Masse der armen und im Elend lebenden Juden weiter die absurde Behauptung von „den“ reichen Juden als Lüge verbreitet wurde, insbesondere aber auch, wie innerhalb und außerhalb der jüdischen Gemeinde auf hohem Niveau und mit großer Kampfkraft die Widerlegung der judenfeindlichen Hetze organisiert wurde. In diesem sehr intensiven Kampf treten eine Fülle von Namen hervor und es ist von großer Bedeutung, auch im

Einzelnen die Argumentationsstruktur im Kampf gegen die Judenfeindschaft mit ihren Stärken und Schwächen zu analysieren, genau zu schauen, wo trotz großen Engagements faule taktische Zugeständnisse gemacht wurden und wie sich auch manchmal nicht so überzeugend bemüht wurde, der Demagogie und Hetze der Herren Philosophen, Professoren und der primitiven Agitatoren entgegenzutreten. Sichtbar wird aber auch, wie kompliziert die Lage unter jenen Kräften des Öfteren war, die teilweise gegen die Fürsten und gegen die Zensur kämpften, gleichzeitig aber zu Anführern des Kampfes gegen die jüdische Bevölkerung wurden.

Der Kampf von Lessing und Mendelssohn, aber auch von Dohm und Humboldt ist heute kaum bekannt. Auch die berühmten Namen Ludwig Börne und Heinrich Heine, die heftig gegen die Judenfeinde ihrer Zeit polemisierten, sind ganz und gar kein Garant dafür, dass ihre inhaltliche Auseinandersetzung, ihr Kampf wirklich ausgewertet und für den aktuellen Kampf genutzt wurde. Karl Marx jedenfalls solidarierte sich begeistert mit Heinrich Heine, mit dem er in jungen Jahren eng befreundet war.

Heine hatte anders als Marx, der zu diesem Zeitpunkt noch nicht geboren war, bewusst erlebt, wie es noch 1819 zu pogromartigen Ausschreitungen, den sogenannten „Hep-Hep-Unruhen“ gekommen war, Ausschreitungen, die zwar nach 1835 abebbten, aber schon 1844 kam es wieder zu massiveren antijüdischen Ausschreitungen. Heine kannte die Melodie und ihre Verfasser und wusste sicherlich besser als der junge Marx, dass dies „nicht nur Wahnsinn“ war, sondern „Methode hatte“.

3.

Schon vor Beginn der organisierten proletarischen Bewegung im eigentlichen Sinne war der Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus, Karl Marx, mit der antijüdischen Strömung seiner Zeit konfrontiert (1844). Der erste Band unserer Studie wird gezielt auf die Stärken, aber auch auf die Probleme dieses Kampfes von Marx eingehen. Der zweite Band wird dann den nachfolgenden Kampf der revolutionären deutschen Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft und antisemitische Parteien zum Thema haben und Stärken und Schwächen in dieser Etappe analysieren.

In weiteren Bänden geht es um unterschiedliche Perspektiven der internationalen Sozialdemokratie und der sich dann neu formierenden kommunistischen Bewegung und Kommunistischen Parteien in West- und Osteuropa im Kampf gegen die Judenfeindschaft.

Ein besonderer Schwerpunkt wird die Analyse des Kampfs der KPD seit ihrer Gründung bilden. Dabei wird auch der Frage nicht aus dem Weg gegangen, wie die kommunistische Weltbewegung auf die Völkermordverbrechen der Nazis, ihre welthistorische Dimension und auf die nun im gigantischen Maßstab verbreitete Ideologie der Judenfeindschaft reagiert hat.

Ein weiterer Band wird sich der keinesfalls einfachen Frage stellen, welche neuen Probleme im Kampf gegen Judenfeindschaft seit der Gründung Israels 1948 und dem israelisch-arabischen Konflikt entstanden sind. Dabei spielt eine große Rolle, dass der Kampf der kommunistischen Weltbewegung Mitte der 50er Jahre eine welthistorische Niederlage erlitten hat und auch eine Mitte der 60er Jahre sich neu formierende weltweite Bewegung mit kommunistischem Anspruch (orientiert an der KP Chinas und der Partei der Arbeit Albaniens) sich rasch, im Verlauf von etwa 10 Jahren, fast vollständig aufgelöst hat.

Die Aufgabe der kommunistischen Kräfte, Klarheit zu schaffen, verschärfte sich noch weiter. Die kommunistischen Kräfte sind auch – verstärkt seit 1967 in der Ära Breschnew mit Variationen bis heute – durch eine aggressive antijüdische Propaganda herausgefordert, die sich als „Kampf gegen den Zionismus“ tarnt und „kommunistisch“ nennt.

Wer kämpft, macht Fehler. Im Kampf gegen die Judenfeindschaft gab es schon vor der Entstehung einer kommunistischen Bewegung in der Argumentation auch große, ja grundlegende Fehler. Auch seit Karl Marx wurden im Kampf gegen die Judenfeindschaft durchaus Fehler und Schwächen sichtbar. Eine Gesamtanalyse wird zeigen, dass es in der Argumentation sehr oft ein Zurückweichen vor Behauptungen der Judenfeinde gab. Es gab Zugeständnisse in Teilbereichen, oft auch von dem Motiv ausgehend, sich auf die Hauptsache zu konzentrieren. Es wird zu klären sein, wie sich gerade hier Probleme konzentrieren und Fehler tradiert werden, die selbstkritisch analysiert und behoben werden müssen.

Angesichts existierender Fehler ist es uns besonders wichtig, darauf hinzuweisen: Die kommunistische Bewegung seit Marx stand in der Praxis eindeutig und klar an der Seite der jüdischen Bevölkerung, die unterdrückt und verfolgt wurde. Ob die für diese Aufgabe mobilisierten Kräfte immer ausreichend waren, das ist eine andere Frage, die keinesfalls mit einem klaren Ja beantwortet werden kann.

Die Geschichte der Judenfeindschaft ist von Anfang auch an eine Geschichte der Unterschätzung der Bedeutung der Judenfeindschaft seitens der revolutionären und kommunistischen Kräfte. Die Judenfeindschaft ist kein Phänomen allein des Mittelalters, ist kein Phänomen allein im aufkommenden Kapitalismus. Judenfeindschaft ist gerade auch ein Phänomen mit großen geschichtlichen Auswirkungen in der Epoche des Imperialismus. Es ist dies eine Epoche der „Reaktion auf der ganzen Linie“. In dieser Epoche sind die herrschenden Klassen und die Konterrevolution mit ihrer jeweils aktuellen Politik und den ihnen zur Verfügung stehenden Medien in der Lage, breite Teile der Bevölkerung, gerade auch der werktätigen Massen, zu indoktrinieren und zu manipulieren. Zu diesem Zweck fassen sie auch alle reaktionären Ideen in der Geschichte der Menschheit zusammen, kombinieren sie je nach Situation neu und bauen hier auch die Feindschaft gegen die Juden mit einer großen reaktionären Tradition in „moderne“ Strategien der Massenindoktrination ein.

Umso wichtiger ist aus unserer Sicht deshalb eine geschichtliche Gesamtdarstellung des Kampfes der kommunistischen Kräfte und ihre Fehler seit Marx bis in die heutige Zeit.

Die Vernichtung von sechs Millionen Menschen der jüdischen Bevölkerung in Europa durch Nazi-Deutschland ist ein grundlegendes, welthistorisch bisher einmaliges Ereignis gewesen. Sehr deutlich wurde, dass die Judenfeindschaft nicht nur eine Frage der strategischen und taktischen Überlegungen der Konterrevolution ist, sondern in erster Linie existenziell die jüdische Bevölkerung betroffen hat.

Daher dient die theoretische Beschäftigung mit der Judenfeindschaft keinesfalls nur der Vorbereitung darauf, die strategischen und taktischen Überlegungen und Manöver der Konterrevolution gegen die revolutionären Kräfte zu bekämpfen und zu durchkreuzen. Vielmehr geht es gerade darum, auch praktisch die Bedeutung der handfesten

Solidarität mit der jüdischen Bevölkerung gegen alle Formen der Judenfeindschaft von Anfang an als nicht zu unterschätzende Aufgabe der kommunistischen Kräfte zu untermauern und zu festigen.

Schritt für Schritt werden chronologisch die ausstehenden Bände in den nächsten Jahren veröffentlicht werden.

4.

Bei der Beschäftigung mit einem bestimmten Thema gibt es von vornherein in der Regel Schwierigkeiten mit zu verwendenden Begriffen, die geklärt sein sollten. Dies gilt gerade dann, wenn Begriffe sehr unterschiedlich benutzt wurden und werden und ähnliche Begriffe zusätzlich Probleme aufwerfen.

Der heute übliche Begriff „Antisemitismus“ ist ein solches Beispiel: Es ist eine Art Sammelbegriff für verschiedene Stufen der Judenfeindschaft. Jedoch existiert dieser Begriff erst seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts und ist ein sprachlich ungenauer, ja im Grunde irreführender Begriff. Dieser Begriff wurde von den Judenfeinden dieser Zeit geprägt. Sie selbst bezeichneten sich als „Antisemiten“, gründeten „antisemitische Parteien“ und organisierten „internationale antisemitische Konferenzen“.

Es handelt sich im Grunde also um eine Selbstbezeichnung der Judenfeinde, die sich allerdings im Laufe von über 150 Jahren auch in der revolutionären und kommunistischen Bewegung fest als Synonym für Judenfeindschaft eingebürgert hat. Mit dieser Begrifflichkeit sind zwei Probleme verbunden, auf die wir kurz hinweisen wollen.

Zunächst ist die Judenfeindschaft wesentlich älter als die politischen antisemitischen Kräfte, die sich Ende des 19. Jahrhunderts gegen die erstarkende Sozialdemokratie gründeten und organisierten. Insofern könnte das Problem existieren, die Geschichte der Judenfeindschaft, insbesondere seit dem Mittelalter, zu unterschätzen und die Frage der Judenfeindlichkeit somit zu verkürzen.

Betrachtet man den Ausdruck „Antisemitismus“ genauer, nimmt ihn sprachlich unter die Lupe, so zeigt sich, dass es völlig irreführend ist, den Bestandteil „semitisch“ herauszulösen und sich damit zufriedenzugeben. In der Geschichte der Sprachwissenschaften spielte der Begriff der semitischen Sprachfamilien – ähnlich wie die in Deutschland

bekannte sogenannte „indogermanische“ Sprachfamilie – eine durchaus umstrittene Rolle.

Die Sache wurde dann eindeutig reaktionär benutzt, als die sogenannten Rassentheoretiker Sprachforschung und die Entstehung von geografischen Räumen, in denen sich Menschen ansiedelten, miteinander vermengten, um die „Herausbildung von Rassen“ zu erklären. Die Konstruktion der sogenannten „Semiten“ zu einer Rassenkategorie beinhaltete auch, dass die Juden rassistisch als „Semiten“ definiert wurden. Allerdings wurden nun in diesen pseudowissenschaftlichen Theorien auch andere Bevölkerungsteile der Regionen, die man heute Naher Osten nennt, als Semiten definiert. Von den Judenfeinden und ihren Verteidigern wurde dann auch der Kalauer etabliert, dass es in der sogenannten arabischen Welt ja gar keinen Antisemitismus geben könne, da die Araber ja selber Semiten seien usw. usf. Kurz, der keinesfalls klare Begriff „Antisemitismus“ hat sich eingebürgert und steht klar für Judenfeindschaft – trotz aller Spitzfindigkeiten und der Tatsache, dass der Begriff „Antisemitismus“, genau betrachtet, nicht wirklich beschreiben kann, worum es eigentlich geht.

Bei einer Analyse der Judenfeindschaft kann durchaus unterschieden werden, mit welchen *Begründungen* gegen die Juden vorgegangen wurde und mit welcher *Konsequenz* gegen die Juden vorgegangen wurde.

Wegen der Vielzahl der angeblichen Begründungen, warum Judenfeindschaft angeblich nötig sei, können wir hier nur grob auf wesentliche Aspekte hinweisen und fünf Stränge judenfeindlicher Argumentation deutlich machen.

Im Kern waren es zunächst vor allem angeblich religiöse Gründe: die Juden seien „Gottesmörder“, sie seien „schuld“ am Tod von Jesus und „Werkzeuge des Teufels“. Sie wollten die Christenheit vernichten usw. Für diesen Bereich hat sich mehr oder minder deutlich der Begriff „Antijudaismus“ durchgesetzt.

Hinzu kam die sozial argumentierende Begründung der Judenfeindschaft unter der Flagge, dass die Juden Wucher betreiben und die arme Bevölkerung ausbeuten würden.

Ein dritter Strang, um die Feindschaft gegen Juden zu schüren, bestand und besteht in ihrer Diffamierung: Juden seien Fremde, gehörten

nicht zur Bevölkerung, würden im Kriegsfall ohne Skrupel spionieren usw. usf.

Ein vierter Strang betreibt Judenfeindlichkeit mit einer biologisch-rassistischen Argumentation von der Andersartigkeit der Juden, die nicht zu ändern sei. Ob getauft oder nicht, ob reich oder arm, ob als Soldat gedient oder nicht – das alles sei einerlei. „In der Rasse liegt die Schweinerei“, so brachten es dann die Nazis in Deutschland auf den rassistischen Punkt.

Ein fünfter Strang besteht in der Konstruktion einer angeblich vorhandenen oder angestrebten Weltherrschaft der Juden. Dieses Konstrukt wurde und wird von den Judenfeinden in den letzten 100 Jahren sehr oft favorisiert. Die Judenfeindschaft „wegen Israel“ verweist auf die „Macht der Juden“, die die Judenfeinde insbesondere in der Existenz des Staats Israel verkörpert sehen, der angeblich weltweit „sein Unwesen treibe“ und das angebliche „Weltherrschaftsstreben der Juden“ beweise.

Nach 1945 kam in Westdeutschland noch die Judenfeindschaft „wegen Auschwitz“ hinzu. „Der Jude stört“, das war das Credo der Judenfeindschaft nach Auschwitz wegen Auschwitz. Die Erinnerung an diese massenmörderische Tat Nazideutschlands, die bereits mit der bloßen Existenz überlebender Juden gegeben ist, stört eben die Reinwaschung des deutschen Imperialismus von seinen Naziverbrechen, von seiner „geschichtlichen Hypothek“.

Die Kombination dieser grundlegenden Stränge und ihre Anreicherung mit einzelnen absurden Beschuldigungen (schuld an der Pest, Ritualmord-Vorwurf und Ähnliches) ist eine Sache, sozusagen der erste Teil der Judenfeindschaft.

Der zweite Teil der Judenfeindschaft besteht in den Vorschlägen und praktischen Konsequenzen, welche die Judenfeinde aus all diesen Beschuldigungen ziehen. Auch hier gibt es Abstufungen und eine Fülle von Kombinationen und Variationen.

Wenn die Judenfeindschaft geschürt wird, dann kann es eben in unterschiedlichen Zeitspannen und unter unterschiedlichen Personen auch zu sehr unterschiedlichen Konsequenzen im Kampf gegen die Juden kommen. Die Palette reicht hier von der gesellschaftlichen Ächtung und Ausgrenzung, der fehlenden rechtlichen Gleichberechtigung

in Wirtschaft und Politik über Raub, Plünderung und Ausweisung bis zu angedeuteten oder direkt ausgesprochenen Mord- und Vernichtungsprogrammen und schließlich bis zur tatsächlichen Realisierung dieser Mord- und Vernichtungsprogramme.

Der Begriff Judenfeindschaft wird von uns in der Regel in der ganzen Breite dieser hier beschriebenen Varianten verwendet.

5.

Es ist allerdings notwendig, noch eine weitere Differenzierung für eine genauere Einschätzung von Personen und Schriften hinzuzufügen. Es ist durchaus ein Unterschied, ob ein Autor ein eigenständiges Werk oder ein eigenständiges Kapitel verfasst mit dem Ziel, gegen Juden vorzugehen, oder ob es sich eher um beiläufige Bemerkungen und Fußnoten und die eher unbedachte Übernahme antijüdischer Stereotype in gänzlich andere Themenfelder handelt. Um das Gesagte an drei Beispielen zu illustrieren:

Luther etwa schrieb eine eigene Schrift „Über die Juden und ihre Lügen“. Gleiches tat 1816 Professor Rühs in seiner Schrift „Über die Ansprüche der Juden an das deutsche Bürgerrecht“.

Gottlieb Fichte wiederum schrieb keine Monografie zu diesem Thema. Er hat aber in mehreren seiner Werke am Ende des 18. Jahrhunderts gewichtige Abschnitte gegen Juden verfasst.

Immanuel Kant hingegen positioniert sich direkt gegen die jüdische Bevölkerung lediglich in einer Fußnote. Ansonsten geht es in seinem Werk um theologisch-philosophische Fragen.

Dies ist in erster Linie ein äußerliches Merkmal, da eine Fußnote bei Kant gefährlicher sein kann als ein 500-seitiges Werk eines weitgehend unbekannten Professors. Dennoch sollte dieser Aspekt berücksichtigt und vor allem mit einer zweiten Frage verknüpft werden: Wie weit sind die antijüdischen Äußerungen Teil einer judenfeindlichen politischen Bewegung, Teil eines judenfeindlichen Programms? Richten sich diese Äußerungen also direkt gegen jüdische Menschen und fordern sie zum Handeln gegen jüdische Menschen auf? Oder handelt es sich beispielsweise um antijüdische Äußerungen im Rahmen theologischer Debatten, etwa über das Evangelium des Johannes? Auch hier muss der Einzelfall geprüft werden und es gibt keine Gefährlichkeitsskala wie bei Erdbeben. Dennoch ist die Frage, welche praktische

Auswirkung antijüdische Positionen haben, für den Kampf gegen den Antisemitismus von großer Bedeutung.

Ein letzter Gedanke sei hierzu noch angefügt: Überall dort, wo der Begriff jüdisch in seinen Variationen Judentum, Jude usw. klar negativ charakterisiert wird und nicht als einfache Tatsachenfeststellung gilt, gibt es eine eindeutige antijüdische Grundposition, die auch als solche gekennzeichnet werden muss. Ähnlich ist es auch umgekehrt: Wenn jemand den Begriff deutsch in all seinen Variationen nicht als einfache Tatsachenbeschreibung, sondern positiv bewertend verwendet, dann handelt es sich unzweifelhaft um eine deutsch-nationalistische Grundposition.

Neben der Problematik der Begriffe gibt es weitere Herausforderungen und Schwierigkeiten, die hier kurz angesprochen werden sollen.

Es existiert eine ungeheure Vielzahl von Literatur, Gesamtdarstellungen und Detailstudien, zu diesem Fragenkomplex. Diese wurden von unterschiedlich politisch orientierten Kräften erstellt – darunter auch reaktionäre bürgerliche Professoren und pseudolinke-revisionistische Autoren.

Es gilt hier, gegen die Strömung anzukämpfen, sich durchzubeißen durch vielfältige Inhalte und verwirrende Darstellungen von Tatsachen und dabei grundlegende Fragen von irrelevanten Detailfragen zu trennen.

Endnoten

¹ Siehe Sterling, Eleonore: *Judenhass, Die Anfänge des politischen Antisemitismus in Deutschland (1815–1850)*, Frankfurt am Main 1969, S. 29

² Siehe *Die Verbreitung der Juden in Deutschland*, *Die Neue Zeit*, XI. Jg. (1892–1893) I. Bd. (1892) Nr. 2, S. 57

³ Siehe Gräfe, Thomas: *Antisemitismus in Deutschland 1815–1918. Rezensionen – Forschungsüberblick – Bibliographie*, Norderstedt 2007, S. 111

⁴ Siehe Gräfe, Thomas: *Antisemitismus in Deutschland 1815–1918. Rezensionen – Forschungsüberblick – Bibliographie*, Norderstedt 2007, S. 32

⁵ 1871 lebten in Berlin rund 36.000 Jüdinnen und Juden. 1900 waren es bereits 106.000. Im gleichen Zeitraum nahm die jüdische Bevölkerung in der Provinz Posen von 62.000 auf 36.000 ab. (Siehe Felden, Klemens: *Die Übernahme des antisemitischen Stereotyps als soziale Norm durch die bürgerliche Gesellschaft Deutschlands (1975–1990)*, Universität Heidelberg 1963, S. 36 f.)

⁶ Siehe Jensen, Uffa: *Gebildete Doppelgänger. Bürgerliche Juden und Protestanten im 19. Jahrhundert*, Göttingen 2005, S. 197

⁷ Alles in allem kann angenommen werden, dass im 19. Jahrhundert, bis etwa 1880, rund 100.000 Jüdinnen und Juden Deutschland verlassen haben (siehe Toury, Jacob: *Soziale und politische Geschichte der Juden in Deutschland 1847–1871*, Düsseldorf 1977, S. 43)

⁸ Um diese Zeit entstanden immer mehr Banken in Form von Aktiengesellschaften. Jacob Toury weist darauf hin, dass „traditionelle“ Bankhäuser im Zuge dessen tendenziell an Bedeutung einbüßten (siehe Toury, Jacob: *Soziale und politische Geschichte der Juden in Deutschland 1847–1871*, Düsseldorf 1977, S. 86).

⁹ Siehe Elbogen, Ismar / Sterling, Eleonore: *Die Geschichte der Juden in Deutschland*, Frankfurt/M. 1988, S. 250

¹⁰ Siehe Elbogen, Ismar / Sterling, Eleonore: *Die Geschichte der Juden in Deutschland*, Frankfurt/M. 1988, S. 250

¹¹ Siehe Gidal, Nachum T.: *Die Juden in Deutschland von der Römerzeit bis zur Weimarer Republik*, Köln 1997, S. 298

¹² Belegt ist, dass auf dem Gebiet des späteren Deutschen Reiches auch rund 750 Jüdinnen und Juden in verschiedenen politischen Organisationen an der 48er-Bewegung teilgenommen haben. (Grab, Walter: *Der deutsche Weg der Judenemanzipation 1789–1938*, München 1991, S. 113) Unter den rund 230 Barrikadenkämpferinnen und -kämpfern in Berlin, die in den Märztagen von der preußischen Soldateska ermordet wurden, befanden sich etwa 20 jüdische Revolutionäre. (Siehe Dubnow, Simon: *Die neueste Geschichte des jüdischen Volkes. 1789–1914. II. Band*, Berlin 1929, S. 309) Ein besonders herausragender jüdischer Aktivist während der 1848er Revolution war Stephan Born (1824–1898) aus Posen. 1846 lernte er in Paris Engels und durch ihn auch Marx

kennen. Born kam durch Engels mit kommunistischen Ideen in Berührung und wurde Mitglied des „Bundes der Gerechten“ (der Vorläuferorganisation des „Bundes der Kommunisten“). Nach Ausbruch der 1848er Revolution in Berlin eilte Born dorthin und gründete das „Zentralkomitee für Arbeiter“, dessen Ziel der „Sturz des Polizeistaats“ war. Aus Unterstützerinnen und Unterstützern aus Preußen und Sachsen baute Born eine proletarische Kampforganisation mit 12.000 Mitgliedern auf. Im Mai 1849 schließlich kam es unter Borns Leitung zu einem dreitägigen Barrikadenkampf in Dresden gegen das sächsische und preußische Militär. Gegen eine militärische Übermacht organisierte er den geordneten Rückzug Hunderter Barrikadenkämpfer und -kämpferinnen. Auch an den Barrikadenkämpfen von Baden und Böhmen war er beteiligt. Nach der Niederschlagung der Revolutionskämpfe floh Born in die Schweiz. (Stephan Born, Erinnerungen eines Achtundvierzigers, hrsg. und eingeleitet von Hans J. Schütz, Berlin 1878, S. 20. Zitiert nach: Grab, Walter: Stephan Born. Organisator der deutschen Arbeiterschaft. In: Heid, Ludger / Pauker, Arnold (Hrsg.): Juden und deutsche Arbeiterbewegung bis 1933. Soziale Utopien und religiös-kulturelle Traditionen, Tübingen 1992, S. 22 ff.)

¹³ Siehe auch Greive, Hermann: Geschichte des modernen Antisemitismus in Deutschland, Darmstadt 1983, S. 37

¹⁴ Engels, Friedrich: Vorbemerkung zum zweiten Abdruck „Der Deutsche Bauernkrieg“, 1870, MEW 16, S. 396

¹⁵ IML beim ZK der SED (Hrsg.): Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung in Daten, Berlin 1986, S. 35

¹⁶ Engels, Friedrich: Vorbemerkung zum zweiten Abdruck „Der Deutsche Bauernkrieg“, 1870, MEW 16, S. 394

¹⁷ Engels, Friedrich: Die Berliner Debatte über die Revolution, 1848, MEW 5, S. 65

¹⁸ Marx/Engels: Die auswärtige deutsche Politik und die letzten Ereignisse zu Prag, Artikel in: „Neue Rheinische Zeitung“ Nr. 42, 12. Juli 1848, MEW 5, S. 202

¹⁹ Engels, Friedrich: Der Prager Aufstand, in: „Neue Rheinische Zeitung“, Nr. 18, 18. Juni 1848, MEW 5, S. 81

²⁰ Siehe Mehring, Franz: Wiener Oktobertage, 1901, in: Gesammelte Schriften, Band 7, Zur Deutschen Geschichte III, Berlin, 5. Auflage 1980, S. 74

²¹ Siehe IML beim ZK der SED (Hrsg.): Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 1, Berlin 1966, S. 188

²² Hosfeld, Rolf: Die Geister, die er rief – Eine neue Karl-Marx-Biographie, Zürich/München, 2009, 2. Auflage 2010, S. 97

²³ Siehe Pausch, Wolfgang: Die Entwicklung der sozialdemokratischen Frauenorganisationen, Frankfurt, 1985, S. 63

²⁴ Siehe Ebenda, S. 44

²⁵ Siehe Ebenda, S. 45

²⁶ Das Verbindungsverbot galt unter anderem in Preußen, Bayern, Sachsen und Hessen und wurde erst 1899 aufgehoben. Die Beschränkung für Frauen galt unter anderem in Preußen, Bayern und Anhalt. Siehe Fricke, Dieter: Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1987, Band 1, S. 45 f.

²⁷ Siehe Lassalle, Ferdinand, Offenes Antwortschreiben an das Zentralkomitee zur Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses zu Leipzig, 1863, abgedruckt in: Ferdinand Lassalle, Reden und Schriften, Köln 1987, S. 227–262

²⁸ Dazu gibt es sehr unterschiedliche Angaben. Siehe Fricke, Dieter: Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1987, Band 1, S. 121

²⁹ Zu Lassalles Kontakten zu Bismarck siehe Meyer, Gustav: Bismarck und Lassalle, ihr Briefwechsel und ihre Gespräche, Berlin 1928, sowie Na'aman, Shlomo: Lassalle's Beziehungen zu Bismarck – Ihr Sinn und Zweck, Archiv für Sozialgeschichte, II, 1962, S. 55 f.

³⁰ Siehe insbesondere Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms, 1875, MEW 19, S. 13–32, abgedruckt auch in: Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 1997

³¹ Schweitzer war alleiniger Eigentümer der Parteizeitung und musste ihr Erscheinen 1871 nach dem Deutsch-Französischen Krieg aufgrund finanzieller Schwierigkeiten vorübergehend einstellen. Als sie im selben Jahr wieder erschien, hieß sie dann „Neuer Social-Demokrat“.

³² Zu Proudhon siehe Karl Marx: Über P. J. Proudhon, 1865, MEW 16, S. 25–32, Friedrich Engels: Zur Wohnungsfrage, 1872, MEW 18, S. 202–287; zu Bakunin gibt es mehrere Artikel von Marx und Engels im Band 18 der Marx-Engels-Werke, insbesondere Karl Marx: Ein Komplott gegen die Internationale Arbeiterassoziation. Im Auftrage des Haager Kongresses verfasster Bericht über das Treiben Bakunins und der Allianz der sozialistischen Demokratie, 1873, MEW 18, S. 327–471

³³ Siehe Friedrich Engels: Die Bakunisten an der Arbeit, 1873, MEW 18, S. 476–493. Bakunin wurde 1872 aus der I. Internationale ausgeschlossen.

³⁴ Die ersten vier Kongresse der I. Internationale fanden 1866 bis 1869 jährlich statt (in Genf, Lausanne, Brüssel und Basel). Der 1870 in Deutschland geplante Kongress wurde durch den Deutsch-Französischen Krieg verhindert. 1871 konnte in London nur eine Konferenz durchgeführt werden. Der 5. Kongress fand 1872 in Den Haag und der 6. und gleichzeitig letzte Kongress 1873 in Genf statt.

³⁵ Die Informationen über die Streiks 1865 bis 1870 sind entnommen aus: IML beim ZK der SED (Hrsg.): Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung – Chronik, Teil I: Von den Anfängen bis 1917, Berlin 1965

³⁶ Fricke, Dieter: Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1987, Band 2, S. 752, Liebknecht und Bebel hatten sich 1865 im Leipziger Bildungsverein kennengelernt und ihre enge politische Zusammenarbeit begonnen. Mit der

Sächsischen Volkspartei versuchten sie linksliberal, radikaldemokratisch und sozialistisch gesinnte Kräfte im Kampf gegen die preußische Vorherrschaft zu vereinen; die Partei bestand nur von 1866 bis 1869.

³⁷ Siehe Fricke, Dieter: Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1987, Band 1, S. 35

³⁸ Der Verband deutscher Arbeitervereine war 1863, fast zeitgleich zum ADAV, als Zusammenschluss der Bildungsvereine gegründet worden.

³⁹ „Der Volksstaat“ erschien von 1869 bis 1876 dreimal wöchentlich in Leipzig, siehe genauer im Teil 2 im Abschnitt „Zum Kampf gegen Judenfeindschaft im Zentralorgan der Sozialdemokratie“. Zur Entwicklung der Abonnentenzahl siehe Fricke, Dieter: Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1987, Band 1, S. 502

⁴⁰ Über die Mitgliederstärke des SDAP gibt es nur unvollständige und widersprüchliche Angaben. Die Angabe für 1870 stammt aus ihrem Zentralorgan. Siehe Fricke, Dieter: Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1987, Band 1, S. 20 und S. 62

⁴¹ 1870 hatte die SDAP in 113 Orten lokale Organisationen, breit verteilt auf fast alle Gebiete des späteren Deutschlands. Siehe Fricke, Dieter: Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1987, Band 1, S. 53 und S. 59

⁴² Dies war erst im Erfurter Programm von 1890 enthalten.

⁴³ NRZ, Nr. 105, 17.9.1848, Nr. 109, 22.9.1848, Nr. 230, 24.2.1849

⁴⁴ Marx an Eduard Müller-Telling in London, 12.3.1850, MEW 27, S. 525

⁴⁵ Leuschen-Seppel, Rosemarie: Sozialdemokratie und Antisemitismus im Kaiserreich – Die Auseinandersetzung der Partei mit den konservativen und völkischen Strömungen des Antisemitismus 1871–1914, Bonn 1978, S.40, Quellenverweis auf Massing, Paul W.: Vorgeschichte des politischen Antisemitismus, Frankfurt/M. 1959, S. 163 f. Ebenso in: Pulzer, Peter G. J.: Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867 bis 1914, 2. erweiterte Neuauflage Göttingen 2004, S. 275

⁴⁶ Bernstein, Eduard: „Ich bin der Letzte, der dazu schweigt“. Texte in jüdischen Angelegenheiten, hrsg. von Heid, Ludger, Potsdam 2004, S. 115

⁴⁷ Zitiert nach: Silberner, Edmund: Verschollene Lassalle-Briefe, in: Economies et Societes de l'œuvre de Karl Marx, Tome VII, Nr. 10, Paris 1973, S. 937. Hier in: Bernstein, Eduard: „Ich bin der Letzte, der dazu schweigt“. Texte in jüdischen Angelegenheiten, hrsg. von Heid, Ludger, Potsdam 2004, S. 313

⁴⁸ Autorenkollektiv, Lehrbuch der politischen Ökonomie, J.W. Stalin, Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Nachdruck: Offenbach 1997, 108 ff.

⁴⁹ Ebenda

⁵⁰ Alle Fakten entnommen aus: Gegen die Strömung: Grundzüge der Geschichte des deutschen Imperialismus und der Klassenkämpfe (1900–2010), Ein erster Überblick, Berlin 2017, S. 25/26 ff.

⁵¹ Siehe Ritter, Gerhard A. / Tenfelde, Klaus: Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914, 1992, Bonn, S. 168 und S. 298

⁵² Siehe Fricke, Dieter: Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1987, Band 1, S.30 f. Ritter, Gerhard A. / Tenfelde, Klaus: Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914, 1992, Bonn, S. 167 und S. 298

⁵³ Siehe Fricke, Dieter: Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1987, Band 1, S. 302 f. Ritter, Gerhard A. / Tenfelde, Klaus: Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914, 1992, Bonn 1992, S. 164 ff. und S. 298 ff. Klönne, Arno: Die deutsche Arbeiterbewegung – Geschichte, Ziele, Wirkungen, München 1989, S. 96

⁵⁴ Am 9. September 1870 wurden Bracke, Bonhorst, Spier, Kühn und Gralle sowie der Drucker Sievers wegen der Herausgabe des Manifests über den Krieg verhaftet und in der Festung Boyen bei Lotzen inhaftiert. Wilhelm Liebknecht informierte Marx und Engels über die Verhaftungen, woraufhin Marx eine Protesterklärung verfasste und an verschiedene Zeitungen (u. a. „Pall Mall Gazette“) schickte. Ende März 1871 wurden die Verhafteten aus der Untersuchungshaft entlassen. Erst im Oktober 1871 wurden sie vor Gericht gestellt und zu unterschiedlichen Gefängnisstrafen verurteilt. Siehe MEW 17, S. 695, Anmerkung 157

⁵⁵ Bebel, August: Rede im Deutschen Reichstag gegen die Annexion von Elsass-Lothringen am 25. Mai 1871, zitiert nach: Bartel Horst / Dlubek Rolf / Gemkow Heinrich: August Bebel. Ausgewählte Reden und Schriften, Band 1, München, New Providence, London, Paris 1995, S. 150

⁵⁶ Siehe Fricke, Dieter: Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1987, Band 1, S. 62 (Mitglieder) und S. 53 (Ortsvereine)

⁵⁷ Siehe Fricke, Dieter: Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1987, Band 1, S. 109

⁵⁸ Wilhelm Hasenclever (1837–1889) war der letzte Vorsitzende des ADAV. 1876–1878 bildete er mit Wilhelm Liebknecht die Redaktion des „Vorwärts“. 1881 veröffentlichte Hasenclever unter dem Pseudonym Wilhelm Revel die judenhetzerische Schrift: „Der Wahrheit die Ehre. Ein Beitrag zur Judenfrage in Deutschland“ (Nürnberg 1881). Hasenclevers Autorenschaft wurde jedoch erst nach seinem Tod 1889 bekannt (Siehe Heid, Ludger / Vinschen, Klaus-Dieter / Heid, Elisabeth (Hrsg.), Wilhelm Hasenclever. Reden und Schriften, Bonn 1989, S. 12).

⁵⁹ Siehe Lidtke, Vernon L.: The Outlawed Party: Social Democracy in Germany, 1878–1890, New Jersey 1966, S. 42

⁶⁰ Siehe Fricke, Dieter: Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1987, Band 1, S. 124 f.

⁶¹ Bereits im März 1878, also noch vor Abfassung der Kritik des Gothaer Programms durch Marx, hatte Engels in einem Brief an Bebel vom 18./28. März 1875 (MEW 19, S. 3 ff.) grundlegende kritische Hinweise zum Programmentwurf niedergeschrieben.

⁶² Engels schrieb am 11.10.1875 an Wilhelm Bracke: „Glücklicherweise ist es dem Programm besser gegangen, als es verdient. Arbeiter wie Bourgeoisie und Kleinbürger lesen das hinein, was eigentlich drin stehen sollte, aber nicht drin steht ... Das hat es uns [gemeint sind Marx und Engels] möglich gemacht, zu diesem Programm zu schweigen.“ (MEW 34, S. 156)

⁶³ Siehe Lidtke, Vernon L.: *The Outlawed Party: Social Democracy in Germany, 1878–1890*, New Jersey 1966, S. 55

⁶⁴ Siehe Fricke, Dieter: *Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Berlin 1987, Band 1, S. 159

⁶⁵ Mit zunehmender Industrialisierung wuchsen auch die Städte: 1871 lebten 76 % der 41 Mio. Gesamtbevölkerung in kleineren Orten unter 5.000 Einwohnerinnen und Einwohnern und nur knapp 5 % in Großstädten ab 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. 1895 lebten nur noch 50 % der mittlerweile 52 Mio. Gesamtbevölkerung in den kleineren Orten und schon 14 % in den Großstädten. (Siehe Ritter, Gerhard A. / Tenfelde, Klaus: *Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914*, Bonn 1992, S. 27)

⁶⁶ Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Jg. 1895, abrufbar unter www.digizeitschriften.de

⁶⁷ Bei den Neuwahlen 1878 büßte die Sozialdemokratie lediglich 56.000 Stimmen und 3 Mandate ein im Vergleich zu 1877.

⁶⁸ Siehe Lidtke, Vernon L.: *The Outlawed Party: Social Democracy in Germany, 1878–1890*, New Jersey 1966, S. 79

⁶⁹ Siehe Fricke, Dieter: *Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Berlin 1987, Band 1, S. 171

⁷⁰ Siehe Ebenda

⁷¹ Siehe Ebenda, S. 175 f.

⁷² Siehe Ebenda, S. 183 f.

⁷³ Der nach Zürich emigrierte Julius Motteler (1838–1907) war der Kopf hinter der illegalen Vertriebsorganisation des „Sozialdemokrat“. Er organisierte den illegalen Versand nach Deutschland und erhielt den Beinamen „Roter Feldpostmeister“. Die „Rote Feldpost“ verteilte die Zeitung an überregionale Stationen, von wo sie an die örtlichen Vertrauenspersonen der „Roten Feldpost“ und schließlich zu den Abonnenten gelangte. Nachdem Motteler auf Druck der deutschen Regierung aus der Schweiz ausgewiesen wurde, vertrieb er den „Sozialdemokrat“ ab 1888 von London aus.

⁷⁴ Diese Intervention bestand aus dem von Engels mit Einverständnis von Marx verfassten Zirkularbrief an Bebel, Liebknecht, Bracke und weitere führende Köpfe vom 17./18. September 1879 (MEW 19, S.150 ff.). Mit diesem Schreiben orientierten sie die Partei und ihr Zentralorgan auf eine revolutionäre Politik und wandten sich entschieden

gegen den reformistischen Einfluss. Bernstein übernahm nach einer intensiven Beratung durch Marx und Engels in London die Redaktion des „Sozialdemokrat“ ab 1881 bis zum Ende des „Sozialistengesetzes“. Marx und Engels unterstützten das inoffizielle Zentralorgan nun auch durch regelmäßige Mitarbeit.

⁷⁵ Siehe Fricke, Dieter: Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1987, Band 1, S. 184

⁷⁶ Zitiert nach: Rothfels, Hans: Bismarck und der Staat, Darmstadt 1958, S. 354

⁷⁷ Wilhelm von Bismarck, Kaiserliche Botschaft an den Deutschen Reichstag vom 17. November 1881. Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages, V. Legislaturperiode, I. Session 1881/82, Berlin 1882, S. 1–3. Zitiert nach: IML beim ZK der SED (Hrsg.): Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 1, Berlin 1966, S. 611

⁷⁸ Bebel, August: Diskussionsbeitrag zum Staatssozialismus auf dem SPD-Parteitag 18. November 1892. Seeber, Gustav (Hrsg.): August Bebel. Ausgewählte Reden und Schriften, Band 3, Reden und Schriften 1890 – 1895, München, New Providence, London, Paris, 1995, S. 242 f.

⁷⁹ Die Auseinandersetzung um die sogenannte „Dampfersubventionsdebatte“ 1884, bei der Bismarck mit jährlich mehr als 4 Mio. Reichsmark die Einrichtung von Postdampferschiffsverbindungen nach Asien und Afrika subventionieren wollte, wurde innerhalb der Sozialdemokratie sehr kontrovers geführt und begann im Dezember 1884. Am 23.4.1885 lehnte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion Bismarcks Gesetzentwurf schließlich ab.

⁸⁰ Bebel an Kautsky, 16. März 1885. Zitiert nach: Kautsky Jr., Karl (Hrsg.): August Bebels Briefwechsel mit Karl Kautsky, Assen 1971, S. 37

⁸¹ So erschien der Nachdruck von Engels' „Der deutsche Bauernkrieg“ in 29 Fortsetzungen, Marx' „Bürgerkrieg in Frankreich“ in neun Fortsetzungen und Marx' „Enthüllungen über den Kommunistenprozess in Köln“ in 16 Fortsetzungen. Siehe Schueler, Herman: Trotz alledem, Der Vorwärts – Chronist des anderen Deutschland, Berlin 2006, S. 182

⁸² Im „Volksstaat“ erschienen 1872/73 als Artikelserie in 11 Ausgaben Beiträge, die danach unter dem Titel „Zur Wohnungsfrage“ als eigene Schrift erschienen. Siehe MEW 18 S. 210.

⁸³ Siehe IML beim ZK der SED (Hrsg.): Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 1, Berlin 1966, S. 380 f.

⁸⁴ Siehe IML beim ZK der SED (Hrsg.): Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 1, Berlin 1966, S. 389

⁸⁵ Siehe Lidtke, Vernon L.: The Outlawed Party: Social Democracy in Germany, 1878–1890, New Jersey 1966, S. 252

⁸⁶ Siehe IML beim ZK der SED (Hrsg.): Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 1, Berlin 1966, S. 395

⁸⁷ Siehe IML beim ZK der SED (Hrsg.): Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 1, Berlin 1966, S. 395, 409 f. und 415

⁸⁸ Die SPD konnte diesen Vorsprung bis zur letzten Reichstagswahl vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs mit jeder Wahl weiter ausbauen und 1912 schließlich 34,7 % der Stimmen (4,3 Mio.) erlangen.

⁸⁹ Fraktionsvorsitzender war von 1887 bis zu seinem Tod 1911 Paul Singer. Politisch geführt wurde die Reichstagsvertretung der Partei von Bebel.

⁹⁰ Siehe Fricke, Dieter, Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1987, Band 2, S. 720

⁹¹ In den Landtagen und Gemeinderäten blieb auch nach 1871 bis zur Novemberrevolution 1918 das Wahlrecht an Besitz und Steuerabgaben gebunden (Zensuswahlrecht). In den einzelnen Bundesländern galten verschiedene Formen des Zensuswahlrechts: In Preußen gab es das besonders rückschrittliche sogenannte „Dreiklassenwahlrecht“, bei dem die Stimme der zur Wahl zugelassenen Männer gemäß ihrer Zugehörigkeit zu einer der drei Wählerklassen, also je nach Besitz, unterschiedliches Gewicht hatte; außerdem waren die Wahlen nicht geheim und nur indirekt. Die Sozialdemokratie beteiligte sich vorerst nicht an den Wahlen zum Preußischen Landtag.

⁹² Siehe Fricke, Dieter: Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1987, Band 2, S. 698 f.

⁹³ Wilhelm Hasselmann (1844–1916) war Redakteur des Lassallschen „Der neue Social-Demokrat“. Ende der 70er Jahre gründete er sein Organ „Die Rote Fahne“. Er emigrierte 1880 nach Belgien und England, wo er mit Johann Mosts „Freiheit“ zusammenarbeitete und ging schließlich in die USA.

⁹⁴ Massing, Paul W.: Vorgeschichte des politischen Antisemitismus, Frankfurt 1959, S. 154. Leuschen-Seppel, Rosemarie: Sozialdemokratie und Antisemitismus im Kaiserreich. Die Auseinandersetzungen der Partei mit den konservativen und völkischen Strömungen des Antisemitismus 1871–1914, Bonn 1978, S.43

⁹⁵ Bernstein, Eduard: Die Juden in der deutschen Sozialdemokratie. Zitiert nach: Ludger Heid (Hrsg.), Eduard Bernstein: „Ich bin der Letzte, der dazu schweigt“. Texte in jüdischen Angelegenheiten, Potsdam 2004, S. 115

⁹⁶ Neuer Social-Demokrat, Nr. 9, 1873. Zitiert nach: Ludger Heid (Hrsg), Eduard Bernstein: „Ich bin der Letzte, der dazu schweigt“. Texte in jüdischen Angelegenheiten, Potsdam 2004, S. 26

⁹⁷ Leuschen-Seppel, Rosemarie: Sozialdemokratie und Antisemitismus im Kaiserreich. Die Auseinandersetzungen der Partei mit den konservativen und völkischen Strömungen des Antisemitismus 1871–1914, Bonn 1978, S. 43

⁹⁸ August Kapell im „Neuen Social-Demokrat“, Nr. 126, 30.10.1872. Zitiert nach: Leuschen-Seppel, Rosemarie: Sozialdemokratie und Antisemitismus im Kaiserreich – Die Auseinandersetzungen der Partei mit den konservativen und völkischen Strömungen des Antisemitismus 1871–1914, Bonn 1978, S. 43

⁹⁹ Neuer Social-Demokrat, Nr. 109, 20.9.1872

¹⁰⁰ Ebenda

¹⁰¹ Marx und Engels gingen darauf u. a. in ihren Korrespondenzen ein. Siehe insbesondere den Brief von Marx an Bolte vom 23.11.1871, MEW 33, S. 327 sowie Engels an Cuno vom 24.1.1872, MEW 33, S. 387. Siehe auch: Marx/Engels: Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Offenbach 2004, Nachdruck der Ausgabe Moskau 1950, Band 2, S. 437–445

¹⁰² Bakunin in einem Schreiben an italienische Freunde. Zitiert nach: Silberner, Edmund: Sozialisten zur Judenfrage, Berlin 1962, S. 273

¹⁰³ Zitiert nach: Silberner, Edmund: Sozialisten zur Judenfrage, Berlin 1962, S. 274

¹⁰⁴ Zitiert nach: Silberner, Edmund: Sozialisten zur Judenfrage, Berlin 1962, S. 274

¹⁰⁵ Bakunin, Michael: „Rapports personnels avec Marx“, Gesammelte Werke, Band 3, S. 209 (Zitiert nach: Mümken, Jürgen / Wolf, Siegbert (Hrsg.): „Antisemit, das geht nicht unter Menschen“. Anarchistische Positionen zu Antisemitismus, Zionismus und Israel. Band 1: Von Proudhon bis zur Staatsgründung, Lich, 2013, S. 83). Susanne Hillman gibt als Herausgeberin von Bakunin, Michael: Gott und der Staat und andere Schriften, Hamburg 1969 auf S. 174 an, dass Bakunin diesen Text zwischen Oktober 1871 und Februar 1872 verfasst hat. Es war als Sendschreiben an seine Anhänger in Italien gedacht, wurde aber nicht abgeschickt.

¹⁰⁶ Im Folgenden zitiert aus: Dühring, Eugen: Kritische Geschichte der Nationalökonomie und der Sozialismus“, Leipzig 1900. In der ersten Auflage seines Buchs von 1871 sind die jüdenfeindlichen Beschimpfungen gegen Marx noch nicht zu finden.

¹⁰⁷ Siehe Fricke, Dieter: Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1987, Band 1, S. 305

¹⁰⁸ Lenin hat sich in „Staat und Revolution“ 1917 ausführlich in einem Abschnitt mit Engels' „Kritik des Entwurfs des Erfurter Programms“ auseinandergesetzt. (LW 25, S. 455–462). Er verweist dort auch darauf, dass die von Engels in einem Brief an Kautsky 1891 vorgebrachte Kritik am Entwurf des Erfurter Programms erst zehn Jahre später in der „Neuen Zeit“ veröffentlicht wurde.

¹⁰⁹ Siehe IML beim ZK der SED, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 1, Berlin 1966, S. 435

¹¹⁰ Siehe IML beim ZK der SED, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 1, Berlin 1966, S. 435

¹¹¹ Lenin, W.I.: Die nationale Gleichberechtigung, 1914, Werke Band 20, S. 235

¹¹² Lautenschläger, Friedrich: Die Agrarunruhen in den badischen Standes- und Grundherrschaften im Jahre 1848, Heidelberg 1915, S. 37. Zitiert nach: Erb, Rainer / Bergmann, Werner: Die Nachtseite der Judenemanzipation. Der Widerstand gegen die Integration der Juden in Deutschland 1780–1860, Berlin 1989, S. 253.

¹¹³ Siehe Die Naturgeschichte der Juden, Wien 1848, S. 47 sowie Wiener Judenalbum für das Jahr 1852, Augsburg 1852, S. 37, in: Sterling, Eleonore: Judenhass. Die Anfänge des politischen Antisemitismus in Deutschland (1815 bis 1850), Frankfurt/M. 1969, S. 158.

¹¹⁴ Greive, Hermann: Geschichte des modernen Antisemitismus in Deutschland, Darmstadt 1983, S. 39

¹¹⁵ Allgemeine Zeitung des Judentums (im Folgenden „Allg. Zeit. des Judentums“ abgekürzt), 17. April 1848, S. 245. Zitiert nach: Grab, Walter: Der deutsche Weg der Judenemanzipation 1789–1938, München 1991, S. 111

¹¹⁶ Rainer Erb und Werner Bergmann geben in „Die Nachtseite der Judenemanzipation. Der Widerstand gegen die Integration der Juden in Deutschland 1780–1860“, Berlin 1889, S. 257, die Zahl der Orte mit gewalttätigen Angriffen als weit höher als 80 an, die Jacob Toury in seiner „Sozialen und politischen Geschichte der Juden in Deutschland 1847–1871“, Düsseldorf 1977, S. 290 nennt.

¹¹⁷ Siehe Rohrbacher, Stefan: Sozialer Protest und antijüdische Ausschreitungen im 19. Jahrhundert, in: Benz, Wolfgang / Bergmann, Werner (Hrsg.): Vorurteil und Völkermord – Entwicklungslinien des Antisemitismus, Freiburg 1997, S. 168 f. Siehe auch: Rohrbacher, Stefan: Gewalt im Biedermeier. Antijüdische Ausschreitungen in Vormärz und Revolution (1815–1848/49), Frankfurt/M. 1993, S.186–190

¹¹⁸ Siehe Erb, Rainer / Bergmann, Werner: Die Nachtseite der Judenemanzipation. Der Widerstand gegen die Integration der Juden in Deutschland 1780–1860, Berlin 1989, S. 254 f.

¹¹⁹ Siehe Mack, Rüdiger: Otto Böckel und die antisemitische Bauernbewegung in Hessen 1887–1894, in: Wetterauer Geschichtsblätter. Beiträge zur Geschichte und Landeskunde, Band 16, Friedberg 1967, S. 117 f. Dort wird zu Langsdorf verwiesen auf: Heymann, H. F.: Langsdorfer Heimatbuch, Gießen 1937, S. 28 f. sowie zu Steinbach auf: Schmah, Eugen / Seipel, Willi: Entwicklung der völkischen Bewegung. Die antisemitische Bauernbewegung von der Böckelzeit bis zum Nationalsozialismus – Entwicklung der nationalsozialistischen Bauernbewegung in Hessen, Gießen 1933, S.56

¹²⁰ Kreuzzeitung vom 30.9.1848. Zitiert nach: Sterling, Eleonore: Judenhass, Die Anfänge des politischen Antisemitismus in Deutschland 1815 bis 1850, Frankfurt/M. 1969, S. 140

¹²¹ Moldenhauer, R.: Jewish Petitions to the German National Assembly in Frankfurt 1848/49, 1971, S. 222. Zitiert nach: Erb, Rainer / Bergmann, Werner: Die Nachtseite der Judenemanzipation. Der Widerstand gegen die Integration der Juden in Deutschland 1780–1860, Berlin 1989, S. 260

¹²² Bereits in der Auseinandersetzung um die Verfassung der Frankfurter Nationalversammlung Anfang 1849 hatte es eine breite Petitionsbewegung gegeben. Siehe Harris, James F.: The People Speak! Anti-Semitism and Emancipation in Nineteenth-Century Bavaria, Ann Arbor (Michigan) 1994, S. 126.

¹²³ Siehe ebenda, S. 124 f.

¹²⁴ Siehe ebenda, S. 166

¹²⁵ Ebenda, S. 130

¹²⁶ Ebenda, S. 132

¹²⁷ Ebenda, S. 177

¹²⁸ Ebenda, S. 134

¹²⁹ Ebenda, S. 136

¹³⁰ Ebenda, S. 137

¹³¹ Siehe Philippon, Martin: *Neueste Geschichte des jüdischen Volkes*, Band 2, Leipzig 1910, S. 22

¹³² Eduard Bernstein, Brief an Engels vom 23.7.1881, zitiert nach: Heid, Ludger / Pauker, Arnold (Hrsg.): *Juden und deutsche Arbeiterbewegung bis 1933. Soziale Utopien und religiös-kulturelle Traditionen*, Tübingen 1992, S. 82.

¹³³ Siehe Jensen, Uffa: *Gebildete Doppelgänger. Bürgerliche Juden und Protestanten im 19. Jahrhundert*, Göttingen 2005, S. 317 f. Die Schilderung beruht auf Berichten des damals diensthabenden Polizeibeamten.

¹³⁴ Siehe ebenda, S. 318. Dort Verweis auf das Berliner Tagblatt vom 3.1.1881

¹³⁵ Aktenmaterial zu den Ausschreitungen in Burghaun. Staatsarchiv Marburg, 180 Hünfeld, in: Pötzsch, Hansjörg: *Antisemitismus in der Region – Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914*, Wiesbaden 2000, S. 313

¹³⁶ Gräfe, Thomas: *Antisemitismus in Deutschland 1815–1918. Rezensionen – Forschungsüberblick – Bibliographie*, Norderstedt 2007, S. 155

¹³⁷ *Deutsche Reform*, Nr. 49 vom 19.6.1881, zitiert nach: Pötzsch, Hansjörg: *Antisemitismus in der Region – Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914*, Wiesbaden 2000, S. 315

¹³⁸ Philippon, Martin: *Neueste Geschichte des jüdischen Volkes*, Band 2, Leipzig 1910, S. 26

¹³⁹ Gräfe, Thomas: *Antisemitismus in Deutschland 1815–1918. Rezensionen – Forschungsüberblick – Bibliographie*, Norderstedt 2007, S. 155 f.

¹⁴⁰ Siehe Philippon, Martin: *Neueste Geschichte des jüdischen Volkes*, Band 2, Leipzig 1910, S. 31

¹⁴¹ Siehe ebenda, S. 46 f.

¹⁴² Siehe ebenda, S. 33

¹⁴³ Dieses Stereotyp wurde insbesondere auch in den sogenannten „Bauernromanen“ aufgegriffen wie „Das Volk und seine Treiber“ (1859) des hessischen Pfaffen Rudolf Oeser oder „Der Büttnerbauer“ (1895) des sächsischen Gutsbesitzer-Sohnes und Treitschke-Schülers Wilhelm von Polenz. Jüdinnen und Juden wurden darin als „Blutsau-ger“ und „Wucherer“ dargestellt.

¹⁴⁴ Wawrzinek, Kurt: Die Entstehung der deutschen Antisemitenparteien (1873–1890), Berlin 1927, S. 13

¹⁴⁵ „Deutsche Frauen!“, Flugblatt des „Reichs-Herold“-Verlags, beigelegt dem Reichs-Herold, Nr. 54 vom 6.12.1887, zitiert nach: Pötzsch, Hansjörg: Antisemitismus in der Region – Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914, Wiesbaden 2000, S. 147

¹⁴⁶ Verein zur Abwehr des Antisemitismus (Hrsg.): Antisemiten-Spiegel, Danzig 1892, S. 58

¹⁴⁷ Der Israelit. Ein Zentralorgan für das orthodoxe Judentum. Hrsg. Lehmann, Mainz, 23. Jahrgang, 2.10.1882, zitiert nach: Felden, Klemens: Die Übernahme des antisemitischen Stereotyps als soziale Norm durch die bürgerliche Gesellschaft Deutschlands (1975–1990), Universität Heidelberg 1963, S. 42.

¹⁴⁸ Allg. Zeit. des Judentums des Judentums, Nr. 47/1893, Beilage Der Gemeindebote, S. 4

¹⁴⁹ Deutsch-Soziale Blätter, Nr. 204 vom 10.7.1892, S. 333, zitiert nach: Pötzsch, Hansjörg: Antisemitismus in der Region – Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914, Wiesbaden 2000, S. 309

¹⁵⁰ Allg. Zeit. des Judentums des Judentums, Nr. 47/1892, Beilage Der Gemeindebote, S. 2

¹⁵¹ Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus, 2. Jahrgang, Nr. 52, 25. Dezember 1892, S. 431

¹⁵² Hannoversche Post, Nr. 285 vom 8.12.1893, 1. Blatt, zitiert nach: Pötzsch, Hansjörg: Antisemitismus in der Region – Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914, Wiesbaden 2000, S. 146

¹⁵³ Jensen, Uffa: Gebildete Doppelgänger. Bürgerliche Juden und Protestanten im 19. Jahrhundert, Göttingen 2005, S. 322

¹⁵⁴ Siehe Philippon, Martin: Neueste Geschichte des jüdischen Volkes, Band 2, Leipzig 1910, S. 42.

¹⁵⁵ Siehe Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 51/1891, Beilage Der Gemeindebote, S. 2

¹⁵⁶ Siehe Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 17/1891, Beilage Der Gemeindebote, S. 2 f.

¹⁵⁷ Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 29/1891, Beilage Der Gemeindebote, S. 2

¹⁵⁸ Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 5/1892, Beilage Der Gemeindebote, S. 1

¹⁵⁹ Siehe Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 29/1892, S. 338–342, 30/1892, S. 350–355 und 31/1892, S. 362–364

¹⁶⁰ Siehe Mohrmann, Walter: Antisemitismus – Ideologie und Geschichte im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Berlin 1972, S 60.

¹⁶¹ Gräfe, Thomas: Antisemitismus in Deutschland 1815–1918. Rezensionen – Forschungsüberblick – Bibliographie, Norderstedt 2007, S. 156.

¹⁶² Verein zur Abwehr des Antisemitismus (Hrsg.): Antisemiten-Spiegel, Danzig 1892, S. 4

¹⁶³ Siehe Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 1/1894, Beilage Der Gemeindebote, S. 3

¹⁶⁴ Siehe Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 25/1894, S. 290, Beilage Der Gemeindebote

¹⁶⁵ Siehe Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 29/1894, Beilage Der Gemeindebote, S. 2

¹⁶⁶ Siehe Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 32/1894, Beilage Der Gemeindebote, S. 2

¹⁶⁷ Siehe Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 39/1894, Beilage Der Gemeindebote, S. 2 f.

¹⁶⁸ Siehe Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 10/1891, Beilage Der Gemeindebote, S. 2

¹⁶⁹ Siehe Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 30/1892, Beilage Der Gemeindebote, S. 2

¹⁷⁰ Siehe Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 37/1892, Beilage Der Gemeindebote, S. 3

¹⁷¹ Siehe Allg. Zeit. des Judentums Nr. 48/1892, Beilage Der Gemeindebote, S. 4

¹⁷² Siehe Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 7/1890, S. 104, Korrespondenzen und Nachrichten

¹⁷³ Siehe Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 10/1891, Beilage Der Gemeindebote, S. 2

¹⁷⁴ Siehe Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 19/1892, Beilage Der Gemeindebote, S. 4

¹⁷⁵ Siehe Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 30/1892, Beilage Der Gemeindebote, S. 4

¹⁷⁶ Siehe Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 46/1893, Beilage Der Gemeindebote, S. 2

¹⁷⁷ Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 16/1892, Beilage Der Gemeindebote, S. 1

¹⁷⁸ Siehe Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 21/1892, Beilage Der Gemeindebote, S. 2

¹⁷⁹ Siehe Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 30/1892, Beilage Der Gemeindebote, S. 4

¹⁸⁰ Siehe Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 30/1892, Beilage Der Gemeindebote, S. 4

¹⁸¹ Siehe Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 37/1892, Beilage Der Gemeindebote, S. 3

¹⁸² Siehe Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 5/1893, Beilage Der Gemeindebote, S. 3

¹⁸³ Siehe Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 31/1894, Beilage Der Gemeindebote, S. 2

¹⁸⁴ Siehe Philippson, Ludwig: Die Judenfresser an der Spree, Teil 1 in: Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 24/1850. Siehe ebenso Philippson, Ludwig: Anklage gegen die Neue Preußische Zeitung, in: Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 26/1850. In diesen Artikeln wird die judenfeindliche Hetze der Neuen Preußischen Zeitung („Kreuzzeitung“) konkret entlarvt und als Tribüne zur Anklage der Judenfeindschaft benutzt.

¹⁸⁵ Philippson, Ludwig: Die Judenfresser an der Spree, Teil 1 in: Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 24/1850, S. 2

¹⁸⁶ Selbstverständlich betonten protestantische und katholische Pfarrer in ihren Predigten die angebliche Fremdheit und angebliche Andersartigkeit der Juden.

¹⁸⁷ Im Stürmer Nr. 45/31-6 von 1931 wird Martin für seine Schrift „Blicke ins Talmud'sche Judenthum“ gelobt und wörtlich zitiert: „Ja gerade wir völlig unabhängigen, katholischen Priester sind vor allen anderen berufen, unser'm christlichen Volke aufklärend und helfend zur Seite zu stehen, gegenüber der Judenmacht, unbekümmert um alles Geschrei der Juden und ihrer ‚liberalen Freunde‘.“ (Zitiert nach: Noack, Hannelore: Unbelehrbar? Antijüdische Agitation mit entstellten Talmudzitaten, Paderborn 2001, S. 419)

¹⁸⁸ Eine weitere religiöse judenfeindliche Schrift war „Der Judenspiegel“ von einem Dr. Justus. Dahinter verbarg sich der als Kronzeuge präparierte, vom Judentum zum Protestantismus konvertierte Aron Briman. Er diffamierte den auf dem Talmud basierenden Kodex „Schulchan aruch“ (Der gedeckte Tisch). Der „Judenspiegel“ erlebte eine ganze Reihe von Auflagen und wurde 1919 vom „Deutschen Schutz- und Trutzbund“ erneut herausgegeben.

¹⁸⁹ Siehe Heid, Ludger: Wir sind und wollen nur Deutsche sein. Jüdische Emanzipation und Judenfeindlichkeit 1750–1880“, in: von Braun, Christina / Heid, Ludger (Hrsg.): Der ewige Jud, Stuttgart Bonn 1990, S. 88

¹⁹⁰ Grab, Walter: Der deutsche Weg der Judenemanzipation 1789–1938, München 1991, S. 122

¹⁹¹ Siehe Greive, Hermann: Geschichte des modernen Antisemitismus in Deutschland, Darmstadt 1983, S. 43. Grab, Walter: Der deutsche Weg der Judenemanzipation 1789–1938, München 1991, S. 122

¹⁹² Siehe Grab, Walter: Der deutsche Weg der Judenemanzipation 1789–1938, München 1991, S. 122

¹⁹³ Ebenda

¹⁹⁴ Ebenda, S. 123. Bis 1920 erreichte diese Schrift 13 Auflagen und galt bei Judenfeinden als „Klassiker“ der rassistischen Judenfeindschaft. Der judenhetzerische Publizist Wilhelm Marr nannte die Schrift 1880 ein „Meisterwerk an Stil und Inhalt“. Ab 1883 wurde sie vom judenfeindlichen Verlag von Theodor Fritsch herausgegeben. Im Vorwort zur 13. Auflage von 1920 schreibt Fritsch: „Über den Urheber schwebt bis heute ein Dunkel. Der Name Naudh bezeichnet die nordische Rune ‚N‘ und bedeutet zugleich ‚Niemand‘. Was ich (Theodor Fritsch, A. d. V.) über den Verfasser ermitteln konnte, ist folgendes: Als bei der Herausgabe der zwölften Ausgabe (1890) nach dem Inhaber des Eigentumsrechtes geforscht wurde, meldete sich der Berliner Schriftsteller Johannes Nordmann als Verfasser. In einem Briefwechsel mit ihm äußerte ich mein Befremden, wie ein Mann, der literarisch nicht besonders hervorgetreten sei, ein so hervorragendes Werk schaffen konnte. Ich erwähnte, dass mich die Darstellungsweise an einen Meister des Stils wie Lothar Bucher gemahne. Daraufhin gestand mir Nordmann, dass er das Buch gemeinsam mit Lothar Bucher und dem preußischen Geheimen Regierungsrat H. Wagener bearbeitet hatte. Er (Nordmann) selbst habe den hauptsächlichsten Stoff in einer nach naturwissenschaftlicher Methode aufgebauten Form geliefert. Wagener habe politische und staatsrechtliche Gesichtspunkte hinzugetragen und Bucher das gesamte Material stilistisch überarbeitet.“ (Zitiert in Bein, Alex: Die Judenfrage, Biographie eines Weltproblems, Stuttgart 1980, Band 2, S. 184)

¹⁹⁵ Siehe Grab, Walter: Der deutsche Weg der Judenemanzipation 1789–1938, München 1991, S. 124. Siehe auch: Bein, Alex: Die Judenfrage, Biographie eines Weltproblems, Stuttgart 1980, Band 1, S. 222

¹⁹⁶ „Der Jude gibt den Kern seiner nationalen Eigentümlichkeit ebenso schwer auf, als es ihm vermöge seiner geistigen Elastizität leicht wird, sich in das Kleid jeder beliebigen Nationalität zu hüllen und bis zu einem gewissen Grade sich die fremde Nationalität formell anzueignen. Aber seine Denkweise bleibt in jedem Kleide und unter jedem Himmelsstrich dieselbe; jüdischer Sinn und jüdisches Blut sind unzertrennbar geworden, weshalb das Judentum nicht allein als Religion und Kirche, sondern ganz vorzüglich als der Ausdruck einer Raceneigentümlichkeit die eingehendste Betrachtung verlangt. Vergessen wir dies nicht: die Taufe macht den Juden nicht zum Germanen.“ (Bauer, Bruno: Emanzipation der Juden, 1861, in: Hermann Wagener, Staats- und Gesellschaftslexikon, Band 7, Berlin 1861, S.11 f.)

¹⁹⁷ Im Mai 1893 veröffentlichte Max Schippel in der „Neuen Zeit“ Auszüge aus diesem Artikel (Siehe Schippel, Max: Die Konservativen und der Antisemitismus, Neue Zeit, Jahrgang 11, 31. Mai 1893, S. 298–302) und war sich wohl Bauers Autorenschaft nicht bewusst. Am 7. Juni schrieb Mehring an Kautsky, dass „Schippel nicht Recht hat, wenn er den Artikel über das Judentum in Wageners Staatslexikon dem ostelbischen Junkertum zuschreibt. Der Artikel ist von Bruno Bauer“. (Zitiert nach: Fischer, Lars: The Socialist Response to Antisemitism in Imperial Germany, New York 2007, S. 100)

¹⁹⁸ „Soll und Haben“ erreichte 1913 die 81. Auflage, „Der Hungerpastor“ hatte 1911 die 40. Auflage. Siehe Pötzsch, Hansjörg: Antisemitismus in der Region – Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914, Wiesbaden 2000, S. 306

¹⁹⁹ Der hessische Pfarrer und „Volksschriftsteller“ Ludwig Rudolf Oeser (Pseudonym: O. Glaubrecht) hetzte in seinem Roman „Das Volk und seine Treiber“ gegen Jüdinnen und Juden, die „ein Aussatz“ seien, der „den ganzen Volkskörper vergiftet“, und es könne „das Judentum vom Wucher nicht lassen“. (Oeser, Ludwig Rudolf: Das Volk und seine Treiber, Neue Ausgabe, Stuttgart 1890, S. 172, zitiert nach: Mack, Rüdiger: Otto Böckel und die antisemitische Bauernbewegung in Hessen 1887–1894, S. 117)

²⁰⁰ Deutsch-Soziale Blätter, Nr. 25 vom 15.4.1888, S. 4, zitiert nach: Pötzsch, Hansjörg: Antisemitismus in der Region – Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914, Wiesbaden 2000, S. 306

²⁰¹ Germania, Nr. 185. Zitiert nach: Wawrzinek, Kurt: Die Entstehung der deutschen Antisemitenparteien (1873–1890), Berlin 1927, S. 13

²⁰² Falk, Kurt: Antisemitismus und Sozialdemokratie, Elberfeld 1892, S. 4

²⁰³ Den preußisch-deutschen Herrschenden ging es dabei nicht nur um den Kampf gegen die antipreußischen und partikularistischen Interessen der mehrheitlich katholischen süd- und südwestdeutschen Bundestaaten. Die unter der Flagge des Kampfes für eine „weltliche Kultur“ daherkommende Kampagne rückte die Frage der „Loyalität“

zum preußisch-deutschen Staat in den Mittelpunkt und sah dabei nicht nur die Katholiken mit ihrer „ultramontanen“ Papsttreue, sondern auch die Dänen in Schleswig-Holstein, die Polen in Posen, die Franzosen in Elsass-Lothringen als potenzielle „Feinde des Reiches“. So nahm Bismarck den Kampf gegen den Katholizismus zum Vorwand, um auch die nationale Unterdrückung in den unter preußische Herrschaft geratenen polnischen Gebieten – etwa den vier preußischen Ostprovinzen, insbesondere Posen – zu verstärken. Polnischsprachige Schulbücher wurden konfisziert, die polnische Sprache unterdrückt. Und auch die jüdische Bevölkerung wurde Zielscheibe von Misstrauen und Verfolgung.

²⁰⁴ Siehe Philippon, Martin: *Neueste Geschichte des jüdischen Volkes*, Band 2, Leipzig 1910, S. 4

²⁰⁵ Noch 1871 erschien die 2. und 3., 1873 die 4., 1875 die 5. und 1877 die 6. Auflage. Bis 1922 gab es insgesamt 17 Auflagen. (Siehe Schubert, Kurt: *Die Geschichte des österreichischen Judentums*, Wien 2008, S. 91)

²⁰⁶ In seinem Geburtsort Münster wurde Rohling in der „Münsterländischen Volkszeitung“ vom 7.2.1944 „gewürdigt“. Es hieß abschließend: „Am 23. Januar 1931 starb dieser unerschütterliche Westfale und völkische Vorkämpfer unserer Heimat im Alter von 92 Jahren. Bis zu dem Zeitpunkt, als ihn die kühle Erde deckte, hat sich Juda ununterbrochen an ihm gerieben.“ (Zitiert nach: Noack, Hannelore: *Unbelehrbar? Antijüdische Agitation mit entstellten Talmudzitaten*, Paderborn 2001, S. 441 f.)

²⁰⁷ Siehe Philippon, Martin: *Neueste Geschichte des jüdischen Volkes*, Band 2, Leipzig 1910, S. 16

²⁰⁸ Bloch schrieb: „In welcher Art von geschäftigen Händen seine vergiftenden Hetzschriften bis in die kleinste Bauernhütte und Arbeiterwohnung getragen wurden, ergibt sich aus der Tatsache, dass der Redakteur des ‚Westfälischen Courier‘ in einer Gerichtsverhandlung zu Münster erzählte, dass achtunddreißigtausend Exemplare in Westfalen von dem famosen Bonifatius-Verein gratis verteilt wurden.“ (Bloch, Joseph Samuel: *Akten und Gutachten im Prozess Rohling contra Bloch*, Wien 1890, S. 3)

²⁰⁹ Siehe Philippon, Martin: *Neueste Geschichte des jüdischen Volkes*, Band 2, Leipzig 1910, S. 10

²¹⁰ *Allg. Zeit. des Judentums* Nr. 4 vom 25. Januar 1876, zitiert nach: Wyrwa, Ulrich: *Einspruch und Abwehr, Die Reaktion des europäischen Judentums auf die Entstehung des Antisemitismus (1879–1914)*, Frankfurt 2010, S. 32

²¹¹ Rebbert legte 1876 auch die antijüdische Hetzschrift „Blicke ins talmudische Judentum“ des Paderborner Bischofs Konrad Martin von 1848 wieder neu auf. Überhaupt war die Paderborner Bonifatius-Druckerei unter dem Einfluss von Rebbert und dem Bischof Konrad Martin das damals größte Imperium judenfeindlicher Literatur. (Siehe Gräfe, Thomas: *Antisemitismus in Deutschland 1815–1918. Rezensionen – Forschungsüberblick – Bibliographie*, Norderstedt 2007, S. 42)

²¹² Siehe Massing, Paul W.: *Vorgeschichte des politischen Antisemitismus*, Frankfurt/M. 1986, S. 13

²¹³ Philippson, Martin: Neueste Geschichte des jüdischen Volkes, Band 2, Leipzig 1910, S. 5

²¹⁴ Ebenda, S. 4

²¹⁵ Frantz, Konstantin: Der Nationalliberalismus und die Judenherrschaft, 1874, S. 34 f., zitiert nach: Pulzer, Peter G. J.: Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867 bis 1914, Göttingen 2004, S. 96

²¹⁶ Meyer, Rudolf: Politische Gründer und die Korruption in Deutschland, S. 18. Zitiert nach: Pulzer, Peter G. J.: Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867 bis 1914, Göttingen 2004, S. 130

²¹⁷ Massimo Ferrari, Zumbini: Die Wurzeln des Bösen. Gründerjahre des Antisemitismus. Von der Bismarckzeit zu Hitler, Frankfurt 2003, S. 140

²¹⁸ Ebenda

²¹⁹ Zitiert nach: Wawrzinek, Kurt: Die Entstehung der deutschen Antisemitenparteien (1873–1890), Berlin 1927, S. 9

²²⁰ Glagau, Otto: Des Reiches Not und der neue Kulturkampf, Osnabrück 1880, S. 27. Zitiert nach: Wawrzinek, Kurt: Die Entstehung der deutschen Antisemitenparteien (1873–1890), Berlin 1927, S. 9

²²¹ Glagau, Otto: Der Bankrott des Nationalliberalismus und die Reaktion, Berlin 1879, S. 71. Zitiert nach: Mohrmann, Walter, Antisemitismus – Ideologie und Geschichte im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Berlin 1972, S. 38. Ebenso siehe Weiss, John: Der lange Weg zum Holocaust. Die Geschichte der Judenfeindschaft in Deutschland und Österreich, Berlin 1988, S. 124

²²² „Nicht länger dürfen wir's dulden, dass die Juden sich überall in den Vordergrund, an die Spitze drängen ... sie nehmen uns die Luft und den Atem. Sie führen tatsächlich die Herrschaft über uns ...“ Weiter heißt es im selben Absatz: „Die ganze Weltgeschichte kennt kein zweites Beispiel, dass ... eine physisch wie psychisch entschieden degenerierte Race bloß durch List und Schlaueit, durch Wucher und Schacher über den Erdkreis gebietet.“ (Glagau, Otto: Der Börsen- und Gründungsschwindel in Berlin, Leipzig 1876, S. XXX)

²²³ Kreuzzeitung, 1875, Nr. 148 bis 152. Zitiert nach: Wawrzinek, Kurt: Die Entstehung der deutschen Antisemitenparteien (1873–1890), Berlin 1927, S. 10

²²⁴ Germania, Nr. 189. Zitiert nach: Wawrzinek, Kurt: Die Entstehung der deutschen Antisemitenparteien (1873–1890), Berlin 1927, S. 13.

²²⁵ Blaschke, Olaf: Katholizismus und Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich, Göttingen 1999, S. 171 f.

²²⁶ Siehe Philippson, Martin: Neueste Geschichte des jüdischen Volkes, Band 2, Leipzig 1910, S. 11

²²⁷ Wörtlich heißt es: „Wie kann ein christlicher Bauer von einem jüdischen Richter, dem ‚das Kreuz ein Ärgernis‘ sei, vereidigt werden.“ (Flugschrift „Der jüdische Referendarius“, separater Abdruck aus der SVZ Nr. 164, Juli 1879. Zitiert nach: Blaschke,

Olaf: Katholizismus und Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich, Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft Band 122, Göttingen 1999, S. 171). Blaschke fasst weiter so zusammen: „Unverschämte und schmierige jüdische Referendare mit schmutzigen Händen und orientalischem Gesicht, so die Zeitung, fielen in das deutsche Rechtswesen ein. ... „Ein „Judengesetz muss zu Stande kommen, mindestens aber eine Suspension des Gesetzes vom dritten Juli 1869“,“ (Ebenda, S. 171).

²²⁸ Siehe Wawrzinek, Kurt: Die Entstehung der deutschen Antisemitenparteien (1873–1890), Berlin 1927, S. 33 f.

²²⁹ Siehe Jensen, Uffa: Gebildete Doppelgänger. Bürgerliche Juden und Protestanten im 19. Jahrhundert, Göttingen 2005, S. 273

²³⁰ Siehe Pulzer, Peter G. J.: Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867 bis 1914, Göttingen 2004, S. 141. Dort wird die Zahl von 225.000 genannt. Massimo Ferrari, Zumbini: Die Wurzeln des Bösen. Gründerjahre des Antisemitismus. Von der Bismarckzeit zu Hitler, Frankfurt 2003 gibt auf S. 195 bis 197 die Zahl von ca. 200.000 Unterschriften an, die bis 1881 für die Petition gesammelt worden sein.

²³¹ Jensen, Uffa: Gebildete Doppelgänger. Bürgerliche Juden und Protestanten im 19. Jahrhundert, Göttingen 2005, S. 274. Treitschke dementierte am 15. Dezember 1880, dass er die jüdenfeindlichen Studenten unterstützte, wurde aber von Paul Dulon in einem Brief der Falschsaussage bezichtigt. Siehe Kampe, Norbert: Studenten und „Judenfrage“ im Deutschen Kaiserreich. Die Entstehung der akademischen Trägerschicht des Antisemitismus. Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Band 76, Göttingen 1988, S. 23 f.

²³² Zitiert nach: Jensen, Uffa: Gebildete Doppelgänger. Bürgerliche Juden und Protestanten im 19. Jahrhundert, Göttingen 2005, S. 273

²³³ Deutsche Reform, Beilage zur Nr. 50 vom 23.6.1881. Zitiert nach: Pötzsch, Hansjörg: Antisemitismus in der Region – Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914, Wiesbaden 2000, S. 261

²³⁴ Zitiert nach: Neubach, Helmut: Die Ausweisungen von Polen und Juden aus Preußen 1885/86, Wiesbaden 1967, S. 104

²³⁵ Siehe Gräfe, Thomas: Antisemitismus in Deutschland 1815–1918. Rezensionen – Forschungsüberblick – Bibliographie, Norderstedt 2007, S. 148

²³⁶ Im Folgenden zitiert nach: Stenografischer Bericht über die Verhandlungen des Reichstages in der VIII. Legislaturperiode, Vierter Band, Berlin 1891

²³⁷ Siehe Pötzsch, Hansjörg: Antisemitismus in der Region – Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914, Wiesbaden 2000, S. 8 f.

²³⁸ Siehe Schleicher, Regina: Antisemitismus in der Karikatur: Zur Bildpublizistik in der französischen Dritten Republik und im deutschen Kaiserreich (1871–1914), Frankfurt 2009, S. 54

- ²³⁹ Siehe ebenda, S. 55
- ²⁴⁰ Siehe Jensen, Uffa: Gebildete Doppelgänger. Bürgerliche Juden und Protestanten im 19. Jahrhundert, Göttingen 2005, S. 156
- ²⁴¹ Siehe ebenda, S. 163
- ²⁴² Siehe ebenda, S. 164. Die Angaben wurden der Abschrift eines Briefes von Treitschke an Georg Reimer vom 30.12.1879 entnommen.
- ²⁴³ Siehe Schleicher, Regina: Antisemitismus in der Karikatur: Zur Bildpublizistik in der französischen Dritten Republik und im deutschen Kaiserreich (1871–1914), Frankfurt 2009, S. 67
- ²⁴⁴ So warb der Berliner Juwelier Gustav Kölzsch: „Cohn, Levi, Meyer, Itzig, Polnischer Jude in Figuren und in Medaillon-Format, getreu nach dem Leben, aber in hoch komischen Gestalten und in bedenklichen Situationen.“ (Der Kulturkämpfer, Heft 114, 31.1.1885, S. 32. Zitiert nach: Lehr, Stefan: Antisemitismus – religiöse Motive im sozialen Vorurteil. Aus der Frühgeschichte des Antisemitismus in Deutschland 1870–1914, München 1974, S. 182).
- ²⁴⁵ Der genau Titel lautet: Franz Hattler, Katholischer Kindergarten oder Legende für Kinder, Freiburg im Breisgau 1889 (vierte, umgearbeitete Auflage).
- ²⁴⁶ Siehe Pötzsch, Hansjörg: Antisemitismus in der Region – Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914, Wiesbaden 2000, S. 290
- ²⁴⁷ Cassel, Paulus: Die Antisemiten und die evangelische Kirche. Sendschreiben an einen evangelischen Geistlichen, Berlin 1881, S. 23. Zitiert nach: Lehr, Stefan: Antisemitismus – religiöse Motive im sozialen Vorurteil. Aus der Frühgeschichte des Antisemitismus in Deutschland 1870–1914, München 1974, S. 182
- ²⁴⁸ Siehe Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 6/1893
- ²⁴⁹ Philippson, Martin: Neueste Geschichte des jüdischen Volkes, Band 2, Leipzig 1910, S. 17 f.
- ²⁵⁰ Philippson, Martin: Neueste Geschichte des jüdischen Volkes, Band 2, Leipzig 1910, S. 48 f.
- ²⁵¹ Zitiert nach: Blumenberg, Werner (Hrsg.): August Bebels Briefwechsel mit Friedrich Engels, London – The Hague – Paris 1965, Fußnote S. 549
- ²⁵² Siehe Hamburger, Ernest: Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit 1848–1918, Tübingen 1968, S. 26
- ²⁵³ Zitiert nach: Hennig, Eike / Saage, Richard (Hrsg.): Konservatismus – eine Gefahr für die Freiheit?, München 1983, S. 38 f.
- ²⁵⁴ Dubnow, Simon M.: Die neueste Geschichte des jüdischen Volkes (1789–1914), II. Band, Zweite Abteilung. Das Zeitalter der ersten Reaktion (1815–1848), Berlin 1920, S. 319

- ²⁵⁵ Grab, Walter, *Der deutsche Weg der Judenemanzipation 1789–1938*, München 1991, S. 122
- ²⁵⁶ Zitiert nach: Hennig, Eike / Saage, Richard (Hrsg.): *Konservatismus – eine Gefahr für die Freiheit?*, München 1983, S. 41
- ²⁵⁷ Siehe Hamburger, Ernest: *Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit 1848–1918*, Tübingen 1968, S. 55
- ²⁵⁸ Siehe Dubnow, Simon M.: *Die neueste Geschichte des jüdischen Volkes (1789–1914)*, II. Band, Zweite Abteilung, *Das Zeitalter der ersten Reaktion (1815–1848)*, Berlin 1920, S. 325
- ²⁵⁹ Siehe ebenda, S. 332 f.
- ²⁶⁰ Siehe ebenda, S. 333
- ²⁶¹ Otto von Bismarck war von 1867 bis 1890 Kanzler zunächst des Norddeutschen Bundes und später des „Deutschen Reiches“.
- ²⁶² Wawrzinek, Kurt: *Die Entstehung der deutschen Antisemitenparteien (1873–1890)*, Berlin 1927, S. 5
- ²⁶³ Zitiert nach: Ben-Sasson, Haim Hillel (Hrsg.): *Geschichte des jüdischen Volkes*. Erstauflage Tel Aviv 1969, Deutsche Ausgabe in einem Band, Frankfurt 1992, S. 994
- ²⁶⁴ Siehe Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 8/1890, S. 116
- ²⁶⁵ Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 21/1891, S. 241
- ²⁶⁶ Siehe Philippson, Martin: *Neueste Geschichte des jüdischen Volkes*, Band 2, Leipzig 1910, S. 43
- ²⁶⁷ Siehe Philippson, Martin: *Neueste Geschichte des jüdischen Volkes*, Band 2, Leipzig 1910, S. 20
- ²⁶⁸ Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 15/1892, S. 169
- ²⁶⁹ Siehe Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 4/1890, S. 55
- ²⁷⁰ Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 13/1894, S. 148 f.
- ²⁷¹ Der Dresdner Kreishauptmann Freiherr von Hausen schrieb bezüglich der Forderung der Antisemitenparteien nach einer „judenfreien Staatsverwaltung“ einen verqueren judenfeindlichen Bericht an das sächsische Innenministerium: „Wir in Sachsen sind mit Nichten verjudet, unsere Regierung hat noch nie und nirgends gezeigt, dass sie die Juden begünstigt, viel eher lässt sich von ihr das Gegenteil annehmen, wir haben keine jüdischen Beamten, schon unsere ganze frühere Judengesetzgebung hält noch nach, um eine jüdische Entwicklung nicht befürchten zu lassen ...“ (Vertraulicher Bericht des Dresdner Kreishauptmanns über das Geschäftsjahr 1892 an das sächsische Ministerium des Inneren vom 24.4.1893. Staatsarchiv Dresden, Ministerium des Inneren 8988. Zitiert nach: Pötzsch, Hansjörg: *Antisemitismus in der Region – Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914*, Wiesbaden 2000, S. 274)

- ²⁷² Schreiben des Marburger Landrats vom 26.5.1893 an das Eisenbahn-Betriebsamt Main-Weser-Lahn. Hessisches Staatsarchiv Marburg 180 Marburg: 2318. Zitiert nach: Pötzsch, Hansjörg: Antisemitismus in der Region – Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914, Wiesbaden 2000, S. 285
- ²⁷³ Schreiben der Abteilung des Inneren der Königlichen Regierung in Kassel an das Vorsteheramt der jüdischen Gemeinde Kassel vom 24.12.1882. Hessisches Staatsarchiv Marburg, Polizeipräsidium Kassel 175: 1261. Zitiert nach: Pötzsch, Hansjörg: Antisemitismus in der Region – Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914, Wiesbaden 2000, S. 285
- ²⁷⁴ Siehe Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 38/1891, Beilage Der Gemeindebote, S. 2
- ²⁷⁵ Siehe Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 43/1892, Beilage Der Gemeindebote, S. 2 f.
- ²⁷⁶ Die Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 43/1891, Beilage Der Gemeindebote, S. 3 berichtete am 19. Oktober 1891, dass Fritsch wegen der Verbreitung der „bekannten“ antisemitischen Weihnachtsflugblätter zunächst zu 20 RM Geldstrafe verurteilt, in der zweiten Instanz freigesprochen wurde.
- ²⁷⁷ Philippson, Martin: Neueste Geschichte des jüdischen Volkes, Band 2, Leipzig 1910, S. 24
- ²⁷⁸ Philippson, Martin: Neueste Geschichte des jüdischen Volkes, Band 2, Leipzig 1910, S. 11
- ²⁷⁹ Siehe Neubach, Helmut: Die Ausweisungen von Polen und Juden aus Preußen 1885/86, Wiesbaden 1967, S. 3
- ²⁸⁰ Ebenda S. 4 f.
- ²⁸¹ Kreuzzeitung vom 31.1.1886. Zitiert nach: Ebenda, S. 9
- ²⁸² Ebenda, S. 7
- ²⁸³ Ebenda, S. 13
- ²⁸⁴ In den vier „Ostprovinzen“ lebten laut Puttkamer nach einer Volkszählung im Oktober 1883 rund 27.500 „polnische Überläufer“. Siehe ebenda, S. 15.
- ²⁸⁵ Ebenda, S. 21
- ²⁸⁶ Siehe Auerbach, Leopold: Das Judentum und seine Bekenner, Berlin 1889, S. 118.
- ²⁸⁷ Siehe Neubach, Helmut: Die Ausweisungen von Polen und Juden aus Preußen 1885/86, Wiesbaden 1967, S. 41
- ²⁸⁸ Siehe ebenda, S. 144, Fußnote 5
- ²⁸⁹ Siehe Gräfe, Thomas: Antisemitismus in Deutschland 1815–1918. Rezensionen – Forschungsüberblick – Bibliographie, Norderstedt 2007, S. 161, Fußnote 230. Neubach, Helmut: Die Ausweisungen von Polen und Juden aus Preußen 1885/86, Wiesbaden 1967, S. 129

²⁹⁰ Siehe Neubach, Helmut: Die Ausweisungen von Polen und Juden aus Preußen 1885/86, Wiesbaden 1967, S. 144

²⁹¹ Zitiert nach: Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 18/1892, Beilage: Der Gemeindebote, S. 3

²⁹² Neue Badische Landes-Zeitung (NBLZ) vom 27.9.1885. Zitiert nach: Neubach, Helmut: Die Ausweisungen von Polen und Juden aus Preußen 1885/86, Wiesbaden 1967, S. 151. Die NBLZ galt wegen der jüdischen Eigentümer als „jüdische Zeitung“.

²⁹³ Siehe Neubach, Helmut: Die Ausweisungen von Polen und Juden aus Preußen 1885/86, Wiesbaden 1967, S. 148

²⁹⁴ Arbeiterstimme vom 20.2.1886. Zitiert nach: Neubach, Helmut: Die Ausweisungen von Polen und Juden aus Preußen 1885/86, Wiesbaden 1967, S. 157

²⁹⁵ Siehe Neubach, Helmut: Die Ausweisungen von Polen und Juden aus Preußen 1885/86, Wiesbaden 1967, S. 158 f.

²⁹⁶ Flugblatt mit dem Aufruf „An das arbeitende Volk“. Zitiert nach: Neubach, Helmut: Die Ausweisungen von Polen und Juden aus Preußen 1885/86, Wiesbaden 1967, S. 236

²⁹⁷ Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 40/1892, Beilage Der Gemeindebote, S. 4

²⁹⁸ Helmut Neubach, Die Ausweisungen von Polen und Juden aus Preussen 1885/86, Wiesbaden 1967, S. 88

²⁹⁹ Stenografischer Bericht über die Verhandlung des Reichstages, VI. Legislaturperiode. Erster Band, Berlin 1886, 537

³⁰⁰ Stenografischer Bericht über die Verhandlung des Reichstages, VI. Legislaturperiode. Erster Band, Berlin 1886, S. 595

³⁰¹ Förster, Paul: Über die Aufgaben „deutsch-sozialer Ortsvereine“, Deutsch-Soziale Blätter, Nr. 164, 4.10.1891, S. 473 f. Zitiert nach: Pötzsch, Hansjörg: Antisemitismus in der Region – Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914, Wiesbaden 2000, S. 92

³⁰² Siehe Übersicht in: Pötzsch, Hansjörg: Antisemitismus in der Region – Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914, Wiesbaden 2000, S. 116 sowie Anhang B, S. 344

³⁰³ Verein zur Abwehr des Antisemitismus (Hrsg.), Antisemiten-Spiegel, Danzig 1892, S. 26 f.

³⁰⁴ Verein zur Abwehr des Antisemitismus (Hrsg.), Antisemiten-Spiegel, Danzig 1892, S. 27 f.

³⁰⁵ Siehe Schreiben Ernst Weisheits an das Polizeipräsidium Kassel vom 18.1.1884, Hessisches Staatsarchiv Marburg, Polizeipräsidium Kassel 175: 1305. Zitiert nach: Pötzsch, Hansjörg: Antisemitismus in der Region – Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914, Wiesbaden 2000, S. 154

³⁰⁶ Vergleiche SPD: 56.146 Stimmen.

- ³⁰⁷ Stoecker, Adolf: Zur Judenfrage, Rede gehalten am 19. September 1879. In: Stoecker, Adolf, Christlich-Sozial. Reden und Aufsätze. Bielefeld/Leipzig 1885, S. 143
- ³⁰⁸ Ebenda, S. 152
- ³⁰⁹ Ebenda, S. 153
- ³¹⁰ Ebenda, S. 152
- ³¹¹ Stoecker, Adolf: Rede in Kreuznach. Zitiert in: Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 45/1891, Beilage der Gemeindebote, S. 2
- ³¹² Die Sozialdemokratie verlor 1881 im 2. Wahlbezirk in Berlin Stimmen und fiel von 26,3% 1878 auf 9,5%. Auch in anderen Wahlbezirken musste die Sozialdemokratie Verluste hinnehmen. (Siehe Lidkte, Vernon L.: The Outlawed Party. Social Democracy in Germany, 1878–1890, Princeton 1966, S. 163. Volkow, Shulamit: Social Democracy Against Anti-Semitism in Imperial Germany; in: Juden und jüdische Aspekte in der deutschen Arbeiterbewegung 1848–1918, Internationales Symposium Dezember 1976, Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte, Beiheft 2, 1977, S. 75)
- ³¹³ Siehe Fricke, Dieter (Hrsg.): Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessensorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, Band I, Leipzig 1968, S. 37
- ³¹⁴ Deutsche Wacht 1879, S. 87, zitiert nach: Wawrzinek, Kurt: Die Entstehung der deutschen Antisemitenparteien (1873–1890), Berlin 1927, S. 33
- ³¹⁵ Statuten der Antisemiten-Liga von 1879. Zitiert nach: Pulzer, Peter G. J.: Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867 bis 1914, Göttingen 2004, S. 107
- ³¹⁶ Siehe Fricke, Dieter (Hrsg.): Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessensorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945. Band I, Leipzig 1968, S. 37
- ³¹⁷ Tatsächlich war die Selbstbezeichnung „Antisemit“ im Lager der Judenfeinde nicht unumstritten. Man stritt sich darüber, ob „antisemitisch“ nach außen hin nicht „zu negativ“ herüberkomme. Manche Judenfeinde betrachteten den Begriff auch als Schimpfwort. Der Judenfeind Theodor Fritsch behauptete 1890 – fälschlich und ohne jegliche Belege –, dass der Begriff „Antisemitismus“ von den Gegnern der Judenfeinde stamme: „Zu den ewigen Streit-Objekten gehört auch die Namensgebung der (judenfeindlichen A. d. V.) Partei. Man hat unsere Geistes-Bewegung lange Zeit hindurch die ‚antisemitische‘ genannt. Der Name ‚Antisemitismus‘ wurde zum ersten Mal von einem Berliner Judenblatte 1878 gebraucht. [...] Es wählte vielleicht absichtlich diesen fremdartig klingenden Namen, damit die breiten Volksschichten die Sache nicht verstehen. [...] Die Juden-Gegner ließen sich die Bezeichnung ‚Antisemiten‘ gefallen und akzeptierten diesen Namen schließlich ...“ (Fritsch, Theodor: Der Partei-Name, Teil 1, in: Deutsch-Soziale Blätter, Nr. 103 vom 3.8.1890, S. 275. Zitiert nach: Pötzsch, Hansjörg: Antisemitismus in der Region – Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914, Wiesbaden 2000, S. 17 f.) Auf dem „Antisemitentag“ im Juni 1889 war die Namensgebung sozusagen das Top-Thema. Fritsch

warnte, dass viele potentielle Anhänger oder stille Unterstützer der Judenfeinde mit der Eigenbezeichnung „antisemitisch“ nur negative Zielsetzungen verbinden würden. Böckels Position war: „Wir sollten diesen Namen, den uns die Gegner zuerst zum Spott belegt, wie die Geusen zu Ehren bringen.“ (Böckels Rede wurde wiedergegeben im „Bericht über den Deutschen Antisemitentag in Bochum 1889“, Deutsche Wacht, Nr. 26, 30.6.1889. Zitiert nach: Pötzsch, Hansjörg: Antisemitismus in der Region – Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914, Wiesbaden 2000, S. 17 f.)

³¹⁸ Marr, Wilhelm: Der Sieg des Judentums über das Germanentum, Bern 1879

³¹⁹ Massimo Ferrari Zumbini schreibt in „Die Wurzeln des Bösen. Gründerjahre des Antisemitismus. Von der Bismarckzeit zu Hitler, Frankfurt 2003, S. 171, dass die Schrift Marrs bereits im Erscheinungsjahr 12 Auflagen mit 20.000 Exemplaren erreicht hatte.

³²⁰ Marr, Wilhelm: Goldene Ratten und rote Mäuse, Antisemitische Hefte, Nr. 2, Chemnitz 1880, S. 29

³²¹ Liebermann von Sonnenberg, Max: Beiträge zur Geschichte der antisemitischen Bewegung vom Jahre 1880–1885, Berlin 1885, S. 73. Zitiert nach: Pulzer, Peter G. J.: Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867 bis 1914, Göttingen 2004, S. 140

³²² Siehe Philippon, Martin: Neueste Geschichte des deutschen Volkes, Band 2, Leipzig 1910, S. 22

³²³ Siehe Massing, Paul W.: Vorgeschichte des politischen Antisemitismus, Frankfurt, S. 11 f.

³²⁴ Max Liebermann von Sonnenberg. Rede in Leipzig 23.1.1885, in: Liebermann von Sonnenberg, Max: Beiträge zur Geschichte der antisemitischen Bewegung vom Jahre 1880–1885, Berlin 1885, S. 197. Zitiert nach: Pulzer, Peter G. J.: Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867 bis 1914, Göttingen 2004, S. 102

³²⁵ Liebermann von Sonnenberg, Max: Rede im Reichstag 7.12.1892, Stenographische Berichte des Reichstags 9, Leg 2., 322. Zitiert nach: Pulzer, Peter G. J.: Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867 bis 1914, Göttingen 2004, S. 102

³²⁶ Deutsch-Soziale Blätter, Nr. 53 vom 23.06.1889, S. 10 f. Zitiert nach: Pötzsch, Hansjörg: Antisemitismus in der Region – Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870 – 1914, Wiesbaden 2000, S. 121 f.

³²⁷ Ebenda

³²⁸ Waldegg, Egon (Pseudonym von Alexander Pinkert): Die Judenfrage gegenüber dem deutschen Handel und Gewerbe. Ein Manifest an die deutsche Nation, 2. Auflage Dresden 1879, S. 40 ff. Zitiert nach: Pötzsch, Hansjörg: Antisemitismus in der Region

– Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914, Wiesbaden 2000, S. 77

³²⁹ Waldegg, Egon (Pseudonym von Alexander Pinkert): Die Judenfrage gegenüber dem deutschen Handel und Gewerbe. Ein Manifest an die deutsche Nation, 2. Auflage Dresden 1879, S. 42. Zitiert nach: Pötzsch, Hansjörg: Antisemitismus in der Region – Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914, Wiesbaden 2000, S. 77

³³⁰ Siehe Manifest an die Regierungen und Völker, 1882, S. 1 f., Bundesarchiv Koblenz, Allgemeine Sammlung zur politischen Geschichte seit der Gründung des Norddeutschen Bundes. Zitiert nach: Pötzsch, Hansjörg: Antisemitismus in der Region – Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914, Wiesbaden 2000, S. 79

³³¹ Ebenda

³³² Siehe Pötzsch, Hansjörg: Antisemitismus in der Region – Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914, Wiesbaden 2000, S. 135

³³³ Böckel, Otto: Juden, die Könige unserer Zeit, Rede gehalten in der öffentlichen Versammlung des Deutschen Antisemiten-Bundes auf der Bockbrauerei zu Berlin am 4. Oktober 1886, Marburg 1887

³³⁴ Benz, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Band 6 Publikationen, Berlin 2013 S. 317

³³⁵ Bericht des Ersten Staatsanwalts am Großherzoglichen Landgericht der Provinz Starkenburg an den Oberstaatsanwalt am Großherzoglichen Oberlandesgericht Darmstadt vom 6.12.1890. Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, Ministerium der Justiz A: 1831/1. Zitiert nach: Pötzsch, Hansjörg: Antisemitismus in der Region – Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914, Wiesbaden 2000, S. 280

³³⁶ „Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“, Nr. 7 vom 6.12.1891, S. 2 f. Zitiert nach: Pötzsch, Hansjörg: Antisemitismus in der Region – Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914, Wiesbaden 2000, S. 136

³³⁷ Wilhelm Buchheim beschrieb die Atmosphäre in seinen „Kindheitserinnerungen aus den 1890er Jahren“: „In meinem Heimatdorf Rosenthal und in den benachbarten Dörfern und Kleinstädten verbreitete Böckel unter den Bauern antisemitische Propaganda, um den Judenhass zu schüren und den Boykott der Juden zu erreichen. Damit hatte er tatsächlich in vielen Fällen Erfolg. Aber es muss gesagt werden, dass es unter den Bauern weniger Antisemiten gab als unter den sogenannten Gebildeten, wie z. B. den Lehrern oder den Universitätsstudenten in Marburg. Als ich sechs Jahre alt war, sagte mein Lehrer zu mir in der Schule: ‚Ein Jude kann nie der Beste sein in einer deutschen Schule.‘ Ein halbes Jahr nach Schulanfang wurden wir entsprechend unseren Zensuren gesetzt, und ich kam auf den zweiten Platz, obgleich ich die besten Noten hatte. ‚Kein Jude darf die Trommel oder ein anderes Instrument in einer deutschen

Kapelle spielen' entschied derselbe Lehrer, als ich bat, die Trommel schlagen zu dürfen, während meine Klasse durch Rosenthal zum Spielplatz marschierte. Ein anderer Lehrer erzählte unserer Klasse mit Vorliebe Lügengeschichten über jüdische Bräuche und Sitten [...] Auf dem Kirschenmarkt in Rosenthal, dem jährlich gehaltenen Jahrmarkt, spielte sich im Juni gegen Mitte der 90er Jahre eine Tragikomödie ab. Der Jahrmarkt zog mit Tanz, Unterhaltung und Vergnügungen aller Art eine Menge Bauern an, die mit ihren Familien aus den benachbarten Dörfern und Kleinstädten kamen. Für Böckel und seine antisemitische Propaganda konnte sich kaum eine bessere Gelegenheit bieten. Und tatsächlich kam er aus Marburg mit einer beträchtlichen Anzahl von Studenten herbei. Die Studenten griffen meinen Vater und seine beiden Brüder Isaak aus Gilsa und Hirsch auf Wohra tätlich an. Doch diese jungen Leute waren keine Gegner für die drei Buchheims, die nach Otto Böckel suchten, dem wahren Schuldigen und Anstifter der Studenten. Sie fanden ihn in seinem Zimmer in Rückerts Gästehaus, doch die Tür war verschlossen. Da brachen sie die Tür auf und prügelten ihn gründlich durch. Die Angelegenheit kam daraufhin vor das Amtsgericht in Rosenthal“ (Zitiert nach: Richarz, Monika (Hrsg.): Jüdisches Leben in Deutschland, Band 2, Stuttgart 1979, S. 166 f.),

³³⁸ „Grundsätze und Forderungen“, in: Antisemitische Correspondenz, 23.6.1889, zitiert in: Fricke, Dieter (Hrsg.): Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessensorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945. Band I, Leipzig 1968, S. 37 f.

³³⁹ Programm der Deutsch-Sozialen Reformpartei von 1895, Leitsätze. Abgedruckt in: Specht, F. /Schwabe, P.: Die Reichstags-Wahlen von 1876 bis 1907. Eine Statistik der Reichstags-Wahlen nebst den Programmen der Parteien und einem Verzeichnisse der gewählten Abgeordneten, 2. durch einen Nachtrag ergänzte Auflage, Berlin 1908, S. 417. Zitiert nach: Pötzsch, Hansjörg: Antisemitismus in der Region – Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914, Wiesbaden 2000, S. 124 f.

³⁴⁰ Siehe Pulzer, Peter G. J.: Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867 bis 1914, Göttingen 2004, S. 152

³⁴¹ Siehe Berding, Helmut: Moderner Antisemitismus in Deutschland, Stuttgart 1988, S. 107, in: Jürgens, Peer: Antisemitismus: Sozialismus des dummen Kerls? Sozialdemokratie und Antisemitismus im deutschen Kaiserreich, Hamburg 2013, S. 18

³⁴² Siehe Fricke, Dieter (Hrsg.): Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessensorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945. Band I, Leipzig 1968, S. 36. Leuschen-Sepel, Rosemarie: Sozialdemokratie und Antisemitismus im Kaiserreich – Die Auseinandersetzungen der Partei mit den konservativen und völkischen Strömungen des Antisemitismus 1871–1914, Bonn 1978, S.127

³⁴³ Paragraph 1 des Tivoli-Programms in: Salomon, Felix: Die deutschen Parteiprogramme, Berlin 1907, Bd. 2. S. 71 f. Zitiert nach: Pulzer, Peter G. J.: Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867 bis 1914, Göttingen 2004, S. 158. Goldhagen, Daniel: Hitlers willige Vollstrecker, Berlin 1996, S. 101

³⁴⁴ Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 50/1892, S. 1

³⁴⁵ Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 9/1895, S. 97

³⁴⁶ Der Judenfeind Theodor Fritsch offenbarte 1912 rückblickend seine Vorbehalte gegen die Gründung spezieller judenfeindlicher Parteien, die er schon beim Kasseler Antisemiten-Kongress 1886 zur Sprache gebracht habe: „Sobald wir als politische Partei auf den Plan treten, haben wir nicht mehr allein die Juden zu Gegnern, sondern zugleich alle anderen politischen Parteien – naturgemäß, denn sie werden in uns einen Rivalen erblicken, der ihnen die Mandate streitig machen will; und sie werden sich deshalb feindlich gegen uns wenden. Da wir z. Z. nur ein kleines Häuflein sind und weder Geldmittel noch Wählermassen hinter uns haben, so werden wir einen schweren Stand bekommen. [...] Meines Erachtens ist der Antisemitismus ein Stück Welt-Anschauung, die Jeder sich zu eigen machen kann, gleichviel welcher Partei er angehört. [...] Der Antisemitismus will die verderblichen Einflüsse des Hebräertums bekämpfen, und das geht Jedermann im Staate an. [...] Darum muss Jeder, unbeschadet seiner Parteirichtung, Antisemit werden können – auch der Zentrumsman, der Freisinnige und der Sozial-Demokrat. Unser Ziel muss es sein, alle Parteien mit dem antisemitischen Gedanken zu durchsetzen; und diese Aufgabe werden wir uns erschweren, wenn wir als politische Gruppe allen Parteien den Fehde- Handschuh hinwerfen“ (Fritsch, Theodor: Antisemitismus. in: Der Hammer 11/1912, S. 153 f. Zitiert nach: Plötzsch, Hansjörg: Antisemitismus in der Region – Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870 – 1914, Wiesbaden 2000, S. 83 f.).

³⁴⁷ Vgl. die Regeln für Bauernvereine aus dem „Reichsherold“ Nr. 154 vom 20.11.1888. in: Pötzsch, Hansjörg: Antisemitismus in der Region – Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914, Wiesbaden 2000, S. 200

³⁴⁸ § 2 der Statuten des Mitteldeutschen Bauernverbandes vom September 1890, Hessisches Staatsarchiv Marburg, Preußische Regierung Kassel 165: 4642. Zitiert in: Pötzsch, Hansjörg: Antisemitismus in der Region – Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914, Wiesbaden 2000, S. 206

³⁴⁹ Deutsche Wacht, Nr. 26 vom 26.6.1892. In: Pötzsch, Hansjörg: Antisemitismus in der Region – Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914, Wiesbaden 2000, S. 207

³⁵⁰ Kleines Wahl-ABC des Bundes der Landwirte, Berlin 1898, S. 33. Zitiert nach: Pulzer, Peter G. J.: Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867 bis 1914, Göttingen 2004, S. 216

³⁵¹ Der DHV hatte 1893 zunächst nur 23 Mitglieder. Ab 1895 entwickelte er sich dann aber zu einer der mitgliederstärksten Organisation der Angestellten. 1898 waren es bereits 18.277 und 1914 schon 160.513 Mitglieder. (Siehe Pötzsch, Hansjörg: Antisemitismus in der Region – Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914, Wiesbaden 2000, S. 227. Jochmann, Werner: Struktur und Funktion des deutschen Antisemitismus 1878–1914, in: Strauß, Herbert A. / Kampe, Norbert (Hrsg.): Antisemitismus, Frankfurt/New York 1988, S.122 f.)

³⁵² Schack, Wilhelm: Wie und was wir geworden sind 1893–1903. Festschrift zum 2. September 1903. Schriften des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, Band 16, Hamburg 1903, S. 22. Zitiert nach: Pulzer, Peter G. J.: Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867 bis 1914, Göttingen 2004, S. 238

³⁵³ Goldhagen, Daniel: Hitlers willige Vollstrecker, Berlin 1996, S. 98

³⁵⁴ § 2 der Satzung des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbands vom 7. September 1893. Zitiert nach: Pötzsch, Hansjörg: Antisemitismus in der Region – Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914, Wiesbaden 2000, S. 230

³⁵⁵ Siehe Jochmann, Werner: Struktur und Funktion des deutschen Antisemitismus 1878–1914, in: Strauß, Herbert A. / Kampe, Norbert (Hrsg.): Antisemitismus, Frankfurt/New York 1988, S. 113–116

³⁵⁶ Die zurzeit geltenden Beschlüsse des Kyffhäuser-Verbandes der Vereine Deutscher Studenten – Zusammengestellt von einem Vorort München – Abgeschlossen nach der Tagung 1910, Berlin 1911, S. 3 und S. 10. Zitiert nach: Pötzsch, Hansjörg: Antisemitismus in der Region – Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914, Wiesbaden 2000, S. 261

³⁵⁷ Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus, Nr. 11, 14. März 1901, S. 87

³⁵⁸ Deutsch-Soziale Blätter, Nr. 164 vom 4.10.1891, S. 474: Zitiert nach: Pötzsch, Hansjörg: Antisemitismus in der Region – Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914, Wiesbaden 2000, S. 239

³⁵⁹ Verein zur Abwehr des Antisemitismus (Hrsg.): Antisemiten-Spiegel, Danzig 1892, S. 293 f.

³⁶⁰ Fasel, Peter: Theodor Fritsch: Ein Vordenker der Judenhasser. Die Zeit 7.11.2013, Nr. 46/2013

³⁶¹ Fritsch, Theodor: Flugblatt Nr. 22. In: Noack, Hannelore: Unbelehrbar? Antijüdische Agitation mit entstellten Talmudzitate, Paderborn 2001, S. 237. Die Autorin gibt in der Fußnote 679 an, dass dieses Flugblatt vermutlich zwischen 1890 und 1895 erschien.

³⁶² Laut eigenen Angaben zählten die Deutsch-Sozialen Blätter 1894 rund 6.500 Abonnenten. Siehe Fritsch, Theodor, Antisemitismus, in: Der Hammer 11/1912, S. 155. In: Pötzsch, Hansjörg: Antisemitismus in der Region – Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914, Wiesbaden 2000, S. 135

³⁶³ Deutsch-Soziale Blätter, Nr. 1 vom Oktober 1885, S. 1. Zitiert nach: Pötzsch, Hansjörg: Antisemitismus in der Region – Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914, Wiesbaden 2000, S. 81

³⁶⁴ Fritsch, Theodor: Zur Abwehr und Aufklärung!, in: Deutsch-Soziale Blätter, Nr. 104 vom 10.8.1890, S. 284. Zitiert nach: Pötzsch, Hansjörg: Antisemitismus in der Region – Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914, Wiesbaden 2000, S. 81

³⁶⁵ Deutsch-Soziale Blätter, Nr. 3 vom Januar 1886, S. 2. Zitiert nach: Pötzsch, Hansjörg: Antisemitismus in der Region – Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914, Wiesbaden 2000, S. 131

³⁶⁶ Laut Hannelore Noack soll Fritsch zunächst unter dem Pseudonym Thomas Frey publiziert haben (Siehe Noack, Hannelore: Unbelehrbar? Antijüdische Agitation mit entstellten Talmudzitaten, Paderborn 2001, S. 321). Die weiteren Auflagen des „Antisemiten-Katechismus“ wurden ständig erweitert. Hatte die erste Auflage noch rund 280 Seiten, so hatte die 49. Auflage von 1944 den doppelten Umfang mit 604 Seiten (Ebenda, S. 327) 1888 erschien die 5. Auflage, 1891 die 14. Auflage, 1893 die 25. Auflage. (Ebenda, S. 324) Ab der 27. Auflage (1907) trug das Machwerk dann den Titel „Handbuch der Judenfrage“ und erreichte bis 1944 49 Auflagen mit insgesamt 330.000 Exemplaren. (Ebenda, S. 321)

³⁶⁷ Deutsch-Soziale Blätter, Nr. 20 vom Dezember 1887, S. 4 f. Zitiert nach: Pötzsch, Hansjörg: Antisemitismus in der Region – Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914, Wiesbaden 2000, S. 134

³⁶⁸ Siehe Frankfurter Zeitung, Nr. 156 vom 4.6.1892, Morgenblatt, Spalte „Vermischtes“. In: Noack, Hannelore: Unbelehrbar? Antijüdische Agitation mit entstellten Talmudzitaten, Paderborn 2001, S. 318

³⁶⁹ Fuld, Ludwig: Antisemitismus in der Wissenschaft, in: Im deutschen Reich, Heft 8, 1899, S. 404 f.

³⁷⁰ Ebenda

³⁷¹ Darwin hatte den Begriff „survival of the fittest“ von Herbert Spencer übernommen, der den Begriff in seinen „Principles of Biology“ von 1864 verwendet hatte. Darwin übernahm den Ausdruck in der fünften englischsprachigen Auflage seines Werks „Die Entstehung der Arten“, die 1869 erschien. Im Deutschen wird der Begriff häufig ungenau mit „Überleben des Stärkeren“ oder sogar „Recht des Stärkeren“ übersetzt. Dabei verstand Darwin unter „fitness“ gerade auch die bessere Anpassung an die jeweiligen Lebensbedingungen eines Individuums als Überlebentechnik einer Art.

³⁷² Dabei darf auch nicht überraschen, dass etwa ein Judenfeind wie Lagarde den „Rasesebegriff“ als „grobe Materialismus, wissenschaftlich bedeutungslos“ betrachtete. Siehe Volkov, Shulamit: Kontinuität und Diskontinuität im deutschen Antisemitismus 1878–1945, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jahrgang 33 (1985), Heft 2, S. 229

³⁷³ Fuld, Ludwig: Antisemitismus in der Wissenschaft, in: Im deutschen Reich, Heft 8 1899, S. 405

- ³⁷⁴ Dies bestätigt auch Alex Bein: Die Judenfrage, Stuttgart 1980, Band 2, S. 180
- ³⁷⁵ Wagner, Richard: Das Judentum in der Musik, 1850, Nachdruck Bremen 1998, S. 30
- ³⁷⁶ Ebenda, S. 13
- ³⁷⁷ Ebenda, S. 19
- ³⁷⁸ Ebenda, S. 17
- ³⁷⁹ Ebenda, S. 14
- ³⁸⁰ So schreibt Lagarde: „Gewiss ist die Judenfrage eine Rassenfrage, aber kein ideal gesinnter Mensch wird je leugnen, dass der Geist auch die Rasse überwinden kann.“ (Lagarde, Paul de: Ausgewählte Schriften, 2. Vermehrte Auflage, München 1934, S. 223)
- ³⁸¹ Lagarde, Paul de: Juden und Indogermanen, in: Mitteilungen, Göttingen 1887, S. 343
- ³⁸² Ebenda, S. 331
- ³⁸³ Lagarde, Paul de: Die graue Internationale, 1881, Schriften Bd. 1, S. 109
- ³⁸⁴ Siehe Weiss, John: Der lange Weg zum Holocaust. Die Geschichte der Judenfeindschaft in Deutschland und Österreich, Berlin 1988, S. 198
- ³⁸⁵ Lagarde, Paul de: Juden und Indogermanen, in: Mitteilungen, Göttingen 1887, S. 339.
- ³⁸⁶ Siehe Chamberlain, Houston Stewart: Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts, München 1912, S. 573. Alfred Rosenberg nannte Paul de Lagarde auf dem NSDAP-Parteitag 1934 in einer an Hitler gerichteten Rede einen Vordenker der Theorien Hitlers in einer Reihe mit Wagner und Chamberlain (Stern, Fritz: Kulturpessimismus als politische Gefahr, Bern/Stuttgart/Wien 1963, S. 111)
- ³⁸⁷ Treitschke war nicht nur Judenhasser, sondern auch ein ausgesprochener Frauenfeind. Er machte Stimmung gegen die Zulassung von Frauen an Universitäten: „Es ist eine schändliche moralische Schwäche so vieler wackerer Männer, dass sie angesichts der Schreierei der Zeitungen davon reden, unsere Universitäten der Invasion der Weiber preiszugeben und dadurch ihren ganzen Charakter zu verfälschen.“ (Zitiert nach: Mehring, Franz: Treitschkes Vorlesungen, 1. Februar 1899, Die Neue Zeit, 17. Jg. 1898/99, Erster Band, S. 610)
- ³⁸⁸ Siehe Jensen, Uffa: Getrennt streiten – getrennt leben? Der doppelte Streit um Heinrich von Treitschkes Antisemitismus unter gebildeten Bürgern (1879–1881), in: Werkstatt Geschichte 38, Essen 2004, S. 9
- ³⁸⁹ Burckhardt, Jacob: Briefe, Band 5, Basel/Stuttgart, 1963, S. 184. Zitiert nach: Holz, Klaus: Nationaler Antisemitismus, Hamburg 2001, S. 172

³⁹⁰ Brief Heinrich von Treitschkes an Hermann vom 25.8.1879, zitiert nach: Krieger, Karsten (Hrsg.): Der „Berliner Antisemitismusstreit“ 1879–1881. Kommentierte Quellenedition. Im Auftrag des Zentrums für Antisemitismusforschung bearbeitet von Karsten Krieger, Teil 1, München 2003, S. 4

³⁹¹ Brief von Heinrich Treitschke an Georg Reimer vom 17.11.1879, zitiert nach: Jensen, Uffa: Gebildete Doppelgänger. Bürgerliche Juden und Protestanten im 19. Jahrhundert, Göttingen 2005, S. 211

³⁹² Sofern nicht anders angegeben, beziehen sich alle angegebenen Seitenzahlen auf: Krieger, Karsten (Hrsg.): Der „Berliner Antisemitismusstreit“ 1879–1881. Kommentierte Quellenedition. Im Auftrag des Zentrums für Antisemitismusforschung bearbeitet von Karsten Krieger, Teil 1, München 2003

³⁹³ Unterstützung erhielt Treitschke durch Einzelzuschriften und Leserbriefe, positive Rezensionen in der „Germania“, der Kreuzzeitung“ usw. sowie auch durch weitere Publikationen, u. a. von Wilhelm Endner. Dieser „popularisiert“ in einer Hetzschrift mit dem Titel „Zur Judenfrage. Offene Antwort auf das offene Sendschreiben des Herrn Dr. Harry Breslau an Herrn von Treitschke“ am 17.1.1880 die judenfeindlichen Thesen Treitschkes, vor allem die Behauptung, dass Juden in Deutschland „Fremde“ seien. Siehe Krieger, Karsten (Hrsg.): Der „Berliner Antisemitismusstreit“ 1879–1881. Kommentierte Quellenedition. Im Auftrag des Zentrums für Antisemitismusforschung bearbeitet von Karsten Krieger, Teil 1, München 2003, S. 310 ff. Unter dem Sammel-Pseudonym Dr. Heinrich Naudh veröffentlichten die drei reaktionären Publizisten Johannes Nordmann, Lothar Bucher und Wagener „Professoren über Israel. Von Treitschke und Breslau“. Dies war die krasseste und widerlichste judenfeindliche Schrift in dem Zusammenhang, in: Krieger, Karsten (Hrsg.): Der „Berliner Antisemitismusstreit“ 1879–1881. Kommentierte Quellenedition. Im Auftrag des Zentrums für Antisemitismusforschung bearbeitet von Karsten Krieger, Teil 1, München 2003, S. 368 ff.

³⁹⁴ Die beiden nichtjüdischen Gegner Treitschkes, die vor Mommsen das Wort ergriffen, waren der Frankfurter Gymnasialprofessor Karl Fischer, der 1880 die Flugschrift „Heinrich von Treitschke und sein Wort über unser Judentum“ herausgab, und der zum Protestantismus konvertierte Theologe Paulus Stephanus Cassel mit seiner Schrift „Wider Heinrich von Treitschke. Für die Juden“ vom Dezember 1879, die im Januar 1880 als Broschüre veröffentlicht wurde (Siehe Krieger, Karsten (Hrsg.): Der „Berliner Antisemitismusstreit“ 1879–1881. Kommentierte Quellenedition. Im Auftrag des Zentrums für Antisemitismusforschung bearbeitet von Karsten Krieger, Teil 1, München 2003, S. 170 ff.)

³⁹⁵ Allg. Zeit. des Judentums Nr. 52 vom 23. Dezember 1879, zitiert nach: Wyrwa, Ulrich: Einspruch und Abwehr. Die Reaktion des europäischen Judentums auf die Entstehung des Antisemitismus (1879–1914), Frankfurt 2010, S. 30

³⁹⁶ Im Folgenden zitiert nach: Heinrich von Treitschke, Herr Graetz und sein Judentum, Preußische Jahrbücher 44 (1879), H. 6, S. 600 f., in: Krieger, Karsten (Hrsg.): Der „Berliner Antisemitismusstreit“ 1879–1881. Kommentierte Quellenedition. Im Auftrag des Zentrums für Antisemitismusforschung bearbeitet von Karsten Krieger, Teil 1, München 2003, S. 114 ff.

³⁹⁷ Bebel, August: Aus meinem Leben, Band II., Berlin 1964, S. 317 f.

³⁹⁸ Mehring, Franz: Gesammelte Schriften, Band 3, Berlin 1979, S. 514 f.

³⁹⁹ Dühring, Eugen: Die Judenfrage als Racen-, Sitten- und Culturfrage, Karlsruhe und Leipzig 1881, S. 158

⁴⁰⁰ Ebenda S. 114

⁴⁰¹ Ebenda S. 118

⁴⁰² Zu bemerken ist, dass Fritsch eine Reihe von judenfeindlichen Äußerungen Dührings zusammengetragen hat, welche die eliminatorische „Lösung“ der „Judenfrage“ indirekt enthalten bzw. nahelegen. Aus den zahlreichen Veröffentlichungen zwischen 1933 und 1945 in Nazideutschland über Dühring sollen hier einige nur angeführt werden:

– Greulich, Maximilian (Hrsg.): Fundamentale Weisheiten und Wahrheiten Eugen Dührings, Stuttgart 1933

– Holleck-Weithmann, Karl: Eugen Dühring und die nordische Weltanschauung. Zum 100. Geburtstag Dührings am 12. Januar 1933, Schriften des Dühringbundes Nr. 1, Hanau/Main 1933

– Müller, Josef.: Die Entwicklung des Rasseantisemitismus in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, Berlin 1940 (Dissertation)

– Voelske, Arnold: Die Entwicklung des „rassischen Antisemitismus“ zum Mittelpunkt der Weltanschauung Eugen Dührings (Dissertation), Hamburg 1936

⁴⁰³ Dühring, Eugen: Der Wert des Lebens, 5. Aufl., Leipzig 1894, S. 9, zitiert nach: Silberner, Edmund: Sozialisten zur Judenfrage, Berlin 1962, S. 152

⁴⁰⁴ Siegbert Kahn kritisiert Dühring in seiner 1948 erschienenen Schrift „Antisemitismus und Rassenhetze – eine Übersicht über ihre Entwicklung in Deutschland“, Berlin 1948, S. 47–52.

Eine unvollständige Liste Dührings weiterer judenfeindlicher Schriften:

– Der Wert des Lebens – eine philosophische Betrachtung, 5. verbesserte Auflage, Leipzig 1894. Silberner zitiert aus dieser 5. Auflage der Schrift eine extrem antisemitische Stelle, wonach die Juden ausgerottet werden sollten. Diese Stellen waren in der 1. Auflage, Breslau 1865, noch nicht vorhanden (weitere Auflagen bis 1922).

– Die Überschätzung Lessings und dessen Anwaltschaft für die Juden, 1. Auflage Karlsruhe und Leipzig 1881

– Die Judenfrage als Racen-, Sitten- und Culturfrage, Karlsruhe und Leipzig 1881

– Die Parteien in der Judenfrage, Chemnitz 1882

– Der Ersatz der Religion – und Vollkommeneres und die Ausscheidung alles Judentums durch den modernen Völkergeist, Karlsruhe und Leipzig 1883 (letzte Auflage Leipzig 1928)

– Der Antisemitismus und die ethische Bewegung, Berlin 1893, S. 26

⁴⁰⁵ Im Folgenden wird zitiert nach: Langbehn, Julius: Rembrandt als Erzieher, Leipzig 1890.

- ⁴⁰⁶ Böhme, Gernot: Rembrandt – der wahre Deutsche, Neue Züricher Zeitung, 15.7.2006
- ⁴⁰⁷ Langbehn, Julius: Der Rembrandtdeutsche. Von einem Wahrheitsfreund, Dresden 1892, S. 348
- ⁴⁰⁸ Theodor Fritsch zitiert in seinem „Handbuch zur Judenfrage“ an einer Stelle Langbehn, der den „jüdischen Charakter“ aufgrund der „jüdischen Rasse“ als unveränderlich erklärt und der „jüdischen Rasse“ die „Deutschen“ als Rasse entgegenstellt. (Fritsch, Theodor, Handbuch der Judenfrage, Berlin 1944, S. 316)
- ⁴⁰⁹ Pulzer, Peter G. J.: Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867 bis 1914, Göttingen 2004, S. 153
- ⁴¹⁰ Ahlwardt, Hermann: Der Verzweiflungskampf der arischen Völker mit dem Judentum, Berlin 1890. Die folgenden Seitenzahlenangaben im Text beziehen sich auf dieses Buch.
- ⁴¹¹ Ahlwardt, Hermann: Judenflinten (Broschüre), Dresden 1892, S. 35
- ⁴¹² Falk, Kurt: Antisemitismus und Sozialdemokratie, Elberfeld 1892, S. 6
- ⁴¹³ Ahlwardt, Hermann: Judenflinten (Broschüre), Dresden 1892, S. 3
- ⁴¹⁴ Ebenda
- ⁴¹⁵ Ahlwardt, Hermann: Judenflinten (Broschüre), Dresden 1892, S. 35
- ⁴¹⁶ Siehe Fricke, Dieter (Hrsg.): Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessensorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945. Band I, Leipzig 1968, S. 39
- ⁴¹⁷ Mehring, Franz: Berliner Geschichten, in: Die Neue Zeit, 10. Jahrgang (1891/92), Band 2, S. 228
- ⁴¹⁸ Die Allg. Zeit. des Judentums Nr. 39/1892, Beilage Der Gemeindebote, S. 2, berichtete am 29. November, dass sich der Wahlkreis Friedeberg-Answalde „mit unauslöschlicher Schmach“ bedeckt habe, da bei der Nachwahl zum Reichstag am 14. März der Antisemit Ahlwardt fast so viele Stimmen bekommen habe wie alle anderen Kandidaten zusammengenommen.
- ⁴¹⁹ Laut Hannelore Noack soll Fritsch zunächst unter dem Pseudonym Thomas Frey publiziert haben. Siehe Noack, Hannelore: Unbelehrbar? Antijüdische Agitation mit entstellten Talmudziten, Paderborn 2001, S. 321
- ⁴²⁰ Deutsch-Soziale Blätter, Nr. 19 vom November 1887, S. 2 f., zitiert nach: Pötzsch, Hansjörg: Antisemitismus in der Region – Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914, Wiesbaden 2000, S. 134
- ⁴²¹ Engels, Friedrich: Revolution und Konterrevolution in Deutschland, 1852, MEW 8, Berlin 1969, S. 79

⁴²² Zitiert nach: Benz, Wolfgang / Bergmann, Werner (Hrsg.): Vorurteil und Völkermord – Entwicklungslinien des Antisemitismus, Freiburg 1972 S. 144. Hier wird keine Originalquelle angegeben.

⁴²³ Aufruf fortschrittlicher Abgeordneter der Zweiten Badischen Kammer 1848, vom 8. März 1848, zitiert nach: Sterling, Eleonore: Judenhass, Die Anfänge des politischen Antisemitismus in Deutschland 1815 bis 1850, Frankfurt/M. 1969, S. 166

⁴²⁴ Zitiert nach: Greive, Hermann: Geschichte des modernen Antisemitismus in Deutschland, Darmstadt 1983, S. 41

⁴²⁵ Riesser, Gabriel: Rede in der Frankfurter Paulskirche von 1848, zitiert nach: Dubnow, Simon M.: Die neueste Geschichte des jüdischen Volkes (1789–1914), II. Band, Zweite Abteilung. Das Zeitalter der ersten Reaktion (1815–1848), Berlin 1920, S. 314

⁴²⁶ Siehe Greive, Hermann, Geschichte des modernen Antisemitismus in Deutschland, Darmstadt 1983, S. 41

⁴²⁷ Siehe Kollektiv von AutorInnen: Der Kampf gegen Judenfeindschaft von Saul Ascher bis Heinrich Heine, Offenbach 2018, S. 131 f.

⁴²⁸ Heine, Heinrich: Ludwig Marcus. Denkworte, Spätere Note, 1854, in: Historisch-kritische Gesamtausgabe der Werke. Düsseldorf Ausgabe. Band 14.1: Lutezia II. Hamburg 1990, S. 273 f.

⁴²⁹ Heine, Heinrich: Romanzero, in: Historisch-kritische Gesamtausgabe der Werke. Düsseldorf Ausgabe. Band 3.1: Romanzero, Gedichte 1853 und 1854, lyrischer Nachlass. Hamburg 1992, S. 172 ff.

⁴³⁰ Heine, Heinrich: Die Wahl-Esel, in: Historisch-kritische Gesamtausgabe der Werke. Düsseldorf Ausgabe. Band 3.1: Romanzero, Gedichte 1853 und 1854, lyrischer Nachlass. Hamburg 1992, S. 340–342. Entstanden zwischen 1845 und 1855, Erstdruck 1869

⁴³¹ Siehe Der „Berliner Antisemitismusstreit“ 1879–1881. Kommentierte Quellenedition. Im Auftrag des Zentrums für Antisemitismusforschung bearbeitet von Karsten Krieger, München 2003, Teil 2, S. 863

⁴³² „Vorschläge zur Abwehr“, in: Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 5/1894, S. 51 f.

⁴³³ Siehe Der „Berliner Antisemitismusstreit“ 1879–1881. Kommentierte Quellenedition. Im Auftrag des Zentrums für Antisemitismusforschung bearbeitet von Karsten Krieger, München 2003, Teil 2, S. 863

⁴³⁴ „Abwehr“, in Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 2/1893, S. 14 f.

⁴³⁵ Lazarus, Moritz: Unser Standpunkt, zitiert nach: Treu und frei, Gesammelte Reden und Vorträge über Juden und Judentum, Leipzig 1887, S. 11

⁴³⁶ Siehe Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 21/1893, Beilage Der Gemeindebote, S. 1, wo der Gründungsaufwurf des C.V. komplett abgedruckt ist

⁴³⁷ Siehe Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 43/1893, Beilage Der Gemeindebote, S. 1

⁴³⁸ Siehe genauer: Autorenkollektiv, Hetze und Terror gegen Jüdinnen und Juden in Deutschland von 1929 bis Januar 1933 – Zur Analyse des Kampfs gegen Judenfeindschaft. Eine Analyse im Spiegel der C.V.-Zeitung, Organ des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Offenbach 2017

⁴³⁹ Edmund Lichtenstein war ein in Posen geborener Publizist und Buchhändler, der in den 1890ern nach Berlin umsiedelte.

⁴⁴⁰ Siehe Mund, Ed.: Ahlwardt im Kampf mit dem Gesetz; Vortrag gehalten in einer Versammlung der „Vereinigung zur Bekämpfung der Racenhetze“, 5. August 1892, Berliner Fanfaren, Nr. 4, 1892, Berlin 1892

⁴⁴¹ Krah, Franziska: Ein Ungeheuer, das wenigstens theoretisch besiegt sein muß. Pioniere der Antisemitismusforschung in Deutschland, Bad Langensalza 2016, S. 11

⁴⁴² Fuld, Ludwig: Antisemitismus in der Wissenschaft, in: Im deutschen Reich, Heft 8 1899, S. 406

⁴⁴³ Siehe Jensen, Uffa: Gebildete Doppelgänger. Bürgerliche Juden und Protestanten im 19. Jahrhundert, Göttingen 2005, S. 164

⁴⁴⁴ Sofern nicht anders angegeben beziehen sich alle Seitenangaben in diesem ganzen Abschnitt „Gegen die jüdenfeindliche Hetze von Treitschke“ auf: Der „Berliner Antisemitismusstreit“ 1879–1881. Kommentierte Quellenedition. Im Auftrag des Zentrums für Antisemitismusforschung bearbeitet von Karsten Krieger, Teil 1, München 2003

⁴⁴⁵ Jensen, Uffa: Gebildete Doppelgänger. Bürgerliche Juden und Protestanten im 19. Jahrhundert, Göttingen 2005, S. 249

⁴⁴⁶ Lazarus, Moritz: Was heißt national? Ein Vortrag, Berlin 1880, zitiert nach: Krieger, Karsten (Hrsg.): Der „Berliner Antisemitismusstreit“ 1879–1881. Kommentierte Quellenedition, Teil 1, München 2003, S. 60

⁴⁴⁷ Neumann, Salomon: Die Fabel von der jüdischen Masseneinwanderung, in: Krieger, Karsten (Hrsg.): Der „Berliner Antisemitismusstreit“ 1879–1881. Kommentierte Quellenedition, Teil 2, München 2003, S. 486–532

⁴⁴⁸ Verein zur Abwehr des Antisemitismus: Antisemiten-Spiegel, Danzig 1892, S. 84 ff. Eine ähnlich argumentierende Artikelserie mit dem Titel „Die Juden und die Kriminalstatistik“ in den „Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ (3. Jahrgang 1893, Nr. 19, 7. April, S. 3 sowie Nr. 20, 14. Mai, S. 1) geht auf die offizielle Kriminalitätsstatistik von 1890 ein. Auch innerhalb der Sozialdemokratie setzte man sich mit den statistischen Erhebungen zur jüdischen Bevölkerung auseinander. Siehe etwa die 2. Auflage der Bebel-Rede 1904 oder Bernstein, Eduard: Das Schlagwort und der Antisemitismus von 1893. Beides wird in Teil 2 dieses Bandes besprochen.

⁴⁴⁹ Verein zur Abwehr des Antisemitismus: Antisemiten-Spiegel, Danzig 1892, S. 85

⁴⁵⁰ Ebenda, S. 84

⁴⁵¹ Leider distanziert sich Joël von Graetz angesichts der Attacken Treitschkes. Graetz habe wissenschaftliche Verdienste, er sei aber durch seine Spezialstudien über das Mittelalter verbittert und habe „uns Juden entschieden nicht aus der Seele gesprochen“. (Manuel Joël, Offener Brief an Herrn Professor Heinrich von Treitschke, Breslau November 1879. Zitiert in: Der „Berliner Antisemitismusstreit“ 1879–1881. Kommentierte Quellenedition. Im Auftrag des Zentrums für Antisemitismusforschung bearbeitet von Karsten Krieger, München 2003, Teil 1, S. 35)

⁴⁵² Graetz hat sich unseres Wissens öffentlich nie zu Karl Marx geäußert. Graetz war mit Marx freundschaftlich verbunden. Marx lernte Graetz im Jahr 1876 in Karlsbad persönlich kennen, wo beide eine Kur machten. Marx hatte Graetz danach einen Brief und drei Bücher geschickt. Dabei handelt es sich um ein Exemplar des 1. Bandes des „Kapital“ mit der Widmung: „Herrn Professor Graetz als Ausdruck der Hochachtung und Freundschaft Karl Marx! London, 23. Januar, 1877“ sowie um ein Exemplar von Marx' Schrift „The Civil War in France“ sowie das Buch von P. S. Lissagary „L'histoire de la Commune de 1871“. Darauf nimmt Graetz in seinem Brief an Marx vom 1. Februar 1877 Bezug: „Hochgeehrter Freund! Und wenn Sie das größte Verbrechen begangen hätten, den letzten König an den Eingeweiden des letzten Priesters aufgehängt zu haben, würde ich Ihnen Verzeihung angedeihen lassen, so sehr haben mich Ihr Brief, die beigelegten Conterfeis und die mir verehrten Schriften bestochen. Ja, Sie haben mir eine große Freude damit bereitet, welche durch die lange Erwartung einer Nachricht von Ihnen nur noch gesteigert wurde. Die beiden Photographien erinnern mich immer und immer an die so angenehme, wenn auch kurze Zeit unseres Verkehrs in Carlsbad. Haben Sie beide Dank dafür. Ihr Kapital erfordert eingehendes, nachdenkliches Studium, und ich fürchte, dass ich nicht viel davon verstehen werde. Dagegen lese ich die Broschüre the civil war mit viel Vergnügen. Paris all truth, Versailles all lie, wenn und wann [?] Sie das aussprechen, so ist es, als wenn das jüngste Gericht der Weltgeschichte dieses Verdammungsurteil gefällt hätte. [...] Ich weiß nicht, was ich Ihnen von meinen opera omnia als Revanche bieten könnte. Der Inhalt meiner zwölfbändigen Geschichte liegt weit, weit außerhalb Ihres Horizonts. (...) Das Buch des Herrn Lissagaray hat Hand und Fuß, Stil und Gesinnung. [...]“ (Zitiert nach: Michael, Reuven (Hrsg.): Graetz, Heinrich: Tagebuch und Briefe, hrsg. und mit Anmerkungen versehen von Reuven Michael, Tübingen 1977, S. 336 f.)

⁴⁵³ Das Zitat des britischen Ministerpräsidenten ist mehr als problematisch, da von den Juden als „eine höhere Rasse“ ausgegangen wird (S. 101).

⁴⁵⁴ Bei der Einschätzung der aus Polen nach Deutschland eingewanderten Jüdinnen und Juden argumentiert Graetz aber mit dem Grad des Patriotismus: Die aus Polen eingewanderten Juden hätten sich mehr germanisiert und seien ungleich patriotischer als die „Wasserpolen“ in Oberschlesien und andere slawische Stämme in Deutschland (S. 98)

⁴⁵⁵ Heinrich Graetz, Mein letztes Wort an Professor Treitschke, Schlesische Presse, Nr. 907, 28. Dezember 1879. Zitiert nach: Der „Berliner Antisemitismusstreit“ 1879–1881. Kommentierte Quellenedition. Im Auftrag des Zentrums für Antisemitismusforschung bearbeitet von Karsten Krieger, München 2003, Teil 1, S. 186 ff.

⁴⁵⁶ Unverständlich bleibt, dass Graetz insofern zurückweicht, wenn er schreibt: „Die glorreichen Siege, die durch geniale Führung entstandene Einheit und der Aufschwung Deutschlands erfolgten später.“ (S. 190) So rechtfertigt Graetz, dass er eine negative Gesamteinschätzung Deutschlands vor 1870 abgegeben hat, die er nun nach 1870 auch im Vorwort einer englischen Ausgabe seines zwölften Bandes der Geschichte des Judentums geändert habe. Angemerkt werden kann auch, dass Graetz in seiner Schrift „Erwiderung an Herrn von Treitschke“ mit einem allzu großen Optimismus davon ausging, dass die Bewegung gegen die Juden „keineswegs tief und groß“ (S. 97) sei.

⁴⁵⁷ Im Folgenden zitiert nach: Harry Breßlau, Zur Judenfrage. Sendschreiben an Herrn Professor Dr. Heinrich von Treitschke, Januar 1880. In : Der „Berliner Antisemitismusstreit“ 1879–1881. Kommentierte Quellenedition. Im Auftrag des Zentrums für Antisemitismusforschung bearbeitet von Karsten Krieger, München 2003, Teil 1, S. 195 f.

⁴⁵⁸ Sicherlich ebenso falsch wie bei Graetz war die Einschätzung der damaligen jüdenfeindlichen Bewegung, „dass diese ganze Bewegung an ihrer eigenen Übertreibung und Maßlosigkeit in kurzer Zeit zugrunde gehen werde, dass sie einen großen und dauernden Schaden nicht anzurichten vermöge“ (S. 195). Bezogen auf das Schicksal der ausdrücklich sich antisemitisch nennenden Parteien jedoch, das soll hinzugefügt werden, kann diese Einschätzung als durchaus berechtigt angesehen werden.

⁴⁵⁹ Harry Breßlau, Nachwort zur zweiten Auflage. Zitiert nach : Der „Berliner Antisemitismusstreit“ 1879–1881. Kommentierte Quellenedition. Im Auftrag des Zentrums für Antisemitismusforschung bearbeitet von Karsten Krieger, München 2003, Teil 1, S. 361 f.

⁴⁶⁰ Ludwig Bamberger, Deutschtum und Judentum, 1880, Separatabdruck aus: Unsere Zeit. Deutsche Revue der Gegenwart, Berlin 1880. Zitiert nach: Der „Berliner Antisemitismusstreit“ 1879–1881. Kommentierte Quellenedition. Im Auftrag des Zentrums für Antisemitismusforschung bearbeitet von Karsten Krieger, München 2003, Teil 1, S. 217 f.

⁴⁶¹ Unschön ist, dass in diesem Zusammenhang Graetz namentlich genannt wird und Bamberger sich deutlich von ihm distanziert, ja ihn als „Stoecker der Synagoge“ (ebenda, S. 220) bezeichnet.

⁴⁶² Treffend heißt es: „Ist aber dieses Unglück eine so offenkundige Tatsache und sind die Juden schuld am Defizit, an der Kartoffelmissernte, an der überschlesischen Not, am Sozialismus, an den Attentaten, an der Gefahr eines russischen Krieges, an der wachsenden Militärlast, sogar am unbeendbaren Kulturkampf und wer weiß an was allem sonst noch; haben sie wieder einmal alle Brunnen vergiftet, aus welchen die sämtlichen Pestilenzen sich herleiten, so muss auch entsprechend die letzte Frage beantwortet werden, nämlich: was hat gegen dieses Universalunglück zu geschehen?“ (S. 239) Klar wird durch diese rhetorische Frage, dass Treitschke indirekt zur Judenverfolgung aufhetzt, auch wenn er sich selbst zu fein dafür ist, dies direkt auszusprechen.

⁴⁶³ Im Folgenden zitiert nach: Riesser, Gabriel: Die Rechte der Juden in Preußen (1860), in: Gabriel Riessers Gesammelte Schriften (Hrsg. Asler, M.), Dritter Band, Frankfurt / Leipzig 1867

⁴⁶⁴ Ausgangspunkt der Auseinandersetzung bildete die Dissertationsschrift „Zwei Göttinger Machzorhandschriften“ des Studenten Ludwig Techen von 1884, dessen „Doktorvater“ Lagarde war. Darin äußerte Techen sich abfällig über den jüdischen Gelehrten Leopold Zunz. Kaufmann rezensierte die Dissertation in der „Österreichischen Monatschrift für den Orient“, Nr. 11 (1885) 89, S. 117 f. und zeigte sich überrascht, dass eine so fehlerhafte und seiner Meinung nach unbrauchbare Abhandlung überhaupt an der Göttinger Universität als Dissertation angenommen wurde. Es entwickelte sich ein Schlagabtausch zwischen Techen und Lagarde gegen Kaufmann, der seinerseits unterstützt wurde von dem Nürnberger Rabbiner Bernhard Ziemlich (1850–1907), der im „Jüdischen Literaturblatt“ eine Rezension der Dissertation Techens veröffentlichte, sowie von dem Wiener Oberrabbiner Moritz Güdermann (1835–1918), der sich mit einem Artikel in der „Freien Neuen Presse“ zu Wort meldete. (Siehe dazu: Thulin, Mirjam: Wissenschaft und Vorurteil – Die Kontroverse zwischen David Kaufmann und Paul de Lagarde, in: Hahn, Hans-Joachim / Kistenmacher, Olaf: Beschreibungsversuche der Judenfeindschaft, München 2015, S. 121–148).

⁴⁶⁵ Allgemeinen Zeitung des Judentums, Nr. 51 (1887)

⁴⁶⁶ Im Folgenden zitiert nach: Leopold Auerbach, Wie ist die Judenhetze mit Erfolg zu bekämpfen?, Berlin 1893

⁴⁶⁷ Das Erscheinungsdatum der Broschüre wird auf 1886 datiert, in der „Freien Neuen Presse“ Nr. 7653 vom 2.12.1885 ist jedoch bereits eine positive Besprechung der damals anonym erscheinenden Broschüre zu finden. Siehe Helmut Neubach, Die Ausweisungen von Polen und Juden aus Preußen 1885/86, Wiesbaden 1967, S. 151 f., Fußnote 51. Dieses recht umfangreiche Buch enthält eine Fülle hochinteressanter Informationen (etwa über den von christlichen Päpsten betriebenen Sklavenhandel und vieles andere). Im Rahmen dieser Arbeit konnte leider nur auf einige wenige Aspekte eingegangen werden und es ist zu hoffen, dass das gesamte Buch publiziert und eingeschätzt wird.

⁴⁶⁸ Zitiert nach: Verein zur Abwehr des Antisemitismus (Hrsg.): Antisemiten-Spiegel. Danzig 1892, S. 24 ff.

⁴⁶⁹ Siehe Jensen, Uffa: Gebildete Doppelgänger. Bürgerliche Juden und Protestanten im 19. Jahrhundert, Göttingen 2005, S. 282

⁴⁷⁰ Siehe ebenda, S. 292

⁴⁷¹ Theodor Mommsen, Brief an den Redakteur der Nationalzeitung, Nationalzeitung, Nr. 545, 20.11.1880, zitiert nach: Der „Berliner Antisemitismusstreit“ 1879–1881. Kommentierte Quellenedition. Im Auftrag des Zentrums für Antisemitismusforschung bearbeitet von Karsten Krieger, München 2003, Teil 2, S. 614

⁴⁷² Heinrich von Treitschke, Eine Erwiderung, Post vom 21. November 1880, zitiert nach: Der „Berliner Antisemitismusstreit“ 1879–1881. Kommentierte Quellenedition. Im Auftrag des Zentrums für Antisemitismusforschung bearbeitet von Karsten Krieger, München 2003, Teil 2, S. 617

⁴⁷³ Im Folgenden zitiert nach: Theodor Mommsen: Auch ein Wort über unser Judentum, 10. Dezember 1880, in: Der „Berliner Antisemitismusstreit“ 1879–1881. Kommentierte Quellenedition. Im Auftrag des Zentrums für Antisemitismusforschung bearbeitet von Karsten Krieger, München 2003, Teil 2, S. 695 f.

⁴⁷⁴ Brief von Martin Philippon an Mommsen vom 14.12.1880. Nachlass Mommsen, Kasten 95, Mappe Philippon, zitiert nach: Jensen, Uffa: Getrennt streiten – getrennt leben? Der doppelte Streit um Heinrich von Treitschkes Antisemitismus unter gebildeten Bürgern (1879–1881), Essen 2004, S. 22

⁴⁷⁵ Zitiert nach Karsten Krieger (Hrsg.): Der „Berliner Antisemitismusstreit“ 1879–1881. Eine Kontroverse um die Zugehörigkeit der deutschen Juden zur Nation. Kommentierte Quellenedition. Im Auftrag des Zentrums für Antisemitismusforschung bearbeitet von Karsten Krieger, München 2003, Teil 2, S. 793.

⁴⁷⁶ Im Folgenden zitiert nach: Die Verurteilung der antisemitischen Bewegung durch die Wahlmänner von Berlin am 12.1.1881, Berlin 1881

⁴⁷⁷ Siehe Philippon, Martin: Neueste Geschichte des jüdischen Volkes, Band 2, S. 44

⁴⁷⁸ Siehe Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 44/1891, Beilage Der Gemeindebote, S. 1

⁴⁷⁹ Siehe Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus, 2. Jahrgang, Nr. 50, 11. Dezember 1892, Sammlung S. 406

⁴⁸⁰ Siehe Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 7/1892, Beilage Der Gemeindebote, S. 1

⁴⁸¹ Siehe Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 49/1893, Beilage Der Gemeindebote, S. 1 f.

⁴⁸² Siehe Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 51/1892, Beilage Der Gemeindebote, S. 3

⁴⁸³ Siehe Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 51/1892, Beilage Der Gemeindebote, S. 3

⁴⁸⁴ Eduard Bernstein an Friedrich Engels am 23. Juli 1881. Zitiert nach: Hirsch, Helmut (Hrsg.), „Eduard Bernsteins Briefwechsel mit Friedrich Engels“, Assen 1970, S. 27 f.

⁴⁸⁵ Ebenda

⁴⁸⁶ Als Stoecker bei den Reichstagswahlen 1881 rund 47.000 Stimmen erzielte, schrieb Louis Viereck im November 1881 an Engels über die Stoecker-Wähler: „Ich zweifle nicht, dass ein Großteil der 47.000 Wähler der Antisemiten sich aus den Reihen unserer ehemaligen Wähler rekrutieren.“ (Brief von Louis Viereck an Engels vom 2.11.1881, Marx/Engels Archiv. Zitiert nach: Vernon L. Lidkte, The Outlawed Party. Social Democracy in Germany, 1878–1890, Princeton 1966, S. 163) Diese Einschätzung ist nicht weiter belegt und ist sicher auch übertrieben. Andere Beobachter sind der Meinung, dass Stoecker bei den Arbeiterinnen und Arbeitern nicht punkten konnte, sondern seine Anhängerschaft nun vor allem aus der von Ruin bedrohten Mittelschicht rekrutierte, die „die Juden“ für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten verantwortlich machten. Über die Anhänger Stoeckers schreibt Eduard Bernstein für die Zeitspanne um 1881: „War einem Teil dieser Leute der Sozialdemokratie in jenem Moment jedenfalls das kleinere Übel, so war er einem andern Teil überhaupt kein Übel; gar viele waren zu Stoecker gelaufen, weil sie an seine und seiner Bundesbrüder Brandreden gegen den Kapitalismus ehrlich glaubten. Wie es Antisemiten gab, die, ohne im geringsten sozialistische

Neigungen zu haben, die sozialistischen Schlagworte als notwendige Würze ihrer Judenhetze mit in den Kauf nahmen, so gab es auch eine gute Anzahl stark sozialistisch denkender oder in der Entwicklung zum Sozialismus befindlicher Leute, die ohne den Juden als solchen übel zu wollen, die antisemitische Phrase als unvermeidliches Beiwerk mit in den Kauf nahmen, weil sich in ihren Augen doch die Juden als die Hauptvertreter des Kapitalismus und der Auswüchse des Handels darstellten.“ (Bernstein, Eduard: Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, 2. Teil, Berlin 1907, S. 76 f.)

⁴⁸⁷ Cahan berichtet in seinen Erinnerungen ebenfalls, dass er 1893 auch am 3. Kongress der II. Internationale in Zürich teilnahm. Friedrich Engels war damals in der Schweiz zur Erholung. Insbesondere die Delegierten der deutschen Sozialdemokratie baten Engels eindringlich, an dem Kongress teilzunehmen. Zunächst lehnte Engels seine Teilnahme ab, er wolle, so Cahan, die ganzen Ehrungen seiner Person vermeiden. Schließlich ließ sich Engels doch überreden, am letzten Kongresstag teilzunehmen. Beim abschließenden Abendessen saß Engels zwischen Eleanor Marx und August Bebel. Cahan ging auf Engels zu, um ihn an das vor zwei Jahren zugesagte Vorwort zur jiddischsprachigen Ausgabe des „Manifests“ zu erinnern. Sofort erkannte Engels Cahan und fragte ihn, wie es den jüdischen Arbeiterinnen und Arbeitern in den USA ergehe. Als Cahan Engels nach dem Vorwort fragen wollte, wurde Engels von Bebel in eine Diskussion verwickelt, die Cahan nicht stören wollte, so dass er den Verbleib des Engels-Vorworts nicht klären konnte. (Siehe Stillman, Yankl: Ab. Cahan Meets Friedrich Engels. The Legendary Forverts Editor Encounters Karl Marx's Famed Collaborator, Dezember 2008)

⁴⁸⁸ Engels' Brief wurde in folgenden Zeitungen und Zeitschriften abgedruckt: „Arbeiter-Zeitung“, 9. Mai 1890 (Wien), „Berliner Volksblatt“, Nr. 109, 13. Mai 1890, „Londoner Freie Presse“, 24. Mai 1890, „Die Nord-Wacht“, 25. Mai 1890, „New Yorker Volkszeitung“, 25. Mai 1890, Münchner Wochenschrift „Das Recht auf Arbeit“, Nr. 315, 28. Mai 1890, „Le Socialiste“, 3.7.1892 und 9.4.1899 (Siehe Jacobs, Jack: Friedrich Engels and „the Jewish Question“. Reconsidered MEGA-Studien, Amsterdam 1998/2, S. 11)

⁴⁸⁹ MEW 22, S. 49–51. Engels' Antwort an Ehrenfreund wurde in der „Arbeiter-Zeitung“ abgedruckt, allerdings ohne den Namen des Empfängers zu nennen. Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ erschien von 1889 bis 1893 wöchentlich, 1894 zweimal wöchentlich. Ab 1895 wurde sie zur Tageszeitung. Redakteur war Victor Adler. In den 1890ern veröffentlichte die „Arbeiter-Zeitung“ mehrere Artikel von Engels, aber auch von August Bebel und Eleanor Marx-Aveling.

⁴⁹⁰ Dann heißt es im selben Absatz weiter: „Uns Deutschen, wozu ich auch die Wiener rechne, wünsche ich also recht flotte Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft, keineswegs deren Versumpfen im Stillstand.“ Inwiefern und warum Engels im Jahre 1881, Jahre nach der Herausbildung der österreichischen Nation, die Einwohner Wiens zu den Deutschen rechnet, ist unklar. Die lockere Vereinnahmung der Wiener ist jedoch hier nicht das Thema. Möglicherweise wollte er dadurch die Gemeinsamkeiten (in der ökonomischen Rückständigkeit) in Deutschland und Österreich unterstreichen. Genosse Alfred Klahr (KPÖ) hat sehr deutlich die Entstehung einer eigenständigen österreichi-

schen Nation nachgewiesen. Siehe dazu: Klahr, Alfred: Zur nationalen Frage in Österreich, in: Weg und Ziel. Blätter für Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung, 2. Jg., Nr. 3, März 1937, S. 126–133 sowie Klahr, Alfred: Zur nationalen Frage in Österreich, in: Weg und Ziel, 2. Jg., Nr. 4, April 1937, S. 173–181. Alfred Klahr veröffentlichte diese Artikel unter dem Decknamen „Rudolf“.

⁴⁹¹ Im Folgenden zitiert nach: Liebknecht, Wilhelm: Zur Grund und Bodenfrage, 2. Vervollständigte Auflage, Leipzig 1876

⁴⁹² Rote Fahne, 7. August 1925, zitiert nach: Hermann Duncker, Einführung in den Marxismus, Band 1, Berlin 1958, S. 334 f.

⁴⁹³ Wilhelm Liebknecht, „Aus meiner Schulmeisterzeit“. Zitiert nach: „Die Welt. Zentralorgan der Zionistischen Bewegung“, Jahrgang 4 von 1900, Heft 37 vom 14.9.1900, S. 10

⁴⁹⁴ Wilhelm Liebknecht, „Aus meiner Schulmeisterzeit“. Zitiert nach: „Die Welt. Zentralorgan der Zionistischen Bewegung“, Jahrgang 4 von 1900, Heft 37, vom 14.9.1900, S. 10

⁴⁹⁵ Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus, Nr. 11/1893, S. 108

⁴⁹⁶ Nur unter dem Druck der französischen Öffentlichkeit und auch internationaler Proteste kam Dreyfus nach Jahren schließlich frei und wurde 1906 rehabilitiert. Der französische Schriftsteller Émile Zola hatte im Januar 1898 seinen berühmten Aufruf „J'accuse“ („Ich klage an“) veröffentlicht. Eleanor Marx drückte – kurz vor ihrem Tod 1898 – in Briefen ihre Empörung über die antisemitische Dreyfusaffäre und ihre Begeisterung für das mutige Auftreten von Émile Zola aus. Liebknecht nahm in der Wiener „Fackel“ in drei Artikeln dazu Stellung. Er unterstützte nicht die Protestkampagne gegen die judenfeindliche Kampagne gegen Dreyfus, sondern erklärte: „Ich glaube nicht an die Schuld des französischen Hauptmanns Dreyfus“ („Die Fackel“, Nr. 18/1899, S. 1). Wohlwissend, dass die deutsche Bourgeoisie die sogenannte „Dreyfusaffäre“ für antifranzösische Hetze und deutsche Überheblichkeit benutzte, verstieg er sich zur Verteidigung des reaktionären französischen Staates. Er schreibt: „... dass aus bloßem Judenhasse der Jude Dreyfus auf die Teufelsinsel geschickt worden sei, ist eine Annahme, die jeder Psychologie und allem gesunden Menschenverstand ins Gesicht schlägt.“ („Die Fackel“, Nr. 18/1899, S. 3) Wilhelm Liebknecht sah in der Solidaritätsbewegung „die verlogene Scheinheiligkeit dieser Entrüstungskomödie“. („Die Fackel“ Nr. 21/1899, S. 6)

⁴⁹⁷ August Bebel, Ausgewählte Reden und Schriften, Band 2/1, Reden und Schriften 1878–1890, Hrsg. von Gustav Seeber, München, New Providence, London, Paris, Saur, 1995, S. 164

⁴⁹⁸ Ebenda, S. 166

⁴⁹⁹ Ebenda, S. 166 f.

⁵⁰⁰ Ebenda

⁵⁰¹ Siehe auch Jacobs, Jack: Sozialisten und die „jüdische Frage“ nach Marx, Mainz 1994, S. 26

⁵⁰² Im Folgenden zitiert nach: Österreichischer Arbeiter-Kalender für das Jahr 1885, hrsg. von Eduard Zacharias, Brünn 1885

⁵⁰³ Brief von Friedrich Engels an Kautsky, 20.9.1884, MEW 36, S. 20

⁵⁰⁴ Das kann auch dadurch belegt werden, dass Kautsky zwei Jahre später, 1892, sich an anderer Stelle durchaus treffend über den Antisemiten Alexander Berg in einer Buchbesprechung lustig macht. Berg hat vertreten, dass sich Kapitalisten, Sozialdemokratie und die „internationale jüdische Politik“ mit dem Ziel zusammengeschlossen hätten, dass „im kommunistischen Staat der Zukunft“ die Juden die Beamtenkaste bilden sollen. (Kautsky, Karl: Rezension zu Alexander Berg „Judentum und Sozialdemokratie, 1892, Neue Zeit, X. Jg., Nr. 24, S. 757)

⁵⁰⁵ In späteren Artikeln fällt Kautsky wieder in die Fehler von 1885 zurück, wie die nachfolgenden Studien zeigen werden.

⁵⁰⁶ Siehe Schleifstein, Josef: Franz Mehring. Sein marxistisches Schaffen. 1891–1919, Berlin 1959, S. 15

⁵⁰⁷ Ein Beispiel ist die gut 100 Seiten umfassende Schrift „Herr Hofprediger Stoecker der Sozialpolitiker – eine Streitschrift“ (Bremen 1882). Dort geht es Mehring darum, Stoecker in den verschiedensten Bereichen der Theorie und Politik, aber vor allem im Bereich der Methode zu enttarnen und als durch und durch unseriösen Schreier in der politischen Landschaft zu charakterisieren. In einem eigenen, dem siebten Kapitel, geht Mehring unter der Überschrift „Die Judenfrage“ auch auf Heinrich von Treitschke ein. Treitschke habe „mit männlichem Freimut und wissenschaftlichem Ernste“ zur sogenannten „Judenfrage“ Stellung genommen und das sei „das große und unvergessliche Verdienst Treitschkes“ (S. 66). Und weiter heißt es: „Schließlich ist der Erfolg, den Treitschkes ehrenhafter Mut gehabt hat, die durchschlagendste Rechtfertigung seines Vorgehens.“ (S. 66) Mehring, der von „guten und schlechten Elementen“ (S. 64) des Judentums und der Juden ausgeht, hat für die seines Erachtens zu beobachtende Zunahme der schlechten Elemente als Erklärung, dass ja nun nach der Gleichberechtigung sozusagen „die Dämme durchstochen werden“ (S. 65). So entstehe „unfehlbar eine Überschwemmung und wenn eine begabte, schlaue, zähe Rasse Jahrhunderte und selbst Jahrtausende lang unter einem despotischen Druck geseufzt hat, so wird sie im Augenblick der Befreiung eine Expansiv- und Explosivkraft entfalten, von welcher man sich nur schwer ein Begriff macht, ehe man sie mit eigenen Augen gesehen hat“ (S. 65). Weiter führt er aus, es sei das „nicht hoch genug zu schätzenden Verdienst von Treitschke“ (S. 67), auf diese Phänomene der angeblich schlechten jüdischen Elemente hingewiesen zu haben. Mehring, der sich gegen die Antisemiten-Liga und Stoecker abgrenzt, vertritt aber auch hier schon die These, dass die Philosemiten genauso schlimm seien wie die Antisemiten. Mehring schreibt, dass es nötig sei, sich gegen den übertriebenen Kampf gegen die Judenfeinde zu wenden, und zwar gegen „diese Sucht zu denunzieren und zu disziplinieren, dieses ewige Schreien nach der Polizei, wenn einmal ein derbes Wort gegen die Juden laut wurde; dieses Aufbauschen jedes geringfügigen Straßenskandals zu einer revolutionären Haupt- und Staatsaktion; diese unverhohlene Schadenfreude, wenn durch förmliche Verschwörungen Leuten, die nur des Verdachts der Judenfeindschaft verdächtig waren, der bürgerliche Erwerb zu vernichten gesucht wurde [...].“ (S. 67) Mehring spricht von „anti- oder philosemitischen Schundblättern“

(S. 68). Diese Begrifflichkeit, die Mehring später auch in der Sozialdemokratie nutzt, ist in dieser Broschüre schon fest verankert. Später, als Mehring in den Reihen der Sozialdemokratie gegen rechte, reformistische Kräfte Position bezog, wurde – um ihn persönlich zu diskreditieren – aus seinen reaktionären Schriften aus der Zeit vor der Sozialdemokratie genüsslich zitiert. In der Tat hatte Mehring in einem eigenen Kapitel (III. Das Satirespiel der Sozialdemokratie) sich gegen das sozialdemokratische Wühlertum (S. 23) ausgesprochen und erklärt, dass das Sozialistengesetz „mit unbarmherziger Sichel die hochwogenden Saaten der Friedensstörer und Unruhestifter“ (S. 23) niedergestreckt habe. Er konstatiert „demagogische Methoden der sozialdemokratischen Agitation“, die „die Massen zersetzt und zerwühlt, zerrieben und zerstäubt“ habe (S. 100), um dann nachzuschreiben, dass die demagogischen Methoden von Stoecker „noch tiefer“ (S. 100) unter denen der Sozialdemokratie stünden. Eine gründliche selbstkritische Analyse der frühen Schriften von Franz Mehring findet sich unseres Wissens an keiner Stelle seiner Werke.

⁵⁰⁸ „Aus dem sozialistentötenden Saulus wurde im reifen Mannesalter der marxistische Paulus“, schreibt der DDR-Autor Josef Schleifstein in fast religiöser Verklärung. (Schleifstein, Josef: Franz Mehring. Sein marxistisches Schaffen. 1891–1919, Berlin 1959, S. 19)

⁵⁰⁹ Franz Mehring, Heinrich v. Treitschke, 6. Mai 1893, Gesammelte Schriften, Band 7, Zur Deutschen Geschichte III, Berlin 1963, S. 454. 1884, im gleichen Jahr, als Mehring in einem Artikel den reaktionären Hofprediger Stoecker angegriffen hatte, wurde er von Stoecker und dessen Anhängern als „jüdischer Pressbengel“ beschimpft. Mehring entgegnet darauf richtig: „Die Methode ist immer dieselbe: alles, was nicht in den Kram des Herrn Stoecker passt, ist nichtswürdig und alles, was nichtswürdig ist, ist jüdisch.“ (Franz Mehring, Herr Hofprediger Stoecker der Sozialpolitiker. Eine Streitschrift, Bremen 1882, S. 74 f.)

⁵¹⁰ Zitiert nach: Blumberg, Werner (Hrsg.): August Bebels Briefwechsel mit Friedrich Engels, Mouton, London 1965, S. 527

⁵¹¹ Im Folgenden zitiert nach: Mehring, Franz: Kapital und Presse – Ein Nachspiel zum Fall Lindau, Berlin 1891

⁵¹² Mehring, Franz: Antisemitismus und Philosemitismus, Neue Zeit, IX. Jg. 1890/91, Bd. II, Juli 1891, Nr. 45, S. 585–588

⁵¹³ Mehring, Franz: Berliner Geschichten, Neue Zeit, X. Jg. 1891/92, Bd. II, Mai 1892, Nr. 34, S. 225–229

⁵¹⁴ Mehring, Franz: Kapitalistische Agonie, Neue Zeit, X. Jg. 1891/92, Bd. II, Juli 1892, Nr. 44, S. 545–548

⁵¹⁵ Mehring, Franz: Treffliche Minirer, Neue Zeit, XI. Jg. 1892/93, Bd. I, Dezember 1892, Nr. 13, S. 393–396

⁵¹⁶ Mehring Franz: Mönch und Rabbi, Neue Zeit, XI. Jg. 1892/93, Bd. I, März 1893, Nr. 27, S. 841–844

⁵¹⁷ Mehring, Franz: Im Wechsel der Zeiten, Neue Zeit, XI. Jg. 1892/93, Bd. II, März 1893, Nr. 28, S. 1–4. Kurz danach erschien der Artikel: Mehring, Franz: Sauve qui peut [Rette sich, wer kann] Neue Zeit, XI. Jg. 1892/93, Bd. II, Mai 1893, Nr. 33, S. 161–

164. Auch dieser Artikel bleibt im Wesentlichen im Rahmen der bisher schon kritisierten Artikel von Mehring und wird nur der Vollständigkeit halber hier aufgeführt.

⁵¹⁸ Mehring, Franz: Das Ende eines Demagogen, Neue Zeit, XI. Jg. 1892/93, Bd. II, Juli 1893, Nr. 45, S. 545–548

⁵¹⁹ Mehring, Franz: Zu den preußischen Landtagswahlen, Neue Zeit, XI. Jg. 1892/93, Bd. II, September 1893, Nr. 53, S. 801–804

⁵²⁰ Im Folgenden zitiert nach: Franz Mehring, Die Lessing-Legende, 1893, Gesamtelte Werke, Band 9, Berlin 1975

⁵²¹ Die Herausgeber der 15-bändigen Gesammelten Werke Franz Mehrings haben dort keinen der hier besprochenen Artikel von Franz Mehring abgedruckt. Sie verteidigen jedoch Mehrings Position zum „Philosemitismus“ und gehen noch einen Schritt weiter. In den von den SED-Revisionisten verfassten Anmerkungen heißt es in Bezug auf Mehrings Buch „Die Lessing-Legende“: „Dem Leser mögen einige Äußerungen Mehrings zur Judenfrage eigentümlich erscheinen. In dieser Hinsicht richtete sich die Spitze in Mehrings Buch eindeutig gegen den bürgerlichen-liberalen Philosemitismus, den Marx und Engels stets mit größter Verachtung behandelten. Der Philosemitismus zielte darauf, über die scharfen Klassengegensätze innerhalb des jüdischen Volkes hinwegzutäuschen und kapitalistische Erpressung, Wucher und Ausplünderung bedingungslos zu rechtfertigen, wenn immer ihre Träger Juden waren. Insofern entsprach Mehrings Kampf gegen den reaktionären bürgerlich-liberalen Philosemitismus durchaus der Linie des revolutionären Marxismus.“ (Mehring, Franz: Die Lessing-Legende, 1893, Gesammelte Werke, Band 9, Berlin 1975, Anmerkung 12, S. 431) Mehrings Verständnis von „Philosemitismus“ wird falsch dargestellt. Denn für Mehring war „Philosemit“, wer unter dem Vorwand des Schutzes der jüdischen Bevölkerung den Kapitalismus verteidigt. Mehring liege angeblich mit seinem Kampf gegen „Philosemitismus“ auf der „Linie des revolutionären Marxismus“ im Sinne von Marx und Engels – so die SED-Revisionisten. Dass für diese Behauptung keinerlei Beleg angeführt wird, verwundert nicht, denn dies ist frei erfunden.

⁵²² Ein Beispiel dafür ist etwa der Antrag des Marburger Delegierten Zappay auf dem Parteitag 1890 in Halle. Siehe Protokoll des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Halle 12. bis 18 Oktober 1890, Berlin 1890, S. 270 f.

⁵²³ Auf weiter bestehende teilweise Einschränkungen in Deutschland, etwa beim Militär und anderen Funktionen im Staatsdienst, geht Falk nicht ein.

⁵²⁴ Im Folgenden zitiert nach: Liebknecht, Wilhelm: Rede über den Kölner Parteitag, Bielefeld 1893

⁵²⁵ Neue Zeit, XI. Jg. (1892–1893), II. Band, S. 228–237

⁵²⁶ Karl Marx charakterisierte Höchberg in einem Brief an Sorge vom 19. September 1879 als Anhänger des friedlich-parlamentarischen Weges, als „friedlicher“ Entwicklungsmann“, der die proletarische Emanzipation eigentlich nur „von ‚gebildeten Bourgeois‘, i. e. seinesgleichen“ erwarte. (MEW 34, S. 413)

⁵²⁷ Siehe Bernstein, Eduard: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Stuttgart 1899

⁵²⁸ Die „Sozialistischen Monatshefte“ erschienen von 1895 bis 1933 monatlich. Die Leserschaft waren in erster Linie Abonnentinnen und Abonnenten, deren Zahl sich von 800 (1896), 2.900 (1901) bis 5.000 (1914) entwickelt hatte. Siehe Vorwort von Hubert Woltering zur digitalisierten Ausgabe der „Sozialistischen Monatshefte“ auf der Homepage der Friedrich-Ebert-Stiftung.

⁵²⁹ Siehe z.B.: Bernstein, Eduard: Die Kolonialfrage und der Klassenkampf, Sozialistische Monatshefte, 11 bis 13. November 1907, S. 988 - 996

⁵³⁰ Congrès International Ouvrier socialiste tenu à Bruxelles du 16 au 23 août 1891. Rapport. Publié par le Secrétariat Belge, Brüssel 1893, S. 106. Zitiert nach: Silberner, Edmund: Sozialisten zur Judenfrage, Berlin 1962, S. 280

⁵³¹ Congrès International Ouvrier socialiste tenu à Bruxelles du 16 au 23 août 1891. Rapport. Publié par le Secrétariat Belge, Brüssel 1893, S. 106. Zitiert nach: Silberner, Edmund: Sozialisten zur Judenfrage, Berlin 1962, S. 281

⁵³² Cahan, Abraham: Bleter fun mein Leben, (jiddisch), New York 1926, S. 161 ff. Zitiert nach: Silberner, Edmund: Sozialisten zur Judenfrage, Berlin 1962, S. 281

⁵³³ Verhandlungen und Beschlüsse des internationalen Arbeiterkongresses zu Brüssel (16.–22. August 1891), Berlin 1893, S. 16

⁵³⁴ Der jüdische Publizist Ludwig Philippson schrieb in der „Allgemeinen Zeitung des Judentums“ anlässlich Bruno Bauers Tod 1882, dass Bauer der „eigentliche Vater des Antisemitismus“ in Deutschland gewesen sei. (Allg. Zeit. des Judentums, 25.4.1882, S. 282)

⁵³⁵ Eine Debatte über die Marx-Schrift „Zur Judenfrage“ von 1844 begann eigentlich erst zur Zeit der deutschen Sozialdemokratie im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. Vorher waren die „Deutsch-Französischen Jahrbücher“ weitgehend vergriffen, so dass Bernstein 1892 noch in einem Brief an Engels erklärte, dass es ihm trotz aller Bemühungen weder in Zürich noch in Stuttgart gelungen sei, ein Exemplar von „Zur Judenfrage“ aufzufinden. Der Brief von Bernstein vom 14.9.1892 an Engels ist enthalten in: Hirsch, Helmut (Hrsg.): Eduard Bernsteins Briefwechsel mit Friedrich Engels, Assen 1970, S. 398 f. Siehe auch: Rürup, Reinhard: Sozialismus und Antisemitismus in Deutschland vor 1914, in: Grab, Walter (Hrsg.): Juden und jüdische Aspekte in der deutschen Arbeiterbewegung 1848–1918, Internationales Symposium, Dezember 1976, Tel Aviv 1977, S. 207

⁵³⁶ Die „Deutsch-Französischen Jahrbücher“ wurden unter der Redaktion von Marx und Ruge in deutscher Sprache in Paris herausgegeben. Es erschien nur die erste Doppellieferung im Februar 1844. Darin wurden von Marx veröffentlicht „Zur Judenfrage“ und „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung“ sowie von Engels „Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie“ sowie „Die Lage Englands. ‚Past and Present‘ by Thomas Carlyle“ (Siehe: Deutsch-Französische Jahrbücher, Nachdruck: Frankfurt am Main 1982)

⁵³⁷ Siehe Leuschen-Seppel, Rosemarie: Sozialdemokratie und Antisemitismus im Kaiserreich – Die Auseinandersetzung der Partei mit den konservativen und völkischen Strömungen des Antisemitismus 1871–1914, Bonn 1978, S. 82

⁵³⁸ Der „Sozialdemokrat“ erschien unter den Bedingungen des „Sozialistengesetzes“ in der Schweiz unter Leitung von Bernstein. Die Auflage betrug 3.200 Exemplare, von denen nach Schätzungen in der Literatur nur 2.300 nach Deutschland eingeführt werden konnten. Dort war das Organ verboten. (Siehe ebenda)

⁵³⁹ Berliner Volksblatt 1890, Nr. 236–238, 10.–12. Oktober, Beilagen; Nr. 240, 15. Oktober, Beilage; Nr. 242, 17. Oktober, Beilage; Nr. 244, 19. Oktober, Beilage

⁵⁴⁰ Im Folgenden zitiert nach: Bebel, August: Sozialdemokratie und Antisemitismus, Berlin, 1894

⁵⁴¹ Siehe Schueler, Hermann: Trotz Alledem, Der Vorwärts – Chronist des anderen Deutschland, Berlin 2006, S. 146, Vorwärts, Sondernummer, 7.10.1976, S. 8

⁵⁴² Siehe Fischer, Hans-Dietrich (Hrsg.): Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, München 1972, S. 331

⁵⁴³ Siehe Bartel, Horst u. a.: Der Sozialdemokrat, Berlin 1975, S. 97

⁵⁴⁴ Zur Rolle von Marx und Engels bei der Schaffung des illegalen Zentralorgans der Sozialdemokratie siehe: Bartel, Horst: Marx und Engels im Kampf um ein revolutionäres deutsches Parteiorgan 1879–1890, Berlin 1961.

⁵⁴⁵ Zunächst wurde das „Berliner Volksblatt“ von Blos und Hasenclever herausgegeben. Das „Berliner Volksblatt“ hatte 1890 ca. 25.000 Abonnenten. (Siehe Leuschen-Seppl, Rosemarie, Sozialdemokratie und Antisemitismus im Kaiserreich. Die Auseinandersetzung der Partei mit den konservativen und völkischen Strömungen des Antisemitismus von 1871–1914, Bonn 1978, S. 82) Bebel stand Teilen der Redaktion kritisch gegenüber, einer der Mitherausgeber, R. Cronheim, hatte privat zugegeben, ein Judenfeind zu sein. Siehe Brief von Bebel an Engels vom 7. Dezember 1885. Zitiert nach: Vernon L. Lidtke, The Outlawed Party: Social Democracy in Germany, 1870–1890, New Jersey 1966, S. 148

⁵⁴⁶ Geprägt hatte den Ausdruck der österreichische Reichsrat Ferdinand Kronawetter, der selbst nie Mitglied der österreichischen Sozialdemokratie, aber ein Gegner der Antisemiten war. Siehe <http://www.dasrotewien.at/seite/kronawetter-ferdinand>

⁵⁴⁷ Auch Paul Singer benutzte diese Formulierung zustimmend und formuliert ganz falsch, dass der „Antisemitismus“ zumindest zum Teil ein „Protest gegen das herrschende Wirtschaftssystem“ darstelle. Er erklärte in der Sitzung des Reichstags vom 12. Januar 1892 gegen den Judenfeind Stoecker: „Ein ausländischer Kollege von uns, ein Mitglied des österreichischen Reichsrats, hat mit einem sehr treffenden Wort die Ursache des Antisemitismus geschildert, indem er gesagt hat: Der Antisemitismus ist der Sozialismus der dummen Kerle (Heiterkeit) und das ist vollkommen richtig. Dasjenige, was in dem Antisemitismus aus Gründen wirtschaftlicher Not und aus Unzufriedenheit mit den Zuständen der heutigen Gesellschaft zum Ausdruck kommt und sich als Protest gegen das herrschende Wirtschaftssystem darstellt, das entspringt sozialistischen Gedanken; soweit in der antisemitischen Partei Ansichten vertreten sind, die sich in mancher Beziehung den unseren nähern, soweit handelt es sich um Leute, die, instinktiv auf dem Wege zum Sozialismus sich befinden, von dem Antisemitismus eingefangen sind. [...] Das Judentum ist von Herrn Stoecker zum Prügelknaben auserkoren:

aber ich bin überzeugt, der Spuk dauert nicht lange; denn wenn die Leute erst einsehen, dass der Antisemitismus kein Allheilmittel gegen Not und Elend ist, dann werden sie der antisemitischen Station den Rücken kehren und mit der Sozialdemokratie den Kapitalismus und dessen verheerende Wirkungen bekämpfen.“ Zitiert nach: Bericht über eine „Antisemitendebatte“ im Reichstag, in: Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus, 2. Jahrgang, Nr. 4, 24. Januar 1892, S. 4

⁵⁴⁸ Zitiert nach: Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus, 2. Jahrgang, Nr. 11, 13. März 1892, S. 6.

⁵⁴⁹ Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstag – Tätigkeitsberichte und Wahlauf-rufe aus den Jahren 1871–1893“, Berlin 1909, S. 198

⁵⁵⁰ Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstag – Tätigkeitsberichte und Wahlauf-rufe aus den Jahren 1871–1893“, Berlin 1909, S. 209

⁵⁵¹ Im Folgenden zitiert nach: Stenografischer Bericht über die Verhandlungen des Reichstages in der VIII. Legislaturperiode, Vierter Band, Berlin 1891

⁵⁵² Im Folgenden zitiert nach: Stenografischer Bericht über die Verhandlung des Reichstages, VIII. Legislaturperiode. Dritter Band, Berlin 1893

⁵⁵³ Im Folgenden zitiert nach: Stenografische Berichte über die Verhandlung des Reichstages, IX. Legislaturperiode, Erster Band, Berlin 1893.

⁵⁵⁴ Informationen und Analysen sind enthalten in: Redaktionskollegium (Hrsg.): Lexi-kon sozialistischer deutscher Literatur, Gravenhage, 1973. Steinberg, Hans-Josef: Sati-rische Zeitschriften der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung, in: Harstick, Hans-Peter: Arbeiterbewegung und Geschichte, Trier 1983. Wendel, Friedrich: 50 Jahre: Der wahre Jacob, eine Festschrift, Berlin 1929. Henkel, Manfred (Hrsg.): Der wahre Jacob: Lyrik und Prosa 1884-1905, Berlin 1959. Robertson, Ann: Karikatur im Kontext. Zur Entwicklung der sozialdemokratischen illustrierten satirischen Zeitschrift „Der wahre Jacob“ zwischen Kaiserreich und Republik, Frankfurt 1992. Speziell zur Frage der Judenfeindschaft in populären Zeitschriften wie „Der wahre Jacob“, aber auch die „Süddeutsche Postille“, siehe Leuschen-Seppel, Rosemarie, Sozialdemokratie und Antisemitismus im Kaiserreich – Die Auseinandersetzung der Partei mit den kon-servativen und völkischen Strömungen des Antisemitismus 1871–1914, Bonn 1978.

⁵⁵⁵ Siehe Nummer 19, 1885, S. 152, Faksimile über den Zusammenschluss aller Reak-tionäre mit dem jüdenfeindlichen Prediger Stoecker, siehe auch die Karikatur in Num-mer 70, 1889, S. 557, wo die Spannung zwischen den unterschiedlichen reaktionären Kräften und dem Judenfeind Stoecker dargestellt wird.

⁵⁵⁶ Sehr ähnlich auch Nummer 114, 1890, S. 915, ein Vierzeiler gegen Stoecker sowie in derselben Nummer S. 919, drei Strophen eines Gedichts gegen den Hetzer im Pries-termantel Stoecker.

⁵⁵⁷ Siehe hierzu auch die Karikaturen Bleichenröders in folgenden Ausgaben des „Wahren Jacob“: Nr. 78, 1889, S. 617 sowie Nr. 135, 1891, Titelseite, Nummer 142, 1892, S. 1168

⁵⁵⁸ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Köln vom 22. bis 28. Oktober 1893, Berlin 1893, S. 104

⁵⁵⁹ Es entbrannte auf dem Parteitag ein Streit darüber, ob Bebels Rede als Broschüre gedruckt werden sollte. Letztlich wurde der Druck mehrheitlich beschlossen, doch zunächst erschien sie nur in Form der Parteitagsprotokolle. Danach (1894, 1. Auflage und 1906, 2. Auflage) wurde sie in wesentlich größerer Auflage als Broschüre veröffentlicht. Bei der Überarbeitung wurde leider inhaltlich nicht diese oder jene schwache Formulierung des mündlichen Vortrags beseitigt oder verbessert, vielmehr wurden vorhandene Schwächen weiter ausgebaut. Diese Veränderungen, die weitgehend Verschlechterungen bedeuten, werden nach der Analyse der Rede Bebels kommentiert.

⁵⁶⁰ Lenin, W. I.: August Bebel, 1913, Lenin Werke Band 17, S. 291

⁵⁶¹ Bebel, August: Die Pariser Kommune – Vorpstengefecht des europäischen Proletariats, Aus der Rede im Deutschen Reichstag gegen die Annexion von Elsass-Lothringen, 25. Mai 1871, in: August Bebel, Ausgewählte Reden und Schriften, Band 1, München, New Providence, London, Paris 1995, S. 150

⁵⁶² 1. Auflage 1883, Neuveröffentlichung nach der 2. Auflage 1884 in Bremen 2013.

⁵⁶³ Bebel an Kautsky, 31. Januar 1884. Zitiert nach: August Bebels Briefwechsel mit Karl Kautsky, hrsg. von Karl Kautsky Jr., Assen 1971, S. 10

⁵⁶⁴ Siehe <https://tinenote.info/de/August-Bebel>

⁵⁶⁵ Bebel, August: Referat zur Haltung und Tätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag und in den Landtagen, 3. Oktober 1887, gemäß der zusammenfassenden Formulierung im Parteitagsprotokoll auf dem Parteitag in St. Gallen, zitiert nach: August Bebel, Ausgewählte Reden und Schriften, Band 2/1, München, New Providence, London, Paris 1995, S. 393

⁵⁶⁶ Bebel, August: Charles Fourier. Sein Leben und seine Theorien, 1890, Nachdruck: Leipzig 1978, S. 219 f.

⁵⁶⁷ Reichstagsrede vom 19. Februar 1894 zum Reichshaushalt („Die Regierung muss dem Treiben in den Kolonien ein Ende setzen“, in: August Bebel, Ausgewählte Reden und Schriften, Band 3, Reden und Schriften 1890–1895, Hrsg. von Gustav Seeber, München, New Providence, London, Paris, Saur, 1995, S. 429 f.

⁵⁶⁸ Reichstagsrede vom 13. März 1896 „Schuldig des Mordes: Kolonialheld Carl Peters“, in: August Bebel, Ausgewählte Reden und Schriften, Band 4, Reden und Schriften 1896–1899, Hrsg. von Gustav Seeber, München, New Providence, London, Paris, Saur 1995, S. 7 f.

⁵⁶⁹ Reichstagsrede vom 8. Februar 1898 zum Reichshaushalt „Gegen die Annexion von Kiautschou“, in: August Bebel, Ausgewählte Reden und Schriften, Band 4, Reden und Schriften 1896–1899, Hrsg. von Gustav Seeber, München, New Providence, London, Paris, Saur 1995, S. 255 f.

⁵⁷⁰ Reichstagsrede vom 30. Januar 1905 zum Haushaltsetat 1904 „Das Recht zur Revolution hat jedes Volk und jede Völkerschaft, die sich in ihren Menschenrechten aufs alleräußerste bedrückt fühlt“, in: August Bebel, Ausgewählte Reden und Schriften, Band 7, Reden und Schriften 1896–1899, Hrsg. von Gustav Seeber, München, New Providence, London, Paris, Saur 1997, S. 677 f.

⁵⁷¹ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Köln vom 22. bis 28. Oktober 1893, Berlin 1893, S. 223 f.

Die „Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ druckten in der Nr. 48 vom 27. November 1892 auf Seite 2 die Resolution vollständig ab. Ebenso die „Allg. Zeit. des Judentums“ (Nr. 48/1892, Beilage Der Gemeindebote, S. 1 f.). Der Kommentar der „Allg. Zeit. des Judentums“ zu der Resolution besteht aus einem einzigen Satz: „Hiermit hat die Sozialdemokratie den von uns oft behaupteten Satz, dass der Antisemitismus ihre Vorfrucht sei, offiziell anerkannt.“

⁵⁷² Engels, Friedrich: Brief an August Bebel, 19. November 1892, MEW 38, S. 518/519. Darin drückt Engels seine Zustimmung zu der von Bebel verfassten Resolution gegen den Antisemitismus aus: „Gratulieren muss ich Dir zu Deinen Resolutionen. Sie sind ganz ausgezeichnet; ich kenne nur einen, der es besser konnte, und das war Marx. Sowohl die über Staatssozialismus wie die über Antisemitismus trifft den Nagel auf den Kopf. Und gerade solche Resolutionen waren bisher die schwache Seite der deutschen Bewegung, sie sind schlapp, unsicher, unbestimmt, phrasenhaft, kurz meist blamabel. Glücklicherweise sind sie so unübersetzbar, dass der Übersetzer in eine fremde Sprache gezwungen ist, den Sinn hineinzulegen, den sie von selbst nicht haben.“ (Ebenda)

⁵⁷³ Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstag, Tätigkeitsberichte und Wahlaufufe aus den Jahren 1871 bis 1893, Berlin 1909, S. 515–519. Die Stellungnahme wurde auch abgedruckt in: Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus, 3. Jahrgang, Nr. 33, 13. August 1893, S. 1 f. Im Kommentar der Redaktion heißt es: „Wir brauchen nicht hinzuzufügen, dass wir nicht alles darin billigen, doch liegt eine Polemik über die in vorstehendem Aufsätze niedergelegten wirtschaftlichen und politischen Gedanken außerhalb der Tendenzen unseres Organs und des Zieles unseres Vereins.“ (S. 3)

⁵⁷⁴ Im Folgenden zitiert nach: Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Köln vom 22. bis 28. Oktober 1893, Berlin 1893

⁵⁷⁵ Mitteilungen des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus, Nr. 45, 3. Jahrgang 1893, 5. November, S. 1

⁵⁷⁶ Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 45, 5.11.1893, S. 1 ff.

⁵⁷⁷ Im Folgenden zitiert nach: Bebel, August: Sozialdemokratie und Antisemitismus, Berlin 1906 sowie Bebel, August: Sozialdemokratie und Antisemitismus, Berlin 1894

⁵⁷⁸ In der Auflage von 1906 findet sich sogar eine „verjudete“ Gesellschaft. (Bebel, August: Sozialdemokratie und Antisemitismus, Berlin 1906, S. 13)

⁵⁷⁹ Zum Beispiel, wenn die rhetorische Frage Bebels, warum eine eigentlich demokratische Partei im „Deutschen Reich“ nicht mehr möglich ist, verändert wird in die Feststellung, dass eine „bürgerliche Demokratie“ nicht mehr möglich sei. (Bebel, August: Sozialdemokratie und Antisemitismus, Berlin, 1906, S. 22)

⁵⁸⁰ Siehe Der „Berliner Antisemitismusstreit“ 1879–1881. Kommentierte Quellenedition. Im Auftrag des Zentrums für Antisemitismusforschung bearbeitet von Karsten Krieger, München 2003, Teil 2, S. 774

⁵⁸¹ Ebenda

⁵⁸² Siehe Martin Philippon, *Neueste Geschichte des jüdischen Volkes*, Band 2, Leipzig 1910, S. 22

⁵⁸³ Ebenda

⁵⁸⁴ Brief von Bebel an Engels vom 14. Januar 1881. Zitiert nach: Werner Blumenberg (Hrsg.): *August Bebels Briefwechsel mit Friedrich Engels*, London – The Hague – Paris 1965, S. 101

⁵⁸⁵ Eduard Bernstein, *Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung*, 2. Teil, Berlin 1907, S. 60

⁵⁸⁶ Zitiert nach: Leuschen-Seppel, Rosemarie: *Sozialdemokratie und Antisemitismus im Kaiserreich – Die Auseinandersetzungen der Partei mit den konservativen und völkischen Strömungen des Antisemitismus 1871–1914*, Bonn 1978, S.107

⁵⁸⁷ Im Folgenden zitiert nach: *Die Stellung der Arbeiter zur Judenfrage*, Berlin 1881

⁵⁸⁸ *Allg. Zeit. des Judentums*, Nr. 18/1890, Beilage *Der Gemeindebote*, S. 2

⁵⁸⁹ *Allg. Zeit. des Judentums*, Nr. 28/1890, S. 361: „Der Antisemitentag in Erfurt“

⁵⁹⁰ *Allg. Zeit. des Judentums* Nr. 33, 29.8.1890, S. 14

⁵⁹¹ *Allg. Zeit. des Judentums* Nr. 17/1891, Beilage *Der Gemeindebote*, S. 2

⁵⁹² *Allg. Zeit. des Judentums* Nr. 18/1891, Beilage *Der Gemeindebote*, S. 2

⁵⁹³ *Allg. Zeit. des Judentums* Nr. 44/1891, Beilage *Der Gemeindebote*, S. 2, Lahr, 18. Oktober

⁵⁹⁴ *Deutsch-Soziale Blätter*, Nr. 175 vom 20.12.1891, S. 600. Zitiert nach: Pötzsch, Hansjörg: *Antisemitismus in der Region – Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914*, Wiesbaden 2000, S. 196

⁵⁹⁵ *Allg. Zeit. des Judentums*, Nr. 20/1892, Beilage *Der Gemeindebote*, S. 3

⁵⁹⁶ *Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus*, 2. Jahrgang, Nr. 11, 12. März 1893, S. 94

⁵⁹⁷ Siehe Pötzsch, Hansjörg: *Antisemitismus in der Region – Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914*, Wiesbaden 2000, S. 24

⁵⁹⁸ *Sächsische Arbeiter-Zeitung*, Nr. 41 vom 18.2.1893. Zitiert nach: Pötzsch, Hansjörg: *Antisemitismus in der Region – Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914*, Wiesbaden 2000, S. 196

⁵⁹⁹ *Deutsch-Soziale Blätter* Beilage, Nr. 19 vom 14.5.1893, S. 62. Zitiert nach: Ebenda, S. 192

⁶⁰⁰ Der sozialdemokratische „Braunschweiger Volksfreund“ hatte jedoch wegen einer zeitgleich stattfindenden sozialdemokratischen Veranstaltung, die deshalb nur von wenigen Parteimitgliedern besucht worden war, seine Verärgerung darüber geäußert mit einer Kritik an den Aktivistinnen und Aktivisten, sie hätten sich dazu verleiten lassen,

„den jüdischen Geldprotzen einen Liebesdienst zu erweisen“. (Braunschweiger Volksfreund, Nr. 89 vom 16.4.1893. Zitiert nach: Pötsch, Hansjörg: Antisemitismus in der Region – Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914, Wiesbaden 2000, S. 197)

⁶⁰¹ Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus, 3. Jahrgang, Nr. 11, 12. März 1893, S. 108

⁶⁰² Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Halle a. S. vom 12. bis 18. Oktober 1890, Berlin 1890, S. 270 f.

⁶⁰³ Ebenda, S. 302

⁶⁰⁴ Abgelehnt wurde etwa die Herausgabe eines Wochenblatts für die Landagitation. Siehe Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der SPD, abgehalten zu Köln a. Rh. vom 22. bis 28. Oktober 1893, Berlin 1893, S. 151

⁶⁰⁵ Vorwärts, Nr. 206, 2.9.1893

⁶⁰⁶ Dokumentiert ist, dass bei der Landagitation u. a. folgende Broschüren eingesetzt wurden:

- Wilhelm Bracke, Nieder mit den Sozialdemokraten, o.O., 15. Auflage 1876
- August Bebel, Zukunftsstaat und Sozialdemokratie, o. O., o. J.
- Wilhelm Liebknecht, Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen, Berlin 1891 (Bis Mitte 1893 waren bereits 100.000 Exemplare verteilt worden.)
- Adolph Hoffmann, Die zehn Gebote und die besitzende Klasse, Berlin, o. J.
- Paul Kampffmeyer, Junker und Bauern. Zur Entwicklung unserer Agrarverhältnisse, Berlin 1889
- Leo Arons, Bauer und Edelman in Preußen, Frankfurt (Oder) 1894

Siehe Dittmar, Gerhardt: Zur praktischen Landagitation der deutschen Sozialdemokratie unter den deutschen Kleinbauern in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Nr. 10 von 1968, S. 1094

⁶⁰⁷ Siehe Mack, Rüdiger: Otto Böckel und die antisemitischen Bauernbewegung in Hessen 1887–1894, in: Wetterauer Geschichtsblätter. Beiträge zur Geschichte und Landeskunde, Band 16, Friedberg 1976

⁶⁰⁸ Siehe Jürgens, Peter: Antisemitismus des dummen Kerls? Sozialdemokratie und Antisemitismus, Hamburg 2013, S. 49

⁶⁰⁹ Der reaktionäre Sozialdemokrat Scheidemann betont (Scheidemann, Philipp: Memoiren eines Sozialdemokraten. Band 1, Berlin 1928, S. 57) den publizistischen Erfolg der in Marburg von Paul Baader und Kurt Eisner herausgegebenen „Hessischen Landeszeitung“ (Ebenda S. 97)

⁶¹⁰ Siehe Leuschen-Seppel, Rosemarie, Sozialdemokratie und Antisemitismus im Kaiserreich – Die Auseinandersetzung der Partei mit den konservativen und völkischen Strömungen des Antisemitismus 1871–1914, Bonn 1978, S. 174 f.

⁶¹¹ Siehe ebenda, S. 173

⁶¹² Siehe ebenda, S. 172

⁶¹³ Siehe Massing, Paul W.: Vorgeschichte des politischen Antisemitismus, Frankfurt/M. 1986, S. 192 ff.

⁶¹⁴ Vorwärts, 6. Februar 1982

⁶¹⁵ Vorwärts, 4. März 1890

⁶¹⁶ Ebenda

⁶¹⁷ Der Redner vermischte bei seiner Widerlegung aber Richtiges mit Falschem. Theoretisch völlig falsch heißt es dann weiter: „Der Antisemitismus habe zweifellos das Verdienst, dass er dazu beigetragen habe, die Klassengegensätze zu verschärfen. Deshalb haben die Sozialisten auch keine Ursache, den Antisemitismus direkt zu bekämpfen. Mögen die Antisemiten immerhin gegen den jüdischen Geldschrank zu Leibe gehen.“ (Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus, 3. Jahrgang, Nr. 11, 12. März 1893, S. 3)

⁶¹⁸ Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus, 3. Jahrgang, Nr. 11, 12.3.1893, S. 3

⁶¹⁹ Singer, Paul: Dem Militarismus keinen Mann und keinen Groschen. Rede auf dem Parteitag der SPD zu Berlin 1892. Zitiert nach: Heinrich Gemkow, Paul Singer, ein bedeutender Führer der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1957, S. 98

⁶²⁰ Ernest Hamburger gibt in „Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit 1848–1918, Tübingen 1968, S. 251 an: „Der Kurswechsel in der deutschen Politik wirkte sich deutlich im Rückgang der Zahl der jüdischen Abgeordneten aus. 1881 wurden noch sieben Abgeordnete jüdischer Abstammung, davon sechs Mitglieder der jüdischen Religionsgemeinschaft gewählt. Bei den Wahlen 1884 kamen nur noch vier, darunter zwei getaufte Juden, 1887 nur ein Jude und ein getaufter Jude und 1890 wieder zwei Juden und drei getaufte Juden in das Parlament. In den folgenden vier Jahren wurden nur getaufte Juden gewählt ... Von 1893 an war also 19 Jahre lang keine ungetauften jüdischen Abgeordneten im Reichstag.“

⁶²¹ Jacoby trat das Mandat jedoch wegen der Ablehnung des Parlamentarismus nicht an. Der Vollständigkeit sei hier erwähnt, dass Max Keyser der erste sozialdemokratische Kandidat jüdischer Herkunft war, der 1878 in den Reichstag gewählt worden ist,

⁶²² Siehe Gemkow, Heinrich: Paul Singer, ein bedeutender Führer der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1957, S. 19. In Gemkows Broschüre, die eine Vorarbeit seiner Dissertation von 1959 war, wird zu Recht darauf hingewiesen, dass kaum bekannt ist, dass Paul Singer seit 1890 jahrelang Mitglied im Vorstand der Sozialdemokratie war. Gleichzeitig wird ebenfalls zu Recht betont, dass Paul Singer innerhalb der Sozialdemokratie Abweichungen vor allem von rechts bekämpft hat (S. 57). Es wird auch kritisiert, dass er ähnlich wie Bebel oft auch zentristische, versöhnlerische Positionen vertreten habe. Es ist sicherlich auch ein Verdienst dieser Broschüre, die 1957 erschien, aber noch vor dem 20. Parteitag der KPD/SU 1956 verfasst wurde, auf die judenfeindlichen Attacken gegen Singer hinzuweisen und hervorzuheben, dass mit der Kandidatur Singers eine „bewusste Kampfansage“ gegen die Antisemiten verbunden war. (S. 31)

⁶²³ Ebenda, S. 21

⁶²⁴ Massing, Paul W.: Vorgeschichte des politischen Antisemitismus, Frankfurt/M. 1959, S. 183

⁶²⁵ Siehe Gemkow, Heinrich: Paul Singer, ein bedeutender Führer der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1957, S. 43

⁶²⁶ Siehe ebenda, S. 43

⁶²⁷ Gemkow findet dies „eigenartig“ (ebenda, S. 455).

⁶²⁸ Siehe ebenda, S. 43

⁶²⁹ Richard Fischer (1855–1926) wurde 1873 Mitglied der Sozialdemokratie. 1876 wurde er Redakteur der Zeitung „Volkswille“ in Augsburg, 1878 wurde er Redakteur der „Berliner Freien Presse“. 1879 saß er wegen Verstoßes gegen das Pressegesetz sieben Monate im Strafgefängnis Plötzensee und wurde nach Verbüßung der Strafe aufgrund des „Sozialistengesetzes“ aus Berlin ausgewiesen. Er ging zunächst in die Schweiz, wo er bis 1888 in Zürich lebte und für das Zentralorgan „Der Sozialdemokrat“ arbeitete. Nach der Ausweisung aus der Schweiz arbeitete er in London weiter für den „Sozialdemokrat“. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland 1890 wurde er erster hauptamtlicher Parteisekretär der SPD und übernahm von 1893 bis 1902 die Leitung der sozialdemokratischen Buchhandlung „Vorwärts“. Mit der Gründung der Verlagsanstalt Paul Singer Co. Berlin 1902 war er deren Geschäftsführer bis 1922.

⁶³⁰ Rede Richard Fischers am Grabe Paul Singers. Siehe Vorwärts, 28. Jahrgang, Nr. 32, 7. Februar 1911

⁶³¹ In der bürgerlichen Literatur wird hervorgehoben, dass Singer selbst auf die Judenfeindschaft in öffentlichen Reden und Schriften angeblich nicht eingegangen sei. Das ist, wie eine Erklärung von Singer vom 26.11.1887 zeigt, schlicht und einfach unwahr. Arno Herzig geht noch weiter und behauptet ohne Quellen, Singer sei „gegen seinen Willen“ zur Symbolfigur der Sozialdemokratie im Kampf gegen die Judenfeindschaft geworden. (Siehe Gemkow, Heinrich: Paul Singer. Vom bürgerlichen Demokraten zum Führer der deutschen Arbeiterbewegung (1862–1890), Berlin 1959, S. 456) Böseartig wird von Arno Herzig vermerkt, dass auf dem Kölner Parteitag 1893 nicht Singer die Rede zur Judenfeindschaft gehalten habe, sondern Bebel und dass Singer in seinem Schlusswort nicht auf die Rede eingegangen sei usw. Dahinter steht die ganz falsche Vorstellung, als ob Singer als Jude eine besondere Verpflichtung gehabt hätte, sich zur Judenfeindschaft zu äußern.

⁶³² Zitiert nach: Heid, Ludger (Hrsg.): Eduard Bernstein, Ich bin der Letzte, der dazu schweigt. Texte in jüdischen Angelegenheiten, Berlin 2004, S. 155 f.

⁶³³ Zitiert nach: Gemkow, Heinrich: Paul Singer, ein bedeutender Führer der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1959, S. 73 f.

⁶³⁴ Paul Singer, Reichstagsrede. Zitiert nach: Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 14/2891, Berlin, 28. März, S. 158

⁶³⁵ Siehe Gemkow, Heinrich: Paul Singer, ein bedeutender Führer der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1959, S. 5

⁶³⁶ Lenin, W. I.: Paul Singer, 1911, Lenin Werke Band 17, S. 76

⁶³⁷ Siehe dazu: Marx, Karl: Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte, 1852, MEW 8, S. 111–207

⁶³⁸ Siehe dazu auch: Kollektiv von Autorinnen und Autoren: Zum Kampf von Karl Marx gegen Judenfeindschaft. Stärken und Probleme des Kampfs von Karl Marx für jüdische Emanzipation und gegen den Judenfeind Bruno Bauer (1844/45), Offenbach 2013

⁶³⁹ Auch wenn es meistens sicher nicht entscheidend ist, sind oft bei den Briefwechseln mit dritten Personen nur die Briefe von Marx und Engels bekannt. Das ist ein Grundproblem der Marx-Engels-Werke und auch die Arbeiten an MEGA I und II haben bisher nur teilweise Abhilfe geschaffen. Hingewiesen werden kann aber darauf, dass es durchaus auch Sammelbände mit Briefen dritter Personen gibt, wie der Briefwechsel von Lassalle mit Marx und Engels oder der Briefwechsel von Bernstein mit Engels.

⁶⁴⁰ Erstmals veröffentlicht mit einem Vorwort zur ersten Auflage (MEW 23, S. 11–17) im Juli 1867 im Verlag Otto Meissner in Hamburg. Die zweite Auflage in deutscher Sprache erschien 1872 mit zahlreichen Veränderungen, die Marx in einem Nachwort vom Januar 1873, London, erläuterte (MEW 23, S. 18–28). Die erste Übersetzung erschien in russischer Sprache 1872 in St. Petersburg. Die französische Übersetzung wurde von Marx redigiert und in mehreren Heften von 1872 bis 1875 herausgegeben, wie er in einem Vor- und Nachwort erläuterte (MEW 23, S. 31 f.). Engels bereitete die dritte (1883) und die vierte Auflage (1890) des ersten Bandes des „Kapitals“ in deutscher Sprache vor. Auf der von Engels aufgrund von Marx' Hinweisen durchgesehenen, redaktionell überarbeiteten und in Hamburg herausgegebenen vierten Auflage beruht die Ausgabe der MEW 23 des Dietz Verlags. Engels redigierte auch mehrere Ausgaben in englischer Sprache, auf Französisch, Dänisch, Spanisch, Italienisch, Polnisch und Holländisch. (Siehe Anmerkung 1 in MEW 23, S. 845 f.).

⁶⁴¹ In Marx, Einleitung zu den „Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie“, geschrieben August 1857, erstmals veröffentlicht im März 1903 in der sozialdemokratischen Zeitschrift „Neue Zeit“, heißt es ähnlich: MEW 42, S. 178 oder MEW 42, S. 746

⁶⁴² Im „Kapital“, Band III, findet sich eine ähnliche Formulierung wie in Band I, siehe MEW 25, S. 342

⁶⁴³ MEW 23, S. 418 und S. 492. An anderer Stelle spricht Marx von „pharisäischer Unbestimmtheit“ (MEW 23, S. 222) und an einer weiteren Stelle kritisiert er bürgerliche Ökonomen als „Pharisäer der politischen Ökonomie“ (MEW 23, S. 313) oder verwendet „pharisäisch“ als Eigenschaft (MEW 23, S. 713). Es wird deutlich, dass hier der Begriff „Pharisäer“ gleichbedeutend mit „Heuchler“ verwendet wird. Auch in einer Reihe anderer Stellen, in journalistischen Arbeiten, benutzt Marx den Begriff „Pharisäer“ in diesem Sinne, spricht von „Pharisäer der Politik“ (MEW 8, S. 348), von „bürgerlichen Schriftgelehrten und Pharisäern“ (MEW 6, S. 348 sowie MEW 26.2, S. 63), vom „Pharisäertum“ (MEW 17, S. 375) oder von „pharisäisch“ als Eigenschaft (MEW 1, S. 515, MEW 2, S. 488, MEW 14, S. 633, MEW 15, S. 192, MEW 23, S. 12, „Vorwort zur ersten Auflage ‚Das Kapital‘“)

⁶⁴⁴ Zur bis heute andauernden Diskussionen über Shylock, insbesondere aber auch die Einschätzung von Heine und Börne, siehe „Zur Problematik von Böernes und Heines

Kampf gegen die Judenfeindschaft im Zusammenhang mit ihrer Verteidigung von Shakespeares Stück „Der Kaufmann von Venedig“ in: Kollektiv von Autorinnen und Autoren: Der Kampf gegen Judenfeindschaft von Saul Ascher bis Heinrich Heine (1812 bis 1843), Offenbach 2018, S. 179–187. Lediglich knapp angeführt seien hier noch die anderen Quellen, wo Marx und Engels diese Formulierung noch verwenden: Marx, Verhandlungen des 6. rheinischen Landtags von einem Rheinländer, Dritter Artikel: Debatten über das Holzdiebstahls-gesetz, in: „Rheinische Zeitung“ Nr. 298 vom 25. Oktober 1842, MEW 1, S. 121 und 141; Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, Januar 1844, MEW 1, S. 380; Marx, Bürgerkrieg in Frankreich, 1871, MEW 17, S. 327; Marx, Zweiter Entwurf zum „Bürgerkrieg in Frankreich“, 1871, MEW 17, S. 599, die Entwürfe wurden das erste Mal in der MEW veröffentlicht. Engels, Brief an Bebel, 18./23.3.1875, MEW 19, S. 8, zuerst veröffentlicht in: August Bebel, „Aus meinem Leben“, 2. Teil, Stuttgart 1911.

⁶⁴⁵ Erstmals veröffentlicht in „Neue Rheinische Zeitung. Politisch-ökonomische Revue“, Fünftes und Sechstes Heft, Mai–Oktober 1850, Hamburg, geschrieben in London, redigiert von Marx. Als Broschüre von Engels 1870 neu herausgegeben mit einer Vorbemerkung. Aufgrund großer Nachfrage erfolgte 1875 eine weitere Ausgabe mit einer Vorbemerkung von Engels, die jene von 1870 ergänzte (MEW 7, S. 537–542). Die Fassung in den MEW des Dietz Verlags basiert auf der Ausgabe von 1875, die alle inhaltlichen Abweichungen von der Erstveröffentlichung in Fußnoten festhält. (Siehe Anmerkung 212, MEW 7, S. 604)

⁶⁴⁶ Siehe hierzu: Kollektiv von Autorinnen und Autoren: Der Kampf gegen Judenfeindschaft von Reuchlin bis Rosheim (11. Jahrhundert bis Anfang des 18. Jahrhunderts, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 2013, S. 109 ff.

⁶⁴⁷ Erstmals veröffentlicht als Artikelserie in der Monatszeitschrift „Neue Rheinische Zeitung. Politisch-ökonomische Revue“, dem Organ des Bundes der Kommunisten, in Heft 1 bis 3, Januar–März 1850, Fünftes und Sechstes Heft, Mai–Oktober 1850, in London redigiert und in Hamburg gedruckt, als Erscheinungsorte sind Hamburg, London, New York auf dem Umschlag angegeben. Neuherausgabe als Broschüre 1895 in Berlin durch Engels, der dazu eine Einleitung verfasste (MEW 7, S. 511–527), ebenso Veröffentlichung in der „Neuen Zeit“, allerdings mit verkürzter Einleitung aufgrund von opportunistischen Einwänden des Parteivorstands der SPD. Die vollständige Einleitung wurde auf Basis des Manuskripts später in der Sowjetunion veröffentlicht. (Siehe Anmerkungen 6 und 332 in MEW 7, S. 575 bzw. S. 623 f.).

⁶⁴⁸ Marx und Engels besprechen im Artikel „Rezensionen“ aus der „Neuen Rheinischen Zeitung. Politisch-ökonomische Revue“. Zweites Heft, Februar 1850 u. a. auch eine Broschüre eines Herrn Guizot von 1850, der Minister unter der Julimonarchie bis 1848 war. Diese Broschüre wird u. a. folgendermaßen kritisiert: „...während er (Guizot, A.d.V.) in Wirklichkeit nichts anderes tat, als den ganzen französischen Staat und die ganze französische Gesellschaft Stück für Stück an die Finanzjuden der Pariser Börse zu verschachern.“ (MEW 7, S. 208) Hier benutzen Marx und Engels ein zentrales jüdenfeindliches Stereotyp aus der damaligen Zeit in Frankreich: „Frankreich“ (Staat und Gesellschaft) werde an die „Finanzjuden“, an die „Börsenjuden“ „verschachert“.

⁶⁴⁹ „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“ wurde erstmals veröffentlicht im ersten Heft der Zeitschrift „Die Revolution. Eine Zeitschrift in zwanglosen Heften“ in New York 1852 durch Joseph Weydemeyer, der aus finanziellen Gründen nur eine unbedeutende Anzahl von Exemplaren nach Europa liefern konnte. Die zweite Ausgabe des Werkes erschien in von Marx leicht überarbeiteter Form 1869 in Hamburg mit einem kurzen Vorwort (MEW 8, S. 559 f.), auf der auch die Fassung in den MEW basiert. Die dritte Auflage erschien 1885 unter der Redaktion von Engels mit wenigen stilistischen Änderungen mit einer Vorrede von Engels (MEW 8, S. 561 f.). Die französische Übersetzung wurde zuerst im Organ der Arbeiterpartei Frankreichs, der Wochenschrift „Le Socialiste“, vom Januar bis November 1891 veröffentlicht, dann auch in Buchform in Lille (siehe Anmerkung 58 in MEW 8, S. 617 f.).

⁶⁵⁰ Zuerst veröffentlicht als Serie von 19 Artikeln vom Oktober 1851 bis Oktober 1852 in englischer Sprache in der „New-York Daily Tribune“ mit der Unterschrift von Marx, obwohl diese hauptsächlich von Engels in London geschrieben wurden, wobei er als Quelle die „Neue Rheinische Zeitung“ benutzte. Die erste Ausgabe in Buchform mit dem Titel „Revolution and Counter-Revolution or Germany in 1848“ wurde 1896 in englischer Sprache von Marx’ Tochter Eleanor Marx-Aveling herausgegeben. 1896 wurde die Schrift dann erstmals in deutscher Sprache in Stuttgart herausgegeben, übersetzt von Karl Kautsky (siehe dazu die Einleitung von 1948 von Hans Mayer in der Ausgabe des Dietz Verlags von 1951). Im Jahr 1900 erschien eine französische Übersetzung von Marx’ Tochter Laura Lafargue. Die erste Ausgabe in russischer Sprache erschien 1900 in London (siehe Anmerkung 1 in MEW 8, S. 607). Auf der Grundlage der englischen Ausgabe von 1896 erfolgte 1940 eine Neuauflage in deutscher Übersetzung vom Verlag für fremdsprachige Literatur Moskau.

⁶⁵¹ Zuerst veröffentlicht als polemische Artikelserie gegen die kurz davor erschienenen Artikel eines Proudhonisten in der Tageszeitung „Der Volksstaat“, Organ der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Eisenacher), von 1869 bis 1876 in Leipzig herausgegeben. Der erste Abschnitt ist in drei Nummern vom Juni/Juli 1872 erschienen, der zweite Abschnitt in vier Nummern vom Dezember 1872/Januar 1873 und der dritte Abschnitt in vier Nummern vom Februar 1873. Unmittelbar nach der Publikation im „Volksstaat“ wurden alle drei Abschnitte im Verlag des „Volksstaats“ 1872/73 als einzelne Hefte herausgegeben. Der zweite Abschnitt „Wie die Bourgeoisie die Wohnungsfrage löst“ wurde außerdem im Januar 1873 in den Nummern der österreichischen Zeitung „Volkswille“ nachgedruckt, in der die kritisierten Artikel zuerst erschienen waren. Im Jahre 1887 wurde die Arbeit von Engels unter dem Titel „Zur Wohnungsfrage“ als zweite durchgesehene Auflage in Hottingen-Zürich neu herausgegeben mit einigen Änderungen und Ergänzungen, worauf die Ausgabe des Dietz Verlags beruht (MEW 18, S. 209–287), und mit einem Vorwort von Engels versehen (MEW 18, S. 647–655). (Siehe Anmerkung 214 in MEW 18, S. 735)

⁶⁵² Interessanterweise sind uns keine Versuche bekannt, die problematischen oder auch falsch formulierten Einschätzungen von Marx und Engels zu Posen als Belegstellen für jüdenfeindliche Propaganda oder Agitation zu nutzen – ganz anders als bei der Schrift

von Marx „Zur Judenfrage“ von 1844. Auch antikomunistische Theoretiker wie Edmund Silberner und andere gehen kaum oder gar nicht auf die hier analysierten Äußerungen von Marx und Engels zu Posen ein.

⁶⁵³ Siehe Kemlein, Sophia: Die Posener Juden 1815–1848, Hamburg 1997, S. 302, basierend auf: Stocki, Eduard: Die Teilnahme jüdischer Ärzte am Posener Aufstand 1848

⁶⁵⁴ Kemlein, Sophia: Die Posener Juden 1815–1848, Hamburg 1997, S. 309

⁶⁵⁵ Engels selbst plante in den 40er Jahren für diese sogenannten Frühsozialisten ein eigenes Archivprojekt zu gründen, damit ihre Schriften nicht verloren gehen. Engels übersetzte dann 1845/46 von Fourier eine Schrift über den Handel und verfasste eine Einleitung dazu. (Siehe Engels, Friedrich: Ein Fragment Fouriers über den Handel (1845), MEW 2, S. 604 f. Fouriers Text selbst ist in den MEW nicht enthalten.) Das Studium dieser Schrift Fouriers deutet schon an, was mit einem Blick auf andere Schriften deutlich bewiesen werden kann. Ähnlich wie später Proudhon sah Fourier das eigentliche Übel und die Ursache des sozialen Elends im Handel. Von hier war es nur noch ein Schritt – auch hier war Fourier Vorläufer von Proudhon –, die Juden als angebliche Träger des Handels zu den personellen Trägern der sozialen Ungerechtigkeit zu erklären, sie zu diffamieren und anzuprangern. In dieser Schrift von Fourier wird ein jüdischer Kaufmann als Beispiel für Wucher, Schwindel und Betrug angeführt. (Siehe dazu genauer: Kollektiv von Autorinnen und Autoren: Zum Kampf von Karl Marx gegen Judenfeindschaft. Stärken und Probleme des Kampfs von Karl Marx für jüdische Emanzipation und gegen den Judenfeind Bruno Bauer (1844/45), Offenbach 2013, S. 123 f.) August Bebel hat dann die Judenfeindschaft Fouriers in seinem Buch kritisiert: „Charles Fourier. Sein Leben und seine Theorien“, Stuttgart 1890. Bebel kommt zu dem sehr richtigen Schluss: „Man sieht, Fouriers Angriffe gegen die Juden, in welchen er sich noch weiter ergeht, decken sich fast wortgetreu mit den Angriffen unserer heutigen Antisemiten.“ (S. 219 f.)

⁶⁵⁶ Auch in Briefen von Marx und Engels sind Formulierungen über polnische Juden zu finden. In einem Brief von Marx an Engels, 9.2.1860, heißt es in unerträglicher Weise: „Man denke sich die Plastizität dieses ungrischsten aller Wasserpollackischen Juden.“ (MEW 30, S. 30) In einem Brief von Engels an Paul Ernst, 5.6.1890, heißt es, dass der „polnische Jude die Karikatur der Juden ist“ (MEW 37, S. 412). In einem Brief von Engels an Paul Lafargue, 22.7.1892, geht Engels sogar so weit, dass er behauptet, er fange an „den französischen Antisemitismus zu verstehen“. Begründet wird dies bei Engels mit dem „Verhalten“ der „Juden polnischen Ursprungs“ in Paris: „Ich fange an, den französischen Antisemitismus zu verstehen, wenn ich sehe, wie diese Juden polnischen Ursprungs und mit deutschen Namen sich überall einschleichen, sich alles herausnehmen und sich überall vordrängen, bis sie die öffentliche Meinung der Stadt des Lichts (Paris, A.d.V.) bestimmen, auf die der simple Pariser so stolz ist und die er für die höchste Macht des Universums hält.“ (MEW 38, S. 403) Hier jagt eine Pauschalisierung die andere und die Beschreibung von Engels hat wirklich nichts mehr mit der Realität zu tun. Engels versteigt sich sogar zu der völlig absurden Behauptung, dass „Juden polnischen Ursprungs“ die öffentliche Meinung bestimmen könnten. In einem weiteren Brief von Engels an Laura Lafargue, 27.10.1893, geht es um das „Geschäftsgebaren“ eines „polnischen Juden“ (MEW 39, S. 157).

⁶⁵⁷ In einer redaktionellen Endnote zur „New-York Daily Tribune“ im Anhang zu MEW 13 wird ohne weitere Angaben behauptet, die Redaktion der Zeitung habe in vielen Fällen willkürliche Änderungen am Text der Artikel von Marx vorgenommen. Außerdem seien Artikel von Marx ohne Unterschrift des Verfassers als redaktionelle Leitartikel veröffentlicht worden. Ab Mitte 1855 habe die Zeitung alle Artikel von Marx und Engels ohne Unterschrift veröffentlicht. Gegen diese Übergriffe habe Marx wiederholt protestiert (siehe MEW 13, S. 660 f.).

⁶⁵⁸ Im Brief von Engels an Marx vom 23.5.1851 ist die Rede von Juden, die „slawische Backenknochen“ bekommen würden (MEW 27, S. 267).

⁶⁵⁹ Ähnlich auch in den folgenden Briefen: Brief von Engels an Marx, 19.8.1846, MEW 27, S. 34, und Brief von Engels an Marx, 31.7.1851, MEW 27, S. 291, wo bestimmte Personen als geldgierige Juden dargestellt werden. Brief von Engels an Marx, 9.6.1856, Brief von Engels an Carl Siebel, 4.6.1862 (MEW 30, S. 624), Brief von Marx an Engels, 2.11.1864 (MEW 31, S. 6), Brief von Engels an Marx, 11.2.1868 (MEW 32, S. 32), Brief von Engels an Marx, 8.10.1868 (MEW 32, S. 177), Brief von Engels an Marx, 1.2.1870 (MEW 32, S. 433), in einem Brief von Marx an Engels, 25.8.1879, ist von „Juden und Flöhen“ die Rede, Brief von Engels an Marx, 5.12.1873 (MEW 33, S. 98), Brief von Marx an Jenny Longuet, 11.4.1881 (MEW 35, S. 178), Brief von Engels an Laura Lafargue, 26.4.1887 (MEW 36, S. 645), Brief von Engels an N. F. Danielson, 5.1.1888 (MEW 37, S. 7/8), Brief von Engels an A. Bebel, 1.12.1891 (MEW 38, S. 228), Brief von Engels an Laura Lafargue, 6.1.1892 (MEW 38, S. 248)

⁶⁶⁰ Ähnlich auch in den folgenden Briefen: Marx an Engels, 25.05.1859 (MEW 28, S. 442), Engels an Marx, 9.06.1856 (MEW 28, S. 333), Engels an Kautsky, 17.05.1892 (MEW 28, S. 339), Marx an Engels, 10.4.1856 (MEW 29, S. 38 f.), Marx an Engels, 25.5.1859 (MEW 29, S. 442), Marx an Engels, 8.7.1870 (MEW 32, S. 527), Marx an F. A. Sorge, 19.9.1879 (MEW 34, S. 176), Engels an Marx, 9.6.1856 (MEW 29, S. 333, ebenso zu finden auf S. 401, 402, 404), Marx an Engels, 10.5.1861 (MEW 30, S. 165). Der Brief von Marx an Engels vom 30.7.1862 enthält von allen Briefen die unerträglichsten Beschimpfungen gegen Lassalle und wird auch von antikommunistischer Seite immer wieder zitiert. In diesem Marx-Brief an Engels ist die Rede von „der jüdische Nigger Lassalle“, von Lassalle als „jüdischer Baron“ und „Verbindung von Judentum und Germanentum mit der negerhaften Grundsubstanz“ sowie „niggerhaft“ (MEW 30, S. 257–259). Engels an Marx zu Lassalles Tod, 4.9.1864 (MEW 30, S. 429), Engels an Joseph Weydemayer, 24.11.1864 (MEW 31, S. 423)

⁶⁶¹ Engels, Friedrich: Zur Geschichte des Urchristentums, 1894, MEW 22 sowie Engels, Friedrich: Bruno Bauer und das Urchristentum, 1882, MEW 19. Siehe auch den Brief von Engels an Marx, 26.5.1853 (MEW 28, S. 246 f.)

⁶⁶² Siehe insbesondere Marx, Karl / Engels, Friedrich: Die deutsche Ideologie, 1847, MEW, 3, S. 92, S. 146, 163 f. und S. 372

⁶⁶³ Siehe MEW 1, S. 40 und S. 380, MEW 4, S. 437, MEW 7, S. 57, MEW 8, S. 237 f., MEW 9, S. 341 f. Ebenfalls in Briefen: MEW 27, S. 344, MEW 30, S. 415 sowie MEW 41, Ergänzungsband Schriften bis 1844 Teil II, S. 39, S. 122, S. 174, S. 225, S. 232, S. 425, S. 465.

⁶⁶⁴ Übrigens: Dass jüdische Menschen wie Marx und Lassalle sich untereinander auf das Übelste jüdenfeindlich beschimpft haben, ist zwar unerträglich, aber doch deutlich von ähnlichen Tiraden zu unterscheiden, die von nichtjüdischen Personen ausgehen. Es ist zum Beispiel etwas anderes, ob türkische Jugendliche sich untereinander als „Kanake“ bezeichnen oder ob dieser Ausdruck von deutschen Jugendlichen kommt und als Beschimpfung verwendet wird.

⁶⁶⁵ Alle Seitenangaben in diesem Beitrag zu Treitschke beziehen sich auf: Der ‚Berliner Antisemitismusstreit‘ 1879–1881. Kommentierte Quellenedition. Im Auftrag des Zentrums für Antisemitismusforschung bearbeitet von Karsten Krieger, Teil 1, München 2003. Die Fußnoten im Treitschke-Text haben wir von dieser Ausgabe übernommen.

⁶⁶⁶ Brief des Verlegers Georg Reimers an Treitschke vom 31.12.1879, Zitiert nach: Jensen, Uffa: Gebildete Doppelgänger. Bürgerliche Juden und Protestanten im 19. Jahrhundert, Göttingen 2005, S. 153

⁶⁶⁷ An dieser Stelle beginnt die Version von „Unsere Aussichten“ in dem von Walter Boehlich herausgegebenen Band „Der Berliner Antisemitismusstreit“, Frankfurt/M. 1965.

⁶⁶⁸ Am 11. Mai und am 2. Juni 1878 wurden auf Wilhelm I. zwei Attentate verübt. Obwohl sich in beiden Fällen keine Verbindung zwischen den Attentätern zur Sozialdemokratie nachweisen ließ, nutzte Bismarck den propagandistischen Effekt der Anschläge, um die Nationalliberalen zur Zustimmung zum „Sozialistengesetz“ zu bewegen, das am 18. Oktober 1878 vom Reichstag verabschiedet wurde.

⁶⁶⁹ Die Synode fand Ende Oktober bis Anfang November 1879 in Berlin statt.

⁶⁷⁰ Bei den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus in Breslau und Berlin wurde die Parole „Wählt keinen Juden“ propagiert. Siehe Marr, Wilhelm: Wählt keinen Juden! Der Weg zum Siege des Germanentums über das Judentum. Ein Mahnwort an die Wähler nichtjüdischen Stammes aller Konfessionen, Berlin 1879, zitiert nach: Holz, Klaus: Nationaler Antisemitismus, Hamburg 2001, S. 186

⁶⁷¹ Mit diesem Satz beginnt diejenige Version von „Unsere Aussichten“, die in der im Januar 1880 erstmals veröffentlichten Flugschrift „Ein Wort über unser Judenthum“ abgedruckt wurde.

⁶⁷² Die Herkunft und ursprüngliche Bedeutung des Ausdrucks ist bislang ungeklärt. Die Auffassung, „Hep“ meine „Hierosolyma est perdita“ (Jerusalem ist verloren) ist nicht zweifelsfrei belegbar. Einer anderen Auslegung zufolge, bedeutet „HEP“ „Hebräer, Edelleute [und] Potentaten“, gegen die sich während der Aufrührerbewegungen in Deutschland im Jahre 1819 angeblich der Volkszorn gerichtet habe. Jedenfalls war seit den jüdenfeindlichen Ausschreitungen in diesem Jahre, den sogenannten Hep-Hep-Krawallen, der Ausdruck in Deutschland ein gängiger Topos für antijüdische Hetze und Verfolgungen.

⁶⁷³ Die Passage bezieht sich auf die Kandidatur Eduard Laskers zu den preußischen Abgeordnetenhauswahlen 1879. Nachdem Lasker in Frankfurt/Main als Kandidat der Nationalliberalen durchgefallen war, erhielt er, allerdings gegen gewichtige Stimmen in der eigenen Partei, eine Kandidatur in Breslau. Zwar existierte in Breslau zu dieser Zeit tatsächlich eine antisemitische Agitation gegen Lasker; – die Tatsache, daß er die Wahl gegen seinen konservativen Gegenkandidaten verlor, ist jedoch wohl eher der

halbherzigen Unterstützung seitens seiner eigenen Partei, der Tatsache, daß Nationalliberale und Fortschrittliche in Breslau miteinander in Streit lagen, sowie dem Umstand zuzuschreiben, dass Lasker in dieser Stadt bislang verhältnismäßig unbekannt war (vgl. dazu: Einige Gedanken in der gegenwärtigen Situation, in: Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 48, 25. November 1879).

⁶⁷⁴ Johann Andreas Eisenmenger war kein Jude.

⁶⁷⁵ Unklar ist, ob mit der Bemerkung Salomon Veit, ein jüdischer Bankier und erster jüdischer Stadtverordneter in Berlin (1809) oder Moritz Veit, ein jüdischer Verleger und Mitglied des Frankfurter Vorparlamentes gemeint ist.

⁶⁷⁶ Gemeint ist vermutlich das engl. „stump“ im Sinne von „Wahlrede“.

⁶⁷⁷ Tacitus beschreibt an dieser Stelle die Hinrichtung der Christen, die auf Befehl Neros 64 n. Chr. erfolgte. Diesen hatte der Kaiser die Schuld am Brand Roms zugeschoben, um den Verdacht der Brandstiftung von sich selber abzulenken: „Um daher dieses Gerede zu vernichten, gab Nero denen, welche wegen ihrer Schandtaten verhasst das Volk Christianer nannte, die Schuld, und belegte sie mit den ausgesuchtesten Strafen.“ (Boetcher, Wilhelm: Des P. Cornelius Tacitus Werke, Leipzig 1865, S. 261)

⁶⁷⁸ Im Folgenden zitiert nach: Merker, Paul: Deutschland – Sein oder nicht sein?, Band 2, Das Dritte Reich und sein Ende, Mexiko 1945, westdeutsche Erstausgabe: Frankfurt 1972

⁶⁷⁹ Bemerkungen zum gesamten Band 2 seines Buches sind enthalten in: Autorenkollektiv: Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945–1946), Offenbach 2002, dort: Anhang 4: Bemerkungen zu: Paul Merker, „Das Dritte Reich und sein Ende“, S. 534–536

⁶⁸⁰ Im Folgenden zitiert nach: Kahn, Siegbert: Antisemitismus und Rassenhetze – eine Übersicht über ihre Entwicklung in Deutschland, Berlin 1948

⁶⁸¹ Anhänger von Marx wurden etwa als „gelehrte Mühlendammer“ bezeichnet. Der Mühlendamm galt damals als „jüdisches Viertel“ (Kahn, Siegbert: Antisemitismus und Rassenhetze – eine Übersicht über ihre Entwicklung in Deutschland, Berlin 1948, S. 54).

⁶⁸² Im Folgenden zitiert nach: Görschler, Henry: Die revolutionäre Arbeiterbewegung und ihr Verhältnis zum Antisemitismus, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig. Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe, 14. Jg., Heft 3, 1965, S. 539–551

Literaturverzeichnis

Zeitschriften und Zeitungen sowie Briefe und kleinere Artikel von Marx und Engels werden direkt im Text zitiert und wurden nicht ins Literaturverzeichnis aufgenommen.

Ahlwardt, Hermann: Der Verzweiflungskampf der arischen Völker mit dem Judentum, Berlin 1890

Ahlwardt, Hermann: Judenflinten (Broschüre), Dresden 1892

Arons, Leo: Bauer und Edelman in Preußen, Frankfurt (Oder) 1894

Autorenkollektiv, Lehrbuch der politischen Ökonomie, J.W. Stalin, Ökonomische Probleme des Sozialismus, Nachdruck: Offenbach 1997

Auerbach, Leopold: Das Judentum und seine Bekenner, Berlin 1889

Auerbach, Leopold: Wie ist die Judenhetze mit Erfolg zu bekämpfen?, Berlin 1893

Bahr, Hermann (Hrsg.): Der Antisemitismus. Ein internationales Interview, Interview mit August Bebel, Berlin 1894

Bartel, Horst u. a.: Der Sozialdemokrat, Berlin 1975

Bartel, Horst: Marx und Engels im Kampf um ein revolutionäres deutsches Parteiorgan 1879–1890, Berlin 1961

Bartel, Horst / Dlubek, Rolf / Gemkow, Heinrich: August Bebel Ausgewählte Reden und Schriften, Band 1, München, New Providence, London, Paris 1995

Bauer, Bruno: Das Judentum in der Fremde, Separatabdruck aus dem Wegenerschen Staats- und Gesellschafts-Lexikon, Berlin 1863

Bautz, Franz J.: Geschichte der Juden, von der biblischen Zeit bis zur Gegenwart, München 1987

Bebel, August: Ausgewählte Reden und Schriften, Band 2/1, Reden und Schriften 1890–1895, München, New Providence, London, Paris 1995

Bebel, August: Ausgewählte Reden und Schriften, Band 3, Reden und Schriften 1890–1895, München, New Providence, London, Paris 1995

Bebel, August: Ausgewählte Reden und Schriften, Band 5, Briefe 1890–1899, München, New Providence, London, Paris 1995

Bebel, August: Aus meinem Leben, Band II, Berlin 1947

Bebel, August: Charles Fourier. Sein Leben und seine Theorien, 1890, Leipzig 1978

Bebel, August: Die mohammedanisch-arabische Kulturperiode, Bremen 2013 (1. Auflage 1883, Neuveröffentlichung nach der 2. Auflage 1884)

Bebel, August: Parteitagsrede „Sozialdemokratie und Antisemitismus“, in: Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Köln vom 22. bis 28. Oktober 1893, Berlin 1893

Bebel, August: Parteitagsresolution von 1892, in: Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Berlin vom 14.–21. November 1892, Berlin 1892

Bebel, August: Sozialdemokratie und Antisemitismus, Berlin 1904

Bebel, August: Sozialdemokratie und Antisemitismus, Berlin 1906

Bebel, August: Staatssozialismus und Sozialdemokratie, Rede auf dem SPD-Parteitag 1892 in Berlin, Ausgewählte Reden und Schriften, Band 3, München 1995

Bein, Alex: Die Judenfrage. Biographie eines Weltproblems, Band 1 und 2, Stuttgart 1980

Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Nr. 10, Berlin 1968

Ben-Sasson, Haim Hillel (Hrsg.): Geschichte des jüdischen Volkes. Erstauflage Tel Aviv 1969, Deutsche Ausgabe in einem Band, Frankfurt 1992

Benz, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft Geschichte und Gegenwart, Berlin 2009, Band 2/1, Personen A–K

Benz, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung 2, Frankfurt New York 1992

Benz, Wolfgang / Bergmann, Werner (Hrsg.): Vorurteil und Völkermord – Entwicklungslinien des Antisemitismus, Freiburg 1977

Berding, Helmut: Moderner Antisemitismus in Deutschland, Stuttgart 1988

Bernstein, Eduard: Das Schlagwort und der Antisemitismus, in: Bernstein, Eduard: „Ich bin der Letzte, der dazu schweigt“. Texte in jüdischen Angelegenheiten, hrsg. von Ludger Heid, Potsdam 2004

Bernstein, Eduard: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Stuttgart 1899

Bernstein, Eduard: Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, 2. Teil, Berlin 1907

Bernstein, Eduard: „Ich bin der Letzte, der dazu schweigt“. Texte in jüdischen Angelegenheiten, hrsg. von Ludger Heid, Potsdam 2004

Bernstein, Eduard: Zu Fragen der Judenfeindschaft 1897–1914, in: Sozialistische Monatshefte, August 2016, o. O.

Blaschke, Olaf: Katholizismus und Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich, Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Band 122, Göttingen 1999

Bloch, Joseph Samuel: Akten und Gutachten im Prozess Rohling contra Bloch, Wien 1890

Blumenberg, Werner (Hrsg.): August Bebels Briefwechsel mit Friedrich Engels, London – The Hague – Paris 1965

Boehlich, Walter (Hrsg.): Der Berliner Antisemitismusstreit, Frankfurt/M. 1965

Böhme, Gernot: Rembrandt – der wahre Deutsche, Neue Zürcher Zeitung, 15.7.2006

Boetcher, Wilhelm: Des P. Cornelius Tacitus Werke, Leipzig 1865

Braun, Christina / Heid, Ludger (Hrsg.): Der ewige Jud, Stuttgart, Bonn 1990

Cahan, Abraham: Bleter fun mein leben, 3 Bände, New York 1926

Chamberlain, Houston Stewart: Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts, München 1912

Carsten, Francis L.: August Bebel und die Organisation der Massen, Berlin 1991

Daimvaell, George: Erbauliche und seltsame Historia von Rothschild I. König der Juden. Von Satan, Berlin 1846

Delitsch, Franz: Rohling's Talmudjude beleuchtet, Leipzig 1881

Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstag, Tätigkeitsberichte und Wahlaufufe aus den Jahren 1871 bis 1893, Berlin 1909

Die Stellung der Arbeiter zur Judenfrage, Berlin 1881

Dubnow, Simon: Die neueste Geschichte des jüdischen Volkes. 1789–1914. II. Band. Berlin, 1920

Dubnow, Simon: Weltgeschichte des jüdischen Volkes, Von seinen Uranfängen bis zur Gegenwart, in zehn Bänden, Die neueste Geschichte, Band IX: Das Zeitalter der ersten Reaktion und der zweiten Emanzipation (1815–1881), Berlin 1929

Dubnow, Simon: Weltgeschichte des jüdischen Volkes, Von seinen Uranfängen bis zur Gegenwart, in zehn Bänden, Die neueste Geschichte, Band X: Das Zeitalter der zweiten Reaktion (1880–1914), Berlin 1929

Dühring, Eugen: Der Ersatz der Religion – und Vollkommenes und die Ausscheidung alles Jüdarthums durch den modernen Völkergeist, Karlsruhe und Leipzig 1883 (letzte Auflage Leipzig 1928)

Dühring, Eugen: Der Wert des Lebens – eine philosophische Betrachtung, 5. verbesserte Auflage, Leipzig 1894

Dühring, Eugen: Die Judenfrage als Racen-, Sitten- und Culturfrage, Karlsruhe und Leipzig 1881

Dühring, Eugen: Die Parteien in der Judenfrage, Chemnitz 1882

Dühring, Eugen: Die Überschätzung Lessings und dessen Anwaltschaft für die Juden, 1. Auflage Karlsruhe und Leipzig 1881

Dühring, Eugen: Kritische Geschichte der Nationalökonomie und der Sozialismus“, Leipzig 1900

Duncker, Hermann: Einführung in den Marxismus, Band 1, Berlin 1958

Dunker, Hermann, Goldschmidt, Alfons, Wittfogel K. A.: Kursus Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung, Berlin Wien 1930, Reprint Erlangen 1970

Eckhardt, Georg (Hrsg.): Wilhelm Liebknecht. Briefwechsel mit Karl Marx und Friedrich Engels, The Hague 1963

Elbogen, Ismar / Sterling, Eleonore: Die Geschichte der Juden in Deutschland, Frankfurt/M. 1988

Engels, Friedrich: Rede auf der Gedenkfeier (in Brüssel am 22.2.1848 zum 2. Jahrestag des Krakauer Aufstandes von 1846), Marx Engels Werke Band 4, Berlin 1977

Engels, Friedrich: Die Bewegungen von 1847, Artikel in: „Deutsche-Brüsseler-Zeitung“ Nr. 7 vom 23. Januar 1848, Marx Engels Werke Band 4, Berlin 1977

Engels, Friedrich: Der Prager Aufstand, Neue Rheinische Zeitung, Nr. 18, 18. Juni 1848, Marx Engels Werke Band 5, Berlin 1959

Engels, Friedrich: Die Berliner Debatte über die Revolution, 1848, Marx Engels Werke Band 5, Berlin 1959

Engels Friedrich: Einleitung zu „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“ von Karl Marx (Ausgabe 1895), Marx Engels Werke Band 7, Berlin 1960

Engels, Friedrich: Der deutsche Bauernkrieg, erstmalig veröffentlicht in „Neue Rheinische Zeitung. Politisch-ökonomische Revue“, Fünftes und Sechstes Heft, Mai–Oktober 1850, Hamburg, Marx Engels Werke Band 7, Berlin 1960

Engels, Friedrich: Vorbemerkung zu „Der deutsche Bauernkrieg“ (Ausgabe 1870), Marx Engels Werke Band 7, Berlin 1960

Engels, Friedrich: Revolution und Konterrevolution in Deutschland, geschrieben August 1851 bis September 1852, veröffentlicht in mehreren Ausgaben der Zeitung New-York Daily Tribune von Oktober 1851 bis Oktober 1852, Marx Engels Werke Band 8, Berlin 1960

Engels, Friedrich: Vorbemerkung zum zweiten Abdruck „Der Deutsche Bauernkrieg“, 1870, Marx Engels Werke Band 16, Berlin 1962

Engels, Friedrich: Was hat die Arbeiterklasse mit Polen zu tun?, Artikel in: „The Commonwealth“ Nr. 159 vom 24.3.1866, Marx Engels Werke Band 16., Berlin 1962

Engels, Friedrich: Über den Gründungsschwindel in England, Artikel in: „Der Volksstaat“, Nr. 91 vom 11. November 1871, Marx Engels Werke Band 17, Berlin 1962

Engels, Friedrich: Zur Wohnungsfrage, 1872/73, Marx Engels Werke Band 18, Berlin 1976

Engels, Friedrich: Bruno Bauer und das Urchristentum, 1882, Marx Engels Werke Band 19, Berlin 1987

Engels, Friedrich: Wie der Pindter flunkert, 2. November 1882, Marx Engels Werke Band 19, Berlin 1987

Engels, Friedrich: Bismarck und die deutsche Arbeiterpartei, 1881, Marx Engels Werke Band 19, Berlin 1987

Engels, Friedrich: Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten, Marx Engels Werke Band 21, Berlin 1962

Engels, Friedrich: Über den Antisemitismus, 1890, Marx Engels Werke Band 22, Berlin 1977

Engels, Friedrich: Interview mit dem Korrespondenten der Zeitung „L'Éclair“ am 1. April 1892, Marx Engels Werke Band 22, Berlin 1977

Engels, Friedrich: Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland, 1894, Marx Engels Werke Band 22, Berlin 1977

Engels, Friedrich: Zur Geschichte des Urchristentums, 1894, Marx Engels Werke Band 22, Berlin 1977

Engels, Friedrich / Marx, Karl: Manifest der Kommunistischen Partei, 1848, Marx Engels Werke Band 4, Berlin 1977

Engels, Friedrich / Marx, Karl: Rezensionen aus der „Neuen Rheinischen Zeitung. Politisch-ökonomische Revue“. Viertes Heft, April 1850, Marx Engels Werke Band 7, Berlin 1960

Engels, Friedrich / Marx, Karl: Zirkularbrief an Bebel, Liebknecht, Bracke u. a, 17./18. September 1879, Marx Engels Werke Band 19, Berlin 1987

Engels, Friedrich / Marx, Karl: Die auswärtige deutsche Politik und die letzten Ereignisse zu Prag, Artikel in: „Neue Rheinische Zeitung“ Nr. 42, 12. Juli 1848, Marx Engels Werke Band 5, Berlin 1959

Erb, Rainer / Bergmann, Werner: Die Nachtseite der Judenemanzipation. Der Widerstand gegen die Integration der Juden in Deutschland 1780–1860, Berlin 1989

Falk, Kurt: Antisemitismus und Sozialdemokratie, Elberfeld 1892

Fasel, Peter: Theodor Fritsch: Ein Vordenker der Judenhasser. Die Zeit, 7.11.2013, Nr. 46/2013

Felden, Klemens: Die Übernahme des antisemitischen Stereotyps als soziale Norm durch die bürgerliche Gesellschaft Deutschlands (1975–1990), Universität Heidelberg 1963

Fischer, Hans-Dietrich (Hrsg.): Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, München 1972

Fischer, Jens Malte: Richard Wagners „Das Judentum in der Musik“, Frankfurt am Main 2000

Fischer, Lars: The Socialist Response to Antisemitism in Imperial Germany, New York 2007

Freytag, Gustav: Soll und Haben, Nachdruck Leipzig 2002

Fricke, Dieter (Hrsg.): Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessensorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945. Band I, Leipzig 1968

Fricke, Dieter: Die deutsche Arbeiterbewegung 1869 bis 1914, Organisation und Tätigkeit, Berlin 1976

Fricke, Dieter: Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1987, Band 1 und 2

Fricke, Dieter: Zur Organisation und Tätigkeit der deutschen Arbeiterbewegung (1890–1914), Leipzig 1962

Friedländer, David: Über die Verbesserung der Israeliten im Königreich Polen, Berlin 1819

Fritsch, Theodor: Antisemiten-Katechismus, Leipzig 1893

Fritsch, Theodor: Handbuch der Judenfrage, Berlin 1944

Fuld, Ludwig: Antisemitismus in der Wissenschaft, in: Im deutschen Reich, Heft 8, Mainz 1899

Gamm, Hans-Jochen: Judentumskunde – Eine Einführung, München, 1964

Gemkow, Heinrich: Paul Singer, ein bedeutender Führer der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1957

Gemkow, Heinrich: Paul Singer. Vom bürgerlichen Demokraten zum Führer der deutschen Arbeiterbewegung (1862–1890), Dissertation, Berlin 1959

Gidal, Nachum T.: Die Juden in Deutschland von der Römerzeit bis zur Weimarer Republik, Köln 1997

Glagau, Otto: Der Börsen- und Gründungsschwindel in Berlin, Leipzig 1876

Gobineau, Arthur de: Versuch über die Ungleichheit der Menschenrassen, Band 1, Stuttgart 1902

Gobineau, Arthur de: Versuch über die Ungleichheit der Menschenrassen, Band 3, Stuttgart 1902

Gobineau, Arthur de: Versuch über die Ungleichheit der Menschenrassen, Band 4, Stuttgart 1904

Goldhagen, Daniel: Hitlers willige Vollstrecker, Berlin 1996

- Grab, Walter: Der deutsche Weg der Judenemanzipation 1789–1938, München 1991
- Grab, Walter: Juden und jüdische Aspekte in der deutschen Arbeiterbewegung 1848–1918, Internationales Symposium, Dezember 1976, Tel Aviv 1977
- Grafe, Thomas: Antisemitismus in Deutschland 1815–1918. Rezensionen – Forschungsüberblick – Bibliographie, Norderstedt 2007
- Graetz, Heinrich: Geschichte des jüdischen Volkes, Band 11, Leipzig 1870
- Graetz, Heinrich: Tagebuch und Briefe, hrsg. und mit Anmerkungen versehen von Reuven Michael, Tübingen 1977
- Greive, Hermann: Geschichte des modernen Antisemitismus in Deutschland, Darmstadt 1983
- Greulich, Maximilian (Hrsg.): Fundamentale Weisheiten und Wahrheiten Eugen Dührings, Stuttgart 1933
- Gries, W.: Die Juden und die deutsche Kriminalistik, Leipzig 1893
- Hahn, Hans-Joachim / Kistenmacher, Olaf: Beschreibungsversuche der Judenfeindschaft, München 2015
- Hamburger, Ernest: Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit 1848–1918, Tübingen 1968
- Harris, James F.: The People Speak! Anti-Semitism and Emancipation in Nineteenth-Century Bavaria, Ann Arbor (Michigan) 1994
- Harstick, Hans-Peter: Arbeiterbewegung und Geschichte, Trier 1983
- Heid, Ludger / Pauker, Arnold (Hrsg.): Juden und deutsche Arbeiterbewegung bis 1933. Soziale Utopien und religiös-kulturelle Traditionen, Tübingen 1992
- Heid, Ludger: Wir sind und wollen nur Deutsche sein. Jüdische Emanzipation und Judenfeindlichkeit 1750–1880“, in: Braun, Christina von / Heid, Ludger (Hrsg.): Der ewige Jud, Stuttgart Bonn 1990
- Heid, Ludger / Vinschen, Klaus-Dieter / Heid, Elisabeth (Hrsg.): Wilhelm Hasenclever, Reden und Schriften, Bonn 1989
- Heller, Otto: Der Untergang des Judentums“, Berlin 1. Auflage 1930, 2. Auflage 1931
- Heine, Heinrich: Historisch-kritische Gesamtausgabe der Werke, Düsseldorf Ausgabe, Band 6, Hamburg 1973
- Hennig, Eike / Saage, Richard (Hrsg.): Konservatismus – eine Gefahr für die Freiheit?, München 1983
- Henrici, Ernst: Was ist der Kern der Judenfrage? Vortrag am 13.1.1881, Berlin 1881
- Hirsch, Helmut (Hrsg.): Eduard Bernsteins Briefwechsel mit Friedrich Engels, Assen 1970

- Hoffmann, Adolph: Die zehn Gebote und die besitzende Klasse, Berlin, o. J.
- Holleck-Weithmann, Karl: Eugen Dühring und die nordische Weltanschauung. Zum 100. Geburtstag Dührings am 12. Januar 1933, Schriften des Dühringbundes, Nr. 1, Hanau/Main 1933
- Holz, Klaus: Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung,, Hamburg 2001
- Hosfeld, Rolf: „Die Geister, die er rief – Eine neue Karl-Marx-Biographie“, Zürich/München 2009, 2. Auflage 2010
- Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 1, Berlin 1966
- Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED: Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung in Daten, Berlin 1986
- Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung – Chronik, Teil I. Von den Anfängen bis 1917, Berlin 1965
- Isler, Meyer: Gabriel Riessers Gesammelte Werke, Dritter Band, Frankfurt/M. 1867
- Jacobs, Jack: Sozialisten und die „jüdische Frage“ nach Marx, Mainz 1994
- Jacobs, Jack: Friedrich Engels and „the „Jewish Question“ Reconsidered, MEGA-Studien, 1998/2, Internationale Marx-Engels-Stiftung (Hrsg.)
- Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte, Beiheft 2, Tel Aviv 1977
- Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte, Beiheft 2: Juden und jüdische Aspekte in der deutschen Arbeiterbewegung 1848–1918, Internationales Symposium Dezember 1976, Berlin 1977
- Jensen, Uffa: Gebildete Doppelgänger. Bürgerliche Juden und Protestanten im 19. Jahrhundert, Göttingen 2005
- Jensen, Uffa: Getrennt streiten – getrennt leben? Der doppelte Streit um Heinrich von Treitschkes Antisemitismus unter gebildeten Bürgern (1879–1881) in: Werkstatt Geschichte 38, Essen 2004
- Jürgens, Peer: Antisemitismus: Sozialismus des dummen Kerls? Sozialdemokratie und Antisemitismus im deutschen Kaiserreich, Hamburg 2013
- Kahn, Siegbert: Antisemitismus und Rassenhetze, Berlin 1948
- Kampe, Norbert: Studenten und „Judenfrage“ im Deutschen Kaiserreich. Die Entstehung der akademischen Trägerschicht des Antisemitismus. Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Band 76, Göttingen 1988
- Kampffmeyer, Paul: Junker und Bauern. Zur Entwicklung unserer Agrarverhältnisse, Berlin 1889

Kant, Immanuel: Anthropologische Didaktik, Vom Erkenntnisvermögen, Werkausgabe Band XII, Berlin 2000

Kautsky, Benedikt (Hrsg.): Friedrich Engels' Briefwechsel mit Karl Kautsky, Wien 1955

Kautsky, Karl: Das Judentum, abgedruckt in: Die Neue Zeit, Jg. 8, Nr. 1, 1890

Kautsky, Karl: Der Antisemitismus, abgedruckt in: Österreichischer Arbeiter-Kalender für das Jahr 1885, hrsg. von Eduard Zacharias, Brünn 1885

Kessler, Mario: Zionismus und internationale Arbeiterbewegung 1897–1933, Berlin 1994

Kemlein, Sophia: Die Posener Juden 1815–1848, Hamburg 1997

Klahr, Alfred: Zur nationalen Frage in Österreich, in: Weg und Ziel. Blätter für Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung, 2. Jg., Nr. 3, März 1937, S. 126–133

Klahr, Alfred: Zur nationalen Frage in Österreich, in: Weg und Ziel, 2. Jg., Nr. 4, April 1937, S. 173–181

Klein, Thomas / Losemann, Volker / Mai, Gunther (Hrsg.): Judentum und Antisemitismus von der Antike bis zur Gegenwart, Düsseldorf 1984

Klemperer, Victor: LTI – Notizbuch eines Philologen, München 1947

Klönne, Arno: Die deutsche Arbeiterbewegung – Geschichte, Ziele, Wirkungen, München 1989

Kohl, Horst (Hrsg.): Bismarckreden 1847–1895, Leipzig 1899

Kollektiv von Autorinnen und Autoren: Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945–1946), Offenbach 2000

Kollektiv von Autorinnen und Autoren: (Hrsg.): Zum Kampf von Karl Marx gegen Judenfeindschaft. Stärken und Probleme des Kampfs von Karl Marx für jüdische Emanzipation und gegen den Judenfeind Bruno Bauer (1844/45), Offenbach 2013

Kollektiv von Autorinnen und Autoren: Hetze und Terror gegen Jüdinnen und Juden in Deutschland von 1929 bis 1933 – Eine Analyse im Spiegel der C.V.-Zeitung, Organ des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Offenbach 2014

Kollektiv von Autorinnen und Autoren: Der Kampf gegen Judenfeindschaft von Reuchlin bis Rosheim (11. Jahrhundert bis Anfang des 18. Jahrhunderts, Offenbach 2014

Kollektiv von Autorinnen und Autoren: Der Kampf gegen Judenfeindschaft von Saul Ascher bis Heinrich Heine, Offenbach 2018

Kollektiv von Autorinnen und Autoren: Der Kampf gegen Judenfeindschaft von Lessing bis Wilhelm von Humboldt (Mitte des 18. Jahrhunderts bis 1812, Offenbach 2018

Kollektiv von AutorInnen gegen Judenfeindschaft und Antikommunismus, Der Kampf der entstehenden Sozialdemokratie gegen die Judenfeindschaft bis zur Bebel Rede 1893 (1848-1893), Offenbach 2019

Koth, Harald: „Meine Zeit wird wieder kommen ...“ Das Leben des Karl Kautsky, Berlin 1993

Krah, Franziska: Ein Ungeheuer, das wenigstens theoretisch besiegt sein muß. Pioniere der Antisemitismusforschung in Deutschland, Bad Langensalza 2016

Krause, Gerhard: Zur Naturgeschichte der antisemitischen Bewegung in Deutschland, Berlin 1890

Krieger, Karsten (Hrsg.): Der „Berliner Antisemitismusstreit“ 1879–1881. Kommentierte Quellenedition. Im Auftrag des Zentrums für Antisemitismusforschung bearbeitet von Karsten Krieger, Teil 1, München 2003

Krieger, Karsten (Hrsg.): Der „Berliner Antisemitismusstreit“ 1879–1881. Kommentierte Quellenedition. Im Auftrag des Zentrums für Antisemitismusforschung bearbeitet von Karsten Krieger, Teil 2, München 2003

Kusenbergh, Kurt (Hrsg.): August Bebel in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten. Dargestellt von Helmut Hirsch, Hamburg 1973

Kuczynski, Jürgen: Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1800 bis in die Gegenwart, Band I, 1800 bis 1932, Berlin 1947

Lagarde, Paul de, Ausgewählte Schriften, 2. Vermehrte Auflage, München 1934

Lagarde, Paul de: Deutsche Schriften, Band 1 und 2, Göttingen 1878 und 1881

Lagarde, Paul de: Mitteilungen, Zweiter Band, Göttingen 1887

Langbehn, Julius: Rembrandt als Erzieher, Leipzig 1890, 16. Auflage

Langbehn, Julius: Der Rembrandtdeutsche, Von einem Wahrheitsfreund, Dresden 1892

Lassalle, Ferdinand: Offenes Antwortschreiben an das Zentralkomitee zur Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses zu Leipzig, 1863, abgedruckt in: Ferdinand Lassalle, Reden und Schriften, Köln 1987, S. 227–262

Lautenschläger, Friedrich: Die Agrarunruhen in den badischen Standes- und Grundherrschaften im Jahre 1848, Heidelberg 1915, in: Erb, Rainer / Bergmann, Werner: Die Nachtseite der Judenemanzipation. Der Widerstand gegen die Integration der Juden in Deutschland 1780–1860, Berlin 1989

Lazarus, Moritz: Was heißt national? Ein Vortrag, Berlin 1880, Leipzig 1887 in: Krieger, Karsten (Hrsg.): Der „Berliner Antisemitismusstreit“ 1879–1881. Kommentierte Quellenedition. Im Auftrag des Zentrums für Antisemitismusforschung bearbeitet von Karsten Krieger, Teil 1, München 2003

Lazarus, Moritz: Treu und frei, Gesammelte Reden und Vorträge über Juden und Judentum, Leipzig 1887

Lazarus, Moritz: „Unserer Standpunkt - Zwei Reden an seine Religionsgenossen, Berlin 1881

Lehr, Stefan: Antisemitismus – religiöse Motive im sozialen Vorurteil. Aus der Frühgeschichte des Antisemitismus in Deutschland 1870–1914, München 1974

Lenin: August Bebel. 1913, Werke Band 17, Berlin 1978

Lenin: Paul Singer, 5. Februar 1911, Werke Band 17, Berlin 1978

Lenin: Staat und Revolution, 1917, Werke Band 25, Berlin 1974

Lenin, Was tun, 1902, Werke Band 5, Berlin 1976

Lieb knecht, Wilhelm: Zur Grund und Bodenfrage, 2. Vervollständigte Auflage, Leipzig 1876

Lieb knecht, Wilhelm: Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen, Berlin 1891

Lieb knecht, Wilhelm: Rede über den Kölner Parteitag, Bielefeld 1893

Leuschen-Seppel, Rosemarie: Sozialdemokratie und Antisemitismus im Kaiserreich – Die Auseinandersetzungen der Partei mit den konservativen und völkischen Strömungen des Antisemitismus 1871–1914, Bonn 1978

Liebeschütz, Hans / Paucker, Arnold (Hrsg.): Das Judentum in der deutschen Umwelt 1800–1850, Tübingen 1977

Lidtke, Vernon L.: The Outlawed Party: Social Democracy in Germany, 1878–1890, Princeton, New Jersey 1966

Löwenfeld, Rapahel: Schutzjuden oder Staatsbürger - von einem jüdischen Staatsbürger, Berlin 1893

Mack, Rüdiger: Otto Boeckel und die antisemitische Bauernbewegung in Hessen 1887–1894, in: Wetterauer Geschichtsblätter. Beiträge zur Geschichte und Landeskunde, Band 16, Friedberg 1976

Marr, Wilhelm: Der Sieg des Judentums über das Germanentum, Bern 1879

Marr, Wilhelm: Goldene Ratten und rote Mäuse, Antisemitische Hefte, Nr. 2, Chemnitz 1880

Marx, Karl: Verhandlungen des 6. rheinischen Landtags von einem Rheinländer, „Rheinische Zeitung“ Nr. 298 vom 25. Oktober 1842, Marx Engels Werke Band 1, Berlin 1981

Marx, Karl: Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, 1844, Marx Engels Werke Band 1, Berlin 1981

Marx, Karl / Engels, Friedrich: Die deutsche Ideologie, 1847, Marx Engels Werke Band 3, Berlin 1978

Marx, Karl: Manifest der Kommunistischen Partei, 1848, Marx Engels Werke Band 4, Berlin 1980

Marx, Karl: Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, erstmalig veröffentlicht in: „Neue Rheinische Zeitung. Politisch-ökonomische Revue“, Hamburg 1850, Marx Engels Werke Band 7, Berlin 1960

Marx, Karl: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, geschrieben 1851 bis März 1852, erstmalig veröffentlicht in: Die Revolution, Eine Zeitschrift in zwanglosen Hefen, New York 1852, Marx Engels Werke Band 8, Berlin 1961

Marx, Karl: Errungenschaften des Ministeriums, New-York Daily Tribune Nr. 3753 vom 27. April 1853, Marx Engels Werke Band 9, Berlin 1981

Marx, Karl: Die Kriegserklärung – Zur Geschichte der orientalischen Frage, Artikel in: „New-York Daily Tribune“ Nr. 4054 vom 15. April 1854, Marx Engels Werke Band 10, Berlin 1977

Marx, Karl: Hochbedeutendes aus Wien, 14. Mai 1859, Marx Engels Werke Band 13, Berlin 1961

Marx, Karl: Allgemeine Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation, 1871, Marx Engels Werke Band 17, Berlin 1962

Marx, Karl: Bürgerkrieg in Frankreich, 1871, Marx Engels Werke Band 17, Berlin 1962

Marx, Karl: Die Bakunisten an der Arbeit, 1873, Marx-Engels-Werke Band 18, Berlin 1973

Marx, Karl: Kritik des Gothaer Programms, 1875, Marx Engels Werke Band 19, Berlin 1982

Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Buch I: Der Produktionsprozess des Kapitals, Band 1, 1867 (Erstausgabe), Marx Engels Werke Band 23, Berlin 1962

Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band. Buch III: Der Gesamtprozess der kapitalistischen Produktion, Band 3, 1894 (Erstausgabe herausgegeben von Friedrich Engels), Marx Engels Werke Band 25, Berlin 1964

Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, geschrieben August 1857, erstmals veröffentlicht im März 1903 in der sozialdemokratischen Zeitschrift „Neue Zeit“, Marx Engels Werke Band 42, Berlin 1982

Massing, Paul W: Vorgeschichte des politischen Antisemitismus, Frankfurt/M. 1959 (Erstausgabe)

Massing, Paul W: Vorgeschichte des politischen Antisemitismus, Frankfurt/M. 1986

Mathy, Karl: Nachlaß, Leipzig 1898

- Mehring, Franz: Gesammelte Schriften, Band 3, Berlin 1979
- Mehring, Franz: Gesammelte Schriften, Band 7, Berlin 1965
- Mehring, Franz: Treitschkes Vorlesungen, 1. Februar 1899, Die Neue Zeit, 17. Jg. 1898/99, Erster Band, in: Mehring, Franz: Gesammelte Schriften Band 7, Berlin 1965
- Mehring, Franz: Anti- und Philosemitisches, Die Neue Zeit. Revue des geistigen und öffentlichen Lebens, Jahrgang 9, 1890/91, Bd. 2, Nr. 45
- Mehring, Franz: Kapitalistische Agonie, Die Neue Zeit. Revue des geistigen und öffentlichen Lebens, Jahrgang 10, 1891/92, Bd. 2, Nr. 44
- Mehring, Franz: Kapital und Presse – Ein Nachspiel zum Fall Lindau, Berlin 1891
- Mehring, Franz: Mönch und Rabbi, Die Neue Zeit. Revue des geistigen und öffentlichen Lebens, Jahrgang 11, 1892/93, Bd. 1, Nr. 27
- Mehring, Franz: Berliner Geschichten, Die Neue Zeit. Revue des geistigen und öffentlichen Lebens, Jahrgang 10, 1891/92, Bd. 2, Nr. 34
- Mehring, Franz: Die Lessing-Legende, 1893, in: Gesammelte Werke Band 9, Berlin 1975
- Mehring, Franz: Das Ende eines Demagogen, Die Neue Zeit. Revue des geistigen und öffentlichen Lebens, Jahrgang 11, 1892/93, Bd. 2, Nr. 45
- Mehring, Franz: Wiener Oktobertage, 1901, in: Gesammelte Schriften, Band 7, Zur Deutschen Geschichte III, Berlin, 5. Auflage 1980
- Merker, Paul: Deutschland – Sein oder nicht sein?, Band 2, Das Dritte Reich und sein Ende, Mexiko 1945
- Merker, Paul: Deutschland – Sein oder nicht sein?, Band 1, Von Weimar zu Hitler, Mexiko 1944
- Meyer, Gustav: Bismarck und Lasalle, ihr Briefwechsel und ihre Gespräche, Berlin 1928
- Michael, Reuven (Hrsg.): Graetz, Heinrich: Tagebuch und Briefe, hrsg. und mit Anmerkungen versehen von Reuven Michael, Tübingen 1977
- Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus, Berlin, Jahrgang 1891, 1892, 1893
- Mohrmann, Walter: Antisemitismus – Ideologie und Geschichte im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Berlin 1972
- Mommsen, Theodor: Römische Geschichte, Die alte Republik und die neue Monarchie, Band 5, München 1976
- Most, Johann: Unser Vaterland, Artikel in: Freiheit Nr. 18, 1. Mai 1880
- Mund, Ed.: Ahlwardt im Kampf mit dem Gesetz, Berlin 1892

Na'aman, Shlomo: Lassalles Beziehungen zu Bismarck – Ihr Sinn und Zweck, Archiv für Sozialgeschichte, II, Bonn 1962.

Neubach, Helmut: Die Ausweisungen von Polen und Juden aus Preußen 1885/86, Wiesbaden 1967

Noack, Hannelore: Unbelehrbar? Antijüdische Agitation mit entstellten Talmudzitaten, Paderborn 2001

Nietzsche, Friedrich, Werke in vier Bänden, Band IV, Salzburg 1983

Pausch, Wolfgang: Die Entwicklung der sozialdemokratischen Frauenorganisationen, Frankfurt am Main 1985

Philippson, Ludwig: Antwort an Professor Dr. v. Treitschke, Allg. Zeit. des Judentums, 9. Dezember 1879

Philippson, Ludwig: Juden und Indogermanen, Allg. Zeit. des Judentums, Nr. 51, 1887

Philippson, Martin: Neueste Geschichte des jüdischen Volkes, Band 2, Leipzig 1910

Poliakov, Leon, Geschichte des Antisemitismus, VI. Emanzipation und Rassenwahn, Worms 1987

Pötzsch, Hansjörg: Antisemitismus in der Region – Antisemitische Erscheinungsformen in Sachsen, Hessen, Hessen-Nassau und Braunschweig 1870–1914, Wiesbaden 2000

Popper-Lynkeus, Josef: Fürst Bismarck und der Antisemitismus, Wien 1886

Poschinger, Heinrich von: Fürst Bismarck als Volkswirt, Band 2, Berlin 1890

Protokoll des vom 14.–21. November 1892 in Berlin abgehaltenen Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 1892

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Halle a. S. vom 12. bis 18. Oktober 1890, Berlin 1890, Berlin 1890

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Köln a. Rh. vom 22. bis 28. Oktober 1893, Berlin 1893

Pulzer, Peter G. J.: Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867 bis 1914, Göttingen 2004

Puschner, Uwe: Die völkische Bewegung im wilhelminischen Kaiserreich, Sprache – Rasse – Religion, Darmstadt 2001

Redaktionskollegium (Hrsg.): Lexikon sozialistischer deutscher Literatur, Gravenhage 1973

Regneri, Günter: Salomon Neumann's Statistical Challenge to Treitschke. The Forgotten Episode that Marked the End of the „Berliner Antisemitismusstreit“, in: Leo Baeck Institute Yearbook, Bd. 43, Nr. 1, Oxford 1998

Revel, Wilhelm: Der Wahrheit die Ehre. Ein Beitrag zur Judenfrage in Deutschland, Nürnberg 1881 (Pseudonym von Wilhelm Hasenclever)

Richarz, Monika (Hrsg.): Jüdisches Leben in Deutschland, Band 2, Stuttgart 1979

Riesser, Gabriel: Rede in der Frankfurter Paulskirche von 1848, in: Dubnow, Simon: Die neueste Geschichte des jüdischen Volkes. 1789–1914. II. Band, Berlin 1920

Ritter, Gerhard A. / Tenfeld, Klaus: Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914, 1992, Bonn 1992

Robertson, Ann: Karikatur im Kontext. Zur Entwicklung der sozialdemokratischen illustrierten satirischen Zeitschrift Der wahre Jacob zwischen Kaiserreich und Republik, Frankfurt 1992

Rohling, August: Der Talmudjude, 1871, 6. Auflage, Münster 1877

Rohrbacher, Stefan: Gewalt im Biedermeier. Antijüdische Ausschreitungen in Vormärz und Revolution (1815–1848/49), Frankfurt/M. 1993

Rohrbacher, Stefan: Sozialer Protest und antijüdische Ausschreitungen im 19. Jahrhundert, in: Benz, Wolfgang / Bergmann, Werner (Hrsg.): Vorurteil und Völkermord – Entwicklungslinien des Antisemitismus, Freiburg 1997

Rothfels, Hans: Bismarck und der Staat, Darmstadt 1958

Rürup, Reinhard, Emanzipation und Antisemitismus – Studien zur ‚Judenfrage‘ der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt 1987

Scheidemann, Philipp: Memoiren eines Sozialdemokraten, Dresden 1930

Scheil, Stefan: Die Entwicklung des politischen Antisemitismus in Deutschland zwischen 1881 und 1912, Berlin 1999

Schleicher, Regina: Antisemitismus in der Karikatur: Zur Bildpublizistik in der französischen Dritten Republik und im deutschen Kaiserreich (1871–1914), Frankfurt 2009

Schleifstein, Josef: Franz Mehring. Sein marxistisches Schaffen. 1891–1919, Berlin 1959

Schmahl, Eugen / Seipel, Willi: Entwicklung der völkischen Bewegung. Die antisemitische Bauernbewegung von der Boeckelzeit bis zum Nationalsozialismus – Entwicklung der nationalsozialistischen Bauernbewegung in Hessen, Gießen 1933

Schueler, Hermann: Trotz alledem, Der Vorwärts – Chronist des anderen Deutschland, Berlin 2006

Seeber, Gustav (Hrsg.): Bebel, August. Ausgewählte Reden und Schriften, Band 1 bis 5, Reden und Schriften 1878–1890, München, New Providence, London, Paris, 1995

Seeber, Gustav: Die deutsche Sozialdemokratie und die Entwicklung ihrer revolutionären Parlamentstaktik von 1867 bis 1893, Berlin 1966

- Silberner, Edmund: Sozialisten zur Judenfrage, Berlin 1962
- Silberner, Edmund: Kommunisten zur Judenfrage, Berlin 1983
- Silberner, Edmund: Friedrich Engels' Geschenk an eine jüdische Bibliothek in London, Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte (Tel Aviv), IX (1980)
- Simon, F.: Wehrt Euch!! - Ein Mahnwort an die Juden, Berlin 1893
- Spencer, Herbert: Principles of Biology, Edinburgh 1864
- Stalin, Josef W.: Über die Grundlagen des Leninismus, 1924, Werke Band 6, Berlin 1952
- Sterling, Eleonore: Judenhass. Die Anfänge des politischen Antisemitismus in Deutschland (1815 bis 1850), Frankfurt/M. 1969
- Stern, Frank: Dann bin ich um den Schlaf gebracht, Berlin 2002
- Stillmann, Yankl: Ab. Cahan Meets Friedrich Engels, 7.12.2008, <https://jewishcurrents.org/ab-cahan-meets-friedrich-engels/>
- Stoecker, Adolf: Christlich-Sozial. Reden und Aufsätze, 2. Auflage, Berlin 1890
- Strauß, Herbert A. / Kampe, Norbert (Hrsg.): Antisemitismus, Frankfurt/New York 1988
- Telling, Vorgeschmack in die künftige deutsche Diktatur von Marx und Engel, Köln 1850
- Toller, Ernst: Eine Jugend in Deutschland, Erstausgabe 1933, Hamburg 1963
- Toury, Jacob: Soziale und politische Geschichte der Juden in Deutschland 1847–1871, Düsseldorf 1977
- Verein zur Abwehr des Antisemitismus (Hrsg.): Antisemiten-Spiegel, Danzig 1892
- Verhandlungen und Beschlüsse des internationalen Arbeiterkongresses zu Brüssel (16.–22.August 1891), Berlin 1893
- Voelske, Arnold: Die Entwicklung des „rassischen Antisemitismus“ zum Mittelpunkt der Weltanschauung Eugen Dührings, Hamburg 1936
- Von Rüden, Peter (Hrsg.): Beiträge zur Kulturgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1848–1918, Frankfurt/M., Wien, Zürich 1979
- Wagener, Herrmann: Staats- und Gesellschafts-Lexikon, Berlin 1862
- Wagner, Richard: Das Judentum in der Musik, 1850, Nachdruck Bremen 1998
- Wawrzinek, Kurt: Die Entstehung der deutschen Antisemitenparteien (1873–1890), Berlin 1927
- Weigel, Siegfried: Der negative Marx, Pähl, 1976

Weiss, John: Der lange Weg zum Holocaust. Die Geschichte der Judenfeindschaft in Deutschland und Österreich, Berlin 1988

Wendel, Friedrich: 50 Jahre: Der wahre Jacob, eine Festschrift, Berlin 1929

Wyrwa, Ulrich: Einspruch und Abwehr, Die Reaktion des europäischen Judentums auf die Entstehung des Antisemitismus (1879–1914), Frankfurt 2010

Zumbini, Ferrari Massimo: Die Wurzeln des Bösen. Gründerjahre des Antisemitismus. Von der Bismarckzeit zu Hitler, Frankfurt 2003

Zur Mühlen, Patrick von: Rassenideologien – Geschichte und Hintergründe, Berlin, Bonn 1979

Internetquellen der Zeitschriften der Sozialdemokratie

Die Ausgaben des Zentralorgans der Sozialdemokratie sind zu finden unter:
<http://fes.imageware.de/fes/web/>

Die „Neue Zeit“ ist zu finden unter: <http://library.fes.de/nz/>

Die Zeitung „Der Wahre Jacob“ ist zu finden unter: <https://digi.ub.uni-heidelberg.de/diglit/wj>

Die Reichstagsprotokolle sind zu finden unter: <https://www.reichstagsprotokolle.de>

Demnächst erscheint im Verlag Olga Benario und Herbert Baum:

**Der Kampf jüdischer Aktivisten gegen
die Judenfeindschaft (1848 bis 1893)**

**Dokumente des theoretischen Kampfs
der Sozialdemokratie (1874 bis 1893)**

Bisher erschienene Ausgaben der RotFront

Nr. 1, Januar 1996

Resolutionen der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

Resolution 1:

Für die sozialistische Revolution, die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus

Resolution 2:

Proletarischer Internationalismus und proletarische Weltrevolution

Resolution 3:

Tod dem deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus (Teil I)

Zur Vorgeschichte, Entstehung und Entwicklung des deutschen Imperialismus

Die Einverleibung der DDR – Raub und Betrug des west/deutschen Imperialismus

Karl Marx:

Krieg den deutschen Zuständen

Einleitung zur Kritik der Hegelschen

Rechtsphilosophie

156 Seiten, Preis 5,- €

Nr. 2, Juli 1996

Resolutionen der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

Resolution 3:

Tod dem deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus (Teil II)

Prüfsteine im Kampf gegen den deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus, gegen deutschen Chauvinismus und Rassismus, Faschisierung und verschärfte Ausbeutung

Resolution 4:

Der grundlegende Weg der sozialistischen Revolution im imperialistischen Deutschland

I. Die Rolle des Proletariats als führende Klasse der sozialistischen Revolution

II. Kommunistische Positionen zu Demokratie und Sozialismus

III. Die gewaltsame sozialistische Revolution des Proletariats und Fragen des bewaffneten Kampfes und des bewaffneten Aufstands

W. I. Lenin:

Die Lehren des Moskauer Aufstands

324 Seiten, Preis 10,- €

Nr. 3, Januar 1997

Resolutionen der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

Resolution 5:

Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus (Teil I und II)

I. Hauptmerkmale der Kommunistischen Partei

II. Zwei grundlegende Gesetzmäßigkeiten beim Aufbau der Kommunistischen Partei: Unversöhnlicher Kampf gegen den Opportunismus und Kritik/Selbstkritik

J. W. Stalin:

Dem Genossen G. Telija zum Gedenken

266 Seiten, Preis 10,- €

Nr. 4, Juli 1997

Resolutionen der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

Resolution 5:

Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus (Teil III)

III. Theorie – Kader – Organisation – die drei grundlegenden Bestandteile des Aufbaus der Kommunistischen Partei

W. I. Lenin:

Brief an einen Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben

318 Seiten, Preis 10,- €

Nr. 5, Januar 1998

Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in Westdeutschland 1949–1974

Streik der Landarbeiterinnen und Landarbeiter 1951 • Der Kampf gegen das Betriebsverfassungsgesetz 1952

Kampf auf der Howaldt-Werft 1955 • Streik der Metallarbeiterinnen und Metallarbeiter 1956/1957

Septemberstreiks 1969 • Pierburg 1973 • Ford 1973 – ohne und gegen die Gewerkschaftsführung

W. I. Lenin:

Über Streiks

Diskussionsbeiträge zu den Resolutionen der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

217 Seiten, 7,70 €

Nr. 6, Juli 1998

Das kommunistische Erbe von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verteidigen

Zum Programm der KPD • Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 31. Dezember 1918

Den Kampf von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht für die proletarische Revolution und den Kommunismus weiterführen

Diskussionsbeiträge zu einigen Fragen der Einschätzung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

203 Seiten, Preis 7,50 €

Nr. 7, Januar 1999 (Sondernummer)

Stellungnahmen von „Gegen die Strömung“ zu Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland und in anderen Ländern von 1984 bis 1997

Zehn Stellungnahmen von „Gegen die Strömung“ zu Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland 1984–1997

Chronologischer Überblick von Kämpfen der Arbeiterklasse und der anderen ausgebeuteten und unterdrückten Massen in West/Deutschland seit 1947

Anhang

Fünf Stellungnahmen von „Gegen die Strömung“ zu Kämpfen von Arbeiterinnen und Arbeitern in anderen Ländern

238 Seiten, Preis 10,- €

Nr. 8–10, Juli 2000

Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945–46)

Voraussetzungen: Die Verbrechen des Nazifaschismus und ihre Bedeutung für die Linie der KPD/SED

Kritische Einschätzung des KPD-Aufrufs vom 11. Juni 1945

Hauptkettenglied Entnazifizierung – ein Prüfstein

Gründung der SED – Verzicht auf Kernpunkte des wissenschaftlichen Kommunismus

Anhang

15 Artikel zur besseren Einschätzung und zum kritischen Verständnis inhaltlicher Positionen sowie der Politik der KPD/SED vor und nach dem Vereinigungsparteitag

708 Seiten, Preis 25,- €

Nr. 11–14, Juli 2002

Zur „Polemik“ – Die revisionistische Linie des XX. Parteitags der KPdSU (1956) und die grundlegenden Fehler der berechtigten Kritik der KP Chinas (1963)

Die Bedeutung der Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus

Das Schema vom „friedlichen und nichtfriedlichen Weg“ widerspricht dem wissenschaftlichen Kommunismus

Über die Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution

Zu den Aufgaben und Zielen der Revolution in abhängigen, in kapitalistisch entwickelten und in sozialistischen Ländern

Zur Geschichte und zur Methode des Kampfes gegen den modernen Revisionismus

Dokument

KP China: Ein Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (1963)

628 Seiten, Preis 23,- €

Nr. 15, Juli 2003

Grundlegende Merkmale der kommunistischen Gesellschaft

- I. Überzeugende Argumente für den Kommunismus
- II. Lenin über die höhere Phase der kommunistischen Gesellschaft
- III. Grundlegende Merkmale der kommunistischen Gesellschaft
Texte von Marx, Engels, Lenin und Stalin

96 Seiten, Preis 5,- €

Nr. 16–17, Januar 2004

J. W. Stalin

Ein kurzer Abriss seines Lebens und Wirkens

- I. Stalins Entwicklung zum führenden Kader der Kommunistischen Partei
- II. Stalins herausragende Rolle an der Spitze der KPdSU(B) im Kampf für den Aufbau des Sozialismus und die Entwicklung der kommunistischen Weltbewegung (1924–1939)
- III. Stalins Leistungen in den Jahren 1939–1953

Nach dem Tod Stalins

410 Seiten, Preis 12,50 €

Nr. 18, Oktober 2004

Die Verbrechen des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg

Lehren aus dem Ersten Weltkrieg für heute

Wie durch lokale Kriege, imperialistische Diplomatie und nationalistisch-chauvinistische Hetze der Weltkrieg vorbereitet wird

Die Auslösung des Ersten Weltkriegs im August 1914 und die Explosion des deutschen Chauvinismus

Der Erste Weltkrieg als imperialistisches Weltgemetzel und die besonders brutalen Verbrechen des deutschen Imperialismus

Nationaler Befreiungskampf in den Kolonien contra Entfachtung von reaktionären Massenbewegungen

Zum Kampf gegen den Ersten Weltkrieg in Deutschland, zur Novemberrevolution und zum Versailler Vertrag

Die Gründung der Kommunistischen Internationale im Kampf gegen die Opportunisten und Sozialchauvinisten

Anhang: Auszug aus der Geschichte der KPdSU(B)

152 Seiten, Preis 6,- €

Nr. 19, Januar 2005

**Dokumente der 3. Parteikonferenz von
Gegen die Strömung (2004)**

Programmatische Grundsatzerklärung:

Für die sozialistische Revolution, die
Diktatur des Proletariats und den Kommunismus

Programmatische Dokumente (Thesen):

- I. Proletarischer Internationalismus und proletarische Weltrevolution
- II. Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!
- III. Der grundlegende Weg der sozialistischen Revolution im imperialistischen Deutschland
- IV. Der Kampf gegen den modernen Revisionismus
- V. Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus

**Grußadresse an die am wissenschaftlichen
Kommunismus orientierten Kräfte der ganzen
Welt**

200 Seiten, Preis 7,50 €

Nr. 20, Juli 2005

**Kritik des Buches von Enver Hoxha
„Imperialismus und Revolution“**

- I. Enver Hoxha im Kielwasser der modernen Revisionisten: ein grundlegend falscher Standpunkt zu den Problemen der demokratischen Etappe der chinesischen Revolution
- II. Revisionistische Positionen zu Grundfragen der Entwicklung des Sozialismus und Kommunismus
- III. Eine grundlegend falsche Linie im Kampf gegen den Imperialismus
- IV. Ein grundlegend falsches Herangehen an die Einschätzung Mao Tse-tungs, der KP Chinas und der chinesischen Revolution

264 Seiten, Preis 12,50 €

Nr. 21, Januar 2006

**Die revisionistischen Angriffe gegen den
dialektischen Materialismus zurückschlagen**

Zu einigen wesentlichen Angriffen der modernen Revisionisten gegen Stalins Werk „Über dialektischen und historischen Materialismus“

Die kommunistischen Ansichten Mao Tsetungs über den dialektischen Materialismus gegen den modernen Revisionismus prinzipienfest auswerten

98 Seiten, Preis 5,- €

Nr. 22, Juli 2006

**Der Krieg des deutschen Nazi-Faschismus
gegen die sozialistische Sowjetunion (Juni
1941–Mai 1945)**

- A. Der Überfall des imperialistischen Nazi-Deutschland auf die damals sozialistische Sowjetunion am 22. Juni 1941
- B. Das Scheitern der „Blitzkriegsstrategie“: „Vor Moskau muss die Zerschlagung der faschistischen deutschen Eindringlinge beginnen!“ (Juni 1941–November 1942)
- C. Der Beginn der Zerschlagung der Nazi-Armee: „Es ist an der Zeit, mit dem Rückzug Schluss zu machen. Keinen Schritt zurück!“ (1942/43)
- D. Nazi-Verbrechen in der Sowjetunion 1941–1944
- E. Die „Zehn Schläge“ der Roten Armee zusammen mit den Partisaninnen und Partisanen zur Befreiung der Völker der Sowjetunion und Osteuropas von den Nazi-Mördern (1944)
- F. Die Zerschlagung der nazi-faschistischen Machtzentren im Kampf um Berlin: „Ein rasender Hund ist auch noch im Verenden gefährlich!“ (1945)
- G. Faktoren für den Sieg der Diktatur des Proletariats unter Führung Stalins

155 Seiten, Preis 8,- €

Nr. 23–25, 2007/2008

**Mao Tse-tung – seine
Verdienste – seine Fehler**

- Teil 1 Grundlegende Positionen zu Fragen der proletarischen Weltrevolution und der internationalen Lage
- Teil 2 Grundlegende Positionen zu Fragen der chinesischen Revolution
- Teil 3 Über einige Positionen Mao Tse-tungs zur Kommunistischen Partei und zum innerparteilichen Kampf
- Teil 4 Der Klassenkampf für die Errichtung und Festigung der Diktatur des Proletariats und der ideologische Kampf innerhalb und außerhalb der KP Chinas 1949–1965.
Die Schriften Mao Tse-tungs 1950–1976 und der sogenannte „Band V“

608 Seiten, Preis 25,- €

Nr. 26–27, 2009/2010

**Theoretische und politische Fragen des
Zweiten Weltkriegs**

Das Dokument „Geschichtsfälscher“, Moskau 1948, ist vollständig erhalten

Zur Theorie des Imperialismus und der proletarischen Revolution, zu besonderen Aufgaben des Sozialismus in einem Land und komplizierten Fragen der Einschätzung des Charakters des Zweiten Weltkriegs

Schwierigkeiten der sozialistischen Außenpolitik im Kampf für die Existenz der Diktatur des Proletariats (Kurzer Überblick 1918–1952)

Die richtige taktische Linie der KPdSU(B) während der besonderen Zwischenetappe von August 1939 bis Juni 1941 gegen anti-kommunistische Verleumdungen verteidigen!

Vorteile und Hauptprobleme der Anti-Hitler-Koalition für die UdSSR und die kommunistische Weltbewegung

248 Seiten, Preis 14,- €

Nr. 28 (2015)

**Zum Kampf von Karl Marx gegen Juden-
feindschaft**

Stärken und Probleme des Kampfs von Karl Marx für jüdische Emanzipation und gegen den Judenfeind Bruno Bauer (1844/45)

- I. Stellungnahme zu Karl Marx' Kritik an Bruno Bauers jüdenfeindlichen Schriften von 1844
- II. Referate zur Vertiefung
 - A. Wie Marx und Engels rückblickend die Schwächen ihrer ersten Schriften einschätzten
 - B. Vorgeschichte und Geschichte der „Deutsch-Französischen Jahrbücher“
 - C. Kommunistische Haltung zu Religion und Religionskritik

Anhang

Zur Publikations- und Rezeptionsgeschichte der Schrift „Zur Judenfrage“ von

Karl Marx – ein Literaturbericht

201 Seiten • 12,- €

Nr. 29 (2016)

Von Alcatel bis Opel Bochum:

**Wichtige Kämpfe der Arbeiterinnen und
Arbeiter in Deutschland
1999–2013**

- I. Grundsätzliches vorab
- II. Wichtige Kämpfe 1999–2013
 - I. Grundfragen des Kampfes

Anhang

Zur sozialen Lage der proletarischen Klasse und anderer ausgebeuteter Werktätiger in Deutschland – Schlaglichter zur Realität und Aspekte zur Klassenanalyse

174 Seiten • 12,- €

Nr. 30 (2017)

Zur Diskussion gestellt: **Grundfragen im Kampf für die sozialistische Revolution und den Kommunismus**

- I. Warum wissenschaftlicher Kommunismus?
- II. Der Kapitalismus
- III. Der Imperialismus, das höchste und letzte Stadium des Kapitalismus, und die proletarische Revolution
- IV. Das Proletariat ist die einzig wirklich konsequent revolutionäre Klasse• Die Bedeutung und Gefahr einer bestochenen Schicht der proletarischen Klasse (sogenannte Arbeiteraristokratie)
- V. Der Kommunismus
- VI. Der grundlegende Weg der sozialistischen Revolution zur Erämpfung der Diktatur des Proletariats und des Kommunismus
- VII. Zur Notwendigkeit einer Kommunistischen Partei und des Kampfs gegen Opportunismus und Revisionismus

178 Seiten • 8,- €

Nr. 31 (2017)

Zur Diskussion gestellt: **Grundfragen der Vorbereitung der sozialistischen Revolution in Deutschland**

Aufgaben und Probleme des Kampfs gegen den deutschen Imperialismus

- I. Der proletarische Internationalismus als Voraussetzung für die sozialistische Revolution in Deutschland
- II. Der Kampf gegen den deutschen Imperialismus als imperialistische Großmacht
- III. Ökonomische Kämpfe, der Kampf gegen Faschisierung und gegen die Gefahr einer offenen Diktatur der Bourgeoisie
- IV. Kampf gegen „Teile und Herrsche“ als Voraussetzung einer siegreichen sozialistischen Revolution
- V. Kampf gegen alle Varianten des Antikommunismus

120 Seiten • 5,- €

Nr. 32 (2017)

Zur Diskussion gestellt: **Grundzüge der Entwicklung des Weltimperialismus und der Klassenkämpfe (1900– 2010)**

Ein erster Überblick

- I. Zur Entstehung und Entwicklung des Kapitalismus bis zum Beginn der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution
- II. Zur internationalen Lage – vom Beginn der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution bis 2010
- A. 1900 bis September 1917: Von der Entstehung des Imperialismus bis vor die Oktoberrevolution in Russland 1917
- B. Oktober 1917 bis 1955: Vom Sieg der sozialistischen Oktoberrevolution 1917 bis kurz nach dem Tod Stalins
- C. 1956 bis 2010: Von der gigantischen Niederlage der kommunistischen Weltbewegung 1956 bis 2010

245 Seiten • 10,- €

Nr. 33 (2017)

Zur Diskussion gestellt:

Grundzüge der Geschichte des deutschen Imperialismus und der Klassenkämpfe (1900–2010)

Ein erster Überblick

Zur Vorgeschichte des deutschen Imperialismus

- I. Grundzüge der Geschichte des deutschen Imperialismus (1900 bis zur Oktoberrevolution 1917)
- II. Grundzüge der Geschichte des deutschen Imperialismus (vom Sieg der Oktoberrevolution 1917 bis 1955)
- A. Der deutsche Imperialismus und die Klassenkämpfe 1917–1923
- B. Der Aufstieg des Nazi-Faschismus in Deutschland
- C. Die Verbrechen des deutschen Imperialismus (1933–1945)
- D. Nach 1945

III. Grundzüge der Geschichte des deutschen Imperialismus – ab dem revisionistischen 20. Parteitag der KPdSU 1956 bis 2010

IV. Zur Lage in Deutschland und zur weiteren weltweiten Expansion des deutschen Imperialismus von 2010 bis 2015

Fazit: Der deutsche Imperialismus, eine besonders aggressive imperialistische Großmacht

245 Seiten • 10,- €

Nr. 34 (2018)

Zur Diskussion gestellt:

Programmatische Kernpunkte im Kampf für die sozialistische Revolution und den Kommunismus

I. Kampf für die sozialistische Revolution und den Kommunismus

II. Vorbereitung der sozialistischen Revolution in Deutschland

Aus der Geschichte lernen!

50 Seiten • 2,- €

Nr. 35 (2020)

Der Kampf gegen Judenfeindschaft von Reuchlin bis Rosheim

(11. Jahrhundert bis Anfang des 18. Jahrhunderts)

I. Zur gesellschaftlichen Realität

II. Zentrale Propagandisten der Judenfeindschaft und Vorkämpfer gegen die Judenfeindschaft

200 Seiten • 10,- €

Nr. 36 (2020)

Der Kampf gegen Judenfeindschaft von Lessing bis Wilhelm von Humboldt

(Mitte des 18. Jahrhunderts bis 1812)

190 Seiten, Preis 10,- €

Nr. 37 (2020)

Der Kampf gegen Judenfeindschaft von Saul Ascher bis Heinrich Heine (1812 bis 1843)

184 Seiten, Preis 10,- €

20 €